Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

# Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

# Verhandlungen des Deutschen Kolonialkongresses

## Deutscher Kolonialkongreß

## Berlin, 1903

urn:nbn:de:gbv:46:1-13015

Visual Library


Universitätsbibliothek Kiel
8$0 00 305 446 2

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG

Universitätsbibliothek Kiel
8$0 00 305 446 2

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
DFG

v Z 2779-1

Bitte streichen Sie
in unseren Büchern
nichts an.
Es stört spätere Benutzer.
Ihre Universitätsbibliothek

RAL-RG 495
Buchbinderei
PETER CLAUSEN

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG

# Deutscher Kolonialkongress 1902.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
DFG

# Verhandlungen

des

# Deutschen Kolonialkongresses

(1.)

1902

zu Berlin am 10. und 11. Oktober 1902.

Berlin 1903.

Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

KÖNIGL. UNIV. BIBLIOTHEK KIEL

1914 A 1145/46

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
KIEL

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

# Vorbemerkung.

Es war am 24. Januar 1902, als Se. Hoheit der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg in seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft an ungefähr 50 Vereine, Gesellschaften und Institute, welche wissenschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Zwecke in Übersee verfolgen und zu irgendwelchen Beziehungen nach dieser Richtung hin zu unsern Kolonien oder überseeischen Interessensphären stehen, die Aufforderung richtete, zu einer Besprechung behufs Veranstaltung eines nationalen Kolonialkongresses zusammenzutreten.

Dieser Kongress sollte die in Deutschland getrennt auftretenden kolonialen und überseeischen Bestrebungen in einer gemeinsamen Tagung vereinigen und dadurch den kolonialen und Überseegedanken im deutschen Volke, wie es in jenem Anschreiben wörtlich hiess, vertiefen und den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der Deutschen auf der Erde fördern. Die Verhandlungen des Kongresses bezweckten, wie ferner gesagt wurde, die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die gesamten kolonialen und überseeischen Interessen und insbesondere die grossen kolonialen und überseeischen Tagesfragen. Im Anschluss an die Verhandlungen waren fachkundig vorbereitete Resolutionen in Aussicht genommen, die den etwaigen Forderungen des Kongresses bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften, sowie der Öffentlichkeit gegenüber Geltung verschaffen sollten.

Im Schosse des Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft war der Gedanke zu der Veranstaltung eines solchen Kongresses entstanden. Eine gewisse Anregung, das Jahr 1902 dazu zu wählen, gab der Umstand, dass vor 20 Jahren, also im Jahre 1882, der Deutsche Kolonialverein gegründet worden war. Die Antworten auf das Rundschreiben lauteten zum grossen Teile zustimmend, immer mehr Vereine erklärten sich bedingungsweise bereit, mit als Veranstalter des Kongresses zu wirken, und so konnte bereits am

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

25. Februar 1902 in der konstituierenden Sitzung die Abhaltung des Kongresses endgültig beschlossen werden.

Es war ursprünglich beabsichtigt, diesen Kongress den „Ersten nationalen Kolonialkongress“ zu nennen, eine Bezeichnung, für die eine gewisse Berechtigung vorlag, da in der geplanten Zusammensetzung noch kein Kongress in Deutschland getagt hatte. Um aber nach keiner Richtung hin die Priorität der früheren Kolonial- und Überseeversammlungen von 1878 und 1886 zu verletzen, wurde von der Bezeichnung I. Abstand genommen und in einer späteren Sitzung der Titel „Nationaler Kolonialkongress“ in „Deutscher Kolonialkongress“ umgewandelt, sowie die Jahreszahl 1902 zur genauen Bezeichnung dazugesetzt.

Als Dauer des Kongresses wurden zwei Sitzungstage festgesetzt und es konnte deshalb, da ursprünglich nur gemeinsame Versammlungen beabsichtigt gewesen waren, bloss eine kleine Anzahl von Vorträgen ganz bestimmter Redner in Aussicht genommen werden.

Dieser Plan war aber bereits im Ausschusse der Kolonialgesellschaft von einem Teile der Mitglieder desselben als nicht genügend für die Ziele und Zwecke eines so gross angelegten Kongresses mit so verschiedenartigen Interessen erkannt und eine Sektionsbildung vorgeschlagen worden. In der bereits vorhin erwähnten konstituierenden Versammlung wurde die Bildung von Sektionen, und zwar sieben an der Zahl, beschlossen, und damit zugleich die Möglichkeit gegeben, die mannigfaltigsten Gegenstände trotz der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit eingehend zu behandeln und Vorträge einer grösseren Anzahl von Rednern, darunter auch solche, die bis dahin den eigentlichen Kolonialgesellschaftskreisen fern gestanden hatten, in die Kongressverhandlungen aufzunehmen.

Der Kongress gewann dadurch für weite Kreise ein grösseres Interesse, und der Erfolg desselben war gesichert, namentlich weil es gelang, eine Anzahl von Autoritäten auf ihrem Gebiete für die Berichte in den verschiedenen Sektionen zu gewinnen.

Die Anmeldung von Vorträgen war so gross, dass schliesslich 57 in das Programm aufgenommen werden konnten. Ferner stieg schliesslich die Zahl der veranstaltenden Vereine auf 70, und ein Blick auf die Namen derselben zeigt, dass nicht bloss koloniale Agitations-, Wohlfahrts-, Missionsgesellschaften und wissenschaftliche Institute sich darunter befanden, sondern auch Verbände der Industrie und des Handels, die Tausende der bedeutendsten industriellen Unternehmungen und Grosshandelshäuser hinter sich haben, sich daran beteiligten. Koloniale Erwerbsgesellschaften wurden begreiflicherweise als Veranstalter des Kongresses nicht aufgenommen, dagegen waren sie als Teilnehmer ebenso erwünscht wie willkommen, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

aus einer Prüfung der Redner- und Mitgliederliste ergibt sich, dass nicht etwa nur Gelehrte, Missionare und sogenannte „Kolonialsschwärmer" den Kongress bildeten, wie in einigen Tagesblättern zu lesen war, sondern auch viele Kaufleute, Industrielle, Pflanzer, Auswanderungspolitiker, kurz alle, die Interesse an einem grösseren Deutschland in Übersee haben, an den Verhandlungen teilnahmen. Wie wichtig aber gerade auch die Arbeit der Missionare und Forscher für die deutsche Kolonial- und Überseepolitik ist, zeigen gegenüber manchen Angriffen die Verhandlungen des Kongresses in überzeugender Weise.

So herrschte denn schliesslich auch nur eine Stimme der Anerkennung über den erspriesslichen und glänzenden Verlauf des Kongresses, und als Bericht über denselben liegt jetzt dieses Werk vor.

Die 57 Vorträge mit einer teilweise sehr zahlreichen und ausgiebigen Diskussion bilden einen so umfangreichen Band, wie er wohl kaum als Resultat eines Kongress von nur 2 Tagen Dauer bei uns in Deutschland bis jetzt herausgekommen ist. Es mag möglich sein, dass einer der späteren Kongresse, der auf die Erfahrungen des alten fussen kann, und für den vielleicht eine grössere Anzahl von Tagen für die Verhandlungen genommen wird, ein an Seitenzahl noch stärkeres Buch zeitigt, aber das vorliegende braucht den Vergleich mit keinem der anderen Kongresswerke zu scheuen.

Die Verhandlungen des Deutschen Kolonialkongresses von 1902 werden nicht nur den Mitgliedern ein Erinnerungs- und Nachschlagebuch sein, sondern auch ein wertvolles und vielseitiges Quellenwerk für ernste Arbeit auf Kolonial- und Überseegebiet bilden. Sie werden hoffentlich die Stimmen der Zweifler, die noch immer in unserem Vaterlande sich erheben und erörtern, ob ein Kolonialkongress einen ernsten Zweck habe, zum Schweigen bringen und aufklärend und werbend für die deutschen Kolonien und das überseeische Deutschtum wirken. Dieses grosse, hohe Ziel sei ihr Zweck.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Vorwort zur Herausgabe.

Für den Inhalt und die Form der Vorträge und Mitteilungen tragen die Herren Verfasser und Redner allein die Verantwortung. Die Diskussion zu den Vorträgen konnte nur soweit gebracht werden, wie eine schriftliche Niederlegung des Gesagten vorlag oder doch wenigstens der Name des Vortragenden im Protokolle der Sektion vermerkt war. In letzterem Falle hat die Redaktion versucht, noch nachträglich eine Niederschrift zu erlangen.

Alle Vortragenden waren durch das Programm und ein Rundschreiben auf die Absicht der Veröffentlichung ihrer Reden in einem Sammelwerk aufmerksam gemacht worden und hatten in keinem Falle vor Abhaltung des Vortrages gegen den Abdruck desselben Einspruch erhoben.

Bei einem neuen Kongress wäre die allgemeinere rechtzeitige Einlieferung der Manuskripte, ein teilweise genaueres Protokollführen in einzelnen Sektionen und ein ausführlicheres Einreichen der schriftlichen Wiedergabe dessen, was die Redner in der Diskussion sagten, als Erleichterung für die Redaktion bei der durch die grosse Verschiedenartigkeit des Stoffes schon schwierigen Arbeit, sowie zur Vervollständigung des Werkes sehr erwünscht, ebenso wie die Veröffentlichung von Vorträgen vor dem Erscheinen des Kongresswerkes künftig möglichst vermieden werden müsste. In weitaus den meisten Fällen haben aber bereits bei diesem Kongresse die Herren Autoren und Redner die zur Drucklegung eines solchen Werkes notwendigen Grundsätze befolgt, was dankend für die Mitarbeit anerkannt werden muss.

Für die Anordnung des Stoffes sind sowohl das endgültige, letzte Programm mit der Ausnahme, dass die Vorträge, welche für die Plenarsitzungen angegeben waren, zu den Sektionen gestellt worden sind, aus denen sie seiner Zeit hervorgegangen waren (siehe Bericht über die Verhandlungen), als auch ferner die Protokolle der Sektionssitzungen benutzt worden.

Schliesslich möchte ich noch folgenden Herren meinen besten Dank für die tätige Beihilfe aussprechen. Zunächst meinem ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ehrten Kollegen im Redaktionsausschuss Herrn Professor Dr. Hans Meyer für das Lesen einer zweiten Superrevision und die Erteilung so mancher fachmännischen Auskunft, den Herren Marine-Oberstabsarzt Dr. Arendt und Dr. Schulte im Hofe für die erste Zusammenstellung der Diskussion in Sektion II und V, was in diesem Falle durch die oft nur flüchtigen Niederschriften besonders schwierig war. Ferner Herrn Generalsekretär Pastor Otto für Sektion IV.

Einige Auskünfte für Sektion III und VI gaben die Herren Reg.-Rat Jacobi und Dr. A. Tille, wie auch die Herren Generalsekretäre der grossen internationalen Geographen- und Zoologenkongresse, welche in den Jahren 1899 und 1901 in Berlin tagten, die Herren Hauptmann Kollm und Professor Matschie, mir auf Fragen, welche sich auf das verwandte Gebiet der Herausgabe von Kongresswerken bezogen, bereitwilligst Antwort gaben.

Allen den genannten Herren und denen, die sonst noch sich um das Werk verdient machten, sage ich nochmals meinen besten Dank.

Berlin W., Nollendorfstr. 33.

P. Staudinger.

# Inhalt.


Seite

Vorbemerkung . . . . . V
Vorrede zur Herausgabe . . . . . IX
Inhaltsverzeichnis . . . . . XI

## Die Organisation des Kongresses.

Die Veranstalter des Deutschen Kolonialkongresses . . . . . 3
Präsidium . . . . . 5
Ehrengäste . . . . . 5
Ehrenkomitee . . . . . 6
Ehrenförderer . . . . . 11
Das Kongresskomitee . . . . . 11
Der geschäftsführende Ausschuss . . . . . 11
Arbeitsausschuss . . . . . 11
Unterausschüsse . . . . . 11
Die Sektionen . . . . . 12
Die Vertrauensmänner der Sektionen . . . . . 13
Die Geschäftsstelle des Kongresses . . . . . 14
Pressorgane . . . . . 14
Die Darbietungen des Kongresses . . . . . 15
Die Ausstellung:
1. Die geologische Abteilung . . . . . 15
2. Die kartographische Abteilung . . . . . 15
3. Die wirtschaftliche Abteilung . . . . . 16
Der Besuch von Museen und die festlichen Veranstaltungen . . . . . 18
Die Mitglieder des Deutschen Kolonialkongresses . . . . . 19

## Der Gang der Verhandlungen.

Eröffnungsrede Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg . . . . . 57
Ansprache des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Freiherrn Dr. von Richthofen . . . . . 59
Ansprache des Direktors der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Legationsrats Dr. Stuebel . . . . . 61
Begrüssungstelegramme . . . . . 63
Antwortstelegramm Sr. Majestät des Kaisers . . . . . 64
Antrag des Professors Dr. Hans Meyer-Leipzig . . . . . 65
Schlussreden Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht . . . . . 65, 67
Rede des Professors Dr. Kirchhoff-Halle . . . . . 66



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## Die Vorträge und Diskussionen.

### Sektion I.

### Geographie, Ethnologie und Naturkunde der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Seite

Die geographischen Grundlagen und Aufgaben in der wirtschaftlichen Erforschung unserer Schutzgebiete. Von Hans Meyer-Leipzig . . . 72
Diskussion: Kirchhoff 82.
Die nutzbaren Bodenschätze der deutschen Schutzgebiete. Von Schmeisser-Berlin . . . . . 83
Das Klima von Westafrika. Von Dove-Jena. . . . . 124
Die deutschen Kolonien und ihre Würdigung in der Schule. Von Fischer-Berlin . . . . . 129
Diskussion: H. Seidel 135.
Nutzbare Säugetiere der deutschen Kolonien. Von Matschie-Berlin . . 136
Diskussion: Neumann 146.
Die Lage der Sprachforschung in den Kolonien. Von Schmidt-Mödling-Wien . . . . . 148
Diskussion: von Luschan, Maercker 158. — Cleve, Kirchhoff 159. — Staudinger 160. — Schmidt, Baschin, Oberhummer 161. — Staudinger, Graf von Linden, Kirchhoff 162. — Staudinger, von Bockelmann, Maercker, Oberhummer 163.
Ziele und Wege der Völkerkunde in den deutschen Schutzgebieten. Von von Luschan-Berlin . . . . . 163
Diskussion: Blenck 172. — Cleve, von Luschan 173. — H. Seidel 174.
Das Klima von Ostafrika. Von Maurer-Hamburg . . . . . 174
Diskussion: von Bezold 179. — Kandt, Maurer 180. — Staudinger 181.
Der Botanische Garten in Buitenzorg und seine Bedeutung für den Plantagenbau auf Java und Sumatra. Von Volkens-Berlin . . . . . 182
Über wissenschaftliche Institute für Kolonialwirtschaft. Von Warburg-Berlin . . . . . 193
Diskussion: Schulte im Hofe, Hindorf 206. — Freiherr von Herman, Wittmack, Kirchhoff 207.

### Sektion II.

### Tropenmedizin und Tropenhygiene.

Die hygienischen Aufgaben in unseren Kolonien. Von Nocht-Hamburg 208
Die Malariaparasiten und ihre Überträger. Von Martini-Berlin . . . . 214
Über Malariamücken in den deutschen Kolonien. Von Dönitz-Steglitz 216
Diskussion: Eysell 222.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seite

Die Kochsche Malaria-Bekämpfung in Istrien. Von Frosch-Trier . . . 223
Diskussion: Gosio 237. — Vagedes 242. — Albert Plehn 247. Koch 248. — Steudel, Ruge, Kuhn, Albert Plehn 250. — Vagedes 251.
Über die Verhütung eines Malaria-Ausbruches zu Wilhelmshaven. Von Martini-Berlin . . . . . 251
Diskussion: Nocht 260. — Mense 261.
Über Schwarzwasserfieber-Prophylaxe. Von Ruge-Kiel . . . . . 261
Diskussion: Albert Plehn 263. — Schilling, Nocht 264. — Kuhn, Albert Plehn 265. — Steudel 266. — Otto 267.
Über den Verlauf der Malaria ohne Chinin mit besonderer Berücksichtigung meiner Impfung. Von Kuhn-Hamburg . . . . . 268
Diskussion: Orth 276. — Davidsohn, Nocht 278. — Martini 279. — Rickmann, Davidsohn 280. — Kuhn 281.
Die Rinder- und Pferdekrankheiten in Togo. Von Schilling-Berlin. . 281
Diskussion: Becker 282.
Beiträge zur afrikanischen Tsetse-Krankheit. Von Sander-Berlin . . . 283
Diskussion: Eggel 289. — Ponfick 290. — Martini, Sander 291. — Eggel, Steudel 292. — Sander, Rickmann, Fülleborn 293.
Über Texasfieber. Von Kolle-Berlin. . . . . 294
Die gesundheitlichen Verhältnisse auf den Südsee-Inseln. Von Krämer-Kiel . . . . . 304
Diskussion: Mense, Martini, Fülleborn, Steudel 307.
Herzerkrankungen durch tropische Einflüsse. Von Schellmann-Berlin 308
Diskussion: Otto, Kuhn 315. — Steudel, Sander, Schellmann, Otto 316. — Schellmann, Kuhn 317.

## Sektion III.

## Die rechtlichen und politischen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Die Grundlagen des deutschen Kolonialrechts. Von Zorn-Bonn . . . . 318
Diskussion: Bard 328. — Zorn, Max Preuss 329.
Die Organisation der Rechtspflege in den Kolonien. Von Köbner-Berlin 331
Diskussion: Max Preuss 366. — Bojunga, Rudorff 369. — von Hake, Zorn, Ebermaier 370. — Köbner 373.
Die Bedeutung des Eingeborenenrechts. Von Felix Meyer-Berlin. . . 377
Diskussion: Schreiber-Barmen 385.
Das Grundeigentum in den Kolonien. Von von Bornhaupt-Berlin . . 390
Diskussion: Eichholtz 404. — Damaschke 407. — Scharlach 409.
Die staats- und völkerrechtliche Stellung der Kolonien. Von Vosberg-Rekow-Berlin . . . . . 409
Diskussion: Köbner 411. — Helfferich 414. — Köbner 418.
Die internationale Kongo-Akte und die durch sie gewährleistete Schifffahrts- und Handelsfreiheit. Von Vohsen-Berlin . . . . . 421

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Sektion IV.

## Die religiösen und kulturellen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Seite

Die Bedeutung der christlichen Mission für die Entwickelung unserer Kolonien. Von Merensky-Berlin . . . . . 424

Die Bedeutung der deutschen Sprache über See für Deutschlands Machtstellung. Von Brandl-Berlin . . . . . 434

Diskussion: Wever, Hoeniger 439. — Groth, Dibelius, Schiemann 440. — Winiger, Brandl, Lieboldt 441.

Die Leistungen der Mission für die Kolonien und ihre Gegenforderungen an die Kolonialpolitik. Von Paul-Lorenzkirch. . . . . 441

Über einige Mittel zur allmählichen Abschaffung der Sklaverei. Von Acker-Knechtsteden . . . . . 452

Ausdehnung und erziehliche Bedeutung der ärztlichen Mission. Von Kind-Berlin . . . . . 459

Diskussion: Richter, Prinz von Arenberg, Grundemann 465. — Classen, Paul 466.

Die Behandlung der Polygamie in unseren Kolonien. Von Schmidt-Mödling-Wien . . . . . 467

Diskussion: Oehler 477. — von Schwartz, Cleve, Diestelkamp, Strauch, Schreiber-Bremen 478.

Über die kulturellen Interessen und Aufgaben Deutschlands in Südbrasilien. Von Funke-Berlin . . . . . 479

Diskussion: Dibelius, Lieboldt, Herrmann Meyer 492. — Funke 493.

## Sektion V.

## Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Die wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien. Von Wohltmann-Bonn. . . . . 494

Plantagen und Eingeborenen-Kulturen in den Kolonien. Von Freiherr von Herman-Stuttgart . . . . . 507

Diskussion: Schmoller 515. — Friese 516. — Rocke, Oehler 518.

Die Arbeiterfrage in den deutschen Kolonien. Von Vietor-Bremen . . 518

Desgl. Von Thormählen-Hamburg . . . . . 526

Diskussion: Scharlach 533. — Vohsen 535. — Schulte im Hofe 537. — Morgen 538. — Heinn, Schreiber-Bremen 539. — Pflug 540. — von Poser und Gross-Nädlitz, Oehler 542. — Grundemann, Passarge 544. — Stange 545. — Vietor 546.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Nyassagebiets. Von Zache-Neu-Langenburg . . . . . 547

Diskussion: Merensky, Uhl, Graf von Pfeil 562. — Lucas, Zache 564.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seite

Beiträge zur Bekämpfung der Wanderheuschrecke. Von Sander-Berlin 564
Diskussion: Schulte im Hofe 568. — Sander, Passarge, Sander 569. — Graf von Pfeil, Sander 570.

Die Rentabilitätsaussichten der Kameruner Kulturen. Von Paul Preuss-Berlin . . . . . 570
Diskussion: Pagenstecher 582. — Wohltmann 583. — Achelis, Schulze 584. — Passarge, Paul Preuss, Vietor, Fesca, Achelis 585.

## Sektion VI.

## Die deutsche Auswanderung und die Einwanderung in die deutschen Kolonien.

Die praktischen Aufgaben der deutschen Auswanderungspolitik. Von Jannasch-Berlin . . . . . 586
Diskussion: Zilling 596.

Die wirtschaftliche Grundlage und die Entwickelung der deutschen Auswanderung seit 1871. Von Tille-Berlin . . . . . 597
Diskussion: von Löbbecke, Fabarius 609. — Sellin 610. — Müller- Hamburg 611. — Wirth, Haupt, Siegmund, Schwartzkopff 612. — Tille 613.

Die Frage der Reichsangehörigkeit der Auswanderer. Von Hesse-Berlin 616
Diskussion: Haupt, Alemann, Wever, Koser 625. — Eiselen, Wirth, von Keller, von Fischer-Treuenfeld, Schwartzkopff 626. — Hesse 627.

Die weisse Einwanderung nach Südwestafrika. Von Hindorf-Berlin . . 627
Diskussion: Troost, Haupt, Wittenbrinck 636. — Graf v. Pfeil 637.

Die deutsche Auswanderung nach Südamerika, besonders nach Südbrasilien. Von Herrmann Meyer-Leipzig. . . . . 639
Diskussion: Sellin 662. — Kundt, Alemann 663.

Argentinien als Siedelungsgebiet für deutsche Auswanderung. Von Alemann-Buenos-Aires . . . . . 663
Diskussion: Siegmund 670. — Funke 673. — Alemann 675. — von Fischer-Treuenfeld 676. — Koser, Herrmann Meyer, Rheingantz, von Weickhmann 677.

Die deutsche Auswanderung nach Australien. Von Schanz-Chemnitz . 678
Diskussion: von Fischer-Treuenfeld 689.

## Sektion VII.

## Die weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Kolonien und überseeischen Interessengebieten.

Kriegsflotte, Finanzlasten und Weltwirtschaft. Von Adolf Wagner-Berlin . . . . . 691

Der deutsche Überseehandel. Von Schinckel-Hamburg . . . . . 701

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seite

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Erwerbungen in China. Von Gaedertz-Berlin . . . . . 707
Die Bedeutung der Baumwolle in der Weltwirtschaft. Von Stark-Chemnitz 712
Diskussion: Ehlers, Freiherr von Herman 725. — von Keller 727.
Chinas Geld- und Währungsverhältnisse. Von Messing-Berlin . . . . 727
Diskussion: Brass 749.
Der Wettbewerb weisser, gelber und schwarzer Arbeit in der industriellen Produktion. Von Tille-Berlin . . . . . 750
Diskussion: Borgius 796. — Rathgen, Tille 798.
Die Bedeutung der Bagdadbahn. Von Rohrbach-Berlin . . . . . 800
Diskussion: Zimmerer, Hertzberg 807. — Morgen, Rohrbach 808.
Die wirtschaftliche Entwickelung Argentiniens. Von Tjarks-Buenos-Aires 809

## Die Resolutionen.

Einleitung zu den Resolutionen . . . . . 817
Die Beschlussfassung und Abstimmung über die Resolutionen 828

Die Debatte über die Behandlung der Resolutionen: Hermann Wagner, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg 824. — Prinz von Arenberg, Tille 825. — Strauch, Prinz von Arenberg 826. — Bojunga 827.
Bei den Resolutionen beteiligten sich ausser dem Herrn Präsidenten und dem Herrn Berichterstatter an der Debatte zu Resolution II: Prinz von Arenberg, Fabarius, Diestelkamp, Fuchs, Strauch, Linck 830. — Paul, von Schwartz 831.
Debatte zu Resolution III: Enshoff, Strauch, Diestelkamp, Rose 836
Debatte zu Resolution VI: Alemann, Jannasch 839.
Debatte zu Resolution VII: Vohsen 840.
Debatte zu Resolution VIII: Hindorf 841. — Vietor, Merensky, von Keller, Schreiber-Bremen 842. — Achelis, Oehler, Hindorf 843.
Debatte zu Resolution IX.: Hindorf 845. — Rehbock 846. — Bojunga 847. — Hindorf 848.
Debatte zu Resolution XII: Jacobi 850.

Schluss . . . . . 851
Antwortschreiben Seiner Exzellenz des Herrn Reichskanzlers Grafen von Bülow . . . . . 851
Namen-Verzeichnis . . . . . 853

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Organisation des Kongresses.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Die Veranstalter des Deutschen Kolonialkongresses.

Afrika-Verein Deutscher Katholiken, Köln a. Rh.
Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, Berlin.
Allgemeiner evangelisch-protestantischer Missionsverein, Berlin.
Ausschuss der deutschen evangelischen Missionen, Berlin.
Bund der Industriellen, Berlin.
Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin.
Centralverband Deutscher Industrieller, Berlin.
Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, Berlin.
Deutsch-Asiatische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-Brasilischer Verein, Berlin.
Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin.
Deutsche Kolonialschule, Witzenhausen.
Deutscher Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien, Berlin.
Deutscher Handelstag, Berlin.
Diasporakonferenz der Deutschen Evangelischen Kirche im Ausland, Ballenstedt a. H.
Evangelische Missionsgesellschaft, Basel.
Evangelische Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika, Berlin.
Evangelischer Afrika-Verein, Berlin.
Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer, Witzenhausen.
Evangelisch-lutherische Missionsgesellschaft, Leipzig.
Fabrikantenverein für Hannover, Linden und Umgebung, Hannover.
Genossenschaft der Missionare vom heiligen Herzen Jesu, Hiltrup bei Münster.
Genossenschaft der Oblaten der heiligen und unbefleckten Jungfrau Maria, Hünfeld bei Fulda.
Genossenschaft der Oblaten des heiligen Franz von Sales, Oberdöbling (Wien).



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Geographische Gesellschaft, Greifswald.
Geographische Gesellschaft für Thüringen, Jena.
Geographische Gesellschaft, Lübeck.
Geographische Gesellschaft, München.
Gesellschaft für Erdkunde, Köln.
Gesellschaft für Mission im Sinne der lutherischen Kirche, Neuendettelsau.
Gesellschaft Mariens, Meppen.
Gesellschaft für Erdkunde und Kolonialwesen, Strassburg.
Gesellschaft für Erd- und Völkerkunde, Giessen.
Gesellschaft für Völker- und Erdkunde, Stettin.
Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden, Berlin.
Gossnersche Mission, Friedenau bei Berlin.
Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Auslande, Berlin.
Jerusalems-Verein, Berlin.
Kgl. Botanisches Museum, Berlin.
Kgl. Geologische Landesanstalt und Bergakademie, Berlin.
Kgl. Museum für Naturkunde, Berlin.
Kgl. Museum für Völkerkunde, Berlin.
Kgl. Seminar für Orientalische Sprachen, Berlin.
Kolonial-Wirtschaftliches Komitee, wirtschaftlicher Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin.
Kongregation der Väter vom Heiligen Geist, Knechtsteden bei Köln.
Missionsdirektion der Evangelischen Brüder-Unität, Berthelsdorf bei Herrnhut.
Missions-Gesellschaft der deutschen Baptisten, Steglitz bei Berlin.
Missionsgesellschaft der Weissen Väter, Trier.
Missionsgesellschaft des Göttlichen Wortes, Steyl.
Münchener Orientalische Gesellschaft, München.
Museum für Völkerkunde, Leipzig.
Museum für Völkerkunde, Lübeck.
Nachtigal-Gesellschaft für vaterländische Afrikaforschung, Berlin.
Norddeutsche Missionsgesellschaft, Bremen.
Ostasiatischer Verein, Hamburg.
Pallotiner Kongregation, Limburg (Lahn).
Rheinische Missionsgesellschaft, Barmen.
St. Benediktus-Missionsgenossenschaft, St. Ottilien, Post Geltendorf (Oberbayern).
St. Raphaels-Verein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer, Limburg (Lahn).
Thüringisch-Sächsischer Verein für Erdkunde, Halle.
Trappisten-Mission in Deutsch-Ostafrika, Marianhill (Natal).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Verband deutscher Chokolade-Fabrikanten, Dresden.
Verein der Industriellen in den Kreisen Rothenburg O.-L. und Hoyerswerda.
Verein für deutsche Auswandererwohlfahrt, Hannover.
Verein für Erdkunde, Dresden.
Verein für Erdkunde, Leipzig.
Verein für Erdkunde, Metz.
Verein für Erdkunde und verwandte Wissenschaften, Darmstadt.
Verein für Geographie und Statistik, Frankfurt a. M.
Württembergischer Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, Stuttgart.

## Präsidium.

Präsident: Seine Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Wiligrad.
Vizepräsident: Vizeadmiral z. D. Valois, Berlin.

## Ehrengäste.

Graf von Ballestrem, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Deutschen Reichstags, Berlin.
Dr. von Bethmann-Hollweg, Oberpräsident der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin, Potsdam.
Dr. Graf von Bülow, Reichskanzler, Berlin.
Budde, Staatsminister, Minister der öffentlichen Arbeiten, Berlin.
Büsing, Geh. Finanzrat, II. Vize-Präsident des Deutschen Reichstags, stellvertretender Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Schwerin i. M.
von Gossler, Staatsminister, General d. Inf., Kriegsminister, Berlin.
von Hahnke, Generaloberst, Generaladjutant, Gouverneur von Berlin.
Freiherr von Hammerstein, Staatsminister, Minister des Innern, Berlin.
Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Durchlaucht, Statthalter der Reichslande Elsass-Lothringen, Ehrenpräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Strassburg i. E.
Kirschner, Oberbürgermeister von Berlin, Berlin.
Dr. Koch, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Reichsbank-Direktoriums, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Köhler, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts, Berlin.
Kraetke, Staatssekretär des Reichs-Postamts, Berlin.
von Kröcher, Hauptritterschaftsdirektor, Präsident des Preussischen Abgeordnetenhauses, Berlin.
Möller, Staatsminister, Minister für Handel und Gewerbe, Berlin.
Dr. Nieberding, Staatssekretär des Reichs-Justizamts, Berlin.
von Podbielski, Staatsminister, Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin.
Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, Staatsminister, Staatssekretär des Innern, Berlin.
Freiherr von Rheinbaben, Staatsminister, Kgl. Preussischer Minister der Finanzen, Berlin.
Dr. Freiherr von Richthofen, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berlin.
Sachse, Wirklicher Geheimer Rat, Berlin.
Dr. Schönstedt, Staatsminister, Minister der Justiz, Berlin.
Dr. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, Wirklicher Geheimer Rat, Oberpräsident z. D., I. Vizepräsident des Deutschen Reichstags, Berlin.
Dr. Studt, Staatsminister, Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Berlin.
Dr. Stuebel, Wirklicher Geheimer Legationsrat, Direktor der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin.
von Thielen, Staatsminister, Berlin.
Dr. Freiherr von Thielmann, Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Berlin.
von Tirpitz, Staatsminister und Vize-Admiral, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Berlin.
Dr. Fürst zu Wied, Durchlaucht, General d. Inf., Präsident des Preussischen Herrenhauses, Berlin.
von Windheim, Königl. Polizeipräsident von Berlin, Berlin.
Dr. Wutzdorff, Geheimer Regierungsrat, Direktor im Kaiserl. Gesundheitsamt, Berlin.

---

## Ehrenkomitee.

Prinzessin Therese von Bayern, Königliche Hoheit, München.
Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Durchlaucht, Statthalter der Reichslande Elsass-Lothringen, Ehrenpräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Strassburg i. Els.
Dr. Fürst zu Wied, Durchlaucht, General der Infanterie, Präsident des Preussischen Herrenhauses, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kommerzienrat Jean Andreae, Präsident der Handelskammer zu Frankfurt a. M., Frankfurt a. M.

Wirklicher Geheimer Rat Graf von Ballestrem, Präsident des Deutschen Reichstags, Berlin.

Generaldirektor Ballin, Hamburg.

Wirklicher Geheimer Rat D. Dr. Barkhausen, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Vorsitzender der Evangelischen Jerusalem-Stiftung, Berlin.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Bastian, Direktor des Museums für Völkerkunde zu Berlin, Berlin.

Dr. von Bethmann-Hollweg, Oberpräsident der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin, Potsdam.

Geheimer Oberregierungsrat Professor Dr. von Bezold, Direktor des Meteorologischen Instituts, Berlin.

Kurator der Universität Rostock Dr. von Buchka, Rostock.

Dr. Graf von Bülow, Reichskanzler, Berlin.

Geheimer Finanzrat Büsing, II. Vizepräsident des Deutschen Reichstags, stellvertretender Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Schwerin i. M.

Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Conrad, Chef der Reichskanzlei, Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat Freiherr von Cramm-Burgdorf, Herzoglich Braunschweigischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Geheimer Kommerzienrat Ph. Diffené, Präsident der Handelskammer für den Kreis Mannheim, Mannheim

Wirklicher Geheimer Rat und Kammergerichtspräsident von Drenkmann, Vorsitzender des Disziplinarhofs für die Schutzgebiete, Berlin.

Dr. O. Finsch, Leiden i. Holland.

Major a. D. Curt von François, Berlin.

Geheimer Kommerzienrat Frentzel, Präsident des Deutschen Handelstags, Berlin.

Ministerresident z. D. Dr. H. E. Goering, Burg Veldenstein bei Neuhaus a. d. Pegnitz.

General der Infanterie Freiherr von der Goltz, kommandierender General des 1. Armeecorps, Königsberg i. Pr.

Dr. Gutschow, Generalstabsarzt der Marine, Berlin.

Professor Dr. Ernst Haeckel, Jena.

Dr. Hammacher, Berlin.

Geheimer Kommerzienrat von Hansemann, Berlin.

Dr. Freiherr Heereman von Zuydwyk, I. Vizepräsident des Preussischen Abgeordnetenhauses, Münster i. W.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Geheimer Kommerzienrat Herz, Präsident der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin und der Handelskammer zu Berlin, Berlin.

Domkapitular Professor Dr. Hespers, Köln a. Rh.

Professor Dr. Friedrich Hirth, New-York.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. Graf von Hohenthal und Bergen, Königlich Sächsischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat D. Dr. von Jacobi, Staatssekretär a. D., Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. von Jagemann, Grossherzoglich Badischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Dr. Jannasch, Vorsitzender des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung Deutscher Interessen im Auslande, Berlin.

Geheimer Finanzrat Jencke, Vorsitzender des Centralverbandes Deutscher Industrieller, Essen a. Ruhr.

Professor Kammerer, Rektor der Königl. Technischen Hochschule zu Berlin, Charlottenburg.

Professor Dr. Kekulé von Stradonitz, Rektor der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin, Berlin.

Professor Dr. A. Kirchhoff, Halle a. S.

Kirschner, Oberbürgermeister von Berlin, Berlin.

Dr. Klügmann, Hanseatischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. Koch, Präsident des Reichsbank-Direktoriums, Berlin.

Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Rob. Koch, Direktor des Königlichen Instituts für Infektionskrankheiten zu Berlin, Berlin.

Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. Köhler, Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts, Berlin.

Geheimer Regierungsrat R. Koenig, Vorsitzender des Direktoriums des Vereins der deutschen Zucker-Industrie, Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. Graf von Koenneritz, Präsident der I. Sächsischen Ständekammer, Lossa bei Wurzen.

Admiral von Koester, Generalinspekteur der Marine und Chef der Marinestation der Ostsee, Kiel.

Kardinal D. Kopp, Eminenz, Fürstbischof von Breslau, Breslau.

Kraetke, Staatssekretär des Reichs-Postamts, Berlin.

Hauptritterschafts-Direktor von Kröcher, Präsident des Preussischen Abgeordnetenhauses, Berlin.

Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg, Staatsrat im ausserordentlichen Dienst, Königl. Bayerischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Professor Dr. von Leuthold, Generalstabsarzt der Armee und Chef des Sanitätskorps, Berlin.

Graf Carl von Linden, Königl. Württembergischer Oberkammerherr a. D., Stuttgart.

Geheimer Kommerzienrat Heinrich Lueg, Düsseldorf.

Reichsrat Hugo Ritter von Maffei, München.

Königl. Bayerischer Professor Dr. von Mayr, Kaiserlicher Unterstaatssekretär z. D., München.

Geheimer Hofrat Dr. Mehnert, Präsident der II. Sächsischen Ständekammer, Rittergut Medingen bei Dresden.

Geheimer Kommerzienrat Michels, Präsident der Handelskammer zu Köln, Köln.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Möbius, Verwaltungsdirektor des Museums für Naturkunde, Berlin.

Staatsminister Möller, Königlich Preussischer Minister für Handel und Gewerbe, Berlin.

Geheimer Kommerzienrat L. Molinari, Präsident der Handelskammer Breslau, Breslau.

Ludolph Müller, Präsident der Handelskammer Bremen, Bremen.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. v. Neidhardt, Grossherzoglich Hessischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Wirklicher Geheimer Admiralitätsrat Professor Dr. von Neumayer, Direktor der Deutschen Seewarte, Hamburg.

Geheimer Rat von Oertzen, Grossherzoglich Mecklenburgischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Dr. Paulssen, Grossherzoglich Sächsischer Geheimer Legationsrat, Berlin.

Geo Plate, Präsident der Bremer Baumwoll-Börse, Bremen.

Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, Staatssekretär des Innern, Berlin.

Eduard Rabe, Präsident der Handelskammer zu Lübeck, Lübeck.

Staatsminister Freiherr von Rheinbaben, Königl. Preuss. Minister der Finanzen, Berlin.

Dr. Freiherr von Richthofen, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berlin.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Freiherr von Richthofen, Berlin.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Sachau, Direktor des Seminars für Orientalische Sprachen, Berlin.

Wirklicher Geheimer Rat Sachse, Berlin.

Vizeadmiral a. D. Freiherr von Schleinitz, Haus Hohenborn bei Bad Pyrmont.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Geheimer Bergrat Schmeisser, 1. Direktor der Königl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin, Berlin.

Professor Dr. Schweinfurth, Berlin.

Vizeadmiral und Generaladjutant Freiherr von Senden-Bibran, Chef des Marinekabinetts, Berlin.

Kommerzienrat Servaes, Laar bei Ruhrort.

Staatsminister Freiherr von Soden, Königl. Württembergischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Stuttgart.

General der Infanterie z. D. von Spitz, Berlin.

Oberpräsident z. D., Wirklicher Geheimer Rat Dr. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, I. Vizepräsident des Deutschen Reichstags, Berlin.

Staatsminister Dr. Studt, Königl. Preussischer Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Berlin.

Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Stuebel, Direktor der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin.

Professor Dr. Supan, Gotha.

Dr. Freiherr von Thielmann, Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Berlin.

Staatsminister und Vizeadmiral von Tirpitz, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Berlin.

Geheimer Legationsrat Freiherr Varnbüler von und zu Hemmingen, Königl. Württembergischer ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin.

Hüttenbesitzer R. Vopelius, Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses, Sulzbach bei Saarbrücken.

Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Waldeyer, vorsitzender Sekretär der Akademie der Wissenschaften, Berlin.

Kommerzienrat von Weidert, Präsident der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, München.

Geheimer Kommerzienrat Widenmann, Vorsitzender der Handelskammer in Stuttgart, Stuttgart.

von Windheim, Königl. Polizeipräsident von Berlin, Berlin.

Geheimer Kommerzienrat Hermann Wirth, I. Vorsitzender des Bundes der Industriellen, Berlin.

Königl. Preussischer Major à la suite der Armee Dr. von Wissmann, Kaiserlicher Gouverneur z. D., Gut Weissenbach in Obersteiermark.

Adolph Woermann, Präsident der Handelskammer Hamburg, Hamburg.

Geheimer Kommerzienrat Zweiniger, Vorsitzender der Handelskammer Leipzig, Leipzig.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Ehrenförderer.

Geheimer Kommerzienrat Eduard Arnhold, Berlin.
Kommerzienrat Fritz Friedländer, Berlin.
Geheimer Kommerzienrat von Hansemann, Berlin.
Kommerzienrat Aug. Jung, Elberfeld.
Professor Dr. Hans Meyer, Leipzig.
Kommerzienrat Hugo Oppenheim, Berlin.
Wirklicher Geheimer Rat von Schlumberger, Gebweiler.
Rittergutsbesitzer Dr. Max Schoeller, Berlin.
Geheimer Kommerzienrat Gustav Selve, Altena.
Handelskammerpräsident Aug. Werner, Hannover.

## Das Kongresskomitee

wurde gebildet von dem Präsidium und Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie den Vertretern der übrigen Veranstalter des Kongresses.

## Der geschäftsführende Ausschuss

bestand aus den Mitgliedern des Präsidiums und Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft und den Vertretern der übrigen in Berlin ansässigen veranstaltenden Vereine und Institute.

## Arbeitsausschuss.

Valois, Vizeadmiral z. D., Vorsitzender.
von Braunschweig, Gesandter z. D., Vorsitzender des Festausschusses.
Engler, Geh. Reg.-Rat Professor Dr., Vorsitzender des Ausstellungsausschusses.
Staudinger, Paul, Vorsitzender des Redaktionsausschusses.
Strauch, Kontreadmiral z. D., Vorsitzender des Finanzausschusses.
Supf, Fabrikbesitzer, Vorsitzender des Werbeausschusses.
Tille, Dr. Alexander, Vorsitzender des Vortragsausschusses.
Vohsen, Konsul a. D., Vorsitzender des Pressausschusses.

## Unterausschüsse.

1. Finanzausschuss:

Kontre-Admiral z. D. Strauch (Vorsitzender). Direktor C. J. Lange. Konsul a. D. Vohsen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

2. Werbeausschuss:

Fabrikbesitzer Supf (Vorsitzender). Direktor von Beck. Cahensly, Mitglied des Reichstags. Regierungsrat Dr. Jacobi. Missionssuperintendent D. Merensky. Dr. med. Rauert. Major z. D. Simons. Generalsekretär Dr. Wendlandt.

3. Pressausschuss:

Konsul a. D. Vohsen (Vorsitzender). Regierungspräsident a. D. Dr. von Arnim. Chr. von Bornhaupt. Professor Dr. Hans Meyer. Geh. Regierungsrat Simon. Major z. D. Simons. Dr. Alexander Tille. Direktor Dr. Vosberg-Rekow.

4. Redaktionsausschuss:

Paul Staudinger (Vorsitzender). Professor Dr. Hans Meyer.

5. Ausstellungsausschuss:

Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Engler (Vorsitzender). Dr. Gürke. Professor Dr. Hans Meyer. Kartograph Moisel. Kartograph Sprigade. Fabrikbesitzer Supf. Professor Dr. Warburg.

6. Festausschuss:

Gesandter z. D. von Braunschweig (Vorsitzender). Direktor von Beck. Kunstmaler Hellgrewe. Graf von Königsmarck. Hauptmann von Laurens. Regierungsbaumeister Nitze. Major z. D. Simons.

7. Vortragsausschuss:

Dr. Alexander Tille (Vorsitzender). Regierungsrat Dr. Jacobi. Oberstabsarzt Dr. Steudel. Generalsekretär Dr. Soetbeer. Paul Staudinger. Kontre-Admiral z. D. Strauch. Fabrikbesitzer Supf.

## Die Sektionen.

I.

Geographie, Ethnologie und Naturkunde der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

II.

Tropenmedizin und Tropenhygiene.

III.

Die rechtlichen und politischen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

IV.

Die religiösen und kulturellen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

V.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

VI.

Die deutsche Auswanderung und die Einwanderung in die deutschen Kolonien.

VII.

Die weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Kolonien und überseeischen Interessengebieten.

---

## Die Vertrauensmänner der Sektionen.

(Vorbereitende Ausschüsse für Vorträge etc.)

**Sektion 1.** Geographie, Ethnologie und Naturkunde der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Paul Staudinger, (Obmann). Professor Dr. Dove. Dr. Hartmann. Professor Dr. Kirchhoff. Professor Dr. Hans Meyer. Professor Dr. von Luschan. Geh. Bergrat Schmeisser, Direktor der Bergakademie und geologischen Landesanstalt Kontre-Admiral z. D. Strauch.

**Sektion 2.** Tropenmedizin und Tropenhygiene.

Oberstabsarzt Dr. Steudel, (Obmann). Marineoberstabsarzt Dr. Arendt. Geh. Medizinalrat Dr. Dönitz. Stabsarzt Dr. Fülleborn. Regierungsrat Kälble. Professor Dr. Kolle. Regierungsrat Professor Dr. Kossel. Marinestabsarzt Dr. Martini. Hafenarzt Physikus Dr. Nocht. Dr. Sannemann. Regierungsrat Ströse. Geh. Regierungsrat Direktor Dr. Wutzdorff.

**Sektion 3.** Die rechtlichen und politischen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Regierungsrat Dr. Jacobi, (Obmann). Rentner Chr. von Bornhaupt. Missionsdirektor Kausch. Admiralitätsrat Professor Dr. Köbner. Missionssuperintendent D. Merensky. Kammergerichtsrat Dr. jur. F. Meyer. Rechtsanwalt Dr. Osterrieth. Missionsinspektor Römer. Direktor Dr. Vosberg-Rekow.

**Sektion 4.** Die religiösen und kulturellen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Kontre-Admiral z. D. Strauch, (Obmann). Prinz von Arenberg, Durchlaucht. Professor Dr. Brandl. Domkapitular Professor Hespers. Missionsdirektor Kausch. Prediger D. Dr. Kind. Missionssuperintendent D. Merensky. Pastor Otto. Missionsinspektor Römer. Paul Staudinger.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

**Sektion 5.** Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Karl Supf, (Obmann). C. v. Beck. Dr. Georg Hartmann. DDr. Kind. C. J. Lange. Professor Dr. Hans Meyer. Pastor Otto. Paul Staudinger. Justus Strandes. Kontre-Admiral z. D. Strauch. Professor Dr. Warburg.

**Sektion 6.** Die deutsche Auswanderung und die Einwanderung in die deutschen Kolonien.

Dr. Alexander Tille, (Obmann). Reichs- und Landtags-Abgeordneter Cahensly. Dr. Carl Dunker. Direktor Fabarius. Dr. Jannasch. Missionsdirektor Kausch. General-Konsul a. D. Koser. Dr. Herrmann Meyer. Kontre-Admiral z. D. Plüddemann. Missionsinspektor Römer. Direktor Dr. Vosberg-Rekow.

**Sektion 7.** Die weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Kolonien und überseeischen Interessengebieten.

Generalsekretär Dr. Soetbeer, (Obmann). Direktor von Beck. Hauptmann a. D. Dr. Etienne. Direktor Lange. Kontre-Admiral z. D. Strauch. Fabrikbesitzer Supf. Dr. Alexander Tille. Direktor Dr. Vosberg-Rekow.

## Die Geschäftsstelle des Kongresses

befand sich im Bureau der Deutschen Kolonialgesellschaft unter Leitung der Herren Direktoren Mertens und Seidel.

## Die Empfangs- und Verteilungsstelle

im Reichstagsgebäude stand unter Leitung des Herrn Bureaudirektors Mertens.

## Pressorgane

vor und während des Kongresses: Kongresskorrespondenz, Deutsche Kolonialzeitung, Mitteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft, sowie die Organe sämtlicher veranstaltenden Institute und Vereinigungen.

Ausserdem hatten 55 Vertreter der namhaftesten deutschen Zeitungen und Korrespondenzen Eintrittskarten für den Kongress erhalten und ebenso wie die Zeitungen Auszüge aus den Vorträgen übermittelt bekommen.

An dieser Stelle soll gleich die Unterstützung, welche der Kon-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gress durch die Tageszeitungen und die den Kongress besuchenden Herren Vertreter und Berichterstatter der Presse fand, dankend anerkannt werden.

## Die Darbietungen des Kongresses.

Die Festschrift, worin die Veranstalter des Kongresses, also die Vereine, Gesellschaften, Körperschaften, Staatsinstitute, über ihre Beziehungen zu den Kolonien oder deutschen Interessensphären im überseeischen Gebiet, sowie über ihre koloniale und überseeische Tätigkeit berichteten.

Der Führer durch die Ausstellung.

Das Festzeichen aus Togobaumwolle, dargebracht vom Vorsitzenden des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Herrn Supf.

## Die Ausstellung.

Die Ausstellung war im Kuppelsaal des Reichstagsgebäudes untergebracht.

### 1. Die geologische Abteilung.

Die Geologische Landesanstalt und Bergakademie hatte im Vereine mit dem Museum für Naturkunde zu Berlin eine Ausstellung von Gesteinen, Mineralien und Versteinerungen aus den deutschen Schutzgebieten, welche Forschungsreisende nach Deutschland gebracht und ihnen überwiesen hatten, veranstaltet. Sie war nach den einzelnen Schutzgebieten geordnet und wies die Belege auf für den Vortrag des Geheimen Bergrats Schmeisser über die nutzbaren Bodenschätze der deutschen Schutzgebiete. Den gebirgsbildenden Gesteinen und Versteinerungen folgten stets die entsprechenden nutzbaren Bodenschätze. Von wichtigeren Funden aus Deutsch-Südwestafrika seien erwähnt: Marmor aus dem Chuos-Gebirge, Kupfer- und Bleierze aus den Otavi-Minen, Kupfererze von Rehoboth, Gorup und zahlreichen anderen Orten, Eisenerze, Blue-Ground im ursprünglichen und aufbereiteten Zustande; aus Deutsch-Ostafrika Goldquarz vom Iramba-Plateau, Steinkohlen vom Nyassa-See, Glimmer und Granaten aus den Uluguru-Bergen; aus Kamerun Schwefel und Zinn; aus Schantung Vertreter der zahlreichen Steinkohlenvorkommen.

Die Führung und Erklärung übernahm Herr Geh. Bergrat Schmeisser, I. Direktor an der Kgl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie, sowie Herr Bergassessor Macco.

### 2. Die kartographische Abteilung.

Die kartographische Ausstellung, deren Veranstaltung in den Händen des Prof. Dr. Hans Meyer und der Kartographen Max Moisel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Paul Sprigade lag, zerfiel in zwei Teile. In dem Kuppelsaal des Reichstagsgebäudes gelangten die deutschen Kolonien auf grossen Wandkarten in kräftigen, einfachen Formen zur Darstellung. Die einzelnen Schutzgebiete waren vertreten in je einer allgemeinen topographischen Karte, einer Karte zur Veranschaulichung des Grades der geographischen Erforschung, einer Karte mit den hauptsächlichsten grossen Vegetationsformen (Steppen, Grasland, Waldgebiete etc.) und einer bezw. mehreren Karten mit Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Daran schloss sich in demselben Raume eine Ausstellung der für topographische Aufnahmen, astronomische Ortsbestimmungen und für meteorologische und Höhenmessungen in den Kolonien gebräuchlichen Instrumente.

Der zweite speziellere Teil der kartographischen Ausstellung, der in den an den Kuppelsaal anstossenden Wandelgängen zu finden war, verfolgte den Zweck, den Werdegang der deutschen kolonialen Kartographie seit Erwerbung unserer Kolonien durch eine grosse Reihe entweder historisch wichtiger oder charakteristischer oder bemerkenswerter und interessanter Karten vor Augen zu führen. Sie bestand zum grössten Teil aus Werken, die in dem im Anschluss an die Firma Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) auf Veranlassung der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amts ins Leben gerufenen kolonialkartographischen Institut bearbeitet wurden, zum kleineren aus den wichtigsten kolonialen Werken der Firma Justus Perthes in Gotha. Das Ausstellen einzelner Originalroutenbücher neben den daraus zu stande gekommenen Originalkonstruktionen und den definitiven Karten erleichterte das Verständnis für die Art des Entstehens derartiger Karten. Eine Anzahl von deutschen Seekarten, die Kolonien betreffend, und von Arbeitskarten und Übersichten über die Aufnahmetätigkeit der einzelnen Kommandos und Schiffe veranschaulichten die Arbeiten der Reichsmarine. Detaillierte Information über die Art und den Zweck der Ausstellung bot eine zur Verteilung gelangende Broschüre: „Führer durch die kartographische Ausstellung, zugleich Darstellung der Entwicklung der deutschen Kolonial-Kartographie von P. Sprigade und M. Moisel, Berlin 1902".

Die erstgenannten Wandkarten wurden auf Kosten des Kongresses im Institut der Firma Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) für die Ausstellung besonders angefertigt. Die Führung übernahmen die Herren Moisel und Sprigade.

### 3. Die wirtschaftliche Abteilung.

Die Ausstellung umfasste u. a. folgende wichtige Produkte der Kolonien und daraus gefertigte Fabrikate: Baumwolle aus Togo in Originalballen, von der ersten Ernte der Versuchsstation der Baum-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

woll-Expedition 1901 bei Tove, welche etwa 25 000 Pfund entkernte Baumwolle ergab, die von der Bremer Baumwollbörse und von den Spinnereiverbänden in Augsburg, Chemnitz, M.-Gladbach als „über middling Amerikanisch", von der Handelskammer Manchester als „about equal good middling American" bewertet und zum Preise von 46 Pfennig das Pfund verkauft wurde, ferner die Verarbeitung darstellende Halbfabrikate, wie Wickelband, Kardenband, Feinstrecke und rohe und gebleichte Garne und Ganzfabrikate, wie deutsche Reichsflaggen, gefärbte Garne, Watte, Strümpfe, Unterzeug etc. — Kautschuk von Kickxia aus Kamerun und von Landolphien aus Deutsch-Ostafrika in Originalfässern und Ballen, ferner Wurzelkautschuk von der Kunene-Sambesi-Expedition stammend, in den verschiedenen Stadien der Bereitung. — Guttapercha von der Guttapercha- und Kautschuk-Expedition nach der Südsee in Neu-Guinea entdeckt, und durch deutsche Kabelwerke für Seekabelzwecke als geeignet befunden. — Etwa 20 verschiedene Arten Hölzer aus Deutsch-Neu-Guinea. — Sisalhanf aus Deutsch-Ostafrika und Ramie aus Kamerun in Originalballen. — Die verschiedenen Handelsmarken von Kakao, in Originalsäcken aus Kamerun, in kleineren Mengen eine vollständige ca. 70 Sorten umfassende Kakaosammlung von der Expedition nach Central- und Südamerika herrührend. — Mais, Erdnüsse, Sesam, Negerhirse und Palmkerne in Originalsäcken aus Togo, Kamerun und Deutsch-Ostafrika. — Steinkohle in Blöcken aus Schantung. — Tabak aus Neu-Guinea, Kamerun und Deutsch-Ostafrika, aus letzterem Schutzgebiet auch der bei den Eingeborenen einen bedeutenden Handelsartikel bildende gestampfte Tabak. — Faserstoffe und Flechtmaterial und daraus gefertigte Gebrauchs- und Schmuckgegenstände, Schnitzereien aus Holz, Alabaster, Baummark etc., aus den deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee, aus Indien, dem Malayischen Archipel und Central- und Südamerika. — Tierische Schädlinge aus den Kolonien, wie Bohrkäfer, Tsetsefliege, Wanderheuschrecke u. s w.

Nach Übereinkommen mit dem Präsidium des Reichstags verblieb die Ausstellung noch vom 14. bis 17. Oktober zur Besichtigung für die Reichstagsabgeordneten. Nicht als letztes Ergebnis des Kongresses kann festgestellt werden, dass die Reichstagsabgeordneten aller Parteien für die Ausstellungen ein ausserordentlich lebhaftes Interesse zeigten, insbesondere für aus den Kolonien stammende Rohstoffe, Baumwolle, Kautschuk und Guttapercha, Produkte der Ölpalme, Kaffee und Kakao etc. und die in den Kolonien vorkommenden Mineralien, sowie für die in grossen Zügen ausgeführten Wirtschaftskarten der Kolonien. Ebenso fanden die aus den Rohprodukten hergestellten



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fabrikate, namentlich die in grösseren Quantitäten ausgestellten Garne, Web- und Wirkwaren aus Togobaumwolle besonderen Beifall.

Der Vorsitzende des Komitees ist Herr Karl Supf.

## Der Besuch von Museen.

In folgenden Instituten und Museen fand am Sonntag Vormittag (12. Oktober) eine Führung der Kongressmitglieder durch die leitenden Persönlichkeiten statt:

Botanischer Garten und Museum, Berlin.
Neuer botanischer Garten und pharmaceutisches Institut zu Dahlem.
Der Zoologische Garten.
Das Kolonialmuseum.
Das Museum für Naturkunde, speziell das Zoologische Museum.
Das Mineralogische Museum der K. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie.
Das Museum für Völkerkunde.

## Die festlichen Veranstaltungen.

Am 9. Oktober vereinigten sich die Kongressteilnehmer zu einem Empfangsabend in den Sälen des Reichstages, dargeboten von der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Am Abend des ersten Sitzungstages (10. Oktober) hatte Se. Excellenz der Herr Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke zunächst zu einem Vortrage des Herrn Geheimen Postrats Hennicke über: „Post und Telegraphie in den deutschen Kolonien", eingeladen. Der interessante statistisch-historische Vortrag wurde durch Lichtbilder erläutert und fand im Lichthof des Postmuseums statt. Daran schloss sich ein Rundgang durch das Museum zwecks Besichtigung und Veranschaulichung wichtiger neuer Erfindungen, die mit dem Post- und Telegraphendienst zusammenhängen, und schliesslich bewirtete der Herr Staatssekretär die Gäste in seiner Wohnung in ausgezeichnetster Weise.

Nach Schluss des Kongresses vereinigte am Sonnabend Abend (11. Oktober) ein Festmahl im Kaiserhof noch ca. 500 Teilnehmer.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Mitglieder des Deutschen Kolonialkongresses.

Die mit einem * bezeichneten Mitglieder haben höhere Beiträge gezahlt.

Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Hoheit, Wiligrad.
Herzogin Johann Albrecht zu Mecklenburg, Herzogin zu Sachsen, Hoheit, Wiligrad.
Prinzessin Therese von Bayern, Königliche Hoheit, München.
Adolf Friedrich, Herzog zu Mecklenburg, Hoheit, Berlin.
Prinz von Arenberg, Durchlaucht, Mitglied des Reichs- und Preussischen Landtags, Berlin.
Fürst zu Salm-Horstmar, Durchlaucht, Präsident des Deutschen Flottenvereins, Berlin.
Prinz von Schönaich-Carolath, Heinrich, Durchlaucht, Mitglied des Reichstags, Amtitz b. Guben.
Prinz von Schönburg-Waldenburg, Ernst, Durchlaucht, Schloss Gauernitz b. Meissen i. Sa.
Abel, Major a. D., Lindau (Bodensee).
Abel, Rud., Geh. Kommerzienrat, Stettin.
Abel, Walther, Rittergutsbesitzer, Alt-Sührkow bei Teterow in Mecklenburg.
Dr. von Abendroth, Kössern b. Grossbothen i. Sa.
Abteilung St. Avold der Deutschen Kolonialgesellschaft, vertreten durch Baumeister Knörnschild, St. Avold.
*Abteilung Bremen der Deutschen Kolonialgesellschaft, Bremen.
*Abteilung Plauen (Vogtld.) der Deutschen Kolonialgesellschaft, vertreten durch Privatmann und Hauptmann d. L. a. D. Georg Schmidt.
Abteilung Riesa der Deutschen Kolonialgesellschaft, Riesa a. Elbe.
Achelis, Senator, Bremen.
Achelis, Fr., Vize-Präsident d. Nordd. Lloyd, Bremen.
Achenbach, Leutnant, Strassburg i. E.
Acker, Provinzial, Pater, Vertreter der Kongregation der Väter vom Heiligen Geist, Knechtsteden b. Köln.
Adler, Paul, Kaufmann, Hamburg.
Älteste der Kaufmannschaft von Berlin.
Albers, Gust. L., Kaufmann, Hamburg.
Dr. Albory, Berlin.
Alemann, G. M., Herausgeber des Argentinischen Tageblattes, Buenos Aires.
Allgemeiner Bildungsverein, Hersfeld.
Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, vertreten durch Privatdozent Dibelius, Berlin.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Alten, Generalleutnant z. D., Berlin.
von Alvensleben, Oberstleutnant a. D. und Rittergutsbesitzer, Berlin.
von Ammon, Berghauptmann und Oberbergamtsdirektor, Bonn a. Rh.
von Anderten, Hauptmann, Wesel.
Angerer, Reg.-Rat, Münster i. W.
Antelmann, Bruno, Berlin (Deutsches Kolonialhaus).
Dr. Antoine-Feill, Rechtsanwalt, Hamburg.
Dr. Anton, G. K., Professor, Jena.
Dr. Antrick, Direktor, Charlottenburg.
Apstein, Rudolf, Kaufmann, Naumburg a. S.
Arent, General à la suite der argentinischen Armee, Bellevue b. Genf.
*Arnhold, Eduard, Geheimer Kommerzienrat, Berlin.
Dr. v. Arnim, Reg.-Präsident a. D., Berlin.
Dr. Arning, Stabsarzt a. D., Hannover.
Arnold, Otto, Magdeburg.
Dr. med. Aschoff, Berlin.
Astheimer, Wm., Hamburg.
Frau W. Astheimer, Hamburg.
Atzrott, Wilhelm, s'Gravenhaage (Holland).
Auerbach, Oberleutnant, Charlottenburg, Vertreter des Vereins für Erdkunde in Metz
Dr. Aufschläger, G., Generaldirektor, Hamburg.
Auspitzer, Julius, Generalkonsul, München.
Dr. Aust, Rudolf, Oberlehrer, Breslau.
Dr. jur. Badstübner, Landrichter, Meseritz (Posen).
Bahr, Hans, Ohrdruf i. Thür.
Baedeker, Dietrich, Verlagsbuchhändler und Buchdruckereibesitzer, Essen a. Ruhr.
Baensch-Drugulin, Johs., Verlagsbuchhändler, Leipzig.
Baetcke, Julius, Fabrikant, Hamburg.
Graf von Ballestrem, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Deutschen Reichstags, Berlin.
Ballin, Generaldirektor, Hamburg.
Bahr & Gerkens, Altona-Ottensen.
Dr. theol. Bard, Geh. Oberkirchenrat, Schwerin i. M.
Barre, Major, Trier.
Dr. Bartels, Amtsrichter, Hamburg.
Dr. Bartels, Max, Geh. Sanitätsrat, Berlin.
Bartels, P. Carl, Fabrikbesitzer, Magdeburg.
von Bartenwerffer, General d. Inf. z. D., Wiesbaden.
Bartisius, Amtsgerichtsrat a. D., Berlin.
Baschin, Otto, Kustos am Geogr. Institut, Berlin.
Bashford, J. L., Lektor, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Bassenge, Oberstabsarzt a. D., Wilmersdorf b. Berlin.
Bauch, Bernh., Kommerzienrat, Schwerin i. M.
Graf Baudissin, Kaiserl. Bezirksamtmann a. D., Berlin.
Baudouin, F., Major a. D., Berlin.
Baumann, Ulrich, Referendar, Berlin.
Baumann, Eugen, Pfarrer, Berlin.
Baumann, Direktor, Berlin.
von Beck, C., Direktor und Vertreter der Neu Guinea Compagnie, Berlin.
Frau Direktor von Beck, Berlin.
Dr. Becker, Oberstabsarzt a. D., Friedenau.
Behncke, P., Rentner, Kiel.
Behnisch, Kaufmann, Berlin.
Behrendt, J., Eisenbahn-Direktor, Stadtsulza.
Beindorff, Fr., Fabrikbesitzer, Hannover.
Dr. Belde, Arzt, Berlin.
Bellerode, Justizrat, Breslau.
Dr. Benda, Professor, Berlin.
Bendix, Ludwig, Wittenberge, Bez. Potsdam.
Bendix, Max, Fabrikbesitzer, Berlin.
von Bennigsen, Gouverneur a. D., Berlin.
Fräulein von Beulwitz, Berlin.
Dr. phil. Bergengrün, A., Friedenau.
Bergmann, Carl, Kaufmann, Berlin.
Dr. Bernard, Alfred, Potsdam.
Bernegau, Korpsstabsapotheker, Hannover.
Berner, Oberverwaltungsgerichtsrat, Charlottenburg.
Bernholt, R., Berlin.
Graf von Bernstorff, Geh. Ober-Regierungsrat, Berlin.
Bertram, Fabrikbesitzer, Halle a. S.
Beta, Ottomar, Schriftsteller, Steglitz.
Bethe, Hauptmann, Berlin.
Bey & Co., H., Hamburg, I. Vertreter des Vereins Westafrikanischer Kaufleute.
Bey & Co., H., Hamburg, II. Vertreter des Vereins Westafrikanischer Kaufleute.
Dr. Bezold, Friedrich, Professor, München.
Bilharz, Oberbergrat, Berlin.
Blenck, Geh. Ober-Regierungsrat, Präsident des Königl. Preuss. Stat. Bureaus, Berlin.
Blohm, G. H., Kaufmann, Hamburg.
Blomeyer, Oberst a. D., Gross-Lichterfelde.
Blunck, N. H., Kommerzienrat, Neumünster.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Blücher, Berlin.
von Bockelmann, A., Oberlehrer, Danzig.
Bodenwaldt, E., Unterarzt, Berlin.
Bödicker, Carl, Bremerhaven.
Boeckler, Oberlehrer, Gardelegen.
Boeder, Max, Friedenau b. Berlin.
Boenicke, Otto, Kaufmann, Berlin.
Boether, Paul, Assessor, Berlin.
Bohlen, H. Edm., Kaufmann, Hamburg.
Böhler, Steglitz.
Böhme, E., Robert, Dresden.
Böhringer, Christian, Kaufmann, Stuttgart.
du Bois, Kapitän z. S. z. D., Gr.-Lichterfelde.
Bojunga, Justizrat, Hannover.
Dr. Bollmann, Rechtsanwalt, Bremen.
Bolz, Amtsrichter, Kroexen, Westpr.
von Bonin, Leutnant, Berlin.
Dr. Böninger, Oswald, Amtsrichter, Hamburg.
Frau Amtsrichter Dr. Böninger, Hamburg.
Börner, Oskar, Berlin.
Dr. Böttcher, Marienwerder, W.-Pr.
Böttticher, Moritz, Kaufmann, Berlin.
Bopp, Max, Intendantur-Sekretär, Stuttgart.
Bormann, Geh. Ober-Regierungsrat z. D., Charlottenburg.
von Bornhaupt, Chr., Berlin.
Fräulein von Bornhaupt, Berlin.
Bornmüller, Oberleutnant a. D., Berlin.
von Bornstedt, Oberforstmeister und vortr. Rat im Landwirtschaftl. Ministerium, Berlin.
Dr. Bracke, Rechtsanwalt, Braunschweig.
Bramslöw, F. C., Schiffsreeder, Hamburg.
Brandeis, Kaiserl. Landeshauptmann der Marshallinseln, Berlin.
Frau Brandeis, Berlin.
Freiherr von Brandenstein, Berlin.
Brandin, Superintendent a. D., Berlin.
Brandl, Professor, 1. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Ausland-Schulvereins, Berlin.
Brass, E., Konsul a. D., Berlin.
Braumüller, Generalleutnant z. D., Metz.
Braumüller, Leutnant, Berlin.
Braun, Generalsuperintendent, Vertreter des Königl Konsistoriums der Provinz Brandenburg, Berlin.
von Braunschweig, Gesandter z. D., Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Brecke, Fr., Geh. Kommissionsrat, Schwerin i. M.
Breitenbach, Oberlehrer, Lüdenscheid.
Brinkmann, Major a. D., Berlin.
Dr. Graf von Brockdorff, Fritz, Generalsekretär, Berlin.
Brückmann, Aug., Kaufmann, Hamburg.
Brückner, Eduard, Kaufmann, Hamburg.
von Brüning-Rütger, Leutnant, Rathenow.
Buddeberg, Oberleutnant, Spandau.
Burckhardt, Generalsekretär, Friedenau.
von Bülow, Amtsgerichtsrat, Homburg v. d. H.
Bünger, Hermann, Bankvorsteher, Potsdam.
Dr. Burchard, Bürgermeister, Hamburg.
Dr. Bürklin, Albert, Generalintendant, Karlsruhe i. Baden.
Dr. Büttner, Oberlehrer, Berlin.
D. Buchner, C., Missionsdirektor, Vertreter der Evangelischen Brüder-Unität, Berthelsdorf-Herrnhut.
Bunnemann, Fr., Emden.
Burchhardt, Fr., Direktor der Deutschen Handels- und Plantagen-gesellschaft der Südsee-Inseln, Hamburg.
Burmeister, M. W. Ed., Hamburg.
Burrucker, Oberstleutnant a. D., Zoppot.
Butter, Direktor, Hirschberg i. Schl.
Frau Dr. Cahen, Berlin.
de la Camp, H., Kaufmann, Hamburg.
von Carben, Direktor, Berlin.
von Carnap-Quernheimb, G., Generalleutnant z. D., Friedenau.
Dr. jur. Caro, Georg, Kommerzienrat, Berlin.
Caspar, E., Fabrikbesitzer, Rostock i. Mecklbg.
Chemische Fabrik Cotta E. Heuer, Cotta b. Dresden.
Cleinow, Generalmajor z. D., Berlin.
Coates, G. K., Generalkonsul für Japan, Berlin.
Coenegracht, Leutnant, Stettin.
Dr. med. Cohn, Emanuel, Frankfurt a. Main.
Collignon, F., Charlottenburg.
Christiansen, Th., Kaufmann, Hamburg.
Christoph, Chr., Konsul, Vertreter des Vereins der Industriellen in den Kreisen Rothenburg O.-L. und Hoyerswerda, Niesky.
Claus, Hauptmann, kommandiert zum grossen Generalstab, Berlin.
Frau Hauptmann Claus, Berlin.
Classen, Joseph, Pater, Vertreter der Genossenschaft der Oblaten der Heiligen und Unbefleckten Jungfrau Maria, Kloster Hünfeld.
Cleve, Pastor, Berlin.
Frau Pastor Cleve, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Cölln, Kommerzienrat, Hannover.
Coerper, Assistent an der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin.
Dr. Credner, Rudolf, Professor, Greifswald, Vertreter der Geographischen Gesellschaft in Greifswald.
Cremer, Kommerzienrat, Dortmund.
Cretius, Oberstleutnant a. D., Berlin.
Crome, Justizrat, Rechtsanwalt beim Kgl. Kammergericht und Notar, Berlin.
Crovo, A. Angelo, Steglitz.
Cumme, Regierungsrat, Berlin.
Dr. Cunze, D., Frankfurt a. Main.
Cunze, Leutnant, Frankfurt a M.
Dr. jur. Curtius, Major a. D., Berlin.
Custodis, Justizrat, Köln, Vorsitzender und Vertreter des Afrika-Vereins deutscher Katholiken.
Dr. Dade, Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin.
Damaschke, A, Redakteur, Berlin.
Dr. Darmstaedter, Ludwig, Rentier, Berlin.
Dr. Davidsohn, Carl, Assistent am Patholog. Institut der Universität, Berlin.
Deckert, Dr. phil., Emil, Steglitz.
Dr. von Delbrück, R., Staatsminister, Berlin.
Frau Dr. von Delbrück, Berlin.
Deininger, Fedor, Dresden-A.
Delius, Albrecht, Kommerzienrat, Bielefeld.
Denkert, Pastor, Gr-Lafferde, Prov. Hannover.
Dr. Dernburg, Professor, Geh. Justizrat, Westend.
Deimling, Kapitänleutnant, Friedenau.
Deuss, L., Kaufmann, Hamburg.
*Deutscher Nautischer Verein, Kiel.
*Deutscher Seefischerei-Verein, Hannover, vertreten durch seinen Präsidenten Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Herwig.
Deutsch-Überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, vertreten durch Direktor Prieger.
Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft, Hamburg (1. Vertreter).
Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft, Hamburg (2. Vertreter).
Diederichsen, H., Konsul, Kiel.
Diel, Rud., Kaufmann, Köln.
Dr. Diercks, G., Privatgelehrter, Steglitz.
Diercke, Regierungs- und Schulrat, Schleswig.
Diestelkamp, L., Pfarrer, Berlin.
Dietsch, C. F., Fabrikbesitzer, Pegau i. S.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Diez, H., Chef-Redakteur, Hamburg.
Dimpker, Konsul, Lübeck.
Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berlin.
Dirks, Aug., Direktor des Deutschen Kolonial-Museums, Berlin.
Dittmer, Kaiserl. Kapitän z. See a. D., Hannover.
Dittrich, Hauptmann, Kottbus.
Docke, B. W., Kaufmann, Bremen.
Döhner, Eduard, Letmathe i. Westf.
Döring, Ernst, Kartograph, Lith. bei der Kgl. Landes-Aufnahme, Berlin.
von Doering, Hauptmann und Führer der Polizeitruppe von Togo, Bad Oeynhausen.
Doering, Moritz, Breslau.
Dönitz, Geh. Medizinalrat, Professor, Steglitz.
Dollmann, Kgl. Bayerischer Generalkonsul, Hamburg.
Dominicus jr., D., Remscheid.
Donner, Adolf, Leutnant, Würzburg.
Dorbritz, Bezirksamtmann, Kamerun.
Dose, Konsul, Berlin.
Dr. Dove, Karl, Universitäts-Professor, Jena.
Dralle, Georg, Präsident, Hamburg-Altona.
Drews, Otto, Ofenfabrikant, Berlin.
Dr. Dreydorff, Berlin.
D. th. Dryander, E., Oberhofprediger und Generalsuperintendent der Kurmark, Vertreter des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg, Berlin.
Dücker, Rechtsanwalt, Altona (Elbe).
Dücker & Co., Düsseldorf.
Fräulein Elisabeth Ebeling, Berlin.
Ebermaier, C., Landrichter, Essen a. Ruhr.
Freiherr von Eberstein, Reg.-Rat, Berlin.
Freiherr von Eberstein, Generalmajor a. D., Berlin.
Eckel sen., Kommerzienrat, Deidesheim.
von Eckenbrecher, Th., Landschaftsmaler, Berlin.
Dr. Ecker, Direktor, Hamburg.
Dr. Eggel, Stabsarzt, Bielefeld.
Dr. Ehrenreich, Paul, Privatdozent, Berlin.
Eichholtz, Kgl. Landmesser, Lippstadt.
Eichhorn, Pfarrer, Taupadel, Post Bürgel.
Eiffe, F. F., Kaufmann, Hamburg.
Eiselen, Missionar, Berlin.
Eisengräber, Karl, Halle a. S., Kolonialhaus.
Eisenreich, Oberlehrer, Kattowitz, O.-S.
Fräulein Clara Eisenthal, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Eisermann, Rechtsanwalt, Berlin.
Elias, S., Berlin.
Elsasser, F., ev. Pfarrer, Berlin.
Elsner, Professor, Berlin.
Emmel, Ferdinand, Kaufmann, Hamburg.
vom Ende, H., Architekt, Düsseldorf.
Dr. Endlich, R., Leipzig.
Engel, August, Wiesbaden.
Engelbrecht, Th. H., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Obendeich b Glückstadt.
Engelhardt, Assessor, Berlin.
Dr. Engler, H., Professor, Geh. Regierungsrat, Dahlem b. Berlin.
Engler, Oberleutnant, Berlin.
Pater Enshoff, Vertreter der St. Benediktus-Missions-Genossenschaft, St. Ottilien.
Entz, Konsul, Rendsburg.
Ephraim, Hugo, Leipzig.
Erbslöh, Walter, Fabrikant, Barmen.
Freiherr von Erlanger, Carlo, Nieder-Ingelheim.
Ernst, C., Hildesheim.
Ernst, Kriegsgerichtsrat, Kiel.
von Eschstruth, Assessor im Auswärtigen Amt, Berlin.
Frau Geheime Justizrat Esser, Köln a. Rh.
Dr. Etienne, Dezernent der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin.
Dr. Evers, Professor, Berlin.
Dr. med. Eyssel, Kassel.
Frau Dr. Eyssel, Kassel.
Fabarius, F., Direktor und Vertreter der Deutschen Kolonialschule, Witzenhausen.
D. Faber, Probst, Wirklicher Ober-Konsistorialrat, Vertreter des Kgl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg, Berlin.
Fahrenholtz, Amtsgerichtsrat, Stettin.
Fahrig, B., Verlagsbuchhändler, Berlin.
Falck, Rudolf, Kaufmann, Hamburg.
Fassverein, Dortmund.
Dr. Federath, Geheimer Regierungsrat, Olsberg.
Feistel, Arthur, Kaufmann, Zwickau i. S.
Dr. Fendler, Steglitz-Dahlem.
Fesca, Professor, Witzenhausen.
Ficker, Martin, Dr. med., Privatdozent an der Universität, Berlin.
Finck, H., Fabrikant, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Graf Finck von Finckenstein, Deichhauptmann, Reitwein.
Dr. Fischer, Wirkl. Geheimer Rat, Berlin.
Dr. Fischer, Franz, Justizrat, Rechtsanwalt beim Kgl. Kammergericht, Berlin.
Fischer, Hauptmann, Berlin.
Fischer, Heinrich, Oberlehrer, Berlin.
von Fischer-Treuenfeld, Generalkonsul, Dresden.
Frau Generalkonsul von Fischer-Treuenfeld, Dresden.
Dr. med. Flatau, Th. S., Berlin.
Flaus, Pater, Vertreter der Gesellschaft Mariens, Meppen.
Fleischer, G., Major a. D., Berlin.
Flemming, Max, Referendar, Berlin.
Fliegenschmidt, Wilhelm, Kaufmann, Magdeburg.
Dr. Förster, Ministerialdirektor, Berlin.
von Frantzius, Kontre-Admiral z. D., Halensee.
Frantz, Professor, Templin, Uckermark.
Fraedrich, Superintendent, Berlin.
Franke, G., Professor, Berlin.
Franz, C., Brauereibesitzer, Rastatt i. B.
von Frays, Ph., Freiherr, Fabrikbesitzer, Nürnberg.
Freericks, A., Vorsitzender des Deutschen Flottenvereins im Haag, 's-Gravenhaage.
Frau A. Freericks, 's-Gravenhaage.
Baron Feilitzsch, Otto, Oberleutnant a. D., Berlin.
Freising, A., Rentier, Berlin.
Dr. Frick, Georg, Oberlehrer, Berlin.
Frick, Martin, Berlin.
Friedberg, Oberst, Hameln.
Dr. Friedeberg, Gerichtsassessor, Berlin.
Friedenthal, Kommerzienrat, Berlin.
Dr. Friederichsen, L., Generalsekretär, Hamburg.
*Friedländer, Fritz, Kommerzienrat, Berlin.
Friedrichs, Jean, Versicherungs-Direktor, Berlin.
Friese, Eugen, Hauptmann a. D., Pillnitz a. Elbe.
Freiherr von Fritsch, Major, Weimar.
Freiherr von Fritsch, Leutnant, Berlin.
Fritz, Th. Paul, Vizekonsul, Berlin.
Frobenius, Oberstleutnant a. D., Charlottenburg.
Dr. Froberger, Jos., Superior der Weissen Väter, Vertreter der Missionsgesellschaft der Weissen Väter, Trier.
Fromberg, Georg, Kgl. Kommerzienrat, Berlin.
Frosch, Professor, Charlottenburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Frosch, Constanz, Kaufmann, Berlin.
Frucht, J., Geschäftsführer der Rio Grande Nordwestbahn-Gesellschaft, Berlin.
Dr. Fuchs, Staatsanwalt a. D., Berlin.
Dr. Fuchs, Kaiserl. Oberarzt, Berlin.
Dr. Fuchs, Max, Vorsteher des Archivs der Deutschen Bank, Berlin.
Fuchs, Regierungsrat, Steglitz.
Führer, Kiel.
Dr. Fülleborn, Stabsarzt, Hamburg.
Dr. Funke, Alfred, Gr.-Lichterfelde.
Fürbringer, Oberbürgermeister, Emden.
Gaedertz, A., Kgl. Baurat, Direktor der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin.
Gallus, Major, Münster i. W.
Frau Major Gallus, Münster i. W.
Ganzhorn, A., Salem, Jakalswater, Südwestafrika.
Gareis, Pastor, Buch b. Potsdam.
Gärtner, Rob., Burgstädt i. Sachsen.
Gansser, Hauptmann, Berlin.
Gehestiftung, Direktor Petermann, Dresden.
Geisler, H., Herbertshöhe, Neu Guinea.
Gellert, R., Direktor a. D., stellvertr. Vorsitzender des Zentralvereins für Handelsgeographie, Berlin.
Gensert, Kgl. Forstmeister, Kuhbrück b. Frauenwaldau.
Gensichen, M., Superintendent a. D., Berlin.
Gercke, Korvettenkapitän a. D., Berlin.
Gerding, Rudolf, Oberst, Berlin.
Gerike, Paul, Kaufmann, Magdeburg.
von Gerlach, Pastor, Zoar b. Rothenburg.
von Germar, Hauptmann, Berlin.
Gerold, Karl, Hoflieferant, Weingrosshändler, Berlin.
Gesellschaft für Völker- und Erdkunde, Stettin.
Gerstmeyer, Assessor, Berlin.
Gevers, Oberstleutnant, Berlin.
Giani, Bergassessor, Friedrichsthal b. Saarbrücken.
Gibsone, Thomas, Rat, Hamburg.
Dr. Giese, Oberbürgermeister, Altona.
Gieseke, Direktor im Reichspostamt, Berlin.
von Glasenapp, Polizeipräsident von Rixdorf.
Dr. Goebel, Dirig. Arzt des Diakonissenhauses, Alexandrien, Ägypten.
Goedelt, G., Generalkonsul, Hamburg.
Goertz, Ed., Kommerzienrat, Mülfort.
Dr. jur. Golinelli, A., Kaiserlicher Legationsrat, Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gölitz, Max, Kaufmann, Chemnitz.
Görgens, Oberlandmesser, Berlin.
Götting, A.F., Direktor der Freihafen Lagerhaus-Gesellschaft, Hamburg.
Gosio, Dott. B., Professor, Rom.
Göttschlag, Hermann, Kaufmann, Berlin.
Götze & Popert, Hamburg.
von Graberg, Generalleutnant, Charlottenburg.
Gräber, Fritz, Kaufmann, Friedenau.
Gradenwitz, Univ.-Professor, Königsberg O.-Pr.
Graetz, Max, Fabrikbesitzer, Berlin.
Grapow, M., Fregatten-Kapitän, Charlottenburg.
Grapow, Hauptmann, Gnesen.
Greef, Kommerzienrat, Viersen.
Greichgauer, Pater, Vertreter der Missionsgesellschaft des Göttlichen Wortes in Steyl, Steyl.
Greiner, Leutnant, Colmar i. Els.
Griesbach, Geheimer Ober-Postrat und Ober-Postdirektor, Berlin.
von Grolman, Oberst z. D., Darmstadt.
Grösser, Hermann, Direktor der Jaluit-Gesellschaft, Hamburg.
Grote, F. W, Hamburg.
Dr. Groth, Oberlehrer, Nikolassee b. Wannsee.
Grunack, Ludwig, Bankier, Berlin.
Dr. Grunau, prakt. Arzt, Neu-Weissensee b. Berlin.
Dr. Grüning, Oberstabsarzt, Cottbus.
Grünewald, Justizrat, Darmstadt.
Dr. Grundemann, Pastor, Mörz b. Belzig.
van Gülpen, G., Emmerich, Vertreter der Handelskammer zu Wesel.
Gumprecht, Heinrich, Kaufmann, Hamburg.
Gundelach, F., Kaufmann, Berlin.
Gunsenheimer, Postdirektor, Oberhausen (Rhld.).
Günther, K., Mittelschullehrer, Posen.
Dr. Gürke, Max, Kustos am botan. Museum zu Berlin, Steglitz.
Gürtler, Oberpostdirektor, Geh. Ober-Postrat, Potsdam.
Guse, Leutnant, Berlin.
Guthzeit, Dr. jur., Regierungsassessor, Berlin.
Gutkind, Max, Kommerzienrat, Braunschweig.
Gutsche, Sekretär des Kgl. Botanischen Gartens und Museums, Berlin.
Dr. Gutzmann, H., prakt. Arzt, Berlin.
Dr. Haarmann, Wilhelm, Fabrikbesitzer, Höxter a. d. Weser.
Habenicht, Th., Kommerzienrat, Leipzig.
Habermehl & Dietrich, Pforzheim.
Haebler, Oberleutnant, Berlin.
von Hagen, O., Rentier, Steglitz.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hagen, Oberpräsidialrat, Stettin.
Hagen, Ernst, Kaufmann, Hamburg.
Hager, Eugen, Berlin.
Dr. Hahl, A., Kaiserl. Vize-Gouverneur, Fraustadt, Unterfranken.
Baronin Hahn, Wiesbaden.
von Hahnke, Generaloberst, Generaladjutant, Gouverneur von Berlin.
von Hake, Regierungsrat, Liegnitz.
Dr. Halbfass, Professor, Neuhaldensleben.
Hamm, Oberlandesgerichtspräsident, Köln a. Rh.
Handelskammer, Aachen, vertret. d. Dr. H. Lehmann, Syndikus, Dozent a. d. Königl. Technischen Hochschule.
Handelskammer zu Altenburg S.-A.
Handelskammer zu Berlin (1. Vertreter).
Handelskammer zu Berlin (2. Vertreter).
Handelskammer zu Berlin (3. Vertreter).
Handelskammer, Dresden, vertreten durch Syndikus Schulze.
Handelskammer, Hagen i. Westf.
Handelskammer, Lübeck, vertreten durch ihren Präsidenten Ed. Rabe.
Handelsvertragsverein, Berlin.
von Hansemann, Professor, Grunewald b. Berlin.
*von Hansemann, Geh. Kommerzienrat, Berlin.
Hansing & Co., Hamburg.
von Harder, Rechtsanwalt, Mannheim.
Hardrath, Werben.
Harms, Julius, Hamburg.
Hars, Joh. Gustav, Strassburg i. E.
Dr. Hartmann, Georg, Charlottenburg.
Frau Dr. Hartmann, Charlottenburg.
Hartmann, Kgl. Hofschauspieler, Grunewald.
Harms, E., Missionsdirektor, Hermannsburg.
Hartmann, Amtsger.-Rat, Berlin.
Dr. Hartmann, Arthur, prakt. Arzt, Berlin.
Hasche, Rudolf, Hamburg.
von Hassell, Oberstleutnant a. D., Friedenau.
Dr. Hauchecorne, prakt. Arzt, Berlin.
Haukohl, Heinrich, Kaufmann und Handelsrichter, Berlin.
Haupt, Geheimer Finanzrat, Stettin.
Dr. Heck, L., Dir. des Zoolog. Gartens, Berlin.
Dr. Hecker, Otto, Jena.
Dr. Heim, Assessor, Berlin.
Heine, Walther, Heinersdorf b. Berlin.
Dr. Heine, prakt. Arzt, Berlin.
Dr. jur. Heinemann, Justizrat, Magdeburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Heinke, Berlin.
Heinicke, Leutnant, Berlin.
Helbeck, Paul, Kaufmann, Elberfeld.
Held, Domänenrat, Rostock i. M.
Dr. Helfferich, Karl, Professor, Berlin.
Dr. Hellmann, G., Professor, Geh. Regierungsrat, Vorsitzender der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin.
Helmes, W., „Kreuz und Schwert", Münster i. W.
Helm, Oberleutnant i. gr. Generalstab, Berlin.
Dr. phil. Helmolt, Stötteritz-Leipzig.
Dr. Hendreich, Oberlehrer, Berlin.
Dr. Henking, Professor, Generalsekretär des Deutschen Seefischerei-Vereins, Hannover.
von Herder, W., Rauenstein b. Lengefeld.
Herfurth, A., Ingenieur, Berlin.
Freiherr v. Herman, Direktor der Kgl. Hof-Domänenkammer, Stuttgart.
Freiherr v. Herman, W., Regierungsrat, Berlin.
Hernsheim, E., Konsul, Hamburg.
Hernsheim, Franz, Direktor der Jaluit-Gesellschaft, Hamburg.
Herold, B., Hauptmann, Ehrenbreitstein.
Herre, J., Fabrikbesitzer, Berlin.
Herrmann, Hauptmann a. D. und Kaiserlicher Kommissar der Kiwu-Grenzregulierung, Berlin.
Dr. Hertzberg, H., Oberlehrer, Halle a. S.
Herzberg, Apothekenbesitzer, Spandau.
Hesse, Generalkonsul, Dresden.
Hesse, Herm., Dr. jur., Berlin.
von Heydebreck, Major i. gr. Generalstab, Berlin.
Dr. Heydenhauss, Hofzahnarzt, Berlin.
Heyn, Pastor, Stralsund.
Gebr. Heyne, G. m. b. H., Offenbach a. M.
Hillger, Herm., Berlin.
Dr. Hindorf, Richard, Direktor, Charlottenburg.
Frau Dr. Hindorf, Charlottenburg.
Hink, Heinrich, Redakteur der Täglichen Rundschau, Berlin.
Hintz, Eugen, Ingenieur, Berlin.
Dr. Hirth, Friedrich, Professor, New-York.
Hoefer, C., Pastor, Gräfenhainichen.
Dr. Hoeniger, Professor, Berlin.
Hoepfner, Carl, Kaufmann, Schöneberg.
Dr. Hoerle, Oberarzt der Reserve, Duisburg.
Hoesemann, Stabsarzt, Wurzen.
Höfer, Hauptmann, Riesa a. Elbe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hölck, Heinrich, Petropolis (Rio de Janeiro)
Dr. theol. Hölscher, Pfarrer, stellvertretender Vorsitzender des Kollegiums der evangelisch-lutherischen Mission, Leipzig.
Hön, J., Fabrikbesitzer, Hamburg.
von Hoffbauer, General der Artillerie z. D., Berlin.
Hoffmann, Karl, Verlagsbuchhändler, Berlin
Hoffmann, Kurt, Kgl. Regierungsbaumeister a. D., Siegersdorf in Schlesien.
Frau Kgl. Regierungsbaumeister Hoffmann, Siegersdorf i. Schl.
Hofft, Stabsarzt, Berlin.
von Hofmann, Staatsminister, Charlottenburg.
Holde, München.
Hübner, Oberstleutnant z. D., Riesa a. Elbe.
Hübener, Emil, Kaufmann, Hamburg.
von Hugo, Generalleutnant, Gouverneur der Festung Ulm.
Hupfeld, Fr., Bergassessor a. D., Berlin.
Huss, Daniel, Chef-Inhaber der Firma Gebr. Perztna, Hof-Pianofabrik, Schwerin i. M.
Hussong, Redakteur, Verlagsbuchhändler, Berlin.
Graf von Hutten-Czapski, Mitglied des Kolonialrats, Berlin.
Hynitzsch, Professor, Quedlinburg.
Illies, Carl, Kaufmann, Vorsitzender und Vertreter des Ostasiatischen Vereins, Hamburg.
Imberg, F., Rechtsanwalt, Berlin.
Ingenohl, C., Rentier, Bonn.
Jackson, B. John, Amerikanischer Botschaftsrat, Berlin.
Dr. Jacobi, Reg.-Rat, Berlin.
Frau Reg.-Rat Dr. Jacobi, Berlin.
D. Dr. von Jacobi, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär a. D., Berlin.
Jacobi, Hugo, Zehlendorf.
Jaeger, Richard, Rentier, München.
Jaehne, Oberbürgermeister, Potsdam.
Jaenicke, Major z. D., Gera (Reuss j. L.)
Janke, Oberst, Berlin.
Frau Dr. Jannasch, Berlin.
Fräulein M. Jannasch, Berlin.
Jasper, Paul, Ingenieur, Berlin.
Dr. Jentzsch, Professor, Kgl. Landesgeologe, Berlin.
Jerusalem, Landgerichts-Direktor, Düsseldorf.
von Jonquières, Geheimer Ober-Regierungsrat, Berlin.
Josephi, Wilhelm, Rostock.
*Jung, Aug., Kommerzienrat, Elberfeld.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Jungbecker, Oberbaurat, Vorsitzender und Vertreter der Gesellschaft für Erdkunde in Köln, Köln a. Rh.
Junghann, Bergrat, Berlin.
Kaelble, Dr. med., Regierungsrat, Berlin.
Kaiser, Siegfried, Kaufmann, Berlin.
Dr. Kandt, Richard, Berlin.
Dr. Kandt, M., Berlin.
Kannengiesser, Major a. D., Potsdam.
Kanzow, Pfarrer, Berlin.
Kaesewurm, Assistent, Berlin.
Kappus, M., Fabrikant, Offenbach a. M.
von Katte, Udo, Pflanzer, Berlin.
Dr. von Kaufmann, Richard, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Frau verw. Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Kayser, Berlin.
Kayser, A., Generalkonsul, Hamburg.
Keferstein, Kgl. Kommerz.-Rat, Berlin.
Keibel, H., Generalkonsul, Berlin.
Kehrl, Rudolf, Kaufmann, Brandenburg a. H.
von Keller, Generalleutnant z. D., München.
Keller, Alfr., Fabrikant, Siegfeld b. Siegburg.
Dr. Keller, Bankdirektor, München.
Dr. Kemmer, Franz, Rechtsanwalt, Berlin.
Kepler, Oberleutnant, Berlin.
Kern, Major, Wolfenbüttel.
Kessler, W., Kgl. Forstmeister, Colpin b. Storkow (Mark).
von Kettler, Generalleutnant, Berlin.
Dr. Kettler, Professor, Vorsitzender des Vereins für deutsche Auswandererwohlfahrt, Hannover.
von Kettler, Generalmajor z. D., Bonn.
Kilian, F., Forschungsreisender, Stromberg (Hunsrück).
D. Dr. Kind, Aug., Prediger, Vorsitzender und Vertreter des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins, Berlin.
Dr. Kirchhoff, A., Professor, Vorsitzender und Vertreter des Thüringisch-Sächsischen Vereins für Erdkunde, Halle a. S.
Dr. Kirchner, Professor, Geh. Ober-Medizinalrat, Berlin.
Kirchstein, Fr., Egon, Assistent am Geol. u. Paläont. Inst. d. Univ. Berlin.
Kirsten jr., Adolf, Kaufmann, Hamburg.
Klein, E., Pfarrer, Pforzheim.
Kleine, Bergrat, Dortmund.
Kleine, Bergwerksdirektor, Dortmund.
Kleinwächter, F., Kais. Chines. Zolldirektor a. D., Berlin.
von Kleist, Oberst a. D., Gebersdorf (Dahme, Mark).



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Kleist, Hauptmann a. D., Charlottenburg.
Dr. Kleinert, Professor an der Universität, Berlin.
Dr. Kneser, A., Professor, Berlin.
Dr. Knittel, Buchdruckereibesitzer, Karlsruhe.
Knoblauch, Kaufmann, Spandau.
Knudson, Hauptm. i. Gr. Gen.-Stab, Berlin.
Kobelt, Geheimer Postrat, Berlin.
Koch, Rudolf, Direktor, Berlin.
Fräulein Koch, Berlin.
Koch, Korvettenkapitän, Wilhelmshaven.
Kochjzn, J. K., Berlin.
Koehler, Ober-Konsistorialrat, Berlin.
von Koenen, Professor, Geh. Bergrat, Göttingen.
Frau Geh. Reg.-Rat Koenig, Berlin.
Dr. Koenig, Generaloberarzt a. D., Potsdam.
von König, Geheimer Legationsrat, Berlin.
Frau Geh. Rat v. König, Berlin.
Graf von Koenigsmarck, Walther, Oberleutnant, Potsdam.
von Koenigswald, G., Rentier, Berlin.
Köhler, A., Professor, Berlin.
Köhler, Oberst a. D., Schwerin i. M.
Köhler, Aug., Fabrikant, Oberkirch (Baden).
Köhler, Geh. Postrat, Berlin.
Kohlschütter, Ernst, Dr. phil., Wilmersdorf.
Kolle, Dr. med., Professor, Berlin.
Kollm, Georg, Hauptmann a. D., Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde, Charlottenburg.
Dr. Kornmayer, Assessor, Berlin.
Kopp, J., Direktor, Berlin.
von Korff-Krokisius, Major a. D., Strassburg i. Els.
Koser, H., Kaiserlicher Generalkonsul a. D., Berlin.
Frau Generalkonsul Koser, Berlin.
Köser, H., Fleischauktionator, Hamburg.
Dr. Kossel, Professor, Regierungsrat am Kaiserl. Gesundheitsamt, Berlin.
Dr. Kraemer, Marinestabsarzt, Kiel.
Krähe, Hauptmann, Berlin.
Krahmann, Ingenieur, Berlin.
Kraus, Oberleutnant, Berlin.
Krause, Bergassessor, Berlin.
Krawehl, G., Handelsrichter, Essen.
Dr. Krawietz, Oberarzt, Berlin.
Kressmann, A., Major a. D., Karlsruhe i. B.
Kretzschmar, Heino, Fabrikbesitzer, Dresden-A.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Kreyer, C. T., Botschaftsrat, Berlin.
von Kries, Rittmeister a. D., Berlin.
Krohn, Geh. Baurat, Detmold.
Krückeberg, W., Superintendent a. D., Berlin.
Krüger, Kunibert, Berlin.
Kücker, H., Neuwegersleben.
Kueppers-Loosen, G., Köln a Rhein.
Kühn, Ernst, Rechnungsrat und Plankammer-Inspektor, Berlin.
Kühne, Kontre-Admiral a. D., Lübeck.
Dr. Kuhn, Stabsarzt, Hamburg.
Kuhnert, Wilhelm, Tier- und Orient-Maler, Berlin.
Dr. Kundt, Walter, Charlottenburg.
Dr. Kuntze, Kurt, Vertreter des Verbandes deutscher Baumwollgarnkonsumenten, Dresden.
Kupfernagel, Joh., Friedrichsfelde.
Dr. von Kupffer, C., Geh. Rat, Professor, München.
Kurtz, Ernst, Kaufmann, Berlin.
Küster, M., Sassnitz (Rügen).
Ladewig, Direktor, Berlin.
Lambrecht, Kaiserl. Bezirksamtmann, Kilossa Deutsch-Ost-Afrika.
Dr. phil. Baron von Landau, Wilh., Berlin.
Dr. Landerer, Heinrich, Göppingen, Wttbg.
Lange, C. J., Direktor, Berlin.
Lange, M., Landmesser, Berlin.
Langheld, Hauptmann, Duala, Kamerun.
Langheld, Kaufmann, Berlin.
Langner, H., Kommissionsrat, Liegnitz.
Dr. Lassar, O., Professor, Berlin.
Laue, Hans, Eberswalde.
von Laurens, Hauptmann a. D., Berlin.
Lauter, W. H., Oberingenieur, Frankfurt a. M.
Lebeau, J., Provinzialoberer der Oblaten des heiligen Franz v. Sales, Oberdöbling (Wien).
Frau Gräfin Ledóchowska, M. Th., General-Leiterin der St. Petrus Claver-Sodalität für die afrikanischen Missionen, Salzburg, Österreich.
Lehmann, Adolph, Ruhrort.
Lehmann, Conrad, Kaufmann, Berlin.
Lehmann, P., Professor, Berlin.
Lehmann, Hauptmann z. D., Halensee.
Dr. phil. et med. Lehmann-Nitsche, Sektionschef für Anthropologie am Museum zu La Plata.
von Leib, Friedrich, Geh. Ober-Reg.-Rat, Potsdam.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Leisewitz, Lambert, Bremen.
Leitert, B. R., Vizekonsul, Dresden.
Frau Vizekonsul Leitert, Dresden.
Leonhard, A., Stadtrat, Schleswig.
Leue, A., Hauptmann a. D., Friedenau.
Lender, Kapitän z. See, Berlin.
Dr. Lenschau, Berlin.
Lentze, Otto, Regierungsrat, Halle a. S.
Leuschner, F. W., Missionar, China.
Leutwein, Oberst, Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, z. Zt Berlin.
von Lessing, Generalmajor z. D., Berlin.
von Lewinski, Leutnant, Berlin.
Dr. Leymann, prakt. Arzt, Nienburg a. Weser.
Lichtwald, Carl, Postdirektor, Schwerin i. M.
Liebermann, C., Geheimer Rat, Professor, Berlin.
Liebig, Oberstleutnant z. D., Ehrenbreitstein.
Frau Oberstleutnant Liebig, Ehrenbreitstein.
Lieboldt, Johannes, Pastor em., Hamburg.
von Lignitz, General d. Inf., Charlottenburg.
Lilly, R., Berlin.
Dr. Linck, Professor, Vorsitzender und Vertreter der Geographischen Gesellschaft für Thüringen, Jena.
Linckens, H., Provinzial, Vertreter der Genossenschaft der Missionare vom heiligsten Herzen Jesu, Missionshaus Hiltrup bei Münster i. W.
Graf Carl von Linden, Kgl. Württembergischer Oberkammerherr a. D., Vorsitzender und Vertreter des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, Stuttgart.
Frau Gräfin Linden, Stuttgart.
Lindenberg, Paul, Schriftsteller, Berlin.
Lindhorst, Oberst, Alt-Glienicke b. Berlin.
von Lingen, H. B., Referendar, Berlin.
Linnemann, B., Vermessungsinspektor, Oldenburg (Grossh.).
Dr. Littmann, G. A. Otto, Konsul a. D, New-York.
Dr. Lippert, Ludwig J., Kaufmann, Hamburg.
Lippert, Eduard A., Landwirt, Hamburg.
Livonius, Vizeadmiral a. D, Berlin.
Dr. Lissauer, Sanitätsrat, Berlin.
Lischke, Eugen, Brisbane.
Loag, Joseph, Administrator, Friedrich Wilhelmshafen (Dtsch. Neu-Guinea).
von Löbbecke, Rittergutsbesitzer, Kassel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Löbbecke, Leutnant, Hofgeismar.
Lohe, W., Rechtsanwalt, Düsseldorf.
Lohmann, Otto, Bremen.
Frau Lohmann, Bremen.
Dr. Lohmeyer, Julius, Schriftsteller, Charlottenburg.
Dr. med. Lorenz, R., Charlottenburg.
Fräulein Elisabeth Lorey, Hamburg.
Lossius, A., Schriftsteller, Berlin.
Dr. Lübbert, Jürgen, Professor, Halle a. S.
Lübcke, Ch. W., Rentner, Bützow.
Lucas, Kommerzienrat, Berlin.
Frau Rittmeister von Lücken, Gr.-Lichterfelde.
Lüddeckens, Oskar, Prokurist, Berlin.
Dr. Ludewig, Sanitätsrat, Hamburg.
Ludwig, Kreisbauinspektor, Friedenau.
von Luschan, Professor, Vertreter des Kgl. Museums für Völkerkunde, Berlin.
Dr. Lutze, J., Apothekenbesitzer, Berlin.
Lyon, Gustav, Kaufmann, Hamburg.
Maass, Alfred, Privatgelehrter, Berlin.
Maass, Rudolph, Kaufmann, Berlin.
Frau Maass, Berlin.
Macco, Albr., Bergassessor, Berlin.
Mack, Gustav, Frankfurt a. M.
Maenss, Professor, Magdeburg.
Maercker, Hauptmann, Tilsit.
Mann, Assessor, Berlin.
Mappes, Heinrich, Vizekonsul, Frankfurt a. M.
Marschall von Bieberstein, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Martens, John, Kaufmann, Hamburg.
Martin, Regierungsrat im Reichsamt des Innern, Berlin.
Dr. Martini, Erich, Marinestabsarzt, Berlin.
Frau Martini, Berlin.
Martins, Major, Striegau.
Marwitz, G., Direktor, Dresden.
von Massow, Oberleutnant, Berlin.
Mathias, Fritz A., Ingenieur, Berlin.
Matschie, Kustos, Berlin.
Dr. Graf Matuschka, Berlin.
Dr. Maurer, H., Hamburg.
Maurer, Oberleutnant, Hagenau i. Els.
Meck, Bernhard, Konsul und Fabrikbesitzer, Nürnberg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Frau Rentiere Marie Medding, Potsdam.
Dr. Mehnert, Geheimer Hofrat, Präsident der II. Sächsischen Ständekammer, Rittergut Medingen bei Dresden.
Dr. phil. Mehring, H., Beuel a. Rh.
Dr. Meidinger, Hofrat, Professor, Karlsruhe i. B.
Meilicke, Fabrikbesitzer, Berlin.
Meiner, Arthur, Verlagsbuchhändler, Leipzig.
Dr. Meitzen, August, Professor, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Dr. jur. Mende, Rechtsanwalt, Riesa.
v. Mendelssohn-Bartholdy, Geheimrat, Berlin.
Menges, Generalmajor z. D., Berlin.
Mennicke, C., Ingenieur, Berlin.
Dr. med. Mense, C., Kassel.
Mensing, A., Kapitän z. See a. D., Berlin.
Mentz, Reichsmilitärgerichtsrat, Berlin.
Dr. Menzel, Hans, Berlin.
Dr. Menzel, Postdirektor, Hauptmann a. D., Finsterwalde (Niederlausitz).
Merck, Ernest, Kaufmann, Hamburg.
D. Merensky, A., Missionsinspektor, Missionssuperintendent a. D., Vertreter des Ausschusses der deutschen evangelischen Missionen und der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden, Berlin.
Merensky, jr., Berlin
Mertens, Bureaudirektor der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin.
Messing, Otto, stellvertretender Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank, Berlin.
Dr. Mey, Berlin.
Dr. Meyer, Kammergerichtsrat, Berlin.
Frau Kammergerichtsrat Dr. Meyer, Berlin.
Meyer, Eduard H. C., Konsul, Hamburg.
Meyer, Ed. Lorenz, Hamburg.
Fräulein Else Meyer, Aachen.
Meyer, Ernst, Kaufmann, Hamburg.
Meyer, Ernst Otto, Kaufmann, Vertreter des Vereins Westafrikanischer Kaufleute, Hamburg.
Meyer, Ew., i. Fa.: Bödecker & Meyer, Hamburg.
*Dr. Meyer, Hans, Professor, Mitglied des Kolonialrats, Vertreter des Vereins für Erdkunde in Leipzig, Leipzig.
Dr. Meyer, Herrmann, Leipzig.
Meyer-Hesse, Kaufmann, Hamburg.
Meyer, Joh. Fr., Maurermeister, Magdeburg.
Meyer, Ulrich, Verlagsbuchhändler, Südende-Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Meyer-Delius, Direktor der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln, Hamburg.
Dr. phil. Mez, Professor, Halle a. S.
Dr. phil. Michael, Berlin.
Dr. von Michael, Rittergutsbesitzer, Gross Plasten i. Mecklenburg.
Michael, Max, Pfarrer, Frauenhain bei Dresden.
Michaelis, Eduard, Witzenhausen a. d. Werra.
Missionsgesellschaft der deutschen Baptisten, Steglitz.
Mismahl, F., Plantagenbesitzer, z. Zt. Berlin.
Dr. Möbius, Professor, Geheimer Regierungsrat, Verwaltungsdirektor des Museums für Naturkunde, Berlin.
Möhlau, Adolf, Kommerzienrat, Düsseldorf.
Dr. von Moeller, Privatdozent, Berlin.
Dr. jur. et phil. Mohr, P., Berlin.
Moisel, Kartograph, Berlin.
Morgen, Major, Stettin.
Moritz, Edgar, H., Kaufmann, Hamburg.
Mosino, Ph, Rentier, Berlin.
Mueller, Oskar, Kaufmann, Berlin.
Mühlberg, Johannes, Kaufmann, Dresden.
Mühlhan, Postrat, Berlin.
Müller-Hartung, Frl., Grossherzogl. sächs. Kammersängerin, Berlin.
Müller, Bruno, Grosshändler, Bayreuth.
Frau Grosshändler Müller, Bayreuth.
Müller, Clemens, Kaufmann, Hamburg.
Müller, Gustav, Pastor, Groppendorf bei Hakenstedt.
Müller, Gust., Kartograph der Kgl. Landesaufnahme, Charlottenburg.
Müller, Major, Berlin.
Müller, Heinr., Aug., Privatier, Hamburg.
Müller, P., Pastor, Hamburg.
Dr. Müller, prakt. Arzt, Neustadt a. A.
von Mülmann, Major, Angermünde.
Mueller, V. H., Leipzig.
von Mühlenfels, Eisenbahn-Direktions-Präsident a. D., Berlin.
Münchmeyer, H., Kaufmann, Hamburg.
Mund, A., Rentier, Bonn.
Mund, H., Verlagsbuchhändler, Spandau.
Dr. phil. Münsterberg, Direktor, Berlin.
Museum für Völkerkunde, Leipzig.
Nagel, Major, Adjutant der 35. Division, Graudenz.
Neeff, Fritz, Prokurist der Deutschen Bank, Berlin.
Dr. Neubaur, Direktor, Charlottenburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Neue Baumwollen-Spinnerei, Bayreuth.
Dr. med. Neufeld, Arzt, Berlin.
Neumann, Geh. Oberpostrat, Berlin.
Neumann, Oskar, Zoologe, Berlin.
Dr. Neumann, Oberlehrer, Charlottenburg.
Dr. von Neumayer, Wirklicher Geheimer Admiralitätsrat, Professor, Direktor der Deutschen Seewarte, Hamburg.
Niederrheinische Flachsspinnerei, Dülken.
Niedt, Hugo, Kaufmann, Potsdam.
Dr. Nietner, Oberstabsarzt a. D, Gross-Lichterfelde.
Nikisch, Emil, Assistent, Berlin.
Nischwitz, Joh., Landtagsabgeordneter, Vertreter des Vereins der Industriellen in den Kreisen Rothenburg O. L. und Hoyerswerda, Niesky.
Nitsche, Berlin.
Frau Nitsche, Berlin.
Nitze, Reg.-Baumeister, Berlin.
Frau Reg.-Baumeister Nitze, Berlin.
Freiherr von Nordenflycht, Konstantinopel.
von Nostiz-Wallwitz, Legationssekretär, Berlin.
Dr. Oberhummer, Eugen, Professor, Vertreter der Geographischen Gesellschaft München und der Abteilung München der Deutschen Kolonialgesellschaft.
Dr. Obersetzer, Generaldirektor, Grünberg.
Oehler, Missionsinspektor, Vertreter der Evangelischen Missionsgesellschaft, Basel.
Oehlmann, Gustav, Fabrikant, Berlin.
von der Oelsnitz, Hauptmann, Danzig.
von Offensandt-Berckholtz, Oberschlosshauptmann, Karlsruhe i. B.
Ohnesorg, Oberstleutnant, Vertreter des Oberkommandos der Schutztruppen, Berlin.
Oldemeyer, E. A., Kaufmann, Bremen.
Oloff & Co., F., Bremen.
Baron von Oppenheim, Köln a. Rh.
*Oppenheim, Hugo, Kommerzienrat, Berlin.
Dr. jur. Opitz, Friedenau.
Opitz, Ingenieur, Südbrasilien.
von Oppeln Bronikowski, Korvetten-Kapitän a. D., Charlottenburg.
Dr. Orth, Albert, Geheimer Regierungsrat, Professor, Berlin.
von Osterroth, Gutsbesitzer, Schloss Schönberg bei Oberwesel.
Dr. Ostertag, Professor, Berlin.
O'Swald, Wm., Senator, Hamburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

O'Swald, Alfred, Kaufmann, Hamburg.
O'Swald, Henry, Kaufmann, Hamburg.
Ottens, F., Kaufmann, Hamburg.
Dr. Otto, Hamburg.
Otto, Erich, Pastor, Vertreter des Evangelischen Afrika-Vereins, Berlin.
Dr. Paalzow, Oberstabsarzt, Vertreter des Preuss. Kriegsministeriums, Berlin.
Dr. Paetel, H., Kommerzienrat, Berlin.
Paetel, Alfred, Verlagsbuchhändler, Berlin.
Frau A. Paetel, Berlin.
Pagenstecher, Louis, Hamburg.
Pagenstecher, L., Konsul, Hamburg.
Dr. Pahde, Ad., Professor, Krefeld.
Pasch, Max, Verlagsbuchhändler, Berlin.
Dr. Passarge, Siegfried, Steglitz.
Dr. phil. et jur. Passow, Richard, Referendar, Berlin.
Paufler, Eduard, Pfarrer, Langenleuba b. Oberhain.
Paul, Martin, Kaufmann, Bremen.
Paul, Pfarrer, Lorenzkirch b. Strehla (Elbe).
Pavel, Oberstleutnant, Kommandeur der Schutztruppe von Kamerun.
von Pawel, Wirkl. Geheimer Rat, Grossh. Sächsischer Minister z. D., Braunschweig.
Dr. Peiser, F. E., Privatdozent, Königsberg i. Pr.
von Pelet-Narbonne, Generalleutnant a. D., Charlottenburg.
Pelizaeus, Konsul, Kairo.
Pelldram, Kais. Gesandter für Venezuela, Berlin.
Pessler, W., stud. geogr., Hannover.
Peters, J. J. W., Fabrikant und Kaufmann, Hamburg.
Petsch, Robert, Rentner, Berlin.
Frau Petsch, Berlin.
Pfeifer, Rektor, Weissenfels a. S.
Pfeiffer, Carl, Kaufmann, Bremen.
Pfeiffer, Oberstleutnant a. D., Berlin.
Graf v. Pfeil, Joachim, Kammerherr, Friedersdorf i. Sch.
Dr. Pflug, A., Rechnungsrat, Berlin.
von Pflugk, Rud., Privatier, Hamburg.
Pflüger, J. C., Bremen.
Philipp, J. P., Privatier, Dresden.
Philippson, W., Kaufmann, Berlin.
Pickenpack, Paul, Generalkonsul, Hamburg.
Dr. Pietschker, Pfarrer, Potsdam.
Pistor, Paul, Rektor, Elberfeld.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Plehn, Regierungsarzt, Lubochin, Kreis Schwetz a. Weichsel.
Plock, C., Reg.-Baumeister und Eisenbahn-Direktor, Vertreter der Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin.
Plüddemann, Kontre-Admiral z. D., Vorsitzender und Vertreter des Deutsch-Brasilischen Vereins, Berlin-Wilmersdorf.
Pogge, Wilh., Rittergutsbesitzer, Roggow, Post Lalendorf.
von Pommer Esche, Wirkl. Geh. Rat, Oberpräsident a. D., Berlin.
Dr. Ponfick, Professor, Geheimer Med.-Rat, Breslau.
Popitz, D., i. Fa. Etzold & Popitz, Leipzig.
Dr. Porsch, Justizrat, Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Kolonialrats, Breslau.
von Poser und Gross-Nädlitz, Generalmajor z. D., Charlottenburg.
Pösche, E., Städt. Lehrer, Treptow b. Berlin.
Poten, Generalleutnant z. D., Leipzig.
Prager, E., Assistent, Berlin.
Frau Reg.-Rat Prausnitzer, Berlin.
Pressel, Direktor im Reichs-Postamt, Berlin.
Dr. Preuss, Paul, Charlottenburg.
Frau Dr. Preuss, Charlottenburg.
Preuss, Max, Rechtsanwalt und Notar, Köpenick.
Prietze, W.. Pfarramtskandidat und Geograph, Wernigerode a. H.
v. Prittwitz, Hauptmann i. d. K. Schutztruppe Ostafrika, Dar-es-Salaam.
Puder, Hauptmann, Mülheim a. Rh.
v. Puttkamer, Hauptmann, Schöneberg.
Püschel, Oberpfarrer, Oranienburg.
Raab, Carl Friedrich Gustav, Fabrikant, Weissenburg a. Sd.
Rabes, Max, Genre- und Orientmaler, Berlin.
Raffloer, Louis, Rentier, Berlin.
Ragoczy, Syndikus a. D. und Generalsekretär, Longeville b. Metz.
Rakenius, W., stud. jur., Gross-Lichterfelde.
Randel, C., Kaufmann, Antwerpen.
von Rantzau, Kammerherr, Ostorf bei Schwerin.
Dr. Rathgen, Karl, Professor, Heidelberg.
Raschdau, Kaiserl. Gesandter z. D., Berlin.
Dr. med. Rauert, E., Vorsitzender und Vertreter der Nachtigal-Gesellschaft für vaterländische Afrikaforschung, Berlin.
Reck, Friedrich, Privatier, Schweinfurt a. M.
Rée, Rentier, Berlin.
Fräulein Emmy Rée, Hamburg.
Rehbein, F., Reg.-Rat, Leipzig.
Rehbock, Th., Professor, Karlsruhe i. B.
Rehders, E., Bankdirektor, Berlin.
Reichsmarineamt, Berlin, 1. Vertreter Kontre-Admiral Schmidt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Reichsmarineamt, 2. Vertreter Kapitän z. See Rollmann.
Reichsmarineamt, 3. Vertreter Kapitänleutnant Marks.
Reichsmarineamt, 4. Vertreter Marine-Oberstabsarzt Dr. Arendt.
Reichsmarineamt, 5. Vertreter Admiralitätsrat Prof. Dr. Köbner.
Reichsmarineamt, 6. Vertreter Oberleutnant z. S. von Usedom.
Reiners, Wm., Konsul, Hamburg.
Reichel, Arbeiterkommissar, Meissen.
Reichelt, Kaufmann, Berlin.
Reichensperger, Landgerichts-Präsident, Aurich (Ostfriesland).
Reimer, Amtsrichter, Hamburg.
Reinhard, Pfarrer, Sachsendorf b. Leipzig.
Reiniger, Missionar, Berlin.
Reinold, Major a. D., Berlin.
René, Konsul, Direktor des Kamerun-Eisenbahn-Syndikats, Berlin.
Reschke, Wilhelm, Rentner, Berlin.
Dr. Rewoldt, Justizrat, Berlin.
Graf von Rex, Victor, Kgl. Sächsischer Ceremonienmeister und Kammerherr, Dresden-A.
Rheingantz, Carlos G., Rentier, Wiesbaden.
Rheinische Handeï-Plantagen-Gesellschaft, Köln a. Rh.
Ribbert, J., Kommerzienrat, Hohenlimburg.
Richter, B., Rentier, Berlin.
Richter, Carl H., Baumeister, Berlin.
Richter, Emil, Buchhändler, Berlin.
Richter, Max, Bankier, Berlin.
Frau Richter, Berlin.
Richter, Pastor, Schwanebeck.
Dr. Freiherr von Richthofen, Geheimer Regierungsrat, Professor, Berlin.
Rickmann, Veterinärrat, Berlin.
Riedel, Kontre-Admiral a D., Lübeck.
Dr. Riesser, Justizrat, Direktor der Bank für Handel und Industrie, Berlin.
Dr. Ritter, Geh. Reg.-Rat, Schloss Waldenburg, Schlesien.
Ritter, C., Homburg v. d. Höhe.
Ritter, E., Direktor, Hauptmann a. D., Berlin.
Dr. Rocke, Syndikus, Vertreter des Fabrikanten-Vereins für Hannover, Linden und Umgebung, Hannover.
Roer, Paul G., Direktor, Münster i. W.
Rohde, Intendanturrat, Posen.
Rodewald, Major z. D., Breslau.
Roeseler, Wilh., Kommerzienrat, Berlin.
Frau Hauptmann A. Roessler, Berlin.
Rogge, W., Lehe-Bremerhaven.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. phil. Rohrbach, Schöneberg.
Röhrecke, B., Fabrikant, Berlin.
Dr. Rose, Edm., Professor, Geheimer Medizinalrat und dirig. Arzt in Bethanien, Berlin.
Rose, Wirklicher Legationsrat, Berlin.
von Rosenberg, Oberst a. D., Kassel.
Rosenberg, Herm., Bankdirektor, Berlin.
Rosenfelder, J. G., Restaurateur, Peterzell b. Villingen i. Baden.
Röhl, Ed., Direktor, Berlin.
Römer, Missionsinspektor, Vertreter der Gossnerschen Mission, Friedenau-Berlin.
Rudolf, Eduard, Kaufmann, Neisse.
Rudorff, Oberlandesgerichtsrat, Hamburg.
Dr. Ruge, Marine-Oberstabsarzt, Kiel.
Ruperti, H., Fabrikdirektor, Herne i. Westf.
Dr. de Ruyter, Professor, Berlin.
Dr. med. Sachs, A., prakt. Arzt, Mülhausen i. Els.
Sachs, Hauptmann a. D., Gewerkschaft Hohenfels, Sehnde b. Lehrte in Hannover.
Frau Wirkl. Geh. Rat Sachse, Berlin.
Fräulein Clara Sachse, Berlin.
Sachsenröder, Regierungs- und Forstrat a. D., Halensee.
Dr. Sander, Marinestabsarzt a. D., Lissa (Posen).
Sandrock, Oberleutnant, Kamerun, Deutsch-Westafrika.
Sandrock, Leonhard, Oberleutnant a. D., Marine-Maler, Friedrichshagen b. Berlin.
Sanne, L., Kaufmann, Hamburg.
Dr. med. Sannemann, Arzt, Berlin.
Dr. Sarnow, C., Chemiker, Friedenau.
Frau Dr. Sarnow, Friedenau.
Sarnow, Richard, Kolonialschüler, Friedenau.
Sarrazin, O., Geh. Oberbaurat, Vorsitzender und Vertreter des Allgemeinen Deutschen Sprach-Vereins, Friedenau
Sartori, Geheimer Kommerzienrat, Vorsitzender und Vertreter des Deutschen Nautischen Vereins, Kiel.
von Sarwey, Generalleutnant z. D., Charlottenburg.
Dr. Sattler, Geheimrat, Berlin.
Säuberlich, Amtsrat, Kleinwülknitz bei Köthen i. Anh.
Sauberzweig-Schmidt, Pastor, Berlin.
Saunders, Georg, Chef-Korrespondent, Berlin.
D. Schacht, Hjalmar, Geschäftsführer und Vertreter der Vereinigung der Export-Kommissions-Firmen, Berlin.
Schade, Referendar, Schwerin i. Meckl.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schaerffenberg, Postdirektor, Beuthen, Ober-Schlesien.
Schammel, Kgl. Gewerbe-Inspektor, Lyck.
Schanz, Moritz, Chemnitz.
Dr. Scharlach, Rechtsanwalt, Hamburg.
Scharsch, Simon, Provinzial, Pater, Vertreter der Genossenschaft der Oblaten der Heiligen und Unbefleckten Jungfrau Maria, St. Bonifatius-Kloster, Hünfeld.
Schäfer, H., Ober-Postinspektor, Friedenau.
Schäfer, Oswald, Kaufmann, Danzig.
Schäfer, Ober-Postpraktikant, Berlin.
Dr. Schaub, Oberlehrer, Kolberg.
Scheibel, Fregattenkapitän, Berlin.
Scheidt, Erh. Aug., Fabrikant, Kettwig.
Dr. Schellmann, Oberarzt, Berlin.
Scherner, Hauptmann a. D., Schlehdorf, Ober-Bayern.
Dr. Scheuffgen, F. J., Dompropst, Trier.
Dr. Schiemann, Theodor, Professor, Berlin.
Dr. Schilling, Regierungsarzt, Vertreter des Kaiserlichen Gouvernements von Togo, Lome.
Schilling, Konsul, Görlitz.
Schillings, C. G., Gürzenich b. Düren.
Schimmel & Co., Miltitz-Leipzig.
Schimmelpfeng, W., Kaufmann, Berlin.
Frau Schimmelpfeng, Berlin.
Schinckel, Max, Kaufmann, Hamburg.
Schipmann, H., Kaufmann, Brüssel.
Schlagintweit, Max, Major a. D., München.
Frau Rich. Schleicher, Schönthal bei Langerwehe, Rhld.
Schleinitz, Pflanzungsassistent, Kpeme (Togo).
Schlesinger, Martin, Generalkonsul a. D., Berlin.
Schlesinger, Philipp, Bankier, Berlin.
Schlichting, Johs., Ziegeleibesitzer, Genin b. Lübeck.
Graf von Schlieffen, General d. Kav., Chef des Generalstabes, Berlin.
Schlobach, Curt, Kaufmann, Böhlitz-Ehrenberg.
Schloemann, Hermann, Missionar aus Krügersdorp, Transvaal.
Schlubach, Heinr. A., Kaufmann, Hamburg.
Schlunk, Pastor, Neuendorf.
Schlüter, Ferd. E., Kaufmann, Hamburg.
*Dr. von Schlumberger, Wirklicher Geheimer Rat, Gebweiler.
Schmeisser, Geheimer Bergrat, 1. Direktor der Königl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin, Berlin.
Schmidt, Carl A. E., Dresden-A.
Schmid, Henry, Kaufmann, Hamburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schmidt, Tierarzt, Berlin.
von Schmidt, Generalmajor z. D., Meiningen
Schmidt, P. W., St. Gabriel, Mödling.
Dr. Schmidt, J., Kaplan, Breslau.
Dr. phil. Schmidt, Erich, Berlin.
Schmidt, Gerichtssekretär, Deutsch-Wilmersdorf.
Dr. Schmidt, Max, Geologe, Berlin.
D. Schmidt, A., Wirkl. Ober-Konsistorialrat und Konsistorialpräsident, Vertreter des Kgl. Konsistoriums der Prov. Brandenburg, Berlin.
Frau Schmidt, Berlin.
Dr. Schmitz, Rat u. ständiger Hilfsarbeiter des Senats, Hamburg.
Schmöle, Aug. Theodor, Regierungsassessor, Posen.
Schmöle, H. Aug., Vertreter des Vereins Westafrikanischer Kaufleute, Hamburg.
Dr. Schmoller, Gustav, Professor, Berlin.
*Dr. Schoeller, Max, Rittergutsbesitzer, Berlin.
von Schoeler, Rentner, Braunschweig.
Schoeller, Arnold, Kommerzienrat, Düren.
Dr. Schoen, E., Reg.-Rat, Berlin.
Schönner, R., Baumeister, Berlin.
Frau Baumeister Schönner, Berlin.
von Schönborn-Wiesentheid, Erwin, Reichsgraf und Major, Wannsee.
Dr. Schöne, Wirkl. Geheimer Rat, Generaldirektor der Kgl. Museen, Berlin,
Schött, Emil, Kommerzienrat, Rheydt.
Dr. Schrameier, Admiralitätsrat, Vertreter des Kaiserl. Gouverneurs von Kiautschou, Berlin.
Dr. Schreber, Kais. Oberarzt a. D. der Schutztruppe, Wittenberg, Bez. Halle.
Schreiber, A. W., Missions-Inspektor, Vertreter der Norddeutschen Missionsgesellschaft, Bremen.
Dr. Schreiber, Missions-Inspektor, Vertreter der Rheinischen Missionsgesellschaft, Barmen.
Schreiber, Ober-Reg.-Rat a. D., Stettin.
Schroeder, Max, Neudörfchen b. Meissen.
Dr. Schroeder-Poggelow, Rittergutsbesitzer, Berlin.
Schröder, Hellmuth, Konsul, Stettin.
Schröder, Landgerichtsrat, Kolmar i. Els.
Schubart, Hofprediger und Superintendent, Vertreter der Diasporakonferenz der Deutsch-Evangelischen Kirche im Auslande, Ballenstedt.
Dr. jur. Schubart, Paul, Geh. Seehandlungs-Rat a. D., Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schubert, W., Privatier, München.
Schucht, Geologe, Berlin.
Graf v. d. Schulenburg, Berlin.
Dr. Schulte im Hofe, A., Berlin.
Gebr. Schultheiss'sche Emaillierwerke A. G., St. Georgen (Schwarzw.).
Schultz, A., Berlin.
Dr. Schultze, L., Privatdoz. a. d. Univ. Jena.
Schultze, Leutnant, Berlin.
Schultze, W., Direktor, Berlin.
Schütze, Ferd., Fabrikant, Hannover.
Schwabe, Konsul a. D., Berlin.
Dr. Schwalbe, Professor, Vertreter der Gesellschaft für Erdkunde und Kolonialwesen in Strassburg i. E.
von Schwartz, Missionsdirektor, Vertreter der Evangelisch-lutherischen Missionsgesellschaft, Leipzig.
Schwartzkopff, Joh., Major a. D., Westend.
von Schwarz, Oberst a. D., München.
Dr. Schweinfurth, Professor, Berlin.
Graf von Schweinitz, Hans Hermann, Berlin.
Schweisgut, Ludwig, Hoflierant, Karlsruhe.
Dr. Schwencke, E., Sekretär des Ostasiatischen Vereins, Vertreter der Handelskammer in Hamburg, Hamburg.
Graf von Schwerin-Löwitz, Mitglied des Reichstages u. d. Abgeordnetenhauses, Vertreter d. Deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin.
Schwindt, Erster Bürgermeister, Gnesen.
Scipio, Ferd., Geh. Kommerzienrat, Mannheim.
Seemanns-Krankenhaus und Institut für Schiffs- u. Tropenkrankheiten, Hamburg.
Seidel, A., Redakteur der Deutschen Kolonialzeitung, Berlin.
Seidel, H., Rektor, Berlin.
Dr. jur. Seidenspinner, Wirkl. Geheimer Kriegsrat a. D., Berlin.
Seitz, R., Kaufmann, Witzenhausen, Werra.
Dr. Seitz, Wirklicher Legationsrat, Berlin.
Seoane, Legations-Sekretär, Berlin.
Selberg, Emil, Kaufmann, Berlin.
Sellin, A. W., Direktor, Hamburg.
*Selve, Gustav, Geheimer Kommerzienrat, Altena.
Sembritzki, Gouvernementslehrer a. D., Charlottenburg.
Dr. Senckpiehl, Assessor, Landsberg a. W.
Senfft, Bezirksamtmann, Steglitz.
Dr. med. Sessous, Berlin.
Le Seur, Eduard, Gross-Lichterfelde.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Seydoux, J., Sekretär, Berlin.
Dr. Siedel, Missionsinspektor, Vertreter der Evangelisch-lutherischen Missionsgesellschaft, Leipzig.
Siegfried, Julius, Bankier, Berlin.
Dr. med. Siegmund, A., Berlin.
von Siemens, Wilhelm, Fabrikbesitzer, Berlin.
Siems, Carl, Kaufmann, Plaue i. Sa.
Silbereissen, F., Kaufmann, Strassburg i. E.
Simon, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Dr. jur. Simon, Eduard, Berlin.
Simon, Stabsarzt, Berlin.
Simons, Major z. D., Berlin.
Dr. med. Singer, Berlin.
Sitz, Kgl. Eisenbahn-Sekretär, Erfurt.
Dr. Skrodzki, Oberarzt, Berlin.
Dr. theol. Freiherr von Soden, Prediger an der Jerusalemskirche, Professor an der Universisät, Berlin.
Soetbeer, Dr., Generalsekretär, Vertreter des Deutschen Handelstages, Berlin.
Dr. Sokolowsky, A., Zoologe, Charlottenburg.
Dr. Solmssen, Georg, Assessor, Berlin.
Soltmann, Fabrikbesitzer, Berlin.
Sommer, Gustav, Kaufmann, Hamburg.
von Sommerlatt, Oberstleutnant a. D., Braunschweig.
Sonntag, J., Apotheker, Regensburg.
Spatz, Gerhard, Kaufmann, Berlin.
Dr. Sperling, Kammerger.-Rat, Berlin.
von Spies, Kgl. bayr. Kammerherr und Oberstleutnant a. D., Gutsbesitzer zu Riedhof, Post Wolfratshausen.
von Spitz, General der Infanterie z. D., Berlin.
Splett, Fr., Lehrer u. Schriftsteller, Zoppot.
Sprigade, Paul, Kartograph, Berlin.
Dr. Stammann, Otto, Senator, Hamburg.
Dr. Stange, A., Professor, Minden i. W.
Stark, Emil, Direktor, Chemnitz.
Staudinger, Paul, M. d. Kolonialrats, Berlin.
Dr. Stechow, Generaloberarzt, Berlin.
Steckner, Albert, Bankier, Halle a. S.
Dr. Steffen, Hans, z. Z. Berlin.
Stegemann, H., Rentier, Charlottenburg.
Dr. Steig, Professor, Friedenau.
Steinberg, Kurt, Magdeburg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

v. d. Steinen, W., stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Brasilischen Vereins, Gross-Lichterfelde.
Steinmann, Hauptmann, Danzig.
Steinmetz, Generalleutnant, Chef der Landes-Aufnahme, Berlin.
Freiherr von Stengel, Carl, Universitäts-Professor, München.
Frau verw. Staatssekretär von Stephan, Vorsitzende und Vertreterin des Deutschen Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien, Berlin.
Fräulein Else von Stephan, Berlin.
von Stephani, Leutnant, Berlin.
Stern, Generalmajor z. D., Lübeck.
Dr. Steudel, Oberstabsarzt, Berlin.
Stieber, Oberleutnant, Kamerun.
Stille, Geheimer Oberpostrat, Berlin.
von Stocken, Major, Vertreter des Königl. Preuss. Kriegsministeriums, Berlin.
Dr. Stockmann, Konsistorial-Präsident, Mitglied des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses, Münster i. W.
Dr. jur. Stöhr, Berlin.
Stoltz, Hermann, Kommerzienrat, Hamburg.
Stolze, Ernst, Standesbeamter, Berlin.
Stosch, Georg, Pastor lic., Berlin.
Strandes, Justus, Kaufmann, Hamburg.
Dr. Stranz, Arzt, Berlin.
Stratz, Postrat, Berlin.
Strauch, Kontre-Admiral z. D., Friedenau.
Streccius, Leutnant, Berlin.
Dr. Ströse, Reg.-Rat, Halensee b. Berlin.
Strümpell, Oberleutnant, Braunschweig.
Strupp, L., Geh. Kommerzienrat, Gotha.
Stückrath, Buchdruckereibesitzer, Spandau.
Dr. von Studnitz, Berlin.
Dr. von Studnitz, A., Reg.-Rat a. D., Berlin.
Fräulein Stuebel, Berlin.
von Stünzner, Leutnant, Berlin.
Stürcken, Alfred, Vertreter des Vereins Westafrikanischer Kaufleute, Hamburg.
Sudhaus, Heinr., Fabrikant, Iserlohn-Werningsen.
Dr. Supan, Professor, Gotha.
Supf, Fritz, stud. chem., Berlin.
Supf, Karl, Fabrikbesitzer, Berlin.
Frau Fabrikbesitzer Luise Supf, Berlin.
Süsserott, Wilh., Verlagsbuchhändler, Berlin.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Sydow, Hauptmann, Frankfurt Oder.
von Taack-Trakranen, J., Fabrikbesitzer, Charlottenburg.
Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarkhausen.
Teschendorff, Hermann, Königsberg i. Pr.
Tessmer, Robert, Berlin.
Tetens, Wasserschout, Hamburg.
Dr. Tettenborn, Oberbürgermeister, Rheydt.
Dr. Tetzlaff, Oberlehrer, Stralsund.
Thalmann, Ernst, New-York.
Dr. Thilenius, G., Professor an der Universität, Breslau.
Thilo, Postinspektor, Friedenau.
Thomé, Eisenbahn-Direktions-Präsident, Frankfurt a. M.
Thomsen, D., Oberst, Niederschöneweide.
Dr. Thoms, H., Professor, Berlin.
Thormählen, Johs., Hamburg.
Dr. Thorner, Geh. Sanitätsrat, Berlin.
Frau Geh. Sanitätsrat Dr. Thorner, Berlin.
Dr. Thorner, Walther, Assistent der Kgl. Augenklinik der Charité, Berlin.
Fräulein Thorner, Berlin.
Thorum, Ober-Postpraktikant, Berlin.
Dr. jur. Thurnwald, Richard, Friedenau.
Tietz, Assessor, Berlin.
Tjarks, Joh. G., Verleger der Deutschen La Plata-Zeitung, Buenos Aires.
Dr. Tille, Alexander, Vertreter des Centralverbandes deutscher Industrieller, Berlin.
Dr. med. Timme, Arzt, Berlin.
Timmermann, W., stud. jur., Hannover.
Tippel, O., Chefredakteur, Schweidnitz.
von Tippelskirch, Berlin.
Todsen, Regierungsbaumeister, Berlin.
Tornau, Bergreferendar, Geologe an der Kgl. Geologischen Landesanstalt, Berlin.
Tornow, L. Max, Kaufmann und Fabrikbesitzer, Berlin.
Trainer, Leutnant, Münster i. W.
Trefurth, Leutnant, Berlin.
Trittelvitz, Walther, Pastor, Lic. theol., Missions-Inspektor, Vertreter der Evangelischen Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika, Berlin.
Troost, Oberleutnant, Hamburg.
von Trotha, Leutnant, Berlin.
von Trotha, Generalmajor, Torgau.
Freiherr von Tucher, Chr., Regierungsrat a. D., Nürnberg.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Turck, E. Wilh., Fabrikant, Lüdenscheid.
Dr. Uhl, F., Berlin.
Uhl, H., Oberstleutnant a. D., Bamberg.
Uhles, E., Geheimer Justizrat, Berlin.
Ulrich, Otto, Schiffskapitän, Hamburg.
Unger, J., Essen (Ruhr).
von Unruh, Leutnant, Berlin.
Vagedes, Stabsarzt, Berlin.
Valois, Vizeadmiral z. D., Berlin.
Frau Vizeadmiral Valois, Berlin.
Vanselow, Oberst z. D., Wiesbaden.
Dr. jur. von Veh, Rechtsanwalt, Berlin.
von Velsen, Oberberghauptmann und Ministerialdirektor, Berlin.
Dr. phil. Velten, C., Berlin.
Verband Deutscher Chokoladefabrikanten, Dresden.
Vietor, J. K., Bremen.
Frau J. K. Vietor, Bremen.
von Villaume, Generalleutnant, Vertreter des Kgl. Preuss. Kriegsministeriums, Berlin.
Graf Vitzthum von Eckstädt, Otto, Dresden-A.
Dr. phil. Voges, Otto, Berlin.
Vohsen, Ernst, Konsul a. D., Berlin.
Frau Konsul Vohsen, Berlin.
Dr. Voigt, A., Hamburg.
G. Voigts, Kaufmann und Farmer, Leutnant d. L. 1., Windhoek.
Vollmar, H., Militär-Oberpfarrer u. Generalvikar, Berlin.
Dr. Volkens, G., Professor, Berlin.
Frau Helene Vosberg, Potsdam.
Dr. jur. Vosberg-Rekow, Direktor und Vertreter der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, sowie Vertreter der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, Berlin.
Frau Dr. Vosberg-Rekow, Käthe, Potsdam.
de Voss, Gustav, Kaufmann, Hamburg.
Wachholtz, Geh. Postrat, Berlin.
Wagener, R. C. A., Kaufmann, Hamburg.
Dr. Wagner, A., Professor, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Dr. Wagner, H., Professor, Geh. Reg.-Rat, Göttingen.
Dr. Waldeck, Martin, Korrespondent, Berlin.
Wallmüller, Hauptmann, Torgau.
Walter, Georg, P., Vertreter der Pallotiner Kongregation, Limburg (Lahn).
Walter, R., Kaufmann, Hamburg.
Walther, W., Reg.-Baumeister, Grunewald.



Universitäts-Bibliothek Kiel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Waltermann, Jos., Kaufmann, Münster i. W.
Wandres, Friedrich, Berlin.
Wangemann, Marine-Pfarrer a. D, Pfarrer in Gautsch bei Leipzig.
Wanner, G., Theodor, Kaufmann, Stuttgart.
Wappäus, A. H., Hamburg.
Warburg, Moritz, Bankier, Hamburg.
Dr. Warburg, O., Professor, Berlin.
Frau Professor Dr. Warburg, Berlin.
Dr. Warncke, Steglitz.
Warnholtz, Friedrich, Kaufmann, Hamburg.
Weber, Julius, Kommerzienrat, Duisburg.
Weber, Ed. F., Konsul, Hamburg.
von Wedel, Minister d. Kgl. Hauses, Berlin.
Wegener, Caesar, Kaufmann, Altona (Elbe).
Dr. phil. Wegener, Georg, Berlin.
Dr. v. Weickhmann, Charlottenburg.
Weidler, Paul, Fabrikant, Berlin.
Weidmann, C., Kunstmaler, Lübeck.
Weil, S., Kaufmann, Hamburg.
Dr. Weiland, W., Direktor, Löbau i. S.
Weise, R. E., Fabrikbesitzer, Halle a. S.
Weiss, Joh., Fabrikbesitzer, Landshut i. Bayern.
Freiherr von Welck, Reg.-Rat, Chemnitz.
Dr. Wendlandt, Generalsekretär und Vertreter des Bundes der Industriellen, Berlin.
Wendte, Dar-es-Salaam.
Frau Dr. Wendtland, Leipzig.
Wengenroth, W. Th., Fabrikbesitzer, Lübeck.
*Werner, Aug., Handelskammerpräsident, Hannover.
Werner, Oberarzt, Berlin.
Wertheim, Paul, Frankfurt a. M.
von Werthern, Oberstleutnant, Gr.-Lichterfelde.
Westafrikanische Pflanzungs-Gesellschaft, „Victoria“, Berlin.
Dr. Westberg, G. A., Hamburg.
Wettstein, Oberleutnant, Berlin.
Dr. Wever, Kaiserl. Deutscher Konsul, Chicago.
Wevers, Ober-Konsistorial-Rat, Lic., Berlin.
Frau Weyersberg, Bonn a. Rh.
Wicke, Wilhelm, Kaufmann, Berlin.
Dr. Widenmann, Oberstabsarzt, Bonn a. Rh.
Widenmann, Adolf, Kaufmann, Berlin-Halensee.
Widenmann, Geheimer Kommerzienrat, Vorsitzender der Handelskammer in Stuttgart, Stuttgart.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. med. Wibel, Wiesbaden.
Wiechers, Henry, Kaufmann, Hamburg.
Wiesing, H., cand. jur., Berlin.
Wilke, Albert, Rentier, Neustettin.
Wilckens, Sekretär des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Berlin.
Wilhelm, Emil, Kommerzienrat, Vertreter der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, München.
Dr. Wirth, Albrecht, Schriftsteller, Solln II bei München
Wiskow, Geheimer Regierungsrat und vortr. Rat im Ausw. Amt, Berlin.
Wissinger, Julius, Kaufmann, Berlin.
Wissner, Wilh., Fabrikant, Göppingen.
Wittenbrinck, Realschuldirektor, Unna.
Wittich, Geh. Reg.-Rat, Berlin.
Wittko, Ministerial-Direktor, Berlin.
Dr. Wittmack, L., Professor, Geh Reg.-Rat, Berlin.
Wittmer, Kapitän zur See a. D., Gross-Lichterfelde.
Woermann, Adolph, Präsident und Vertreter der Handelskammer Hamburg, Hamburg.
Frau Adolph Woermann, Hamburg.
Wöldike, Gerichtsreferendar, Leutnant d. R., Berlin.
Dr. Wohltmann, Professor, Geh. Reg.-Rat, Bonn.
Wölbling, Berthold, Landesökonomierat, Berlin.
Wolf, Eugen, Forschungsreisender, München.
Wolff, Guido, Direktor, Hamburg.
von Wolff, Major, Berlin.
Wulffsohn, J., Kaiserlicher Konsul, Vancouver B. C.
Wuttke, C., Kunstmaler, München.
Dr. Wutzdorff, Geh. Reg.-Rat, Direktor im Kaiserlichen Gesundheitsamt, Berlin.
Dr. Zacharias, Professor, Hamburg.
Zache, Bezirksamtmann, Berlin.
Dr. Zacher, Geh. Regierungsrat, Berlin.
Zappe, Oberpostrat, Berlin.
Graf Zech, Kais. Bez.-Amtmann, München.
Zeiss, Aug., Kommerzienrat, Berlin.
von Zepelin, General, Vertreter der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, Eberswalde.
Dr. phil. Zerener, Hugo, Ingenieur, Berlin.
Zerener, Polizei-Leutnant, Berlin.
Zimmermann, Major a. D., Berlin.
Zierdt, G., Bauunternehmer, Mülhausen i. E.
Zietz, Ed., Direktor, Berlin.
Zilling, Paul, Kommerzienrat, Direktor des Export-Musterlagers, Stuttgart.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Dr. Zimmerer, H., Professor, für die Ortsgruppe Ludwigshafen des Allgemeinen Deutschen Schulvereins.
von Zimmermann, Aug., Amtsrat, Salzmünde.
von Zimmermann, Max, Kgl. Amtsrat und Rittergutsbesitzer, Benkendorf bei Halle a. S.
Dr. Zimmermann, Oberstabsarzt, Berlin.
Zirkenbach, Paul, Kaufmann, Berlin.
Dr. Zorn, Professor, Geheimer Justizrat, Bonn a. Rh.

---

Es waren also im ganzen 1346 zahlende Mitglieder, einschliesslich der Ehrenförderer, zum Kongress angemeldet. Die Zahl der wirklich Anwesenden lässt sich leider nicht genau feststellen, da nicht alle eintreffenden und an den Verhandlungen teilnehmenden Mitglieder sich im Bureau des Kongresses meldeten und in die Präsenzliste eintrugen. Immerhin haben dies gegen Tausend getan. Die Gesamtzahl der Besucher des Kongresses war aber weit grösser.

Aus dem oben erwähnten Grunde unterblieb die sonst übliche Bezeichnung der beim Kongress Anwesenden durch einen Beidruck in der Liste.

Eine Anzahl von veranstaltenden Vereinen, sowie die Abteilungen Bremen und Plauen der Deutschen Kolonialgesellschaft, der Deutsche Nautische Verein, Kiel, der Deutsche Seefischerei-Verein Hannover, beteiligten sich durch besondere Zahlungen an der Deckung der Kosten des Kongresses, dem dadurch und durch die Beiträge der Ehrenförderer grössere Beträge zuflossen, über die vom ständigen Ausschuss für sich Rechnung gelegt wird. Dem Kongress standen aus diesen Zuwendungen einschliesslich der Mitgliedsbeiträge 31880 Mk. zur Verfügung.

Besonderen Dank, dem auch an dieser Stelle nochmals Ausdruck gegeben werden soll, schuldet der Kongress dem Präsidenten des Reichstages, Grafen Ballestrem, für die Überlassung des Reichstagsgebäudes zu den Verhandlungen des Kongresses; ferner dem Direktor beim Reichstage, Geh. Regierungsrat Knack, für seine so ungemein entgegenkommende Unterstützung bei allen Hausfragen.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Der Gang der Verhandlungen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Am Freitag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr 45 Minuten, eröffnete der Herr Präsident,

Se. Hoheit der Herzog **Johann Albrecht zu Mecklenburg**

im grossen Sitzungssaale des Reichstages den Kongress mit folgender Ansprache:

Es gereicht mir zur hohen Ehre, die glänzende Versammlung, die sich heute hier in diesen, der Arbeit zum Wohle des deutschen Volkes gewidmeten Räumen zusammengefunden hat, eröffnen und begrüssen zu dürfen. Möchte der Deutsche Kolonialkongress 1902 in der Geschichte unserer Kolonialbestrebungen die Grundlage bilden für einen erneuten kräftigen Aufschwung deutschen Geistes und zielbewusster praktischer Tat. Diese Versammlung stellt den Versuch dar, zum ersten Male seit langer Zeit alle auf kolonialem Gebiete bislang nebeneinander wirkenden Bestrebungen in dem Brennpunkt der allgemeinen vaterländischen Wohlfahrt zu sammeln und ineinander auszugleichen. Sie stellt einen Versuch dar, dessen bisheriger Verlauf viele Befürchtungen zerstreut und selbst hochgespannte Erwartungen noch übertroffen hat.

Als die Deutsche Kolonialgesellschaft vor einer Reihe von Monaten den Ruf an alle mit ihr auf gleichem Gebiete wirkenden Vereine, Gesellschaften und Institute ergehen liess, hatte sie die hohe Genugtuung, fast überall ein bereitwilliges Ohr und freundwillige Neigung zu gemeinsamer Arbeit zu finden. Es ist mir eine angenehme Pflicht, den zahlreichen Vereinigungen — es sind ihrer siebzig — die der an sie ergangenen Aufforderung so freudig Gehör geschenkt uud die Veranstaltung des Kongresses auf breitester Grundlage ermöglicht und gefördert haben, namens der Deutschen Kolonialgesellschaft meinen wärmsten Dank hier zum Ausdruck zu bringen und Ihnen für die hohe Auszeichnung zu danken, die Ihre Vertreter mir und S. E. dem Herrn Admiral Valois durch die Wahl zu Ihren Präsidenten erwiesen haben.

Der Grund für die Berufung des Kongresses war der Wunsch aller derer, die in irgend einer Weise an den deutschen Schutzgebieten und den kolonialen Bestrebungen überhaupt beteiligt sind, das in den Schutzgebieten bisher Geleistete sich zu vergegenwärtigen, zu prüfen, ob wir auf dem rechten Wege sind zu dem Ziele, unsere

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonien wirtschaftlich und kulturell zu entwickeln, zum Heile des Vaterlandes. Darin allein aber hätte ein Fortschritt nicht gelegen, denn jede von den Vereinigungen, die an der Veranstaltung des Kongresses mitgewirkt haben, ist sicherlich, so lange sie besteht, unablässig in gleichem Sinne tätig und bemüht gewesen, das Rechte zu finden. Aber es fehlte bisher an der Fühlung unter einander. Wir alle, die wir den Kongress veranstaltet haben, arbeiteten im grossen und ganzen jeder für sich ohne Rücksicht auf den andern. Fast mit Naturnotwendigkeit musste sich bei einem solchen Zustande an den verschiedenen Stellen eine gewisse Einseitigkeit der Anschauungen herausbilden, welche weder dem Verständnis und der Anerkennung für das Wirken der anderen, noch auch den kolonialen Bestrebungen an sich förderlich und dienlich sein kann. Es liegt ja auf der Hand, dass die verschiedenen Bestrebungen, die in unseren Kolonien zu gleicher Zeit eingesetzt haben, wie: die wissenschaftliche Erforschung des Landes, die wirtschaftliche Erschliessuug der natürlichen Bodenschätze, die Entwicklung des Handels und des Verkehrs, die geistige und sittliche Hebung der Eingeborenen, der Aufbau einer neuen Verwaltung, die Regelung der finanziellen und rechtlichen Verhältnisse u. s. w., schon nach kurzer Zeit und an vielen Punkten miteinander in Widerspruch geraten müssen, wenn jede für sich uneingeschränkt das ihre fordert. Nur das gegenseitige Verständnis, nur der gegenseitige freundschaftliche Ausgleich, nur die selbstlose Beschränkung durch die Rücksicht auf das gemeinsame Wohl können zu gedeihlichen Zielen führen. Deshalb hat es die Deutsche Kolonialgesellschaft unternommen, die Vertreter aller dieser Bestrebungen zu gemeinsamer Tätigkeit aufzurufen, und haben sie sich hier in so stattlicher Anzahl vereint, um ihre Arbeiten gegenseitig kennen zu lernen, ihre Forderungen gegeneinander abzuwägen nnd hinfort in gemeinsamer Arbeit die Entwicklung unserer Schutzgebiete um so machtvoller zu fördern.

Aber nicht nur unsere Schutzgebiete im engeren Sinne sollen heute den Gegenstand unserer Verhandlungen bilden. Überallhin auf der Erde, wo deutsche Interessen zu vertreten sind oder geschaffen werden können, richtet sich heute unser Blick, und von allen Seiten sind daher heute auch Männer herbeigeströmt, deren Interessen mit den eigentlichen Schutzgebieten heute nur lose oder gar nicht verknüpft sind, die aber die deutsche Tüchtigkeit und die deutsche Arbeit sonst über See getragen und sich selbst und dem Mutterlande reichen Segen geschaffen haben. So umspannt das Programm unserer Tagung die gesamten Interessen des Vaterlandes jenseits der Meere. Fürwahr, eine würdige Aufgabe lebensvollster Bedeutung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Machtstellung in der Welt!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

So ist denn auch unseren Arbeiten das Interesse der leitenden Kreise unseres Volkes nicht versagt geblieben. In einem Ehrenkomitee haben sich die Spitzen der Behörden, die ersten Vertreter der Kirche, der Wissenschaft, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zusammengefunden, um durch ihre Teilnahme vor dem deutschen Volke die segensreiche Bedeutung zu bekunden, welche den Arbeiten des Deutschen Kolonialkongresses für das Wohl der Allgemeinheit beigemessen werden muss. Möge unseren Arbeiten der lebenspendende Erfolg beschieden sein, der von ihnen allseitig erwartet wird!

Je höher aber die Bedeutung dieser Tagung zu veranschlagen ist, um so mehr drängt sich der Wunsch auf, dass, wenn sich der Kolonialkongress als ein praktischer Gedanke zur Förderung unserer kolonialen und überseeischen Interessen heute und morgen erweisen sollte, mit dem Schlusse der Verhandlungen nicht auch die segensreiche Wirksamkeit abgeschlossen sein möchte, die von dem Zusammenwirken einer so grossen Summe von Erfahrungen und Ansehen für die Förderung unserer Aufgaben zu erwarten ist, sondern dass sich eine Form finden lassen wird, um den geschaffenen Verband aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, bis ein weiterer Kolonialkongress uns wieder vereint zu neuer gemeinsamer und erfolgreicher Tätigkeit.

Das Wort erhielt darauf

Se. Excellenz, der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,

Freiherr Dr. **von Richthofen:**

Es ist mir eine besondere Ehre und im Hinblick auf meine persönlichen Beziehungen zur Kolonial-Verwaltung des Reichs eine ganz besondere Freude, die Abordnungen so vieler im Dienste des deutschen Kolonial- und Übersee-Gedankens wirkender Vereine und Anstalten in ihrer Zusammenschliessung zu einem Kolonialkongress hier an dieser, der Wohlfahrt unserer Kolonien mitgeweihten Stätte namens der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs und im Auftrage des Reichskanzlers willkommen heissen zu können!

Ohne amtliche Initiative, aus dem freien Antrieb der Kolonialfreunde, aus dem lebendigen Interesse weiter Kreise für unseres Vaterlandes aussereuropäischen Beruf hat sich diese hochansehnliche Versammlung organisiert. Ich gehe wohl nicht zu weit, wenn ich in diesem Kongress eine Antwort erblicke auf den der Nation in jüngster Zeit gemachten Vorwurf der „Kolonialverdrossenheit". Liegt doch die Zeit endgültig hinter uns, wo es allenfalls noch anging, die koloniale Bewegung als ein zur Not entbehrliches Ornament in der internationalen Aktionssphäre unseres neuen Deutschen Reiches zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

behandeln. Heute muss jeder im öffentlichen Leben stehende, am positiven Schaffen der Nation mitwirkende Deutsche selbst wider Willen unsere koloniale Entwicklung fördern. Er muss den deutschen Gewinn suchen in der vielgestaltigen Verpflechtung der überseeischen Bestrebungen fast aller civilisierten Staaten, in einem Getriebe von Interessen, die nirgends mehr innerhalb der eigenen Landesgrenzen sich bescheiden, sondern in mannigfachen Strömungen rings um den Erdball fluten, wie um die Kontinente das völkerverbindende Meer. Die Vorsehung, die uns die Flüsse und Buchten gab, an denen Emden, Bremen und Hamburg, Lübeck, Stettin, Danzig und Königsberg, Kiel und Wilhelmshaven liegen, die wollte keine nichts-als-festländischen Deutschen. Selbst in den breiteren Schichten unserer Bevölkerung nimmt die Zahl derer immer mehr ab, die ihr Dasein, ihren Verkehr mit der Aussenwelt in rein binnenländischen Wechselwirkungen erschöpfen können. Täglich werden auch sie mehr und mehr genötigt, den Blick über Deutschland und über Europa hinaus auf die grössere Bühne zu richten, wo über den Anteil der einzelnen Kulturvölker an der politischen, geistigen und namentlich wirtschaftlichen Beherrschung der Welt entschieden wird.

Die deutsche Kolonial- und Übersee-Politik, für deren Ziele Sie hier tagen wollen, ist nicht mehr und nicht weniger als der Ausdruck der Tatsache, dass auch unsere Nation entschlossen ist, in diesem friedlichen Wettbewerb die Stelle einzunehmen und zu behaupten, auf die sie Anspruch hat nach ihrer staatlichen Macht, nach ihrer eifrigen Pflege der höheren Menschheitsgüter, nach ihrer kraftvollen Entwicklung in Industrie, Handel und Schiffahrt. Das sind Pfunde, mit denen wir wuchern, die wir nicht vergraben wollen. Dafür möchten auch Sie wirken und werben, und ein Blick auf das sorgsam ausgearbeitete, reichhaltige Programm Ihrer Verhandlungen, auf die vielen Namen verdienter Bannerträger der kolonialen Sache, die Ihre Arbeit leiten, bezeugt, dass Sie es mit deutschem Ernst und deutscher Wissenschaftlichkeit tun werden. Die blosse Inhaltsangabe der in Aussicht genommenen Vorträge beweist auch, wie vielfältige und wie erhebliche Interessen schon jetzt mit dem verknüpft sind, was man mit dem Schlagwort der deutschen „Kolonialschwärmerei“ vergeblich abzutun sucht.

Der Trieb zum Wandern, zu Neusiedelungen wurzelt tief in der germanischen Eigenart. Aus diesem Triebe heraus ist die Bewegung für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Weltmächten hervorgebrochen, Gleichberechtigung in der Verwertung der deutschen Gütererzeugung auf dem Weltmarkt, Gleichberechtigung im gesamten Weltverkehr, wie sie ohne Seegeltung und eigenen überseeischen Besitz nicht möglich ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenn ich erwäge, welcher Eifer, welche freudige Anspannung der Kräfte in anderen Ländern bei der Verfolgung ähnlicher Aufgaben eingesetzt wird und auch bei uns zur Erreichung des Zieles nach allen Richtungen hin eingesetzt werden muss, so wüsste ich unserer Nation auch für ihre gesamte überseeische Betätigung im Gegensatz zu der Andichtung einer „Kolonialmüdigkeit" keinen besseren Wahlspruch anzugeben, als in Anlehnung an jenes Vermächtniswort unseres sterbenden Heldenkaisers zu sagen: „Wir haben keine Zeit, müde zu sein."

Mit herzlichen Wünschen für den Verlauf der Beratungen begleitet die Regierung Seiner Majestät Sie in Ihre Tagung. —

Ihm folgte der Herr

Direktor der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes
Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. **Stuebel:**

Ich habe die Ehre, den Kolonialkongress von Seiten der Kolonial-Verwaltung zu begrüssen. Es geschieht dies meinerseits mit dem Ausdruck des wärmsten Dankes an alle, die an dieser Veranstaltung mitgewirkt haben, insbesondere an den in der Kolonialarbeit nie ermüdenden durchlauchtigen Präsidenten des Kongresses, aber auch an alle, die hier heute erschienen sind, um ihr Interesse an einer guten Sache zu bezeugen. Was ist, fragen wir uns, der Zweck und die Bedeutung dieses Kolonialkongresses? Propaganda zu machen für die koloniale Sache! Ja, gewiss; aber doch wohl nur nebenher. Was hat uns in die koloniale Bewegung hineingezogen? Die Laune eines Mannes, die Laune einer Partei? Nein! Hier sind elementare Volkskräfte wirksam gewesen, dieselben, die im vergangenen Jahrhundert das Elend deutscher Zerrissenheit und Ohnmacht nicht länger ertragen wollten und, immer anschwellend, in langer mühevoller Arbeit, allem Widerstand zum Trotz, zur Einigkeit der Nation geführt haben. Auch die Widerstände, die sich heute der kolonialen Bewegung in den Weg stellen, sind im Grunde dieselben, die seinerzeit die Gründung des Reiches zu hindern versuchten. Sie werden hier überwunden werden, wie sie dort überwunden worden sind. Was ist auch die koloniale Bewegung anders als nicht aufzuhaltender Fortschritt! Wie der Mensch, will er sich harmonisch entwickeln, keines seiner Glieder vernachlässigen darf, so auch wird kein Volk ein Feld brach liegen lassen dürfen, auf dem es seine Kräfte entwickeln kann, will es nicht seine Zukunft gefährden. Welches Volk auch hätte die Höhe der Macht erstiegen, dessen Kräfte nicht ganz hauptsächlich an kolonialen Aufgaben gewachsen wären? Und wir wollten in Demut und Bescheidenheit hier Verzicht leisten, zur Seite stehen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wie der arme Poet, der bei der Verteilung der Welt leer ausgegangen ist? Unmöglich!

Unsere Kolonien sollen schlecht und wertlos sein. Ja, wer hätte je hierfür den Beweis erbringen können? Wer würde sich anmassen, voraussagen zu wollen, dass irgend ein heute gering scheinendes Land durch den Willen und die Tatkraft des Menschen nicht einer glänzenden Entwicklung morgen zugeführt werden kann? Und sehen Sie nur auch genau hin auf unsere jungen Kolonien: die Saat fängt an zu spriessen! Daran ist gar kein Zweifel. Freilich Toren die, die heute schon Früchte verlangen wollen! Will man uns zum Vorwurf machen, dass, als wir zuerst auf dem Plane erschienen und Umschau hielten, die besten Länder bereits vergeben waren? Waren aber die Länder, auf die wir dann unsere Hand gelegt haben, von anderen etwa nicht begehrt? Wären wir wohl auch vorbereitet gewesen, sogleich Kolonialpaläste zu errichten? Ist es ein Unglück, dass wir gezwungen sind, an kleineren Aufgaben vorerst unsere Kräfte auf diesem Gebiete zu stärken und zu entwickeln? — Wir sollen unsere Kolonien aufgeben. Nun, Gott sei Dank, so weit sind wir heute doch schon gekommen, dass niemand, gewiss niemand wagen würde, vor Mit- und Nachwelt die Verantwortung hierfür zu übernehmen! Vorwärts müssen wir, getrieben von elementarer Volkskraft! Der Widerwilligste kann dem rollenden Rad nicht mehr in die Speichen fallen.

Als eine grosse und schöne Manifestation dieser Volkskraft erscheint mir darum dieser Kolonialkongress, und als eine solche Manifestation heisse ich vom Standpunkte der Kolonial-Verwaltung diesen Kongress hochwillkommen!

Se. Hoheit der Herr Präsident entgegnete darauf folgendes: Ich darf wohl im Namen des Kongresses den beiden Herren Vertretern der Kaiserlichen Regierung, sowie der Kolonial-Abteilung den wärmsten Dank des Kongresses für die verständnisvollen, hoffnungsvollen und anspornenden Worte, die sie ausgesprochen haben, ausdrücken.

Mir scheint, dass ein Kongress von dieser Bedeutung, der die ganze Nation in deren überseeischen Empfindungen vereint, wohl nicht sich vereinigen kann, ohne demjenigen einen Gruss zu senden, der Deutschlands Fahne und Flagge weit über die Meere hinausträgt, auf den Deutschland voll Hoffnungen und voll Vertrauen schaut, und da mir die Zustimmung des Kongresses sicher scheint, möchte ich Ihnen vorschlagen, folgendes Telegramm an Se. Majestät den Kaiser zu entsenden:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Deutsche Kolonialkongress 1902, welcher heute im Reichstagsgebäude zusammengetreten ist, um die sämtlichen kolonialen und sonstigen überseeischen Interessen des deutschen Volkes in einer Tagung zu vereinigen, entbietet Eurer Majestät seine ehrfürchtigste Huldigung. Im Auftrage der 70 Vereine, Gesellschaften und Institute und der 1350 Teilnehmer an dem Kongresse. Das Präsidium.

Nachdem die Versammlung unter grosser Begeisterung zugestimmt hatte, kam ein Telegramm des Präsidenten des Deutschen Reichstages zur Verlesung:

Eure Hoheit! Die Mitglieder des Deutschen Kolonialkongresses 1902 erlaube ich mir in den Räumen des deutschen Reichstags ehrerbietigst zu begrüssen, sowie dem Kongress einen recht glücklichen und glänzenden Verlauf zu wünschen. Leider verhindern mich wichtige Geschäfte, meiner Zusage vom 20. Mai nachzukommen und, Ihrer Einladung folgend, dem Kongress als Ehrengast anzuwohnen. Eure Hoheit bitte ich, mich demgemäss zu entschuldigen und dem Kongress diese meine Entschuldigung hochgeneigtest zur Kenntnis bringen zu wollen.

Graf von Ballestrem, Präsident des Reichstags.

Der Kongress kann diese Begrüssung des Vertreters der Volksversammlung des Deutschen Reiches nur mit aufrichtigstem Dank entgegennehmen, und ich schlage Ihnen vor, folgende Antwort dem Herrn Grafen von Ballestrem zu senden:

Namens des Deutschen Kolonialkongresses danke ich Ihnen wärmstens für die herzlichen Begrüssungsworte und Ihre freundlichen Wünsche.

Ausserdem waren Begrüssungsschreiben und Depeschen eingelaufen von dem Kaiserlichen Statthalter von Elsass-Lothringen Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, Durchlaucht, dem Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp, Eminenz, dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Ballin, und dem Präsidenten der Münchener Orientalischen Gesellschaft, Unterstaatssekretär Prof. Dr. von Mayr, von Baron Landau, Heidelberg, Chefredakteur Tippel, Schweidnitz, u. a. m.

Dem Kongresse wurden ferner folgende Werke in je einem Exemplar vorgelegt:

Cannstatt: Kritisches Repertorium der Deutsch-Brasilianischen Literatur.

Dr. Frhr. v. Oppenheim: Rabeh und das Tschadseegebiet.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. Sander: Die Wanderheuschrecken und deren Bekämpfung in den afrikanischen Kolonien.
Thompson: Die Angora-Ziege.
(Im Verlage von Dietrich Reimer erschienen.)

Sodann hielten die Herren Professor Dr. Hans Meyer, Leipzig, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner, Berlin, Direktor Max Schinckel, Hamburg, Hafenarzt Physikus Dr. Nocht, Hamburg, Marinestabsarzt Dr. Martini ihre angekündigten Vorträge. Die Reden sind bei den Sektionen, aus welchen sie für die Plenarsitzung vorgeschlagen wurden, gedruckt.

Nach Vertagung der Plenarsitzung auf Sonnabend Nachmittag traten am Freitag Nachmittag und Sonnabend Vormittag die Sektionen zu ihren Sitzungen zusammen.

Am Sonnabend Nachmittag eröffnete Se. Hoheit der Herr Präsident die Sitzung mit der Verlesung eines Telegrammes Sr. Majestät des Kaisers, welches als allergnädigste Antwort auf das vom Kongress am Freitag abgesandte Huldigungstelegramm eingelaufen war:

Cadinen, Schloss.

Ich habe mich über den treuen Gruss des unter Eurer Hoheit Präsidium zusammengetretenen Deutschen Kolonialkongresses und die rege Teilnahme an demselben sehr gefreut und ersuche Ich Eure Hoheit, dem Kongresse Meinen wärmsten Dank und Meine besten Wünsche für seine Beratungen zu übermitteln. Wilhelm I. R.

Sodann wurde in die Verhandlungen eingetreten und es erhielten die Herren: Dr. Jannasch, Vorsitzender des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, Berlin, Geh. Justizrat Professor Dr. Philipp Zorn, Bonn, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wohltmann, Bonn-Poppelsdorf, und Missionssuperintendent D. Merensky das Wort zu ihren ebenfalls bei den betreffenden Sektionen abgedruckten Vorträgen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgte die Beratung und Abstimmung über die eingebrachten Resolutionen. Diese Resolutionen, sowie die Diskussion darüber sind am Schlusse des Werkes angeführt. Nachdem die Tagesordnung nach Annahme der letzten Resolution erledigt war, erhielt noch Herr Professor Dr. **Hans Meyer**-Leipzig das Wort zu folgendem Antrag:

Der erste Deutsche Kolonialkongress steht vor seinem Abschluss. Wir haben in angestrengter, wenn auch nur in kurzer zweitägiger Arbeit die gegenwärtig wichtigsten deutschen kolonialen und deutschen überseeischen Fragen erörtert oder doch mindestens gestreift, und aus allen Sektionen vernehmen wir den freudigen Ausdruck über

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die überaus reiche Anregung, Klärung und auch über die positive Förderung, die allerwärts zustande gekommen ist. Das muss ja zu Wiederholungen ermuntern. Ich glaube daher, Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich im Anschluss an eine von Seiner Hoheit dem Herrn Präsidenten in seiner Ansprache gemachte Bemerkung den Antrag einbringe, den Deutschen Kolonialkongress zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Mein Antrag hat folgenden Wortlaut:

> Der deutsche Kolonialkongress von 1902 beschliesst, in periodischer Wiederkehr deutsche Kolonialtage einzurichten, deren nächster 1905 (also immer nach drei Jahren) zusammentreten soll, und setzt seinen bisherigen Arbeitsausschuss als ständigen Ausschuss ein.

Ich bitte um Annahme dieses Antrags.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und dadurch der deutsche Kolonialkongress zu einer dauernden ständigen Einrichtung gemacht.

Zu einer geschäftlichen Mitteilung erhielt noch Seine Durchlaucht der Prinz von Arenberg das Wort; sie betraf die Resolutionen und brachte Anregungen für den neuen Kongress. Da diese Äusserung, wie auch die sich daran wieder knüpfende Diskussion sinngemäss zu dem Kapitel: „Resolutionen“ gehören, sind die Reden dort in der Einleitung nach dem Stenogramm gebracht.

Darauf sprach der Herr Präsident folgende Worte:

Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet, ich darf hiermit die Diskussion über diesen Punkt schliessen. Da Sie ja Ihren Arbeitsausschuss in Permanenz erklärt haben, wird er sich mit der Frage beschäftigen.

Wir stehen damit am Schlusse dieser Tagung, einer Tagung, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat. So einmütig, wie die sämtlichen Kreise, die mit unserer kolonialen Bewegung zusammenhängen, hier zusammengekommen sind, sind sie ein schöner Beweis, dass Deutschland, die Deutschen stets dann zusammenhalten, wenn es sich um die grossen Güter handelt, die wir zu verteidigen und zu gewinnen haben. Lassen Sie mich aber nur noch zum Schlusse den wärmsten Dank der Deutschen Kolonialgesellschaft dafür aussprechen, dass die Gesellschaften, Vereine und Korporationen, an die wir uns gewandt haben, unsern Aufruf so warmherzig beantwortet haben, dass sie so vollzählig unserer Anregung gefolgt sind, dass sie dadurch den Kongress weit über Erwarten glänzend und förderlich gestaltet haben; lassen Sie mich den Dank aussprechen



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

diesen 70 vereinigten Gesellschaften, die mir die Ehre erwiesen, ihr Präsident in diesen beiden Tagen sein zu dürfen. Ich danke allen denen, welche in den Sektionen sich der Mühe und Arbeit unterzogen haben, die zu dem schönen Ergebnis in den Einzelberatungen führten, ein Ergebnis, das die Arbeit des Geistes, die dort zusammen gebracht ist, weit über die Räume dieses Hauses hinaustragen wird.

Lassen Sie mich danken dem Arbeitsausschusse, der in stiller Arbeit Ausserordentliches geleistet hat. Was die Herren in freiwilliger, freudiger Arbeit auf sich genommen haben, das entzieht sich, glaube ich, unser aller Beurteilung. Die Arbeitslast, die sie zu tragen gehabt haben, war grösser, als jeder von uns glaubt. So meine ich, dass ich im Namen der ganzen Versammlung nur der Pflicht der Dankbarkeit genüge, wenn ich dem Arbeitsausschuss und an seiner Spitze seinem Vorsitzenden, Herrn Admiral Valois, unsern allerwärmsten Dank für die opferwillige Arbeit ausspreche.

Dann möchte ich auch den Rednern, die sowohl in den Sektionen wie hier im Plenum uns so herrliche Arbeiten vorgetragen haben, unsern allerverbindlichsten Dank sagen. Was sich uns hier in einem schönen Strauss dargeboten hat, ist eine Zusammenstellung alles dessen, was die ersten Geistesblüten Deutschlands auf kolonialem Gebiete getrieben haben, ein Strauss, dargeboten der deutschen Nation von führenden Geistern des deutschen Volkes, denen der Deutsche Kolonialkongress herzlichen Dank schuldig ist.

Zum Schluss darf ich wohl in Ihrem Namen sprechen, wenn ich dem Herrn Präsidenten des Reichstags für die Gastfreundschaft hier öffentlich unsern Dank sage, die er uns durch die bereitwillige Hergabe dieser schönen Räume erwiesen hat. Ohne sein liebenswürdiges Entgegenkommen hätte die Tagung wohl kaum einen so glänzenden und schönen äusseren Verlauf nehmen können.

Das Schlusswort wurde Herrn Professor Dr. **Kirchhoff**-Halle erteilt:

Viele Kräfte haben sich vereint, um das schöne Ziel zu erreichen, bei dem wir nun angelangt sind. Aber die bescheidenen Worte unseres hohen Präsidenten haben uns die Zunge gelöst, den Dank nicht zu versäumen, der vor allem ihm selbst gebührt für die Durchführung unseres Kongresses. Seitdem dieser „Kolonialkongress 1902“, wie er sich zunächst nur chronologisch nannte, ein Erstlingskongress geworden ist für eine, wie wir alle hoffen dürfen, ergebnisvolle Reihe nachfolgender Kolonialkongresse, seitdem ist diese Zusammenkunft geadelt worden zu einem Markstein in der Entwicklung unserer Nation.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zu diesem unerwartet grossartigen Erfolg hat uns ein Mann geführt, der seit Jahren seine ganze Kraft der grossen Sache des deutschen Kolonialgedankens ergebnisvoll, erfolgreichst gewidmet hat. Er hat uns in der persönlichen Hingebung, in der streng sachlichen und persönlich so liebenswürdigen Führung der Verhandlungen, vor allen Dingen in dem echt deutschen patriotischen Herzen, das aus jedem seiner Worte, aus den ernsten wie aus den freundlichen, hervorklang, ein wahres Muster eines Führers der deutschen Kolonialsache gegeben. Er ist der wackre Steuermann gewesen, der unser Schiff zum Ziele geführt hat. Ich denke, es ist ein selbstverständliches Handeln, wenn wir dem Dank, den wir alle tief im Herzen für ihn haben für diese klassische Leitung unserer Verhandlungen, Ausdruck verleihen, indem wir uns zu Ehren Seiner Hoheit von unsern Plätzen erheben. — Dies geschah unter lebhaftem Beifall.

Se. Hoheit schloss den Kolonialkongress mit folgenden Worten:

Nehmen Sie meinen tiefstgefühlten, wärmsten Dank für das Vertrauen, das Sie mir zu Anfang geschenkt und während der Sitzung in so reichem Masse bewahrt haben, sowie nicht minder für den erhebenden Schluss, in den unsere Verhandlungen mit den Worten unseres Alterspräsidenten ausklangen. Mögen wir uns 1905 wiederfinden, in derselben Einmütigkeit für unser grosses deutsches Vaterland unsere ganze Kraft einzusetzen. Damit schliesse ich den ersten Deutschen Kolonialkongress!



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Vorträge und Diskussionen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

# Sektion I.

## Geographie, Ethnologie und Naturkunde der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Obmann: **P. Staudinger.**
Vorsitzender: Kammerherr **Graf Linden,** Stuttgart.
Professor Dr. **Kirchhoff,** Halle.
Schriftführer: Oberlehrer **v. Bockelmann,** Danzig.
Hauptmann **Maercker,** Tilsit.

---

**P. Staudinger**-Berlin.

Zum ersten Male seit dem Bestehen der Kolonialbewegung haben sich nicht nur die kolonialen Agitationsgesellschaften, sondern auch alle die Vereine, Missionsgesellschaften und wirtschaftlichen Verbände, welche in praktischen oder idealen Beziehungen zu den Kolonien stehen, zusammengetan, um in einem gemeinsamen grossen Kongress die Fragen, welche auf unsere Kolonien und das Deutschtum, sowie den deutschen Handel in überseeischen Ländern Bezug haben, gründlichst zu erörtern. Bei der Fülle und Mannigfaltigkeit des Stoffes war eine Trennung in Sektionen geboten, um in ähnlicher Weise, wie dies auf anderen grossen Kongressen, z. B. den internationalen wissenschaftlichen geschieht, sachlich und ernst arbeiten zu können.

Unsere Sektion I, von den bestehenden sieben die erste, kann man kurz die wissenschaftliche nennen, aber ich möchte nicht unterlassen darauf hinzuweisen, in wie engem Zusammenhange gerade die wissenschaftliche Forschung mit dem Gedeihen unserer Kolonieen steht. Teilweise durch wissenschaftliche Reisende erhielten wir in der vorkolonialen Zeit die Kenntnis über jene fernen Länder und die Anregung zu einer Ausbreitung deutscher Interessen. Durch wissenschaftliche Arbeit, sei es auf geologischem, botanischem oder zoologischem, meteorologischem oder anderem Gebiete, bekam gerade

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das praktische Erwerbsleben jene oft so notwendige Unterstützung, und auch mancher Fehlschlag wäre in einigen Fällen fortgeblieben, wenn man vor der Gründung einiger Unternehmungen die Resultate der Forschung, die Geschichte oder die Statistik zu Rate gezogen hätte.

Deshalb hat auch gerade eine wissenschaftliche Sektion auf dem Kolonialkongress mit seinen hervorragend praktischen Interessen ihre volle Berechtigung und Bedeutung.

Die Beteiligung königlicher wissenschaftlicher Institute und Gesellschaften zeigt ferner die Beachtung, die von jener Seite der Versammlung geschenkt wird, und unter den Rednern der Sektion begrüssen wir zu unserer Freude ganz hervorragende Vertreter, ja sogar Autoritäten auf ihrem Gebiete und in ihrem Fache, so dass ein für die Allgemeinheit erspriessliches Arbeiten schon durch die Themata der Vorträge und die Namen der Redner gewährleistet ist.

Ich eröffne nun die Sitzung der Sektion I und schlage zu Vorsitzenden die Herren Graf Linden und Kirchhoff, sowie zu Schriftführern v. Bockelmann und Maercker vor. (Die Wahl erfolgte durch Zustimmung.)

---

## Die geographischen Grundlagen und Aufgaben in der wirtschaftlichen Erforschung unserer Schutzgebiete.

Von Professor Dr. **Hans Meyer,** Leipzig.

(Plenarsitzung am 10. Oktober, Vormittag.)

In unseren kolonialen Kreisen erschallt in neurer Zeit laut der Ruf nach Reformen. Man will vor allem mehr koloniale Praxis, weniger Theorie. Der deutsche Doktrinarismus habe sich unsres gesamten Kolonialwesens bemächtigt und alle frische Initiative gelähmt; die Kolonialwirtschaft könne gegen das Belehren, Reglementieren, Regieren nicht aufkommen. Die Kolonien sind, so heisst es weiter, zuvörderst ein Geschäft, das geschäftsmässig betrieben werden muss. Die Zukunft der Kolonien gehöre deshalb dem Praktiker u. s. w. Wir alle wissen, dass in diesem Verlangen ein gut Stück Berechtigung liegt, und wir bemühen uns in allen Kreisen redlich, die Dinge, wo nötig, zu ändern. Der beste Beweis ist ja unser Kongress selbst,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der sich, wie sein Programm zeigt, bemüht, alle vorhandenen lebendigen Kräfte in den Dienst einer gesunden Entwicklung unsrer Kolonien zu stellen. Aber eben deshalb scheint es mir an der Zeit, einmal darauf hinzuweisen, dass die so eindringlich geforderte koloniale Praxis schlecht fährt, wenn sie von der Theorie, soweit sie wissenschaftliche ist, nichts wissen will. Noch immer und überall haben es unsre Praktiker dann am weitesten gebracht, wenn sie sich an die deutsche Wissenschaft angeschlossen haben. Die Kolonialwirtschaft kann selbstverständlich die Praktiker nicht entbehren. Überall sind in der Kolonisation die reinen Praktiker, die Prospektoren, Händler, Ansiedler etc. vorangegangen. Aber erst wenn die Wissenschaft mitgegangen ist, stellten sich auch grosse wirtschaftliche Erfolge ein. Darum wird es nützlich sein, heute einige Worte über das Verhältnis der geographischen Wissenschaft zu unsrer kolonialen Wirtschaft zu sagen.

Wer über die geographischen Grundlagen in der wirtschaftlichen Erforschung der Kolonien sprechen will, setzt voraus, dass diese Grundlagen auch wirklich geographische sind. Dass sie dies sind, wird niemand bestreiten, der bedenkt, dass zunächst einmal ohne räumliche Orientierung über ein Neuland die wirtschaftliche Erkundung gegenstandslos sein muss. Wenn ich daran gehe, mich in einem Neubau häuslich einzurichten, um ein Gewerbe oder eine Industrie darin zu betreiben, so muss ich vor allem die Räume gründlich untersuchen, um für jeden besondern Zweck den geeignetsten Ort auszuwählen; ich muss es tun, um die Verbindung der Räume untereinander am praktischsten auszunützen, über die einfachste Zuführung von Arbeitskraft (Wasser, Dampf, Gas, Elektrizität) zu disponieren, den kürzesten und sichersten Ein- und Ausweg für den Verkehr herzustellen, und dergleichen mehr. So muss auch in einem kolonialen Neuland die wirtschaftliche Erforschung, die zu praktischer Kolonisationsarbeit führen soll, notwendig vor allem auf der räumlichen Kenntnis des Landes basiert sein.

In dieser letzteren ist nun bei uns schon erfreulich viel geschehen. Die stattliche Kartenausstellung, die Sie heute beim Eintritt in dieses Haus begrüsst, und die wir besonders der mühevollen sachkundigen Arbeit der Herren Kartographen Moisel und Sprigade verdanken, ist ein sprechender Beweis dafür. Namentlich das letzte Jahrzehnt hat durch die für militärisch-politische Zwecke ausgeführten topographischen Arbeiten unsrer Marine, Schutztruppenoffiziere und Beamten und durch die für wissenschaftliche Spezialforschungen unternommenen Kartenaufnahmen unsrer Forschungsreisenden die räumliche Kenntnis von unseren Kolonien in einem Masse erweitert und vertieft, um das uns alle anderen kolonisierenden Nationen beneiden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kein fremdländisches Kolonialreich hat in so kurzer Zeit eine so reiche und gute Kartierung erhalten wie das unserige. Und wie gross dazu die Leistungen unserer alle diese Materialien verarbeitenden kartographischen Institute, namentlich des Justus Perthesschen Institutes in Gotha und des Dietrich Reimerschen in Berlin, sind, führt Ihnen ja unsere Kartenausstellung vor Augen.

Aber die Kartierung ist nur der eine Eckpfeiler des Baues; dabei können wir Bauenden nicht stehen bleiben. So wenig wie die Kartographie allein das Wesen und den Inhalt der Geographie ausmacht, so wenig ist die räumliche Orientierung über ein Land identisch mit der Kenntnis seiner physischen Beschaffenheit und der aus dieser Beschaffenheit resultierenden wirtschaftlichen Brauchbarkeit für die Kolonisation.

Man kann keine Kolonisationsarbeit leisten, wenn man nicht weiss, wie in dem Arbeitsraum die Arbeitskräfte, das Arbeitsmaterial, die Werkzeuge und alle möglichen anderen Faktoren aufeinander und zusammen wirken können und müssen. Diesen allgemeinen beherrschenden Überblick gibt in einem Neuland wiederum die Geographie und nur die Geographie. Die einzelnen Arbeitsleistungen freilich in ihren verschiedenen Methoden und Ergebnissen, also der Bergbau, Plantagenbau, Viehzucht etc. gehen die Geographie als solche nichts an. Diese wirtschaftlichen Betriebe werden durch theoretische und praktische Wissenschaften wie Geologie, Botanik, Zoologie, durch Berg- und Hüttenkunde, Agronomie etc. gelehrt und gefördert, und sie treten auf die Untersuchungen spezialwissenschaftlicher Reisender oder besonders eingerichteter Stationen hin oder nach Versuchen von Minenprospektoren, Gärtnern, Pflanzern und anderen pfadfindenden Praktikern erfolgreich in Tätigkeit; aber ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Nutzbarkeit eines kolonialen Neulandes, das uns von vornherein darüber aufklärt, welche verschiedenen wirtschaftlichen Einzelzweige in diesem Landstrich überhaupt Aussicht auf Entfaltung haben, wo und wie sie am besten anzufangen sind, das kann nur die durch die Geographie vermittelte Einsicht in die ganze physische Eigenart des Landes geben.

Und so sind denn auch die für eine wirtschaftliche Gesamtbeurteilung eines Gebietes wertvollsten Arbeiten unserer spezialwissenschaftlichen Reisenden, d. h. unserer in den Kolonien reisenden Geologen, Botaniker, Zoologen, Ethnographen etc. immer die, deren Verfasser, ohne eigentliche Geographen zu sein, doch ihrer wissenschaftlichen Spezialforschung eine genaue allgemein geographische Untersuchung ihres Arbeitsgebietes zu Grunde gelegt haben. Dafür brauche ich als neuere Beispiele nur die Namen Bornhardt, Wohltmann, Preuss, Volkens, Kohlschütter, Busse zu nennen und auf die Reise-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unternehmungen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees zu verweisen. Ihnen schliessen sich von unseren Offizieren die Namen François, Morgen, Hutter, Langheld, Hermann u. a. in glänzender Reihe an.

Wenn wir hier von Geographie sprechen, so denken wir nicht an die Geographie der älteren Schule, die fast nur aus Länderbeschreibung und statistischen Belegen bestand und mit ihrem Mangel an Anschauung vielen unter uns hier Versammelten den Geschmack an Geographie gründlichst verleidet hat; wir denken auch nicht an die schon viel höher stehende Geographieform der einheitlichen künstlerischen Schilderung nach dem Vorbild Alexanders von Humboldt, sondern wir denken an die Geographie im modernen Sinn, wie sie namentlich Ferdinand v. Richthofen geprägt und ausgestaltet hat, an Geographie als Wissenschaft vom ursächlichen Zusammenhang der Erscheinungen der Erdoberfläche.

Als Wissenschaft vom ursächlichen Zusammenhang aller Erscheinungen der Oberfläche eines Erdraumes lehrt sie uns, wie von der Lage eines Landes sein Klima abhängt, wie aus Klima, Boden und Bewässerung zusammen sich die Besonderheit seines Pflanzenwuchses ergibt, wie von diesen Faktoren inkl. Pflanzenwuchs die Tierwelt beeinflusst wird, und wie sie alle zusammen dem materiellen und teilweise auch dem geistigen Kulturstand der menschlichen Bewohner seine Eigenart verliehen haben. Aus alledem aber ergibt sich das Gesamtbild der wirtschaftlichen Nutzbarkeit dieses Neulandes für unsere Kolonisation.

Diese überall den kausalen Zusammenhang nachweisende und erklärende Geographie möchte ich hier aus praktischen Gründen kurz „kausale Geographie“ nennen, ohne damit einen neuen Terminus einführen zu wollen. Sie nimmt auch davon Notiz, dass in den Kausalnexus der gegenwärtigen geographischen Erscheinungen eines Landes noch andere Einflüsse hineinspielen, insbesondere historische, wie z. B. die Klimawechsel in geologischer Vergangenheit, die Verbreitung von Pflanzen und Tieren in früheren Erdperioden, die geschichtlichen Schicksale der Völker. Aber ihr höchster Betrachtungspunkt ist der, dass der Mensch wie alle anderen organischen Wesen in der Natur steht und nicht aus ihrem ursächlichen Zusammenhang losgelöst werden kann.

Also, wenn wir einen allgemeinen Überblick über den wirtschaftlichen Wert eines kolonialen Neulandes gewinnen wollen, so müssen wir vor allem mit Hilfe der kausalen Geographie zu erkennen suchen, warum die gesamte physische Beschaffenheit des Landes so ist, wie sie eben ist, und was wir daher von ihr für unsere Kolonisationsarbeit erwarten können. Wer sich eine solche Urteilsfähigkeit durch die Elemente der physischen Geographie an-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geeignet hat, der kann nicht in Phantasien verfallen, wie sie zur Zeit der ersten Besitzergreifung unserer Kolonien von gar manchem unserer Kolonialpioniere gehegt und verkündet wurden und auch in neuerer Zeit, seitdem das Losungswort „wirtschaftliche Erschliessung der Schutzgebiete" unsere Kolonialbewegung führt, wieder in einer unserer kolonialen Arbeit mannigfach gefährlichen Weise sich verbreiten.

Machen wir uns einmal kurz an einem Beispiel klar, wie die Gesamterscheinung eines kolonialen Gebietes sich in der wirtschaftlichen Beurteilung eines Reisenden mit geographischer Vorbildung und eines anderen ohne solche Schulung spiegeln wird. Wählen wir dazu das Kilimandjarogebirge in Ostafrika.

Wer in der trocknen Jahreszeit aus der sonnverbrannten menschenarmen Steppenhochebene in das kühle immergrüne Gebirge hinaufsteigt, wird dort in der bewohnten mittleren Höhenzone, im sog. Dschaggaland, beobachten, dass dieses Gebiet auch in der ostafrikanischen Trockenzeit häufige Regenfälle hat; er wird bemerken, dass zahllose natürliche und künstliche Bäche und Rinnsale einen ungemein fruchtbaren vulkanischen Boden bewässern, und dass unter den fleissigen Händen einer dichten Ackerbau treibenden Bevölkerung riesige, das ganze Land überziehende Bananenpflanzungen gedeihen. Wenn nun dieser Beobachter sich die physische Erscheinung des Landes nicht aus dem ursächlichen Zusammenhang der geographischen Faktoren zu erklären vermag, wenn er nicht erkennen kann, wie Klima, Bewässerung, Bodengestalt u. s. w. zusammenwirken müssen, so wird er in Anbetracht der ihn allerwärts umgebenden Fruchtfülle den kolonialen Wert dieses Gebietes ausserordentlich hoch einschätzen. Er wird glauben und die Ansicht verbreiten — wie dies ja auch genugsam geschehen ist —, dass hier ein Zukunftsfeld für alle nur möglichen Plantagenerzeugnisse gegeben sei. Er wird annehmen, dass die arbeitsame dichte Bevölkerung einen beträchtlichen Absatz europäischer Industriewaren gewährleiste, und dass in der oberen, kühlen Gebirgszone von ca. 3000 *m* aufwärts über der Urwaldgrenze eine breite europäische Besiedelung günstige Daseinsbedingungen finden könne.

Ganz anders der geographische Beobachter. Er wird sogleich erkennen, dass die fruchtbare Ackerbauzone des Kilimandjaro auf die jetzige Ausdehnung zwischen 1000 und 1800 *m* Höhenlage beschränkt ist, weil bis 1000 *m* von unten her das extreme Steppenklima heraufreicht, von oben her aber bis 1800 *m* herab die niederen Temperaturen und ewigen Nebel des oberen Gebirges. Die bebaute Dschaggazone zwischen 1000 und 1800 *m* verdankt ihren Wasserreichtum und ihr üppiges Wachstum von Bananen und Bataten den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wegen der abkühlenden Gebirgserhebung hier in jeder Jahreszeit fallenden Niederschlägen; aber mit dieser Regenfülle ist eine so häufige Bewölkung des Himmels verbunden, dass dem Dschaggaland verhältnismässig wenig Sonnenstrahlung zu teil wird und seine Temperaturen erheblich schwanken. Infolge davon ist hier die Kultur aller jener spezifisch-tropischen Gewächse unmöglich, die eine gleichmässige hohe Temperatur und starke Besonnung brauchen. Es ist demnach ausgeschlossen der Anbau von Tabak, Kakao, Zucker, Vanille, Zimmt, Baumwolle, Sesam, Erdnuss u. dergl. m. Dagegen müssen gedeihen Thee, Chinarinde, Kampfer, Manilahanf und stellenweise Kaffee. Aber die Bevölkerung ist in Dschagga so dicht und der von dieser dichten Bevölkerung für ihre eigne Ernährung okkupierte Ackerboden nimmt in der anbaufähigen Zone trotz der intensiven Bestellungsart bereits so viel Raum ein, dass für Plantagenbau europäischen Systems nur wenig Platz übrig bleibt. Nutzbare Mineralien aber sind in so jungvulkanischem Gestein, wie es das des Kilimandjaro ist, nicht enthalten. Nach alledem wird der Kilimandjaro für den Export immer nur wenige Werte und diese nur in kleinen Mengen produzieren können; jedenfalls viel weniger als das sonnigere, dünn bevölkerte und darum viel Raum für Plantagenbau bietende Usambara, das obendrein wegen seiner Küstennähe sehr viel billigere und schnellere Verkehrsverbindung mit den Hafenplätzen hat. Ist aber vom Kilimandjaro nur ein geringer Export möglich, so muss auch der Import dorthin unbedeutend bleiben; also wird unserem Handel und unserer Industrie nicht viel Nutzen daraus erwachsen. Und was schliesslich die Möglichkeit europäischer Besiedelung der kühlen oberen Gebirgsregionen anbelangt, so muss sie für sehr gering in einem Landstrich erachtet werden, der den weitaus grössten Teil des Jahres im Nebel liegt, häufig von Nachtfrösten und Schneefällen heimgesucht wird, und trotzdem im Gegensatz zur darunter liegenden Dschaggazone so wasserarm ist, dass man ihn grösstenteils als alpine Wüste charakterisieren kann. Nur einige wenige geschütztere Punkte der Südostseite kommen im Hochgebirge einmal für ein Sanatorium tropenkranker Europäer in Betracht.

So ist der Befund jener beiden Reisenden total von einander verschieden. Der eine hat unter dem Eindruck der Landesschönheit phantasiert, der andere aber mit dem Einblick in den kausalen Zusammenhang der Erscheinungen das Richtige bald herausgefunden.

Daraus ergibt sich nun für unsere praktische Kolonisation die Forderung, dass unsere Offiziere, Beamten und spezialwissenschaftlichen Reisenden, die ein bestimmtes Gebiet untersuchen, sich die Elemente der physischen Geographie aneignen und die Erscheinungen daran prüfen, ehe sie über den wirtschaftlichen Gesamtwert des Landes

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihre Urteile abgeben. Wer solches geographisches Verständnis nicht gewonnen hat, der sollte sich in seiner wirtschaftlichen Beurteilung des Landes grösste Reserve auferlegen. Er handelt sehr verdienstlich, wenn er sich auf das Zusammentragen beobachteter Tatsachen beschränkt und deren Verwertung in wissenschaftlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung anderen überlässt. Das zu erstrebende viel höhere Ziel muss jedoch sein, diese nur beschreibende Art von Berichterstattung ersetzen zu können durch ein auf fester geographischer Grundlage fussendes selbständiges Urteil.

Das ist die erste geographische Aufgabe in der wirtschaftlichen Erforschung unserer Schutzgebiete. Die zweite ist die, dass wir die besten solcher kausal-geographischer Schilderungen, die wir bereits besitzen und die künftig von unseren Reisenden heimgebracht werden, sammeln und sie in einheitlicher Bearbeitung zu einer elementaren, aber den Ansprüchen wissenschaftlicher Geographie genügenden physischen Landeskunde unserer Schutzgebiete zusammenstellen, die der wirtschaftlichen Unternehmung zur allgemeinen Orientierung dienen kann. Was wir bisher an zusammenfassenden landeskundlichen Werken über unsere Kolonieen haben, gibt für unsere wirtschaftlichen Kolonisationszwecke entweder zu viel, indem es, wie z. B. Hassert's vortreffliches Werk, auch die Geschichte, politische Geographie u. a. m. mit abhandelt, oder zu wenig, indem es die Dinge und Erscheinungen nur beschreibt, nicht aber in ihrem ursächlichen Zusammenhang erklärt. Das Material zu einer solchen physischen Landeskunde aller Schutzgebiete ist noch lückenhaft — und ebendeshalb stellen wir seine Beschaffung als ein dringendes Desideratum für die künftige Forschung hin; aber wir besitzen bereits viele gute Bausteine in unseren geographischen und kolonialen Zeitschriften, besonders in Danckelmans „Mitteilungen"; und schon haben wir über eine ganze Reihe wirtschaftlich wichtiger Gebiete vortreffliche kausalgeographische Übersichten, die nach Methode und Inhalt als Vorbilder für weitere Arbeiten dienen können. Ich nenne nur ein Beispiel: Passarges Geographie von Adamaua im zweiten Teil seines Reisewerkes.

Wenn nun das Ziel der wirtschaftlichen Erforschung auf geographischer Grundlage in unseren Schutzgebieten weiter verfolgt wird, so wird die Arbeit vor allem in den Landstrichen einzusetzen haben, die bisher überhaupt in der Erforschung noch zu kurz gekommen sind. Das ist die dritte und umfassendste Aufgabe, die ich zu meinem Thema zu stellen habe. Sehen wir daraufhin die Karten an und beschränken wir uns heute wegen der Kürze der Zeit auf unsere afrikanischen Schutzgebiete. (Im Vortragssaal waren grosse Karten der deutschen Schutzgebiete Afrikas aufgehängt, die den gegen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wärtigen Stand der kartographischen Aufnahme und Erforschung veranschaulichten.) Da springt in dieser kartographischen Darstellung, die ich den Herren Kartographen Moisel und Sprigade verdanke, sofort in die Augen, wo in dieser Beziehung noch am meisten zu erforschen ist: Je nach Intensität der Erforschung sind die Teile jeder Karte verschieden stark getönt.

I. Ostafrika. Hier kommen hauptsächlich vier Gebiete in Betracht: 1. Die Steppen westlich vom Panganifluss und vom Guasso njiro-See; 2. Ruanda, Urundi und Uha; 3. das Steppenhochland zwischen Tabora und dem Rikwasee; 4. der ganze Süden zwischen der Küste und dem Nyassasee ausser den beiden Randländerstreifen. Von diesen vier kartographisch rückständigsten Gebieten verdienen das nördlichste und das südlichste die nächste Berücksichtigung, und zwar das Nordgebiet (Ruanda-Urundi) als riesiges dicht bevölkertes, klimatisch gemässigtes Hochland, das namentlich als Viehproduzent für Ostafrika selbst grosse Bedeutung gewinnen kann und relativ leicht von Osten her via Ugandabahn-Viktoriasee, von Süden her via Nyassa-Tanganyika zugänglich ist. Noch wichtiger und dringender ist aber die genaue Erforschung des Südgebietes zwischen Ozean und Nyassasee. Es ist derjenige Zugang zum innerafrikanischen Seengebiet, der allen anderen Zugängen aus zahlreichen Gründen überlegen ist. Es ist das Durchgangsland der projektierten kürzesten, billigsten, schnellsten, verkehrsreichsten Seenbahn Kilwa-Wiedhafen und verspricht in seinen bekannten Teilen Ungoni, Konde etc., wirtschaftlich ausserordentlich viel. Wie aber die östlichen Nachbargebiete beschaffen sind, ist weiteren Untersuchungen vorbehalten.

II. Südwestafrika. Da wären für wirtschaftliche Absichten vor allem zwei Gebiete von der geographischen Forschung in Angriff zu nehmen: 1. Der Südwesten, also das westliche Gross-Namaland, das als Zugangsgebiet zum mineralreichen Hinterland (mit Gibeon, Bersaba u. a. Fundstellen) vielleicht bald Bedeutung gewinnen wird; 2. der ganze Norden, insbesondere Ovamboland. Das letztere scheint mir das bei weitem wichtigere Ziel geographischer Erforschung für die wirtschaftliche Beurteilung zu sein. Es ist das einzige fruchtbare wirkliche Tropenland der südwestafrikanischen Kolonie, es hat eine dichte arbeitsame Ackerbaubevölkerung, es ist der voraussichtliche Arbeiter- und Nahrungslieferant für die benachbarten Minendistrikte, und es ist nach dem Plan der S. W. Africa Co. das Durchgangsgebiet der Eisenbahn Porto Alexandre-Otavi.

III. Kamerun. Merkwürdigerweise ist Kamerun trotz der vielversprechenden Ergebnisse der bisherigen Erforschung und Kultivation die unbekannteste unserer Kolonieen; es hat viel mehr kartographische Lücken als Ausfüllungen. In der Hauptsache sind es hier drei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

grosse Gebiete, die noch genauer geographischer Erforschung harren: 1. im Süden die Länder der Bule und Mwele mit dem Oberlauf des Nyong; 2. im Osten das südliche Ngaundere; 3. im Norden das südliche Adamaua um das Genderogebirge und die weiten Länderstrecken zwischen Süd-Adamaua und den Manengubabergen. Am dankenswertesten wäre die Erforschung des letzteren Gebietes, weil es das Durchgangsland der neuen, bereits für 400 *km* konzessionierten Eisenbahn Viktoria-Mundame ist, die vielleicht einmal das südliche Adamaua zu ihrem Ziele hat.

IV. Togo. Von dieser unserer kleinsten afrikanischen Kolonie ist am wenigsten unbekannt: 1. das nördliche Drittel ausser Sansanne Mangu nebst Umgebung; 2. der mittlere Teil der östlichen Grenzdistrikte. Für die wirtschaftliche Nützung ist aber wichtiger die eingehende Erforschung des Umlandes von Atakpame und dessen westlicher Nachbarschaft nach Kete Kratyi hin wegen der Weiterführung der bis Misahöhe in Tracierung befindlichen Eisenbahn und wegen der in Aussicht genommenen Ausbreitung der eingeborenen Baumwollkultur. —

Dies in aller Kürze die Skizzierung unserer nächsten Forschungsaufgaben in den afrikanischen Schutzgebieten. Wenn ich dabei auf die ausgehängten Karten verweise, so geschieht es mit der Betonung des Umstandes, dass diese Karten nur den Stand der kartographischen Aufnahme jener Länder geben, nicht den der geographischen Erforschung im Ganzen. Wenn auch in vielen Fällen die kartographisch gut aufgenommenen Gebiete zugleich die allgemein geographisch besterforschten sind, so gibt es doch nicht wenige, deren kausalgeographische Erforschung weit hinter der Vollkommenheit ihrer Kartierung zurücksteht. Wir müssen daher immer wieder den Anspruch erheben, dass das Kartenbild durch die kausalgeographische Schilderung ergänzt werde und dadurch erst wissenschaftlich wie wirtschaftlich vollen Wert erhalte.

Diejenigen unserer Beamten, Offiziere und Reisenden aber, die ihre Fähigkeit und Tüchtigkeit in geographischer Forschungsarbeit bewiesen haben, sollten fortgesetzt Verwendung in dieser Aufgabe finden, und zwar nicht nur im Nebenamt, sondern als Hauptberuf und womöglich im Dienst einer grossen einheitlich organisierten Landesaufnahme, die das Schwergewicht auf die kausalgeographische Erforschung neben der Kartierung legt und sich den für die Kartierung der Kolonien bestehenden Einrichtungen angliedern müsste. Die Geldmittel hierzu wären, wie ich glaube, nicht schwer zu beschaffen. Die wissenschaftlichen Gesellschaften und Institute wenden ihre Unterstützungen in stetig wachsendem Masse Unternehmungen zu, die unsere eigenen Kolonien zum Gegenstand haben, aber diese

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unternehmungen sind meist wissenschaftliche Spezialstudien, nicht allgemein geographische Forschungen, die der kolonialwirtschaftlichen Gesamtbewertung des Landes zur ersten Unterlage dienen können. Dazu nun, zu einem gleicherweise wissenschaftlichen wie wirtschaftlich-kolonialen Zweck könnte eine andere Quelle erschlossen werden; nämlich der alljährlich vom Reichstag in Höhe von 200000 Mk. bewilligte Afrikafonds. Damit würde dieser Fonds, den die ehemalige „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland" erhielt, und der jetzt allen möglichen wissenschaftlichen Zwecken der Kolonialforschung dient, seiner ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt. Die „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland" verwandte den Fonds lediglich für geographische Forschungen; aber sie verwandte ihn im idealen, internationalen Interesse. Seitdem haben wir unsere eigenen Kolonien erworben, an denen wir sehr reale Interessen haben und in immer weiterem Masse nehmen müssen. Es wäre daher eine schöne Wendung, wenn fürderhin der Afrikafonds ausschliesslich für die deutsche geographische Forschung auf deutschem kolonialen Boden Verwendung fände. Den Gewinn davon wird nicht nur die Wissenschaft, sondern ebensowohl die deutsche Kolonialwirtschaft haben.

International war die Afrikaforschung bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts; international, idealen Zielen zugewandt, von grossen wissenschaftlichen Leistungen getragen und Erfolgen gekrönt. Aber im internationalen Wettstreit stand damals der deutsche geographische Forschungsreisende mit in erster Reihe. Es war die Zeit der Heuglin, Barth, Rohlfs, v. d. Decken, Schweinfurth, Nachtigal und dann der Pogge, Wissmann, Reichard, Flegel, Staudinger, Kund und Tappenbeck; es war die Zeit, von welcher Kersten sagte, dass sie „metaphysischen Forschungszwecken" nachgestrebt habe. Darauf kam Mitte der 80er Jahre die politische Aufteilung Afrikas, die koloniale Sturm- und Drangperiode im ganzen dunklen Erdteil, die andre Aufgaben als wissenschaftliche zu lösen hatte und zahlreiche moderne Konquistadoren zeitigte, aber nur wenige Forscher. Die afrikanischen Interessen waren national geworden, nie ist mehr über Afrika und über Afrikanisches geredet und geschrieben worden als damals, aber die wissenschaftlich-geographische Landeskenntnis gewann nur sehr wenig dabei und ist in Deutsch-Afrika an kaum ein Dutzend Namen geknüpft. Erst seitdem um die Mitte der 90er Jahre der Wettlauf zum Stillstand gekommen war und jeder im eignen Hause Ordnung geschaffen hatte, setzte auch die wissenschaftliche und namentlich geographische Forschung wieder ein, nun aber vorwiegend als Detailforschung innerhalb politisch abgegrenzter Gebiete. Und diesmal führte diese nationale Beschränkung der Forschung gerade bei uns zu einer so fruchtbaren Bereicherung und Vertiefung, dass sich die



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

deutsche Afrikaforschung vom festen nationalen Boden wieder wie einst zu internationaler Bedeutung erhebt. Aber wir wollen von ihr nicht mehr nur ideellen Gewinn haben wie einst, sondern auch materiellen. Und den werden wir haben, wenn wir unsere wirtschaftliche Kolonisation auf das feste Fundament der wissenschaftlichen geographischen Forschung stellen. Also handeln wir danach!

Professor Dr. **Kirchhoff**-Halle: Ich möchte, an die Schlussworte des geehrten Redners anschliessend, die hohe Versammlung darauf aufmerksam machen, dass in der Tat der sogenannte Afrika-Fonds ursprünglich ausschliesslich der geographischen Forschung gewidmet war in dem Zeitalter, über welchem der goldene Name Gustav Nachtigal strahlte, und diese Summe damals ausgeworfen war für das Eindringen von der Westküste Afrikas in den dunklen Erdteil in rein ideal-kosmopolitischem Sinne. Als wir dann in unsere koloniale Ära eintraten, vergass man mehr und mehr die rein theoretische Bestimmung dieser Spende aus dem Reichssäckel. Unsere Kolonieen sind nun weit hinaus gewachsen über den afrikanischen Küstenring. Über unseren Schutzgebieten geht ja die Sonne nicht mehr unter. Welche Fülle von Arbeit liegt aber eben deshalb noch vor für die wissenschaftliche Erforschung unserer Schutzgebiete, von Samoa bis zu unserm Schmerzenskind Deutsch Südwest-Afrika. Hätten wir z. B. in ähnlichen roten Farbentönen wie die afrikanischen Schutzlande hier ein Kartenbild von unserem grossen Kaiser Wilhelms-Land vor uns, wir würden leider nur die Schamröte in den matteren (den noch unbekannten Raum bedeutenden) Tönen über dem Bilde ausgebreitet sehen: gleich hinter der Küste ein Land von lauter Lücken geographischer Kenntnis. Ja, unsere Forscher gehen selbstlos in die Weite, um endlich auch von unseren fernsten Kolonien den Schleier zu lüften; sie verlangen für sich keinen Mammon, sie setzen ihre Kraft, ja sie setzen ihr Leben ein für die grosse Sache der Wissenschaft, der nationalen Wohlfahrt. Aber der nervus rerum kann dabei doch nicht ausser acht gelassen werden. Unser verehrter Herr Redner hat uns ein grosses Ziel gewiesen, dem wir zustreben sollen: das Ziel einer einheitlichen wissenschaftlichen Landeskunde der deutschen Schutzgebiete. Wie sollen wir dem nachstreben, wenn wir immer nur aus zufälligen Almosen, aus den Schätzen einiger begüterten geographischen und ähnlichen Gesellschaften schöpfen wollen? Haben wir einmal eine sichere materielle Unterlage in den jährlich gespendeten 200 000 Mk., so können wir zuversichtlicher in die Zukunft blicken. Es handelt sich ja nicht um eine Wortklauberei. Der Afrika-Fonds darf wahrlich bestimmungsgemäss der Fonds werden für die wissenschaftliche Erforschung unserer Schutzgebiete im all-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gemeinen, bis in die Fernen der Südsee. Er entspricht gerade dann seinem Namen nicht, wenn er zwar innerhalb Afrikas, jedoch zu einer Menge nicht geographischer Zwecke verwendet wird, wie in den letzten Etatsjahren. 20 bis 30 000 Mk. sind allerdings immer ausgeworfen worden, soviel ich weiss, für die klassischen Hefte, die mit Recht eben schon gerühmt wurden, die Hefte unseres Freiherrn von Danckelman: „Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten". Wir möchten aber etwas mehr als diesen Bruchteil Verwendung finden lassen für den ursprünglichen Zweck geographischer Erforschung in der zeitgemässen Form der Aufklärung unserer Schutzgebiete überhaupt. Der Herr Direktor der Kolonialabteilung unseres Auswärtigen Amtes hat mit Recht die fröhlichen Worte gesprochen: Die Saaten in unseren Schutzlanden fangen an zu spriessen. Ich glaube nur, sie spriessen erst dann glücklich, grünen nur dann weiter, wenn auch der befruchtende Regen fällt.

Ich beantrage keine Resolution; aber ich würde es warm begrüssen, wenn die hohe Versammlung ausdrücklich bestätigte, dass sie sich diesem Wunsche einer künftigen Verwendung des Afrikafonds in dem eben angedeuteten Sinne anschlösse.

---

## Die nutzbaren Bodenschätze der Deutschen Schutzgebiete.

Von Geh. Bergrat **Schmeisser**, Erster Direktor der Königl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Von weitgehendster Bedeutung für die Entwickelung der Länder sind die Bodenschätze, welche eine gütige Vorsehung ihnen in den Schoss legte. Sie spenden dem Arbeiter das Arbeitsgerät, dem Krieger die Waffe, dem Landmanne den Pflug, den befruchtenden Dünger, dem Künstler das bildsame Erz und Gestein, dem Handel den Wertmesser, das Tauschmetall, der gesamten Menschheit Feuer, Licht, Kraft, den friedlichen Herd, das schützende Dach.

Kolonisierenden Nationen ist der baldige Nachweis der Bodenschätze in den überseeischen Besitzungen besonders bedeutungsvoll;



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

er erhöht namentlich den Wert derjenigen vorteilhaft, welchen minder günstiges Klima geringere Fruchtbarkeit in Flora und Fauna gab.

Wenn ich unternehme, Ihnen die nutzbaren Bodenschätze der Deutschen Schutzgebiete zu schildern, so kann dies bei der Kürze der gegebenen Zeit nur in allgemeiner, knapper Übersicht geschehen. Es bleibt vorbehalten, das reiche vorhandene Material einer eingehenden Bearbeitung zu unterziehen.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle meinem verbindlichsten Danke Ausdruck zu geben der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, den Herren Gouverneuren der Schutzgebiete, der Schantung-Bergbau-Gesellschaft und anderen Kolonialgesellschaften für die Bereitwilligkeit, mit der sie die vorhandenen Nachrichten mir zur Verfügung gestellt haben, und Herrn Bergassessor Macco, Hilfsarbeiter bei der Königl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin, für die eifrige Hilfsbereitschaft, mit der er mich bei der Sammlung des weitverstreuten Materials unterstützt hat.

Sechs Fragen sind es, die sich dem Beurteiler aufdrängen:

1. Welche nutzbaren mineralischen Bodenschätze könnten nach Lage der geologischen Formationen vorkommen?
2. Welche nutzbaren mineralischen Bodenschätze haben die Eingeborenen im Gebrauche?
3. Welche nutzbaren Bodenschätze sind in den aufgeschlossenen Nachbarländern gefunden?
4. Welche nutzbaren mineralischen Bodenschätze sind in unseren Schutzgebieten tatsächlich gefunden?
5. Auf welcher Bodenschätze Erschürfung ist nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse zunächst das Hauptaugenmerk zu richten?
6. Welche besonderen Massregeln sind zur weiteren Erschliessung der Bodenschätze zu ergreifen?

Der den Boden eines neuen Landes betretende Forscher (der Geologe, der Bergmann), wird zunächst die allgemein geologischen Verhältnisse ins Auge fassen, um zu erwägen, welche Bodenschätze nach Massgabe derselben überhaupt vorkommen können.

Die Frage nach erwünschtem, dauerhaftem Baumaterial löst sich meist leichter, schwerer diejenige nach den verborgeneren und wertvolleren Schätzen, nach dem Edelmetall- oder -mineral, nach Gold, Silber, Eisen, Kohle und anderem. Doch auch in dieser Richtung bietet die Art der vorhandenen Gebirgsglieder manchen Fingerzeig.

Wissen wir zwar, dass Gold und Silber, Eisen und Kupfer, Kohle und Steinsalz u. s. w. in fast allen Formationen vorkommen können, so sind sie doch vorzugsweise, namentlich auch in ihrer Erscheinungsart, an bestimmte Formationen gebunden. Es würde zu weit führen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dies an der Hand sämtlicher uns hier interessierenden, wichtigeren Mineralien zu erörtern; ich gebe nur zwei Beispiele: „Gold und Kohle".

Geologische Verbreitung des Goldes. Gold, eins der wenn auch nicht in Menge, so doch in feiner Verteilung weitest verbreiteten Metalle, ist in fast allen Hauptformationen des Erdballes nachgewiesen worden, doch in wohlunterschiedenem Auftreten.

Es gibt da vier Arten dieses Auftretens:

1. Golderzgänge.
2. Magmatische Ausscheidungen des Goldes.
3. Schichtige Goldlagerstätten, in welche das Gold nach der Bildung der Lagerstätte gelangte.
4. Schichtige Goldlagerstätten, in welche das Gold gleichzeitig bei Bildung der Lagerstätte gelangte.

Gangartig, und zwar an Quarz, seltener Kalkspat, Schwefelkies, Arsenkies oder Tellur gebunden vorkommend, bevorzugt Gold im Granit und in den kristallinischen Schiefern an vielen Orten, zu Kalgoorlie, Murchison und anderwärts in Westaustralien, zu Croyden, Ravenswood und Charters Towers in Queensland und in manchen Grafschaften von Neusüdwales, im Kolar-Goldfelde Indiens und im Transvaal (mit Ausnahme des Witwatersrand) die Archäische Formationsgruppe, ferner im Algonkium der Black Hills in Dakota, im Silur zu Ballarat und Bendigo, zu Castlemaine, Maryborough und Gippsland und an anderen Orten in Victoria, zu Hargraves, Wellington, Lucknow in Neusüdwales, in Tasmanien, an einigen Orten Neuseelands, im Devon in Neusüdwales, im Karbon in Queensland, Neusüdwales und Neuseeland die Paläozoische Formationsgruppe, sowie, auftretend in jungvulkanischen Gesteinen, zu Comstock in Nevada, zu Creeple Creek in Colorado und zu Hauraki in Neuseeland das Tertiär, die untere Formation der Känozoischen Formationsgruppe.

Die Great Mother Lode Kaliforniens und die Golderzgänge Nevadas, jura-triassischen Alters, sind so ziemlich die einzigen gangartigen Funde in der Mesozoischen Formationsgruppe.

Magmatische Ausscheidung des Goldes im Granit in Mexiko, in Chile, Arizona, Bolivia, im Ural und im Diorit von Neusüdwales können, da wirtschaftlich nicht verwertbar, ausser Vergleich bleiben.

Das zur Zeit wichtigste Vorkommen des Goldes als nachträgliche Einsprengung in Konglomeraten des Witwatersrand im Transvaal wird von Molengraaf als oberstes Glied des Archäikums, von anderen als unterstes Glied des Paläozoikums betrachtet.

Von den Goldseifen, in welche das Gold bei Bildung der Sedimente gelangte, finden wir nur wenige und zwar meist wirtschaftlich nicht verwertbare in älteren Formationen. Wir kennen die kambrischen goldführenden Konglomerate der Black Hills in Dakota, die kar-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bonischen Konglomerate in Queensland (Peak Downs) und Neusüdwales (Gulgong, Tallawang), in Neuschottland (Corbett Mills) und Frankreich (Bessèges), sowie die mesozoischen Konglomerate der jurassisch-marinen Mariposaformation im Placer County der Sierra Nevada und am Klamath River in Siskiyou County Kaliforniens und die ebenfalls mesozoischen Seifen in den Otago-, Nelson- und Southlanddistrikten Neuseelands.

Von weit überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung sind diesen gegenüber aber die Känozoischen Eluvial-, Fluss- oder Seeseifen, und zwar tertiäre Seifen in Kalifornien (Table-Mountain, Amador und Calaveras County), in Neumexiko, in Colorado, Wyoming, Montana, Dakota, Idaho, Washington, Oregon, besonders aber auch die Deap Leads von Victoria und Neusüdwales, ferner posttertiäre Seifen in allen diesen eben genannten Ländern, in Surinam, Britisch Guayana, Venezuela, Transvaal, Westaustralien, Tasmanien, Neuseeland, Indien und in Sibirien.

Geologische Verbreitung der Steinkohle. Steinkohle dagegen finden wir in bauwürdiger Mächtigkeit in der Regel nur in spät-paläozoischer und früh-mesozoischer Zeit.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, wie die Kenntnis der auftretenden allgemeinen geologischen Formationen einen Schluss gestattet auf etwa zu erwartende nutzbare Lagerstätten.

Mineralgewinnung. Neben der Prüfung der allgemeinen geologischen Verhältnisse wird der Forscher ermitteln, welche im Lande selbst gewonnenen Metalle, Mineralien und Erden bei den Eingeborenen als Hausgerät, Schmuck oder Waffe in Gebrauch stehen, und welche derselben in benachbarten Ländern gefunden worden sind.

Unter den Metallen finden in den ausserhalb der Grenzen der Kultur belegenen Ländern, wie wir auch aus den Überlieferungen des grauen Altertumes unserer eigenen Völker wissen, vorwiegend Kupfer und Eisen, seltener Gold und Zinn Verwendung.

Kupfer und Eisen werden zu Beinringen oder Armspangen, zu Ohr- und Nasenringen der Negerfrauen — seltener der Männer — verarbeitet. Aus Eisen allein fertigen kundige Schmiede Lanzen-, Speer- und Bogenspitzen, Streitäxte, Messer und Ackergerät.

Spuren einheimischen Bergbaues und darauf beruhenden Schmelzbetriebes auf Eisen finden sich an zahlreichen Orten des südlichen und tropischen Afrika.

Eisen wird in Ostafrika erschmolzen zu Unyanyembe, Ugueno, Usindja, Irangi, Ufipa, Ukinya, Unyika, Wangika, in der Landschaft Msallala, Urundi, Ruanda und Injamwanga. Die Wadschagga am Kilimandjaro fertigen mit ungewöhnlicher Geschicklichkeit feine Eisenkettchen. Das im Lande gefertigte Ackergerät wird wegen besonderer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vorzüglichkeit des Eisens gerühmt. In Kamerun wird Eisen gewonnen im Jaundelande auf dem rechten Ufer des Njong. Sehr interessant erzählt Hupfeld aus Togo von Hunderten gelbbrauner Eisenöfen, die im Basari-Banyerigebiete und in der Landschaft Boëm, wenn auch nur zum kleineren Teile, im Betriebe standen. Die eingeborenen Schmiede besitzen dort derartige Kunstfertigkeit, dass sie sich sogar an die Reparatur importierter Gewehre und Schlösser heranwagen.

Mineralfunde in benachbarten Ländern. Wir lassen nun den Blick über die unseren Schutzgebieten benachbarten Länder schweifen, um zu sehen, welche Hoffnungen aus dortigen Mineralfunden bei gleichen geologischen Verhältnissen für uns sich erwecken.

Fassen wir Afrika und zwar zunächst hinsichtlich des Goldes ins Auge, so sind uns aus der Kapkolonie, aus Natal, Britisch-Betschuanaland und dem ehemaligen Oranje-Freistaate zwar keine wesentlichen Funde bekannt, wohl aber führt Transvaal zahlreiche Goldfelder, darunter das bedeutendste, welches wir auf dem Erdballe zur Zeit kennen. Nördlich schliessen sich an Rhodesias Goldlagerstätten, welche nach neueren Forschungen zu Simbabye und an anderen Orten schon im grauen Altertume zur Goldausbeute der Welt beigetragen haben. Weiterhin sind Goldfunde bekannt geworden an der „Goldküste" von Nordguinea, im Aschantilande, in Senegambien und an den West- und Südosthängen des abessinischen Berglandes.

Grosse wirtschaftliche Bedeutung haben in Südafrika die der Karrooformation angehörenden Steinkohlenflöze erlangt, welche in den Stormbergen und im Indwebecken der Kapkolonie, in den Drakensbergen Natals, in der Oranje-Riverkolonie, besonders aber in Transvaal Gegenstand umfangreichen Bergbaues geworden sind.

Weltbekannt sind die Diamantbergwerke bei Kimberley, Jagersfontein und Prätoria; bekannt ist ferner, dass der eigenartige Blaugrund, das Muttergestein der südafrikanischen Diamanten, an häufigeren Orten, als seither bergmännischem Betriebe unterzogen wurden, tatsächlich vorkommt, wenn auch zuweilen ohne Diamantführung.

Es würde zu weit führen, die vielen Orte zu erwähnen, von denen über Bergbau- und Schmelzbetriebe auf Kupfer und Eisen seitens der Eingeborenen ausserdeutscher, afrikanischer Gebiete berichtet wird. Es seien diesbezüglich noch die Palaboraberge Transvaals genannt und vom Bergbau der Weissen die Kupferminen zu Ookiep, südlich des Oranje. Nach Passarge besitzt auch das Adamaua gegenüber liegende Bautschibergland Silber-, Zinn-, Blei- und Kupfer-„Minen". Auf französischem Gebiete sollen die Kupferminen von Gasa liegen, ohne dass deren Lage genau feststände. In Arifu (südlich vom Benuehafen Danzufa) haben Engländer silberhaltige Bleierze gewonnen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenden wir uns dann den Nachbarländern unserer polynesischen Schutzgebiete zu, so finden wir, dass Goldlagerstätten auf dem Australkontinente nachgewiesen sind im breiten Bande von der Halbinsel York an, die Ostküste entlang durch Victoria hin bis nach Adelaide inmitten der Südküste, ferner in Westaustralien von Esperance-Bai an über die berühmten Goldfelder von Coolgardie, Kalgoorlie, Mount Margaret, Murchison und andere hinweg bis zum Kimberleydistrikt; ich sprach schon früher die Ansicht aus, dass auch im Innern Australiens Goldlagerstätten anstehen dürften, dass diese aber durch die Unwirtlichkeit des Landes der Erschliessung noch verschlossen werden. Gold ist aufgefunden auf Tasmanien, Neuseeland, Neukaledonien, Sumatra, Borneo, Luzon, auf der japanischen Inselgruppe, in Korea und Indien. Ja selbst auf Britisch-Neuguinea, nahe der Ostgrenze des deutschen Schutzgebietes Kaiser Wilhelmsland, ist Gold in Fluss-Seifen entdeckt und in Abbau genommen worden.

Wir wollen nun diese Erfahrungen auf die einzelnen Schutzgebiete anwenden und untersuchen, welche Bodenschätze gefunden wurden und vernünftigerweise nach Lage der Verhältnisse überhaupt wirtschaftlich in Abbau genommen werden können.

## Deutsch-Südwestafrika.

Den geologischen Grundstock Süd- und Mittelafrikas bilden allgemein Granit, Gneis und kristallinische Schiefer. Sie treten in Deutsch-Südwestafrika im mittleren Teile in Damaraland besonders stark hervor in Form einer grossen Anzahl NO. bis SW. verlaufender Gebirgsketten. An ein ausgedehntes Granitmassiv, welches sich beiderseits vom Mittellaufe des Swakop ausdehnt, und an eine Anzahl weniger umfangreicher, aber zum Teil immerhin noch beträchtlicher Granitmassen, insbesondere zu beiden Seiten des oberen Omaruru, lehnen sich stark gefaltete Gneise und Glimmerschiefer, sowie kristallinische Kalke, Chlorit und Amphibolit an.

Marmor. Kristallinischer Kalk tritt in dem von der Eisenbahn Swakopmund-Karibib berührten Gebirgslande in wirtschaftlich verwertbarer Weise in Form von Marmor auf. Die Lagerungsverhältnisse und Ausdehnung dieses Vorkommens sind noch nicht genau festgestellt.

Von C. Weiss wird eine dem Chuosgebirge nach der Eisenbahn zu vorgelagerte Bergkette als ganz aus Marmor bestehend geschildert.

Nach einer Zeitungsnachricht („Finanzchronik“ vom 4. Januar 1902) erstrecken sich „Marmorbrüche“ auf 6—7 *km* Längenausdehnung über 13 Bergkuppen von 70—160 *m* relativer Höhe im Nordosten von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Karibib. Der Marmor soll hier alle Farbenabstufungen vom reinen Weiss bis zum vollen Schwarz aufweisen.

Ferner wird als dritter Ort die Umgegend der Wasserstelle von Etusis am Geiassibgebirge, 6 *km* südlich der Eisenbahnstation Ababis, genannt. Dieser Marmor wird wegen vortrefflicher Eigenschaften besonders gerühmt. Schon die an der Oberfläche lagernden Stücke zeigten grosse Widerstandskraft gegen atmosphärische Einflüsse. Der Marmor ist durchweg rein weiss; $3^1/_2$ *km* westlich Etusis ist er in gefälliger Art schwarz geädert.

Die Herkunftsorte von anderweit eingesandten Proben, welche in der Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin eingehender Untersuchung unterworfen wurden, waren nicht genannt. Diese Proben bestanden in feinkörnigem, weissem Marmor. Anhäufungen von Tremolit verliehen ihm stellenweis eine Art Schichtung und beeinflussten die im übrigen vorzügliche Politurfähigkeit des Materials ungünstig. Der chemischen Zusammensetzung nach lag hier ein Dolomitmarmor vor. Als solchem ist ihm zwar eine grosse Härte eigen; da aber seine einzelnen Körner eine glatte und nicht zackige Abgrenzungsfläche haben, ist ihr Zusammenhalt kein so inniger, wie es bei unseren klimatischen Verhältnissen für Verwendung im Freien erforderlich ist. Dieser Marmor kann daher nur für Innenarchitektur gebraucht werden. Neben guter Politurfähigkeit verleihen weisse Farbe und schwarze Äderung durch eine kohlenstoffartige Substanz ihm hierfür erheblichen Wert. In einer der Proben liegt sogar ein Material vor, welches als durchaus gleichwertig dem hochgeschätzten, zur Zeit besonders gesuchten und nur selten vorkommenden Pavonazzo-Marmor von Carrara angesprochen werden kann.

Aus Grossnamaland kennen wir kristallinische Gesteine nur in Gestalt der nordsüdlich streichenden Gebirgsketten, welche zwischen Angra Pequena und Aus liegen, sich auch am Westhange des Huibplateaus entlang bis zum Oranje fortsetzen. Zu den bei Angra anstehenden Gneisen treten mit der Annäherung an das Huibplateau Granit; am Oranje gesellen sich kristallinische Kalke und grüne Schiefer hinzu.

Zwischen den kristallinischen Massen Damaralands und denen am Oranje dehnt sich östlich des 16. Längengrades (von Greenwich) eine grosse Senke aus, die von durchweg horizontal gelagerten Schichtgesteinen bisher unbestimmten, aber wahrscheinlich paläozoischen Alters erfüllt ist.

Westlich der breiten Grabenversenkung, in welcher Grotfontein liegt, bilden Sandsteine das unterste und vielfach einzige Schichtenglied auf der kristallinischen Unterlage. Als Erosionsreste treten darüber nach Osten hin vielerorts ausgedehnte Kalksteinplatten auf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Pegmatit, Diabas, Diorit, Gabbro, Porphyr und Basalt haben vielfach in den beschriebenen Gebieten den Weg zur Erdoberfläche gefunden.

Aus sehr spärlichen Nachrichten über die geologischen Verhältnisse des Kaokofeldes wissen wir, dass der aus Granit und kristallinischen Gesteinen bestehende Gebirgsstock des Damaralandes seine Fortsetzung über den Oberlauf des Omaruru, des Ugab und auch noch des Huab hinaus nimmt.

Die Meldung von dem Auftreten roten Sandsteines und von Konglomerat hat Anlass zu der Vermutung gegeben, dass Gault-Sandsteine, welche von den nördlichen Teilen der westafrikanischen Küste als bis zum Kunene reichend bekannt sind, sich auch in unser Schutzgebiet erstrecken. Von den in das Kaokofeld hinübergreifenden jungen Kalahari-Kalkgebilden müssen hier streng die dem kristallinischen Fundamente zuzurechnenden alten Kalksteine geschieden werden. Ob daneben einzelnen Kalksteinvorkommen noch ein mittleres geologisches Alter zugesprochen werden muss, und aus welcherlei Schichten die wenigen beobachteten Tafelberge zusammengesetzt sind, steht noch dahin. Von den östlich des Kaokofeldes im Quellgebiete und am linken Ufer des Omuramba-ua-Matako liegenden Tafelbergen wissen wir dagegen, dass sie aus rötlichem, quarzitischem Sandstein bestehen, der auf granitischer Unterlage ruht.

Nach den neuesten Nachrichten hat es den Anschein, als ob durch die Decke von Kalaharikalk, welche in dem Gebiete östlich des Kaokofeldes alle Niederungen und die weniger hohen Berge nördlich davon überzieht, an einzelnen Stellen auch ältere Schichten hindurchragen. So wird aus Otavi und von einigen anderen Orten steil aufgerichteter Kalkstein und daneben bei Otavi Sandstein gemeldet.

Wir hörten von Spaltensystemen und von alten und jungen Eruptivgesteinen. Bedenken wir noch, dass vielerorts im Schutzgebiete heisse Quellen hervorsprudeln, so müssen wir annehmen, dass in Deutsch-Südwestafrika von geologisch uralter Zeit her bis in die Gegenwart hinein gebirgsbildende Kräfte in erheblichem Masse gewirkt haben. Ein Gebiet aber, in welchem dies der Fall ist, berechtigt immerhin zur Hoffnung auf Vorkommen nutzbarer Lagerstätten. Leider steht aber die Frage der Nachhaltigkeit und des Reichtumes solcher Lagerstätten nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit derjenigen geologischer Störungen. Wir kennen Erzfundstätten zwar schon in grosser Menge; bisher haben aber nur wenige derselben bei eingehenderer Untersuchung Hoffnung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit erweckt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gold. Von den Metallen, welche in Deutsch-Südwestafrika vorkommen, beansprucht nach Massgabe der Funde in Transvaal Gold in erster Linie unser Interesse. Die Flüsse Deutsch-Südwestafrikas führen zum Teil auch Gold, wie sehr viele Flüsse der Erde; doch haben die seitherigen Untersuchungen der Flüsse noch nirgendwo Goldkonzentrationen erwiesen, deren Ausbeutung Gewinn verspräche. Überhaupt wurden im Gegensatze zum Transvaal, wo Gold in zahlreichen Lagerstätten als alleiniges oder zum mindesten weit vorherrschendes Metall vorkommt (von stets vorhandenem Silbergehalte abgesehen), Funde, welche Gold als einziges Metall anstehend nachwiesen, seither nicht gemacht. Dagegen findet sich Gold mit Wismut am Kuisib und bei Goagos, Gold mit Kupfererzen bei Hussab, in der Potmine und ihrer Umgebung, im Chuosgebirge, im Geiassibgebirge (Mount Stanley), zu Nabachab und Mobib, bei Otyikango und an verschiedenen Punkten (Spitzköpfe, Areb, Rehoboth, Nauas und Swartmodder) im Rehoboth-Distrikte. Die Kupfererze treten vom malachitischen Erzanfluge an bis zu Kupferglanz, Buntkupfererz, Kieselkupfer und Kupferpecherz auf. Gold ist entweder als Freigold ausgeschieden oder etwas tiefer hinab mit Schwefelkies und jenen Erzen verbunden. Die Gangart ist Quarz oder Kalkspat, denen zuweilen auch Spateisenstein hinzutritt.

Während aber alle vorgenannten Lagerstätten sich bis jetzt wegen zu geringer Mächtigkeit, zu geringen Erzgehaltes, zu geringer Tiefen- und Längenerstreckung als unbauwürdig erwiesen, halten die Rehobother Vorkommen, welche von der Eichmeyerschen Expedition eingehender untersucht wurden, nach der Tiefe hin im allgemeinen aus. Verdrückungen und Verstärkungen der Lagerstätte bilden dabei in Streichen und Einfallen lebhaften Wechsel.

Von den Gold- und Kupfererzvorkommen im Rehoboth-Distrikte haben sich diejenigen am Grossen und Kleinen Spitzkopf, 20 *km* nordwestlich von Rehoboth, als die am meisten aussichtsvollen erwiesen.

Vielfach gefaltete Glimmerschiefer sind hier von einer grossen Anzahl sich kreuzender und scharender Quergänge durchsetzt, deren Mehrzahl ein mehr oder weniger ostwestliches Streichen einhält und nach Osten einfällt. Bei dem Gewirre, welches die Gangvorkommen an den Spitzköpfen bilden, ist es schwer, bestimmte Gänge zu unterscheiden; dies war bislang nur bei fünfen möglich.

Neben und zwischen ihnen auftretendes, verruscheltes Gebirge enthält stets Edelmetall, durchschnittlich 3—4 *g* Gold und 20 *g* Silber auf 1000 *kg*.

Der Gangquarz ist häufig fest und fettglänzend, milchweiss oder rot; er führt dann stets Freigold bis zu 4 *g* schweren Körnern, aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

niemals fein durch seine Masse verteiltes Gold. Solches, mit unbewaffnetem Auge nicht erkennbare Gold ist dagegen stets in demjenigen Quarz anwesend, welcher bröckelig und matt, auch meist braun gefärbt auftritt, und zwar bis zu durchschnittlich 3,2 *g* Au neben 28 *g* Ag in 1000 *kg*.

Der Kupfergehalt der Lagerstätten beruht auf oberflächlich in Malachit und Kupferlasur umgewandeltem Kupferglanz, der einmal fast überall mehr oder weniger fein in Gangquarz eingesprengt ist, dann gemeinschaftlich mit Quarz in Form von zusammenhängenden, in den Glimmerschiefer scheinbar unregelmässig eingelagerten Erznieren auftritt, sowie endlich in derben Erznestern von mehreren Kubikmetern Inhalt vorkommt.

Die Erznester weisen in der Regel auch sichtbares Gold auf; die mit Quarz durchsetzten Kupfererze enthalten gleichfalls Gold. Dagegen konnte in dem von Gangmasse befreiten Kupferglanze (mit etwa 76 pCt. Cu und 0,1—0,3 pCt. Ag) in keinem Falle Gold nachgewiesen werden.

Die bisherigen Aufschlüsse erreichten eine Tiefe von 30 *m*. Das dabei geförderte Kupfererz konnte durch einfache Handscheidung leicht auf einen Durchschnittsgehalt an Kupfer von 50 pCt. gebracht werden.

Mit Quarzgängen hat man es auch bei Areb, etwa 160 *km* von Rehoboth, zu tun. Diese folgen hier meist den ostwestlich streichenden, steil einfallenden und stark gefalteten Tonschieferschichten.

Dicht bei Rehoboth treten Quarzgänge in Ton- und Chloritschiefern auf. Ein etwa 1 *m* mächtiger, nordsüdlich streichender uud 30° westlich einfallender Gang wies Kupferglanz ohne Goldgehalt auf, mit einem Kupfergehalte von 3,95 pCt. am Ausgehenden und 9,05 pCt. bei 5 *m* Tiefe.

Von den drei letztaufgeführten Vorkommen unterscheiden sich stark zwei weitere im Gebiete der Rehobother Bastards.

Bei Nauas, etwa 30 *km* nordnordöstlich von Rehoboth, durchziehen einen Tonschiefer Kupfer und Gold führende Brauneisensteingänge.

Bei Swartmodder, wenige Kilometer südlich von Rehoboth, treten an vielen Stellen Eisen- und Kupfererz führende Gänge zutage. Einer derselben wurde eingehender bis zu 30 *m* Tiefe untersucht. Ein braunes, eisenschüssiges und goldhaltiges, verwittertes Gestein mit Einlagerungen von derbem Kupfererz, vereinzelt auch von Quarz, bildet in einer Mächtigkeit von 20 *cm* bis 2 *m* die Ausfüllung dieser Lagerstätte. Das verwitterte Gestein enthielt Spuren bis 20 *g* Au sowie Spuren bis 362 *g* Ag, durchschnittlich 4,5 *g* Au und 37,1 *g* Ag

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in 1000 *kg*, das Kupfereisenerz 5,5—33,1 pCt. Cu mit meist etwas Ag, aber keinem Au, durchschnittlich etwa 10—12 pCt. Cu.

Sind zwar die Erzlagerstätten im Rehobothdistrikte nicht sonderlich reichhaltig und mächtig, so zeigten sie sich seither doch meist aushaltend nach der Tiefe. Bei günstigeren Transportverhältnissen nach Heranführung der Eisenbahn mögen sie daher ein nicht zu hohes Anlagekapital ausreichend verzinsen, so dass späterhin weitere Versuchsarbeiten wohl erwünscht erscheinen.

Kupfererze. Wir verlassen damit die Gold- und Kupferlagerstätten mit hervortretendem Goldgehalt und wenden uns denjenigen Vorkommen von Kupfererzen zu, bei denen in keinem Fall ein solcher Gehalt an Gold angetroffen wurde, dass darauf irgend welche Hoffnungen aufgebaut worden wären, bei denen vielmehr stets lediglich die Kupferführung als Grundlage eines Betriebes in Frage kommen wird.

Aus dem Süden des Schutzgebietes sind uns Kupfererzvorkommen aus der unmittelbaren Nähe von Angra Pequena, dann von Aos, Tsaus, Khakhaus (südlich von Aus), aus dem Matjestal (südlich von Guibis) sowie von einigen Punkten am Oranje (Nates-Mine u. a.) gemeldet worden. Es ist indessen bisher nur am Ostabhange der Homs-Hochebene am Rapunberge bei Khuias einmal zur Eröffnung bergbaulicher Arbeiten (Sinclair Mine und Campbell Mine) gekommen, und zwar zur vorübergehenden Gewinnung von Kupferglanz, auch von Kupferkies, Malachit und Kieselkupfer.

Hier sowohl als im Matjestale südlich von Guibis, ferner bei Aus und Khakhaus bilden die Erze Einsprengungen anscheinend in Dioritgängen, welche Gneis durchsetzen.

Dicht bei Angra Pequena und bei Tsaus sind geringwertige Funde von Kupfererzen gemacht, welche mit Eisenkies zusammen als Einsprengung in Quarz Gänge im Gneis bilden.

Im mittleren Teile des Schutzgebietes haben wir innerhalb des nach Norden geöffneten Bogens, welchen der Kuisib westlich des 16. Grades östlicher Länge von Greenwich bildet, eine ganze Reihe von Kupfererzvorkommen, so am Aus- und am Salzflusse, ferner bei Naramas, Agitambi, Gorup (auch Gorab genannt) und in der Hope-Mine.

Wird von den ersteren Punkten nur ganz flüchtig das Auftreten von Kupfererzen an der Erdoberfläche gemeldet, so sind wir infolge umfangreicherer Aufschlüsse bei Gorup und in der Hope-Mine über die Natur dieser Erzvorkommen schon besser unterrichtet. Die Lagerstätte der Hope-Mine erläutert Stapff: „Vorkommen von eisenstreifigen Quarzitschieferbänken in Glimmerschiefer. Zwischen dem südlichen Riff und dem Glimmerschiefer die Erzlagerstätte 235 *m* ONO.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Erzverteilung linsenförmig in der Lagerstätte." Die mit oxydischen Kupfererzen erfüllten Linsen haben 60—70 *cm* Mächtigkeit.

Von dem 1885 geförderten Haufwerke wurden geschieden;

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 27,92 | Ctr. | 3,4 | pCt. | Erz I. | mit | 21,16 | pCt. | Cu |
| 57,65 | „ | 7,3 | „ | „ II. | „ | 8,50 | „ | „ |
| 418,96 | „ | 50,9 | „ | Grubenklein | „ | 2,80 | „ | „ |
| 309,14 | „ | 37,1 | „ | Berge | „ | 1,80 | „ | „ |
| 11,71 | „ | 1,3 | „ | Scheideverlust. | | | | |
| Zus. 825,38 | Ctr. | | | Haufwerk mit durchschnittl. | | 3,36 | pCt. | Cu |

Die Lagerstätte bei Gorup, 7 *km* nordöstlich von Naramas, wurde am Ausgehenden eingehend untersucht. Feinschieferige Schichten, deren petrographischer Charakter noch der genaueren Bestimmung bedarf, unterbrechen die umgebenden kristallinischen Gesteine. Sie fallen mit 40—50° nach NW. und schliessen die gleichgerichtete Erzlagerstätte ein. Deren Ausgehendes ist in Form eisenschüssiger Quarzite über 1,5 *km* weit in gerader Linie verfolgt. Ein südwestlicher Ausbiss ist als 200 *m*, ein in dessen geradliniger Verlängerung liegender nordöstlicher Ausbiss als etwa 800 *m* lang deutlich erkennbar. Die Mächtigkeit ist eine sehr regelmässige von 1,2—1,5 *m*. Der Quarzit des übrigens stets auch kalkhaltigen Ausgehenden ist ausser mit Brauneisenerz mit Malachit imprägniert, und diese Kupferimprägnation setzt sich in das hangende und liegende Nebengestein fort. Unterhalb des eisernen Hutes bildet ein dichtes Gemenge oxydischer und geschwefelter Kupfererze die Erzführung der Lagerstätte. Die ersteren scheinen vorherrschend zu sein und insbesondere als Rotkupfererz, die anderen als Kupferglanz und in geringerem Masse als Kupferkies aufzutreten. Die Ausfüllung der Lagerstätte als Ganzes besteht teils in kompakten Erzen, teils in mehr oder weniger starken Erzadern zwischen quarzitischer Gangart. Das Erz macht etwa ein Drittel des gesamten, aus der Lagerstätte geförderten Materials aus. Der Kupfergehalt der analysierten Proben beträgt durchweg zwischen 31 und 35 pCt., der Eisengehalt durchweg 18—19 pCt. Als Durchschnitt wurde aus 36 reichen (bis 71,2 pCt.) und armen (bis 14,5 pCt.) Stücken ein Kupfergehalt von 31 pCt. ermittelt. An Gold führte eine der Proben 3 *g*, an Silber 150 *g* auf 1000 *kg*. 9555 *kg* unausgesuchtes Erz ergaben in der Kupferhütte zu Altenau 1239 *kg* oder 13 pCt. Kupfer. Waren die Untersuchungsergebnisse des Ausgehenden der Lagerstätte somit sehr günstige, so darf nicht vergessen werden, dass hier, wie bei den meisten derartigen Lagerstätten, eine Verminderung des Erzgehaltes nach der Tiefe hin keineswegs unwahrscheinlich ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Etwa 170 *km* östlich des Vorkommens bei Gorup, also ungefähr in dessen Streichrichtung, liegt die Matchless-Mine. An 800 laufende Meter Grubenbaue sind hier im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgefahren worden. Das Eingehen des Bergbaues wird weniger auf ein Zurückgehen der Ergiebigkeit des Vorkommens als vielmehr auf äussere Umstände, wie Unruhen, Viehseuchen und schlechte Transportverhältnisse, zurückgeführt. So viel ist aber jetzt schon gewiss, dass das Kupfererzvorkommen nur nach Bau eines Eisenbahnanschlusses abbauwürdig werden würde. Das Bergwerk liegt in einem der Täler, welche von SW. aus die Komas-Hochebene anschneiden. Die Hochebene wird von nach Norden mit 4—5° einfallenden Gneisen und Glimmerschiefern gebildet, die nur selten von Granit, Diorit und Hornblendegesteinen unterbrochen werden. Das Vorkommen wird als eine ihrem Charakter nach noch nicht sicher bestimmte Lagerstätte von stellenweiser Erweiterung und Verdrückung bei 1—2 *m* Mächtigkeit geschildert, deren Ausfüllung fast frei von dem aus Glimmerschiefer bestehenden Nebengestein ist. Die ehemalige Kupfergewinnung scheint nach den Haldenbestandteilen vorwiegend auf die grösseren Erznester beschränkt gewesen zu sein.

Im westlichen Damaraland haben die unter dem Namen Ebony-Mine geführten Aufschlussarbeiten am rechten Ufer des Khanflusses Einsprengungen von Kupferglanz und dessen Zersetzungsprodukten im Granit verfolgt, welcher hier in mächtigen Gängen oder in feinen Adern den Gneis durchsetzt. Die erhofften grösseren Nester von Erz fanden sich jedoch nicht, und es blieb im Bereiche der damaligen Aufschlüsse bei unbeträchtlichen Einsprengungen von Erz.

Einige 50 *km* nordöstlich der Ebony-Mine und etwa 15 *km* von Karibib, Station der Eisenbahn Swakopmund-Windhoek, tritt ein 1—1½ *m* mächtiger Quarzgang zutage, welcher in reichem Masse Malachit und Kupferlasur und in geringerer Menge Kupferkies führt. Der Quarzgang ist von einem Eruptivgestein begleitet, über welches nähere Angaben fehlen.

Einige 20 *m* von diesem Quarzgang entfernt wurde ein eisenschüssiges, fast erdig aussehendes, offenbar stark in Zersetzung begriffenes, NW.—SO. streichendes Gestein angetroffen, in dem eine von tauben Mitteln unterbrochene Erzführung von Kupferlasur und Malachit auf mehrere 100 *m* Länge beobachtet wurde.

In Verbindung mit den Gneis durchsetzenden, grobkörnigen Graniten fanden sich Kupferglanz und seine Zersetzungsprodukte noch an mehreren Stellen im Gebiete des Khanflusses, bei Ughamsis, auch in Begleitung stellenweise grosser Tafeln von Molybdänglanz.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die grösste wirtschaftliche Bedeutung im Schutzgebiete haben die Erzvorkommen, welche mit dem Sammelnamen der Otavi-Minen bezeichnet werden, erlangt.

Unter diesen erwiesen sich Guibab und Nagaib einstweilen nicht befriedigend; Asis besitzt, soweit bis jetzt aufgeschlossen, nur eine kleine Lagerstätte von allerdings ausgezeichneter Qualität; Tsumeb-Mine ist die wichtigste derselben.

Deren Lagerstätte tritt in einem aus dunklem, grauem bis schwarzem Kalkstein bestehenden Hügel zutage in Gestalt eines 168 *m* langen und bis zu 20 *m* breiten, steil nach Süden einfallenden Erzkörpers, der in der Mitte eine starke Einschnürung aufweist. An der Stelle dieser Verengerung des Erzlagers steht in seinem Hangenden ein buntgetüpfelter Sandstein und Quarzit an. Der eingeschnürte Teil der Lagerstätte erwies sich auf der bei den Versuchsarbeiten hergestellten 48,8 *m* tiefen zweiten Sohle kürzer, die durchschnittliche Mächtigkeit der ganzen Lagerstätte hier somit grösser als auf der höheren Sohle und am Ausgehenden.

Die Erzführung besteht in Kupferglanz und Bleiglanz sowie entsprechend der Nähe des Ausgehenden in den Karbonaten von Kupfer und Blei. Die westliche Erweiterung der Lagerstätte erweist sich auf beiden Sohlen am reichsten an Kupfer. Durchschnittsproben ergaben auf der oberen Sohle 11,9 und 17,93, auf der unteren Sohle 13,24 und 18,49 pCt. Cu.

Die östliche Ausbauchung weist dagegen

oben 6,0 8,2 und 13,34 pCt.
unten 9,7 10,8 14,1 und 8,22 pCt. Cu

auf, aber sie ist die an Bleiglanz reichere.

Der Bleigehalt beträgt in Prozenten:

im Westen oben: 30,90—30,15 pCt.
„ „ unten: 18,35—24,90 „
im Osten oben: 6,70 38,10 22,47 pCt.
„ „ unten: 13,00 29,02 27,80 und 39,19 pCt.

Auch das Nebengestein ist von Erzen durchsetzt. Der Kupfergehalt desselben schwankt zwischen nur 1,5 und 4 pCt., geht aber örtlich auch bis 7,64 pCt.

Die Bleiführung des Nebengesteins liegt im allgemeinen in den Grenzen 0 bis 5 pCt. Insbesondere wächst der Bleigehalt im Hangenden der eigentlichen Lagerstätte, in der Gegend der erwähnten Einschnürung beträchtlich und zwar stellenweise bis zu 21 pCt.

Als Durchschnittsgehalt des ganzen aufgeschlossenen Vorkommens werden für das hochprozentige Erz (293 000 Tonnen) 12,61 pCt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kupfer und 25,29 pCt. Blei, für das geringprozentige Erz (190 519 Tonnen) 2,91 pCt. Cu und 4,37 pCt. Blei angegeben.

Nach der sehr vorsichtigen Schätzung des Ingenieurs Christopher James sind zur Zeit 293 000 Tonnen hochprozentigen, abbauwürdigen Erzes aufgeschlossen, welche bei 50 Pfund Sterling Wertes pro Tonne Kupfer und 12 Pfund Sterling Wertes pro Tonne Blei bei 4,7 Jahren Abbauzeit 312 000 Pfund Sterling Gewinn im Jahr ergeben sollen.

Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, dass der Erzkörper tiefer hinabsetzt. Da die Lagerstätte anscheinend als metasomatische zu deuten ist, hängt ihr Aushalten nach der Tiefe vom Niedersetzen des Kalksteins ab. Wie tief aber der Kalkstein, welcher nach den vorliegenden Proben als echter, derber, älterer Massenkalk sich charakterisiert, niedersetzt und wie tief er erzführend ist, können nur weitere Untersuchungsarbeiten ausweisen.

Auch diese an sich reiche Lagerstätte wird nur durch Verbesserung der Transportgelegenheit zur See wirtschaftlich bauwürdig, und zwar denkt man daran, an Ort und Stelle Konzentrationsschmelzen des Erzes vorzunehmen und den Kupferstein nach Kupferraffinierwerken in Europa oder Amerika auszuführen. Herr Dr. Hartmann hat von seiner jüngsten Expedition in den nordwestlichen Teil des Kaokofeldes einige Stücke reicher sulfidischer Kupfererze von einem Orte zwischen Otjirambo und Ompempasemo und oxydische Kupfererze aus Gauas mitgebracht. Beide Funde setzten in einem ähnlichen dichten Massenkalke auf, wie die Lagerstätte zu Otavi. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass Erzvorkommen des Otavitypus noch an anderen Stellen des Verbreitungsgebietes des älteren Kalkes im Norden des Schutzgebietes sich vorfinden.

Bleierze. Anderweite Funde von Bleierzen, welche bisher in Deutsch-Südwestafrika, und zwar auf der Insel Pomona und in der Nähe der Lüderitzschen Faktorei zu Angra Pequena, gemacht wurden, sind nur ganz untergeordneter Art.

Eisenerze sind in Deutsch-Südwestafrika weit verbreitet. Insbesondere finden sie sich häufig in Form von Magnetit als Einsprenglinge in Gneis. Lager von Magneteisenstein wurden bei Angra Pequena, Ugama, Aus, Khakhaus und am Oranje beobachtet. Über die Sandebene zwischen Angra Pequena und Aus sind bis faustgrosse Stücke polarmagnetischen Magnetits und seiner Umwandlungsprodukte, Rot- und Brauneisenstein, reichlich verbreitet. Eisenglanz bekleidet öfters in blätterigen Massen Klüfte im Gneis; er tritt bei Angra Pequena und am Kuisib mit Quarz zusammen gangartig auf. Andere im Gneis aufsetzende Quarzgänge führen Eisenkies und Brauneisenstein.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wird noch eines Fundes von Manganit (durch Dr. Schinz) am Scap- oder Guachabfluss Erwähnung getan, über den nichts Näheres bekannt geworden ist, so dürfte alles Wesentliche mitgeteilt sein, was sich auf Grund des vorliegenden Materials mit Bestimmtheit über das Vorkommen von Metallen und ihrer Erze im deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebiete sagen lässt.

Diamanten sind zwar in Deutsch-Südwestafrika noch nicht anstehend gefunden worden, doch soll von einem Hirten des Missionars Hegener im Jahre 1893 ein Diamant, welcher der Kgl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin vorlag, bei Berseba gefunden worden sein. Tatsächlich steht unzweifelhaft fest, dass nicht nur das gleiche Gestein, welches bei Kimberley Diamanten birgt, auch im deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebiete vorkommt, sondern dass es auch in der gleichen Erscheinungsform auftritt wie bei Kimberley.

Dieses Muttergestein der Diamanten Südafrikas ist an vier Stellen in und bei Gibeon und an zwei Stellen bei Mokurop im Gebiete von Berseba ermittelt worden. Die Aufschlüsse daselbst bewegen sich aber einstweilen noch in sehr geringer Tiefe. Die sorgfältig angestellten Schürfungen haben sowohl Schichten erschlossen, welche in allen wesentlichen Teilen vollkommen gleicher Natur sind wie die oberen zersetzten Teile der bekannten Lagerstätten südafrikanischer Diamanten, des yellow ground und des rusty ground, wie auch solche, die ganz den Charakter von blue ground besitzen.

Die Ausbruchskanäle des blue ground in und bei Gibeon treten aus Sandsteinen zutage, welche wahrscheinlich den in den allgemeinen geologischen Bemerkungen erwähnten, auf Tonschiefern aufgelagerten und die blauen Kalke unterteufenden Sandsteinen zuzurechnen sind. Bei Mokurop wird zutage tretender Blaugrund von Tonschiefern umgeben, die vielleicht den eben erwähnten, die Basis der uns bisher bekannten Sedimentgesteine bildenden Tonschiefern entsprechen. Die obersten Teile der auf britischem Gebiete liegenden blue ground-Vorkommen stehen dagegen in dem jüngsten Gliede der Karrooformation. Dieser Unterschied im Charakter des Nebengesteines dürfte aber auf die Diamantführung von keinerlei Einfluss sein, denn auf britischem Gebiete finden sich, wie erwähnt, neben diamantführenden blue ground-Lagerstätten auch solche, welche nach der bisherigen Kenntnis keine Diamanten bergen, trotzdem sie im gleichen Nebengesteine an die Erdoberfläche treten wie die diamanthaltigen.

Ausgedehnte Bedeckung mit diluvialem Gerölle, welches zum Teil durch Kalk sehr fest verkittet ist, entzieht möglicherweise etwa noch vorhandene andere Diamantlagerstätten unserer Kenntnis.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Blau- und Gelbgrund herbergen übrigens stets auch weitere Mineralien, welche bei guter Entwickelung der physikalischen Eigenschaften als Edelsteine und Halbedelsteine geschätzt werden. Von diesen sind Zirkon, Turmalin und Granaten nachgewiesen worden.

Granaten sind auch von der Grenze des Walfischbai-Territoriums in der Varietät der Almandine oder Pyrope bekannt.

Topase wurden bei Hauneib, südwestlich des Bockberges, in solcher Grösse und Klarheit gefunden, dass sie sich wohl zum Verschleifen eignen würden.

Bei einer Tiefbohrung in der Nähe von Ganikobis (30 *km* nordöstlich Berseba) am Grossen Fischflusse will man nach dem Durchteufen von Schiefern, Konglomeraten und Sandsteinen in mehr als 100 *m* Teufe Petroleum wahrgenommen haben.

Die Kalahari birgt in grosser Zahl ausgedehnte Pfannen salzhaltigen Wassers, in denen Salz-Ausscheidung stattfindet.

Guano-Bildung vollzieht sich fortwährend entlang der Küste. Der die Küste von Süd nach Nord bespülende kühle Benguelastrom bietet den Fischen gute Lebensbedingungen. Der Fischreichtum ist wiederum die Veranlassung zu massenhafter Ansammlung von Vögeln. Die fleissigen Vögel haben besonders in der Gegend der Hottentottenbai im Süden und in der Nähe von Kap Cross im Norden Guanolager beträchtlichen Umfanges geschaffen, die der Ausbeute unterliegen.

Die umfangreichste der Guano-Inseln, Graves Island (22 *km* südlich Kap Cross) ist 1500 *qm* gross und 5 *m* hoch.

An der Küste zwischen den Inseln Halifax und Possession ist ferner Kopal in einigen Stücken gefunden worden, von dem ungewiss ist, ob er an Ort und Stelle vorkommt oder angeschwemmt wurde. Bei dem Abnehmen der Produktion des geschätzten afrikanischen Kopals dürfte sich eine gelegentliche nähere Untersuchung, etwa von einem unserer Marinefahrzeuge aus, sehr wohl empfehlen. Die Küste ist zwischen Halifax und Possession felsig; nur hin und wieder finden sich sandige Einlagerungen. Auf diese letzteren würden sich die Forschungen nach subfossilem Kopal erstrecken müssen.

Heisse Quellen entspringen zu Otyimbingue, Buxton Fontein, Otyikango, Klein-Barmen, Windhoek, Rehoboth, Asis, Omapyu, Omburo und Warmbad. Die Temperaturen der drei erstgenannten werden in sehr verschiedenen Werten, die zwischen 60 und 70° C. liegen, angegeben. Die Quelle zu Rehoboth hat 54° C. und setzt meist dunkeln Opal ab; Rehoboth selbst liegt auf solchem Kieseltuff. Auch Windhoek liegt auf dem Absatze der dortigen Quelle, deren Temperatur von einer Seite zu 90°, von anderer zu 72° C. angegeben



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wird. Die Quelle zu Warmbad ist fast 40° warm, führt schwefelsaure Salze und hat heilkräftige Wirkung bei Hautkrankheiten und Rheumatismus.

## Deutsch-Ostafrika.

Im geologischen Grundgerüste von Deutsch-Ostafrika tritt Gneis in den Vordergrund. Er ist in weiten Gebieten ausgezeichnet durch einen Aufbau aus petrographisch stark wechselnden und daher deutlich voneinander unterscheidbaren Schichten. In grosser räumlicher Erstreckung wurde auch granitartiger Gneis beobachtet. Der Gneis-Granitgrundstock tritt in dem weitaus grössten westlichen und nördlichen Teile des Schutzgebietes in der Hauptsache unmittelbar zutage. Konkordant dem Gneis auflagernd sind mehrfach Erosionsreste in Gestalt phyllitischer und Tonschiefer unbestimmten Alters gefunden worden.

Diskordant lagern dem Urgebirge vielenorts Lappen der verschiedenen Sedimentgesteinsarten, insbesondere Sandsteine auf, aus denen Versteinerungen nicht bekannt geworden sind, so dass ihre Stellung zum System der geologischen Formationen noch nicht hat ermittelt werden können. Lediglich bei vereinzelten Erosionsresten Steinkohle führender Schichten ist das Alter der Karrooformation festgestellt worden. Dieser vielgestaltete Untergrund des inneren Deutsch-Ostafrika verschwindet nach der Küste zu unter jurassischer und jüngerer Bedeckung. Diese ist ganz flach, wo nicht söhlig gelagert. Vom Jura ist Dogger (feste, dickbankige Kalke mit glimmerreichen, sandigen wechselnd; kalkige Sandsteine; mergelige Tone) und Malm (Schiefertone, sandige Mergel, tonige Sandsteine, auch kalkige Sandsteine und Kalksteine) vertreten, ohne dass die Kontinuität der Ablagerung von einem in das andere Glied hinüber feststände. Ebensowenig ist dies der Fall von der Art der Auflagerung der Neokom-Schichten (mergelige Tone und unreine Kalksteine) auf dem Malm. Von der oberen Kreide in Gestalt der Makonde-Schichten (Schiefertone, sandige Letten, Sandsteine und an der Basis Kalksteine) steht fest, dass sie im Süden übergreifend die frühkretazeischen Bildungen überlagert. Eocän (mergelige Tone mit Kalkzwischenlagen) und jungtertiäre Bildungen (dunkle, mit Kalklagen durchsetzte Tone) sind auf einen nirgends über 25 *km* breiten Küstenstreifen beschränkt. In ihrer Stellung zum Tertiär und Quartär noch ungewiss verharren die Mikindani-Schichten Bornhardts, die, diskordant den sicher als jungtertiär erkannten Schichten auflagernd, in Form rötlicher, sandiger Lehme und lehmiger Sande in ausgedehnter Verbreitung entlang der Küste aus ganz jungen marinen Deckschichten herausragen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zur Mörtelbereitung geeigneter Kalk lässt sich aus Kalkstein bei Kilanga am Ssongue gewinnen. Wirtschaftliche Bedeutung hat auch das Vorkommen von Kalkstein ziemlicher Ausdehnung an der Usambarabahn, etwa 12 *km* von Tanga. Die festen, spröden, lichtgrauen Kalke, teils oolithischer, teils pisolithischer Natur, bilden hier eine 30 *m* mächtige Folge dicker Bänke, die, horizontal oder mit flachem, östlichem Einfallen gelagert, auf grössere Strecken verfolgbar ist.

Die Tektonik der mannigfach gefalteten und zerrissenen, vorjurassischen Bildungen ist, wie bei der ungeheuern Grösse des Forschungsgebietes begreiflich, noch wenig geklärt. Man hat geglaubt, zwei Hauptfaltungsrichtungen unterscheiden zu dürfen, eine „erythräische", dem Roten Meere parallel laufende, und ein „Somali-System", der südöstlichen Somaliküste gleichsinnig streichend. Von wesentlichem Einfluss auf die Bodengestaltung Deutsch-Ostafrikas sind die als die afrikanischen „Gräben" bezeichneten Störungszonen. Der ostafrikanische Graben bildet eine starke Depression, die sich mit fast überall (wenigstens auf der Westseite) deutlich hervortretendem Rand über den Natron-, Manyara- und Balangidda-See, weiter über Kilimatinde durch Usongo nach dem Nyassasee verfolgen lässt. Zahlreiche Zeugen starker eruptiver Tätigkeit der jüngeren geologischen Epochen begleiten diese Störungen. Im Norden wird der ostafrikanische Graben durch eine dem Panganital etwa gleichlaufende Störung gekreuzt. Im Süden wird er vom Rikwagraben geschnitten. Dieser leitet hinüber zur langausgedehnten Einbruchszone, die als zentralafrikanischer Graben über den Tanganjika und Albert-Edward-See hinaus sich erstreckt. Auch dieses Störungsgebiet ist von vulkanischen Bildungen in reichem Masse durchsetzt, die jedoch bis auf einen noch tätigen Vulkan beim Kiwu-See Reste erloschener Eruptionstätigkeit sind. Am ausgebreitesten war die Wirksamkeit der vulkanischen Kräfte, und zwar nach Schluss der mesozoischen Ära, im Norden des Schutzgebietes, wo ihre Produkte ein gewaltiges Areal bedecken und im Kilimandjaro zum höchsten Gipfel des Kontinentes ansteigen.

Gold. Viele ostafrikanische Flüsse führen Gold. Einzelne Strecken der nach dem Indischen Ozean und der nach dem Victoriasee abfliessenden Gewässer sind als über das normale Mass der Flussgoldführung hinausgehend erkannt worden. Im Hinblick auf etwaige Ausbeutungsfähigkeit der Flussbetten hat daher die Kolonialverwaltung die Gerechtsame auf Goldgewinnung in denselben, soweit sie schiffbar sind, sich vorbehalten; sie beabsichtigt indessen nicht eigenen Betrieb, sondern Verpachtung an leistungsfähige Unternehmer.

Sonstige eigentliche Schwemmgoldlagerstätten sind bisher nicht zuversichtlich festgestellt worden. Das 1899 im Quellgebiete des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gurumasiva (Nebenfluss des Umbekuru) angeblich festgestellte Schwemmgoldlager (Neuklondike) bedarf noch der Bestätigung.

Auf ursprünglicher Lagerstätte ist Gold bislang an zwei Stellen, und zwar am Emin-Pascha-Golf des Victoriasees und auf dem Irambaplateau sicher ermittelt; doch sind die Untersuchungen an beiden Orten noch nicht abgeschlossen, daher die Ergebnisse der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich.

Das Usinya-Syndikat untersuchte das erstere Vorkommen. Am Nordabhange der Useraguru-Bergketten durchsetzt ein NNW. nach SSO. streichendes Riff mit am Ausgehenden flachem, westsüdwestlichem Einfallen und einer zwischen 11 und 23 *cm* schwankenden Mächtigkeit stark einschüssige, in Streichen und Fallen anscheinend gleich gerichtete Sandsteine. Die Goldführung der Lagerstätte ist sehr ungleichmässig, fehlt aber angeblich nirgends gänzlich. Über das Mass der Goldführung liegen mangels umfangreicher Aufschlussarbeiten keine genaueren Angaben vor. Inwieweit eine nur wenige Centimeter starke, nach SSW. einfallende Quarzbank, die näher dem Kamme der Useraguru-Bergkette, oberhalb des Aufschlusses der erstbesprochenen Lagerstätte, angetroffen wurde, mit der letzteren etwa zusammenhängt, steht noch dahin. Auch über die Fundstelle zweier Proben, welche 81 *g* Gold und 40 *g* Silber sowie 189 *g* Gold und 71 *g* Silber in 1000 *kg* enthielten und von einem Riff in der Nähe des Victoriasees stammen sollen, ist nichts Genaueres bekannt geworden.

Das Irambaplateau ist seit Jahren als goldführend bezeichnet worden; dies wurde neuerdings vom Irangi-Syndikate durch dort vorgenommene Aufschlüsse goldführender Gänge auch bestätigt. Einzelheiten über die Natur des Vorkommens sind zwar noch nicht bekannt gegeben; vorliegende sehr reiche Proben berechtigen aber zu besten Hoffnungen.

In den „Schiefertonen" von Manani ist ebenfalls Gold, aber bisher in einem den Abbau nicht lohnenden Masse von 1,7 *g* auf 1000 *kg*, in einem chloritischen Schwefelkies führenden und gipshaltigen Gesteine nachgewiesen worden, über dessen Vorkommen weitere Nachrichten noch fehlen.

Neuerdings zur Küste gelangte Proben mit zweifellosem Goldgehalte sollen aus der Landschaft Usongo stammen.

Über andere Erze ist bis jetzt noch sehr wenig bekannt. Spärliche Fundstücke aus den Niamauribergen, südöstlich von Ujiji, zeigten geringen Kupfer- und Silbergehalt.

Aus dem Hinterlande von Lindi wurden Malachitstücke zur Küste gebracht, von denen noch nicht feststeht, ob sie deutschem oder portugiesischem Gebiet entstammen. Ersteres darf indessen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vermutet werden, weil Angelvy und Lieder Malachit bei Massassi antrafen.

In Irangi wie auf dem Irambaplateau wurden Anzeichen von Kupfererzen gefunden.

Auf dem Irambaplateau steht auch Bleiglanz an; ebenso wird er von Usambara gemeldet. Hier wie dort fehlen nähere Angaben.

Eisenerze finden sich vielerorts in dem Zersetzungsprodukte der afrikanischen kristallinen Gesteine, dem Laterit. Raseneisenstein dürfte nicht die weite Verbreitung haben, welche ihm nach den Berichten älterer Reisenden zuzukommen schien, da Bornhardt bei einer Reihe von Vorkommen angeblich echter Raseneisensteine nachwies, dass sie lediglich kieselsäurereiche Eisenausscheidungen an den Austrittsöffnungen von Quellen darstellen. Ansammlungen von Magneteisenkörnern im Schwemmsande von Flüssen, insbesondere in Usambara und Pare im Norden und in Massassi im Süden, entbehren der Bedeutung. Sie verdanken wahrscheinlich ihren Ursprung lediglich der kristallinen Gesteinen eigenen, im allgemeinen schwachen, bei Massassi aber ziemlich ansehnlichen Magneteisenerzführung.

Wirkliche Eisenerzlagerstätten sind einstweilen nur im Süden des Schutzgebietes bekannt.

Im Ulugurugebirge tritt auf der Hundussiklippe der Lundsandaberge am oberen Mgeta eine offenbar mächtige Eisenerzlagerstätte in Gestalt zahlreicher und grosser Brocken von Magneteisenstein aus stark eisenschüssigem Boden heraus. Auch am oberen Mkabana wurde eine Anhäufung bis zu mehr als $^1/_2$ *m* Durchmesser grosser Blöcke eines reichen Eisenerzes über eine Wegstrecke von etwa 100 *m* verfolgt. Proben des Erzes ergaben bei der Lagerstätte auf der Hundussiklippe 65 pCt. Eisenoxyduloxyd, bei derjenigen von Mkabana 63 pCt. Eisenoxyd nebst einem im ersteren Falle geringen, bei letzterem Erze 25 pCt. betragenden Gehalte an Titansäure. Dieser hohe Gehalt an Titan lässt eine Verwendung des Erzes zur Eisengewinnung ausgeschlossen erscheinen.

Im Küstengebiete westlich von Kilwa Kissiwani gefundene Eisenschlacken mit Spuren von Magneteisenerz lassen auf Vorkommen auch in dieser Gegend schliessen.

Auch in der Landschaft Injamwanga, westlich vom Rikwasee, weisen Spuren einer Herstellung von Eisen durch die Eingeborenen auf das Vorhandensein von Eisenerzen hin. Da von einer ausserordentlich leichten Schmelzbarkeit der Injamwanga-Erze berichtet wird, so handelt es sich da vielleicht um ein Vorkommen ähnlich untergeordneter Bedeutung, wie es im Kinga- oder Livingstone-Gebirge beobachtet worden ist. Hier gewinnen die Eingeborenen ein zerreibliches Brauneisenerz, das mit einer Beimischung von wenig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Magneteisenerz Nester und Schnüre im rotlehmigen Verwitterungsboden des Gneises bildet, und verschmelzen es nach vorgenommener Anreicherung.

Daneben treten aber ursprüngliche Eisenerzlagerstätten im Kingagebirge auf in Gestalt von Magneteisenerzgängen und zwar an zwei Orten: Am Ligangaberge nämlich ist das Ausgehende eines 10 *m* mächtigen Ganges zu verfolgen. Am Lipura streicht auf 180 bis 200 *m* Länge ein Doppelgang aus, dessen beide Trümmer je 15 *m* mächtig sind. Hier liegen mehrere tausend Zentner Eisenstein in Blöcken lose zutage.

Zu den Eisenerzlagerstätten dürfen noch gerechnet werden die stark eisenschüssigen Bänke von Konglomeraten und Sandsteinen, welche in der Steinkohle führenden Gebirgszone am Mtambalalabache, wenig südlich vom Ruhuhu, liegen. Nach einer diesen Schichten entnommenen und untersuchten Probe sind die Bänke von verhältnismässig reichem Eisenkarbonat mit 48 pCt. Eisenoxydul durchsetzt.

Steinkohlen führende Schichten sind bislang nur von den Ufern des Nyassa bekannt. Gerüchten von Vorkommen an anderen Stellen lag des öfteren die Verwechselung von dunkeln Hornblendefelsen mit Steinkohlen zu Grunde.

Die Steinkohlen bergenden Schichten am Nyassa, welche der Karrooformation angehören, liegen zwischen zwei flözleeren Partien. Die unterlagernde besteht aus dickbänkigen Sandsteinen, die mit einem Konglomerat einsetzen. Die überlagernde Gruppe setzt sich aus Sandsteinen, Mergeln und Tonschiefern zusammen und ist durch Kalkgehalt einzelner ihrer Glieder gut ausgezeichnet.

Die produktive Zone ist am unteren Ruhuhu etwa 80 *m* mächtig entwickelt; sie führt hier zwar eine sehr grosse Anzahl von Steinkohlenschmitzen, aber nirgends Lager von solcher Mächtigkeit, dass deren Ausbeutung Gewinn verspricht.

Am rechten Kiwira-Ufer, nahe der Nordwestecke des Nyassasees, erweist sich das produktive Karbon zwar nur etwa 20 *m* mächtig, dabei aber in weit reicherem Masse steinkohlenhaltig. Es tritt hier an den Abhängen des Iwongo, Kavolo, Matuli und Popiyumba auf mehr als 15 *km* Längenerstreckung zutage. Das Einfallen ist ein flachöstliches der nordsüdlich streichenden Schichten, verläuft also im Sinne des Talgehänges. Im einzelnen wechselt ebensosehr die Mächtigkeit der unhaltigen Mittel wie diejenige der Flözpacken. An der steinkohlenreichsten Stelle, nahe der Mitte der Ablagerung, können vier Partien mit solcher Kohlenmächtigkeit unterschieden werden, dass die einzelnen abbauwürdig erscheinen. Die zusammenhängenden Mächtigkeiten betragen bei einer Bank $1^1/_2$ *m*, bei zweien

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

etwas mehr als 2 *m* und bei einer vierten, liegendsten, fast 5 *m* Kohle. Die liegendste Kohlenschicht ist in einem nördlicheren Aufschlusse noch 4 *m* mächtig. In einem anderen nördlichen Aufschlusse erweist sich eine hangendere Partie gut entwickelt. In der südlichen Hälfte des Vorkommens findet mit der Annäherung an die englische Grenze offenbar eine Abnahme der Kohleführung statt, so dass die Abbauwürdigkeit daselbst fraglich wird.

In den bisherigen Aufschlüssen konnten nach dem Äusseren drei Kohlenarten deutlich unterschieden werden: eine graphitähnlich glänzende, spezifisch leichte Kohle ohne Streifung und Schieferung erwies sich als eine gasarme Magerkohle. Eine aus dicht verwachsenen Lagen zusammengesetzte, daher streifige, aber nicht schieferige, schwere Kohle ist als Fettkohle anzusprechen. Sie ist nach den stattgehabten Untersuchungen die einzig backende Art. Eine mehr oder wenig dünnschieferige, an sich leichte, aber stellenweise durch Schwefelkies beschwerte Kohle, aus abwechselnden Lagen von Glanzkohle und matter Faserkohle bestehend, ist eine trockene, gasarme Kohle, deren Charakter nicht näher bestimmt worden ist.

Aus der erstgenannten Kohlenart setzen sich die mächtigen liegenden Kohlenpartien vorwiegend zusammen. Die Fettkohle tritt einmal in vier einzelnen Bänken an verschiedenen Stellen der Schichtenfolge auf. Daneben bildet sie in Wechsellagerung mit Kohlen der dritten Sorte eine ganze Anzahl weiterer Bänke. Diese dritte Kohlenart ist in dem Hangenden der produktiven Schichtenfolge vorherrschend.

Der Aschengehalt der Kohlen ist, wie bei der zur Zeit nur an der Tagesoberfläche aufgeschlossenen Kohle wohl erklärlich, stellenweise recht bedeutend, und ihr durchschnittlicher Heizwert erreicht daher zur Zeit nur soeben den Mittelwert für Steinkohle. Nur die Fettkohle hatte einen 6500 Wärmeeinheiten übersteigenden Heizwert.

Graf Götzen glaubt beim Kiwusee grosse Graphitlager gefunden zu haben.

Baumann berichtet von einem 6 *m* mächtigen Lager im Ulugurugebirge. Bornhardt hat dies nicht gefunden, sondern gibt an, dass Graphit in einer durch das ganze Gebirge von Norden nach Süden hindurch verfolgbaren Zone als Gemengteil von Gneis auftritt.

Schwefel kommt als Imprägnation von wahrscheinlich oberjurassischen Sandsteinen vor, welche als feste Bänke in flacher Lagerung an dem Höhenrande bei Wingayango zutage treten; jedoch ist der Gehalt für eine lohnende Gewinnung zu gering. An der Oberfläche geht er dem Sandsteine durch Verwitterung verloren.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Untergrund des Tanganjika muss im Norden bituminöse Stoffe bergen, denn nach stärkeren Erdbeben zeigen sich Erdöl und andere bituminöse Substanzen auf der Oberfläche des Sees und werden an die Ufer gespült.

Grossplattiger Muskovitglimmer ist in zwei verschiedenen Gebieten Deutsch-Ostafrikas gefunden worden.

Das Vorkommen am Ssuwibache in den Pongwebergen ist räumlich sehr beschränkt und seiner Natur nach noch nicht geklärt. Übrigens tritt der hier gefundene Glimmer nur in stark verbogenen Stücken auf, so dass nur Platten von 5 *cm* Seitenlänge und auch diese nur bei sehr dünnen Lamellen in befriedigender Reinheit gewonnen werden können.

Das nach den bisherigen Erfahrungen hoffnungsvollere Vorkommen liegt im Ulugurugebirge am oberen Mkabana. Hier treten Pegmatitgänge von 2—20 *m* Mächtigkeit auf. In einem derselben ist auf 25—30 *m* streichende Länge ein bis zu 2,5 *m* anschwellendes Trum entwickelt, in welchem sich grossplattiger Glimmer in einer bis zu 1,5 *m* breiten Zone findet. Nach der Teufe ist der Glimmer bis auf 5 *m* unter dem Ausgehenden nachgewiesen worden.

Der in dickeren Lagen dunkelbraune bis dunkel grünlichbraune Glimmer ist so klar, dass die Sonne durch Platten von 1 *cm* noch in scharfen Umrissen erkennbar ist. Äusserst dünne Nädelchen braunrot bis schwarz gefärbter Mineralien lagern zwischen den Spaltflächen, beeinträchtigen die Durchsichtigkeit, durchdringen in der Regel die Platten aber nicht. Diese Einschlüsse dürften auch nach der Teufe zu nicht verschwinden.

Die Festigkeit des Glimmers ist die denkbar beste. Verbiegungen und Knickungen der Platten haben nicht statt. Neben den erwähnten dunkel gefärbten Einschlüssen beeinträchtigen nur Zwillingsstreifung und Querbrüche die Schönheit des Materiales.

Die grösste gewonnene Tafel von 88 zu 78 *cm* Fläche und 15—25 *cm* Dicke teilte sich beim Herausheben in mehrere Stücke, deren grösstes, von Querbrüchen frei, noch 35 zu 45 *cm* Fläche hatte.

Der bisher aus dieser Lagerstätte nach Deutschland gebrachte Glimmer erwies sich zwar nicht von solcher Güte, dass er allgemein zur Aufertigung von Glimmerwaren Verwendung finden konnte, wohl aber zu Ofenplatten und zu elektrischen Zwecken, insbesondere als Isolationswiderstand.

An der Nachhaltigkeit der Lagerstätte zu zweifeln, liegt einstweilen kein Grund vor. Die Gewinnung bietet keine Schwierigkeiten, und die Transportkosten sind in Anbetracht des Wertes der Ware erträgliche.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In den übrigen Gängen des Kessels beschränkt sich das Vorkommen von grösseren Glimmertafeln nicht auf ein einzelnes Gangtrum, sondern es ist nesterweise über den mächtigeren Teil der ganzen Gangfläche ausgedehnt. Bei den in sehr beschränktem Umfange stattgehabten Untersuchungen dieser Gänge wurden vielerorts Platten von 15 zu 25 *cm* Grösse und an einer Stelle auch Platten von 25 zu 35 *cm* gefunden.

Granaten. Zwischen dem die Gemarkung Namaputa berührenden Karawanenweg und den ihm nördlich eine Strecke lang parallel laufenden Namaputabache steht ein erdig verwitterter Hornblendegneis an, welcher bis faustgrosse Einschlüsse von einem magnesiareichen Almandin oder Eisentongranat führt. Diese Einschlüsse sind von zahlreichen Sprüngen durchsetzt, so dass bei ihrer Gewinnung nur verhältnismässig kleine Bruchstücke der von Haus aus grossen Kristallindividuen erfallen.

Die Bruchstücke finden sich schon oberflächlich über zwei einige Hektar grosse Flächen verstreut; die vom Regen rein gewaschenen Granatstücke können hier leicht erkannt und mühelos gesammelt werden.

Die Granaten haben 3,875 spez. Gewicht, sind zumeist klar durchsichtig, von kolumbinroter Farbe mit einem Stich ins Bläulichrote. Ein ungewöhnlich starkes Lichtbrechungsvermögen verleiht den geschliffenen Stücken ein lebhaftes Feuer.

Ob sich nach Erschöpfung der oberflächlich liegenden Stücke eine Gewinnung aus dem Muttergestein und in grösserer Tiefe gar eine solche der unzerspaltenen grösseren Individuen mit Vorteil wird durchführen lassen, steht noch dahin.

Neben Glaskopal, der von den Bäumen (Trachylobium-Arten) abgelesen wird, hat im Küstengebiete Deutsch-Ostafrikas eine Gewinnung des höher bewerteten subfossilen Kopal insbesondere zwischen Ntimbulimbui und Kitama (westlich der Rowumamündung) sowie in der Landschaft Usaramo und bei Saadani statt. Dieser subfossile Kopal findet sich an denjenigen Stellen im Sandboden, an welchen ehedem Kopalbäume gestanden haben, $^1/_3$—$^1/_2$ *m* unter der Oberfläche als das abgetropfte Harz dieser Bäume in einzelnen erstarrten Tropfen. Das Vorkommen ist dieser Entstehungsweise entsprechend ein sehr regelloses. Ein Fundort hat gewöhnlich 10—20 *m* Durchmesser.

Der subfossile Kopal, meist nach Sansibar ausgeführt, wird zur Herstellung feinster Lacke benutzt und hoch bezahlt (bis zu 320 Mk. für 100 *kg*).

Salz. Steinsalzlager sind in Deutsch-Ostafrika nicht bekannt. Die Küstenländer beziehen ihren Salzbedarf aus Indien, Persien,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Arabien und den afrikanischen Küstenstrichen südlich und westlich vom Kap Guardafui, wo Salzproduktion in Seesalinen erfolgt. Im Innern Deutsch-Ostafrikas gewinnen die Eingeborenen Salz vielfach aus im Rückgange begriffenen Seen, insbesondere in den Massailändern. Anderenorts gründet sich die Salzgewinnung der Eingeborenen auf Ausscheidungen von Aschensalzen, welche sich nach den jährlich stattfindenden Steppenbränden auf dem schwer durchlässigen, weil lehmigen Verwitterungsboden des Gneises bilden. In Ujiji am unteren Malagarasi wird Salz aus Solquellen gewonnen. Der Mangel eines Gehaltes an Jod und Brom sowie der Umstand, dass die Quellen nach stattgehabtem Regen reichlicher, aber salzärmer fliessen als in trockenen Zeiten, macht zugleich mit dem schwachen Drucke der Quellen einen Ursprung der Sole aus grösseren, in der Tiefe liegenden Steinsalzlagern unwahrscheinlich.

In einigen Seen im nördlichen Teile des Schutzgebietes hat eine Ausscheidung von Natronsalzen verschiedener Zusammensetzung statt. Der Natronsee am Vulkan Doenje-Ngai (westlich vom Kilimandjaro) scheidet ein Salz von 45 pCt. $NaCO_3$ und 38 pCt. $NaHCO_3$ aus, welches, frei von Schwefelsäure und Salpetersäure, den Salzen von Fezzan und Unterägypten nahesteht. Ein von Dr. Peters im Kilimandjarogebiet entdecktes Natronlager führt ein Salz mit 47,1 pCt. $Na_2CO_3$ und 36,3 pCt. $NaHCO_3$ und war frei von Salpetersäure und fast frei von Schwefelsäure.

Heisse Quellen. Einige der zahlreichen heissen Quellen haben sich bei eingehender Untersuchung als sehr heilkräftig erwiesen.

Südwestlich Kissaki (Südostseite des Ulugurugebirges) entquillt einer Spalte des aus Gneis bestehenden, von mächtigen Gangbreccien durchsetzten Wetaberges eine 72° heisse Quelle: „Madji ya Weta". Ihr Wasser zählt zu den alkalisch-salinischen und kommt an Salzgehalt einem sogenannten „milden Karlsbad", also etwa der Therme von Bertrich, gleich. Wesentlich unterscheidet sie sich von dieser aber durch ihre Temperatur, die sie zu den heissesten bekannten Quellen zählen lässt.

Am Tagallalasee (südöstlich von Kissaki, nahe dem Rufiyi) treten an verschiedenen Stellen ebenfalls Quellen alkalisch-salinischer Natur aus quarzitischem Sandsteine hervor. Diese stimmen im Salzgehalte mit dem bekanntlich bisher einzig dastehenden Karlsbader Sprudel überein, sind jedoch bei 44° um 28,5° kühler als dieser und nähern sich mit dieser Temperatur den im Gehalte milderen Wassern von Marienbad, Franzensbad, Tarasp und Elster.

Um etwa $^3/_4$ Längengrad mehr ostwärts und um ein geringes südlicher als der Tagallalasee liegen die Schwefelquellen von

Nyunguni. Sie quellen aus einem den Talgrund bedeckenden Sumpf an vielen Stellen hervor, ringsum die Luft mit Schwefelwasserstoff und Kohlensäure erfüllend. Ausserordentlich schwankende Temperaturen des Wassers machen wahrscheinlich, dass es nicht aus grosser Tiefe kommt, dass es seine Temperatur vielmehr örtlichen Zersetzungsvorgängen verdankt. Vielleicht vollziehen diese sich an dem gleichen schwefelhaltigen Sandsteine, welcher wenige Kilometer entfernt, bei Wingayóngo zutage tretend, beobachtet wurde. Die Quelle kommt ihrer Zusammensetzung nach denen der Herkulesbäder in Mehadja nahe, übertrifft diese aber an Temperatur erheblich. Eine Nutzbarmachung erscheint infolge des gesundheits-, ja lebensgefährlichen Aufenthaltes in ihrer Nähe ausgeschlossen.

In dem Kalksteinplateau westlich von Tanga treten Schwefelthermen bei Amboni hervor, und zwar eine Quelle am rechten, die anderen zahlreichen dicht gedrängt am linken Sigi-Ufer. Ihr Charakter stimmt in ganz auffallender Weise mit den Schwefelthermen Aachens überein. Die Mengenverhältnisse der gelösten Salze und die Temperatur sind die nämlichen wie dort. Ein Unterschied besteht lediglich in der bedeutenden Menge des frei im Wasser absorbierten Schwefelwasserstoffes. Dieser Umstand erfordert Vorsicht bei Benutzung zu Bädern. Die leichte Zugänglichkeit der Quellen macht sie wertvoll und lässt die Ausbeutung des in ihnen schlummernden kostbaren Heilschatzes gewinnversprechend erscheinen.

Auch von anderen Orten, z. B. zu Mpimbwe am Tanganjika, am Natronsee und am Mangarasee, sind heisse Quellen beobachtet worden.

## Kamerun.

Kamerun setzt sich seiner Hauptmasse nach aus anscheinend archäischen Gesteinen zusammen. Gneise verschiedenster Art herrschen vor gegenüber Glimmerschiefern und Phylliten. Versteinerungslose Tonschiefer und Kalke müssen mit diesen zusammengefasst werden zu einer als Primärformation zu bezeichnenden ältesten Gruppe.

Granite und Quarzporphyre durchbrechen dieses Grundgerüst in ausgedehnterem Masse als Syenit, Porphyrit, Kersantit und Diabas. Die Anordnung dieser eruptiven Massen ist eine gesetzmässig in zwei vorzugsweise hervortretenden Richtungen: Ostwest sowie Nordnordost-Südsüdwest.

Aus dem bisher nie gemeinsamen Auftreten von Graniten und Porphyren ist auf zwei verschiedene Perioden alt-eruptiver Tätigkeit zu schliessen.

Über die Lagerungsverhältnisse der kristallinen Schichtgesteine können wir uns nach den bisherigen Nachrichten noch kein um-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fassendes Bild machen. Wie zu erwarten, sind die Schichten jedenfalls stark gefaltet.

Im Landesinnern werden die alten Gesteine vielfach überlagert von wahrscheinlich lappenförmigen, söhlig liegenden Sandsteinen, mit denen zusammen selten und ganz untergeordnet Mergel und Tonschiefer vorkommen. Das geologische Alter dieser söhlig liegenden Sedimente steht mangels genügender Funde von Versteinerungen noch nicht fest.

An der Küste überlagern Glieder der marinen Kreide die altkristallinen Gesteine in Form unbedeutender Fetzen.

Eine nach Südwesten geöffnete und sich weit in das Land hinein erstreckende Ausbuchtung des alten geologischen Grundgerüstes wird erfüllt von den das Kamerungebirge und seine Umgebung vorwiegend zusammensetzenden Basalten und dessen Tuffen. Auch Säulenbasaltgänge, Trachyt und Phonolith durchziehen dies Gebiet einer jedenfalls noch in historischer Zeit eruptiven Tätigkeit. An die eine der vorherrschenden tektonischen Richtungen, die nordnordöstliche, ist das Auftreten einer Reihe weiterer Eruptivmassen jungvulkanischer Natur, ungefähr in der Verlängerung der Linie Fernando Po-Kamerunberg angeordnet, geknüpft.

In den Gneisen und Glimmerschiefern am Sannaga in der Nähe der Edeafälle ist Gold, im Abolande sind Gold und Silber in sehr geringen Mengen gefunden worden.

Raseneisenerz ist in lateritischen Bildungen weit verbreitet. Ob die lokal von den Eingeborenen betriebene Eisenindustrie (Bubandjidda, Ssagdje, im Mandaragebirge und im Baligebiete) noch Vorkommen anderer Natur zu Grunde hat, ist ungewiss.

Kupfer wird als im Balilande vorkommend erwähnt.

Geschmolzenes Zinn in Stäbchenform wird bei den Eingeborenen am oberen Benuë angetroffen. Es steht fest, dass es sich um ein Erzeugnis der Eingeborenen-Industrie handelt. Ob die Zinnerze indessen auf deutschen oder englischen Gebieten anstehen und wo sie verschmolzen wurden, ist noch nicht ermittelt.

Schwefel lagert am Nordhange des Kamerunberges in „grösseren Lagern“ in einer heissen, Rauch ausstossenden, weiss und rot gefärbten, schlammigen Schicht, welche aus Ton und Gips besteht. Die Temperatur dieser Masse beträgt bei $^1/_2\,m$ Tiefe 50°. Tieferes Eindringen ist wegen Zunahme der Hitze nicht gelungen. Der Schwefel ist nach alledem an eine regelrechte, noch tätige Solfatare gebunden. Er bildet bis kartoffelgrosse Knollen von rötlichgelber Farbe und ist frei von Selen.

Glimmer in grösseren Platten soll bei dem Dorfe Mata gefunden worden sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Togo.

Über Togo wissen wir aus Hupfelds Veröffentlichungen, denen ich hier folge, dass dem Grundsockel von Gneisgranit, welcher im Osten des Schutzgebietes die Mono-Ebene entlang zutage tritt, nach Westen hin über den grösseren Teil des Schutzgebietes hinweg kristallinische Schiefer auflagern. Nur in der Volta-Oti-Niederung, nordwestlich gelegen, sollen „einzelne flache Höhenzüge jüngerer, wohl fluviatiler Entstehung anstehen".

In den kristallinischen Schiefern finden sich an vielen Stellen brauchbare Eisenerze, welche, wie früher erwähnt, an vielen Orten zur Eisengewinnung anregten und noch jetzt im Bassari-Banyeri-Gebiet im Norden und in der Landschaft Boëm in Mitteltogo Verarbeitung finden.

Ein Eisensteinberg nordwestlich Banyeri erhebt sich aus 220 *m* Meereshöhe der Ebene zu rund 460 *m* Höhe und besteht fast ganz aus Roteisenstein, welcher dem Berg eine weithin wahrnehmbare, tief dunkelrote Färbung verleiht. Der Eisenstein ist ungeschichtet, hin und wieder von Quarzadern durchzogen. Eine Analyse ergab:

98,43 pCt. $Fe_2O_3$
1.54 „ $SiO_2$
0,03 „ $P_2O_5$

Der Erzberg von Kabu ist etwa 150 *m* hoch und besteht ganz aus Roteisenstein, aber mit mehr Kieselsäure als derjenige von Banyeri. Ähnlich verhält sich das Erz von Basari.

In der Landschaft Boëm liegen im Quarzit des Santrokofi-Akpafu-Gebirgsrückens mehrere Roteisenerzlinsen, die vielfach von Quarzadern durchzogen sind. Die Analyse einer Probe ergab:

78,40 pCt. $Fe_2O_3$
10,50 „ $SiO_2$
0,73 „ $P_2O_5$
9,98 „ $H_2O$
kein Mn, keine $CO_2$.

Anderweite wesentliche Erzfunde sind nicht bekannt geworden.

## Kaiser-Wilhelmsland.

Wunderbare Fruchtbarkeit des tropischen Pflanzenwuchses, grosse Fiebergefahr und eine besonders wilde, unzuverlässige Eingeborenenbevölkerung (es sind in allerjüngster Zeit noch drei englische Diggers erschlagen und verspeist worden) haben die geologische Erschliessung und Durchforschung Neuguineas, und zwar sowohl des britischen, wie des holländischen und des deutschen Teiles (des Kaiser Wilhelms-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

landes), sehr hintangehalten. Es sind daher nur wenige allgemeine Nachrichten bekannt geworden.

Gneise, Granite und kristallinische Schiefer bilden das von SO. nach NW. streichende Rückgrat der Insel, an welches im Norden und Süden jüngere Schichtenfolgen sich anlehnen. Ältere und jüngere Eruptivgesteine (Gabbro, Diorit, Diabas und Porphyr einerseits, Andesite, Basalte, die verschiedensten Tuffe anderseits) durchsetzen vielfach das Gebirge.

Von wertvollen Fossilien werden Gold, Platin und Kohle genannt.

Gold wird, wie früher erwähnt, seit Jahren in Fluss-Seifen des Mambare, welcher, englisches Gebiet durchströmend, unmittelbar an der Südostspitze des deutschen Besitzes in den Ozean mündet, gewonnen. Gold ist aber auch im deutschen Schutzgebiete selbst, und zwar im Sande des Ramu und eines seiner linken Nebenflüsse sowie des Markhamflusses, gefunden worden, so dass daraufhin die Ramu- und Hüon-Golf-Konzessionen erteilt wurden.

Platin wurde gemäss Feststellung in der Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin in einem Geröllstücke dichten, festen, grauschwarzen Basaltes aus dem Kabenaufluss in einer Menge von 42 *g* auf 1000 *kg* und in einer Waschprobe desselben Fundortes zu recht hohem Prozentgehalt ermittelt.

Kohle wurde im Kabenaufluss in kleinen Rollstücken gefunden, und im Kabenautale wurde Kohle aus anstehendem, submarin gebildetem Tuffschlamm ausgeschlagen; beide Vorkommen erwiesen sich als gute Glanzkohle. Ferner sind 100 *km* westlich der deutschen Grenze auf holländischem Gebiete 165 *kg* Kohle von Eingeborenen zur Küste gebracht worden, welche, auf einer holländischen Schaluppe verfeuert, als brauchbare Kesselkohle sich erwiesen.

Roteisenstein vom Kabenauflusse war wegen zu hohen Kieselsäuregehaltes zur Verhüttung ungeeignet.

## Bismarck-Archipel, Palau-, Karolinen-, Marianen-, Marshall- und Samoa-Inseln.

Die Deutschen Schutzgebiete, soweit sie den Inseln des Stillen Ozeans, dem Bismarck-Archipel, den Palau-, Karolinen-, Marianen-, Marshall- und Samoa-Inseln angehören, werden zweckmässig gemeinsam behandelt.

Neupommern und Neumecklenburg sowie die grösseren Salomoninseln sind geologisch Neuguinea so eng verwandt, dass auf die allgemeinen geologischen Verhältnisse dieser Insel Bezug genommen werden kann.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unter den übrigen Inseln des Stillen Ozeans sind zu unterscheiden Hoch- und Flachinseln. Die Hochinseln besitzen zum Teil ein Grundgerüst alter Gesteine; wenigstens werden aus Yap Granit, Amphibolit, Strahlstein, Chlorit- und Talkschiefer, Syenit und Gabbro angegeben. Zu diesen gesellen sich häufig auch jüngere Eruptivgesteine, wie denn überhaupt die bis zur Jetztzeit fortdauernde eruptive Tätigkeit noch in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Veränderungen in Gestalt und Begrenzung mehrerer Inseln hervorrief. Manche der Hochinseln sind jungvulkanischen Ursprunges, und zwar fast alle Marianen, mehrere Palau- (Babelthaub) und Karolinen- (Ponape, Kusaie und Hogolu) sowie die Samoa-Inseln. Deren Grundstock besteht meist aus dunklem, basaltischem Gestein, das oft bis zum Gipfel hinan von Korallen begleitet ist. Hunderte anderer Inseln darunter etwa 500 der Karolinen und sämtliche Marshallinseln, sind schmale, flache Landgebilde, auf Korallengerüst aufgebaut, welche sich zu Laguneninseln oder Atollen gruppieren.

Dass Koralleninseln und aus jungvulkanischen Gesteinen bestehende Inseln wertvolleren nutzbaren Bodenschätzen, insbesondere Gold, Kohle, Kupfer, kaum Raum bieten, ist ohne weiteres einleuchtend.

Aus Neumecklenburg wird berichtet, dass der Bach Tahanakorei an der Mündung in geringem Mass und 500 *m* weiter aufwärts Kohlenstücke von 2—3 Pfund barg. Auch von der Insel Airai ist ein Kohlenfund bekannt.

Im Strahlsteinschiefergebiete der Karolineninsel Map finden sich Gangquarzbruchstücke, die unregelmässig eingesprengt Butzen und Nester von Eisenkies, Kupferkies und Zinkblende enthalten. Ein Gehalt an Edelmetallen konnte darin nicht nachgewiesen werden.

Ein Brauneisenerz mit wenig Roteisenerz von den Palau-Inseln hatte

14,14 pCt.
und 17,69 „ $Fe_2 O_3$

Wertvolle Phosphate liefern mehrere der Inseln. Von den Purdy-Inseln kamen solche zur Untersuchung, welche mit 79,80 pCt. phosphorsauren Kalkes zu den wertvollsten Phosphatfunden zählen, welche überhaupt gemacht wurden. Auf der Mole-Insel hat um das Jahr 1890 Phosphatgewinnung und Versand nach Hamburg stattgefunden; sie mussten aber wegen zu schwieriger Verschiffungsverhältnisse wieder eingestellt werden. Die Oberfläche der Insel Nauru besteht bis auf den 300 *m* breiten Küstengürtel durchweg aus Phosphaten. Bei der anscheinend nicht gewagten Annahme von 1 *m* Mächtigkeit der gewinnbaren Schicht würden da etwa 40 Millionen Tonnen vorliegen, welche nach der Analyse über 40 pCt. Phosphor-

säure führen, somit sehr reich sind. Von den Palau-Inseln wird über geringhaltigere Phosphate mit 20, 21 und 29 pCt. Phosphorsäure berichtet.

Dies vielfach mit dem Namen Guano bezeichnete Düngemittel des Stillen Ozeans ist Kalkphosphat, dessen Dungwert auf dem Phosphorgehalte beruht, im Gegensatze zu dem wirklichen Guano, dessen Wert im Stickstoffgehalte liegt. Die Kalkphosphate sind natürlich ebenfalls aus tierischen Exkrementen wie wirklicher Guano hervorgegangen, doch ist der Stickstoffgehalt verdunstet oder als Calciumnitrat in Lösung gegangen, während die Phosphorsäure an den Kalk des Untergrundes gebunden wurde.

## Kiautschou.

Kommt das Pachtfeld von Kiautschou zwar als Schutzgebiet nicht in Frage, so kann doch wegen der grossen Bedeutung desselben als deutscher Flottenstützpunkt die Besprechung der wirtschaftlichen Lage seines Hinterlandes, der chinesischen Provinz Schantung, nicht unterlassen werden.

Gneisgranit bildet das Grundgerüst von Schantung. Nur im nordöstlichen Teile der Halbinsel finden sich SW.—NO. streichende Schollen von Glimmerschiefer und kristallinem Kalkstein eingefaltet.

Als Sedimente kennen wir mittelsinische, kieselige Kalke, rötliche Schiefertone sowie rote und gelbe Sandsteine und darüber obersinische, dickbänkige Kalke.

Kohlenfreie jüngere Sandsteine und sandige Schiefer nebst ausgedehnten Ablagerungen von eigenartigen, bisher als Tuffe angesehenen Gesteinen entbehren noch einer genaueren Einfügung in das System der Formationen und werden zunächst als Überkarbon zusammengefasst.

Aus den weiten Niederungen der grossen Flussgebiete Chinas zieht sich die Lössdecke bis an die Ränder der Gebirgsländer von Mittelschantung hinan und in deren breitere Täler hinauf.

Mächtige Schichtenverschiebungen haben Teile der ehemals durchgehenden sedimentären Bedeckung in tiefere Niveaus gebracht und so vor der Zerstörung bewahrt. Von einem Punkte westlich von Tai-ngan-fu strahlen drei Verwerfungslinien aus, welche von bestimmender Bedeutung für den Gebirgsbau des westlichen Schantung sind. Die eine zieht sich am Südrande des Taischan und des Ischan entlang fast genau von W. nach O. Eine andere verläuft in unruhigem Bogen durch das Tal des Hsiau-wönn-ho. Die dritte begrenzt den Schiman-schan und den Kiu-nü-schan im SW. Nördlich von Itschoufu treffen die beiden letzteren auf den grossen Liau-Bruch, der sich von hier nach Weihsien hinzieht. Dessen Schnittpunkt mit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Taischan-Ischan-Verwerfung wird durch einen eruptiven Rücken bei Takuan bezeichnet. Drei im nörlichen Teile des Gebirgslandes, westlich des Liaubruches hervortretende Nordsüdsprünge haben weitere Trennungen der Schichtenschollen bei Lai-wu, Poschan und Putsun vollzogen.

Eruptivmassen, meist bisher unbestimmter Art, treten vielenorts entlang diesen Störungszonen zutage; in besonders grosser Mächtigkeit in Form des Tschang-schan-Massives am Nordrande des Gebirgsrandes von Mittelschantung.

Steinkohle. Bei Weihsien liegt in 170 *km* Bahnlinienentfernung von Tsingtau dasjenige Steinkohlenvorkommen, welches in Schantung zuerst zu regelrechter Ausbeutung kommt. Das hier dem Gneisgranit anscheinend unmittelbar aufgelagerte Karbon bildet nach den bisherigen Aufschlüssen eine flache, nach NO. geöffnete und in dieser Richtung sich einsenkende Mulde, deren Flügel fast in einem rechten Winkel wenig südlich des Dorfes Fangtse zusammenstossen. Der von hier nach N. streichende Westflügel wird anscheinend von einem SSW. streichenden und OSO. einfallenden Hauptsprunge getroffen, längs welchem das Muldentiefste gegen den westlichen Muldenflügel um ein noch nicht genau erkennbares Mass abgesunken ist. Neben diesem Hauptsprunge trennen eine grössere Anzahl von spitzwinkelig den Muldenflügel treffenden Verwerfungen denselben in eine Reihe verschieden grosser Abschnitte.

Der andere, ostnordost-streichende Muldenflügel scheint auch mehrfach, aber doch weniger gestört zu sein als der Westflügel. Seine Schichten fallen mit etwa 10° nach NNW. ein.

Unter einer Folge von Sandsteinen, Schiefertonen und sandigen Schiefern mit schwachen Einlagerungen von Steinkohle liegt eine eigentlich flözführende Zone. Sie umschliesst nach der heutigen Kenntnis zwei Flöze. Das obere Flöz besteht aus drei Bänken Steinkohle. Die Mittel, welche diese Bänke trennen, sind im zentralen, südwestlichen Teile des Vorkommens nur sehr gering, 5 *cm* und 7 *cm*, erweisen sich aber stärker in dem bisher bekannten nördlichsten Teile des westlichen Muldenflügels. Die Oberbank ist im ersteren Falle 0,80 *m*, die Mittelbank 1,00 und die Unterbank 2,03 *m* mächtig. In über 40 *m* Abstand lagert unter diesem obersten ein zweites Flöz.

Ein östlich von Fang-tse zur Erschliessung des bisher auf 3 *km* Breite im Streichen bekannten Ostflügels im Abteufen begriffener Schacht hat im August in 175 *m* Tiefe das zweite Kohlenflöz bei 4 *m* Mächtigkeit, guter Qualität und regelmässiger Lagerung durchsunken.

Das obere Flöz erwies sich als gasreiche, nur in verschiedenem Masse backende Steinkohle mit mässigem Aschengehalt; über das



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

untere Flöz fehlt, abgesehen von der Nachricht, dass es von guter Qualität sei, näherer Bericht. Ein 2 *km* langes Gleis verbindet den Schacht mit der Station Tschanglo-yen.

Tsching-schan. Von nebensächlicher Bedeutung ist heutzutage eine kleine Karboninsel, die südlich der eben beschriebenen Ablagerung am Tsching-schan, inmitten des Gneisgranites ansteht. Ihre Kohlenführung scheint infolge des durch die Chinesen hier früher betriebenen Bergbaues erschöpft zu sein.

Poschan-Puki-Putsun. In rund 300 *km* Bahnlinienentfernung von Tsingtau liegt gleichfalls am Nordrande des Gebirgslandes von Mittelschantung das der heutigen Kenntnis nach umfangreichste Steinkohlenvorkommen Schantungs.

Zwei eingangs erwähnte Verwerfungen trennen dieses Steinkohlenvorkommen, welches ursprünglich eine nach Norden offene Mulde bildete, in drei Hauptteile.

Dem Anscheine nach ist die mittlere Scholle (Puki) horstförmig stehen geblieben, während die östliche Scholle (Poschan) und die westliche Scholle (Putsun) abgesunken sind. Während die mittlere Scholle, das ehemalige Muldentiefste, recht regelmässige Lagerung hat, weisen die östliche und westliche Scholle zahlreiche Querstörungen auf, derart, dass südlich und östlich von Poschan die von den Chinesen schon ganz abgebauten Becken von Heischan und Hsiho ganz abgetrennt wurden.

Im Heischanbecken stehen 17 Flöze und Schmitze von Steinkohle an. Sechs derselben würden mit europäischem Betriebe abbaufähig sein. Drei dieser Flöze gehören der liegenden, kalksteinführenden, drei der hangenden, kalksteinfreien Schichtengruppe an. Inwieweit diesen Flözen des Heischanfeldes die Flöze entsprechen, welche bisher aus dem übrigen und hauptsächlichsten Teile des Poschanvorkommens bekannt geworden sind, und ob neben diesen letzteren noch weitere Flöze anstehen, bedarf noch der Feststellung durch schon im Gange befindliche Untersuchungsarbeiten. Einstweilen konnten auf Grund der Aufschlüsse und bisherigen chinesischen Arbeiten in dem von Poschan nach NO. sich erstreckenden Flügel Kohlenflöze nur in geringerer Zahl als im Heischanbecken festgestellt werden.

Von den sechs Heischanflözen sollen nur drei wirklich guten Koks geben. Die Kohle der anderen Flöze wird bisher hauptsächlich in Branntweinbrennereien, Ölfabriken, Schmieden, Glasfabriken und Töpfereien verbraucht.

Über die Qualität der Kohle aus dem Poschan-Tschitschwan-Reviere wissen wir noch nichts Sicheres. Ein Teil der Flöze scheint sehr schöne stückreiche Kohle zu führen. Die Kohle des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oberen Flözes der liegenden Gruppe soll eine vorzügliche Kesselkohle sein.

Über den Kohlenreichtum der Gebiete von Puki und Putsun ist noch wenig bekannt.

Laiwu. Das Steinkohlenvorkommen von Laiwu ist wegen seiner Lage in sehr schwer zugänglicher Gebirgslandschaft zur Zeit nicht wirtschaftlich verwertbar.

Hsiau-wönn-ho. Im Tale des Hsiau-wönn-ho bilden karbonische Schichten eine langgestreckte, nach NW. geöffnete Mulde. Die Muldenränder streichen in Gestalt schmaler Streifen zutage aus, während das Muldeninnere von jüngeren Gebilden erfüllt ist. Nach den vorhandenen Halden zu schliessen, birgt der Südflügel bei Hsintai-hsien ein Flöz, welches mindestens auf 30 *km* im Streichen aushält, mit vielleicht 30° bei anscheinend 2 *m* Mächtigkeit nach Norden einfällt und eine reine, ziemlich feste Fettkohle führt.

Im nordwestlichen Teile des Südflügels sind von Gutschen (am Nordwestabhange des Schi-men-schan) drei ebenfalls mit etwa 30° einfallende Flöze bekannt geworden. Bei den beiden hangenden darf man die Mächtigkeit zu $^1/_2$ und 1 *m* annehmen, bei dem liegenden wird sie auf $1^1/_2$ *m* geschätzt. Der Charakter der Kohle ist nicht bekannt.

Itschoufu. Südwestlich von Itschoufu ruht ein weit ausgedehnter Karbonlappen in noch unaufgeklärter und sehr verworrener Lagerung auf sinischen Schichten. Es wurden Flöze von 1, 1,5 2 und 3,5 *m* Dicke getroffen, ohne dass man jedoch einstweilen sagen kann, wieviele verschiedene Flöze vorhanden sind. Die Kohle ist eine stückreiche und reine Fettkohle, welche einen grossstückigen, weissen Koks gibt.

Tschau-tschuang. Ohne Zusammenhang mit den karbonischen Schichten der Gegend von Itschoufu liegt westlich davon und wenig nördlich von Ihsien bei Tschau-tschuang ein Steinkohlenvorkommen, welches durch grosse Flözmächtigkeit und allem Anscheine nach regelmässige Lagerung ausgezeichnet ist. Die untere kalksteinführende Partie des Karbons scheint flözleer zu sein, die höheren Niveaus bergen zwischen Sandstein und Schiefern ein Steinkohlenflöz. Es dürfte im Streichen etwa auf 25 *km* aushalten, seine flache Höhe durchschnittlich 4 *km* betragen. Bei Tschau-tschuang besteht es aus einem einzigen Kohlenmittel, dessen Mächtigkeit sehr verschieden und zwar zu 6 7, 7,5—15, 3,5, 1,5 *m* angegeben wird. Allem Anscheine nach besteht das Flöz manchenorts lediglich und in bedeutender Mächtigkeit aus Kohle, und an anderen Stellen führt es mehrere, durch Bergemittel getrennte Kohlenpacken von geringer Stärke. Die Kohle ist eine reine, zu Stückfall neigende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fettkohle und ergibt einen grossstückigen, silberweissen festen Koks.

Kütschou. Entlang dem Liauspaltenzuge tritt zwischen Itschoufu und Weihsien am Tuschan, südwestlich von Kütschou, produktives Karbon in schmalen Streifen zutage. Schichtenfolge und Lagerungsverhältnisse sind hier noch wenig geklärt. Soviel scheint nur festzustehen, dass die Kohlenführung sowohl im Streichen wie im Einfallen nicht gleichmässig aushält; es wird sogar von linsenförmigen Vorkommen mit 6 *m* Mächtigkeit an der stärksten Stelle gesprochen. Als Einfallen ist einmal ein solches von 45° beobachtet worden. An anderer Stelle konnte auf 5 *km* im Streichen ein wohl 1—1,5 *m* mächtiges Flöz steil nach Osten einfallend festgestellt werden.

Es ist Ihnen bekannt, dass die Eisenbahn, die Trägerin der Kultur, des Fortschrittes, die Erschliesserin Schantungs, von Kiautschou aus in flottem Vorschreiten nach den Kohlenfeldern hin begriffen ist. Dem Vorgetragenen gemäss lässt sich in Schantung daher in kurzer Frist die Entwickelung eines blühenden deutschen Steinkohlenbergbaues erwarten.

Anderweite Erz- und Mineralfunde sind zwar ebenfalls gemacht; mit dem Vorgetragenen ist der jetzigen Bedeutung Schantungs für Deutschland, seine Schutzgebiete und seine Machtstellung zur See aber schon ausreichend Rechnung getragen.

Zahlreiche Funde nutzbarer Bodenschätze unserer deutschen Schutzgebiete habe ich erwähnt, viele derselben näher beschrieben. Lassen wir die grosse Zahl der Funde an Gold, Kupfer, Eisen, Blei, Silber, (letzteres meist nicht für sich allein, sondern als fast steter Begleiter von Gold, Kupfer und Blei), an Kohle, Graphit, Erdöl, Schwefel, Salzen, Diamanten, Topasen, Granaten, Glimmer, Kopal, Platin, an Marmor und Baumaterialien, an heissen Quellen, Guano und Phosphaten noch einmal an unserem Auge vorbeiziehen, so ersehen wir, dass diese in sechs Gruppen zerfallen:

1. In schon unter jetzigen Verhältnissen wirtschaftlich verwertbare,
2. in demnächst wirtschaftlich verwertbare, sobald gewisse Vorbedingungen erfüllt sein werden,
3. in hoffnungsreiche, aber noch weiterer Untersuchung zu unterwerfende,
4. in Vorkommen, welche überhaupt nur lokale Bedeutung besitzen werden,
5. in Mineralvorkommen, deren Bedeutung zur Zeit noch nicht übersehen werden kann,
6. in Mineralanzeichen, denen eine direkte wirtschaftliche Bedeutung überhaupt nicht zugesprochen werden darf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ich gehe zunächst ein auf Gruppe 1., die schon heute wirtschaftlich verwertbaren Funde. Hierher gehören Guano, Phosphate, Kopal, Glimmer, an oder in der Nähe der See gelegen, so dass sie keine oder nur geringe Transportschwierigkeiten zu überwinden haben.

Gruppe 2., demnächst wirtschaftlich verwertbare Vorkommen, sobald gewisse Vorbedingungen erfüllt sein werden: Kupfer- und Bleierze im Tsumeb-Bergwerke zu Otavi, die Marmorfunde in Damaraland und die reichen Kohlenvorkommen in Schantung.

Zu Otavi sind grosse Mengen reichhaltigen Kupfer- und Beierzes erschlossen; die Hoffnung besteht, dass die eingehender untersuchte Lagerstätte in die Tiefe setzt; aber Kupfer ist nicht so wertvoll, um gleich manchen Goldlagerstätten auch bei schwierigen bergbaulichen Bedingungen sofort den Bergbau zu lohnen; sondern eine Verbesserung der bestehenden Transportverhältnisse behufs Herabminderung der Selbstkosten ist gerade bei diesem geringwertigen Metall in Gestalt einer Eisenbahnverbindung mit einem geeigneten Seehafen herbeizuführen, damit bergbauliche Maschinen, Betriebs- und Lebensbedürfnisse leichter herangebracht und die gewonnenen Erze entweder ganz, oder nach Aufbereitung, oder nach einem Konzentrationsschmelzen zur See und zu den weiteren Verbrauchsstätten geführt werden können.

Die in Damaraland zu eröffnenden Marmorbrüche verlangen bei dem zu erwartenden Grossbetriebe ebenfalls leichteren und billigeren Transport zur See, als durch den gebräuchlichen Ochsenwagen gewährt werden kann.

Von den Steinkohlenfunden in Schantung habe ich erwähnt, dass sie an mehreren Orten nach demnächstiger Heranführung der Eisenbahnlinie von Tsingtau aus einen blühenden deutschen Steinkohlenbergbau bestimmt erwarten lassen.

3. Es folgt die dritte Gruppe der hoffnungsreichen, aber noch weiterer Untersuchung zu unterwerfenden Funde: Hierzu zählen die Vorkommen der Matchless Mine, von der gesagt wird, dass Viehseuchen, Unruhen und schlechte Wegeverbindung sie zum Erliegen gebracht haben; die Gangvorkommen bei Rehoboth, welche nach Heranführung der Eisenbahn bei mässiger Kapitalisierung sich vielleicht, abbauwürdig erweisen; besonders aber die zur Zeit in Untersuchung befindlichen Goldfunde des Irambaplateaus.

4. Zahlreiche Vorkommen werden voraussichtlich auf lange Zeit hinaus nur lokalen Wert besitzen:

Die Steinkohlen im Nordwesten des Nyassa werden, sobald man sich einmal entschliesst, sie zu heben, wahrscheinlich nur für den Verkehr auf dem See selbst und für seine nähere Umgebung Be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

deutung erlangen. Die Eisenbahnverbindung nach dem Nyassasee würde sie so weit abseits dieses Sees zu führen vermögen, bis sie in der Wettbewerbszone mit zwar minder heizkräftigem, aber billigerem Holze oder mit einer von der Ostküste des Schutzgebietes hereindringenden Kohle ihre natürliche Grenze findet.

Lokale Bedeutung nur haben auch die zahlreichen Eisenerzfunde und die darauf beruhenden kleinen Eisenindustrieen, von denen ich aus Südwest-, Ost- und Mittelafrika berichten konnte. Ja, hier liegt sogar die eigentümliche Erscheinung vor, dass die Verbindung der Eisenindustrieorte durch bessere Transporteinrichtungen mit der Aussenwelt, durch die Eisenbahn mit der See, geradezu eine Schädigung der Eisenerzeugung der Eingeborenen, ein Erliegen derselben herbeiführen kann und an manchen Orten sicher herbeiführen wird. Diese kleinen Rennbetriebe der Eingeborenen können trotz der mehrfach an sich guten Qualität ihrer Erzeugung den Wettbewerb mit der Eisengrossindustrie der Kulturländer nicht ertragen. Die billigeren und vollkommener bearbeiteten Fertigfabrikate der Eisengrossindustrie dringen mit der Verbesserung der Transportverhältnisse von der Küste landeinwärts und legen naturgemäss die mit sehr unvollkommenen Einrichtungen und teurer arbeitende Kleinindustrie lahm. In den Schutzgebieten ist aber eine örtliche, mit den vorgeschrittenen Prozessen der Roheisen-, Schmiedeeisen- und Stahlerzeugung der Kulturländer arbeitende Eisenindustrie, wenn selbst, wie am Nyassa, die erforderlichen verschiedenen Rohmaterialien nahe beieinander gelegen sind, so lange unmöglich (wie das Beispiel Australiens lehrt), als die ganzen übrigen allgemeinen Lebens- und Verkehrsverhältnisse vereiteln, im Lande selbst nach Anpassung an diesen verbesserten Betrieb billiger zu produzieren, namentlich aber auch einen ausreichend aufnahmefähigen Markt zu gewinnen. Nur die vorgeschrittene Schmiedekunst einzelner Bezirke wird sich erhalten.

Lokale Bedeutung nur werden die heissen Quellen, wenn sie auch noch so segensreich zu wirken vermögen, auf lange Zeit behalten.

5. Es folgt nun die fünfte Gruppe, diejenigen Mineralvorkommen, deren Bedeutung zur Zeit noch nicht übersehen werden kann.

Dies ist an Zahl die umfangreichste. Sie erfordert noch viel Fleiss unternehmungsfreudiger, opferbereiter Menschen, um die gemachten Funde zu erweitern und ihren Wert zu ermitteln.

6. Gehe ich dann über zu den Mineralanzeichen, denen eine direkte Bedeutung überhaupt nicht zugesprochen werden darf, so werden Sie bei manchen an sich geringfügigen Vorkommen sich gefragt haben, warum desselben überhaupt Erwähnung geschah. Doch, kam es mir nicht nur darauf an, Ihnen zu zeigen, welcher Bergbau jetzt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schon oder in näherer Zukunft bestehen wird, sondern Ihnen ein Urteil über die allgemeinen geologischen Verhältnisse des Landes zu verschaffen, namentlich dahin, ob Sie auf Grund der vorliegenden Mineral- oder auf Grund gar nur allgemein geologischer Anzeichen ebenfalls noch in der näheren oder ferneren Zukunft eine Weiterentwickelung der Schutzgebiete sich versprechen dürfen. Beachten Sie, dass die Zeit der Erforschung unserer Schutzgebiete, sogar der am längsten derselben unterliegenden, der afrikanischen Schutzgebiete, nur wenige Jahrzehnte zurückreicht, — dass noch weite Länderstrecken in allen Schutzgebieten von keines Weissen Fuss betreten wurden, — dass in den südwest- und ostafrikanischen Schutzgebieten nach meiner Schilderung eine grosse, fast allgemein zu nennende Mineralisierung des Landes nachgewiesen ist, — ziehen Sie ferner den Vergleich mit den benachbarten, schon lange der Erforschung unterliegenden Ländern, und wollen Sie bedenken, dass selbst in den alten Kulturländern Europas, in denen viele Jahrhunderte, ja in einigen schon mehrere Jahrtausende lang Bergbau betrieben wurde, trotzdem immer noch neu in Abbau zu nehmende Mineral-Lagerstätten, welche während der langen Zeitläufe dem suchenden Auge des Bergmannes sich entzogen hatten, entdeckt werden, so werden Sie meine Überzeugung teilen, dass wir auch in unseren Schutzgebieten im Laufe der Zeit zahlreiche weitere wertvolle, abbaulohnende Bodenschätze sicher noch finden werden. In einigen Schutzgebieten liegen in dieser Hinsicht allerdings in der wunderbaren Üppigkeit des Pflanzenwuchses, welcher mit seinem grünen Kleide alles überdeckt, und in den klimatischen Verhältnissen grössere Schwierigkeiten vor, als in den südwest- und ostafrikanischen Gebieten.

Viel Opfermut arbeitsfreudiger Pioniere, viel Unternehmungslust kapitalkräftiger Finanzmänner, kundiger Ingenieure, Schiffahrts- und Handeltreibender, viel emsige Arbeitskraft einsichtsvoller Beamten und kenntnisreicher Gelehrten ist aber noch erforderlich, um die Schutzgebiete dem gewünschten Ziele, der sorgfältigen Erschliessung ihrer natürlichen Bodenschätze zum Wohle des Vaterlandes, entgegenzuführen.

Als wichtige Massnahmen zur Unterstützung dieser Bestrebungen möchte ich fünf Punkte hervorheben:

1. Die Ausrüstung jedes der wichtigeren Gouvernements mit je einem Geologen und einem Bergbeamten.

Der Geologe ist berufen zur Erforschung der allgemeinen geologischen Verhältnisse der Schutzgebiete behufs Ermittelung derjenigen geologischen Formationen, welche die beste Aussicht auf Erschliessung der je in Frage kommenden nutzbaren Bodenschätze bieten. Unternehmungslustige Schürfer und Bergbautreibende erhalten dadurch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einerseits hochwichtige Unterstützung und werden dadurch andererseits vor unnötigen Opfern bewahrt. Der Geologe würde aber auch nutzbar zu machen sein für die geologisch-agronomische Untersuchung der für Bodenkultur erwünschten Geländeflächen, da diese ja bekanntlich nach Massgabe des zu erzielenden Produktes je besondere Bodenarten verlangen, ferner zu Ratschlägen in Wasserversorgungs-Angelegenheiten, überhaupt in allen Fragen allgemeiner praktischer Geologie. Schon sind in einigen dieser Richtungen durch die Aussendung eines der Geologen der Königlichen Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin nach Deutsch-Ostafrika erfreuliche Resultate erzielt worden. Hierfür eignet sich vorzugsweise ein durch mehrjährige Tätigkeit an einer geologischen Landesanstalt in der geologischen Aufnahme im Gelände erfahrener Geologe.

Der Bergbeamte ist zur Prüfung der bergmännischer Gewinnung zu unterwerfenden Lagerstätten nutzbarer Mineralien und zur Beratung der Gouvernements in bergtechnischen und bergrechtlichen Fragen berufen.

Geologe und Bergbeamter schliessen sich keineswegs aus, sondern sie haben sich gegenseitig zu ergänzen, je nach den ihnen durch ihre Sonderstudien gegebenen Fähigkeiten und besonderen Fachkenntnissen.

2. Tunlichste Begünstigung der Schürfarbeit.

Im Beginne des Bergbaues ist eine nicht drückende, tunlichst entgegenkommende Handhabung der bergrechtlichen, bergpolizeilichen und sonstigen Vorschriften erforderlich, und zwar sowohl gegenüber den schürfenden Gesellschaften wie auch besonders gegenüber dem Einzelschürfer (Prospektor). Gerade diesem gewerbsmässigen Schürfer sollte möglichst freier Spielraum zur Schürfarbeit, zur Entfaltung des ihm oft in hohem Masse eigenen Spürsinnes zur Auffindung nutzbarer Lagerstätten gegeben werden.

In Amerika, Südafrika und Australien waren fast immer die allein oder in kleinen Kameradschaften von 2 oder 3 Personen umherziehenden Schürfer, namentlich die Alluvial-Goldwäscher, die Bahnbrecher des Bergbaues. Haben auch, wie vielfach behauptet wird, die meisten Goldschürfer die Goldfelder ärmer verlassen, als sie dieselben betraten, so wurden doch auch manche durch glänzende Funde in den Alluvionen oder in den Ausgehenden gangförmiger Lagerstätten reich gelohnt, so dass die grosse Masse der Schürfer wie bei dem Lotteriespiel durch das Glück Einzelner immer wieder angezogen wurde. Durch freie, unbeschränkte Tätigkeit dieser Männer hat die Entwickelung des Goldbergbaues im Transvaal, besonders aber die noch weit rascher vollzogene Erschliessung einer grossen Anzahl von Goldlagerstätten Westaustraliens stattgefunden. Der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schürfer ist aber sehr feinfühlig gegenüber jeder Einschränkung seiner persönlichen Freiheit. Der Polizeistaat ist ihm verhasst. Gerade der Drang nach möglichst ungebundener Betätigung in den weiten Landstrecken der unzivilisierten Gebiete ist es, der ihn gern die damit unvermeidlich verbundenen Entbehrungen ertragen lässt. Wenn er sich beengt fühlt, schüttelt er lieber den Staub von den Füssen und wendet sich freieren Gefilden zu.

3. Im Hinblick auf die Tätigkeit der Schürfer ist hochbedeutungsvoll die Erklärung des Herrn Kolonialdirektors in der Sitzung des Kolonialrats vom 27. Juni d. Js., dahingehend, dass die Verfügung des Herrn Reichskanzlers vom 5. März 1902, betreffend die Schaffung eines Vorbehaltes für den Landesfiskus von Deutsch-Ostafrika zur ausschliesslichen Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien in den Flussbetten des Schutzgebietes, nur auf die Wasserläufe, soweit sie schiffbar sind, sich beziehe, nicht auf die Oberläufe und Bachbetten.

Mit der Untersuchung der oberen Fluss- und Bachbetten setzt die Tätigkeit der Schürfer in der Regel ein. Die Verordnung würde demnach geradezu einem Ausschlusse der Schürfer aus dem Schutzgebiete gleichgekommen sein, wenn die erwähnte Einschränkung nicht beabsichtigt gewesen wäre. Um aber hierüber jedes Missverständnis bei allen beteiligten Stellen auszuschliessen, wäre erwünscht, wenn der Erklärung des Herrn Kolonialdirektors tunlichst weite Verbreitung durch eine besondere Deklaration zur Verordnung gegeben würde.

4. Wenn ich Vorstehendem gemäss eine tunlichst allgemeine Schürf- und Bergbaufreiheit in den Schutzgebieten für wünschenswert erachte, so möchte ich dennoch nicht anraten, Ausnahmen grundsätzlich unter allen Umständen abzulehnen. Je nach Lage der Verhältnisse kann es auch erforderlich erscheinen, einer Gesellschaft eine Ausnahmebehandlung durch Konzessionierung innerhalb eines bestimmten Gebietes zu teil werden zu lassen. Die Verhältnisse können unter Umständen, beispielsweise bei Lagerstätten des Kimberleytypus, so liegen, dass der Schürfer schwere, kostspielige Arbeit zu verrichten, oder umfangreiches Haufwerk in Bearbeitung zu nehmen hat, so dass seine Mühe nur in den seltenen Fällen, in denen besonders reiche Funde vorliegen, gelohnt wird. Tritt in unwirtlichen, trockenen, vegetations-, schlachtvieh- und wildarmen Gegenden noch hinzu, dass Nahrungsmittel und Wasserbedarf zum Lebensunterhalte und Wasser zum Betriebe der Schürfarbeiten nur schwer zu beschaffen, Arbeitsgeräte und Maschinen nur mit grossen Kosten herbeizuholen sind, so ist einleuchtend, dass dabei die Arbeit des einzelnen Schürfers, oft auch der kleinen Gesellschaften ganz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unmöglich werden kann. In solchen Gegenden wird man im Interesse der Entwickelung bergbaulicher Tätigkeit kapitalkräftigen, grösseren Gesellschaften ermutigende Bewilligungen gewähren müssen.

5. Tatkräftigste Unterstützung aller auf die Verbesserung des Beförderungswesens, insbesondere auf den Bau erschliessender Eisenbahnlinien gerichteten Bestrebungen ist dringend notwendig.

Besonderer Ausführungen hierzu bedarf es nicht mehr, nachdem ich in meinem Vortrage gezeigt habe, wie zahlreiche, schon nachgewiesene, hoffnungsvolle Lagerstätten nutzbarer Mineralien durch Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und Heranführung der Eisenbahnverbindung überhaupt erst wirtschaftlich nutzbar gemacht werden können. Aber auch die Aufsuchung weiterer Lagerstätten wird durch die erleichterte Zugänglichkeit der Schutzgebiete wesentlich gefördert. Die Frage der Anlage von Eisenbahnen ist für Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika geradezu brennend geworden. Die weitere Verzögerung des Ausbaues aufschliessender Eisenbahnlinien setzt dem Aufblühen der Schutzgebiete verhängnisvolle Schranken!

---

## Das Klima von Westafrika.

Von Professor Dr. **Karl Dove,** Jena, Universität.

(Sektionssitzung im Plenarsitzungssaal am 10. Oktober, Nachmittag.)

Es kann nicht die Aufgabe eines Vortrages von der Kürze des gegenwärtigen sein, ein Bild der klimatischen Einzelheiten in einem so ausgedehnten und so verschiedenartigen Gebiete zu geben, wie es die westafrikanischen Schutzgebiete des Deutschen Reiches sind. Auf einem Kolonialkongress soll vielmehr auch in diesem Falle ein bewegender Gedanke der Darstellung zu Grunde gelegt werden, welcher die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert und der wirtschaftlichen Benutzbarkeit der bereits angestellten und der fernerhin wünschenswerten Untersuchungen in sich schliesst.

Ein tiefgreifender Unterschied besteht somit zwischen den beiden tropischen Schutzgebieten auf der Westseite des Weltteils, zwischen Togo und Kamerun einerseits, und zwischen Südwestafrika mit seinen so eigenartig entwickelten Erscheinungen. Ist es in den beiden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erstgenannten Ländern, namentlich im Kamerungebiet, wesentlich die hohe Temperatur und ihr Gang, die wir in nicht immer erfreulicher Weise das Leben der Europäer beeinflussen sehen, und die mit der Vermehrung der dort lebenden Weissen eine immer mehr erhöhte Bedeutung gewinnen wird, so sind es in der aussertropischen Landschaft fast allein die Niederschläge und alles, was ihre Verteilung und die Verschiedenheit ihres Eintretens und ihrer Ergiebigkeit zu beeinflussen vermag, die sich der weitgehenden Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung erfreuen. Und das gilt hier nicht etwa nur von den Europäern. Die Tatsache, dass meine Entsendung nach Südwestafrika behufs der Einrichtung von Stationen seinerzeit den Kaffern und Hottentotten lange vor meiner Ankunft bekannt war, und dass ein als geizig bekannter Hererohäuptling mir später „zum Dank für die sehr ergiebige Regenzeit" einige Hammel zum Geschenk machte, lässt die Hochachtung vieler Afrikaner vor klimatischen Untersuchungen auf das beste erkennen. — Scherz bei Seite — so liegt in dieser Auffassung der beste Beweis für die Bedeutung dieses Forschungszweiges für das wirtschaftliche Leben, denn wissenschaftliches Interesse ist es doch kaum, das diesen Naturmenschen zu solcher Sorge um den Regen und seine Begleiterscheinungen treibt.

Wenden wir uns zu unseren beiden tropischen Landschaften. Besonders im Küstengebiet der Togokolonie sehen wir eine Gegend vor uns, in der mehr als sonst an den äquatorialen Meeresufern dieses Gebiets Wert auf eine genaue Untersuchung der Regen zu legen ist. Die auffallend geringen Niederschlagshöhen dieser Striche müssen in der Tat unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, denn so manches wichtige Gewächs dürfte eine Anpflanzung nur dann lohnen, wenn die möglichen Schwankungen der Regenmenge nicht zu gross sind. So ist es vorwiegend das Klima, das einen Kenner von der Bedeutung eines Wohltmann veranlasst hat, dem Anbau des Kaffees in diesem Teile der Kolonie keine günstige Zukunft in Aussicht zu stellen. Dass auch die Feststellung der Grenzen zwischen dem feuchtheissen Tropenklima und dem heisstrocknen des Innern von Bedeutung für den Plantagenbau sein muss, bedarf kaum der Erwähnung, lässt sich indessen auch durch das Studium der einheimischen Pflanzenwelt erreichen.

Weniger noch als in den Flachgebieten von Togo bedeutet die Untersuchung der Niederschläge im Waldlande von Kamerun, ja selbst in vielen Teilen des Innern, für die Praxis, so ausserordentlich interessant sie für die Wissenschaft ist. Haben wir doch hier die regenreichste Grosslandschaft des ganzen Kontinents und in der Nähe des Kamerungebirges selbst sogar den in Bezug auf fabelhafte Regenmenge an zweiter Stelle auf der ganzen Erde stehenden Strich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vor uns. Gleichwohl, die Ergiebigkeit der zur Erde strömenden Gewässer ist allgemein bekannt, und der Plantagenbau vermag hier überall einzusetzen, ohne dass dies Element vorher eingehender Erforschung bedürfte.

Im Gegensatz aber zu Togo ist unser Kamerungebiet zu einem nicht unbeträchtlichen Teile von gewaltigen Hochländern erfüllt, die streckenweise ganz bedeutende, den Gipfeln unserer höheren deutschen Mittelgebirge gleichkommende Seehöhen erreichen. Hier, so scheint es, müsste es nicht nur im Interesse des Pflanzenbaues der Zukunft, sondern vielleicht — ich will mich mit Absicht vorsichtig ausdrücken — auch im Interesse der in Zukunft dort lebenden Europäer liegen, die Einflüsse der Temperatur, gegebenenfalls vielleicht auch diejenigen der Strahlung, auf den menschlichen Körper, in erster Linie auf den des Weissen, kennen zu lernen. Ist dies die Aufgabe des Arztes, so ist die klimatische Untersuchung verpflichtet, ihm das Material zur Verfügung zu stellen, auf das er bei seinen Forschungen nun einmal angewiesen ist. Ohne praktische Bedeutung ist die Tatsache keinesfalls, dass in den 1400 *m* hohen Gebieten nördlich von Kamerun die mittlere Jahrestemperatur um 7—8° unter derjenigen der Küstenniederung liegt, so dass sie etwa der normalen Juniwärme von Berlin entspricht.

Ich wende mich nun gleich zu dem Schutzgebiet, in dessen wirtschaftliche Aussichten man sich nur zu versetzen vermag, wenn man sich in erster Linie die Entwickelung seiner klimatischen Verhältnisse vergegenwärtigt. Deutsch-Südwestafrika ist, wenn wir vom tropischen Norden, dem Ambolande, ganz absehen, ein Steppengebiet, das auch nach Vornahme dieser Verkleinerung unser Deutsches Reich an Umfang um ein beträchtliches übertrifft. Hier ordnen sich die verschiedenen Klimazonen, von West nach Ost aufeinander folgend, zuerst vollkommene Wüste, weiterhin die Wüstensteppe, dann die regenreicheren Gras- und Buschsteppen in dem wechselnden Gelände des Innern, auf welche schliesslich die endlosen Ebenen der nach der Kalahari absinkenden Flächen folgen. Zwar ist auch in diesen Ländern die Beobachtung der Temperaturen von hohem Wert für den praktisch tätigen Kolonisten. Die Nachtfröste, die alljährlich in den meisten Landschaften der der Besiedlung zugänglichen Gebiete erwartet werden können und die oft sehr niedrige Grade erreichen, sind besonders darum von Bedeutung, weil sie oft stark verspätet einzutreten vermögen. Die zeitliche Grenze dieses Eintritts zu kennen ist für den Gartenbauer von Wichtigkeit. Aber auch die räumlichen, d. h. die nach dem Ambolande zu, dieser Erscheinung gesetzten Grenzen müssen untersucht werden, falls man daran denkt, hier einmal mit Plantagenbau zu beginnen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Luftdruck und Winde, diese beiden wichtigen Elemente, müssen ferner gerade in diesem Lande des praktischen Lebens wegen studiert werden. Selbst das tierische Leben wird durch die Luftströmungen bisweilen bis zu einem gewissen Grade unmittelbar beeinflusst. Ich erinnere nur an die Züge der gefährlichen Wanderheuschrecke, von deren wahrscheinlichem Verlauf wir später, nach Einrichtung guter und vor allem charakteristisch gelegener meteorologischer Stationen, jedenfalls besser unterrichtet sein werden als heute. Einen noch wichtigeren Ausblick in die Zukunft wage ich zu tun, wenn ich mir eine gut, d. h. im strengsten Sinne fachmännisch geleitete Anzahl solcher auch den Luftdruck berücksichtigender Beobachtungsposten denke. In Südwestafrika, dessen regenbringende Winde namentlich in den mittleren und nördlichen Teilen aus nördlicher bis östlicher Richtung zu erwarten sind, muss das diese heransaugende Luftdruckminimum im Westen der besser bewachsenen Steppen liegen. Da nun, was wir an den unsere mitteleuropäische Witterung beherrschenden Minimis in Tagen sich vollziehen sehen, d. h. die Änderung eben dieser Witterungszustände, hier sich in Jahreszeiten abspielt, so lässt sich eine Voraussage denken, die, wie bei uns auf Tage, hier auf einzelne Monate den Charakter der herannahenden Regenzeit, ihre Ergiebigkeit oder Unergiebigkeit, vorherbestimmt. Welch eine Bedeutung aber das für ein Steppenland hat, in dem das ganze wirtschaftliche Leben vom Regen abhängt, bedarf kaum einer näheren Auseinandersetzung.

Überhaupt ist es das Studium der Niederschläge in erster Linie, dessen wir im Interesse der praktischen Kolonisationstätigkeit bedürfen. Bei der Abhängigkeit der fliessenden Gewässer vom Regen ist hierbei der Zusammenhang mit der Hydrographie von grösster Bedeutung. Hat man doch die Flüsse unserer Kolonie mit einem gewissen Recht als „Regenrinnen“ bezeichnet. Ich selbst habe während meines anderthalbjährigen Aufenthaltes im Schutzgebiete festzustellen versucht, ob sich nicht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Regenhöhe und dem Abkommen bestimmter Wasseradern finden lasse. In der Tat gelang mir damals die Feststellung, dass bei einer Regenmenge von etwa 15 *mm* an einem Tage ein oberflächliches Fliessen der betreffenden Wasseradern begann. Diesen Zusammenhang für möglichst viele Stellen an möglichst vielen Flüssen zu ermitteln (die notwendige Regenmenge ist naturgemäss in den verschiedensten Gegenden ganz verschieden), ist eine wichtige Aufgabe, denn ohne Kenntnis dieser Dinge ist an die Anlage grösserer Stauwerke ebensowenig zu denken wie ohne diejenige von der Häufigkeit guter und schlechter Regenjahre, von ihrer Verteilung und von der Dauer der Trockenzeiten. Überhaupt sind es viel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

weniger die Mittelwerte, als vielmehr die Schwankungen, deren Untersuchung für den praktischen Kolonisten von nöten ist. Ich erinnere an den neuerlich in der Kolonialzeitung wiedergegebenen Ausspruch des Farmers Gessert, dass man die Grösse einer Farm nicht nach dem mittleren Zustande des Weidefeldes bemessen dürfe, sondern dass man bei ihrer Bestimmung die Beschaffenheit der Weide in einem schlechten Jahre zu Grunde legen müsse. Ins Klimatologische übersetzt bedeutet diese beherzigenswerte Äusserung: man bedarf der Kenntnis der Häufigkeit und der Beschaffenheit schlechter Niederschlagsjahre, ehe man gewisse weniger begünstigte Gebiete in Farmland aufteilen kann.

Der unmittelbare Zusammenhang der meteorologischen Forschung mit der Praxis, in diesem Falle mit der Technik, ergibt sich endlich auch in der Feststellung der Landschaften gleichen Witterungscharakters. Es ist bei der Anlage von Stauwerken unerlässlich nötig, die Ausdehnung der Gebiete zu kennen, innerhalb welcher ein gutes oder ein schlechtes Regenjahr annähernd gleichartig verlaufen wird, da die Lage eines etwa zum Abdämmen zu benutzenden Flussgebietes innerhalb einer oder mehrerer solcher Landschaften ganz bedeutenden Einfluss auf seine Wasserführung ausüben muss. Meine eigenen Untersuchungen haben entgegen der selbst von Gebildeten geteilten landläufigen Anschauung das Bestehen solcher „Regenprovinzen“ in Südwestafrika nachgewiesen, und die Art, wie ein Techniker von dem Rufe eines Rehbock diese Ergebnisse verwendete, zeigt auf das schärfste die Notwendigkeit eines fachmässig, d. h. nicht im Nebenamt geleiteten meteorologischen Dienstes. Ein solcher wird in allererster Linie und in hervorragendem Masse der Kolonisation zu gute kommen. Und wie der bekannte englische Forscher und praktische Kolonialmann Johnston kürzlich der englischen Regierung den Vorwurf machte, sie habe bei Herstellung der Ugandabahn infolge mangelhafter wissenschaftlicher Vorarbeiten etwa zehn Millionen Mark zuviel ausgegeben, so möge unsere Kolonialverwaltung Rücksicht auf diese Bedeutung der Forschung nehmen, damit ihr ähnliche Vorwürfe erspart bleiben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die deutschen Kolonien und ihre Würdigung in der Schule.

Von Oberlehrer **Heinrich Fischer.**

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Ein jeder von Ihnen, sofern er schon einmal, um Aufklärung und Interesse für unser koloniales Leben zu verbreiten, in praktischer Agitationstätigkeit gestanden hat, wird die Schwierigkeiten empfunden haben, die sich aus der Geringfügigkeit dessen herleiten, was auch der Gebildete heutzutage noch von der Schule an Anschauungsfähigkeit, Urteil und Kenntnissen auf diesen Gebieten mitbringt. Noch immer wird der entlassene Gymnasiast eher im Vorderasien des jüngeren Kyros oder des Apostels Paulus als in dem der Bagdadbahn oder der Armenierwirren Bescheid wissen, die Kornkammern des alten Rom kennen und von den Reishäfen der Jetztzeit oder der Bedeutung des argentinischen Weizenbaus nichts gehört haben, mit den griechischen Pflanzstätten am ligurischen Golf oder am Pontus vielleicht vertraut sein und keine Ahnung haben von den deutschen Ortschaften in Rio Grande oder um Valdivia. Erst heute Morgen haben wir aus so berufenem Munde, wie dem der Herren Professor Hans Meyer und Max Schinckel, die Klage aussprechen hören, wie gering hier noch das Verständnis der Erwachsenen oft ist, wie spärlich gerade in den bestunterrichteten Kreisen der Jugend die Elemente sich finden, die dem Verkehr Deutschlands über den Ozean ihre Kraft widmen wollen.

Gewiss hat sich schon manches hier gebessert, ganz so weltfremd wächst das heutige junge Geschlecht nicht mehr auf, wie alle früheren. Zumal in den Zentren nationalen Lebens, den grossen Handels- und Industriestädten tritt auch schon dem Knaben die ferne Fremde so mannigfaltig, so stark hineingreifend in das Leben des Alltags entgegen, dass er ihrer inne wird, nicht als einer entlegenen Wunderwelt, wie etwa früher, sondern als eines lebendigen, das auch den Gang seines Lebens mit beeinflusst. So entwickelt sich in dem Sohne der modernen Grossstadt, und schwächer wohl auch schon in dem der Provinz ein gewisses Mass weltbürgerlichen Sinnes, wie es in der notwendigen Verbindung mit starkem Heimatstolze der hanseatische Knabe an der Wasserkante schon seit Generationen besessen hat. Die stürmisch fortschreitende Entwicklung des Weltverkehrs, die immer innigere Verflechtung unseres Volkes mit allen fremden



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gestaden, vorzüglich mit unseren eigenen Pflanzländern, wird ihren Einfluss auf unsere Jugend gewiss im selben Sinne auch ferner ausüben, das ist eine an Gewissheit grenzende Hoffnung.

Aber können wir uns bei solcher Hoffnung schon beruhigen? Ich glaube nein. Einmal geht dieser Prozess doch gar zu langsam und ungeordnet vor sich; dann bleiben, ohne genügende Möglichkeit, die verwirrten Eindrücke solcher Art zusammenzuarbeiten, diese für den Schüler doch vielfach recht kümmerlich und treten besonders an unseren Gymnasien infolge des Überdrucks der anderen Unterrichtsfächer in den oberen Klassen, nach manchen günstigen Ansätzen in den mittleren, in der Regel wieder ganz zurück; ferner sehen wir das Ausland, u. a. selbst ein schon so kolonial gesonnenes und über die Erde hin blickendes Volk wie die Engländer, seit einiger Zeit, vermutlich aus denselben Erfahrungen heraus, der Frage besserer geographischer Schulung ihrer Jugend mit bemerkenswerter Lebhaftigkeit sich zuwenden; schliesslich aber ist es wohl einfach unsere Pflicht, uns nicht auf glückliche Möglichkeiten zu verlassen, innerhalb unseres straff geordneten Schulwesens auf gelegentliche autodidaktische Erfolge einzelner zu rechnen, sondern tatkräftig dort einzugreifen, wo wir es zum Besten unseres Volkes für nötig halten, d. h. in unserem Falle für eine stärkere Durchtränkung der Vorstellungswelt unserer Jugend mit Dingen des kolonialen Lebens einzutreten.

Unter der Annahme, dass wir über diesen Punkt einig sind, entsteht für uns nun die Frage nach den Mitteln und Wegen, die uns hier vorwärts zu helfen versprechen, wobei die Bedenken gegen die einzelnen, die Vorteile, die diese andererseits versprechen, zu erörtern wären.

Wie steht es da zuerst mit der Begründung besonderer für die Zwecke der kolonialen Entwicklung zugerichteter Schulen? Sie alle kennen ja die „Deutsche Kolonialschule“ zu Witzenhausen, in Wertheim ist eine verwandte Anstalt auf noch breiterer Grundlage, eine sogenannte „Deutsche Nationalschule“, im Entstehen. Das sind Erscheinungen, die wir mit der grössten Freude begrüssen müssen, aber für die hier gestellte Frage entscheiden sie noch nicht viel. Die Ausgestaltung einer kleinen Gruppe neuartiger Lehranstalten, deren Zöglinge für eine spätere Wirksamkeit in den Kolonien von vornherein vorgebildet werden, ist gewiss ein notwendiges Werk, und mit den zwei genannten Schulen wird es wohl noch nicht abgetan sein. Um Verständnis und Liebe für deutsches Leben über See allüberall bei der Jugend zu wecken, dazu braucht es aber noch anderer Massregeln, die sich, wenn nicht plötzlich, so doch mit der Zeit, auf alle Unterrichtsanstalten ausdehnen müssten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das nächste, zu ungezählten Malen von den Anhängern der verschiedensten Bestrebungen für ihre Sache Empfohlene, wäre nun wohl, besondere, also in unserem Falle kolonialwissenschaftliche, Stunden an den höheren Lehranstalten einzurichten. Warum soll ein Lehrplan der Zukunft nicht auch einmal solche Stunden enthalten? Bleiben wir aber auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und beschränken uns auf das möglicherweise heute Erreichbare, so müssen wir von der Idee zurückkommen. Erstens fehlen uns hierfür ausgebildete Lehrer, es hiesse das Pferd am Schwanz aufzäumen, wollte man erst solchen Unterricht einführen und dann erst an die Ausbildung geeigneter Lehrkräfte denken. Vor allem aber krankt die heutige höhere Schule schon jetzt an einer so grossen Überfülle von sich gegenseitig die Luft fortnehmenden obligatorischen Lehrfächern, dass die Einführung eines neuen Pflichtfaches ohne die Beseitigung eines anderen kaum denkbar ist und unter allen Umständen den stärksten Widerstand der Schulbehörden finden würde und finden müsste.

Es kann daher nur die Anlehnung an ein schon im Lehrplan enthaltenes Fach, vielleicht eine gewisse Verschmelzung mit diesem, empfohlen werden. Als dieses ergibt sich ohne Schwierigkeit wohl sofort das der Geographie. Gewiss wird auch der Neusprachler, der Historiker oder der Naturwissenschaftler, wenn er der Mann danach ist, seinen Unterricht gelegentlich für uns fruchtbar machen können.

Als Regel wird man das aber wohl kaum hinstellen wollen. Für die Erdkundelehrer ergibt sich andererseits ein solcher Zusammenhang ganz ungezwungen. Gerade jetzt, wo der etwas zu ausschliesslich naturwissenschaftliche Charakter der wissenschaftlichen Erdkunde wieder einer stärkeren Betonung des menschlichen Elements zu weichen beginnt, wird man auch sicher sein können, dass keine wertvolle Seite kolonialen Lebens im Erdkundeunterricht ohne Berücksichtigung bleiben müsste. Ein lehrreiches Beispiel für einen geschickten Ausgleich zwischen der erdumspannenden, alle Teile unseres Planeten gleichmässig würdigenden Erdkunde und den besonderen Erfordernissen der Heimatkunde und Kolonialkunde im Schulunterricht scheint mir Holland zu bieten, so weit ich bei einem letzthin unternommenen Ausflug dorthin in den Stand des dortigen erdkundlichen Schulunterrichts habe Einblick gewinnen können. Wir sollen ja wohl auch sonst noch manches auf dem Gebiete des Kolonialwesens von unsern niederdeutschen Verwandten dort lernen können.

Halten wir nun an der Erdkunde als der natürlichen Unterlage für die Anfänge eines geeigneten Kolonialunterrichtes an den höheren Schulen fest, so entsteht leider sofort dadurch wieder eine grosse Schwierigkeit, dass dieses Fach unter der vorhin berührten Überlastung unserer höheren Lehranstalten mit Lehrfächern vielleicht am



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stärksten von allen leidet. Dies tritt, neben der oft beklagten Erfolglosigkeit des erdkundlichen Schulunterrichts in deren Ursachen, einer unzweckmässigen Verteilung der Lehrkräfte und einem zu frühen Abschlusse des Unterrichts, hervor. Es würde Raub an Ihrer Zeit sein, wenn ich mich tiefer in die Schilderung der vorhandenen Schulzustände einlassen wollte, ich möchte Sie statt dessen u. a. auf die Verhandlungen der beiden letzten deutschen Geographentage aufmerksam machen und dann sofort dazu übergehen, Ihnen den Weg zu zeigen, auf dem wir hoffen, eine gerechtere und zeitgemässere Würdigung dieses Lehrfaches und der in seiner Kiellinie schwimmenden Kolonialkunde an den Schulen durchzusetzen. Sie glaube ich, als Freunde einer solchen auch ihren Bestrebungen, soweit sie sich auf Weckung und Belebung des kolonialen Gedankens beziehen, förderlichen Entwickelung des Unterrichtswesens ansehen zu dürfen, mit welchem Recht, das hat hoffentlich der bisherige Teil meines Vortrages gezeigt.

Wo die Widerstände sitzen, mit denen wir hauptsächlich zu rechnen haben, das möchte ich Ihnen wenigstens an einigen kleinen Proben zeigen. Da haben erst jüngst rheinische Philologen, ich sage mit Bedacht statt dessen nicht „Schulmänner" im allgemeinen, sich zu Thesen bekannt, die jede auch eine höchst unbedeutende kleine, von der Behörde in den jüngsten Lehrplänen angeordnete Verstärkung erdkundlichen Unterrichts am Obergymnasium ablehnen und u. a. — wunderlich genug — die Vermittelung geographischer Anschauungen durch den altsprachlichen Unterricht befürworten. Noch weiter sind freilich die Herren in Baden gegangen, die gleich für das Oberlehrerexamen jede Prüfung in Geographie ausschliessen möchten, wie ein von ihnen ausgearbeiteter Entwurf zu einer neuen Prüfungsordnung empfiehlt. Solche Vorschläge erscheinen uns vielleicht unfassbar, aber sie sind Wirklichkeit; und hinter ihnen steht eine Mehrheit, wenn sie freilich auch nur in der Ablehnung einig ist. Ihr gegenüber, ebenso sehr aber wegen des tatsächlichen Zustandes unserer höheren Schulen, und ihrer Überfüllung mit Lehrfächern, haben die Erdkundelehrer auf eine einfache Erfüllung ihrer seit Jahrzehnten erstrebten Wünsche für Einrichtung eines Pflichtunterrichtes in ihrem Fache am Obergymnasium nicht zu rechnen. Andererseits aber wächst, wie der Besuch des XIII. deutschen Geographentages in Breslau und die Erfahrungen unserer Hochschuldozenten es zeigen, die Zahl befähigter und berufener Vertreter des Lehrfaches von Jahr zu Jahr. Es hat uns daher möglich geschienen, diese zerstreuten Elemente zu vereinigen, um mit verbundenen Kräften unserm Ziele zuzustreben. Als Vereinigungspunkt wurde in Breslau eine „ständige Kommission für erdkundlichen Unterricht" gegründet, deren Mitglieder über das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ganze zusammenhängende deutsche Sprachgebiet verstreut sein sollten, und die in eine geschäftsführende Spitze ausläuft. Bei ihrer Jugend hat diese Kommission es noch zu keiner umfassenden Wirksamkeit bringen können, manche Einzelerfolge dürfen wir aber sehr wohl schon auf ihre Rechnung setzen.

Ihre Wirksamkeit soll, wenn ich von den hier weniger wesentlichen inneren Angelegenheiten des Ausbaus eines guten Erdkundeunterrichts absehe, in der Hauptsache darin bestehen, dass sie ihre Mitglieder aufzuklären und mit den zuständigen Behörden sich ins Vernehmen zu setzen hat, um eine stärkere Heranziehung und Ausnutzung der jetzt schon im Oberlehrerstande vorhandenen, sich aber in Zukunft vermutlich vermehrenden geographisch gebildeten Kräfte zu erkämpfen. Diese Ausnutzung kann innerhalb der Schule geschehen, besonders durch die Einrichtung wahlfreier Kurse für Schüler oberer Klassen über geographische Themata, — hier denke ich natürlich an solche kolonialkundlichen oder handelsgeographischen Inhalts. Solche Kurse würden sich, den geeigneten Mann vorausgesetzt, bei den Vorbildern, die wir gerade für sie schon haben, vielerorts ohne grössere Schwierigkeiten einrichten lassen; Geneigtheit der Behörden, die im allgemeinen sehr geringen Mittel hierfür zu gewähren, wird vielfach gefunden werden können. Es ergibt sich aber aus solcher Einrichtung der doppelte Vorteil, dass einerseits die Schüler höherer Klassen eine erste Gelegenheit finden, in einer ihrer geistigen Entwickelung entsprechenden Form über koloniale und andere erdkundliche Dinge belehrt zu werden, und dass andererseits die betreffenden Lehrer sich in diese ihnen durch Studium und Neigung werte Dinge einmal berufsmässig wieder vertiefen dürfen, was nach all der Kleinkindermisere in Sexta und Quinta, zu der gerade sie verurteilt zu sein pflegen, geradezu wie ein Jungbrunnen auf sie einwirken wird.

Aber auch über die Schule hinaus bietet sich für den Geographielehrer besonders wohl in Mittelstädten die Abhaltung ähnlicher Kurse für Erwachsene dar. Das Zeitalter des university extension legt auch dem Gymnasialoberlehrer die Aufgabe nahe, sein Wissen und Können jenseits der Grenzen seiner Anstalt wirken und nützen zu lassen. Vorbildliche Beispiele — ich erinnere nur an Hasserts vortrefflichen Vortragcyklus in Leipzig, aus dem sein schönes Buch über unsere Kolonien hervorgegangen ist — bieten sich jetzt schon leicht, noch weniger schwierig als für Schülerkurse möchte für diese die Unterstützung besonders kommunaler Behörden zu erwirken sein, die von uns erhoffte Verbindung in der „ständigen Kommission“ würde den Austausch und damit die reichlichere Verwertung guten Anschauungsmaterials erleichtern, auch andere, mit dem Schulunter-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

richt und seinen Zwecken weniger eng zusammenhängende koloniale Bestrebungen könnten hier einen neuen Stützpunkt finden.

Das ist es etwa, was ich Ihnen vorzutragen wünschte. Finden Sie, wie ich hoffe, dass die Verwirklichung und Ausgestaltung dieser Anregungen für unsere beiderseitigen Bestrebungen ein Gewinn wäre, so helfen Sie uns, diese Zukunftsmusik Tatsache werden zu lassen. Zu diesem Zweck möchte ich Sie bitten, der Resolution, die ich in Ihren Händen sehe, zur Annahme zu verhelfen; Sie werden gewiss bemerken, dass meine ganzen Ausführungen nur eine Art Erklärung und Umschreibung ihres Inhaltes sind. Der Sicherheit halber aber möchte ich sie doch noch lieber verlesen. Sie lautet:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 erklärt, dass bei der für das wirtschaftliche und staatliche Leben unseres Volkes überaus grossen und an Bedeutung noch steigenden Wichtigkeit unserer überseeischen und kolonialen Interessen aller Art deren stärkere Berücksichtigung im Lehrgange unserer Schulen, besonders der höheren, dringend geboten erscheint. Diese kann naturgemäss nur im geographischen Unterrichte und auch dort nur dann erfolgen, wenn er auf genügend breiter Grundlage und von fachmännisch vorgebildeten Männern gegeben wird. Die massgebenden Stellen seien hierdurch auf die Mangelhaftigkeit unserer Schulen in diesem Punkte aufmerksam gemacht und gebeten, der vom XIII. Deutschen Geographentage ins Leben gerufenen „Ständigen Kommission für erdkundlichen Schulunterricht" Beachtung zu schenken, welche eine Reform des geographischen Unterrichts im gleichen Sinne erstrebt.

Aber damit ist es doch noch nicht getan. Die Annahme einer Resolution ist ein leichtes und schliesslich auch häufig ein nur leicht wiegendes Ding. Wer sich mit ihr beruhigt, der wird auch im allgemeinen zufrieden sein, wenn er dann von einer höflich absagenden Erwiderung der zuständigen Behörden erfährt, und etwa sagen: „Na, meine Schuld ist es ja nicht, wenn die Sache nicht vorwärts geht, ich habe ja meine Meinung geäussert." Nein, wir müssen Sie auch um Ihre weitere tätige Mitarbeiterschaft freundlichst bitten. Ein zunehmend besseres Verständnis des heranwachsenden Geschlechts für die Dinge, die Ihnen am Herzen liegen, wird das Echo sein, mit dem Ihnen die deutsche Jugend für Ihre Bemühungen danken wird. Ich denke mir diese Unterstützung, die Sie uns gewähren, besonders wirksam auf dem Gebiete des persönlichen Verkehrs, regen Sie, jeder einzelne, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, massgebende Persönlichkeiten, Schulleiter, Mitglieder von höheren Aufsichtsbehörden, Magistratspersonen, Stadtverordnete,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einflussreiche Privatpersonen, Redakteure an, in ihrem Kreise für die Einrichtung, Ausgestaltung und Beförderung solcher Schulkurse oder Vortragscyklen zu sorgen. Die geeigneten Lehrer werden von uns zu stellen sein; unsere Verbindung mit dem Generalsekretariat der deutschen Geographentage (Wilhelmstr. 23) bietet eine immer gegebene Adresse, wenn natürlich auch direktere Anknüpfungen in jedem Falle, weil einfacher, wünschenswerter sind.

Damit bin ich am Ende, ich habe nicht versucht, Sie durch Überschwänglichkeiten und stolze Worte einzunehmen, Ihnen ein entzückendes Idealbild eines „kolonialwissenschaftlichen" Unterrichtes in Prima mit Verwertung aller modernen Hilfsmittel vorzuzaubern, sondern einen Weg wollte ich Ihnen zeigen, auf dem, freilich bei mancher harten Arbeit, mancher vorläufigen Enttäuschung, wir, so glaube ich fest, wirklich vorwärts kommen würden zum Heile unseres Volkes und seiner Jugend.

Zur Diskussion ergreift das Wort Rektor **H. Seidel**-Berlin, der den Ausführungen des Herrn Oberlehrers Fischer durchaus zustimmt, sie aber noch in mancher Hinsicht erweitert sehen möchte. Er geht von der auf seinen vielfachen Vortragsreisen und sonst durch seinen Verkehr mit den verschiedensten Berufsschichten gewonnenen Erkenntnis aus, dass die koloniale Unwissenheit noch heute eine geradezu erstaunliche sei. Der Redner führt dazu etliche Belege aus seinen Erfahrungen an, um dann die Frage zu erörtern, wo eigentlich die Schuld für diesen Mangel zu suchen sei. Er findet, dass zunächst die Presse einen grossen Teil dieser Schuld trüge, da eine gewisse Kategorie von Tagesblättern grundsätzlich allen kolonialen Dingen feindlich gegenüberstehe, alles verunglimpfe, was sich auf die Kolonien bezieht. Die besseren Journale hielten sich zwar von diesem Fehler fern, wären aber andrerseits nicht immer in der Lage, die nötige Belehrung des Leserkreises zu schaffen, da den Mitarbeitern selber die erforderliche Vorbildung fehle. Schon der verewigte Peschel habe seinerzeit bei seinen akademischen Vorlesungen in Leipzig sich direkt an die Journalisten gewandt, um auch ihnen ein Rüstzeug erdkundlicher Kenntnisse zu vermitteln.

Redner geht dann direkt zu den Fischerschen Vorschlägen über und wünscht sie auf unser gesamtes Schulwesen erweitert zu sehen. Er hofft, dass die Anregungen des Kongresses zu den Ohren des Herrn Kultusministers gelangen mögen, damit von dieser Stelle aus die dringend erforderlichen Massnahmen zur Besserung des kolonialgeographischen Unterrichts in den Lehrer- und Lehrerinnen-Seminarien, den Vorbereitungsanstalten und endlich in der Volksschule überhaupt energisch ins Werk geleitet werden. Er gibt auch kurz die Richtung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

an, in der sich diese Besserung etwa zu bewegen hätte. Doch hält er sich stets mit seinen Forderungen auf realem Boden, verlangt nur das nächst Erreichbare und schliesst mit einem warmen Aufruf an den Kongress, diesen Bestrebungen ebenfalls seine Unterstützung zu leihen.

## Nutzbare Säugetiere der deutschen Kolonien.

Von Professor **P. Matschie,**
Kustos am Kgl. Zoologischen Museum, Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Die deutschen Schutzgebiete zeigen hinsichtlich ihrer geographischen Lage, Bodenbeschaffenheit und klimatischen Verhältnisse sehr grosse Verschiedenheiten voneinander, welche sich auch in der Zusammensetzung der Pflanzen- und Tierwelt kundgeben. Wenn wir insbesondere die Säugetiere in den Kreis unserer Betrachtung ziehen, so können wir die Kolonien in drei Gruppen einteilen, deren jede sehr eigentümliche Verhältnisse zeigt.

In Kiautschou scheint die Säugetierwelt, soweit die äusserst dürftigen bisher zu uns gelangten Nachrichten ein Urteil erlauben, in mancher Hinsicht unseren deutschen Verhältnissen nicht unähnlich zu sein. Hirsch, Reh, Wildschwein, Dachs, Fuchs, Hase und Eichhörnchen sind dort ebenso wie in Europa vorhanden, haben aber gewisse Merkmale, an denen man sie sofort als Kinder des fernen Ostens erkennt. Daneben aber treten andere Formen auf, die unseren Gauen fremd sind, eine Gemse mit kurzen Ziegenhörnern, ein Affe und der merkwürdige Viverrenhund.

Von den in der Südsee gelegenen Kolonien sind die Samoa-Inseln, die Marshall-Inseln, Marianen und Karolinen Reste eines untergegangenen Festlandes, auf dessen höchsten, heute von den Fluten noch nicht verschlungenen Bergspitzen ausser Fledermäusen sich kein Säugetier erhalten hat. Unter diesen Flattertieren weisen die Flughunde auf eine ehemalige Verbindung jenes im Meere versunkenen Erdteiles mit Neu-Guinea und dem Bismarck-Archipel hin.

In den letzteren Gebieten tritt uns eine etwas reichere Säugetierfauna entgegen, fremdartig in jeder Beziehung. Fliegende Hunde in den mannigfaltigsten Formen von der Grösse einer Maus bis zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

derjenigen eines grossen Eichhörnchens, der bunte Beutelbär, der borstige Igelbeutler, das Beuteleichhörnchen, kleine Känguruhs und Beutelmarder: alles Arten, die nur in jenen südlichen Gebieten zu Hause sind, und alles Baumbewohner.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Afrika. Wieder begegnen wir neuen, für den Erdteil eigentümlichen Formen: Meerkatzen, Antilopen, Zibetkatzen, Halbaffen, Elefant, Nashorn, Flusspferd, Giraffe, Schuppentier und Erdferkel mögen als bezeichnende Gattungen dieses Tiergebietes genannt werden. An Artenzahl doppelt, ja dreifach der deutschen Fauna überlegen, bietet die aethiopische Säugetierwelt dem Forscher ein unbegrenztes Feld der wichtigsten Untersuchungen und für die wirtschaftliche Erschliessung unserer afrikanischen Kolonien eine Fülle sehr bemerkenswerter Anregungen.

Wenn ich von nutzbaren Säugetieren der deutschen Kolonien rede, so beschränke ich mich zunächst auf die dort wild lebenden Tiere, welche entweder schon dem Haushalte des Menschen in irgend einer Weise dienen oder vielleicht noch demselben dienstbar gemacht werden können. Dabei darf nun eine sehr wichtige Frage nicht übergangen werden. Man spricht immer von der Zähmung des Zebra und des Elefanten, vergisst aber dabei gewöhnlich einen nicht unwesentlichen Umstand. — Bei sehr vielen, ja wahrscheinlich allen Säugetiergattungen, also auch beim Zebra und Elefanten, lassen sich sogenannte geographische Arten unterscheiden, die sich nicht nur durch Färbungsmerkmale, sondern auch durch erhebliche Verschiedenheiten in der Gestalt und Grösse, dem Knochenbau, der Lebensweise, dem Temperament und den Fortpflanzungsverhältnissen unterscheiden. Es ist meiner Ansicht nach möglich, dass irgend eine Art des afrikanischen Elefanten sich vorzüglich zur Zähmung eignet, wogegen vielleicht der Elefant aus einem nur wenige Breitengrade entfernten Gebiet sich als völlig untauglich erweisen könnte.

Zum Verständnis dieser geographischen Formen möchte ich an folgendes erinnern:

Deutsch-Südwestafrika, die Kolonien an der Guineaküste und Deutsch-Ostafrika liegen unter sehr verschiedenen Breitengraden, teils nördlich, teils südlich vom Äquator, und das Namaland in Südwestafrika sogar zum Teil südlich vom Wendekreis. Entsprechend diesen geographischen Verschiedenheiten machen sich klimatische Unterschiede geltend, und auch die Tierwelt ist in jeder von unseren afrikanischen Kolonien anders zusammmengesetzt. Ja selbst Kamerun und Togo, die doch verhältnismässig nahe bei einander liegen, zeigen gewisse Unterschiede in dem Bestande ihrer Fauna. Es geht sogar noch weiter; Nordkamerun hat z. B. wesentlich andere Säugetiere als Südkamerun, in den Steppen des Massailandes kommen ganz andere

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Antilopen vor, als in den am Rukwa-See liegenden. So kann ich jetzt schon in den deutschen Kolonien folgende kleinere Gebiete, deren jedes eine eigentümliche Säugetierwelt aufweist, mit ziemlicher Sicherheit unterscheiden:

Togo.

1. Küstenländer ungefähr bis 11° n. Br.
2. Hinterland von 11° n. Br. an.

Kamerun.

1. Gebiet des Cross River, Rio del Rey und Benue.
2. Gebiet der übrigen Küstenflüsse.
3. Gebiet des Ngoko und Ssanga.
4. Gebiet des Logone.

Südwestafrika.

1. Gebiet der Küstenflüsse.
2. Südliches Hinterland bis 22° s. Br.
3. Nördliches Hinterland nördl. v. 22° s. Br.

Ostafrika.

1. Gebiet der Küstenflüsse südlich ungefähr bis Lindi.
2. Gebiet des Ruvuma.
3. Die zum Nyassa und Rukwa abwässernden Länder.
4. Die zum Tanganyika abwässernden Gebiete.
5. Die abflusslosen Gebiete zwischen der Küste und dem Nyansa.
6. Die Länder westlich vom Nyansa.

Natürlich bestehen zwischen den einzelnen Tiergebieten keine scharfen Grenzen, vielmehr mischen sie sich da, wo sie sich berühren, so dass ganz allmählich die dem einen Gebiet angehörenden Formen durch diejenigen des neuen Gebietes ersetzt werden.

Ich weiss wohl, dass die hier von mir vorgetragenen Ansichten bisher nur von wenigen geteilt werden, zweifle aber nicht daran, dass sie sich im wesentlichen als richtig erweisen werden. Die Kenntnis der Tierwelt unserer afrikanischen Kolonien zeigt noch grosse Lücken; sehr beträchtliche Gebiete sind noch nicht erforscht, und für diejenigen, aus welchen durch die emsige Arbeit einer grossen Zahl von Reisenden bedeutende zoologische Sammlungen nach Deutschland gelangt sind, fehlt vielfach noch eine genügende Bearbeitung. Erst in allerneuester Zeit hat man begonnen, den sogenannten geographischen Formen mehr Beachtung zu schenken, man hat sich davon überzeugen müssen, dass z. B. die Kuhantilope,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

welche fast durch ganz Afrika verbreitet zu sein scheint, in Togo anders aussieht, als im Oranje-Gebiet, und im Massailande anders als in den Rufiji-Niederungen. Es sind nicht nur Färbungsmerkmale, die hier in Frage kommen; vielmehr unterscheiden sich diese einzelnen Arten der Gattung durch zahllose Kennzeichen, die sowohl in der Gestalt, als auch in den Lebensäusserungen der Tiere sich ausprägen.

Solche geographischen Formen sind überall festgestellt worden, wo eine grössere Menge von Einzeltieren aus verschiedenen Gegenden der prüfenden Arbeit eines Tierkenners sich dargeboten hat. Wahrscheinlich giebt es keine einzige über ein grösseres Gebiet verbreitete Säugetiergattung, die nicht in mehrere geographische Arten zerfällt. In jedem der von mir eben aufgezählten kleinen Tiergebiete kommt z. B. eine besondere Art der Ginsterkatze vor. Wo überhaupt für Steppentiere in Afrika die Möglichkeit des Lebens vorhanden ist, da finden wir in jedem kleinen Tiergebiet eine besondere Kuhantilope, Pferdeantilope, Elenantilope, einen besonderen Wasserbock, Buschbock, Spiessbock, eine eigene Form der Hyäne, des Schakals, des Löwen u. s. w. Alle diese verschiedenen Arten derselben Gattungen unterscheiden sich in den einzelnen Gebieten oft ganz ausserordentlich in ihrem Betragen; auch die Nahrung und die Zeit, in der die Jungen gesetzt werden, ist sehr verschieden. Es ist daher nicht möglich, ohne eine genaue Kenntnis der geographischen Arten und ihrer Lebensäusserungen wirksame Massregeln zum Schutz der nutzbaren Säugetiere zu finden. Wenn wir uns nun fragen, welche Säugetiere als nutzbar betrachtet werden können, so müssen wir wegen der grossen Verschiedenheiten in der Zusammensetzung der Tierwelt bei den einzelnen Kolonieen jedes Schutzgebiet für sich untersuchen.

Über Kiautschou lässt sich nicht viel sagen, weil wir über dieses Land sehr wenig wissen; bisher sind dort Säugetiere, abgesehen von einzelnen wenigen Arten, noch nicht gesammelt worden.

Wahrscheinlich sind die als Wildbret in Frage kommenden Tiere schon deshalb selten, weil der Boden dort sehr stark angebaut ist.

Von den Marshall-Inseln ist bisher nur eine einzige Art der Fledermäuse bekannt geworden; voraussichtlich gibt es dort ausser den durch den Schiffsverkehr eingeführten Ratten und Mäusen kein anderes wildes Säugetier.

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse auf Samoa, den Karolinen, Marianen und Palau-Inseln, die ausser von einigen Kleinfledermäusen noch von fliegenden Hunden bewohnt werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Diese letzteren sind aber wegen ihres scharfen Geruches für europäische Magen nicht besonders zu empfehlen.

Im Bismarck-Archipel ist der Bestand an Säugetieren, wie wir schon oben sahen, ebenfalls sehr gering und auf Beuteltiere, Fledermäuse und einige Mäuse beschränkt. Eine wirtschaftliche Bedeutung haben diese Tiere höchstens für die Feinschmecker unter den Eingeborenen.

In Deutsch-Neu-Guinea ist die Säugetierwelt wahrscheinlich bei weitem artenreicher als wir sie bis jetzt kennen, soweit man wenigstens aus den in benachbarten Gebieten gemachten Sammlungen schliessen darf. Es ist anzunehmen, dass dort mindestens 60 verschiedene Arten vorkommen; darunter ungefähr 25 Flughunde und Fledermäuse, 25 Beuteltiere, vielleicht 9—10 Mäuse und Ratten und zwei Ameisenigel. Von allen diesen Tieren ist vorläufig kein einziges als nutzbar für den Europäer zu bezeichnen. Vielleicht würde es die Mühe lohnen, eingehendere Untersuchungen über den Fleischwert einzelner Arten wie der Känguruhs, Beutelbären und Ringelschwanzbeutler zu machen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass einige Arten der Gattungen *Pseudochirus* und *Phalanger* einmal als Pelztiere eine gewisse Bedeutung erlangen werden. An den Küsten dieser Gebiete lebt ein Seesäugetier, der Dugong, welcher in kleinen Gesellschaften die Tangwiesen abweidet. Sein Fleisch wird von den Eingeborenen gegessen, das Fell ist wegen seiner schwammigen Beschaffenheit für europäische Ansprüche nicht geeignet.

Auch an der Ostküste von Afrika lebt ein Dugong, allerdings in einer von der Südseeform etwas abweichenden Art.

Wir haben gesehen, dass ausserhalb Afrikas in deutschen Kolonien Säugetiere mit Erfolg für den Haushalt des Menschen nicht herangezogen sind, und dass die Möglichkeit, nutzbare Arten dort zu finden, nicht gross ist.

Wesentlich andere Verhältnisse treten uns in Afrika entgegen. Ich werde die vier deutschen Kolonieen gemeinsam behandeln und bei jeder Säugetier-Familie auf die in den einzelnen Schutzgebieten vorhandenen Sonderheiten eingehen.

Die Affen sind am stärksten in Südkamerun vertreten, wo ausser dem Gorilla und Schimpanse drei Seidenaffen, sechs Meerkatzen, eine Mangabe und ein Pavian neben einander leben. Nordkamerun, die Küstenländer von Togo und die Gegenden westlich von Nyansa sind nicht ganz so reich an Vierhändern, werden aber doch noch von mehr als einem halben Dutzend Arten bewohnt. Aus den Steppengebieten Äthiopiens kennen wir erheblich weniger Formen; dort finden wir niemals mehr als zwei Seidenaffen, zwei Meerkatzen und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einen Pavian; im grössten Teile von Südwestafrika lebt sogar als einzige Affenart nur der Pavian.

Bei den Eingeborenen gelten Affenfelle als viel begehrter Zierat, für den Pelzhandel ist vor langen Jahren einmal der schwarze Seidenaffe von Kamerun, *Colobus satanas*, von Bedeutung gewesen, dessen prächtiges langhaariges Fell von Londoner Kutschern mit Vorliebe als Umhang getragen wurde. Hin und wieder sieht man auch die Seidenaffen aus Togo und Deutsch-Ostafrika zu Muffen und Pelzmützen verarbeitet. Hoffentlich bürgert sich diese Mode nicht ein; es wäre bedauerlich, wenn die schönen Tiere der menschlichen Eitelkeit zuliebe ausgerottet würden. Es ist hohe Zeit, strenge Schutzmassregeln für sie zu erlassen; sie bilden eine Zierde des Waldes und schädigen den Menschen nicht im geringsten.

Die Halbaffen, Fledermäuse und Insektenfresser, welche einen beträchtlichen Teil der Säugetierwelt unserer afrikanischen Kolonien ausmachen, kommen als nutzbare Tiere nicht in Frage. Es gibt in jeder Gegend von Ostafrika über 40, in Westafrika über 30 Arten, Südwestafrika ist dagegen sehr arm an solchen.

Auch aus der grossen Zahl der Nagergattungen ist keine einzige ausser dem Hasen dem Europäer nützlich, während die Eingeborenen das Fleisch vieler dieser Tiere zu schätzen wissen. Dagegen sind die Felle mancher Raubtiere als Zierdecken beliebt. In Südwestafrika werden Schabrackenschakale, Löffelhunde, Zibethyänen und Ginsterkatzen zur Anfertigung der Karossen benutzt, Leoparden- und Löwenfelle gelten als vornehmer Zimmerschmuck.

Die Wildkatze lässt sich ohne Schwierigkeiten zähmen und wird vielleicht einmal für den Haushalt des Menschen nutzbar gemacht werden können; von den in unseren Schutzgebieten lebenden hundeartigen Tieren scheint sich höchstens der kleine südafrikanische Silberfuchs als Haustier zu empfehlen. Die Züchtung einer brauchbaren Jagdhundrasse aus einer im tropischen oder subtropischen Afrika lebenden Art ist wohl aussichtslos. Der einzige in Meuten jagende Wildhund, der Hyänenhund, wäre vielleicht eines Versuches würdig.

Wir kommen jetzt zu den Huftieren, einer sehr artenreichen Gruppe.

Kein anderes Gebiet der Erde weist eine solche Mannigfaltigkeit von hierher gehörigen Formen auf wie Afrika, das Land der Antilopen. Heute noch gibt es im Massailande Gegenden, wo 25 verschiedene Arten in nächster Nähe zu finden sind; von der Togoküste sind 16 Formen bekannt, aus dem nördlichen Südwestafrika 15 und selbst aus dem Waldgebiet der Kamerunküste noch 11 verschiedene Arten. Die Steppenbewohner unter ihnen leben zum grösseren Teile in Herden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bis in die jüngste Zeit wird mit diesem kostbaren Kapital sehr unwirtschaftlich verfahren. Man hat allerdings in den letzten Jahren Jagdschutzgesetze einzuführen versucht; ich konnte mich aber bisher nicht davon überzeugen, dass nunmehr weniger Gehörne als früher nach Europa gebracht werden. Wenn man aus den gewaltigen Mengen der in Hamburg bei den Händlern aufgespeicherten Stücke irgend welche Schlüsse ziehen darf und dabei berücksichtigt, wie viel mehr Material noch in Afrika hier und da der Verwertung harrt, wie viele Antilopen krank geschossen werden und kläglich in der Wildnis verenden, so muss man doch sich ernstlich mit der Frage beschäftigen, ob der afrikanische Wildstand auf die Dauer einen derartigen starken Abschuss verträgt.

Man ist von jeher um Sündenböcke für den immer fühlbarer werdenden Mangel an Wild nicht verlegen gewesen. Gewöhnlich wurden die Führer von wissenschaftlichen Expeditionen dafür verantwortlich gemacht; man übersah dabei, dass diese nur die für die Wissenschaft nötigen Stücke und meistens in Gegenden gesammelt hatten, wo Europäer zu den Seltenheiten gehören, wo der Nachweis einer merklichen Abnahme des Wildes überhaupt nicht erbracht worden ist. Das Wild nimmt in bedrohlicher Weise da ab, wo die Kultur erscheint, wo eine grössere Anzahl von Europäern sich ansiedelt, wo die Eingeborenen gute Feuerwaffen in die Hände bekommen und wo zahlreiche Karawanen des Weges ziehen.

Wir sind vorläufig in vielen Gegenden auf das Wildbret angewiesen; wollen wir uns diese wertvollen Fleischspender möglichst lange erhalten, so muss durch strenge Bestimmungen dafür gesorgt werden, dass dem Wilde eine genügende Schonzeit gesichert wird, dass Kühe mit Kälbern in jedem Falle unbeschossen bleiben, dass nicht mehr Antilopen erlegt werden, als durchaus für einen bestimmten Zweck notwendig ist, und dass jede unnötige Beunruhigung vermieden wird.

Man wende mir nicht etwa ein, dass es ja noch erstaunliche Bestände von Wild aller Art gebe. Überall da, wo der Europäer mit seiner Kultur erscheint, verschwindet das Wild sehr bald. Wo ist das grauschwänzige grosse Gnu, der Kaplands-Elefant, das Quagga, Burchell's Zebra, die blaue Pferdeantilope, der Blässbock, der Buntbock, das weisse Rhinoceros geblieben?

Wer erinnert sich nicht der Berichte über die zahllosen Herden des Bison, welche die nordamerikanischen Ebenen bevölkerten? Alle diese Tiere sind ausgestorben oder dem Aussterben nahe, weil sie der Kultur weichen mussten. Ihre Vernichtung wurde dadurch beschleunigt, dass ihnen ein wirksamer Jagdschutz versagt blieb.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es ist für die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer afrikanischen Kolonien viel vorteilhafter, wenn drakonische, für jeden Bewohner der Schutzgebiete ohne Ausnahme gültige Massregeln den Abschuss des Wildes so lange auf das äusserste beschränken, bis genauere und sorgfältigere Nachrichten über die Lebensweise der einzelnen geographischen Arten der verschiedenen Wildgattungen bekannt geworden sind. Erst dann, wenn man weiss, zu welcher Zeit die Jungen in den verschiedenen Gegenden gesetzt werden, wie lange und wann die Kühe trächtig gehen, ob und wann die männlichen Antilopen sich von den weiblichen trennen und gesonderte Rudel bilden, ob Wanderungen zu gewissen Jahreszeiten vorgenommen werden und wie die Äsungsverhältnisse in den verschiedenen Monaten sich gestalten, erst dann wird es möglich sein, die Hege in die richtigen Wege zu leiten. Möge es gelingen, hierüber genügende Kenntnisse zu sammeln, bevor die Huftiere in unseren afrikanischen Steppen zu den seltensten Erscheinungen geworden sind! Je eher eine waidgerechte Behandlung der Jagd in den Schutzgebieten durchgesetzt und den Wildmördern das Handwerk gelegt wird, desto länger werden wir trotz der fortschreitenden Kultur den für den Haushalt des Menschen wichtigen und kostbaren Wildbestand uns erhalten.

Bei der Abfassung derartiger Schutzgesetze müssen die besten Kenner der Tierwelt unserer Kolonien, sowohl diejenigen, welche selbst der Beobachtung des Wildes in Afrika sich gewidmet haben, als auch die Zoologen, denen die gesamte Litteratur und das Material der Museen vertraut ist, zur Mitarbeit herangezogen werden.

Man hat die Einrichtung von Schutzbezirken empfohlen, in denen jedes Schiessen und Fangen mit strengen Strafen bedroht wird. Die Erfahrungen, welche man in Nordamerika mit derartigen Remisen gemacht hat, ermuntern nicht zu einem solchen Vorgehen. Das Wild leidet unter der Inzucht, kann nicht nach Gefallen das Revier wechseln, um die ihm zusagende Nahrung zu finden, und durch Wilderer wird trotz aller Vorsichtsmassregeln der Bestand sehr bald erheblich verringert werden.

Es haben sich auch Stimmen erhoben, welche Versuche zur Zähmung gewisser Antilopenarten empfehlen. Ich glaube, dass das Bedürfnis nach zahmen Antilopen kaum da in die Erscheinung treten wird, wo man sie in wildem Zustande leicht erlangen kann. Noch aber ist es möglich, einen guten Wildstand zu wahren, wenn nur der weiteren zwecklosen Vernichtung der Bestände Einhalt getan wird.

Unter den Huftieren hat der Elefant seit den ältesten Zeiten die besondere Beachtung der Kulturvölker gefunden. Er ist in weiten Landstrichen Afrikas ausgerottet und wird in kürzester Zeit aus den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Küstengebieten verschwunden sein, wenn er nicht längere Zeit gänzlich geschont wird und nur da geschossen werden darf, wo er die Pflanzungen gefährdet. Elefantenzähne, welche an der Wurzel weniger als 14 *cm* Durchmesser haben, sollten nicht in den Handel gelangen. Das Vernichten ganzer Herden durch Brandlegung und Einkreisen in umzäunte Gehege müsste unnachsichtlich bestraft werden. Ob es je gelingen wird, irgend eine Form des afrikanischen Elefanten zu zähmen, steht dahin; jedenfalls sind die Versuche sehr teuer, weil sie ohne indische Elefanten mit ihren Wärtern keinen Erfolg versprechen. Ausserdem ist noch zu überlegen, ob nicht andere Zug- oder Lasttiere für unsere afrikanischen Gebiete sich besser eignen.

Die Klippschliefer und Baumschliefer sind zum Teil wegen ihres weichen Felles ein Gegenstand der Jagd; wahrscheinlich werden sie nicht für die Dauer eine irgendwie bedeutende Rolle spielen, weil dieses Pelzwerk zu schwer ist. Der Handel mit Hörnern des Rhinoceros hat in Deutsch-Ostafrika dazu geführt, dass zahllose Nashörner von den Eingeborenen hingemordet werden. Noch sind sie in gewissen Gegenden häufig, sie waren es früher auch in Südwestafrika, sie werden voraussichtlich auch im Osten bald dem Aussterben entgegengeführt werden, wenn die Jagd auf sie nicht waidmännisch geregelt wird.

Das Zebra lebt in Südwestafrika heute in drei geographischen Arten, aus Deutsch-Ostafrika kenne ich bis jetzt vier solche. Dass jüngere Zebras ohne grosse Mühe geritten und eingefahren werden können, ist erwiesen; wie lange ihr zahmes Wesen in der Gefangenschaft anhält, das ist aber noch nicht festgestellt. Immerhin sind Untersuchungen hierüber sehr zu empfehlen. Vielleicht gelingt es, wenigstens die Stuten in dem Dienst der Kultur zu verwenden.

Sehr bedauerlich ist die unverständige Vernichtung der Flusspferde. Der Schaden, welchen sie dem Menschen zufügen, fällt nicht sehr ins Gewicht. Bei einigermassen geregeltem Abschuss kann man diese durch ihr Fleisch, ihre Haut und ihre Zähne nützlichen Riesen der Nachwelt erhalten. Man verhindere nur, dass sie als Scheibe für Sonntagsjäger weiterhin dienen oder von gewerbsmässigen Händlern ihrer Haut halber vernichtet werden.

Merkwürdigerweise sind in Afrika noch keine Versuche gemacht worden, die einheimischen Wildschweine zu zähmen, trotzdem ihr Wildbret ausgezeichnet sein soll. Hier bietet sich die Gelegenheit zu aussichtsreichen Versuchen, die Zahl der Haustiere zu vermehren. Es gibt dort zwei Gattungen, die Warzenschweine und die Buschschweine; die ersteren leben in trockeneren, die letzteren in feuchteren Gegenden. Das Warzenschwein ist wegen seiner starken Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wehre, welche ein gutes Elfenbein liefern, auch für den Handel nicht ohne Bedeutung.

Die Giraffen sind glücklicherweise jetzt schon unter strengen Schutz gestellt; hoffentlich gelingt es, diese sonderbaren Naturdenkmäler da, wo sie heute noch vorhanden sind, für längere Zeit zu erhalten.

Der Büffel ist teils durch die grosse Seuche, welche seit 1890 Afrika durchzog, teils durch unvernünftigen Abschuss in den Steppengebieten selten geworden, in Südwestafrika dem Aussterben nahe gebracht. Es würde sich empfehlen, jede Jagd auf Büffel in Ostafrika für die nächsten Jahre streng und ausnahmslos zu verbieten, damit der Bestand sich einigermassen erholen kann. In Westafrika leben kleinere Arten, die dort noch ziemlich häufig sind. Meiner Ansicht nach ist der Versuch, diese Rotbüffel zu zähmen, durchaus nicht aussichtlos, weil es in Südasien gelungen ist, fast alle dort wild lebenden Formen dem Menschen dienstbar zu machen.

So könnte ein Zugtier gewonnen werden, welches den Fährilchkeiten des dortigen Klimas nicht unterworfen ist. Ich verspreche mir von der Zähmung des Büffels greifbarere Erfolge als von derjenigen der Zebra und des Elefanten. Die Rinder sind Fremdlinge in der äthiopischen Fauna und mancherlei verderblichen Seuchen unterworfen, die Büffel können vielleicht in naher Zukunft als wertvolle Haustiere die wesentlichsten Dienste leisten.

Über die Antilopen möchte ich nur soviel hinzufügen, dass manche der kleineren Arten wegen ihres zarten, für die Handschuhfabrikation geeigneten Felles viel gejagt werden.

Die Schuppentiere und Erdferkel, die letzten noch nicht erwähnten Säugetiergruppen Afrikas, kommen wohl nicht für den Haushalt des Europäers in Frage.

Auf die in afrikanischen Kolonien verwendbaren Haustiere will ich hier nicht eingehen. Vielleicht gilt auf sie das Wort: Probieren ist besser als studieren. Ich möchte nur zwei Bemerkungen mir erlauben, welche vielleicht der Beachtung wert sind.

Wenn man Haustierrassen in fremde Gebiete einzuführen versucht, sollte man zunächst solche Rassen benutzen, welche in Gegenden zu Hause sind, deren klimatische Verhältnisse denjenigen der neuen Heimat möglichst nahe stehen. Angoraziegen empfehlen sich darum für Südwestafrika und Kiautschou weniger zur Einführung als die lang- und weichharigen tibetanischen Rassen.

Will man Wollschafe in Südwestafrika züchten, so belehre man sich im südlichen Australien.

Südamerikanische Pferde und südamerikanisches Rindvieh eignen sich besser für die subtropischen Verhältnisse Afrikas als irgend eine Rasse, welche nördlich vom Äquator gezüchtet wird. Für die Rinder-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zucht in Togo, Kamerun und Deutsch-Ostafrika ist ein Versuch mit sumatranischen oder borneotischen zahmen Banteng-Rindern zu empfehlen. In Südwestafrika hat die Verwendung von Kamelen Aussicht auf Erfolg, in Ostafrika nur in gewissen Gegenden.

**Oscar Neumann**-Berlin: Der Vortragende hat hier eine Frage gestreift, die des Wildschutzgesetzes in unseren Kolonien, welche für mich ein besonderes Interesse hat, da ich der Erste war, welcher auf die Notwendigkeit solcher Gesetze hingewiesen hat. (Mitteilungen der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, Mai-Sitzung 1895). Auf meine Anregung hin hat auch der damalige Gouverneur, Major von Wissmann, das erste Jagdgesetz für Deutsch-Ostafrika erlassen.

Wir haben nun zwei Punkte zu betrachten: 1. die Abfassung solcher Gesetze; 2. die Ausübung.

Bei der Abfassung wird oft der Fehler gemacht, dass nicht solche Leute zugezogen werden, welche sowohl in den zoologischen als auch in den örtlichen Verhältnissen bewandert sind

Einen Beweis dafür bilden die auf der internationalen Wildschutz-Konferenz für Afrika in London im Jahre 1900 gefassten Beschlüsse, welche zum grossen Teil unpraktisch und unausführbar sind. So wird hier von vielen Antilopenarten der Abschuss männlicher Tiere frei gegeben, der weiblicher Tiere aber verboten, bei welchen Arten es selbst dem Kenner unmöglich ist, auf Schussdistance Männchen und Weibchen auseinander zu halten.

Es wird dann das Schiessen von Vögeln verboten, die wohl nie jemand zu anderen als zu rein wissenschaftlichen Zwecken erlegt hat, wie z. B. die Geier-Arten und der Maden-Hacker (Buphaga).

Bei der meist grossen Individuenzahl der in einem Gebiet vorkommenden Antilopen ist es, sobald der Abschuss waidgerecht, d. h. nicht zu Handelszwecken oder um Records aufzustellen, erfolgt, ziemlich gleichgültig, ob männliche oder weibliche Tiere erlegt werden.

Bei Vögeln sind Schutzgesetze nur bei den Arten nötig, welche ihrer Federn wegen für Handelszwecke in Betracht kommen. Dies sind neben dem ja schon zum grössten Teil unter Jagdschutz stehenden Strauss für Afrika nur der Marabu-Storch und die grossen und kleinen Silber- oder Edel-Reiher. Leider habe ich in der letzten Zeit Nachrichten, dass die Zahl der Marabus in Ostafrika innerhalb der letzten Jahre infolge Abschuss zu Handelszwecken sehr stark zurückgegangen ist und die grossen Kolonien von Edel-Reihern in der Nähe von Tanga durch einen Handelsjäger fast völlig vernichtet sind. In diesen Fällen würde übrigens der Schutz durch Zollbestimmungen auf die Federn am besten gewährleistet werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auch der Ausrottung des Elefanten würde am wirksamsten durch solche Zollbestimmungen auf Elfenbein gesteuert, welche progressiv nach unten vorrückten, d. h. dass auf Zähne höheren Gewichtes geringerer Ausfuhrzoll wäre, wie auf solche geringeren Gewichtes. Erfahrungsgemäss fangen sich nämlich in den Fallen der Eingeborenen im Inneren viel mehr junge Elefanten wie alte, und durch derartige Bestimmungen würde der Handelswert der Zähne junger Tiere sehr gedrückt, was ungemein wünschenswert wäre. Derartige Zollbestimmungen müssten aber international sein.

Überhaupt wäre es angebracht, wo es möglich wäre, den Eingeborenen das Anlegen von Gruben für Elefanten, in denen sich fast ausschliesslich nur junger Nachwuchs fängt, zu verbieten.

Bei der Ausführung der Gesetze werden leider in erster Linie die Jagd- und wissenschaftlichen Expeditionen getroffen, während für die in den Kolonien ansässigen Europäer, speziell die Beamten, die Jagdgesetze, wie mir in der letzten Zeit öfters mitgeteilt wurde, nicht so genau in Anwendung kommen.

Hierbei ist zu bemerken, dass Jagdexpeditionen, selbst wenn, was meistens nicht der Fall, ihr Material nicht ganz oder teilweise der wissenschafdlichen Untersuchung zur Verfügung gestellt wird, dem Wildstand ganz minimalen Abbruch tun im Verhältnis zu dem, was von europäischen Berufsjägern und auch von anderen, in den Kolonien ansässigen Europäern geschieht. Quantitative Record- (auf deutsch Aas)-Jägerei sollte man allerdings nicht gestatten, aber der nicht gezählte Record eines Gewerbsjägers wird stets noch den registrierten eines Sportsman schlagen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass im englischen Sudan die Jagdgesetze für Eingeborene sowohl wie für Europäer, Private wie Offiziere und Beamte, gleich streng sind. Urlaub zu Jagdexpeditionen wird den Offizieren nur ganz ausnahmsweise erteilt, und jeder ist verpflichtet, seine Strecke genau anzugeben. Die Erlaubnis, eine Giraffe zu schiessen, wird meist nur einmal und als grosse Vergünstigung erteilt. Es wäre wünschenswert, wenn die Wildschutz-Gesetze auch in unseren Kolonien in derselben Weise gehandhabt würden.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Lage der Sprachforschung in den Kolonien.

Von Professor P. **W. Schmidt,** S. V. D., Missionshaus St. Gabriel, Mödling bei Wien.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

---

Wenn Sie von mir jetzt eine Darstellung der Arbeiten und Erfolge der Sprachforschung in unseren Kolonien erwartet haben, so fürchte ich Ihnen eine Enttäuschung zu bereiten. Ich weiss wohl, dass eine solche Darlegung nach verschiedenen Seiten hin nicht ohne Nutzen gewesen wäre. Aber die Behandlung dessen, was ich mir zum Gegenstand meines Vortrages gewählt, schien mir nicht blos nützlich zu sein, sondern auch selbst einer gewissen Notwendigkeit nicht zu entbehren, Um so mehr also erbitte ich mir Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit.

Wenn ich die Aufgaben überblicke, welche in unseren Kolonien an die Sprachforschung herantreten, so sehe ich, dass dieselben sowohl zahlreiche und schwierige, als auch in vieler Beziehung bedeutungsvolle sind. In Afrika zunächst liegen drei unserer Kolonien, die ostafrikanische, die südwestafrikanische und die Kameruner, im Gebiete der so interessanten, aber auch schwierigen Bantu-Sprachen. Schon die Einzelforschung hat in allen drei Kolonien noch Arbeit in Überfluss, am wenigsten vielleicht in Südwestafrika, am meisten in Kamerun, wo das ganze Hinterland mehr noch als in sonstiger Hinsicht in sprachlicher Beziehung nahezu unbekannt ist. In der vergleichenden Bantu-Forschung, wo die deutsche Wissenschaft gewiss nicht zurückbleiben darf, liegt allerdings gerade von einem deutschen Gelehrten, Herrn Pastor C. Meinhof, ein sehr glücklicher, grundlegender Entwurf vor, aber eben nur ein Entwurf, der in allen Einzelheiten noch der Ausführung und vielfach der Vervollständigung bedarf. — Gegenüber der verhältnismässigen Einheit der Bantu-Sprachen bietet Ober-Guinea mit seiner grossen Anzahl auf den ersten Blick durchaus getrennt scheinender Sprachen schon der Einzelforschung viel grössere Schwierigkeiten dar. Das zeigt sich denn auch bei den sprachlichen Verhältnissen unserer dort liegenden Kolonie Togo in sehr entschiedener Weise. Die vergleichende Forschung, hier fast ausschliesslich von deutschen Gelehrten geleistet, von Lepsius, Fr. Müller, Christaller, A. Seidel, Krause, steht in den allerersten Anfängen. Nach den genialen Darlegungen Krauses kann zwar die schon von Lepsius und Christaller gegen Fr. Müller verfochtene Ansicht von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem genetischen Zusammenhang der Oberguinea-Sprachen untereinander und mit den Bantu-Sprachen als gesichert bezeichnet werden, aber eben auch kaum mehr als diese nackte Tatsache; alle Einzelheiten müssen noch erst in langwieriger Arbeit festgestellt werden. Bei der Erörterung dieser für die ganze afrikanistische Wissenschaft äusserst wichtigen Frage werden zwei unserer Kolonien von ausschlaggebender Bedeutung sein, Kamerun und Togo. Im nördlichen Hinterland von Kamerun steht der eine Pfeiler der Brücke, die aus dem Bantu-Gebiete kommend, über das englische und französische Niger-Gebiet hinweg sich setzt, um im Hinterland von Togo einen zweiten Pfeiler niederzusenken. — Füge ich jetzt noch hinzu, dass in Südwestafrika in den Hottentotten-Sprachen ein ganz selbständiges Element auftritt, dass ferner das äusserste Hinterland von Kamerun und teilweise von Ostafrika jene rätselhaften Zwergvölker aufweist, bei deren Sprache ein eventueller Zusammenhang mit den Hottentotten-Sprachen zu untersuchen wäre, so glaube ich Ihnen wenigstens einigermassen einen Begriff bereitet zu haben von dem Reichtum und der Mannigfaltigkeit der sprachwissenschaftlichen Aufgaben in unseren afrikanischen Kolonien.

Kaum minder reich und lohnend sind diese Aufgaben in unserem ozeanischen Kolonial-Gebiet. Hier stellt sich die grosse malayo-polynesische, oder wie ich sie nenne, austronesische Sprachfamilie dar in ihren beiden Gliedern, den polynesischen und melanesischen Sprachen. Samoa mit seiner polynesischen Sprache sollte wieder ein Stützpunkt der deutschen Forschung in den polynesischen Sprachen werden, jenen Sprachen, die ein deutscher Geistesheros, Wilhelm von Humboldt, zuerst wissenschaftlich behandelte. Das ganze übrige Gebiet, Salomons-Inseln, Bismarck-Archipel, Teile von Neu-Guinea, Admiralitäts-Inseln, ganz Mikronesien, gehört zum Gebiet der melanesischen Sprachen, einer Gruppe, die ebenfalls ein deutscher Forscher, der ältere v. d. Gabelentz, wissenschaftlich entdeckte. Hier ist selbst in der Einzelforschung noch nahezu alles zu tun, die Anzahl der einigermassen befriedigenden Grammatiken aus dem deutschen Gebiet lässt sich — es ist das wörtlich zu nehmen — an den Fingern einer Hand aufzählen. Der grössere Teil dieses Gebietes ist sprachlich überhaupt noch unbekannt. In vergleichender Hinsicht kommt der deutsche Besitz in jedem Falle, welche von den zahlreichen diesbezüglichen Theorien sich auch bestätigen sollte, in entscheidender Weise in Betracht bei den grossen Fragen von der Herkunft der Polynesier und dem „ethnologischen Rätsel“ der Melanesier. Bei diesem letzteren um so mehr, weil möglicherweise in den nördlichen Salomons-Inseln, jedenfalls aber auf Neuguinea, eine ganz neue Sprachengruppe, die der Papua-Sprachen, sich findet, die auch schon

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in sich betrachtet, in ihren interessanten Bildungen dem Sprachforscher das höchste Interesse einflössen müssen.

Sie sehen also, dass die Aufgaben, welche unsere beiden Kolonialgebiete der Sprachforschung darbieten, sowohl zahlreich, als auch bedeutungs- und reizvoll genug sind, wenn sie auch nur vom rein sprachwissenschaftlichen Standpunkte aus betrachtet werden. Es mangelt ihnen aber auch gewiss nicht die Bedeutung für die koloniale Praxis. Für diese wird ja doch immer die Frage der richtigen Behandlung der Eingeborenen eine der wichtigsten bleiben. Die Kenntnis ihrer Sprachen aber ist dafür bis zu einem gewissen Grade unerlässlich. Aushilfsmittel, wie Pidschin-Englisch und Dolmetscher-Wesen werden zwar besonders für den Anfang nicht zu umgehen sein, aber vorzüglich für die politische Verwaltung wäre es doch äusserst misslich, wenn sie beim Verkehr mit den Eingeborenen ausschliesslich auf einheimische Dolmetscher angewiesen wäre, deren Ungeschicklichkeit oder auch hinterlistige Unzuverlässigkeit in einem Augenblick die schwersten Verwickelungen herbeiführen könnten. — Von hohem Werte werden die Arbeiten der Sprachforschung aber auch für eine ganze Reihe anderer Wissenschaften sein, insbesondere für jene, die wir unter dem Namen Völkerkunde zusammenfassen. Das geistige Leben eines Volkes ist ohne Kenntnis seiner Sprache nur rudimentär zu erfassen: Völkerpsychologie ist ohne Sprachwissenschaft undenkbar. Aber auch diejenigen Wissenschaften, welche sich mit der physischen Seite des Menschen befassen, die physische Anthropologie und die sachliche Ethnologie, würden nur zu ihrem eigenen Schaden die Ergebnisse der Sprachwissenschaft ignorieren, insbesondere so lange ihre eigenen Kriterien und Methoden vielfach noch den wünschenswerten Grad von Sicherheit vermissen lassen. So gerade auch auf den beiden hier besprochenen Kolonialgebieten: wie lange mag es wohl noch dauern, bis Anthropologie sowohl als Ethnologie hier Resultate von solch' weittragender Bedeutung und dabei doch solch' sicherer Bestimmtheit aufzuweisen haben, wie sie die Sprachforschung für Afrika durch den Nachweis Krause's von der Verbindung der Oberguinea-Sprachen mit den Bantu-Sprachen und für das ozeanische Gebiet durch die von S. H. Ray vollzogene Entdeckung der Papua-Sprachen und durch den Nachweis der Existenz derselben mitten in den Salomons-Inseln vorzeigen kann?

Stehen nun, so darf man ja wohl fragen — und damit komme ich zu dem eigentlichen Gegenstande meines Vortrages — stehen nun zu diesen zahlreichen und bedeutsamen Aufgaben die dafür vorhandenen Mittel in entsprechendem Verhältnis? Diese Frage muss ich leider entschieden verneinen. Das Missverhältnis zwischen Aufgaben und Mitteln, welches hier besteht, ist augenblicklich ein der-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

artiges, dass der daraus sich ergebende Zustand einer völligen Mittellosigkeit nahezu gleichkommt. Da ich mir wohl bewusst bin, was für einen Vorwurf nach verschiedenen Seiten hin die hier von mir behauptete Vernachlässigung eines bedeutenden Wissenschaftsgebietes in sich schliesst, so kann ich mich um so weniger einer genauen Begründung meiner Behauptung entziehen.

Ich erblicke diese Mittellosigkeit zunächst darin, dass die Herbeischaffung des wissenschaftlichen Materials, die Originalaufnahme der Sprachen an Ort und Stelle, ausschliesslich auf private Kräfte und private Mittel angewiesen ist. Wie sehr dieses Gebiet hier geradezu verlassen dasteht, ergibt ein Vergleich mit den anderen Wissenschaften. Die verschiedenen Naturwissenschaften, die Geschichte, die klassischen, indogermanischen, semitischen Sprachen, die Völkerkunde, können sich hier auf die Fonds der Universitäten, Akademien oder ihrer speziellen Institute stützen: von dort aus werden ihnen sowohl die Kosten ihrer Forschungen gedeckt als auch zu den speziellen Zwecken eigens geschulte Forscher initiativ ausgeschickt. Wie neidisch bin ich nicht oft gewesen, wenn ich irgendwo las, dass wieder ein Forscher ausgeschickt worden sei, wer weiss wie weit, um irgend eine Amphibienart, eine Vögelordnung in jahrelanger Arbeit zu studieren. Ich begreife es ja, dass das für den betreffenden Spezialisten von ungeheurer Bedeutung sein kann, aber könnten diese und andere Herren Spezialisten nicht auch begreifen, dass die Sprache eines ganzen Volkes für den Sprachforscher und noch für einige andere Menschen ebenso von einiger Wichtigkeit sei? Aber ich habe nie gehört, dass der Sprachforschung dieser Gebiete einmal ein Benefizium der erwähnten Art zuteil geworden wäre, noch kenne ich ein offizielles Institut, eine Einrichtung irgend welcher Art, auf welche sie sich in dieser Hinsicht stützen könnte. Die naturgemässe Folge von all' dem ist eine doppelte: zunächst geht das sprachliche Material überhaupt nur langsam und spärlich ein — das muss ganz dezidiert von unserem ozeanischen Kolonial-Gebiet gesagt werden, und gilt auch von vielen Teilen der afrikanischen Kolonien — und dann ist dasjenige Material, welches noch einläuft, vielfach sehr mangelhaft, weil es eben von Männern ohne Fachbildung aufgenommen wurde.

Die weitere Klage, die ich erheben muss, ist die, dass auch die fernere wissenschaftliche Behandlung des schon vorhandenen und noch einlaufenden Materials wiederum ausschliesslich von privaten Persönlichkeiten und mit privaten Mitteln geleistet werden muss. Diese Bearbeitung, wenn sie in wirklich wissenschaftlicher, eindringender Weise geschehen soll, erfordert gerade so sehr Zeit und Mühe, Beherrschung der vorhandenen Litteratur und damit Beschaffung oft sehr kostspieliger Werke, als das bei den klassischen, indogermanischen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und semitischen Sprachen und vergleichsweise bei den Naturwissenschaften der Fall ist. Und wenn von seiten der universitären Sprachen, wenn ich sie so nennen darf, vielfach der Bearbeitung der sog Natursprachen der Vorwurf gemacht wird, sie sei zu oberflächlich, zu dilettantenhaft, so soll diese Tatsache für manche hierhin gehörige Arbeiten nicht geleugnet werden; sie kommt aber zu einem Teil auch daher, dass nur wenige Menschen in der glücklichen Lage sich befinden, von ihren sonstigen Berufsarbeiten soviel Zeit und Mittel zu erübrigen, als eine wirklich wissenschaftliche Behandlung auch dieser Sprachen erfordert. Die Zurückstellung, welche dieses Wissenschaftsgebiet hier gegenüber anderen Wissenschaftszweigen erfährt, ist wiederum eine sehr empfindliche. Für diese sind die grosse Anzahl der Professoren an den Universitäten und anderen Hochschulen, die Scharen der Assistenten an den Seminarien, Laboratorien, Museen und sonstigen Instituten, denen allen durch ihr Amt sowohl Zeit als Mittel zur Bearbeitung ihres respektiven Materials geboten ist. Aber keine einzige von all diesen offiziellen Stellungen steht augenblicklich der Sprachforschung dieser Gebiete zur Verfügung, oder anders ausgedrückt: keine einzige der in diesen Stellungen sich befindenden Persönlichkeiten beschäftigt sich augenblicklich mit der wissenschaftlichen Untersuchung der Sprachen dieser deutschen Kolonial-Gebiete.

In diesem Punkte ist sogar gegenüber der koloniallosen Zeit ein wenn auch nicht prinzipieller so doch tatsächlicher Rückgang zu verzeichnen. Damals war für das ozeanische Gebiet der ältere v. d. Gabelentz, für das afrikanische Lepsius tätig, und für beide zusammen auch der Deutsch-Österreicher Fr. Müller. Das war zwar auch nicht übermässig viel, aber wie soll man es denn einschätzen, wenn jetzt, wo die Kolonien da sind, nicht einmal diese geringe Zahl mehr zur Verfügung steht? Ich beklage das noch aus einem anderen Grunde. Auch diese geringe Anzahl von Männern vermochte doch noch einigermassen den Zusammenhang aufrecht zu erhalten zwischen den in der Aufnahme der Sprachen tätigen Missionaren, Beamten, Offizieren, mit denen sie in Verbindung standen, und den grossen Zentren des wissenschaftlichen Lebens, wie es unsere Hochschulen ja doch sind. Dieser Zusammenhang aber liess unmerklich auch auf jene Männer neben dem anspornenden Bewusstsein der erhöhten Bedeutung ihrer Arbeiten etwas von der Grösse der Auffassung und der gesteigerten Exaktheit übergehen, wie sie den wissenschaftlichen Betrieb an unsern Hochschulen erfüllen. Auch dieser Vorteil immaterieller Natur, den ich durchaus nicht gering anschlage, droht bei der jetzigen Lage der Dinge immer mehr verloren zu gehen, wie andererseits auch in den akademischen Kreisen die vorhandene ohnehin meist nur geringe Schätzung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der sog. Natursprachen sich noch mehr verringern wird. Solange noch wenigstens hier und da in dem Gremium der Professoren ein geachteter Kollege sich mit diesen Sprachen befasste, sicherte ihnen das eine gewisse Bedeutung, es erleichterte auch den anderen Professoren eine grössere Kenntnis des Standes der Forschung auf diesen Gebieten. Jetzt lässt diese Kenntnis in manchen neueren hochwissenschaftlichen Werken vielfach einiges zu wünschen übrig.

Bei dem dritten Übelstand, den ich zu beklagen habe, kann ich zugeben, dass er nicht in dem Umfange besteht, wie die beiden ersteren, aber immerhin besteht er noch fühlbar genug. Er ist darin gelegen, dass schliesslich auch die Veröffentlichung der sprachwissenschaftlichen Arbeiten dieser Gebiete zum grossen Teil auf private Mittel angewiesen ist. Ich sage hier: zum grossen Teil; denn hier sind zu einem Teil doch öffentliche Mittel in etwa bereitgestellt. Da sind zunächst die „Mitteilungen des Orientalischen Seminars" zu Berlin. Aber sie erscheinen kaum einmal im Jahre und können grössere Arbeiten überhaupt nicht aufnehmen. Da ist ferner die „Zeitschrift für afrikanische, ozeanische und ostasiatische Sprachen". Allein auch diese würde mit ihren jährlich erscheinenden 4 Heften für einen nur einigermassen intensiven Betrieb nicht ausreichen, und grössere Arbeiten kann auch sie überhaupt nicht aufnehmen; dazu kommt noch der sehr missliche Umstand, dass die vorhandenen Mittel nicht einmal ausreichen, den Autoren eine hinreichende Anzahl Separata zu liefern, deren Kosten sie vielmehr selbst bestreiten müssen; und endlich wird selbst dieser wenig glänzende Stand nur ermöglicht durch eine Unterstützung wiederum von privater Seite, nämlich des verdienstvollen Herausgebers, Herrn A. Seidels, selbst, eine Unterstützung, die im Laufe der Jahre schon auf mehrere Tausend Mark angelaufen ist. Weiter stehen noch zur Verfügung die Publikationen der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft. Dass das aber nur bis zu einem gewissen Grade gilt, sehe ich aus den Worten C. Meinhofs, der in seinem eben bei der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft erschienenen Werke sich beklagt, dass er die Mittel nicht beschaffen könne, um ein grösseres Werk über die Bantu-Sprachen, zu dem er das Material bereit liegen habe, schreiben und drucken zu lassen. Nimmt man noch etwa die „Zeitschrift für Ethnologie" hinzu, die aber begreiflicherweise rein sprachliche Arbeiten nur in sehr beschränktem Masse bringen kann, so ist auch schon alles hierher gehörige aufgezählt. „Aber es bleiben doch noch die Sitzungsberichte und Abhandlungen unserer Akademien und ihre Geldmittel", wird man mir sagen. Was die Zuwendung von Geldmitteln zur Herausgabe von Werken betrifft, so finde ich in den Mitteilungen der Berliner Akademie der Wissenschaften vom Beginn unserer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonisationsperiode bis jetzt nur drei solcher Fälle verzeichnet, die alle dem Gebiet von Südwestafrika zugute gekommen sind. Was aber die Sitzungsberichte und Abhandlungen derselben Akademie angeht, so ist seit dem Bestande unserer Kolonien noch keine Arbeit über Sprachen aus denselben dort erschienen, und seit 1889 überhaupt keine Arbeit mehr über Sprachen von Naturvölkern, ausser einem kleinen Referat von dem jüngeren v. d. Gabelentz. Die Traditionen der Wilh. von Humboldt, Buschmann, Schott scheinen hier also gänzlich abhanden gekommen zu sein. Da ist uns sogar noch das kolonienlose Österreich überlegen; an der Wiener Akademie d. W., wo durch Fr. Müller das Interesse für die Sprachen der Naturvölker kräftig geweckt worden, wird dasselbe auch jetzt noch trefflich gewahrt, und so kommt denn die in diesem Gegensatz doppelt eigentümliche Tatsache zu stande, dass in den Sitzungsberichten dieser ausserdeutschen Akademie sich Arbeiten über Sprachen aus dem reichsdeutschen Kolonialgebiete befinden. (Ob und inwieweit die kgl. bayerische Akademie d. W. zu München und die kgl. sächsische Gesellschaft d. W. zu Leipzig diesen Sprachgebieten materielle Unterstützungen zukommen liessen, konnte ich aus ihren Mitteilungen nicht erfahren. Arbeiten über Sprachen aus den deutschen Kolonien finden sich auch in ihren Schriften nicht, wenn auch besonders die Münchener Akademie den Natursprachen mehr Berücksichtigung zu teil werden lässt als die Berliner.)

Das sind die Gründe, welche ich für meine Behauptung von der nahezu vollständigen Mittellosigkeit der Sprachforschung unserer Kolonien beizubringen habe. Ich glaube nicht, dass sie sich in wesentlichen Stücken werden entkräften lassen. Wenn ich aber vorhin sagte, dass ich mir wohl bewusst sei, welchen Vorwurf nach verschiedenen Seiten hin diese Vernachlässigung eines ganzen Wissenschaftsgebietes in sich schliesse, so möchte ich jetzt, um Missverständnissen sofort vorzubeugen, hinzufügen, dass mir wenigstens dieser Vorwurf nicht gerichtet erscheint gegen einzelne Persönlichkeiten irgend welcher Art. Ich betrachte vielmehr den Zustand, den ich geschildert, als das Produkt so vieler und mannigfacher Faktoren, dass einzelne Personen dabei wenig in Betracht kommen. Eine Bestätigung für diese meine Auffassung sehe ich auch in der Tatsache, dass nicht blos in den deutschen Kolonien, sondern überhaupt das Sprachgebiet der beiden dunklen Rassen — um diese handelt es sich wesentlich in unseren Kolonien — gegenüber den Sprachen anderer Naturvölker von öffentlichen wie privaten wissenschaftlichen Körperschaften vernachlässigt erscheint. In Nordamerika sorgt die Smithsonian Institution in ausgezeichneter Weise für die Indianersprachen. In Mexiko fällt, von sonstigem abgesehen, von den munifizenten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schenkungen des Herzogs von Loubat auch manches für die nichtaztekischen Sprachen ab. In Mittelamerika und noch mehr Südamerika standen noch von den alten Missionaren her die Sprachen immer im Vordergrund des ethnologischen Interesses, und nachdem mehrere hervorragende Forscher gerade in Südamerika das Fiasko der Schädelmessungen und ähnlicher Methoden besonders zutage tretend glaubten, konnte die Wertschätzung der Sprachstudien sich nur steigern. Den Sprachen der nordmongolischen Naturvölker uralaltaischen Stammes kommt es zu statten, dass sie mit den Kulturgebieten von Finnland und Ungarn in verwandtschaftlichen Beziehungen stehen. Der gleiche Vorteil erwächst den ostasiatischen Natursprachen aus ihrer Verbindung mit China, Tibet, Birma. In Indonesien haben Regierung und wissenschaftliche Körperschaften viel für die Feststellung der sprachlichen Verhältnisse getan. Sobald es aber dort nach Osten und Südosten in das Gebiet der dunklen Stämme geht, erlahmt das Interesse, und auch für die Negersprachen Afrikas kenne ich kein wissenschaftliches Institut, das sich als solches derselben annähme. Wenn also die Verallgemeinerung des Übelstandes uns etwas von der Verantwortlichkeit wegnimmt, so dürfte doch gerade die deutsche Wissenschaft, die den Ruhm beansprucht, auf so vielen Gebieten bahnbrechend gewesen zu sein, bei dieser „Entschuldigung" sich nicht beruhigen. Und das um so weniger, weil wenigstens an zwei Stellen dieses Gebietes von ausländischer Seite Schritte zu einer ernstlichen Besserung dieser Zustände getan worden sind. Das ist der Fall in Australien, wo Behörden wie wissenschaftliche Vereinigungen bei den wissenschaftlichen Expeditionen auch auf Erforschung der Sprachverhältnisse Bedacht nehmen, ferner in Englisch-Neuguinea, wo der in der Torres-Strasse arbeitenden Cambridge-Expedition auch ein tüchtiger Sprachforscher, S. H. Ray, beigegeben war.

Ich glaube nicht, jetzt noch im einzelnen angeben zu müssen, wie bei uns eine Besserung herbeigeführt werden könne. Ich habe die Klagepunkte so klar formuliert, dass, wenn ein Wille da ist, er den Weg ohne weiteres vor sich sieht. Ich will aber nicht unterlassen, noch auszusprechen, welche Faktoren ich bei dieser Besserung mitwirkend denke. Es sind ein wenig die privaten wissenschaftlichen Gesellschaften, etwas mehr die hohe Regierung, und zwar aus kolonialen wie wissenschaftlichen Gründen, also auch mit dementsprechenden Mitteln, am meisten aber unsere offiziellen hohen wissenschaftlichen Körperschaften. Und gerade bezüglich ihrer seien mir noch zwei Bemerkungen gestattet.

Wenn es sich bei den genannten Instituten darum handelt, zu einem besonderen wissenschaftlichen Zweck eine Unterstützung zu erhalten, so sind wohl immer im Schosse derselben Vertreter der be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

treffenden oder doch einer nicht allzu fernstehenden Wissenschaft vorhanden, welche derartige Forderungen entweder selbst stellen oder sie unterstützen. Wie ich aber vorhin darlegte, beschäftigt sich zur Zeit niemand von den an unseren Hochschulen angestellten Lehrern mit dem Studium von Sprachen unserer Kolonialgebiete. Es fehlt also diesen Sprachgebieten an entsprechenden Vertretern in diesen Körperschaften. Das ist eine ungünstige Lage, und ich führe es wesentlich hierauf zurück, wenn dieselben bis jetzt so wenig Unterstützung aus diesen Kreisen gefunden haben. Eine provisorische Besserung würde schon erzielt, wenn die Vertreter der übrigen Sprachgebiete, besonders der indogermanischen und semitisch-ägyptischen — von den Klassikern wird das ja wohl kaum zu erwarten sein — das einsichtige Wohlwollen bekundeten, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, wobei die Vertreter der Anthropologie und Ethnologie sie unterstützen könnten. Ich betone aber, es bleibt das nur ein Aushilfsmittel, auch aus einem anderen Grunde noch. Wenn eine wirkliche Besserung herbeigeführt werden soll, so darf es auch nicht mehr, wie bisher, als ausgeschlossen zu gelten scheinen, dass zur Erforschung auch sprachlicher Aufgaben speziell fachwissenschaftlich ausgebildete Forscher in die betreffenden Gebiete eigens entsendet werden, resp. solchen, die aus eigener Initiative sich dazu meldeten, Unterstützungen bewilligt werden. Speziell für diese Sprachgebiete vorgebildete Forscher aber, woher nimmt man die, wo erwirbt man sich eine solche spezielle Vorbildung? Sollen diese Forschungen wirklich nutzbringend angestellt werden, so genügt es ja nicht, dass der betreffende Forscher sich vorher nur so im allgemeinen mit Sprachforschung beschäftigt habe, es genügt nicht, beispielsweise, wenn er nach Westafrika ginge, dass er indogermanistische Studien betrieben habe u. s. w., gerade so wenig, als man zur Erforschung beispielsweise einer Crustaceen-Art einen „allgemeinen“ Zoologen oder einen Spezialisten zwar, der es aber in der Entomologie ist, ausschicken würde. Nein, überall sonst wird spezielle Kenntnis des betreffenden Gebietes, Kenntnis der betreffenden Litteratur, Kenntnis des schon Erreichten und des noch zu Leistenden und zu all dem auch noch die Fähigkeit praktischen Arbeitens erfordert. Für alle übrigen Wissensgebiete ist zur Aneignung dieser Vorkenntnisse an unseren Hochschulen Gelegenheit gegeben; wo aber erwirbt man sich die analoge Vorbildung für diese Sprachgebiete? Ich kenne keine jetzt bestehenden Einrichtungen dafür. Ich will es aber wohl verraten, dass ich sogar zwei diesbezügliche Vorschläge in petto habe; aber ich habe jetzt schon so vieles Unangenehme zu sagen, so vieles zu fordern gehabt, dass ich es vorziehe, bezüglich dieses Punktes zu warten, ob ich nicht in der Diskussion oder sonstwo in die angenehmere Lage ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

setzt werde, mir die Worte aus dem Munde nehmen zu lassen. Aber einen konkreten Vorschlag möchte ich hier doch noch machen. In der öffentlichen Versammlung heute morgen trat Herr Prof. Dr. Hans Meyer dafür ein, dass der „Afrika-Fonds" seiner ursprünglichen Bestimmung, der Unterstützung der geographischen Forschung, wieder zugeführt werden solle. Ich weiss nicht, wie weit der Herr Antragsteller und die ihm beipflichtenden Herren den Begriff „geographische Forschung" hier gefasst haben. Wenn aber in der Diskussion von Herrn Prof. Dr. Kirchhoff hervorgehoben wurde, dass über diesem Fonds der Name „Gustav Nachtigal" erglänze, so meine ich, wird niemand die Sprachforschung von dem Begriff „geographische Forschung" hier ausschliessen können, der da weiss, welch lebhaftes Interesse gerade Nachtigal allezeit der Sprachforschung gezeigt und wie viel Zeit und Mühe er ihr auf seinen Forschungsreisen stets gewidmet hat. Und so glaube ich auch durchaus in seinen Intentionen zu handeln, wenn ich den Wunsch ausspreche, dass auch der Sprachforschung ein solcher Anteil von dem „Afrika-Fonds" zugewendet werden möge, der schon leicht gross genug sein wird, um unsere wahrlich nicht verwöhnten Ansprüche zufrieden zu stellen.

Und nun habe ich Ihre Geduld überhaupt wohl schon über Gebühr in Anspruch genommen. Ich habe ja vielleicht zu fürchten, dass unter meinen geehrten Zuhörern sich mehr wie einer befindet, der schon lange von Begier nach dem Schluss meines Vortrages brennt, um die verwegenen Aspirationen, die sich hier aussprachen, in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Ich fühle es ja auch selbst, wie weit ich aus der traditionellen, beinahe hätte ich gesagt, vorschriftsmässigen Bescheidenheit der Arbeiter dieser Gebiete herausgetreten bin. Ich weiss auch, dass Bescheidenheit eine Zier ist für alle Menschen, also auch für Sprachforscher. Wenn man nun aber doch sieht, dass man mit ihr nicht weit kommt, so kann es einem schliesslich nicht mehr verübelt werden, wenn man auch einmal versucht, „ohne ihr" etwas zu erreichen. Und vielleicht kann ich ja doch auch hoffen, dass unter meinen geehrten Zuhörern sich solche befinden, denen es beim Anhören meiner Ausführungen gegangen ist, wie mir selbst, als ich zum ersten Mal diesen ganzen Zustand in seinen Einzelheiten überblickte, solche, die sich des Staunens nicht erwehren können, dass diese Lage wirklich eine so desolate sei. Aus diesem mitleidigen Staunen, so darf ich dann wohl weiter hoffen, wird sich leicht das tatkräftige Wohlwollen entwickeln, mitzuwirken an der Besserung eines Zustandes, welcher der deutschen Wissenschaft nicht zur Ehre und unseren Kolonien nicht zum Nutzen gereicht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Professor **v. Luschan:** Die Worte meines Vorredners enthalten bittere Wahrheiten. Ich stehe völlig auf seinem Standpunkte und muss zugeben, dass sprachliche Studien in unseren Schutzgebieten bisher in beklagenswerter Weise vernachlässigt wurden.

Aber ich glaube, dass da auch die Völkerkunde sich in keiner wesentlich besseren Lage befindet. Allerdings gibt es ethnologische Museen und anthropologische Gesellschaften in Menge, aber deren Mittel stehen einstweilen noch in einem sehr traurigen Missverhältnis zu ihren Aufgaben. Besonders wird immer übersehen, dass gerade für ethnologische Untersuchungen die Zeit drängt und dass viele unserer Aufgaben in den nächsten Jahrzehnten gelöst werden müssen oder sonst überhaupt ungelöst bleiben würden. Was der Völkerkunde vor allem not tut, sind Reisen von geschulten Fachleuten zur genauen Untersuchung von dem Untergange geweihten Kulturen; zu solchen Reisen gehören aber Mittel, die bisher nur in seltenen Ausnahmefällen vorhanden waren.

Es befindet sich also jedenfalls auch eine andere Disziplin in arger Notlage, nicht nur die Sprachforschung in unseren Schutzgebieten. Solche Genossen im Unglück zu haben, ist immerhin ein Trost. Ein anderer Trost aber, für den wir alle dankbar sind, liegt in der freiwilligen und unbezahlten Mitarbeit, deren wir uns gerade auf kolonialem Gebiete in so ausgedehnter Weise zu erfreuen haben. Ebenso wie unseren Museen Jahr für Jahr besonders von den Offizieren und Ärzten der Schutztruppe Geschenke zugehen, deren Wert den unserer etatmässigen Aufwendungen weit übertrifft, genau ebenso erfreut sich auch die sprachliche Erforschung unserer Schutzgebiete einiger freiwilligen Mitarbeiter, deren Leistungen gar nicht hoch genug bewertet werden können Es genügt, hier die Namen Pater Schmidt und Pastor Meinhof zu nennen, um zu zeigen, dass die Verhältnisse doch nicht ganz so trostlos liegen, als Fernerstehende nach den eben gehörten Ausführungen vielleicht annehmen könnten. Immerhin aber liegt klar zu Tage, dass für die sprachliche und ethnographische Erforschung unserer Schutzgebiete sehr viel mehr geschehen muss, als gegenwärtig von den massgebenden Kreisen gemeinhin als nötig betrachtet wird. Es würde eine schöne Frucht dieses Kongresses sein, wenn hier recht bald und recht ausgiebige Hilfe gewährt werden könnte.

Hauptmann **Maercker** bedauert, dass die hochwichtigen Ausführungen des Professors Schmidt nur vor einem verhältnismässig kleinen Kreis von Zuhörern erfolgten. Er bittet, wenn es irgend angängig sei, noch eine Resolution, die die Förderung der Sprachforschung in den Kolonien verlangt, vor das Plenum zu bringen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Pastor **Cleve:** Ich kann an dem hochbedeutsamen Vortrag des Herrn Prof. Schmidt auch nur das bedauern, dass die Zuhörerschaft so klein war. Ich glaube aber betonen zu dürfen, dass das Interesse für die Sprachforschung unter den Kongressmitgliedern grösser ist, als der durch die Konkurrenz der Sektionen verschuldete geringe Besuch dieser Sektion hier zu bekunden scheint. Jedenfalls sind viele für die Sache interessierte Geistliche in anderm Raume zur Zeit beschäftigt. Zur Unterstützung sprachwissenschaftlicher Arbeit habe ich früher mit Rücksicht speziell auf Afrika hinzuwirken gesucht. Ich möchte auf Grund enttäuschender Erfahrung warnen, ungangbare Wege zu betreten, und andererseits warm dazu auffordern, auf den gangbaren eifrig weiter zu schreiten. — Ich möchte sagen, dass von seiten reicher Privatleute nichts direkt zu erhoffen ist. Man verweist auf die Kolonialgesellschaft und ist eventuell bereit, mit dieser mitzutun. In der Kolonialgesellschaft sind gewiss einzelne Mitglieder zu gewinnen; auch hat die Abteilung Weimar vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, die Kolonialgesellschaft möge zur Gründung einer möglichst umfassenden Afrika-Bibliotek verhelfen. Auch Se. Hoheit der Herzog Johann Albrecht haben diesem Antrag der Abteilung Weimar seine Sympatien zugewendet. Aber die Kolonialgesellschaft als Ganzes ist auf den Antrag nicht eingegangen; sie wird dafür wohl nicht zu gewinnen sein. Es ist zu wünschen, dass der Staat und die gelehrten Körperschaften dafür wirken. — Solange aber grosse Mittel nicht in Fluss gebracht werden können, bitte ich, dass die kleinen Mittel ausfindig gemacht werden, welche der Sprachwissenschaft, diesem wichtigen Teile der Völkerkunde, dienen können. So äussere ich den Wunsch, dass die wissenschaftlichen Sammlungen den gesammelten Gegenständen im Völkermuseum, im Botanischen Museum, im Zoologischen Museum, die Namen, welche die Eingeborenen den Gegenständen geben, in möglichst vielen Dialekten hinzufügen mögen. Ist es für die ganze Sammlung zu zeitraubend, so tue man es bei den Ergänzungsstücken von Stunde an. Dadurch werden diese Sammlungen auch der Sprachforschung wichtig. Schliesslich betone man, dass es eine gemeinsame Grundlage für alle Sprachforschung gibt, die Phonetik. Diese wichtige Grundlage, die man an jeder lebenden Sprache studieren kann, hat auch Meinhof verholfen, dass er von Pommern aus den Bantu-Sprachen einen bahnbrechenden Dienst erweisen konnte.

Professor **Kirchhoff**-Halle. Der Vortrag des P. W. Schmidt und diese Debatte, die beweise, wie sehr der Vortrag die Versammlung gepackt habe, sei ein würdiger Abschluss der heutigen Sektions-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verhandlungen. Der Vortrag habe dadurch an Interesse gewonnen, dass ein Mann aus dem österreichischen Bruderstamm ihn gehalten habe. — Wie er schon heute morgen betont habe, dass der Afrikafonds seiner ursprünglichen Bestimmung durchaus nicht entfremdet, sondern eben nur zeitgemäss verwendet würde, wenn man ihn fortan ausschliesslich zur Erforschung der deutschen Schutzgebiete bestimme, so erlaube er sich nunmehr hinzuzufügen, dass dabei nicht nur die Landeskunde, sondern auch die ihr so eng verbundene Volkskunde gemeint sei. Billigt der Reichstag unseren Standpunkt, jenen Fonds künftig der Landes- und Volksforschung der deutschen Reichskolonien zu widmen, so erhalten wir für die auch den Zwecken der Verwaltung, der Mission, der Wirtschaftstätigkeit höchst fördersame Erforschung der Sprachen unserer Schutzbefohlenen ein wohlgesichertes Subsidium, denn Sprachenkunde ist doch ein integrierender Teil der Volkskunde.

**P. Staudinger**-Berlin stimmt ganz und voll der Wichtigkeit der Sprachforschung nicht nur in unseren Kolonien, sondern überhaupt auch in allen den Ländern, wo es für uns Interessen irgend welcher Art gibt, zu.

Sehr bedauerlich ist es, dass gerade auf einem Gebiete, wo so mancher deutscher Forscher ganz hervorragendes geleistet hat, so wenig zur Festlegung dieser Arbeiten geschieht. Eine Anzahl von Deutschen aus Missions- und Wissenschaftskreisen hat sich schon immer mit eingehenden, linguistischen Studien beschäftigt, aber es fanden sich nicht die Mittel, später das Resultat derselben zu veröffentlichen, und die Arbeiten gingen verloren oder der Schatz blieb für die Wissenschaft ungehoben. So möchte ich auf den Einzelfall hinweisen, dass wir einen Landsmann haben, der schon seit einer Generation sich mit einem grossen Eifer und Geschick der Sprachforschung in Nord- und Westafrika hingibt und der bereits eine Fülle von Material über sehr wichtige afrikanische Sprachen besitzt, aber zur Bearbeitung fehlen die Mittel. Es ist dies der bekannte Reisende G. A. Krause. Ich möchte daher zusammenfassen, dass wir durch folgendes die Sprachforschung unterstützen können.

1. Durch die Bereitstellung von Mitteln zur Bearbeitung und Veröffentlichung linguistischer Forschungen, namentlich derjenigen von Privatpersonen, da es für die in irgend welcher amtlichen Stellung befindlichen Herren noch eher möglich ist, die nötigen Gelder aus irgend welchen Fonds zu erhalten.

2. Durch finanzielle Unterstützung von Reisenden zwecks Sprachstudiums an Ort und Stelle.

3. Durch Errichtung von Professuren an einer deutschen Hochschule, zunächst für afrikanische Sprachen, dann auch für ozeanische.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was nun aber den Hinweis auf den schon heute Morgen erwähnten Afrikafonds anbelangt, so möchte ich meine Meinung dahin aussprechen, dass es nicht gut ist, zu grosse Hoffnungen auf diesen schon vielfach in Anspruch genommenen Fonds, der allerdings zur Zeit dazu dient, so manche Lücke auszustopfen, zu setzen und auch speziell darauf aufmerksam machen, daran im Parlament nicht allzusehr zu rühren, da er bis jetzt bedingungslos von allen Parteien bewilligt wurde.

In betreff der einzubringenden Resolution möchte ich aber erwähnen, dass dies nach den Grundbestimmungen unseres jetzigen Kongresses nicht mehr möglich ist. Der Vortrag wurde zu spät angemeldet und konnte deshalb eine etwaige Resolution nicht dem Kongresskomitee zur Genehmigung übermittelt werden. Auch die Kolonialgesellschaft hat bei ihren hervorragend praktischen Zielen nicht so bedeutende Mittel zu Verfügung, um damit dauernd die Sprachforschung unterstützen zu können.

Vielleicht empfiehlt sich die Einsetzung einer Kommission zur Weiterverfolgung der Angelegenheit, deren Wichtigkeit in Hinsicht auf die Verwaltung des Landes, Regierung der Eingeborenen und zur wissenschaftlichen Erforschung wohl allerseits anerkannt ist.

Professor **P. Schmidt** spricht seinen Dank und seine Freude darüber aus, dass seinem Vortrag ein so reges Interesse, wie er es nicht erwartet hatte, entgegengebracht worden sei. — Er meint aus den Worten des Herrn Professors Kirchhoff entnehmen zu können, dass zwar gewisse Schwierigkeiten beständen, wenn man Mittel des Afrikafonds zu Gunsten der Sprachforschung verwenden wolle, dass diese Schwierigkeiten aber doch nicht unüberwindliche zu nennen seien. — In Bezug auf die dankenswerten Anregungen der übrigen Herren Diskussionsredner will er selbstverständlich keinen der Faktoren zurückweisen, welche von denselben für die Besserung des bestehenden Zustandes namhaft gemacht wurden; er möchte aber daran festhalten, was er schon in seinem Vortrage betont, dass es besonders Sache der deutschen Akademien und Universitäten sei, dem Studium der Sprachen der sogenannten Naturvölker, besonders der deutschen Kolonialgebiete, grössere Berücksichtigung als bisher zuteil werden zu lassen.

**O. Baschin**-Berlin schlägt vor, dass man sich zur Unterstützung der Sprachforschung in den Kolonien mit einer Eingabe an den Kolonialrat wenden möge.

Herr Professor Dr. **Oberhummer**-München ist der Ansicht, dass die Kolonialgesellschaft wohl Mittel für die Sprachforschung in den



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonien bewilligen würde, wenn sich eine oder mehrere Abteilungen mit einem Antrag in diesem Sinne an die nächste Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wenden würden.

**P. Staudinger:** Ich bin von einem der Herren Vorredner in einem Punkte missverstanden worden. Ich meinte nur, dass die Kolonialgesellschaft kaum die Mittel für eine so bedeutende Unterstützung der Sprachforschung dauernd zur Verfügung stellen kann und will. Wohl aber wird sie, wie bei so vielen wissenschaftlichen Bestrebungen, auch dieser ihr volles Interesse zuwenden und eine geeignete Eingabe an den Ausschuss auch nach Durchberatung im Falle der Annahme an die zuständige Stelle weitergeben. Ich bin gern bereit, unter Unterstützung der anwesenden Vertreter der Abteilungen die Eingabe dann im Ausschuss zu vertreten. Ebenso werde ich aber auch als Mitglied des Kolonialrats an dieser Stelle etwaige Anträge begründen und unterstützen, falls dem von Herrn Baschin geäusserten Wunsch, sich an den Kolonialrat zu wenden, Folge geleistet wird. Die Kolonialgesellschaft hat übrigens schon wiederholt gerade linguistische Drucklegung veranlasst oder unterstützt. Wenn schliesslich verschiedene Redner die jetzt kleine Zuhörerschaft hervorheben, so ist dies bei der vorgerückten Zeit und der Länge einiger Vorträge in der erst stark besuchten Sektion nicht zu verwundern, dafür seien es jetzt lauter wirkliche Interessenten.

Graf **Linden,** Vorsitzender, ist der Ansicht, dass die Meinung der Versammlung dahin neige, sich im Sinne des Vorschlags des Herrn Professors Oberhummer an die Deutsche Kolonialgesellschaft zu wenden.

II. Vorsitzende Herr Professor **Kirchhoff** hält dafür, dass es besser sei, direkt von der Sektion I aus mit einem Antrag an die Deutsche Kolonialgesellschaft heranzutreten.

Graf **Linden** schlägt vor, eine Resolution sofort aufzustellen.

Es wird darauf folgende Resolution vorgeschlagen:

> Die Sektion I des Deutschen Kolonialkongresses erkennt die Notwendigkeit an die Sprachforschung in den deutschen Schutzgebieten mehr als bisher zu unterstützen, und hält es aus diesem Grunde für wünschenswert, dass der Afrikafonds in dem Sinne, wie dies in der heutigen Plenarsitzung im Vortrage des Professor H Meyer erwähnt wurde, nicht nur für Länder- und Völkerkunde, sondern auch für Sprachforschung Verwendung finden soll.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

**P. Staudinger** will in der morgen früh stattfindenden Sitzung des Arbeitsausschusses des Kongresses anfragen, ob die Einbringung der Resolution in die morgige Plenarsitzung noch möglich ist.

Schliesslich erklären die Herren **v. Bockelmann, Maercker, Oberhummer,** in ihren Abteilungen für eine Resolution im Sinne des Antrages gern eintreten zu wollen, resp. bei der nächsten Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Antrag zu Gunsten der Förderung des Studiums von Eingeborenensprachen in unseren Kolonien einbringen zu wollen.

---

Vor Beginn der Vormittagssitzung am 11. Oktober erteilt der Vorsitzende Herr Professor **Kirchhoff** vor der Tagesordnung zu einer kurzen Mitteilung das Wort dem Obmann der Sektion

Herrn **P. Staudinger:**

Diejenigen Herren, welche sich gestern Nachmittag für die Unterstützung der Sprachforschung in unseren Kolonien etc. interessierten, möchte ich noch kurz benachrichtigen, dass die Einbringung einer Resolution in dieser Tagung des Kongresses nicht mehr angängig ist. Ich bitte aber alle die Herren, welche gestern für den Gegenstand eingetreten sind, sich einige Zeit nach dem Kongresse mit mir zur Unternahme der geeigneten Schritte in Verbindung zu setzen.

---

## Ziele und Wege der Völkerkunde in den deutschen Schutzgebieten.

Von Professor Dr. **von Luschan.**

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

---

Völkerkunde im weitesten Sinne umfasst die ganze Menschheit von dem ersten Auftreten menschlicher oder menschenähnlicher Wesen bis auf den heutigen Tag. Im engeren Sinne des Wortes gliedert sie sich in drei Forschungsgebiete: Ethnographie, Anthropologie und Prähistorie.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Von diesen drei Disziplinen befindet sich die Prähistorie in unseren Schutzgebieten noch in den allerersten Anfängen. Nur aus Togo sind geschliffene Steinbeile bekannt, und zwar nach Tausenden von Exemplaren, aber wir kennen sie bisher auch da nur in sekundärem Vorkommen im Besitze der heutigen Bewohner, als Zauber- oder Blitzsteine. Als solche finden wir geschliffene Steinbeile und sogar sekundäre Nachbildungen von prähistorischen Beilen in ganz Ober-Guinea, wo sie auch als Schwursteine verwandt werden, vor allem in Benin, wo sie im sechzehnten Jahrhundert königliches Attribut sind und, dem Blitzbündel des Zeus vergleichbar, von den Königen wie ein Scepter gehalten werden. Genau wie manche Bauern bei uns, so glaubt auch der Neger von Ober-Guinea, wenn er nach einem Gewitter ein solches Beil auf seinem Acker findet, es sei mit dem Blitze vom Himmel gefallen.

Ähnliche geschliffene Beile aus Hämatit hat Schweinfurth aus dem Monbuttu-Lande gebracht, wo die Eingeborenen sie ebenfalls als „Donnerkeile" betrachten und sie nicht mehr als Werkzeuge anerkennen. In den letzten Jahren sind aus dem Kongobecken und aus Ägypten auch andere, anscheinend noch sehr viel ältere Steinartefakte bekannt geworden, ganz roh zugeschlagene Stücke, die ihrem Aussehen nach völlig mit den „paläolithischen" Kieselgeräten der europäischen Vorzeit übereinstimmen. Grössere Erdbewegungen, wie sie etwa durch intensivere Bodenkultur und besonders durch Eisenbahnanlagen bedingt sind, dürften in ganz Afrika noch viele wichtige Aufschlüsse zur Urgeschichte der Menschheit bringen.

Wer waren die ältesten Menschen, was haben sie getrieben, wo sind sie entstanden, wie und mit welchen Mitteln haben sie sich im Kampfe ums Dasein erhalten und weiter entwickelt? — das sind die Fragen, die sich dem Prähistoriker zunächst aufdrängen. Aber noch ist es völlig unsicher, in welchem Erdteile und in welcher Zone diese Fragen zuerst zur Lösung kommen werden.

Aufgabe der Anthropologie und der Ethnographie hingegen ist es, zu erforschen, wie, wo und wann die späteren und die heute noch lebenden Rassen und Völker entstanden sind, wie sie leben und streben, wie sie sich zu ihren Nachbarn verhalten, und welche Schlüsse aus der Vergangenheit des menschlichen Geschlechtes auf seine Zukunft gezogen werden können.

Das ist das grosse Arbeitsfeld für die vielen anthropologischen und ethnographischen Gesellschaften und Museen, die in den letzten Decennien entstanden sind. Zur möglichst raschen und umfassenden Förderung dieser Ziele hat das Berliner Museum für Völkerkunde ein breit angelegtes Frageschema entworfen, das als „Anleitung für ethnographische Beobachtungen und Sammlungen" in Tausenden von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Exemplaren unentgeltlich verschickt wird und schon reiche Früchte getragen hat.

Die wichtigste Vorarbeit und die einzige feste Grundlage für jeden Fortschritt in der Völkerkunde liegt eben in der möglichst eingehenden und sorgfältigen monographischen Behandlung jedes einzelnen Stammes. Hier ist in unseren Schutzgebieten schon viel geschehen (Stuhlmann, Fülleborn, Krämer, Pater Erdweg und andere), aber noch sehr viel zu tun übrig, und da ist Gefahr im Verzug: Der moderne Verkehr ist ein furchtbarer und unerbittlicher Feind aller primitiven Verhältnisse; was wir nicht in den nächsten Jahren sichern und für die Nachwelt retten können, das geht dem völligen Untergang entgegen und kann niemals wieder beschafft werden. Verhältnisse und Einrichtungen, die sich im Laufe von Jahrtausenden eigenartig entwickelt haben, ändern sich unter dem Einflusse des weissen Mannes fast von einem Tag zum anderen; da heisst es, rasch zugreifen, ehe es hierzu für immer zu spät sein wird. —

Der weitere Ausbau der Völkerkunde ist dann zunächst ein vergleichender. Was da zum Beispiel auf mythologischem Gebiet erreicht werden kann, haben Boas' Arbeiten über die nordamerikanischen Indianer in vorbildlicher Weise gezeigt. In unseren Schutzgebieten und ganz besonders in Polynesien sind fast unermessliche mythologische Schätze aufgehäuft, deren Bergung an vielen Orten kaum noch erst versucht ist, während andere vergleichende Arbeiten in grosser Zahl vorliegen, unter denen Weules Untersuchungen über den afrikanischen Pfeil und Ankermanns Arbeit über Musikinstrumente als mustergültig hervorgehoben werden können.

Andere Wege führen ganz oder teilweise auf Nachbargebiete. Sprachliche, technische, zoologische, botanische, anatomische und biologische sowie rechtswissenschaftliche und soziologische Untersuchungen gehören in so ausgedehntem Masse zu unserem täglichen Arbeitszeug, dass es wohl überhaupt keine andere wissenschaftliche Disziplin gibt, die so zahlreiche und so innige Beziehungen zu anderen Wissenschaften hat wie gerade die Völkerkunde. Selbst scheinbar ganz entlegene Fächer werden jetzt in das Bereich der Völkerkunde gezogen. So haben neue Untersuchungen von Stumpf, Abraham, v. Hornbostel u a. uns ganz neue und bisher ungeahnte Ausblicke auf die ethnographische Bedeutung musikalischer Studien eröffnet — ähnlich wie die uns kürzlich durch einen glücklichen Fund erschlossene altgriechische Musik die Hoffnung in uns erweckt, einmal auch von der altbabylonischen Musik etwas zu erfahren.

In erster Reihe aber sind hier die Untersuchungen über Ursprung und Verbreitung der Sprachen zu erwähnen, und die ungeheueren

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gebiete der vergleichenden Sprachforschung. Aus anderen Disziplinen seien hier nur beispielsweise die Fragen nach der Herkunft der Getreidearten, der Banane, der Kokosnuss[1]) erwähnt, oder die nach der Heimat unserer Haustiere. Die Geschichte der Keramik, der Weberei, des Rindenzeuges[2]) kann ohne technische Kenntnisse nicht studiert werden, und noch mehr gilt das von der Bronzetechnik, die z. B. in Ober-Guinea zu so hoher Blüte gediehen ist, und gar erst von der Eisentechnik, von der wir jetzt wissen, dass sie im tropischen Afrika zu Hause ist, und dass wir Europäer sie also den schwarzen „Wilden" verdanken.

Hingegen spielen die rein sozialen Fragen in unseren Schutzgebieten wenigstens vorläufig eine sehr viel geringere Rolle als bei uns. Noch gibt es in den Kolonien keinen Pauperismus, so gut wie keine Verbrechen, keine unverheirateten Frauen und daher auch keine Frauenfrage.

Die einzigen sozialen Fragen, die in unseren Schutzgebieten schon jetzt grosse Bedeutung haben, betreffen das Verhältnis der Zauberer und Regenmacher zu den Häuptlingen, also genau das, was wir bei uns als Kampf zwischen Staat und Kirche kennen.

Unter europäischem Einfluss entstehen jetzt allerdings auch andere soziale Fragen, die leider alle mit der dreifachen Pest zusammenhängen, mit der wir unsere dunkleren Brüder heimgesucht, mit dem Alkoholismus, mit den venerischen Krankheiten (ich erinnere nur an die ebenso beschämende wie entsetzliche Gleichung „Civilisation = Syphilisation", die für ganz Afrika und für ganz Ozeanien Geltung hat) und mit den Sklavenjagden, die in der Süd-

1) Über Ursprung, Geschichte und Verbreitung der Kokosnusspalme hat kürzlich Professor Neger in Eisenach gehandelt (Globus, Bd. 82, S. 92). Ich kann mich den Ausführungen dieses Autors durchaus nicht anschliessen, um so weniger, als er das ausgedehnte Vorkommen in Afrika völlig übergeht. Auch die merkwürdige Verwechslung von Kokosnuss und Kawa ist nicht danach angetan, den anderen Ausführungen des Autors besonderes Gewicht zu verleihen.

2) Für die Rindenzeug-Technik scheint Indien als ursprüngliche Heimat betrachtet werden zu müssen. Reste der Technik haben sich da noch erhalten, sowohl greifbar vorhanden als literarisch nachweisbar. Von Indien aus ist sie dann westlich nach Afrika und östlich nach Ozeanien gewandert — ähnlich etwa wie die Banane, die zweifellos nur durch Schösslinge, also sicher nur unter Mitwirkung der Menschen verpflanzt werden kann. Unsicher bleibt freilich noch immer die Herkunft der amerikanischen Rindenzeug-Technik.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

see als „labour-trade“ nicht um ein Haar weniger brutal, gemein und niederträchtig waren, als in Afrika.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich unter der dauernden Wirkung dieser unheilvollen Einflüsse früher oder später auch in unseren Schutzgebieten dieselben sozial-anthropologischen Verhältnisse entwickeln werden, an denen wir in der Heimat kranken, zunächst der Pauperismus und das Verbrechen. Aber dort kann ihnen leichter entgegengetreten werden als bei uns. Nichts vielleicht liegt in Europa heute noch so im Argen wie das Strafrecht. Seit zweitausend Jahren etwa studieren wir das Verbrechen, aber nicht den Verbrecher; wir verzichten auf jede Prophylaxe und schliessen den Stall immer erst zu, wenn der Ochse schon weggelaufen ist. Natürlich wird das auch in Europa einmal anders werden. Auch unsere Juristen werden einmal begreifen, was wir Ärzte schon lange erkannt haben, dass Vorbeugen wichtiger ist als Heilen; aber das wird in Europa noch lange dauern, bei der vis inertiae, welche eine Eigenschaft aller Gesetzgeber zu sein scheint[1]).

Um so schöner und dankbarer wird sich dann die Aufgabe unserer Kolonialverwaltung gestalten, aus sich selbst heraus und der langsam nachhinkenden Reform der heimischen Strafpflege vorauseilend, die moralisch defekt gewordenen Individuen zu isolieren und so nicht nur deren eigene Fortpflanzung, sondern mit ihr auch die der sozialen Übel selbst unmöglich zu machen.

---

1) Unsere Rechtspflege fängt eben erst an, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen; gerade in Berlin ist es Professor von Liszt, dem zahlreiche Anregungen zu einer Reform unseres völlig rückständigen Strafrechtes zu danken sind. Die „bedingte Verurteilung“ und die Möglichkeit, einen Säufer zu entmündigen, sind bedeutsame Anfänge einer wissenschaftlichen Sozialhygiene.

Noch steht in den meisten anderen Ländern die Verwaltung diesen neuen Ideen völlig stumpfsinnig oder direkt feindselig gegenüber. Typisch für diese Zustände ist die Behandlung der Leute mit Säuferwahnsinn in den weitaus meisten Ländern. Diese unglücklichen Kranken bleiben in ihrer Familie oder unter ihrer Umgebung solange, bis sie einmal ganz besonders excedieren, dann kommen sie auf wenige Wochen in ein Krankenhaus, aus dem sie wegen Raummangel entlassen werden, sobald die akuten Erscheinungen geschwunden sind; kaum in die alten Verhältnisse zurückgekehrt, werden sie wieder eine Quelle des Unglücks für ihre Angehörigen, müssen schliesslich wieder ins Spital und werden wieder entlassen und das nur zu oft solange, bis sie einmal ihre Frau oder ihre Kinder töten oder sonst Mord und Totschlag begehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wieder in ein anderes Gebiet, in das der beschreibenden und der vergleichenden Anatomie, der Zoologie und der Biologie, fallen die Untersuchungen, die sich mit der Stellung des Menschen in der Natur beschäftigen.

Den gegenwärtigen Stand dieser Arbeiten hat Branco im vorigen Jahre dem internationalen Zoologenkongress zu Berlin in lichtvoller Weise dargelegt und dabei auch die überraschenden Ergebnisse von Friedenthals Blutuntersuchungen erwähnt. Forschungen wie diese würden mit in den Arbeitsplan eines etwa in Kamerun zu errichtenden biologischen Laboratoriums gehören.[1])

Dass die spärlichen Reste des Pithecanthropus, die bei allen Fragen über die Stellung des Menschen in der Natur von so einschneidender Bedeutung sind, auf Java gefunden wurden, lässt die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass auch in dem benachbarten Neu-Guinea einmal ähnlich bedeutsame Fossilien gefunden werden möchten.

Im engen Zusammenhange mit den Studien über das Verhältnis des Menschen zu den anderen Säugetieren steht die alte Frage nach Einheit oder Mehrheit des Menschengeschlechtes. Wir wissen jetzt, dass der Prozess der Menschwerdung sich nur einmal vollzogen hat, und zählen die Lehre von der absoluten Einheit des Menschengeschlechtes zu den wichtigsten Errungenschaften der modernen Anthropologie. Noch gibt es vielleicht einzelne Forscher, welche den kurzköpfigen Malaien an den Orang und den langschädligen Neger an den Schimpansen anschliessen wollen, aber man geht über sie zur Tagesordnung über. Gerade auf einem Kolonialkongresse ist es gut, sich der Worte K. E. v. Baers zu erinnern, die an die Adresse der amerikanischen Sklavenbarone und ihrer Zuhälter gerichtet waren,

---

1) Friedenthals Untersuchungen haben gezeigt, dass menschliches Blut mehr oder weniger giftig wirkt auf das Blut aller anderen Tiere, nur nicht auf das Blut des Orang, des Schimpanse und des Gibbon. Die neuen Methoden, kleine Blutflecken auf dem Wege der Serum-Untersuchung zu prüfen, haben eine ebenso grosse zoologische wie forensische Bedeutung und lassen die „Blutsverwandtschaft“ zwischen Menschen und Anthropoïden viel grösser erscheinen als irgend jemand bisher anzunehmen gewagt hätte.

Fruchtbare Kreuzungen zwischen Mensch und Menschenaffen sind heute nicht mehr möglich, aber es muss eine Zeit gegeben haben, in der sie möglich waren; tatsächlich denkt W. Branco an die Möglichkeit, dass Dubois' Pithecanthropus ein Mischling zwischen einem jungtertiären Menschen und einem Menschenaffen gewesen sei.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nur barbarischer Egoismus könne die Verpflichtungen des Kulturmenschen gegen die Neger unter dem wissenschaftlichen Vorwande leugnen, sie seien geringerer Art.

Mit der grössten Entschiedenheit muss ich hier darauf hinweisen, dass es nicht angeht, so ohne weiteres von „Wilden" oder auch von „Naturvölkern" zu sprechen. Alle Bemühungen, irgend welche Kriterien zwischen Kulturvölkern und „Wilden" zu finden, müssen als völlig gescheitert betrachtet werden. Jeder neue Autor stellt da neue Grenzen auf und entdeckt neue Zwischenstufen. So hat man versucht, aktive und passive Rassen zu unterscheiden, dann hat Carus zwischen seine Tag- und Nachtmenschen noch die „Dämmerungsmenschen" eingeschoben und so die Mongolen zwischen die Europäer und die Neger gestellt.

Genau ebenso naiv und haltlos sind die Scheidungen nach der Farbe[1]), nach der „Schönheit", nach Reinlichkeit[2]), nach der Moral, nach der Schamhaftigkeit, nach dem Mehr oder Minder an Bekleidung[3]), nach dem Besitz oder dem Fehlen der Schrift[4]), nach dem Vorkommen von Menschenopfern[5]) und nach allerhand anderen Kriterien solcher Art.

Je besser wir jetzt diese „Wilden" oder diese „Naturvölker" kennen lernen, umsomehr sehen wir ein, dass es nirgend eine Grenze gibt, die sie scharf und sicher von den „Kulturvölkern" scheidet. Selbst der verhältnismässig geringere Verkehr mit der Aussenwelt, der uns im allgemeinen noch als das sicherste Kriterium eines

1) Die dunkle Hautfarbe ist im wesentlichen als Schutzmittel gegen Sonnenbrand zu betrachten und hat mit der ethnischen Dignität nicht das geringste zu schaffen.

2) Viele Bantu reinigen sich nach jeder Mahlzeit sorgfältig die Zähne mit einer scharfen Bürste. Wie viele deutsche und russische Bauern haben niemals von einer Zahnbürste auch nur gehört! Die Mehrzahl der „Wilden" pflegt täglich zu baden, während es viele Europäer gibt, die sich niemals waschen.

3) Die alten Griechen (cfr. Herodot I. 10, Thukidides I. 6, 5 u. s. w.) waren stolz auf ihren nackten Körper und wussten, dass es bei den Barbaren eine Schande sei, nackt gesehen zu werden.

4) Man vergleiche die enorme Überzahl der Analphabeten über die Schreibkundigen zum Beispiel in Russland und im Gegensatze dazu das grossartige Gedächtnis der meisten polynesischen Stämme.

5) Vor der Schlacht bei Salamis haben die Griechen drei gefangene Perser, Neffen des Xerxes, dem Dionysos geopfert!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

primitiven Volkes erscheint, ist immer nur eine relative, niemals eine absolute Eigenschaft[1]).

Tatsächlich liegt es an dieser wirklichen Einheit des Menschengeschlechtes, dass bisher noch jeder Versuch, die menschlichen Rassen nach einem künstlichen Schema in Gruppen zu teilen, auf das kläglichste misslungen ist. Keiner dieser Versuche vermag die Melanesier von den Negern zu trennen, und in Huxleys Schema sind sogar die alten Ägypter zu den Neuholländern gestellt!! In diesem Zusammenhange müssen auch die Zwergvölker oder Pygmäen erwähnt werden, die unser Schweinfurth zuerst im Monbuttu-Land wirklich entdeckt hat. Jetzt kennen wir solche vielfach auch sonst aus Afrika, aus Hinterindien und aus Indonesien, auch in Neuguinea sind sie schon nachgewiesen und auf den Aru-Inseln von Warburg photographiert worden; aber man will sie jetzt auch in Europa, Peru, Japan und eigentlich in der ganzen Welt nachweisen und liebt es, sie als die eigentlichen Urmenschen zu betrachten. Dabei übersieht man, dass es sehr verschiedene Ursachen für kleine Statur geben kann, und dass sich unter den sogenannten Pygmäen und Pseudopygmäen lang- und kurzköpfige, schmal- und breitgesichtige, helle und dunkle, schlicht- und kraushaarige Menschen befinden.

Tatsächlich handelt es sich bei sehr vielen dieser wirklichen und scheinbaren Pygmäen um Konvergenz. Ebenso kann es auch keinem Zweifel unterliegen, dass die oberflächliche Ähnlichkeit zwischen Melanesiern und afrikanischen Negern nicht durch besonders nahe Verwandtschaft bedingt ist, sondern gleichfalls auf Konvergenz beruht. Dieses Wort ist mit Bezug auf menschliche Rasseneigenschaften bisher nur von Thilenius gebraucht worden, aber der Begriff ist den Botanikern und Zoologen schon lange geläufig. Ich erinnere an die bekannte Ähnlichkeit zwischen untereinander nicht verwandten Alpenpflanzen und ganz besonders an die Geschichte der grossen straussartigen Laufvögel, der Ratiten, die man lange Zeit für untereinander verwandt hielt und aus einer gemeinsamen antarktischen Heimat abstammen liess. Wir wissen jetzt, dass einige dieser Ratiten von Tauben, andere von Rallen, andere von kranichähnlichen Vögeln stammen, und dass nicht die allergeringste Verwandtschaft etwa zwischen dem afrikanischen Strauss, dem südamerikanischen Rhea und dem neuseeländischen Moa besteht. Dieser Riesenwuchs flugunfähiger Vögel mit flachem, kiellosem Brustbein ist eine typische Konvergenzerscheinung.

1) Die letzten Sätze sind wiederholt aus meinem Vortrage über kindliche Vorstellungen bei den sogenannten Naturvölkern, gehalten am 15. Juni 1900 im Verein für Kinderpsychologie zu Berlin.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Genau ebenso ist das über die ganze Erde zerstreute Vorkommen zwerghafter Rassen zu betrachten und genau so die dunkle Hautfarbe, das krause Haar und wahrscheinlich noch eine Reihe anderer Eigenschaften, die man sonst als Beweis für besonders nahe Rassenverwandtschaft zu betrachten gewohnt ist. Derartige Konvergenzerscheinungen können natürlich überall zu unrichtigen Vorstellungen über Rassenverwandtschaft führen und sind deshalb mit grosser Sorgfalt zu ermitteln.

Andererseits kann ihre Feststellung dazu beitragen, viele bisher rätselhaft gebliebene Verhältnisse aufzuklären. So ist es nicht ausgeschlossen, dass auch die extreme Brachykephalie oder die Blondheit bei sonst verschiedenen Rassen als reine Konvergenz auftritt. In manchen Fällen wird es auch gelingen, den direkten Grund einer solchen Konvergenz ohne weiteres zu erkennen. So liegt er für die dunkle Haut, die wir bei sonst untereinander ganz verschiedenen Rassen finden, zweifellos in dem durch das Hautpigment wie durch einen dunklen Schleier gewährten Schutz gegen Sonnenbrand.

Jedenfalls wird es in Zukunft bei Beurteilung von Rassenverwandtschaft nützlich sein, neben den durch die ursprünglich gemeinsame Abstammung bedingten Ähnlichkeiten und neben den längst bekannten Divergenzerscheinungen auch die Konvergenz in Rechnung zu ziehen.

Wie jede andere Wissenschaft hat auch die Völkerkunde zunächst einen inneren Wert, der von dem materiellen Nutzen, den sie bringen kann, völlig unabhängig ist; aber auch dieser selbst ist durchaus nicht gering zu schätzen Politische Erfolge können stets und überall nur auf Grundlage ethnographischer Kenntnisse erwartet und erreicht werden, und die Unkenntnis der ethnographischen Verhältnisse hat oft genug zu grossen Verlusten an Geld und Menschenleben geführt. Ausserdem aber ist in unserer modernen Zeit mit ihrem grossartigen Wettstreit zwischen Arbeit und Kapital die Erschliessung neuer Absatzgebiete das Um und Auf jeder staatspolitischen Weisheit. „Die Schaffung von Absatzgebieten ist eine Kunst und eine Wissenschaft zugleich“ (Sombart), wie kann man aber in den afrikanischen und anderen Kolonien Absatzgebiete suchen und schaffen wollen, ohne über Natur und Art der Eingeborenen auf das genaueste unterrichtet zu sein!

Wissen ist Macht.

In dieser Einsicht ist auch der Grund für die treue Mitarbeit der meisten Missionare an den Aufgaben der Völkerkunde zu suchen, und ebenso ist das warme Wohlwollen, welches unsere Kolonialregierung und unsere kolonialen Gesellschaften den ethnographischen Bestrebungen entgegenbringen, sicher zunächst aus der Würdigung des praktischen Wertes der Völkerkunde hervorgegangen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Präsident des Königl. preussischen statistischen Bureaus **E. Blenck,** Berlin: Den Wünschen des Herrn Vortragenden auf Individualisierung der Verbrecher gegenüber möchte ich denn doch darauf hinweisen, dass wohl mit infolge der Anregung, welche Dr. Wilhelm Starke in seinem 1884 erschienenen bekannten Buche: „Verbrechen und Verbrecher in Preussen 1854—1878" gegeben hat, die preussische Regierung, ganz im Sinne des Herrn Professors von Luschan, mit der seit Anfang der neunziger Jahre in die Wege geleiteten Statistik der „Gewohnheits-" oder „Berufsverbrecher" bereits die Bahn eingeschlagen hat, in welche der Herr Vorredner die Kriminalstatistik gelenkt zu sehen wünscht. Die Kriminalitätsziffer eines Volkes darf nicht nach der Gesamtzahl der in einem gewissen räumlichen Ganzen während eines gewissen Zeitraumes auf strafrechtlichem Gebiete hervorgetretenen Erscheinungen, sondern nur nach denjenigen bemessen werden, welche nicht durch physische, ja, ich möchte sagen, rein mechanische Gesetze bedingt sind. Hier bahnbrechend gewirkt zu haben, ist eben das Verdienst jenes hochbedeutsamen Werkes, das uns zeigt, wie nicht die Entsittlichung des gegenwärtigen Geschlechts jener anscheinenden Zunahme der Verbrechen zu Grunde liegt, sondern wie die Bewegung der Kriminalität eben auf solchen Gesetzen beruht. Die Erhaltung des menschlichen Lebens, die Befriedigung der Notdurft und Nahrung des Leibes machen sich hier in letzter Instanz geltend und führen in Verbindung mit gewissen sozialen und ethischen Triebkräften zum Verbrechen im weiteren Sinne. Notstände und Teuerungen, kalte Winter, Epidemien, die Einwirkung blutiger, rasch aufeinander folgender Kriege, politisch und wirtschaftlich erregte Zeiten, ja die Vermehrung der Bevölkerung selbst finden ihren Ausdruck in den Kurven der Kriminalität eines Volkes. Die Statistik der Berufsverbrecher begreift diejenigen Elemente der Bevölkerung, von welchen man sich nicht nur vereinzelter, wenn auch wiederholter Verstösse gegen die Rechtsordnung, sondern eines andauernden Verhaltens von der Art zu versehen hat, dass ihr ganzes Vorhandensein als ein „antisoziales", gemeingefährliches angesehen werden muss. Bei der von mir erwähnten preussischen Statistik, deren erste Ergebnisse auch bereits im Jahrgange 1899 der „Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Bureaus" veröffentlich sind, ist die Zählkartenmethode zur Anwendung gelangt. Die Fragen der betreffenden, a. a. O. mit abgedruckten Zählkarte erstrecken sich auf den Lebensgang und die gesamten persönlichen Verhältnisse der betreffenden rückfälligen Zuchthausgefangenen. — Im übrigen ist auf dem Gebiete der internationalen vergleichenden Statistik und insbesondere auf dem der vergleichenden Strafrechtspflege-Statistik schon viel gesündigt worden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hat doch ein namhafter ausländischer Statistiker vor einer Reihe von Jahren eine solche internationale vergleichende Kriminalstatistik herausgegeben, in welcher Deutschland als der Verbrecherstaat κατ' ἐξοχήν erschien. Dem Herrn Verfasser war nur, abgesehen von der Unzulässigkeit, die Ziffern der gesamten Straftaten zur Unterlage zu nehmen, der Fehler unterlaufen, dass er die in den verschiedenen Staaten z. T. sehr erheblichen Abweichungen der Gesetzgebung nicht berücksichtigt hatte. — Jedenfalls glaube ich, um ihre Zeit nicht länger in Anspruch zu nehmen, wiederholen zu können, dass dem angedeuteten Wunsche des Herrn Vortragenden in Preussen immer mehr und mehr Rechnung getragen werden wird.

Pastor **Cleve**, Berlin: Als ehemaliger Missionar drängt es mich, meinen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, dass Herr Prof. v. Luschan mit so warmem Herzen für die Wertschätzung der Eingeborenen eingetreten ist. — Verwundert bin ich gewesen, zu hören, dass die moderne Anthropologie die Vorstellung von ursprünglichen unterscheidbaren Rassen aufgegeben hat. Theoretisch bin ich in der Frage inkompetent. Aber ich halte es doch für eine sittliche Aufgabe, das Rassenbewusstsein, das nun einmal vorhanden ist, zu stärken. Die Eingeborenen selber sehen in der Mischheirat zwischen Europäern und Schwarzen eine Sache, die Gott nicht will.

Hinsichtlich der Syphilis-Infektion möchte ich doch Deutschland ein wenig in Schutz nehmen; nach Auffassung relativ einsichtiger Eingeborener tragen in Deutsch-Ostafrika die Araber die Hauptschuld. — Als Schüler Prof. v. Liszt's möchte ich doch die Behauptung zurückweisen, dass die Rechtswissenschaft es bis jetzt versäumt habe, den Verbrecher zu studieren. Ich glaube vielmehr, dass es mit ein Verdienst der Schule ist, deren Führer Prof. von Liszt ist, dass wir das hochbedeutsame Fürsorgegesetz erhalten haben.

Zum Schluss möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, dass Herr Prof. v. Luschan die Wichtigkeit der Sprachforschung für die Völkerkunde betont. Mir sind einige kleine, aber instruktive Arbeiten Meinhofs bekannt, in welchen gezeigt wird, wie der sprachliche Befund für die geschichtliche Erforschung der Bantu-Völker fruchtbar gemacht werden kann. Redner schliesst mit einer diesbezüglichen Anfrage über ozeanische Sprachen.

Prof. **v. Luschan**: Auf die Frage nach dem Stande der Erforschung der melanesischen Sprachen kann ich nur erwidern, dass dieses ungeheure Gebiet gegenwärtig nur von sehr wenigen Gelehrten gepflegt wird; von Deutschen ist Professor P. Schmidt, von Holländern Kern, von Engländern Codrington und Sidney H. Ray in erster Reihe

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu nennen. Auch unseres Landsmannes Schellong Untersuchung über die Jabim-Sprache sei hier in Ehren genannt. Es wäre zu wünschen, dass uns hunderte von ähnlichen Mitarbeitern erstehen würden.

Rektor **H. Seidel,** Berlin, weist noch einmal sehr nachdrücklich auf die Bedeutung der von Herrn Prof. von Luschan erwähnten „Instruktion für ethnographische Beobachtungen und Sammlungen in den deutschen Kolonien" hin. Er fordert namentlich die Missionare, Ärzte und solche Beamte, die längere Zeit auf ihrem Posten bleiben, zur tatkräftigen Mitarbeit auf. Nur so vermögen wir für die Völkerkunde der Schutzgebiete das zu retten, was noch zu retten ist. Wieviel hochwichtiges und wertvolles Material unter misslichen Umständen leicht verloren gehen kann, zeigt Redner an einem Beispiel aus Togo, wo einer der unterrichtetsten und gebildetsten Missionare über eine gewaltige Summe von Aufzeichnungen verfügt, nicht aber die Gelegenheit hatte, diese Schätze für den Druck vorzubereiten. Erst durch Anregung von Berlin aus wurde die Missionsleitung in Bremen auf jenen Missionar aufmerksam, entband ihn auf längere Zeit seiner Amtspflichten und gab ihm den Auftrag, diese Musse zur endgiltigen Ausarbeitung seiner Beobachtungen zu benutzen. — Das Verlangen nach der handweisenden Hilfe der amtlichen Instruktion wird glücklicherweise immer grösser und allgemeiner; allein diese Anfänge genügen noch nicht überall. Redner bittet deshalb den Kongress und seine Besucher, dass jeder an seinem Teile für die Verbreitung und Benutzung der genannten „Instruktion" sorgen möge. Wenn der Benutzer auch nur im stande sei, einzelne Fragen oder Fragenreihen aus einem oder mehreren Stämmen gründlich und sicher zu beantworten, so würde damit schon der Wissenschaft ein überaus wichtiger Dienst geleistet.

## Das Klima von Ostafrika.

Von Dr. **Hans Maurer,** Seewarte Hamburg.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag).

Deutsch-Ostafrika ist in klimatologischer Hinsicht ein interessantes Übergangsland; verbindet es doch das äquatoriale Kalmengebiet in seinem Nordwesten, das mit seinen reichen Niederschlägen den Nil

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

speist, einerseits mit jenem Gürtel der südlichen Halbkugel, in dem das ganze Jahr hindurch der Südostpassat weht, und andererseits im Nordosten mit dem Machtbereich der jahreszeitlich wechselnden indischen Monsunwinde. Nach der Lage der Kolonie am Ostrand des gewaltigen Landklotzes Afrika, der in seinem nördlichen Teile das heisseste Gebiet der Erdoberfläche in sich schliesst, herrschen Winde aus östlichen Richtungen, seien es südöstliche oder nordöstliche, das ganze Jahr hindurch über der Kolonie vor.

Wenn im Winter der Südhalbkugel, in den Monaten Juni-August das Gebiet grösster Erwärmung von der Sahara bis nach Arabien sich erstreckt, wehen, der Lage dieses ansaugenden Auflockerungsgebiets entsprechend, über Deutsch-Ostafrika südöstliche bis südliche Winde, die im Süden einen Teil des erwähnten Südostpassatgürtels bilden, im Nordosten sich an den Südwestmonsun anschliessen, der oceanische Luft nach dem sommerlich heissen Asien führt. Diese aus kälteren Breitegraden und vom indischen Ocean stammende, sehr kräftige Luftströmung ist, solange sie nicht zum Aufsteigen gezwungen wird, nicht geeignet Kondensationen und Niederschläge hervorzurufen. So ist diese kühle, windige Jahreszeit in Deutsch-Ostafrika i. A. die trockenste Zeit des Jahres. Im grössten Teil des Innern wie an der südlichen Küste der Kolonie sind die Monate Juni-Oktober sehr niederschlagsarm, und Monate ganz ohne Regen sind in dieser Zeit nicht selten. Von der Gesamtregenmenge des Jahres fallen in den 5 Monaten im Süden der Küste nur etwa 5 pCt., in Ussagara 8 pCt., in Unyamwesi 4 pCt., in Ujiji am Tanganyika 6 pCt., in Uhehe und Ungoni gar nur 0,3 pCt. In der klaren Passatluft ist die Sonneneinstrahlung bei Tage und die Wärmeausstrahlung bei Nacht stark, so dass die tägliche Wärmeschwankung selbst an der Küste, wo die Nähe des Meeres sie verkleinert, bei Dar-es-salam 13°, bei Lindi gar 18° erreicht hat. Die Morgentemperaturen gehen mitunter bis unter 17° C. herab, was der in den Tropen an sehr kleine Wärmeschwankungen gewöhnte Körper bereits unangenehm empfindet. Fast jeden Morgen bildet sich Tau, oft auch Nebel, die den Gewächsen den fehlenden Regen ersetzen. Anders liegt es dort, wo der Südostpassat zum Aufsteigen gezwungen wird, also an den Süd- und Osträndern küstennaher Gebirge, wie z. B. in Usambara. Dort giebt der aufsteigende Passat Wasser in Steigungsregen ab, und es entsteht im Juli die sogenannte dritte, weil kleinste, Regenzeit, die für den Ackerbau und den Plantagenbetrieb in Usambara von Wichtigkeit ist. Schon an der nördlichen Küste in Tanga bringt der Juli durchschnittlich 100 *mm* Regen, in Buloa (Ost-Usambara) 160, in Mamba (Kilimandjaro) 150. Auf der Prinz-Albrecht-Plantage Kwamkoro (Ost-Usambara) hat der besonders regenreiche Juli 1897 340 *mm* gebracht, und auch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ambangulu im Süden von Westusambara hat im Juli 1899 325 *mm* gemessen. Zum Vergleich sei bemerkt, dass in Deutschland in einem Jahr etwa 500—700 *mm* Regen fallen.

Gegen den Südostpassat, der im Winter der Südhalbkugel ganz Deutsch-Ostafrika beherrscht, dringt im Sommer der indische Nordostmonsum vor. Die Übergangszeit von einem dieser Windsysteme in das andere gibt reichlich Veranlassung zu schwachen, wechselnden Winden, zu aufsteigenden Luftströmen und damit zu Kondensationen und Niederschlägen. Im Süden der Küste und im grössten Teile des Innern der Kolonie bringt es der Nordostmonsum auch mitten im Sommer noch nicht zur unbeschränkten Herrschaft, so dass der ganze Sommer während des Kampfes verschiedener Winde zur Regenzeit wird, die vielfach in den Monaten Dezember—Februar die Hauptregenmenge bringt. Im Süden der Küste, in Ussagara, Unyamwesi, Uhehe, Ujiji fällt etwa die Hälfte der jährlichen Regenmenge in dem Sommervierteljahr (Dezember—Februar), das auch am Nyassasee regenreich ist.

Ganz anders im Nordosten der Kolonie; dort entwickelt sich der Nordostmonsun in der Mitte des Sommers zu einer Tag und Nacht hindurch wehenden sehr kräftigen Strömung, die keinen Anlass mehr zur Niederschlagsbildung bietet, und es entsteht so im Norden der Küste, in Usambara und dem Kilimandjarogebiet, eine zweite, intensive Trockenzeit in der Mitte des Sommers, die die zwei Hauptregenzeiten des Jahres voneinander trennt: die kleine im Anfang des Sommers (November) und die grosse am Ende (Mitte März—Mai). So fallen von der Gesamtregenmenge des Jahres in den 3 Monaten Dezember bis Februar: In Tanga (im Norden der Küste) nur 7 pCt., in Buloa (Ostusambara) 14 pCt., in Moschi (Kilimandjaro) 13 pCt.

Mit dieser Verschiedenheit in der Verteilung des Regens im Jahre geht eine grundlegende Differenz in der jährlichen Wärmeverteilung Hand in Hand. Wo die Mitte des Sommers durch ergiebige Regen und reichliche Bewölkung ausgezeichnet ist, wird die Temperatur in dieser Zeit so stark herabgedrückt, dass die heisseste Zeit des Jahres nicht wie bei uns 1—2 Monate nach der Sommersonnenwende, sondern vor ihr und vor Beginn der sommerlichen Regen eintritt. Es ist dies der sogenannte indische Klimatypus, dem der grösste Teil der Kolonie angehört. Der heisseste Monat ist dann schon der November, der kühlste der Juli, mitunter auch schon der Juni. Beide unterscheiden sich um etwa 4° bis 8° C. Im Nordosten des Schutzgebietes aber tritt durch die sommerliche Regenpause die grösste Hitze am Ende dieser Pause im Februar ein, also etwa 2 Monate nach der Sonnenwende, analog wie bei uns in Europa (Europäischer Klimatypus). Neben diesen beiden Klimatypen, dem indischen im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

grössten Teil der Kolonie, und dem europäischen im Nordosten, finden wir noch einen dritten im Nordwesten, wo am Victoriasee unsere Grenze bis auf 1 Breitegrad an den Äquator herantritt. Es ist dies der äquatoriale. Hier sind im Laufe des Jahres die Schwankungen der Tageslänge und der Mittagssonnenhöhe so gering, dass der wärmste und kälteste Monat sich nur um 1° bis 2° in ihrer Durchschnittstemperatur voneinander unterscheiden; auch der Regen verteilt sich gleichmässiger auf das Jahr; es kann kaum ein Monat als wirklicher Trockenmonat bezeichnet werden. In Bukoba und Muanza sinkt die monatliche Regenmenge nur im Juli unter 50 *mm*; am regenreichsten ist der April. Ein Rückgang der Regen mitten im Sommer ist im Januar schwach angedeutet. Bezüglich der jährlichen Wärmeverteilung finden wir hier zwei Maxima zur Zeit der Tag- und Nachtgleichen, also dann, wann wir Frühling und Herbst haben, und zwei Minima zur Zeit der Sonnenwenden, also wann wir Sommer resp. Winter haben.

Auch die Gewitter, die im übrigen Schutzgebiet nur im Sommer auftreten, verteilen sich hier auf das ganze Jahr und sind überhaupt sehr zahlreich und heftig. Der Victoriasee besitzt sein eigenes Windsystem. Seine Oberfläche, die fast die des Königreichs Bayern erreicht, fordert bei Tage Winde vom See zu Land, bei Nacht umgekehrt; Passat und Monsun wirken nur schwach modifizierend ein. —

Besonders hohe Extremtemperaturen hat Deutsch-Ostafrika nirgends aufzuweisen; ihnen treten die sommerlichen Regen hindernd entgegen, und auch im Nordosten in der Regenpause inmitten des Sommers vereitelt die kräftige, gleichmässige temperierte Luft, vom Meere einführende Nordostmonsunströmung das Aufkommen extrem hoher Tagestemperaturen. Auch während das Sonnenstrahlungsthermometer in Dar-es-salam 66° C. überstieg, blieb die Lufttemperatur unter 35° C., und mehr als 38° C. sind nirgends in der Kolonie einwandfrei beobachtet worden. (In der nordamerikanischen Union sind Maximaltemperaturen über 50° C. nicht selten.) Dass trotzdem der Tropenhelm etwa von 8 bis 4 Uhr getragen werden muss, zeigt, dass die Lufttemperatur nicht wesentlich für die ungünstigen Wirkungen der Tropensonne verantwortlich ist. In Ostafrika leidet man mehr unter den heissen Nächten, als unter den heissen Tagen. Denn wie der gleichmässig temperierte Nordostmonsun die Erhitzung bei Tage vermindert, so vereitelt er auch umgekehrt die Abkühlung bei Nacht. Gerade in der heissesten Zeit an der nördlichen Küste drückt er die tägliche Wärmeschwankung auf nur 4—5° C. herab, so dass z. B. im Dezember 1897 in Daressalam 26 Tage und Nächte hintereinander die Temperatur keinen Augenblick unter 26,3° C. herabging.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Diese heissen Nordostmonsunnächte schwächen den Körper des Europäers durch Schlaflosigkeit, und dies gerade zu einer Zeit, wo die Malariaanfälle sich mehren, während die Sonne die Tümpel der Regenzeit austrocknet. An der Küste nähert sich die Durchschnittstemperatur des heissesten Monats 28°, die des kältesten liegt zwischen 22° und 24°, das Jahresmittel zwischen 25° und 26°. Im Innern ist sie trotz der grossen Erhebung über das Meer auf den ausgedehnten Plateauflächen nur wenig niedriger. Tabora, das höher als der Brockengipfel liegt, hat im Jahresmittel $22^1/_2$°. Am Victoriasee finden wir in der gleichen Höhe ca. 21°. Kühler sind die Gebirge, Usambara zeigt etwa in derselben Meereshöhe (1200 *m*) 18° mittlere Jahrestemperatur.

Die tägliche Wärmeschwankung nimmt von der Küste nach dem Innern und vom Äquator nach höheren Breiten zu. In der Steppe ist sie am grössten, sie mag im Extrem wohl 25° erreichen, weiter hinauf, in den Gebirgen, nimmt sie zunächst ab, beträgt z. B. in dem 900—1300 *m* hoch gelegenen Waldgebiet der Kaffeeplantagen in Usambara durchschnittlich 6—9°, und steigt in den noch höheren Wiesen- und Weideflächen wieder etwas. Im grössten Teile der Kolonie zeigt der Winter eine grosse, der Sommer eine kleine tägliche Wärmeschwankung; umgekehrt in Usambara, wo der winterliche Südostpassat Wolken und kleine Wärmeschwankung bringt, während der Nordostmonsun klaren Himmel und grosse tägliche Wärmeschwankung veranlasst. Der Unterschied ist so gross, dass in Kwai (Westusambara) die kältesten Nächte gar nicht in den kältesten Monat, den Juli, sondern in den ca. 3° wärmeren Oktober fallen, den ersten Monat mit sommerlichem Windsystem und deshalb grosser täglicher Wärmeschwankung. Der Übergang von einem Windsystem zum andern, und damit von der grossen täglichen Wärmeschwankung zur kleinen, erfolgt oft in sehr kurzer Zeit, so dass z. B. im April 1898 in Kwai in Westusambara in der ersten Hälfte bei nördlichen bis östlichen Winden die Temperatur durchschnittlich von 11° bis 28° schwankte, in der zweiten aber bei südöstlichen bis südwestlichen Winden von 15° bis 22°. Es war also gleichzeitig das mittlere tägliche Maximum um 3° gesunken und das Minimum um 4° gestiegen, obwohl wir im April der kühlen Jahreszeit entgegengehen.

Während der tägliche und jährliche Verlauf der Temperatur und des Luftdrucks eine grosse Regelmässigkeit zeigt, finden wir bei dem wichtigsten klimatischen Element, dem Regen, leider eine ungeheure Variabilität. Die einzelnen Jahre weichen in der Regenmenge sehr stark voneinander ab. Das Jahr von September 1896 bis August 1897 brachte in Tanga 2597 *mm* Regen, das darauf folgende nur 577, also etwa den fünften Teil; in Daressalam waren die entsprechenden Zahlen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

1368 und 364. Letzteres war nur halb so viel wie in Deutschland und bedeutete unter der sengenden Äquatorsonne Dürre und Hungersnot, wie sie denn auch Ende 1897 und im Jahre 1898 geherrscht haben. Und häufig entwickeln sich gerade in den trockenen Jahren noch dazu die Heuschrecken besonders stark. Andererseits sind die Regenmassen ergiebiger Regenzeiten wieder so kolossal, dass ihre Überschwemmungen mancherlei Gefahren bringen, wie es ja die Usambara-Eisenbahn 1897 reichlich erfahren hat; damals fielen in Ost-Usambara auf der Prinz Albrecht-Plantage Kwamkoro im April 920 und im Mai 640 *mm* Regen. Das Jahr von August 1896 bis Juli 1897 hat auf derselben Station Kwamkoro mit 3683 *mm* Regen die grösste in Deutschostafrika beobachtete Jahresmenge gebracht. Die grösste in 24 Stunden gefallene Menge wurde in Jkombe am Nyassasee gemessen, sie betrug 314 *mm*; und in zwei aufeinander folgenden Tagen fielen dort 473 *mm*; das ist in 48 Stunden mehr als an mehreren Stationen Ostafrikas ein ganzes Jahr geliefert hat.

Die enorme Variabilität in den Regenverhältnissen ist ein schwerer Schaden für Deutschostafrika, und leider scheint die Jugendentwickelung dieser Kolonie in eine besonders trockene Klimaperiode gefallen zu sein, wie der Rückgang der Grösse mehrerer Seen in verschiedenen Teilen des Gebietes anzeigt. Unsere Hoffnung für die nächste Zeit müssen deshalb die regenreichsten und dabei in der Regenmenge nicht allzu variabelen Gebiete sein, unter denen, soweit sie klimatologisch besser bekannt sind, Kondeland nördlich vom Nyassasee die günstigsten Bedingungen bieten dürfte.

Geh. Ober-Regierungsrat, Professor **v. Bezold**, Direktor des Kgl. meteorologischen Instituts, weist im Anschluss an die Bemerkung des Herrn Dr. Maurer über die unangenehme physiologische Einwirkung des Nordostmonsuns darauf hin, wie wichtig es wäre, auch die Elektrizitätszerstreuung in den Kreis der Beobachtungen zu ziehen. Seitdem teils durch Untersuchungen im Luftballon, teils durch solche im Hochgebirge das eigentümliche Verhalten der Höhenluft in klareres Licht gestellt worden ist, und seit Professor Czermak in Innsbruck nachgewiesen hat, dass der Föhn, der ja auch von ungewöhnlichen Einflüssen auf das Wohlbefinden begleitet ist, sich durch besonders starke und eigenartige Elektrizitätszerstreuung auszeichnet, scheint es nicht ausgeschlossen, dass auch manche ähnliche Erscheinungen in den Tropen auf die gleiche Ursache zurückzuführen seien. Es dürfte sich empfehlen, wenigstens einen kleinen Vorstoss nach dieser Richtung zu machen.

Ferner weist Redner darauf hin, wie wichtig es wäre, die Begriffe Temperatur und Wärme schärfer auseinanderzuhalten, als dies



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vielfach geschieht. So sehr man sich darüber freuen muss, wenn man Fremdwörter tunlichst zu vermeiden sucht, so darf dies doch niemals auf Kosten der wissenschaftlichen Richtigkeit geschehen. So ist es z. B. geradezu unrichtig, für Lufttemperatur das Wort Luftwärme zu gebrauchen, oder etwa von Wärmeschwankung zu sprechen, wo es sich nur um Temperaturschwankung handelt.

Wenn z. B. die Temperatur in einer Höhe von rund 5000 *m* um einen bestimmten Betrag schwankt, so ist die Wärmemenge, die der Volumeneinheit zur Hervorbringung dieser Schwankung zugeführt oder entzogen werden muss, nur halb so gross als an der Meeresoberfläche, wo die Dichtigkeit der Luft doppelt so gross ist, als in der obengenannten Höhe.

Es ist dem Redner natürlich nicht möglich, diesen Gedanken hier näher zu begründen, er begnügt sich vielmehr mit der Bemerkung, dass das, was man die „Wärmeverteilung" an der Erdoberfläche nennt, sich nur auf die „Verteilung der Temperaturen" bezieht. Linien, welche alle Punkte verbinden, in denen in der Volumeneinheit unter Berücksichtigung des Feuchtigkeitsgehalts gleiche Wärmemengen enthalten sind, und die man Isocaloren nennen könnte, würden einen ganz anderen Verlauf zeigen, als die Isothermen.

Das Thermometer misst eben nur Temperaturen und nicht Wärmemengen, und dies sollte auch in der Bezeichnung stets zum Ausdruck gebracht werden.

Dr. **Richard Kandt,** Berlin, macht im Anschluss an den Vortrag des Dr. Maurer auf die Wichtigkeit meteorologischer Arbeiten für die Beurteilung der Besiedlungsfähigkeit eines Landes aufmerksam. Für das Wohlbefinden der Ansiedler sei das Klima massgebender als das Vorkommen von Malaria. Hochgebirge seien für die Ansiedlung mehr aus klimatischen Ursachen geeigneter als weil sie fieberfrei wären. Denn absolute Sicherheit gewähren auch sie nicht. Für das Wohlbefindeu massgebend sind weniger die Maximaltemperaturen als die Differenz von Maxima und Minima. Je geringer diese, um so schlechter die Nächte (Schlaflosigkeit, Depression, Heimweh etc.). Wichtig sei ferner die Bedeckung des Himmels insbesondere in der Regenperiode (Arbeitsfähigkeit im Freien!); ferner Häufigkeit und Stärke der Winde u. a. Ausser diesem erwähnt K. noch, dass nach seiner Meinung Ostafrika noch nicht am Ende der trockenen Periode stände.

Dr. **Maurer** bemerkt, dass ihm Zahlen aus dem letzten Jahr noch nicht bekannt geworden seien, dass aber zwischen 1898 und 1901 eine so starke Trockenheit wie Ende 1897 und im Jahre 1898

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht wieder anfgetreten sei. Bei der geringen Anzahl von Beobachtungsjahren mache er die Angabe, dass möglicherweise die grösste Trockenheit überwunden sei, selbstverständlich mit aller Reserve. (Insbesondere sei die Angabe nicht so zu verstehen, dass wir am Ende der trockenen Periode stünden.)

**P. Staudinger:** Der Vortrag des Herrn Dr. Maurer zeigt wieder sehr deutlich, in welchem engen Zusammenhange die wissenschaftliche Forschung mit den praktischen Arbeiten in unseren Kolonien steht und namentlich, welche Bedeutung die Meteorologie für unsere Plantagenkultur besitzt. Ein Beispiel dafür:

Als vor einigen Jahren in den Kaffeekulturen ein Rückschlag kam, oder richtiger, dieselben sich, wie allerdings schon von mancher Seite vorausgesagt war, nicht so günstig entwickelte, sondern sehr unter Bodenverhältnissen, Schädlingen, Dürren, zu leiden hatte, setzte man im Gegensatz zu dem Anbau von arabischem Kaffee auf den des liberianischen Kaffees grosse Hoffnungen. Ich hob auf eine diesbezügliche Erwähnung im Kolonialrat gleich hervor, dass nach den meteorologischen Beobachtungen, die wir für das Gebiet in Ostafrika, wo man mit der Aussaat liberianischen Kaffees begonnen hatte, besässen, bei weitem nicht die genügende Feuchtigkeit, die erfahrungsgemäss zum Gedeihen dieser Pflanze notwendig sei, vorhanden wäre. Der Erfolg bestätigte leider die Befürchtung, denn schon nach einem Jahre gingen 100 000 Bäume an Trockenheit ein.

Ich komme nun zu einem anderen Punkt, der Bemerkung des Herrn Kandt, dass man die Fiebergegenden für die Besiedelung von Europäern nicht ausschliessen solle, wenn nur eine genügende Abkühlung des Nachts erfolge, resp. der Unterschied zwischen Tages- und Nachttemperaturen gross genug sei.

Gewiss soll zugegeben werden, dass es für die Erhaltung der Spannkraft des Körpers eines Europäers von grosser Wichtigkeit ist, wenn statt der erschlaffenden gleichmässig warmen Temperatur der Tropen eine durch höhere Lage etc. bedingte grössere Abkühlung in der Nacht mit dem Aufhören der Körpertranspiration eine Erfrischung, resp. erfrischenden Schlaf bringt. Trotzdem darf man doch dem Auftreten der Malaria keine so nebensächliche Bedeutung zumessen, denn auch in manchen subtropischen Gegenden, wo ein ziemlicher Unterschied in Tages- und Nachttemperatur besteht, tritt mitunter die Malaria in solcher Heftigkeit im Sommer auf, dass die Besiedelung durch Nordeuropäer unmöglich wäre. Doch ich will nicht auf die Besiedelungsmöglichkeit näher eingehen, der hygienische Standpunkt etc. dabei wird wohl in der Sektion II unseres Kongresses ausgiebig behandelt werden. Dagegen möchte ich noch eine andere

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

angeregte Frage berühren, das individuelle Empfinden des Europäers von Hitze und Kälte. Dieses richtet sich durchaus nicht nach der Höhe der absolut beobachteten Grade der Temperatur. So empfindet man zum Beispiel in den der Regenzeit vorausgehenden Wochen oder während derselben in manchen Gegenden Westafrikas die Wärme am drückendsten, trotz der nicht hohen Grade, dies kommt durch die gleichmässig warme, mit Feuchtigkeit stark gesättigte schwüle Luft. Hingegen hat man beim Wehen des sehr interessanten westafrikanisch-sudanischen Windes, des Harmattan, trotz hoher Temperaturgrade oft das Gefühl der Kälte, was wiederum wohl in der starken Verdunstung seine Ursache haben dürfte

## Der Botanische Garten in Buitenzorg und seine Bedeutung für den Plantagenbau auf Java und Sumatra.

Von Professor Dr. **G. Volkens.**

(Sektionssitzung am 11. Oktober. Vormittag.)

Vor wenig Wochen aus Java zurückgekehrt, lag es mir nahe, Ihnen bei Gelegenheit dieses Kongresses ein Bild von den Einrichtungen zu geben, welche die niederländisch-indische Regierung geschaffen hat, um die Landwirtschaft im allgemeinen, die Plantagenwirtschaft im besonderen zu fördern und nach Möglichkeit auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. — Die Holländer erfreuen sich ihres überseeischen Besitzes seit einer Reihe von Jahrhunderten und sie haben bis in die neueste Zeit hinein fast ganz darauf verzichtet, dem Boden der ihnen zugefallenen Inseln andere Schätze abzugewinnen, als vegetabilische. Java und zum Teil auch Sumatra gelten als Musterkolonien, und von einem Buch geht in das andere an uns die Mahnung über, es dem stammverwandten Nachbarvölkchen gleich zu tun, wenigstens insoweit, als eine planmässige und gründliche Ausnutzung der Reichtümer des Landes für Plantagenzwecke in Frage kommt.

Sind diese Mahnungen berechtigt, haben wir Veranlassung, in dem Vorgehen der Holländer in Niederländisch-Indien ein Schema zu sehen, nach dem wir unsere eigenen Einrichtungen in Ost- und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Westafrika wie in der Südsee zu gestalten und auszubauen haben? Darauf will ich versuchen, eine Antwort zu geben.

Mein Thema nach bestimmten Gesichtspunkten zu gruppieren, habe ich kaum nötig. In der Tat ist es der Botanische Garten in Buitenzorg auf Java, von dem ich fast ausschliesslich zu berichten habe. Er ist der Brennpunkt, von dem alles ausstrahlt, was befruchtend auf den Landbau Insulindes wirken soll. Mit ihm ist eine Zentralstelle geschaffen, die empfängt und gibt, in der die reine, vom Nützlichkeitsstandpunkt losgelöste Wissenschaft nicht schweigt, in der aber vorzugsweise alle die Fragen zur Behandlung kommen, auf die die Praxis eine Antwort verlangt.

Der Garten selbst ist vielfach geschildert worden, ist er doch an sich eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, eine Schöpfung, an der auch der versimpeltste Globetrotter kaum vorübergeht. Im Jahre 1817, bald nach der Rückgabe Indiens an die Holländer, gegründet und unter wechselvollen Schicksalen allmählich vergrössert, bedeckt er zur Zeit eine Fläche von 58 *ha*, ist also noch um 10 *ha* grösser als der neue Botanische Garten in Dahlem.

Er wird im Norden begrenzt durch den sehr ausgedehnten Park des Gouverneur-Generals, der in Buitenzorg residiert, im Süden durch die Chinesenstadt, im Osten durch den Tjiliwongfluss, im Westen durch den grossen Postweg, der ganz Java in der Längsrichtung durchzieht.

Was ihn von unseren botanischen Gärten unterscheidet, liegt zum grössten Teil in seinem tropischen Charakter begründet.

Die einjährigen Pflanzen, die hier zu Lande ein beträchtliches Areal einnehmen, spielen drüben nur eine untergeordnete Rolle. Die ganz überwiegende Menge der in Kultur genommenen Pflanzen sind Bäume und Sträucher, und während von diesen die heimischen nur bescheidene Dimensionen erreichen, sehen wir in Buitenzorg den ganzen Garten gefüllt mit Riesen, die bis zu 30 *m* Stammlänge und 3—4 *m* Umfang haben. Wandeln wir unter ihnen auf schönen, mit grobem Kies beschütteten Wegen, so haben wir mehr den Eindruck, uns in einem Park zu bewegen, der sich aus ältester Zeit bis in die heutige hinübergerettet hat, denn in einem botanischen Garten. Die verschwenderische Fülle der Tropennatur hat in knapp einem Jahrhundert erreicht, wozu bei uns deren mehrere gehören. Abweichend von den heimischen Verhältnissen sind des ferneren mannigfache Zutaten gleichsam, Pflanzenformen, die wir aus unsern Gewächshäusern zwar kennen, die aber hier den ganzen Garten durchsetzen, schmücken und ihm den typisch tropischen Stempel aufprägen. Ich meine die Palmen, die Bambusen, die Lianen und die Epiphyten.

Es gibt kaum einen Baum, der nicht entweder einem bis hoch in die Krone hinaufsteigenden Schlinggewächs als Stütze diente oder

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der nicht wenigstens da oder dort von einer Orchidee, einem Farnkraut oder einem Bärlapp besiedelt wäre. Vielfach sehen wir die Stämme ganz eingehüllt von fremdem, nicht zum Baum gehörigen Blätterwerk, auch alle stärkeren Äste sind davon überzogen, so dass wir den Augenblick nahe fühlen, wo der Träger von der Fülle seiner zum Teil freilich nur fälschlich so genannten Schmarotzer erstickt und erdrückt sein wird.

Den Garten landschaftlich zu schildern, ist mir nicht möglich, da müssen die Photographien nachhelfen, die ich ausgelegt habe. Nur erwähnen will ich, dass durch die hügelige Anlage, durch eingestreute grössere und kleinere Wasserflächen, durch das mit Steinblöcken erfüllte Bett des hindurchströmenden, oft reissenden Tjiliwongflusses und durch Ausblicke einerseits auf das ganz in Weiss gehaltene Palais des Gouverneurs, andererseits auf den majestätisch aufsteigenden Salak- und die Vorberge des Gedeh-Vulkans Scenerien geschaffen werden, die von unvergleichlicher Schönheit sind und die Bewunderung aller Besucher Javas erregen.

Unser Landsmann Häckel in Jena hat in seinem Buch Insulinde mit farbenreichem Stift die ästhetischen Eindrücke geschildert, die der Garten in ihm lebendig werden liess.

Für uns kommt es auf solche nicht besonders viel an, uns hat mehr zu interessieren, was der Garten leistet, wissenschaftlich wie praktisch. Was wird in ihm zunächst kultiviert? Lassen wir uns ein Verzeichnis geben, so stossen wir auf tausende von Namen, allein von Palmen werden an 300 verschiedene, vier Weltteilen entstammende Arten aufgezählt. Suchen wir dann Ordnung in das Chaos zu bringen, indem wir an der Hand einer vortrefflichen Karte uns im Garten selbst umschauen, so finden wir die Gewächse in Quartiere verteilt, die das verwandtschaftlich Zusammengehörige vereinen. Die Wege zerlegen die gesamte bestandene Fläche in einzelne Areale, auf denen wir hier die Leguminosen, dort die Schraubenbäume oder Pandanus, da ein Heer von Feigenarten zu geschlossenen Gruppen zusammengepflanzt finden. Die Verteilung ist mit anderen Worten nach den Grundsätzen der botanischen Systematik erfolgt. Dies allein deutet schon darauf hin, dass der Buitenzorger Garten, den das grosse Publikum fast allein kennt und der darum in den üblichen Reisewerken auch nur allein erwähnt wird, ganz in erster Linie wissenschaftlich botanischen Zwecken dienen soll.

Er hat die Aufgabe, den holländischen wie anderen Gelehrten, nicht minder aber auch einem grösseren Publikum, den Pflanzern, Beamten und Offizieren einen schnellen Überblick über die tropischen Pflanzenformen zu geben und im weiteren Studienmaterial für morphologische, anatomische und physiologische Arbeiten zu liefern. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nutzpflanzen sind zwar auch vertreten, aber wir müssen sie suchen, müssen weite Wege machen, wenn wir etwa die verschiedenen Gewürzspender, die Zimmetsträucher, die Nelken- und Muskatnussbäume, die Vanillesorten in lebenden Exemplaren nach der Reihe kennen zu lernen wünschen.

Der Garten bedurfte nach dieser Seite also einer Ergänzung und er hat sie in dem sogenannten Cultuurtuin gefunden. Räumlich getrennt, aber unter derselben Verwaltung stehend, ist derselbe im Jahre 1875 zu Tjikömmöh, nur 15 Minuten Wagenfahrt vom alten Garten entfernt, gegründet worden. Er umfasst zur Zeit eine Fläche, die noch um ein beträchtliches grösser ist, als die des Buitenzorger Terrains, 73 *ha*, und wir sehen auf ihr so ziemlich alles vereint, was die Tropen der ganzen Erde überhaupt an ökonomischen Gewächsen hervorbringen. Nicht in einzelnen Exemplaren, sondern in ganzen Quartieren, so dass der Anblick kleiner selbständiger Plantagen herauskommt, sehen wir in Tjikömmöh die Kaffee- und Kakaosorten aus aller Welt zusammengebracht, sehen wir kleine Wäldchen von Kautschuk- und Guttaperchabäumen, Haine aller möglichen Schattenpflanzen, Felder bedeckt mit Grasarten, die ätherische Oele liefern, Theegärten, Kardamom- und Vanillepflanzungen und in einer anschliessenden Niederung auch weite Strecken, die Anbauversuche mit dem wichtigsten Kulturgewächs Javas, dem Reis, gestatten. In einer Liste, die 10 Jahre zurückreicht, finde ich bereits mehr als 200 Arten und Sorten von Nutzpflanzen, die zu Tjikömmöh in kleineren oder grösseren Komplexen gebaut und in dauernde Beobachtung genommen wurden.

Nach allem kommt im Buitenzorger Garten mehr die Wissenschaft, im Cultuurtuin mehr die Praxis zum Wort. Letzterer, in Wirklichkeit nur eine Filiale, verdient umsomehr unsere Beachtung, als es uns ja daran liegt, die Beziehungen aufzudecken, die zwischen den Staats-Instituten Niederländisch-Indiens und den Plantagen-Unternehmungen Privater bestehen. Welcher Art sind nun diese Beziehungen? Der Cultuurtuin hat als nächstes Ziel, den Pflanzern Material an Saat und Stecklingen zu übermitteln. Er kann das im ausreichendsten Masse, denn zur Zeit sind alle seine Anpflanzungen bereits soweit gediehen, dass fruchttragende Exemplare vorhanden sind. Er liefert dieses Material kostenfrei, womit die für uns merkwürdige Tatsache in Zusammenhang steht, dass es auf ganz Java und Sumatra, deren Wert doch vorwiegend in der Erzeugung vegetabilischer Produkte liegt, kein einziges Geschäft gibt, das sich mit Samenhandel befasste. Nur Chinasaat, diese wenigstens teilweise, und Stecklinge vom Zuckerrohr muss man käuflich erwerben. Zierpflanzen liefert der Buitenzorger Garten ebenfalls umsonst. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vorteile eines solchen Verfahrens leuchten ein. Durch die Leichtigkeit und Billigkeit des Bezuges von Material kommen die Pflanzer immer mehr darauf, ihr ganzes Wohl und Wehe nicht von einem Kulturgewächs allein, nur vom Kaffee, vom Thee, vom Kakao abhängig zu machen; überall sieht man sie in neuerer Zeit kleinere Versuchsfelder der verschiedenartigsten Nutzgewächse in Bereitschaft halten, um gegebenenfalls ohne die Schwierigkeiten eines gänzlichen Neuanfanges von einer zur anderen Kultur übergehen zu können. Durch die Tätigkeit des Cultuurtuins in Tjikömmöh ist erreicht, dass sich kleine private Cultuurtuine über ganz West- und Midden-Java, zum Teil auch Sumatra, verbreitet haben. Der Segen dieses Erfolges wird sich besonders in den nächsten Jahren zeigen, wo im anderen Fall zu erwarten war, dass durch den Niedergang des Kaffeegeschäftes viele Existenzen plötzlich vor dem Untergange standen.

Die Leichtigkeit und Billigkeit des Bezuges ist es aber nicht allein, die hier fördernd eingewirkt hat, nicht minder wesentlich war die Garantieleistung für die Qualität des Materials. Indem nur erprobt gute Sorten verbreitet wurden, solche, die man jahrelang vor Augen gehabt und auf ihren Ernteertrag nach Mass und Güte genau kannte, sind die Rentabilitäts-Aussichten für jeden, der ein neues Unternehmen zu beginnen trachtet, von vornherein auf eine vorteilhaftere Basis gestellt. Wir brauchen nur, einen Blick auf unsere Kolonien werfend, an die vielen Fehlschläge zu denken, die auf wahllose Verwendung des Saatmaterials zurückzuführen sind, um die Wichtigkeit eines Kulturgartens zu verstehen, der bezüglich seines Bestehens der Spekulation entzogen und daraufhin geschaffen ist, fremden Interessen zu dienen.

Die Garantieleistung für Qualität setzt voraus, dass der Cultuurtuin in Tjikömmöh auch in der Lage ist, seine Ernten nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen, nicht nur zu untersuchen, welchen Gehalt beispielsweise eine Kakaosorte an Extraktivstoffen aufweist, sondern auch den Einflüssen nachzugehen, die bestimmte Pflanzungsmethoden, bestimmte Ernteaufbereitungen und ähnliches auf das Produkt ausüben. Zu diesem Zweck ist mit ihm ein agrikultur-chemisches Laboratorium verbunden, an dessen Spitze man einen der hervorragendsten, auch landwirtschaftlich ausgebildeten Chemiker Hollands, den jetzt als ordentlichen Professor nach Utrecht berufenen Dr. van Romburgh gestellt hat. Seinem umfassenden Wissen und seiner rastlosen Energie wird es zu danken sein, wenn, wie ich es bestimmt erwarte, Niederländisch-Indien in absehbarer Zeit an der Spitze aller Kolonialstaaten steht, die Kautschuk und Guttapercha im Plantagenbetrieb erzeugen. Erst die wilden Sorten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

studierend, sie nach Tjikömmöh überführend, dort jahrelang beobachtend, hat er dann in Tjipetir auf Java eine Regierungspflanzung begründet, die augenblicklich bereits hunderttausende von Bäumen umfasst, ständig vergrössert und schon reiche Erträge abwerfen wird, wenn man überall sonst noch über ein Probieren und Studieren nicht hinausgekommen ist.

Java hat im allgemeinen an einem Arbeitermangel nicht zu leiden, wächst doch die Bevölkerung in einem Masse, dass den Regierungsorganen schon ernste Schwierigkeiten daraus erstehen. Was fehlt, sind europäisch geschulte, aber mit den Landesverhältnissen durchaus vertraute Vorarbeiter, Aufseher, Pflanzungsassistenten u. s. w. In neuester Zeit ist der Cultuurtuin bemüht, auch diesem Mangel abzuhelfen. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, wenn er die Mischbevölkerung, ein für Indien geradezu gefahrdrohendes Element, sich für den angezogenen Zweck dienstbar zu machen trachtet. Er nimmt junge Leute, Söhne von Europäern oder Halbblut, die aus der Vermischung mit Eingeborenenfrauen hervorgegangen sind, als Lehrlinge auf, macht sie in einem dreijährigen Kursus im Garten selbst mit den Kulturen der verschiedensten tropischen Nutzgewächse bekannt und gibt sie dann an die Privatplantagen ab. Um den Brauchbareren unter ihnen eine für ihren Beruf erweiterte, höhere Bildung zu geben, ist eine Landbauschule im Entstehen begriffen, die ihrem praktischen Können ein Wissen beigesellen soll.

Ein letztes Ziel des Tjikömmöh-Gartens geht darauf hinaus, nach Möglichkeit auch die Eingeborenen-Kulturen zu heben. Umfangreiche Versuchsfelder für Reis sind in seiner unmittelbaren Nähe angelegt worden, daneben richtet man in den bevölkertsten Teilen der Insel mitten zwischen den Anbauflächen der Javaner Musterfarmen ein, deren Aufgabe ist, durch ihr Beispiel zu wirken, verbesserte Kulturmethoden vor Augen zu führen, neue Nutzgewächse zu verbreiten, von alten edlere oder ertragreichere Sorten zu züchten und dergleichen mehr. Vier davon bei Gombong, Magelang, Ponorogo und Modjowarno sind in der Ebene gelegen, eine fünfte und sechste hat ihren Platz im Gebirge oberhalb 4000 Fuss bei Lembong bezw. Ngadisari gefunden, eine siebente etwas niedriger bei Puspoh. Es wird geklagt, dass die Bevölkerung trotz dieser Anlagen ausserordentlich zähe am Gewohnten festhalte. Es rächt sich da meiner Meinung nach das System der Holländer, die Eingeborenen auf einem möglichst tiefen Bildungsniveau zu erhalten.

Soweit meine Ausführungen über die Tätigkeit des Cultuurtuins zu Tjikömmöh. Ich kehre zum eigentlichen Buitenzorger Garten zurück, von dem jener nur einer der Annexe ist. Wir sahen, dass sein Zweck in erster Linie ist, der wissenschaftlichen Botanik Studien-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

material zu bieten, Anregung zu den mannigfachsten Beobachtungen an Tropenpflanzen zu geben, mit einem Wort dem Gelehrten zu dienen. Er bedurfte auch nach dieser Seite einer Ergänzung. Wir erblicken in ihm die Gewächse in schönster Ordnung, wir können in ihm mit leichtester Mühe die verschiedenen Formen studieren, ihr Wachsen und Werden beobachten, aber wir können nicht in ihm die Natur in ihrem Kampfe belauschen. Des Gärtners Hand sorgt dafür, dass nicht das eine das andere verdränge, es fehlt die wilde Ursprünglichkeit, die bald hemmend, bald fördernd wirkt, die uns zeigt, was der Kampf ums Dasein bedeutet. Da tritt nun der Bergtuin Tjibodas in die Bresche. An den Abhängen des Gedeh-Vulkans, leider etwas schwierig, nur nach 5 bis 6stündiger Fahrt von Buitenzorg aus zu erreichen, hat die Regierung ein Waldgebiet von über 300 *ha* in Eigentum genommen, 30 *ha* davon in einen botanischen Berggarten umgewandelt, das übrige aber so gelassen, wie sie es vorfand. Nur dafür sorgte sie, dass dieser ursprüngliche Urwald, der sich von rund 1600 bis über 2000 *m* Meereshöhe aufwärts zieht, durch Wege zugänglich gemacht wurde. Ein Haus, am unteren Rande des Waldes errichtet, das für vier Gelehrte Schlaf- und Arbeitsräume bietet, gibt die Möglichkeit, hier fern vom Getriebe der Menschen inmitten einer grandiosen Natur in beschaulichster Ruhe sich ganz dem Studium hinzugeben.

Nur für Lebensmittel hat man selbst zu sorgen, im übrigen hat man den von allen bisherigen Besuchern nicht genug gerühmten Aufenthalt in Tjibodas ganz kostenfrei. Um das Haus, das neben den Laboratorien auch eine kleine Bibliothek enthält, zieht sich talwärts der Berggarten herum, eine Schöpfung, die darum besonders merkwürdig ist, weil sie in buntester Mischung Gewächse aus allen Zonen birgt. Zu den Palmen, die bei dieser Höhe an der Grenze ihrer Verbreitung nach oben stehen, gesellen sich australische Grasbäume und europäische Holzarten, die weiter hinab nicht mehr zu gedeihen vermögen. Kleine Pflanzungen von Chinabäumen und anderem bieten ausserdem Gelegenheit, die Nutzgewächse der tropischen Gebirge des näheren kennen zu lernen und zu Versuchen heranzuziehen.

Vom Tjikömmöh-Garten und dem zu Tjibodas erwähnte ich schon, dass mit ihnen Laboratorien verbunden sind. In viel grösserem Massstabe ist das nun aber bei dem Hauptgarten in Buitenzorg der Fall. Wir finden da zunächst ein weites, luftiges Gebäude, das bequem 6 bis 8 Botanikern gleichzeitig gestattet, ungehindert durch die drückende Schwüle, die draussen herrschen mag, ihrer wissenschaftlichen Arbeit obzuliegen. Sie finden fast alles vor, was ein europäisches Laboratorium an Hilfsmitteln bietet, Gasbeleuchtung,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wasserleitung, Nebenräume für chemische Untersuchungen, Dunkelkammer, im besonderen dazugehörigen Hause eine Bibliothek, die auf naturwissenschaftlichen Gebiet alles enthält, was die Literatur der Kulturnationen an wesentlichen Publikationen hervorgebracht hat. Ein Lesezimmer, in dem gegen 200 periodische Schriften botanischen, zoologischen, pharmaceutischen und agrikulturellen Inhalts aufliegen, ermöglicht es einem auch, selbst von den neuesten Erscheinungen sofort nach ihrem Eintreffen mit der Post Kenntnis zu nehmen.

Der Zutritt zum Buitenzorger Laboratorium steht allen Nationen offen und alle haben davon Gebrauch gemacht, obenan wir Deutsche. Von den Lehrern allein, die zur Zeit an deutschen, deutsch-österreichischen und deutsch-schweizerischen Hochschulen wirken, sind mir persönlich nicht weniger als 20 bekannt, die in Buitenzorg gearbeitet haben.

Es konnte nicht ausbleiben, dass durch deren Erfahrungen und Beobachtungen die Botanik in manchem ihrer Zweige ein ganz anderes Gesicht bekam. Die Lehrsätze und Lehrmeinungen früherer Zeit, die in den Lehrbüchern ihren Ausdruck erhielten, bauten sich ganz auf Erscheinungen auf, die die mitteleuropäische Flora ihren Untersuchern darbietet. Die Tropenwelt kannte man nur aus den Mumien, die in Gestalt von Herbarien, von getrockneten Pflanzen unseren Museen zuflossen. Jetzt vermochte man sie in ihrem Leben und Weben zu studieren, und da zeigte sich denn, wieviel von den bisherigen Anschauungen zu berichtigen war. Manches, was man als allgemein gültiges Gesetz angenommen hatte, erwies sich nunmehr als blosser Spezialfall.

Die Wichtigkeit eines Aufenthaltes in Buitenzorg für den Botaniker anerkennend, auch für den, der sich mit ökonomischen Fragen beschäftigt, haben die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dafür gesorgt, dass auch in Zukunft insbesondere unsere jüngeren Gelehrten ihren Blick erweitern können. Ein Reichsstipendium, das geschaffen ist, ermöglicht es jährlich einem der Bewerber, seine Schritte nach Java zu lenken.

Das eben berührte Laboratorium, das in engster Verbindung mit dem Garten steht, öffnet seine Hallen vorwiegend dem reinen Wissenschaftler. Für den Pflanzer Javas und Sumatras haben andere der Gartendirektion gleichfalls unterstellte Institute eine höhere Bedeutung, in erster Linie die Versuchsstation für Kaffeekultur. Ein Chemiker und ein Botaniker, denen je ein Assistent beigesellt ist, wirken an ihr und haben die Aufgabe, alle Interessenten mit Rat und Tat zu unterstützen, Fragen zu beantworten, Reisen in Gebiete zu unternehmen, wo sich Misswachs zeigt, sei er nun durch tierische

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oder pflanzliche Schädlinge, sei er durch Bodenmüdigkeit oder klimatische Faktoren veranlasst. In gleicher Weise stehen dem Tabakspflanzer zwei Laboratorien zur Verfügung, das für Untersuchungen über Deli-Tabak und das für Untersuchungen über Tabak der Vorstenlande, erstéres ein rein staatliches, letzteres zum Teil auf die finanzielle Unterstützung der Produzenten angewiesen. Wichtige Arbeiten über die Fermentation des Tabaks, über rationelle Aussaat und Entblätterung, über epidemisch auftretende Krankheiten sind aus beiden hervorgegangen. Ein zoologisches Laboratorium endlich, mit dem ein im Entstehen begriffenes, vorwiegend die nützlichen und schädlichen Tiere des malayischen Archipels bergendes Museum verknüpft ist, beschliesst die Reihe derjenigen Tochterschöpfungen des Gartens, die speziell dem Landbau in allen seinen Zweigen gewidmet sind. Vermisst habe ich nur ein Institut für Gartenbau und Obstkultur, solches wird wohl aber zweifellos aus einer Vereinigung, einer Art Gartenbaugesellschaft, hervorgehen, die in jüngster Zeit gegründet worden ist.

Meine Ausführungen über die Tätigkeiten des Buitenzorger Gartens würden nicht erschöpfend sein, wenn ich nicht noch seiner Bedeutung für die systematische Botanik, für die Kenntnis der einheimischen, wilden Vegetation Insulindes gedächte. Der mehr auf das Praktische gerichtete Sinn der Holländer zeigt sich auch hierin. Bei uns empfindet man es als dringendstes Bedürfnis, von einer Kolonie ein Florenverzeichnis zu haben, eine Aufzählung und Beschreibung aller überhaupt vorkommenden Gewächse. Die niederländisch-indische Regierung beschränkte sich, indem sie am Garten eine Abteilung schuf, die nur der Boschboomflora, d. h. den Holzgewächsen, ihre Aufmerksamkeit zu widmen habe.

Sie unterhält in einem besonderen Gebäude des Gartens ein Herbarium, das alle Pflanzen vereinigt, aber sie erweitert dieses, von gelegentlichen Schenkungen abgesehen, offiziell wenigstens im Augenblick nur durch Sammlungen von Bäumen und Sträuchern, von Gewächsen also, die für die Forstwirtschaft Nutzen oder Schaden haben oder doch haben könnten. Ein Botaniker reist auf den verschiedenen Inseln im amtlichen Auftrage umher, sucht methodisch insbesondere die Waldgebiete ab und bearbeitet dann das Heimgebrachte im Bunde mit einem Kollegen zu einer Boschboomflora, von der schon eine ganze Reihe von Bänden erschienen sind. Eine vortreffliche Unterstützung dabei, die wir hierzulande vermissen, geben nach dieser einen Richtung hin geschulte Eingeborene ab, Leute, denen selbst die lateinischen Namen der weiter verbreiteten Pflanzen nicht unbekannt sind, und die teilweise auch mit dem Zeichenstift in geradezu vollendeter Weise umzugehen wissen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unterstützt werden die Bestrebungen, vorzugsweise die technisch wichtigen Gewächse auch der wilden Vegetation kennen zu lernen, durch ein pharmakologisches Laboratorium, das vor allem die zahlreichen Medizinalpflanzen der Eingeborenen in den Bereich seines Arbeitsgebietes zieht.

Unterstellt seit 22 Jahren sind alle Einrichtungen, die ich Ihnen bisher schilderte, einem einzigen Manne als Direktor, dem in aller Welt bekannten und gepriesenen Professor Dr. Melchior Treub. Ihm zur Seite steht ein Stab von 25 bis 30 europäischen Beamten, Botanikern, Chemikern, Gärtnern und Landwirten, dazu ein Heer von Eingeborenen und Mischlingen.

Als Publikationsorgane für die zahlreichen Arbeiten, die aus den verschiedenen Instituten hervorgehen, stehen ihm die Annales du Jardin botanique de Buitenzorg, das Bulletin de l'Institut botanique de Buitenzorg, die Mededeelingen uit's Lands Plantentuin und teilweise auch die Zeitschrift Teysmannia zur Verfügung; ausführliche Jahresberichte über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen gibt er in dem Verslag omtrent den Staat von 's Lands Plantentuin te Buitenzorg.

Über seinen Etat vermag ich genaue Angaben nicht zu machen. Die Einkünfte setzen sich aus den Mitteln zusammen, die die niederländische Kammer alljährlich bewilligt, aus Zuschüssen der niederländisch-indischen Regierung und aus freiwilligen Beisteuern, die von seiten holländischer und indischer Banken und Privater, zu einem bedeutenden Teil auch von Pflanzer-Vereinigungen geleistet werden. Dass die Ausgaben in manchen Jahren, wie mir mitgeteilt wurde, bis auf 500 000 Gulden, das sind über 800 000 Mark, stiegen, halte ich sehr wohl für möglich.

Sind solche uns ungeheuerlich erscheinenden Aufwendungen für einen botanischen Garten gerechtfertigt? Ich glaube nach den voraufgegangenen Mitteilungen nicht nötig zu haben, Ihnen nochmals Gründe anzugeben, wenn ich die Frage unbedingt bejahe. Wer etwa noch zweifelt, den dürfte ein Blick in eine alljährlich ausgegebene Liste bekehren, die alles enthält, was der Garten mit seinen Annexen allein an lebenden Pflanzen und Saatgut überallhin versendet, wo im malayischen Archipel die holländische Flagge weht.

Ich komme zum Schluss. Haben wir Veranlassung, für unseren Kolonialbesitz den Buitenzorger Garten zum Muster zu nehmen, danach zu streben, etwas ähnliches zu schaffen? Wir sind in anderer Lage als die Holländer. Unsere Schutzgebiete verteilen sich über die halbe Erde, sie sind ungleichwertig schon darum, weil die klimatischen Faktoren, diese Grundbedingungen für jede besondere Art der Land- und Plantagenwirtschaft, für die einzelnen ganz ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schiedene sind. Eine Zentralisation, wie sie in Niederländisch-Indien wohl auch nur solange herrschen wird, als ein Mann von aussergewöhnlichem Wissen und aussergewöhnlicher Arbeitskraft an der Spitze steht, ist für uns von vornherein ausgeschlossen. Das Buitenzorger Institut lehrt uns aber, was ein Botanischer Garten, richtig geleitet und durch Laboratorien ergänzt, für die Entwickelung einer Kolonie leisten kann und leisten soll. Ein Vorbild muss er uns sein, insofern wenigstens, als wir danach zu trachten haben, in jeder einzelnen unserer Kolonien, in Ost-Afrika, Togo, Kamerun, in Südwest-Afrika, Neu-Guinea, Samoa, Ponape und Saipan botanische und Versuchsgärten anzulegen. Ganz von selbst werden diese allmählich zu Mittelpunkten werden, von denen die agrikulturelle Hebung des betreffenden Landes ausgeht. Die ersten Anfänge zu einer derartigen Entwickelung haben wir bereits gemacht. Der Victoriagarten in Kamerun steht dank der Leitung seines tatkräftigen Direktors bereits auf einer Höhe, dass er mit dem Buitenzorger Garten wohl verglichen werden darf. Er wird anfangen, sich mit ihm messen zu können, sobald die in Angriff genommenen agrikultur-chemischen Laboratorien ihre Arbeit aufgenommen haben. In Ostafrika ist der Amanigarten in der Gründung begriffen. Ein gütiges Geschick hat es gefügt, dass an seine Spitze ein Mann gestellt werden konnte, der durch jahrelangen Aufenthalt die Buitenzorger Verhältnisse von Grund aus kennt und der selbst nicht wenig dazu beigetragen hat, die Plantagenwirtschaft Javas und Sumatras zu fördern. In Brakwater in Südwest-Afrika besteht eine forstwissenschaftliche Station, in allen übrigen Kolonien aber haben wir nichts oder so gut wie nichts, was auf ein keimendes Buitenzorg hindeutete.

Das Buitenzorger Institut untersteht, vom Etat abgesehen, allein dem dortigen Gouvernement. Der Zusammenhang mit dem Mutterlande ist nur ein ganz loser und braucht es nur zu sein, da ja für Holland nur dieses eine Gouvernement in Frage kommt, der übrige Kolonialbesitz spielt eine zu untergeordnete Rolle. Wir haben viele Gouvernements und werden hoffentlich mit der Zeit auch viele überseeische botanische Gärten bekommen. Jeder soll nach Möglichkeit selbständig werden, aber in ihrer Gesamtheit wird ihnen eine Zentralstelle in Deutschland, bei der alle Fäden zusammenlaufen, die in steter Fühlung mit dem Auswärtigen Amte bleibt, die eine staatliche Behörde darstellt, unentbehrlich sein. Wir haben eine solche Zentralstelle bereits, sie ist, wie es gar nicht anders sein kann, mit dem grössten deutschen botanischen Garten, dem Berliner, verbunden, aber ihre Mittel sind beschränkt, belaufen sich auf wenige tausend Mark im Jahre. Sie ist auszugestalten, wenn sie im Bunde mit den vorhandenen oder noch zu gründenden Botanischen Gärten draussen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unsere Kolonien mit zum Aufschwung verhelfen soll, und der Zeitpunkt dafür dürfte in dem Augenblick gekommen sein, wo die neuen grossartigen Anlagen in Dahlem bei Berlin ihrer Vollendung entgegensehen.

---

## Über wissenschaftliche Institute für Kolonialwirtschaft.

Von Professor Dr. **Warburg,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Die Engländer pflegen als Unterschied ihrer und der deutschen Arbeitsmethode zu bezeichnen, dass die Deutschen, bevor sie an eine Arbeit herantreten, dieselbe erst wissenschaftlich zu meistern versuchen, während sie selbst sofort praktisch auf das Ziel losgehen. Die Entwickelung unserer Kolonien zeigt, dass sie so Unrecht nicht haben. Bevor wir überhaupt daran dachten, an die praktische Arbeit zu gehen, hatten unsere Wissenschaften schon beträchtliche Streifzüge in den Kolonien unternommen, und als wir wirtschaftlich in den Kolonien Fuss zu fassen begannen, waren wir schon tief in der methodischen wissenschaftlichen Durchforschung. Mit Stolz dürfen wir behaupten, dass keine einzige Nation der Welt ihre Kolonien in so kurzer Zeit so gründlich wissenschaftlich erobert hat wie Deutschland, und zwar bezieht sich dies nicht nur auf die beschreibenden Naturwissenschaften, Zoologie, Botanik, Ethnologie, die Geographie und Völkerkunde, sowie ihre Nebenwissenschaften, Anthropologie, Meteorologie, Klimatologie etc., sondern auch auf die medizinischen Wissenschaften, sowie auf eine Reihe der Geisteswissenschaften, wie zum Beispiel Sprachkunde, Rechtswissenschaft, Folklore etc.

Was die Naturwissenschaften betrifft, so sind die Hauptarbeiten naturgemäss von den grossen wissenschaftlichen Zentralinstituten ausgegangen. Sie besassen ja auch in ihren umfangreichen Sammlungen die besten Vergleichs- und Stützpunkte, und so war es nur natürlich, dass ihnen auch vor allem die Sammlungen der Forscher und Reisenden zur Bearbeitung überwiesen wurden und meist auch dauernd dort verblieben. Es ist geradezu als ein Glück anzusehen, dass auf diese Weise eine Zersplitterung der teilweise überaus wertvollen und, namentlich was die ethnologischen Dokumente betrifft,



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oftmals einzigen und unersetzlichen Sammlungen so ziemlich vermieden wurde. Auch ist es in keiner Weise ein Hindernis gewesen, dass die für die wissenschaftliche Erforschung der Kolonien in Betracht kommenden Institute preussische und keine Reichsinstitute sind; einerseits waren die meisten der ähnlichen Institute der anderen Bundesstaaten überhaupt nicht in der Lage, derart grosse Aufgaben in befriedigender Weise auszuführen, andererseits wurde den Bedenken derselben durch das Übereinkommen Rechnung getragen, wonach ihnen die Doubletten der kolonialen Sammlungen in erster Reihe zu gute kommen sollten.

Befindet sich nun die wissenschaftliche Erforschung der Kolonien demnach in Bahnen, die, jedenfalls im grossen ganzen, als die richtigen anzusehen sind, so kann man dieses nicht sagen in Bezug auf die angewandten Wissenschaften, da es wissenschaftliche Arbeitsstätten für die Bearbeitung kolonialwirtschaftlicher Fragen im eigentlichen Sinne in Deutschland überhaupt noch nicht gibt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass gerade die Ausbildung dieser Seite der wissenschaftlichen Forschung von der eminentesten Bedeutung für die Entwickelung unserer Kolonien ist, und es scheint jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo man der Schaffung geeigneter Arbeitsstätten hierfür mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, als es bisher möglich war.

Die Notwendigkeit, solche wirtschaftlichen Arbeitsstätten zu schaffen, liegt auf der Hand. Bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwickelung der Kolonien können wir der wissenschaftlichen Unterlagen absolut nicht entbehren. So leicht es nun ist, in rein wissenschaftlichen Fragen jede gewünschte Auskunft zu erhalten, so schwierig und umständlich, in vielen Fällen sogar unmöglich ist es bei Fragen der angewandten Wissenschaft. Es handelt sich ja meist nicht um einfache Dinge, die wissenschaftlich festgelegt sind in Handbüchern oder auch in Spezialarbeiten, sondern um komplizierte Verhältnisse, die meist mehrere Wissensgebiete berühren und vielerlei zum Teil recht zeitraubende Vorarbeiten erfordern. Bei allem guten Willen der Beamten der wissenschaftlichen Institute sind sie gewöhnlich garnicht in der Lage, die gewünschten Gutachten auszuarbeiten, da sie nur über einen Teil des dazu nötigen Materials verfügen; auch lässt sich nicht leugnen, dass ihnen wegen ihrer Vorbildung und täglichen Berufsarbeit meist auch der für diese Dinge nötige praktische Blick und vor allem die hierfür unerlässliche Erfahrung abgeht. Gerade das Kolonialwirtschaftliche Komitee, das sich ja vor allem die Aufgabe gestellt hat, die Grundlagen wirtschaftlicher Aufgaben zu schaffen, fühlt auf Schritt und Tritt die sich ihm in den Weg stellenden Schwierigkeiten. So lange es sich um relativ

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einfache Fragen handelte, Ausrüstung der wirtschaftlichen Expeditionen, Einführung schon anderswo erprobter Kulturen in unsere Kolonien etc., liess sich die Sache mit einiger Arbeit noch meistern, auch war das Risiko nicht allzu gross und begrenzbar. Schon bei den letzten grösseren Unternehmungen des Komitees, den Versuchsfarmen für Baumwolle, der Wasserbohrunternehmung in Südwestafrika, der Eisenbahnexpertise in Togo zeigte es sich, wie schwer die nötigen Unterlagen zu beschaffen sind, und selbst bei der Stellung und Fassung wirtschaftlicher Preisaufgaben sind häufig umfassende und komplizierte Vorarbeiten nötig. In Zukunft wird sich das aber alles noch in erhöhtem Masse zeigen, da die Aufgaben naturgemäss immer mannigfaltiger und tiefer eindringend werden, da wir immer mehr dazu gelangen werden, wirkliche wirtschaftliche Pionierarbeit zu leisten, d. h. an Aufgaben heranzugehen, die nicht nur für unsere Kolonien, sondern überhaupt neu sind. Da gilt es, um nur einiges anzuführen, neue Ernte- und Verarbeitungsmethoden für Kautschuk und Guttapercha herauszufinden, die Entfaserungsmaschinen methodisch weiter zu verbessern, die Bekämpfung wichtiger Schädlinge (der Heuschrecken, Tsetse etc.) zu organisieren, die Ölpalmkultur zum Grossbetriebe zu entwickeln und die Erntebereitung bei derselben auf eine rationelle Basis zu stellen; da sollen die Vorarbeiten für Kultur resp. bessere Ausbeutung in Harz, Kopal und Gummi gemacht oder eingeleitet werden, Versuche zur Verwertung der Steppengräser für die Papierfabrikation, da sollen die Grundlagen für die Entwickelung mannigfacher Haus- und Fabrik-Industrien der Kolonie geschaffen werden, Fragen, die mit jedem Jahre neu, immer eindringlicher und in stets wachsender Zahl an uns herantreten werden. Welches wissenschaftliche Institut ist im stande, auch nur eine dieser vielen Aufgaben befriedigend zu lösen, und wie kann man in rein wissenschaftlicher Arbeit steckende Gelehrte ohne praktische Erfahrung für solche Fragen zu nutzbarer Vereinigung bringen?

Bisher hat sich, wie gesagt, das Kolonialwirtschaftliche Komitee dieser Aufgabe unterzogen und auch wohl, wie man zugeben wird, im allgemeinen nicht ohne Geschick und mit Erfolg. Die Frage ist aber die, wird dasselbe auch die immer schwieriger werdenden Aufgaben nur durch freiwillige Mitarbeit der von dem Komitee von Fall zu Fall für die Frage interessierten Sachverständigen lösen können? Und dann, ist das Komitee selbst denn etwas stabiles, beruht es nicht auf einer an sich schon sehr seltenen glücklichen Kombination verschiedener zu freiwilliger Arbeit geneigter und geeigneter Kräfte? Darf man mit einiger Wahrscheinlichkeit auf eine lange Dauer des Komitees als eines selbsttätigen treibenden Faktors oder auch nur auf eine längere Existenz desselben in der bisherigen



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Form rechnen? Und wenn es in dieser Form aufhört oder schaffensmüde wird, wird ein aus der Kolonialgesellschaft hervorgehender wirtschaftlicher Ausschuss im allgemeinen im stande sein, so grosse Arbeiten erfolgreich zu unternehmen und durchzuführen? Oder wird etwa die Regierungsmaschinerie, so wie sie jetzt funktioniert, oder selbst in etwas weiterem Stadium, im stande sein, aus sich selbst heraus derartige Pionierarbeiten zu leisten?

Diese Erwägungen sind es, die uns zu dem Schluss führen, dass es wünschenswert ist, möglichst bald an die Schaffung eines Institutes heranzugehen, das durch seine Organisation in den Stand gesetzt wird, selbsttätig nach dieser Richtung hin zu arbeiten, ein wissenschaftliches Institut in sofern, als es auf wissenschaftlicher Basis arbeitet, ein praktisches dadurch, dass es sich bestimmte praktische Aufgaben zur Hebung der Kolonien stellt. Es würde ein Institut werden, vergleichbar etwa mit den Instituten zur Hebung der Landwirtschaft, der Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation, der Müllerei und Bäckerei, ein Institut, das also in keiner Beziehung mit den wissenschaftlichen Instituten kollidieren könnte, das sich aber in Bezug auf Arbeitsmethoden und Grundlagen den verschiedenen wissenschaftlichen Instituten anlehnen müsste.

Die weitere Frage ist die, in welcher Weise ist dieses Institut zu schaffen? Soll es ein staatliches Institut werden, ein privates oder ein gemischtes, d. h. ein privates mit staatlicher Unterstützung? Soll es isoliert werden, oder mit anderen Instituten organisch vereinigt werden, soll es nur ein Versuchsinstitut sein, oder sollen propagandistische und belehrende Zwecke damit verbunden werden? Das sind Fragen, die sich nicht a priori entscheiden lassen; die Hauptsache ist, das ein Anfang gemacht wird, die weitere Ausbildung wird man der eigenen Entwickelung der Dinge am besten überlassen.

Um aber doch nicht ganz aufs Geratewohl anfangen zu müssen, hat das Kolonialwirtschaftliche Komitee mich beauftragt, die Institute der anderen Kolonialländer zu besuchen und deren Organisation zu studieren. Es kann selbstverständlich nicht meine Aufgabe sein, Ihnen die Resultate meiner Reise hier im einzelnen vorzuführen, es dürfte vielmehr genügen, in wenigen Zügen die wichtigsten Prinzipien, auf denen die Institute beruhen, kurz zu skizzieren.

Von den Kolonien besitzenden Ländern scheiden Portugal, Spanien, Italien und Dänemark, ebenso Russland ganz aus der Diskussion aus, da sie bisher keinerlei für uns in Betracht kommende koloniale Institute besitzen; es bleiben also England, die Niederlande, Belgien und Frankreich.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Vereinigten Staaten besitzen in ihrem landwirtschaftlichen Reichsinstitut in Washington, in dem Agricultural-Departement eine offizielle Stelle auch für kolonialwirtschaftliche Bestrebungen, soweit sie auf den Ackerbau Bezug haben. Dieses Zentrum existierte schon, als die Vereinigten Staaten vor ein paar Jahren ihre ersten grossen Kolonien erhielten, und hat sich dann auch sofort auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwickelung derselben gestürzt. Es ist bei der grossen Energie der Amerikaner zu erwarten, dass auch die praktischen Resultate dieser Bemühungen nicht gar lange auf sich warten lassen, vorläufig sind die wissenschaftlichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen. Dass das Agricultural-Departement bestrebt ist, sich auch durch Sammlungen von Produkten etc. die nötigen Unterlagen für seine kolonialen Arbeiten zu schaffen, ist selbstverständlich, daneben aber besteht noch in Philadelphia ein grosses auf privater Basis beruhendes, aber natürlich von öffentlichen Geldern unterstütztes Handelsmuseum, welches freilich die ganze Welt umfasst, aber doch auch die eigenen Kolonien besonders zu berücksichtigen beginnt. Eine Lehreinrichtung für kolonialwirtschaftliche Fächer scheint jedoch noch nirgends in den Vereinigten Staaten vorhanden zu sein.

Von den für uns in Europa in Betracht kommenden Staaten hat England merkwürdigerweise das wenigst ausgebildete kolonialwirtschaftliche Institut. Es hat das wohl den Grund, dass England überhaupt nur langsam an neue Institutionen herangeht; dazu kommt freilich auch noch der Umstand, dass England die Entwickelung der Kolonien bis vor kurzem überhaupt so viel wie möglich den Kolonien selbst und der privaten Initiative im Mutterlande überlassen hat. So besitzen denn auch die älteren und vorgeschritteneren Kolonien schon ihre eigenen wirtschaftlichen Institute, so gibt es, um von Australien, Kapkolonie, Canada ganz abzusehen, in Indien das hochwichtige Indian Museum in Calcutta, in Westindien das erst neuerdings eingerichtete Institute of Jamaica, dazu natürlich eine ganze Reihe zum Teil recht bedeutender botanischer Gärten, welche wesentlich auch praktische Fragen, namentlich agrikultureller Natur, bearbeiten.

In England selbst ist man erst vor wenigen Jahren, als eine Konsequenz des zentralisierenden imperialistischen Gedankens, daran gegangen, eine kolonialwirtschaftliche Arbeitsstätte zu schaffen, und zwar wurde in Verbindung mit dem bekannten Imperial Institute ein grosses kommerzielles Museum der einzelnen Kolonien und im Anschluss daran ein „Scientific and technical department“ mit chemischen Laboratorien begründet. Unterstanden diese Schöpfungen bisher einer grossen Gesellschaft, so sind sie jetzt in finanzielle Schwierigkeiten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geraten und von der Regierung übernommen worden. Lehrzwecke im engeren Sinne verfolgte das Institut bisher nicht, wenn auch zuweilen Vorträge über koloniale Fragen dort gehalten wurden; hingegen werden jetzt an der Londoner Universität koloniale Kurse eingerichtet. Die Anzucht und Versendung von Nutzpflanzen wird nach wie vor im botanischen Garten von Kew bei London besorgt, eine grossartige, im übrigen rein wissenschaftliche Institution, die sich namentlich in früheren Jahren auch um das Studium botanischer Kolonialfragen recht verdient gemacht hat, und in ihren Treibhäusern auch den für die Kolonien bestimmten Gärtnern Gelegenheit gab, sich praktisch vorzubilden.

In Holland gibt es eine sehr schöne Institution in dem Kolonialmuseum zu Haarlem, $^1/_2$ Stunde mit der Eisenbahn von Amsterdam entfernt. Es ist ein mit privaten Mitteln begründetes und zum Teil noch erhaltenes, aber von der Regierung mit ziemlich beträchtlichen Summen subventioniertes Museum, das eine sehr reiche Sammlung kolonialer Natur- und Industrieprodukte enthält, ferner eine ziemlich gute kolonialwirtschaftliche Bibliothek, dazu ein schönes chemisches Laboratorium, auch mit einigen Arbeitplätzen für Externe. Ausser dem Direktor, der gleichzeitig das chemische Laboratorium leitet, besteht das Personal noch aus einem Bibliothekar, einem Konservator, einem chemischen Assistenten und einem Entomologen, auch beabsichtigt man noch einen Botaniker daselbst anzustellen. Einen Garten besitzt das Museum, das nur einen Teil eines auch anderen Zwecken dienenden Gebäudes umfasst, nicht, daher auch keine Gewächshäuser. Lehrkurse werden nicht abgehalten, hingegen sollen jetzt an mehreren Universitäten in Holland koloniale Kurse eingerichtet werden, wie solche übrigens auch schon an der landwirtschaftlichen Schule zu Wageningen existieren; einzelne Vorträge über kolonialwirtschaftliche Fragen werden übrigens auch gelegentlich im Kolonialmuseum abgehalten. Eine geregelte Anzucht von Pflanzmaterial für die Kolonien sowie die Heranbildung von Gärtnern findet nicht statt, ist auch nicht von so grosser Bedeutung, weil der botanische Garten von Buitenzorg auf Java diese Aufgabe schon in hinreichender Weise selbst ausfüllt.

Was Belgien betrifft, so besitzt der Kongostaat seit einem Jahre ganz vorzügliche, nur für Nutzpflanzen bestimmte Gewächshäuser in Laeken bei Brüssel, es sind dies augenblicklich wohl die besten diesen Zwecken dienenden Gewächshäuser der Welt; ferner findet sich ein sehr schönes Kongo-Museum in Tervueren bei Brüssel, ein Produkt und Überbleibsel der Kongo-Ausstellung des Jahres 1897, ein Museum, das durch seine vornehme künstlerische Ausgestaltung für Propaganda und allgemeine Lehrzwecke ausserordentlich geeignet

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist, auch durch die teilweise wertvollen Schätze, die es birgt, von wissenschaftlicher Bedeutung ist; hingegen ist es nicht im stande, wirtschaftlichen Zwecken und Arbeiten zu dienen, da bisher keinerlei Arbeitsstätte noch Laboratorium damit verbunden ist. Eine kolonialwirtschaftliche Arbeitsstätte fehlt überhaupt bisher in Belgien. Gärtner für den Kongostaat werden in der Gartenbauschule zu Vilvorde herangebildet, wo auch kolonialwirtschafliche Kurse abgehalten werden. Die Kosten dieser ganzen Einrichtung trägt der Kongostaat, der auch wissenschaftliche Publikationen in schöner Ausstattung herausgibt.

Frankreich besitzt in dem Jardin colonial zu Nogent sur Marne eine ganz neue, aber überaus zukunftsreiche Institution. Eine 4 *ha* grosse Fläche des Bois de Vincennes ist zu einem schönen Kolonialgarten umgeschaffen, der eine Reihe Gewächshäuser moderner Konstruktion besitzt, dazu ein Institut mit Bibliothek, Mikroskopiersaal, chemischem Laboratorium und einem grossen Saal für koloniale Produkte. Ausser dem Direktor des Gartens, der gleichzeitig als Inspekteur général de l'agriculture coloniale Beamter des Kolonialministeriums ist, wirken an dem Garten noch: ein Agronom als Chef de culture des plantes, ein Botaniker als Chef du service botanique und ein Agrikulturchemiker als Chef du service chimique.

Von besonderem Interesse ist aber eine Einrichtung, die erst in diesem Winter in Kraft tritt, nämlich eine Hochschule für koloniale Agrikultur, an der Vorlesungen über folgende Fächer gehalten werden: Prinzipien der kolonialen Agrikultur, Kulturen industrieller und Nahrungspflanzen, koloniale Botanik, koloniale Technologie, koloniale Zootechnik, koloniale Agrikulturtechnik (Bauten, Wasserarbeit und Maschinenkunde), Pflanzenpathologie, koloniale Hygiene, kolonial-landwirtschaftliche Betriebskunde und kolo·niale Verwaltung. Als Lehrer wirken neben den Beamten des Kolonialgartens auch viele Kräfte der Universität und der landwirtschaftlichen Hochschule. Den Unterrichtszwecken dient ein besonderes im Garten errichtetes Gebäude. In Verbindung mit den Vorlesungen finden praktische Übungen statt im Garten, in den Gewächshäusern und in einem in dem Lehrgebäude befindlichen grösseren chemischen Laboratorium. Die Bedingungen zum Eintritt in diese Hochschule sind recht hoch gestellte, trotzdem haben sich schon für das 1. Semester 20 junge Leute, auf welche Zahl das Institut vorläufig nur berechnet ist, angemeldet. Das Institut wird unterhalten durch Jahresbeiträge der französischen Kolonien.

Um stets in enger Fühlung mit der Praxis zu bleiben, veranstaltet das Institut jährlich in Verbindung resp. als Teil der grossen landwirtschaftlichen Frühlingsausstellung in Paris eine Ausstellung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kolonialer Produkte, die in den einzelnen Kolonien von den dortigen Abteilungen für Landwirtschaft gesammelt, auf Regierungskosten nach Paris geschickt und im Jardin colonial zur Aufstellung vorbereitet werden. Selbstverständlich gewähren diese jährlichen Ansammlungen von Kolonialprodukten gleichzeitig auch sämtlichen hauptstädtischen und provinzialen Sammlungen kolonialer Produkte die Möglichkeit, ihre Bestände zu ergänzen resp. zu erneuern. Der Jardin colonial hingegen erlangt durch diese Organisation ausserdem noch den Vorteil, mit den einzelnen Vertretern der kolonialen Landwirtschaft in direkte Berührung zu kommen, die Fortschritte resp. Mängel auf den einzelnen Gebieten kennen zu lernen und sowohl direkt als auch durch Verwaltung der kolonialen Regierungen Einfluss auf die Verbesserung der Landwirtschaft zu üben.

In theoretischer Beziehung lässt sich meiner Meinung nach etwas Systematischeres und Konsequenteres als dieses Institut überhaupt nicht denken; sowohl die wirtschaftliche Arbeit als auch die Lehrtätigkeit findet sich in diesem Institut centralisiert, und ein besonderer Vorteil erwächst demselben auch dadurch, dass der Leiter des Institutes als Abteilungschef der Kolonialbehörde selbständig mit den Kolonialregierungen in Verbindung zu treten vermag. Soll eine wirtschaftliche Frage, beispielsweise eine Verwertungsmöglichkeit, geprüft werden, so werden die Kolonialverwaltungen einfach durch offizielles Schreiben seitens des Chefs des Institutes dienstlich beauftragt, das Material zu senden resp. Enqueten anzustellen. Ob freilich die Sache in der Praxis dauernd gut funktionieren wird, lässt sich noch nicht beurteilen, da einerseits die Stabilität der Organisationen in Frankreich keine sehr grosse ist, andererseits die Mittel zur Instandhaltung des Institutes jährlich von den einzelnen Kolonien bewilligt werden müssen; auch liegt die Gefahr nahe, dass die kolonialen Verwaltungen bei häufigerer Inanspruchnahme wohl vielfach die Anfragen nur in einer formalen Weise erledigen werden.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die rein wissenschaftliche Erforschung der Kolonien aus dem Programm dieses Institutes ausgeschlossen ist; diese liegt den grossen wissenschaftlichen Instituten in Paris ob, speziell dem Musée d'histoire naturelle, wo sich auch die wissenschaftlichen Sammlungen aus den Kolonien konzentrieren. Freilich fehlt dem botanischen Teil des Museums bisher eine rein koloniale Sammlung von Produkten; hingegen ist seit kurzem ein Laboratorium für wissenschaftliche koloniale Arbeiten an demselben Institut eingerichtet, und es ist zu hoffen, dass in Zukunft die wissenschaftliche Bearbeitung der französischen Kolonien wenigstens von botanischer Seite aus intensiver in die Hand genommen wird, als es bisher der Fall war. Eine Interessen-Kollision

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dieses wissenschaftlichen Institutes mit dem wirtschaftliche Zwecke verfolgenden Jardin colonial ist natürlich ausgeschlossen so lange beide Institute nicht ihren Intentionen untreu werden.

Ausser diesen beiden kolonialen Zentren der Hauptstadt, dem wissenschaftlichen im Musée d'histoire naturelle und dem wirtschaftlichen im Jardin colonial, findet sich noch ein koloniales Centrum in Marseille, das unter dem Namen „Institut colonial" ein fast ausschliesslich Produkte umfassendes Kolonialmuseum, eine Bibliothek und einen botanischen Kolonialgarten umfasst; ausserdem hat die Handelskammer eine Reihe kolonialer Lehrkurse geschaffen über vegetabilische, tierische und mineralogische Kolonialprodukte, über Geschichte und Geographie der Kolonien, über Gesetzgebung und Verwaltung derselben, sowie über koloniale Klimatologie, Epidemiologie und Hygiene, während an der Ecole de médecine jener Stadt 5 kolonial-medizinische Kurse abgehalten werden. Während bisher das Museum nur in unzureichenden gemieteten Räumen Aufstellung gefunden hat, ist im Jahre 1898 der Bau eines grossen, allen Bedürfnissen gerecht werdenden Kolonialmuseums von der Stadt beschlossen worden, jedoch konnte die Ausführung desselben wegen schwieriger finanzieller Verhältnisse der Stadt bisher nicht vollendet werden. Wie die ganze Organisation in Zukunft funktionieren wird, lässt sich noch nicht übersehen; die bisherige, recht anzuerkennende Tätigkeit des Museums war mehr auf wissenschaftliches Studium der kolonialen Produkte gerichtet, als auf die Schaffung grösserer praktischer Organisationen und die Lösung komplizierter Aufgaben.

Dieses Institut entspricht in hohem Masse den kolonialen Einrichtungen des botanischen Museums in Hamburg, das sich ja auch um die koloniale Produktenkunde einige Verdienste erworben hat. Es ist ja auch naturgemäss, dass gerade die grossen Handelsstädte berufen sind, die Warenkunde, und zwar speziell die koloniale zu fördern, während die Inangriffnahme komplizierter kolonialwirtschaftlicher Aufgaben besser und naturgemässer in den grossen Zentren und am Sitz der Kolonialverwaltung zu erfolgen hat.

Nachdem wir so den Überblick über die wichtigeren kolonialen wissenschaftlich-wirtschaftlichen Institute vollendet haben, wird es uns nicht schwer werden, die Prinzipien des von uns zu erstrebenden Instituts klarzulegen.

Vor allem ist es über allem Zweifel erhaben, dass ein besonderes Institut geschaffen werden muss, ohne direkte Abhängigkeit von andere Zwecke verfolgenden Instituten. Die Verbindung mit einem rein wissenschaftlichen Institut würde von vornherein verfehlt sein; streng wissenschaftliche und rein praktische Ziele unter einer Leitung würden nur zur Verkümmerung einer der beiden Arbeitsziele führen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass die wissenschaftlichen Institute nicht auch praktische Ziele fördern sollen, aber sie müssen sich die Möglichkeit bewahren, jederzeit einzuhalten, wenn ihre Arbeiten allzuweit in die Praxis führen, ebenso wie auch die praktischen Ziele dienenden Institute sich nicht zu weit in die reine Wissenschaft vertiefen dürfen. Eine enge Anlehnung an andere praktische Institute, speziell an landwirtschaftliche, ist gleichfalls kaum ratsam, weil die momentane, noch wirtschaftlich sehr rückständige Lage der Kolonien hauptsächlich solche Arbeiten erforderlich macht, die sich bei uns schon längst infolge von Arbeitsteilung auf die verschiedensten Institute verteilt haben. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, dass die praktischen Institute in Berlin, soweit sie überhaupt für eine eventuelle Verbindung mit dem neu zu schaffenden Institute in Betracht kommen, sämtlich preussisch sind, während das Kolonialinstitut doch ein Reichsinstitut sein müsste; von Reichsinstituten würde natürlich das Reichsgesundheitsamt für die Angliederung eines kolonial-wirtschaftlichen Institutes an erster Stelle in Betracht kommen, doch würden demselben hierdurch sehr fremdartige Arbeiten aufgebürdet werden.

Es fragt sich aber vor allem, ob es überhaupt zweckmässig ist, ein staatliches Institut zu fordern, ob es nicht vielmehr richtiger ist, wenigstens für die ersten Jahre die Herausbildung desselben der Privatinitiative zu überlassen, sei es ohne, sei es mit staatlicher Unterstützung.

Wir haben in den Nachbarländern die verschiedensten Formen gefunden, eine bisher rein private, erst jetzt verstaatlichte Einrichtung in England, eine private aber staatlich subventionierte in Holland, staatliche, d. h. aus dem Budget der Kolonien unterhaltene Einrichtungen in Belgien und Frankreich, eine vollständig staatliche Einrichtung in den Vereinigten Staaten.

Ich meine, unserm ganzen Charakter nach sind wir den Holländern am ähnlichsten, und gerade in Bezug auf koloniale Fragen sind wir gern geneigt, von ihnen zu lernen. Ich habe eingehend mit den Direktoren der verschiedenen Institute konferiert und bin zu dem Resultat gekommen, dass für deutsche Verhältnisse ein aus privaten Initiativen entstandenes, aber regierungsseitig unterstütztes Institut am passendsten sein dürfte. Als Gegenleistung für die regierungsseitig gewährte Unterstützung hätte dann das Institut die ihm von der Regierung überwiesenen wirtschaftlichen Fragen zu bearbeiten. Es kommt noch hinzu, dass wir in dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee schon eine zur Einrichtung und Verwaltung eines solchen Instituts hinreichend qualifizierte und legitimierte Instanz besitzen, der es wohl gelingen dürfte, die immerhin nicht unbeträchtlichen Geldmittel, welche die erste Einrichtung des Instituts verlangt, aufzubringen; auch dürfte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es im Interesse der Sache liegen, das Institut nicht gleich in zu grossem Umfange zu beginnen, sondern dasselbe allmählich mit wachsenden Bedürfnissen erst ausbauen zu lassen. Diese Entwickelung kann aber eine private Gesellschaft viel leichter inaugurieren als ein von der gesamten Presse sowie vom Reichstag kontrolliertes Reichsinstitut. Bei einem solchen würden die politischen Gegner der kolonialen Entwickelung schon nach dem ersten Jahre fragen: Was hat das Institut geleistet, sind unsere Kolonien wirklich dadurch schon wirtschaftlich weitergekommen? Während es doch klar ist, dass das Institut auch im günstigsten Falle erst nach Jahren auf wirklich offenkundige, auch dem Aussenstehenden unanfechtbare Erfolge wird hinweisen können.

Was die Lokalfrage betrifft, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Nähe der Institute der für koloniale Zwecke wichtigsten Wissenschaften durchaus erwünscht ist. Da aber der botanische Garten und das pharmaceutisch-chemische Institut, die Gärtnereilehranstalt, sowie die biologische Versuchsstation nach Dahlem bei Steglitz verlegt sind resp. werden, da auch andere naturwissenschaftliche Institute wahrscheinlich dort Platz finden werden, da ferner in dem ausgestreckten Domänenterrain in Dahlem ein passender Raum für das Institut leicht zu finden ist, da aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen auch pekuniäre und administrative Vorteile hinzukommen, so würde es mir als das naheliegendste erscheinen, Dahlem an erster Stelle hierfür ins Auge zu fassen.

Was die innere Organisation betrifft, so haben wir sowohl in Haarlem als auch namentlich in Paris gute Vorbilder. Das wichtigste würde ein Gebäude sein, enthaltend einen Arbeitssaal, ein Mikroskopierzimmer, ein chemisches Laboratorium, ein Bibliothekzimmer, einen Saal für eine Produktensammlung, ein Bureauzimmer. Unentbehrlich sind auch einige Warmhäuser und ein Kalthaus für spezielle Versuchskulturen und gelegentliche Pflanzenvermehrung; die Sorge für die Distribution der Kultur- und Nutzpflanzen im grossen könnte man ja wie bisher der botanischen Centralstelle für die Kolonien am botanischen Garten überlassen, da sie ja über grosse Gewächshäuser und ein gut geschultes Gärtnerpersonal verfügt; hierdurch würde man auch mit einem erheblich geringeren Budget auszukommen vermögen als beispielsweise der Jardin colonial in Paris. Was das Personal betrifft, so ist für den Anfang mindestens ausser dem Leiter des Institutes ein Chemiker und ein Landwirt erforderlich, dazu natürlich ein Gärtner und ein Institutsdiener; ein Bibliothekar, der zu gleicher Zeit dem Bureau vorzustehen hat, würde wünschenswert sein. Bei weiterer Ausbildung des Institutes würde ein grösserer Raum für koloniale Maschinen- und Bautechnik erforderlich werden, mit einem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ingenieur resp. einem Baumeister als Leiter. Auch für Tropenhygiene und Tierkrankheiten würde für später ein Saal mit einem medizinisch vorgebildeten Leiter in Aussicht zu nehmen sein, ferner für praktische koloniale Gesteins- und Bodenkunde ein Mineraloge oder Geologe, für Krankheiten der Kulturpflanzen ein Botaniker, für Jagd, Fischerei und Viehzucht ein Zoologe, event. auch ein Entomologe, für Kartographie und Vermessung ein Geograph, für Meteorologie und Klimatologie ein Meteorologe, für koloniales Handwerk und Volksindustrien ein gewerblich ausgebildeter Ethnologe, für Verwaltungs-, Steuer- und Zollwesen ein Regierungsbeamter. Selbstverständlich sind das nur Ausblicke für die Zukunft; man wird sich nach der Decke strecken und auch ohne diese weitere Ausbildung schon nützliches schaffen können.

Unschwer lassen sich natürlich an dieses Institut auch Vortrags- und Arbeitskurse anschliessen, sowohl für koloniale Landwirtschaft, als auch über andere koloniale Gegenstände in ähnlicher Weise wie in Paris; freilich würde dafür ein neues Gebäude, wie in Paris, oder doch ein grösserer Anbau mit Hörsaal und Arbeitsräumen nötig werden. Als Lehrer an diesem Institute würden neben dem eigenen Personale Beamte der wissenschaftlichen und technischen Institute in genügender Auswahl zur Verfügung stehen; schon die in Dahlem in unmittelbarer Nähe befindlichen Institute könnten eine Anzahl Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Es wäre hierbei zu erwägen, ob man nicht gut tun würde, diese Kurse in der Art wie die Ferienkurse auf kurze Zeiträume zusammenzudrängen, damit auch in den Kolonien lebende Beamte, Pflanzer, Kaufleute etc., welche auf Urlaub in Deutschland sind, daran teilnehmen können, da gerade diese bei ihrer praktischen Erfahrung das dankbarste Publikum für diese Kurse sein würden; auch die Realkurse am orientalischen Seminar würden durch Verbindung mit praktischen Unterweisungen und Übungen an dem kolonialwirtschaftlichen Institut erst wirklich zur Bedeutung gelangen.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass das Institut vielleicht später auch für populär-belehrende Zwecke von Bedeutung werden kann. Vorläufig haben wir zwar noch das Kolonialmuseum am Lehrter Bahnhof, das von der jetzigen unter der Kontrolle der Kolonialgesellschaft stehenden Verwaltung langsam nach dieser Richtung hin umgewandelt wird. Aber es befindet sich in gemieteten Räumen, die möglicherweise nur auf wenige Jahre noch zur Verfügung stehen. Es ist bekanntlich auf dem Prinzip der Selbsterhaltung aufgebaut, aber es ist einerseits noch immer fraglich, ob es sich auf diese Weise wird halten können, und andererseits steht dieses Prinzip, das nur durch hohe Eintrittspreise erreicht werden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kann, mit den propagandistischen Zwecken in Widerspruch, da letztere fordern, dass das Museum möglichst weiten Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht wird.

Sollte nun aus dem einen oder anderen Grunde das Museum sich an seinem bisherigen Platze nicht halten können, so wäre ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob man nicht dasselbe in Verbindung mit dem kolonialwirtschaftlichen Institut bringen und nach Dahlem verlegen soll. Jedenfalls würde es dem Institut ein leichtes sein, das Museum in stand zu halten, passend zu erweitern, und das aktuell wichtige dort dem grossen Publikum vorzuführen.

Doch dies sind alles Zukunftsgedanken, die nur insofern schon momentan von Bedeutung sind, als man bei der Auswahl des Platzes die zukünftige Entwickelung jedenfalls in Erwägung zu ziehen hat, um einer etwaigen späteren lokalen Zersplitterung von vornherein vorzubeugen.

Das Resultat dieser Erwägungen möchte ich noch einmal kurz in wenigen Sätzen zusammenfassen:

1. Zur gründlichen Vorbereitung und Organisation kolonialwirtschaftlicher Arbeiten, namentlich solcher grösseren Stiles und komplizierterer Art, und zur Aufbewahrung des wirtschaftlich-wissenschaftlichen Materiales im Interesse der deutschen Schutzgebiete erscheint die Einrichtung eines kolonialwirtschaftlichen Institutes geboten.
2. Es erscheint zweckmässig, dasselbe von Anfang an als selbständiges Institut zu organisieren; ihm aber vorläufig einen privaten Charakter zu geben und es der Leitung und Aufsicht des Kolonialwirtschaftlichen Komitees zu unterstellen.
3. Es ist wünschenswert, das Institut aus kleinen Anfängen heraus sich selbst entwickeln zu lassen; die dazu nötigen Fonds sind soweit möglich auf privatem Wege aufzubringen, von der Regierung ist eine finanzielle Beihilfe zu verlangen, als Entgelt für die Übernahme regierungsseitig gewünschter wirtschaftlicher Aufgaben.
4. Als die geeignetste Lage für das kolonialwirtschaftliche Institut ist Dahlem bei Steglitz anzusehen, wegen der Nähe der grossen naturwissenschaftlichen Institute und wegen des dort billig zur Verfügung stehenden Terrains.
5. Bei der Auswahl des Platzes ist eine spätere Weiterentwickelung des Institutes zu berücksichtigen. Während vorläufig ein kleines Arbeitsgebäude genügen dürfte, wird man für später eine beträchtliche Vermehrung der Arbeitsräume sowie event. auch den Bau eines Lehrzwecken dienenden Gebäudes ins Auge zu fassen haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. **A. Schulte im Hofe,** Berlin: In wissenschaftlichen Kolonialinstituten wurde und wird noch heute mehr auf die Botanik als auf die Chemie Rücksicht genommen. So sind die Arbeiten im botanischen Garten zu Kalkutta fast ausschliesslich botanischer Natur. Der „The Agricultural Ledger, edited by the reporter on economic products to the government of India", Dr. Watt, befasst sich kaum mit chemischen Fragen. Chemische Forschungen auf dem Gebiete der Thee-, Indigo- und anderer Industrien wurden zum Nachteil des Landes vollständig vernachlässigt, obwohl z. B. der Exportwert für Thee mehr denn 100 Millionen Mark beträgt.

In Deutschland hat man den Anforderungen unserer jungen Kolonien entsprechend zunächst eine botanische Zentralstelle eingerichtet, die die Flora unserer Kolonien erforscht und neue Pflanzen einführt. Jetzt beginnen diese Pflanzen Früchte zu tragen und ist es an der Zeit, die Verwertung derselben zu studieren. Hier muss die Chemie einsetzen. Dies war für mich schon vor mehr denn einem Jahre die Veranlassung, der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes eine Denkschrift einzureichen, in der ich für die Errichtung einer kolonial-chemischen Abteilung eintrat. Später und wohl in Folge meiner Anregung befasste sich, wie ich hörte, auch das Kolonialwirtschaftliche Komitee mit dieser Frage, und ich freue mich wieder, dass man heute auch an dieser Stelle für die Errichtung eines kolonialwirtschaftlichen Instituts eintritt. Hauptsache ist aber zunächst, dass, da eine botanische Zentralstelle schon vorhanden, auf die Errichtung einer chemischen Abteilung das Hauptgewicht gelegt wird.

Herr Dr. **Hindorf,** Berlin, meint, das Kolonialwirtschaftliche Komitee habe schon immer praktisch die Wichtigkeit solcher chemischen Untersuchungen anerkannt; es sei auch jetzt bereit, diesen Fragen immer grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn die Untersuchungen noch geringeren Umfang haben, so liegt das teilweise noch an fehlendem Material.

Dr. **Schulte im Hofe:** Die Haupttätigkeit des Leiters einer kolonialchemischen Abteilung besteht nicht in der Ausführung von Analysen, sondern liegt auf dem Gebiete chemisch-wissenschaftlicher Forschungen, wie z. B. der Kakaofermentation etc., und gerade diese Studien setzen reiche Erfahrungen voraus. Durch derartige Forschungen auf dem Gebiete der heimischen Industrien, wie z. B. der Brauerei, haben wir vielfach das Ausland überflügelt. Der Vernachlässigung solcher Forschungen verdankt Indien den schnellen Niedergang der Indigo-Industrie. Der Leiter eines derartigen Instituts hat Fühlung zu nehmen mit den Konsumenten kolonialer Produkte daheim und die Resultate seiner

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Forschungen den chemischen Instituten unserer Kolonien zu übermitteln, die ihrerseits mit den Pflanzern, den Produzenten, in Verbindung stehen. In den Kolonien gesammelte Erfahrungen kommen durch Vermittelung der chemischen Zentralstelle wiederum den Konsumenten zu gute. Da aber die Institute in den Kolonien unter staatlicher Leitung stehen, so muss auch die chemische Zentralstelle in Berlin ein staatliches Institut werden.

Deutschlands Erfolge auf dem Gebiete der Chemie werden von allen Nationen anerkannt. Hohe Zeit ist es aber, dass in der Kolonialwirtschaft die Chemie einsetzt, damit wir auch auf diesem Gebiete nicht nur mit anderen Nationen in gleicher Linie marschieren, sondern denselben zum Besten und zur Ehre des Mutterlandes und seiner Kolonien voranschreiten, wie wir dies auf dem Gebiete der Chemie nicht anders gewöhnt sind.

Freiherr **v. Herman,** Direktor der Königl. Hofdomänenkammer, Stuttgart, betont, wie viel Werte in den Kolonien verloren gehen, weil uns Institute der gewünschten Art fehlen. — Redner weist auf seinen gestrigen Vortrag hin und darauf, dass das in Amerika vorhandene Ackerbauamt mit einem Jahresetat von 14 Millionen Mark arbeitet. Doch so weit dürften wir mit unserer Forderung nicht gehen, wir könnten bescheidener anfangen.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. **Wittmack,** Berlin, empfiehlt, die Universitäten und andere Hochschulen anzuregen, mehr als bisher die kolonialen Interessen zu berücksichtigen. So gut wie von Botanikern schon seit längerer Zeit Vorlesungen gehalten werden, welche koloniale Gegenstände behandeln, dürften sich auch unter den Chemikern Männer finden, welche diesem Zweige ihr Interesse mehr zuwenden. Mancher jüngere Dozent würde gewiss gern eine Vorlesung über die Chemie und Technologie der Kolonialprodukte ankündigen.

Vorsitzender Professor **Kirchhoff** erwähnt, dass an der landwirtschaftlichen Hochschule in Halle solche Vorträge bereits stattfinden. Auch die geographischen Universitätslehrer gehen auf solche Verhältnisse ein, ja an den meisten deutschen Universitäten machen bereits die Schutzgebiete des Deutschen Reiches einen regelmässigen Vorlesungsgegenstand aus.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Sektion II.

# Tropenmedizin und Tropenhygiene.

Obmann: Oberstabsarzt vom Oberkommando der Schutztruppen Dr. **Steudel,** Berlin.
I. Vorsitzender: Geh. Medizinalrat Professor Dr. **Koch,** Berlin.
II. Vorsitzender: Hafenarzt Physikus Dr. **Nocht,** Hamburg.
I. Schriftführer: Marine-Oberstabsarzt Dr. **Arendt,** Berlin.
II. Schriftführer: Professor Dr. **Ostertag,** Berlin.

## Die hygienischen Aufgaben in unseren Kolonien.

Von Physikus Dr. **Nocht**, Hafenarzt in Hamburg.

(Plenarsitzung am 10. Oktober, Vormittag.)

Ich will von der uns zur Verfügung stehenden Zeit nur wenige Minuten für einige allgemeine Bemerkungen in Anpruch nehmen und den Rest der Zeit Herrn Martini für seine Demonstrationen überlassen, die sicher Ihr hohes Interesse erregen werden. Übrigens nehme ich auch an, dass Sie nach all' dem Gehörten lieber etwas sehen als weitere Auseinandersetzungen vernehmen wollen. Ich will daher hier nur mit wenigen Worten den Standpunkt kennzeichnen, den wir heute meiner Ansicht nach in Fragen der Gesundheitspflege in unseren Kolonien einzunehmen haben.

Es ist noch nicht lange her, dass ein bekannter Afrikaforscher resigniert den Ausspruch tat: „Wo Afrika gesund ist, da ist es unfruchtbar, und wo es fruchtbar ist, da ist es ungesund". Pessimisten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

werden behaupten, dass sich darin seither noch nicht viel geändert hat. Und doch ist in der Art, wie wir uns diesen Verhältnissen jetzt gegenüber zu verhalten haben, eine grosse und wichtige Veränderung eingetreten. Bis vor wenig Jahren war man gewohnt, die Gesundheitsverhältnisse einer Gegend dem Klima zuzuschreiben. Man sprach — und dies hört man auch heute noch vielfach — nicht bloss von einem warmen oder kalten, einem feuchten oder trockenen, sondern auch von einem gesunden und ungesunden Klima. Dies hat ja auch, soweit die mehr direkte Einwirkung von Wärme und Kälte, Feuchtigkeit, Regen u. s. w. auf den menschlichen Organismus in Betracht kommt, noch heute seine Richtigkeit, man ging aber weiter und legte dem Klima eine Reihe von Krankheiten zur Last, die zwar in den betreffenden Gegenden einheimisch waren, mit dem Klima aber sehr wenig zu tun haben. Man sprach von Klimafieber, von Akklimatisationskrankheiten, und man hört und liest noch heute vielfach Malaria, Schwarzwasserfieber, Gelbfieber und viele andere tropische Krankeiten als klimatische Krankheiten angesprochen. Damit erhalten alle diese Krankheiten den Charakter des Unabänderlichen, Unvermeidbaren. Das Klima einer Gegend kann man nicht ändern. Man dachte sich die in Rede stehenden Krankheiten erzeugt durch die gemeinsame Einwirkung der Sonne und der atmosphärischen Niederschläge auf den Boden, aus dem dann auf irgend eine geheimnisvolle Weise der Krankheitsstoff, das Miasma, sich entwickeln und die Menschen ergreifen sollte. Diese Anschauungen haben ja auch in der heimischen Hygiene eine Zeitlang eine grosse Rolle gespielt. Unsere gefährlichsten Volkskrankheiten, besonders Typhus und Cholera, sollten Bodenkrankheiten sein, und man suchte ihnen durch die sogenannte „Assanierung" des Bodens zu Leibe zu gehen. Vieles ist ja durch die zu diesem Zwecke unternommenen Massregeln erreicht worden, aber nicht direkt, sondern es ist mehr als Nebenprodukt abgefallen und hätte sich durch direkte Bekämpfung der Krankheiten billiger und eher erreichen lassen. In der Tropenhygiene hat diese Theorie von den Bodenkrankheiten nur noch zu einer Zeit eine Rolle gespielt, als sie für die heimischen Krankheiten schon längst ein überwundener Standpunkt war. Noch vor vier, fünf Jahren konnte man die sonderbarsten Ansichten über die Gesundheitsverhältnisse in überseeischen Gegenden und über das angeblich ganz eigenartige Wesen und die Entstehung der Tropenkrankheiten hören. Erst die Forschungen der letzten Jahre haben ganz mit diesen Anschauungen aufgeräumt. Die wichtigste Tropenkrankheit, die Malaria, ist, was ihr Verbreitungs- und Übertragungswesen betrifft, eine der am besten gekannten Krankheiten geworden. Die Demonstrationen des Herrn Martini werden Ihnen zeigen, dass die Malaria nur sehr wenig mit



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem Boden zu tun hat und durch ganz andere Mittel bekämpft werden muss als durch Assanierung und Trockenlegung des Bodens. Das wären ja auch Unternehmungen, die über unsere menschlichen Kräfte gehen oder erst im Laufe von vielen Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, unter unerhörten Opfern zu erreichen wären. Auch mit dem Klima an sich, ohne die Vermittelung des Bodens, hat die Malaria nur einen sehr indirekten Zusammenhang. Die sogenannte tropische Malaria ist durchaus keine dem Tropenklima eigentümliche Krankheit, sie kommt z. B. auch in Europa bis weit nach Norden, in den norditalienischen Alpentälern, bis Istrien und Dalmatien, und vielleicht noch nördlicher vor. Ihre Bösartigkeit in den Tropen hat hauptsächlich ihren Grund in der Nichtbeachtung der ersten und der kleineren Anfälle überhaupt und in der unregelmässigen und unzureichenden Behandlung. Die meisten Malariakranken behandeln sich ja selbst und haben über ihr Leiden ihr eigenes, durch Sachkenntnisse nicht getrübtes Urteil.

Wir müssen jetzt streng unterscheiden zwischen den eigentlichen klimatischen Krankheiten, d. h. solchen, die mehr direkt durch Sonnenstrahlung, Hitze, Abkühlungen und Durchnässungen hervorgerufen werden, und den tropischen Infektionskrankheiten. Je mehr sich unsere Kenntnisse in diesen Dingen erweitern, desto mehr verringert sich die Zahl der eigentlichen klimatischen Krankheiten, d. h. derjenigen, deren Ursache, das Klima, nicht wegzuschaffen ist. Bei geeigneter Lebensweise belästigt zwar das Tropenklima an sich viele erwachsene Europäer, es vermag aber ihre Gesundheit nicht wesentlich zu schädigen. Auf der anderen Seite erweitert sich der Kreis der tropischen Infektionskrankheiten immer mehr, und wir gelangen mehr und mehr zu der Überzeugung, dass nicht die klimatischen Verhältnisse, sondern die Infektionskrankheiten die Gesundheitsverhältnisse in den Tropen bedingen. Neben den in den Tropen heimischen Infektionskrankheiten, wie Malaria und Ruhr, treten auch die Infektionskrankheiten der gemässigten Zone in den Tropen mehr und mehr in den Vordergrund. Insbesondere sei hier darauf aufmerksam gemacht, dass der Abdominaltyphus sich in den Tropen ebenso leicht und auf dieselbe Weise ausbreitet wie bei uns. Während er in unseren im engeren Tropengürtel belegenen Kolonien bisher nur sporadisch vorgekommen ist, hat er in Deutsch-Südwestafrika schon schwere Verheerungen angerichtet, und mit zunehmendem Verkehr wird auch die Gefahr seiner Verbreitung im tropischen Ost- und Westafrika immer ernster zu nehmen sein. In einigen englischen westafrikanischen Tropenplätzen soll der Typhus neueren Nachrichten zufolge schon recht verbreitet sein. Pest und Cholera haben wir bisher von unseren tropischen Kolonien ferngehalten, es bedarf aber fortgesetzt der an-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gestrengten Aufmerksamkeit, um jede etwaige Einschleppung sofort zu erkennen und die Gefahr der Weiterverbreitung im Keime zu ersticken.

Alle diese Infektionskrankheiten, sowohl die fremden Volksseuchen, wie Pest und Cholera, wie die heimischen, welche z. T. aus der gemässigten Zone in die Tropen verschleppt wurden, wie Typhus, Tuberkulose, Pocken, wie endlich die sogenannten klimatischen oder endemischen Infektionskrankheiten, wie Malaria, tropische Ruhr, sind wesensgleich und müssen nach denselben Grundsätzen bekämpft werden, sie werden durch belebte Krankheitserreger erzeugt und verbreitet. Ob wir diese mikroskopisch kleinen Lebewesen mehr zu den Tieren, wie z. B. die Malariaparasiten, oder mehr zu den Pflanzen, wie die Bakterien, rechnen, oder ob sie vorzugsweise durch menschliche Auswurfstoffe (von Kranken), wie bei der Tuberkulose, dem Typhus, der Cholera, oder durch das Wasser oder Nahrungsmittel oder endlich durch Tiere, kleine oder grosse, wie durch Mücken bei der Malaria, oder durch Ratten bei der Pest, verbreitet werden, ist im grunde genommen gleich. Es ist nicht die allgemeine Umgebung des Menschen, das Klima oder der Boden, sondern es sind ganz bestimmte greifbare Objekte, Auswurfstoffe, Nahrungsmittel, Wasser oder bestimmte Tiere, die den Krankheitsstoff von einem Menschen zum anderen hinüberführen. Nach der Natur der Krankheitserreger und der Übertragungswege muss für jede Krankheit besonders erwogen werden, wo wir den Krankheitsstoff am besten angreifen und vernichten können und ob wir die Verbindungskette vom Kranken zum Gesunden besser an einem Punkte durchbrechen oder an möglichst vielen angreifen.

Wir haben nun eine Autorität, die nicht bloss in der Auffindung und dem Studium der Lebensbedingungen der verschiedenen Krankheitserreger, sondern auch auf praktischem Gebiet in der Bekämpfung unserer heimischen Infektionskrankheiten uns bisher unfehlbar die Wege gewiesen hat und unter deren Führung wir zu wahrhaft glänzenden Ergebnissen in der Bekämpfung unserer heimischen Infektionskrankheiten und der Besserung unserer gesamten Gesundheitsverhältnisse gelangt sind, und diese Autorität geht nun hinaus und zeigt uns, wie wir die wichtigste Infektionskrankheit in den Tropen, die Malaria, bekämpfen müssen. Ist es da nicht Pflicht jedes Tropenarztes, sich ungeachtet aller eigenen Kritik und Erfahrung erst einmal das zu eigen zu machen, was die bewährte Autorität als das Richtige erkannt hat, und das erst einmal im eigenen Wirkungskreise ernst und mit Eifer zu versuchen, ehe die Kritik einsetzt? Leider ist das bisher nicht in dem wünschenswerten Masse der Fall gewesen. Viele haben, ehe sie die Sache ernsthaft versuchten, nur



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kritik geübt und noch weiter nichts getan. Es ist ja natürlich sehr erwünscht, dass ein jeder auf seinem Gebiete und an seinem Platze weiterforscht und seine Erfahrungen veröffentlicht, aber zum praktischen Handeln sollten doch zunächst einmal alle an einem Strange ziehen. Sonst wird garnichts erreicht.

R. Koch hat an einem praktischen Beispiele in Neu-Guinea gezeigt, wie es gemacht werden muss, und dass es selbst in einem so viel grösseren und verkehrsreicheren Orte wie Dar-es-Salam, wenn auch langsamer und schwieriger, auf demselben Wege vorwärts geht, zeigt jetzt Ollwig, der zunächst in einem Stadtteil angefangen hat und jetzt erst seine Kreise über die weitere Stadt zu ziehen beginnt. Freilich Geduld und Fleiss und Einsetzen der ganzen Kraft gehören zu solchen Unternehmungen. Durch Nebenaufgaben, wie sie z. B. auch die gewöhnliche Tagespraxis stellt, dürfen diese Ärzte nicht behindert sein. Die Kolonial-Abteilung hat nach der Kochschen Hauptexpedition schon mehrere andere Expeditionen in verschiedene Gegenden ausgesandt, die nichts anderes als die Bekämpfung der Malaria zur Aufgabe haben. Auch von diesen Expeditionen sind jetzt z. T. schon Berichte und zwar im günstigen Sinne eingetroffen. Auch die Privatunternehmungen sollten sich hierbei mehr als bisher beteiligen; denn die aufgewandten Mittel werden sich reichlich lohnen. Die Malariabekämpfung scheint mir überdies verhältnismässig billiger zu bestreiten zu sein, als die jeder anderen Infektionskrankheit, die Pocken vielleicht ausgenommen. Mit wenigen 1000 Mark jährlich lässt sich da schon sehr viel erreichen. In den englischen tropischen Kolonien wird die ganze Malariabekämpfung fast allein mit privaten Mitteln betrieben. Viele Tausend Pfund sind von Privaten dafür schon gestiftet worden. Das Liverpooler tropenhygienische Institut wird m. W. ganz allein aus privaten Mitteln unterhalten, und die zahlreichen von dort ausgesandten Expeditionen teils nach Afrika zur Malariabekämpfung, teils nach Amerika zur Gelbfiebererforschung sind alle von Privatleuten mit Mitteln ausgestattet und allein mit Privatmitteln ausgeführt worden. Die, welche die Mittel hergeben, sind nicht nur Plantagen- und Siedelungsgesellschaften, sondern vielmehr noch Grosskaufleute, deren Handel in den Gegenden liegt, deren Gesundheitsverhältnisse verbessert werden sollen, und diese Leute betrachten ihr Geld sicher nicht als zum Fenster hinausgeworfen, sondern erwarten als praktische Männer Früchte davon, nicht bloss fürs allgemeine, sondern für ihren Handel und ihr Geschäft. Möchten doch auch unsere Grosskaufleute einen solchen weiten Blick beweisen. Es handelt sich ja nicht um wissenschaftliche Forschungsexpeditionen mit unbekannten Ergebnissen, sondern um die Anwendung bekannter Methoden und die Erreichung bestimmter praktischer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Resultate. Die Ärzte, die hinausgeschickt werden, müssen allerdings vorzugsweise Hygieniker sein und nicht bloss mit der Bekämpfung der heimischen Infektionskrankheiten Bescheid wissen, sondern sich durch spezielle Vorbildung mit den Tropenkrankheiten, insbesondere mit der Malaria und ihrer Bekämpfung vertraut gemacht haben. Sie dürfen sich von ihrer praktischen Hauptaufgabe, die Malaria auf dem von Koch vorgezeichneten Wege zu bekämpfen, auch nicht durch eigene oder fremde Kritik und auf beschränktem Gebiet gemachte Beobachtungen abhalten lassen.

Die Gelegenheit zur Vorbereitung für diese Aufgaben ist jetzt bei uns gegeben. Abgesehen von den von Herrn Geh.-Rat Koch selbst in seinem Institute ausgebildeten Ärzten haben im Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten seit seiner Eröffnung Januar 1901 74 Ärzte, die in die Tropen gingen, Vorbereitungskurse durchgemacht, darunter 41 Ärzte der Kolonial-Abteilung und der Schutztruppen. Das Oberkommando der Schutztruppen und die Kolonial-Abteilung lassen jetzt alle Ärzte, die in ihrem Auftrage in die Tropen gehen, einen solchen Vorbereitungskursus in Hamburg durchmachen.

Die Hygieniker unter den Tropenärzten sind wohl darin einig, dass von allen kolonialen Fragen die der Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse in den Tropen die meiste Aussicht auf befriedigende, baldige Lösung hat, und ich möchte diese kurzen Ausführungen damit schliessen, dass ich den beim Beginn meiner Bemerkungen citierten Ausspruch des Afrikaforschers verändere und behaupte: „Mögen unsere tropischen Kolonien zum Teil ungesund sein. Uns sind die allgemeinen Grundsätze und Mittel bekannt, mit denen sie gesund gemacht werden können. Erfolge dürfen zwar nicht im Handumdrehen erwartet werden, aber doch in verhältnismässig kurzer Zeit und mit verhältnismässig geringem Geldaufwand. Wir können unsere Kolonien gesund machen, und darum sollen und müssen sie gesund gemacht werden."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Malariaparasiten und ihre Überträger.

(Mit Projektionsbildern.)

Von Marinestabsarzt Dr. **Erich Martini,** Berlin.
Kommandiert zum Institut für Infektionskrankheiten.

(Plenarsitzung am 10. Oktober, Vormittag.)

---

Die Demonstrationen, die ich heute zu geben habe, betreffen die Erreger der Krankheit, die zu den Hauptfeinden des Kolonisten in den Tropen zu zählen ist, die Parasiten der Malaria, und ihre Überträger, die Mückenart Anopheles. Ehe ich dazu übergehe, muss ich einige kurze Erläuterungen vorausschicken.

Die Malariaparasiten, nur mit starker mikroskopischer Vergrösserung sichtbar, bewegen sich im Blute und ernähren sich vom Blute des Malariakranken; sie befallen die roten Blutkörperchen. Um verständlich zu machen, was das für den menschlichen Organismus bedeutet, muss ich einiges über die Zusammensetzung des Blutes hier einflechten. Das Blut besteht bekanntlich aus Blutflüssigkeit, den roten und weissen Blutkörperchen; die in ihrer Bedeutung noch unerkannten Blutplättchen können hier ausser betracht bleiben. Die roten Blutkörperchen sind die Träger der luftförmigen Nahrung, des Sauerstoffes, der bei der Einatmung durch die Lungen aufgenommen und dann von den roten Blutkörperchen gebunden wird. Letztere verteilen ihn darauf bis in die feinsten Gewebe des Körpers, eine für die Erhaltung des Lebens unerlässliche Arbeitsleistung. Diese wichtigen Gebilde werden von den Parasiten in grosser Zahl zerstört. Der Malariakranke verliert unter den Fieberanfällen mit der Zeit sehr an Kräften und bekommt ein blasses Aussehen; er wird blutarm.

Unter den Parasiten gibt es drei Arten, den des Quartan-, des Tertian- und den des Tropicafiebers. Bei der ersten Art erscheint das Fieber jeden vierten, bei der zweiten jeden dritten Tag und bei der tropischen Art zieht es sich über zwei Tage hin. Der Fieberanfall beginnt, während die im Blute befindlichen ausgewachsenen Parasiten sich zu teilen, sich zu vermehren anfangen. Als Jugendform aller drei Arten lässt das Mikroskop bei Anwendung bestimmter Färbungsmethoden das Bild eines Ringes mit kleinem Knöpfchen erkennen; in Wahrheit sind es blasige Gebilde, die den roten Blutkörperchen sich anheften. Alsdann wachsen sie bis zum nächsten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fieberanfall allmählich zu vermehrungsreifen Parasiten aus, bei der Quartana zunächst zu bandförmigen, bei der Tertiana zu grossen mit fussartigen Fortsätzen versehenen Parasiten, bei der Tropica zunächst zu feinen, grösseren Ringen. Kurz vor dem Fieberanfall sind wieder zur Vermehrung reife Formen fertig, bei deren Teilung der Fieberanstieg sich vollzieht; eine nähere Beschreibung dieser Vermehrungsformen erübrigt im Hinblick auf die überzeugenden Lichtbilder.

Die bisher geschilderten Gebilde haben für eine Weiterverbreitung der Malaria keine unmittelbare Bedeutung. Eine Anzahl Parasiten von jeder der drei Arten wächst aber zu Dauerformen aus, Sphären, wie diese Gebilde bei Quartana und Tertiana, Halbmonde, wie sie bei Tropica nach ihrer Gestalt bezeichnet werden. Von diesen Dauerformen werden — in einer besonderen, etwa zehntägigen Entwickelung — ausserhalb des menschlichen Körpers in einem sogenannten Zwischenwirt Gebilde erzeugt, welche die Fähigkeit besitzen, bei einem anderen Menschen, sobald sie aus diesem Zwischenwirt in sein Blut gelangen, sich zu den obengenannten Teilungsformen der Parasiten umzubilden, sich zu vermehren und somit Malaria hervorzurufen. Diese besondere Entwickelung machen die Dauerformen in einer Mücke durch, die durch Saugen mit ihrem Stechapparat vom malariakranken Menschen solche Dauerformen sich verschafft hat. In dieser Mücke entwickeln sich aus ihnen, sobald warme Aussentemperatur herrscht, bei uns während der Sommerzeit, in der erwähnten Reihe von Tagen nach einer Anzahl besonderer Entwickelungsstufen die — ihrer sichelförmigen Gestalt wegen — sogenannten Sichelkeime; diese werden in der Giftdrüse der Mücke abgelagert. Sticht nun eine solche Sichelkeime führende Mücke einen gesunden Menschen, so flösst sie ihm aus ihrer Giftdrüse mittels des Stechrüssels diese Keime ins Blut ein; der Mensch bekommt Malaria.

Die Mückenart, welche diese tückische Eigenschaft hat, ist die Gattung Anopheles. Sie ist leicht unter den anderen Mücken zu erkennen, schon an ihrer eigentümlichen Haltung beim Sitzen; sie hängt z. B. gerade jetzt zur Herbstzeit in niedrigen Kellerräumen an den Vorderfüssen haftend, fast senkrecht von der Decke herab, während Mücken der anderen einheimischen Gattung, Culex, nahezu parallel der Decke ansitzen. Deutlich zu unterscheiden sind sie am Kopf. Während das Weibchen der Gattung Culex als Tastorgane nur zwei kurze Stummel hat, ist das Anophelesweibchen durch zwei Taster ausgezeichnet, die mit dem Rüssel gleich lang sind. Ich hebe den weiblichen Teil der Familie absichtlich hervor; denn die Weibchen sind allein die blutdürstigen Kannibalen, während die Männchen, harmlose Vegetarianer, sich von Pflanzensäften ernähren.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ich will nunmehr zur Vorführung der Lichtbilder, mikro-photographischer Aufnahmen des Herrn Professor Zettnow, übergehen, welche, mit Zeissschem Projektionsapparat entworfen, die Malariaparasiten in ihren Arten und Entwickelungsstufen, sowie ihre Überträger, die Anopheles, zeigen.

## Über Malariamücken in den deutschen Kolonien.

Von Geh. Medizinalrat Professor **W. Dönitz,** Steglitz.

Wegen Erkrankung des Vortragenden vorgelesen von Professor **Elsner**.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Die Erkenntnis der Tatsache, dass für den Europäer die Bewohnbarkeit heisser Länder, besonders aber der Tropen, wesentlich davon abhängt, ob sie frei von Malaria sind, veranlasste Robert Koch, eine Zeitlang seine ganze Arbeitskraft der Malaria zuzuwenden. Bevor aber die Aufgabe, schwer verseuchte Gebiete von der Malaria zu befreien, in Angriff genommen werden konnte, mussten einige Vorfragen erledigt werden, deren Lösung gleichzeitig von einer grösseren Zahl von Forschern angestrebt wurde.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, soll hier wenigstens hervorgehoben werden, dass die Richtung, nach welcher sich die Untersuchungen bewegen mussten, durch zwei an Tieren gemachte Beobachtungen vorgezeichnet war. Es hatte nämlich Theobald Smith im Verein mit Kilborne in Amerika gefunden, dass das sogenannte Texasfieber, bei uns unter dem Namen des Blutharnens der Rinder bekannt, durch Parasiten der roten Blutkörperchen veranlasst wird, welche einen Teil ihrer Entwickelung ausserhalb des Körpers der Rinder, und zwar in gewissen Zecken, durchmachen. Die zweite Tatsache stellte Ronald Ross in Indien fest, dass nämlich ein Parasit der roten Blutkörperchen mancher Vögel seine Weiterentwickelung in Mückenarten durchmacht. Das wies darauf hin, dass auch die von Laveran entdeckten, in den roten Blutkörpern des Menschen lebenden Parasiten des Wechselfiebers (Malaria, Paladismus) ihre Weiterentwickelung in einem Insekt durchmachen würden, und Ron. Ross selber bezeichnete schon gewisse Mücken, welche dem Genus

Anopheles angehören, das sich leicht von den gewöhnlichen Stechmücken aus dem Genus Culex unterscheidet. — In der Folge hat sich denn auch herausgestellt, dass praktisch nur Arten von Anopheles an der Verbreitung der Malaria beteiligt sind. Nachdem R. Koch dann noch experimentell und durch ausgedehnte Blutuntersuchungen festgestellt hatte, dass unter den Wirbeltieren, deren er habhaft werden konnte, kein einziges, nicht einmal der Orang Utang, der dem Menschen so nahe stehen soll, geeignet ist, dem menschlichen Wechselfieberparasiten als Wirt zu dienen, konnte er an seine eigentliche Aufgabe, die Unterdrückung der Malaria, herangehen.

Der Plan bestand darin, den Kreislauf des Lebens der Parasiten, der sich zwischen Mensch und Mücke abspielt, an irgend einer Stelle zu unterbrechen. Wenn das gelingt, ist die Möglichkeit gegeben, das Wechselfieber überhaupt auszurotten. Es handelt sich also darum, entweder die Mücken unschädlich zu machen, in der Weise, dass sie keinen gesunden Menschen zu infizieren vermögen; oder aber, den Menschen unschädlich zu machen, so dass sich an ihm keine Mücke infizieren kann. Dass R. Koch durch ein grossartig angelegtes Experiment in einer der mörderischsten Malariagegenden, in Neu-Guinea, gezeigt hat, dass man sämtliche Wechselfieberkranke eines bestimmten Gebietes durch methodischen Chiningebrauch gesund, und damit unschädlich zu machen vermag, ist Ihnen bekannt, und über eine unter viel schwierigeren sozialen Bedingungen unternommene Wiederholung dieses Experimentes auf europäischem Boden wird Ihnen mein Kollege, Herr Professor Frosch, berichten.

Bei allen diesen Untersuchungen wurde aber auch der Mückenfrage besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und da auch von anderen Forschern gründliche Untersuchungen über die Anopheles angestellt worden sind, so lassen sich daraus jetzt schon brauchbare Gesichtspunkte für die Hygiene der Malaria in praktischer und in wissenschaftlicher Beziehung gewinnen.

Da mir Herr Geh. Rat Koch seine Mückensammlung zur Durchsicht übergab, hatte ich Gelegenheit, an einem ausserordentlich reichhaltigen Materiale gewisse Fragen zu studieren. Die Hauptmasse der Mücken stammte aus Holländisch-Indien, wo der Chef des Militär-Gesundheitswesens, Herr Kolonel de Freijtag, in dankenswerter Weise dafür sorgte, dass in fast sämtlichen über die weite Ausdehnung des Inselreiches verstreuten Krankenhäusern Mücken in den Krankensälen für R. Koch gesammelt wurden.

Dazu kam das ganze in Neu-Guinea, sowohl auf der Hauptinsel wie auf Neu-Pommern gesammelte Material. Auch von den Karolinen und von Hongkong war einiges darunter. Aus Afrika hatten unsere Kolonien und Ägypten recht brauchbares Material geliefert.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine der ersten Fragen, die sich aufdrängten, war die: Wie verhalten sich die einzelnen Anopheles-Arten zu den verschiedenen Arten der Wechselfieberparasiten? Es behauptet zwar Laveran, der Entdecker dieser Parasiten, auch heute noch, dass es nur eine einzige Art gibt, die unter verschiedenen Formen auftritt, aber die meisten Forscher haben sich der Ansicht Kochs angeschlossen, dass es deren drei gibt: 1. den Parasiten des gewöhnlichen Wechselfiebers der gemässigten Zone, das aber auch in den Tropen vorkommt, Febris tertiana; 2. den Parasiten des so schwer zu heilenden viertägigen Fiebers, der Febris quartana, und 3. den Parasiten des besonders in den Tropen heimischen Fiebers, das aber auch in Südeuropa nicht selten ist und in Italien als Aestivo-autumnal-Fieber, von Koch einfach als Tropenfieber bezeichnet wird.

Für Südeuropa nun kann man es als ausgemacht ansehen, dass alle drei Fieberformen durch den gemeinen europäischen Anopheles, An. maculipennis Meigen (An. claviger Fabricius) verbreitet werden, d. h. wenn diese Mücke Blut gesaugt hat, welches die Geschlechtsformen irgend einer der drei Arten von Parasiten enthält, so entwickeln sich diese Parasiten im Körper der Mücke in der Art weiter, dass sie auf andere Menschen übertragen werden, wenn diese Mücke sie sticht.

Für die Kolonie Neu-Guinea liess sich diese Frage in Bezug auf eine andere Art in derselben Weise entscheiden. Von Neu-Pommern nämlich, wo alle drei Arten von Fieber vorkommen, ist nur eine einzige Anophelesart bekannt, welche ich An. punctulatus genannt habe. Diese Art muss also auch im stande sein, alle drei Arten von Fieberparasiten zur weiteren Entwickelung zu bringen. Für die Hauptinsel liegen die Verhältnisse etwas anders. Auch dort hatte der Fang in Stephansort während der ersten sieben Monate dieselbe Art Anopheles ergeben; dann aber kamen zuerst einzelne, später mehr Individuen einer anderen Art hinzu. Da nun das Einsammeln der Mücken immer von denselben Personen an denselben Orten besorgt wurde, so ist es fast undenkbar, dass man diese zweite Art nicht sollte gefunden haben, wenn sie in den ersten sieben Monaten des Sammelns überhaupt dort geflogen hätte. Man wird deshalb veranlasst, eine unter unseren Augen geschehene Einwanderung dieser von mir An. vagus genannten Art anzunehmen. Gestützt wird diese Vermutung durch folgende Beobachtungen.

An. vagus ist eine der gemeinsten Arten auf den grossen Sunda-Inseln, und auch in Indien ist eine sehr ähnliche Art, vielleicht nur eine Abart, recht häufig. Da sie nun in den westlichen Teilen des Gebietes unter zahlreichen anderen Arten so gut gedeiht, so muss man Sumatra und Java als das Verbreitungszentrum dieser Art an-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sehen. Im Osten dagegen, auf Celebes, und auch auf Ceram, wurde neben dieser Art keine andere gesammelt. Aber selbst wenn man dort noch die eine oder die andere Art finden sollte, so würden diese beiden Inseln immer noch in einem Gegensatz zu Sumatra und Java stehen. Geht man von Neu-Guinea aus noch weiter östlich, so fehlen die Anopheles ganz. Sie fehlen aber auch nachweislich auf vielen der kleinen Inseln, welche die grösseren Inseln der Molukken und der Neu-Guineagruppe umgeben, obgleich diese geologisch wohl als gleichaltrig mit den Hauptinseln zu betrachten sind, so dass man auf ihnen die gleiche Fauna erwartet. Alle diese Erscheinungen lassen sich am einfachsten durch die Annahme erklären, dass hier gewisse Anophelesarten auf der Einwanderung in das noch freie Gebiet begriffen sind, und zwar An. vagus von den Sunda-Inseln über die Molukken nach Neu-Guinea, und An. punctulatus von der Hauptinsel von Neu-Guinea nach Neu-Pommern und wohl noch weiter. Entgegen der Ansicht, die besonders von englischen Forschern geäussert wurde, spreche ich mich mit Entschiedenheit dahin aus, dass die Anopheles in der Südsee fehlen, nicht etwa, weil es ihnen an den nötigen Lebensbedingungen mangelt, oder weil ihnen dort feindliche Einflüsse irgend welcher Art entgegenstehen, sondern weil sie nicht zur ursprünglichen Fauna gehören und bisher dort noch nicht eingewandert sind.

Nun ist es aber ziemlich unwahrscheinlich, dass diese Arten sich freiwillig auf die Wanderschaft begeben haben; viel näher liegt die Annahme, dass sie durch den sich immer mehr entwickelnden Handelsverkehr, besonders auch durch den Verkehr der Eingeborenen untereinander, von einer Insel zur anderen verschleppt werden, und es steht zu befürchten, dass sie binnen kurzer Zeit auf diese Weise auch Besitz von den eigentlichen Südsee-Inseln, also auch von unserem Teile von Samoa, ergreifen werden. Ich sage, es ist zu befürchten, denn man kann sicher sein, dass den Anopheles das Fieber auf dem Fusse folgen wird, weil Fieberkranke, an denen sich die Mücken anstecken können, überall und zu jeder Zeit in den Tropen anzutreffen sind und auch nach den Südsee-Inseln kommen, die jetzt noch vollständig frei von einheimischer Malaria sind. Dass die lästigen Stubenfliegen und gewöhnliche Stechmücken, Culices, erst vor hundert Jahren durch den zunehmenden Verkehr auf den Karolinen eingeschleppt worden sind, wird von den Eingeborenen von Ponape mit grosser Entschiedenheit behauptet.

Ob auch in Afrika solche Wanderungen stattfinden, lässt sich zur Zeit noch nicht entscheiden, weil die Kenntnis der Arten und somit auch ihrer geographischen Verbreitung noch sehr im argen liegt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine weitere Frage harrt noch der Erledigung, nämlich die Festsetzung derjenigen Arten, welche für die Wechselfieberparasiten als Zwischenwirt dienen, im Gegensatz zu denjenigen, welche für den Menschen in dieser Beziehung unschädlich sind. Dass man gelegentlich diese Frage rein auf Grund der geographischen Verbreitung einer Art entscheiden kann, habe ich bei Besprechung des Anopheles punctulatus auf Neu-Pommern erwähnt. Aber so günstig liegen die Verhältnisse nur in seltenen Fällen. Gewöhnlich wird man diese Frage nur durch das Experiment beantworten können, und das ist recht mühselig und nicht immer unbedenklich, weil man nur am Menschen experimentieren kann und die Malaria keine gleichgültige Krankheit ist.

Diese Experimente bestehen bekanntlich darin, dass man die fragliche Anophelesart an einem mit Fieber behafteten Menschen Blut saugen und nach ungefähr 8 Tagen einen bis dahin gesunden Menschen von denselben Mücken stechen lässt, um zu sehen, ob er danach das Fieber bekommt. Der Versuch ist schon wiederholt ausgeführt worden, und zum Teil haben sich in gewiss sehr anerkennenswerter Weise Ärzte selber dazu hergegeben. Leider aber sind nur wenige Versuche beweiskräftig, weil das Blut, welches man die Mücken saugen liess, die Parasiten nicht immer als Gameten (Sphären oder Halbmonde), also in demjenigen Entwickelungsstadium enthielt, von welchem aus sie sich im Körper der Mücke weiter zu entwickeln vermögen. Mit den mir aus unseren afrikanischen Kolonien bekannt gewordenen Arten ist, so viel ich weiss, in dieser Weise überhaupt noch nicht experimentiert worden. Sie sehen also wohl, in Afrika bleibt in Bezug auf die Anopheles noch viel zu tun übrig.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Lebensweise dieser Tiere, um zu sehen, ob hier nicht Angriffspunkte für die Bekämpfung des Fiebers zu finden sind.

Man weiss jetzt, dass sie ihre Eier in jede Art von Wasseransammlungen legen, vorausgesetzt, dass das Wasser nicht fliesst, nicht gar zu schmutzig ist, und dass etwa vorhandener Pflanzenwuchs nicht etwa die ganze Oberfläche bedeckt. Man hat deshalb vorgeschlagen, die Mückenlarven im Wasser zu vergiften, oder das Wasser mit einer Schicht Petroleum zu bedecken, um die auf Luftatmung angewiesenen Larven zu ersticken. Beides ist unpraktisch und nutzlos, denn durch das Gift unterdrückt man auch jedes andere Leben und macht aus einem schön bewachsenen Teich einen stinkenden Pfuhl, und das Petroleum zieht sich bald auf kleine Flächen zusammen und gibt den grössten Teil der Oberfläche den Mücken zu neuer Eierablage wieder frei. Ausserdem hat sich gezeigt, dass die Anopheles mit den geringsten Wassermengen fürlieb nehmen; in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wasser, das sich in dem Untersatz eines Blumentopfes, in einer weggeworfenen Blechbüchse, in einer Bananenschale, zwischen ein paar unbeachteten Steinen ansammelt, hat man schon die Larven gefunden. Sie dort direkt auszurotten, ist unmöglich. Deshalb wird man in den Tropen die Mückenplage nie los werden, aber man wird sie vielleicht stellenweise verringern können, wenn man in der Umgebung der Wohnstätten keine Zierteiche anlegt und sonst nach Möglichkeit dafür sorgt, dass Wasser dort nicht stagniert.

Es empfehlen sich ferner zur Anlegung der Wohnhäuser höher gelegene Stellen, weil es dort luftiger ist. Alle Stechmücken nämlich meiden den Luftzug und verkriechen sich vor dem Winde; auch lieben die Anopheles nicht in die Höhe zu fliegen. Deshalb erkrankten früher in Neapel, als das Fieber dort noch häufiger war, die Bewohner höherer Stockwerke selbst unten längs des Strandes viel seltener als die des unteren Stockwerkes.

Dass man sich durch Drahtgitter, dicke Handschuhe und Schleier die Anopheles vom Leibe halten kann, ist von vornherein klar, und ebenso, dass ein gutes Mosquitonetz während der Zeit, wo man es benutzt, einen sicheren Schutz gewährt. Deshalb erscheint es als selbstverständlich, dass man in Italien einzelne Bahnwärter mit ihren Familien gegen Malaria hat schützen können. Dass aber diese Methode nicht allgemein anwendbar ist, dürfte einem jeden klar sein, der die Tropen kennt.

So lassen sich also aus der Lebensweise der Anopheles keine Anhaltspunkte gewinnen, welche von wesentlichem Nutzen für die Malariabekämpfung wären, und wir werden immer wieder auf die von Koch angegebene und geübte Methode hingewiesen, so hohe Anforderungen sie auch oft an die Energie des Arztes wie der Kranken stellen mag.

Zum Schluss lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Epidemiologie der Malaria machen.

In Deutschland ist die Krankheit in den letzten 30 Jahren fast vollständig erloschen, nirgends mehr als Epidemie aufgetreten. Aber auch in den Tropen sind ähnliche Beobachtungen gemacht worden. So gilt Batavia, das früher als mörderisches Fiebernest verrufen war, jetzt als gesunde Stadt. Augenscheinlich hat die ausgiebige Anwendung des Chinins dabei das Wesentlichste getan. Aber geht man unbefangen an die Prüfung der Tatsachen, so kann man sich doch des Eindruckes nicht erwehren, dass auch andere Verhältnisse hierbei eine Rolle gespielt haben könnten, wie etwa die Aufbesserung der ganzen Lebensführung breiter Volksschichten und die Änderung mancher Lebensgewohnheiten. Wo man z. B. an der friesischen Küste die schiffskojenartigen Schlafstellen, die den Anopheles die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schönsten Verstecke boten, aufgegeben und mit luftigeren Schlafräumen vertauscht hat, mag das nicht ohne Einfluss gewesen sein. Auch das Aufgeben der Gewohnheit, mit dem Vieh in demselben Raume zu schlafen, ist gewiss sehr nützlich gewesen, denn nun ziehen sich die Anopheles lieber nach den warmen Viehställen als nach den Wohnzimmern der Menschen. — Auch an klimatische Einflüsse wird man denken, und man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, — beobachtet ist es noch nicht, — dass in kalten Jahren bei uns die dritte oder vierte Generation der Anopheles schlecht zur Entwickelung kommt, und dass dieses eine Verminderung der Zahl der Spätinfektionen des Jahres, dann auch der Recidive und schliesslich der Neuinfektionen des nächsten Jahres nach sich zieht. Aber das Alles fällt in den Tropen fort. Und doch wäre es denkbar, dass Vorkommnisse im Leben der Anopheles den Gang der Epidemien beeinflussen. Man hat nämlich schon bei vielen Insekten, die in grossen Scharen auftreten, beobachtet, dass Jahre vorkommen, in welchen sie fast ganz verschwunden sind. Diese Erscheinung wird durch Parasiten dieser Insekten hervorgerufen, welche sich mehrere Jahre hindurch allmählich so weit vermehren, dass sie die Überhand gewinnen und jene Insektenart dem Aussterben nahe bringen. Damit entziehen sie sich aber selber ihre erste Lebensbedingung, den Wirt, auf dessen Kosten sie leben und auf dessen Körper sie angewiesen sind. Jetzt werden sie selber durch Hunger zu Grunde gerichtet, und die fragliche Insektenart kann sich in den folgenden Jahren erholen. — Derartige Epidemien sind zwar meines Wissens noch nicht bei Mücken beobachtet worden, gewiss aber wäre es wünschenswert, in Zukunft darauf zu achten, ob so etwas bei ihnen vorkommt; und eben so gut, wie man schon die Maikäferplage durch künstliche Züchtung von seucheerregenden Bakterien zu verringern bestrebt ist, könnte man auch die Vermehrung der in Frage stehenden Mückenparasiten unterstützen.

Doch damit, meine Herren, habe ich mich schon zu weit auf das Feld der Vermutungen hinausgewagt. Ich schliesse deshalb meine Skizze, in der ich glaube, Ihnen gezeigt zu haben, dass wir in Betreff der Malariamücken schon über einen reichen Schatz von Tatsachen verfügen, dass aber dem Zoologen und dem Epidemiologen noch recht viel für das Wohl unserer Kolonien zu tun übrig bleibt.

Dr. **Eysell**-Kassel: Ich bin der Lage, die Vermutung des Herrn Geheimrat Dr. Dönitz zu bestätigen: In der Umgebung von Cassel kamen in der Tat nur drei Anophelesgenerationen in diesem Sommer zur Entwickelung.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Da Mikroskope jetzt nicht zur Stelle sind, bin ich gern bereit, morgen vor der Sektionssitzung den sich für den Gegenstand interessierenden Herren die dritte unserer europäischen Stechmückengattungen, Aëdes, vorzuführen.

Vor Beginn der Sektionssitzung am 11. Oktober machte Dr. Eysell die erwähnten Vorlagen und bemerkte dazu noch folgendes:

Die Erwägung, dass heute ein jedes blutsaugende Insekt die Beachtung des Arztes in hohem Masse verdient, veranlasst mich, Ihnen hier eine seltenere Culicidengattung vorzulegen.

Wir wissen, dass Anopheles der Überträger des Plasmodium auf den Menschen ist, in den Culicinen haben wir die Vermittler des Gelbfiebers und der Filariasis kennen gelernt. Niemand kann wissen, ob nicht schon morgen auch Aëdes und die zahlreichen tropischen Gattungen der Unterfamilie der Aëdomyinen sich als gefährliche Parasitenträger entpuppen werden.

Die Unterschiede der drei europäischen Culicidengattungen sind bekanntlich im Verhalten der Kiefertaster gegeben:

Bei Anopheles sind die Taster in beiden Geschlechtern länger als die Fühler, bei Aëdes ist das Umgekehrte der Fall und bei Culex sind die Taster des ♂ länger, die des ♀ kürzer als die Fühler.

Eine eingehende Beschreibung von Aëdes cinereus Hoffmgg. finden Sie in No. 10 von B. 6 des Archivs für Schiffs- und Tropenhygiene, die einem jeden der Herren vorliegt.

Die vier aufgestellten Mikroskope zeigen bei schwacher Vergrösserung Aëdes cinereus ♂ und ♀, denen ich, um die Unterschiede zu zeigen, Anopheles maculipennis ♂ und Culex pipiens ♂ hinzugefügt habe.

---

## Die Kochsche Malaria-Bekämpfung in Istrien.

Von Professor **Frosch,** z. Zeit in Trier.

(Sektionssitzung am 10. Oktober Nachmittag.)

Die Versuche, über die ich die Ehre habe, Ihnen hier zu berichten, entsprangen der von R. Koch am Schlusse seiner zweijährigen Malariaexpedition nach Italien, Java und Neu-Guinea aufgestellten Forderung, die dort von ihm erzielten und Ihnen wohl

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hinlänglich bekannten Erfolge in der Erforschung und Bekämpfung der Malaria an anderen Orten und unter anderen Bedingungen nachzuprüfen und zu wiederholen.

Bereits im Herbst 1900 bereiste ich in seinem Auftrage Norddeutschland, um einen Malariaherd ausfindig zu machen, der sich nach Ausdehnung und Grösse für diesen Zweck eignen konnte, jedoch vergeblich. Ich fand zwar tatsächlich noch in den Marschgegenden von Friesland, Oldenburg und Schleswig, von der Stadt Norden bis hinauf nach Tönning überall verstreut echte Tertianafälle, doch damals in einer für den beabsichtigten Zweck viel zu geringen Zahl und zu geringen örtlichen Konzentration. Völlig ergebnislos verlief die Reise in das Oder-, Netze- und Warthe-Gebiet, speziell in die noch heute malariaverrufene Provinz Posen, wo sich einheimische Malariafälle nicht auftreiben liessen. Man hört zwar dort noch oft genug die Diagnose Malaria stellen, mehr von Laien als von Ärzten, — das Wort „Malaria" spielt dort etwa die Rolle, wie bei uns die Erkältung — doch konnte ich trotz zahlreicher Blutuntersuchungen keine positiven Befunde erheben. Bei diesen Untersuchungen in Norddeutschland hatte ich dem Auftrag gemäss besonders auf die der Nordseeküste vorgelagerten und im Ruf der Malaria stehenden Inseln zu achten, weil die Wahl einer Malaria-Insel wegen der leichten Übersicht der Verkehrs- und Zuzugsverhältnisse den beabsichtigten Versuch unstreitig sehr viel einfacher und reiner gestalten musste, als unter gleichen Bedingungen eine im Lande gelegene, von allen Seiten leicht zugängliche Ortschaft. Die gesuchte Insel fand sich nicht in Deutschland, aber es war eine merkwürdige und scheinbar glückliche Fügung, dass gerade, als die Nachforschungen in Norddeutschland als ergebnislos eingestellt werden mussten, am 18. November 1900, Herrn Geheimrat Koch die Insel Brioni bei Pola in Istrien von dem Besitzer, Herrn Generaldirektor Kupelwieser, zur Verfügung gestellt wurde, der aus den Tageszeitungen Kenntnis vom Verlauf und den Ergebnissen der Kochschen Malaria-Expedition besass. Nach den ersten, von dem Besitzer selbst stammenden einschlägigen Angaben, schien diese Insel ganz geeignet, und so beauftragte mich daher Herr Geheimrat Koch, an Ort und Stelle die notwendigen Erhebungen, Blutuntersuchungen u. s. w. anzustellen und gegebenenfalls die Aktion dort einzuleiten, die nun nicht als Privatangelegenheit des Besitzers, sondern als eine Teil-Fortsetzung der vorerwähnten Deutschen Malaria-Expedition behandelt werden sollte.

Schon während meiner ersten Anwesenheit auf Brioni, wohin ich mich zusammen mit meinem Kollegen Prof. Elsner am 29. November begab, kam ich bald zu der Auffassung, dass Brioni zwar eine Insel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

im geographischen Sinne, wegen seiner eigenartigen und vielgestaltigen Verkehrsverhältnisse, aber besonders wegen der ständigen Fluktuation seiner starken Arbeiterschaft nach anderen Malaria-Orten, nicht eine Insel, wenn ich mich so ausdrücken darf, im Sinne und in der Absicht unseres Versuchs genannt werden konnte. Allerdings schienen mir damals im Winter die Verhältnisse doch noch nicht so kompliziert zu liegen, wie sie sich im Laufe des Sommers nach und nach gestalteten. Nachdem daher auf meinen Bericht Herr Geheimrat Koch seine Zustimmung gegeben, begann die Malaria-Kampagne bei folgender allgemeiner Sachlage:

In einer von Malaria schwer heimgesuchten Gegend, der Westküste Istriens, war ein Punkt, die ebenfalls von Malaria schwer heimgesuchte Insel Brioni, gegeben, wo bei einer ungefähr jährlich gleichbleibenden Zahl von rund 300 Personen die von R. Koch vorgeschlagene, rationelle Bekämpfung der Malaria ausgeführt werden konnte. Da die eigentliche Malariazeit, d. h. die Zeit der frischen Infektionen, dort ähnlich wie in Italien auf die Monate Ende Juni bis September fällt, die Aktion aber schon im Winter begonnen werden konnte, so musste schon der nächste Sommer zeigen, welchen Erfolg das Verfahren gehabt hatte. Das angestrebte Ziel war selbstverständlich, die Malaria auf der Insel gänzlich auszurotten, und bei Beginn der Aktion schien zunächst nichts der Annahme hinderlich, dass dieser Erfolg bereits im Laufe des nächsten Sommers erreicht werden könnte. Sie wissen, dass bei dem Kochschen Verfahren der Malariabekämpfung der Schwerpunkt erstens auf der mikroskopischen Ermittelung aller mit Malaria-Parasiten behafteten Individuen, auch derer, die klinisch nicht bemerkbar krank sind, liegt, und zweitens auf der Heilung aller Infizierten durch die rationelle Anwendung des Chinins, in der Form, dass auf die Behandlung des Anfalls eine konsequente und nach bestimmten Normen geregelte Nachkur folgt.

Nach diesen beiden Prinzipien wurde nun die Kampagne in Brioni vom Dezember 1900 bis Ende September d. J. geführt. Im Laufe dieser Aktion bot sich dann noch Gelegenheit, ganz in der gleichen Weise an fünf anderen Malaria-Orten Istriens mit Genehmigung und Unterstützung der österreichischen Regierung vorzugehen, so dass allein schon in Istrien das Kochsche Verfahren unter recht verschiedenartigen Verhältnissen auf die Probe gestellt werden konnte. In welcher Weise sich die Aktion abspielte und mit welchem Erfolge, das werde ich mir gestatten Ihnen nun noch im einzelnen zu schildern:

Die Brioni-Inseln liegen, neun an der Zahl, zwei bis drei Kilometer von der Westküste Istriens entfernt, nahe Pola und begrenzen von



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Westen her den zum Kriegshafen von Pola gehörigen, nach dem gegenüberliegenden Fischerdorf benannten Kanal von Fasana, der an seiner schmalsten Stelle genau zwei Kilometer Breite hat. Sieben dieser Inseln sind von geringem Flächeninhalt ($^1/_2$—$8^1/_2$ *ha*), völlig unbewohnt und dicht bewaldet, die beiden anderen — Isola minor und I. grande — von erheblich grösserem Ausmass und entsprechend ihrer strategischen Bedeutung mit Forts besetzt. Von beiden ist wiederum die I. grande mit etwa 1200 Joch (also wohl 690,68 *ha*?) fünf bis sechsmal so gross wie die I. minor und stellt somit die Hauptinsel der Gruppe dar. Während sich die Bevölkerung der I. minor lediglich auf die Besatzung der Forts beschränkt, befindet sich auf der I. grande eine von dem Besitzer vor sieben Jahren gegründete Kolonie, deren Wohnhäuser, Betriebsanlagen und sonstigen Baulichkeiten an der dem Festlande zugewandten Ostküste gelegen, annähernd halbkreisförmig den Hafen der Insel umschliessen.

Auch diese beiden Inseln sind zum allergrössten Teil noch dicht mit undurchdringlichem Busch bewachsen und entbehren ebenso wie die kleinen Inseln völlig fliessender Wässer. Geologisch bestehen alle diese Inseln aus Sandstein, wofür viele und mächtige Steinbrüche, namentlich auf den beiden grösseren, anschauliches Zeugnis ablegen. Das Klima der Inseln entspricht nach den für Pola gesammelten meteorologischen Daten zu schliessen, dem der Riviera, nur dass durch gelegentliche strenge Winter, hauptsächlich aber durch die Bora — einem starken Nord-Nordostwind — ein Unterschied zu Ungunsten der Inseln bedingt wird.

Sofort nach Begründung der Kolonie wurde die Bevölkerung von der in Istrien herrschenden Malaria stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Verbreitung der Malaria in Istrien beschränkt sich auf das westliche und östliche Küstengebiet, während das gebirgige Innere frei bleibt, nur im Süden an der Spitze des dreieckig gestalteten Landes, also gerade da, wo Pola und Brioni liegen, greifen die beiden Malariagebiete so übereinander, dass hier auch die Ortschaften des Innern durchweg von Malaria befallen sind, wovon wir uns durch wiederholte Besichtigung und ausgedehnte Blutuntersuchung an mehreren Stellen überzeugen konnten. Die in jener Gegend einschliesslich Brioni vorhandenen Fieberformen sind hauptsächlich Tropica und Tertiana zu etwa gleichen Teilen, mit Vorwiegen der Tropica; daneben gibt es auch Quartana, die in gewissen Orten das Übergewicht zu haben scheint. Gleichzeitiges Vorkommen, also Mischinfektionen der verschiedenen Formen, sind nicht selten. Der Prozentsatz der erkrankten Bevölkerung betrug an den Orten des Festlandes, wo wir selbst Blutuntersuchungen anstellen konnten,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zwischen 6,8—10 pCt., wogegen Brioni einen Prozentsatz von 16 bis 17 pCt. Morbidität, nach den im Winter angestellten Blutuntersuchungen, aufwies. Da vor unserem Erscheinen in Brioni in früheren Jahren weder Blutuntersuchungen noch genauere Aufzeichnungen der Kranken gemacht waren, so war eine genaue zahlenmässige Feststellung der durchschnittlichen jährlichen Neuerkrankungen nicht mehr möglich; nur für den vorhergehenden Sommer 1900 gelang es mir noch festzustellen, dass bei einem Bestand von etwa 300 Personen in der Fieberzeit von Ende Juni bis Anfang November rund 97 Neuerkrankungen vorgefallen sein mussten. Rechnet man hierzu die sicher aufgetretenen Recidive dieser Fälle, so entfallen minimal etwa 200 Malariaerkrankungen auf die Hauptfieberzeit. In der ganzen Gegend ist der Gebrauch des Chinin beim Volke allgemein gebräuchlich, derart, dass das Mittel nur im Anfall und zwar zu je $^1/_2\,g$ in Kapseln genommen wird. Eine Nachkur fehlt. Die Aktion auf Brioni begann nun damit, dass im Laufe unserer Anwesenheit, etwa in 14 Tagen, von Professor Elsner und mir an Ort und Stelle die gesamte damals vorhandene Inselbevölkerung von 252 Personen der mikroskopischen Blutuntersuchung unterworfen und die im ersten Anlauf ermittelten 40 Infizierten sofort der Chininkur unterzogen wurden. Von diesen 252 Personen war aber nur ein Bruchteil, etwa 80 Personen, dauernd auf der Insel domiziliert; der überwiegende Teil bestand aus Arbeitern, die periodisch und nur zu bestimmten Jahreszeiten sich für einige Monate auf der Insel befanden und bei ihrem Fortgang durch andere Arbeiter, darunter vorwiegend solche, die aus Malariagegenden kamen, abgelöst wurden. So stellte sich bald genug heraus, dass es sich in Brioni nicht um eine stabile Bevölkerung handelte, und dass mit jener ersten Blutuntersuchung nur ein Teil aller derer gefasst waren, die überhaupt im Laufe des Jahres voraussichtlich nach Brioni kommen würden. Dieser ständige Wechsel der Arbeiterschaft war bedingt durch eine Reihe von Faktoren, die zum Teil in dem Betriebe der Inselkolonisation, zum Teil auch in der Gewohnheit der Arbeiter selbst ihren Ursprung hatten.

Jedenfalls nötigte uns diese Tatsache zu einer über das ganze Jahr fortlaufenden Blutuntersuchung 1. aller Neuankömmlinge, die verabredungsgemäss sofort nach ihrem Eintreffen stattzufinden hatte; 2. der bereits in Behandlung befindlichen Personen, nach Beendigung der Kur zur Kontrolle des erzielten Effektes; 3. aller bereits untersuchten, aber negativ befundenen Personen, insbesondere derer, die im Vorjahre Fieber gehabt hatten, weil deren Heilung und Befreiung von Parasiten nicht angenommen werden konnte, wie weiterhin auch die Erfahrung bestätigte. Die Entnahme des Blutes und die Anfertigung der Deckglaspräparate, sowie die Abgabe des Chinins an



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Patienten für die Zeit unserer Abwesenheit, waren einem jungen, im Dienst der Inselverwaltung stehenden Geometer übertragen, der nach vorheriger Unterweisung besonders auch instruiert war, persönlich sich davon zu überzeugen, dass die Patienten das Chinin auch einnahmen und bei sich behielten.

Ich möchte an dieser Stelle, gegenüber der öfters wiederkehrenden Behauptung, das Kochsche Verfahren erfordere ein grosses Aufgebot von Ärzten und ärztlicher Tätigkeit, betonen, dass gerade im Gegenteil, wie die auch in Istrien, speziell in Brioni gewonnenen Erfahrungen beweisen, beides, sowohl die Anfertigung der Blutpräparate als auch die Abgabe des Chinins, sehr wohl intelligenten Laien, so Lehrern, Predigern oder Missionaren, Geometern, Steuerbeamten etc. überlassen werden kann. Die mikroskopische Untersuchung der von Brioni eingeschickten Präparate fand dann im Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin statt, und eben dahin kamen Wochenberichte, aus denen der Gang der Chininbehandlung ersichtlich war. Auf diese Weise blieb die Kontrolle der Aktion in Berlin, und in gewissem Sinne geschah die Bekämpfung der Malaria unter der Oberleitung von Herrn Geheimrat Koch von Berlin aus. Es ist nicht unwichtig, dies hervorzuheben, weil es zeigt, dass sehr wohl von einem Zentralinstitut aus solche Aktionen in dieser Weise geführt werden können. Die positiven Resultate der Untersuchung wurden telegraphisch nach Brioni übermittelt, wo die betreffenden Patienten sofort in die für die einzelnen Formen verabredete Behandlung genommen wurden.

Aus den Erfahrungen, die im Laufe der Aktionen bei der Blutuntersuchung gewonnen sind, möchte ich die hervorheben, dass bei alten, schon länger bestehenden Malariafällen eine einmalige Untersuchung des Blutes sich als nicht genügend erwiesen hat.

Bei solchen Fällen, wo die primäre Erkrankung 1—$1^1/_2$ Jahre zurückliegt, ist dieselbe wenigstens an fünf aufeinander folgenden Tagen zu wiederholen. Ebenfalls auf Grund eigener Erfahrung kann ich bei solchen Fällen als einen sich zufällig mitunter ergebenden günstigen Zeitpunkt für ev. positive Befunde, gelegentliche Indisposition des betreffenden Patienten durch anderweitige Erkrankung wie Schnupfen, Husten, Kartarrhe aller Art etc. bezeichnen. Wiederholt ist mir auf solche Weise ein positives Resultat geglückt bei Personen, die andauernd vorher negative Resultate ergeben hatten. Ich halte es auch nicht für überflüssig zu bemerken, dass die auf Brioni mit der mikroskopischen Blutuntersuchung gemachten Erfahrungen dem ersten Postulat von Koch recht gaben, nämlich dass es durchaus notwendig ist, in einer Malariagegend jede einzelne Person sorgfältig auf Parasiten zu untersuchen. Einmal scheiden dadurch eine Anzahl

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von schlechthin als Malaria bezeichneten fieberhaften Affektionen anderen Ursprungs aus, andererseits ist es nur durch die Untersuchung möglich, Leute unschädlich zu machen, die nur noch vereinzelte Parasiten im zirkulierenden Blute haben, und bei denen es zu einem eigentlichen Anfall nicht mehr kommt.

Die Gesamtzahl der auf diese Weise im ersten Aktionsjahre untersuchten Personen belief sich auf 754; davon stammen etwa 140 aus ganz malariafreier Gegend, und von den restierenden 600 waren insgesamt 106 infiziert.

Davon wies den stärksten Prozentsatz die dauernd ansässige Bevölkerung mit min. 25 pCt. auf, den geringsten, kaum 1 pCt. die Cicen, ein aus ganz fieberfreier Gegend im Innern Istriens kommender und über Winter auf der Insel befindlicher Teil der Arbeiterschaft; dazwischen lagen die übrigen Bestandteile der Arbeiterschaft, die Dignaner, Furlaner, Dalmatiner, Piranesen, Istrianer u. a. m. je nach ihrer Herkunft und den Malariaverhältnissen ihrer Heimatsorte.

Die eigenartige Zusammensetzung und der Wechsel dieser Arbeitermassen waren bedingt durch die Entwickelung der jungen Kolonie und die mannigfachen kulturellen Aufgaben derselben, wie Urbarmachung des Landes, Wein- und Obstbau, Anlage von Strassen, Hafenbauten, Verarbeitung der gewonnenen Produkte, Viehzucht u. a. m.

Die Chininbehandlung wurde ursprünglich nach den von Herrn Geheimrat Koch in Grosseto als wirksam befundenen, für die einzelnen Fieberformen verschiedenen Normen gehandhabt. Die Tertian- und Quartanfälle erhielten an zwei aufeinander folgenden Tagen je 1,0 Chinin, ebenso die Tropenfieberfälle, bei denen im Blut nur Halbmonde sich vorfanden; war dagegen noch ein Anfall voraufgegangen oder enthielt das Blut ohne eigentlich bemerkbaren Anfall noch kleine oder grosse Ringe, so griff die schärfere Behandlung Platz, bei der an den ersten fünf aufeinander folgenden Tagen 7,0 Chinin gegeben wurden (2. 2. 1. 1. 1). Die Nachbehandlung war bei allen Formen gleich, je 1,0 an zwei aufeinander folgenden Tagen und Wiederholung dieser Gabe nach 9tägiger Pause, bei Tropica 8tägig, durch 3 Monate. Das Chinin wurde als Chin. muriat. der Gewohnheit der Bevölkerung entsprechend ursprünglich nur in Kapseln gegeben, und wo diese schlecht vertragen wurden, in salzsaurer Lösung. Bei einigen besonders hartnäckigen Fällen griff die subkutane Injektion Platz.

Bei den vorhandenen malariakranken Kindern erwies sich mir eine Emulsion des Salzes in dickem Himbeersaft als die geeignetste, den geringsten Widerstand provozierende Methode. Ich will gleich bemerken, dass von der ursprünglichen Dosierung, nämlich soviel Dezigramme, als das Lebensalter der Kinder betrug, bald abgewichen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

werden konnte, da auch nach meiner Erfahrung Kinder relativ viel höhere Dosen Chinin gut vertragen.

Der Erfolg dieser Behandlung wurde, wie erwähnt, durch fortlaufende Blutuntersuchung während und nach Ablauf derselben kontrolliert. Hierbei ergab sich nun bald, dass überall, wo das Chinin wirklich resorbiert wurde, in kürzester Zeit die Parasiten aus dem zirkulierenden Blut verschwanden. War dies nicht der Fall, so musste die Applikationsweise geändert werden. Einem Fall, bei dem keine der drei möglichen Anwendungsweisen zum Ziel geführt hätte, bin ich nicht begegnet. Anders stand es dagegen mit den Recidiven. Hier zeigte sich, dass zwar die Tropenfieber alle durch die dreimonatliche Nachkur leicht beseitigt waren, die älteren eingewurzelten Tertianen dagegen nicht. Es führte dies neben anderen praktischen Gründen von Ende März 1901 ab zu einer Umwandlung des bisherigen zweitägigen Modus in einen dreitägigen, insofern nunmehr bei allen drei Fieberformen ganz gleichmässig an drei aufeinander folgenden Tagen je 1,0 Chinin gegeben und diese 3malige Gabe in Abstand von 8 Tagen wiederholt wurde. Die hiermit erzielten Resultate waren zwar weit bessere, doch lassen die Herrn Geheimrat Koch zu Gebote stehenden nunmehr zweijährigen Beobachtungen erkennen, dass der istrischen Tertiana, namentlich in veralteten Fällen, ganz unverkennbar eine grosse Hartnäckigkeit zukommt, wodurch sie der in den Tropen erworbenen Tertiana gleichkommt.

Neben dieser eigentlichen, auf die Heilung abzielenden Arzneikur, fand das Chinin auch bei einer Anzahl von Personen Verwendung als Prophylaktikum. Der ursprüngliche Plan, im Laufe des Winters und Frühjahrs alle auf der Insel vorhandenen Parasitenträger auszuheilen oder von ihren Parasiten zu befreien, wurde dadurch erheblich beeinträchtigt, dass fortwährend durch den ganzen Frühling und Sommer neue Arbeiter auf die Insel kamen, die aus Fiebergegenden stammten, und von denen viele noch im letzten Jahre Malaria gehabt hatten. So kam beispielsweise noch Ende Juni ein starker Trupp Dalmatiner auf die Insel, also gerade in der kritischen Zeit und in einem Moment, wo kein Augenblick zu verlieren war. Es wurden daher von allen Blutpräparate entnommen und nach Berlin geschickt, aber sofort, ohne erst das Ergebnis abzuwarten, mit der prophylaktischen Behandlung aller derer begonnen, die in den letzten beiden Jahren Malaria gehabt hatten. Die nachträglich einlaufenden Resultate der Blutuntersuchung rechtfertigten diese Massregel, wie ich bemerken möchte, vollauf.

Es könnte nun scheinen, als ob diese Aktion auf Brioni einen erheblichen Aufwand und Verbrauch von Chinin bedingt hätte. Dem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist aber nicht so. Aus den Geschäftsbüchern der Inselverwaltung liess sich der jährliche Chininverbrauch ganz genau ermitteln, und dabei ergab sich das ebenso überraschende, wie zu Gunsten des Kochschen Verfahrens schwer in die Wagschale fallende Resultat, dass vor unserer Aktion bei der „wilden" Chininbehandlung jährlich etwa 4—5¼ *kg* Chinin verteilt worden waren, ohne die Insel von der Malaria zu befreien, während im Laufe des ersten Aktionsjahres nachweislich auch nur 4 *kg* Chinin verbraucht waren, aber mit dem Unterschiede, dass durch rationelle Anwendung desselben Quantums die Malaria schon in diesem ersten Jahre ganz erheblich auf ein Minimum, herabgedrückt war. Ich komme damit auf die Resultate der Aktion und den Verlauf der Malaria auf der Insel in diesem ersten Aktionsjahre, möchte aber vorher zur Erwägung stellen, dass auch ein selbst erheblicher Mehrverbrauch des Chinins sich immer rentiert hätte, vorausgesetzt, dass der eigentliche Zweck der Ausrottung der Malaria erreicht wird, weil ja dann durch den in den nächsten Jahren und auf lange Zeit hinaus reduzierten jährlichen Chininverbrauch ein Ausgleich stattfindet, ganz abgesehen davon, dass die Kosten für das Chinin nicht in Betracht und Vergleich kommen können zu den vielen wirtschaftlichen Schädigungen schwerster Art, die eine malariaverseuchte Arbeiterschaft und Bevölkerung verursacht.

Der Verlauf der Malaria im ersten Aktionsjahre gestaltete sich nun so, dass vom Zeitpunkt der ersten Untersuchung, im Dezember 1900, ab sechs unzweifelhaft noch frische, aus der vorangegangenen Malariazeit stammende Fälle bis zum 15. Januar 1901 konstatiert werden konnten. Von den bei der ersten Massenuntersuchung aufgefundenen Parasitenträgern recidivierten einige im Laufe des Frühjahrs, teils wurden noch nachträglich bei wiederholter Untersuchung alte Fälle ermittelt, die der ersten einmaligen Untersuchung entgangen waren. Derartige Fälle (23 an Zahl) zogen sich bis Mitte August, daneben aber brachte fast jeder Monat unter den neu zuziehenden Arbeitern einige mit Parasiten behaftete Personen. Der ursprüngliche Plan also, von einem bestimmten, etwa Mitte April zu setzenden, jedenfalls vor Beginn der latenten Fieberperiode (der Seuchenincubation) liegenden Zeitpunkte ab die Bewohnerschaft der Insel parasitenfrei zu haben, war nicht völlig gelungen, und nach Lage der Sache, besonders wegen der beständigen Neueinschleppung auch nicht völlig ausführbar gewesen. So kam es denn im Laufe des Juli und der ersten Hälfte des August allerdings noch zu einigen frischen Erkrankungen auf der Insel, aber die Zahl derselben, 17, war im Vergleich zu früheren Jahren so klein, und da nur 3 von diesen 17 Fällen auf die erste Hälfte des August entfielen, der Zeitraum ihres Auftretens so kurz, dass hiermit ein für die Verhältnisse Brionis und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

im Vergleich zu den Malariazuständen auf dem Festlande während desselben Sommers schon höchst auffälliges Novum gegeben war. Gerade der Vergleich mit dem Festlande, wo die Malaria in gewohnter Weise erst im August und September ihren Höhepunkt erreichte, während vom 16. August ab in Brioni auch nicht ein einziger weder frischer noch alter Fall sich ereignete und die Malaria wie abgeschnitten erschien, zeigte auf das Allerdeutlichste, dass es gelungen war, dem erstrebten Ziele schon in diesem Sommer recht nahe zu kommen. Waren doch alle übrigen die Malaria begünstigenden und fördernden Faktoren, wie Klima, Jahreszeit, Bevölkerung, Lebensweise, Vorkommen von Anopheles etc., in beiden Gebieten völlig gleich, und nur durch die vorher stattgefundene Aktion unterschied sich Brioni von den gleich exponierten Ortschaften des Festlandes. So durfte denn dieser Zustand mit vollem Recht bereits als ein Erfolg der Aktion angesehen und konnten die Schritte für die Fortsetzung eingeleitet werden, um nun, wie von vornherein im Einvernehmen mit dem Inselbesitzer vorgesehen, im Laufe des heurigen Jahres das Werk durch völlige Ausrottung der Malaria auf der Insel zu krönen. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass der im vorigen Sommer erzielte Erfolg durch eine ganz unerwartete Tatsache erhärtet und von unparteiischer dritter Seite bestätigt worden ist. Unmittelbar hinter der Kolonie Brioni bemerken Sie auf der Karte das auf dem höchsten Punkt der Insel gelegene Fort Tegethoff, das zu der Befestigungslinie von Pola gehörig und von dort aus mit Besatzung versehen, uns und unseren Bestrebungen völlig unzugänglich war. Die Besatzung dieses Forts hatte alle die Jahre hindurch stark an der Malaria zu leiden, aber im Sommer 1901 kam dort oben, wie Marine-Oberstabsarzt Krumpholz in seiner Monographie „Die Malaria und ihre Bekämpfung", S. 122, erwähnt, zum ersten Male seit Jahren kein einziger Fall von Malaria vor. Krumpholz glaubt wohl mit Recht, sich diese ganz ungewohnte Tatsache nicht anders als die Folge der Aktion in der unterhalb gelegenen Kolonie Brioni erklären zu können.

Ich bin bisher auf die Mückenverhältnisse der Insel nicht näher eingegangen, die einer kurzen Erörterung bedürfen. Schon bei der ersten Anwesenheit im Dezember 1900 fiel uns die erstaunliche Anzahl von Anopheles, darunter viele blutgefüllte, in allen Wohn- und Schlafräumen, in den Ställen und Arbeitsbaracken auf. Es ist nun im Laufe des ganzen Jahres auf das Vorhandensein dieser Insekten und ihrer Larven geachtet und dabei ihre beständige Anwesenheit durch das ganze Jahr, besonders in der Fieberzeit, festgestellt worden. Gleich im Beginn der Aktion war mit dem Besitzer vereinbart worden, dass, um den Versuch reinzuhalten, nichts zum Schutz gegen dieses Insekt oder zwecks ihrer Ausrottung geschehen sollte, was nicht entweder

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die kulturellen Arbeiten von selbst mit sich brachten, oder was man unter gewöhnlichen Umständen etwa gegen eine Mückenplage tun würde. Dieser Verabredung ist im Laufe des Jahres von seiten der Inselverwaltung eine etwas weitgehende Auslegung gegeben worden. Man hat Petroleum auf Pfützen und Tümpel gegossen, die Glasfenster eines Teiles der Häuser im Sommer durch Drahtfenster ersetzt, aber mit beiden Massregeln nichts erreicht als eine gewisse Verringerung der Culexmücken. Die Drahtfenster waren von vornherein als wirkungslos zu betrachten, weil sie nicht an allen Fenstern, besonders nicht in den Arbeitsbaracken allgemein angebracht waren, weil sie ferner bei schwüler Luft Abends gern herausgenommen und nicht wieder eingesetzt wurden, endlich weil sie vielfach undicht eingesetzt waren, und nicht zuletzt, weil die Türen der Häuser meist offen standen. So habe ich denn, wie als Kuriosum erwähnt sein mag, sehr oft die in Gesicht und Händen zerstochenen Bewohner solcher durch Drahtfenster geschützten Schlafgelasse als praktische Erläuterung dieser Art Mückenschutz wiederholt fremden Besuchern demonstrieren können.

Die Fortsetzung der Aktion auf Brioni den Winter des vorigen Jahres hindurch bis zum 1. Oktober dieses Jahres geschah nun im wesentlichen nach den gleichen bisher geschilderten Prinzipien; nur dahin fand eine Änderung statt, zum Schutz gegen die stetige Neueinschleppung des Virus, dass die fremden, neu zuziehenden Arbeiter in einer entfernt von der Kolonie (im Val Madonna) und isoliert gelegenen Baracke untergebracht wurden bis zum Ablauf der Blutuntersuchung, und dass man die infiziert befundenen nicht wie im Vorjahr in Behandlung nahm, sondern sofort von der Insel entfernte. Ausserdem wurden, um einen scharfen Prüfstein für die erzielte Malariafreiheit zu gewinnen, seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres vorzugsweise Leute auf der Insel domiziliert, die von fieberfreien Gegenden stammten und selbst noch niemals Fieber gehabt hatten. Solche „Testobjekte" befanden sich seit dem angegebenen Termin rund 150 auf der Insel. Die Überwachung der eigentlichen Malariazeit, d. h. Blutentnahme, mikroskopische Untersuchung, Chininverabfolgung u. s. w., war einem jungen, im Institut ausgebildeten Arzt übertragen, der über seine Tätigkeit von Anfang April bis Ende September wie über den Gang der Aktion wöchentlich Bericht an Herrn Geheimrat Koch einzusenden hatte. Nicht unerwähnt mag bleiben, dass seitens der Inselverwaltung in diesem Frühjahr und Sommer ein ganz regelrechter, systematischer und ernsthafter Kampf gegen die Mückenlarven geführt worden ist (indem jede erreichbare grössere und kleinere Wasseransammlung, anfänglich alle 14 Tage, und als das nichts half, allwöchentlich reichlich mit Petroleum bedeckt wurde) jedoch auch mit keinem besseren Resultat als im Vorjahr, denn nach

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den Berichten des Arztes, der instruktionsgemäss auf Anopheles in den verschiedentlichen Räumen zu achten hatte, sind dort den ganzen Sommer hindurch blutgefüllte Anopheles noch bis Ende September gefangen worden.

Der in diesem Jahre erzielte Malariazustand auf Brioni ist nun kurz und klar durch folgende Zahlen gegeben: Von Januar bis 27. Juni sind im ganzen noch 7 vom Vorjahr stammende Tertiana-Recidive und 1 Tropen-Recidiv vorgefallen und 13 Neueinschleppungen ermittelt worden. Im übrigen ist die im Laufe des Jahres 500 Köpfe starke Bewohnerschaft, darunter die oben erwähnten 150 Leute, bis heute, also über die eigentliche Malariazeit völlig und vollständig von Malaria verschont geblieben. Nicht ein einziger frischer Fall hat sich in der diesjährigen Fieberperiode ereignet. Auch dieser volle und grosse Erfolg ist einzig und allein auf die Anwendung des Kochschen Verfahrens zu setzen, da genau wie im vorigen Jahre alle übrigen Bedingungen gleich geblieben sind und namentlich die Malaria auch auf dem Festlande ihren gewohnten Verlauf genommen hat.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Insel bereits in diesem Jahre im Kampf gegen die Malaria sich unter den Bedingungen befunden hat, unter denen sie in Zukunft diesen Kampf zu führen haben wird. Es ist gar kein Zweifel, dass dieses umschriebene, inmitten einer Malariagegend gelegene, augenblicklich malariafrei gemachte Gebiet sehr bald wieder von der Seuche überschwemmt wird, ohne die jährliche Fortsetzung des Kampfes in der geschilderten Weise. Gerade in dieser Beziehung aber hat der diesjährige Verlauf bewiesen, dass ein einziger gut geschulter und mit dem Kochschen Verfahren völlig vertrauter Arzt im stande ist, unter recht schwierigen Verhältnissen inmitten einer Malariagegend seiner Aufgabe gerecht zu werden.

Wie eingangs erwähnt, bot sich im Laufe der Aktion auf Brioni Gelegenheit, auch an einigen anderen Punkten Istriens das Kochsche Verfahren der Malaria-Bekämpfung anzuwenden resp. einzuführen. So schien es ratsam, die drei Brioni gegenüber auf dem Festlande gelegenen Orte Fasana, Peroi und Stignano in den Bereich der Aktion zu ziehen, um die Gefahr der Einschleppung von hieraus zu verringern und die fieberfreie Zone möglichst auszudehnen. Die hierauf bezüglichen Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung wurden im März gelegentlich der Anwesenheit des Herrn Geh. Rat Koch in Istrien getroffen und gingen dahin, dass die praktische Ausführung der Malaria-Bekämpfung in diesen Orten nach den Kochschen Prinzipien in den Händen der drei in Pola ansässigen istrischen Ärzte, des Oberbezirksarztes Dr. Schiavuzzi, des Gemeinde-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

arztes Dr. Manerini und des Bezirksassistenzarztes Dr. Donanberger bleiben sollte. Das erforderliche Chinin wurde der Bevölkerung unentgeltlich aus Provinzmitteln geliefert. Nur an der Blutentnahme, die anfänglich naturgemäss recht umfangreich war und nebst Untersuchung wegen der vorgerückten Jahreszeit baldmöglichst erledigt werden musste, beteiligten sich die auf Brioni anwesenden Mitglieder der deutschen Expedition, während die Untersuchung selbst aber im Institut für Infektionskrankheiten ausgeführt wurde. In derselben Zeit wurde der Versuch der Malaria-Bekämpfung auch auf die beiden auf der Insel Cherso gelegenen Ortschaften Ossero und P. Croce ausgedehnt, auf die als besonders stark verseuchte Orte Herr Geh. Rat Koch bei seiner Anwesenheit in Pola aufmerksam gemacht wurde. Ossero (aus dem Bericht des Stabsarzt Dr. Bludau entnommen), schon zu den Römerzeiten eine bekannte und damals bedeutende Stadt, ist heute ein Ort mit ungefähr 300 Einwohnern und soll auf diesen geringen Bestand im Laufe der Jahre durch die Malaria herabgedrückt sein. Pontus Croce, auf der Südspitze der Insel Cherso gelegen, ist ein armer Ort mit nur 48 bewohnten Häusern und 160 Einwohnern. In der Umgebung liegen noch eine Anzahl von kleineren Ortschaften und einzelnen Gehöften, so dass die Gesamteinwohnerzahl der Gemeinde P. Croce 228 Köpfe zählt. Mit der Ausführung der notwendigen Massregeln wurde hier der Stabsarzt Dr. Bludau beauftragt, der seinen Wohnsitz in Lussin piccolo nahm. Die an den fünf genannten Orten gewonnenen Blutpräparate wurden in Berlin im I. f. I. untersucht und ergaben folgendes Resultat: In Fasana wurden 6,8 pCt. der 800 Köpfe starken Bevölkerung, in Stignano (300) 8,3 pCt., in Peroi dagegen nur 1,4 pCt. Malariakranke gefunden. Für Ossero stellte sich das Verhältnis auf 4,7 pCt. und für P. Croce auf 10,7 pCt. Diese Zahlen erscheinen an und für sich nicht übermässig hoch, aber interessant war, dass sich in P. Croce fast dieselben Verhältnisse wiederfanden, die R. Koch in den malariaverseuchten Dörfern von Neu-Guinea und Java in Bezug auf die Kinder-Malaria entdeckt hatte. So hatten in P. Croce von den Kindern im Alter bis zu 2 Jahren 81 pCt. Malaria, von 2—5 Jahren 35 pCt. Darüber kamen vor: nur noch ein Kind von $9^1/_2$ Jahren und zwei vor kurzem zugezogene Erwachsene von 24 und $25^1/_2$ Jahr. P. Croce liegt ganz abseits von allem Verkehr, Ossero dagegen hat schon mehr Verkehr und zeigte die Beschränkung der Malaria auf das kindliche Alter nicht so ausgesprochen wie P Croce; noch weniger trat diese Erscheinung in Fasana und Stignano hervor, doch war sie immerhin noch für Stignano erkennbar. Völlig fehlte sie, wie nachträglich bemerkt sei, in Brioni, das mit seiner über alle Lebensalter verteilten Malaria das Bild einer noch in akutester Durch-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

seuchung befindlichen Ortschaft bot. Die von Herrn Geh. Rat Koch vorgenommene Eintragung der ermittelten Malaria-Fälle auf Kartenskizzen der betreffenden Orte ergab die Tatsache, dass die Malaria ganz ausgesprochen eine Hausinfektion darstellt.

Die Behandlung der infizierten Personen in diesen Orten wurde im April 1901 begonnen und für alle drei Fieberformen gleichmässig im dreitägigen Turnus durchgeführt. Für die Erwachsenen kamen Chininkapseln in Anwendung, während für die Kinder von Stabsarzt Bludau im Gegensatz zu meiner eigenen diesbezüglichen Erfahrung dem gelösten Chinin der Vorzug gegeben wurde. Auch Stabsarzt Bludau sah sich genötigt, die Hilfe geeigneter Nichtärzte bei seiner Tätigkeit in Ossero und P. Croce in Anspruch zu nehmen und machte damit die besten Erfahrungen.

Da die Aktion in diesen fünf Orten erst im April, also zu einem relativ späten Zeitpunkt, begonnen wurde, konnte auf einen vollen Erfolg in diesem Jahre eigentlich nicht gerechnet werden. Was in Fasana, Stignano und Peroi erreicht wurde, war aber nach den Äusserungen der genannten istrischen Kollegen und nach der Angabe der Bewohner selbst immerhin bemerkenswert genug, insofern die Fälle der Neuerkrankungen im Sommer in diesen Orten gegenüber früheren Erfahrungen ganz erheblich abnahmen. In Ossero dagegen und P. Croce kam es dank der überaus eifrigen und energischen Tätigkeit des Stabsarztes Bludau schon in dem Sommer zu einem, namentlich in P. Croce völligen Ausbleiben von Neuerkrankungen. Als bester Beweis dafür konnten die im Laufe des Jahres neugeborenen Kinder angesehen werden, die, wie die Blutuntersuchung zeigte, alle fieberfrei blieben. Nach den bisher uns zugegangenen brieflichen Berichten des dortigen Bezirksarztes Dr. Grammaticopulo soll dieser gute Zustand sich in diesem Jahre erhalten haben, was bei der abgeschlossenen Lage beider Orte wohl wahrscheinlich ist.

Nun, bei der Kürze der mir zur Verfügung gestellten Zeit habe ich es mir versagen müssen, auf eine ganze Reihe interessanter und wichtiger Einzelheiten einzugehen, die Sie vielleicht vermissen werden. Die in nächster Zeit stattfindende Veröffentlichung der istrischen Aktion wird Gelegenheit bieten, das Versäumte nachzuholen. Ich möchte hier nur, kurz das Gesagte zusammenfassend, darauf aufmerksam machen, dass das Kochsche Verfahren in der istrischen Campagne unter den allerverschiedensten und zum Teil unter recht schwierigen Malaria-Verhältnissen die Feuerprobe bestanden hat.

Besonders hoch und wertvoll ist in dieser Richtung der Versuch auf Brioni einzuschätzen, wo die Bedingungen für das Gelingen viel ungünstiger waren, als bei Beginn des Versuches angenommen werden musste, und kaum noch übertroffen werden konnten. Es war nicht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

eine vom Verkehr abgeschlossene Insel mit einer konstanten stabilen Bevölkerung, die malariafrei gemacht worden ist, sondern der Versuch ist gelungen, voll gelungen, in einem Verkehrszentrum, das verbunden nach allen Himmelsrichtungen mit Malaria-Gegenden, wie ein offenes Tor für eine Völkerwanderung im kleinen sich darstellte. Ein Verfahren, das sich unter solchen Umständen praktisch bewährt hat, ist den stärksten Anforderungen der Praxis gewachsen und ich hoffe, Sie davon überzeugt zu haben, dass diese im Interesse und Nutzen unserer deutschen Kolonien unternommenen erfolgreichen Versuche, eine baldige und gründliche Ausrottung der Seuche in unseren Kolonien nach dem Kochschen Verfahren nicht nur erhoffen lassen, sondern auch gebieterisch fordern.

Professor **Gosio** - Rom: Die Untersuchungen über die Malaria, die Koch im Jahre 1899 in Grosseto angestellt hat, haben die italienische Regierung und die von der Endemie so schwer betroffene Gegend auf das Lebhafteste interessiert. Die Regierung hat im Anschluss daran, dort einen Mittelpunkt für eine erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit begründet. Die Tätigkeit, die anfangs nur auf eine allgemeine Orientierung gerichtet war, als ich die Ehre hatte, an den Untersuchungen der von Koch dirigierten deutschen Kommission teil zu nehmen, wandelte sich nach und nach in einen umfangreichen Feldzug gegen die Malaria in der Maremma um.

Dieser wahre Krieg gegen die Malaria unterscheidet sich von anderen dieser Art besonders dadurch, dass er das Problem mit allen seinen praktischen Anforderungen in Angriff nimmt. In der Tat war die Tätigkeit hier nicht auf einen beschränkten Bevölkerungskreis gerichtet, nicht auf eine abgegrenzte Zone, auf einen von dem grossen sozialen Verkehr abgeschlossenen Ort, sondern sie hat sich auf eine weit ausgedehnte Gegend erstrecken müssen, auf eine Bevölkerung, die durch ihre Lebensgewohnheiten die grössten Verschiedenheiten darbietet und sich in den warmen Jahreszeiten auf einer stetigen Wanderung befindet, ausserdem aber, namentlich ihrer Natur nach, ein Medium ist, dass sich keineswegs den Ergebnissen der modernen Forschungen willig hingibt. Und indem ich heute dieser hohen Versammlung meinen ehrerbietigen Gruss darbiete, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die von uns erreichten Resultate nicht meinem Vaterland Italien allein zu gute kommen, sondern, in dem Kampf gegen ein Übel, dem die ganze Welt ausgesetzt ist, allgemein nutzbar gemacht werden können.

Italien ist wegen des grossen nationalen Interesses, das die Malaria in Anspruch nimmt, vielleicht unter allen Ländern dasjenige, das in der letzten Zeit die grösste Tätigkeit entfaltet hat. Es existiert

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

eine Gesellschaft gegen die Malaria, die, von vielen über ganz Italien verbreiteten Mittelpunkten aus, das Übel bekämpft; neben dieser steht das rote Kreuz; und ausser der Regierung, welche fortwährend prophylaktische Experimente und Studien zu befördern sucht, gibt es viele Privatleute, welche, infolge eines neuen Gesetzes, in derselben Richtung tätig sind. Überall zeigt sich ein edler Wetteifer, und es ist mir eine Genugtuung zu konstatieren, dass das Land, welches ehemals wegen mangelhafter Kenntnisse den Eucalyptusbäumen, den Cypressen, den Sonnenblumen, eine grosse Bedeutung zuschrieb, heute, nachdem der Ursprung des Übels klar gestellt ist, sich mit jugendlichem Eifer dem Krieg gegen die Zanzaren widmet, Netze und mechanische Schutzmittel in Anwendung bringt, und vor allen Dingen das Bewusstsein, im Chinin das rationellste Mittel zu besitzen, allgemein angenommen hat.

Ich muss sogleich bemerken, dass ich, abgesehen von einem kleinen Experiment, lediglich zu dem Zweck persönliche Kenntnisse von dem praktischen Wert der mechanischen Schutzmittel zu gewinnen, den Weg eingeschlagen habe, den ich in der Prophylaxis gegen Malaria als klassisch betrachte, und für den Koch in dem Experiment von Stephansort das grundlegende Beispiel gegeben hat. — Der grossetanische Feldzug stützte sich wesentlich auf eine systematische ärztliche Chininkur, die übrigens, wegen der ausserordentlichen Häufigkeit der Malariarecidive, absolut verlangt wurde.

Der leitende Gesichtspunkt bestand für uns darin, das Problem von der praktischen Seite anzugreifen, d. h. die Kur so zu gestalten, dass die Bevölkerung jener Gegend in den gewöhnlichen Lebensbedingungen nicht gestört wurde. — Es handelte sich hier eben um einen Komplex aller Faktoren, die häufig am wenigsten geneigt sind, sich den Anforderungen der Hygiene zu unterwerfen, und die man nicht ohne Gefahr vernachlässigen oder unterdrücken darf, wenn man nicht den Zweck dadurch, dass man zu viel verlangt, in Frage stellen will.

Wenn wir nun sehen, dass bei einem unter diesen Bedingungen ausgeführten Verfahren die Malaria schon nach zweijähriger Probe überall wesentlich verringert und an einigen Orten von 80—90 pCt. bis auf 2—6—7 pCt. hinabgegangen ist, so bedarf es wohl keiner weiteren Worte, um die Güte der Methode zu beweisen; diese Zahlen sind beredt genug, um der Überzeugung Raum zu geben, dass selbst an Orten, wo die Malaria am heftigsten auftritt, es sich nur darum handelt, einige Jahre lang den einmal betretenen Weg konsequent fortzusetzen, um zum vollständigen Siege zu gelangen.

Unsere Kommission bestand aus 15 Mitgliedern und entfaltete ihre Tätigkeit auf einer Ausdehnung von ungefähr 60 *qkm*. — Diese

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tätigkeit erstreckte sich im vorigen Jahre auf die Ortschaften Grosseto, Barbanella, Gorarella, Istia und Deposito, während sie sich in diesem Jahre auf das platte Land um Grosseto, Istia und Montepexali, eine schwer von der Malaria heimgesuchte Ebene, richtete.

Die Verabreichung des Chinins bei allen Recidiven der präepidemischen Periode und weiter nach und nach an alle Malariakranke der eigentlichen Epidemie, geschieht im wesentlichen nach dem von Koch vorgeschlagenen System; es handelt sich um eine periodische intensive Chininkur, welche die Bedeutung einer fraktionierten Desinfektion des Blutes hat. — Einige Modifikationen waren die natürliche Folge der im Verlauf der Aktion gewonnenen Erfahrungen. — So hat sich namentlich durch die konsequente mikroskopische Blutuntersuchung gezeigt, dass Mischinfektionen der verschiedenen Malariaformen weit häufiger sind als früher bekannt war. Deshalb schien es zweckmässig, zwischen den verschiedenen Typen der Malaria, in Bezug auf die Intensivität der Behandlung, keinen Unterschied zu machen. — Ferner waren, angesichts des Umstandes, dass die ländlichen Arbeitermassen jener Gegend ein wenig sesshaftes Leben führen, die für die Chininkur bestimmten Tage ein für allemal festzusetzen, und zwar allwöchentlich zwei aufeinander folgende Tage.

Diese Massregeln erlaubten bis zu einem gewissen Grade eine ambulatorische Kur, wodurch die Aktion am meisten praktisch und am wenigsten umständlich wurde. Die Verabreichung des Chinins erfolgte für gewöhnlich am Morgen; aber sobald die starken Feldarbeiten ihren Anfang genommen hatten, war beim grössten Teil der Kranken die Kur nur abends möglich.

Dieser Moment ist allerdings, in Rücksicht auf die therapeutische Wirkung, nicht besonders günstig; jedoch um nicht einer absoluten Weigerung zu begegnen, haben wir uns diesem Verfahren anbequemen müssen.

Ich möchte ganz besonders hervorheben, — und halte dies für ausserordentlich wichtig, — dass ich stets für unumgänglich notwendig gehalten habe, dass das Chinin nur in Gegenwart des Arztes genommen wurde.

Die Dauer der Kur schwankte zwischen zwei und vier Monaten. In mehreren Fällen konnte selbst eine systematische und rigorose Kur von vier Monaten keine radikale Heilung bewirken. Diese Ausnahme betraf Kranke, bei denen die Malaria schon Jahre bestand. Gewöhnlich führte die Kur in 2—3 Monaten zur völligen Wiederherstellung.

Unter den Chininpräparaten haben wir dem Bichlorhydrat und dem Bisulfat den Vorzug gegeben; für Kinder haben wir, weil es

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ohne bitteren Geschmack ist, das unter dem Namen Euchinin eingeführte Karboetylat angewendet. Diese Präparate wurden per os in Wasser oder in einer passenden Flüssigkeit aufgelöst oder auch in Oblaten eingegeben.

Die Dosis betrug 1 *g* für die Erwachsenen und ein halbes für die Kinder.

Bevor ich auf die gewonnenen Resultate im einzelnen eingehe, möchte ich einen flüchtigen Blick auf die Krankheitstabelle werfen, welche auf Grund genauer mikroskopischer Blutuntersuchungen der ganzen als krank verdächtigen Bevölkerung der verschiedenen Zonen festgestellt worden sind:

Im vorigen Jahre, als unsere Bemühungen begannen, befanden sich unter der Gesamtzahl von 3518 Personen, welche die sesshafte Sommerbevölkerung von Grosseto, Barbanella, Gorarella, Deposito und Istia ausmachen, 1966 Malariakranke. — Jedenfalls beweisen diese Daten, wie tiefe Wurzeln das Übel in der Maremma geschlagen hat; ja, ohne Zweifel bleiben sie hinter der Wirklichkeit zurück, weil die Blutuntersuchungen sich nicht immer so oft als wir wünschten wiederholen liessen.

Wenn man nun die Durchschnittszahl in ihre einzelnen Faktoren zerlegt, so gelangt man von einem Maximum von 94 pCt., wie es in Gorarella konstatiert wurde, zu einem in Deposito beobachteten Minimum von 40 pCt. — Ein besonderes Interesse gewährt die Statistik der Kinder-Erkrankungen, welche mit vollem Recht, nach Kochs Studien, den Massstab für den Grad der einheimischen Malaria abgeben. Die nach Untersuchung von 569 aus verschiedenen Zonen genommenen Kindern festgestellten Tabellen ergaben eine Morbidität von 58 pCt., mit einem Maximum von 69 für Istia und einem Minimum von 26 für Deposito. — Wie man sieht, entsprechen diese Tabellen der Kinder-Morbidität in hohem Grade denjenigen für die allgemeine Morbidität aller Zonen.

Hiernach gehe ich ohne weiteres zu den numerischen Ergebnissen unserer Aktion über.

Aus einem Vergleich ergibt sich selbstverständlich der Grad der erreichten Wohltat am besten. Ein Vergleich ist sowohl mit dem vorhergehenden Jahre 1900 angestellt worden, als auch mit dem Jahre 1901 selbst, für die nicht behandelten Gegenden, welche gleichsam einen Ring von Wohnorten bilden, der sich mit einer Gesamtbevölkerung von 531 Einwohnern um die ganze Tätigkeitssphäre ausdehnt.

In dem ersten Fall sind wir für die Stadt Grosseto von einer Morbidität von 51 auf 29 pCt. hinabgestiegen, — für Gorarella von 94 auf 42, für Barbanella von 83 auf 26, für Istia von 63 auf 7 und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

für Deposito von 40 auf 6,6. — Diese Ziffern gelten, wie gesagt, für das Jahr 1901 in Vergleich mit dem Jahre 1900. Wenn man jedoch die behandelten Zonen für das Jahr 1901 mit den nicht behandelten vergleicht, so haben wir die höchstbezeichnenden Differenzen von je 54, 41, 58, 76 und 77 pCt. zum Vorteil der behandelten Zonen.

Diese auf einem weit ausgedehnten Territorium, für starke Bevölkerungsmassen, immer an der Hand der mikroskopischen Blutuntersuchungen konstatierten Tatsachen lassen keinen Zweifel über ihren Wert, also über einen definitiven Erfolg aufkommen.

Alle bisher angeführten Zahlen beziehen sich auf den allgemeinen malarischen Krankheitszustand, das heisst ohne einen Unterschied zwischen den verschiedenen Formen zu machen, und ohne die alten Fälle von den frischen zu unterscheiden. Dies schien mir aus praktischem Grunde zweckmässig, weil in Wirklichkeit bei einer auf ärztlicher Kur begründeten Bekämpfung ein jeder Fall, mag er primitiv oder recidiv sein, immer einen Misserfolg darstellt. — Aber in einer tief und namentlich von recidiver Malaria infizierten Gegend könnte man sagen, dass wesentliche Verringerungen des Krankheitszustandes einzig und allein dadurch erreicht sind, dass an der Hand einer ununterbrochenen Kur zahlreiche Recidive von schon früher stattgehabten Infektionen vermieden worden sind.

Vom hygienischen Gesichtspunkte aus muss man sich weiterhin davon Rechenschaft geben, ob die Aktion, — abgesehen von ihrem unmittelbaren Vorteil für die Kranken, — noch einen Schutz für die Gesunden gewährt, indem sie die Infektionsherde ausrottet. Der Massstab für die Beurteilung muss aus der Häufigkeit der frischen Infektionen abgeleitet werden:

Im ganzen Jahre 1901 weist die totale sesshafte Bevölkerung, auf welche sich die Experimente bezogen, nur 13 pCt. frischer Infektionen auf; und der Prozentsatz geht auf 1,8 hinunter, wenn man nur die Bevölkerung, welche am besten die Kur durchgeführt hat, in Betracht zieht. Die primitiven Infektionen treten hier also gleichsam als Ausnahme auf. Gewisse kleine Fehler sind ja bei dieser Berechnung nicht zu vermeiden; doch können sie das Gesamtresultat nicht wesentlich beeinflussen.

Betrachten wir ausserdem die verschiedenen Fälle, welche unter den Arbeiterscharen vorkommen, die von immunen Orten her in die Gegend des Grossgrundbesitzes im Moment der Gefahr einwandern, so ist hier jeder Zweifel ausgeschlossen. Diese Arbeitermassen müssen, wenn eine vorausgeschickte Kur als Bonifikation der Gegend, welche sie aufnimmt, gelten soll, ein Minimum von Morbidität auf-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

weisen im Vergleich zu anderen Jahren und anderen Orten, in welchen keine rationelle Kur vorgenommen war. Dasselbe ist der Fall gewesen in den beiden Latifundien Albarese und Deposito, wo die gemachten Erfahrungen als eine Art von Kontrollprobe gelten können.

In diesem Jahre 1902 hat sich unsere Unternehmung, wie schon gesagt, auf das platte Land beschränkt. Es möchte scheinen, als ob diese Aktionssphäre eine mehr beschränkte wäre, aber die hier zu überwindenden Schwierigkeiten sind bei weitem grösser, teils wegen der Entfernungen zwischen den Wohnstätten, teils wegen der stärkeren Wanderungen der Arbeiter, teils wegen der schlechten Strassen. Trotzdem waren die Resultate sehr günstig. In der Zone von Bagni Roselle ging die Zahl der Kranken von 93 auf 13, in der Zone von S. Rocco von 89 bis auf 10 zurück. Was die Zone von Istia betrifft, so hat sich in derselben der frühere günstige Gesundheitszustand erhalten, und unter 292 zugezogenen Personen, die in der Umgebung von Istia einer rigorosen Kur unterworfen wurden, sind bis zum September nur 11 erkrankt, d. h. 3,7 pCt. Früher galt es als eine Ausnahme, wenn ein Arbeiter in die Maremma einwanderte, ohne an Malariafieber zu erkranken.

Der Ausgang des Feldzuges in der Ebene von Montepescali hatte ein noch günstigeres Resultat: Unter 612 erkrankten hier nur 17, d. h. wenig mehr als 2 pCt. (Diese Zahlen gelten für die Malariamorbosität bis Ende September. Oktober- und Novembermorbosität kann das Gesamtresultat nicht wesentlich verändern.) In derselben Ebene hat sich im verflossenen Jahre unter 615 Personen eine Anzahl von 483 Malariakranken ergeben, d. h. 78,5 pCt.

Weitere Erörterungen über diese Zahlen könnten ihre Bedeutung nur verringern.

Zwei Jahre lange Experimente in einer von der Malaria schwer getroffenen Gegend, in der das Problem, namentlich von seiner praktischen Seite ausserordentlich vielen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, haben also ein Resultat ergeben, welches gebieterisch fordert, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren.

Nun freue ich mich, dass diese Resultate mit den vom Professor Frosch eben geschilderten vollständig übereinstimmen. Dies ist der beste Beweis, dass wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Am Schluss wage ich die Hoffnung und den Wunsch auszusprechen, dass diese Versuche nicht mehr vereinzelt bleiben, sondern den Anstoss geben möchten, dass auf der Grundlage des Kochschen Verfahrens sich ein stolzer Bau gegen die Malaria erhebe.

Stabsarzt Dr. **Vagedes,** Berlin: Ich bin vor kurzem aus Deutsch-Südwestafrika zurückgekehrt von einer Malariaexpedition, die ich im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auftrage der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, unter spezieller Leitung des Herrn Geh.-R. Koch unternommen habe. Es galt die Durchführbarkeit der Kochschen Methode der Malariabekämpfung auch unter den dortigen Verhältnissen zu erproben. Da ein solcher Versuch ein besonderes koloniales Interesse für sich in Anspruch nimmt, sei es mir gestattet, wenn auch der Kürze der mir gegebenen Zeit entsprechend nur in groben Umrissen, das Ergebnis meiner Untersuchungen hier darzulegen. Ich muss aber für Einzelheiten auf den später erfolgenden ausführlichen Bericht verweisen.

Die Malaria ist im Süden unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes im allgemeinen eine seltene Krankheit; weit häufiger dagegen, abgesehen von einigen Plätzen im Osten, ist sie in den nördlichen Teilen dieser Kolonie. Ich war daher von vornherein auf den Norden des Schutzgebietes angewiesen, und da verdanke ich es dem trefflichen Rat des mit den dortigen Verhältnissen überaus vertrauten Stabsarztes Dr. Dempwolff, dass ich nicht lange umherzusuchen brauchte, sondern in dem Orte Franzfontein alsbald einen für meine Untersuchungen überaus geeigneten Platz auffand. (Demonstration an der Karte). Als ich Ende April 1901 in Franzfontein, das von den Zwartboihottentotten, also einem Nama-Stamm bewohnt wird, anlangte, kam ich so recht mitten in die Fieberzeit hinein. Es waren schon mehrfache Erkrankungen vorgekommen, und ich hatte kaum die Ochsen meines Wagens ausspannen lassen, als auch schon der „Kapitän" des Platzes erschien, um meine Hilfe für mehrere Kranke nachzusuchen, darunter für einen Schwerkranken, Bewusstlosen, der nach dem Urteil der Eingeborenen für verloren galt und den es nur durch Einverleibung von Chinin unter die Haut am Leben zu erhalten gelang. Im Anschluss an die erste Versorgung der Kranken machte ich mich an die Untersuchung der übrigen Bewohner des Platzes und konnte weiterhin feststellen, dass von 170 Untersuchten 127, also 75 pCt., die Keime der Malaria im Blute aufwiesen, von denen nur 34 fieberhafte Erscheinungen zeigten. Bei der nun vorliegenden Aufgabe der Malariabekämpfung in Franzfontein war es von vornherein notwendig, der bekannten Freizügigkeit der Bevölkerung hinreichend Rechnung zu tragen. Die Eingeborenen dort sind nämlich nicht in unserem Sinne sesshaft. Teils aus altererbter Lebensgewohnheit, teils weil sie gezwungen sind, sich oft weit von ihrem ursprünglichen Wohnsitz entfernt ihre Nahrung im Felde zu suchen, ziehen sie im Lande umher, oft erst nach Wochen oder Monaten an ihren ersten Wohnsitz zurückkehrend. So musste ich denn gleichzeitig die Orte ins Auge fassen, welche die Bewohner Franzfonteins besonders häufig aufsuchen, von wo also die Gefahr einer steten Neueinschleppung drohte. Es kamen hier zunächst die



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Orte Tsumamas (ca. 40 *km* südöstlich Franzfontein), Tutara (ca. 50 *km* östlich) und Kauas (ca. 70 *km* östlich von Franzfontein gelegen), in Betracht. Diese Orte habe ich denn, nachdem die Malariabekämpfung in Franzfontein eingeleitet war, aufgesucht und daselbst weitere Untersuchungen über das Vorkommen der Malaria unter den Eingeborenen angestellt. Ich fand nun in Tsumamas unter 161 Eingeborenen mit Malaria behaftet 92, also rund 57 pCt, in Tutara von 131 im ganzen 93, also 71 pCt und in Kauas von 163 gegen 29,6 pCt. Auch hier musste die Malariabekämpfung ins Werk gesetzt werden, sollte ihre Durchführung in Franzfontein Aussicht auf Erfolg haben. Die letztgenannten drei Orte sind von Bergdamaras, also Schwarzen, bewohnt, für welche in noch höherem Masse das bereits über die Franzfonteiner Zwartboihottentotten Gesagte gilt. Auch sie ziehen vielfach weit in der Umgegend ihrer Wohnorte umher und kommen so mit den anderen über das umliegende Land zerstreuten Bergdamaranegern in vielfache Berührung. Ich hatte also drittens auch auf diese Eingeborenen, die ganz ohne feste Wohnsitze umherziehen, meine Aufmerksamkeit zu richten. Dieser Leute aber bald nach oder gar während der Regenzeit zur Untersuchung einigermassen vollzählig habhaft zu werden, ist ein ziemlich aussichtsloses Unternehmen. Der „Feldkost" nachziehend schweifen sie im Lande umher, ihre jämmerlichen Reisighütten („Pontoks") dort aufschlagend, wo es ihnen gerade gefällt. Das für ihre geringen Bedürfnisse ausreichende Wasser finden sie zu jener Zeit überall in den vorübergehend sich bildenden Wasserpfützen. Während der Trockenzeit aber ziehen sich die Bergdamara nach den ständigen Wasserstellen zurück, und unter Benutzung dieses Umstandes ist es mir gelungen, auch diejenigen Bergdamara einer Untersuchung zu unterziehen, welche die Umgebung jener 4 genannten Orte bevölkern, sowie Klarheit darüber zu erlangen, wieweit ich etwa die Malariabekämpfung auch auf die weitere Umgebung jener 4 Orte auszudehnen hätte. Auch das Gebiet, innerhalb dessen sich die Eingeborenen dort im allgemeinen bewegen, lernte ich auf solche Weise kennen, was von Wichtigkeit war, weil ich nur so über weitere für Franzfontein etwa noch vorhandene Ansteckungsquellen Auskunft erlangen konnte. Jenes Gebiet ist, wie ich feststellte, kein allzu grosses. Es wird etwa durch die Linie Franzfontein—Otjitambi—Aimab—Outyo—Franzfontein umgrenzt. Es liegt in einer Talsenkung zwischen zwei im N. und S. ziehenden Bergrücken, ein ehemaliges Seenbecken, worauf das überall reichlich vorkommende sedimentäre Kalkgestein hindeutet. Nach Westen hin liegt das öde Kaokofeld, nach Osten allerdings die grosse Verkehrsstrasse vom fieberreichen Ovamboland über Outyo nach dem Süden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In dem eben beschriebenen Gebiet habe ich nun meine Nachforschungen angestellt und gegen 1750 Eingeborene nebst einigen Weissen, zum Teil oft wiederholt, untersucht. Das Ergebnis der Untersuchung war, dass die Malaria, von Outyo und den schon wiederholt genannten 4 Plätzen abgesehen, in diesem Gebiet nicht in einer für meinen Versuch praktisch in Betracht kommenden Weise verbreitet ist, so dass ich mich bei meinen Bemühungen auf die Orte Franzfontein, Tsumamas, Tutara, Kauas beschränken konnte und nur den Verkehr nach Outyo zu überwachen hatte. Ob diese meine Rechnung richtig war, musste die diesjährige Fieberzeit erkennen lassen, die den Erfolg meiner vorjährigen Tätigkeit zeigen sollte. Das Resultat geben folgende Zahlen wieder: Während im Vorjahre unter 170 Eingeborenen in Franzfontein 127, also 75 pCt., sich bei der Untersuchung als malariabehaftet zeigten, konnten in diesem Fieberjahre nur 15 Malariaträger unter 165 Bewohnern aufgefunden werden, von denen 4 sich mit grosser Wahrscheinlichkeit ausserhalb angesteckt hatten.

In Tutara sank die Zahl der Parasitenträger von 71 pCt. auf 3,7 pCt., während in Kauas und Tsumamas unter den Bewohnern überhaupt keine Malariabehafteten aufzufinden waren, also auch keine Fieberfälle vorkamen.

Zur Erreichung dieses Erfolges kamen mir zwei Umstände wesentlich zu statten. Einmal traf ich mit verschwindend geringen Ausnahmen bei meinen Untersuchungen nur auf Fälle von Tropenfieber, dessen Erreger dem Chinin erheblich geringeren Widerstand leisten als beispielsweise die Parasiten des viertägigen Fiebers. Sodann war die Fieberzeit, also die Zeit innerhalb deren Neuerkrankungen vorkommen, eine verhältnismässig kurze. Die Fieberzeit beginnt dort im allgemeinen gegen Ende der Regenzeit, also März bis April, wenn die Fiebermoskitos (Anopheles) anfangen zu stechen, und endet mit Beginn der kalten Jahreszeit, wenn die kalten Nächte einsetzen, mit deren Eintreten, soweit meine Beobachtungen reichen, die Anophelesmücke verschwindet, das ist etwa der Monat Juni. Veränderte Witterungsverhältnisse mögen natürlich im stande sein, ein früheres Eintreten und späteres Aufhören der Fieberzeit zu verursachen. Unter den dortigen Verhältnissen hatte ich also eine verhältnismässig lange fieberfreie, d. h. anophelesfreie Zeit, innerhalb deren ich auf die Träger von Malariakeimen durch immer wiederholte Blutuntersuchungen fahnden und sie durch weitere Chininbehandlung für die Allgemeinheit unschädlich machen konnte.

Die starke Verbreitung der Malaria an jenen 4 Orten Franzfontein, Tsumamas, Tutara und Kauas, wie sie durch meine Untersuchungen dargelegt wurde, ist offenbar noch nicht sehr alten Da-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tums. Die Zwartbois bewohnen Franzfontein noch nicht 20 Jahre, und die Ansammlungen der Eingeborenen in Tsumamas, Tutara, Kauas sind noch weit jüngeren Alters. Unter den Franzfonteiner Hottentotten fand die Malariakrankheit ihre hauptsächlichste Verbreitung nach dem Jahre 1898, wie aus den Sterbeziffern des Kirchenbuches hervorgeht. Im Jahre 1897 war die Rinderpest ins Land gekommen, beraubte die Leute ihres Viehs und zwang sie, in der Umgegend sich ihre Nahrung im „Felde" zu suchen; weiter wurde ihr Wohlstand durch ihren Aufstand gegen die deutsche Schutztruppe vernichtet (1897/98), und während dieses Krieges kamen die Franzfonteiner in vielfache Berührung mit den nördlich wohnenden Zesfonteiner Topnaarhottentotten, unter denen Malariafieber ganz besonders stark verbreitet ist. Hiernach kam es 1898 zu einer Fieberepidemie, die nach allem, was ich darüber ermitteln konnte, eine Malariaepidemie gewesen zu sein scheint.

Es könnte nun der Einwand erhoben werden, dass die von mir erreichten Resultate einen Scheinerfolg darstellen, weil möglicherweise das Fieberjahr diesmal ein besonders mildes gewesen sei. Hiergegen spricht die Tatsache, dass in Outyo, welches ich noch nicht in den Bereich meiner Tätigkeit hineinziehen konnte, Malaria unter den Angehörigen der Schutztruppe in erheblichem Masse aufgetreten ist, wie ich aus der Mitteilung des dortigen Schutztruppenarztes entnommen habe. Damit übereinstimmend war auch das Regenjahr 1902 für das in Betracht kommende Gebiet ein durch Niederschlagsmenge gegen die Vorjahre ausgezeichnetes. Je mehr Regen fällt, um so zahlreicher bilden sich die Tümpel, in denen die Anophelesmücke die Bedingungen ihrer Entwickelung findet, und daher entspricht auch hier erfahrungsgemäss das Auftreten des Fiebers an Stärke der Menge des gefallenen Regens. Zahlenmässige Belege für die jährliche Regenmenge besitze ich für Franzfontein; dort befindet sich eine Militärstation, auf welcher regelmässige Regenmessungen vorgenommen werden. Hier sind im Regenjahr 1899/1900 165,6 *mm*, 1900/1901 159,7 *mm*, 1901/1902 dagegen 253,5 *mm* Regen gefallen, und dementsprechend sind, wie ich aus eigener Beobachtung weiss, Anophelesmücken an den von mir untersuchten Orten fühlbar zahlreicher aufgetreten, als im Vorjahr. Ich kann also die gewonnenen Resultate als den Erfolg der voraufgegangenen Tätigkeit ansehen, und glaube gezeigt zu haben, dass auch unter den eigenartigen Verhältnissen des deutschsüdwestafrikanischen Schutzgebietes die Kochsche Methode der Malariabekämpfung wohl durchführbar ist. Um das Begonnene fortzusetzen, müsste man von mehreren derartigen Zentralpunkten, wie ich einen solchen in Franzfontein geschaffen habe, ausgehend die Malaria bekämpfen und könnte so allmählich einen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

breiten malariafreien Gürtel schaffen, der die südlichen, bisher relativ malariaarmen Teile von dem fieberreichen Ovamboland trennt.

Regierungsarzt Dr. **Albert Plehn,** Berlin: Von der sogenannten Kochschen Methode gilt dasselbe, was vom Drahtnetzschutz der Italiener gilt: In einem engbegrenzten, vom Verkehr abgeschlossenen Gebiet mag die Fieberhäufigkeit sehr beträchtlich herabgesetzt werden. Das ist aber keine Ausrottung der Malaria, das ist nur ein Schutz des Individuums.

Für tropische Malariagegenden ist mehr aus praktischen Gründen nicht zu erreichen. In Kamerun z. B. wohnen innerhalb eines Umkreises von etwa 2 *km* um die Europäerwohnungen 12 000 bis 15 000 Neger. Von den Kindern derselben führen einige 90 pCt., von den Erwachsenen etwa 50 pCt. ständig Malariaparasiten, ohne dadurch im geringsten in ihrem Wohlbehagen gestört zu werden. Wie will man diese alle, sei es mit, sei es ohne Hilfe des Mikroskops, von ihren Parasiten befreien? „Heilen", wie der Herr Vortragende sagt.

Was sich durch den Schutz des Individuums oder der Individuen, welche sich schützen lassen wollen, erreichen lässt, das ist in Kamerun schon erreicht worden, bevor Herr Geheimrat Koch sich mit der Sache befasste. Das lehren meine verschiedenen Veröffentlichungen seit 1896. Dabei haben sich mir allerdings — wenigstens für Kamerun — Chiningaben in 5tägigen Zwischenräumen, selbst zu $^1/_2$ *g*, als wesentlich wirksamer erwiesen, wie die 7tägigen Grammgaben, mit welchen ich 1886—1887 an der javanischen Küste ausgezeichnete Erfahrungen machte. Natürlich werden diejenigen noch besser fahren, welche fünftägig $^1/_1$ *g* vertragen. Das ist aber selbst bei kerngesunden Leuten noch vor ihrem ersten Fieber nicht immer der Fall. Je ein ganzes Gramm an zwei aufeinanderfolgenden Tagen ist noch unbequemer. Gerade seit wir nach Ablehnen der Einführung obligatorischen Chiningebrauchs auf den guten Willen unserer Kolonisten angewiesen sind, müssen wir uns davor hüten, ihnen das System dadurch zu verleiden, dass wir es zu rigoros gestalten.

Durch den Schutz der einzelnen Person wird dann natürlich die Gesamtstatistik günstig beeinflusst. Auch heute haben wir von den verschiedenen Seiten nur von einer Herabsetzung der Fieberhäufigkeit — nicht von einer Ausrottung der Malaria gehört.

Mitteilungen über „Ausrottung" sind mit Vorsicht zu beurteilen. Von Neu-Guinea wurde das gesagt, und jetzt sind kürzlich der stellvertretende Gouverneur und der Arzt Dr. Dempwolff selber am Schwarzwasserfieber erkrankt, und auch sonst sind Fieberfälle vorgekommen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man soll die Hoffnungen nicht zu hoch spannen, sonst ist eine Enttäuschung unvermeidlich, welche das ganze System gefährden kann.

Geheimrat **Koch,** Berlin: Auf die Einwendungen des Herrn Plehn gegen die von mir eingeführte Methode der Malariabekämpfung habe ich folgendes zu entgegnen:

Es muss selbst dem Nichtarzt verständlich sein, dass, wenn ein Ort nach meinem Verfahren von Malaria frei gemacht ist und nun von allen Seiten aufs neue Infektionskeime in denselben hineingeschleppt werden, ohne dass etwas dagegen geschieht, die Zustände in verhältnismässig kurzer Zeit wieder ebenso schlecht werden müssen, wie vorher. Jemand, der also verlangt, dass ein Ort, wie z. B. Stephansort, nach einer vorübergehenden Malaria-Bekämpfung nunmehr für alle Zeit malariafrei bleiben soll, beweist damit, dass er den Zweck des Experiments und die Prinzipien, auf denen es beruht, ganz und garnicht begriffen hat.

Was die von Herrn Plehn erwähnten beiden Schwarzwasserfieberfälle mit der vorliegenden Frage zu schaffen haben sollen, ist mir unverständlich, und dies umsomehr, als sie garnicht in Stephansort, sondern der eine in Friedrich Wilhelms Hafen und der andere in Herbertshöhe, letzterer also recht weit von Stephansort entfernt, vorgekommen sind.

Meinem Versuche in Stephansort lag folgende Idee zu Grunde. Man wusste damals, dass die Malariaparasiten von einem Menschen auf einen anderen durch einen Zwischenwirt, die Stechmücke, übertragen werden und dass somit gewissermassen ein Zirkel besteht, in welchem sich der Malariaparasit vom Menschen zur Mücke und von dieser wieder zurück zum Menschen bewegt. Es lag nun der Gedanke nahe, diesen Zirkel an irgend einem Punkte zu unterbrechen und damit zugleich den Fortgang der Malaria-Übertragung unmöglich zu machen. Letzteres konnte aber nur dann gelingen, wenn es nur einen einzigen derartigen Zirkel gibt. Existieren etwa noch andere, z. B. durch den Übergang der menschlichen Malariaparasiten auf Tiere, etwa Fledermäuse, wie mehrfach behauptet ist, oder durch anderweitige Beziehungen der Malaria zum Sumpfboden u. s. w., dann konnte durch Unterbrechung des erstgenannten Zirkels nicht viel gewonnen werden, da ja von den anderen ausserdem bestehenden Infektionsquellen aus die Malariaparasiten ihren Weg zum Menschen finden mussten. Um hierüber Aufklärung zu erhalten, wurde der Versuch in Stephansort unternommen, wobei nur die im Menschen vorhandenen Malariaparasiten mit Hilfe des Mikroskops aufgesucht und dann durch Chinin vernichtet wurden. Dies Experiment hatte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einen vollständigen Erfolg, indem die Malaria ausschliesslich durch dieses Verfahren in verhältnismässig kurzer Zeit auf ein Minimum reduziert wurde. Damit war aber der unumstössliche Beweis geliefert, dass es für die Malariaparasiten in der Tat nur den einen Zirkel zwischen Mensch und Mücke gibt, eine Tatsache, welche nicht allein für die Wissenschaft, sondern auch für die Praxis von grossem Werte ist.

Später ist dann in Stephansort in Bezug auf eine rationelle Malariabekämpfung nichts mehr geschehen, und ich habe es gar nicht anders erwartet, als dass die Plantage von den benachbarten stark malariaverseuchten Eingeborenendörfern her bald wieder infiziert werden würde.

Ein anderer Einwand, als der von Herrn Plehn erhobene, scheint mir mehr Beachtung zu verdienen, nämlich derjenige, dass es sich bei dem Versuche in Stephansort und bei den anderen, über welche in den eben gehörten Vorträgen berichtet wurde, um zu beschränkte Verhältnisse gehandelt habe. In einem kleinen Orte, auf einer Plantage könne das Verfahren unter Aufbietung grosser Hilfsmittel einen Erfolg haben, aber im grossen werde es versagen und namentlich auch zu kostspielig sein.

Um auch über diese Frage Auskunft zu erlangen, ist seit einem Jahre ein Versuch der Malariabekämpfung in gröserem Massstabe in Gang gesetzt, welcher unter der Leitung von Stabsarzt Dr. Ollwig in Daressalam steht. Stabsarzt Ollwig hat als Hilfspersonal eine Krankenschwester und einen Lazarettgehilfen, welche beide das Mikroskopieren, soweit es für die Malariadiagnose erforderlich ist, gelernt haben. Ausserdem stehen ihm einige farbige dort angeworbene Diener zur Verfügung. Mit diesem, doch gewiss nicht kostspieligen Apparat ist es ihm innerhalb eines Jahres gelungen, die Malaria, welche in der 10 000 Einwohner zählenden Stadt stark verbreitet war, um ungefähr fünfzig Prozent herabzumindern.

Ich bin davon überzeugt, dass die Malariaziffer in Daressalam durch diese Art der Bekämpfung immer weiter heruntergedrückt und dass in zwei bis drei Jahren dasjenige Minimum erreicht werden wird, welches bei dem fortwährenden Zufluss von neuem Infektionsstoff aus anderen Malariagegenden durch Zureisende, Karawanen u. s. w. überhaupt erreicht werden kann. Auch in diesem Falle würde, wenn man mit den Bemühungen zur Austilgung der Malariaparasiten alsdann völlig aufhören wollte, sehr bald wieder alles beim alten sein. Es ist also notwendig, in allen den Küstenplätzen, welche dauernd frei von Malaria gehalten werden sollen, einen Arzt zu stationieren, welcher ausschliesslich dafür zu sorgen hat, dass die Malaria nicht wieder eingeschleppt wird und nicht wieder von neuem Fuss fasst.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Beweis dafür, dass mein Verfahren auch im grossen sich anwenden und dass es sich unter Aufwand verhältnismässig geringer Mittel durchführen lässt, ist also bereits erbracht, und ich zweifele nicht, dass dasselbe in Zukunft für unsere Kolonien von grossem Nutzen sein wird.

Oberstabsarzt **Steudel,** Berlin: Ich möchte nur richtig stellen, dass Stabsarzt Dempwolff noch nicht aus Neu-Guinea zurückgekehrt ist und dass offenbar auch die vor kurzem umlaufenden Zeitungsnachrichten, er habe Schwarzwasserfieber, nicht zutreffen, wenigstens sind noch später Briefe von ihm eingelaufen, in denen er nichts davon erwähnt.

Marine-Oberstabsarzt Dr. **Ruge** macht darauf aufmerksam, dass z. Z. in der Nähe von Wilhelmshaven ein Beispiel dafür vorhanden ist, dass die Malaria an einem Orte, an dem sie ausgerottet war, sehr wohl wieder auftreten kann, wenn man keine besonderen Massnahmen trifft, um die einmal errungenen Vorteile festzuhalten. Herr Marine-Stabsarzt Dr. Martini stellte nämlich fest, dass die im Harlinger Lande bei Wilhelmshaven z. Z. herrschende kleine Malariaepidemie ihren Ursprung in der Einwanderung malariainfizierter holländischer Deicharbeiter hat.

Stabsarzt **Kuhn,** Hamburg: Zu den Mitteilungen des Herrn Vagedes bemerke ich folgendes: Es ist in Deutsch-Südwestafrika sehr häufig, dass in einem Jahre eine heftige Malariaepidemie herrscht und dass in den nächsten Jahren an denselben Orten von Malaria kaum etwas zu finden ist. Infolgedessen muss man in der Beurteilung von Erfolgen in der Malariabekämpfung sehr vorsichtig sein, wie ich an meinen eigenen Arbeiten in Südwestafrika gesehen habe. Ferner möchte ich Herrn Vagedes darauf aufmerksam machen, dass nach den Berichten der Rheinischen Mission die Hottentotten sehr unter Malaria zu leiden hatten, als sie nach Franzfontein aus dem Süden heraufkamen; die Malaria besteht also nicht erst seit 1897 in Franzfontein.

Regierungsarzt Dr. **Plehn**: Selbstverständlich habe ich nicht vorausgesetzt, dass Malaria nach einmaligem Verschwinden infolge von allgemeinem Chiningebrauch als dauernd erloschen ohne weiteres anzusehen sei, wie Herr Geh. Rat Koch das von mir glaubt. Herr Dempwolff ist aber doch hinausgeschickt worden, um die Erfolge Kochs festzuhalten und weiter zu verfolgen. Wenn Herr Steudel jetzt sagt, dass Dempwolff kein Schwarzwasserfieber gehabt hat, so bin ich in diesem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Punkt im Ausw. Amt falsch unterrichtet worden. Andere erkrankten jedenfalls an schweren Fiebern, und das beweist, dass keine Assanierung erreicht wurde, denn der Schutz des Individuums, mit welchem ich glaube mich notgedrungen begnügen zu müssen, ist auch der Ausgangspunkt und die Voraussetzung der weitergehenden Bestrebungen des Herrn Geheimrats Koch. Das Ziel derselben — die Assanierung tropischer Malariagegenden lediglich durch Chinin, halte ich nach wie vor für unerreichbar.

Dr. **Vagedes,** Berlin: Wenn Herr Kuhn entgegen meiner Auffassung annimmt, dass die Malaria unter den Franzfonteiner Hottentotten eine sehr alte Erkrankung darstellt, so kann ich demgegenüber nur wieder darauf hinweisen, dass der Zwartboi-Stamm erst gegen 20 Jahre sich in Franzfontein aufhält, während die anderen Orte noch seit viel kürzerer Zeit ständig bewohnt sind (folgt kurzer Überblick über die Geschichte des Stammes). Blutuntersuchungen unter Eingeborenen sind vor mir wohl kaum dort gemacht worden.

Auf die Unterschiede in der Heftigkeit des jährlichen Fiebers habe ich gleichfalls bereits aufmerksam gemacht. Trotzdem ist eine gewisse Beständigkeit in dem Auftreten des Fiebers zu bemerken, wie der Platz Outyo beweist, wo nach Ausweis der Krankenbücher jährlich eine ganze Anzahl Malariaerkrankungen unter den dortigen Soldaten vorkommt.

Dass ich für meine Zahlen etwaige, das Zurücktreten des Fiebers begünstigende Einflüsse genügend berücksichtigte, glaube ich bereits dargelegt zu haben.

---

# Über die Verhütung eines Malaria-Ausbruches zu Wilhelmshaven.

Von Marinestabsarzt Dr. **Erich Martini,** Berlin.
Kommandiert zum Institut für Infektionskrankheiten.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

## Geschichtliches.

Zur Zeit der Gründung unseres Nordsee-Kriegshafens Wilhelmshaven im Jahre 1858 brach dortselbst gelegentlich der ersten Hafenbauten die Malaria in einer Verbreitung und Schwere aus, wie sie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bis dahin nur aus Orten des südlicheren Europas, der tropischen und subtropischen Gegenden anderer Erdteile bekannt war. So wurden nach dem Bericht von Wenzel in den ersten zehn Jahren bereits 19 533 Malaria-Erkrankungen gezählt, die allein auf Hafen-, Dock- und Festungsbauarbeiter kamen; unter der übrigen Civilbevölkerung und unter den Angehörigen der Kaiserlichen Marine wurden ähnliche hohe Erkrankungsziffern beobachtet.

Im Laufe der nächsten Jahre nahm die Malaria allmählich ab. Erst mit dem Bau des neuen Hafens und der sogenannten neuen Einfahrt in den Jahren 1875 bis 1886 begann die Zahl der Malaria-Erkrankungen wieder anzusteigen; so wurden im Jahre 1878/79 bei der Marine bereits 226 Neuerkrankungen gegenüber 113 des Vorjahres gezählt. Mit Beendigung der Ausschachtungsarbeiten fiel die Zahl dieser Erkrankungen wieder; im Jahre 1887 war sie bei der Marine bereits auf 51 Neuerkrankungen pro Jahr herabgesunken. Seitdem nahm sie stetig weiter ab, bei der Zivilbevölkerung wie bei der Marine, so dass im Jahre 1900 dem hiesigen Institut für Infektionskrankheiten mitgeteilt wurde, in Wilhelmshaven gäbe es keine endemische Malaria mehr.

Aus der Zusammenstellung dieser Tatsachen lässt sich somit ersehen, dass, sobald zu Wilhelmshaven eine grössere Zahl von Arbeitern, die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands und Hollands zusammengeströmt waren, mit Erdumwühlungsarbeiten zwecks Hafen-, Dock- und Festungsbauten begann, die Malaria dort alsbald wieder aufflackerte, eine Beobachtung, wie sie bekanntlich auch in anderen Städten, z. B. in Pola, Hongkong gemacht ist.

Zur Zeit sind nun wieder ausgedehnte Erdaufwühlungen dieser Art zu Wilhelmshaven im Gange; seit Anfang 1901 werden die grossen Docks, der neueste Hafen gebaut. Ihre Ausschachtungsgebiete sind, zusammengenommen, weitere, als das von jedem der beiden anderen Hafenbassins. Da wurde denn nicht ohne Grund eine neue Zunahme der Malariaerkrankungen gefürchtet. Eine solche zu verhüten, wurde ich im Sommer 1901 kommandiert. Ich war dabei in der günstigen Lage, unter den Augen eines Geheimrat Robert Koch, meines gegenwärtigen Chefs, zu arbeiten.

Zur Unterstützung und zur Verwaltung einer Untersuchungsstation für Malaria wurde zuerst Marinestabsarzt Dr. Schmidt und später Marine-Oberassistenzarzt Dr. Fischer kommandiert.

### Feststellung bereits vorhandener Malariafälle.

Nach den Regeln der Epidemienverhütung handelte es sich zunächst darum, festzustellen, ob Malariakranke, von denen eine Epidemie ihren Ausgang hätte nehmen können, in der Nähe der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ausschachtungsgebiete oder überhaupt zu Wihelmshaven zur Zeit vorhanden waren.

Zu diesem Zweck wurden von sämtlichen dort bereits beschäftigten Arbeitern, etwa 200 an Zahl, Blutproben entnommen und auf Malariaparasiten untersucht. In gleicher Weise wurden von sämtlichen Kindern unter 5 Jahren, die in der Nähe dieser Terrains wohnten, etwa 80 an Zahl, Blutpräparate angefertigt, da sich bei ihnen am ehesten die Parasiten hätten finden müssen, falls Malaria dort bereits endemisch herrschte. Weder bei den Arbeitern noch bei den Kindern konnten Malariaparasiten nachgewiesen werden. An den gefährdeten Stellen bestand somit keine Malaria. Darauf trat ich mit sämtlichen Ärzten von Wilhelmshaven und nächster Umgebung, so auch mit den Ärzten der oldenburgischen Vororte Bant und Neuende in Verbindung. Infolge liebenswürdigen Entgegenkommens dieser erhielt ich sehr bald Kenntnis von Malariafällen; einige wenige konnte ich im äussersten Ringe von Wilhelmshaven, eine grössere Zahl in dem Vororte Bant, der unmittelbar in Wilhelmshaven übergeht, mikroskopisch feststellen; die ersten Malariaherde lagen etwa 1 bis 2 Kilometer von den Baustätten entfernt. Immerhin konnte von hier aus die Malaria zu diesen verschleppt werden, weil die Arbeiter in der ganzen Umgegend, ein Teil auch in der Malariagegend, wohnten.

Die Hauptbedingung für die Entstehung einer Malaria-Epidemie war somit in bedrohlicher Nähe vorhanden.

## Feststellung der Anopheles.

Es kam nunmehr darauf an, auch die Überträger der Malaria, die Mückenart Anopheles, am Orte herauszufinden. Die Anopheles fanden sich ziemlich zahlreich in Gehöften der Vororte, in Kellern wie in Wohnzimmern und Schlafstuben, weniger häufig in den Stadtwohnungen. Oft liessen sich Anopheleslarven in Pfützen, Tümpeln, besonders in den Wassergräben des Weidelandes, den sogenannten Slöten, nachweisen. Im Laufe der Zeit erhielt ich fast aus allen Häusern, in denen Malaria vorgekommen war, Anopheles zugesandt.

So war denn auch die zweite Bedingung für die Entstehung einer Malaria-Epidemie gegeben.

## Verhütungsmassregeln.

Dementsprechend ergaben sich für die Verhütung eines Malaria-Ausbruches die folgenden Gesichtspunkte:

1. Die Feststellung der Malariakranken durch Blutuntersuchung aller Malariaverdächtigen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

2. Die Verhütung des Zuzuges von neuen Malariakranken in die gefährdeten Gegenden.

3. Die schnelle Vernichtung der Parasiten in den malariakranken Menschen, d. h. die schleunige Heilung der letzteren.

4. Die Behinderung einer stärkeren Vermehrung der Anopheles, soweit sich eine solche ohne zu grosse Störungen durchführen liess.

## Handhabung der Feststellung von Malariakranken.

Um möglichst schnell nach Bekanntwerden jedes Malariafalles die Blutuntersuchung vornehmen zu können, wurde zu Wilhelmshaven eine Malaria-Untersuchungsstation eingerichtet; den Ärzten wurden von Seiten der preussischen und oldenburgischen Regierung portofreie Meldepostkarten über Malaria zur Verfügung gestellt, die sie unmittelbar nach Zugang des Falles mit den nötigen Notizen der Station einschickten. Damit die Station auch über den Stand der Malaria in weiterer Umgebung von Wilhelmshaven stets orientiert sei, wurden auch ferner wohnenden Ärzten solche Karten zwecks Mitteilung ihrer Malariafälle übersandt, so z. B. denen des nördlichen Ostfrieslands und des Nord-Jeverlandes; dies erschien deshalb nötig, weil seinerzeit 1857 der mächtigen Wilhelmshavener Epidemie von 1858 bis 1869 eine grosse Ausbreitung der Malaria im gesamten Marschgebiete voraufgegangen war.

Damit nun die Malariakranken möglichst schnell sich bei ihren Ärzten einstellten, wurde die Bevölkerung durch Vorträge und Zeitungsnotizen auf die Wichtigkeit der sofortigen Krankmeldung und auf die Gefahr einer Weiterverbreitung der Malaria durch verschleppte, unbehandelte Fälle aufmerksam gemacht, von denen die Anopheles stets frisches Impfmaterial einsaugen und auf gesunde Menschen übertragen konnten.

Seither kamen ausser den Hafen- und Dockarbeitern 205 Personen der übrigen Zivilbevölkerung wiederholt zur Untersuchung.

Die Marineteile, die Schiffe hatten uns ihre Malariakranken und -verdächtigen durch Vermittelung des Sanitätsamtes mitzuteilen.

Die Blutpräparate der betreffenden Patienten erhielten wir bisweilen zugesandt, meist entnahmen wir sie selbst; es wurden jedesmal 4 Blutpräparate von jedem Kranken untersucht, 2 auf der Untersuchungsstation, 2 von mir im Institut für Infektionskrankheiten. Die Ärzte wurden sodann über den Ausfall der Untersuchung unmittelbar unterrichtet.

## Die Verhütung des Zuzuges von neuen Malariakranken in die gefährdeten Gegenden.

Die Überwachung des Zuzuges von Malariakranken nach Wilhelmshaven konnten wir nur bei den Behörden vornehmen, welche die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nötige Gewalt über das ihnen unterstellte Personal hatten, bei der Marine und bei den Unternehmern der genannten Erdarbeiten.

So erging an die Schiffe von Seiten ihrer Kommandostellen folgende Verfügung:

1. Beabsichtigt ein Schiff während der Monate März bis Oktober einschliesslich Wilhelmshaven anzulaufen, so sind vor der Abreise alle im letzten Jahre malariakrank gewesenen und die gegenwärtigen Malariakranken oder -verdächtigen dem Sanitätsamt der Nordseestation in der Weise von Auszügen aus dem Schiffskrankenbuch namhaft zu machen und vor Ausführung einer Blutuntersuchung hierselbst nicht zu beurlauben.

2. Den gesamten von Kamerun, Ostafrika, Neu-Guinea heimkehrenden Schiffsbesatzungen werden sofort bei ihrem Eintreffen in Wilhelmshaven Blutpräparate durch die für Malariaverhütung kommandierten Sanitätsoffiziere abgenommen.

3. Malariakranke oder -verdächtige dieser Schiffe sind, falls sie in Wilhelmshaven verbleiben, dem Stationslazarett zu überweisen.

Bis dato wurden 171 Angehörige der Marine auf Malariaparasiten wiederholt untersucht.

In die Kontrakte der Unternehmer der Hafen- und Dockbauten wurde ein Passus aufgenommen, nach dem jeder Arbeiter bei seinem Eintritt in das Kontraktverhältnis verpflichtet ist, sich von den betreffenden Sanitätsoffizieren auf Malaria untersuchen zu lassen; diese Untersuchungen konnten nach Bedarf wiederholt werden. Die Unternehmer hatten zu diesem Behuf jeden Arbeiter mit vollständigem Nationale der Untersuchungsstation für Malaria zu melden. „Malariakranke", so heisst es an einer Stelle des Kontraktes, „oder -verdächtige werden zunächst dem Werftkrankenhaus zur Beobachtung überwiesen oder nicht eingestellt; ebenso sind alle Arbeiter, die in der Folge an Malaria erkranken, dem Werftkrankenhause zu überweisen". Die dort nötigen Blutuntersuchungen besorgte ebenfalls die Untersuchungsstation für Malaria.

Seither wurden dortselbst 640 Arbeiter auf Malariaparasiten wiederholt untersucht.

## Die Behandlung der Malariakranken.

Als Behandlung wurde den Ärzten Wihelmshavens die bewährte Methode empfohlen: Mindestens 1 *g* Chinin, am besten C. hydrochloricum, und zwar nicht später als 5 Stunden vor dem zu erwartenden Anfalle. Kinder erhielten entsprechend kleinere Dosen, wie dies seit langer Zeit üblich ist.

Die Chiningabe wurde am nächsten und übernächsten Tage in derselben Weise und zur selben Zeit wiederholt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Verhütung der Rückfälle geschah in der Weise, dass Erwachsenen an jedem 10., 11. und 12. Tage nach Ablauf des akuten Anfalles je 1 *g* Chinin, Kindern entsprechend kleinere Dosen gegeben wurden.

Die Kontrolle, ob und wann die Betreffenden von Malariaparasiten befreit waren, übte im vollen Einverständnis mit den Ärzten die Untersuchungsstation durch Blutuntersuchungen.

In dieser Weise wurden wohl die wenigen Malariakranken unter der Bevölkerung Wilhelmshavens fast durchweg behandelt. Anders in den Vororten, in denen zumeist ärmere Bevölkerung wohnt; da scheiterte die Nachbehandlung sehr häufig an den hohen Kosten des Chinins. Nach Beendigung des akuten Anfalles wurde wohl das Chinin vom Arzte in richtiger Absicht verschrieben, aber das Rezept wurde garnicht zum Apotheker gebracht und jegliche Nachbehandlung blieb aus. Bald kamen die Rezidive.

Das war der Grund, weshalb z. B. in dem zu Bant gehörigen Ortsteil Belfort, der 2 *km* von den Baugebieten entfernt liegt, die seit langer Zeit dort endemische Malaria seither kaum abgenommen hat. Indes um obigem Übelstande abzuhelfen, ist bereits die unentgeltliche Gewährung von Chinin in die Wege geleitet.

Die Behandlung von malariakranken Mannschaften der Marine und die der malariakranken Arbeiter war durch besondere Vorschriften nach obigen Grundsätzen streng geregelt. Zwecks sicherer Kontrolle musste jeder von diesen ins Stationslazarett bezw. Werftkrankenhaus zu energischer Chininbehandlung, bis er laut mehrfacher Blutuntersuchungen von Malariaparasiten befreit war.

## Verhütung einer Anopheles-Vermehrung.

An einen Ausrottungsversuch der Anopheles in dem gefährdeten Gebiet heranzugehen oder auch nur ihre Fernhaltung von den Häusern mit besonderen Mitteln zu erstreben, erschien aussichtslos, andererseits auch nicht unbedingt nötig. Es war eben von vornherein einfach unmöglich, in den endemischen Malariaherden die Wassergräben der Bauern, die Slöte, zu beseitigen. — Dies sind die unentbehrlichen Viehtränken der Leute, die so manchem auch als Trinkwasserbrunnen dienen.

Ebensowenig wie dies ausführbar war, erschien die Absperrung der Häuser gegen die Anopheles nötig, denn die Malariagefahr hätte in keinem Verhältnis zu den aus solchen Versuchen erwachsenden Kosten gestanden.

Nur eine Massregel wurde hinsichtlich der Anopheles geübt und zwar unmittelbar auf den Baugebieten; die oberflächlichen Erdarbeiten wurden durch Abzugsgräben nach den tiefsten Stellen stets

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

möglichst trocken gehalten, damit den Anopheles keine neuen, grösseren Brutplätze gewährt würden; an den tieferen Stellen war das Wasser stark seesalz- und schwefelwasserstoffhaltig, liess also keine Entwickelung von Anopheleseiern zu.

Auf diese Weise geschah es, dass wir auf den Arbeitsgebieten niemals Anopheleseier oder Anopheleslarven zu Gesicht bekamen, während solche in Nachbargebieten oft recht zahlreich zu finden waren.

## Ergebnisse der Verhütungsmassregeln.

Unter den geschilderten Massnahmen wurden die folgenden Ergebnisse beobachtet.

Zu Wilhelmshaven wurden seither 13 eingeschleppte Fälle unmittelbar nach ihrem Eintreffen festgestellt und geheilt. 12 davon betrafen Angehörige der Marine, 1 die Civilbevölkerung; die Krankheiten stammten aus Kamerun, Ostafrika, Westindien, Tonking, Tsingtau. Ausser diesen kamen seither 15 Malaria-Erkrankungen auf der äussersten Grenze von Wilhelmshaven zur Beobachtung, davon 10 während des ersten und 5 während des zweiten Sommers bezw. Herbstes; die Betroffenen wohnten fast ausschliesslich in der Nähe der endemischen oldenburgischen Herde, die Krankheitsfälle waren somit eigentlich auch als eingeschleppte anzusehen. Es blieb also hier bis dato nur bei vereinzelten Fällen, im ganzen 28, bei einer Bevölkerung von 33 600 Seelen; das bedeutet einen jährlichen Zugang an Malariafällen von noch nicht 0,5 pCt., während z. B. bei der ersten, dortigen Malaria-Epidemie von 1858 bis 1869 in den ersten beiden Jahren der Hafenbauten 204,1 bezw. 227,7 pCt. allein unter den Arbeitern beobachtet wurden.

Höher als zu Wilhelmshaven stellte sich nach unseren Ermittelungen die Ziffer in dem benachbarten oldenburgischen Bant; hier wurden von Ende Juli, dem Beginne unserer Tätigkeit, bis Dezember 1901 zusammen 21 Malariafälle und in diesem Jahre von Januar bis dato 38 mikroskopisch festgestellt; bei dieser Zählung ist aber zu berücksichtigen, dass die vor Beginn unserer Tätigkeit von den Ärzten klinisch bestimmten Fälle des Frühsommers 1901 nicht mitgerechnet sind; würden sie mitgezählt, so würde auch für Bant im laufenden Jahre die Malariastatistik gegen das Vorjahr günstiger sein. Immerhin bestand während des letzten Sommers die Malaria zu Bant in grösserer Zahl als zu Wilhelmshaven fort, mit rund 40 Fällen bei einer Bevölkerung von 17 000 Einwohnern, also mit noch nicht 2 pCt. Zugang pro Jahr. Dass dieses Fortbestehen höchst wahrscheinlich auf den mangelhaften Chiningebrauch zu beziehen ist, wurde bereits betont.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Interessant war hier eine Beobachtung, die in dem Banter Ortsteil Neubremen gemacht wurde; dort waren im Januar 1901 zwei malariakranke italienische Maurer zugezogen; bei dem einen konnte ich in Präparaten, die sein behandelnder Arzt, Dr. Knoop, angefertigt hatte, von dem Vorhandensein der Malariaparasiten noch im August 1901 mich überzeugen. Seitdem hat sich in dieser Gegend die Malaria ausgebreitet, wenn auch bloss in sehr mässigen Grenzen; auffallenderweise zeichnen sich einige der dortigen Fälle durch Schwere aus.

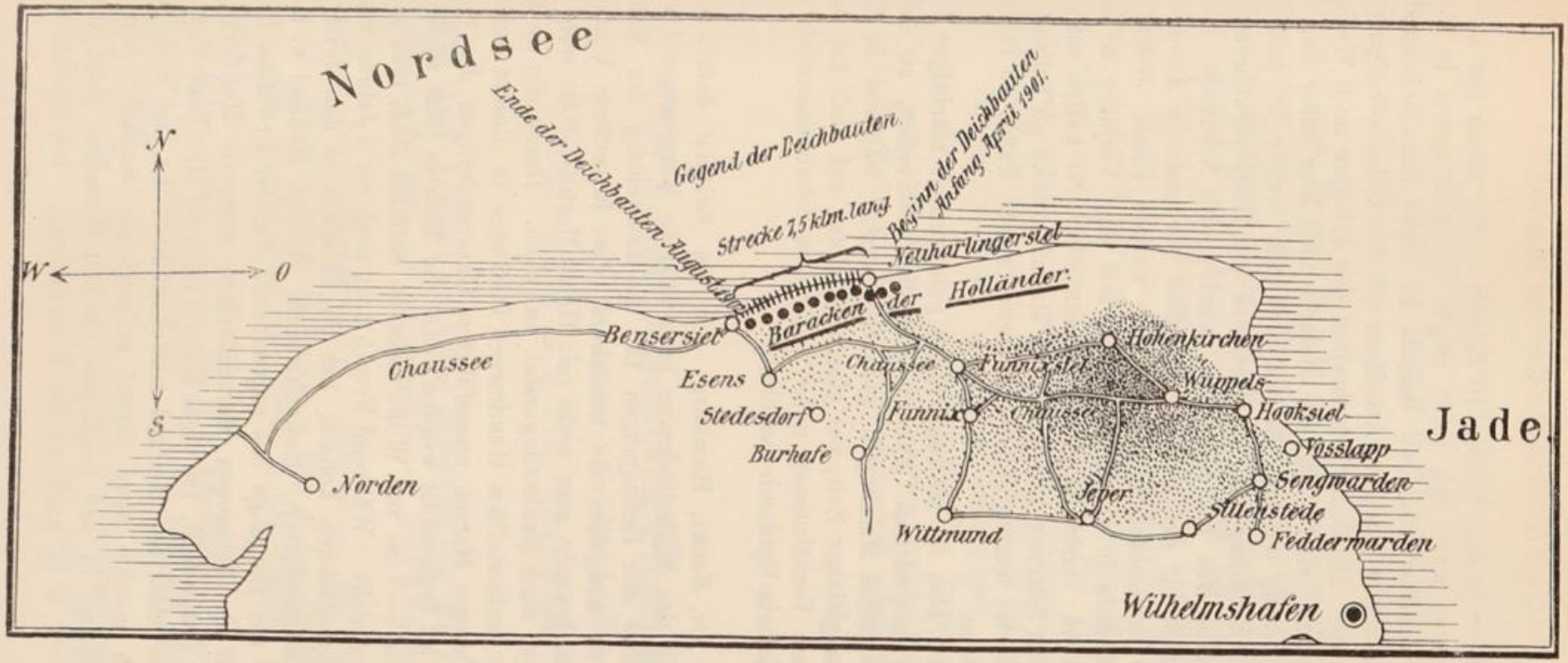
Die beobachteten einheimischen Fälle waren ausschliesslich Tertianen, unter den eingeschleppten fand sich zuweilen Quartana und Tropica.

Niemals aber — und das ist der auffällige Gegensatz gegenüber den früheren Epochen der Erdumwühlungen zu Wilhelmshaven — niemals wurde einer der Hafen- oder Dockbau-Arbeiter als malariakrank befunden; der Gesundheitszustand unter diesen Leuten war und blieb seither andauernd sehr gut, selbst dann noch, als seit diesem Frühjahr etwa 100 von ihnen in eine Arbeiterbaracke verlegt worden waren, die mitten in dem Hauptfieberterrain der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stand.

Alles in allem ergibt sich mit Sicherheit das eine: die Wilhelmshavener Malaria-Erkrankungen haben seit Beginn der diesmaligen Erdumwühlungen nicht nur nicht zu-, sondern vielmehr abgenommen.

Dass dieses günstige Resultat nicht etwa einem allgemeinen Erlöschen der Malaria in Ostfriesland und Oldenburg oder dem blossen Zufall zuzuschreiben ist, erhellt aus den Erfahrungen, die ich bei einem gleichzeitig stattfindenden grossen Deichbau im Harlingerlande, 50 *km* nordwestlich von Wilhelmshaven, gemacht habe. Dort wurde seit Anfang April 1901 der Seedeich zwischen Neuharlingersiel und Bensersiel auf einer Strecke von 7,5 *km* mit einem Vordeich aus Basaltstücken versehen; zwischen Vordeich und Deichkrone wurden zur Festigung der Basaltblöcke gewaltige Schlickmassen mittelst Dampfkrans geworfen. Diese Arbeiten wurden ausschliesslich durch etwa 150 Holländer ausgeführt, die in Baracken dicht an der Landseite des Deiches wohnten; es waren ausserdem etwa 20 Frauen und Kinder mit ihnen. 20 von diesen Arbeitern hatten schon bei ihrem Eintreffen Malaria, „Koortsen", wie sie die Anfälle auf holländisch nannten; sie litten, sämtlich mit starken Milzschwellungen behaftet, wie mir ihr behandelnder Arzt, Dr. Lembke aus Esens, versicherte, an typischen Malaria-Anfällen. Laut Erklärung des in dieser Gegend praktizierenden Arztes Dr. Grahlmann aus Esens begann Ende April 1901 alsbald nach dem Zuzuge dieser Leute die Malaria ringsher in der Umgegend sich auszubreiten,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG




17*

Das punktierte Feld zeigt das Fortschreiten der Malaria aus der Gegend der Deichbauten zwischen Neuharlingersiel und Bensersiel nach Südosten seit Anfang April 1901.

Die weniger dicht punktierte nordwestliche Hälfte — weniger befallenes Gebiet — preussisch, die dichter punktierte südöstliche Hälfte — stärker befallenes Gebiet — oldenburgisch. ═══ Strassen.

während sie hier in den letzten 10 Jahren vorher kaum zur Beobachtung gekommen war; und zwar zeigte sie sich zuerst in Neuharlingersiel, woselbst von den damals in sechs nahe beieinander stehenden Baracken wohnenden Arbeitern mit den Deichbefestigungen angefangen wurde. Mit dem Fortschreiten der Arbeiten nach Westen, nach Bensersiel zu, stellte sich die Malaria auch hier unter der ansässigen Bevölkerung ein und breitet sich nun weiter in östlicher bis südöstlicher Richtung aus, entsprechend den Hauptverkehrswegen und der Richtung des örtlichen Hauptwindes, des Nordwest, durch den eine Vertreibung der zahlreich daselbst vorhandenen Anopheles nach Südosten ungezwungen angenommen werden kann. Jedenfalls hat sich die Malaria in diesen Gegenden seit dem Vorjahre an Zahl stellenweise etwa verdreifacht bis verzehnfacht. So hatten manche Ärzte im letzten Sommer 100 und mehr Malariakranke zu behandeln, während ihnen im letzten Jahrzehnt vorher solche kaum zu Gesicht gekommen waren.

Wir sehen also im Harlingerlande gelegentlich mächtiger Erdarbeiten eine ausgedehnte Malaria-Epidemie ausbrechen, zu deren Verhütung keinerlei Massregeln getroffen waren, während in Wilhelmshaven zu gleicher Zeit, bei gleichem Klima und auch bei sonst nahezu gleichen Verhältnissen unter geeigneten Schutzmassregeln die gefürchtete Malaria-Epidemie ausblieb.

Physikus Dr. **Nocht**, Hamburg: Um ein Beispiel dafür anzuführen, dass in der Wilhelmshaven benachbarten Marschgegend auch in diesem Jahre alle Bedingungen für die Entstehung der Malaria gegeben waren und dass sie tatsächlich dort in weitem Umfange geherrscht hat, braucht man nicht mit Herrn Martini 50 *km* weit von Wilhelmshaven, nach Neuharlingersiel, zu gehen. Durch die im Auftrage des mir unterstellten Hamburger Institutes in diesem Sommer in der Oldenburger Marsch ausgeführten Untersuchungen des Herrn Dr. Mühlens ist festgestellt worden, dass die Malaria jetzt wieder in Orten, die nur 6—7 *km* von Wilhelmshaven entfernt sind, eine grosse Ausbreitung erreicht. Während Frosch dort noch vor 2 Jahren keinen Malariaherd konstatieren konnte, hat Dr. Mühlens in den Jever benachbarten Marschdörfern Hohenkirchen, Minsen, Hoksiel u. a. m., sowie in den am Eingange des sogenannten Vareler Urwaldes in der friesischen Wede belegenen Marschdörfern mehrere Hundert von Malariafällen festgestellt. Ob diese Malaria auch auf eine Einschleppung durch Deicharbeiter aus Holland zurückzuführen ist, ist nicht festgestellt. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass die Malaria überhaupt in den nordwestdeutschen Marschen jetzt wieder neu aufflackert, z. B. auch an der Elbmündung. Ich möchte daran

die Mahnung knüpfen, dass man angesichts dieser von Dr. Mühlens festgestellten neuerlichen Ausbreitung der Malaria dieser Krankheit unverzüglich von seiten der beteiligten Gesundheitsbehörden energisch entgegentreten möchte.

Dr. **Mense**, Kassel: Es geht aus den heutigen Darlegungen zwar hervor, dass die Unterbrechung des Doppelkreislaufes der Malariaerreger im Menschen erfolgreich ist und in begrenzten Gebieten durchgeführt werden kann. Aber vielleicht kommt das andere Mittel, den Kreislauf durch Vernichtung oder Fernhaltung der Mücken zu stören, zu kurz. Wenn man in der Heimat oder in den Tropen die Einschleppung der Malaria verhindern will, so ist der Mückenschutz sicher nicht entbehrlich. Selbst während der Chininbehandlung können sich sonst noch möglicherweise Anophelesmücken bei Zuzüglern aus Malariagegenden infizieren und die Krankheit weiter verbreiten. Besonders wichtig sind Massregeln gegen die Mücken für Missionare, Lehrer u. a., welche durch ihr Zusammenleben mit Kindern besonders gefährdet sind. Neuere Beobachtungen in Japan beweisen den Nutzen solcher Schutzmassregeln beim Militär.

## Über Schwarzwasserfieber-Prophylaxe.

Von Marine-Oberstabsarzt Dr. **Ruge**, Kiel.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag).

Wie Ihnen bekannt ist, bildet augenblicklich die Verhütung des Schwarzwasserfiebers den Brennpunkt in der Schwarzwasserfieberfrage.

Die zu beantwortende Frage lautet: Muss, um Schwarzwasserfieber zu verhüten, jeden 10. und 11. Tag je 1 *g* Chinin genommen werden, oder kommt man mit einem halben Gramm, jeden 5. Tag genommen, aus?

Der Kürze halber werde ich im folgenden die erstere Art der Prophylaxe die Grammprophylaxe, die letztere die Halbgrammprophylaxe nennen.

Noch auf der vorjährigen Naturforscherversammlung sprach sich Herr Prof. F. Plehn dahin aus, dass sich auf die Dauer nur die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Halbgrammprophylaxe durchführen liesse, weil die Grammprophylaxe zu viel unangenehme Nebenwirkungen hätte. Er fügte allerdings noch hinzu, dass, in Afrika wenigstens, das Schwarzwasserfieber zunehme, welchen Grund das hätte, liesse sich nicht sagen, vielleicht wäre diese Erscheinung durch die Anwesenheit einer bestimmten Anopheles-Art hervorgerufen. Kurz darauf erschien die Arbeit von Herrn Stabsarzt Kleine über Schwarzwasserfieber, in der die von Herrn Geheimrat Koch ausgesprochene Ansicht wiedergegeben war, dass Malariafieber und mit ihnen das Schwarzwasserfieber nur durch die Grammprophylaxe verhütet werden könnten und dass es schiene, als ob die Halbgrammprophylaxe in manchen Fällen die Disposition zum Schwarzwasserfieber schaffte, weil die gereichte Chinindosis zu schwach wäre, um die Malariaparasiten im Körper abzutöten und nun Parasiten und Chinin vereint schädigend auf den Organismus wirkten. Ganz unabhängig von Koch und fast zu gleicher Zeit teilte Herr Dr. Fisch aus Aburi (Westafrika) mit, dass alle diejenigen Europäer, die das Chinin vorbeugend halbgrammweise regelmässig oder unregelmässig nehmen, an Schwarzwasserfieber erkrankten, während diejenigen, die es grammweise 2—3 mal im Monat (also auch unregelmässig) oder regelmässig alle 12 Tage nehmen, frei von Schwarzwasserfieber blieben. Alle die genannten Autoren legen den grössten Wert darauf, dass die von ihnen empfohlene Prophylaxe regelmässig durchgeführt wird. Nun finden sich aber in der zitierten Arbeit von Kleine verschiedene Fälle, in denen trotz regelmässig durchgeführter Halbgrammprophylaxe doch Schwarzwasserfieber auftrat, und in jüngster Zeit hat Herr Dr. Schlayer einen Fall von Schwarzwasserfieber veröffentlicht, der einen Seeoffizier betraf, der während seines einjährigen Aufenthaltes in Kamerun die Halbgrammprophylaxe regelmässig durchgeführt hatte, sie auch noch während seiner 4 Wochen dauernden Rückreise beibehielt, in Deutschland aber aussetzte, kurz darauf an Fieber erkrankte, Chinin nahm und an Schwarzwasserfieber erkrankte. Im Blute fanden sich neben Ringen auch Halbmonde, ein Zeichen, dass die Infektion schon lange bestand. Ich selbst beobachtete bei einem unserer Matrosen Schwarzwasserfieber, der trotz regelrecht durchgeführter Halbgrammprophylaxe schon nach 7wöchentlichem Aufenthalt in Kamerun Fieber bekam, weiterhin trotz fortgesetzter Halbgrammprophylaxe Rückfälle hatte, von denen sich einer 11 Monate später mit Schwarzwasserfieber komplizierte. Gesprächsweise hat mir Herr Physikus Nocht mitgeteilt, dass von 4 Regierungsbeamten, die regelmässig die Halbgrammprophylaxe durchgeführt hatten, 3 an Schwarzwasserfieber erkrankten.

Diesen Beobachtungen steht die von Herrn Dr. A. Plehn in letzter Zeit veröffentlichte Statistik gegenüber, nach welcher alle

diejenigen Europäer in Kamerun, die regelmässig die Halbgrammprophylaxe übten, anfangs sehr viel seltener als die Nichtprophylaktiker und später so gut wie gar nicht mehr an Schwarzwasserfieber erkrankten.

Andererseits ist meines Wissens noch kein Fall bekannt geworden, dass bei einem Europäer, der die Grammprophylaxe durchführte, Schwarzwasserfieber aufgetreten wäre.

Andere vorbeugende Verfahren als die beiden Chininprophylaxen kennen wir aber bis jetzt noch nicht. Vielleicht lässt sich das Verfahren von Bautier verwerten.

Da aber das zur Schwarzwasserfieber-Prophylaxe vorliegende Material zur Zeit zu gering ist, als dass mit Bestimmtheit entschieden werden könnte, welche Prophylaxe angewendet werden muss, so möchte ich den Antrag stellen, die 2. Sektion des I. Deutschen Kolonialkongresses möchte durch eine nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Sammelforschung diese Frage zu entscheiden versuchen.

Regierungsarzt Dr. **Plehn**: Die Kleineschen Fälle aus dem Kochschen Institut beweisen das Gegenteil von dem, was damit bewiesen werden soll. Von den 15 Schwarzwasserkranken hatten nur 2 Chinin nach meiner Methode genommen.

Meine Statistik habe ich so oft mitgeteilt, dass ich sie im Kopf habe. An dieser Stelle will ich nur anführen, dass in der Zeit vom Februar 97 bis Februar 99 unter den Beamten in Kamerun bei 54 Nichtprophylaktikern 31 Schwarzwasserfieber mit 3 Todesfällen daran und einem an unkomplizierter Malaria beobachtet wurden. (Bei den Nichtprophilaktikern unter den Privaten nebenbeibemerkt allein 8 Todesfälle an einfacher Malaria, natürlich ohne ärztliche Behandlung).

Bei 47 Prophylaktikern kamen in derselben Zeit unter denselben Umständen nur 6 Schwarzwasserfieber vor; davon war nur eins schwer. Todesfälle sind weder damals noch später bei gewissenhaften Prophylaktikern jemals eingetreten. — Die Dienstzeit der Nichtprophylaktiker dauerte durchschnittlich 14, die der Prophylaktiker 19 Monate. Und das konnte erreicht werden, obgleich sich ein grosser Teil der Prophylaktiker erst infolge gehäufter Recidive, z. T. schon in verzweifeltem Zustand zu regelmässigem Chininnehmen entschloss!

Jetzt wird behauptet, dass die sogen. Kochsche Methode — den 7. und 8. Tag je 1 *g* Chinin — mehr leisten soll. Wenn sie mehr für Verhütung von Malaria leistete, als mein Verfahren, so würde sie auch mehr gegen Schwarzwasser leisten, für das die Disposition durch Malaria geschaffen wird. Aber wodurch ist denn bis jetzt be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wiesen, dass sie gegen das eine oder das andere mehr leistet? Eine irgend dafür verwertbare Statistik fehlt vollkommen, und es scheint mir deshalb die von Herrn Ruge ausgehende Anregung, eine solche zu schaffen, allerdings sehr beachtenswert.

Regierungsarzt Dr. **Schilling** (Togo): Dass die 8- und 9tägige Chininprophylaxe nach Koch nicht bloss auf längere Zeit durchgeführt werden kann, sondern auch allen billigen Anforderungen an eine brauchbare Methode genügt, habe ich während eines $1^1/_2$jährigen Aufenthaltes in Togo an mir selbst erproben können. Zweimal passierte es mir, dass ich mein Chinin am 8. Tage vergass, und beide male trat genau am selben Tage ein schwacher, atypischer Fieberanfall mit einmaligem Ansteigen der Temperatur bis 39,2 ein. Chinin, am Tage darauf genommen, liess keinen zweiten Anstieg der Temperatur mehr erfolgen, und bei Weiterführung der Prophylaxe blieben auch Recidive aus. Daraus geht hervor, dass die achttägige Pause das Maximum der zeitlichen Distanz zwischen den Chiningaben darstellt, dass aber 1 *g* Chinin, am achten Tage genommen, den Fieberanfall mit Sicherheit unterdrückt.

Bei einem Kollegen, Dr. K., welcher bereits viele Jahre lang in den Tropen sich aufhält und niemals Schwarzwasserfieber gehabt hatte, konnte ich beobachten, dass die 5tägige Prophylaxe mit 0,5 *g* Chinin nach Plehn weder einen Fieberanfall noch auch Schwarzwasserfieber hintanzuhalten im Stande ist: trotz gewissenhaft durchgeführter Prophylaxe trat Fieber und im Anschluss an eine, wahrscheinlich zu unrichtiger Zeit selbständig genommene Chiningabe (1,0) Hämoglobinurie von ca. 7 stündiger Dauer auf.

Jegliche Massregel, welche zur Erweiterung unserer Kenntnisse über das Wesen und die Genese des Schwarzwasserfiebers beiträgt, wie der Vorschlag des Herrn Oberstabsarzt Dr. Ruge, kann von den Tropenärzten nur mit grösster Freude begrüsst werden.

Physikus **Nocht:** Ich stimme mit Herrn Plehn darin überein, dass die Disposition zu Schwarzwasserfieber immer auf der Grundlage einer inveterierten Malaria entsteht; ich bin aber im Gegensatz zu Herrn Plehn der Ansicht, dass seine Halbgrammprophylaxe kein Mittel ist, um das Inveterieren der Malaria zu verhüten, sondern im Gegenteil diesen Vorgang in nicht seltenen Fällen zu unterstützen scheint. Ich weiss ja nicht, wie viel Menschen Herr Plehn überhaupt nach seiner Methode prophylaktisch behandelt hat und wieviel davon schliesslich eine inveterierte Malaria resp. die Disposition zu Schwarzwasserfieber davongetragen haben; das aber weiss ich, dass wir eine ganze Anzahl von Schwarzwasserfieberfällen behandelt haben,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die die Plehnsche Prophylaxe jahrelang ganz gewissenhaft und zwar von Anfang an, ehe sie an Malaria erkrankten, durchgeführt haben. Ich habe über diese Zahlen schon bei Gelegenheit der im Sommer d. Js. von der Kolonial-Abteilung veranstalteten Konferenz über Chininprophylaxe berichtet und möchte hier nur angeben, dass ich seitdem, also seit Juli d. Js. schon wieder drei solche Fälle beobachtet habe. Ich habe jedenfalls verhältnismässig mehr Schwarzwasserfieberfälle bei solchen Leuten gesehen, die die Plehnsche Prophylaxe längere Zeit durchgeführt hatten, als bei solchen, die prophylaktisch unregelmässig oder gar kein Chinin genommen hatten. Ich meine aber mit der Plehnschen Prophylaxe nur Leute, die immer nur einmalige Dosen, sei es zu 0,5, sei es zu 1 *g*, Chinin genommen hatten. Nimmt man Chinin immer an mehreren Tagen hintereinander, so ist das eine ganz andere, viel wirksamere Art der Prophylaxe.

Ich habe neben einer sehr grossen Anzahl von Kolonialbeamten und Angehörigen der Schutztruppe auch sehr viele andere Leute, darunter wohl an die zweitausend Seeleute, an Malaria behandelt. Von diesen Seeleuten hat noch kein einziger Schwarzwasserfieber gehabt. Es waren aber alles frische Fälle, die erst 4—6 Wochen höchstens alt waren. Je länger die Malaria bei einem Patienten dauerte, ohne durch gehörige Dosen von Chinin, zu rechter Zeit gegeben, ausgerottet zu werden, desto grösser wird die Gefahr des Schwarzwasserfiebers. Ich bin auf Grund meiner Erfahrungen der Ansicht, dass die Plehnschen Dosen nicht genügend sind, um die Malaria in jedem Falle gründlich zu heilen, dass sie aber viele Patienten dazu verleiten, sich für geheilt zu halten, weil sie keine ordentlichen Fieberanfälle mehr bekommen. Tatsächlich sind sie nicht geheilt und gehen deshalb auch der Gefahr, an Schwarzwasserfieber zu erkranken, nicht so ganz selten entgegen.

Stabsarzt **Kuhn:** Ich habe in Deutsch-Südwestafrika auch drei Jahre hindurch von allen Fieberfällen und von jeder Chiningabe genaue Aufzeichnungen gemacht. Ich habe dieselben mitgebracht. Sie ersehen daraus, dass ich die A. Plehnsche Chininkur mit dem grössten Erfolge angewendet habe. Ich habe die Verordnung des halben Grammes alle 5 Tage so getroffen, dass ich vor dem Abendessen und vor dem Zubettgehen je $^1/_4$ *g* nehmen liess. Diese Gaben wirkten appetitanregend und schlaffördernd.

Regierungsarzt Dr. **Plehn:** Herr Nocht sagt, dass er 30 Schwarzwasserkranke behandelt hat, und fragt, welches Material mir zur Verfügung stände. 1896 habe ich genaue Beobachtungen an 53 Schwarzwasserfällen veröffentlicht. Seitdem sind etwa 90 weitere dazugekommen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mit deren Bearbeitung ich z. Z. beschäftigt bin. Unter diesen annähernd 150 Kranken werden sich vielleicht 10 Prophylaktiker befinden. Gerade gegen die schweren Fieberformen, und ganz besonders gegen die Komplikation mit Hämoglobinurie, erweist sich meine Prophylaxe verhältnismässig noch wirksamer, als für die Beschränkung der Anzahl kleiner Fieber. Eine Schädigung der Konstitution, eine Malariakachexie irgend welcher Form, wie sie Herr Nocht fürchtet und als Folge der Halbgrammprophylaxe beobachtet haben will, ist mir in den 8 Jahren, während welcher ich die Schicksale der Kameruner Kolonisten verfolgen kann, noch niemals bei Prophylaktikern vorgekommen. Im Gegenteil! Die fünftägige Chininprophylaxe ist das wirksamste Mittel zu ihrer Verhütung und Heilung. Davon kann sich jeder überzeugen, welcher die Kasuistik in meiner Arbeit über „Immunität und Latenzperiode" studiert.

Auch ich bin für genaue klinische Beobachtungen eingenommen, die Herr Nocht empfiehlt. Die Beobachtungen draussen können aber durch die an den Rückgekehrten in Deutschland gemachten niemals ersetzt werden, denn der Verlauf der Fieber ist an den Malariaherden selbst vielfach ein anderer, als in malariafreien Gegenden, vor allem, als in der gemässigten Zone. Ich brauche da nur an die Frage der Spontanheilung zu erinnern, welche hier nach übereinstimmenden Berichten gar nicht selten ist, während sie, wenigstens in Kamerun, von mir niemals beobachtet wurde. Wie das Fieber in Kamerun ohne Chinin verläuft, das mögen Ihnen die 8 Todesfälle zeigen, welche ich schon erwähnte. Es sind nicht die einzigen, welche während meiner Anwesenheit in Kamerun unter solchen Umständen vorkamen.

Klinische Beobachtungen schliessen aber den Versuch nicht aus, die Empfehlung der Kochschen Prophylaxe durch ein einwandfreies statistisches Material zu rechtfertigen, welches bis heute noch vollkommen fehlt. Ist das Ergebnis günstig, so wird zu erörtern sein, ob die allgemeine Durchführung der doppelten Grammprophylaxe in unseren Kolonien praktisch möglich ist, was ich vorläufig, nach dem, was ich gesehen habe, bezweifeln muss.

Oberstabsarzt Dr. **Steudel:** Nach der Geschäftsordnung des Deutschen Kolonialkongresses sollen Resolutionen in den Sektionssitzungen nicht gefasst werden, da der Kolonialkongress als geschlossenes Ganzes nach aussen hin auftreten soll, auch hätte eine solche Resolution vorher dem Kongresskomitee angemeldet werden müssen. Vielleicht wird es Ihnen leichter, auf den Antrag von Oberstabsarzt Ruge zu verzichten, wenn ich Ihnen sage, dass die Kolonial-Abteilung den wichtigen vorliegenden Fragen fortwährend die grösste Aufmerk-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

samkeit schenkt. In den letzten Monaten hat über diese Fragen unter dem Vorsitz des Herrn Kolonialdirektors und mit Zuziehung der erreichbaren Tropenärzte und Tropenkenner eine Konferenz stattgefunden. Wie heute, so konnte auch damals eine Einigung über die beste Art der Chininprophylaxe nicht erzielt werden, man musste sich deshalb auf die Empfehlung der Chininprophylaxe im allgemeinen beschränken und die Art der Durchführung den Ärzten in den Kolonien je nach ihrer Erfahrung und Überzeugung überlassen, um nicht zu riskieren, dass ein Ausreisender in der Heimat einen ganz anderen Rat bekommt als nachher bei seiner Ankunft in der Kolonie. Die Beschlüsse, die damals in der Konferenz gefasst wurden, waren:

1. Jedem Ausreisenden eine Belehrung über Tropenkrankheiten etc. mitzugeben, in welcher auch die Chininprophylaxe im allgemeinen empfohlen wird.
2. Jedem Bewerber bei der Untersuchung auf Tropendiensttauglichkeit 1 *g* Chinin zu geben, um solche Leute, welche dieses Mittel nicht gut vertragen, von vornherein ausscheiden zu können.
3. Durch weitere Sammlung von statistischem Material nach Möglichkeit über die beste Art der Chininprophylaxe noch nähere Aufklärungen zu erhalten.

Dr. **Otto,** Hamburg, bemerkt gegenüber Herrn Plehn und Herrn Ruge, dass weder das Auftreten der basophilen Körnung noch auch eine schubweise einsetzende Polychromatophilie ein diagnostisches Merkmal bezüglich des Eintretens von Schwarzwasserfieber abgeben. Beides kommt häufig bei Malaria vor, jedoch auch bei solchen Kranken, die gar nicht an Malaria leiden. Speziell die basophile Körnung wird vielfach in der Rekonvaleszenz der Malaria beobachtet, in einem Falle von Schwarzwasserfieber trat sie ganz plötzlich und so reichlich nach Abklingen des Anfalles auf, dass man in ihr einen Regenerationsvorgang erblicken musste, eine Auffassung, die durch anderweitige Beobachtungen und experimentelle Untersuchungen, welche Dr. P. Schmidt im tropenhygienischen Institut angestellt hat, gestützt wird. Einen unmittelbaren Zusammenhang des Auftretens basophiler Körnung mit vorangegangener Chinindarreichung hat Redner nie gesehen. Nach seiner Ansicht gibt es überhaupt kein einziges objektives Zeichen, in einem vorliegenden Falle zu entscheiden, ob ein Schwarzwasserfieberanfall eintreten werde oder nicht. Man ist allein auf die Anamnese angewiesen, das Ergebnis der Blutuntersuchung wie der objektive Organbefund lassen völlig im Stich. Es gibt Fälle, in denen die Patienten durch Anaemie, hochgradige Milz-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Lebervergrösserung disponiert erscheinen und doch, obwohl sie vor wenigen Wochen erst auf Chinin mit Schwarzwasserfieber reagierten, sogleich grosse Dosen von 1,0 *g* vertragen, während andere mit geringem Organ und Blutbefund nach monatelangem Freisein von Krankheitserscheinungen auf eine Dosis von 0,05 *g* Chinin einen schweren haemoglobinurischen Anfall bekommen.

## Über den Verlauf der Malaria ohne Chinin mit besonderer Berücksichtigung meiner Impfung.

Von Stabsarzt Dr. **Kuhn.**

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Ich hatte die Absicht, in Karlsbad auf der Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte über den Verlauf der Malaria ohne Chinin zu sprechen. Da ich durch wichtige Versuche auf dem Gebiete der südafrikanischen Pferdesterbe an der Reise verhindert wurde, so habe ich die Aufgabe für meinen heutigen Vortrag gewählt und erweitert.

Ich will zu Ihnen nun nicht über den Erfolg von Ersatzmitteln des Chinins sprechen. Das Chinin zerstört die Malariaparasiten geradeswegs. Von den vielen empfohlenen Mitteln, welche ebenfalls die Parasiten zerstören sollen, reicht keins an die Wirkung des Chinins heran.

Ich beabsichtige vielmehr über den Verlauf der Malaria zu sprechen, wie er sich ohne den Einfluss von parasitenzerstörenden Mitteln darbietet. Besonders kommt es mir darauf an, Ihnen eine Anzahl von Fieberkurven zu zeigen.

Das erste Mal lernte ich den Verlauf der Malaria ohne Chinin kennen, als im Jahre 1897 in Deutsch-Südwest-Afrika eine heftige Malariaseuche alle Chininvorräte im Norden des Landes aufgezehrt hatte und eine rechtzeitige Heranschaffung von Ersatz deswegen verhindert wurde, weil die Rinderpest den Frachtverkehr monatelang aufhob. Ich habe im Archiv für Schiffs- und Tropenhygiene in meiner Arbeit „über meine Impfung gegen Malaria“ diese Zeit bereits erwähnt.

Sämtliche Mannschaften der Schutztruppe im Norden hatten vorher schon viel Fieber gehabt. Um den 29. Juni herum gingen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auf der Station Grootfontein die letzten Chininvorräte zu Ende. Ich befand mich mit den meisten Mannschaften im Gebiet der Rinderpest, wo ebenfalls grosser Mangel an Chinin herrschte. Der behandelnde Lazarettgehilfe verwandte zwar die geringen Vorräte Eisenchinin, Arsenik, Methylenblau, jedoch ohne grossen Erfolg. Das Fieber hörte bei 6 von 13 Kranken überhaupt nicht auf. Bei den übrigen 7 sind fieberfreie Zeiträume, welche auf Rechnung der gebrauchten Arzeneimittel kommen. Leider sind über die Anwendungsweise der Mittel keine genauen Aufzeichnungen vorhanden. Sehr schwer fühlbar machte sich der gänzliche Mangel an allen Stärkungsmitteln, wobei ich nicht etwa an Alkohol denke; Zucker, Kakao, Früchte, Gemüse, Zutaten fehlten, nicht einmal die gewöhnlichsten Lebensmittel waren in ausreichender Menge vorhanden, frisches Fleisch infolge der Rinderpest sehr knapp, Büchsenfleisch die tägliche Nahrung. Eine solche eintönige Kost haben Malariakranke wohl selten genossen. So ist es kein Wunder, dass die Mannschaften in einen äusserst elenden Zustand kamen. Als ich nach Grootfontein zurückkehrte, boten sich mir wahre Jammergestalten dar. Nach den Fiebertafeln handelte es sich wohl in allen Fällen um Tertiana. Als am 26. Juli wieder Chinin ankam, hörte das Fieber bei allen sofort auf.

Ich habe die Leute meist noch jahrelang unter den Augen gehabt und bin auch heute noch bei den meisten über ihr Schicksal auf dem Laufenden. So weiss ich, dass alle noch später sehr viel Fieber durchgemacht haben, so dass es scheint, als ob die Leidenszeit ohne Chinin zu einer Immunisierung wenig beigetragen hat. Aus dieser Epidemie habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Tertiana in Deutsch-Südwest-Afrika eine ausserordentliche Hartnäckigkeit besitzt. Von den 13 Leuten haben später 4 Schwarzwasserfieber gehabt, jedoch nicht vor Ablauf eines halben Jahres. An anderen Stationen des Nordens, z. B. in Otavifontein, traten die Schwarzwasserfälle schon bald nach der chininlosen Zeit auf. —

Im Jahre 1899 gewann ich die Anschauung, dass die südafrikanische Pferdesterbe zu der menschlichen Malaria in nahen Beziehungen stände. Die Gründe für diese Annahme habe ich in der eingangs erwähnten Schrift auseinandergesetzt. Ich verwandte infolgedessen Heilserum, welches mir bei der Behandlung der Pferdesterbe gute Dienste leistete, zur Behandlung der Malaria.

Es ist mir nun gelungen, die Pferdesterbe in Deutschland durch das Blut von erkrankten südafrikanischen Pferden hervorzurufen. Ich bin seit Anfang des verflossenen Sommers im Tropenhygienischen Institut in Hamburg mit Impfungen gegen die Pferdesterbe beschäftigt, wo ich nach Art der mückensicheren Häuser einen vollkommen blutsaugersicheren Stall gegen eine etwaige Weiterverbreitung der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seuche errichtet habe, trotzdem eigentlich eine Weiterverbreitung in Deutschland ganz ausgeschlossen erscheint. Es ist mir aber nicht gelungen, die Blutparasiten, welche in Südafrika so häufig bei der Pferdesterbe gefunden worden sind, im Blute der hier in Deutschland erkrankten Pferde nachzuweisen. Gewisse kuglige Einschlüsse in den roten Blutkörperchen der schwerkranken Pferde habe ich als Reste der Kerne erkannt, wie sie normalerweise z. B. im Blute der Maus vorkommen.

Diese Erfahrung veranlasste mich der Anschauung näher zu treten, dass die merkwürdigen epidemiologischen Beziehungen zwischen der Sterbe und der Malaria weniger auf der Verwandtschaft der Erreger als vielmehr wohl der Zwischenträger beider Krankheiten beruhen. Es wird noch eingehender Studien bedürfen, diese interessante Frage völlig aufzuklären.

Wie dem aber auch sei, ich halte daran fest, dass ich mit dem Serum bei der Behandlung der menschlichen Malaria Erfolge erzielt habe.

Wenn es sich herausstellen sollte, dass nicht die dem Serum eigentümlichen Stoffe, welche sich bei der Pferdesterbe heilkräftig erweisen, sondern dass das Pferdeserum an sich einen Einfluss auf die menschliche Malaria hat, so würde es sich um einen Vorgang handeln, welcher in der Krankheitsbehandlung zahlreiche Beispiele hat. In Flügges Werk „Die Mikroorganismen“ heisst es: „Sicher nicht durch direkte Hemmung des Bakterienwachstums wirken einige Stoffe, denen man neuerdings einen immunisierenden und heilenden Einfluss auf Infektionen zugeschrieben hat.“ Es wird im Flügge über die Versuche berichtet, mit Hilfe von Hoden- und Thymusextrakten Kaninchen gegen Milzbrand zu immunisieren. Ferner werden u. a. die Versuche erwähnt, mit dem Blutserum natürlich unempfänglicher Tiere (Frösche, Ratten, Hunde) die empfänglichen Tiere vor Milzbrand zu schützen und zu heilen. Bei der Pneumonie-Kokkeninfektion der Kaninchen wurde Hunde- oder Menschenblutserum, beim Rotz Rinderserum mit Erfolg verwandt. Gegen die Cholerainfektion der Meerschweine erwies sich Pferdeserum am wirksamsten. Hierher gehört auch vielleicht die Beobachtung Laverans aus neuster Zeit, dass Menschenserum auf die Trypanosomenkrankheit der Ratten einen Einfluss hat.

Ich will mich darauf beschränken, nur noch anzuführen, dass auch Schaudinn in seiner neusten in den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts erschienenen Arbeit über den Einfluss von tierischem Serum auf Protozoen berichtet. Sehr interessant sind seine Beobachtungen, wie Rattenblut auf die Malariaparasiten wirkt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nach allem dem Gesagten müssen also noch weitere Untersuchungen folgen, ob nach Art der eben besprochenen Methoden das Pferdeserum an sich oder das mit den Schutzstoffen der Pferdesterbe beladene den Einfluss auf die Malaria hat, den ich jetzt schildern will.

Die Impfung ist ausgeführt in Deutsch-Südwest-Afrika, ferner in Bosnien, wo ich auf Einladung von Herrn Dr. v. Hovorka über vier Monate weilte, an über 40 Fällen und im Seemannskrankenhause in Hamburg an einigen Fällen. Über unsere gemeinsamen Impfungen in Bosnien hat Herr Dr. v. Hovorka auf der Versammlung in Karlsbad berichtet.

Wie es nun in dem Flüggeschen Werk heisst, dass die erwähnten Stoffe nicht durch Hemmung des Bakterienwachstums wirken, so wirkt auch das von mir verwandte Serum nicht wie das Chinin parasitenzerstörend schlechthin. Es scheint sogar zunächst die Vermehrung der Parasiten in manchen Fällen anzuregen, denn auf eine Einspritzung erfolgte manchmal ein verstärkter Anfall, mit Zunahme der subjektiven Beschwerden des Kranken, des Schüttelfrostes, der Kopf- und Gliederschmerzen. Eine Steigerung der Temperatur war in manchen Fällen vorhanden, immer konnten wir sie jedoch nicht nachweisen. Meist war der Anfall länger als gewöhnlich. In einigen Fällen war der Anfall aber trotz seiner Heftigkeit auf einen kürzeren Zeitraum als sonst beschränkt.

Hierbei muss erwähnt werden, dass diese Anfälle nicht etwa durch die Einspritzung des Serums hervorgerufen wurden, sondern dass wir meist einige Stunden vor einem zu erwartenden Anfall einspritzten. Das Serum löst bei Gesunden keine Reaktion aus.

Nachdem der auf die Impfung folgende heftige Anfall sich abgespielt hatte, wurde der nächste Anfall bereits bedeutend geringer. Falls die Anfälle sich jedoch noch öfter wiederholten, so nahmen sie an Stärke ab.

Regelmässig habe ich bei Erkrankungen, welche mit Schüttelfrost einhergingen, beobachtet, dass die Fröste an Dauer und Stärke abnahmen, bis sie eben noch als ganz leichtes Frieren verspürt wurden. Die Anfälle machen sich schliesslich oft nur durch geringe Temperatursteigerungen bemerkbar.

Die Quartanaerkrankungen leisten hartnäckigen Widerstand. Jedoch lässt sich an den durch die Impfung beeinflussten Quartana-Fällen die oben geschilderte Reaktion am deutlichsten hervorrufen. Wir hatten in Bosnien z. B. einen Quartanafall bei einem 12jährigen Mädchen, bei dem die Anfälle infolge der Impfung alle vier Tage so schwach geworden waren, dass das Kind während des Anfalls in das Sprechzimmer kam, um Blutproben entnehmen zu lassen. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Anfälle kehrten trotz ihrer Leichtigkeit mit grosser Hartnäckigkeit wieder. Infolgedessen spritzten wir an einem der Anfallstage fünf bis vier Stunden vor dem Anfall zweimal 5 *ccm* Serum ein. Der Erfolg war der, dass das Mädchen einen ausserordentlich heftigen Anfall durchmachte; anstatt dass es zur gewohnten Stunde in die Sprechstunde kam, wurden wir bereits eine Stunde früher in die Wohnung gerufen, wo die Kranke daniederlag. Bald nach dieser heftigen Reaktion trat dann ein Aufhören der Anfälle ein.

In allen Fällen nun, wo die Anfälle aufhörten, ging trotzdem der Parasitenbefund längere Zeit ruhig weiter, viele der Kranken unterschieden sich in garnichts von den Negern, denen man ihre Malaria äusserlich nicht ansieht.

In einer Reihe von Fällen hat das Serum den kommenden Anfall nicht verstärkt, sondern ganz oder fast ganz unterdrückt. Beide Tatsachen stehen miteinander in Widerspruch und sind lediglich so zu erklären, dass es bei der Malaria auch, wie z. B. beim Typhus, schwere und leichte Fälle gibt. Ich habe zuerst in Bosnien gesehen, dass die Tertiana nicht immer solche hartnäckigen Erkrankungen hervorruft, wie sie in Südwest-Afrika die Regel waren. Zur Erklärung dieser Tatsache ist anzunehmen, dass manche Menschen durch Vererbung oder durch Erkrankung im Mutterleib oder in frühester Kindheit, wo niemand darauf achtete, die Malaria überstanden haben und nur noch leicht erkranken. Auch die von Schaudinn in seiner neuesten Arbeit angedeutete Anschauung, dass auch die Anophelen eine gewisse Immunität zu erlangen vermögen und dass dadurch der Charakter einer Epidemie sich mildert, ja die Malaria ganz abnimmt, erscheint mir ausserordentlich annehmbar.

Nach dem Aufhören der Anfälle verschwinden die Parasiten nicht aus dem Blute, sondern nur die Zahl der ungeschlechtlichen Formen nimmt ab. So ist es kein Wunder, dass sich Rückfälle zeigen, welche nun ganz nach dem Charakter der Infektion verschieden sind. Im allgemeinen lässt sich sagen, dass bei Neuerkrankungen von Tropica und Tertiana auch die Rückfälle hartnäckiger sind. Es dauert hier manchmal Wochen, bis die Krankheit sich ausgeheilt hat. Eine günstige Ausnahme machen die Kinder. Bei den Kindern ist eine vollkommene Heilung im frühesten Alter von einigen Monaten seither in 3 Fällen von Tropica leicht gelungen. Bei einem Falle war sogar Doppelinfektion mit Quartana.

Die Behandlung mit dem Serum empfiehlt sich, abgesehen von den Eingeborenen, wo ich stets gute Erfolge gehabt habe, hinsichtlich der Tertiana und Tropica bei den kleinen Kindern der Weissen, und bei den erwachsenen Weissen dann, wenn schon Fieber vorhergegangen sind, die Kranken Widerwillen gegen Chinin haben, an

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schwarzwasserfieber erkrankt sind oder Neigung zu Schwarzwasserfieber haben. Bei Quartanaformen und den meisten Erstlingserkrankungen an Tertiana und Tropica sind die Erfolge seither zu gering. Möglich ist, dass grössere Gaben und häufigere Impfungen auch hier die Erfolge verbessern.

Ich komme jetzt zu einigen Erfahrungen, welche ich besonders besprechen will.

Ausserordentlich wichtig ist der Umstand, dass bei der Anwendung des Serums die Esslust der Kranken nicht sehr leidet. Selbst in der Zeit, wo noch deutliche Anfälle bestehen, schmeckt den allermeisten das Essen, sobald der Anfall vorbei ist. Dies führt mich auf eine Frage, die ich gerne einmal aufrollen möchte, nämlich die, inwieweit der Verfall der Malariakranken von der Zerstörung der Blutkörperchen durch die Parasiten und inwieweit von der Entkräftung infolge der daniederliegenden Verdauung abhängt. In der eingangs erwähnten grossen Malariaseuche 1897 in Südwestafrika habe ich zuerst die Erfahrung gemacht, dass diejenigen Leute auch trotz ihres Fiebers ihren Dienst versahen, welche nach dem Fieberanfall sofort wieder essen konnten. Diese Leute, zu denen ich selbst gehörte, haben niemals den Eindruck von Kranken gemacht, ausser während der Anfälle, trotzdem sie ebensoviel Fieberrückfälle wie die übrigen hatten.

Auch in dieser Hinsicht zeigt es sich wie beim Schwarzwasserfieber, dass das Chinin ein sehr zweischneidiges Schwert ist. Viele der elenden Gestalten in Malariagegenden sind nicht so sehr auf Rechnung der Malaria, als vielmehr auf Rechnung eines unvernünftigen Chiningebrauchs zu setzen, der den Kranken nach Beendigung des Anfalls die Speisen verekelt. Es muss auch deswegen die Losung jeder Behandlung sein, mit so wenig wie möglich Chinin auszukommen. Einmal um Schwarzwasserfieber, dann aber auch um Verdauungsstörungen zu vermeiden, gebe ich nie mehr als $^1/_4$ *g* auf einmal. Die von mir erprobte A. Plehnsche Chininkur, bei der jeden 6. Tag $^1/_2$ *g* gegeben wird, lasse ich so ausführen, dass vor und nach dem Abendessen je $^1/_4$ *g* genommen wird.

Die vorhin erwähnten Mannschaften, welche im Jahre 1897 vier Wochen lang kein Chinin bekommen hatten und doch so sehr herunterkamen, können als Beweis für die Schädigungen der Malaria an sich nicht angebracht werden, da es ja in diesem Falle gänzlich an Nahrungsmitteln gebrach.

Eine Erfahrung, welche auch hierher gehört, machte ich bei der einfachen Quartana. Sobald der Quartanaanfall abgelaufen war, kehrte fast stets die Esslust zurück, sodass die Kranken an den beiden freien Tagen wohl und munter waren, wohl aussahen und ihrer Arbeit bis zu dem Einsetzen des Schüttelfrostes nachgingen.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hiermit bin ich bei der Frage angelangt, wie sich die verschiedenen Malariaformen, in ihrem natürlichen Verlauf betrachtet, unterscheiden. Es wird viel über die Frage gestritten, ob der Malariaparasit einheitlich sei oder nicht. Ich habe anfänglich einen Formenwechsel angenommen, habe mich aber im Laufe langer Beobachtungen überzeugt, dass die Quartana, die Tertiana und die Tropicaparasiten nicht ineinander übergehen. Ich sehe den Hauptunterschied in der verschiedenen Giftigkeit (Toxicität) dem menschlichen Körper gegenüber. Alle Lebensäusserungen der Parasiten, die Lebhaftigkeit, die Entwicklungsdauer, der Einfluss auf die roten Blutkörperchen, die Gesamtwirkung auf den Menschen, das Verhalten dem Serum gegenüber, die Heilbarkeit durch Selbstheilung, alle stehen in einer ganz bestimmten Beziehung zueinander, und zwar nach der Stufenleiter Quartana, Tertiana, Tropica. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Quartana die einfachste, trägste, harmloseste Form, die Urform ist, und dass die beiden anderen im Laufe der Zeit und im Sinne der Darwinschen Theorie sich aus ihr entwickelt haben. Insofern halte ich es für einen bedeutungsvollen Zufall, dass man dem Quartanaparasiten, weil man ihn zuerst gesehen hat, den Namen plasmodium malariae zuerteilt.

Dem klinischen Verlauf und der Fieberkurve nach gehen die drei Formen der Malaria häufig ineinander über. Das rührt zum grossen Teil daher, dass jeder Parasit die Fähigkeit hat, mehrere Generationen im Blute zu bilden.

In der Frage der Generationen stehe ich auf folgendem Standpunkt. Ich kann der Ansicht nicht beitreten, dass bei dem täglich sich wiederholenden Fieber zwei Generationen der Tertiana oder drei Generationen der Quartana von Anfang an vorhanden sind. Wenn ein Mensch mehrfach und zu verschiedenen Zeiten von Mücken mit einer Parasitenart infiziert wird, so wird wahrscheinlich die Inkubationszeit kürzer sein, als bei einer Infektion, die später hinzukommenden Parasiten werden aber keine neue Generation bilden, sondern werden sich den jüngsten Parasiten anschliessen. Ob sie nun mit diesen zusammen eine neue Generation bilden, das hängt von dem Umstande ab, der überhaupt das Auftreten von mehreren Generationen bedingt. Zahlreiche Kurven meiner Fälle sprechen dafür, dass eine Vermehrung der Generationen die Folge einer Vermehrung der Parasiten ist. Vielleicht ist es auch von Bedeutung, dass die Parasiten einen Teil ihrer Entwickelung in inneren Organen durchmachen.

Mit dieser Erörterung ist der Weg zu einer Besprechung des Tropenfiebers gebahnt. Es ist in neuerer Zeit die Ansicht die herrschende geworden, dass die so häufig vorkommende Kurve, bei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der das Fieber sich über 20—36 Stunden erstreckt und meist eine tiefe Einsenkung hat, ohne die Norm zu erreichen, dass dies die Grundkurve des Tropenfiebers ist. Ich bin durch zahlreiche von Chinin unbeeinflusste Kurven zu der Ansicht gekommen, welche A. Plehn bereits im Jahre 1895 ausgesprochen hat, dass die Grundform der Tropica genau die gleiche ist wie bei der Tertiana. Die Entwickelungszeit der kleinen Parasiten ist 48 Stunden. Die Haupteigentümlichkeit der Tropica ist nun die, oft zwei Generationen schnell auf einander folgen zu lassen, sodass die eine Generation bereits anfängt, Fieber hervorzurufen, ehe die andere ausgespielt hat. Meine Tropicakurven, welche ich zum Beweise meiner Ansicht herumreiche, stellen alle Möglichkeiten dar, welche aus einer einfachen Tertiana durch Verdoppelung entstehen können. Eine Doppeltertiana tropica veschwindet auf eine Impfung hin und kommt bei einem Rückfall als Tertiana simplex wieder, genau wie bei der Tertiana der grossen Parasiten. Ferner, eine Doppeltertiana tropica erhält immer tiefere Einsenkungen und löst sich plötzlich an einem Tage in zwei deutliche Generationen auf. Die Einsenkungen der typischen Fieberkurve fallen manchmal in die späten Abend- und Nachtstunden, so dass man sie nicht als Morgenremissionen bezeichnen kann. In einem Falle, bei dem Erstlingsfieber eines 8 Monate alten Kindes, bietet sich das Bild einer regelrechten Tertiana simplex.

Bei dem eigentlichen Tropenfieber, d. h. bei dem in den Tropen vorkommenden Fieber mit den kleinen Parasiten, werden die Erstlingsfieber infolge ihrer hohen Toxicität wohl stets das Bild der typischen Kurve mit der Doppelgeneration aufweisen. — In Südeuropa, wo die Fieber mit den kleinen Parasiten aestivo-autumnalis genannt werden, findet sich die einfache Kurve mit einer Generation und die Quotidiana mit zwei ganz getrennten Generationen häufiger.

Um die ganz schweren Tropenfieber, die Remittens und die Continua zu erklären, braucht man nur die Dauer der beiden Doppelanfälle als verlängert anzunehmen. Trotzdem ist es denkbar, dass sich noch eine Generation einschieben kann. Es ist ja auch möglich, dass jede Sammlung zu Generationen aufhört. Das sind dann die allerschwersten Fälle, bei denen die inneren Organe ganz ausserordentlich überlastet sind.

Was nun den Parasitenbefund anlangt, so lässt sich der m. E. unschwer mit der oben geschilderten Auffassung vereinbaren.

Vielleicht lässt sich hiernach eine allgemein passende Bezeichnung für die Fieber mit kleinen Parasiten geben. Der Erreger heisst jetzt vielfach Laverania malariae. Also kann man auch die Fieberform zu Ehren Laverans ganz ruhig Laverania, Laveransche Malaria nennen, ebenso wie man sagt: Basedowsche Krankheit, Brightsche Niere.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man unterscheidet dann:

die Laverania simplex,
die Laverania duplicata cotidiana oder bloss cotidiana,
die Laverania duplicata bidua, oder bloss bidua, die echte Tropica, und
die Laverania remittens oder continua.

Zum Schluss eile ich noch zu der Frage, welche wohl die wichtigste ist: Gibt es eine Immunität der Eingeborenen und der Weissen? Von der Ansicht, welche noch in dem Werke von Dieudonné über „Schutzimpfung und Serumtherapie" enthalten ist, dass die Malaria erhöhte Disposition verleiht, bis zu der Ansicht, dass die Eingeborenen im Kindesalter völlige Immunität erwerben, sind alle möglichen Ansichten vertreten worden. Ich will auf die Frage selbst nicht eingehen, sondern ich will nur kurz das Eine betonen, dass ich durch die Beobachtungen der Malaria ohne Chinin immer mehr zu der Ansicht gelange, dass es zwischen Schwarzen und Weissen keinen wesentlichen Unterschied gibt. Man darf die Empfänglichkeit der weissen Rasse nicht nach den Angehörigen des Mannesalters beurteilen, sondern nach den Kindern, und bei diesen auch nur dann, wenn sie die Krankheit ohne Chinin, wie die Negerkinder, durchmachen müssen.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. **A. Orth**, Berlin: Ich bitte um die Erlaubnis, als Nicht-Mediziner einige Mitteilungen machen zu dürfen. Ich habe in den bisherigen Verhandlungen beobachtet, dass der allgemeinen physikalisch-biologischen Bedingungen für die Entwickelung der Malariamücke nicht mehr gedacht ist.

Die gestern konstatierte Tatsache, dass die Malaria im Deutschen Reiche wesentlich zurückgegangen ist, wird zu nicht geringem Teil auf die Verbesserung dieser allgemein physikalisch-biologischen Bedingungen des Bodens durch wirksamere Entwässerung und verbesserte Bodenkultur zurückzuführen sein. Die erwähnten Tatsachen über Hafen- und Dockbauten zeigen, welche Gefahren auch bei uns noch vorhanden sind.

Die Angaben des Herrn Referenten (Stabsarzt Kuhn) über „unvernünftigen Chiningebrauch", die gestrigen Angaben, dass nicht jeder Mensch Chinin vertragen könne und dass ohne Chiningebrauch die Malaria bald wieder zunehmen könne, die Unmöglichkeit, den Chiningebrauch allgemein vorschreiben zu können, die vielfach wandernde Arbeiterbevölkerung und vieles andere erweisen deutlich, dass die tellurischen Bedingungen zur Bekämpfung der Malariamücke stets eine besondere praktische Würdigung verdienen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Als ich im März 1897 zur Aufnahme des Bodens der pontinischen Sümpfe zwischen Rom und Neapel von hier abreiste, wurde mir von meinem Kollegen Professor Zuntz empfohlen, sofort in der Niederung pro Tag = 0,3 *g* Chinin zu nehmen. Da mir der Herzog von Sermoneta in Rom sagte, dass im März die Fiebergefahr sehr gering sei, habe ich es damals unterlassen. Ich ging anschliessend zur Konsultation von Professor di Mattei nach Catania in Sicilien. Derselbe bemerkte, sofern der gesamte Boden der pontinischen Niederung durch gesicherte Entwässerung und rationellen regelmässigen Ackerbau möglichst gleichzeitig in Kultur genommen werde, sofern ferner die Bewässerung zunächst vermieden werde, so sei anzunehmen, dass die pontinischen Niederungen in wenigen Jahren wieder bewohnbar werden würden. Herr Geheimrat R. Koch hatte die Güte, mir ebenfalls zu sagen, dass diese Bewässerung der pontinischen Niederung zunächst nicht empfohlen werden könne. Nun spielt aber die Bewässerung in den trockenen Perioden heisser Gegenden eine besonders wichtige Rolle für die erfolgreiche Bodenkultur. Als der Senator Secondi aus der Lombardei in Cerveletta, 8 *km* östlich Rom, sich ansiedelte, hat er trotz der Malaria schöne Bewässerungs-Anlagen (Marciten) zur Sicherung seiner Milchwirtschaft geschaffen. Wie werden in dieser Hinsicht die geplanten grossen Stauanlagen, so die riesige im Bau befindliche Talsperre des Nil bei Assuan, so die geplanten Staubassins in Südwestafrika wirken? Zunächst ist beachtenswert, dass die Malaria trotz der jährlichen grossen Nilüberschwemmungen in Ägypten wenig vorkommt. In den Mittelmeerländern sowie in unseren Kolonien ist die rationelle Sammlung und Benutzung des Wassers für die Bewässerung eine der wichtigsten Grundlagen für die Entwickelung und den Wohlstand derselben. Ich würde es deshalb für dringend wünschenswert halten, dass auch diese physikalisch-biologischen Bedingungen für die Entwickelung und Verbreitung der Mücke in Beziehung zu den grossen praktischen Kulturfragen des Bodens und im Sinne der Verbesserung dieser Bedingungen für den Pflanzenbau bei der gegenwärtig so Grosses leistenden Malariaforschung besonders berücksichtigt werden.

Wann wird die grosse steppenartige Umgebung Roms in der Campagna wieder zu dem Garten der Bodenkultur werden, wie sie es vor Jahrtausenden gewesen ist? Als die italienische Regierung 1871 in Rom einzog, hat sie sofort in ihren Studien und Verordnungen die Sanierung der Campagna ins Auge gefasst. Das ist jetzt über 30 Jahre her, und die Campagna-Frage ist noch nicht viel weiter gekommen. Wir dürfen hoffen, dass infolge der grossen Erfolge der Malariaforschung durch rationelle Bodenkultur diese Frage in weiteren 30 Jahren wesentliche Fortschritte gemacht haben wird.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. **Carl Davidsohn**, Berlin: Ich möchte mir zwei Bemerkungen erlauben:

1. Ich bin zweimal je 3 Wochen in Brasilien gewesen und habe dort in Malariagegenden zahlreiche Mücken gefangen, nur Culex-Arten.

Ich habe mir verschiedene Male von verschiedenen Orten aus Brasilien Mücken schicken lassen, wieder nur Culex-Arten. Ich möchte fragen, ob einer der hier anwesenden Herren Erfahrungen über Anopheles in Brasilien hat. Ich glaube, es gehört in den Rahmen des Deutschen Kolonialkongresses, die südamerikanischen deutschen Ansiedelungen hier heranzuziehen, da ja die südbrasilianischen Provinzen in erster Linie für die deutsche Auswanderung in Frage kommen.

2. Ich halte es nicht für angängig, jetzt, wo wir unter Malariakrankheit diejenige verstehen, bei welcher die Parasiten im Blute gefunden werden, bei Anfertigung von Statistiken einfach Zahlen nebeneinander zu stellen, die zum Teil Epidemien betreffen, die in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, also vor Entdeckung der Plasmodien, gefunden wurden. So gut und leicht die Malaria auch zu erkennen ist, so haben wir doch gestern gehört, dass z. B. in der Provinz Posen jede Erkältung mit dem Wort Malaria bezeichnet wird. Wir werden durch solche Vergleiche aus vorparasitärer Zeit in denselben Irrtum kommen, der vielfach in der kurzen Zeit Platz gegriffen hatte, als jede Halsentzündung, bei welcher der Löfflersche Bacillus gefunden wurde, unter der Flagge „Diphtherie" segelte; jetzt, wo Behring selbst nur die Brettoneausche Krankheit als „Diphtherie" bezeichnet wissen will, weil sich Löfflersche Bacillen auch bei ganz Gesunden oder anderen Kranken fanden, wird auch viel an den Zahlen der Diphtherie-Statistik geändert werden müssen.

Zu den Malariaheilungen heutzutage sind aber nun auch diejenigen Fälle gerechnet, wo der Parasit nach Chinin aus dem Blute verschwindet, nicht aber nur die Fälle, bei denen das Wechselfieber durch Chinin zum Aufhören gebracht wird.

Jetzt, wo bald jeder Neger und Papua auf Blutparasiten untersucht wird, muss genau in den Statistiken gesagt werden:

a) liegen Heilungen vor bei Wechselfiebern oder
b) handelt es sich um das Verschwinden der Blutparasiten bei sonst gesunden Leuten, die in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts überhaupt nicht zu den Malariakranken haben gezählt werden können?

Physikus Dr. **Nocht:** Auf alle Behauptungen des Herrn Kuhn einzugehen, muss ich mir, trotzdem ich mit fast allem nicht einver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

standen sein kann, versagen. Zunächst muss ich auf einen Widerspruch in den Behauptungen des Herrn Kuhn aufmerksam machen. Herr Kuhn behauptet einerseits von seiner Behandlung, einen Erfolg in der Heilung oder Immunisierung gesehen zu haben, andererseits zeigt er Ihnen seine Fieberkurven von Patienten, die mit seinem Serum behandelt sind, als solche, in denen sich die Malariakurve ganz unbeeinflusst zeigt. Herr Kuhn hat in meinem Institut in Hamburg 7 Fälle mit seinem Serum behandelt und nach meiner Ansicht und der Ansicht meiner Assistenten auch nicht den geringsten Erfolg damit erzielt. Wenn jemand das ja sehr seltene Bild einer ganz unbeeinflussten Tropicakurve sehen will, dann braucht er sich bloss diese Kuhnschen Kurven anzusehen. Einige dieser Leute haben so lange in typischen Anfällen trotz der Kuhnschen Serumbehandlung gefiebert, bis wir es nicht mehr mit ansehen konnten und mit Chinin einschritten. Wenn Herr Kuhn behauptet, dass bei einigen andern seiner in Hamburg behandelten Patienten tatsächlich die Fieberanfälle nach der Serumbehandlung ausblieben, so wird jeder, der eine Anzahl von Malariaanfällen behandelt hat, einwenden, dass das jederzeit auch bei garnicht Behandelten einmal eintritt und dass das gar nichts besagt. Es kommt darauf an, ob diese Leute nachher noch Recidive bekommen, und das ist in den Kuhnschen Fällen überall der Fall gewesen. Wir haben überall mit Chinin einschreiten müssen.

Ich halte die Kuhnsche Behandlung nicht bloss für unwirksam, sondern für gefährlich. Sie täuscht die Patienten und schafft inveterierte Malaria und damit die Gefahr der Erkrankung an Schwarzwasserfieber.

Marinestabsarzt Dr. **Martini**: Ich habe Herrn Dr. Davidsohn hinsichtlich der brasilianischen Culex-Arten folgendes zu antworten:

Als ich seinerzeit im Juli 1901 die Verhütung des Malaria-Ausbruches in Wilhelmshaven übernahm, wurde mir die Mitteilung gemacht, in Wilhelmshaven gäbe es ja bloss Culex. Trotz dieser beruhigenden Nachricht fuhr ich nach Wilhelmshaven und fand die Anopheles, wie ich dies gestern geschildert habe.

Auf die Äusserung des Herrn Dr. Davidsohn hinsichtlich der „diagnostischen Irrtümer in früheren Jahren (1858—69) zu Wilhelmshaven" erwidere ich:

Die damaligen Beobachtungen sind von wissenschaftlich ausgezeichnet vorgebildeten Ärzten gemacht worden; ich erwähne nur den früheren Generalstabsarzt der Marine, Herrn Dr. Wenzel.

Auch die klinische Diagnose der Malaria ist verhältnismässig einfach.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Veterinär-Rat **Rickmann,** Karlshorst bei Berlin: Die Versuche Kuhns habe ich mehrere Jahre hindurch beobachtet und verfolgt.

Hinsichtlich der Beurteilung derselben scheide ich folgende Fälle:

1. Eingeborene haben naturgemäss einen hohen Grad von Angewöhnung an Malaria, die Anfälle sind infolgedessen nicht so stark und es sind meistens Recidive. Letztere gehen ohne jede Therapie in den meisten Fällen in Heilung über.

2. Weisse:

   a) Recidive; von denselben gilt dasselbe, was vorher bei den Eingeborenen gesagt wurde. Ein Fall ist mir bekannt, in dem trotz Kuhnscher Impfung das Recidiv nicht schwand, sondern endlich zum Chinin gegriffen werden musste.

   b) Erstlingsinfektionen. Nach Kochs Berichten gehen viele Fälle von Malaria tropica von selbst in Heilung über. Ausserdem ist mir ein Fall von Malaria tropica bekannt, der auf sieben- oder neunmalige Kuhnsche Impfung nicht, wohl aber sofort nach Gebrauch von Chinin schwand.

Aus Vorstehendem ist folgender Schluss zu ziehen: Das Schwinden des Fiebers ist nicht auf die Kuhnsche Impfung mit Sicherheit zurückzuführen, sondern es kann sich erfahrungsgemäss ebensogut um Selbstheilung handeln.

Ein Wert der Kuhnschen Methode bestände gegenüber der erprobten Wirkung des Chinins nur in der Erreichung eines hohen Grades von Angewöhnung an die Malaria. Mir sind mehrere Fälle bekannt, in denen nach Kuhnscher Impfung das Fieber schwand, die betreffenden Personen aber später viel und schwer unter Malaria zu leiden hatten. Damit ist mir die Erreichung einer Immunität gegen Malaria nach Kuhnscher Methode sehr fraglich.

Die Untersuchung der Blutausstrichpräparate, welche einmal nach Verabfolgung von Chinin und zweitens nach der Kuhnschen Impfung vorgenommen wird, ergibt ersteren Falls deutliche Veränderung und allmähliches Schwinden des Malariaparasiten, während solches letzteren Falls nicht zu beobachten ist.

Bezüglich der Anwendung von hohen Dosen Kuhnschen Impfstoffes, welcher von den mit der Pferdesterbekrankheit befallenen Pferden gewonnen wird, weise ich darauf hin, dass hochwertiges Pferdesterbe-Serum, zu Heilzwecken derartig erkrankten Pferden injiziert, sehr häufig Hämaturie erzeugt. Nach heutigem Stande der Forschung sind Pferdesterbe, Pferdemalaria und Menschenmalaria als selbständige Krankheiten zu betrachten.

Dr. **Carl Davidsohn**: Auf Herrn Physikus Dr. Nochts Bemerkungen möchte ich antworten, dass meine letzte Mückensendung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von einem Arzt während der Malariazeit aus dem Krankenhause in Rio Grande do Sul wieder ausschliesslich Culex-Arten aufweist. Ich denke selbstverständlich nicht gleich, dass in Südamerika der Culex der Überträger der Malaria ist, halte aber das alleinige Vorkommen von Culex in den Sendungen für mindestens auffällig und möchte daher die Frage wiederholen, ob jemand der zahlreich hier anwesenden Herren Erfahrungen über Anopheles in Brasilien hat.

Stabsarzt Dr. **Kuhn**: Zu den Ausführungen des Herrn Nocht bemerke ich zunächst, dass ich die Kurven der Tropica nicht zum Umlauf gebracht habe, um Ihnen die Erfolge der Serumbehandlung vorzuführen, sondern um Ihnen meine Auffassung der Tropica zu beweisen. Infolgedessen ist keine Einzeichnung der Verordnungen erfolgt. — Von den sieben im „Institut für Schiffs- und Tropenhygiene“ behandelten Fällen verliefen vier so, dass nach der Einspritzung in ein bis zwei Tagen das Fieber aufhörte. Wenn das Zufall ist, so verstehe ich nicht, warum man dann die meisten Malariafälle sich nicht selbst überlässt, da die Kranken doch nur wenig dabei leiden. Übrigens kann ich über das Befinden von fünf Kranken an dem Tage, an dem sie Chinin erhielten, keine Auskunft geben, da ich gerade an diesem Tage dringend auf ein bis zwei Tage nach Berlin verreisen musste. Da ich bereits in meinem Vortrag erklärt habe, dass manche Neuerkrankungen sehr ungeeignet für Beobachtungen sind, so glaube ich auf die Ausführungen auch von Herrn Rickmann nicht weiter eingehen zu brauchen.

---

## Die Rinder- und Pferdekrankheiten in Togo.

Von Regierungsarzt Dr. **Schilling,** Halensee bei Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Vortragender, der von der Kolonialabteilung in Berlin speziell zur Untersuchung von Viehseuchen nach Togo entsandt war, bespricht einleitend die Tierkrankheiten, welche durch Angehörige der Familie „Trypanosoma“ aus der Klasse der Protozoën, verursacht sind, (Tsetsefliegen-Krankheit oder Nagana, Surra, Dourine, Mal de Caderas). Nach kurzer Schilderung der Symptome bei Pferd und Rind geht er auf ein Immunisierungsverfahren gegen die sogen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tsetsefliegenkrankheit ein. Das Prinzip des Verfahrens ist folgendes: Die Parasiten verlieren, wenn sie vom Rinde auf ein für die Krankheit empfänglicheres Tier (Ratte, Hund) übertragen und dann von Hund zu Hund weiter verimpft werden, nach einigen Passagen ihre gefährlichen Eigenschaften für das Rind; nach einer ganz kurzen Erkrankung und vorübergehender Anwesenheit der charakteristischen Parasiten im Blute des Rindes werden die letzteren im Körper des Tieres abgetötet, es tritt also eine Heilung der künstlichen Infektion ein. Nun verträgt dasselbe Tier ohne Reaktion die Einspritzung grosser Mengen von Parasiten; es ist immun geworden (Koch 1901, Vortragender 1902). Das Serum eines so immunisierten Rindes gewann nun die Eigenschaft, Parasiten innerhalb 20—30 Minuten abzutöten und aufzulösen. Zur Zeit ist ein Versuch an 36 Rindern im Gange, welcher über die praktische Verwertbarkeit der oben geschilderten Methode Aufklärung bringen soll und im März 1903 abgeschlossen werden wird.

Die weitere Verfolgung dieses Prinzips der Immunisierung (Passagen durch höher empfängliche Tiere, Rückimpfung auf die Ausgangs-Tierart) wird wahrscheinlich auch die Immunisierung von Pferden möglich machen. Vortragender glaubt im Esel das geeignete Passagetier gefunden zu haben. (Autoreferat.)

(Bezüglich der Bemerkung des Herrn Oberstabsarztes Dr. Becker in der Diskussion (s. u.) sei auf Kochs Reiseberichte, speziell Seite 88 verwiesen, wo nur erfolglose Übertragungsversuche auf Massai- und Bastarde von Massai- und Maskat-Eseln erwähnt sind.)

Oberstabsarzt a. D. **Becker**-Friedenau: Herr Dr. Schilling hat geglaubt, dass es Herrn Geheimrat Koch seinerzeit in Ostafrika nicht gelungen sei, Surra auf Esel zu überimpfen, während seine eigenen diesbezüglichen Versuche in Togo zu einem positiven Erfolg geführt hätten. Ich habe die Ehre gehabt, die Versuche des Herrn Geheimrats Koch in Ostafrika zu sehen und ihr Resultat zu beobachten. Ich glaube mich richtig zu erinnern, dass die Überimpfung der Surra auf Esel Herrn Geheimrat Koch wohl gelungen ist. Allerdings schien die Empfänglichkeit der Esel für die Surra-Krankheit verschieden zu sein je nach der Rasse der Tiere. Während die edlen Maskatesel sich sehr empfänglich für Surra erwiesen, waren die in Ostafrika heimischen sogenannten Massaiesel dafür weniger empfänglich, ohne jedoch deshalb immun zu sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Beiträge zur afrikanischen Tsetse-Krankheit.

Von Marine-Stabsarzt a. D. Dr. **Sander,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Bei meinem jüngsten Aufenthalt in Ostafrika erhielt ich vom Gouvernement den Auftrag, die Strecke Tanga-Moschi auf das Vorkommen von Tsetsefliegen und Tsetsekrankheit zu erforschen. Leider war es draussen nicht möglich, irgend welche neuere Literatur zu erhalten, während ich mich seit mehreren Jahren nur ganz gelegentlich mit der Frage der Tsetsekrankheit befasst hatte. Mir waren alle die neueren Untersuchungen seit den letzten 4—5 Jahren unbekannt, und ich war lediglich auf meine eigene Beobachtung angewiesen. Die erhaltenen Ergebnisse scheinen mir aber auch, nachdem ich mich hier in der Heimat wieder in der neueren Literatur etwas umgesehen habe, wichtig genug zu einer vorläufigen Mitteilung. Ich hätte eine solche schon früher veröffentlicht, wäre mir nicht erst vor wenigen Tagen die nach meinem Vertrage dazu nötige Zustimmung des Kaiserlichen Gouvernements zugegangen.

Meine ganze Expedition litt an einem Grundfehler: nach ihrer ganzen Anlage durfte ich mich nicht beliebig lange an dem einzelnen Orte aufhalten, sondern musste die ganzen Strecke mit allen Schleifen und Ausbiegungen in bestimmter Zeit, Ausrüstung der Karawane und Abrüstung mit einbegriffen, in drei Monaten erledigt haben. Das genügte zwar für die Erfüllung des eigentlichen Auftrages, nicht aber für eingehendere wissenschaftliche Untersuchungen. Daher konnte ich weder Untersuchungen des lebenden Blutes noch Impfversuche an Tieren anstellen.

Was ich Ihnen mitteilen will, beruht daher zumeist auf Angaben der Eingeborenen, einmaliger Beobachtung der kranken Tiere und Untersuchung getrockneter Blutpräparate, ist also unvollkommen und gestattet keine einwandfreien Schlüsse, sondern bedarf der Nachprüfung in dauernder Untersuchung, an lebendem Blut und mittelst Versuchstieren. Da die Zeit kurz bemessen ist, beschränke ich mich darauf, das Wichtigste herauszuheben.

Da ist zunächst zu erwähnen, dass die Eingeborenen dieser Strecke — und zwar alle — zwei verschiedene Formen der Krankheit unterscheiden. Eine ganz akut verlaufende von 1—4 Tagen Dauer, die stets tödlich endet, und eine langsamer verlaufende, über lange Zeit sich hinziehende — nach dem Eingeborenen-Ausdruck „viele

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tage" dauernde —, bei der gelegentlich Heilungen vorkommen und zwar nicht bloss bei Rindern, sondern auch bei Eseln, Maultieren und Kleinvieh. Empfänglich sind nach ihren Angaben alle vierfüssigen Haustiere für beide Formen, auch die grauen Esel. Meine eigenen Beobachtungen bestätigen diese Angabe. Da die Eingeborenen Schweine und Katzen nicht halten, muss ich für diese beiden Tierarten die Frage offen lassen.

Diese meine Angabe bringt nur insofern etwas Neues, als ich wenigstens über den ganz stürmischen Verlauf von wenigen Tagen bisher keine Angaben in der Literatur habe finden können. In diesem Punkte muss ich sogar die Angaben der Eingeborenen noch verschärfen, denn mein eigenes Maultier starb $1^3/_4$ Stunde nach den ersten Anzeichen der Erkrankung. Ob vielleicht doch schon früher Fieber eingesetzt hatte, kann ich freilich nicht bestimmt verneinen, denn die mitgenommenen Thermometer waren unbrauchbar geworden. Äusserliche Anzeichen einer Erkrankung waren jedenfalls noch am Vormittage nicht vorhanden gewesen, während das Tier nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr bereits verendete.

In den äusseren Anzeichen unterscheiden sich diese beiden Krankheitsformen ausser durch die verschiedene Dauer des Verlaufs noch dadurch, dass bei der akuten Form ausgedehnte ödematöse Schwellungen in den abhängigen Partien des Rumpfes auftreten. Bei männlichen Eseln und Maultieren sind sie besonders stark am Schlauch ausgesprochen und führen zu vollständiger Harnverhaltung. Die Tiere werfen sich bei diesen schwersten Fällen umher und schlagen mit dem Kopf nach der Flanke wie bei Kolik. Ohren und Gliedmassen sind gegen den Schluss hin eiskalt. Ich habe selbst nur den einen erwähnten Fall beobachten können. Die chronische Form setzt gleichfalls stets mit Fieber ein und verläuft mit Nachlässen und Verschlimmerungen, im wesentlichen in der schon so oft geschilderten Weise. Als abweichend, namentlich von dem Verlauf bei künstlich infizierten Tieren, möchte ich erwähnen, dass die Fresslust stets stark gestört ist, und es das Einsetzen einer Besserung bedeutet, wenn sie wiederkehrt. Der Durst ist stets stark vermehrt, der Mist hart. Am auffälligsten und geradezu pathognomisch sind zahlreiche, linsengrosse, flachhalbkugelige harte Schwellungen in der Haut, namentlich der abhängigen Teile; die Haare über ihnen gehen meist aus. Sie bluten leicht und bestehen von Anfang der Krankheit an. Bei der akuten Form fehlen sie völlig. Am deutlichsten sind sie bei Eseln; beim Kleinvieh und den Rindern fühlt man sie oft besser als man sie sieht.

Als Überträger wurden mir von den Eingeborenen drei Fliegenarten bezeichnet: Die gewöhnliche Glossina morsitans (bezw. longi-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

palpis, da diese ja jetzt mit der ersteren für identisch erklärt wird), eine Stomoxysart, die unserem einheimischen Wadenstecher, der calcitrans, ungemein ähnelt, und eine andere Art, die wahrscheinlich eine Tabanide ist, mir aber schon im macerierten Zustande eingeliefert wurde und deshalb völlig unbrauchbar für die Bestimmung hier ankam.

Dass auch die Stomoxysart die Tsetsekrankheit übertragen könne, wie es die Eingeborenen behaupten, schien mir deshalb wahrscheinlich, weil ich frisch tsetsekranke Standtiere in Gegenden und zu einer Jahreszeit vorfand, wo nur die Stomoxys, aber keine Glossina vorkam. Die Diagnose nach dem äusseren Krankheitsbilde ist in diesen Fällen durch den positiven Blutbefund geliefert, an der Deutung der Krankheit als Trypanosomakrankheit also nicht zu zweifeln. Gegen die Angabe der Eingeborenen sprach nur, dass ich die Stomoxys auch an Plätzen gefunden habe, die zweifellos von Tsetsekrankheit frei waren. Daher ist es mir sehr erwünscht, dass Curry jetzt von den Philippinen her gleichfalls die Stomoxys calcitrans als Überträgerin der indischen Surra beschuldigt hat.

Die Orte, in denen ich zwar die Stomoxysart, aber keine Tsetsekrankheit fand, waren durchweg hochgelegen, alle mehr als 1000 *m* über dem Meer und durch besonders kühle Nächte und mässige, unsere heimische kaum übersteigende Tageswärme ausgezeichnet. Ich nenne davon Wilhelmsthal, Kwai und Sakarre im westlichen Usambaragebirge. In Moschi dagegen, das etwa 1400 *m* hoch liegt, war die Fliege vorhanden und die Tsetsekrankheit. Die kranken Tiere hatten früher tiefer, in der Nähe bekannter Tsetsestellen, gestanden. Doch blieben die untenstehenden Tiere gesund, nur die nach der Station Moschi gebrachten erkrankten nach kürzerer oder längerer Zeit. Auch für die dritte Fliegenart scheint die Angabe der Eingeborenen nicht unwahrscheinlich; denn von dem Orte, woher ich diese Fliegen erhielt, Kasigo am Südfuss des West-Usambaragebirges, habe ich auch Blut von einem Schaf mit vielen Trypanosomen darin. Andere Fliegen, z. B. die Tsetse und den Wadenstecher, die ich in guten Exemplaren vorzeigte, kannten die Eingeborenen gar nicht, und ich selbst habe keine von beiden bei allerdings nur flüchtigem Aufenthalt dort gesehen. In Moschi aber, in dessen Nähe diese Fliege gleichfalls zu finden ist, herrscht ebenfalls die Tsetsekrankheit.

Ob beide Fliegen neben der Tsetse als Überträgerinnen in Frage kommen, kann natürlich einwandfrei nur durch direkte Versuche an Ort und Stelle geklärt werden. Versuche hier bei uns, obwohl unsere Stomoxys calcitrans der afrikanischen sicher sehr nahe steht, wenn nicht identisch ist, können meiner Ansicht nach diese Frage

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht lösen, auch wenn sie positiv ausfallen sollten, was mir nach meinen Beobachtungen aus Westusambara nicht wahrscheinlich ist.

Die Eingeborenen schreiben der Stomoxys eine ganz besondere Rolle für die Tsetsekrankheit zu, die nicht ganz unmöglich scheint. Diese Fliegen sollen nämlich zuerst das Kleinvieh, Ziegen und Schafe, tsetsekrank machen; von diesen erst übertrügen die Tsetsefliegen die Krankheit weiter. Ob die von der Stomoxys eingeimpfte Krankheit ebenso verläuft, wie die von der Glossina übertragene, darüber waren sie in den verschiedenen Ortschaften etwas verschiedener Ansicht. Zumeist schrieben sie der Stomoxys die chronische Form der Krankheit und einen milderen Verlauf zu.

Für diese Ansicht spricht einiges. Zunächst tritt die Stomoxys etwa 1—2 Monate früher als die Tsetse auf. Die Stomoxys am Ende der Trockenzeit, die Tsetse im Beginn und in der vollen Regenzeit. Frische Erkrankungen, und zwar, soweit meine Beobachtungen reichen, nur chronischer Art, an Tsetsekrankheit habe ich mit Sicherheit vor dem Auftreten der Tsetsefliegen beobachtet und in der Tat hauptsächlich beim Kleinvieh; daneben habe ich auch graue und Maskatesel und Kälber in dieser Zeit frisch krank gefunden, ausgewachsene Rinder nur ganz vereinzelt. Ferner erzeugte der Stich der Stomoxys wenigstens beim Menschen eine ähnliche harte Quaddel, wie sie die chronische Form begleitet; bei dem Stich der Tsetse habe ich ähnliches nicht gesehen, und bei der akuten Form konnte weder ich selbst eine solche Quaddelbildung finden noch wurde sie mir von den Eingeborenen als zum Krankheitsbilde gehörig geschildert.

Ich habe noch ein weiteres, was vielleicht auch in dem Sinne zu deuten ist, dass die Stomoxys eine etwas andere Form der Krankheit überträgt und vielleicht der Tsetsefliege erst den Boden bereitet. Da aber das Material zu einem sicheren Schluss nicht ausreicht und ich es auch noch nicht einmal vollständig durchgearbeitet habe, so gebe ich diese Beobachtungen nur mit allem Vorbehalt. In den Blutpräparaten des einzigen sicheren akuten Falles, die mir zu Gebote stehen, erscheinen mir die Trypanosomen durchaus der Beschreibung Bruces zu entsprechen: das Protoplasma ist gekörnt, der Flimmersaum und die Geissel deutlich ausgesprochen, Kern, Centrosom und Geissel färben sich intensiv bei Romanowskyfärbung; vor dem Centrosom liegt eine schmale, ungekörnte, sich nicht färbende Zone. Das Hinterende ist stets mehr oder weniger abgestumpft. In den Präparaten aus der Stomoxysgegend erscheint das ganze Trypanosoma kleiner, sein Protoplasma färbt sich sehr schlecht, sieht meist glashell aus und ist frei von Körnung. Der Flimmersaum kommt nur selten zur Beobachtung, und obwohl Kern und Centrosom deutlich Chromatinfarbe annehmen, ist eine freie Geissel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

meist gar nicht, der Randsaum nur selten zu sehen. Der Kern erscheint mir geschlossener und länglicher als beim Tryp. Brucei. Die freie, ungefärbte Stelle vor dem Centrosom ist meist nicht zu erkennen, das Hinterende häufig spitz und ziemlich lang ausgezogen, ähnlich wie beim Tryp. Lewisi. Ausserdem finden sich hin und wieder im Blute tsetsekranker Tiere aus der Stomoxysfliegengegend ovale, stark lichtbrechende Körperchen, die sich etwa im Ton des Trypanosomenplasmas lichtblau färben und einen stabförmigen chromatinfarbigen Kern enthalten, der auch doppelt vorkommt und manchmal so etwas wie eine an den Rand des Körperchens gehende, fädige, gleichfalls chromatinrot gefärbte Verlängerung trägt. Das ganze erinnert etwas an die Laveran-Mesnilschen kugligen Agglutinationsformen und hat ungefähr deren Grösse.

Dazu kommt noch, dass sich im Magen der Stomoxys nach den Curryschen Untersuchungen lebende Trypanosomen finden; und auch bei unserer heimischen sind sie vorhanden, wenn sie an surrakranken Tieren gesogen hat. Ausser vollständig erhaltenen Trypanosomen finden sich nun hier Formen, die den erwähnten Agglutinationskugeln völlig gleichen. Ferner scheinen die Stomoxydes nur bei höherer Aussentemperatur als Überträgerinnen wirken zu können.

Sollte das alles darauf hindeuten, dass sich durch die Vermittelung der Stomoxys etwa eine Art von Generationswechsel des Tryp. Brucei vollzieht? Ich dachte zunächst an zwei verschiedene Trypanosomakrankheiten. Herr Grünberg, Assistent am zoologischen Museum der hiesigen Universität, der meine gesammelten Fliegen bearbeitet und sich besonders mit der Tsetsefliege beschäftigt hat, äusserte mir gegenüber im Gespräch den Gedanken, dass es sich nur um verschiedene Generationen desselben Trypanosoma handeln könne. Wir müssen doch nach Analogie mit anderen Protozoen voraussetzen, dass auch beim Trypanosoma irgendwie einmal die Fortpflanzung durch Längsteilung von einer geschlechtlichen Form der Fortpflanzung abgelöst wird. Ob dergleichen hier vorliegt, das können eben nur direkte Untersuchungen mit den Fliegen an Ort und Stelle in Tsetse- und Surragegenden lehren. Die Bruceschen Versuche sprechen jedenfalls nicht unbedingt dagegen, denn sie sind nicht erschöpfend und verdienten mit den neueren Hilfsmitteln und der inzwischen vermehrten Kenntnis über Trypanosomen einmal wiederholt zu werden.

Die eben gemachten Mitteilungen ergeben wohl zur Genüge, dass unsere Kenntnis der Tsetsekrankheit noch recht lückenhaft ist und noch in recht vielen Punkten einer Ergänzung bedarf. Aus der Erkenntnis dieser Verhältnisse heraus hatte ich dem Arbeitsausschuss dieses Kongresses eine Resolution eingereicht. Sie ging dahin, dass

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der beste Weg zur Ausfüllung dieser Lücke der sei, ausreichende Mittel bereitzustellen, um an Ort und Stelle von festen Stützpunkten aus Untersuchungen vorzunehmen, die uns einen tieferen Einblick in die Natur und das Zustandekommen der Tsetsekrankheit verschaffen sollten. Der Arbeitsausschuss hat es abgelehnt, dem Kongress diese Resolution vorzulegen. Die Gründe, die ihn dabei geleitet haben, sind mir nicht bekannt.

Ich bedauere diese Ablehnung um so mehr, als gerade meine eigenen Beobachtungen und die Dr. Currys es nahe legen, dass wir noch sehr viel Neues bei solchen Untersuchungen in den Heimatsländern der Tsetsekrankheit und Surra finden werden, Neues, das auch wichtige Fingerzeige geben würde darüber, wie hier zu Hause Untersuchungen über diese und ähnliche Krankheiten anzustellen sind. Sie legen in erster Linie die Befürchtung nahe, dass wir in unseren beiden Heimatsländern, also Nordamerika und Europa, uns doch nicht so unbedingt sicher fühlen dürfen wie bisher, von diesen scharfen wirtschaftlichen Geisseln freizubleiben. Es ist ja ohne weiteres zuzugeben, dass diese Sorge keine so sehr grosse ist. Denn gerade meine Beobachtungen, dass von gewisser Höhenlage ab der Wadenstecher mit Bestimmtheit nicht mehr als Überträger dieser Krankheiten wirkt, weisen darauf hin, dass auch in Europa und Nordamerika die Übertragung — und damit die dauernde Einnistung dieser Seuchen — durch Stomoxys- oder andere einheimische Stechfliegenarten unwahrscheinlich ist. Andererseits aber ist es ganz klar, und nach dem Bekanntwerden in wissenschaftlichen Kreisen ja wohl schon überall geschehen, dass bei tsetse- und surrakranken Versuchstieren jede nur mögliche Vorsicht anzuwenden ist, um diese wenn auch fernliegende Gefahr der zufälligen Verschleppung unmöglich zu machen. Wenn es aber geschehen konnte, dass selbst in der mit vollem Recht für uns in Deutschland für solche Fragen massgebendsten Stelle, im Institut für Infektionskrankheiten, diese Vorsicht nicht von Anfang an durchgeführt wurde, so ist das ein Beweis, dass das Vertrauen auf das bisherige Dogma zu gross war, und dass gerade Beobachtungen an Ort und Stelle notwendig sind, um für diese Verhältnisse neue Unterlagen zu schaffen. Ich halte es ja für ausgeschlossen, dass an dieser Stelle und in diesem Punkte noch einmal irgend ein Verstoss gegen die notwendige Vorsicht vorkommt. Aber wer bürgt dafür, dass das nicht noch einmal an anderer Stelle und in anderer Beziehung geschieht! Und ausserdem: so gut wie die bisherige Anschauung, dass nur eine bestimmte Tsetseart diese Krankheiten übertragen kann, durch Currys und meine Beobachtungen ins Wanken geraten ist, so gut können auch für andere Punkte in der Ätiologie dieser Seuchen bei weiteren Forschungen in den Heimats-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gebieten sich wesentlich andere Anschauungen oder zum mindesten Befürchtungen ergeben. Und hier in den Laboratorien lassen sich doch die Fragen nach dem natürlichen Zustandekommen dieser furchtbaren Seuchen nicht finden. Denn nicht hier, sondern in Afrika und Indien sind sie und ihre Überträger heimisch. Hierher, zu uns, wird wohl niemand diese Gefahrsträger einführen wollen. Und dass es überhaupt Stechfliegenarten gibt, die ausser der Tsetse diese Seuchen übertragen zu können scheinen, und zwar Arten, die mit den in Europa und Nordamerika einheimischen ganz nahe verwandt oder identisch sind, das liess sich doch eben, wie von uns beiden geschehen, nur an Ort und Stelle, nicht in unserer beider Heimat feststellen; und nur unser beider Warnung ist die Veranlassung zu den jetzt im Gange befindlichen Versuchen.

Ich hätte, um unnötige Beunruhigung, namentlich unserer Landwirte, zu vermeiden, diese Punkte überhaupt nicht zur Sprache gebracht. Aber erstens sind die Warnungen Currys in der tierärztlichen Zeitung Nordamerikas erschienen und wir müssen mit Sicherheit darauf rechnen, dass über kurz oder lang diese Befürchtungen in masslos aufgebauschter Form uns von den amerikanischen Tageblättern vorgesetzt werden, während in Wahrheit die Gefahr durchaus als fernliegend bezeichnet werden muss. Sodann aber hat die Ablehnung meiner Resolution für lange Zeit die Möglichkeit abgeschnitten, bezügliche eingehende Versuche in den Heimatländern von Tsetsekrankheit und Surra anzustellen. Und doch würde, bei schleunigster Inangriffnahme, sich die Frage wahrscheinlich im kommenden Winter, soweit als nötig, haben lösen lassen. Denn unsere Wintermonate sind für Afrika und Indien die Fliegenmonate, während in Europa und Nordamerika diese Jahreszeit die ungeeignetste zur Anstellung solcher Versuche ist. Mit dem einsetzenden Sommer aber beginnt für unsere Gegenden die etwaige Gefahrszeit, während der Winter als praktisch gefahrfrei zu bezeichnen ist.

Stabsarzt Dr. **Eggel,** Bielefeld: Ich bin in den Jahren 1895—1897 als Stationsarzt in Moschi gewesen, und hatte als solcher verschiedentlich Gelegenheit, eigenartige Erkrankungen von Pferden, Maultieren und Eseln zu beobachten, deren Ursache aber damals noch nicht erkannt, sondern nur vermutet wurde. In Dar-es-Salam hatte ich 1897 Gelegenheit, Herrn Geh. Rat Koch darüber berichten zu dürfen. Während 1895 die Sterblichkeit unter Pferden, Maultieren und Eseln gering war, nahm sie 1896, als Herr Bronsart von Schellendorf von der Straussenzucht-Gesellschaft mit einer grösseren Anzahl von edlen arabischen Pferden und Maskat-Eseln von der Küste herauf kam, sehr zu. Einige Zeit darauf kam Herr Hauptmann Johannes mit einer Zahl von

Maultieren nach Moschi. Sowohl letztere als auch die Tiere der Straussenzucht-Gesellschaft starben sämtlich mit zwei Ausnahmen ganz kurze Zeit nach ihrer Ankunft alle unter denselben Erscheinungen. Zuletzt starb ein Tier, das Herr Hauptmann Johannes mehr als 3 Jahre schon besessen hatte, ein ausserordentlich kräftiges Maultier, ebenfalls kurz nachdem es von der Küste zurückgekommen war. Das Tier hatte denselben Weg schon früher mehrfach ohne Schaden zurückgelegt. Wir nahmen als den Ort der Ansteckung damals einen ganz bestimmten Teil des Küstenweges an, nämlich das Stück westlich des Djipe-Sees zwischen diesem und dem Nord-Pare-Gebirge, südlich vom Papyrus-Sumpf. In Moschi selbst, das nur 1200 *m* hoch liegt, kamen keine Erkrankungen vor, alle betrafen Tiere, welche vor kurzem den Weg von der Küste zurückgelegt hatten. Die Erscheinungen waren bei allen dieselben; — sie begannen mit einer Anschwellung der Genitalien. Nach Aussage unserer Viehhüter, Massais, welche eine grosse Kenntnis in der Behandlung von Viehkrankheiten hatten, wurde die Erkrankung durch den Stich einer Fliege in die äusseren Geschlechtsteile der Tiere verursacht. Es schwollen weiter die Nüstern, später der untere Teil des Halses und Bauches in dickem Strange an. Bei der Sektion der Tiere zeigten sich die geschwollenen Teile sulzig durchtränkt, die Därme waren mit Blutextraversaten bedeckt, die Milz dunkelblau, stark vergrössert, sehr weich und brüchig. Meist führte die Erkrankung in wenigen Stunden oder Tagen zum Tode, nur in einem Falle, der wegen Verdachtes auf Schlangenbiss mit subkutanen Einspritzungen einer 2 proz. Lösung von Kalipermanganat behandelt wurde, erfolgte der Tod des Tieres erst nach drei Wochen.

Geh. Medizinal-Rat **Ponfick,** Breslau: Im Verlaufe seiner Ausführungen hat der Herr Vortragende dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, dass es bisher nicht gelungen sei, voraussichtlich auch fernerhin nicht möglich sein werde, methodische Forschungen nach den Ursachen der Tsetsekrankheit anzustellen.

Demgegenüber bin ich als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Kolonialgesellschaft so glücklich, Ihnen eine Nachricht mitzuteilen, welche gewiss Sie alle mit Genugtuung und neuer Zuversicht erfüllen wird. Ist sie doch danach angetan, eben die von dem Herrn Vortragenden geäusserte Besorgnis zu beseitigen.

In diesen Tagen hat nämlich ein ebenso begeisterter Kolonialfreund, wie opferwilliger Förderer der gesundheitlichen Interessen, Herr Oldemeyer-Bremen, für derartige Untersuchungen die Summe von 3000 M. zur Verfügung unseres Herrn Präsidenten gestellt.

Soweit ich sehen kann, ist damit eine schätzbare Grundlage gewonnen, um eine Forscherarbeit, wie die, über deren bisher erreichte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ergebnisse uns der Herr Vortragende unterrichtet hat, mit aller Aussicht auf durchschlagenden Erfolg fortzusetzen.

Marine-Stabsarzt Dr. **Martini:** Im hiesigen Institut für Infektionskrankheiten haben wir tsetsekranke Tiere.

Neben den tsetsekranken stehen — bereits den Sommer hindurch — gesunde Pferde und Esel. Keins von diesen Tieren ist seither, obwohl sie von Stomoxys calcitrans wimmeln, mit Tsetse angesteckt worden.

Wir haben auch Übertragungsversuche mit Stomoxys calcitrans gemacht.

50 bis 60 dieser Fliegen wurden auf junge Hunde, die für die Tsetse sehr empfänglich sind, losgelassen, solche, die bereits mit Tsetseblut vollgesogen waren, und solche, die noch nicht vollständig gesättigt waren; weder die einen noch die anderen übertrugen die Tsetse.

Sicherlich sind seit Jahren tsetsekranke Tiere nach Deutschland des öfteren importiert worden, wenn sie auch letzthin zum ersten Male von mir in Europa wissenschaftlich festgestellt sind; nie ist die Tsetse bei uns seither eingeschleppt worden.

Ich bin deshalb der Meinung, dass die Gefahr der Übertragung der Tsetse bei geeigneten Vorsichtsmassregeln hier nicht vorhanden ist.

Die Versuche, die hier im Institut für Infektionskrankheiten vorgenommen werden, unterstehen der Aufsicht unseres bedeutendsten Forschers, Geh. Rat Robert Koch; und wenn der die Verantwortung für die Gefahr und die Garantien für die Zweckmässigkeit der Versuche übernimmt, dann, glaube ich — und die Anwesenden werden darin mit mir einer Meinung sein — können alle beteiligten Behörden beruhigt sein.

Marine-Stabsarzt Dr. **Sander:** Auf die Ausführungen des Herrn Stabsarzt Dr. Eggel möchte ich nur erwidern, dass ich die Höhe von Moschi nur nach der Karte angegeben habe. Den Herren Geh. Rat Ponfick und Stabsarzt Dr. Martini gegenüber bemerke ich, dass ich gerade betont habe, dass die Gefahr, unsere Stomoxydes könnten die Tsetsekrankheit hier bei uns weitertragen, sehr gering sei. Doch hielt ich es für erforderlich, dass gerade hier, von autoritativer Seite aus, das festgelegt wurde, da ich in der Lage war, Beobachtungen dafür beizubringen, dass die Stomoxys überhaupt die Seuche verbreiten kann; denn wir müssen, wie gesagt, nach der Veröffentlichung in nordamerikanischen tierärztlichen Zeitschriften erwarten, dass uns masslos aufgebauschte Befürchtungen von den Tageszeitungen aufgetischt werden.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ich hatte zwar gehört, dass Herr Oldemeyer 3000 M. zur Untersuchung der Tsetsekrankheit bereitgestellt hat, glaubte aber, es handele sich um die als Preis für erfolgreiche Impfung ausgesetzten 3000 M. Hätte ich das nicht in dieser Weise missverstanden, so würde ich den Schluss meines Vortrags anders gefasst haben.

Stabsarzt Dr. **Eggel**, Bielefeld: Auch ich möchte mich dem Vorredner Herrn Sander anschliesen, dass eine Bekämpfung der Tsetsekrankheit als ausserordentlich wichtig zu empfehlen ist, da die Transportfrage innig damit zusammenhängt.

In einer sechsjährigen Tätigkeit in Deutsch-Ostafrika und auf vielen Expeditionen habe ich die grosse Wichtigkeit kennen und würdigen gelernt, welche darin besteht, dass man stets ein gesundes und kräftiges Reit- oder Zugtier zur Verfügung hat. Die Transportfrage ist von der einschneidendsten Bedeutung für alle unsere afrikanischen Kolonien. Aber auch nützlich und wichtig wäre es, dort unsere europäischen Hunde einbürgern und erhalten zu können, wozu ebenfalls der Schutz gegen die Tsetse erforderlich ist.

Oberstabsarzt Dr. **Steudel:** Da ich in der Sitzung des Kongresskomitees anwesend war, in welcher die von dem Vortragenden erwähnte Resolution abgelehnt wurde, möchte ich Ihnen die Gründe mitteilen, welche zu diesem Beschluss geführt haben. Es wurde durchaus nicht die Wichtigkeit der Tsetsekrankheit für unsere afrikanischen Kolonien verkannt, andererseits aber wäre eine solche Resolution für die Tsetsekrankheit insofern einseitig gewesen, als noch eine ganze Anzahl anderer ebenso wichtiger Menschen- und Tierkrankheiten in unseren Kolonien ungenügend erforscht sind und deshalb ähnliche Massnahmen erfordern würden. Dazu möchte ich noch bemerken: Gewiss wird es später nützlich und notwendig sein, die Art der Tsetse-Übertragung näher zu erforschen, vorerst haben wir aber näherliegende und wichtigere Aufgaben zu lösen. Sie haben gehört, dass die Expedition des Vortragenden zumeist infolge seiner ungenügenden Vorbereitung keinen genügenden Erfolg aufzuweisen hatte; dem wollen wir uns bei späteren Expeditionen nicht wieder aussetzen, und Vorsicht ist besonders noch deshalb geboten, weil die Tsetsekrankheit vorzüglich in Flussniederungen vorkommt, wo auch die Malaria am schlimmsten wütet und am meisten Opfer fordert. Gewiss müssten wir solche Opfer der Wissenschaft und dem Gedeihen unserer Kolonien bringen, wenn andere Mittel nicht ausreichen würden.

Es bietet aber der vom Vortragenden vorgeschlagene Weg, die Tsetse- und verwandte Fliegenarten an Ort und Stelle zu studieren, sehr wenig Aussicht auf eine praktische Lösung, während wir auf

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einem anderen Wege bereits einen sehr aussichtsreichen Erfolg zu verzeichnen haben. Das Studium der Tsetsefliegen bringt uns einer erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit nicht viel näher, denn es ist eine schon häufig gemachte Erfahrung, dass wir leicht grosse Tiere wie Elefanten und Nilpferde in gewissen Gegenden vertilgen können, dagegen ist es sehr schwer, Insekten und ähnliche kleine Tiere auszurotten, wenn wir auch ihre Lebensgeschichte und Gewohnheiten noch so genau kennen; es würde sonst am Rhein keine Schnaken mehr geben und in Berlin keine Wanzen. Demgegenüber sind bereits Versuche gelungen, Rinder gegen Tsetse zu immunisieren, diese Versuche müssen zunächst in tsetsefreien Gebieten gemacht werden, und an diesen Versuchen wird gegenwärtig im Institut für Infektionskrankheiten, am Reichsgesundheitsamt und in Hamburg, ebenso auch in Frankreich gearbeitet. Gelingt es, eine sichere Methode der Immunisierung gegen Tsetsekrankheit zu finden, wofür, wie Sie wohl auch aus dem Vortrage von Dr. Schilling entnommen haben, die besten Aussichten vorhanden sind, so ist damit die Frage der Bekämpfung der Tsetsekrankheit praktisch gelöst und die Erforschung der Überträger der Krankheit bietet dann wohl noch ein wissenschaftliches, aber kaum noch ein praktisches Interesse.

Stabsarzt Dr. **Sander:** Ich greife nur das eine heraus, dass Herr Steudel behauptet, es sei keine Möglichkeit, schädlichen Insekten beizukommen. Gerade für die in Rede stehenden Fliegen stimmt das nicht. Denn von den Stomoxys haben mir alle Eingeborenen und Weissen auf der von mir berührten Strecke übereinstimmend angegeben, dass sie früher wenig zahlreich gewesen sei und nur wenige Erkrankungen durch sie veranlasst worden seien. Seit dem Verbot der Feldbrände aber hätten diese Fliegen und die von ihnen übertragene Krankheit erheblich zugenommen. Ich habe deshalb auch schon dem Gouvernement in Dar-es-Salam vorgeschlagen, das Feldbrennen in bestimmten Grenzen wieder zu gestatten.

Und von der Tsetse ist es von altersher bekannt, dass sie vor der Kultur zurückweicht.

Veterinär-Rat **Rickmann** berichtet zur Klärung der allgemeinen Verbreitung der Trypanosomen-Krankheit, dass diese Seuche auch in Kribi-Kamerun vorkomme, wie untersuchte Blutausstrichpräparate mit Sicherheit ergaben. Die Annahme, dass Kalkhunger die Ursache des Todes der Pferde und Rinder in Kribi sei, wäre also irrig; es handele sich zweifellos um eine der Surra oder Ngana ähnliche Seuche.

Stabsarzt Dr. **Fülleborn,** Hamburg, bemerkt, dass bereits Livingstone vor über 30 Jahren im Süden des deutsch-ostafrikanischen

Schutzgebietes von der Mikindani-Gegend und vom Ruvuma ausser Tsetse-Fliegen andere Stechfliegen erwähnt und als mögliche Tsetse-Krankheitserreger (er versuchte damals Kamele, Maultiere, Esel und Büffel zu importieren) in Erwägung zieht. Eine dieser beiden Stechfliegenarten ist offenbar nach der Beschreibung eine Stomoxys, die andere ist eine Fliege, die erheblich grösser als die Tsetse ist.

## Über Texasfieber.

Von Professor Dr. **W. Kolle,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Es würde den Umfang der mir zugemessenen Zeit weit übersteigen, wenn ich Ihnen alles neue, was die Forschungen der letzten Jahre auf dem Gebiete des Texasfiebers gebracht haben, mitteilen wollte. Sie finden die Ergebnisse dieser Arbeiten, an denen vor allem R. Koch, Th. Smith, Lignières, Pound, Tidswell beteiligt sind, von Kossel, der selbst auf diesem Gebiete wertvolle Untersuchungen angestellt hat, in einer eben im „Handbuch der pathogenen Mikroorganismen" erschienenen kurzen, aber doch vollständigen Monographie zusammengestellt, die in klarer Weise das Wissenswerte bringt. Ich werde deshalb auch keine vollständige Beschreibung des von Theobald Smith entdeckten Parasiten, seines Vorkommens, der Forschungen betreffend die Übertragungsweise der Seuche, welche durch eine Zeckenart aus der Familie der Ixodiden vermittelt wird, und des Entwickelungsganges der Zecken geben, so interessant ein zusammenfassender Rückblick auf unsere Kenntnisse in dieser Richtung wäre. Wenn ich mich hauptsächlich der Prophylaxe, speziell der Schutzimpfung und Immunität zuwende, so muss ich vordem noch einige epidemiologische Punkte berühren, die zum Teil schon bekannt waren, zum Teil aber erst durch die neuesten Untersuchungen richtig gedeutet werden können.

Die Ergebnisse der modernen Malariaforschung, namentlich die theoretisch wie praktisch hochbedeutsamen Entdeckungen Robert Kochs über die endemische Malaria bei Kindern und die Immunisierung der Bewohner solcher Gegenden auf natürlichem Wege haben auch in hohem Masse befruchtend und befördernd auf die Er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

forschung dieser Tierseuche eingewirkt, namentlich aber auf die mitzuteilenden Untersuchungen. Durch die systematische Malariaforschung Kochs ist nicht nur das volle Verständnis der Malaria-Epidemiologie, sowie die Durchführung einer rationellen Malaria-Prophylaxis ermöglicht, sondern auch der Weg für die Erforschung der Epidemiologie des Texasfiebers geebnet worden. Damit sind auch der rationellen Prophylaxis bei dieser Krankheit zielbewusstere Bahnen als bisher gewiesen. Die mitzuteilenden Beobachtungen und Versuche sind teils von mir in Südafrika, teils nach meinen Angaben, in Südamerika von Herrn P. Knuth, einem deutschen Tierarzt, angestellt worden, welchen die in Südamerika begüterte Familie Wendelstadt und die Liebig-Kompagnie seit mehreren Jahren zum Studium der Tierkrankheiten in Südamerika stationiert haben. Die Beobachtungen und Versuche sind von Knuth in sorgfältiger Weise angestellt worden. Bei letzteren sind sehr zahlreiche Blutausstriche hergestellt. Ich habe sie sämtlich kontrolliert und die Blutbefunde nachgeprüft. Dem Entgegenkommen und der Munifizenz der Liebig-Kompagnie und des Herrn Wendelstadt ist es zu danken, dass reichliches Material über den Wert von Schutzimpfungen und die in der Praxis erzielten Erfolge, über den Wert der Zeckenbäder und viele epidemiologische Beobachtungen dort gesammelt sind. Ich fühle mich verpflichtet, auch meinerseits den Genannten, die durch die Förderung solcher Untersuchungen auch den kolonialwirtschaftlichen Interessen einen Dienst erwiesen, für ihre weitsichtige Unterstützung der wissenschaftlichen Untersuchungen über Texasfieber meinen ergebensten Dank auszusprechen. Gerade die Verhältnisse in Südamerika liegen günstig für die praktische Bewertung solcher Momente, wie sie Schutzimpfung und Zeckenbäder darstellen, weil in vielen Distrikten grosse Viehtransporte dauernd stattfinden, von den Weiden aus dem Innern nach der Küste, von der Küste und dem südlichen Teil ins Innere, zwecks Veredelung des Viehs.

Man kann im wesentlichen 2 Typen des Vorkommens der Seuche beobachten, ein epizootisches mit hoher Mortalität, ein enzootisches mit geringer Morbidität und noch geringerer Mortalität.

Epidemiologisch zeigt das Texasfieber ein verschiedenes Verhalten, das in erster Linie von dem Viehreichtum, der Art der Viehwirtschaft und der Menge der Zecken einerseits, von der geographischen Lage und dem Klima andererseits abhängt.

In tropischen und subtropischen Ländern zeckenreicher Distrikte ist es bekannt, dass in ihnen Rinder aus zeckenfreien Gebieten der gemässigten Zone stets schwer an Texasfieber erkranken und zu einem Prozentsatz bis 50 pCt. sterben, wenn sie dorthin eingeführt werden. Umgekehrt beobachtet man, dass durch scheinbar gesunde

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tiere aus solchen tropischen oder subtropischen durchseuchten Zeckengegenden das Texasfieber stets verschleppt wird nach Gegenden, die bis dahin von der Seuche frei waren. Trotzdem also der Infektionsstoff des Texasfiebers in dem Viehbestand oder den Zecken enthalten sein muss, wird unter dem Vieh, welches in solchen Gegenden aufwächst, die Krankheit häufig nur in leichter Form beobachtet, so dass sie von den Viehbesitzern ganz übersehen werden kann. Die Todesfälle unter foudroyanten Symptomen, namentlich mit Haemoglobinurie, gehören zu den Seltenheiten. Ich möchte dieses Vorkommen des Texasfiebers als das enzootische bezeichnen.

Ganz anders verhält sich das Texasfieber, wenn es in Gegenden der gemässigten Zone eingeschleppt wird, welche bis dahin völlig frei waren. Vorausgesetzt, dass die nötigen Zecken vorhanden sind, kommt es zur wärmeren Jahreszeit, wahrscheinlich weil dieselbe der Entwickelung der Parasiten in den Zecken günstig ist, zu einer epizootischen Verbreitung des Krankheitsstoffes. Namentlich die erwachsenen Tiere erkranken in grosser Menge unter schweren Krankheitserscheinungen und ein grosser Prozentsatz von ihnen pflegt der Seuche zu erliegen. So beobachtete man, als durch die ersten Viehtransporte aus Texas und den Süd-Staaten die seuchenhafte Haemaglobinurie nach den Nordstaaten eingeschleppt wurde, eine Mortalität bis zu 50 pCt. unter den Rindviehbeständen der Nordstaaten da, wo die nötigen Zecken vorhanden waren. In den Süd-Staaten, wo die Krankheit in der enzootischen Form herrschte, war die Krankheit zwar bekannt, führte aber nur wenig Todesfälle herbei.

Voraussetzung für das Zutreffende dieser Verhältnisse ist die Annahme von Weidewirtschaft, bei welcher das Vieh hauptsächlich im Freien seine Nahrung sucht. Wo Stallwirtschaft herrscht, kommen diese Verhältnisse nicht in Frage. Dort hat das Texasfieber kaum eine Bedeutung.

Wir haben demnach Länder, in welchen die Krankheit epizootisch ist, von denjenigen zu trennen, in welchen sie nur enzootisch vorkommt. Als Regel kann gelten, dass in der kalten und gemässigten Zone Texasfieber epizootisch vorkommt, in den tropischen und subtropischen dagegen enzootisch, wobei der Infektionsstoff in anscheinend latentem Zustande sich befindet. Denn es ist das wichtige Resultat zu verzeichnen, dass in enzootischen Gebieten die Krankheit unter dem dort aufgewachsenen Vieh, wenn überhaupt, sich meist nur in leichter Form zeigt und geringe Mortalität aufweist, während aus fieberfreien Distrikten eingeführte Rinder schwer erkranken und der Seuche zu einem grossen Prozentsatz unterliegen, und andererseits Vieh oder Zecken aus solchen enzootischen tropischen Gebieten gesunden Rindern seuchenfreier Gebiete den Infektionsstoff mitteilen und zu epizootischer Verbreitung der Krankheit dort führen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man kann zwei Erklärungen für das Zustandekommen dieses scheinbar paradoxen Verhaltens heranziehen — paradox, weil gerade in den heissen Ländern, wo die Zeckenplage oft eine enorme ist und die Temperaturverhältnisse für die Übertragung und Entwickelung der Parasiten in den Zecken jahraus jahrein die günstigsten sind, die Verluste infolge der Seuche die geringsten sind.

Es wäre denkbar, dass in tropischen Gebieten mit vielen Zecken, in welchen eine Durchseuchung des Viehbestandes einmal stattgefunden hat, auf die Nachkommen eine solche Immunität vererbt wird, dass sie immun gegenüber dem Infektionstoff sind. Eine zweite Annahme aber wäre, dass durch die Zecken, welche fast während des ganzen Jahres in solchen Gebieten reichlich vorhanden sind, die Tiere bereits in frühester Jugend als saugende Kälber infiziert werden, mit unmerklichen Krankeitserscheinungen erkranken und dadurch einen gewissen Grad von aktiver Immunität erwerben, welcher durch die immer wieder stattfindende Infektion erhalten und häufig sogar gesteigert wird.

Zur Entscheidung dieser Frage konnten nun zwei Wege eingeschlagen werden. Es galt einmal festzustellen, ob bei jungen Tieren, namentlich bei Kälbern, in solchen tropischen oder suptropischen Zeckengegenden, die nachweislich Infektionsherde des Texasfiebers für jedes von fieberfreien Gegenden dorthin transportierte Tier sind, sich tatsächlich die Parasiten nachweisen lassen. Dieser Nachweis konnte auf drei Wegen erbracht werden: Einmal durch die Übertragung von Blut solcher Tiere auf gesunde Tiere, welche aus fieberfreien Gegenden stammen. Sodann konnte man Zecken aus nicht infizierten Distrikten an solchen Kälbern saugen lassen und nun auf frische Tiere übertragen. Drittens konnte der Nachweis der Pyrosomeninfektion durch direkte mikroskopische Blutuntersuchung erbracht werden. Wie die Untersuchungen ergeben haben, lässt sich durch alle drei Methoden der Nachweis erbringen, dass die jungen Kälber in solchen infizierten Distrikten bereits in frühester Jugend in infektionstüchtigem Zustande Pyrosomen in ihrem Blute beherbergen. Während nun aber der Nachweis des Infektionsstoffes durch die Übertragung von Blut oder mittels saugender Zecken nur die Erfahrungen und Beobachtungen bestätigt und erweitert, welche auch schon bei erwachsenen Tieren aus solchen epizootischen Gebieten gemacht worden sind, gibt die Blutuntersuchung weitere wichtige Aufschlüsse. Wie Knuth und ich feststellen konnten, lassen sich durch die mikroskopische Blutuntersuchung bei ca. 10 bis 15 pCt. der Kälber die Pyrosomen nachweisen, ohne dass die Tiere augenfällige Krankheitserscheinungen, welche auf die Infektion mit dem Erreger des Texasfiebers schliessen

liessen, zeigten. Es gelang, allerdings häufig erst in einer grösseren Anzahl von Blutpräparaten, die Pyrosomen nachzuweisen. Der grosse Zeitaufwand, welcher von uns auf diese Untersuchungen verwandt ist, wird indessen aufgewogen durch den Wert, welchen ich diesen Befunden für die Epidemiologie des Texasfiebers beimessen möchte. Dabei zeigte sich, dass umsomehr Pyrosomen im Blut der Kälber gefunden wurden, je jünger die Tiere waren. Bei erwachsenen Tieren derselben Herden aber fielen die zahlreichen Kontrolluntersuchungen völlig negativ aus, wenn die Tiere, wie hier die Kälber, gesund und ohne die Symptome des Texasfiebers sind. Es geht hieraus eben hervor, dass in frühester Jugend eine intensive Infektion der jungen Tiere stattfinden muss.

Aber nicht zu einer tödlichen Attacke an Haemoglobinurie führt diese Infektion der Kälber; wie harmlose Schmarotzer leben die Parasiten meistens im Blute der Kälber, welche dabei sich normal entwickeln und gedeihen.

Es kann an dem Zustandekommen einer sozusagen natürlichen Immunisierung nach diesen Beobachtungen, die mit ähnlichen Befunden von Kossel und Weber, Smith u. a. sich decken, bei Texasfieber nicht mehr gezweifelt werden. Bei vielen Tieren, namentlich den auf natürlichem Wege infizierten, in Zeckengegenden aufgewachsenen, kommt es sogar zur Etablierung einer kompletten Immunität ohne auffällige Erkrankungszeichen, die für Lebenszeit anhalten kann. Nur bei einem geringen Prozentsatz der Tiere geht die Immunität im späteren Leben verloren, meist durch schwere äussere Schädigungen, wie grosse Märsche bei grosser Hitze, Wassermangel etc. Aber die Verluste infolge der Fieberanfälle und ihrer Folgen sind selbst bei dieser Minderzahl von Tieren, wo eine labile Immunität erzielt ist, nicht entfernt so gross wie bei den erwachsenen Tieren, die aus fieberfreien Gegenden in verseuchte eingeführt werden.

Durch diese Beobachtungen, welche ein völliges Analogon zu der Kochschen Entdeckung der Kindermalaria für das Texasfieber bieten, welches nicht mit Unrecht als die Rindermalaria bezeichnet wird, ist auch ein Fingerzeig gegeben für die künstliche Immunisierung. Es lag nahe, die Empfänglichkeit junger Tiere aus fieberfreien Gegenden und erwachsener Tiere andererseits gegenüber der experimentellen Infektion zu prüfen. Dadurch wird zu gleicher Zeit auch die Frage der Vererbung einer Immunität, wie man sie in den epizootischen Gebieten annehmen könnte, weiter geklärt. Schon Smith fand, dass Kälber gegenüber der subkutanen Injektion mit dem Infektionsstoff, Blut kranker Tiere, wenn man nicht zu reichliche Mengen desselben nimmt, viel widerstandsfähiger sind, als erwachsene Tiere. Ähnliche Erfahrungen und Beobachtungen sind auch in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Australien gemacht worden. Meine eigenen Untersuchungen lassen keinen Zweifel darüber, dass sich Kälber gegenüber der experimentellen Infektion mit Zecken oder, was vorzuziehen, derjenigen vermittelst direkter Einverleibung infektiösen Blutes gegenüber sehr resistent verhalten. Dass erwachsene Tiere bei gleicher Infektion zu einem erheblichen Prozentsatz schwer erkranken und sterben, darauf brauche ich wohl nicht hinzuweisen.

Die bisherigen Schutzimpfungsmethoden beschäftigen sich ja vorwiegend mit der Herstellung eines Impfstoffes, welcher es gestatten soll, auch erwachsene Tiere zu immunisieren. Die mit den bisher angegebenen Verfahren an erwachsenen Tieren erzielten Immunisierungsversuche, so namentlich die von Lignières in Südamerika ausgeführten, und die in Australien gewonnenen Erfahrungen berechtigten zu der Hoffnung, dass auch erwachsene Tiere in gleicherweise wie Kälber immunisiert werden können, allerdings mit viel grösseren Verlusten, die bis zu 30 pCt. betragen können, als Kälber.

Koch zeigte, dass das Blut eines Tieres, welches die Krankheit in leichter Form überstanden hatte, bei anderen Tieren, wenn diesen injiziert, eine leichte Erkrankung hervorruft, ihnen eine Immunität verleiht gegen die später folgende Infektion mit Blut von schwerkranken Tieren.

Wie die Versuche, welche Knuth ausgeführt hat, gezeigt haben, ist das pyrosomenhaltige Blut ganz junger Kälber, welche auf natürlichem Wege infiziert waren und keine Krankheitserscheinungen zeigen oder gezeigt haben, ein anscheinend idealer Impfstoff auch für erwachsene Tiere. Durch intravenöse Überimpfung von Kalb zu Kalb lässt sich ein solcher Impfstoff von konstanter Wirksamkeit erhalten. Alle Tiere, welche nach der Einverleibung des Schutzimpfungsstoffes eine Reaktion, bestehend in mehrtägigem Fieber, zeigen, erwerben damit sofort eine Immunität von ziemlicher Höhe. Bei ca. 80 bis 90 pCt. der Tiere ist diese fieberhafte Reaktion ohne sonstige Krankheitserscheinungen die Regel, und diese Tiere widerstehen mindestens mehrere Monate der Injektion grösserer, für Kontrolltiere meistens tödlicher Dosen von Blut texasfieberkranker Tiere, auf der Höhe des Anfalls entnommen, wie auch der natürlichen Infektion mit Zecken.

Nach den bisherigen Beobachtungen, die auch in Übereinstimmung mit früheren Versuchen von Smith, sowie neuerlichen Nachrichten aus Australien und Südamerika stehen, scheint es bei der Schutzimpfung von Kälbern gleichgültig zu sein, welche Art von Infektionsstoff man zur Schutzimpfung verwendet. Bei erwachsenen Tieren, bei denen die Impfverluste etwas grösser als bei Kälbern sind, ist das pyrosomenhaltige Blut von infizierten, aber sonst völlig gesunden Kälbern vor allem in Betracht zu ziehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bei der Frage der Prophylaxe ist nun vor allen Dingen der Gesichtspunkt nicht ausser Augen zu lassen, dass der Infektionsstoff, soweit die bisherigen Untersuchungen reichen, nur bei Rindern (und vielleicht einigen Wildarten) und bei Zecken vorkommt. Es liegen die Sachen also beim Texasfieber ganz gleich wie bei der Malaria des Menschen, bei welcher der Infektionsstoff nur bei letzterem und gewissen Mückenarten gefunden ist, wie mit völliger Sicherheit die Untersuchungen von R. Koch während seiner grossen Reisen dargetan haben.

Wenn auch der Entwickelungsgang der Parasiten in den Zecken noch unbekannt ist, so ist an der Tatsache nicht zu zweifeln, dass die Zecken die Überträger und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach die einzigen Träger des Infektionsstoffes von Rind zu Rind unter natürlichen Verhältnissen vorstellen. Hierbei ist besonders die wichtige Tatsache zu verzeichnen, dass der Krankheitskeim von den infizierten Zecken auf die Nachkommen in virulentem Zustande übertragen wird, so dass also auch diese zweite Generation die Seuche auf gesunde Rinder übertragen kann.

Die Bekämpfung des Texasfiebers hat sich verschieden zu gestalten und zwar danach, ob es sich erstens um die Bekämpfung in enzootischen Gebieten handelt, zweitens um die Verhütung der Einschleppung aus infizierten in fieberfreie Gebiete, oder drittens um den Schutz von Tieren, welche aus fieberfreien Gebieten in infizierte eingeführt werden sollen.

Was die Bekämpfung unter 1) betrifft, so wäre eine Möglichkeit die, den Infektionsstoff dadurch zu vernichten, dass man alle Zecken ausrottet. Man würde so ein Glied in der Kette lösen, die eine Vorbedingung zur Ausbreitung des Ansteckungsstoffes ist. Aber genau so wie die Ausrottung aller die Malaria verbreitenden Mücken unmöglich, ist auch die völlige Ausrottung der Zecken in der Praxis eine Utopie. Man kann ihre Menge durch Kultur gewisser Pflanzen (Luzernen), durch Absuchen der Tiere, durch Zeckenbäder zwar vermindern, aber stets nur vorübergehend. Trotz dieser Vorsichtsmassregeln kommt es in gewissen Jahren, die als Zeckenjahre durch klimatische Verhältnisse begünstigt werden, wieder zu einem gewaltigen Umsichgreifen der Zecken.

Die zweite Möglichkeit, eine Bresche in den Kreislauf der Parasiten (Rind - Zecke - Rind) zu legen, wäre die, mittels eines ähnlich wirkenden Mittels, wie es das Chinin für die Malaria des Menschen darstellt, die Parasiten im Rinde abzutöten bezw. an der Vermehrung zu verhindern, mit anderen Worten das Analogon der Kochschen Malariabekämpfung für das Texasfieber anzuwenden und den Infektionsstoff in den infizierten Tieren, in welchen der Parasit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ohne unser Eingreifen während der ganzen Lebenszeit der Wirte sich lebens- und infektionsfähig erhalten kann, auszurotten. Bis jetzt verfügen wir über ein solches Mittel gegen das Pyrosoma bigeminum nicht. —

Nach dem, was ich über die natürliche Immunisierung in enzootischen Gegenden gesagt habe, ist das Bestreben, die Zecken von den Viehbeständen völlig fernzuhalten, nicht einmal empfehlenswert. Denn die Zecken sorgen für die Durchseuchung und damit die Immunisierung der Viehbestände, namentlich der jungen Tiere. Zudem gelingt es nicht, selbst wenn das Vieh häufig und nach jedesmaligen kurzen Intervallen durch die Bäder getrieben wird, die Tiere dauernd frei von Zecken zu halten.

Die Anwendung von Zeckenbädern soll damit nun etwa nicht völlig verworfen werden, sondern ich möchte nur auf eine sinngemässe Anwendung derselben hinwirken. Die Bäder können von grossem Wert sein da, wo die Rinder durch die Menge der an ihnen haftenden Zecken direkt schwer geschädigt werden. An den Bisstellen entwickeln sich häufig geschwürige Prozesse, die zusammen mit den sonstigen Wirkungen der oft nach Tausenden zählenden Zecken eine schwere Anämie bei den Rindern herbeiführen können. Es kann auch ohne weiteres behauptet werden, dass gegenüber zu intensiven Infektionen, wie sie durch die Unzahl von Zecken gesetzt werden können, selbst eine Immunität von ziemlicher Höhe ungenügend sein kann. So wertvoll also die zeitweise Anwendung der Zeckenbäder in enzootischen Gebieten für die Reinigung der Haut von der Überzahl der Zecken sein kann, so verkehrt würde es sein, die Tiere in Zeckengegenden, namentlich tropischen, unausgesetzt zu baden. Denn das Ölschwefelbad, welches für die Zecken durch die Verstopfung ihrer Atmungswerkzeuge so gefährlich wird, ist auch für die Rinder keineswegs unschädlich. Viele Tiere zeigen bedrohliche Krankheitserscheinungen infolge der Bäder, denen sie sogar erliegen können. Zudem wird gerade nach dem Ölbad häufig der Ausbruch einer schweren oder tödlichen Fieberattacke beobachtet. Diese Tatsache bietet einen neuen Beweis für die bereits bei der Epidemiologie erwähnte Labilität der auf natürlichem Wege erworbenen Immunität bei Texasfieber. In Bezug auf den Effekt dürfte sich hier das Ölbad als eine ähnliche schwere Schädigung des Organismus darstellen, wie erschöpfende Märsche bei grosser Hitze, jäher Temperaturwechsel oder monatelanges schlechtes Futter.

Die Indikation für die Anwendung der Zeckenbäder bilden diejenigen Fälle, wo Tiere aus Zeckengegenden in zeckenfreie Länder transportiert werden sollen, oder wo infizierte Tiere durch Gebiete, welche bisher von Texasfieber verschont waren, getrieben werden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

müssen. Die mit dem Erreger des Texasfiebers infizierten Tiere können, wenn sie von Zecken durch die Bäder befreit werden, die Krankheit in den zeckenfreien Gebieten, nach denen sie transportiert werden, gesunden Tieren nicht mitteilen, weil eben die für die Übertragung der Infektion notwendigen Zecken fehlen. Aus diesen Beobachtungen geht auch mit Sicherheit hervor, dass die Zecken allein die vermittelnde Rolle bei der Übertragung des Infektionsstoffes spielen. Denn an stechenden und blutsaugenden Insekten, welche natürlich eben so gut wie die Zecken den Infektionsstoff übertragen könnten, fehlt es ja beim weidenden Vieh nie. Die Erfolge, die man in Nordamerika mit den Zeckenbädern erzielt, die Verbreitung der Haemoglobinurie mit den von den Südstaaten in grosser Menge nach den Nordstaaten transportierten Rindern und den an ihnen haftenden Zecken bei den Viehbeständen der Nordstaaten zu verhindern, sind bekannt. Allerdings muss man im Auge behalten, dass eine wirkliche Verhütung der Ausbreitung des Infektionsstoffes nicht erwartet werden kann, sobald es sich um zeckenreiche Länder handelt, in welche das mit Ölbädern behandelte infizierte Vieh eingeführt werden soll. Die Nordstaaten Amerikas, um die es sich hier handelt, sind infolge ihrer geographischen Lage zeckenarm und haben strenge Winter. Eine absolut sichere Prophylaxe in Ländern, wo die Zecke (Boophilus bovis) vorhanden ist, kann in solchen Fällen natürlich nur die völlige Sperrung des seuchenfreien gegen das infizierte Gebiet bilden.

In Australien sind unter gleichen Verhältnissen wie in Nordamerika gute Erfolge mit den Zeckenbädern erzielt, und auch in Südamerika ist jetzt mit der Errichtung der Bäder vielfach da, wo sie nach den angegebenen Gesichtspunkten angebracht schienen, vorgegangen worden.

Die Schutzimpfung, die nach dem oben Dargelegten in erster Linie an Kälbern und jungen Tieren durchzuführen ist, kommt vor allem in Betracht:

1) Wenn gesunde Tiere aus zeckenfreien Gebieten in verseuchte Zeckengegenden gebracht werden;
2) wenn in Zeckengebieten, die noch nicht mit Texasfieber verseucht sind, der Infektionsstoff durch infizierte Tiere oder Zecken eingeschleppt wird.

In diesen Fällen hat sie sich in der Praxis vorzüglich bewährt. Impfverluste sind nicht ganz zu vermeiden, bei vorsichtiger Handhabung aber sehr gering, wenn es sich um Kälber handelt. Sie stehen ganz zurück gegenüber den Verlusten bei Tieren, die nicht immunisiert in Seuchendistrikte eingeführt werden. Es ist gelungen, junge immunisierte Tiere aus zeckenfreien Distrikten nach den ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fürchteten Texasfiebergegenden zu transportieren mit verschwindenden Verlusten, während sonst die Verluste bedeutend sind.

Die Schutzimpfung ist überall da zu empfehlen, wo eine Durchseuchung nicht gleichmässig von der Natur, wie dies für die enzootischen tropischen Zeckengebiete beschrieben ist, geleistet wird, wo aber der Infektionsstoff durch Viehtransporte immer wieder eingeschleppt wird, vor allem in der gemässigten Zone, wo im Winter die Zecken verschwinden, während im Sommer das eine Jahr sehr viele, das nächste Jahr nur wenige Zecken vorkommen. Um die auch auf natürlichem Wege durch die Zeckeninfektionen erzeugte Immunität zu erhalten und während der zeckenarmen Jahre nicht verloren gehen zu lassen, ist eine systematische Durchimpfung der Viehbestände in solchen Gegenden mit pirosomenhaltigem Blute rationell und nützlich.

Es spricht vieles dafür, dass sich die Immunität durch mehrmalige Injektion virulenten Blutes bei denjenigen Tieren, welche durch experimentelle Infektion (Injektion von Blut rekonvaleszenter Tiere) oder durch natürliche Infektion eine gewisse Resistenz erworben haben, steigern lässt. In dieser Richtung muss noch weiter experimentell gearbeitet werden. Es gilt namentlich festzustellen, ob sich nicht auf diese Weise eine komplette Immunität für längere Zeiträume auch bei den erwachsenen Tieren erzielen lässt, die auch da die Tiere noch vor dem Ausbruch der schweren Fieberattacken schützt, wo die labilere, auf natürlichem Wege durch Zeckeninfektion erworbene Immunität im Stich lässt, z. B. bei der Einwirkung schwerer äusserer Schädigungen. Schon Theobald Smith, später R. Koch, Pound, van Hellens, Tidswell u. a. stellten fest, dass Tiere, welche eine Reaktion nach der Impfung durchgemacht haben, der später folgenden Injektion selbst erheblicher Blutmengen widerstehen. Diese Versuche haben wir in Südamerika vielfach bestätigen können. Bei Tieren, welche in enzootischen Texasfiebergebieten aufgewachsen sind, lassen sich gleichfalls, wie ich mehrfach experimentell festgestellt habe, ganz erhebliche Mengen virulenten Blutes in steigenden Dosen injizieren, ohne dass die Tiere ausser mehrtägigem hohem Fieber Krankheitserscheinungen zeigen. Ich habe derartigen Tieren sogar bis zu mehreren Litern virulenten Blutes mit zahllosen Pyrosomen subkutan injiziert. Die Tiere vertrugen die Injektion und zeigten nur eine schwere fieberhafte Allgemeinreaktion.

Aus allen diesen Beobachtungen geht hervor, dass durch die experimentelle Infektion, die also eine aktive Immunisirung nach der wissenschaftlichen Nomenklatur darstellt, recht erhebliche Immunitätsgrade erzielt werden können. Aus diesem Grunde sollte die rationelle Durchimpfung von ganzen Beständen, namentlich auch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in enzootischen Gebieten, dann in Betracht kommen, wenn man für eine gewisse Zeitperiode bei den Tieren die Immunität, welche auch auf natürlichem Wege durch die Zeckeninfektion eintritt, erzeugen und erhalten will.

Allerdings erfordern die Schutzimpfungen wie alle derartigen Versuche die Beobachtung gewisser Kautelen. Die grösste Gefahr bei allen derartigen Verimpfungen mit Blut kranker oder rekonvaleszenter oder völlig gesunder Tiere bietet die Verimpfung von anderen Krankheiten. In erster Linie kommen hier in Betracht die haemorrhagische Septicaemie, welche in gewissen Gegenden eine ziemlich grosse Verbreitung unter dem Rindvieh besitzt. Es ist aus diesem Grunde eine sachkundige, womöglich bakteriologisch und tierärztlich geschulte Hilfe für die Leitung solcher Versuche, die Auswahl der zu Impfungen geeigneten Tiere, die Prüfung des Infektionsstoffes kaum zu entbehren.

Ich bin, wenngleich ich ein abschliessendes Urteil über die Dauer der Immunität bei der experimentellen Schutzimpfung nicht abgeben kann, doch zu der Überzeugung gelangt, dass durch sinngemässe Kombination der Schutzimpfungen und der Zeckenbäder nach den angegebenen Gesichtspunkten, unter Berücksichtigung der jedesmaligen Verhältnisse sich in Zukunft eine Bekämpfung des Texasfiebers ermöglichen lässt, die bei geringen Kosten die Verluste auf das äusserste Mass beschränkt.

---

## Die gesundheitlichen Verhältnisse auf den Südseeinseln.

Von Marine-Stabsarzt Dr. **Krämer,** Kiel.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Im allgemeinen darf das Südseegebiet als gesund bezeichnet werden. Zwar kommt die Malaria auf den westlichen melanesischen Inseln (Neuguinea, Bismarck, Salomon, Neuhebriden etc.) und zwar in recht verheerender Weise vor, aber den östlichen polynesischen Inseln fehlt sie dafür ganz. Das ist um so merkwürdiger, als die verschiedenen Inselgruppen räumlich nicht sehr getrennt voneinander liegen und gleichartige lokale Verhältnisse vorliegen. Ja, im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

melanesischen Gebiet selbst kommt es vor, dass durchaus malariafreie Plätze neben verseuchten vorkommen, wie z. B. die französische grosse gesunde Insel Neu-Kaledonien, auf der ich mich selbst längere Zeit ohne Schaden herumtrieb, fast in Sichtweite von den Neu-Hebriden liegt, welche zu den schwersten Fieberherden der Erde gehören. In dem östlich von den Neuen Hebriden gelegenen Fidjiarchipel soll Malaria zwar vereinzelt vorkommen, jedenfalls ist aber der direkt sich östlich an Fidji anschliessende Tongaarchipel frei, wie auch das nicht weit davon gelegene Samoa. Ebenso kennen alle übrigen östlichen Inseln, wie auch die Marshalls, die Malaria nicht. Ein plausibler Grund hat dafür bis jetzt nicht gegeben werden können. Ebenso wie Malaria fehlen den östlichen Inseln die Infektionskrankheiten, als Masern, Scharlach, Typhus, Cholera, Pest u. s. w., und wenn dieselben in Einzelfällen einzelorts auch schon durch den Verkehr eingeschleppt worden sind, so haben sie doch bis jetzt nirgends festen Fuss fassen können. Nur die Ruhr und der Wundstarrkrampf sind seit alters auf den Inseln heimisch, erstere freilich meist nur nach grossen Dürren oder nach anderen Epidemien auftretend, letzterer nach Infektion von Wunden.

Verbreitet ist fernerhin die Schwindsucht unter den Eingeborenen. Obwohl Tuberkulose seit alters auf den Inseln bekannt ist, hat doch die Schwindsucht im speziellen durch die Weissen eine Förderung erfahren. Dies erklärt sich aus dem an und für sich wohlberechtigten Streben der Missionare, die mehr oder weniger nackt gehenden Eingeborenen zu bekleiden. Da aber diese an europäische Kleider nicht gewöhnten Menschen sich leichter in solchen erhitzen, so reissen sie dieselben bei der ersten Gelegenheit vom Leibe, um sich im Passat oder im Wasser abzukühlen. Hierdurch ist der Infektion durch Erkältung Tür und Tor geöffnet. Nicht allein ist Kleider mit Nutzen zu tragen eine Kunst, die gelernt sein will, sondern auch kostspielig. Deshalb muss es eine Aufgabe der Regierung sein, die Kleidung dem jeweiligen Zustande der Civilisation anzupassen und den Übereifer der Missionare hierin zu zügeln. Ähnlich wie hierin, kann auch die Regierung betreffs der Geschlechtskrankheiten viel Gutes stiften. Es ist bekannt, dass solche auf den Marshallinseln in erschreckender Weise verbreitet sind, während sie z. B. auf Samoa nur in verschwindend geringem Masse vorkommen. Auf ersteren Inseln dürfte die Ursache darin zu finden sein, dass die Häuptlinge eine nahezu absolute Gewalt über ihren Stamm in Händen haben, dass sie also jedes Mädchen nach Belieben zu sich oder zu andern kommandieren können, während auf Samoa dies nicht der Fall ist. Hier hat nur der Familienälteste innerhalb seiner Familie etwas zu sagen, in welcher er auf Zucht und Ordnung hält, wobei der günstige Einfluss



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Mission nicht verkannt werden darf. Je mehr aber der Aussenverkehr an den einzelnen Plätzen wächst, je mehr fremde Elemente in ein Land kommen, desto rascher zerfällt die Eigenart des angestammten Volkes, auf dessen möglichste Erhaltung demgemäss die Vorsichtsmassregeln hinzielen müssen. Es ist ausgemacht, dass mit dem Schwinden der Eingeborenenkleidung und deren Behausungen die Auflösung mit Riesenschritten vorwärts schreitet; je langsamer eine solche also ins Werk gesetzt wird, desto günstiger sind die Aussichten für die Zukunft eines solchen Eingeborenenstammes, dessen Wachsen im Interesse der betreffenden Kolonie nur dringend gewünscht werden kann. Dieses Wachsen oder Hinsterben ist mit der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten aufs engste verknüpft, weshalb dieser Seite der öffentlichen Hygiene besondere Beachtung geschenkt werden sollte. Betreffs der übrigen Südseekrankheiten, welche man mehr als Eingeborenenkrankheiten bezeichnen könnte, da der Weisse sich bei genügender Reinlichkeit und unter Beobachtung geeigneter öffentlicher Massnahmen leicht gegen sie schützen kann, wird auf eine Arbeit des Vortragenden, „Die wichtigsten Hautkrankheiten der Südsee", verwiesen, welche als Anhang zum Band II einer Monographie der Samoainseln erschienen ist, und deren Bilder beim Vortrag vorgezeigt wurden. Es handelt sich um den Borkenringwurm (Tinea circinata), den Schuppenringwurm (Tinea imbricata), die Framboesia tropica, deren Identität mit Syphilis energisch abgelehnt wird, um Elephantiasis und Lepra.

Letztere bedarf nur noch der besonderen Erwähnung, da man neuerdings damit umgeht, chinesische Arbeiter nach unseren Südseekolonien zu bringen. Es darf als ausgemacht gelten, dass solche chinesische Arbeitertransporte es waren, welche den auf den Südseeinseln zwar schon vorhandenen, aber nur recht unschuldig auftretenden Aussatz auflodern machten, wie z. B. auf Hawaii, auf Neu-Kaledonien u. s. w. Darüber wurde vom Vortragenden schon jüngst in der Deutschen Kolonialzeitung berichtet (Die Chinesengefahr in der Südsee). Findet also eine Verwendung von Chinesen als Arbeiter in unseren Südseekolonien statt, so muss ärztlicherseits gefordert werden, dass diese bei ihrer Ankunft auf das genaueste ärztlich untersucht werden, dass sie während ihres Aufenthaltes unter ärztlicher Beobachtung bleiben, wozu ein gut geleitetes Krankenhaus eine unerlässliche Voraussetzung ist, und dass sie nach Ablauf ihres Kontraktes das Land bedingungslos wieder verlassen.

Nur dadurch wird es möglich sein, die Kolonien vor weiteren Schädlichkeiten zu bewahren, die nicht allein hygienischer, sondern auch ethischer Natur sind.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. **C. Mense**-Cassel: Ich habe am Kongo Framboesia oft gesehen und behandelt, immer bei Kindern, und bin aus vielfachen Gründen, welche hier zu erörtern zu weitläufig ist, zu der Überzeugung gekommen, dass diese Framboesia mit Syphilis nichts zu tun hat. Jetzt nehmen holländische und englische Ärzte, welche in Indien und in der Südsee tätig sind, die auch von Scheube, wenn ich nicht irre, vertretene alte Ansicht, dass ein Zusammenhang zwischen Lues und Framboesia bestehe, wieder auf. Wenn hier kein differential-diagnostischer Irrtum besteht, so müssen zwei verschiedene Krankheiten vorliegen, von denen die eine mit Syphilis sicherlich nicht verwechselt werden darf.

Marine-Stabsarzt Dr. **Martini:** Hinsichtlich der Lepra von Fidji habe ich hinzuzufügen, dass gerade dort in bedrohlichster Nähe von Samoa die Lepra recht zahlreich vorkommt. So teilte mir Dr. Corney, der Regierungsarzt von Fidji, bei meinem letzten Aufenthalt in Suva auf Fidji mit, dass er 400 Leprakranke unter Beobachtung habe, und dass ihm im ganzen 1100 Lepröse auf der gesamten Fidjigruppe bekannt seien. Die Leprösen wohnen in besonderen Hütten, nahe bei den Hütten ihrer Familien-Angehörigen.

Ich wollte diese Häufigkeit der Lepra auf Fidji gerade deshalb hervorheben, weil ein sehr reger Verkehr zwischen Fidji und Samoa besteht. Samoaner wohnen oft monatelang auf Fidji.

Ganz derselben Meinung wie Herr Marine-Stabsarzt Dr. Krämer, dass eine genaue Kontrolle der Zureisenden in Samoa hinsichtlich der Lepra geübt werden muss, möchte ich diese Forderung in allererster Linie für die Überwachung der Zuzüge von Fidji stellen.

Dr. **Fülleborn** schliesst sich dem Vortragenden darin an, dass die Framboesia tropica, die er vielfach am Nyassasee beobachtet hat, und Lues absolut verschiedene Krankheiten seien, da er Gelegenheit hatte, die Einschleppung von Syphilis in eine bis dahin nur mit Framboesia infizierte Gegend zu beobachten, und erst seit dieser Einschleppung typische Zeichen von Lues bei der Bevölkerung nachzuweisen waren.

Oberstabsarzt Dr. **Steudel:** In den Jahren 1891—93 habe ich in Bagamoyo mehrfach Framboesia besonders bei Missionskindern behandelt, und da ist es mir aufgefallen, dass Framboesia wenigstens die eine wichtige Eigenschaft mit Lues gemein hat, dass sie auf Quecksilber heilt. Schon auf wenige Injektionen mit Hydrargyrum salicylicum heilte die Krankheit vollständig aus. Ich habe die



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Framboesia, welche damals noch nicht so bekannt war, wegen dieser Eigenschaft für hereditäre Lues gehalten. Allerdings konnte ich mich später davon überzeugen, dass frische Lues auf der Negerhaut anders aussieht, und dass wegen der Kontagiosität der Krankheit auch an hereditäre Lues kaum zu denken war. Mit meiner Beobachtung stimmt die in der neueren Literatur mehrfach verzeichnete Angabe überein, dass Framboesia auch mit Jodkali heilbar ist.

## Herzerkrankungen durch tropische Einflüsse.

Von Oberarzt Dr. **Schellmann.**

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Bei Untersuchung der aus unseren Schutzgebieten heimkehrenden Leute, meist Angehörigen der Kaiserlichen Schutztruppen, ist mir aufgefallen, in welch überraschender Zahl sich bei denselben Erscheinungen von seiten des Herzens darboten, über welche ich in der Literatur nur äusserst spärliche Mitteilungen finden konnte, wenigstens soweit es sich dabei um Folgeerscheinungen von Tropenkrankheiten, insbesondere von Malaria handelt.

Das äusserst abwechselungsreiche Krankheitsbild gestaltet sich in den beiden Extremen etwa folgendermassen: Bei der leichten Form bestehen keine besonderen Klagen. Der Kranke fühlt sich nur im allgemeinen etwas abgespannt und müde. Seit einiger Zeit, meist nach einem Fieberanfall ist ihm aufgefallen, dass er bei längerem Gehen leichter als früher ermüdet und dass nach besonderen Anstrengungen — namentlich wird dabei immer schnelles Treppensteigen erwähnt — leicht Herzklopfen auftritt.

Die Untersuchung ergibt keine auffallenden krankhaften Erscheinungen. Herzdämpfung und Spitzenstoss verhalten sich regelrecht, die Herztöne sind rein, der Puls ist regelmässig, jedoch nicht besonders kräftig, und auch in der Ruhe etwas beschleunigt.

Lässt man den Mann nunmehr einige Bewegungen machen — ich lasse zu diesem Zwecke gewöhnlich zehn tiefe Kniebeugen ausführen —, so ändert sich der Zustand auffallend. Während bei einem gesunden Menschen die Pulszahl durch diese Übung um viel-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

leicht zehn bis fünfzehn Schläge beschleunigt wird und ziemlich schnell, gewöhnlich schon nach 1—2 Minuten zur Norm zurückkehrt, erhöht sich in unserem Falle die Anzahl der Pulsschläge von 90 auf 120 bis 130 in der Minute und bleibt längere Zeit auf dieser Höhe. Die Schlagfolge, die vorher regelmässig war, wird unregelmässig, einige schnellere Schläge wechseln mit einigen langsameren ab, die vorher ruhige Atmung wird ebenfalls schneller und angestrengt. —

Bei den schweren Fällen klagt der Kranke über häufig auch ohne besondere Ursache auftretendes Herzklopfen, das ihn an jeglicher Arbeit, aber auch am Schlafe hindere, Stiche und Schmerzen in der linken Brustseite, Kurzatmigkeit, Müdigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen und allgemeine Aufgeregtheit.

Hier kann man eine Verbreiterung der Herzdämpfung nach beiden Seiten feststellen, der Spitzenstoss ist bald übermässig stark, bald garnicht fühlbar, der erste Ton über allen Ostien ist unrein, die Anzahl der Pulsschläge beträgt 130, ja 148 in der Ruhe und wird durch geringe Bewegungen, wie sie z. B. das Auskleiden zur Untersuchung mit sich bringt, noch mehr beschleunigt. Die Schlagfolge ist durchaus unregelmässig, bald schneller, bald langsamer, zeitweise aussetzend. Letzterer Umstand kommt aufmerksamen Kranken auch subjektiv zum Bewusstsein. Sie klagen, dass sie das Gefühl hätten, das Herz stehe still. Die Atmung wird schon bei geringen Bewegungen beschleunigt, angestrengt und laut hörbar, die Nasenflügel beben und der ganze Körper zittert, während das Gesicht einen ängstlichen Ausdruck zeigt.

Zwischen diesen extremen Zuständen finden sich die verschiedensten Abstufungen. Der beschriebene schwerste Zustand findet sich nur in seltenen Fällen und dokumentiert sich sofort als schwere Erkrankung. Nicht so die zuerst beschriebene Art. Es kann vorkommen und ist tatsächlich vorgekommen, dass ein solcher Kranker — denn als solchen müssen wir ihn betrachten — mit seinen Klagen ungläubige Ohren findet und für dienstfähig erklärt wird, da selbst häufig wiederholte Messungen des Pulses, wenn diese, wie es ja in Krankenhäusern üblich und nicht anders möglich ist, vom Unterpersonal vorgenommen werden, anscheinend kein abnormes Verhalten desselben anzeigen. Natürlich, denn die Messungen werden in der Ruhe, häufig in der Bettruhe vorgenommen, wo die Herztätigkeit eine nicht beschleunigte ist. Würden daneben Messungen nach kurzen Freiübungen vorgenommen, so würde ein Vergleich mit den Pulszahlen anderer nicht herzleidender Kranken sofort ersichtlich machen, dass das Herz nicht regelrecht arbeitet. Bei der Beurteilung kommt es natürlich auch sehr auf die einzelne Persönlichkeit an; der eine lässt sich durch seine Beschwerden mehr beeinflussen als der andere.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bevor ich auf die Besprechung der mutmasslichen Ursachen dieser krankhaften Erscheinungen eingehe, möchte ich zuerst an der Hand einiger statistischer Berechnungen über das Vorkommen derselben zeigen, dass die nähere Betrachtung dieser Herzaffektion sich als wohl berechtigt darstellt.

Ein ziemlich genaues Bild über die Häufigkeit der Erkrankung ergibt sich bei Betrachtung der bei den Kaiserlichen Schutztruppen vorgekommenen Invalidisierungen wegen Herzleiden. Bei dem relativ seltenen Auftreten von akutem Gelenkrheumatismus in den Schutzgebieten und bei dem Umstande, dass nur junge ausgesucht kräftige und gesunde Leute zum Dienst in den Schutztruppen zugelassen werden, ist die Entstehung von Klappenfehlern verschwindend selten. Mir sind während zweier Jahre nur ein oder zwei Fälle vorgekommen, wo eine Invalidisierung durch Herzklappenfehler bedingt war. Ich glaube also keinen zu grossen Berechnungsfehler zu machen, wenn ich alle diejenigen Fälle, in denen als Grund der Invalidität nur allgemein „Herzleiden" angegeben ist, auch als durch die beschriebene Erkrankung bedingt annehme. In den meisten Fällen ist nervöse Herzschwäche, nervöse Pulsbeschleunigung, Herzschwäche nach Malaria oder nervöse Erregbarkeit des Herzens als Grund der Invalidität angegeben. Ich habe die in den Jahren 1898 bis 1901 wegen Erkrankung des Herzens erfolgten Invalidisierungen zusammengestellt:

| Schutzgebiet | Jahr | Iststärke | Im ganzen invalide | | Wegen Herzerkrankung invalide | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Summe | pCt. der Iststärke | Summe | pCt. der Iststärke | pCt. der im ganzen invaliden |
| Deutsch-Ostafrika | 1898 | 186 | 12 | 6,4 | 5 | 2,7 | 41,7 |
| | 1899 | 193 | 21 | 10,9 | 9 | 4,7 | 42,9 |
| | 1900 | 204 | 9 | 4,4 | 2 | 0,9 | 22,2 |
| | 1901 | 214 | 27 | 12,6 | 15 | 7,0 | 55,5 |
| Südwest-Afrika | 1898 | 786 | 32 | 4,1 | 24 | 3,0 | 75,0 |
| | 1899 | 1086 | 101 | 9,3 | 57 | 5,3 | 56,4 |
| | 1900 | 856 | 41 | 4,8 | 23 | 2,7 | 56,1 |
| | 1901 | 733 | 39 | 5,3 | 31 | 4,2 | 79,5 |
| Kamerun | 1898 | 28 | 3 | 10,7 | 1 | 3,6 | 33,3 |
| | 1899 | 32 | 5 | 15,6 | 2 | 6,2 | 40,0 |
| | 1900 | 41 | 4 | 9,8 | 3 | 7,3 | 75,0 |
| | 1901 | 95 | 5 | 5,3 | 3 | 3,2 | 60,0 |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

| Jahr | Es wurden wegen Erkrankung des Herzens invalide | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Deutsch-Ostafrika | | Südwest-afrika | | Kamerun | | Im Durchschnitt | |
| | pCt. der Iststärke | pCt. der im ganzen invaliden | pCt. der Iststärke | pCt. der im ganzen invaliden | pCt. der Iststärke | pCt. der im ganzen invaliden | pCt. der Iststärke | pCt. der im ganzen invaliden |
| 1898 . . . . . | 2,7 | 41,7 | 3,0 | 75,0 | 3,6 | 33,3 | 3,1 | 50,0 |
| 1899 . . . . . | 4,7 | 42,9 | 5,3 | 56,4 | 6,2 | 40,0 | 5,4 | 46,4 |
| 1900 . . . . . | 0,9 | 22,2 | 2,7 | 56,1 | 7,3 | 75,0 | 3,6 | 51,1 |
| 1901 . . . . . | 7,0 | 55,5 | 4,2 | 79,5 | 3,2 | 60,0 | 4,8 | 65,0 |
| 1898—1901 . . . | 3,8 | 40,6 | 3,8 | 66,7 | 5,1 | 52,1 | **4,2** | **53,1** |

Auffallend ist das häufige Vorkommen der Herzerkrankungen bei der Schutztruppe für Südwestafrika, im Durchschnitt nämlich zwei Drittel aller Invaliden. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Welch besonders grosse Anforderungen der Aufenthalt in den Tropen an das Herz stellt, zeigt ein Vergleich der vorstehenden Zahlen mit denen der Königlich Preussischen Armee. Während bei der letzteren in den vier Jahren von 1896 bis 1899 nur 0,19 pCt. der Iststärke wegen Herzleiden invalidisiert wurden, in welcher Zahl alle wegen Klappenfehlers entlassenen Leute mit enthalten sind, beträgt das Verhältnis bei den Schutztruppen für die Jahre 1898 bis 1901 im Durchschnitt 4,2 pCt. In der preussischen Armee beträgt die Zahl der wegen Herzleiden Invalidisierten 17,4 pCt. aller Invaliden, bei den Schutztruppen 53,1 pCt.

Der anfangs beschriebene Zustand wurde bisher allgemein als Erkrankung der Herznerven bezw. der Herzganglien, als nervöse Herzaffektion aufgefasst und bezeichnet. Ich glaube jedoch, dass eine derartige Auffassung in so allgemeiner Form sich nicht aufrecht erhalten lassen kann, dass vielmehr das Zustandekommen der Erkrankung sich auf andere Ursachen zurückführen lässt. Tatsache ist ja, dass bei Neurasthenikern Herzerscheinungen beobachtet werden, die den beschriebenen sehr ähnlich sind, zum Teil völlig entsprechen, es ist ferner Tatsache, dass Nervosität eine häufige Folge des Tropenaufenthalts ist. Wenn aber auch ein Teil der Erkrankungen auf allgemeine Nervosität zurückgeführt werden kann, wie soll man dann diejenigen Fälle erklären, in denen dieselben Erscheinungen von seiten des Herzens auftreten, ohne dass andere Anzeichen für Nervo-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sität festgestellt werden können. Hier anzunehmen, dass es sich um eine auf das Herz allein beschränkte nervöse Störung handele, eine Störung, deren Vorkommen ich nicht abstreiten will, die jedoch sicher nur sehr selten sein dürfte, würde nur in den Fällen zulässig sein, in denen wir absolut keine andere Erklärung finden können. — Ich glaube, für das Auftreten der Herzerkrankung in erster Linie die Malaria, weiter die klimatischen Einflüsse in Verbindung mit den Anforderungen des Berufs direkt, ohne die Zwischenstufe der Nervosität verantwortlich machen zu müssen.

Die beschriebenen Erscheinungen sind als Symptome sowohl bei Myocarditis als auch bei Uberanstrengung des Herzens ja allgemein bekannt. Meiner Ansicht nach handelt es sich bei den „tropischen" Herzaffektionen in den weitaus meisten Fällen auch um nichts anderes, als um eine oder die andere dieser beiden Erkrankungsformen. Allerdings dürfte in vielen Fällen eine Scheidung der Ursachen nicht angängig sein, da eben beide zum Zustandekommen des Schlussergebnisses beigetragen haben.

Da das Vorkommen von akuter Myocarditis nach anderen Infektionskrankheiten feststeht, so dürften auch die Giftstoffe der Malariaplasmodien wohl in der Lage sein, eine derartige Entzündung des Herzmuskels zu veranlassen. Krehl führt unter den Ursachen von akuter Herzmuskelentzündung auch die Malaria an, geht jedoch nicht näher darauf ein, da die Beobachtungen nicht genügend zahlreich seien. Auch bei anderen deutschen und französischen Autoren habe ich den Hinweis auf Malaria gefunden. Mannaberg sagt zwar: „Das Herz partizipiert an dem Malariaprozess nur wenig; abgesehen von den leichten Graden von Hypertrophie und von der Degeneration des Myocardos mit Dilatation, denen man bei Kachektikern begegnet, gibt es keine Herzaffektion, von der es sichergestellt wäre, dass sie ihre Entstehung der Malariainfektion verdanke." Weiter gibt er jedoch an, dass man bei Europäern, die sich längere Zeit in Bengalen aufhielten, einen Zustand beobachtet habe, der als Asthenia cordis bezeichnet wurde. Derselbe besteht in einer unangenehmen Empfindung in der Herzgegend, welche unter Umständen so heftig werden kann, dass sie die Kranken nachts aus dem Schlafe weckt. Sie erinnert in ihrer Intensität manchmal an Angina pectoris. Die Herzdämpfung ist verbreitert, der Puls arythmisch, die Respiration dyspnoeisch.

Nimmt man an, dass analog den bei anderen Infektionskrankheiten gemachten Erfahrungen auch im Verlaufe der Malaria eine Herzmuskelentzündung auftreten kann, so ist es nicht auffällig, dass so zahlreiche Herzerkrankungen zur Beobachtung kommen, namentlich wenn man bedenkt, dass mit verschwindender Ausnahme

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

jeder Europäer in den Tropen an Malaria erkrankt, während eine rationelle Behandlung bezw. Prophylaxe dieser Krankheit erst in neuerer Zeit allgemeiner durchgeführt wird, wohingegen die Mehrzahl der Malariakranken sich darauf beschränkte, den jeweiligen Anfall mit unzulänglichen Chininmengen zu behandeln, und nach kurzer Zeit an einem Rückfalle erkrankte, das Malariagift also dauernd wirksam blieb. Durch die Annahme einer auf Malariainfektion beruhenden Herzmuskelentzündung würden sich auch die Todesfälle erklären, welche im Verlaufe einer einfachen Malaria bei kräftigen Leuten binnen wenigen Tage durch Herzschwäche erfolgen. Die Infektion an sich kann man nicht dafür verantwortlich machen, wohl aber erklärt sich die Herzschwäche zwanglos, wenn man sie als Folgeerscheinung einer auf Giftwirkung der Malariaplasmodien beruhenden akuten Herzmuskelentzündung auffasst. Dass das einzelne Herz auf diese Giftstoffe verschieden reagiert, ist ja eine auch bei anderen Infektionskrankheiten beobachtete Tatsache.

Der positive Beweis für die Richtigkeit der Annahme einer Myocarditis bei Malaria durch den anatomischen Befund bei Sektionen ist noch nicht erbracht worden. Ich bin jedoch überzeugt, dass man in allen Fällen, wo der Tod infolge von Herzschwäche bei einer Malariaerkrankung eintrat, bei der Sektion wird Myocarditis feststellen können, ebenso wie man bei aufmerksamer Beobachtung auch in Fällen von anderweitiger Todesursache diese Erkrankung wird feststellen können, wenn während des Lebens die beschriebenen Erscheinungen beobachtet worden sind. —

Wenn so auch ein Teil, ich kann wohl sagen, der grössere Teil der tropischen Herzerkrankungen auf einer auf Malariainfektion zurückzuführenden Myocarditis beruhen dürfte, bleibt doch noch ein grosser Teil zurück, bei welchen keine Malaria vorausgegangen ist. Diese Fälle sind als „Überanstrengung, Überreizung des Herzens“ anzusehen. Wenn man schon in unseren Breiten nach besonderen oder nach lang fortgesetzten körperlichen Anstrengungen, nach heftigen Gemütsbewegungen u. s. w. einen Zustand des Herzens beobachten kann, der den anfangs beschriebenen Erscheinungen entspricht, so wird es nicht auffällig sein, dieser Erkrankung unter besonders ungünstigen Bedingungen in vermehrter Zahl zu begegnen. Die Anforderungen, welche in warmen Klimaten, namentlich bei dem anstrengenden, aufregenden und entsagungsreichen Dienst in der Schutztruppe an das Herz gestellt werden, sind doch ungleich grössere als diejenigen, an welche es in den gemässigten Zonen gewöhnt ist. Wenn eine Überreizung des Herzens bereits hier beobachtet werden kann, wie muss dies dann in erhöhtem Masse der Fall sein, wenn dieselben, ja grössere Anforderungen an das Herz gestellt werden in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gegenden, wo der ganze Organismus durch die veränderten klimatischen Bedingungen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, erschlafft, wo bei der durch die Hitze bedingten erhöhten Schweisssekretion die Flüssigkeitsaufnahme vermehrt wird und dem schon an und für sich mit dem ganzen Organismus erschlafften Herzen eine grössere Arbeitsleistung zugemutet wird.

Bestätigt wird diese Überlegung durch die Ergebnisse der oben angezogenen Statistik, nach welcher 66,7 pCt. aller Invalidisierungen bei der Schutztruppe für Südwestafrika durch Herzleiden bedingt sind. Südwestafrika hat bei weitem nicht die Morbidität an Malaria wie unsere Schutzgebiete in den eigentlichen Tropen, andererseits ist aber der Erkrankung des Herzens durch Überanstrengung ein anderer Faktor günstig. Während in Deutsch-Ostafrika und Kamerun nur Unteroffiziere eingestellt werden, welche im allgemeinen bereits ein höheres Alter erreicht haben, werden die Reiter der südwestafrikanischen Schutztruppe dem zweiten Jahrgang der Armee entnommen, befinden sich also im durchschnittlichen Alter von 22 Jahren. Ihre noch nicht voll entwickelten Herzen sind den besonderen Anstrengungen des Dienstes unter der Einwirkung der klimatischen Schädlichkeiten noch nicht gewachsen, ein Umstand, auf welchen im Jahre 1898 Mackleod bezüglich der englischen Kolonialarmee hinwies, bei welcher 60 pCt. unter 25 Jahren alt ist. Die von Mackleod beschriebene und von ihm als tropical heart bezeichnete Herzaffektion ist die eingangs beschriebene.

Es können also drei, oder wenn man will, vier verschiedene Ursachen zu denselben krankhaften Erscheinungen von Seiten des Herzens Veranlassung geben, Malaria, klimatische Einflüsse, verbunden mit besonderen Anstrengungen, allgemeine Nervosität und, wenn man will, partielle, auf das Herz beschränkte nervöse Störungen. Einen gemeinsamen Namen für diese Erscheinungen einzubürgern, erscheint mir nicht angängig. Der Ausdruck Mackleods tropical heart, Tropenherz ist häufig gebraucht worden, derselbe sagt jedoch nicht viel, da die den Erscheinungen zu Grunde liegenden Erkrankungen, wie wir gesehen haben, absolut nicht nur den Tropen allein eigentümlich sind. Ich halte es für das Zweckentsprechendste, wenn man die Erkrankungen nach den Ursachen trennt und danach eine Herzmuskelentzündung nach Malaria, eine Überanstrengung des Herzens durch klimatische Einflüsse, eine Herzinsuffizienz auf Grund allgemeiner Nervosität und schliesslich eine rein nervöse Herzschwäche unterscheidet.

Was die Prognose anbelangt, so haben die leichteren Formen die Neigung, bei vernünftiger ruhiger Lebensweise, namentlich bei Gebrauch von Höhenkurorten in verhältnismässig kurzer Zeit zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

heilen. Bei den schwereren, namentlich bei den auf Malaria beruhenden Fällen ist die Aussicht auf Heilung sehr viel geringer. In der Regel bleibt die Herzschwäche dauernd bestehen und die betreffenden Leute sind zeitlebens nur in mehr oder weniger beschränktem Grade erwerbsfähig. Dass dabei unter der mangelhaften Herztätigkeit der ganze Organismus leidet, ist natürlich und begreiflich. Nicht auffallend ist daher die Erscheinung, dass solche Herzkranke, in die heimischen Verhältnisse zurückgekehrt, leicht an Lungentuberkulose erkranken. Es sind schätzungsweise 4 bis 5 pCt. Todesfälle von derartigen Leuten bisher bekannt geworden, ein für die relativ kurze Zeit des Bestehens der Schutztruppen immerhin bedeutender Prozentsatz.

Dr. **M. Otto**, Hamburg, hat im tropenhygienischen Institut fünf Fälle behandelt, die der mittelschweren Form des vom Herrn Vortragenden geschilderten Krankheitsbildes zuzurechnen waren. Bei diesen fanden sich nur ausgesprochen nervöse Störungen der Herztätigkeit. Die Kranken klagten über Herzklopfen, Blutandrang zum Kopfe, Angstgefühl und Kurzatmigkeit nach geringen Anstrengungen. Ausser vermehrter Pulsfrequenz bis 120 und verstärkter Herzaktion schon bei geringen psychischen Erregungen (ärztliche Visite) fanden sich bei ihnen bisweilen accidentelle Geräusche, niemals Verbreiterung der Herzdämpfung — die Resultate der Perkussion wurden in jedem Falle durch das Röntgenbild kontrolliert — oder Symptome eines organischen Herzleidens. Es handelte sich stets um Individuen, die auch anderweitige Zeichen von Nervosität, namentlich Reflexe, teils auch leichten Tremor darboten. Alle fünf Fälle wurden durch Anwendung der Kaltwassertherapie ganz wesentlich gebessert; die Patienten verliessen die Anstalt beschwerdefrei, über den Dauererfolg waren keine Nachrichten zu erhalten. Redner glaubt als einen Hauptfaktor bei der Entstehung dieser tropischen Herzerkrankungen den reichlichen Genuss alkoholischer Getränke ansprechen zu können. Bei den fünf Fällen des tropenhygienischen Institutes war eine Myocarditis nicht vorhanden, auch bei vielen Hunderten von Malariakranken aller Grade hat er eine solche nie konstatieren können.

Stabsarzt **Kuhn**: Ich wollte gleichfalls die von Herrn Otto angeregte Frage berühren. Auch ich glaube, dass der Alkohol bei den Herzaffektionen in den Tropen nach den von mir in Deutsch-Südwestafrika gemachten Erfahrungen eine sehr grosse Rolle spielt. Ich will nicht näher auf die Verhältnisse eingehen, sondern nur betonen, dass ich die Alkoholfrage für eine der wichtigsten in unseren Kolonien halte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Oberstabsarzt Dr. **Steudel**: Mit Dr. Otto stimme ich darin überein, dass das „Tropenherz" in den ersten Stadien wohl immer eine Neurose ist; offenbar bleibt es dabei aber nicht, sondern im späteren Stadium entwickelt sich daraus eine Muskeldegeneration, dann findet man auch als Folgeerscheinung davon eine Vergrösserung des Herzens und zwar scheint es mir auffällig, dass das Herz gerade nach rechts hin häufig erweitert ist. Dass eine Schädigung des Herzmuskels aus einer ursprünglichen Neurose entsteht, ist ja wohl begreiflich, wenn der Herzmuskel sich Monate und Jahre lang nicht 60 bis 70 mal in der Minute, sondern 100 bis 120 mal zusammenzieht. Dieser Auffassung entspricht auch der Verlauf des Leidens. In den ersten Stadien heilt die Krankheit bei Rückkehr in die Heimat in der Regel sehr rasch; im späteren Stadium aber tritt auch nach Jahren keine Besserung ein, der Kranke bleibt ein zu jeder Arbeit unbrauchbarer Mensch ohne jede Lebensenergie, er ist oft schon an seiner welken braungelben Haut erkenntlich und erliegt leicht, wie Sie schon gehört haben, interkurrenten Krankeiten. Bezüglich der Ätiologie habe ich ebenfalls bei den von mir untersuchten Fällen auf den Alkoholgenuss geachtet, habe aber nicht den Eindruck gewonnen, dass diesem die Hauptschuld beizumessen ist, vielleicht mehr dem grossen Flüssigkeitskonsum überhaupt und besonders dem reichlichen Kaffeegenuss, wie er in Südwestafrika gebräuchlich ist. Bei der überaus trockenen Luft in dem Höhenlande von Südwestafrika ist das Bedürfnis von Flüssigkeitszufuhr sehr gross.

Marine-Stabsarzt a. D. **Sander**: Redner glaubt, dass nicht dem Alkoholgenusse allein, sondern ganz besonders dem übermässigen Genuss von schwerem Rauchtabak bei starken Anstrengungen und Wassermangel die zahlreichen Herzaffektionen zuzuschreiben sind.

Oberarzt Dr. **Schellmann**: Bei dem reichhaltigen Material, weit über 400 Leute, das mir zur Verfügung stand, habe ich die Vergrösserung des Herzens, namentlich nach rechts, tatsächlich beobachten können; allerdings handelte es sich um schwere Fälle.

Das Auftreten von Myocarditis habe ich nicht gerade für Südwestafrika behauptet, im Gegenteil. In den eigentlichen Tropen findet sie sich eher als in Südwestafrika, wo es sich hauptsächlich um Überanstrengung, Überreizung handelt.

Dr. **Otto** hält es für möglich, dass auch der von Herrn Steudel angeführte überreichliche Genuss von Kaffee infolge der Coffeinaufnahme nervöse Störungen des Herzens herbeiführen könne.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Oberarzt Dr. **Schellmann**: Bei dem südafrikanischen „Kaffee" dürfte es sich wohl nur um Wasser handeln, dem zum besseren Wohlgeschmack etwas Kaffee beigefügt wird; eine etwas bedeutendere Menge Coffein, die Herzerscheinungen verursachen könnte, dürfte dieser „Kaffee" nicht enthalten.

Stabsarzt Dr. **Kuhn**: Ich muss meine vorherigen Bemerkungen insofern ergänzen, als auch ich den Einfluss des Kaffees und ganz besonders des schweren Plattentabacks oft beobachtet habe. Es sind alle drei Narkotika, Kaffee, Tabak, Alkohol zusammen, welche die Schädigungen meistens hervorrufen. Ich glaube jedoch, dass der Alkohol die Hauptrolle spielt. Er wird in Südwestafrika wohl nicht mehr getrunken als anderswo, aber infolge der ausserordentlichen Anstrengungen der Schutztruppe, mit denen oder nach denen oft ein Alkoholgenuss stattfindet, ist die Schädigung eine so grosse.

---

Der im Programm angekündigte Vortrag über **Klinisches und Pathologisch-Anatomisches über Bilharzia haematobia** von Dr. **Göbel,** Alexandrien, konnte leider wegen Verhinderung des Herrn Redner nicht gehalten werden.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Sektion III.

# Die rechtlichen und politischen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Obmann: Regierungsrat Dr. **Jacobi**, Berlin (zugleich auch Vorsitzender).
I. Vorsitzender: Geh. Justizrat Professor Dr. **Phil. Zorn**, Bonn.
II. Vorsitzender: Kammergerichtsrat Dr. **F. Meyer**, Berlin.
I. Schriftführer: Dr. **Vosberg-Rekow**, Berlin.
II. Schriftführer: Missionsinspektor Pastor **Römer**, Berlin.
III. Schriftführer: Rentner **v. Bornhaupt**, Berlin.

## Die Grundlagen des deutschen Kolonialrechts.

Von Geh. Justizrat Professor Dr. **Zorn**, Bonn.

(Plenarsitzung am 11. Oktober, Nachmittag.)

In den noch nicht zwei Jahrzehnten, seitdem durch den Kaiserlichen Schutzbrief über Angra Pequena die Grundlagen unserer kolonialen Entwickelung und damit unseres Kolonialrechtes gelegt wurden, hat dieser Zweig des deutschen Reichsstaatsrechtes eine dem Umfang nach sehr bedeutende Entfaltung gefunden. In vier Bänden haben Riebow und weiterhin Zimmermann das weit zerstreute und teilweise schwer zugängliche Material im Auftrage unserer Kolonialabteilung zusammengestellt und sich damit jedenfalls auch den Dank aller Kolonialfreunde verdient. Aber das umfangreiche Werk ist doch nur für eindringendes Studium geeignet, und welche Schwierigkeiten es bietet, sich heute in unserem Kolonialrecht zu orientieren

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

und sichere Auskunft über Einzelfragen zu gewinnen, wird jedermann bezeugen, der auf diesem Gebiete amtlich oder wissenschaftlich gearbeitet hat. Damit hängt auch eine gewisse Gleichgültigkeit unserer deutschen Juristen gegen diesen jüngsten Zweig unserer Rechtsentwickelung zusammen.

Dies aber ist um so mehr zu beklagen, als das Interesse für unsere Kolonien im deutschen Volke doch, das darf ruhig ausgesprochen werden, nicht nur vorhanden, sondern im Laufe der Jahre immer gewachsen ist. Dies Interesse zu pflegen und in immer weiteren Kreisen zu verbreiten, ist ja eine der ersten und schönsten Aufgaben unserer Kolonialgesellschaft, und der diesjährige Kongress ist jedenfalls Zeugnis dafür, dass die Kolonialgesellschaft nicht vergeblich gearbeitet hat.

Darum dürfte es auch den Zielen des Kongresses nicht widersprechen, wenn in einem kurzen Vortrage die Grundlagen unseres Kolonialrechtes zur Erörterung gelangen. An die Zentralstelle aber, die mit so viel Hingebung ihres mühevollen Amtes waltet, mögen hier einige Bitten gerichtet werden: Einmal, darauf hinzuwirken, dass allmählich eine grössere Einheitlichkeit und damit eine grössere Einfachheit in unserem Kolonialrecht hergestellt werde durch möglichste Zusammenfassung der Rechtsvorschriften für alle Kolonien, — in erheblichem Umfange ist der Anfang dazu ja bereits gemacht —; sodann zweitens, dahin zu wirken, dass ein einheitliches, leicht zugängliches, nur das Rechtsmaterial enthaltendes Kolonial-Gesetz- und Verordnungsblatt geschaffen werde, endlich, denjenigen Arbeiten Förderung gewähren zu wollen, die sich die Aufgabe stellen, die Kenntnis des Kolonialrechtes weiteren Kreisen des deutschen Volkes zu vermitteln. Insbesondere denke ich dabei an die deutsche Jugend, sei es, dass sie zu kaufmännischer und industrieller Arbeit, sei es, dass sie zu Forscher- und Beamtentätigkeit sich der kolonialen Arbeit selbst widmen will, sei es, dass sie nur in der Heimat ihr Interesse darbringt für das Deutschland jenseits der Meere, das ja noch im ersten Kindesalter steht, aus dem aber nur dann ein dauernd wertvoller Bestandteil deutschen Lebens werden kann, wenn das liebevolle und opferfreudige Interesse der Heimat diese Anfänge hegt und pflegt und damit ihr Blühen, Wachsen und Gedeihen sichert. Wir Älteren finden uns ja, wie dies auch der deutsche Reichstag beweist, oft nur schwer in diese kolonialen Dinge, die unserer eigenen Jugend noch eine Fata Morgana waren. Die heutige Jugend aber hat, Gott sei Dank, das starke nationale Selbstbewusstsein, das die erste Voraussetzung bildet für einen erfolgreichen Kampf jenseits der Meere, und das Selbstbewusstsein der heutigen deutschen Jugend hat sich rasch gewöhnt an deutsche Vorschriften

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

über die Jagd auf Elefantenkälber und Straussenhennen, an deutsche Wegeordnungen für Usambara und in Südafrika, an deutsche Vorschriften über Perlenfischerei, an Kaiserliche Ehrenzeichen auf der Brust schwarzer Soldaten, an deutsche Wehrpflicht der Rehobother Bastards und an deutsche Einjährig-Freiwillige in Südwestafrika — lauter Dinge, die dem Deutschland vor wenig Jahrzehnten lediglich auf der Stufe von Indianergeschichten standen. —

Sind es nun auch gewiss in erster Linie die wirtschaftlichen Fragen, von denen die Zukunft unserer Kolonien abhängt, so muss doch die Rechtsordnung den festen und sicheren Rahmen dieser Entwickelung bilden und darum muss auch in der Gesamtbehandlung unserer kolonialen Dinge der rechtlichen Seite dieser Entwickelung erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Einige wichtige Fragen des Kolonialrechtes sollen hier kurz besprochen werden.

I. Unsere Kolonien sind deutsches Land. Daran zweifelt heute wohl niemand mehr; die Verwirrung, die in diesem Punkte die Anfänge unseres kolonialen Lebens, selbst in der wissenschaftlichen Literatur und im Reichstag, beherrschte, ist heute überwunden. Zu dem Reichsgebiet, das Artikel 1 der Reichsverfassung nach seinen staatlichen Bestandteilen angibt und zu dem dann weiterhin noch das Reichsland Elsass-Lothringen hinzutrat, ist heute noch jenes Gebiet in fremden Weltteilen gefügt, in dem zwar nach Lage der Dinge die Reichsverfassung nicht gelten kann und nicht gilt und ebensowenig das ganze grosse System desjenigen Reichsrechtes, das seit 1867 bezw. 1870 auf der Grundlage der Reichsverfassung aufgebaut worden ist, das aber nichtsdestoweniger deutsch im Sinne des Staatsrechtes ist und dessen Recht zwar nicht Reichsrecht auf Grund der Reichsverfassung ist, aber dennoch deutsches Reichsrecht im vollen und strengen juristischen Sinne. Zu dem Reichsgebiet der Reichsverfassung ist ein neues Reichsgebiet, ausserhalb der Reichsverfassung, ein Reichsgebiet eigenen und besonderen Rechtes, die Kolonien, hinzugetreten. Und dazu gehören auch die sogenannten Interessensphären, ein Punkt, der an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden kann, der auch, wie mir scheint, keine erhebliche Bedeutung mehr für die Praxis bietet.

1. Die erste allgemeine Ordnung der Kolonialverfassung enthielt das Gesetz vom 17. April 1886, in neuer Fassung vom 9. März 1888, an dessen Stelle jetzt das Gesetz vom 25. Juli 1900 getreten ist. Dies Gesetz bezeichnete sich 1886 als Schutzgebietsgesetz und bezeichnet sich auch heute noch so; es war der Niederschlag des Inhaltes von Schutzbriefen und so sprach man denn weiterhin von Schutzgewalt, Schutztruppen u. dgl. m. Diese Ausdrucksweise

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist staatsrechtlich irreführend und es wäre zu wünschen, dass sie in der Gesetzgebung beseitigt würde; sie führt mit einer gewissen Notwendigkeit in den verhängnisvollen Irrtum, als sei die deutsche Gewalt über die Kolonien etwas anderes als souveräne Staatsgewalt, als übe das Deutsche Reich in jenen Gebieten nur ein völkerrechtliches Protektorat, als sei die Staatsgewalt dort eine andere als die deutsche. Die Praxis hat ja sehr bald zu der richtigen Erkenntnis geführt und allenthalben in unseren Kolonien wird eben einfach die deutsche Staatsgewalt ausgeübt, welche Grenzen und Schranken nur hat und anerkennt, soweit sie sich selbst solche gezogen hat. Und die Eingeborenenstämme, die dieser deutschen Staatsgewalt zu widerstreben versuchten, wurden und werden lediglich zum Gehorsam gezwungen, insoweit die souveräne deutsche Staatsgewalt einen solchen zu fordern für nötig erachtet. Was im Inland der Richter und die Polizei tun, müssen dort draussen nur häufig die Waffen tun.

Der Gedanke einer von der Staatsgewalt unterschiedenen Schutzgewalt mochte sich ja aus den Anfängen unserer Kolonien, sei es gegenüber den dort niedergelassenen Kaufleuten, sei es gegenüber den Eingeborenen, erklären; heute aber hat er nach keiner Richtung mehr irgendwelche Berechtigung.

2. Damit in Zusammenhang steht die Organisation der Gerichtsbarkeit in den Kolonien. Mit dieser Frage hat sich gestern auf Grund eines trefflichen Referates des Herrn Admiralitätsrats Köbner die Rechtssektion eingehend beschäftigt. Die Gesetzgebung hat in dieser Frage nicht nach eigenen Heften gearbeitet, sondern geht auf der Krücke der Konsulargerichtsbarkeit. Das hat schwere Bedenken, grundsätzlich und im einzelnen. Die Konsulargerichte sind deutsche Gerichte im Ausland, die dort auszuübende deutsche Gerichtsbarkeit ist Zugeständnis eines fremden Staates und muss in Berücksichtigung dieses fremden Staates eingerichtet und ausgeübt werden, sie bezieht sich nur auf bestimmte Personen. Die Kolonialgerichte dagegen sind Gerichte im deutschen Inland, bei deren Einrichtung und Tätigkeit keinerlei Rücksicht auf andere Staaten genommen zu werden braucht, vielmehr gar nicht genommen werden darf, und deren Amtsgewalt sich nicht auf einzelne Personen, sondern auf die gesamte weisse Bevölkerung des Gerichtsbezirkes erstreckt. Die ganze Grundlage der Kolonialgerichtsbarkeit ist somit eine der Grundlage der Konsulargerichtsbarkeit entgegengesetzte. Infolgedessen erheben sich auch im einzelnen ganz bedeutende Schwierigkeiten bei Anwendung des Konsulargerichtsgesetzes in den Kolonien, die man mehrfach schon durch besondere Vorschriften zu beheben genötigt war. Mochte auch das Konsular-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gerichtsgesetz im Anfang ein guter Notbehelf für die Kolonien wegen der tatsächlichen Ähnlichkeit der Verhältnisse in beiden Ländergruppen sein, heute ist dieser Anfang überwunden, und man wird an die Aufgabe heranzutreten haben, ein selbständiges Kolonialgerichtsgesetz zu schaffen, welches in Gerichtsverfassung und Rechtspflege die für die Kolonien notwendigen Besonderheiten gegenüber dem allgemeinen Reichsrecht zu enthalten hat, von der konsularrechtlichen bisherigen Grundlage aber vollständig abzulösen ist.

3. Genau dasselbe gilt für Personenstand und Eheschliessung, die man in den Kolonien nach dem nur für das Ausland berechneten Gesetz vom 4. Mai 1870 eingerichtet hat, wobei man alsbald genötigt war, den personalen Grundgedanken des Gesetzes völlig aufzugeben zu Gunsten des Territorialitätsprinzipes, wie es das Eheschliessungsrecht für das deutsche Inland beherrscht und beherrschen muss.

4. An diese zu beseitigenden Auslandsgedanken in unserem Kolonialrecht ist noch ein weiterer Punkt anzufügen, bei dessen Besprechung ich mir indes Zurückhaltung auferlegen muss, da ich seine wirtschaftliche Tragweite nicht zu übersehen vermag. Der eingangs betonte Rechtsgrundsatz, dass in den Kolonien die Reichsverfassung nicht gilt, hat zur Folge, dass die Kolonien, obwohl deutsches Reichsgebiet, doch nicht zu dem einheitlichen Zollgebiet des Artikel 33 der Reichsverfassung gehören, positiv ausgedrückt, dass die Kolonien Zollausland sind. Bekanntlich sind die Zölle, die in jeder Kolonie nach Massgabe ihrer besonderen Verhältnisse festgestellt sind, heute noch die bedeutendste Finanzquelle der Kolonien, und diese Finanzquelle umfasst in erheblichem Umfange deutsches Geld. Andererseits zahlen die Produkte der Kolonien bei ihrer Einfuhr nach Deutschland die deutschen Zölle und zwar gemäss allgemeiner Vorschrift des Bundesrates diejenigen Vertragssätze, die als Meistbegünstigung zugestanden sind. Ich wage nicht darüber zu urteilen, ob dies eine richtige Festsetzung des Zollverhältnisses zu unseren Kolonien ist. Vom allgemeinen, sozusagen theoretischen Standpunkte müsste man jedenfalls wünschen, dass auch hier der Auslandsgedanke verschwindet und weder deutsche Produkte in den Kolonien noch koloniale Produkte in Deutschland Zoll zu bezahlen haben. Ein monopolistisches Verfahren derart, dass die Kolonien als ausschliessliches Absatzgebiet für die deutsche Industrie vorbehalten, andererseits die kolonialen Tropenprodukte, die wir brauchen, von unseren Kolonien ausschliesslich nach Deutschland eingeführt werden müssen, ist damit wohl vereinbar, insoweit ein solches etwa als zweckmässig erscheinen sollte; und in dieser monopolistischen Gestaltung des Handels mit den Kolonien ist ja England der grosse Lehrmeister, der der Welt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gezeigt hat, welch' kolossale Reichtümer aus Kolonien gewonnen werden können und zwar nicht etwa für den Staat als solchen, sondern für Private. Der Reichtum eines Staates aber besteht stets in erster Linie darin, dass die Privaten reich sind.

Immer wieder muss Verwahrung erhoben werden gegen den im Reichstag und in der Presse ewig wiederholten Gemeinplatz: Die Kolonien geben keine Erträgnisse. Dieser Gemeinplatz ist ein Trugschluss: Nicht darauf kommt es an, wenigstens nicht in erster Linie, dass die Kolonien als solche hohe Erträgnisse geben, sondern dass die dort arbeitenden Kaufleute, Industriellen, Farmer hohe Erträgnisse gewinnen. Die holländischen Kolonien stecken im Defizit; aber das Volk der Holländer ist durch den Erwerb aus seinen Kolonien ein reiches Volk geworden. —

II. War im Obigen für unser Kolonialrecht in vier Punkten gegen den Auslandsgedanken Stellung zu nehmen, erstens gegen den völkerrechtlichen Schutzgebietsgedanken, ferner gegen die konsularrechtliche Grundlage unserer Kolonialgerichtsbarkeit und des Eheschliessungsrechtes in den Kolonien, und weiter gegen das Rechtsverhältnis von Zollausland im Handelsverkehr zwischen Deutschland und seinen Kolonien, so muss andererseits freudig anerkannt werden, dass in anderen Beziehungen der nationale Einheitsgedanke in unserem Kolonialrecht viel schärfer zur Ausprägung gelangt ist als im inländischen Rechte des Reichsgebietes der Reichsverfassung.

1. Während dies letztere sich teilt in die zwei grossen Zuständigkeitssphären nach den Gesichtspunkten Reich und Einzelstaat, gibt es für die Kolonien nur die eine Zuständigkeitssphäre des Reiches und innerhalb derselben lokale Autonomie. Die ganze, oft sehr bedeutende Schwierigkeit der Grenzziehung zwischen Reich und Einzelstaat ist für die Kolonien nicht vorhanden: Der Staat für die Kolonien ist lediglich das Reich, und die Einzelstaaten als solche fallen für die Staatstätigkeit in den Kolonien einfach weg. Nicht als ob die Einzelstaaten in bezug auf die Kolonien gar nichts zu sagen hätten: Sie haben, durch das Medium des Bundesrates, dasjenige Mass von Einfluss, das ihnen nach der bundesstaatlichen Gestaltung unseres Reiches überhaupt in Reichsangelegenheiten, also insbesondere für die Reichsgesetzgebung, zukommt. Aber es gibt keine einzelstaatlichen Staatsaufgaben in den Kolonien. Die innere Verwaltung, das Eisenbahnwesen, die Dinge von Kirche und Schule, soweit sie überhaupt Dinge des Staates sind, sind in den Kolonien Aufgabe des Reiches. Dies gibt von vornherein dem Reichsgedanken in den Kolonien eine sehr viel



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schärfere und konzentriertere Fassung als im Reichsgebiet der Reichsverfassung.

Dabei mag ein Punkt besonders hervorgehoben werden. Unsere Kolonialpolitik war von vornherein auf ein freundschaftliches Verhältnis zur christlichen Mission angewiesen. Ausser den Kaufleuten waren es nur diese Missionen, welche in den Kolonien feste Stationen geschaffen hatten, bevor dort der Staatsgedanke unseres Reiches aufgerichtet wurde, und andererseits haben die Missionen wie die Kaufleute auf der Grundlage des in den Kolonien aufgerichteten Staatsgedankens energisch und erfolgreich in diesen Gebieten weitergearbeitet. In vieler Beziehung nun werden die Missionen, die evangelischen wie die katholischen, ein Eintreten des Reiches und damit eine Einschränkung ihrer Selbständigkeit garnicht wünschen. Aber grundsätzlich muss das Reich anerkennen, dass es seine Pflicht ist, mit seiner Kraft und seinen Mitteln einzustehen für Dinge der Kirche und Schule, wo die Kraft und die Mittel der Missionen nicht ausreichen. Für die Schule ist dies auch schon grundsätzlich anerkannt: Staatsschulen sind vorhanden, und die Missionsschulen müssen allmählich, unter möglichster Wahrung ihrer Freiheit, mit den Staatsschulen zusammen in ein System einheitlicher Reichsschulverwaltung gebracht werden.

Vor allem aber muss das Reich auch seine Rechtspflicht zur allmählichen Herstellung der notwendigsten kirchlichen Einrichtungen anerkennen. Dass die Generalsynode der neun altpreussischen Provinzen für diesen Zweck mit dem Klingelbeutel, der in erster Linie den Armen dienen soll, in den deutschen Landeskirchen umherwandert, ist des Reiches unwürdig, und die Gründe, die gegen die Rechtspflicht des Reiches in der altpreussischen Generalsynode vorgebracht wurden — dass die kirchlichen Dinge Sache der Einzelstaaten seien — sind für die Kolonien staatsrechtlich falsch: Schule und Kirche sind, soweit sie überhaupt Staatssache sind, in den Kolonien Sache des Reiches, weil dort eben alle Staatsaufgaben Sache des Reiches sind.

2. Dieses grosse Prinzip findet nun seinen äusseren staatsrechtlichen Ausdruck, der auch jedem Nichtjuristen, der der ganzen Welt klar verständlich ist, in dem Satze des Gesetzes, der als die Quintessenz des kolonialen Staatsrechtes erscheint: Der Kaiser stellt die deutsche Staatsgewalt in den Kolonien dar; oder in der formaljuristischen, teilweise unrichtigen Sprache des Gesetzes: Die Schutzgewalt in den Kolonien übt der Kaiser aus. Der Kaiser ist die Staatsgewalt der Kolonien: Das ist ein Wort von ungeheuerster Bedeutung, denn hinter diesem Worte steht äussersten Falles das ganze Heer und die Marine des Reiches. Ob der Deutsche, der in den Kolonien

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

arbeitet, Preusse oder Coburger, Bayer oder Hamburger ist — er ist Untertan des Kaisers, und jeder Schritt, den er in den Kolonien tut, steht unter der Schutzgewalt wie unter der Strafgewalt des Kaisers. Und die Massais und Hereros, die dort wohnen, und die Engländer und Franzosen, die dort arbeiten, werden geschützt, aber auch beherrscht vom deutschen Kaiser.

Das ist, wenn wir nur 30 Jahre zurückdenken, äusserlich das Allergrösste, was der grosse Kaiser und sein treuer Diener, der grosse Kanzler, für uns Nachlebende errungen haben, und es bedarf keiner Ausführung, welch gewaltige Bedeutung unser kaiserlicher Herr heute diesem staatsrechtlichen Gedanken gegeben hat. Viele Worte können die Gewalt dieses Gedankens nur abschwächen.

3. Der oberste Beamte des Kaisers wie für alle Reichsangelegenheiten so auch für die Kolonien ist der Reichskanzler. Das Amt des Reichskanzlers, des Ministers des Reiches, zerfällt staatsrechtlich in einzelne Geschäftszweige, die von Staatssekretären geleitet werden. Die Kolonien sind bis jetzt nicht ein solcher staatsrechtlich selbständiger Geschäftszweig. Anfänglich waren sie nur eine Sparte, ein „Dezernat“ des Auswärtigen Amtes; schon nach einem Jahrzehnt hatte die Entwickelung zur grundsätzlichen Anerkennung der Selbständigkeit der Kolonial-Abteilung gedrängt; aber die staatsrechtliche Unterordnung unter das Auswärtige Amt besteht auch heute noch, wenn auch nur in der gekennzeichneten losen Form. Auswärtige Angelegenheiten wie die diplomatischen und konsularischen Dinge aber sind die Dinge der Kolonien jedenfalls nicht, so nahe sie auch, besonders in den Anfängen, damit zusammenhingen, denn die Kolonien sind deutsches Land.

Ob die Zeit für ein ministerielles Kolonialamt mit eigenem Staatssekretär heute schon gekommen ist, wage ich nicht mit Bestimmtheit auszusprechen; jedenfalls drängt die Entwickelung dahin, und dem Fernerstehenden mag es wohl manchmal scheinen, als ob die Energie der Kolonial-Abteilung durch die Verbindung mit unserem ausgezeichneten Auswärtigen Amte nicht gestärkt, sondern geschwächt werde. Doch kann der Fernerstehende hierüber ein sicheres Urteil nicht zu fällen sich vermessen.

4. Von hier aus gliedert sich dann die staatsrechtliche Organisation der Kolonien nach unten. Von der zur Zeit noch unter der ganz militärischen Leitung des Reichsmarineamtes, welche durch eine besondere Dankesresolution dieses Kongresses mit Recht ausgezeichnet wird, stehenden chinesischen Pachtkolonie Kiautschou wird hierbei abgesehen und auf Einzelheiten kann überhaupt nicht eingegangen werden. Wir haben in den afrikanischen Kolonien die Anfänge einer militärischen Organisation durch das Schutztruppengesetz,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die sich selbstverständlich an unsere Reichs-Heeresorganisation anlehnt, aber doch dieser gegenüber ganz selbständig bleibt und in ihrem Oberkommando der Kolonial-Abteilung angegliedert ist. Die Wehrpflicht kann auch in diesen Kolonialtruppen abgeleistet werden, selbst der Einjährig-Freiwilligen-Dienst ist bereits eingerichtet, und sehr charakteristisch ist, abgesehen von der Anwerbung von Eingeborenen für die deutschen Schutztruppen, die Einfügung der Rehobother Bastards in Südwestafrika in den obligatorischen deutschen Militärdienst.

In ausgedehntem Masse ist dann ferner bereits der Zivilstaatsdienst in den Kolonien organisiert und auch hierfür bereits eine einheitliche Gesetzgebung in Anlehnung an das Reichsbeamtengesetz geschaffen. Überall sind deutsche Gerichte in einem in den Kolonien selbst abgeschlossenen Instanzenzuge eingerichtet, denen grundsätzlich auch die Eingeborenen unterworfen sind, insofern sie ihnen durch kaiserliche Anordnung unterstellt werden können; dieser Reichs-Gerichtsorganisation zur Seite tritt die besondere Eingeborenen-Gerichtsbarkeit, welche für absehbare Zeit nicht entbehrlich erscheint und welche eine besonders interessante Gestaltung in den in einigen Kolonien eingerichteten Eingeborenen-Schiedsgerichten, die sich, wie es scheint, wohl bewährt haben, gefunden hat.

Daneben sind einzelne Verwaltungszweige mehr oder minder weit ausgestaltet: Neben der allgemeinen Verwaltung, die in der Hand von Gouverneuren zusammengefasst ist, gibt es Zoll-, Post-, Berg-, Forst- und Schulverwaltung. Die Behördenorganisation ist schon ziemlich weit vorgeschritten und der Beamtenbedarf ein nicht unbedeutender.

Dieser letztere Punkt führt zu einer allgemeinen Betrachtung. Die Kolonialbeamten werden bis jetzt dem deutschen Offiziers- und Beamtenstand entnommen, haben also die für diese Laufbahnen notwendigen Voraussetzungen an Vorbildung und Prüfungen durchgemacht. Das ist gewiss gut, aber es reicht einerseits für die besonderen und schwierigen Verhältnisse der Kolonien durchaus nicht zu, andererseits ist es bei dem langen Wege, der bis zum Assessor zurückgelegt werden muss, wie ich glaube, auch wieder zu viel. Der Kolonialrat hat sich in seiner letzten Tagung eingehend mit diesen Fragen beschäftigt. Die baldige richtige Gestaltung dieser Dinge erscheint als ein dringendes Bedürfnis. Man hat zu Zwecken der besonderen Vorbildung das orientalische Seminar an der Universität Berlin errichtet. Diese Anstalt, deren Verdienste gewiss nicht gering geachtet werden sollen, dient in erster Linie dem Studium der sogen. orientalischen Sprachen. Ebenso wichtig aber, ja vielleicht viel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wichtiger noch, ist das Studium der wirtschaftlichen Dinge und vor allem auch des Kolonialrechtes.

Um diesen dringenden Erfordernissen genügend Rechnung zu tragen, bedarf es der baldigen Ausgestaltung des sogen. orientalischen Seminars zu einer selbständigen, unter der Leitung des Reiches stehenden Kolonial-Akademie, welche in drei Fakultäten, eine für das Recht, eine für die Naturwissenschaften und eine dritte für die Sprachen zu gliedern wäre; auch für den Konsular- und diplomatischen Dienst wäre eine solche Lehranstalt, wie mir scheint, dringendes Bedürfnis, und ein obligatorisches Studium nach Ablegung der Referendarprüfung wäre für die angegebenen Zweige des Staatsdienstes auf dieser Akademie vorzuschreiben. Der gegenwärtige Zustand erscheint als ungenügend und unhaltbar. Neben dem obligatorischen würde sicherlich auch das fakultative Studium auf einer solchen Akademie von seiten junger Kaufleute, Verwaltungsbeamten, Offiziere einen erheblichen Umfang gewinnen.

5. Noch in einem weiteren Punkte hat der Reichsgedanke im Kolonialrecht eine wesentlich stärkere Gestaltung gefunden als im Reichsrecht der Reichsverfassung. Schon oben wurde darauf hingewiesen, wie in den Kolonien der Einzelne direkt als Untertan der Reichsgewalt, d. i. des Kaisers, erscheint. In einer wichtigen Vorschrift ist daraus eine bedeutsame Folgerung gezogen. Der Fremde, der Deutscher werden will, kann dies erreichen durch den Rechtsakt der Naturalisation. Im Reichsgebiet der Reichsverfassung vollzieht sich dieser Akt zwar nach Reichsgesetz, aber durch die Einzelstaaten. Der Russe, der in Königsberg Deutscher werden will, wird dies dadurch, dass ihn der dortige Regierungspräsident zum Preussen erklärt; er wird also formell nicht Deutscher, sondern Preusse und dadurch nur implicite Deutscher.

Der Fremde aber, der in den Kolonien Deutscher werden will, wird nicht Preusse oder Hesse, sondern er wird vom Reichskanzler zum Deutschen erklärt und ist zunächst nur Deutscher; in seinem Belieben steht es, ob er dazu noch besonderer Preusse oder Hesse oder was sonst unter den 26 Vaterländern werden will.

Auch dies ist eine wichtige und wohltuende Äusserung des Reichsgedankens, ebenso wie der Soldat im Kolonialheer, der sogen. Schutztruppe, nur Reichssoldat ist. —

Als eine dritte Gruppe grundlegender Vorschriften unseres Kolonialrechtes wären noch die Vorschriften des Eingeborenen-Rechtes zu behandeln. Doch ich muss mir versagen, hierauf weiter einzugehen. Nur der dankbaren Anerkennung gegenüber unserer Kolonialverwaltung sei warmer Ausdruck gegeben, dass sie sich redlich be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

müht hat, die Eingeborenen zu menschenwürdigem Dasein zu erziehen und sie insbesondere auch gegen ihre eigenen verderblichen, ja selbstmörderischen Neigungen und Leidenschaften zu schützen.

Die deutschen Kolonien sind ein Erbteil unserer grossen Zeit. Möge ein guter Stern über ihrer weiteren Entwickelung leuchten. Möge dem ungeheuren idealen Wert, den sie für die nationale Einheit unseres Volkes haben, durch richtige Gestaltung der Gesetzgebung, durch strengen Schutz des Rechtes und durch sorgsam pflegende, aber auch energisch verhütende Verwaltung auch der materielle Wert mehr und mehr gleichbedeutend zur Seite treten. Darüber, dass unsere Kolonien „etwas wert" sind, belehrt uns am besten das Urteil anderer Völker.

Dem liebevollen Verständnis des deutschen Volkes für die Kolonien sollte unser Kongress dienen. Wir leben der sicheren Hoffnung, dass ein reicher Erfolg nach dieser Richtung die Verhandlungen dieser Tage krönen wird.

Geheimer Oberkirchenrat Dr. theol. **Bard,** Schwerin: Wenn ich den Herrn Referenten über das hier zur Frage stehende Thema recht verstanden habe, so war seine Meinung, dass das Reich als solches die Pflicht und das Recht habe, in den Kolonien auch Kirchen zu gründen. Es wurde also für das Reich und den obersten Träger der Reichsgewalt, Seine Majestät den Kaiser, das Recht zu kirchenregimentlichen Taten in den Kolonien in Anspruch genommen. Ich halte diese Theorie für einigermassen bedenklich. Ich glaube nicht, dass dem Reich und auch dessen Oberhaupt kirchenregimentliche Funktionen auch in den sonst unter Reichsgewalt stehenden Kolonien zustehen, sondern nach meinem Dafürhalten haben in Deutschland die einzelnen Landesherren herkömmlich kirchenregimentliche Gewalt und damit Rechte und Pflichten der Kirchengründung. In den Kolonien besteht also eine solche kirchenregimentliche Gewalt nicht, sie ist auch nicht dadurch geschaffen, dass das Reich seine Kolonien hat, und aus der Staatsgewalt, welche dem Reiche und dem Oberhaupt des Reiches über die Kolonien zusteht, folgt nach meinem Dafürhalten nicht eine kirchenregimentliche Gewalt. Wenn auch die Kirchenhoheit sicherlich in den Kolonien der Reichsgewalt und dem Vertreter, dem Inhaber der Reichsgewalt, Seiner Majestät dem Kaiser, zusteht, so liegt doch in der Kirchenhoheit nicht Recht und Pflicht der Kirchengründung, sondern diese steht, so viel ich sehe, den eigentlichen Vertretern dieses Regiments, also den Fürsten zu.

Wie soll das nun in den Kolonien gehandhabt werden? Nach meinem Dafürhalten geht das nur so, dass die Reichsgewalt sich an die Kirchenregimenter der einzelnen Konfessionen zu wenden und sie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu veranlassen hat, dass, weil ihnen kirchenregimentliche Rechten und Pflichten zustehen, sie auch in den Kolonien diese kirchenregimentlichen Funktionen üben. Die dort durch die wirklichen Inhaber kirchenregimentlicher Gewalt mittelst des Reichs gegründeten Kirchen würden dann allerdings unter die Reichsgewalt, insofern sie die Kirchenhoheit hat, zu stehen kommen. Ich möchte in aller Bescheidenheit mir gestatten, dies zur Geltung zu bringen.

Der Vortragende, Prof. Dr. **Zorn,** Bonn: Ein Schlusswort möchte ich nicht sprechen, ich möchte die geehrte Versammlung damit nicht lange von den übrigen Arbeiten abhalten.

Aber das, was wir eben gehört haben über die Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse in den Kolonien, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Es ist nach meiner Überzeugung juristisch falsch und es ist, wie ich glaube, noch viel mehr als juristisch falsch: Es ist auch nach der Gesinnung des deutschen Volkes falsch und tatsächlich undurchführbar. Wir wollen Gott danken, dass wir wenigstens in den Kolonien eine Einheit des deutschen Gedankens haben, in die die deutsche Zersplitterung nicht hineinreicht.

Rechtsanwalt und Notar **Preuss,** Köpenick: Gestatten Sie, dass ich zu einem ganz besonderen Zweige der Kolonialverwaltung einige Worte spreche, veranlasst durch meine berufliche Tätigkeit, in der ich darüber um Rat gefragt wurde. Es handelt sich um die Rechtsverhältnisse unserer Kaiserlichen Schutztruppe, und zwar möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den einen Punkt nur für ganz kurze Zeit — eine eingehendere Darlegung an anderer Stelle muss ich mir vorbehalten[1]) — heute hinlenken: Wie steht es mit der Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsinvaliden unserer Kaiserlichen Schutztruppe?

Die Materie selbst ist im Gesetz vom 31. Mai 1901, betreffend Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen, geordnet.

Es heisst dort ausdrücklich, dass die Kaiserlichen Schutztruppen nach Massgabe dieses Gesetzes zu beurteilen sind, und weiter: Ob eine militärische Unternehmung im Sinne dieses Gesetzes als ein Feldzug anzusehen ist, bestimmt der Kaiser. Dieses Gesetz enthält eine Bestimmung, welche die allergrössten Bedenken wachrufen muss und in der Tat für die Schutztruppen und deren Angehörige eine ausserordentliche, ich möchte beinahe sagen, qualvolle Härte darstellt. Es

1) Habe ich inzwischen bis zum Druck der Verhandlungen in Nr. 47 der Deutschen Kolonialzeitung veröffentlicht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

heisst nämlich im Schlussabsatz des § 14: Für die Hinterbliebenen von Teilnehmern an den vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Feldzügen ist dabei Bedingung, dass die Ehe vor dem Jahre 1901 geschlossen worden ist. Also, es haben nur diejenigen Angehörigen von Kriegsinvaliden Anspruch auf Versorgung, bezüglich deren die Ehe spätestens am 31. Dezember 1900 geschlossen ist. Motiviert ist diese Bestimmung wie folgt: Etwaiger missbräuchlicher Ausnutzung der vorgesehenen Witwenversorgung musste durch Bestimmung einer Frist für die Eheschliessung der Invaliden aus den früheren Feldzügen vorgebeugt werden.

Ich darf wohl sagen, so kurz diese Motivierung ist, ebenso kränkend und unrichtig ist sie, und ich kann in der kurzen Zeit nur das eine sagen, dass Herr Graf von Oriola bei der ersten Beratung des Gesetzes die treffenden Worte gefunden hat: „Man kann dem älteren Offizier bei der Heirat keine anderen als ehrenwerte Motive zu Grunde legen."

Abgesehen davon, dass nach dem Gesetz, welches am 1. April 1901 in Kraft getreten ist, die Witwe eines in den Gefechten vom 1. Januar 1901 bis 31. März 1901 Kriegsinvalide gewordenen überhaupt nichts erhält, muss es doch als ausserordentlich hart bezeichnet werden, und ist auch wohl vom Gesetz nicht beabsichtigt worden, dass dem Schutztruppenangehörigen, der während der aktiven Dienstzeit in der Regel, insbesondere des Klimas und der Wohnungsverhältnisse wegen, nicht heiraten kann, in die Heimat zurückgekehrt, die Begründung eines eigenen Herdes so erschwert wird; aber nach Lage des Gesetzes ist dagegen nichts zu machen. Es muss eine Abänderung eintreten. Ich halte die gesetzliche Bestimmung für notwendig, dass der Schlussabsatz des § 14 des Reichsgesetzes, betreffend die Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen, auf die Angehörigen der kaiserlichen Schutztruppen keine Anwendung findet. Ich würde hochbeglückt sein, wenn es mir durch diese Ausführungen gelungen wäre, einen Herzenswunsch der Männer, die in der kritischsten Zeit draussen für uns gelitten und unseren Kolonialbesitz erhalten haben, der Erfüllung näher zu bringen. Möge die kurze Anregung diesen Wackeren zum Heil und Segen gereichen, aber auch Ihren Beifall finden, was ich aus Ihren Zurufen entnehme.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Organisation der Rechtspflege in den Kolonien.

Von Admiralitätsrat Professor Dr. **Köbner,** Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

## Die koloniale Rechtspflege in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung.

In unserem Zeitalter, in dem alle Zweige der Jurisprudenz mehr und mehr von volkswirtschaftlichen und sozialen Gedankenreihen beeinflusst werden, darf wohl ohne weitere Beweisführung der Satz hier an die Spitze gestellt werden, dass alles Recht nicht Selbstzweck ist, dass es nur die Ausdrucksform gewisser wirtschaftlicher, kultureller, mittelbar auch politischer Verhältnisse und andererseits wiederum ein Mittel zur Befriedigung ebensolcher Bedürfnisse darstellt. Wenn dies von der Zweckbestimmung jedes Rechts gilt, so gilt es in ganz besonderem Masse von dem Kolonialrecht, von dem Recht jener im Sinne unserer Kultur jungfräulichen Gebiete, in denen neuartige wirtschaftliche und politische Verhältnisse förmlich vor unseren Augen nach adäquatem rechtlichem Ausdruck drängen.

Koloniale Rechtsmassregeln haben einen Wert und eine innere Berechtigung nur, sofern wirtschaftliche und sonstige Kulturgüter vorhanden sind, zu deren Schutze sie dienen, oder soweit sie erforderlich sind, um solchen Kulturgütern die Möglichkeit ihrer Entstehung zu geben. Mit anderen Worten, sie sind immer ein sekundäres Moment in der Kolonialpolitik. Gesetze und Verordnungen an sich schaffen auch in der Häufung noch keine koloniale Kultur. Das Vorangehende und Fruchtbare sind Verwaltungsmassnahmen, welche Werte schaffen durch geeignete Massregeln des Staates und vor allen Dingen durch ein Gewährenlassen des privaten Unternehmungsgeistes. In zweiter Linie erst handelt es sich darum, die geschaffenen Werte zu schützen durch Gesetze, durch Verordnungen, schliesslich durch den Rechtsweg der Gerichte, der jedem subjektiven Rechte die Möglichkeit seiner praktischen Durchführung sichert.

Aber auch in dieser Beschränkung aufgefasst, übt das Kolonialrecht für das gesamte koloniale Leben eine überaus wichtige Funktion aus, denn dieses Leben vollzieht sich und kann sich nur vollziehen unter einem weit ausgebildeten Rechtsschutz. Hierunter dürfen wir nicht nur den Schutz von Leben, Freiheit, Gesundheit und Eigen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tum verstehen, den Schutz gegen verbrecherische Angriffe, den das Strafrecht und die Polizei gewähren; er ist natürlich die unerlässliche Voraussetzung aller weiteren kolonialen Rechtsordnung, aber er erschöpft noch keineswegs den Begriff des Rechtsschutzes. Wir haben unter „Rechtsschutz" vielmehr auch weiter zu begreifen den durch Gesetz und Verordnung gewährleisteten, durch die Tätigkeit der Gerichte verwirklichten Schutz all der unzählig vielen, feinen und feinsten Verzweigungen und Gestaltungen des wirtschaftlichen Verkehrs, die ganze Summe der privatrechtlichen und insbesondere der handelsrechtlichen Normen, die der moderne, namentlich der überseeische Verkehr nun einmal zur unerlässlichen Voraussetzung hat.

Bei den Fragen des materiellen, insbesondere des Handelsrechts, liegen die Zusammenhänge der Rechtsfragen und der wirtschaftlichen Interessen auf der Hand. Aber auch die Probleme der, wenn ich so sagen darf, mehr formalen Seite des Rechtsschutzes, der Organisation der Justiz, die uns im folgenden beschäftigen sollen, erscheinen als ein ganz wesentliches Moment der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Schutzgebiete. Denn aller Rechtsschutz durch materiellrechtliche Vorschriften würde ja unwirksam bleiben, wenn nicht seine Durchführung durch einen geordneten Rechtsgang (Prozessrecht) und durch zweckmässig organisierte Gerichte (Gerichtsverfassung) gesichert wäre.

Die Hochhaltung der Justiz in den Kolonien ist keineswegs nur eine ideologische Forderung; sie ist zugleich ein Gebot gesunder kolonialer Realpolitik. Dasjenige Volk, welches seine Kolonialpolitik sicherlich ohne alle Sentimentalität und rein als „matter of fact" betreibt, England, hat die Bedeutung der Rechtspflege für die wirtschaftliche Entwickelung seiner Kolonien sehr gut erkannt. In allen englischen Kolonien nimmt der Kolonialrichter eine ganz hervorragende Stellung ein. Ich gehöre durchaus nicht zu den unbedingten Bewunderern des vielgerühmten „englischen Kolonialsystems", aber wo es, wie in diesem Punkte, in langer Praxis und in den verschiedensten Weltgegenden sich bewährt hat, sollen wir von ihm lernen.

Die absolute Sicherstellung einer guten Justiz nach allen Seiten ist eine der Grundbedingungen für das Hineinströmen des Kapitals in unsere Schutzgebiete.

Gerade unter den kolonialen wie überhaupt den überseeischen Verhältnissen drängen vielfache Umstände auf den Grossbetrieb, auf die Bildung umfangreicher und lebenskräftiger Gross-Unternehmungen, welche regelmässig nur im Wege der Kapitalassociation zu ermöglichen sein werden. Die grossen kolonialen Gesellschaften, Plantagen-, Eisenbahn-, Schiffahrts- und Bergwerksunternehmungen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sollen mehr und mehr ihren Sitz, ihren wirtschaftlichen und auch ihren juristischen Mittelpunkt in den Kolonien selbst suchen; das liegt im Interesse der Entwickelung der letzteren. Beispielsweise ist es in der Kiautschouverwaltung schon jetzt ein unbedingt festgehaltener Grundsatz, alle Gesellschaften, welche im Schutzgebiete oder vom Schutzgebiete aus im Hinterlande ihre Unternehmungen betreiben wollen, zu veranlassen, ihren Sitz in Tsingtau zu nehmen. Es handelt sich da um gross angelegte Unternehmungen. Sowohl die Schantung-Eisenbahngesellschaft mit 54 Millionen Kapital, als auch die Schantung-Bergbaugesellschaft mit bisher 12 Millionen Kapital, und andere koloniale Unternehmungen haben rechtlich ihr Domizil in Tsingtau; in Berlin haben diese Unternehmungen juristisch nur eine Zweigniederlassung. Damit ist aber auch gegeben, dass der allgemeine Gerichtsstand dieser Unternehmungen in das Schutzgebiet fällt, dass etwaige Prozesse sich vor den Gerichten des Schutzgebietes abspielen, und dass in vielen Fällen überhaupt keine Gelegenheit gegeben ist, die Rechtsstreitigkeiten vor die einheimischen Gerichte zu ziehen. Hieraus erhellt die wirtschaftliche Wichtigkeit einer befriedigenden Rechtspflege in dem Schutzgebiete selbst.

## Das Verhältnis von kolonialer Rechtspflege und -Verwaltung.

Die Organisation der Justiz ist auch in den Kolonien eine wirtschaftlich bedeutsame Aufgabe ganz für sich und ist — soweit tunlich — von der Organisation der Verwaltung im engeren Sinne zu trennen. Ja, es sind Fälle denkbar, in denen konkurrierende Interessen bei beiden eintreten. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Verwaltung und der Verwaltungsbeamten sind in den Schutzgebieten sehr mannigfaltige; der Staat als Fiskus hat in den Kolonien im Wirtschaftsleben eine relativ noch weit wichtigere Stellung als im Mutterlande. In den deutschen Schutzgebieten fallen nach ihrer bisherigen Entwickelung zumeist die grossen technisch-wirtschaftlichen Aufgaben dem Fiskus zu. Er ist hier zumeist der grösste Unternehmer, der die Strassen, die Häfen, zum Teil auch die Eisenbahnen baut; er ist damit der grosse Arbeitgeber, der weitaus das zahlreichste Personal beschäftigt; er ist in den Schutzgebieten in der Regel der bei weitem grösste Grundbesitzer. Der Fiskus ist aber auf der anderen Seite zugleich der weitaus grösste Konsument, der die Materialien für seine Bauten, die Lebensmittel u. a. m. für seine Beamten, Militärpersonen und Arbeiter anschafft. Alles dies bringt den kolonialen Verwaltungsbeamten durch den Abschluss und die Ausführung zahlloser Rechtsgeschäfte in eine Fülle von wirtschaftlichen und damit auch rechtlichen Beziehungen zu den meisten Kreisen der Bevölkerung.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es ist nicht wünschenswert, dass ein Beamter, der in dieser Weise — im Sinne des Zivilrechts gesprochen — Vertragspartei bezw. Vertreter der einen Vertragspartei bei einer kaufmännischen etc. Angelegenheit war, später im Prozesse in richterlicher Eigenschaft mit derselben Angelegenheit sich zu befassen hat.

Wir dürfen allerdings die unbedingte Überzeugung haben, dass jeder unserer Kolonialbeamten, sobald er in richterlicher Tätigkeit auftritt, nach Recht und Gesetz, sei es auch gegen den Fiskus, gegen die Behörde, der er selbst angehört, entscheiden würde. Aber es ist ein Grundsatz aller Verwaltungspolitik, Beamte tunlichst nicht in derartige Gewissenskonflikte zu bringen, und schliesslich ist es von einem gewissen Wert, dass auch jeder Schein vermieden wird, als ob nicht die völlige Unabhängigkeit der Kolonialgerichte gewährleistet sei; es ist dies für die Heranziehung des Privatkapitals zu kolonialen Unternehmungen nicht ohne Bedeutung

Im Grundsatze ist die Trennung von Justiz und Verwaltung in der Organisation unserer Schutzgebiete längst anerkannt, sind für die Handhabung der Rechtspflege weitgehende gesetzliche Kautelen, die wir im folgenden noch kennen lernen werden, geschaffen. Allein neben dieser grundsätzlichen, sachlichen Trennung ist auch in persönlicher Beziehung eine Scheidung der beiden Funktionen anzustreben. In dieser Allgemeinheit und Schärfe ausgesprochen, ist die Forderung natürlich nur eine ideelle. Sie lässt sich oft nicht durchführen in jenen ausgedehnten Gebieten einer jungen Kultur, wo unmöglich sofort eine so zahlreiche Beamtenschaft hingesandt werden kann, um die Verwaltungs- und getrennt davon die Justizposten zu besetzen, ja, wo eine solche Häufung des Beamtentums in den Anfängen kolonialer Entwickelung garnicht einmal wünschenswert ist. Wie auf so vielen anderen Gebieten, so vollzieht sich auch auf dem der Rechtspflege die koloniale Entwickelung nun einmal nicht nach theoretischen Gesetzen. Das ist auch gut so, es soll eine organische, aus den konkreten örtlichen Verhältnissen herauswachsende Entwickelung sein. In den Anfängen unserer Kolonien wurden mit den richterlichen Geschäften nicht selten Ärzte, Militärpersonen und andere Pioniere der Kolonisation beauftragt, und ich bin überzeugt, dass sie ihre Sache nicht schlecht gemacht haben. Heute noch wird man, wenn man die Wahl hat, entweder unter dem durch die Etatsmittel numerisch begrenzten Beamtenpersonal eines ausgedehnten Schutzgebietes nur einige, naturgemäss alsdann sehr wenige Beamte lediglich mit richterlichen Geschäften zu beauftragen, oder aber zu diesen eine grössere Anzahl auch von Verwaltungsbeamten heranzuziehen, unter Umständen aus praktischen Erwägungen den zweiten Weg wählen. Denn die Mehrheit der Rechtsuchenden würde es vorziehen, sich in gerichtlichen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dingen an einen Beamten zu wenden, der in erster Linie allerdings Verwaltungsbeamter ist, der aber doch immerhin die staatliche Autorität repräsentiert und der örtlich leicht erreichbar ist, anstatt die theoretische Forderung aufzustellen, sich an einen richterlichen Beamten zu wenden, der nur solcher ist, dafür aber weit entfernt seinen Sitz hat. Man wird also auch in dieser Beziehung sich nach der Decke strecken müssen, aber man soll stets, wenn, wie hier, die Dinge grundsätzlich betrachtet werden, das Ziel deutlich feststellen, dem die Entwickelung zustreben muss. Und dieses Ziel kann kein anderes sein als die Trennung von Justiz und Verwaltung.

In der unteren Instanz wird dieses Ziel noch auf längere Zeit hinaus, namentlich für unsere ausgedehnteren Schutzgebiete, wegen des bereits angedeuteten Personalmangels, nicht ganz zu erreichen sein. Anzustreben aber ist, wie dies seitens kolonialer Kreise, insbesondere auch im Kolonialrate, wiederholt betont worden ist, dass wenigstens an der Spitze, in der letzten Instanz, Rechtspflege und Verwaltung getrennt werden.

Dieser Wunsch kolonialfreundlicher Kreise zielt durchaus nicht auf eine Minderung der Stellung des Gouverneurs hinaus, im Gegenteil, diese Stellung kann durch solche Massnahmen nur gehoben werden. Denn der Gouverneur, der Vertreter des deutschen Kaisers in einem fernen Gebiete, muss zu hoch stehen, als dass er in die kleinen und häufig auch kleinlichen Sorgen und Streitigkeiten des Gerichtslebens hineingezogen werden sollte; der „strepitus fori“ muss ihm fern bleiben. Der überragenden allgemeinen Stellung des Gouverneurs entspricht auf dem Gebiete der Rechtspflege seine Tätigkeit als Gesetzgeber. Eine solche übt er heute kraft des Verordnungsrechts, das ihm, sei es direkt vom Kaiser, sei es vom Reichskanzler, delegiert ist, überall in den Schutzgebieten in weitem Masse aus. Mit dieser Stellung des Gouverneurs als Gesetzgeber, ebensowenig wie mit seiner Wirksamkeit als Chef der Verwaltung, ist die Funktion als oberster Richter vereinbar.

Die Gouverneure selbst empfinden regelmässig ihre Belastung mit richterlichen Geschäften durchaus nicht als etwas Wünschenswertes.

Wenn wir die bisherige Entwicklung der Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten überblicken, so muss anerkannt werden, dass man dem Ziele der Trennung von Justiz und Verwaltung immer näher gekommen ist und dass namentlich in jüngster Zeit dankenswerte Fortschritte in dieser Richtung gemacht sind.[1]) In einer

Anm. 1: Der Etatsentwurf für 1903, welcher während der Drucklegung des obigen Vortrages erschienen ist, weist einen weiteren

Kolonie nach der andern sehen wir die Stellungen selbständiger richterlicher Beamter, insbesondere eines selbständigen Oberrichters schaffen.

Welches der heutige Stand dieser Entwicklung in den verschiedenen Schutzgebieten ist, wird im II. Teile dieses Vortrages, bei der Darstellung der jetzigen Organisation der Rechtspflege im einzelnen darzulegen sein.

## Grundsätze der Eingeborenen-Rechtspflege.

Das bisher Ausgeführte betrifft aber nur eine Seite der kolonialen Rechtspflege, nämlich den Schutz der deutschen, überhaupt der weissen Bevölkerung. Ganz anders stellt sich das Problem dar, wie der Rechtsschutz der einheimischen Bevölkerung zu verwirklichen ist. Dass seine Verwirklichung, dass die umsichtige und nachdrückliche Wahrung der Rechte der Eingeborenen zu den wesentlichen Aufgaben jeder modernen Kolonisation gehört, braucht wohl nicht weiter begründet zu werden. Der Rechtsschutz der Eingeborenen ist nicht nur eine ideale Forderung der Humanität, sondern zugleich ein Grundsatz gesunder kolonialer Realpolitik. Nur mit einer rechtlich geschützten, wirtschaftlich leistungsfähigen, als Produzenten wie als Konsumenten wertvollen Eingeborenenbevölkerung können wir kolonisieren. Gegenüber der modernen Rechtskultur der Europäer kommt es darauf an, gerade die uralt eingewurzelten einfachen Rechtsanschauungen der Eingeborenen nach Möglichkeit wenig zu stören. Denn nichts erleichtert eine fruchtbare und friedliche Kolonisation mehr, als die Beibehaltung der altgewohnten Sitten und Rechtsanschauungen der Bevölkerung. Dies gilt naturgemäss besonders von denjenigen Gebieten des Rechts, welche mit tief wurzelnden Einrichtungen und Anschauungen familiärer, ethischer, religiöser Art zusammenhängen, wie wir dies auf dem Gebiete des Familienrechts, des Strafrechts, vielfach aber auch des Prozessrechts sehen. Hier wird ein besonders zurückhaltendes und vorsichtiges Vorgehen geboten sein. Hier muss es im allgemeinen anderen Faktoren, dem Missionar, dem Kaufmann, dem Techniker, überlassen bleiben, zunächst die kulturelle, religiöse, auch die wirtschaftliche Annäherung an unsere Anschauungen herbeizuführen, ehe der Staat mit seinen Rechtssatzungen bis ins einzelne eingreift. Das Gesagte gilt in ganz besonderem Masse natürlich da, wo wir es nicht mit einem primitiven Rechtssystem zu tun haben, wie zumeist in Afrika und der Südsee, sondern

---

bedeutsamen Fortschritt in derselben Richtung auf durch die Schaffung zweier neuer selbständiger Oberrichterposten. Im einzelnen vgl. unten S. 350.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mit einer Rechtskultur, die unbeschadet ihrer Auswüchse in ihrer Art als eine hochentwickelte zu bezeichnen ist, wie wir sie in unserem chinesischen Schutzgebiete finden.

Im scharfen Gegensatze zu der oben entwickelten Trennung von Justiz und Verwaltung für die weisse Bevölkerung ist eine solche Trennung für die Farbigen ungeeignet. Die Letzteren haben von vornherein keinerlei Bedürfnis, ja nicht einmal ein Verständnis für eine solche Scheidung. Der Eingeborene ist gewöhnt, zu dem Beamten, dem Dorfältesten, dem Jumben, dem Kadi, dem Mandarin, und wie immer diese Autoritäten in jenen Ländern heissen und abgestuft sein mögen, zu gehen und sich seinen Machtsprüchen zu unterwerfen, ohne scharf zwischen Angelegenheiten der Rechtsprechung und der Verwaltung scheiden zu können. Er verlangt danach, dem Beamten alle seine kleinen und grossen Sorgen und Beschwerden vorzutragen und deren Abstellung zu erwarten; es ist ihm dabei völlig gleichgültig, in welche Kategorie moderner Staatsfunktionen, ob in die „Gerichtsbarkeit" oder in die „Verwaltung", seine Angelegenheit gehört. Diesen Zustand finden wir im ganzen Orient, auch in dem kulturell am höchsten stehenden Staate des Ostens, in China; auch in unserem chinesischen Schutzgebiete hat man deshalb nach sorgfältiger Überlegung darauf verzichtet, gegenüber der chinesischen Bevölkerung eine scharfe Trennung von Justiz- und Verwaltungsfunktionen einzuführen. Beide werden, wie wir noch näher sehen werden, gleichmässig von den Bezirksamtmännern wahrgenommen. In den Schutzgebieten Afrikas und der Südsee liegt die Rechtsprechung in den Angelegenheiten der einheimischen Bevölkerung fast durchweg in den Händen von Verwaltungsbeamten. Daneben sehen wir überall das Bestreben, die Eingeborenen selbst, sei es als Beisitzer, sei es nur als Auskunftspersonen etc. zu der Erledigung der Rechtsangelegenheiten ihrer Stammesgenossen hinzuzuziehen. Wir werden dies bei der Eingeborenen-Rechtspflege in den einzelnen Schutzgebieten noch zu betrachten haben.

Die beiden bisher aufgestellten grundsätzlichen Gesichtspunkte, nämlich einerseits die Ausgestaltung einer modernen, von den Funktionen der Verwaltung losgelösten Gerichtsbarkeit für die weisse Bevölkerung, andererseits die Beibehaltung und Ausgestaltung der uralt eingewurzelten, mit den Verwaltungsaufgaben untrennbar verknüpften Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen, laufen nun nicht nebeneinander her, sondern gehen vielfach ineinander über.

Denn mannigfach sind ja die Beziehungen zwischen Eingeborenen und Europäern, mannigfach die zivilrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die eine Partei der weissen, die andere der farbigen Rasse angehört, die Fälle, in denen Weisse und Farbige bei Strafprozessen

zusammen beteiligt sind, endlich die Beziehungen, in denen Weisse und Farbige auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Grundeigentumsverhältnissen und anderem, in ihren Interessen zusammentreffen. Es ist offenbar nicht angängig, dass ein Grundstück, das heute einem Deutschen, morgen einem Eingeborenen, übermorgen unter Umständen wieder einem Deutschen gehört, beständig unter wechselndes Recht und unter eine wechselnde Gerichtsorganisation gestellt wird; denn wo sollte dabei der Rechtsschutz der Interessen dritter, des Mieters, Pächters, Hypothekengläubigers, bleiben? — Hier handelt es sich darum, einen billigen Ausgleich zu schaffen zwischen den Anschauungen und den Interessen der Weissen und denen der Eingeborenen, einen Ausgleich nicht nur im materiellen Recht, sondern auch in der Organisation der Rechtspflege.

Kolonialgeschichtliche Studien haben mich zu der Ansicht geführt, dass die Art und Weise und der Erfolg, wie ein kolonisierendes Volk diese beiden grossen Gesichtspunkte, die moderne Rechtspflege für die Weissen und die Schonung der einheimischen Rechtsanschauungen, zu vereinigen versteht, einen untrüglichen Massstab für die kolonisatorische Befähigung der betreffenden Nation überhaupt bietet.

Es ist eine ungemein reizvolle Aufgabe, diesen Satz durch die neuere Kolonialgeschichte hindurch zu verfolgen. Es lässt sich nachweisen, wie die romanischen Kolonialnationen, vor allen Dingen die Spanier und Portugiesen, gerade auf diesem Gebiete völlig versagt haben. Es ist interessant, im einzelnen festzustellen, wie die kolonisierenden germanischen Völker, die Engländer und Holländer, zwar nicht überall, aber doch in wichtigen Rechtsbeziehungen, diese doppelte Organisation der Rechtspflege erfolgreich versucht und durchgeführt haben. In dem beschränkten Rahmen meiner heutigen Ausführungen muss ich mir einen derartigen Überblick versagen. Wir wollen uns hier lediglich der Frage zuwenden, wie das Deutsche Reich in der kurzen bisherigen Ära seiner Kolonialpolitik versucht hat, den angedeuteten Problemen der Organisation der kolonialen Rechtspflege gerecht zu werden, welche Erfolge bis jetzt zu verzeichnen sind, welche Aufgaben für die Zukunft noch der Lösung harren.

## I. Entwickelung und heutiger Stand der Gesetzgebung.

### Verhältnis des Kolonialrechts zum Konsularrechte.

Was zunächst die staatsrechtlichen Grundlagen der Organisation anbetrifft, so ist davon auszugehen, dass die koloniale Rechtspflege einen Teil der sogenannten „Schutzgewalt“ bildet. Denn diese Schutzgewalt ist nichts anderes als die Staatsgewalt, übertragen auf die Verhältnisse der Schutzgebiete.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Fundamentalsatz des deutschen Kolonialstaatsrechts lautet nun:

„Die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten übt der Kaiser im Namen des Reichs aus" (§ 1 Sch. G. G.),

d. h., alle die Funktionen, die in der Heimat die gesetzgebenden Faktoren, der Bundesrat und der Reichstag, auf Grund der Reichsverfassung ausüben, sind für die Schutzgebiete dem Kaiser als alleinigem Organe des Reiches übertragen.

Aus dem angeführten Satze, der bereits in dem ersten deutschen Schutzgebietsgesetz von 1886 sich fand und unverändert in das heute geltende Gesetz übergegangen ist, folgt ein weitgehendes Kaiserliches Verordnungsrecht auf allen Rechtsgebieten. Jener Satz hat seine positiven Schranken lediglich da, wo gewisse Rechtsgebiete ausdrücklich durch Gesetz geregelt sind. Hier greift der allgemeine Grundsatz unseres Staatsrechts Platz, dass Gesetzesrecht vor Verordnungsrecht geht.

Was nun jene gesetzlichen Normierungen anbetrifft, so ist beim Erlass des Schutzgebietsgesetzes der Gesetzgeber davon ausgegangen, dass gewisse Rechtsmaterien, welche für den Rechtsschutz des Deutschen, der hinauszieht in unsere jungen Kolonien, von besonderer Bedeutung sind, möglichst gesichert werden sollen; der stärkste Rechtsschutz aber ist natürlich immer der des Gesetzes. So hat schon das erste Schutzgebietgesetz bestimmt — und das ist im wesentlichen bis heute beibehalten worden —, dass das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren einschliesslich der Gerichtsverfassung gesetzlichen Normen unterliegen sollen.

Diese gesetzliche Festlegung ist nun in einer eigentümlichen Weise erfolgt, für welche sich in der Rechtsgeschichte keines anderen Volkes meines Wissens eine Analogie findet. Es wurde nämlich schon bei der Fassung des ersten Sch. G. G. im Jahre 1886 kurzweg bestimmt, es sollten auf allen den genannten Rechtsgebieten, also auch bezüglich der Organisation der Rechtspflege, die Bestimmungen des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes mit einigen Modifikationen Anwendung finden. Damit wurde ein eigentümliches Verhältniss der Unterordnung des Kolonial- unter das Konsularrecht geschaffen, für das ein innerer Grund meines Erachtens nicht vorliegt, das sich vielmehr nur historisch verstehen lässt.

Der späte Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte brachte es naturgemäss mit sich, dass auch die kolonialrechtliche Entwickelung erst zu einer Zeit einsetzen konnte, wo alle anderen Rechtsgebiete bereits eine hochentwickelte und bis zu einem bestimmten Grade abgeschlossene Ausbildung aufwiesen, so auch das Recht der konsularen Gerichtsbarkeit. Zwischen diesem und dem Kolonialrecht besteht nun zweifellos eine gewisse Analogie. Beide



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bedeuten eine Ausdehnung der deutschen Jurisdiktion über das territoriale Gebiet des Mutterlandes hinaus. Zu dieser juristischen Verwandtschaft kommt die Ähnlichkeit mannigfacher tatsächlicher Verhältnisse, namentlich in den überseeischen konsularen Gerichtsbezirken und in den Schutzgebieten. Als daher für die Schutzgebiete im Jahre 1886 zum erstenmale eine Rechtsordnung geschaffen werden sollte, lag der Gedanke nahe, auf die bereits bewährten Satzungen der konsularen Gerichtsbarkeit zurückzugreifen.

Dieser Rechtszustand ist im wesentlichen bis heute geblieben. Heute ist für die Organisation der Rechtspflege massgebend § 2 des neuen Sch. G. G. in der Fassung vom 10. September 1900. Dieser lautet:

„Auf die Gerichtsverfassung in den Schutzgebieten finden die Vorschriften der §§ 5, 7 bis 15, 17, 18 des Gesetzes über die konsulare Gerichtsbarkeit vom 7. April (Reichsgesetzblatt S. 213) mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass an die Stelle des Konsuls der vom Reichskanzler zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte und an die Stelle des Konsulargerichts das in Gemässheit der Vorschriften über das letztere zusammengesetzte Gericht des Schutzgebietes tritt."

Es sieht auf den ersten Blick einfach aus, dass die Gerichtsverfassung im wesentlichen in einem Paragraphen des Gesetzes behandelt ist. Aber dieser Paragraph ist eben nur eine Art Atrappe, deren Inhalt erst durch die Bestimmungen eines anderen Gesetzes gebildet wird. Dieser Paragraph nimmt, wie wir sehen, auf nicht weniger als 12 Paragraphen des Konsulargerichtsbarkeitgesetzes Bezug. Der folgende § 3 des Sch. G. G., der zum Teil auch noch Rechtsgebiete, die für die Organisation der Rechtspflege von Bedeutung sind, berührt, nimmt dann noch auf weitere 47 Paragraphen des K. G. G. Bezug. Die amtliche Begründung der letzten Novelle des Sch. G. G. hat es ausdrücklich ausgesprochen, dass dieses Gesetz im wesentlichen nichts anderes darstellt, als die Anpassung des neuen Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes vom 4. April 1900 an die Verhältnisse in den Schutzgebieten.

Dieses eigentümliche Unterordnungsverhältnis ist, wie schon betont, meines Erachtens innerlich nicht begründet. Zwischen beiden Arten der Gerichtsbarkeit bestehen tiefgreifende Verschiedenheiten sowohl in praktischer als in grundsätzlicher Beziehung. Auf die einzelnen praktischen Unterschiede werden wir im folgenden noch vielfach einzugehen haben. Hier möchte ich vor allem den grundsätzlichen Unterschied betonen, der von der Wissenschaft schon früher hervorgehoben und nunmehr auch vom Gesetzgeber selbst in der Begründung des Entwurfes der letzten Sch. G. G.-Novelle anerkannt ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dieser grundlegende Unterschied besteht darin, dass die Konsulargerichtsbarkeit ihrem Wesen nach immer eine streng personale ist, beschränkt auf die Konnationalen des Konsularrichters und einen Kreis ihnen bezüglich des konsularen Schutzes gleichgestellter Personen (der sogenannten „Schutzgenossen"). Hiergegen ist die koloniale Gerichtsbarkeit ihrem innersten Wesen nach auf einen solchen Personenkreis nicht beschränkt. Sie ist eine streng territoriale und umfasst grundsätzlich alle innerhalb des Schutzgebietes befindlichen Rechtssubjekte.

Jener grundsätzliche Unterschied ist in dem älteren Schutzgebietsgesetze nicht scharf zum Ausdruck gekommen. Damals wurde nur bestimmt, dass durch Kaiserliche Verordnung der Gerichtsbarkeit auch andere Personen als Deutsche und Schutzgenossen unterstellt werden können. Eine solche Kaiserliche Verordnung ist früher nun für jedes einzelne Schutzgebiet ergangen. Die Wissenschaft hat erkannt, und die neuere Gesetzgebung hat sich dem angeschlossen, dass eine solche ausdrückliche Bestimmung der der Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen unnötig und der deutschen Kolonialmacht gewissermassen nicht recht würdig ist.

Die konsulare Gerichtsbarkeit ist immer eine Gerichtsbarkeit im fremden Gebiete, die koloniale hingegen die des Herrn im eigenen Hause. Ein solcher aber hat keine Veranlassung, diejenigen Personen ausdrücklich aufzuzählen, die innerhalb seiner Grenzpfähle seinen Rechtssatzungen unterstehen. Diesem Gedanken entspricht die Gesetzgebung aller modernen Kulturstaaten. Überall gilt als Regel, dass der Kreis der den Landesgesetzen Unterworfenen höchstens negativ begrenzt wird, durch die Aufzählung von Ausnahmen.

So verfährt nunmehr auch das Sch. G. G. Es hat denjenigen Abschnitt des K. G. G., welcher vom „Umfang der Konsulargerichtsbarkeit" handelt, für die Kolonien nicht mehr rezipiert. Das Sch. G. G. enthält sich jetzt jeder positiven Abgrenzung des Kreises der Personen, welche es seiner Gerichtsbarkeit unterwirft, d. h., es beansprucht schlechthin territoriale Geltung. (Vgl. die Begründung des Gesetzentwurfs.) Es grenzt jenen Kreis nur negativ ab, indem es in § 4 bestimmt:

„Die Eingeborenen unterliegen der im § 2 geregelten Gerichtsbarkeit und den in § 3 bezeichneten Vorschriften nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere Personen gleichgestellt werden."

Die hier vorgesehene Verordnung ist dahin ergangen:

„Den Eingeborenen werden im Sinne des § 4 . . . des Schutzgebietsgesetzes die Angehörigen fremder farbiger Stämme gleichgestellt, soweit nicht der Gouverneur (Landeshauptmann) mit Genehmigung des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Reichskanzlers Ausnahmen bestimmt. Japaner gelten nicht als Angehörige farbiger Stämme." (§ 2 der Kaiserlichen Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, vom 9. November 1900).

Der Rechtszustand ist heute also der, dass alle Weissen den deutschen Reichsangehörigen bezüglich der Gerichtsbarkeit gleichgestellt sind. Zu den Weissen werden, entsprechend einem Grundsatze des modernen Völkerrechts, dann noch ausdrücklich die Japaner gerechnet. Alle diese unterstehen der gesetzlich geregelten Gerichtsbarkeit, wie sie das Sch. G. G. analog den Normen des K. G. G. vorschreibt. Die Eingeborenen hingegen und die ihnen gleichgestellten Angehörigen aller farbigen Stämme unterliegen nicht dieser gesetzlich festgelegten Gerichtsbarkeit. Daraus folgt, dass die Organisation der Rechtspflege für die Eingeborenen und anderen Farbigen sich lediglich nach Verordnungsrecht bestimmt.

Wie wir gesehen haben, dass die Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten kraft ihres territorialen Charakters über die konsulare Gerichtsbarkeit im Prinzip hinausgewachsen ist, so gilt dasselbe auch in einer Fülle von einzelnen positiven Einrichtungen; in einer ganzen Reihe von Einzelbestimmungen hat die koloniale Gerichtsbarkeit längst reichere und ausgebildetere Formen gesucht und gefunden als die konsulare. Auch in dieser Beziehung ist also jene, durch die äussere Geschichte der deutschen kolonialen Gesetzgebung bedingte Unterordnung durchbrochen. Das Schutzgebietsgesetz hilft sich jetzt nicht sehr übersichtlich in der Weise, dass es zunächst (§ 2) die Bestimmungen über die konsulare Gerichtsbarkeit für massgebend erklärt, in einem späteren Paragraphen aber (§ 6) in einer ganzen Reihe wichtiger Beziehungen dem Kaiser das Recht gibt, im Verordnungswege Abweichungen zu bestimmen. Derartige abweichende Vorschriften sind nun in einer ganzen Reihe von wichtigen Punkten tatsächlich ergangen, früher in Sonderverordnungen für die einzelnen Schutzgebiete, jetzt, zumeist zusammengefasst und für alle Schutzgebiete gültig, in der bereits erwähnten Kaiserlichen Verordnung, betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, vom 9. November 1900. Wir werden Einzelheiten noch vielfach begegnen; an dieser Stelle sei beispielsweise nur erwähnt, dass in den Schutzgebieten eine Staatsanwaltschaft eingerichtet ist, die in den konsularen Gerichtsbezirken fehlt, dass den Kolonialgerichten die Schwurgerichtskompetenz zugewiesen ist, die innerhalb der konsularen Rechtspflege bei den mutterländischen Gerichten verblieben ist, dass das für die Konsulargerichtsbarkeit bis heute als Berufungsgericht zuständige Reichsgericht durch besondere koloniale obere Gerichtshöfe ersetzt ist u. a. m.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die gegenwärtige Rechtslage leidet somit an einer erheblichen Unübersichtlichkeit: Zur Kenntnis der Organisation der kolonialen Rechtspflege müssen jetzt zunächst im Rahmen des Schutzgebietsgesetzes die Bestimmungen des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes festgestellt werden, die auch ihrerseits zum grossen Teil keine aus sich selbst heraus verständlichen Normen darstellen, sondern wiederum auf andere Reichs- und zum Teil auch preussische Gesetze Bezug nehmen, sie teils für anwendbar erklärend, teils Vorschriften derselben schlechthin ausschliessend, teils sie erheblich modifizierend; des weiteren mehr dann noch jedesmal geprüft werden muss, ob und inwieweit für die Schutzgebiete besondere Abweichungen durch das Gesetz zugelassen und im Verordnungswege durchgeführt sind. — Diese Unübersichtlichkeit ist sowohl von Kolonialinteressenten, denen an einer raschen und zuverlässigen Orientierung über das in den Schutzgebieten geltende Recht gelegen sein muss, als auch von den deutschen Juristen, die zu Studienzwecken sich über unser Kolonialrecht informieren wollen, vielfach beklagt worden.

Der Weg zur Abhilfe ergibt sich meines Erachtens folgerichtig aus der Fortbildung der Tendenz, welche bereits die bisherige Entwickelung unseres Kolonialrechtes seit der Schaffung des ersten Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, im Jahre 1886 zeigt:

Die Novellen, die nacheinander zu diesem Gesetze ergangen sind, haben fast ausnahmslos die Tendenz gehabt, in immer weiteren Beziehungen ein koloniales Recht, abweichend von der Konsulargerichtsbarkeit, zu statuieren, und alles drängt darauf hin, für die Organisation der Rechtspflege wie überhaupt für die Rechtsverhältnisse der Schutzgebiete sich endgültig von dem K. G. G. zu emanzipieren und ein selbständiges in sich geschlossenes deutsches Kolonialrecht zu schaffen. (vgl. die Ausführungen am Schlusse).

## II. Die Organisation der Rechtspflege für die weisse Bevölkerung.

### a) Die Rechtsprechung erster Instanz.

Was den heutigen Stand der kolonialen Gerichtsverfassung für die weisse Bevölkerung im einzelnen betrifft, so beruht sie auf dem bereits erwähnten Grundsatze des Schutzgebietsgesetzes, dass an Stelle des Konsuls der vom Reichskanzler zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte, und an Stelle des Konsulargerichts das nach den Bestimmungen über dieses zusammengesetzte Gericht des Schutzgebietes tritt.

In der ersten Instanz sind in allen unseren Kolonien Beamte tätig, welche den Namen „Bezirksrichter“ führen, mit Ausnahme von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kiautschou, wo der betreffende Beamte den Titel „Oberrichter" hat. Es ist dies aber kein sachlicher Unterschied hinsichtlich seiner Zuständigkeit. Er ist für die weisse Bevölkerung der Richter erster Instanz; sein Titel rührt lediglich daher, dass er in seiner Person gleichzeitig die Funktionen des Richters oberer Instanz für die Chinesengerichtsbarkeit wahrnimmt.

Die Gerichtsbehörden als solche heissen in den afrikanischen Schutzgebieten und denen der Südsee „Bezirksgerichte", im Kiautschougebiete heisst die Behörde schlechthin „das Kaiserliche Gericht von Kiautschou", da dieses Schutzgebiet für die weisse Bevölkerung nur einen Gerichtssprengel bildet. Der Sitz des Gerichtes ist in der deutschen Hafenstadt Tsingtau.

Was die Abgrenzung der Gerichtssprengel in den afrikanischen Schutzgebieten betrifft, so gibt es zur Zeit zwei Bezirksgerichte in Deutsch-Ostafrika, nämlich in Dar-es-salaam und Tanga. In Südwestafrika gibt es vier Bezirksgerichte: Windhoek, Swakopmund, Keetmannshoop und Otyimbingwe. Das Schutzgebiet Kamerun hat Bezirksgerichte in Duala und Victoria, Togo nur ein Gericht mit dem Sitze in Lome.

Von den Südsee-Schutzgebieten hat Neu-Guinea zwei Bezirksgerichte in Herbertshöhe und Friedrich-Wilhelmshafen, und ausserdem für das diesem Schutzgebiete administrativ angegliederte Inselgebiet der Karolinen, Palau und Mariannen Gerichte in Ponape, Yap und Saipan. Das Gericht erster Instanz für die Marshallinseln hat seinen Sitz in Jaluit, dasjenige von Samoa in der Hauptstadt Apia.

Was das im ersten Teile dieses Vortrages erörterte Verhältnis von richterlicher und Verwaltungstätigkeit anbelangt, so ist die gegenwärtige Lage bezüglich der richterlichen Beamten erster Instanz in den einzelnen Schutzgebieten die folgende:

Die Trennung beider Funktionen ist von vornherein streng durchgeführt worden im Kiautschougebiete; schon bei der ersten Organisation des Gebietes im Jahre 1898 wurde dorthin ein rein richterlicher Beamter entsandt, der von Verwaltungsfunktionen grundsätzlich ausgeschlossen ist. Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese von Anfang an betonte Unabhängigkeit der Rechtspflege von den Verwaltungsorganen es nicht in letzter Linie war, die dazu beigetragen hat, dem Privatkapital das Vertrauen einzuflössen, auf Grund dessen es in so erfreulicher Weise an der Erschliessung des Schutzgebietes und selbst des Hinterlandes sich beteiligt.

Bezüglich unserer andern Schutzgebiete kann nun nicht verkannt werden, dass hier die Aufgabe der Justizorganisation insofern sich schwieriger gestaltet als im Kiautschougebiete, als in letzterem das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rechtsuchende europäische Publikum fast ausnahmslos im Bezirke einer Stadt sich befindet, während in Afrika und in der Südsee die oben bereits berührten Hindernisse bestehen, die sich aus der Verteilung der numerisch schwachen weissen Bevölkerung und der wenig zahlreichen Beamten über weite Landstrecken ergeben. Immerhin weisen bereits die Schutzgebiets-Etats von Ostafrika, Südwestafrika (Bezirk Windhoek) und Kamerun Stellen von Beamten auf, welche im Hauptamte erstinstanzliche Richter sind. Für Samoa, für Neu-Guinea, sowie für andere Bezirke in Südwestafrika (Swakopmund, Otyimbingwe und Keetmanshoop) sind in den Etats die Stellen von Verwaltungsbeamten („Referent" in Samoa, „Bezirksamtmänner" in Neu-Guinea und den zuletzt genannten Bezirken von Südwestafrika) verzeichnet, bei denen ausdrücklich vermerkt ist, dass sie zugleich als Richter fungieren. Auch in Togo, sowie in dem administrativ an Neu-Guinea angegliederten Inselgebiete der Karolinen, Palau und Mariannen und endlich auf den Marshallinseln werden die erstinstanzlichen richterlichen Funktionen von Verwaltungsbeamten wahrgenommen.

Bezüglich der sachlichen Zuständigkeit der Kolonialgerichte erster Instanz seien, ohne auf alle Einzelheiten der Gerichtsorga isation im beschränkten Rahmen dieses Vortrages einzugehen, in kurzem nur folgende Grundzüge hervorgehoben:

Was die Zuständigkeit in zivilrechtlichen Streitigkeiten anlangt, zu denen also auch die wirtschaftlich besonders wichtigen handelsrechtlichen Prozesse gehören, so entscheidet in erster Instanz der Richter allein in den Grenzen der Kompetenz des heimischen Amtsrichters, also bis zu einer Streitsumme von 300 Mk., und ausserdem, ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes, bei Streitigkeiten aus Mietsverhältnissen, Dienstverhältnissen u. s. w., überhaupt den Angelegenheiten, die im Gerichtsverfassungsgesetz § 23 aufgeführt sind.

Für die grösseren Rechtsstreitigkeiten, welche nach dem Gerichtsverfassungsgesetze und der Zivilprozessordnung den Landgerichten zugewiesen sind, ist in den Kolonien das Kollegialgericht zuständig, welches aus dem Richter und zwei Laienbeisitzern besteht. Sofern die Zuziehung von solchen nicht durchführbar ist, kann der Richter allein entscheiden, doch müssen die Gründe in dem Sitzungsprotokoll ausdrücklich angegeben werden. Es ist dies eben eine Ausnahmebestimmung, von der nur in wirklichen Notfällen Gebrauch zu machen ist. Denn die Mitwirkung von Laienbeisitzern erscheint als wertvoll, insbesondere dann, wenn sie aus dem Kreise der Kaufleute, Farmer u. s. w. der Kolonien genommen sind.

Die Zuziehung von Beisitzern zum Kolonialgericht ist nicht nur bedingt durch praktische Gründe oder solche der Sparsamkeit, weil

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es in der Mehrzahl der Fälle unmöglich sein würde, mehr als einen juristischen Beamten für die richterlichen Funktionen in einem Bezirke zur Verfügung zu haben. Sie ist weit darüber hinaus von eminenter rechtspolitischer Bedeutung. Wir sehen in ihr ein wichtiges Stück Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Rechtspflege verwirklicht, eine Beteiligung der Gerichtseingesessenen an der Verwaltung ihrer eigenen Rechtsangelegenheiten. Für die Beteiligung von Laienrichtern sprechen zunächst die Gründe, die auch im Mutterlande in zunehmendem Masse zur Zuziehung von nichtjuristischen Beisitzern des betreffenden Berufes in den Kammern für Handelssachen, in den Gewerbegerichten u. s. w. geführt haben. In den Kolonien treten aber noch weitere Momente hinzu, welche die Mitwirkung kaufmännischer Beisitzer erwünscht machen: Die fremdartigen, von der Heimat vielfach abweichenden tatsächlichen Verhältnisse lassen es in besonderem Masse als sachdienlich erscheinen, dass der Berufsrichter durch die praktischen Erfahrungen von Gerichtseingesessenen, namentlich solchen, die im wirtschaftlichen Leben stehen, in seiner Tätigkeit unterstützt wird. Dies ist wichtig, weil zum Unterschiede vom Mutterlande in den Schutzgebieten in Handelssachen in erster Linie nicht das deutsche Gesetzesrecht gilt, sondern das in dem betreffenden Bezirke geltende Handelsgewohnheitsrecht. § 40 des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes bestimmt nämlich:

> „In Handelssachen finden die Vorschriften der im § 19 bezeichneten Gesetze nur soweit Anwendung, als nicht das im Konsulargerichtsbezirke geltende Handelsgewohnheitsrecht ein anderes bestimmt."

Dieser Paragraph ist durch § 3 des Schutzgebietsgesetzes auch für die Kolonien als anwendbar erklärt worden, und dies erscheint als zweckmässig für die wirtschaftliche Entwickelung der Kolonien, denn der dort beginnende Handel wird in seiner Entwickelung vielfach noch bedingt durch enge Beziehungen zu benachbarten, fast durchweg älteren, nichtdeutschen Handelsplätzen der Küste. Es sei hier nur erinnert an die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Tsingtau und Shanghai, zwischen Dar-es-salaam sowie Bagamoyo und Sansibar u. s. w. Derartige wirtschaftliche Beziehungen bedürfen aber durchaus der Basis gemeinsamer Rechtsgewohnheiten. Dasjenige Recht, welches von dem internationalen Kaufmannsstand jener überseeischen Gebiete, insbesondere der chinesischen Küste im Laufe von Jahren und Jahrzehnten in freier Entwickelung geschaffen ist, stellt eine gewissermassen durchfiltrierte Masse praktisch erprobter, wirtschaftlich zweckmässiger Normen dar. Der deutsche Handel soll und kann sich nur unter der Geltung eben dieser Normen entwickeln. Die prinzipale Geltung der mutterländischen deutschen Gesetze und die Aus-

schliessung jenes Handelsgewohnheitsrechts würde unsere Plätze rechtlich und damit zweifellos auch wirtschaftlich isolieren. Gerade an diesem Punkte können wir wieder sehen, dass das Recht, wie es einerseits Produkt der wirtschaftlichen Entwickelung ist, so auch andererseits imstande ist, die wirtschaftliche Entwickelung auf das Wesentlichste zu beeinflussen.

Wenn somit die prinzipale Geltung des Handelsgewohnheitsrechts als etwas durchaus Wünschenswertes zu begrüssen ist, so kann allerdings darüber kein Zweifel sein, dass ein derartiges Rechtssystem auch seine Gefahren mit sich bringt. Es ist eine vielen Kolonialrichtern geläufige Tatsache, dass mit dem Gewohnheitsrechte ein unglaublicher Missbrauch getrieben wird. Es ist garnicht selten, dass, wenn in einem Prozesse eine Partei gar nichts mehr vorzubringen hat und ihre Sache verloren geben muss, sie plötzlich alle möglichen und unmöglichen Handelsgewohnheiten behauptet. Man könnte hier eine uns allen von der Schulbank her geläufige Reimregel dahin variieren: „Was man nicht konstruieren kann, sieht als Gewohnheitsrecht man an."

Mit derartigen Behauptungen können natürlich Prozesse verschleppt und andere unliebsame Erscheinungen des Rechtslebens hervorgerufen werden. Hier ist es Aufgabe eines verständigen Richters, Mass und Ziel in der Leitung des Prozesses zu finden und festzuhalten. Diese Aufgabe wird ihm aber ganz besonders erleichtert durch die Institution der Laienbeisitzer, die zumeist Kaufleute und am besten in der Lage sein werden, über die behaupteten Handelsgewohnheiten ein Urteil abzugeben.

Aber über diesen Gesichtspunkt der Rechtspflege im engeren Sinne hinaus möchte ich ein wertvolles Moment dieser Einrichtung auch noch im folgenden sehen:

Die Heranziehung der Beisitzer zu den Gerichten bildet eine wichtige und in den meisten Schutzgebieten bis heute die allein mögliche Schulung für die Aufgaben der Selbstverwaltung überhaupt. Wohl alle Kolonialfreunde in Deutschland sind davon durchdrungen, dass eine wichtige Aufgabe der deutschen Kolonialpolitik in der stetigen, freilich auch vorsichtigen Ausbildung einer Selbstverwaltung, namentlich auf kommunalem Gebiete, liegen muss. Die wirtschaftliche Zukunft unserer Kolonien hängt zum erheblichen Teile von den Erfolgen dieser Bestrebungen ab, bei denen freilich mit Zurückhaltung verfahren und jede Übereilung vermieden werden muss, bei denen mit den vorhandenen materiellen Mitteln und mit dem vorhandenen Menschenmaterial jedes einzelnen Gebietes sorgsam zu rechnen ist. In einigen unserer Kolonien sehen wir bereits erfreuliche Ansätze. In den meisten Schutzgebieten aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wird für jetzt und für die nächste Zeit sich auf diesem Gebiete noch nicht viel erreichen lassen. Um so dankenswerter ist es, wenn wenigstens auf einem Gebiete der staatlichen Tätigkeit, auf dem der Rechtspflege, das Laienelement kräftig herangezogen wird und dadurch zugleich für eine ehrenamtliche Tätigkeit überhaupt eine Übung erhält, die auch auf anderen Gebieten öffentlicher Wirksamkeit früher oder später einmal von Nutzen werden kann. —

Was die Zuständigkeit der erstinstanzlichen Gerichte in der Strafrechtspflege belangt, so hat zwar auch hier das Schutzgebietsgesetz die Vorschriften der Konsulargerichtsbarkeit zu Grunde gelegt, doch gerade auf diesem Gebiete hat bereits eine erhebliche Fortbildung der kolonialen Gerichtsorganisation stattgefunden.

Nach dem Konsulargerichtsbarkeitsgesetze nämlich ist der Konsul zuständig nur für diejenigen Angelegenheiten, welche auch in der Heimat der Amtsrichter als Einzelrichter erledigt. Für diejenigen Strafsachen, für welche im Mutterlande sei es das Schöffengericht, sei es die Strafkammer des Landgerichts zuständig ist, tritt das kollegiale Konsulargericht ein. Dabei ist ein Unterschied insofern gemacht, als bei den leichteren Strafsachen — Schöffensachen und Sachen aus §§ 74, 75 G. V. G. — dieses Gericht mit zwei Beisitzern, bei schwereren Strafsachen aber mit vier Beisitzern besetzt ist. Das Konsulargerichtsbarkeitsgesetz lässt aber zu (§ 9), dass, wenn in Strafsachen die vorgeschriebene Zuziehung von vier Beisitzern nicht ausführbar ist, die Zuziehung von zweien genügen soll. Die Gründe sind auch hier im Sitzungsprotokoll anzugeben.

Zum Unterschiede von diesen Vorschriften ist für die koloniale Rechtspflege zugelassen, „dass der Richter ohne Zuziehung von Beisitzern verhandeln kann, wenn der Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens eine Handlung zum Gegenstande hat, die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte oder zu den in §§ 74, 75 G. V. G. bezeichneten Vergehen gehört.“ (§ $6^3$ Sch. G. G. in Verbindung mit § 6 der Kais. Verord., betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten.) Der Grund dieser Bestimmung ist darin zu suchen, dass bei der grossen Zahl der hier in Betracht kommenden leichten Straftaten die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von geeigneten ehrenamtlichen Beisitzern, insbesondere in den Schutzgebieten mit wenig zahlreicher weisser Bevölkerung, bisweilen auf Schwierigkeiten stösst, bezw. dass die allzuhäufige Verwendung in diesem Ehrenamte leicht als Last empfunden wird.

Dieser Gesichtspunkt greift wiederum offenbar da nicht Platz, wo in einer Kolonie die deutsche Bevölkerung nicht über grosse Gebiete zerstreut, sondern in städtischem Zusammenleben vereinigt ist, wie dies für Tsingtau zutrifft. Hier wird sich die nötige Zahl von Beisitzern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in der Regel ohne allzugrosse Schwierigkeit gewinnen lassen, und es ist darum in demselbem Paragraphen der Kaiserlichen Verordnung sehr zweckmässig bestimmt worden, dass die soeben angeführte Vorschrift für das Schutzgebiet Kiautschou keine Anwendung findet. In dieser Kolonie werden daher die Schöffensachen u. s. w. vor einem ganz analog den heimischen Schöffengerichten zusammengesetzten, aus dem Richter und zwei Laienbeisitzern bestehenden Gerichtshofe verhandelt. —

Eine Erweiterung ihrer Zuständigkeit über die Kompetenz der Konsulargerichte hinaus haben die kolonialen Strafgerichte erster Instanz dadurch erfahren, dass ihnen auch die Schwurgerichtssachen überwiesen worden sind, während diese in der Konsulargerichtsbarkeit der Aburteilung im Mutterlande vorbehalten bleiben (§ 6⁴ des Sch. G. G. in Verbindung mit § 7 der angeführten Kaiserlichen Verordnung). Die kolonialen Gerichtshöfe sind für diesen Fall besetzt wie bei den sonstigen schweren Strafsachen, d. h. mit dem Richter und vier Beisitzern.

Die Aburteilung der Schwurgerichtssachen in den Schutzgebieten selbst bietet zweifellos grosse Vorzüge nicht nur durch Vermeidung des Zeitverlustes, der Kosten und unter Umständen auch der Gefährlichkeit des Transportes der Verbrecher, Zeugen u. s. w., sondern auch durch die richtigere Würdigung der Tatumstände, die bei den ortskundigen Richtern zu erwarten ist. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass gegenüber dem heimischen Schwurgerichtsverfahren mit seinem Gerichtshofe von drei gelehrten Richtern und den zwölf Geschworenen das koloniale Schutzgebietsverfahren auch bei der Zuziehung von vier Beisitzern mindere Kautelen bietet. Ein erhöhter Rechtsschutz ist in den Kolonien aber insofern geschaffen, als hier die Schwurgerichtssachen, da sie ja den übrigen schweren Strafsachen gleich behandelt werden, ganz wie diese gemäss den Vorschriften des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes in eine Berufungsinstanz gebracht werden können.

### b) Die Rechtssprechung zweiter Instanz.

Als Berufungsinstanz hat das Konsulargerichtsbarkeitsgesetz sowohl in Zivil-, wie in Strafsachen das Reichsgericht eingesetzt. Dieser Gerichtshof hat damit eine Funktion übernommen, die von seiner Haupttätigkeit als Revisionsinstanz wesentlich verschieden ist. Eine dritte Instanz ist für die Konsulargerichtsbarkeit überhaupt nicht eingerichtet.

Dieser Grundgedanke der Beschränkung auf zwei Instanzen ist von der Konsulargerichtsbarkeit auf die koloniale Gerichtspflege übernommen, aber mit einer erheblichen Abänderung und, wie man wohl sagen darf, Erleichterung.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kraft des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes ist an sich auch für die Kolonien die Zuständigkeit des Reichsgerichts eingeführt. Es ist indessen im Schutzgebietsgesetze (§ 6[6]) dem Kaiserlichen Verordnungsrechte vorbehalten, die so begründete Zuständigkeit des Reichsgerichts einem Konsulargerichte oder einem Gerichtshofe in einem Schutzgebiete zu übertragen. Dieses ist früher durch einzelne Kaiserliche Verordnungen für jedes Schutzgebiet besonders geschehen. Neuerdings sind alle diese Bestimmungen zusammengefasst in § 8 der Kaiserlichen Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten vom 9. November 1900.

Hiernach bestehen für die Schutzgebiete jetzt besondere koloniale Obergerichte. Eine alleinige Ausnahme bildet das Kiautschougebiet, welches bisher ein konsulares Gericht zur zweiten Instanz hat und deshalb im folgenden besonders behandelt werden muss.

Für alle anderen Schutzgebiete besteht bereits heute eine koloniale Gerichtsbehörde zweiter und letzter Instanz, und zwar haben von den afrikanischen Schutzgebieten Ostafrika, Südwestafrika, Kamerun, von den Südseegebieten Neu-Guinea, die Marshallinseln und Samoa ihre eigenen Obergerichte. Das Obergericht für Togo ist vereinigt mit demjenigen für Kamerun, dasjenige für das Inselgebiet der Karolinen, Palau und Mariannen mit dem für Neu-Guinea. Letzteres entspricht der gesamten übrigen Organisation dieses Inselgebietes, welches, wie wir schon sahen, in administrativer Hinsicht kein selbständiges Schutzgebiet bildet, vielmehr dem Gouverneur von Neu-Guinea unterstellt ist. Die Einrichtung für Togo hingegen ist eine Besonderheit auf dem Gebiete der Rechtspflege.

Was das Verhältnis zwischen Justiz und Verwaltung in ihren Spitzen betrifft, so hat Deutsch-Ostafrika seinen Oberrichter als besonderen etatsmässigen Beamten, und der Gouverneur ist demgemäss aus der Rechtsprechung für die weisse Bevölkerung ausgeschieden. Der Etat von Südwestafrika für das Jahr 1902 kennt die Stelle eines Referenten beim Gouvernement, der gleichzeitig Oberrichter ist; die Schaffung eines besonderen Oberrichterpostens steht auch hier bevor. Für die anderen Schutzgebiete der westafrikanischen Küste, Kamerun und Togo, für die gemeinsam bisher der Gouverneur von Kamerun oberster Richter ist, wird die Schaffung eines Oberrichterpostens beabsichtigt.[2]) Es bleibt die Aufgabe der Trennung von Justiz und

---

Anm. 2: In dem während der Drucklegung des obigen Vortrages dem Reichstage vorgelegten Entwurfe der Etats von Südwestafrika und von Kamerun für 1903 sind besondere Oberrichter-Stellen vorgesehen. Der Oberrichter von Kamerun soll zugleich für Togo zuständig sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Verwaltung in der obersten Instanz alsdann nur noch für die Schutzgebiete der Südsee zu lösen, in denen bisher ausnahmslos die Gouverneure die Richter in oberster Instanz sind; auch hier ist die Einsetzung eines Oberrichters — und zwar mit Rücksicht auf die bisher wenig umfangreichen Geschäfte der Gerichte wohl gemeinsam für alle Südseegebiete — anzustreben.

Was das Kiautschougebiet betrifft, so stammt die jetzt bestehende bereits erwähnte Einrichtung einer konsulargerichtlichen Oberinstanz für diese Kolonie aus der Zeit der ersten Organisation der Kolonie im Anfange des Jahres 1898. Man wollte damals in den einfachen Verhältnissen der ersten Entwickelungsperiode naturgemäss den Beamtenkörper des Schutzgebietes tunlichst klein halten, andererseits wollte man aus den im ersten Teile dieses Vortrages dargelegten Erwägungen von vornherein in allen Instanzen eine von den Verwaltungsbehörden des Schutzgebietes völlig unabhängige Justiz schaffen, wie sie bei den Anschauungen der ostasiatischen Kaufleute in ganz besonderem Masse geboten war. Da man neben dem Richter erster Instanz einen zweiten richterlichen Beamten damals unmöglich auf den Kiautschouetat nehmen konnte, so übertrug man die zweite Instanz dem Gerichte des Generalkonsulats von Shanghai. Diese Einrichtung war unter den damaligen Verhältnissen durchaus berechtigt, und, wie man wohl sagen darf, damals die im Sinne der Rechtspflege beste Lösung. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse in erheblichem und erfreulichem Masse entwickelt. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwunge geht naturgemäss eine Steigerung des Rechtslebens und damit eine erhebliche Zunahme der gerichtlichen Geschäfte Hand in Hand. Als Symptom hierfür sei angeführt, dass für das Jahr 1902 bereits ausser der gesetzlich normierten Zahl von vier Beisitzern nicht weniger als zwölf Hilfsbeisitzer für das Gericht in Tsingtau haben ernannt werden müssen, und dass jüngst zur Entlastung des Richters bereits ein zweiter richterlicher Beamter hat — zunächst kommissarisch[3]) — in die Kolonie entsandt werden müssen.

Nachdem nunmehr die tatsächlichen Schwierigkeiten, die früher der Errichtung einer eigenen kolonialen Oberinstanz im Wege standen, weggefallen sind, muss die Schaffung einer solchen in Tsingtau als dringend erwünscht erscheinen. Dadurch würde der Geschäftsgang in der Rechtspflege erheblich beschleunigt werden, es würden Kosten gespart werden, ferner aber würde den richterlichen Beisitzern eine genauere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse innewohnen, was wiederum mit Rücksicht auf das Handelsgewohnheitsrecht und die sonstigen

Anm. 3: Im Haushaltsentwurfe für 1903 ist die zweite Richterstelle als etatsmässige vorgesehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

örtlichen Anschauungen sehr wünschenswert ist. Das Bedürfnis der Schaffung einer zweiten Kolonialinstanz im Kiautschougebiete ist auch amtlicherseits bereits in der dem Reichstage vorgelegten Kiautschoudenkschrift über das Jahr 1901 nachdrücklich betont worden. Wie daselbst ausgeführt ist, haben lediglich Rücksichten auf die allgemeine Finanzlage die Verwaltung von der Schaffung dieser Instanz für das Rechnungsjahr 1902 abgehalten. —

c) Vorschläge zum weiteren Ausbau der Gerichtsorganisation. Schaffung einer einheitlichen oberten Instanz.

Was nun die weitere Ausgestaltung der kolonialen Gerichtsorganisation de lege ferenda betrifft, so ist eine solche in verschiedener Richtung denkbar.

Von mancher Seite wird der Wunsch ausgesprochen, dass zwecks Verbesserung der Judikatur und gänzlicher Loslösung derselben von der Verwaltung die obere (zweite) Kolonialinstanz wieder in das Mutterland verlegt und entweder dem Reichsgericht oder einem besonderen Gerichtshof übertragen werden möge. Die Vorteile eines solchen Systems liegen ja auf der Hand. Es würde ganz naturgemäss ein solcher Gerichtshof bei der ruhigeren Arbeit, der Möglichkeit rechtswissenschaftlicher Vertiefung hier im Mutterlande in rein juristischer Hinsicht vielleicht Ausgefeilteres leisten können, als die Gerichte draussen. Trotzdem möchte ich mich dieser Forderung nicht anschliessen, da die Gegengründe mir zu überwiegen scheinen. Zunächst würden mit der Rückverlegung ja gerade die Übelstände wieder eintreten, die man mit der Ausschaltung des Reichsgerichts als Berufungsinstanz und mit der Schaffung besonderer kolonialer Obergerichte hat vermeiden wollen: Nämlich eine ausserordentliche Verzögerung und Verteuerung des Verfahrens durch den Hin- und Hertransport bestenfalls nur von Akten, unter Umständen aber auch von Zeugen, Sachverständigen und eventuell Parteien. In den Strafsachen würde noch das Moment einer nicht unerheblichen Gefährlichkeit des Transportes schwerer Verbrecher etc. hinzutreten. Eben wegen der grossen Entfernung und der Kostspieligkeit der Reise aber würde naturgemäss das heimische Gericht in den seltensten Fällen selbst die Parteien hören, Zeugen und Sachverständige selbst vernehmen können; es würde in der Praxis meist auf kommissarische Vernehmungen durch den ersuchten Richter in den Schutzgebieten und auf ein schriftliches Verfahren hinauslaufen. Damit würden die Hauptvorzüge des modernen deutschen Prozessrechts auf dem Gebiete des Zivil- wie des Strafprozesses, nämlich die Mündlichkeit und die Unmittelbarkeit des Verfahrens, verloren sein; der heimische Richter würde sich von dem Tatbestande des konkreten Falles schwerlich ein richtiges und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vollständiges Bild machen können. Aber nicht nur die Lage des konkreten Falles wird ihm häufig verschlossen bleiben, sondern die ganze notwendige Basis seines Urteils, die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in jenen überseeischen Gebieten überhaupt muss und wird ihm fehlen. Und diese Kenntnis der überseeischen Verhältnisse, und zwar der speziellen Verhältnisse jedes einzelnen Schutzgebietes, erscheint doch für die Rechtspflege wie für alle anderen Zweige der staatlichen Tätigkeit draussen als das weitaus wesentlichste Moment. In dubio ist es weit weniger wichtig bei kolonialen Rechtsstreitigkeiten, dass das Gericht etwas grössere juristische Feinheiten zur Geltung bringt, als dass es einen gesunden Sinn für die konkreten örtlichen Verhältnisse betätigt.

Demnach ist meines Erachtens für die Rechtsprechung zweiter Instanz, für die Berufung, ein mutterländischer Gerichtshof nicht zu empfehlen, es sind vielmehr für diese Instanz koloniale Obergerichte in jedem Schutzgebiete bezw. für benachbarte Schutzgebiete gemeinsam beizubehalten und, wo sie noch nicht bestehen, wie in Kiautschou, zu schaffen. Es kann für später ins Auge gefasst werden, diese in den Kolonien befindliche Berufungsinstanz daselbst tunlichst auszubauen; wenn es aus finanziellen u. s. w. Rücksichten möglich ist, würde es wünschenswert sein, den zweitinstanzlichen Gerichtshof so zusammenzusetzen, dass ausser den Laienbeisitzern mehrere, sei es auch nur zwei, rechtsgelehrte Richter teilnehmen, um diesem Gerichte ein inneres Übergewicht über die erste Instanz zu geben.

Wenn ich somit dafür eintrete, die zweite Instanz in den Schutzgebieten zu belassen, so möchte ich damit aber keineswegs dauernd auf die Mitwirkung eines rechtsgelehrten mutterländischen Gerichtshofes für die koloniale Rechtspflege verzichten. Nur soll dieser Gerichtshof nicht als Berufungsgericht in Betracht kommen, d. h. als die Instanz, vor welcher nochmals der gesamte tatsächliche Stoff aufzurollen und zu beurteilen ist, sondern als dritte, als Revisionsinstanz, der lediglich die Entscheidung reiner Rechtsfragen obliegt. Die Einrichtung einer solchen obersten Instanz ist aus verschiedenen Gründen auf das Dringendste zu wünschen, ihr Fehlen erscheint bereits heute als ein nicht unbedenklicher Mangel unserer kolonialen Gerichtsorganisation und muss bei der weiteren wirtschaftlichen und rechtlichen Entwickelung unserer Schutzgebiete sich notwendigerweise immer mehr als ein solcher fühlbar machen.

Freilich wird eine solche Revisionsinstanz nur zuzulassen sein für wirklich wichtige Rechtsstreitigkeiten; mit andern Worten: Es muss die sogenannte „Revisionssumme“ gegenüber den Bestimmungen der heimischen Gesetze erheblich erhöht werden. Im Mutterlande beträgt sie heute bekanntlich 1500 M., ein Betrag, welcher bereits für die heimischen



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Verhältnisse als ein recht niedriger zu bezeichnen ist und heute schon eine ganz andere, geringere wirtschaftliche Bedeutung hat, als zur Zeit der Schaffung der deutschen Gerichtsverfassung. Auch für das Mutterland hat man dementsprechend bekanntlich bereits von den verschiedensten Seiten die Erhöhung dieser Summe vorgeschlagen. Für die Kolonien und den überseeischen Verkehr muss jedenfalls ein höherer Massstab angelegt werden. Hier können Streitigkeiten um 1500 Mk. wirklich nicht zu den wichtigen gerechnet werden, wegen derer ein hoher Gerichtshof dritter Instanz in einem andern Erdteile in Bewegung gesetzt werden darf. Für die Schutzgebiete würde ich kein Bedenken haben, die Revisionssumme auf 5000 Mk., ja evtl. auf 10000 Mk. festzusetzen.

Dass derartige Streitsummen in den Schutzgebieten durchaus zu den Möglichkeiten gehören, haben wir bereits in der Einleitung gesehen. Es kann sich bei Konzessionsstreitigkeiten unserer grossen Plantagen-, Eisenbahn- und Bergwerks-Gesellschaften unter Umständen buchstäblich um Millionenobjekte handeln. Da erscheint es denn als unbedingt notwendig, einen besonders angesehenen, rechtsgelehrten Gerichtshof mit der Prüfung der auftretenden, möglicherweise sehr verwickelten Rechtsfragen zu befassen.

Ausser diesem Gesichtspunkt, der den Schutz der privaten Interessen betrifft, besteht aber ein anderer, wie ich glaube, noch wichtigerer, der ebenfalls für die Einsetzung eines einheitlichen mutterländischen Gerichtshofes für unsern überseeischen Besitz spricht, ein Gesichtspunkt nationaler Natur.

Es ist eine nicht selten beobachtete Erscheinung, dass im Laufe der Zeit für die Auslegung derselben Gesetze in verschiedenen Landesteilen eine ganz verschiedene Praxis Platz greifen kann. Wir haben diese Verschiedenheit in der Rechtsfortbildung selbst in verschiedenen Landesteilen und Provinzen Deutschlands gesehen, und dieser Gesichtspunkt ist stets mit der Grund für die Schaffung einheitlicher höherer Gerichtshöfe für grosse Gebiete. Diese Gefahr einer ganz verschiedenen Rechtsauslegung ist nun in einem vielfach verstärkten Massstabe gegeben, wenn die verschiedenen Schutzgebietsgerichte in ihrer grossen geographischen Trennung ohne die Kontrolle einer gemeinsamen übergeordneten Instanz jahre- und jahrzehntelang Recht sprechen. Es kommt noch hinzu, dass dabei zumeist die in der Heimat gegebene Möglichkeit der litterarischen etc. Information über die Spruchpraxis anderer Gerichte durch die Spruchsammlungen u. s. w. vollständig fortfällt. Es ist nicht anzunehmen, dass der Richter in Kamerun über die Praxis in Kiautschou oder in der Südsee informiert sein wird oder umgekehrt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man kann somit unschwer voraussagen, dass, wenn wir auch einheitliche Reichsgesetze für die Kolonien geschaffen haben und weiter schaffen, in praxi in zehn oder zwanzig Jahren ein recht verschiedenes deutsches Recht in unseren verschiedenen Schutzgebieten herrschen wird. Das aber ist nicht erwünscht.

Es soll damit nicht im entferntesten einer unbedingten Zentralisation der Rechtsbildung in den deutschen Schutzgebieten das Wort geredet werden, ich bin vielmehr an sich für die weiteste Dezentralisation auch auf dem Gebiete des Gesetzes- und Verordnungsrechts sowie, wie schon erörtert, für die Aufrechterhaltung des örtlichen Handelsgewohnheitsrechts. Unsere Schutzgebiete sind geographisch, wirtschaftlich und kulturell von einander so verschieden, dass einer differenzierten Rechtsbildung durch besondere örtliche Verordnungen der weiteste Spielraum zu lassen ist. Von diesem Gedanken der lokalen Rechtsbildung völlig unabhängig aber ist die Forderung, dass, wo einmal auf bestimmten Rechtsgebieten einheitliche deutsche Gesetze eingeführt sind, sie auch einheitlich ausgelegt werden, übereinstimmend in den einzelnen Schutzgebieten und übereinstimmend mit der Praxis des Mutterlandes. Aus diesem Grunde ist mein ceterum censeo: Ein oberster deutscher Gerichtshof auch für die Kolonien.

Wenn wir uns nun fragen, welchem mutterländischen Gerichte die Funktionen eines solchen Gerichtshofes zu übertragen sind, so können verschiedene Organisationsformen in Betracht kommen.

In erster Linie ist naturgemäss an das Reichsgericht zu denken. Es ist bereits ausgeführt, warum das Reichsgericht meines Erachtens nicht zum kolonialen Berufungsgerichte geeignet ist. Dieses Gericht ist seinem innersten Wesen nach als Revisionsgericht für die Entscheidung reiner Rechtsfragen geeignet und berufen. Dass das Reichsgericht aber für die koloniale Rechtspflege heute völlig ausser Funktion gesetzt ist, ist ein Zustand, der meines Erachtens auf die Dauer nicht wünschenswert ist. Woher die heutige Ausscheidung stammt, haben wir bereits historisch verfolgt. Für die Konsulargerichtsbarkeit kann das Reichsgericht in seiner natürlichen Funktion als Gericht dritter Instanz nicht wirken, weil es hier ja schon als Gericht zweiter Instanz tätig ist; für die koloniale Gerichtsbarkeit hingegen ist das Reichsgericht ja nunmehr als zweite Instanz ausgeschaltet und damit als dritte Instanz wieder frei geworden. Es könnte und sollte in diese Funktion eingesetzt werden und würde voraussichtlich für die Schutzgebiete Fruchtbringendes leisten.

Ausser dem Reichsgerichte könnte noch ein hoher deutscher Gerichtshof in Betracht kommen, der sich in besonderem Masse für kolo-

niale Rechtspflege eignet. Es ist dasjenige Gericht, das seiner ganzen Tradition nach die überseeischen Rechtsbeziehungen gepflegt hat, nämlich das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, das Gericht der grössten deutschen Hafenstädte, welches sicherlich eine besondere Qualifikation in diesen überseeischen Rechtsdingen besitzt. Es könnte daher sehr wohl in Frage kommen, dieses Hamburger Gericht reichsgesetzlich als Obergericht für die koloniale Rechtspflege einzusetzen. Wie aus den Reichstagsdrucksachen des Jahres 1886 hervorgeht, haben bereits damals die westafrikanischen Kaufleute, also die Pioniere unserer Kolonialpolitik, sich an den Reichstag mit der Bitte gewandt, das Hanseatische Oberlandesgericht als Obergericht für die Schutzgebiete — damals als zweite Instanz gedacht — einzusetzen, und in der Tat enthielt das erste Schutzgebietsgesetz vom 16. April 1886 fakultativ die Bestimmung, dass dieses Gericht an Stelle des Reichsgerichts als Obergericht für die Schutzgebiete — damals als zweite Instanz gedacht — durch Kaiserl. Verordnung bestimmt werden könne. Gebrauch ist von dieser Befugnis nicht gemacht worden, und die Novelle von 1888 hat sie abgeändert. Die grossen Vorzüge des Hanseatischen Gerichts lassen sich nicht verkennen; allein als dritte Instanz möchte doch das Reichsgericht dem Oberlandesgericht Hamburg gegenüber einen wesentlichen Vorzug haben. Denn wenn wir das letztere als Revisionsinstanz nehmen, so haben wir zwar die Gewähr einer Rechtseinheit zwischen den verschiedenen Schutzgebieten, wir haben aber nicht die Gewähr einer einheitlichen Gesetzesauslegung zwischen den Schutzgebieten und dem Mutterlande, und es wäre doch ein bedenklicher Rechtszustand, wenn zwei höchste Gerichtshöfe beständen, welche evtl. dieselben deutschen Reichsgesetze, das Bürgerliche Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch u. s. w. für die Schutzgebiete und für das Mutterland verschieden auslegten.

Als eine dritte Möglichkeit für die Bildung der kolonialen Revisionsinstanz kommt in Frage die bereits mehrfach von kolonialpolitischer Seite angeregte Schaffung eines besonderen obersten Kolonialgerichtshofes in Deutschland. Die Vorzüge dieses Vorschlages liegen ja auf der Hand. Zweifellos könnte in einer solchen, eigens zu schaffenden Gerichtsbehörde das höchste Mass kolonialer Lebens- und Rechtskenntnis vereinigt werden. Allein zunächst dürfte die Bildung eines eigenen neuen Gerichtshofes sehr viel grösseren praktischen, finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten begegnen, als die Übertragung der Funktionen des kolonialen obersten Gerichtes auf einen bereits vorhandenen Gerichtshof. Wenn es einmal zur Bildung eines mutterländischen Obergerichtshofes für unsere sonstige überseeische, konsulare Gerichtsbarkeit kommt, so würde dieses Bedenken wegfallen und es könnte an eine An-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gliederung gedacht werden. Aber für die Funktionen eines solchen Gerichtshofes als letzter Instanz für die Kolonien würde auch da noch dasselbe Bedenken bestehen bleiben, das wir bereits gegenüber der Einsetzung des Hamburger Oberlandesgerichts betont haben, dass nämlich wohl eine einheitliche Spruchpraxis für die Kolonien untereinander, nicht aber unbedingt für diese und das Mutterland gesichert würde.

Somit dürften vielleicht doch die überwiegenden Vorzüge auf Seiten des — eventuell durch erfahrene Kolonialjuristen zu verstärkenden — Reichsgerichts liegen. Indessen soll nicht verkannt werden, dass jede der gedachten drei Möglichkeiten bestimmte Vorzüge und auch wieder gewisse Nachteile in sich trägt. Ich möchte im Rahmen dieses Vortrages eine endgültige Stellungnahme bezüglich der Wahl zwischen diesen Möglichkeiten nicht vornehmen und auf die Punkte, die bei der Abwägung in Betracht kommen, hier nicht näher eingehen, weil diese ganze Frage mir eine cura posterior zu sein scheint: Das wichtigste und das zunächst allein praktische Ziel ist die Anerkennung der Notwendigkeit, dass überhaupt ein oberster Gerichtshof für die kolonialen Rechtsangelegenheiten im Mutterlande geschaffen wird.

Es wäre inopportun, wenn die Anhänger der verschiedenen Organisationsformen dieses Gerichtshofes sich befehden wollten, anstatt zunächst mit vereinten Kräften dem gemeinsamen Ziele zuzustreben. —

## III. Die Organisation der Eingeborenen-Rechtspflege in den einzelnen Schutzgebieten.

Das bisher Gesagte bezog sich lediglich auf die Gerichtsbarkeit für die Deutschen und die ihnen gleichgestellten Personen, d. h. die nichtfarbige Bevölkerung. Völlig verschieden hiervon ist, wie wir bereits in den einleitenden Betrachtungen gesehen haben, die Regelung der Gerichtsbarkeit für die Eingeborenen und die übrige ihnen rechtlich gleichgestellte farbige Bevölkerung. Wie vorauszuschicken ist, handelt es sich hier um eine verschiedene Organisation für jedes einzelne unserer Schutzgebiete. Während daher bei der Gerichtsbarkeit für die weisse Bevölkerung eine einheitliche Darstellung möglich war, müssen wir hier auf jede Kolonie einzeln eingehen, und können daher einer jeden einzelnen mit Rücksicht auf den beschränkten Raum dieses Vortrags nur wenige Ausführungen widmen.

Als Gesichtspunkte, welche bei der Regelung der Eingeborenen-Gerichtsbarkeit massgebend sind, haben wir bereits oben festgestellt: Einerseits das Prinzip, Justiz und Verwaltung nicht zu trennen, viel-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mehr die Eingeborenen-Jurisdiktion regelmässig den Verwaltungsbehörden zu überlassen, und andererseits das Bestreben, nach Möglichkeit Eingeborenen-Elemente bei der Rechtspflege zuzuziehen.

Was nun zunächst diese Beteiligung von Eingeborenen als Organe der Rechtspflege anlangt, so ist ein Unterschied zwischen den verschiedenen Kolonien nach dem rechtlichen Ursprunge der betreffenden Einrichtungen zu machen. Die Zuziehung einheimischer Richter oder aber wenigstens einheimischer Berater des deutschen Richters erfolgt nämlich teilweise auf Grund eines einseitigen deutschen Staatsaktes, eines freien Entschlusses der deutschen Behörde, oder aber sie erfolgt auf Grund vertraglicher Abmachungen, welche seinerzeit bei der Erwerbung einzelner Schutzgebiete zwischen dem Deutschen Reiche bezw. seinen Rechtsvorgängern und den einheimischen alten Obrigkeiten abgeschlossen worden sind.

Derartige Vereinbarungen über die Beteiligung der früheren Obrigkeiten an der Rechtspflege unter der deutschen Herrschaft haben ausdrücklich stattgefunden mit einer Reihe von Häuptlingen bezw. Kapitänen von Eingeborenen- und Bastardstämmen in Südwestafrika. Von diesen Verträgen, um deren übersichtliche Zusammenstellung sich Professor von Stengel verdient gemacht hat, sind bemerkenswert die Abkommen mit dem Kapitän Josef Frederiks in Bethanien vom Jahre 1884, mit Hermannus von Wyk, dem Vertreter der Bastards, aus demselben Jahre, mit dem Maherero Katyamba vom Jahre 1885 u. a. m. Gemeinsam ist diesen Abmachungen die Bestimmung, dass in Rechtsangelegenheiten der deutschen Bewohner und anderer Europäer untereinander die Gerichte des deutschen Kaisers, bei den Rechtsangelegenheiten der Eingeborenen untereinander aber die Gerichte der Landeshäuptlinge aufrechterhalten bleiben sollten, während für Mischprozesse zwischen Eingeborenen und Deutschen besondere Vereinbarungen teils getroffen, teils vorbehalten wurden. — Für Togo sind in dem entscheidenden Vertrage, den Nachtigal mit König Mlapa abgeschlossen hat, ausdrücklich allerdings nur die alten Hoheitsrechte des Königs in Zoll- und Handelsbeziehungen geschützt, allein auch dort findet sich eigene Jurisdiktion der einheimischen Häuptlinge für die Angelegenheiten der Eingeborenen bis zum heutigen Tage. Für Kamerun wurde in den 1884 und 1885 abgeschlossenen Verträgen den Häuptlingen nur zugestanden, dass in der ersten Zeit die Sitten und Gebräuche der Eingeborenen respektiert werden sollten, sodass, wie von Stengel zutreffend bemerkt hat, eine Verpflichtung des Reichs zur Aufrechterhaltung der alten Gerichtsbarkeit de jure heute nicht mehr bestehen würde; doch findet tatsächlich in Kamerun auch jetzt eine Eingeborenen-Gerichtsbarkeit statt, deren eigenartige Organisation wir noch näher zu betrachten haben werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Für das ostafrikanische Schutzgebiet haben vertragliche Reservatrechte zu Gunsten der früheren Landesoberhäupter niemals bestanden, ebenso bestehen solche nicht in unseren Südseegebieten und auch nicht in unserem chinesischen Schutzgebiete. Ich möchte auch in diesem Zusammenhange nicht unterlassen zu betonen, dass die Bezeichnung des Kiautschou-Abtretungsvertrags vom 6. März 1898 als „Pachtvertrag" nicht etwa so aufzufassen ist, als ob China bezüglich der Jurisdiktion irgend welche Reservatrechte behalten hätte. Denn in diesem „Pachtvertrage" ist die gesamte Souveränität ausdrücklich auf das Deutsche Reich übertragen, und einen wichtigen Ausfluss derselben bildet natürlich auch die Rechtspflege.

Wenn somit in der Mehrzahl unserer Schutzgebiete irgendwelche vertragliche Notwendigkeit einer Heranziehung des Eingeborenen-Elementes in der Rechtspflege nicht besteht, so finden wir eine solche doch fast überall aus freiem Entschlusse der deutschen Verwaltung ins Werk gesetzt. Ein solches Vorgehen kann vom kolonialpolitischen Standpunkt nur gebilligt und seine weitere Ausgestaltung dankbar begrüsst werden.

## Die afrikanischen Schutzgebiete im einzelnen.

Was nun die Organisation in den einzelnen Schutzgebieten betrifft, so hat eine Allerhöchste Verordnung vom 25. Februar 1896 den Reichskanzler ermächtigt, bis auf weiteres die erforderlichen Anordnungen für die Regelung der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen der afrikanischen Schutzgebiete zu treffen. Von den Anordnungen, welche auf Grund dieser Ermächtigung ergangen sind, ist besonders wichtig die Verfügung des Reichskanzlers wegen Ausübung der Strafgerichtsbarkeit und der Disziplinarstrafgewalt gegenüber den Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten von Ostafrika, Kamerun und Togo vom 22. April 1896. Hiernach wird die Strafgerichtsbarkeit über die farbige Bevölkerung in den Küstenbezirken von dem Gouverneur (Landeshauptmann) ausgeübt. In den Bezirksämtern tritt an dessen Stelle der Bezirksamtmann (Amtsvorsteher). Für die Stationen und amtlichen Expeditionen im Innern versieht der Stationsvorsteher bezw. der Expeditionsführer die Funktionen des Richters. Nur für die Verhängung der Todesstrafe ist der Gouverneur allein zuständig. In dringenden Fällen, insbesondere im Falle eines Aufruhrs, Überfalls etc., soll der Stationsvorsteher bezw. Expeditionsführer gegen den Angeschuldigten tunlichst unter Hinzuziehung von mindestens zwei Beisitzern ein summarisches Verfahren einleiten. Dasselbe findet statt, wenn ein Teil des Schutzgebietes in Kriegszustand erklärt ist. — Allgemein soll zu den Strafverhandlungen der Wali (Jumbe, Dorfälteste) hinzugezogen werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bei schweren Verbrechen soll der Bezirksamtmann etc. mehrere angesehene Eingeborene hinzuziehen, ohne dass dadurch seine ausschliessliche Verantwortlichkeit aufgehoben wird.

Besondere Bestimmungen sind für die Eingeborenen-Bevölkerung Ostafrikas noch ergangen durch einen Runderlass des Gouverneurs vom Jahre 1893, betreffend die Errichtung von Rechtsgeschäften Farbiger, sowie durch eine Verordnung aus demselben Jahre, betreffend die Erhebung einer Erbschaftssteuer und die Nachlassregelung. Für letztere ist ausdrücklich bestimmt, dass zur Unterstützung des Bezirksamtmanns Kommissionen von je drei bis vier Leuten jeder Sekte bezw. Kaste, der Araber, Inder, Weimaleute, auszuwählen sind.

Für Kamerun sind zu erwähnen Verordnungen des Kaiserlichen Gouverneurs, betreffend die Einführung eines Eingeborenen-Schiedsgerichts, zunächst für den Duallastamm, später wesentlich gleichlautend für den Viktoriabezirk für Streitigkeiten zwischen Viktorianern, Bakwiris und Subuleuten, ferner für den Massambastamm, sowie für verschiedene andere Teile des Schutzgebietes. Hiernach sind Streitigkeiten zwischen den Eingeborenen der betreffenden Stämme durch den Häuptling des Beklagten zu entscheiden: In bürgerlichen Streitsachen, wenn der Wert des Gegenstandes den Betrag von 100 Mk. nicht übersteigt, sowie in Strafsachen, wenn der Gegenstand der Urteilsfindung eine Tat bildet, deren Sühne keine höhere Strafe als 300 Mk. oder 6 Monate Gefängnis erfordert. Gegen die Entscheidung des Häuptlings ist Berufung an ein Eingeborenen-Schiedsgericht zulässig. Das letztere ist ferner alsbald zuständig für diejenigen Zivil- und Strafprozesse, welche nicht zur Kompetenz der Häuptlinge gehören. Das Verbrechen des Mordes und Totschlags bleibt der Jurisdiktion der Schiedsgerichte entzogen; auch dürfen letztere nicht auf Todesstrafe oder auf Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren erkennen. Die Mitglieder der Eingeborenen-Schiedsgerichte werden in jeder Zeit widerruflicher Weise vom Gouverneur ernannt; für ihre Rechtsprechung sind die örtlichen Gebräuche und Gewohnheiten massgebend. Gegen ihre Entscheidung ist Berufung an den Kaiserlichen Gouverneur oder seinen Stellvertreter zulässig. Der Gouverneur bezw. sein Stellvertreter sind in den der Kompetenz der Eingeborenen-Schiedsgerichte nicht unterworfenen Strafsachen unmittelbar zuständig.[4]) — Ausdrücklich sei betont, dass die soeben skizzierte Wirksamkeit der Eingeborenen-Gerichte durch die oben erwähnte, auch für Kamerun gültige Verfügung des Reichskanzlers aus dem

Anm. 4: Dem nach dem Etatsentwurfe 1903 neu zu organisierenden Obergerichte von Kamerun wird gleichzeitig die Kontrolle über die Eingeborenen-Schiedsgerichte übertragen werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Jahre 1896 wegen Ausübung der Strafgerichtsbarkeit und der Disziplinargewalt gegenüber den Eingeborenen, nicht berührt worden ist.

Für Togo sind ausdrückliche Verordnungen über die Gerichtsbarkeit der Eingeborenen nicht ergangen. Es werden indes ohne solche die Prozesse der Eingeborenen von den in allen grösseren Orten mit Genehmigung des Gouverneurs vorhandenen Eingeborenen-Gerichten von Häuptlingen und Ältesten in althergebrachter Weise im Palaver entschieden, und zwar gilt dies für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wie für Strafsachen. Diese Gerichte vollziehen gewöhnlich die gefällten Urteile selbst. Nur die Todesstrafe bedarf zur Vollstreckung der Genehmigung des Gouverneurs. Die dem Reichstage vorgelegten amtlichen Denkschriften haben wiederholt betont, dass mit diesem Zustande der Gerichtsbarkeit die Eingeborenen recht zufrieden sind und ebenso die Regierung, welche an Richterpersonal spart, ohne an Einfluss zu verlieren.

Für Südwestafrika ist 1896 eine Verfügung des Landeshauptmanns, betreffend die Strafgerichtsbarkeit über die Eingeborenen, ergangen, welche die bereits besprochene Verfügung des Reichskanzlers für die anderen afrikanischen Schutzgebiete von demselben Jahre auch für diese Kolonie mit einigen Abänderungen eingeführt hat; insbesondere sind darin die in den Schutzverträgen mit den einzelnen Kapitänschaften Südwestafrikas abgeschlossenen Festsetzungen ausdrücklich aufrecht erhalten. Im übrigen besagt die Verordnung, dass für die Strafgerichtsbarkeit und das Strafverfahren über die farbige Bevölkerung der Landeshauptmann (jetzt Gouverneur) zuständig sein soll. An seine Stelle tritt in den Bezirkshauptmannschaften der Bezirkshauptmann, der wiederum seine Befugnis den ihm unterstellten Beamten delegieren kann. Zu den Strafverhandlungen soll der einheimische Kapitän oder sein Stellvertreter hinzugezogen werden. Bei schwereren Verbrechen hat auch hier der deutsche Beamte mehrere angesehene Eingeborene hinzuzuziehen, ohne dass dadurch seine ausschliessliche Verantwortung aufgehoben wird.

Betreffs der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen des Schutzgebiets von Südwestafrika einschliesslich der Bastards in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sind nach einer Verordnung des Gouverneurs von 1899 für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Weissen und Eingeborenen, soweit letztere Beklagte sind, die Verwaltungsbehörden des Schutzgebiets zuständig, und zwar auch hier die Bezirkshauptleute, welche die ihnen zustehenden Befugnisse an die Distriktschefs ihres Bezirks übertragen können. Zu den Verhandlungen ist in Gemässheit der abgeschlossenen Schutzverträge und in sinngemässer Anwendung der schon erwähnten Verfügung des Reichskanzlers von 1896 stets ein Eingeborener als Beisitzer hinzuzuziehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Südsee-Schutzgebiete.

Was unsere Südseekolonien anlangt, so war in der grössten derselben die Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen früher der „Neu-Guinea-Kompagnie" übertragen. Die Direktion der letzteren hatte eine „Strafverfügung" für die Eingeborenen und die ihnen gleichgestellten Angehörigen anderer farbiger Stämme erlassen, durch welche die Strafgerichtsbarkeit den von der Kompagnie eingesetzten Gerichten übertragen wurde, die aus einem Gerichtsvorsteher und einem Gerichtsschreiber bestanden. Bei den schwersten Fällen, in denen auf Todesstrafe bezw. Gefängnis mit Zwangsarbeit nicht unter 6 Monaten erkannt werden kann bezw. muss, sind bei der Verhandlung und Entscheidung zwei Beisitzer hinzuzuziehen, welche aus dem Stationsbeamten oder aus den achtbaren Weissen des Bezirks vom Gerichtsvorsteher zu berufen sind. Ist auf Todesstrafe erkannt, so ist an den Landeshauptmann (jetzt Gouverneur) zu berichten, der nach Prüfung der Sache ergänzende Ermittelungen anstellen oder das Verfahren aufheben und eine neue Verhandlung der Sache vor demselben oder einem anderen Gericht bestimmen kann.

Diese Organisation ist nach dem Übergang der Verwaltung von der Kompagnie auf das Reich von den Behörden des letzteren analog beibehalten worden.

Eine ausdrückliche Ausdehnung auf das an Neu-Guinea angegliederte Inselgebiet der Karolinen, Palau und Mariannen hat bisher nicht stattgefunden; die Regelung der Gerichtsorganisation für die Eingeborenen steht hier noch aus.

Für die Marshallinseln sind betreffs der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen Anordnungen ergangen, welche genau mit der soeben betrachteten Strafverordnung der Neu-Guinea-Kompagnie übereinstimmen, nur dass an Stelle der Organe der Gesellschaft auf den Marshallinseln die Gerichte von vornherein vom Kaiserlichen Kommissar (jetzt Landeshauptmann) bestimmt wurden.

In Samoa gibt es für die Rechtsangelegenheiten, welche lediglich Eingeborene untereinander betreffen, von Alters her einheimische Richter; unter dem König Malietoa Laupepa hat eine förmliche Gerichtsorganisation stattgefunden, welche praktisch allerdings nur soweit in Wirksamkeit trat, wie der Machtbereich des Königs sich erstreckte, d. h. in der kleineren Hälfte der Inseln. Seitens der drei in Samoa kolonisierenden Kulturstaaten, Deutschland, England und Nordamerika, wurde in die einheimische Rechtspflege eingegriffen, zunächst durch die Generalakte der Samoakonferenz vom 14 Juni 1889. Damals wurde ein internationaler Oberrichter eingesetzt, welcher unter anderem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch für die Zivilprozesse zwischen Eingeborenen und Fremden für Grundeigentumsstreitigkeiten, sowie für Straftaten von Eingeborenen gegen Fremde ohne weiteres zuständig war. Seitens des Königs Malietoa wurden dann diesem weissen Oberrichter auch noch weitgehende Aufsichtsrechte über die gesamten Eingeborenen-Richter anvertraut; an ihn konnte man auch vom samoanischen Oberrichter noch appellieren. Ausserdem erhielt durch die Samoaakte der Munizipalmagistrat für den Bezirk Apia für gewisse Polizeidelikte eine ausschliessliche Kompetenz über alle Personen, gleichgültig welcher Nationalität, mit einer beschränkten Strafgewalt. Nach dieser Bereicherung der Gerichtsorganisation herrschte in Samoa der vielfach beklagte Überfluss an gerichtlichen Behörden, dessen Folgen in zahlreichen Kollisionen und Kompetenzkonflikten sich äusserten: Es gab die Eingeborenengerichte, die Konsulargerichte der drei Konsuln bezw. Generalkonsuln von Deutschland, England und Nordamerika, und endlich den internationalen Oberrichter und den Munizipalmagistrat von Apia.

Die Erwerbung Samoas durch das Deutsche Reich hat auch die Organisation der Rechtspflege in erfreulichster Weise vereinfacht; nunmehr sind für die weisse Bevölkerung allein das deutsche Gericht und Obergericht zuständig. Für die Eingeborenen und die ihnen ausdrücklich gleichgestellten Angehörigen anderer farbiger Stämme aber hat durch eine Verordnung des Gouverneurs vom 1. März 1900 eine Anlehnung an den früheren Rechtszustand insofern stattgefunden, als dieselben der deutschen Gerichtsbarkeit bis auf weiteres in denjenigen Fällen unterstellt worden sind, in denen sie früher auf Grund der Samoaakte der Jurisdiktion des Oberrichters oder des Munizipalmagistrats von Apia unterworfen waren.

### Kiautschougebiet.

Von besonderem Interesse ist die Organisation der Eingeborenengerichtsbarkeit im Kiautschougebiet insofern, als es sich hier um eine Bevölkerung mit altangestammter hoher Rechtskultur handelt. Wie man den Chinesen in Bezug auf das materielle Recht tunlichst ihre eigenen Normen gelassen hat, so ging man anfangs auch mit dem Gedanken um, eingeborene Richter beizubehalten. Es fanden sich indessen keine Persönlichkeiten, welche geeignet und genügend vertrauenswürdig erschienen, um den Verlockungen des „squize“ in der Rechtspflege zu widerstehen. Man hat daher schon bei der ersten Organisation des Gebietes besondere deutsche, juristisch vorgebildete, vor allem aber sprach- und landeskundige Beamte eingesetzt, welche die Gerichtsbarkeit, ebenso wie die Verwaltung in den Chinesenangelegenheiten in unterster Instanz wahrnehmen, nämlich die sogenannten „Bezirksamtmänner“. Dieser Titel hat also in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kiautschou eine wesentlich andere Bedeutung als in den afrikanischen Schutzgebieten, wo seine Träger für die gesamte, also auch für die weisse Bevölkerung in der Verwaltung zuständig sind. Sowohl in kleineren Zivilsachen bis zu einem Streitbetrage von 250 Dollar, als auch in kleineren Strafsachen, nämlich bei Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten, Prügelstrafe und Geldstrafe bis zu 500 Dollar allein oder in Verbindung mit einander oder mit Ausweisung, sind die Bezirksamtmänner zuständig. — Bei den niedrigsten Strafen (Freiheitsstrafe bis 6 Wochen und Geldstrafe bis 250 Dollar) und in den kleinen Zivilprozessen (bis 150 Dollar) ist ihre Entscheidung endgültig, bei höheren Strafen bezw. Streitsummen findet Berufung an den Oberrichter statt. Bei den wichtigsten Zivil- und Strafsachen endlich, welche die Kompetenz des Bezirksamtmannes überschreiten, ist von vornherein der Kaiserliche Oberrichter zuständig. Urteile, durch welche auf Todesstrafe erkannt ist, bedürfen der Bestätigung des Gouverneurs. Zur Erforschung der chinesischen Rechtsanschauungen sind erforderlichenfalls die Dorfältesten und andere geeignete Personen zu hören. — Diese ganze Gerichtsbarkeit ist ausdrücklich beschränkt auf Zivilprozesse, in denen die beiden Parteien, sowie auf Strafsachen, bei denen sämtliche Beschuldigte Chinesen sind, während bei gemischten Prozessen das Gericht der weissen Bevölkerung allein zuständig ist.

## Ziele der weiteren Entwickelung.

### Schaffung eines selbständigen deutschen Kolonialrechts.

Wenn wir nunmehr den Überblick über die Organisation der Rechtspflege in unseren verschiedenen Kolonien abschliessen und versuchen, ein Gesamturteil zu gewinnen, so muss sich uns als der entscheidende Eindruck derjenige einer grossen Mannigfaltigkeit der Vorschriften und Einrichtungen aufdrängen. Wir werden darin an sich keinen Nachteil zu erkennen vermögen. Die grossen geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verschiedenheiten unserer Schutzgebiete werden auch auf dem Gebiete der Rechtspflege stets eine berechtigte, ja notwendige Eigenart der einzelnen Kolonien mit sich bringen. Jede Schablone der Regelung in verschiedenen Schutzgebieten, ja jedes vorzeitige Zusammenfassen und Kodifizieren von Bestimmungen, welche bisweilen in den verschiedenen Teilen eines Schutzgebietes gelten, würde vom Übel sein.

Aber neben dieser berechtigten Vielgestaltigkeit der kolonialen Rechtsorganisation bleibt ein reiches Feld für die Ausgestaltung einer einheitlichen kolonialen Rechtspflege für die Deutschen und die ihnen gleichgestellte weisse Bevölkerung der verschiedenen Schutzgebiete. Wir haben gesehen, dass auf diesem Felde, abgesehen von berechtigten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ausnahmebestimmungen für die einzelnen Kolonien, bereits eine im wesentlichen gleichmässige, gesetzlich festgelegte Organisation der Rechtspflege ins Leben gerufen ist. Wir haben aber auch gesehen, dass der Aufbau dieser Organisation keineswegs schon als abgeschlossen betrachtet werden darf. Die vorangehenden Ausführungen haben versucht, eine Reihe von Anregungen zu geben, welche auf einen weiteren Ausbau der kolonialen Rechtspflege hinzielen, einen Ausbau, namentlich durch eine Krönung des Gebäudes mit einem obersten Gerichtshofe, der die Einheitlichkeit unserer überseeischen Rechtsentwickelung gewährleisten soll.

Wichtiger aber noch als alle organisatorischen Einzelmassnahmen erscheint nach dem Ausgeführten der Gedanke, der meines Erachtens als der eigentliche Grundzug der Reformbestrebungen auf dem Gebiete der kolonialen Rechtspflege gelten muss: Der Gedanke, der schon in der ganzen Tendenz der bisherigen Rechts-Entwickelung sich mehr oder minder latent nachweisen lässt, nämlich die Schaffung eines einheitlichen deutschen Kolonialrechts in selbstständiger, die historische Abhängigkeit vom Konsularrecht abstreifender Form.

Wir haben gesehen, dass nur besondere geschichtliche Umstände dazu geführt haben, dass das Deutsche Reich entgegen den Beispielen anderer Kolonialstaaten eines selbständigen Aufbaus der kolonialen Rechtsorganisation entbehrt, und dass unser Kolonialrecht bis zum heutigen Tage auf den Krücken einer fremden Rechtsmaterie, nämlich des Konsularrechts, einhergeht. In den Fragen der Organisation der Rechtspflege ebenso wie auf den Gebieten des materiellen Rechts, im Strafrecht und im Privatrecht, die ich heute nicht in den Kreis meiner Betrachtungen zu ziehen habe, drängen sowohl die Verschiedenheit des Grundprinzipes als auch eine Fülle von konkreten gesetzgeberischen Einzelaufgaben zu einer Verselbständigung des deutschen Kolonialrechts, gewissermassen zu einer Emanzipation desselben von dem Konsularrecht.

Eine solche Emanzipation, wie sie schon von mehreren Seiten gefordert wurde, ist auch bei der letzten Neuregelung des Kolonialrechts nicht erfolgt. Es wäre unberechtigt, dem Gesetzgeber hieraus einen Vorwurf machen zu wollen. Damals, im Jahre 1900, handelte es sich um einen raschen Abschluss der Novelle zum Schutzgebietsgesetze, da die Neuregelung des mutterländischen bürgerlichen Rechts ein neues Konsulargerichtsbarkeitsgesetz bedingt hatte, und das letztere wiederum eine sofortige Neufassung des Schutzgebietsgesetzes unbedingt erforderlich machte. Abgesehen von dieser äusseren Veranlassung aber liegt meines Erachtens auch ein tieferer innerer Grund vor, der es als ganz erwünscht erscheinen lässt, dass die grundsätzliche Neuregelung unseres Kolonialrechts noch aufgeschoben ist. Durch diese Selbstbeschränkung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des Gesetzgebers ist ein weiterer Spielraum, ist Zeit und Gelegenheit gewonnen, längere Erfahrungen zu sammeln, als es in der bisherigen kurzen kolonialrechtlichen Praxis Deutschland möglich war. Und solcher Erfahrungen bedürfen wir wahrlich, ehe man an die gewiss nicht leichte Aufgabe des Aufbaues eines selbständigen Kolonialgesetzes schreiten kann.

Diese Aufgabe aber bleibt bestehen, ein selbständiges deutsches Kolonialgesetz muss und wird früher oder später kommen. Der Gesetzgeber wird sich dauernden Dank in der deutschen Kolonialgeschichte erwerben, wenn er diese ebenso grosse wie schwierige Aufgabe lösen wird.

Hierfür aber ist die Mitwirkung der Praxis ebenso wie die der Wissenschaft unerlässlich.

Das neue deutsche Kolonialrecht soll nicht von den Juristen allein geschaffen werden, sondern auch von den erfahrenen Praktikern unseres Koloniallebens und vor allen Dingen von den kolonialwirtschaftlich interessierten Kreisen.

Neben dieser Berücksichtigung der Praxis aber ist nicht weniger wichtig — und jede Unterschätzung würde gefährlich sein — die systematische Mitarbeit der Wissenschaft. Die junge Disziplin des Kolonialrechts bedarf auch als Wissenschaft der Pflege mehr als ihr bisher im Kreise der älteren rechtswissenschaftlichen Fächer zu teil geworden. — Den grossen und schwierigen Fragen, die de lege ferenda vor uns stehen, wird wesentlich vorgearbeitet werden, wenn Wissenschaft und juristische Praxis mehr als bis jetzt der Behandlung und Vertiefung der Probleme sich widmen, welche schon de lege lata das bestehende Kolonialrecht in Fülle bietet.

Ein weites, kaum noch von der Wissenschaft beackertes Gebiet jungfräulichen und fruchtbaren Bodens liegt hier vor uns und harrt der Bebauung. An Arbeit und Mühe wird es nicht fehlen, aber der Ertrag wird ein reicher sein! Denn — dieser Leitsatz unserer gesamten Betrachtungen mag hier am Schlusse nochmals betont sein — die Probleme, welche die Organisation der kolonialen Rechtspflege betreffen, haben über ihr engeres juristisches Interesse hinaus weittragende Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche und kulturelle Entwickelung des grösseren Deutschland über See.

Rechtsanwalt und Notar **Max Preuss**, Köpenick: Im Anschluss an den Vortrag des Herrn Admiralitätsrats Professor Dr. Köbner möchte ich über eine Zuschrift aus unserer grössten Kolonie Deutsch-Ostafrika berichten. Herr Rechtsanwalt Wendte in Dar-es-salaam bringt Missstände in der dortigen Rechtspflege in Zivilsachen zur Sprache.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bei Streitigkeiten unter Weissen hat er nur die numerisch schwache Besetzung der Gerichte, wodurch die Prozesse verlangsamt werden — bei dem unaufhörlichen Fluktuieren der weissen Bevölkerung besonders nachteilig — und die Ausschliessung der Berufung bei Objekten bis 300 Mk. zu bemängeln.

Die Hauptbeschwerde betrifft die Streitigkeiten zwischen Weissen und Eingeborenen. Es sei zwar unzweifelhaft, dass für Klagen der Eingeborenen gegen den Weissen das Bezirksgericht zuständig sei; aber für den umgekehrten Fall, wenn der Weisse den Eingeborenen verklagt, sei diese Zuständigkeit sehr bestritten; häufig verneinen die Bezirksgerichte ihre Zuständigkeit, und dann bleibe nur die Anhängigmachung bei dem Bezirksamtmann, einem häufig nicht juristisch gebildeten, mit Verwaltungsgeschäften überladenen Beamten, dem eine sichere materiellrechtliche Unterlage für die Entscheidung fehlt. Irrige Richtersprüche seien häufig und um so verhängnisvoller, als die Berufung an das Kaiserliche Gouvernement nur bis 1000 Rupien gegeben, also — die Rupie durchschnittlich 1 Mk. 40 Pf., die Berufungssumme 1400 Mk. — bei der Armut der hier in Betracht kommenden Bevölkerung beinahe ausgeschlossen ist.

Der Einsender schliesst, nachdem er erklärt, dass auch das Kaiserliche Gouvernement die Notwendigkeit von Reformen anerkennt, mit folgenden Vorschlägen:

> Ausreichende Besetzung der Bezirksgerichte, Aufhebung der Berufungssumme, Erlass einer Kaiserlichen Verordnung, nach welcher die Eingeborenen, von Nichteingeborenen verklagt, der in § 2 des Schutzgebietsgesetzes geregelten Gerichtsbarkeit und den in § 3 bezeichneten Vorschriften unterstellt werden, Aufhebung der Beschränkung der Berufung in Eingeborenensachen, Schaffung der Anfänge eines Eingeborenenrechts. Um zu sparen, könnte die Rechtsprechung in Dar-es-salaam konzentriert werden.

Von diesen Vorschlägen dürfte die Frage des Eingeborenenrechts durch den folgenden Vortrag des Herrn Kammergerichtsrats Dr. Felix Meyer: „Die Bedeutung des Eingeborenenrechts in den afrikanischen Schutzgebieten", erledigt werden. Auf die Vorschläge über die numerische Besetzung der Gerichte und die Konzentration der gesamten Rechtspflege in Dar-es-salaam glaube ich an dieser Stelle nicht eingehen zu sollen; es handelt sich um vom Aussenstehenden sehr schwer zu beurteilende Dinge, deren Entscheidung wohl am besten der Justizverwaltung anheimgegeben wird. Die vorgeschlagene Konzentration der gesamten Rechtspflege in Dar-es-salaam, also die Aufhebung des anderen Bezirksgerichts Tanga erscheint bei der Länge

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Beschwerlichkeit der Wege im Interesse der Gerichtseingesessenen nicht unbedenklich.

Dagegen können die anderen Vorschläge des Herrn Einsenders nur der dringendsten Beachtung empfohlen werden:

1. Die Berufungssumme von 300 Mk. durch den nach § 3 des Schutzgebietsgesetzes zur Anwendung kommenden § 43 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 bestimmt, — wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass diese Bestimmung im Entwurf garnicht und in der Kommission nur kurz auf einen Einwurf damit motiviert worden ist, diese Bestimmung habe bereits in dem bisherigen Gesetz bestanden und zu Beschwerden keine Veranlassung gegeben (Anlagen zu den stenographischen Berichten Band IV Nr. 515 und Band V Nr. 607), — mochte vielleicht so lange nicht unbegründet gewesen sein, als die höchste richterliche Behörde, das Reichsgericht, die Berufungsinstanz für die Schutzgebiete bildete. Nachdem aber das Reichsgericht durch die auf Grund der Nummer 6 des § 6 des Schutzgebietsgesetzes erlassene Kaiserliche Verordnung vom 9. November 1900, § 8, für die Schutzgebiete ausgeschaltet und in den Schutzgebieten selbst Berufungsgerichte eingesetzt worden sind, ist auch dieser Grund für die Berufungssummen hinfällig geworden. Ihre Aufhebung ist auf das Dringendste geboten. Treffend bemerkt der Herr Einsender, bei der Verschiedenheit der Sprachidiome seien Missverständnisse unter den Parteien häufig, die Prozesse würden unrichtig instruiert. Gegen die sich daraus ergebende Fehlentscheidung muss auch bei Objekten bis 300 Mk. die Möglichkeit der Richtigstellung in einer zweiten Instanz gegeben sein.

2. Bezüglich der Zuständigkeit kann ich dem Herrn Einsender insofern nicht beitreten, als er bei Klagen der Nichteingeborenen gegen Weisse die Zuständigkeit der Bezirksgerichte als unzweifelhaft darstellt. Dies ist meines Erachtens nicht der Fall. Nach § 4 des Schutzgebietsgesetzes können die Eingeborenen der Zuständigkeit der Bezirksgerichte nur auf Grund einer Kaiserlichen Verordnung unterstellt werden. Eine solche Verordnung ist für Zivilsachen nicht erlassen. Es kann aber doch für die Anwendung des § 4 keinen Unterschied machen, ob der Eingeborene Kläger oder Beklagter ist, auch im ersten Fall ist er natürlich der Gerichtsbarkeit unterstellt. Da die Kaiserliche Verordnung nicht erlassen ist, sind die Bezirksgerichte auch in den Fällen, wo Eingeborene Weisse verklagen, unzuständig.

Dagegen ist allerdings der Erlass einer Kaiserlichen Verordnung dringend nötig. In dieser Verordnung müssten die Eingeborenen der Gerichtsbarkeit der Bezirksgerichte unterstellt und, was ja nach § 3 des Schutzgebietsgesetzes zulässig, ausserdem unserem Recht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

besonders dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Handelsgesetzbuch, unterworfen werden. Bei diesen Streitigkeiten wird es sich in der Regel um Schuldverhältnisse handeln, und da sind unsere Rechtsbestimmungen so klar, einfach und vor allem auf Treu und Glauben gestellt, dass andere Anschauungen der Eingeborenen als minderwertig garnicht in Betracht kommen können. Dass auf dem Gebiete des Familien- und Erbrechts möglichste Schonung gegenüber den Anschauungen, Sitten und Gebräuchen der Eingeborenen geboten ist, erscheint selbstverständlich.

Hiernach möchte ich vorschlagen:

1. Gegen die Entscheidung der Bezirksgerichte ist Berufung ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zulässig;
2. durch Kaiserliche Verordnung sind die Eingeborenen für ihre Streitigkeiten mit Nichteingeborenen der Zuständigkeit der Bezirksgerichte und unserem Recht, insbesondere dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Handelsgesetzbuch, unter möglichster Schonung auf dem Gebiete des Familien- und Erbrechts, zu unterstellen.

Justizrat **Bojunga,** Hannover, will bei dem lichtvollen und gründlichen Vortrag des Berichterstattens lediglich auf zwei Punkte eingehen. Redner hält die Zuziehung von Laien als Beisitzer sowohl in Zivilsachen wie in Strafsachen in beiden Instanzen für sehr erfreulich, für besser sogar als in Deutschland selbst, wo die Laienzuziehung nur in der ersten Instanz (Schöffengericht und Kammer für Handelssachen) gesetzlich festgelegt ist. Diese Beisitzer müssten namentlich aus den Kaufleuten und den Pflanzern genommen werden. Zugleich würde das Institut der Beisitzer eine sehr erwünschte Grundlage für die zu erstrebende Selbstverwaltung der Kolonien bilden.

Der zweite beachtenswerte Punkt sei die Schaffung einer dritten Revisionsinstanz in Deutschland selbst. Ob es nicht genügen werde, diese Revisionsinstanz auf Zivilsachen zu beschränken, sei zu erwägen — bei Strafsachen könne Redner sich nicht der Befürchtung entschlagen, dass man in Deutschland zu leicht Strafsachen von den in Deutschland geltenden Anschauungen aus, ohne genügende Rücksicht auf die Sitten und Gebräuche in den Kolonien, beurteilen könnte. Als geeignetes Gericht hält Redner das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg.

Oberlandesgerichtsrat **Rudorff,** Hamburg, bemerkt, wie dringend notwendig es sei, die Terminologie von Inland und Ausland in Bezug auf die Schutzgebiete festzustellen, werde neuerdings schlagend



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

durch die Seemannsordnung illustriert, welche die Schutzgebiete ausdrücklich als Inland proklamiere, als inländische, d. h. deutsche Häfen aber nur Häfen des Reichsgebiets angesehen wissen wolle.

Regierungsrat **von Hake**, Liegnitz, spricht sein Bedenken gegen die Schaffung eines besonderen kolonialen Obergerichts aus, da dadurch vielleicht widersprechende Rechtsgrundsätze aufgestellt werden könnten, wie dies schon jetzt in der Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe (Reichsgericht, Preussisches Oberverwaltungsgericht) vorgekommen sei.

Geh. Justizrat Professor Dr. **Zorn,** Bonn, spricht sich zustimmend zu den Ausführungen des Vortragenden über die notwendige Trennung von Justiz und Verwaltung in den Kolonien aus, sowie der Beibehaltung von Beisitzern, der besonderen Eingeborenen-Gerichtsbarkeit und der Trennung der Kolonialgerichtsbarkeit von der Konsulargerichtsbarkeit; als oberste Revisionsinstanz empfiehlt er einen besonderen Kolonialgerichtshof in Berlin. Er beantragt eine Resolution seitens der Sektion und erklärt sich bereit, diese Resolution im Anschluss an seinen Vortrag in der Plenarsitzung dem Kongress zu unterbreiten.

Landrichter **Ebermaier,** Essen: Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit will ich nur einige wenige Bemerkungen mir gestatten, zumal ich durch Teilnahme an den Sitzungen einer anderen Sektion zu meinem Bedauern verhindert war, dem ersten Teile der Ausführungen des Herrn Vortragenden beizuwohnen.

Ich spreche aus $2^1/_2$ jähriger Erfahrung als Richter zweiter Instanz unserer grössten afrikanischen Kolonie. Von den dort gemachten Erfahrungen aus bitte ich Sie, bevor Sie Ihre Wünsche auf Errichtung einer dritten Instanz in Form einer Resolution zusammenfassen, einen Blick in die Statistik zu werfen. Die hier vorgeschlagene dritte Instanz soll ja nur für den Zivilprozess, nicht auch für das Strafverfahren geschaffen werden. Wie gross ist denn eigentlich die Zahl der Zivilprozesse in unseren Kolonien? — Ich für meine Person habe in mehr wie zweijähriger Tätigkeit meiner Erinnerung nur einen einzigen — sage und schreibe einen einzigen — grösseren Zivilprozess dort zu entscheiden gehabt, von dem ich nicht einmal sagen kann, dass er mit seinem Streitobjekte die hier in Vorschlag gebrachte Revisionssumme von 5000 bis 10000 Mk. auch nur annähernd erreicht hätte. — Es war auch bei meinem Weggange im Jahre 1900 kein einziger grösserer Zivilprozess meines Wissens mehr anhängig. Ich glaube ferner allen Grund zu haben, anzunehmen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dass es in Ostafrika auch jetzt noch nicht viel anders sein wird. Was von Ostafrika gilt, darf unbedenklich auch auf unsere anderen afrikanischen Kolonien angewendet werden.

Die durch die Errichtung des geplanten obersten Kolonialgerichtshofes entstehenden Kosten würden also zur Zeit wenigstens wohl schwerlich auch nur in einem annähernden Verhältnisse zu dem durch das Fehlen einer Revisionsinstanz in Frage gestellten Vermögensinteresse stehen.

Wer als Kaufmann, Pflanzer oder Industrieller in die Kolonien geht oder dort sein Geld anlegt, weiss, dass er es mit wirtschaftlich und politisch noch unentwickelten Ländern zu tun hat. Er kann daher als billig denkender Mensch unmöglich verlangen, dort Staatseinrichtungen zu treffen, die den heimischen in allen Fällen gleichwertig sind. Er will dies auch — nebenbei bemerkt — meistens garnicht, denn er will etwas Ellenbogenfreiheit. Man darf nicht vergessen, dass die Verwaltung unserer jungen Kolonien im Verhältnisse zu älteren, seit Jahren reich entwickelten überseeischen Besitzungen anderer Länder gerade deshalb so unverhältnismässig kostspielig erscheint, weil man den jungen, noch in den Anfangsstadien ihrer Entwickelung begriffenen Staatswesen von vornherein alle diejenigen Segnungen geordneter Staatseinrichtungen zu Teil werden lassen möchte, deren wir uns im Mutterlande erfreuen.

Die öffentliche Meinung in Deutschland verfährt in dieser Hinsicht meines Erachtens etwas ungerecht. Auf der einen Seite klagt man fortgesetzt über zu kostspielige Verwaltung, auf der andern Seite verlangen dieselben Leute gebieterisch, dass der Kolonist in jeder Hinsicht mit demselben Rechtsschutze umgeben sei, den er von den geordneten Verhältnissen der Heimat erwarten darf. Eine derartige Verwaltung ist aber ohne grosse finanzielle Opfer schlechterdings nicht zu leisten.

Ich darf vielleicht auch noch darauf hinweisen, dass die Rechtspflege in unseren Kolonien auch ohne dritte Instanz den Vergleich mit den Rechtszuständen anderer überseeischer Länder, nach denen unsere Auswanderer sich scharenweise drängen, nach jeder Richtung hin wohl auszuhalten vermag.

Nun noch einige wenige Worte zu den Beschwerden, die über die speziell in Ostafrika angeblich herrschende Rechtsunsicherheit namens des Herrn Rechtsanwalts Wendt in Dar-es-salaam hier vorgetragen sind.

Ich möchte nicht, dass die Herren, die vielleicht den Verhältnissen in Ostafrika etwas ferner stehen, unter dem ungünstigen Eindrucke der soeben gehörten „Beschwerden“ hier auseinandergehen. Ich bemerke übrigens, dass ich nicht etwa „pro domo“ spreche; Herr



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wendt ist erst in die Kolonie gekommen, nachdem ich dieselbe längst verlassen hatte.

Die besonderen Verhältnisse unserer afrikanischen Kolonien bedingen es, dass auf dem Gebiete der Rechtspflege zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen unterschieden werden muss. Die Rechtspflege ist daher dort — wie Sie ja soeben gehört haben — keine territorial einheitliche, sondern steht — um mich mal so auszudrücken — unter dem Gesetze der sogenannten „Personalstatuten"; d. h. für die eine Klasse der Bevölkerung gilt dieses, für die andere jenes Recht. Der Weisse ist dabei — anlehnend an die heimischen Einrichtungen — mit einem besonderen Rechtsschutze umgeben.

Es ist das gerade kein idealer Zustand, er ist aber durch die Verhältnisse geboten; wir müssen daher mit ihm rechnen. Ich will auch gerne zugeben, dass die Anwendung solcher „Personalstatuten" manchmal nicht ganz einfach und geeignet ist, namentlich auf dem Gebiete des Privatrechtes dem Neulinge hin und wieder Kopfzerbrechen zu verursachen; von Rechtsunsicherheit kann aber keine Rede sein.

Auf dem Gebiete des Strafrechts haben nie Bedenken geherrscht; ausschlaggebend ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen hier der Gerichtsstand des Beschuldigten.

Aber auch auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes ist die Frage nicht so schwierig, wenn man folgendes als leitendes Prinzip festhält:

Der Weisse ist mit einem privilegierten Rechtsschutze umgeben; er untersteht in allen Rechtsstreitigkeiten der Rechtspflege der von unabhängigen Richtern geleiteten ordentlichen Gerichte (Bezirks- und Obergericht). Seinem privilegierten Rechte hat in Kollisionsfällen das Recht des Farbigen zu weichen. Bei Privatrechtsstreitigkeiten zwischen Weissen und Farbigen sind daher — ohne Rücksicht darauf, wer Kläger oder Beklagter ist — die ordentlichen Gerichte wegen des privilegierten Gerichtsstandes der weissen Partei ausschliesslich zuständig. Mit anderen Worten: der Grundsatz „actor sequitur forum rei" ist — als lediglich für das Gebiet der sogenannten Territorialgesetze passend — hier nicht anwendbar.

Da die ordentlichen Gerichte lediglich nach geschriebenen, in der Kolonie verkündeten Gesetzen Recht sprechen dürfen, so ergibt sich aus der Feststellung des Gerichtsstandes ohne weiteres auch die Feststellung des auf den Streitfall anzuwendenden materiellen Rechtes.

Die Rechtsverhältnisse der Weissen unterliegen also in allen Fällen der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte und damit den für den Weissen geltenden heimischen Gesetzen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Diese Grundsätze sind bereits seit einer Reihe von Jahren von dem Obergerichte in Dar-es-salaam in einer grundlegenden Entscheidung festgelegt worden. Die damalige Entscheidung ist dem Gouvernement und in der Folge auch dem Auswärtigem Amte zur Kenntnisnahme mitgeteilt und als zutreffend anerkannt worden. Es ist darauf an die mit der Rechtsprechung über Farbige betrauten Verwaltungsbehörden die Weisung ergangen, in allen Fällen von Rechtsstreitigkeiten, an denen Weisse als Kläger oder Beklagte beteiligt sind, die Parteien von amtswegen auf die Unzuständigkeit der Verwaltungsgerichte hinzuweisen und zur Sache nur dann zu verhandeln, wenn die Parteien durch Schiedsvertrag sich dem Spruche der Verwaltungsbehörden unterworfen haben.

Die rechtlichen Wirkungen eines solchen Schiedsvertrages sind nach den Bestimmungen des zehnten Buches der allgemeinen deutschen Zivilprozessordnung „Über das schiedsrichterliche Verfahren" zu beurteilen.

Der Hinweis auf die Zulässigkeit eines solchen Schiedsvertrages ist besonders dann empfehlenswert, wenn mit Rücksicht auf die Entfernung des Wohnsitzes der Parteien vom Sitze des ordentlichen Gerichtes, die Schwierigkeit der Beschaffung des Zeugenmaterials an den Sitz des Gerichtes, oder aus sonstigen Gründen der Zeitaufwand, die Mühen und Kosten der Durchführung des Prozesses von den ordentlichen Gerichten mit dem Werte des Streitgegenstandes — der bei Streitigkeiten zwischen Weissen und Farbigen meistens nur ein sehr geringfügiger ist — in keinem Verhältnisse stehen würden.

Meines Wissens wird von dieser freiwilligen Unterwerfung unter die Rechtsprechung der Verwaltungsbehörden aus Zweckmässigkeitsgründen auch zahlreich Gebrauch gemacht. Es mag dies der Grund sein, dass im Laufe der Zeit nicht nur in Laienkreisen, sondern auch bei dem einen oder anderen jüngeren Beamten sich die missverständliche Auffassung festgesetzt hat, diese freiwillige Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit der Verwaltungsbehörden sei eine rechtlich erzwingbare. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, die leitenden Grundsätze im Verordnungswege erneut zum Ausdrucke zu bringen.

Admiralitätsrat Professor Dr. **Köbner,** Berlin: Die vorgeschrittene Zeit gestattet mir leider nicht, auf alle die Probleme und Gesichtspunkte, welche in der Debatte in so dankenswerter und anregender Weise vorgebracht worden sind, im einzelnen hier einzugehen. Ich will deshalb nur zu einigen der wichtigsten Punkte in Kürze noch folgendes bemerken:

Die Frage der Mischprozesse (an denen Weisse und Farbige beteiligt sind) hat bereits de lege lata eine, meines Erachtens befriedigende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Lösung gefunden für das Schutzgebiet Kiautschou. In der, vom Kaiserlichen Gouverneur erlassenen und vom Reichskanzler genehmigten „Verordnung, betr. die Rechtsverhältnisse der Chinesen" vom 15. April 1899, bestimmt nämlich gleich der erste Paragraph:

„Werden bei einer strafbaren Handlung Chinesen und Nicht-Chinesen als Täter, Teilnehmer, Begünstiger oder Hehler gemeinschaftlich beschuldigt oder sind Chinesen und Nicht-Chinesen in einen bürgerlichen Rechtsstreit verwickelt, so ist das Kaiserliche Gericht (d. h. das im allgemeinen nur für die Deutschen und die ihnen rechtlich gleichgestellte übrige nicht-chinesische Bevölkerung zuständige Gericht) auch zur Verhandlung und Entscheidung gegen Chinesen zuständig. In diesem Falle findet das für Nicht-Chinesen geltende Recht auch auf Chinesen Anwendung."

Hier ist also mit aller Schärfe ausgesprochen 1. die Zuständigkeit des deutschen Gerichtes und 2. die Anwendbarkeit des materiellen deutschen Rechtes in Mischprozessen sowohl auf dem Gebiete der bürgerlichen- wie der Rechtspflege.

Das hier festgelegte Prinzip dürfte — vorbehaltlich genauer Prüfung etwaiger Besonderheiten, die sich aus lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen ergeben könnten — auf die Rechtspflege aller Schutzgebiete auszudehnen sein. Denn wenn wir auch, wie ich im Eingange meines Vortrages mit Nachdruck betont habe, den uralt eingewurzelten Rechtsanschauungen und Sitten der eingeborenen Bevölkerung in unserer kolonialen Rechtspolitik in weitem Masse Rechnung tragen sollen, so soll doch da, wo jene Anschauungen der Farbigen mit dem Rechte des weissen Mannes kollidieren, das letztere grundsätzlich vorangehen.

Was die Grundfragen unseres Themas betrifft, so sehe ich sie — um dies nochmals hervorzuheben, in folgenden Forderungen:

1. Emanzipation der kolonialen Gerichtsbarkeit von den innerlich ihr fremden konsularrechtlichen Bestimmungen.
2. Tunlichste Trennung von Justiz und Verwaltung für die weisse Bevölkerung.
3. Schaffung einer einheitlichen obersten Instanz für die koloniale Rechtsprechung.

Die Zustimmung, welche diese Forderungen im Laufe der Diskussion, namentlich von seiten des Herrn Geheimrats Professor Dr. Zorn gefunden haben, und die wertvolle Anregung des letzteren, die Ansicht der Sektion in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen, begrüsse ich als willkommene Förderung der gedachten Bestrebungen mit wärmstem Dank. Ich möchte nur bitten, diese Resolution nicht dahin zu spezialisieren, dass die Schaffung eines besonderen Kolonialgerichtshofes verlangt wird, sondern sie allgemeiner dahin zu fassen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dass als einheitliche dritte (Revisions-) Instanz für die Kolonien ein Gerichtshof im Mutterlande einzusetzen sei. Ich verkenne nicht die Vorzüge eines besonderen Kolonialgerichtshofes, allein es sprechen doch auch gewichtige äussere und innere Gründe gegen einen solchen, die ja auch in der Debatte mehrfach zutreffend berührt worden sind: In ersterer Hinsicht kommt die Kostspieligkeit eines eigenen (zunächst noch wenig beschäftigten) Gerichtshofes in Betracht, welche allein schon angesichts der Finanzlage des Reiches die Schaffung einer solchen Einrichtung für absehbare Zeit unmöglich machen dürfte. Abgesehen hiervon aber spricht gegen die Schaffung eines besonderen obersten Kolonialgerichtshofes die mit Recht hervorgehobene Erwägung, dass damit die Gefahr einer vom Reichsgerichte abweichenden höchstinstanzlichen Judikatur bei der Auslegung der Reichsgesetze gegeben wäre. Die letztere Gefahr würde auch bestehen, wenn zur obersten Instanz für die Schutzgebiete das Hanseatische Oberlandesgericht bestimmt würde, ein Gerichtshof, der im übrigen durch seine wirtschaftlichen Erfahrungen und durch seine bewährte Praxis zweifellos gewichtige Vorteile bieten würde. So käme doch wohl das Reichsgericht selbst als oberste Instanz für die Schutzgebiete in Frage, wobei eventuell zu erwägen wäre, inwieweit eine Verstärkung dieses Gerichtshofes durch Juristen mit besonderer kolonialrechtlicher Erfahrung zu ermöglichen wäre.

Indessen, diese ganze Frage ist eine cura posterior. Die nächste und wichtigste Aufgabe ist, dass überhaupt einmal der Gedanke der Notwendigkeit einer einheitlichen dritten Instanz für die Kolonien durchdringt. Aus dieser Erwägung habe ich absichtlich in meinem Vortrage die Frage der Ausgestaltung dieser Instanz und die verschiedenen Möglichkeiten hierfür nur kurz behandelt, damit zunächst nicht Differenzpunkte geschaffen werden, sondern unser aller Bestrebungen sich für jetzt auf die Erreichung des Hauptzieles vereinigen. Aus dieser Erwägung heraus bitte ich Sie auch, die Resolution in der allgemeineren Fassung anzunehmen.

Übrigens möchte ich meinerseits den künftigen obersten Gerichtshof auch aus der Strafrechtspflege nicht gänzlich ausgeschaltet wissen. Seine wichtigsten Funktionen allerdings werden auf dem Gebiete der bürgerlichen Rechtspflege liegen. Wenn heute in einigen Schutzgebieten die Prozesse mit hohen Objekten noch gering sind, so liegt dies zum Teil daran, dass überhaupt noch nicht viele grosse Kapitalsinteressen dort vertreten sind. Dafür aber, dass deutsches Kapital mit Vertrauen in die Kolonien geht, ist eben die Schaffung aller Kautelen einer modernen Rechtspflege eine der wesentlichen Vorbedingungen. Auch möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass Streitigkeiten, die sich für die Rechtsverhältnisse von Plantagen-,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Handels-, Eisenbahn- und Bergwerksgesellschaften aus ihren Konzessionen u. s. w. entwickeln können, unter Umständen sehr hohe Objekte betreffen können.

---

Die **Sektion** erklärte hierauf die folgende, dem Plenum zu unterbreitende Resolution als ihre Willensmeinung:

„Die Ausgestaltung der kolonialen Gerichtsbarkeit nach selbständigen, die Abhängigkeit von der Konsulargerichtsbarkeit abstreifenden Grundsätzen ist dringend zu wünschen.

Hierfür sind insbesondere die folgenden Gesichtspunkte festzuhalten:

1. Die Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen bleibt von derjenigen über die Angehörigen zivilisierter Nationen getrennt. Die erstere ist nach wie vor den Verwaltungsbehörden zu überlassen. Hingegen ist bezüglich der weissen Bevölkerung die Organisation der Justiz von derjenigen der Verwaltung tunlichst zu trennen.

2. Die zweite (Berufungs-) Instanz ist in den Kolonien weiter auszugestalten. Als dritte (Revisions-) Instanz ist ein Gerichtshof im Mutterlande einzusetzen, sowohl im Interesse der rechtsuchenden Parteien, als auch besonders zur Sicherung einer gleichmässigen Gesetzesauslegung."

Diese Resolution konnte am folgenden Tage aus Geschäftsordnungsgründen, weil sie zu spät eingebracht war, im Plenum des Kongresses nicht mehr zur Abstimmung gelangen; sie wurde von Herrn Geheimrat Professor Dr. Zorn im Anschlusse an seinen Plenarvortrag über „Die Grundlagen des deutschen Kolonialrechts" dem Kongresse mitgeteilt.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Bedeutung des Eingeborenenrechts.

Von Kammergerichtsrat Dr. **Felix Meyer,** Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

(Der Vortrag kann hier nur in abgekürzter Form wiedergegeben werden. Eine ausführliche Bearbeitung des Gegenstandes findet sich an anderer Stelle.)

Wenn ich an dieser Stelle über Rechte der Eingeborenen spreche, so entrichte ich damit namens der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre zu Berlin einen Dankeszoll an die Deutsche Kolonialgesellschaft; denn auch durch ihre Unterstützung konnte die Internationale Vereinigung vor mehreren Jahren einen, von dem Altmeister der ethnologischen Jurisprudenz, dem leider zu früh verstorbenen Bremer Richter Albert Hermann Post entworfenen Fragebogen über die Rechtsgewohnheiten der afrikanischen Naturvölker zur Beantwortung in den dunkeln Weltteil hinaussenden, und mein heutiger Vortrag fusst im wesentlichen auf dem Ergebnis dieser Sammelforschung, die demnächst der Öffentlichkeit übergeben werden wird. Die Sammelforschung erscheint unter dem Titel „Rechtsverhältnisse von eingeborenen Völkern in Afrika und Ozeanien“ im Verlage von Julius Springer in Berlin.

Ihr Wert besteht nicht nur in dem, was sie Neues geliefert hat, sondern vornehmlich auch darin, dass sie zum Teil frühere Beobachtungen bestätigt und so die Zuverlässigkeit derselben sichergestellt hat; denn wir befinden uns hier auf einem Gebiet, wo alles von der Genauigkeit und Objektivität der gewissermassen unsern Gesetzestext bildenden Beobachtungen abhängt, und es ist klar, dass die Berichte nach der Eigenart ihres Verfassers, seiner Auffassungsfähigkeit, der Tiefe seines Eindringens in die fremden Verhältnisse verschieden zu bewerten sind, an ihnen durch die Vergleichung mit Äusserungen anderer Forscher eine Kontrolle geübt werden muss. Schon Goethe sagt warnend: „Man braucht nicht alles selbst gesehen und erlebt zu haben, willst du aber dem andern und seinen Darstellungen vertrauen, so denke, dass du es mit Dreien zu tun hast, mit dem Gegenstand und zwei Subjekten.“ Damit wird aber in keiner Weise das hohe Verdienst jener Männer geschmälert, die sich der mühevollen Arbeit unterzogen haben, uns aus der Fülle der von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihnen in dem Verkehr mit den Eingeborenen gesammelten Erfahrungen die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Die Erkenntnis von der Wichtigkeit des Eingeborenenrechtes begann sich Bahn zu brechen von jenem Zeitpunkt an, da die zur Wissenschaft erhobene Ethnologie an die Aufstellung des Begriffes vom Gesellschaftsorganismus nach induktiver Methode herantrat, und seit Post auf die Notwendigkeit eines Studiums der Gesamtgeschichte des Staats- und Rechtslebens der menschlichen Rasse hinwies, indem er mit Recht betonte, dass die grosse Weltanschauung unserer Zeit nicht mehr gestatte, die Rechtswissenschaft auf das Recht nur einzelner Kulturvölker zu stützen. Nicht eingehend kann ich mich hier über die Tragweite der Einbeziehung des Eingeborenen-Rechts in das Studium der Jurisprudenz für deren Vertiefung und Ausgestaltung, insbesondere der vergleichenden Rechtswissenschaft auslassen; nur daran erinnern möchte ich, dass bei der zweifellosen Universalität der die Entwickelung aller Völker beherrschenden Gesetze und der anerkannten physiologischen und psychologischen Einheit des Menschengeschlechts die Rechtsverhältnisse der Naturvölker uns Aufschluss auch über das vorgeschichtliche Rechtsleben der Kulturvölker bieten müssen, das Ergebnis jener Studien also da einsetzt, wo uns die bisherige Rechtsgeschichte im Stiche lässt.

Je mehr wir uns mit diesen Institutionen beschäftigen, um so deutlicher erkennen wir, wie schon dort, gewissermassen in der Zelle unsere rechtlichen Einrichtungen ruhen, wie daselbst schon mehr oder minder deutlich privat- und öffentlich-rechtliche Normen aufkeimen. Zutreffend ist hervorgehoben worden („Friedrichs Universales Obligationenrecht" S. 196), dass die im Recht verkörperte Natur des menschlichen Geistes bei aller Mannigfaltigkeit der einzelnen Erscheinungen mit einer sehr geringen Zahl von Formen und Grundgedanken arbeitet. Längst ist man über die Voreingenommenheit älterer Zunftjuristen zur Tagesordnung übergegangen, welche mit spöttischem Lächeln, wie es so oft mangelnde Sachkenntnis hervorzurufen pflegt, auf die Beschäftigung mit den Rechten der Naturvölker herabblickten, als sei dies eitel Fantasterei und ein jeder Wissenschaft barer Dilettantismus. Und doch hatte kein Geringerer, als der berühmte Heidelberger Pandektist und Vorkämpfer eines einheitlichen deutschen Rechts, Thibaut, schon im Anfang des vorigen Jahrhunderts ausgesprochen, dass 10 geistvolle Vorlesungen aus den Rechten der Perser, Inder, Chinesen, den juristischen Sinn unserer Jugend mehr zu erwecken vermöchten, als hundert über die jämmerlichen Pfuschereien, denen das römische Intestaterbrecht von Augustus bis Justinian unterlegen wären.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In diesem Kreise kommt es mir aber vor allem darauf an, darzutun, dass auf dem weiten Felde der Eingeborenenpolitik ein breiter Raum der Erörterung der Eingeborenenrechte gewährt werden muss.

Wir wissen ja, welche Rolle in der Kolonialpolitik die Eingeborenenpolitik zu spielen berufen ist; beruht doch auf den Eingeborenen im wesentlichen Produktivität, Handel und Industrie der Kolonien; besonders in Territorien, wie diejenigen unserer afrikanischen Schutzgebiete es sind, in denen klimatische Hemmnisse der Ansiedlung oder doch angestrengter körperlicher Arbeit von Europäern entgegenstehen. Auf den weiten Raum der deutschen Schutzgebiete in Afrika von etwa $2^1/_2$ Millionen □-*km* sind ungefähr nur 4000 Deutsche ansässig. Die von jeder Kolonialpolitik zu erstrebenden wirtschaftlichen Erfolge können also in solchen Ländern nur erreicht werden, wenn man die einheimische Bevölkerung stärkt und zu kulturellem Fortschritt erzieht, aus ihr ein möglichst arbeitsfähiges, betriebsames, konsumtionsfähiges Element schafft.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss vorerst die kolonisierende Macht das Vertrauen und die Achtung der Eingeborenen gewinnen; ein solcher Erfolg ist nur möglich, wenn man die sozialen Manifestationen derselben begreift und ihnen Rechnung trägt. Und hier bietet gerade die Kenntnis ihrer Rechte den Schlüssel zum Verständnis. Man muss davon ausgehen, dass das Recht ein auf dem Selbsterhaltungstrieb der Gattung beruhendes, dieser ihre Fortexistenz ermöglichendes Erzeugnis der Notwendigkeit ist, dass es jene Ordnung schafft, welche der begehrlichen Betätigungsfreiheit des einzelnen im Verhältnis zur Gesamtheit die notwendigen Schranken zieht. Daher jenen Völkern ein anders geartetes Kulturrecht aufzwingen zu wollen, das sie ebensowenig begreifen können, wie etwa die Schöpfungen der modernen Kunst, heisst für sie, an die Stelle der Ordnung die Willkür setzen und ihr Vertrauen erschüttern.

Dieser Einsicht haben sich auch die kolonisierenden Völker der Gegenwart meist nicht verschlossen. Sie lassen grundsätzlich die Eingeborenen ihre Rechtsangelegenheiten unter einander nach eigenem Recht entscheiden.

Diesem Prinzip bleibt auch das Deutsche Schutzgebietsgesetz getreu, dessen § 4 in der Bekanntmachung vom 10. September 1900 bestimmt: „Die Eingeborenen unterliegen der im § 2 geregelten Gerichtsbarkeit, also dem Kaiserl. Bezirks- und Obergericht, und den im § 3 bezeichneten Vorschriften“ — also den „deutschen Gesetzen“ — nur insoweit, als dies durch Kaiserl. Verordnung bestimmt wird.“ In einigen mit den Häuptlingen abgeschlossenen Verträgen, wie in Kamerun, Togo und Südwestafrika, ist sogar den Eingeborenen aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

drücklich der Fortbestand ihrer Gebräuche und Gewohnheiten zugesichert. Es wäre aber meines Erachtens eine Verkennung der erzieherischen Bedeutung, der zivilisatorischen Mission des Rechts, wenn die Schutzmacht sich nicht bestreben sollte, solchen Rechtsbräuchen der Eingeborenen entgegenzutreten, welche einen offenbar kulturfeindlichen Charakter tragen, wie z. B. dem Institut der Blutrache, der Kindertötung, dem gefährlichen Einfluss der Zauberer und Fetischpriester auf die Rechtspflege, dem Aberglauben des Ordals, den Richterkauf und barbarischen Strafarten. Einer solchen Einwirkung auf die Eingeborenen-Justiz stehen nach meiner Ansicht auch nicht die vorerwähnten Abmachungen mit den Häuptlingen entgegen, durch welche ihnen die Erhaltung ihrer Rechtsgewohnheiten gewährleistet ist, denn zur Wahrung von Institutionen, welche den Grund- und Existenzbedingungen der modernen Zivilisation zuwider sind, konnte und wollte offensichtlich das Reich sich nicht verpflichten, und seine Vereinbarungen mit den sogenannten „Kapitänen" sind daher nur mit dem beregten Vorbehalt bindend. Hier bietet sich eine weite Perspektive für die Schöpfung eines kolonialen Privat- Straf- sowie Prozessrechts, das sicherlich viel zur Assimilierung der Eingeborenen an das Mutterland beitragen würde. Als Vorarbeit dazu bedarf es aber zunächst einer Sammlung der Rechtsbräuche der Eingeborenen. Schon haben andere Staaten für Afrika im hohen Masse bemerkenswerte Versuche auf diesem Wege gemacht; ich erinnere nur an die englische Sammlung des Kaffernrechts und die seitens Frankreichs durch Dekret vom 14. Februar 1901 für die Elfenbeinküste ins Leben gerufene Kommission mit der Aufgabe: de réunir et de codifier les coutumes en usage devant les juridictions indigènes de la colonie."

Vor allen Dingen scheint es mir wichtig, dass diejenigen Männer, welche berufen sind, unsere Schutzgebiete und Kolonien zu verwalten und die Gerichte der Eingeborenen zu beaufsichtigen, oder gar selbst über die Eingeborenen zu richten, auf das Innigste mit den dortigen Rechtsgewohnheiten vertraut sind.

Bei der Ausbildung der Kolonialbeamten wird man daher auch auf die Beschäftigung mit dieser Disziplin Gewicht legen müssen, und ich würde es für in hohem Masse empfehlenswert erachten, wenn etwa besondere Kurse über die Rechte der Eingeborenen in unseren Schutzgebieten dem Seminar für orientalische Sprachen in Berlin angegliedert würden.

Ich will nun versuchen, meine Ausführungen über die Bedeutung des Eingeborenenrechts durch die Darstellung seines Inhalts zu rechtfertigen; natürlich kann ich mich nur darauf beschränken, wenige Völker Deutsch-Afrikas in die Erörterung zu ziehen, und auch bei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

diesen muss ich mir an der Skizzierung der Grundzüge ihres Rechts genügen lassen. Des näheren verweise ich auf das oben zitierte Werk der „Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre zu Berlin." Ich greife zu dem Behufe aus der schon erwähnten Sammelforschung heraus die bereits etwas über der Stufe der Jägerbauern erhabenen Bakwiri, nördlich vom Mündungsgebiet des Kamerun bis zum Fusse des Kamerungebirges, die südlicher sesshaften Ackerbau- und Jagdtreibenden, als geschickte Bootsleute bekannte Banaka und Bapuku in Batanga, die man wegen ihrer nervösen Reizbarkeit die Franzosen Westafrikas genannt hat; ferner die südlich vom Kunene angesiedelten, den Übergang von den Nomaden des Südens zu den Ackerbauern Zentralafrikas darstellenden Ondonga in Amboland; das interessante Hirtenvolk der Herero im Norden des Namaqualandes, zwischen dem Atlantischen Ozean und der Kalahari-Wüste, die Handel und Ackerbau treibenden Bana Msalala unweit vom Ukerewe, ihre südlichen Nachbarn, die Land bebauenden Wagogo, und endlich die östlich davon näher der Küste in Usambara wohnhaften, gleichfalls Ackerbau treibenden Waschambaa.

An die Spitze meiner Erörterungen kann ich den durch die neueste Enquete wiederum bewahrheiteten Satz stellen, dass das Recht eines Volkes mit seinem Gattungsorganismus im innigsten Zusammenhang steht. Wir begegnen bei den zur Erörterung gelangenden Stämmen, wie regelmässig in Afrika, der auf Ehe und Blutsverwandschaft beruhenden geschlechterrechtlichen Verfassung, welche aber schon vielfach mit Zügen gaugenossenschaftlicher Organisation durchsetzt ist. Die Geschlechtsgenossenschaft der Sippe bildet, wie es scheint, die Grundlage, aus welcher sich das menschliche Staats- und Rechtsleben entwickelt hat.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die durch die Gewohnheit festgelegten Rechtssätze, welche die Bedingungen für die Entstehung der geschlechterrechtlichen Verfassung, die Ehe und Blutsverwandschaft regeln. Hier ist die erste Frage, wie entsteht die Blutsverwandschaft? Diese Frage wird auch von unseren Völkern in dreifacher Weise beantwortet: Entweder nur durch Abstammung von der Mutter, oder nur durch die Abstammung vom Vater, oder endlich, wie in Europa, durch Abstammung von beiden Elternteilen! Das erste uns schon von Herodot geschilderte System, welches unter dem Namen des Mutterrechts bekannt ist, und bei dem die Männer, wie man mit Recht gesagt hat, den abfallenden und zu nichts verwehenden Blättern des Baumes gleichen, finden wir am deutlichsten bei denjenigen der uns beschäftigenden Völkerschaften, die noch Hirten oder Jägerbauern sind, oder auf dem Übergang zu den Ackerbauern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stehen, z. B. den Ondonga und Bakwiri; es gewinnt die Hypothese mehr und mehr an Gewissheit, dass in der Tat das Mutterrecht ursprünglich allen Völkern gemeinsam gewesen ist. Dies wird erklärlich, wenn man erwägt, wie unendlich lose die geschlechtlichen Beziehungen in der Urzeit gewesen sein müsssen und dass das „mater semper certa" gewissermassen der einzige feste Pol für die Genealogie blieb. Die rechtlichen Wirkungen der Mutterverwandschaft zeigen sich bei den beregten Stämmen, wie wir später sehen werden, in der Ehe, in der Erbfolge und in der Blutrache; aber auch bei den schon vorgeschrittenen Völkern lassen sich mannigfache Überreste des einstigen Mutterrechts erkennen. Ich will nur darauf hinweisen, dass sich noch bei den Msalala, die schon nach Elternrecht leben, der Adel allein nach der Mutter vererbt, und der König einzig aus den Söhnen einer Schwester des früheren Herrschers gewählt wird, endlich ein von seinem Vater verstossenes Kind zu seinem mütterlichen Oheim flieht.

Dabei sei erwähnt, dass die Geschlechtsverbände vielfach noch unter dem Einfluss einer totemistischen Weltanschauung stehen, also ihre Urahnen mit irgend einem Tier oder einer Pflanze, die sie infolgedessen mehr oder minder verehren, und wonach sie sich benennen, in Beziehung bringen. Auch hier machen wir bei den Berichtsvölkern die Erfahrung, dass je primitiver sie sind, desto lebhafter der totemistische Charakter hervortritt.

Ein besonders belehrendes Beispiel bieten die durch Speisegebräuche verbundenen „Otuzo" der Hereros.

Neben die natürliche tritt die künstliche Verwandschaft, welche vorwiegend durch Blutsbrüderschaft, oft aber durch Adoption und Pflegekindschaft erzeugt wird und der Notwendigkeit ihre Entstehung verdankt, durch Stärkung des eigenen Geschlechtes sich einen Schutz zu verschaffen, den bis dahin die Gesamtheit noch nicht zu gewähren vermag. Die Wahlbrüderschaften sind Schutz- und Trutzbündnisse, die ursprünglich auch im hohen Norden nach den Schilderungen der isländischen Sögur zu einer Gütergemeinschaft, dem Felag, führten und aus dem sich dann später in Europa wohl die heidnischen Schutzgilden entwickelten. Das, was Walter zu Hagen spricht in jenem bekannten Heldenlied von Walter und Hildegunde in Simrocks kleinem Heldenbuch:

„Wir wurden Bundesbrüder und mischten unser Blut,
Da galt uns diese Freundschaft wohl als das höchste Gut"

würde in vielen afrikanischen Herzen einen Widerhall und Verständnis finden.

Welchen praktischen Wert das Institut der Blutsbrüderschaft neben seinen sonstigen vorerwähnten Rechtsfunktionen übt, sehen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wir in Usambara, wo der Fremde zur Gewinnung eines Gastfreundes, der ihn aufnimmt und erhält, befugt ist, sich einen Einheimischen auszuwählen und mit diesem Blutsbrüderschaft zu machen, ohne dass jener Gastfreund wider Willen sich der Eingehung des Bundes widersetzen dürfte. Der König in Uganda soll sich, wahrscheinlich aus Besorgnis vor dem in Afrika besonders häufigen Giftmord, nur von einem Koch bedienen lassen, mit dem er Blutsbrüderschaft geschlossen hat.

Die grössten Schwierigkeiten wird eine zukünftige koloniale Gesetzgebung auf dem Gebiete des Eherechts finden; denn das heidnische Afrika steht unter dem Zeichen einer rechtlich unbegrenzten, tatsächlich nur durch das Vermögen des Mannes beschränkten, polygamischen Kaufehe. Der Preis, der in den üblichen Zahlungsmitteln, besonders in Vieh besteht, schwankt in der Regel innerhalb festgesetzter Grenzen nach den Mitteln des Mannes und dem Wert der Frau, also ihrem Rang, Stand, ihrer Schönheit, Jugend, nicht immer nach ihrer Virginität. Erst mit der gänzlichen Erlegung des meist in Raten entrichteten Kaufpreises pflegt bei ausgeprägter Kaufehe der Mann Rechte an Frau und Kindern zu erwerben. Andererseits muss der gezahlte Betrag dem Manne zurückerstattet werden, wenn die Ehe nicht zu stande kommt, die Frau den Mann verlässt, oder er sie aus guten Gründen verstösst. Einer Zustimmung der Frau als des Kaufobjekts, bedarf es bei der strengen Kaufehe zur Heirat nicht. Erst da, wo wie bei den Odonga, der Kaufpreis sich in herkömmlichen Schenkungen an die Braut verwandelt hat, wird auch deren Einwilligung nötig. Obwohl grundsätzlich ein dauerndes Verhältnis, ist die Ehe tatsächlich wenigstens von Seiten des Mannes ein leicht lösliches Band. Neben Ehebruch bilden Faulheit, Zanksucht, Flüche, Nichtversorgung der Kinder, Unfruchtbarkeit und Zauberei ausreichende Scheidungsgründe.

Dem Charakter der Kaufehe entspricht die soziale Stellung der Frau.

In der häuslichen Gemeinschaft, wo sie getrennt von den Männern speisen, werden die Weiber von der zuerst geheirateten oder besonders begünstigten Frau des Mannes, der grossen oder Oberfrau, beaufsichtigt. Was sie haben und erwerben, gehört, wie in der durch Coemtio geschaffenen Manusehe des römischen jus civile, dem Manne, der seine Frau verpfänden, als Bürgen bestellen, als Zahlungsmittel verwerten, gegen Entgelt ausleihen, mit anderen Weibern vertauschen, ja bei den Msalala und Batangaleuten noch töten darf. Naturgemäss gehören die Weiber zum Nachlass des Mannes und vererben sich auf den nächsten männlichen Verwandten des Gatten. Die Leviratsehe steht noch in voller Blüte. Nach allem gilt auch für

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unsere Völker das Rechtssprichwort der Bogos: „Das Weib ist eine Hyäne", d. h. nach unserer Auffassung ein Lasttier. Trotzdem „weinen nicht, wenn eine Frau geboren wird, alle vier Wände", wie es in einer Parömie bei den Südslaven heisst, sondern man freut sich in Anbetracht des späteren Brautpreises bei unsern Negern manchmal mehr über die Geburt eines Mädchens als eines Knaben.

Mit der Verwandtschaft in innigem Zusammenhange steht das Erbrecht; noch kennt man hier mit wenigen Ausnahmen keine letztwilligen Verfügungen, noch erben regelmässig nur männliche Verwandte der Mutter, des Vaters oder beider Eltern, je nach dem dort herrschenden System des Mutter-, Vater- oder Elternrechts; bald erbt nur der älteste Sohn, bald entscheidet die Gradesnähe. Die Erben haften meist für die Schulden des Erblassers.

Im Sachenrecht finden wir ein individuelles Eigentum an beweglichen Sachen, auch an Fruchtbäumen, dagegen besteht an Grund und Boden bei Stämmen mit einfacher Dorfverfassung: Gesamteigentum des Dorfes und abwechselnder Besitz der Ackerparzellen durch die einzelnen, bei einem ausgebildeten Häuptlingsrecht Eigentum des Häuptlings an allem Gebiet einschliesslich des Wildes und der Fische.

Wo der Boden alles zum Leben erforderliche, die Familie die nötigen Arbeitskräfte bietet, hat sich natürlich das Obligationsrecht noch nicht hoch entwickelt. Hauptsächlich kommen Kauf- und Tauschverträge vor, zu deren Perfektion wie im alten römischen und deutschen Recht gewisse Formen verlangt werden, z. B. der Blutschwur bei den Bakwiri, das auf die Erde Speien der Msalala, die Verbalobligation der Waschambaa, die mit der Frage anhebt: „Stimmen wir überein?"

Es gibt schon eine Anfechtung wegen Betruges und Gewährleistung bei Viehmängeln, falls rechtzeitig gerügt ist. Ferner hören wir von Leih-, Dienst-, Bürgschaft-, Pfand- und Schenkungsverträgen, selten von Darlehen. Auch ausserkontraktliche Schadensansprüche, insbesondere wegen Defloration und Schwängerung kommen vor.

Auf dem Felde des Strafrechts steht im Vordergrunde des Interesses die Blutrache, welche die Erhaltung der Geschlechter in alter Stärke anstrebt. Das Institut ist aber bei den in Frage kommenden Völkern teilweise ganz verschwunden, teilweise mit dem Kompositionssystem und dem Häuptlingsstrafrecht eng verwebt. Selbst Tötungen sind schon regelmässig mit einem Blutpreis sühnbar, sei es, dass ein solcher angenommen werden muss, sei es, dass er angenommen werden kann. Auf Verbrechen gegen die Gesamtheit, wie Friedensbruch, Verrat, Hexerei, das eigentümliche Delikt der Zurückhaltung von Regen, manchmal auch auf schlechte Behandlung der Eltern seitens der Kinder steht Todesstrafe; bezüglich der anderen Straftaten, wie Dieb-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stahl, Körperverletzung, Menschenraub, herrscht ein ziemlich genau normiertes Bussensystem, ähnlich den germanischen Wehrgeldtaxen. Das Verfahren wird von dem Prinzip der Öffentlichkeit und Mündlichkeit beherrscht. Je nach der Verfassung des Stammes regelt sich die Teilnahme der Häuptlinge an der Rechtspflege; bald präsidieren sie den Volksversammlungen, in denen Recht gesprochen wird, bald judizieren sie allein. Auch verlangen sie als eine Art Fiskus im modernen Sinne die meist in Vieh bestehenden Gerichtskosten und einen Teil der Bussen. Zerfällt das Volk in Dörfer und Distrikte mit Häuptlingen und einem König an der Spitze, so geht der Instanzenzug vom Dorfhäuptling zum Distrikthäuptling und von diesem zum König. In der Verhandlung werden beide Teile gehört; ohne Kläger ist kein Richter. Es wird Beweis durch Zeugenvernehmung erhoben; doch kommen noch als Beweismittel das Ordal, z. B. die Giftprobe bei den Bakwiri, der Reinigungseid und das hauptsächlich bei Zauberei noch manchmal durch Tortur herbeigeführte Geständnis vor. Die Vollstreckung des verkündeten Urteils geschieht ferner durch den dazu autorisierten Kläger selbst oder durch besonders hiermit betraute Personen.

Schon dieser kurze Streifzug in ein so eng begrenztes Segment der Eingeborenenrechte zeigt, wie wichtig es ist, wenn Juristen, Ethnologen und Ethnographen zur Förderung der Kultur draussen und der Wissenschaft daheim gemeinschaftlich an der Sammlung und Erforschung jener Rechte weiterarbeiten.

Missionsinspektor **Schreiber,** Barmen: Es freut mich, dass es mir gestattet ist, hier einige Bemerkungen zu machen, nicht als ein Rechtsgelehrter oder Verwaltungsbeamter, sondern als Missionsmann, der aber mit diesen Fragen sich nicht erst seit kurzem, sondern schon seit fast 40 Jahren befasst hat und auch während eines 7jährigen Aufenthaltes in einer holländischen Kolonie und mitten unter dem Volke lebend, reichlich Gelegenheit gehabt hat zu sehen, wie sich diese Verhältnisse dort gestaltet haben.

Wenn die beiden ersten Themata, die für diese unsere Sektion aufgestellt sind, lauten: „Die Organisation der Rechtspflege in den Kolonien“, und „Die Bedeutung des Eingeborenenrechtes in den afrikanischen Schutzgebieten“, so darf man daraus doch wohl die Folgerung ziehen, dass eo ipso auch die Eingeborenen mit einbegriffen sein sollen bei der Frage nach der Organisation der Rechtspflege in unseren Schutzgebieten; denn eben weil es Schutzgebiete sind, in denen doch also auch die Eingeborenen geschützt werden sollen, so haben diese auch ein Recht und einen Anspruch, nach Recht und Gerechtigkeit, d. h. als Mensch behandelt zu werden.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es ergibt sich dann aber die höchst bedeutsame und schwierige Frage, nach welchem Rechte sie behandelt werden sollen und inwieweit ihr eigenes Recht dafür in Betracht kommen kann.

Hier scheint es nun keineswegs überflüssig, zu allererst ein Wort im allgemeinen über die Bedeutung des Rechtes und der Sitte bei den afrikanischen und anderen sogenannten Naturvölkern zu sagen. Leider ist aus Unkenntnis noch bei gar vielen selbst unter unseren sogenannten Gebildeten betreffs aller dieser Völker die grundverkehrte Meinung verbreitet, als ob sie ebenso wenig wie eine ordentliche menschenwürdige Sprache, auch irgend welche gesetzliche Lebensordnungen hätten, als ob sie vielmehr in schrankenloser Willkür in den Tag hinein lebten. Nichts kann verkehrter sein als diese Meinung. Vielmehr ergibt eine genauere Beobachtung und Erforschung der Lebensweise, der Sitten und Gebräuche dieser Völker, dass bei ihnen allen die Sitte eine ungeheure, das ganze Leben von Anfang bis zu Ende und in allen seinen Verhältnissen und Beziehungen umfassende Rolle spielt. Gar vieles in diesen Sitten und Gebräuchen, die also doch, wenn auch ungeschrieben, als das Recht des betreffenden Volkes angesehen werden müssen, wird uns barbarisch, oder doch absurd und kindisch vorkommen, aber für das Volk war und ist es die feste Norm ihres ganzen Lebens und zugleich der sittliche Halt, soweit von einem solchen überhaupt bei diesen Völkern die Rede sein kann.

Zweierlei muss uns von vornherein feststehen, wenn man eine gedeihliche Entwickelung auch der eingeborenen Bevölkerung unserer Schutzgebiete mit zu den wichtigsten Aufgaben unserer Kolonialverwaltung rechnet, nämlich:

1. Dass die Eingeborenen zunächst von ihren eigenen Häuptlingen und Ältesten nach ihren eigenen Rechten und Sitten weiter behandelt und regiert werden sollen; und
2. dass diese Eingeborenenrechte nach den Grundsätzen unserer europäischen Humanität modifiziert, d. h. von allen Unmenschlichkeiten gereinigt werden müssen.

Die erste der beiden genannten Forderungen wird für den allergrössten Teil der eingeborenen Bevölkerung schon aus dem ganz einfachen Grunde erfüllt werden müssen, weil es der Kolonialverwaltung an Organen fehlt, überhaupt die Rechtspflege unter den Eingeborenen des Schutzgebietes in die Hand zu nehmen. Aber wenn nun allmählich Organe hierfür gebildet werden, wenn die Verwaltung und also auch die rechtliche Versorgung der Eingeborenen in den einzelnen Distrikten wirklich von seiten der Kolonialregierung in die Hand genommen wird, dann sollte dieser Grundsatz, dass die Eingeborenen nach ihrem eigenen Recht be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

handelt werden, wenigstens vorläufig unbedingt festgehalten werden. Wollte man z. B. diese Leute nach unserem deutschen Rechte behandeln, so würden sich daraus nicht nur die grössten Missstände ergeben, nein, die Sache würde sich bald einfach als unausführbar erweisen.

Den besten Weg, um die Eingeborenen von ihren eigenen Organen, Häuptlingen etc. weiter regieren und rechtlich versorgen zu lassen, und dabei doch die nötige Aufsicht und Kontrolle zu wahren, dürften die Holländer in Indien eingeschlagen haben, indem sie nämlich aus den Häuptlingen eines Distriktes einen Gerichtshof bilden, der unter dem Vorsitz eines holländischen Beamten nach dem Recht des betreffenden Volkes zu erkennen hat. Das setzt freilich Kenntnis der betreffenden Sprache bei diesem europäischen Vorsitzer des Gerichtshofes voraus. Aber ohne diese ist überhaupt jede erspriessliche Einwirkung auf die Rechtspflege ein Ding der Unmöglichkeit.

Bei einem derartigen Zusammenwirken der einheimischen und der europäischen Obrigkeit liegen aber zwei grosse Gefahren vor. Das eine, was ich meine, ist in dem berühmten holländischen Buche „de koffyveilingen“ von Multatuli (Dowes Decker) in ergreifender Weise dargestellt, nämlich, dass die inländischen Häuptlinge in Java ihre durch den Einfluss der europäischen Regierung sehr gesteigerte Macht nun in schändlicher Weise zur Unterdrückung und Aussaugung ihrer Untertanen verwenden, so dass das Volk unter einem solchen Herrn und Richter viel schlimmer daran ist, trotz der europäischen Oberherrschaft, als es früher der Fall war. Es ist dies eine grosse Gefahr, die überall droht, wo die europäische Kolonialregierung sich irgendwie eingeborener Organe bedient, ohne dieselben genau kontrollieren zu können.

Auf der anderen Seite ist es aber sehr bedenklich und bedauerlich, wenn ein jeder Distriktchef, der vielleicht eben erst ins Land gekommen, der Sprache nicht kundig und mit den Sitten und der ganzen Lebensweise des Volkes noch unbekannt ist, Macht und Befugnis hat, durch einfache polizeiliche Verordnungen, vielleicht ohne es zu wissen, in der bedenklichsten Weise in das ganze Leben und damit auch in die Existenzbedingungen des Volkes einzugreifen. Oder wenn er, ohne der Landessprache kundig zu sein, das Recht hat, über Tod und Leben der ihm Untergebenen zu entscheiden, wobei er dann auf meist völlig unzuverlässige Dolmetscher angewiesen ist. Unter solchen Verhältnissen wäre es für die Eingeborenen entschieden viel besser, man überliesse sie und alle ihre Rechtshändel lieber sich selbst.

Die zweite, oben aufgestellte Forderung, dass die Eingeborenenrechte nach den Grundsätzen unserer europäischen Humanität



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

modifiziert, d. h. von allen Unmenschlichkeiten gereinigt werden sollen, schliesst eine ungemein schwierige Aufgabe in sich, der sich aber in unseren Tagen keine zivilisierte Kolonialmacht entziehen kann. Erlauben Sie mir auch hierüber einige Bemerkungen.

Wohl bei einem jeden heidnischen Volke gibt es irgend welche Greuel, die nach der heidnischen Sitte zu Recht bestehen, welche aber eine europäische Regierung, soweit dieselben zu ihrer Kenntnis kommen, und soweit ihre Macht reicht, durch strenge Verbote auszurotten suchen muss. Hier darf von einer Schonung des Eingeborenenrechtes nicht die Rede sein.

Hierher gehört in erster Linie der in Afrika so weit verbreitete Aberglaube vom Behextsein mit seinen entsetzlichen Folgen des Hexenriechens und Ermordung der vermeintlichen Hexenmeister, welcher bekanntlich bei vielen afrikanischen Stämmen die schauderhafteste Waffe bildet, mittels derer sich die Häuptlinge ihrer Nebenbuhler entledigen oder sich die Schätze ihrer reich gewordenen Untertanen aneignen. Weiter gehören hierhin allerlei Grausamkeiten, die willkürlichen Ermordungen namentlich beim Tode eines Häuptlings; das Begraben der überlebenden Frauen mit dem gestorbenen Häuptlinge; Abschlachten von Sklaven, die jenem ins Jenseits nachgesandt werden sollen; Kindermord, meist aus abergläubischen Gründen, wie z. B. die Tötung von Zwillingen und anderen sogenannten Unglückskindern; endlich allerlei Grausamkeiten in der Justiz, Verstümmelung der Schuldigen, grausame Marterungen bei den Hinrichtungen; auch die Hinrichtung als Strafe für Ehebruch oder gewisse Fälle der Unsittlichkeit sind natürlich zu verbieten. Wohl überall ist den Häuptlingen das Recht über Leben und Tod ganz allgemein zu nehmen. Statt derartiger heidnischer Strafarten werden hauptsächlich Freiheitsstrafen, Zwangsarbeit und Geldbussen einzuführen sein.

Ein Gebiet, auf welchem es sich um allerlei schwierige Fragen handelt, ist das Eherecht. Hier gilt es aber vor allen Dingen nur langsam, mit Schonung und Bedacht vorzugehen und manches einstweilen ruhig bestehen zu lassen in der berechtigten Erwartung, dass es sich mit der Zeit von selbst verlieren werde. So ist es z. B. mit der Polygamie, die man bei Mohammedanern und Heiden ohne Schaden bestehen lassen kann, die man aber erschweren sollte durch Besteuerung der zweiten und dritten Frau. Denn dass die Polygamie namentlich in ihrer afrikanischen Form ein böses soziales Übel ist, lässt sich nicht leugnen. Auch den ungemein weit verbreiteten Frauenkauf sollte man ja nicht verbieten, denn er ist gewissermassen das Fundament des ganzen Familienlebens bei den meisten Naturvölkern. Aber unter Umständen sollte man auf Herabsetzung des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kaufpreises bedacht sein. Bürgerliche Eheschliessungen und Ehescheidungen können erst dann eingeführt werden, wenn die Verwaltung so weit ausgebildet ist, dass sie solches auf sich nehmen kann. Man sollte sich hiermit aber nicht beeilen.

Ein besonders schwieriges Gebiet ist auch das Erbrecht. Will man ein Volk sittlich heben, so ist das nicht anders möglich, als dass man das Familienleben hebt, und dies wiederum ist nicht möglich ohne Verbesserung der Stellung des weiblichen Geschlechtes. Bei sehr vielen Naturvölkern wird die Frau nicht als Person, sondern als Sache behandelt. Sie wird beim Tode des Mannes oder Vaters mit vererbt. Hier ist wohl ein Hauptpunkt, wo Wandel geschaffen werden muss, dass eine Witwe also nicht mit vererbt wird, sondern womöglich irgendwie selbst mit erbt. Im übrigen zeigt das Erbrecht in Afrika eine ausserordentliche Mannigfaltigkeit von für uns zum Teil schwer verständlichen Formen. Bei manchen Stämmen ist es aber offenbar derart, dass es für eine gedeihliche Entwickelung des Familienlebens und der sozialen Verhältnisse ein absolutes Hindernis bildet und also auch unbedingt zu modifizieren ist.

Der Sklavenhandel sollte, soweit die europäische Macht reicht, kurzer Hand abgeschafft und verboten werden. Die Sklaverei dagegen sollte man durch entsprechende Gesetze nur so einschränken, dass sie allmählich verschwinden muss, also, indem man die Möglichkeit für die Sklaven schafft, sich selbst frei zu kaufen und einen Termin festsetzt, nach welchem auch die von Sklaven geborenen Kinder für frei erklärt werden. Auf alle Fälle muss der Übergang von der Sklaverei zur freien Arbeit ganz allmählich stattfinden, sonst wirkt er verderblich.

Manche Erfahrungen anderer Kolonialstaaten auf diesem Gebiet mahnen zur grössten Vorsicht, da sie uns zeigen, dass nicht selten in der besten Absicht getroffene Verordnungen verhängnisvolle Folgen gehabt haben. Eine jede Kolonialmacht aber, welche sich die Förderung des Wohles auch der eingeborenen Bevölkerung ihrer Kolonien zum Ziel gesetzt hat, also nicht nur ihre Erhaltung, sondern auch ihre gedeihliche Entwickelung und Erziehung, wird mit Weisheit und Geduld auch auf dem Gebiet der Rechtspflege sehr viel tun können zur Erreichung dieses Zieles. Eines aber ist ganz gewiss, lässt man das Wohl der Eingeborenen ausser acht, so kann keine Kolonie, wenigstens nicht in den Tropen, auf die Dauer gedeihen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Das Grundeigentum in den Kolonien.

Von **Chr. von Bornhaupt,** Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

---

Meine Aufgabe sehe ich darin, Ihnen in grossen Zügen den gegenwärtigen gesetzlichen Stand der Bodenfrage in den deutschen Kolonien Afrikas darzulegen, diesem im gewissen Umfang eine Skizze der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie in den Kolonien sich gestaltet haben, gegenüberzustellen und hierbei an geeigneten Stellen auf einzelne Umstände hinzuweisen, welche mir einer zweckentsprechenden Entwickelung förderlich bezw. einer solchen nicht günstig zu sein scheinen.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, dass das Institut international colonial das Bodenproblem in den Kolonien wiederholt zum Gegenstande seiner Verhandlungen gemacht hat. Wenn diese Verhandlungen auch insofern nicht zu bestimmten positiven Resultaten geführt haben, als man sich nicht auf bestimmte Leitsätze geeinigt, vielmehr zum Schluss es ausdrücklich ausgesprochen hat, dass die Frage auch ferner noch als eine offene zu betrachten sei, so ist es doch zweifellos, dass diese Verhandlungen, an denen sich die hervorragendsten Kolonialpolitiker aller Nationen, ich nenne nur Lord Reay, Herrn Chaillet-Bert, Professor Anton u. a. beteiligt haben, keine vergeblichen gewesen sind, dass sie vielmehr nicht bloss eine Fülle von Anregungen gegeben, sondern auch im gewissen Sinne wirkliche leitende Gesichtspunkte zu Tage gefördert haben, die, wenn sie auch nicht unwidersprochen dastehen, doch in hohem Grade geeignet erscheinen, befruchtend auf die weitere Forschung einzuwirken. Aus der grossen Zahl dieser möchte ich mir erlauben, hier nur einen Gesichtspunkt anzuführen, der hierauf um so mehr Anspruch hat, als er gewissermassen als ein historischer Erfahrungssatz gelten kann.

Die allerungünstigsten Resultate in der Bodenfrage sind durch die unveränderte Übertragung europäischer Bodengesetze auf überseeische Gebiete erzielt worden. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, dass es nur da gelungen ist, Erfolge zu erzielen, wo man bestrebt gewesen ist, bei den im Interesse des kolonisierenden Staates notwendig gewordenen Bodenreformen an die vorhandenen Verhältnisse in möglichst weitgehendem Umfange anzuknüpfen oder, wie Herr Professor Anton in Jena dies in den kurzen Satz zusammenfasst: „keine Revolution, sondern Evolution".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ich beschränke mich darauf, einerseits auf die wiederholten Misserfolge der französischen Bodengesetzgebung in Algier, andererseits auf die allerzeit beachtenswerten Erfolge des holländischen Systems in Indien zu verweisen.

Grundlegend für die Bodenfrage in den deutschen Kolonien Afrikas ist der § 2 des Schutzgebietsgesetzes vom 17. April 1886 geworden, durch den für das gesamte bürgerliche Recht, mithin auch für die auf den Grund und Boden bezüglichen Rechtsverhältnisse die Reichsgesetze, das Preussische allgemeine Landrecht und die das bürgerliche Recht betreffenden allgemeinen Gesetze derjenigen preussischen Landesteile, in denen das allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, — für massgebend erklärt wurden.

Dieser erste auf die Bodenfrage bezügliche deutscherseits vollzogene gesetzgeberische Akt stellt sich als eine einfache Übertragung der heimischen Bodenverhältnisse auf die vier ihrem Wesen nach verschiedenen afrikanischen Schutzgebiete dar, und es kann wohl als eine Folge hiervon angesehen werden, dass schon durch die Novelle vom 9. März 1888 diese unveränderte Gesetzesübertragung dahin eingeschränkt wurde, dass hinsichtlich der Rechtsverhältnisse an unbeweglichen Sachen einschliesslich des Bergwerkseigentums eine von der Bestimmung des Schutzgebietsgesetzes v. J. 1886 abweichende Regelung, nämlich die durch Kaiserliche Verordnung, für zulässig erklärt wurde.

In diesem Rechtszustande ist durch das neue Schutzgebietsgesetz vom 25. Juli 1900 und die Ausführungsverordnung vom 19. November 1900 nichts geändert worden.

Der Grund hiervon liegt darin, dass bereits früher durch Kaiserliche Verordnungen der durch die Novelle vom 9. März 1888 geregelte Rechtszustand auf die einzelnen Schutzgebiete ausgedehnt war.

Als eine eigentümliche Folge dessen, dass das Schutzgebietsgesetz vom 9. März 1888 neben dem Reichsrecht und Preussischen Landrecht auch die gesetzliche Regelung der Materie durch Kaiserliche Verordnung für zulässig erklärte und hierdurch tatsächlich eine einheitliche prinzipielle Grundlage für die Behandlung der Bodenfrage nicht geschaffen wurde, muss es wohl angesehen werden, dass für Ostafrika durch den § 17 der Kaiserlichen Verordnung vom 1. Januar 1891 und für Südwestafrika durch den § 16 der Verordnung vom 10. August 1890 die bezüglichen Vorschriften des Reichsrechts und Preussischen Landrechts ausdrücklich für unanwendbar erklärt wurden, und dass im direkten Gegensatze hierzu in der Folge, und zwar für Ostafrika durch die Kaiserliche Verordnung vom 24. Juli 1894 und für Südwestafrika durch die Kaiserliche Ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ordnung vom 5. Oktober 1898 bestimmt wurde, dass für die Rechtsverhältnisse an Grundstücken doch das Preussische Allgemeine Landrecht und insbesondere das Gesetz vom 5. Mai 1872 massgebend sein sollen.

Wenden wir uns hiernach zu den auf die Bodenfrage bezüglichen für die einzelnen Schutzgebiete erlassenen Verordnungen, so empfiehlt es sich, alle diejenigen Materien, deren Bedeutung erst in zweiter Reihe in Frage kommt, wie namentlich das Bergrecht, die Einrichtung der Grundbücher etc., von vornherein aus der Betrachtung auszuschliessen und die Aufmerksamkeit ausschliesslich denjenigen beiden Fragen zuzuwenden, die im Hinblick auf die gegenwärtige Entwickelung der Schutzgebiete unzweifelhaft in erster Reihe das Interesse in Anspruch nehmen. Diese beiden Fragen sind die folgenden:

Welches sind die gesetzlichen Bestimmungen für die Okkupation herrenloser Gebiete und wie ist die Frage des Erwerbs von Grundstücken von den Eingeborenen geregelt?

Bekanntlich liegt eine einheitliche Regelung dieser Fragen für die vier Schutzgebiete zur Zeit noch nicht vor. Von einer einheitlichen Regelung könnte einerseits nur für Kamerun und Ostafrika und andererseits für Togo und Südwestafrika die Rede sein.

Für Kamerun und Ostafrika sind hierauf bezügliche gleichlautende Bestimmungen durch die Kaiserlichen Verordnungen vom 26. November 1895 bezw. 15. Juni 1896 erlassen worden.

Der grundlegende Gesichtspunkt dieser beiden Verordnungen ist der, dass alles Land, vorbehaltlich etwaiger Rechtsansprüche anderer als herrenloses Kronland zu gelten hat, an dem das Eigentum dem Reiche zusteht.

Es ist aber ferner noch der Vorschrift Erwähnung zu tun, dass bei der Besitznahme von Kronland in der Umgebung bestehender Niederlassungen von Eingeborenen Flächen vorzubehalten sind, deren Bebauung oder Nutzung den Unterhalt der Eingeborenen mit Rücksicht auf die künftige Bevölkerungszunahme sichert.

Endlich besteht die Vorschrift, dass bei Überlassung von städtischen Grundstücken, welche mehr als 1 *ha* Fläche haben, sowie von allen ländlichen Grundstücken von seiten Eingeborener an Nichteingeborene zum Eigentum oder in Pacht von längerer als 15jähriger Dauer die Genehmigung des Gouverneurs erforderlich ist.

Zu diesen Verordnungen sind für Ostafrika unter dem 26. und 27. November 1895 und für Kamerun unter dem 17. Oktober 1896 sehr eingehende Ausführungsbestimmungen erlassen worden, die sich u. a. auch auf die Tätigkeit der Landkommissionen beziehen und einen durchaus humanen Charakter tragen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Für Ostafrika ist noch unter dem 4. Dezember 1896 eine besondere Verordnung ergangen, welche die beachtenswerte Vorschrift enthält, dass die Landkommissionen gehalten sind, ausser den von Eingeborenen bepflanzten Grundstücken jedem Dorfe, jeder Gemeinde oder jedem Geschäfte das ungefähr vierfache des wirklich bepflanzten Gebiets in einer für die Landeskultur günstigen Lage und Beschaffenheit zuzusprechen und hierbei nicht engherzig zu verfahren, sondern billigen Wünschen Rechnung zu tragen und eventuell durch Geschenke eine friedliche Auseinandersetzung herbeizuführen.

Der Grundsatz, dass alles Land, auf das niemand ein Recht hat, als Kronland zu betrachten sei, an dem das Eigentum dem Reiche zusteht, gilt in dieser Form weder für Togo, noch für Südwestafrika.

Für diese beiden Schutzgebiete besteht im wesentlichen nur der Grundsatz, dass der Erwerb herrenlosen Landes und der Ankauf und die Pacht von im Eigentum Eingeborener befindlicher Gebiete zu seiner Rechtswirksamkeit der Genehmigung des Gouverneurs bedarf.

Für Südwestafrika besteht nach den angedeuteten beiden Richtungen noch bis zur Stunde ein Verbot und im Falle des Zuwiderhandelns eine Strafandrohung bis zum Betrage von 2000 Mark.

Gewissermassen als Gegensatz zu den für die afrikanischen Gebiete erlassenen Verordnungen wird stets auf die Bodengesetzgebung für Kiautschou verwiesen — und dies insofern mit einem gewissen Recht, als uns hier ein grundsätzlich geregeltes Bodensystem entgegen tritt. Von einem solchen kann hinsichtlich der afrikanischen Gebiete bisher noch nicht die Rede sein.

In Kiautschou ist ein Bodensystem zur praktischen Geltung gelangt, das dem Wesen nach u. a. auch den Lehren Henry Georges entspricht, wie er sie in seinem Werke: „Fortschritt und Armut“ dargelegt hat. Der Gedanke, dass der Staat einen gerechten Anspruch auf die Zuwachsrente habe, der Gedanke der Aneignung dieser Rente durch Besteuerung ohne Einziehung des Bodens, ist hier in die Tat umgesetzt und es erklärt sich hieraus der lebhafte Beifall, mit der die Partei der Bodenreformer, aber nicht diese allein, diesen gesetzgeberischen Akt begrüsst hat. Ich verweise auf die von Herrn Damaschke verfasste Schrift: „Kamerun oder Kiautschou“.

Ob das für Kiautschou gewählte System in allen Stücken sich als zweckmässig bewähren wird, ob sich nicht Abänderungen nach der einen oder anderen Richtung als notwendig herausstellen werden, wird die Erfahrung lehren; das lässt sich aber schon jetzt sagen, dass das in seiner Art einzig ausgearbeitete System den ganz besonderen Verhältnissen, wie sie in Kiautschou bestehen, überaus glücklich angepasst ist und dass auch die Hoffnung auf für den Staat günstige finanzielle Resultate berechtigt scheint.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Möglichkeit, dieses System in den afrikanischen Kolonien einzuführen, dürfte zur Zeit ausgeschlossen sein, dagegen scheint es mir wohl der Erwägung wert, ob nicht mit einem anderen Bodensystem, und zwar zunächst in den Staatsländereien der afrikanischen Gebiete sich ähnliche Erfolge erzielen liessen, wie mit dem in Kiautschou zur Anwendung gelangten.

In den afrikanischen Schutzgebieten ist für den Erwerb von Bodenflächen als alleiniger Rechtstitel der des Eigentums und der Pacht gewählt worden. Die Veranlassung hierzu dürfte wohl in dem Umstande zu erblicken sein, dass das für die Kolonien massgebend gewordene Preussische Landrecht eben keinen anderen Erwerbstitel kannte und dass insbesondere das Rechtsinstitut des Erbpachtrechts, der Erbzinsleihe (Emphyteuse) schon seit dem Jahre 1850 nicht mehr für Preussen existierte. Es scheint mir doch wohl der Erwägung wert, ob sich nicht gerade dieses Rechtsinstitut, das auch von den Niederländern in den Voeste gronden Javas mit erst zwanzig, dann 75jähriger Dauer zur Anwendung gelangt — mit entsprechenden Abänderungen für das eine oder andere unserer tropischen Schutzgebiete, und zwar für die Staatsländereien eignen dürfte.

Die Vorzüge dieses, dem Eigentumsrechte nahe verwandten dinglichen Rechts, scheinen mir beachtenswert zu sein.

Das Erbpachtrecht lässt sich den in überseeischen Gebieten vorhandenen Anschauungen über Bodenverhältnisse bis zu einem gewissen Grade anpassen.

Mir schweben hier nur beispielsweise die zum grossen Teil auf islamitischem Recht sich gründenden Bodenverhältnisse im Küstengebiet Deutsch-Ostafrikas vor, nach denen bis zur deutschen Besitzergreifung sich der Grund und Boden im Eigentum des Sultans befand und die Eingeborenen als erbliche und verfügungsfähige Besitzer zur Zahlung einer Bodensteuer verpflichtet waren.

Das Erbpachtrecht entzieht nicht den Grund und Boden völlig der Einwirkung des Staates wie das Eigentum, es gibt vielmehr dem Grundherrn durch das demselben zustehende Vorkaufsrecht, durch das Einspruchsrecht gegen Parzellierungen, durch das Recht im Falle der Deteriorierung den Pächter zu entfernen, die Möglichkeit auch die fernere Entwickelung der einzelnen vergebenen Parzellen im Auge und in der Hand zu behalten. Dies scheint mir für Gebiete, die erst der Kultur entgegengeführt werden sollen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung zu sein.

Das Erbpachtrecht gewährt dem Staate eine durch die hypothekarische Belastung nicht gefährdete Einnahme aus dem Grund und Boden und würde den Staat in den Stand setzen, im Verkaufsfalle sich ähnlich wie in Kiautschou an der Zuwachsrente einen ent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sprechenden Anteil zu sichern. Im übrigen gibt es dem Staate die Möglichkeit, der Eigenart des Grundstücks entsprechend das Rechtsverhältnis so zu gestalten, wie es den Interessen des Ganzen und der kulturellen Zweckbestimmung des Grundstücks entspricht.

Es ermöglicht endlich jederzeit den Übergang zum Eigentum und würde einer ähnlichen Entwickelung der Bodenverhältnisse wie in Preussen nicht hinderlich sein.

Im allgemeinen wird man sagen müssen, dass die schwierigeren Probleme der Bodenfrage, deren Lösung anderen Kolonialstaaten obliegt, wie die Ergreifung von Massregeln gegen den Bodenwucher, gegen die Verschwendungssucht und den unwirtschaftlichen Sinn der Eingeborenen, die Schaffung eines den besonderen Kulturinteressen sich anpassenden Hypothekensystems u. s. w., für uns noch nicht von aktueller Bedeutung sind.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass das in den deutschen Kolonien zur Anwendung gelangende Bodensystem sich als ein überaus einfaches darstellt und dass dasselbe seinem Wesen nach sich etwa, wie folgt, charakterisieren lässt.

Soweit der Boden sich als herrenlos ergibt, macht der Staat sein Recht auf denselben geltend und erklärt die Gebiete entweder zum Kronland oder veräussert sie an Unternehmer oder Gesellschaften in kleineren Parzellen oder grösseren Gebieten, den Eingeborenen überweist er die Reservate, die so reichlich bemessen sind, dass sie auch der zukünftigen Volksvermehrung Rechnung tragen.

Ob dieses durch die tatsächlichen Verhältnisse in den vier Schutzgebieten bedingte Verfahren überhaupt als ein System zu bezeichnen ist, kann füglich dahingestellt bleiben. Gegenüber der Tatsache, dass von sämtlichen in Afrika Kolonialpolitik treibenden Staaten mit geringen Abweichungen dasselbe System zur Anwendung gelangt, dürfte es schwierig sein, begründete Einwände gegen dasselbe zu erheben. Jedenfalls liegt der Schwerpunkt der Frage weniger im System, als vielmehr darin, wie dasselbe praktisch zur Durchführung gelangt und ob durch die praktische Handhabung den Hauptinteressenten gebührend Rechnung getragen wird. Als Hauptinteressenten in dieser Frage ergeben sich der Staat selbst, das ganze Unternehmertum und die Eingeborenen.

Ich glaube, dass in der von mir skizzierten massgebenden Stellung, welche dem Gouverneur, als dem obersten Beamten des Schutzgebietes, in der Bodenfrage eingeräumt ist, auch eine Bürgschaft dafür liegt, dass den verschiedenen Interessen die ihnen gebührende Berücksichtigung zu teil wird.

Unzweifelhaft wird man dies aber auch hinsichtlich des gesamten Unternehmertums sagen können, und ebenfalls hinsichtlich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Eingeborenen, deren Interessen eine überaus sorgfältige gesetzliche Regelung gefunden haben.

Eine Erörterung macht meines Erachtens nur die Frage nötig, ob dies auch hinsichtlich des Staatsinteresses der Fall ist und ob durch die Handhabung des Systems dem Staate diejenige massgebende Stellung gewahrt ist, auf die er Anspruch hat.

Diese Frage ist wiederholt verneint worden und zwar stets durch den Hinweis auf die grossen Landkonzessionen und insbesondere den Umstand, dass übergrosse zusammenhängende Landkomplexe, wie beispielsweise die Küstengebiete von Ostafrika und Südwestafrika, sich im Privatbesitz befinden und dass hierdurch das Interesse des Staates beeinträchtigt und auch der Betätigung desselben auf wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere der Bodenfrage Schranken gezogen seien.

Da der Inhalt und Charakter der erteilten Landkonzessionen ein verschiedenartiger ist und ich selbstredend nicht die Absicht habe, in eine Kritik der einzelnen Konzessionen einzutreten, möchte ich mir erlauben, hier nur grundsätzlich die Frage zu erörtern, wie das Verhältnis zwischen dem Staat und den Gesellschaften zu gestalten sei, damit das Interesse des Ganzen nicht Schaden nehme.

Zweifellos muss jede unserer Kolonien als ein Staatsorganismus angesehen werden, der den Charakter des Kulturrechtsstaates trägt. Hieraus folgt, dass die gesetzliche Regelung der Bodenverhältnisse und die ganze hierauf bezügliche Tätigkeit des Staates sich als einer der wesentlichsten Bestandteile des dem Staate zustehenden Hoheitsrechts der inneren Staatsverwaltung darstellt, dass der Staat allein berufen ist, sich auf diesem Gebiete zu betätigen, dass er hierzu das Recht und die Pflicht hat und nicht dulden darf, dass neben ihm auf die Gestaltung dieser Verhältnisse noch andere Organe Einfluss gewinnen. Am allerwenigsten scheinen hierzu die Gesellschaften berufen, die in allen wirtschaftlichen Fragen selbst Partei sind und für die als Erwerbsgesellschaften der Regel nach in erster Reihe das eigene Interesse und erst in zweiter Reihe das der Gesamtheit in Frage kommt.

Soll nun der Staat in dem ihm zustehenden Hoheitsrechte keine Beeinträchtigung erfahren, so ergeben sich für die den Gesellschaften zu erteilenden Konzessionen eine Anzahl von Erfordernissen, die ich hier nicht alle anführen möchte, zu denen aber auch insbesondere das gehört, dass die im öffentlichen Interesse notwendigen Vorbehalte klar und deutlich zum Ausdruck gelangen müssen.

Insbesondere scheint es auch erforderlich, dass die Zwecke der Gesellschaften vom staatspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte präzise formuliert sind, dass der übernommenen Pflichten in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

klarer Weise Erwähnung geschieht und auch der Termine, innerhalb welcher diesen Verpflichtungen zu entsprechen ist.

Meine Ansicht geht dahin, dass die Gesellschaften durch zu weit gehende Befugnisse oder Unklarheiten und Lücken in den Konzessionen nur zu leicht die Macht gewinnen, in ihren Gebieten auf die Gestaltung wirtschaftlicher Fragen von allgemeinem Interesse, wie auf die Eingeborenenfrage, auf die Siedelungsfrage, auf Eisenbahnfragen, auf die Bodenfrage im weiteren oder engeren Sinne einzuwirken und sie in ihrem Interesse zu gestalten und dass — soweit dies geschieht und der Staat nicht den Willen oder die Macht hat, hiergegen einzuschreiten — eine Beeinträchtigung des Staates in seinem Hoheitsrecht Platz greift, die dem Interesse des Ganzen nicht förderlich sein kann.

Es ist die Frage aufgeworfen worden: „Staat oder Gesellschaft in den Kolonien?“ Und diese Frage ist zu Gunsten des Staates beantwortet worden. Ich glaube, dass wenigstens in den tropischen Kolonien Afrikas das Kolonisationswerk ohne die Gesellschaften nicht möglich ist und dass die aufgeworfene Frage anders zu beantworten sei, etwa dahin, dass die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaften möglichst eingehend und präzise zu ziehen sind, damit der Staat gegen eine mit den Interessen des Ganzen nicht in Übereinstimmung stehende Betätigung der Gesellschaften jederzeit einzuschreiten in der Lage ist.

Bekanntlich sind unter dem 28. März 1899 für den französischen Kongo Kronland- und Forstgesetze und im Anschluss hieran das sogenannte Cahier des charges ergangen. Wenn auch ich die gegen diese Gesetze erhobenen Bedenken in gewissem Umfange teile, so scheint es mir doch zweifellos, dass in diesen Gesetzen das grundsätzliche Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaften mit einer Klarheit und Schärfe zum Ausdruck gelangt ist, die ich als mustergiltig bezeichnen möchte.

Übersehen ist hier nichts, und hierauf scheint es mir anzukommen.

Es ist hier noch darauf hinzuweisen, dass in dem bezüglichen Gesetzesmaterial kaum irgendwo der Regalien des Staates Erwähnung geschieht, deren es doch eine ganze Anzahl gibt, wie beispielsweise das Recht der ausschliesslichen Fischerei, der Wildflösserei, der Benutzung der Wasserkraft zum Mühlenbetrieb und zu anderen Zwecken, der Errichtung von Fähren u. s. w. Da sich grosse zusammenhängende Landkomplexe im Privatbesitz befinden, scheint mir eine gesetzliche Regelung dieser Fragen um so unvermeidlicher, als doch weder die hierüber in Preussen bestehenden Rechtsvorschriften, noch die gemeinrechtlichen ohne weiteres in den Kolonien Geltung haben dürften.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Als ein weiteres, im Interesse des Staates liegendes Erfordernis ist es ferner stets anerkannt worden, dass der unmittelbaren Verfügung des Staates entsprechend umfangreiche Gebiete in den Kolonien vorzubehalten seien.

Diesem Gesichtspunkte gemäss ist in den Verordnungen über Kronland für Ostafrika und Kamerun auch die Bestimmung aufgenommen worden, dass genügende Flächen für öffentliche Zwecke zu reservieren und insbesondere Waldbestände und schiffbare Ströme und Flüsse von der Veräusserung auszuschliessen seien. Auch besteht die Vorschrift, dass dem Staat das Recht vorzubehalten sei, das zu Wegen, Eisenbahnen, Kanälen, Telegraphenanlagen und anderen öffentlichen Einrichtungen erforderliche Land gegen Ersatz des den Berechtigten wirklich entstandenen unmittelbaren Schadens zurückzunehmen. Inwieweit den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich Rechnung getragen ist, darüber wird sich erst dann ein Urteil gewinnen lassen, wenn die Arbeiten der Landkommissionen vorliegen werden, was zur Zeit noch nicht der Fall ist.

Es fragt sich, ob durch diese Bestimmungen dem Bedürfnisse des Staates nach entsprechend grossem Landbesitz gebührend Rechnung getragen ist.

In den nichtdeutschen Kolonien Afrikas gilt nicht bloss uneingeschränkt der Grundsatz, dass herrenlose Gebiete Staatseigentum seien, sondern auch die Tendenz, dass die Kolonialverwaltungen sich nicht ohne greifbare Vorteile grosser Bodenflächen, gewissermassen ganzer Landesteile zu entäussern pflegen.

Dieser Tendenz liegt die richtige Erkenntnis zu Grunde, dass es das Ziel jeder Kolonialverwaltung sein muss, sich finanziell unabhängig vom Mutterlande zu stellen und dass sich als Mittel hierzu unter anderem auch umfangreicher Landbesitz in der Hand des Staates empfiehlt.

Es kommt aber auch meines Erachtens in Frage, dass doch der zukünftigen Entwickelung der Kolonie, die sich ihrem ganzen Umfange nach jeweilig garnicht übersehen lässt, Bodenflächen in gewissem Umfange vorzubehalten sind, dass der Staat es selbst auch einmal für zweckmässig halten könnte, wie in Niederländisch-Indien gewisse Kulturen selbst in die Hand zu nehmen, und dass es unzweifelhaft lähmend auf die ganze Staatstätigkeit wirkt, wenn der Staat bei allen Massnahmen, die irgendwie mit dem Grund und Boden zusammenhängen, stets auf den zeitraubenden und kostspieligen Enteignungsweg angewiesen ist. Vor allen Dingen darf aber niemals aus dem Auge verloren werden, dass der Grund und Boden sich allezeit als eine günstige Kapitalanlage für den Staat herausgestellt hat, und dies ganz besonders in Kolonien, wo erfahrungsmässig nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu häufig nie geahnte Wertsteigerungen des Grund und Bodens eingetreten sind.

Hiernach möchte ich nur noch Ihre Aufmerksamkeit auf einige die Bodenfrage betreffende Momente richten, welche sich speziell auf die Schutzgebiete von Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun beziehen.

Für die Bodenfrage in Ostafrika ist es zweifellos von der grössten Bedeutung, dass das der Ostafrikanischen Gesellschaft zustehende Recht der Besitzergreifung herrenlosen Landes im Küstenstreifen von zehn Seemeilen und in den vier Landschaften Usagara, Nguru, Useguha und Ukami zur Zeit nur noch geringe praktische Bedeutung hat. Auf diesen Gegenstand hier einzugehen, möchte ich mir aus dem Grunde erlauben, weil derselbe, soweit mir bekannt, noch nicht eine kurze zusammenfassende Darstellung gefunden hat.

Bekanntlich erhielt ja schon das Reich durch den Vertrag vom 20. November 1890 das Recht, in diesen Gebieten herrenlose Grundstücke, soweit solche zu öffentlichen Bauten im Interesse der Verwaltung und der Sicherung der Küsten und des Schutzgebiets erforderlich waren, durch Okkupation zum Eigentum zu erwerben. Augenscheinlich war jedoch dies nur auf dem Enteignungswege möglich, denn das für das Schutzgebiet unter dem 15. Juni 1894 erlassene Enteignungsgesetz sprach es im § 1 ausdrücklich aus, dass auch für die Besitzergreifung herrenlosen Landes das durch die Verordnung normierte Enteignungsverfahren Platz zu greifen habe.

Ein gänzlich veränderter Zustand ist durch die zwischen dem Reiche und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft abgeschlossenen Verträge herbeigeführt worden: Für das Panganigebiet, wie es durch den auf die Usambarabahn bezüglichen Vertrag vom 3. August 1891 begrenzt wird, hat das Reich die Gebietshoheit und das Recht auf Okkupation herrenloser Gebiete erlangt.

Ferner hat durch den Vertrag vom 5. November 1894 die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft gegen Zusicherung gewisser Vorteile auf die Okkupation nicht im Privatbesitz befindlicher Wälder zu Gunsten des Reichs verzichtet, und es ist ferner durch den Vertrag vom 10. Juni 1894 folgendes festgestellt worden:

1. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat für alle Orte, in denen sich Hauptzollämter oder Stationen befinden bezw. Stationen errichtet werden — in einem Umkreise von 3 *km* vom Mittelpunkt des betreffenden Platzes — und für Orte, in denen Nebenzollämter sich befinden, in einem Umkreise von einem Kilometer auf das ihr zustehende Okkupationsrecht verzichtet;

2. sie hat ferner zu Gunsten des Gouvernements auch auf die Okkupation derjenigen Terrains verzichtet, welche zur Herstellung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von im öffentlichen Interesse erforderlichen Anlagen, Eisenbahnen und Bahnhöfen, öffentlichen Wegen, Kanälen, Hafenanlagen etc. erforderlich sind;

3. sie hat sich endlich verpflichtet, in allen ihrem Okkupationsrecht unterworfenen Landstrichen Land für Ansiedler und Pflanzer zum Zwecke sofortiger Besiedelung zu angemessenen Preisen herzugeben.

Man wird in der Tat zugeben müssen, dass durch diese Vereinbarungen ein Zustand geschaffen ist, von dem man sagen kann, dass er nach Umständen den Interessen des Staates Rechnung trägt. Man wird aber auch weiter sagen können, dass durch diese Verträge die tatsächlichen Grundlagen geschaffen sind für die im Interesse des Schutzgebiets so dringend notwendige Feststellung und Katastrierung der Besitzverhältnisse im Küstengebiet der Kolonie. Auf die grosse Bedeutung dieser Feststellung ist schon im Jahre 1893 von dem eben verstorbenen Kommerzienrat Oechelhäuser hingewiesen worden unter Hinweis auf die ernsten Gefahren, die eine Fortdauer des Zustandes der Ungewissheit mit sich bringt. Auch im Frühjahr dieses Jahres ist im Reichstage der Aufgaben der Landkommissionen Erwähnung geschehen.

Berücksichtigt man nur beispielsweise, dass durch das Gesetz vom 1. November 1897 über die Häuser- und Hüttensteuer eine verschiedene Besteuerung für auf fiskalischen und für auf anderen Grundstücken errichtete Gebäude angeordnet worden ist, so bedarf es wohl kaum eines weiteren Hinweises, welche eminent praktische Bedeutung eine Regelung dieser Frage allein im Hinblick auf die Besteuerung hat.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass sich die ganze wirtschaftliche Erschliessung des Schutzgebietes von der Küste aus vollzieht und dass doch erst nach Klarlegung der tatsächlichen Besitzverhältnisse daselbst daran gedacht werden kann, weitere wirtschaftliche Massnahmen und insbesondere solche, die sich auf die Bodenfrage beziehen, zu treffen.

Hierbei dürfen selbstredend die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die durch die eigenartigen Besitzverhältnisse im Küstengebiet vorliegen, nicht übersehen werden. Auf diese ist seinerzeit von Herrn Professor von Stengel in überzeugender Weise hingewiesen worden. Tatsächlich scheint mir diese Angelegenheit eine der wichtigsten und dringendsten für das Schutzgebiet zu sein, denn um die Entwicklung desselben zu fördern, muss man doch vor allen Dingen wissen, welche Gebiete Kronland sind und welche sich im Privateigentum bezw. Eigentum der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft befinden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine hierauf bezügliche Relosution wird noch heute dem Kongress zur Beschlussfassung vorliegen.

Eine Besprechung der Bodenfrage in Südwestafrika ist meines Erachtens nicht möglich, ohne gleichzeitig die Siedelungsfrage mit in die Betrachtung zu ziehen. Gilt doch mit Recht die Siedelung deutscher Auswanderer als die eigentlichste Zweckbestimmung der Kolonie. Im Hinblick auf die überaus erschöpfende Behandlung, welche die erwähnten beiden Fragen soeben anlässlich des Antrages der Abteilung Meiningen in der Deutschen Kolonialgesellschaft gefunden haben, möchte ich meinen hierauf bezüglichen Standpunkt nur in aller Kürze skizzieren.

Die Angaben des Herrn Konsuls Vohsen hinsichtlich des Umfanges des zur Zeit noch für die Siedelung verwendbaren Landes (des Kronlandes und der Reservate) halte ich für zutreffend und stimme mit Herrn Konsul Vohsen auch darin überein, dass der Grund der unbefriedigenden Resultate in der Siedelungsfrage nicht am Mangel an Land liegt. Meines Erachtens kann eine Massensiedelung für Deutsch-Südwestafrika überhaupt niemals in Frage kommen, vielmehr wird das Mass der Siedelung stets von dem jeweiligen Umfang des für die Siedelung durch Wasseranlagen und sonstige wirtschaftliche Einrichtungen gehörig vorbereiteten Landes abhängig sein.

Auch die Gesellschaften für den Misserfolg verantwortlich zu machen, trifft nicht den Kern der Sache. Unbedingt wird man sagen müssen, dass die Siedelungsgesellschaft und auch die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, soweit letztere überhaupt in Frage kommt, das Ihrige, und noch weit mehr als das, getan haben. Die beiden englischen Gesellschaften haben wohl das Recht, nicht aber die Pflicht zur Siedelung, und will man durchaus einen Vorwurf erheben, so könnte dieser nur allein die Hanseatische Land- und Minengesellschaft treffen, denn diese hat allerdings nach ihrer Konzession vom 11. August 1893 (§ 8, Punkt 3) die Verpflichtung übernommen, „darauf hinzuwirken, geeignete Ansiedler zu gewinnen und ihnen Farmen in angemessener Grösse kauf- oder pachtweise zu überlassen."

Der Grund des unbefriedigenden Ergebnisses liegt meiner Überzeugung nach allein in dem offenbaren Mangel an Reiz, den das südwestafrikanische Schutzgebiet für den deutschen Auswanderer hat. Der bemittelte Auswanderer wählt sich andere Gebiete, und der die überwiegende Mehrheit bildende unbemittelte Auswanderer kommt für Südwestafrika überhaupt nicht in Frage.

Dieses Hindernis zu überwinden, wird auch allein durch Errichtung von Stau- und Wasseranlagen nicht gelingen, es lässt sich nur dann beseitigen, wenn derselbe Weg eingeschlagen wird, den



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

andere Staaten beschritten haben, die ein zur Zeit für den Auswanderer wenig verlockendes Gebiet, doch als Siedelungsgebiet ins Auge fassten — nämlich durch zweckentsprechende Unterstützung der Auswanderer.

Die verschiedenen russischen Kolonisationen wären ohne solche niemals gelungen und ebenso wenig die französische Kolonisation in Algier. Frankreich hat in den Jahren 1871—1884 nicht weniger als 66 Millionen Francs für die Kolonisation verausgabt, das macht pro Landlos 5000 Francs.

Welche Massnahmen hier im einzelnen zu treffen sind, ohne in den Fehler der Aufmunterung zur Auswanderung zu verfallen, das bildet ein Kapitel für sich und richtet sich auch nach dem Charakter des Landes und der Qualität der Anzusiedelnden.

Fasse ich die bisherigen Siedelungsresultate in Südwestafrika ins Auge, so muss ich bei voller Würdigung dessen, was die Siedelungsgesellschaft geleistet, doch der von der Regierung vollzogenen aus dem Grunde den Vorzug geben, weil sie zu den niedrigsten Verkaufspreisen Land abgegeben hat, weil das Ansiedlermaterial (ehemalige Mitglieder der Schutztruppe) als ein geeignetes bezeichnet werden muss, und weil sie, wenn auch in sehr beschränktem Masse, es doch ermöglicht hat, Land kostenlos zu vergeben und Ansiedelungsbeihilfen zu gewähren.

Das alles kann Erwerbsgesellschaften nicht zugemutet werden; ich kann daher eine Lösung der Siedelungsfrage in Deutsch-Südwestafrika allein in dem Umstande erblicken, dass die Regierung selbst der Hauptsache nach das Siedelungswerk in die Hand nimmt. Der dem Kongress zur Beschlussfassung vorliegenden Resolution IX kann ich mich nur im ganzen Umfange anschliessen.

Wenn für eins der afrikanischen Schutzgebiete es von ganz besonderer Bedeutung ist, dass dem Staate entsprechend grosse Bodenflächen zur Verfügung stehen, so ist es wohl Südwestafrika, denn unwidersprochen ist die Zukunft des Schutzgebiets in hervorragendem Masse von der Bewässerungsfrage abhängig, und hierzu sind grosse Bodenflächen erforderlich, und unwidersprochen hat das Schutzgebiet doch nur dann einen Wert, wenn die Siedelung mit deutschen Einwanderern gelingt. Auch hierfür ist die Voraussetzung, entsprechend grosse Landgebiete zur Verfügung des Staates.

Dass ein Enteignungsgesetz, wie es für Ostafrika bereits seit dem Jahre 1894 besteht, für Deutsch-Südwestafrika dringendes Bedürfnis ist, bedarf im Hinblick auf die Gebietsverteilung, wie sie im Augenblick besteht, keiner weiteren Begründung.

Hinsichtlich der beiden in Kamerun erteilten grossen Landkonzessionen beziehe ich mich auf die von mir erörterten allgemeinen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gesichtspunkte. Meine Bedenken richten sich angesichts der Ihnen bekannten Vorgänge im französischen Kongo und im Kongostaat gegen die ungeheure Grösse der beiden Konzessionen, nach denen die wirtschaftliche Erschliessung von etwa ein Drittel des Schutzgebiets, wie sie durch Eisenbahnen und Wegebau, durch Anlage von Plantagen, Faktoreien, gewerblichen und Plantagenbetrieb vor sich zu gehen pflegt, wenn auch nicht de jure, doch de facto zweien Gesellschaften monopolistisch übertragen worden ist.

Ich halte die Befürchtung, dass hierdurch eine Beeinträchtigung jeder Art von Konkurrenzunternehmungen und auch der berechtigten Interessen der Eingeborenen nur zu leicht eintreten kann, für berechtigt.

Als eine der Kaiserlichen Verordnung vom 15. Juni 1896 zwar entsprechende, aber mit dem humanen Geist derselben doch gewissermassen im Widerspruch stehende Bestimmung in der Konzession der Nordwestkameruner Gesellschaft möchte ich die im § 2 derselben enthaltene bezeichnen, nach welchem die Gesellschaft das Recht hat, selbst das herrenlose Land aufzusuchen, mit den Eingeborenen und Beteiligten wegen Überlassung von Land Abkommen zu treffen und solches Land in Besitz zu nehmen.

Wenn auch diese Befugnis nur eine vorläufige ist und so lange währt, bis die Landkommissionen ihre Tätigkeit begonnen haben und dann eine staatliche Kontrolle eintritt, so kann doch als Erfahrung gelten, dass durch Verträge, denen die Besitzergreifung folgt, tatsächliche Verhältnisse geschaffen werden, an denen nachträglich sich kaum noch etwas ändern lässt, besonders wenn ein langer Zeitraum vergeht, ehe die Landkommissionen an ihre Arbeit gehen. Es ist ja noch kürzlich darauf hingewiesen worden, dass angeblich die Eingeborenenreservate mit $1\,^1/_2$—5 *ha* pro Familie gegenüber dem Landbesitz der Pflanzungsgesellschaft Victoria zu gering bemessen seien. Hierin sind wohl die Anfänge eines Konfliktes zu erblicken, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

In der Folge sind neuerdings den Eingeborenen bei diesen Auseinandersetzungen mit der Victoriagesellschaft geeignete Beiräte zugegeben, und es ist auch eine Landkommission in das Schutzgebiet entsandt worden.

Es wirft sich die Frage auf, ob es sich nicht empfehlen dürfte, den Eingeborenen gegenüber den beiden grossen Gesellschaften von vornherein einen ähnlichen Beistand zu gewähren wie der Gesellschaft Victoria gegenüber. Handelt es sich doch hier um eine Frage, die für deren Existenz von weittragendster Bedeutung ist Dass der Kongostaat seinerzeit diesem Gesichtspunkte nicht gebührend Rechnung getragen hat, ist demselben zum Vorwurf gemacht worden.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nach dem Vorstehenden möchte ich mir nur noch die Bemerkung gestatten, dass der Zweck meiner Darlegungen im wesentlichen der war, die Aufmerksamkeit der Kolonialpolitiker wieder einmal auf die hochwichtige Bodenfrage in unseren Kolonien zu richten. Welche Bedeutung diese Frage hat, wird wohl am besten durch einen Ausspruch des Herrn Professors Rathgen dargetan, der mit Recht gesagt hat, dass der Wert der Kolonien in ihrem Boden liege und dass die Behandlung der Bodenfrage über den Charakter der Kolonialpolitik entscheide, dass aber die Ordnung der Landbesitzverhältnisse in einer Kolonie die elementarste Aufgabe sei, die für die spätere Entwickelung entscheidend ist.

Um Vorschläge zu machen, wie in Zukunft in der Bodenfrage vorzugehen sei, würde es einer detaillierten, alle einschlägigen Verhältnisse berührenden Darlegung bedürfen. Hierzu ist hier um so weniger der Ort, als die zu mâchenden Vorschläge hinsichtlich der einzelnen Schutzgebiete sich sehr verschieden gestalten dürften.

Als meinen Darlegungen entsprechende Gesichtspunkte möchte ich die folgenden bezeichnen:

1. Die Tätigkeitsgebiete des Staates und der Landgesellschaften sind möglichst eingehend und präzise festzustellen.
2. In jedem Schutzgebiete muss ein entsprechend grosser Teil der Bodenfläche der Verfügung des Staates vorbehalten bleiben.
3. An der Wertsteigerung des Bodens gebührt dem Staat ein Anteil.
4. In den tropischen Schutzgebieten Afrikas empfiehlt sich für die Übertragung von Staatsländereien eine dem Prinzip des Erbpachtrechts nachgebildete Form.

Landmesser **Eichholtz,** Lippstadt: Herr v. Bornhaupt hat die rechtliche Seite der Bodenfrage meines Erachtens in vorzüglicher Weise erschöpfend behandelt, aber vielleicht empfiehlt es sich doch, mit Hinsicht auf die volkswirtschaftliche und technische Seite der Frage, noch etwas weiter zu gehen und praktische Vorschläge zu bringen. Die Bodenreformer, zu denen ich mich zähle, erhoffen von der allgemeinen Einführung einer Grundsteuer nach dem Enteignungskaufwerte — mag derselbe in den Kolonien zunächst auch nur so hoch sein, dass die Unkosten gedeckt werden — eine Verbesserung der Landordnung. Unter allen Steuern kann die Grundsteuer die gerechteste Steuer sein, deshalb treten wir für diejenige Grundsteuerart ein, welche am entwickelungsfähigsten ist, insofern sie beweglich ist, welche grossen Schwankungen nicht unterliegt, welche individualisiert, leistungsfähig, doch leicht zu tragen ist und dem Staat und der Gemeinde das ihnen geschichtlich und rechtlich zustehende Ober-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

recht über den Boden wiedergibt. Die Grundsteuer fasse ich als eine dem Staat zu zahlende geringfügige Pacht auf. Im übrigen wollen die Bodenreformer nicht die Arbeit treffen, sondern nur den unverdienten Wertzuwachs; sie wollen nicht den Eigentümer ausräuchern, wohl aber unbedingt die Ausnutzung des Bodens zu rein kapitalistischen Zwecken behindern. Grund und Boden, Kapital und Arbeit sind die Grundlagen der Volkswirtschaft. Arbeit und arbeitsvolles Kapital seien steuerfrei, arbeitsloses Kapital und Grund und Boden seien steuerpflichtig. Es ist Ihnen bekannt, dass das Reichsmarineamt bezüglich Kiautschous auf ungefähr demselben Standpunkt steht. Sie wenden vielleicht mit Herrn von Bornhaupt ein, dass dort andere Verhältnisse vorliegen als z. B. in Afrika, wo fast rein landwirtschaftlicher Betrieb vorhanden ist, Sie wenden vielleicht auch ein, dass man in Afrika überhaupt noch kaum oder doch nur hier und da von Bodenwerten sprechen kann, und doch steigen die Werte auch dort stetig. Die Millionen, welche für öffentliche Zwecke durch unsere Regierung geopfert werden, sie kommen auch dort nach Mitteilungen des Gouvernements von Deutsch-Südwestafrika zum Ausdruck in einer klar erkennbaren Steigerung des Bodenwertes. Dieser Gewinn der afrikanischen Grundbesitzer ist der arbeitslose, er ist durch Zuwachssteuer auf Grund der einfachen Grundsteuer dem Staate wieder nutzbar zu machen, während derjenige Gewinn, welcher durch Bodenverbesserungen der Besitzer hervorgebracht wird, steuerfrei bleiben soll. Ein Beispiel mag dies erklären: Ein Grundstück von 1 *ha* ist für 1 Mk. gekauft. Eine Eisenbahn, also eine Geldanwendung der Allgemeinheit, wird angelegt, dadurch steigt der Grundstückswert auf 1000 Mk. Das gibt nach den Grundsätzen von Kiautschou für den Staat eine Zuwachssteuer von 333 Mk., also bleiben für den Besitzer noch 666 Mk. unverdienter Reingewinn. Der Besitzer legt danach für 500 Mk. eine Bewässerungsanlage an und erreicht dadurch eine arbeitsvolle, daher steuerfreie Wertsvergrösserung für sein Grundstück von 1000 Mk. Sonach beträgt der Enteignungskaufwert der Fläche 2000 Mk., wovon 1000 Mk. grundsteuerpflichtig, 1000 Mk. grundsteuerfrei sind. Solche Verhältnisse liegen in allen Kolonien vor, die Einführung der Grundsteuer ist daher in allen Kolonien möglich und notwendig, soweit die Besitzverhältnisse klar sind; mögen die Flächen und Werte nun gross oder klein sein.

Die Hebung der Zuwachssteuer kann entweder gleich oder nur beim Verkauf erfolgen und würde dann, im Gegensatz zu Kiautschou, allein durch den Käufer zu tragen sein, oder in der Weise, dass vom Zuwachskapital, soweit es steuerpflichtig ist, bis zum Verkaufe jährliche Zinsen als Steuer zu zahlen sind. Diese Zinsen werden selbstverständlich diejenigen Gesellschaften, welche jetzt nur allein auf die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zuwachsrente spekulieren, veranlassen, Wirtschaft zu treiben, zu verpachten oder zu verkaufen. Auch können Abstufungen der Zuwachssteuer z. B. zu 50, 33$^1/_3$, 10 pCt. gebildet werden, welche den kleinen Ansiedler und das Kleinkapital bevorzugen. Dagegen empfiehlt sich die Einführung progressiver Grundsteuern schwerlich. Ich bemerke zu dem Vorgesagten noch ausdrücklich, dass die Zuwachssteuer keine Grundsteuer, sondern eine Kapitalsteuer ist.

Wo Gesellschaften jetzt Steuerfreiheit geniessen, müssen diese Rechte genau so abgelöst werden, wie die Grundsteuerfreiheit der mediatisierten Fürsten und Standesherren abgelöst ist. Traurig genug bleibt es, dass so etwas nötig wird, aber es erscheint dies als der einzig richtige Weg, um die Schäden zu beheben, welche die Konzessionsgesellschaften der Entwickelung der Kolonien eingestandenerweise bringen.

Sie können also hiernach nicht mit gutem Gewissen den Einwand machen, dass die Entwicklung der Kolonie durch eine solche Steuer behindert werde, wohl aber werden Sie einsehen, dass gerade durch eine solche Besteuerungsart eine gewaltige Anregung zur Ausführung von Bodenverbesserungen gegeben wird, denn Gewinn ist dann nur durch Arbeit und arbeitsvolles Kapital voll und ganz zu erreichen. Auch der Staat wird, da er für die Kapitalien, die er in die Kolonien steckt, schnelleren Gewinn erzielt, leichteren Herzens auch grössere Aufwendungen machen. Rechnungsmässig muss also das umgekehrte Ihrer Befürchtungen eintreten.

Alle Volkswirtschaftslehrer sind der Ansicht, dass die Landordnungspolitik der Regierung nur auf Grund von dem bisher fehlenden zuverlässigen, beweiskräftigen, statistischen Material nach Fläche und Wert in die Wege geleitet und begründet werden kann. Nur auf Grund solchen Materials können für jede einzelne Kolonie die Höhe der Steuersätze und die Wege der Agrarpolitik festgestellt werden.

Das Reich sollte in den Kolonien dem Vaterlande mit gutem Beispiele vorangehen, denn es ist besser, heute in den Kolonien die Grundlagen für eine zuverlässige Statistik der Bodenwerte zu erlangen, als in einem Jahre. Die Erfahrungen, welche wir in den Kolonien machen, müssen auch uns Deutschen im Vaterlande zu einer einheitlichen Reichsgrundsteuer verhelfen. Letztere ist das verfassungsmässige Recht des Reiches und auch seine moralische Pflicht, weil die höchste Stufe der Vollkommenheit eines modernen Grundsteuersystems nur in der staatlich geprüften Selbsteinschätzung nach dem Enteignungskaufwert mit ihrer Folgewirkung der Zuwachssteuer erblickt werden kann, wobei die richtige Wertgrenze nach oben durch die Besteuerung, und andrerseits die richtige Wertgrenze

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nach unten durch das Enteignungsangebot gegeben wird. Eine solche Steuer ist, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe, ein Segen für die Landwirtschaft, also auch für die tropische Landwirtschaft.

Auch die Enteignungsfrage wird möglicherweise ebenso, wie mir anfangs, auch einem oder dem andern von Ihnen Zweifel bereiten, indessen können wir zur Reichsregierung das Vertrauen unbedingt haben, dass sie wohl ab und zu ein warnendes Beispiel gibt, aber doch das Eigentumsrecht nicht mutwillig verletzt. Wie uns, wird auch der Reichsregierung das Eigentumsrecht so lange heilig sein, als es seitens der Besitzer heilig und fleckenlos gehalten wird. Als Enteignungsgrund möchte gelten das öffentliche Wohl, wissentlich falsche Selbsteinschätzung, Überschuldung und Misswirtschaft des Besitzers.

Arbeit auf dem eigenen Besitz ist und bleibt die beste Wirtschaftsform, aber nicht viel weniger gut ist das Erbpachtverhältnis und Pacht auf lange Dauer. Für jede dieser Bodenbenutzungsarten gibt es aus diesem oder jenem Grunde Liebhaber, sie sind also geeignet, in freien Wettbewerb mit einander zu treten. Zu warnen ist nur vor der hypothekarischen Überlastung, an der unsere Landwirtschaft so lange krankt, bis die zwangsweise Abzahlung der Grundschulden eingeführt wird.

Beihilfen für Landverbesserungen werden ja schon jetzt in unseren Kolonien gewährt, soweit es die verfügbaren Mittel erlauben, aber es muss angestrebt werden, dass in dieser Hinsicht noch weiter gegangen wird — selbstverständlich auch hier immer jährliche Abzahlung der Schulden vorausgesetzt.

Die Kolonien sollen selbständig werden — hier haben Sie ein Mittel, sie selbständig zu machen. Rechtsschutz und Ordnung sollen immer mehr befestigt werden — auch das ist auf dem angegebenen Wege möglich. Professor Rathgen sagt: „Die eigentliche Grundfrage könne man so fassen: Was herrscht? Das bleibende Interesse der Gesamtheit oder das kapitalistische Interesse einzelner? Es ist gar nicht zu leugnen, dass auch in unseren Kolonien letztere Gefahr vorliegt.“ Wie jedes Gute seine guten Wirkungen hat, so hat jedes Schlechte und alles Versäumte seine schlechten Wirkungen, deshalb ist die Ordnung der Grundbesteuerung auf dem angedeuteten Wege die oberste und wichtigste Aufgabe, der Sie auch aus etwa vorliegenden persönlichen Gründen nicht ernstlich widerstreben werden, denn Sie alle wollen das beste des Vaterlandes und seiner Kolonien.

Redakteur **Damaschke,** Berlin: Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn v. Bornhaupt auch meinerseits aufrichtigen Dank für diesen Vortrag und namentlich auch für die heute entwickelten Leitsätze aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zusprechen. Ich möchte Ihnen nun einen Vorschlag machen, den ich für ausserordentlich bedeutsam halte. In der Resolution 12 begrüsst der Kolonialkongress „die rasche und kräftige Entwickelung des deutschen Kiautschougebietes." Ich beantrage, auch die letzte Ursache dieser Entwickelung zu nennen durch den Zusatz: „Zumal die glückliche Regelung der Landfrage." Es ist eine sozialpolitische Grosstat, um die es sich handelt. Fürst Bismarck hat beim Beginn der deutschen Kolonialbewegung, am 2. März 1885, das ernste Wort geprägt: „Sie ist nur möglich, wenn sie von der Mehrheit des nationalen Wollens mit Entschlossenheit und Überzeugung getragen wird." — Welche Aufgabe aus der Wahrheit dieses Satzes für uns im Zeitalter des gleichen und geheimen Wahlrechts entspringt, liegt klar auf der Hand. Wir müssen über die dünne Schicht der Gebildeten hinaus auch die grosse Masse des arbeitenden Volkes für die Kolonialaufgaben zu gewinnen suchen! Das aber ist nur möglich, wenn in der Verwaltung unserer Kolonien gerechte und sozial gesunde Gedanken zur Geltung kommen. Meine Stellung in der ersten Reihe der jungen nationalsozialen Partei bringt es mit sich, dass ich oft auch in Arbeiterversammlungen um die Wahrheit der vaterländischen Machtentfaltung kämpfen muss. Aus dieser Erfahrung heraus kann ich Sie nur warnen vor einem Vorgehen, etwa nach dem Typus „Südkamerun", nach dem einer Privatgesellschaft Landeigentum in der Grösse von Königreichen überliefert wird. Wenn es dann auch den Aktionären gelingt, ihren Anteil an dem deutschen Kolonialboden an ausländischen Börsen, wie in Brüssel, an das internationale Spekulantenkapital mit Gewinn loszuschlagen — in Kopf und Herz eines einfachen Mannes wird das niemals Verständnis und Zustimmung finden! Gerade einem solchen Vorgehen gegenüber verdient die bodenreformerische Regelung der Landfrage in Ostasien, die jeden Bodenwucher ausschliesst und der Gesamtheit der deutschen Steuerzahler einen Anteil an der von ihr allein erzeugten „Zuwachsrente" sichert, jede Anerkennung.

Ich kann mir nicht denken, dass eine Sektion des ersten deutschen Kolonialkongresses sich mit diesen Fragen beschäftigen kann, ohne bestimmt und klar diesem Vorgehen ihre moralische Unterstützung zu geben. Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, dass selbst das Zentralorgan der Sozialdemokratie diese Landordnung für „gut und verständig" erklärt hat, dass es aber höhnisch hinzusetzte: „Wir werden es erleben, wie bald das spekulierende Grosskapital seine Macht über die Regierung beweisen und diese vernünftigen Grundsätze beseitigen wird!"

Ich empfehle Ihnen, möglichst einstimmig meinen Zusatz anzunehmen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rechtsanwalt, Mitglied des Kolonialrats, Dr. **Scharlach,** Hamburg, erwidert einiges auf die Bemerkung des Herrn Damaschke über Südkamerun. Er führt weiter aus, dass nicht die Masse allein, sondern die Masse, geführt von einzelnen intelligenten Führern, in der Politik massgebend sei. Es sei notwendig, mehr Praxis in die Kolonialpolitik zu bringen; notwendiger als Resolutionen u. s. w. sei es, jedem Sparer die Beteiligung an kolonialen Unternehmungen zu ermöglichen.

## Die staats- und völkerrechtliche Stellung der Kolonien.

Von Dr. **Vosberg-Rekow,** Direktor der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

(Der nachstehende Vortrag kann wegen Nichteinganges des Manuskriptes nicht ausführlich gebracht werden, sondern es kommt an dieser Stelle nur der s. Z. dem Kongress übermittelte Auszug für die Tagespresse zum Abdruck.)

Redner gibt einen kurzen Überblick über die Entstehung unserer Kolonien und charakterisiert das staatsrechtliche Verhältnis der Schutzgebiete zum Mutterlande. Er bespricht sodann das Verhältnis der fremden Staaten zu den deutschen überseeischen Besitzungen und sucht den völkerrechtlichen Inhalt dieses Verhältnisses zu bestimmen. Für die günstige Entwickelung der Kolonien müsse ihr Verhältnis zum Mutterlande massgebend sein und bleiben. Die Folgen einer Fortbildung des Kolonialbesitzes unter Ausserachtlassung dieses Grundsatzes legt Redner in den Erscheinungen dar, welche das englische Kolonialreich bietet. Er skizziert kurz die Entstehung des englischen Kolonialreiches und die staats- und völkerrechtliche Entwickelung der hauptsächlichsten englischen Kolonien. Aus dieser Entwickelung ergibt sich für ihn die gegenwärtige missliche Lage Englands, welche insbesondere auf dem Gebiete des Welthandels und der Wirtschaftspolitik ihren ungünstigen Ausdruck findet. Die auf den Imperalismus gerichtete Bewegung in England will hier zu Hilfe kommen; wahrscheinlich aber kommt sie zu spät. Redner stellt die Momente zusammen, welche England in dieser Beziehung auf einen falschen Weg geführt haben. Er weist auf den Gegensatz hin, der zwischen der englischen freien Handelspolitik und der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wirtschaftspolitik der einzelnen Kolonien besteht, und beleuchtet die sich hieraus für die staatsrechtliche Zusammenfassung des ganzen Reiches ergebenden Schwierigkeiten. Er ist der Ansicht, dass auch wir in Deutschland in Gefahr sind, in dieser Beziehung grundsätzlich falsche Wege einzuschlagen. Für die gesamte spätere staatsrechtliche und völkerrechtliche Stellung der Kolonien sei die wirtschaftspolitische Behandlung derselben vorausbestimmend. Kolonie und Mutterland müssen unter allen Umständen von vornherein wirtschaftspolitisch nach aussen hin als ein geschlossenes Ganzes auftreten. Es sei deshalb vollständig verfehlt, die staats- und völkerrechtliche Grundlage unserer kolonialen Erwerbungen dadurch für eine wenig erfreuliche Perspektive zu verschieben, dass man eine Zolllinie zwischen dem Mutterlande und den Kolonien bestehen lasse. Schon aus dem grossen Gesichtspunkte heraus, dass unsere Kolonien berufen seien, im Laufe ihrer Entwickelung das Mutterland beim Bezuge gewisser Rohprodukte von ausländischen Märkten unabhängig zu machen, erscheint die Forderung der wirtschaftspolitischen Einheit unabweisbar. Die Frage sei in der Diskussion der kolonialen Kreise bisher leider nur gestreift worden; man habe augenscheinlich die grosse prinzipielle Bedeutung, welche ihr innewohnt, nicht erkannt; wenigstens ist sie in der bezüglichen Polemik nirgends hervorgetreten. Verliert man dieses hohe Ziel für unsere Kolonialpolitik aus dem Auge, so sei diese Politik für das Mutterland in der Tat beinahe wertlos. Redner widerlegt hierauf eingehend die gegen die oben skizzierte Stellungnahme erhobenen Einwände. Insbesondere weist er nach, dass die Besorgnis, England könne aus einer Beseitigung der differenziellen Behandlung der Kolonien Veranlassung nehmen, innerhalb seines für uns so wichtigen Kolonialnetzes entsprechende Vergeltung zu üben, gänzlich belanglos sei und offenbar aus mangelndem Sachverständnis hervorgehe. Redner kritisiert auch kurz die von gewisser Seite aus geschäftlichen Gründen vorgebrachten Schein-Argumente. Er versucht darzulegen, wie das künftige Verhältnis zwischen dem Mutterlande und den Kolonien geregelt werden müsse, um dem Mutterlande wirkliche und greifbare Vorteile bei gleichzeitiger gesunder Weiterentwickelung der Kolonien zu sichern. Der koloniale Gedanke müsse auch nach der staats- und völkerrechtlichen Seite von vornherein aus grossen und nationalen Perspektiven aufgefasst werden. Redner hat es sich versagt, im Anschluss an seine Ausführungen eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, weil er der Ansicht ist, dass die Bedeutung der vorliegenden Frage in den kolonialen Kreisen bedauerlicherweise zur Zeit nicht in ihrem vollen Umfange erkannt und die Frage deshalb für eine Beschlussfassung noch nicht ausreichend geklärt sei.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Admiralitätsrat Professor Dr. **Köbner,** Berlin: Angesichts der vorgerückten Zeit will ich dem Herrn Vortragenden auf das Gebiet seiner weltpolitischen Ausblicke und der daran geknüpften grundsätzlichen Reformvorschläge für unsere Handels- und Zollpolitik heute nicht folgen. Ich möchte vielmehr hier lediglich einen bescheidenen Wunsch zur Sprache bringen, der aus den Kreisen der Interessenten des kolonialen Erwerbslebens heraus hervorgetreten ist und sich vielleicht bereits im Rahmen der heutigen Handels- und Zollpolitik ohne allzu einschneidende Änderung würde erfüllen lassen.

Ob man den Provenienzen aus unseren Kolonien eine so weitgehende Vorzugsstellung seitens des Mutterlandes einräumen soll, wie der Herr Vortragende es befürwortet, darüber werden die Ansichten auch in kolonialfreundlichen Kreisen auseinandergehen. Das aber darf doch als bescheidenes Mindestmass der zollpolitischen Wünsche in einem Kolonialreiche wie Deutschland gelten, dass die Provenienzen aus unseren Kolonien im Mutterlande zollpolitisch wenigstens nicht schlechter gestellt sein sollen als die Einfuhr aus dritten Staaten. Dies ist, so paradox es zunächst klingen mag, heute in der Zollpraxis bisweilen der Fall.

Der Handel der Schutzgebiete mit dem Mutterlande hat zollpolitische Berücksichtigung gefunden durch den Bundesratsbeschluss vom 2. Juni 1893, wonach auf „die Erzeugnisse der deutschen Kolonien und Schutzgebiete“ die „vertragsmässigen Zollsätze“ anzuwenden sind, d. h. jenen die Meistbegünstigung gewährt wird. Dieser Grundsatz ist auch in den Entwurf des neuen Zolltarifgesetzes übergegangen; § 1 Abs. 3 enthält die Bestimmung, dass den „Erzeugnissen der deutschen Kolonien und Schutzgebiete“ durch Bundesratsbeschluss die vertragsmässigen Zollbefreiungen und Zollermässigungen eingeräumt werden können.

Der Grundsatz des Bundesratsbeschlusses von 1893 war seinerzeit durchaus zweckmässig und ausreichend, zu einer Zeit nämlich, wo wir Schutzgebiete nur in Afrika und der Südsee hatten; er ist es aber nicht mehr, seit wir unsere Kolonie an der chinesischen Küste haben. Denn diese Kolonie ist ihrer wirtschaftlichen Natur nach von den anderen grundsätzlich verschieden und bedarf demgemäss auch einer besonderen handels- und zollpolitischen Behandlung. Der Grundunterschied lässt sich m. E. kurz dahin fassen: Unsere Schutzgebiete in Afrika und der Südsee sind — unbeschadet aller klimatischen, geographischen und kulturellen Unterschiede — sämtlich ihrer volkswirtschaftlichen Grundstruktur nach Gebiete der Urproduktion, sei es der agrarischen Urproduktion im weitesten Sinne (Farmen, Plantagen etc.), sei es der Produktion der Naturschätze unter der Erde (Bergbau). In scharfem, volkswirtschaftlichem Gegensatze

hierzu ist die Kolonie Kiautschou bezw. ihr wirtschaftlich allein ins Gewicht fallender Hauptort Tsingtau in erster Linie nicht als Urproduktionsgebiet, sondern als Verkehrsvermittelungs-, als Handelsplatz zu betrachten; es soll ein Stapelplatz sein für die europäischen Waren, die nach China, wie für die chinesischen Produkte, die über See verfrachtet werden, der Umschlaghafen, in welchem die Ware vom Schiff auf die Achse (die neue deutsche, tief ins Innere führende Eisenbahn) bezw. umgekehrt von der Achse auf das Schiff verladen wird. Gegenüber dieser eminenten volkswirtschaftlichen Bedeutung des Platzes tritt seine Funktion als Stätte der Urproduktion weit zurück, die landwirtschaftliche Produktion fällt schon wegen der geringen Ausdehnung des Gebietes nicht ins Gewicht, und auch mineralische Schätze sind in erheblicher Weise bisher im deutschen Gebiete selbst nicht gefunden; vielmehr befinden sich die Kohlen- und Erzlager, von deren Erschliessung die Zukunft der Kolonie in hohem Masse abhängt, im chinesischen Hinterlande und werden durch die deutsche Bahnunternehmung dem deutschen Hafen und dem Ausfuhrhandel zugeführt. — Der industrielle Aufschwung von Tsingtau muss natürlich ebenfalls nach Kräften gefördert werden, und es ist anzustreben, dass daselbst auch eine gewerbliche Verarbeitung von Rohmaterialien, die aus dem chinesischen Hinterlande kommen, sich entwickelt. Seinen überwiegenden volkswirtschaftlichen Charakter wird der Ort aber stets durch seine Bedeutung als Handelsplatz empfangen.

Schon aus dieser kurzen ökonomischen Skizzierung ergibt sich, dass der Begriff der „Erzeugnisse“ für die Volkswirtschaft von Tsingtau wie für die jedes Handelsplatzes nicht recht passt. Die aus Tsingtau nach Deutschland eingeführten Waren sind nicht oder doch ganz überwiegend nicht im Schutzgebiete selbst entstanden, sondern im chinesischen Hinterlande; sie kommen aber aus dem freien Verkehr des deutschen Handelsplatzes. Nicht Eigenerzeugung, sondern Eigenhandel bildet die Signatur einer solchen Kolonie, oder, um es zolltechnisch auszudrücken, nicht das „Erzeugnis“, sondern nur die „Herkunft“ ist das Charakteristikum. Darum sollte auch der letztere Begriff an die Stelle des ersteren in den deutschen Zollbestimmungen treten.

Ein praktisch vorgekommener Fall möge dies erläutern:

Ein Handelszweig, welcher für die wirtschaftliche Entwickelung Tsingtaus von Bedeutung ist, betrifft die chinesischen Strohborden. Der deutsche Strohgeflechthandel bedarf dieser in beträchtlicher Menge, war aber bis vor einigen Jahren auf den englischen Markt angewiesen und hat erst neuerdings sich von diesem durch direkte Importe von China nach Deutschland zu emanzipieren begonnen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die geographischen Verhältnisse weisen darauf hin, Tsingtau zu dem Hauptplatze dieses Geschäftszweiges zu machen. — Die Strohborden kommen in den Handel in grossen Ballen; von dem Inhalte eines solchen wird in der Regel nichts oder bestenfalls nur ein Teil nachweisbar in dem deutschen Schutzgebiete selbst, der Rest aber in chinesischem Gebiete gewachsen sein; chinesische Strohborden aber geniessen in Deutschland keine Meistbegünstigung, unterliegen daher einem höheren Zoll als die englischen etc. Produkte. Bei der Einfuhr der gedachten, aus dem Eigenhandel von Tsingtau stammenden Ballen nach dem deutschen Zollgebiete, haben hier die örtlichen Zollbehörden zunächst verschieden über die Anwendbarkeit der Zollvergünstigung auf Grund des erwähnten Bundesratsbeschlusses geurteilt. Die massgebenden Stellen haben dann im Sinne der strengeren Auffassung entschieden und die Verzollung nach dem vertragsmässigen Satze abgelehnt. Dies dürfte de lege lata auch als durchaus zutreffend zu erachten sein, insofern der strenge Begriff des „Erzeugnisses" eines deutschen Schutzgebietes nicht vorliegt. Dieser Rechtszustand kann aber als wirtschaftlich wünschenswert schwerlich bezeichnet werden. Es ist nach Mitteilungen der Interessenten vorgekommen, dass Strohborden aus Schantung nunmehr nicht den natürlichen Weg über Tsingtau nach Deutschland nahmen, sondern über den chinesischen Vertragshafen Tschifu gingen, der de facto unter englischem Handelseinfluss steht, dass die Ware auf engliche Schiffe verfrachtet wurde, in den freien Verkehr Englands kam und dann von dort aus — da nach Auskunft der Fachleute sich die chinesischen Strohborden von den englischen kaum unterscheiden lassen — als englische Produkte zu den begünstigten, vertragsmässigen Sätzen in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurden.

Da nach Aussage der Interessenten nicht alle hier in Frage kommenden Arten chinesischer Strohborden einer Veredelung unterliegen, so schaffen auch die neuen, zu Gunsten des Veredelungsverkehrs deutscherseits zugelassenen Zollerleichterungen keine durchgreifende Abhilfe. Eine solche muss m. E. von seiten aller Kolonialfreunde vielmehr in dem oben gedachten Sinne gewünscht werden, d. h. dahin, dass in den deutschen, auf die Einfuhr aus den Schutzgebieten bezüglichen Zollbestimmungen an Stelle des engeren Begriffes des „Erzeugnisses" der weitere Begriff der kaufmännischen „Herkunft" tritt, welcher allein den Bedürfnissen einer Handelskolonie gerecht wird. — Ob und in welcher Weise diese Regelung im Rahmen des gesamteu deutschen Tarif- und Handelsvertragssystems durchführbar ist, muss natürlich der Prüfung der hierfür zuständigen Stellen vorbehalten bleiben; vom Standpunkte der kolonialen Interessen aus erscheint das Erstrebenswerte jedenfalls als vorgezeichnet.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Legationsrat Prof. Dr. **Helfferich**, Berlin: Der Herr Referent hat die Aufhebung der Zollgrenzen zwischen Deutschland und seinen Schutzgebieten, die Zusammenfassung von Mutterland und Kolonien zu einer wirtschaftlichen und handelspolitischen Einheit mit soviel Nachdruck und Geschick vertreten, dass auch grundsätzliche Gegner versucht sein könnten, sich zu seiner Auffassung bekehren zu lassen. Wenn man die Voraussetzungen akzeptiert, von denen der Herr Redner ausgegangen ist, und wenn man das ideale Ziel, das er aufgestellt hat, auf Grund unseres gegenwärtigen Kolonialbesitzes für erreichbar und durchführbar hält, dann wird man ihm allerdings in seiner Verurteilung unserer gegenwärtigen kolonialen Handelspolitik beistimmen müssen. Aber gerade in diesen zwei wesentlichen Punkten habe ich meine Bedenken, und ich glaube, wenn man näher zusieht, wird man doch zu anderen Schlussfolgerungen über unsere koloniale Handelspolitik kommen, als Herr Dr. Vosberg-Rekow sie gezogen hat.

Der Herr Referent ist ausgegangen von dem allgemeinen Gedanken, die Erwerbung unseres Kolonialbesitzes habe den einzigen Zweck gehabt, die deutsche Volkswirtschaft vom Ausland unabhängig zu machen, uns die Möglichkeit zu geben, aus eigenen überseeischen Territorien die Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beziehen, welche unsere Bevölkerung und unsere Industrie über die Produktionsfähigkeit des Mutterlandes hinaus benötigt, und uns ein Absatzgebiet für unsere auf den Export angewiesene Industrie zu sichern. Ich möchte hier zunächst doch die Einschränkung machen, dass für einen Teil unserer überseeischen Erwerbungen wirtschaftliche Gesichtspunkte nur wenig oder überhaupt nicht in Betracht gekommen sind. Bei der Erwerbung von Kiautschou, bei der Erwerbung eines grossen Teils unserer Südsee-Besitzungen waren nicht wirtschaftliche Gesichtspunkte das treibende Moment, hier stand vielmehr der politische Gesichtspunkt im Vordergrund, dass wir Stützpunkte brauchen für unsere überseeische Machtentfaltung. Hier lassen sich also von vornherein garnicht die Konsequenzen ziehen, die der Herr Referent für unsere koloniale Handelspolitik gezogen hat. Freilich, mittelbar dient unsere Machtentfaltung über See gleichfalls wirtschaftlichen Zwecken. Wir müssen imstande sein, die deutschen Interessen auch in solchen Gebieten zu schützen, die nicht deutsches Territorium sind; und diese Interessen sind in ihrem Wesen wirtschaftliche Interessen. Es handelt sich um den Schutz der deutschen Seeschifffahrt, um den Schutz des deutschen Kaufmanns, um den Schutz der deutschen Niederlassungen — kurz um den Schutz der weit verzweigten auswärtigen Beziehungen, in denen bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die inländische deutsche Volkswirtschaft durch Bezug der fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe und durch Absatz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihrer überschüssigen Industrieerzeugnisse ihre tatsächliche Ergänzung findet. Wir brauchen diese wirtschaftlichen Beziehungen zu fremden Staaten gerade deshalb, weil — wie der Herr Referent richtig bemerkt hat — unser eigener überseeischer Landbesitz im Verhältnis zu der Entwickelung und den Bedürfnissen unserer heimischen Volkswirtschaft verschwindend geringfügig ist.

Der Herr Referent selbst hat unsern Kolonialbesitz mit einem Blumentopf verglichen; ja glauben Sie denn, dass der Blumentopf grösser wird, wenn Sie die deutsche Eiche hineinpflanzen wollen? Ziehen Sie doch die Konsequenzen aus dem richtigen Satz, dass kaum jemals ein Volk auf so schmaler territorialer Basis zu einer solchen Höhe der industriellen Entwickelung gekommen ist, wie heute Deutschland! Diese Konsequenzen sind, dass kaum ein Land ein grösseres Interesse daran hat, dass im überseeischen Verkehr die Türen offen gehalten werden, als gerade wir. Wenn jeder Staat seine überseeischen Gebiete nur für sich offen halten, für die anderen absperren wollte, dann würde Deutschland von allen grossen Handelsvölkern bei einer solchen Politik der Isolierung am schlechtesten fahren. Also hüten wir uns, das schlechte Beispiel selbst zu geben. Ich glaube freilich nicht, dass die weltbritannischen Zollvereinsbestrebungen gerade durch unser Vorgehen einen mächtigen Anstoss erhalten würden; hier liegen ja die Hindernisse auf einem anderen Feld; aber hinsichtlich der englischen Kronkolonien — und diese allein, nicht etwa Kanada und Australien, können Sie mit unserem Kolonialbesitz in Parallele stellen — hinsichtlich dieser hat das englische Mutterland in der Zollpolitik freie Hand, hier kann es mit Repressalien antworten, die uns schwerer treffen würden, als uns die Ausschliessung fremder Konkurrenz aus unseren Schutzgebieten nützen könnte.

Ich will nicht näher auf eine Reihe anderer Gesichtspunkte eingehen, die sich aufdrängen, nicht auf die Tatsache, dass wir in unserer kolonialen Handelspolitik durch teilweise unkündbare internationale Verträge gebunden sind, die uns in den Kolonien anderer Staaten dieselbe Gleichberechtigung in der Konkurrenz zugestehen, welche wir in unseren Kolonien diesen anderen Staaten gewähren; — ich will auch die finanzielle Seite der Frage, den Umstand, dass weitaus der grösste Teil der ohnedies noch geringen eigenen Einnahmen unserer Schutzgebiete auf den Erträgnissen der Zölle beruht, — auch diesen Punkt will ich nur andeuten. Eine kurze Bemerkung aber muss ich auf eine Ausführung des Herrn Dr. Vosberg-Rekow machen, die mich besonders erstaunt hat, auf die Ausführungen nämlich, die sich darauf bezogen haben, dass das gegenwärtige System unserer kolonialen Handelspolitik auch die politische Zusammen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gehörigkeit von Mutterland und Kolonien in ähnlicher Weise untergraben müsse, wie dieses selbe System den Zusammenhang zwischen dem englischen Mutterlande und seinen wichtigsten Kolonien gelockert habe. Man kann ja über den historischen Zusammenhang der Entwickelung des englischen Kolonialreichs geteilter Ansicht sein, und es gibt Kenner, welche in der den grossen Siedelungskolonien überlassenen Freiheit in der Verwaltung und Wirtschaftspolitik das einzige Mittel zur Erhaltung des politischen Zusammenhangs erblicken. Aber soweit überhaupt im englischen Kolonialreich Unabhängigkeitsbestrebungen aus wirtschaftlichen Gründen hervortreten, beschränken sie sich lediglich auf die grossen, mit Europäern dicht besiedelten Kolonien, wie Kanada, Kapland und Australien. Solche Kolonien haben wir leider nicht; in unsern tropischen Gebieten wird der Weisse stets eine kleine Oberschicht bleiben, eine geringe Anzahl von Kaufleuten, Pflanzungsunternehmern, Beamten, Offizieren und Missionaren wird der grossen Masse der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstehen, und so wenig man bisher von Unabhängigkeitsbestrebungen der weissen Ansiedler an der Goldküste oder in Lagos gehört hat, brauchen wir solche Bestrebungen als Folge unserer kolonialen Handelspolitik in Kamerun oder Ostafrika zu befürchten.

Ich habe bisher die durch den Herrn Referenten aufgeworfene Frage vom Standpunkt des Mutterlandes aus betrachtet und bin zu dem Schluss gekommen, dass das von Herrn Dr. Vosberg-Rekow aufgestellte ideale Ziel einer aus dem deutschen Mutterlande und den deutschen Kolonien bestehenden selbstgenügsamen Volkswirtschaft — von allem anderen abgesehen — keine genügende territoriale Basis hat. Eine Vergrösserung dieser Basis aber hängt von anderen Dingen ab, als von der Normierung von Zollsätzen. Der Gang der Weltgeschichte wird darüber entscheiden, ob wir jemals eine Erweiterung unserer überseeischen Besitzungen erleben werden, die uns gestattet, der Anregung des Herrn Dr. Vosberg-Rekow näher zu treten. Solange wir aber mit den Verhältnissen der Gegenwart rechnen müssen, kann die koloniale Handelspolitik nur als ein Teil unserer gesamten überseeischen Handelspolitik behandelt werden, und unsere überseeischen Interessen vertragen sich nicht mit Isolierungs- und Absperrungsbestrebungen, sondern sie brauchen Bewegungsfreiheit.

Gegenüber den nationalen und wirtschaftlichen Interessen des Mutterlandes möchte ich nun noch das Interesse unserer Kolonien selbst in aller Kürze hervorkehren. Glauben Sie, dass unsere Kolonien gewinnen würden, wenn wir die anderen Nationen von ihnen ausschliessen wollten? Es handelt sich ja hier am letzten Ende nicht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nur um Zollfragen, sondern um das ganze System der wirtschaftlichen Isolierung. Dieses System aber halte ich im Interesse der Kolonien für ebenso verfehlt wie im Interesse des Mutterlandes. Unsere Kolonien stehen noch auf einer so niedrigen Stufe der wirtschaftlichen Entwickelung, der deutsche Unternehmungsgeist und das deutsche Kapital zeigen gegenüber unseren Kolonien eine so vorsichtige Zurückhaltung, dass eine Aussperrung fremder Nationen der Entwickelung unserer Schutzgebiete sicher nicht gerade förderlich sein würde. Ich will mich nahe liegender Abschweifungen auf andere Gebiete enthalten. Jedenfalls brauchen wir die Mitwirkung fremder Nationen bei der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Schutzgebiete so lange nicht zu fürchten, als wir politisch die Macht und die Kontrolle über unsere Territorien in der Hand behalten. — Aber es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht: Eine grosse Anzahl der in unseren deutschen Schutzgebieten tätigen Unternehmungen hat seine Wurzeln zu einem guten Teil auch in fremdem Gebiet, in den Nachbarkolonien anderer Staaten; viele dieser Unternehmungen würden, wenn sie auf die deutschen Schutzgebiete beschränkt werden sollten, mit ihrem Handelsbetrieb, ihrer Wareneinfuhr u. s. w., nicht lebensfähig sein. Wenn wir aber die anderen ausschliessen, dann dürfen wir von den anderen nichts Besseres erwarten. Ich möchte Sie in dieser überaus wichtigen Beziehung besonders auf die grossen Schiffahrtsunternehmungen hinweisen, deren stolze Dampfer für eine rege wirtschaftliche Verbindung von Mutterland und Kolonien viel mehr getan haben, als alle Zollermässigungen jemals tun könnten. Von dem Verkehr mit den deutschen Schutzgebieten allein würden diese Linien nicht existieren können. Eine auf Absperrung nach aussen gerichtete koloniale Wirtschafts- und Handelspolitik, wie sie der Herr Referent empfiehlt, würde höchst wahrscheinlich die Wirkung haben, dass diese wichtige Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien aufhört zu existieren.

Wenn Sie diese Verhältnisse in Erwägung ziehen, dann werden Sie vielleicht unsere bisherige koloniale Handelspolitik, die uns auf dem Boden der Gegenseitigkeit fremde Kolonialgebiete offen hält, doch nicht für so ganz verkehrt halten; Sie werden vielleicht trotz des glänzenden Vortrags des Herrn Vosberg-Rekow mit mir zu der Ansicht kommen, dass eine grundsätzliche Umkehr unserer kolonialen Handelspolitik ein verhängnisvoller Fehler wäre.

Das schliesst natürlich nicht aus, dass in Einzelheiten Verbesserungen möglich sind. Über die Anregung des Herrn Admiralitätsrats Prof. Köbner z. B. liesse sich im Rahmen des bisherigen Systems sehr wohl reden. Es wäre vielleicht auch möglich, bei der schwebenden Neuordnung der auswärtigen Handelsbeziehungen des Reichs



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch die Position der Kolonien zu verbessern, indem man ihnen die Meistbegünstigung in den Staaten, mit denen wir Tarif- oder Meistbegünstigungsverträge haben, ausbedingt. Von einem Wechsel des ganzen Systems aber kann ich mir gute Wirkungen nicht versprechen. Das Mutterland in erster Linie würde den Schaden einer Erschwerung deutscher Unternehmungen in den für uns so wichtigen überseeischen Besitzungen fremder Staaten zu tragen haben, und auch die Kolonien selbst würden Sie durch ein System der Absperrung, der Isolierung und des Protektionismus nicht fördern; mit einer solchen Politik — sie mag ja liebevoll gemeint sein — aber mit einem solchen liebevollen Protektionismus würden Sie vielleicht nur das erreichen, dass Sie unsere Kolonien selbst totdrücken.

Admiralitätsrat Prof. Dr. **Köbner:** Nachdem die Zollfrage als das praktisch wichtigste Problem ihre Beleuchtung von den verschiedenen Standpunkten gefunden hat, möchte ich doch nicht unterlassen, noch einmal auf die grundsätzliche juristische Seite des Themas des Vortrags zurückzukommen. Es handelt sich um die Anwendung der Begriffe „Inland“ bezw. „Ausland“ auf unsere Schutzgebiete.

Der Herr Vortragende hat die ganze Frage als eine solche von vorwiegend theoretischem Interesse charakterisiert. Ich meine jedoch, dass eine Menge von praktischen Rechtsfragen, an die sich wichtige, unter Umständen einschneidende wirtschaftliche Interessenfragen knüpfen, von jener staatsrechtlichen Vorfrage abhängen. Heute will ich nur einige Beispiele aus der Praxis hier vorbringen.

Vor einiger Zeit ging ein Fall durch die Presse, der sich vor einem deutschen Gerichte abgespielt hat. Ein Togo-Negerhäuptling, der in einer deutschen Stadt mit seiner Truppe ausgestellt war und sich von seinem Impresario arg geschädigt glaubte, wünschte den letzteren vor der Zivilkammer des Landgerichts zu verklagen; allein das Landgericht betrachtete den Bedauernswerten als einen Ausländer und verlangte infolgedessen von ihm einen derartig hohen Kostenvorschuss, dass er von der Klage Abstand nehmen musste. Dieser Fall hat zu einer Vereinbarung zwischen den kolonialen Zentralbehörden und den Justizverwaltungen der deutschen Staaten geführt, durch die in Zukunft derartige Härten auf prozessualem Gebiete unmöglich werden.

Aber auch auf dem Gebiete des materiellen Rechts schafft die Unklarheit über die Begriffe „Inland“ und „Ausland“ eine Menge praktischer Streitfragen. Eine Stelle z. B., die sicherlich nicht formal juristischen Neigungen nachgeht, sondern unter dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Opportunität arbeitet, nämlich die Zulassungs-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stelle unserer grössten Börse, hat sich gelegentlich einer Emission von Aktien mit der Frage zu beschäftigen gehabt, ob eine in einem Schutzgelände domizilierte Aktiengesellschaft als inländische oder ausländische zu betrachten ist. Die Beantwortung dieser Frage hat wesentliche Konsequenzen für die Anwendbarkeit gewisser börsengesetzlicher Bestimmungen. Der Herr Vortragende wird zugeben, dass es sich hier in der Tat um wichtige materielle Interessen handelt.

Ein anderes Beispiel mag dem industriellen Interessengebiete entnommen werden. Bis zum 1. Januar 1901 hing von der Anwendung des Inland- bezw. Auslandbegriffes die Beantwortung einer Reihe von Fragen ab, betreffend die Anwendbarkeit von Bestimmungen unseres Patentgesetzes und der übrigen Reichsgesetze, die den Schutz des gewerblichen Eigentums betreffen. Es bedarf keiner näheren Ausführung, wie sehr hierdurch die ganze industrielle Entwickelung in unseren Schutzgebieten unter Umständen beeinflusst werden kann. Auf diesem Gebiete ist nunmehr durch die Kaiserliche Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, vom 9. November 1900, in Verbindung mit dem neuen Konsulargerichtsbarkeitsgesetze vom 7. April 1900 einheitliches Kolonialrecht geschaffen worden, indem die gedachten Reichsgesetze in den Schutzgebieten für anwendbar erklärt worden sind. Immerhin bestehen auch hier noch eine Reihe von Zweifeln im einzelnen.

Der Inlands- bezw. Auslands-Begriff spielt seine praktisch wichtige Rolle im Wechselrechte, in einer ganzen Reihe von handels- und seerechtlichen Bestimmungen u. s. w. Ein Fall aus dem letzteren Gebiete ist ja schon in der gestrigen Debatte von anderer Seite zutreffend hervorgehoben worden.

Diese wenigen Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen, mögen die Notwendigkeit dartun, zu einer klaren Abgrenzung der Begriffe „Inland“ bezw. „Ausland“ in ihrer Anwendbarkeit auf die Kolonien zu gelangen. Ich bin nicht der Ansicht, dass eine derartige Abgrenzung Aufgabe des Gesetzgebers ist, denn dies würde bedeuten, dass ein besonderes Reichsgesetz sich die Aufgabe stellte, alle übrigen Reichsgesetze, und zwar jeden einzelnen Paragraphen der Gesetze, in dem sich die Worte „Inland“ bezw. „Ausland“ oder auch „Deutsches Reich“ etc. befinden, einzeln durchzugehen und jedesmal zu bestimmen, ob im Sinne des betreffenden Paragraphen die Schutzgebiete Inland sind oder nicht. Dies würde keine durchführbare Aufgabe für den Gesetzgeber darstellen. Es erscheint vielmehr als eine wichtige Aufgabe einerseits der Rechtswissenschaft, andererseits der Rechtsanwendung, d. h. der richterlichen Spruchpraxis, hier klare Grundsätze zu finden, die eine Entscheidung im einzelnen Falle an die Hand geben.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Wunsch der Kolonialfreunde wird im allgemeinen natürlich dahin gehen, in tunlichst vielen Rechtsbeziehungen die Schutzgebiete als deutsches Inland zu bezeichnen. Es wäre aber meines Erachtens praktisch verfehlt, diesen Satz schlechthin und ohne Einschränkung aufstellen zu wollen. Es gibt eine grosse Reihe von Rechtssätzen, in denen wir auf die Schutzgebiete dauernd die Auslandsbestimmungen aus praktischen Erwägungen werden anwenden müssen. Wenn z. B. die Wechselordnung bestimmt, dass gewisse Fristen sich verlängern, wenn der Bezogene oder eine andere im Wechselverkehr stehende Person ihren Wohnsitz im Auslande hat, so wird man Handelsplätze in unsern Schutzgebieten in dieser Beziehung nicht anders behandeln können, als benachbarte fremde Plätze.

Der grundsätzliche Gesichtspunkt für die Unterordnung der Schutzgebiete unter den Inlands- oder Auslands-Begriff dürfte etwa in folgendem zu sehen sein:

Ueberall da, wo bei der Unterscheidung von „Inland“ und „Ausland“ in unsern Gesetzen lediglich das Moment der geographischen Entfernung, der Verzögerung des Verkehrs u. s. w. in Betracht kommt, werden die deutschen Schutzgebiete unter die Auslandsbestimmungen fallen müssen. Überall da aber — und das sind die wichtigeren und zahlreicheren Fälle in unsern Gesetzen — wo erstens „Inland“ und „Ausland“ deshalb unterschieden sind, weil die deutsche Staatsgewalt bezw. ihre Ausübung in Rechtspflege und Exekutive nur im Inlande gewährleistet sind, oder aber zweitens deshalb, weil der Gesetzgeber dasjenige Landgebiet, dessen Förderung ihm am Herzen liegt, durch besondere „Inlandsbestimmungen“ gewissermassen zu privilegieren — und das „Ausland“ rechtlich schlechter zu stellen beabsichtigt hat, überall da wird man die Schutzgebiete als deutsches Inland zu betrachten haben.

Die Durchführung dieses Gesichtspunktes im einzelnen stellt die Wissenschaft und Praxis noch vor eine ganze Reihe von Aufgaben, die, wie gesagt, nicht nur aus juristischer Liebhaberei, sondern auch im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwickelung gelöst werden müssen.

Diese Lösung aber wird heute erheblich erschwert dadurch, dass nach dem geltenden Schutzgebietsgesetze es sich nicht um die Anwendung oder Nichtanwendbarkeit der privatrechtlichen, strafrechtlichen, prozessualen etc. Bestimmungen der Reichsgesetze schlechthin handelt, sondern dass diese zumeist überhaupt nur durch das Medium des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes in Betracht kommen. Es bedarf aber wohl keiner näheren Ausführung, dass gerade für die Anwendung des Inland- bezw. Ausland-Begriffes im Konsularrechte gänzlich verschiedene Grundsätze obwalten und obwalten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

müssen gegenüber dem Kolonialrechte, weil eben dieses territorialer, jenes aber streng personaler Natur ist. Wir kommen deshalb — und mit diesem Gedanken möchte ich schliessen, — auch bei unserm jetzigen Thema wieder zu der Forderung, die uns gestern beschäftigt hat und die in der von dieser Sektion angenommenen Resolution Ihre fast einmütige Zustimmung gefunden hat, der Forderung nämlich,

> dass das deutsche Kolonialrecht sich von der innerlich nicht begründeten Abhängigkeit vom Konsularrechte loslösen und eine selbständige Gestaltung gewinnen muss.

---

## Die internationale Kongo-Akte und die durch sie gewährleistete Schiffahrts- und Handelsfreiheit.

Von Konsul a. D. **Ernst Vohsen,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

(Der Vortrag kann nur in dieser verkürzten Form gebracht werden, da es dem Herrn Redner leider nicht möglich war, das ausführliche Manuskript rechtzeitig einzureichen.)

---

1. Deutschland hat grosse wirtschaftliche Interessen an der Westküste Afrikas, in den Seengebieten Ostafrikas und an dem Niger-Benue zu wahren, welch letztere noch in allerjüngster Zeit durch die Entsendung einer wirtschaftlichen Expedition und die Begründung zweier Regierungsstationen in Garua und im deutschen Tsadsee-Gebiet in Dikoa besonders betätigt worden sind.

2. Im Anschluss an die opferfreudige Tätigkeit der Internationalen Gesellschaft zur Erschliessung Afrikas, an der Deutschland durch die im Jahre 1877 begründete Afrikanische Gesellschaft beteiligt war, und auf die Vorstellungen der Handelskammern zu Hamburg, Bremen, Mannheim u. s. w. hin, hat die deutsche Regierung im Jahre 1884 nach Berlin eine internationale Konferenz berufen, die zu der Kongo-Akte führte, durch deren Artikel 1 und 5 die Handelsfreiheit in dem Kongo-Flussgebiet und die Schiffahrtsfreiheit auf dem Niger erklärt und eine freie Handelszone festgelegt wurde, innerhalb deren Grenzen der Handel aller beteiligten europäischen Mächte vollständig frei und gegen Verkürzung der Möglichkeit seiner Ausbreitung und Entwickelung geschützt sein sollte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

3. Den Bestimmungen der Kongo-Akte wurde von dem Kongo-Staat von Anfang an und wird in letzter Zeit auch von Frankreich in der französischen Kolonie Congo-Français zum Nachteil unserer Interessen zuwider gehandelt, wie auch andererseits die Bestimmungen über die Sicherstellung der Schiffahrt und des Transitverkehrs auf dem Kongo und Niger-Benue noch immer der Ausführung harren. Auch die Bestimmungen der Kongo-Akte, betreffend die Bildung einer internationalen Kommission zur Regulierung der Schiffahrt auf dem Kongo (Artikel 17 bis 25 der Akte) sind trotz ihrer Bedeutung für die internationalen und insbesondere unsere Interessen nie zur Ausführung gekommen.

4. Schon am 1. Juli 1885 wurden von dem Kongo-Staat alle sogenannten im Freihandelsgebiet gelegenen „von den Eingeborenen nicht okkupierten Länder" als Staatseigentum erklärt und im Jahre 1892 die Kautschukausbeute mit schweren Abgaben belegt, zum Teil dem freien Handelsbetrieb vollständig entzogen. sodass die durch die Kongo-Akte gewährleistete Handels- und Verkehrsfreiheit praktisch aufgehoben wurde. Die Vorbedingung der Handelsfreiheit der Nationen ist aber die Wahrung derselben auch für die Eingeborenen in der Weise, dass ihnen die Verfügungsfreiheit über die Naturprodukte des Bodens und der Jagd verbleibt, wie das auch in allen westafrikanischen, französischen und englischen Kolonien vor dem Zustandekommen der Kongo-Akte der Fall war und einschliesslich der deutschen Kolonien auch heute noch der Fall ist mit Ausnahme der Gebiete des Kongo-Staates und des Congo-Français, merkwürdigerweise gerade der Kolonien, wo die Handelsfreiheit staatsgrundsätzlich gemäss Artikel 1 der Kongo-Akte eingeführt ist.

5. Im Congo-Français ist das innerhalb der Freihandelszone gelegene Land unter Konzessionsgesellschaften fast vollkommen aufgeteilt und diesen Gesellschaften nach dem Vorbilde im Kongo-Staat gleichfalls das Recht auf ausschliessliche Ausbeutung der Gebiete übertragen worden. Dadurch ist den an der Küste etablierten Faktoreien der Zufluss von Produkten abgeschnitten und sind sie in ihrem Lebensnerv getroffen worden, ist die Möglichkeit für die Einleitung neuer Handelsunternehmungen dortselbst erloschen.

6. In den Niger-Benue-Flussgebieten sind wohl durch den englisch-deutschen Vertrag des Jahres 1893, der Deutschland einen Teil des Niger am oberen Benue zuspricht, ihm die auf die Freiheit der Schiffahrt Bezug habenden Bestimmungen der Kongo-Akte noch einmal besonders bestätigt worden, aber wenig ist bisher geschehen, um durch Einrichtung von Zolllägern u. s. w. den Transitverkehr zu regeln und durch Schaffung von Lotseninstituten und die Anlage von Kohlen- und Holzstationen längs des Flusses die Schiffahrt bis

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in das deutsche Gebiet zu erleichtern, wie es dem Sinne der einen Teil der Kongo-Akte bildenden Niger-Schiffahrtsakte entspricht. Die Voraussetzung für die wirtschaftliche und handelspolitische Erschliessung des deutschen Benue-Gebietes ist aber die Regelung der Flussschiffahrt auf dem internationalen Niger mit seinen Nebenflüssen, die Voraussetzung, dass das deutsch-ostafrikanische Seengebiet sich gedeihlich entwickelt, der tatsächliche Freihandel, wie ihn die Kongo-Akte gewährleisten sollte.

7. Nachdem das Deutsche Reich im Jahre 1884 zur Einberufung einer internationalen Konferenz die Initiative ergriffen hat, um für Zentralafrika die Eingeborenen sittlich und materiell zu heben und vor Vergewaltigung zu schützen, das Prinzip der Solidarität und Gleichberechtigung aller interessierten Staaten zur Geltung zu bringen, die Handelsfreiheit in diesen Gebieten für alle Nationen zu sichern und den Handel gegen Verkürzung der Möglichkeit seiner Entwickelung und Ausbreitung zu schützen, und diese Grundsätze durch die Kongo-Akte Ausdruck, aber nicht die gewünschte Durchführung gefunden haben, so muss eine Revision der Akte im Anschluss an § 36 derselben, der die Bestimmungen über die eventuell notwendig werdende Revision enthält, eingeleitet und zu diesem Behufe eine neue Konferenz der Signatarmächte einberufen werden, damit für die hier angeführten Missstände und Verletzungen der Akte Abhilfe geschaffen und sie entsprechend der inzwischen stattgefundenen Entwickelung neu geregelt werde.

Ich verlese deshalb nochmals die nachfolgende von mir eingebrachten Resolution, welche heute Nachmittag in der Plenarsitzung zur Abstimmung kommt:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Ansicht, dass die Verhältnisse, wie sie sich im Niger-Gebiet mit Bezug auf die Freiheit der Schiffahrt und den Transitverkehr und im internationalen Kongo-Becken mit Bezug auf die Landpolitik, die Handelsfreiheit und den Schutz der Eingeborenenrechte seither entwickelt haben, in wichtigen Punkten mit den Bestimmungen der Kongo-Akte nicht in Einklang zu bringen sind. Er hält daher die Einleitung von Verhandlungen zwischen den Vertrags-Mächten zur Durchführung der durch die Kongo-Akte gewährleisteten Bestimmungen für dringend geboten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Sektion IV.

# Die religiösen und kulturellen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Obmann und Vorsitzender: Kontre-Admiral z. D. **Strauch**, Berlin-Friedenau.
Stellvertretender Vorsitzender: Graf **Vitzthum von Eckstaedt**, Dresden.
I. Schriftführer: Rechtsanwalt, Justizrat **Custodis**, Köln a. Rh.
II. Schriftführer: Pfarrer **Gareis**, Buch bei Berlin.

## Die Bedeutung der christlichen Mission für die Entwickelung unserer Kolonien.

Von Missionsinspektor D. **Merensky**, Berlin.

(Plenarsitzung am 11. Oktober, Nachmittag.)

Der Kolonialkongress, der uns hier zusammengeführt hat, soll vor dem Forum des deutschen Volkes und seiner Regierungen Kolonialfragen von besonderer Bedeutung erörtern und dadurch zu ihrer Lösung beitragen. Unter diesen Fragen ist eine der wichtigsten die Eingeborenenfrage. Sie wird noch eine Frage sein, wenn andere Fragen, wie die über die Stellung der Kolonien zum Mutterlande, die Frage über die Ansiedelung deutscher Auswanderer, die Frage, wo der Plantagenbau sich lohnt und wie die Verkehrsmittel zu mehren sind, längst ihre Entscheidung gefunden haben.

In unseren afrikanischen Kolonien allein leben über 10 Millionen Eingeborener. Sollen sie uns fortdauernd nur Sorge, Mühe und Kosten verursachen, oder sollen sie mithelfen zur gedeihlichen Ent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wickelung dieser Gebiete? Sollen sie eine dauernde Gefahr sein für unsere Herrschaft und vielleicht einmal mithelfen, ihr ein Ende zu bereiten, oder können sie gewonnen werden und so einen Machtzuwachs darstellen für unser Reich? An der Lösung dieser gewichtigen Fragen mitzuarbeiten ist Aufgabe der christlichen Mission, damit ist die Bedeutung der Missionsarbeit für die Entwickelung unserer Kolonien gegeben.

Bis vor kurzem pflegte man sich über die Bedeutung der Eingeborenenfrage hinwegzutäuschen, indem man behauptete, die sogenannten Naturvölker, zu denen die Eingeborenen unserer Kolonien fast ausnahmslos gehören, stürben aus, ja, sie stürben sicher aus da, wo sie mit Völkern kaukasischer Rasse in nähere Berührung, in wirtschaftlichen Wettbewerb kämen.

An Beispielen, dass solche Völker ausgestorben sind, fehlt es nicht. Die Eingeborenen Tasmaniens sind ausgestorben, und auf einigen Inseln der Südsee kämpfen die Urbewohner um ihr Dasein. Allein man darf nicht vergessen, dass es sich hierbei eben um Bewohner von Inseln handelt, die seit undenklicher Zeit durch die Folgen der Inzucht geschwächt sind. Die Indianer der Vereinigten Staaten Nordamerikas hatten durch Kriege, die sie miteinander und mit den Kolonisten führten, sowie durch Verziehen nach Norden und Süden sehr abgenommen, jetzt aber nehmen sie an Zahl wieder zu. Andere Völkerschaften, z. B. die Buschleute und Hottentotten Südafrikas, verschwinden durch Mischung mit anderen Farbigen, wobei aber zu beachten ist, dass die Hottentotten aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eine selbständige Rasse, sondern selbst ein Mischvolk von Asiaten und Buschleuten sind. Anders ist es mit den dunkelfarbigen Negern und Bantu; sie besitzen eine unverwüstliche Lebenskraft. Auch im Blick auf eine jetzt noch ferne Zukunft müssen wir mit der Eingeborenenbevölkerung unserer afrikanischen Kolonien und wahrscheinlich auch mit der Urbevölkerung Neuguineas und der benachbarten Inselgruppen rechnen.

In bezug auf die dunkelfarbigen Afrikaner ist der Beweis hierfür bereits erbracht. In Amerika finden wir heute etwa 10 Millionen Neger, deren Vorfahren man als Sklaven dorthin verschleppt hatte. Obwohl sie nun hier auf anderem Boden und unter anderen Verhältnissen lebten und leben als in ihrer Heimat, haben sie sich doch vermehrt und vermehren sich noch bis auf diesen Tag. Die neueste Bevölkerungsaufnahme in den Vereinigten Staaten gibt hierüber überraschenden Aufschluss. In den 10 Jahren von 1880 bis 1890 hat sich die dort ansässige Negerbevölkerung von 6 580 793 auf 7 488 785 Köpfe vermehrt, das bedeutet einen Zuwachs von 907 995, in den Jahren von 1890 bis 1900 aber von 7 488 785 Köpfen auf 8 840 786,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das zeigt einen Zuwachs von 1 352 001, das zeigt also eine steigende Vermehrung, eine Vermehrung, die stärker ist als die Vermehrung der Bevölkerung des Deutschen Reichs. In Südafrika aber sehen wir bei Kaffern und kafferähnlichen Völkern dieselbe Erscheinung. In der Kapkolonie hat sich der Fingustamm in einem Menschenalter von ca. 25 000 Köpfen auf 250 000 vermehrt, und in der Natalkolonie haben die Zulu in derselben Zeit mindestens um das Fünffache zugenommen. Die Süd-Basuto zählten vor 70 Jahren etwa 30 000 Seelen, im Jahre 1875 aber 127 000 und im Jahre 1891 nicht weniger als 218 146. In ähnlichem Verhältnis hat auch in den Buren-Republiken die Kopfzahl der eingeborenen Bevölkerung zugenommen, sie nimmt augenscheinlich unter europäischer Herrschaft stärker als früher zu. Die Gründe für diese Erscheinung liegen auf der Hand. Unter europäischer Herrschaft hören die Kriege auf, bei denen früher auch Weiber und Kinder gemordet oder als Sklaven fortgeschleppt wurden; der Eingeborene kann in Ruhe seinen Ackerbau treiben und seiner Viehzucht obliegen, die zeitweiligen Dürren und Hungersnöte wirken nicht mehr so verheerend als früher, denn der erweiterte Verkehr macht Zufuhren möglich, und es verschwinden auch manche Krankheiten, wie z. B. die Pocken, oder haben geringere Verluste an Menschenleben zur Folge. Die eingeborenen Bewohner unserer Kolonien sterben also nicht aus, sie werden sich auch in Zukunft stark vermehren, deshalb drängt sich uns die Frage auf: Was wird aus ihnen? Eine Frage, die wir nur beantworten können, wenn wir uns klar darüber werden, was sie sind. Auf diese Frage: „Was sind die Eingeborenen unserer Kolonien?“ gebe ich die Antwort: „Sie sind Menschen!“

Nicht nur die heiligen Schriften alten und neuen Bundes lehren Verwandtschaft, ja einheitliche Abstammung aller Menschen, auch die neuere Anthropologie neigt der Lehre zu, dass die sogenannten Naturvölker nichts anderes sind als in der Entwickelung zurückgebliebene Glieder der einen grossen Menschheitsfamilie. Und auch die Erfahrung spricht dafür, dass sie Menschen sind. Sie alle haben eine menschliche Sprache, und es ist bekannt, dass der Formenreichtum dieser Sprachen oft bewundernswert ist. Das ist bei den Neger- und Bantu-Sprachen in so hohem Masse der Fall, dass eine Zeitlang die Ansicht obwaltete, es müssten diese Völker früher auf einer höheren Stufe der Kultur gestanden haben, als das heute der Fall ist. Dieser Schluss ist aber nicht zulässig. Diese Völker, denen die Kunst des Schreibens unbekannt ist, besitzen keine Literatur, mit deren Hilfe sie sich hätten die höher stehende Sprache erhalten können, bei ihnen ist also die Sprache der genaue Ausdruck ihrer gegenwärtigen geistigen Tätigkeit. Da nun aber die Sprachen der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Afrikaner ihrem Bau nach höher stehen als man annahm, so ist der andere Schluss gewiss berechtigt, dass die Geisteskräfte dieser Leute höher zu veranschlagen sind als man bisher anzunehmen geneigt war. Dies letztere ist in der Tat der Fall, das zeigt der Schatz von Sagen und Sprichwörtern, über den sie verfügen, das zeigt ihre Fähigkeit, zu lernen, z. B. sich fremde Sprachen, sich die Fertigkeit des Lesens und Schreibens anzueignen und dem Gedächtnis irgend welchen dargebotenen Stoff einzuprägen.

Man darf auch nicht gegen die Begabung und Entwickelungsfähigkeit der Afrikaner den Umstand geltend machen, dass sie es aus eigener Kraft nirgends zu einer höheren Kultur gebracht hätten. Die Kulturvölker Asiens und Europas lebten auf einem für ihre Entwickelung günstigeren Boden. Ein gewisses Mass von Kultur haben sich aber auch die afrikanischen Völker angeeignet, trotz aller der Kultur sich feindlich gegenüber stellenden Eigentümlichkeiten Afrikas. Ackerbau und Viehzucht ist bei nicht wenigen Stämmen so entwickelt, als die Natur ihres Landes zulässt. Viele schmelzen Eisen und Kupfer und verfertigen ihre Waffen, eiserne Hacken und Beile und Schmucksachen selbst. Die Bronzen, welche neuerdings aus Westafrika nach Europa gekommen sind, zeigen eine weitere Entwickelung der Metallindustrie. Holzarbeiten der Leute zeigen nicht selten guten Geschmack. Es ist wahrscheinlich, dass die Völkerwanderung, welche Afrika seit vier Jahrhunderten durchtobt, viel alte Kultur vernichtet hat. Wenn wir in Uganda und im Kondelande bessere Kulturzustände finden, so ist das dadurch zu erklären, dass die Wellen dieser Völkerbewegung nicht bis hierher gedrungen sind. Doch zugegeben, dass die Afrikaner es in eigener Kultur nicht eben weit gebracht haben, das steht jedenfalls fest, dass sie höhere Kultur sich aneignen können. Die Neger Nordamerikas, welche vor fünfzig Jahren noch Sklaven waren, besitzen heute ein Vermögen, welches man auf $3^1/_2$ Milliarden Mark berechnet. Im Staat Georgia allein vermehrte sich der Besitz der Neger im Jahr 1901 um 8 Millionen Mark. Man findet unter diesen früheren Sklaven über 30 000 Kirchen- und Schulbeamte, 2000 Advokaten und ebenso viel Ärzte. Auch in Südafrika zeigen die Eingeborenen die Fähigkeit, neue Kulturelemente in sich aufzunehmen. Die Süd-Basuto kannten vor einem Jahrhundert das Pferd kaum dem Namen nach. Heute ist dies Volk ein Pferde züchtendes Reitervolk, dessen Häuptlinge Zuchthengste kaufen zum Wert von Tausenden von Mark, ein Volk, welches 40 000 Reiter ins Feld stellen kann, bei dem aber auch die Weiber schon das Reiten lieben. Uganda war vor 40 Jahren noch ein barbarisches Land, heute herrscht dort das Christentum, viele Tausende des Volkes können lesen und Eingeborene schreiben Bücher,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

welche von anderen Eingeborenen gedruckt und gebunden werden. Die 10 Millionen Afrikaner unserer Kolonien und, fügen wir hinzu, auch unsere Melanesier und Polynesier, sind entwickelungsfähig auf Grund ihrer natürlichen Begabung. Wir fragen deshalb mit Recht, was wird aus ihnen, welche Pflichten gehen daraus für uns hervor?

Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die eine Erörterung dieser Fragen dadurch abzuschneiden suchten, dass sie den Rat gaben, die Eingeborenen samt und sonders auszurotten. Das deutsche Volk aber teilt die Gewissenlosigkeit solcher Mahner nicht, denn es weiss, dass Blutschulden mit die schwersten Schulden sind, die ein einzelner Mensch oder ein Volk auf sich laden kann. Übrigens wäre das „Ausrotten" denn doch so leicht und einfach nicht. Die Kapkolonie hat in den Jahren von 1873 bis 1883 etwa 3 Millionen Mark ausgegeben in Kriegen gegen eingeborene Stämme, in denen Kolonisten, also zumeist Buren, im Felde standen, und hat dabei nicht einmal überall die völlige Unterwerfung der Eingeborenen erreicht, die sie erreichen wollte.

Die Eingeborenen sind aber nicht nur entwickelungsfähig, sondern werden sich in unseren Kolonien unter den neuen Verhältnissen auch weiter entwickeln, ob wir das wollen oder nicht. Sollen wir diese Entwickelung nun leiten oder sich selbst überlassen? Sollen wir die eingeborene Bevölkerung wuchern lassen wie Unkraut, nachdem wir die Auflösung der alten Verhältnisse durch unser Eingreifen verursacht und ein neues Ferment in sie hineingetragen haben? Gewiss nicht! Wir haben die Pflicht, sie zu erziehen, und die Wohlfahrt unserer Kolonien fordert gebieterisch das gleiche. Diese Erziehung der Eingeborenen haben die Missionen sich zur Aufgabe gestellt, sie wollen daran aber keineswegs allein arbeiten, sie halten dafür, dass auch die weltliche Gewalt diese Erziehung als ihre ernste Aufgabe und Pflicht betrachten muss. Und weil unser Staat ein christlicher Staat ist und als solcher auch in den Kolonien auftreten soll, muss er auch dieser Aufgabe in christlichem Sinne gerecht werden, tut er das, so bewegt sich seine Tätigkeit nach dieser Seite hin mit der der christlichen Missionen auf gleicher Linie. Die Missionen haben den ehrlichen Wunsch, auf diesem Gebiet mit dem Staat Hand in Hand zu arbeiten. Zu diesem Wunsch treibt sie die Grösse und Schwierigkeit der Aufgabe, welche mit der erzieherischen Behandlung eines heidnischen Volkes gegeben ist. Der Anteil des Staates daran ist wichtig genug. Zunächst fällt ihm die Aufgabe zu, in den Schutzgebieten friedliche Zustände zu schaffen, Frieden zwischen den heidnischen Stämmen und auch sonst überall Sicherheit für Leben und Eigentum, auch Rechtssicherheit für den einzelnen. Will er das erreichen, so muss er heidnischen Greueln ein Ende machen, muss die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Axt legen an die Wurzel mancher heidnischen Sitte. Er wird gewerbsmässige Zauberei als Betrug strafen und wird in Afrika der heidnischen Jugendweihe ein Ende bereiten müssen. Der Staat wird die Eingeborenen auch zu nützlicher Tätigkeit, zur Arbeit, erziehen und anhalten können, er wird in seinem eigenen Interesse ihren Ackerbau und ihre Viehzucht fördern und wird sie deshalb schützen müssen in ihrem Landbesitz, der stets die beste Grundlage bildet für weitere Kulturentwickelung, er wird sie auch schützen müssen gegen Ausbeutung und Vergewaltigung durch gewissenlose Europäer, schützen auch gegen das Eindringen europäischer Laster, gegen Übel wie Opiumgenuss und Branntweintrinken, für deren Abwehr die eigene Kraft der Eingeborenen zur Zeit nicht ausreicht, die aber den physischen, intellektuellen und moralischen Ruin der Leute zur Folge haben.

Das alles soll und kann die weltliche Macht ausrichten, sie kann viel tun zur Erziehung der Eingeborenen, sie kann aber nicht alles tun. Der Staat kann weise äussere Ordnungen schaffen und kann die Leute zwingen, sich diesen Ordnungen zu fügen, er kann aber nicht innere Zufriedenheit und Liebe zum sittlichen Leben, er kann nicht Gottesfurcht in die Herzen pflanzen, er kann nicht erziehen, ohne Religion zu pflegen; und um Religion zu pflanzen und zu pflegen, braucht der Staat in den altchristlichen Ländern die Hilfe der Kirche und braucht er draussen in den Kolonialländern die Hilfe der Mission.

Die Kolonisation, d. h. die in ihrem Gefolge auftretende auf die Heiden wirkende europäische Kultur, erschüttern die heidnischen Religionen oder verwischen die Spuren von Religion, die sich bei ihnen finden. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass den Leuten für das, was sie dadurch verlieren, Ersatz geboten wird, und der einzig mögliche Ersatz ist in dem Christentum gegeben, dessen Verbreitung und Einführung bei den Heiden der Kolonien somit eine Notwendigkeit ist. Eine Kolonialregierung wird niemals ihre Autorität bei ihren Untergebenen fest begründen, wenn diese nicht Christen sind. Der Staat kann bei uns nicht bestehen ohne die Stütze und Hilfe, die der Eid gewährt; sichere Grundlage für die Heiligkeit des Eides ist aber allein der Glaube an einen allwissenden Gott. Die Autorität des christlichen Staates ruht auf der Autorität Gottes, und seine Gesetze haben massgebendes Ansehen, weil sie auf Gottes Geboten ruhen. Wie bei uns die Furcht vor dem Gefängnis, vor Zuchthaus und vor dem Schaffot nicht genügt, um Ordnung und Sittlichkeit aufrecht zu erhalten, so wird draussen auch nicht die Furcht vor der Nilpferdpeitsche und dem Mausergewehr genügen, um gute Untertanen und Bürger zu erziehen, und zwar dort um so weniger,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

als draussen ein geordnetes Volksleben erst geschaffen werden soll. Soll die äussere Kultur wachsen und Bestand haben, so muss innere Kultur vorhanden sein und gepflegt werden. Dazu braucht der Staat die Hilfe des Christentums beim Unterricht der Jugend und bei Erziehung des Volkes, und die Mission bietet zu solcher Hilfe die Hand. Sie gewinnt anfänglich oft nur einzelne für das Christentum, ihre Arbeit verbreitet aber eine neue Auffassung des Lebens weit über die Grenzen der kleinen neu gesammelten Christengemeinden hinaus, und der Gedanke gewinnt dann allmählich Boden im heidnischen Volke, dass es notwendig sei, das Volksleben mit Hilfe des Christentums auf neuer Grundlage aufzubauen. Wir betonen also, dass unter den heidnischen Völkern sich allein auf dem Boden und mit Hilfe des Christentums, dessen Verbreitung sich die Mission zum Ziel gesetzt hat, eine wahre Kultur pflanzen und pflegen lässt.

Das Christentum überwindet viele Hindernisse, welche sich einer höheren kulturellen Entwickelung der Eingeborenen entgegenstellen. Das Christentum allein kann den Aberglauben überwinden, der bei den Heiden meist allen Greueln zu Grunde liegt, der Ursache ist von allerhand verderblichen Unsitten, von Schlaffheit und Gedankenlosigkeit, der bei den Vorgängen des täglichen Lebens und bei politischen Verwickelungen das Gefühl der Verantwortlichkeit aufhebt. Man könnte ein Buch darüber schreiben, wie bei diesen Völkern der Aberglaube eine nicht versiegende Quelle von Unkultur ist; wie das betrügerische Orakelwesen verhindert, dass die Leute ihren Verstand gebrauchen lernen, und wie der Aberglaube sie auf Schritt und Tritt wie ein böser Dämon verfolgt, der sie zu keiner Freude am Leben kommen lässt, weil die Furcht vor Hexen und Zauberkünsten sie beständig ängstigt. Wie ist dieser Krebsschaden zu heilen, der beständig am Mark heidnischen Volkslebens zehrt? Gewiss nicht durch äussere Gewalt, denn deren Hand reicht nicht in die Tiefe der Herzen, wo der Aberglaube seine Wurzeln hat. Man kann es auch nicht der fremdländischen Bildung überlassen, hier Wandel zu schaffen; sie müsste erst das gesamte Volksleben umgestalten, ehe sie in diese dunklen Tiefen dringt; es zeigt uns auch die tägliche Erfahrung, dass äussere Kultur allein den Aberglauben keineswegs beseitigt. Das Christentum aber schafft hier Wandel; der Glaube an Gottes Walten und an Gottes Liebe, also der Glaube an eine göttliche Weltordnung, ist die Macht, die den Aberglauben überwindet.

Mit dem Aberglauben fällt auch der Glaube an den Häuptling, und der muss fallen, wenn andere irdische Autoritäten wirklichen Einfluss auf das Volk gewinnen sollen. Das Band, welches den Afrikaner mit seinem Häuptling verbindet, ist heidnisch-religiöser Natur. Er sieht in dem Häuptling den Mittler, der ihn mit der un-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sichtbaren Welt verbindet und vor dieser Welt vertritt. Der Häuptling erkundet den Willen der Geister in Bezug auf Krieg und Frieden, er muss durch Zauberei und Opfer dafür sorgen, dass es regnet und dass die Felder ihre Früchte bringen, er muss auch durch seine Zaubermittel dem Eindringen von Krankheiten oder auch von Feinden in Land und Volk wehren. Keine Proklamationen, auch nicht Furcht vor dem Gouverneur und Bezirksamtmann sind imstande, diese innere Abhängigkeit des Volkes von den Häuptlingen auf das richtige Mass zurückzuführen und damit den völlig blinden Gehorsam auszurotten, mit dem es ihm ergeben ist. Das Christentum aber schafft hier Wandel! Der eingeborene Christ, welcher die abergläubische Furcht vor dem Häuptling nicht mehr hegt, wagt es, einem Gebot desselben den Gehorsam zu verweigern, wenn dieser Gehorsam ihn zwingen würde, Sünde zu tun; das Wort „man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen" ist für ihn massgebend in solchem Fall. Es ist deshalb auch allgemeine Erfahrung, dass heidnische Häuptlinge, denen das Verständnis für diese Forderung christlichen Lebens noch abgeht, ihre christlichen Untertanen als Rebellen ansehen und, soweit dies möglich ist, als solche verfolgen und strafen.

Das Christentum überwindet auch die Polygamie, welche bei heidnischen Völkern ein anderes schwerwiegendes Hindernis für höhere Kulturentwickelung bildet; wo sie herrscht, bleibt das Weib auf dem niederen Standpunkt einer Magd des Mannes. In Afrika ermöglicht der Besitz mehrerer Weiber es dem Manne, sein Leben in trägem Nichtstun zu verbringen. Es fehlt dabei Vertiefung des Charakters bei Mann und Weib auf Grund gegenseitiger Liebe, es fehlt wirkliches Familienleben mit rechter Kindererziehung, die ja auch als Selbsterziehung der Eltern grossen Wert hat. Das Christentum schafft auch hier Wandel, dem Christentum allein ist es gelungen, hie und da diese Unsitte abzuschaffen. Kein Gouverneur, keine Kolonialregierung, auch nicht die Regierungen der Burenrepubliken haben gewagt, ihren schwarzen Untertanen die Polygamie zu verbieten, bei den eingeborenen Christen aber ist sie überwunden.

Das Christentum legt bei heidnischen Völkern durch diese seine Wirkungen und seinen gesamten Einfluss den Grund zu einer neuen Gesamtentwickelung; es reicht zu einer solchen die Kräfte dar. Den Naturvölkern unter ihnen fehlt überhaupt Religion, die sich in Lehre und Kultus ausprägt, damit fehlt bei ihnen das Bewusstsein der Abhängigkeit und Verantwortlichkeit vor Gott. Das Christentum schafft hier Wandel; es stellt Gott vor die Menschen und stellt die Menschen Gott gegenüber. Die christliche Lehre bringt ihnen in den zehn Geboten eine Norm der Sittlichkeit, die ihnen bisher fehlte, das Gewissen wird geweckt, es entsteht das Pflichtgefühl. Die Hoheit sitt-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

licher Ideale lernen die Menschen verstehen, wenn ihnen das sittliche Ideal Christus vor die Augen gestellt wird; damit ist dann für dauernden Fortschritt auf geistigem und sittlichem Gebiet die Grundlage vorhanden. Das Christentum gibt auch dem Leben erst Wert, indem es den Menschen von seiner höheren Bestimmung überzeugt. Die Heiden, welche dem flüchtigen Beobachter oft so fröhlich und unschuldig glücklich erscheinen, sind meist im Grunde Pessimisten, das sind z. B. die Afrikaner. Wie könnte es sonst sein, dass bei ihnen das Leben der Menschen so wenig geachtet wird, ja dass auch der Selbstmord bei ihnen entsetzlich häufig ist. Die Lehre des Evangeliums bringt den Unglücklichen Trost, den Leidenden Kraft zum geduldigen Ertragen, dem Sterbenden beseeligende Hoffnung. Das Christentum lehrt auch die Menschen die rechte Stellung zu einander finden. Es verbindet in Liebe die Glieder der Familie mit einander, indem es einem jeden den rechten Platz anweist; es lehrt auch sonst den Wert sozialer Ordnungen und lehrt seine Bekenner in jedem anderen Menschen einen Nächsten zu sehen, dem man Liebe und Teilnahme und auch, wenn nötig, Hilfe schuldig ist. Auf dem Boden des Christentums entwickelt sich schliesslich eine Volksbildung, und es sollte billig anerkannt werden, dass die Arbeit der Mission hierzu unter den schwierigsten Umständen den ersten Grund legt. Die Mission leistet die mühselige Arbeit, die Sprachen unkultivierter Völker zu Schriftsprachen zu machen, sie scheut weder Mühe noch Kosten, in diesen Sprachen eine Literatur zu schaffen, mit der die Anfänge einer neuen geistigen Volksentwickelung gegeben sind. Sie leistet auch der Kolonisation dabei Dienste, indem sie diese neue Entwickelung in Kolonialländern unter den Einfluss der Kultur des herrschenden Kolonialvolkes stellt, indem sie Bildungselemente benutzt, die sich hier bieten, und die Kenntnis der Sprache des herrschenden Kolonialvolkes ausbreiten hilft.

Vielleicht begegnen diese Ausführungen bei manchem dem Einwurf, dass von solcher Beeinflussung des heidnischen Volkslebens durch die Mission zur Zeit nur wenig zu spüren sei. Das kann man zugeben; wir müssen Geduld haben. Schon bei einzelnen Menschen braucht die Erziehung Zeit, viel mehr Zeit braucht die Erziehung eines Volkes. Zunächst kann die Missionsarbeit nur verhältnismässig wenige gewinnen, die gewiss nicht selten noch recht schwach sind. Wir gewinnen Christen, aber feste christliche Charaktere sind unter diesen Erstlingen noch selten. Aus den einzelnen aber bilden sich christliche Gemeinden, damit entstehen christliche Volkskreise, es bildet sich eine christliche Volkssitte und christliches Volksbewusstsein, und auf diesem Boden werden christliche Persönlichkeiten erstehen, welche das gesamte Volksleben zum guten beeinflussen. Man vergesse also nicht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dass in unseren Kolonien die Mission gegenwärtig erst vorbereitende, grundlegende Arbeit tut; solche Arbeit ist sehr mühevoll und oft unscheinbar, und doch ist sie notwendig, wenn es überhaupt zum Bauen kommen soll! Und noch ein Umstand sei berührt, der die Bedeutung der christlichen Mission in Afrika in besonders helles Licht stellt, der Umstand nämlich, dass es sich gar nicht um die Frage handelt, ob die Neger Afrikas Heiden bleiben oder Christen werden sollen. Die Frage stellt sich anders. Sie lautet nämlich: „Sollen die Eingeborenen Afrikas Christen oder Mohammedaner werden?" Die Afrikaner werden nicht Heiden bleiben auch ohne die Arbeit der Mission. Sie wollen sich nicht mehr genügen lassen an ihrem Aberglauben und ihrem primitiven Geisterdienst, sie suchen etwas Neues! Sie nehmen deshalb die höher stehende Religion an, die ihnen zuerst näher tritt. Was in 100 oder in 200 Jahren in Afrika nicht christlich ist, wird mohammedanisch sein! Vergessen wir nicht, dass der Missionsorden des Islam, der Senussiorden, in Afrika seinen Sitz hat. Der Islam aber kann dem Neger nicht wirkliche Kultur vermitteln, er beschränkt nicht die Vielweiberei und beschränkt keinem den Aberglauben, sein Fatalismus ist kein befruchtendes, Leben weckendes Prinzip. Wenn sich trotzdem manchmal eine Stimme zu Gunsten des Einflusses erhoben hat, den er auf Naturvölker übt, so stehen Männer, deren Namen vom besten Klange sind, auf unserer Seite, Rohlfs, Schweinfurth, Nachtigal und besonders auch Major von Wissmann. Ein mohammedanisches Afrika wäre für uns verloren; schon oft hat es sich gezeigt, mit welchem Fanatismus der Islam gerade Afrikaner erfüllen kann. Die Kriegsleute der „Mauren" waren zum guten Teil wirkliche „Mohren", und aus der neueren Zeit sind uns die Taten des Mahdi, Almani Samory und anderer im Gedächtnis. Auch von diesem politischen Gesichtspunkt aus tritt die Bedeutung der christlichen Mission in helles Licht.

Und wenn das, was die Arbeit der christlichen Mission in unseren Kolonien bisher geleistet hat, unbedeutend erscheinen sollte, so sagen wir Männer der Mission: „Gebt uns mehr Mittel, so soll bald mehr geschehen!" Kein Einsichtiger kann verneinen, dass mit den zu Gebote stehenden geringen Mitteln Grosses geleistet worden ist. Wir rufen dem deutschen Volke zu: „Gebt uns mehr Mittel!" Die Lehrer, Erzieher, Väter unserer Eingeborenen sollen Deutsche sein! Das Evangelium soll ihnen von deutschen Missionaren in deutscher Tiefe und Innigkeit verkündet werden! Das deutsche Volk hat die Pflicht dies zu bewirken. Und das ist die Bedeutung der Mission für unsere Kolonisation: Die Mitarbeit an Erfüllung der Aufgabe, dass des christlichen Deutschlands Kolonien christliche Länder werden! Nur christliche Kolonialländer bedeuten einen Machtzuwachs für das Mutterland!



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Bedeutung der deutschen Sprache über See für Deutschlands Machtstellung.

Von Professor Dr. **Alois Brandl,** Berlin.
Erster Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

---

Es ist der Leitung dieses Kongresses sehr zu danken, dass sie, obwohl in erster Linie auf die Kolonien unter deutscher Flagge bedacht, doch auch das Interesse an den deutschen Siedelungen über See überhaupt zu Worte kommen lässt.

Unsere ausgewanderten Landsleute und deren Nachkommen mögen in ein anderes Staatswesen übergegangen und dessen loyalste Bürger geworden sein — so lange sie die deutsche Sprache sich bewahren, bleiben sie mit uns in einer Kulturgemeinschaft, behalten eine Gemütsbeziehung zu der Form, in der ihnen die Mutter das Beten beibrachte, eine Liebe zu den grossen Dichtern, deren Worte sie auf der Schule lernten, zu der Musik und Kunst, die ihre Feste verschönte, zu heimischer Sitte und Art auch in den praktischen Gepflogenheiten des Werktaglebens. Erst sobald sie die deutsche Sprache verlieren, schwindet diese Anhänglichkeit; der Mensch wird englisch, portugiesisch, spanisch, und alle seine angestammte Tüchtigkeit wird es mit ihm. Da gibt es kein Leugnen und kein Beschönigen: Kultur haftet nicht am Boden, an Regierungsformen, an Sammlungen und Bauten, sondern an der Sprache, denn die Sprache ist das Werkzeug unseres Denkens.

Eines der erfreulichen Zeichen der Zeit ist es, dass immer mehr Deutsche über See den Wert dieses Kulturgutes würdigen, das sie früher allzu oft bei der Landung in der Fremde samt allem Deutschtum wie einen abgetragenen Rock über Bord warfen. Ein sicherer und nach Zahlen messbarer Beweis dafür ist die Gründung von hunderten deutscher Schulen über See aus den Mitteln unserer Landsleute, häufig verbunden mit Kindergarten, Turnhalle und Festräumen. Eine grosse und höchst rühmenswerte Opferwilligkeit kommt darin zum Ausdruck.

Voran gehen die Deutschen in den Vereinigten Staaten, besonders in den mittleren Staaten, wo sie zu Millionen beisammensitzen und oft meilenweit das Land bebauen. Die neueste Ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

öffentlichung des Bureau of Education, betitelt German Instruction in American Schools, von L. Viereck, enthält beachtenswerte Ziffern dieser Art. In Cincinnati z. B., einer Stadt von 360 000 Einwohnern, darunter 40 pCt. Deutsche, gehen 50 pCt. der Kinder in Volksschulen, wo Deutsch gelehrt wird; von 58 000 Schulkindern der Stadt geniessen 28 000 von klein auf deutschen Unterricht, unter diesen 10 760 in Privatschulen. Die Gesamtzahl der Kinder in solchen teilweise deutschen Schulen, die sich über die Vereinigten Staaten ausdehnen, wird auf mehr als 600 000 geschätzt. Man kann nicht verlangen, dass sie ausschliesslich Deutsch und kein Englisch lernen sollen. Das hiesse, nach den dortigen Verhältnissen, sie zum Unterliegen im Kampfe um das Dasein vorbereiten. Möglich ist dort nur das System der Zweisprachigkeit, das ja auch in Böhmen seit einem Jahrtausend geherrscht und die Zähigkeit unserer Landsleute nicht vermindert, sondern vermehrt hat. Es wird mit amerikanischer Energie ausgebildet und bewährt sich so gut, dass Direktor Dapprich in Milwaukee, ein Schüler des Seminars zu Usingen, kürzlich in öffentlicher Rede seine Verwunderung aussprach, wie Deutschland, sonst das fortschrittlichste Land in Unterrichtsdingen, mit einsprachigen Volksschulen auskomme: „Die Zeit ist nicht ferne, wo niemand für gebildet gelten wird, der nicht wenigstens zwei Sprachen fliessend schreibt und spricht.“ Der intelligente Anglo-Amerikaner ist hierbei mit dem Deutsch-Amerikaner durchaus gleicher Ansicht. Er realisiert mit seinem praktischen Blick, dass jene Kinder, die zwei Kulturen in sich vereinen, vor den anderen immer einen grossen Vorsprung haben. Er berechnet, dass z. B. im Jahre 1892 in den Vereinigten Staaten 4862 Bücher erschienen, in England 6254, in Frankreich 13 132, im Deutschen Reiche aber 20 000 — abgesehen von Deutsch-Österreich und der Schweiz, und er schliesst daraus, dass er seinen Kindern zu diesem Schatzhaus des Wissens auf allen Gebieten, zur Hälfte der Gelehrsamkeit in der Welt, möglichst unmittelbaren Zugang verschaffen muss. Wenn sein Sohn nach Deutschland kommt, um zu studieren, ohne die Sprache zu verstehen, so verliert er wenigstens das erste Semester. Die deutsch-katholischen Seelsorger sind sich ganz klar darüber, dass ihre Pflegebefohlenen mit der deutschen Sprache vielfach zugleich ihr Bekenntnis oder doch ihr religiöses Bildungsniveau verlieren würden; sie wären nicht gute Seelenhirten, wenn sie die Augen vor dieser Tatsache verschlössen; sie erhalten daher eine Menge deutscher Volksschulen und haben sich an dem New-Yorker Goethe-Jubiläum vor drei Jahren öffentlich mit Eifer beteiligt. Die deutschen Zeitungsredakteure begreifen, dass mit ihrer Sprache auch die Leser ihrer Blätter ihnen entschwinden würden, und dienen daher willig der deutschen Schule.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

So wirken verschiedene Kulturinteressen zusammen, um die Unglücksweissagungen der Pessimisten, wonach das Deutschtum in Nord-Amerika schlechtweg verloren sei, tatsächlich zu widerlegen.

In Südamerika, Südafrika, Australien haben unsere Kolonisten, entsprechend ihrer numerischen Schwäche, einen schwierigeren Stand. Aber auch dort hat der Versuch des Allgemeinen Deutschen Auslandschulvereins, ein Adressbuch sämtlicher deutscher Auslandschulen anzulegen, eine Menge solcher Anstalten zutage gefördert, von deren Dasein wir bisher keine Ahnung hatten. In Brasilien wird immer mehr dafür gesorgt, dass mit einer neuen deutschen Siedelung gleich auch die deutsche Schule entsteht. In Johannisburg haben unsere Landsleute im vergangenen Jahre ein glänzendes Beispiel gegeben, indem sie lieber eine Jahreslast von vielen Tausend Mark auf sich nahmen, als das Unterstützungsangebot der englischen Regierung anzunehmen, das an die Bedingung geknüpft war, dass die Unterrichtssprache ausschliesslich englisch sei.

Diesen Bemühungen unserer Brüder sollen wir aber nicht bloss Anerkennung spenden, sondern auch Hilfe, wo solche verlangt wird.

In politischer Hinsicht haben allerdings einige ängstliche Gemüter geglaubt, vor der Möglichkeit von Verwickelungen warnen zu müssen. Dagegen spricht aber keine geringere Autorität als die Erfahrung, die da lehrt, dass der Deutsche in jedem Staate, dem er sich einmal zugewendet hat, ein Mann der Ordnung, der friedlichen Arbeit und der stetigen Evolution, nicht aber der Revolution ist. Gerade in den Vereinigten Staaten, wo das Deutschtum verhältnismässig am mächtigsten ist, hat es sich in seiner Bürgertreue am glänzendsten bewährt und daher die werktätige Unterstützung hervorragender Anglo-Amerikaner gewonnen, denen dies nicht vergessen werden soll. Auf abenteuerliche Träumereien brauche ich wohl nicht einzugehen.

Je weniger wir aber an politische Ausdehnung denken, um so wichtiger ist es für uns in kultureller Hinsicht, überall jenseits der Meere geistig vertreten zu sein und zu bleiben.

Das gebietet uns schon eine einfache statistische Erwägung. Die englische und die russische Sprache mit je mehr als hundert Millionen Köpfen haben halbe Weltteile zu staatlich gesicherten Ausbreitungsgebieten. Unsere deutsche Schriftsprache umfasst in Europa kaum siebzig Millionen, und in welcher Reichskolonie hat sie eine Zukunft? Geht es so weiter, so stehen wir in ein paar Jahrhunderten in der Welt — und bloss um Europa handelt es sich ja nicht mehr — als ein Nationchen dritter Ordnung im Winkel, müssen die Sprachen der grossen Nationen als Verständigungsmittel uns aneignen, wie etwa heutzutage die Holländer, Dänen, Norweger, können unsere Litteratur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

höchstens in Übersetzungen durchsetzen und sind vom grossen Strom der Menschheitsgeschichte abgedrängt. Vielleicht hilft dagegen noch ein Mittel, wenn wir nämlich rechtzeitig die Landsleute über See unserem Volkstum erhalten und zu gemeinsamer geistiger Arbeit heranziehen. Dann sind wir nicht bloss zahlreich genug, sondern auch in allen Weltgegenden hinreichend vertreten, um unsere Sprachen für die Massen der Nachbarvölker erlernenswert zu machen. Zugleich wird unser Schaffen qualitativ gewinnen, wenn wir die geistigen Fangarme zwischen Amerikanern, Brasilianern, Afrikanern ausgestreckt halten; unsere Interessen werden mannigfacher, unser Blick weiter, unsere Fühlungnahme mit fremden Leistungen unmittelbarer, der Deutsche wird vielleicht der erste Weltbürger sein.

Wirtschaftliche Rücksichten treten hinzu. Jeder französische, jeder englische Missionar gilt dem Kaufmann dieser Völker als ein Pionier, und mit Recht. Der geheimnisvolle Zusammenhang zwischen Sprache und Sitte bringt es mit sich, dass man lieber vom Landsmann-Exporteur bezieht, Waren heimatlicher Herkunft kauft und mit heimischen Schiffen fährt. Die Sprache ist ein mächtiger Vorläufer der Ausfuhr. Der französische Grosskaufmann weiss das und leistet deshalb der Alliance française beim Bestreben, möglichst viele französische Schulen ausserhalb Frankreichs zu begründen, reichliche Hilfe. Der Engländer weiss es und pflegt deshalb in Ostasien jene eigentümlichen halbenglischen Mischidiome, namentlich das Pidgeon-Englisch, weil sie die einheimische Kundschaft an den Buden der Franzosen und Deutschen vorbei zu ihm führen; in begreiflicher Weise hat der Ostasiatische Lloyd schon einmal nach einem Pidgeon-Deutsch geseufzt. In englischen Büchern findet man sogar oft den Satz aufgestellt, der Handel folge lieber der Sprache als der Flagge; mit Ziffern wird es sich schwerlich beweisen lassen; aber ohne Zweifel hat England mit den unabhängigen Vereinigten Staaten einen unvergleichlich grösseren und einträglicheren Handel als mit seinem volksreicheren Vasallenstaat Indien. Es gibt auch keine Statistik dafür, ob etwa unsere Ausfuhr in die deutschen Siedlungsgebiete Brasiliens beträchtlicher ist als in die stockportugiesischen; aber das wurde mir schon von mehreren deutsch-brasilianischen Lehrern versichert: der Deutsche Kolonist dort geht lieber einen Tagesmarsch oder zwei, um seine Werkzeuge von einem deutschen Händler zu kaufen, als dass er dem portugiesischen traute. Man glaube nicht, dies durch Annoncieren in der fremden Sprache wettmachen zu können; der portugiesische Brasilianer achtet sehr wenig auf die Anzeigen deutscher Firmen, sondern kauft gewohnheitsmässig beim Franzosen. Man kann es nicht kräftig genug betonen, unsere Industrie und unser Handel haben ein ganz hervorragendes Interesse

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daran, dass möglichst jeder Deutsche über See und seine Kinder unserem Volkstume erhalten bleiben.

Wie können wir dazu beitragen?

Viel können unsere überseeischen Geistlichen tun durch Erhaltung deutscher Predigt und Kirchenlieder. Ihre Treue gegen die angestammte Sprache wirkt wohl auch günstig auf das religiöse Empfinden der Gemeinde. Der Pfarrer, der heute die deutsche Sprache mit der englischen vertauscht, ist morgen ebenso bereit, das lutherische Bekenntnis mit dem anglikanischen, die Liebe zu den Armen mit der zu den Wohlhabenden zu vertauschen.

Viel kann unsere Presse helfen. Die Deutschen jenseits des Meeres freut gar nichts so sehr, als wenn sie aus heimatlichen Blättern ersehen, dass man sich bei uns noch um ihr Wohl und Weh kümmert. Bisher sind sie leider mit unseren Zeitungen in dieser Hinsicht noch nicht sonderlich zufrieden und finden es sogar lächerlich, dass über die kleinsten Pariser Begebenheiten oft lange Artikel und Telegramme darin stehen, während von den für uns viel wichtigeren Millionen von Landsleuten über See, namentlich in den Zentralgegenden der Vereinigten Staaten, von ihren Kämpfen und Opfern für die deutsche Sprache der Volksschulen, von ihren Ernten und Festen, ihrer Literatur und ihren Denkmälern geschwiegen wird. Es ist mir eine besondere Annehmlichkeit, an diesem hervorragenden Platze auf solche Mängel in unserer bisherigen Berichterstattung aufmerksam machen zu können; gewiss bedarf es nur des Hinweises, um unsere Tagesschriftsteller für dieses brache und dankbare Feld zu interessieren.

Viel kann unsere Kaufmannschaft tun. Sie braucht nur die Organisation, die bereits besteht, um unsere Siedler über See zur Gründung deutscher Schulen zu ermuntern, sie dabei mit Anleitung und Lehrmitteln zu unterstützen, mit tüchtigen Lehrern zu versehen und mit der heimischen Pädagogik in Fühlung zu halten, mit etwas mehr Fonds auszustatten. Bisher war der Allgemeine Deutsche Auslandschulverein fast ausschliesslich auf den jährlichen Taler der mittleren und kleinen Leute angewiesen, denen er oft recht empfindlich ist. Man sollte denken, jeder Schiffsbesitzer, Exporteur und namentlich jeder Verleger müsste für ihn begeistert sein und ihm Freigebigkeit erweisen nach französischem Muster. Der Verein hat sich durch die stille und intensive Arbeit von 21 Jahren solches Vertrauen verdient.

Etwas endlich kann auch unsere Volksvertretung tun. Die 300000 Mk. für deutsche Auslandschulen, die bisher im Reichshaushalt vorgesehen sind, genügen nicht entfernt dem Bedürfnis. Frankreich und Italien haben für solche Zwecke weit mehr übrig: Frankreich 800 000 Francs, Italien über eine Million. Der Allgemeine Deutsche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auslandschulverein hat im vorigen Jahre durch genaue Erkundigungen bei den wichtigsten deutschen Schulen über See feststellen können und dem Herrn Reichskanzler das Beweismaterial dafür angeboten, dass wenigstens 500 000 Mk. für diesen Zweck erforderlich sind. Wir sind überzeugt, dass wenig Gelder fruchtbringender für die geistige und materielle Wohlfahrt unseres Volkes angelegt werden können, und haben eine entsprechende Resolution in der Vollversammlung angekündigt, zu der wir Ihre geneigte Zustimmung erbitten.

Wortlaut der von mir vorgeschlagenen Resolution, welche morgen nachmittag in der Plenarsitzung zur Abstimmung kommt:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 sieht in der Erhaltung der deutschen Sprache in den deutschen Siedlungen über See nicht nur eine Förderung der Kulturstellung des Deutschen Reiches, sondern auch ein Lebensinteresse für seinen Handel und insonderheit seine Ausfuhr. Als das wirksamste Mittel zur Erhaltung der deutschen Sprache in den überseeischen Ländern betrachtet er eine ausreichende finanzielle Beihilfe zur Gründung und Erhaltung deutscher Schulen in diesen Gebieten. Er ist von der Unzulänglichkeit der bisher vom Deutschen Reiche für diesen Zweck ausgeworfenen Jahressumme von 300 000 Mk. überzeugt und empfiehlt der Reichsregierung, diesen Posten schon im nächsten Etat auf 500 000 Mk. zu erhöhen.

Kaiserl. deutscher Konsul Dr. **Wever,** Chicago, eben aus Chicago zurückgekehrt, findet das Bild, das der Herr Vortragende entworfen hat, richtig. Es trübt sich, wenn man vorzüglich an die deutschen Schulen, es erhellt sich, wenn man an das Deutsche auf den Universitäten denkt. Er beklagt namentlich den Lehrermangel in Brasilien. Vornehmlich in Süd-Brasilien ist der Lehrerstand sehr verachtet.

Prof. Dr. **Hoeniger,** Berlin, wirft die Frage auf, wie weit die Klagen im Auslande lebender Deutscher, dass die gotische Schrift ein Hemmnis der Erhaltung und Ausbreitung der deutschen Sprache sei, berechtigt sind. Er weist ferner auf die weitgehende offizielle Unterstützung der Alliance française hin, der z. B. die Gouverneure der französischen Kolonien und die Vertreter Frankreichs im Auslande ganz selbstverständlich als Ehrenmitglieder angehören, und vertritt die Ansicht, dass bei uns in dieser Beziehung sehr viel mehr zu geschehen habe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Oberlehrer Dr. **Groth,** Nikolassee, wünscht die Ausführungen des Redners dahin zu ergänzen, dass auch bei den fremden Völkern über See das Erlernen der deutschen Sprache von grossem Wert für unser Volk sei. Als Professor des Deutschen an der japanischen Universität in Tokyo hat er wahrgenommen, dass mit der wachsenden oder abnehmenden Vorliebe für unsere Sprache auch unser politischer und kultureller Einfluss zu- oder abnahm. Leider sind unsere Gebildeten noch oft der Ansicht, dass im grossen Weltverkehr, z. B. beim Handel, eine fremde Sprache, z. B. die englische, doch viel „vornehmer" sei. Andererseits begegnet man auch dem Vorurteil, unsere kostbare Sprache sei ein so wertvoller Besitz, dass wir ihn eifersüchtig hüten sollten und ihr Erlernen durch Ausländer eher zu hindern als zu fördern sei. Mit demselben Recht würden wir natürlich auch unsere christliche Weltanschauung den Heidenvölkern sorgfältig vorzuenthalten haben. Wer aber christlich-deutsche Kultur verbreiten will, für den bleibt der Satz bestehen: „Die Kultur folgt der Sprache".

Privatdozent Dr. **Dibelius,** Berlin. Die Beschaffung tüchtiger Lehrer für die deutschen Auslandschulen war bisher eins der grössten Hindernisse, das sich dem Aufblühen der Schulen entgegenstellte. Durch das einsichtige Vorgehen der preussischen Regierung ist zu Anfang dieses Jahres hier Wandel geschaffen worden; allen Lehrern, die ins Ausland gehen wollen, wird die dort verbrachte Dienstzeit angerechnet und ihnen eine Wiederanstellung im heimischen Schuldienste zugesichert. Trotz des grossen Mangels an Volksschullehrern im Inlande hat die preussische Regierung alles getan, um den Übertritt der Lehrer ins Ausland zu erleichtern. Dies Beispiel verdient die Nachahmung aller Bundesregierungen.

Das vielfach geäusserte Bedenken, dass dadurch dem heimischen Schuldienst zu viele Kräfte entzogen würden, ist hinfällig. Denn die grösste Zahl der Auslandschulen wird durch deutsche Seminare im Auslande mit Lehrern versorgt. So gibt es in den Vereinigten Staaten 5 deutsche Lehrer-Seminare, und für Südbrasilien wird ein Seminar hoffentlich in nächster Zeit gegründet werden, so dass nur für die Minderheit der Auslandschulen die Heimat sorgen muss. Der jährliche Bedarf an Auslandlehrern dürfte auf etwa 50 Lehrer zu veranschlagen sein. Diese Zahl wird das Deutsche Reich wohl entbehren können.

Prof. Dr. **Schiemann,** Berlin, macht darauf aufmerksam, dass es im Interesse des Reichs und der deutschen Kolonien läge, die von völliger Russifizierung bedrohten deutschen Kolonisten in Süd-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Russland und an der Wolga, die auszuwandern beginnen, nach Deutschland oder in unsere Kolonien zu ziehen.

**Winiger,** Berlin: Die Schule ist nur ein, aber nicht das einzige Mittel, die deutsche Sprache im Auslande zu erhalten; die Presse ist ihre notwendige Ergänzung. Was die Schule säet, geht im Leben bald verloren, wenn nicht die Presse bei den Erwachsenen deutsche Sprache und Kultur erhält und weiterführt. Allein in Südamerika existieren 24 deutsche Blätter, mit wenigstens 24 000 Abonnenten und einigen 250 000 Lesern. Diese 24 Blätter haben in Brasilien und Argentinien ebensoviel zur Erhaltung der deutschen Sprache beigetragen wie die deutschen Schulen. Nicht finanzielle Unterstützung von offizieller Seite ist für die deutsche Presse im Auslande zu wünschen, wohl aber ihre Anerkennung als einer der wichtigsten deutschen Kulturfaktoren neben der Schule. Deshalb verdient auch sie die Beachtung und Förderung durch die Kolonialgesellschaft und den Kolonialkongress.

Prof. Dr. **Brandl,** Berlin: Es ist sehr schwer, zahlenmässig die Verbreitung der deutschen Presse im Auslande zu besprechen.

Pastor em. **Lieboldt,** Hamburg, weist darauf hin, dass doch die deutsche Presse so unbesehens und generaliter nicht eine Unterstützung verdiene.

---

## Die Leistungen der Mission für die Kolonien und ihre Gegenforderungen an die Kolonialpolitik.

Von Pfarrer **Paul,** Lorenzkirch (Sachsen).

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

In unsern überseeischen Gebieten sieht man zwei Gestalten ihre Wege ziehen, die mit ihrem weissen Gesicht in auffälligem Gegensatz zu den dunkelfarbigen Eingeborenen stehen. Die eine stark und von strenger Art. Sie kommt mit gepanzerter Faust. In ihrem Blick liegt etwas Drohendes für die Menschen, denen sie naht, und ihre Rede klingt wie Kommandoton. Zwar hat sie nichts Feindseliges im Sinn gegen die Völker, mit denen sie sich zu schaffen macht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Sie erweist ihnen sogar manche Wohltaten. Aber diese werden meist nicht sogleich verstanden. Darum ist die schwertumgürtete Gestalt nicht überall gern gesehen, und sie muss hart auftreten, wenn auch zuweilen wider Willen. Die andere ist von sanfter Gestalt und Art. Sie kommt mit dem Zeichen des Kreuzes. In ihren Augen glänzt es von Liebe und Barmherzigkeit. Von ihren Lippen hört der Neger und der Papua die frohe Botschaft: „Gott will, dass allen Menschen geholfen werde". Sie trägt Liebesgaben und Arzneien für Leib und Seele in ihren Händen. Man sieht sie fast immer von Kindern umgeben, denen sie ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Diese beiden verwandten und doch so ungleichen Gestalten sind Kolonialmacht und Mission.

Ihrem Wesen nach sind sie grundverschieden, aber es wird ihnen in der Praxis manche gemeinsame Aufgabe gestellt. Schon das gemeinsame Arbeitsfeld muss ihnen Veranlassung geben, zu prüfen, ob sie sich nicht gegenseitig fördern können. Die Missionare und die Kolonisten, wie ich die Vertreter der Kolonialpolitik draussen kurz nennen will, begegnen sich ja tatsächlich auf Schritt und Tritt, und wenn sie auch noch dieselbe deutsche Heimat haben, wie es doch zumeist der Fall ist, erscheint es umsomehr geboten, dass sie sich verständigen und einander helfen, so viel sie eben können.

Zum Zweck einer solchen Verständigung fragen wir zuerst nach den Leistungen der Mission für die Kolonien. Wir haben es hier nur mit dem Teil der missionarischen Arbeit zu tun, der für die Kolonialpolitik unmittelbare Bedeutung hat. Es ist nicht der ursprüngliche Zweck der christlichen Mission, politischen Interessen zu dienen, und wir können das auch heute bei aller Freundschaft für unsere Kolonialpolitik nicht als ihre wichtigste Aufgabe bezeichnen. Ihr Zweck ist in erster Linie ein religiös-sittlicher. Prof. D. Warneck, der unbestritten grösste Missionstheoretiker Deutschlands, umschreibt ihn in seiner Schrift: „Die christliche Mission und die überseeische Politik" (Berlin 1901) so: „Ihre Aufgabe besteht darin, die Nichtchristen in der ganzen Welt zu bewegen, dass sie Jesu als ihrem Lehrer, Heiland und Herrn anhangen, vertrauen und folgen und also ihren väterlichen Glauben samt dem mit ihm verbundenen Wandel nach väterlicher Weise einwechseln gegen den christlichen Glauben und die sittliche Lebensordnung, die er in seinem Gefolge hat . . . . Die Rettung der Seelen bleibt immer die Seele der Missionsarbeit; aber indem sie daran arbeitet, eine in Sünden tote Welt lebendig zu machen, setzt sie himmlische Kräfte in Kurs, die erneuernd auch in das irdische Leben eingreifen und die Verhältnisse desselben neu gestalten, indem sie aus den Menschen neue Kreaturen macht." Wie die letzten Worte Warnecks andeuten, ist die Mission unter allen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Umständen eine Kulturmacht, sei es in Kolonien oder anderwärts, wo sie unbekümmert um die Kolonialpolitik ihren Weg gehen kann. Selbst wenn ein Hand in Hand gehen von Missionaren und Kolonisten bei uns nicht möglich wäre, würden unsere Kolonien einen bedeutenden Kulturgewinn von der jetzigen Missionsarbeit haben, der freilich erst nach Jahrzehnten oder in noch grösseren Zeiträumen recht in die Erscheinung treten kann. Es geht langsam damit, wie bei der Pflanzung eines Eichenwaldes. Die Erfolge der mit dem Christentum verbundenen Völkererziehung können in einer kurzen Periode von 15 Jahren, auf die wir in unseren Kolonien zurückschauen, naturgemäss nur wenig bemerkbar hervortreten. Aber wir brauchen nicht mehrere Jahrzehnte zu warten, um auf einen anderen Gewinn zu stossen, den die Missionstätigkeit der Kolonialpolitik bringt. Indem sie den Eingeborenen unserer Kolonien die Segnungen des Christentums vermittelt, bringt sie gewisse Wirkungen sozusagen als wertvolle Nebenprodukte hervor. Mit diesen wird sie sogleich eine Helferin der ihr befreundeten Kolonialpolitik, und ihnen wollen wir unsere Aufmerksamkeit jetzt zuwenden.

Bevor wir auf ihre Leistungen draussen eingehen, möchte ich darauf hinweisen, dass das in unserm Volke so weit verbreitete Missionsinteresse auch den Kolonialbestrebungen in der Heimat förderlich ist. Als sich vor einigen Jahrzehnten der Ruf erhob: „Deutschland muss Kolonien haben!“, war unter den ersten Wortführern deutscher Kolonialpolitik ein bekannter Missionsmann, D. Fabri, der langjährige Inspektor der Rheinischen Mission und einer der Begründer der Kontinentalen Missionskonferenz. Das war nicht zufällig. Die Mission treibt ja geistliche Kolonialpolitik, wenn das Wort erlaubt ist. Sie hat von je unserm Volke Blick und Herz weiter gemacht und so die Volksseele auf den kolonialen Gedanken vorbereitet. Man schenke nur einmal den vielen Missionsfesten seine Aufmerksamkeit, die jährlich in den deutschen Landen gefeiert werden. Wie viele Schriften, Bilder und Karten von Kamerun, aus dem Kondelande oder Neu-Guinea werden da bis in die kleinsten Dörfer getragen, wohin kein Kolonialwanderredner je gelangt! Etwas Ähnliches begegnet uns in den Schulen. Noch ehe die jetzt von verschiedenen Seiten angebotenen Kolonialwandbilder für den Schulgebrauch erschienen, gab die sächsische Missionskonferenz künstlerisch ausgeführte Anschauungsbilder aus dem Missionsleben am Kilimandscharo heraus, die ebensowohl für den geographischen Unterricht wie für die Religionsstunde verwendbar sind.

Doch nun zur Arbeit in den Kolonien selbst! Um die Leistungen der Mission für sie festzustellen, gebe ich zuerst einige Zahlen. Es sind zur Zeit 18 evangelische Gesellschaften und 12 katholische

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Genossenschaften in unseren Kolonien tätig. Weitaus die meisten haben ihren Sitz in Deutschland, und die Missionsleute sind grösstenteils von deutscher Nationalität. In der evangelischen Mission ist eine Minderzahl von Finnen, Engländern und Amerikanern, in der katholischen von Spaniern und Franzosen vertreten. Der Unterschied der Nationalität, der in der Zeit unserer kolonialen Kinderkrankheiten manchen Leuten unerträglich schien, hat bei näherem Zusehen und ruhiger Beurteilung fast alles Bedenkliche verloren. Unter den Sachkundigen ist es noch nicht ausgemacht, ob es für die Mission ein Vorteil ist, wenn die Missionare und die Kolonisten demselben Volke angehören. Für den Kolonialpolitiker stellt sich die Sache aber wohl anders; ihm kann es nur erwünscht sein, wenn in unseren Kolonien möglichst viele deutsche Missionare wirken. Nur dass er nicht so weit gehen darf, das geschichtlich Gewordene zu ignorieren und kurzer Hand umzustürzen.

Sämtliche Missionen, ich nehme hier evangelische und katholische zusammen, unterhalten in unseren Kolonien: 429 ordinierte weisse Missionare, 225 nicht ordinierte Weisse oder Laienbrüder und 182 unverheiratete Missionarinnen oder „Schwestern". Die Frauen der Missionare lasse ich nach der Praxis der deutschen Missionsstatistik ausser Betracht, so bedeutsam auch ihre Mitarbeit auf den vorgeschobenen Posten und gegenüber dem verwilderten Eheleben der Heiden sein mag. Das ist zusammen ein Missionspersonal von 836 Köpfen. Während die ordinierten Missionare sich fast ganz der eigentlichen Missionsaufgabe, der geistlichen Arbeit widmen, besorgen die nicht ordinierten die äusseren Angelegenheiten der Stationen; die Schwestern beschäftigen sich meist mit Kindererziehung, teilweise auch mit Krankenpflege.

Wie gross die finanziellen Opfer sind, welche die Mission für unsere Kolonien bringt, lässt sich nicht genau sagen, weil die Ausgaben für sie bei manchen Gesellschaften rechnerisch von denen für andere Missionsgebiete kaum zu trennen sind. Nach den Jahresrechnungen der in Betracht kommenden evangelischen Missionsgesellschaften wenden diese jährlich rund 2 Millionen Mark in den deutschen Gebieten auf. Rechnen wir für die katholische Mission, die ungefähr gleichviele Stationen unterhält, dieselbe Summe, so gehen jährlich 4 Millionen Mark Missionsgeld in unsere Kolonien, wobei aber die immerhin nicht unbedeutenden Beträge ausser Ansatz geblieben sind, die in der Heimat für die Ausbildung der Missionare und die Verwaltung verausgabt werden. Diese Summe ist klein, wenn man sie mit dem Beamten- und Schutztruppenetat vergleicht und mit dem, was Kaufleute und Erwerbsgesellschaften in den Kolonien anfangs ausgeben. Man muss hier aber auch in Betracht ziehen, dass

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Mission sehr viel billiger arbeitet als sie, denn ein westafrikanischer Kolonialbeamter bekommt nach der neuesten Aufstellung etwa 5000 Mk. Anfangsgehalt, ein junger Kaufmann 3500, ein unverheirateter Missionar aber kaum 2000, und dabei ist der Beamte mit Alterszulage, Urlaub u. dergl. ebenfalls sehr viel günstiger gestellt.

Fragt man nun nach der Ausdehnung der Mission, so können wir hier auf Einzelheiten nicht eingehen. Unsere Festschrift enthält sie in ausgiebigem Masse. Es sei nur erwähnt, dass es in unseren überseeischen Gebieten 274 Hauptstationen der Mission gibt, d. h. solche, auf denen Europäer wohnen und wirken; die Zahl der Nebenstationen beläuft sich auf mehr als 1000. Sie verteilen sich ziemlich gleichmässig auf alle unsere Gebiete, wenn wir deren verschiedene Grösse in Betracht ziehen. Wollten wir in die Karte unserer Besitzungen für jede Missionsstation einen roten Punkt eintragen, so müssten wir in Togo die kurze Küstenstrecke dicht damit besetzen, die Vorläufer aber bis hinauf nach Atakpame und in die Nähe von Kete Kradji vorschieben. Auch in Kamerun zeigt das Küstengebiet christliche Niederlassungen in grösserer Zahl. Landeinwärts sind im Kamerunflussgebiet am weitesten die Basler mit ihrem Nyasoso, im Süden die Katholiken mit ihrer Jaúndestation vorgedrungen, aber beide liegen noch innerhalb der Bantuvölkergrenze; die zur Zeit mit der deutschen Herrschaft im Kampfe liegenden Fullastaaten sind von der Mission bisher gänzlich unberührt. In Deutsch-Südwestafrika kann man das von keinem der dort wohnenden Völker sagen. Dank den jahrzehntelangen Bemühungen der Rheinischen Mission ist das ganze Land gleichmässig mit einem dichten Stationennetz überzogen, selbst das noch wenig bekannte Ovamboland hat seine Missionare, und das öffentliche Leben im ganzen Gebiet ist mehr als in jedem andern afrikanischen christlich beeinflusst. Deutsch-Ostafrika ist von allen Seiten her gleichzeitig in Angriff genommen. Die Stationen liegen hier gruppenweise nahe bei einander, und die Missionsgebiete sind inselartig verteilt, wie es dem dortigen Verhältnis der gut bevölkerten zu den menschenleeren Distrikten entspricht. In der Südsee ist die Christianisierung ebenso weit vorgeschritten, wie in Deutsch-Südwestafrika, in mancher Hinsicht sogar noch weiter. Nur Kaiser-Wilhelmsland macht eine Ausnahme. Hier befinden sich die lediglich an der Küste liegenden Stationen noch im Anfangsstadium. Um so weiter ist die Mission auf den andern Inseln, namentlich auf den Karolinen und Marshallinseln, die wohl zur Hälfte christianisiert sind, und mehr noch in Samoa, dessen rein heidnische Bevölkerung auf ein Minimum herabgegangen ist. Die drei dort wirkenden Missionen haben die Eingeborenen unter sich sozusagen aufgeteilt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auch in Kiautschou ist unter den dort einflutenden deutschen Elementen ein reichliches Mass von Missionskräften, das der Entfaltung harrt.

Um einen Einblick zu gewinnen, in welcher Weise der Missionsbetrieb den kolonialpolitischen Bestrebungen förderlich ist, wollen wir die von den Missionaren geleistete Arbeit in Beziehung setzen zu den Hauptaufgaben der Kolonialpolitik. Als Sektion I unseres Kongresses steht die für Geographie, Ethnologie und Naturkunde da. Dafür hat auch die Mission wichtige Beiträge geliefert. Es sei nur daran erinnert, dass die ersten Forschungsreisen im deutsch-ostafrikanischen Seengebiet ein Missionar, Dr. Livingstone, unternahm. Wenn auch kein späterer Glaubensbote, der Erkundigungsreisen unternahm, sich mit diesem Afrikaforscher messen kann, gibt es doch Missionsmänner genug, die zur geographischen Aufhellung unserer Gebiete beigetragen haben. Der ethnologischen Forschung helfen sie mit Beobachtung der eigentümlichen Gebräuche und des Seelenlebens der Eingeborenen, mit denen sie ja viel vertrauter verkehren, als andere Europäer. Und auch das wird noch übertroffen durch ihre Leistungen auf dem Gebiete der Sprachforschung. Es ist ihr fester Grundsatz, mit den Eingeborenen in ihrer Muttersprache zu verkehren. Und wie sie selbst in dieser Sprache predigen, so schaffen sie ihrer wachsenden Gemeinde auch nach und nach eine Literatur für Schul- und Kirchenzwecke. Es gäbe ein langes Verzeichnis von mehreren hundert Nummern, wenn ich alle Schriften in den Sprachen unserer Kolonien, die von Missionaren verfasst sind, nachweisen wollte. Da sind nicht nur Lesebücher, Gesangbücher, Agenden und Neue Testamente, sondern auch Grammatiken und Wörterbücher, ja sogar Zeitungen.

Eine weitere Aufgabe der Kolonialpolitik ist es, möglichst viele Kulturzentren in die neu besetzten Gebiete zu legen. Nun, jede der 274 Hauptstationen kann als eine Kulturoase bezeichnet werden. Ich lasse einem Ihnen bekannten Manne das Wort, Prof. Hans Meyer. Wo er in seinem neuesten Reisewerk den Abstieg aus der Eis- und Schneeregion des Kilimandscharo beschreibt, erwähnt er die im Dschaggalande liegenden Missionsstationen. Er berührte zuerst die Leipziger Station in Madschame und sagt von seinem Aufenthalt: „Hier in dieser fernen, stillen Kulturoase fühlte ich im kleinen Familienkreis des Missionars Müller wieder einmal den herzerwärmenden Einfluss des deutschen Gemüts und des deutschen Idealismus“. Dann besuchte er die katholische Mission in Kiboscho, deren stattliche Gebäude er rühmt und nicht minder die Erträge der Blumen- und Gemüsezucht im Missionsgarten. Und so wie dort ist es fast allenthalben. Mögen die Missionare auch nach unseren Begriffen auf viele europäische Kulturmittel und Bequemlichkeiten verzichten, im Vergleich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu den bedürfnislosen Schwarzen, unter denen sie wohnen, sind sie reiche Leute. Ihre Häuser, Werkstätten und Schuppen bergen in deren Augen unermessliche Schätze. Was aber das Wichtigste ist, sie behalten und benutzen dieselben nicht nur für sich, sie geben ihre Werkzeuge auch den Schülern und Arbeitern in die Hand und unterweisen sie in deren Gebrauch. Der bekannte Nachahmungstrieb der Neger sorgt ferner dafür, dass ihre eigene Kleidung der der Missionsleute immer ähnlicher wird und dass ihre Hütten sich in Form und Ausstattung allmählich den europäischen Häusern nähern. Nur im Vorübergehen sei hier an die veränderte Behandlung der Krankheiten erinnert, die die ärztliche Tätigkeit vieler Missionare mit sich bringt.

Jede vernünftige Kolonialpolitik ist auf Entwickelung ihrer Gebiete und kulturelle Hebung der Naturvölker bedacht. Hierfür leistet die Mission als Erzieherin der Eingeborenen auch einen Beitrag, namentlich durch ihre Schultätigkeit. Die deutschen Missionare und Missionarinnen sind dazu offenbar besonders beanlagt. Ihre pädagogische Gabe ist weltbekannt. Man kann in der Mission die Amerikaner als die geborenen Pioniere bezeichnen, die Engländer als die Organisatoren, die Deutschen aber als die Pädagogen. Daher spielen auch die Schulen eine hervorragende Rolle in der Missionsstatistik; in der evangelischen, wie mir scheint, noch mehr als in der katholischen. Es werden insgesamt 1278 Missionsschulen (900 evang. und 378 kathol.) mit 47 600 Schülern in unseren Kolonien verzeichnet, und zwar sind das Unterrichtsanstalten in allen Abstufungen, angefangen von der Elementarschule, deren Unterricht noch unter einem Schattenbaum oder in dürftiger Lehmhütte gehalten wird, bis zu Knaben- oder Mädchenschulen in stattlichen zweistöckigen Häusern, ja bis hinauf zum wohlausgestatteten Prediger- und Lehrerseminar. Eine besondere Bedeutung für die kulturelle Entwickelung haben die Handwerkerschulen, von denen die der Basler Mission in Kamerun wohl die bekannteste und grösste ist. Was die mit der Einführung des Christentums Hand in Hand gehende Hebung des tief gesunkenen weiblichen Geschlechts betrifft, so möchte man darüber einen besonderen Vortrag halten. Gerade bei diesem Kapitel aber kann ich mich auf Andeutungen beschränken, weil die Bedeutung der Mission für die Entwickelung unserer Kolonien noch von D. Merensky im Plenum behandelt wird.

Hier nur noch ein Wort über die Hilfe, welche die Mission der Kolonialpolitik bei der Angliederung der Kolonien an das Mutterland leistet. Die Politik benutzt dazu die Flotte, die Schutztruppe und andere Massregeln staatlicher Gewalt. Mit diesen Mitteln hat die Mission nichts gemein. Ja, sie muss die Zusammenstellung von Kreuz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Schwert ängstlich meiden, wenn sie nicht ihren Ursprung gänzlich verleugnen und ihren guten Ruf einbüssen will. Auch wenn sie in Verfolgungszeiten auf Passionswege geführt wird, darf sie nicht nach Rache und Vergeltung schreien. Die Rheinische Mission hat das auch nicht getan, als zwei ihrer Missionare auf Neu-Guinea ermordet wurden, und ebensowenig die von Leipzig beim gewaltsamen Tode ihrer jungen Brüder am Meru. Also mit Drohen und Strafen hält es die Mission nicht. Ihr Beitrag zur politischen Angliederung der Kolonialvölker ans Mutterland besteht vielmehr darin, dass sie die Unterworfenen mit ihrer neuen Herrin Germania auszusöhnen sucht. Sie prägt ihren Zöglingen das alte christliche Untertanengebot ein: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat." Sie betet in ihren Gottesdiensten für Kaiser und Gouverneur und pflanzt so nach und nach freien Untertanengehorsam in die Herzen der farbigen Christen.

Ich kann diese Ausführungen über die Leistungen der Mission für die Kolonien nicht besser schliessen, als mit den Worten, die ein völlig unparteiischer Beobachter über die Verdienste der evangelischen Mission um ein einzelnes Kolonialgebiet geschrieben hat. Herr v. François urteilt in seinem Buche „Nama und Damara":

„Ob die Missionare (gemeint sind die der Rheinischen Missionsgesellschaft) den Regierungsorganen noch etwas mehr in die Hände hätten arbeiten können, darüber kann man verschieden urteilen. Bei alledem aber darf man nicht vergessen, dass der Missionar, gleichviel welcher Nation und welcher Gesellschaft er angehört, unmöglich ein Regierungs- oder Parteiorgan sein kann, sondern vielmehr über den politischen Ideen und Parteiinteressen stehen muss; dass er in höherem Dienste steht als in dem der Menschen. Man versteht diesen Standpunkt nicht sogleich; ich bekenne offen, dass auch ich meine Zeit gebraucht habe, um ihn zu begreifen, und dass deshalb nicht immer vollste Harmonie zwischen den Missionaren und Regierungsvertretern hat herrschen können. Das hindert mich indessen nicht, an dieser Stelle dem Wirken und Treiben der Missionare volle Achtung und eine über das Durchschnittsmass der Phrase weit hinausgehende Anerkennung und Bewunderung zu zollen. Ohne die Pionierarbeit der Missionare wäre die Besitzergreifung des Landes (Deutsch-Südwestafrika) ein völlig illusorischer Akt auf dem Papier gewesen. Und diese Arbeit will um so mehr bedeuten, als alle egoistischen Motive, die den Händler oder Forscher immer beseelen werden, die schliesslich auch dem Kriegsmann nicht abgesprochen werden können, bei diesen Männern fortfallen."

So viel über die Leistungen der Mission. Nun aber ihre Gegenforderungen. Ich möchte mit diesem Wort nicht dem Gedanken

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vorschub leisten, als ob sie do ut des — Politik treiben wollte. Das liegt ihr fern. Sie verrichtet bekanntlich ihre Arbeit und bringt ihre Opfer auch da, wo die Früchte davon weder der vaterländischen Kolonialpolitik noch einer anderen zugute kommen, und wo also von Gegendiensten gar nicht die Rede sein kann. Aber da sie auch in unseren Kolonien wirkt und unserer Kolonialpolitik gewisse Dienste leistet, wird sie es nicht von der Hand weisen, wenn diese sich erkenntlich zeigen will. Das liegt wohl auch im Interesse der Kolonialpolitiker selbst; denn es ist bekanntlich nicht angenehm, wenn man immer nur Gefälligkeiten annimmt und Liebesdienste empfängt.

Was die Mission in erster Linie von der Kolonialregierung erwartet, lässt sich kurz in die Worte fassen: „Ein christlich Regiment". Es kann natürlich niemand mehr geben als er hat! Die Kolonien als die Töchter können auch in dieser Hinsicht nicht mehr empfangen, als das Mutterland besitzt. Was die Mutter aber in tausendjähriger Geschichte erworben hat, das soll sie den Töchtern vererben, und es ist sicher nicht zu viel verlangt, wenn die Mission wünscht, dass Deutschland in der Verwaltung seiner überseeischen Gebiete den christlichen Charakter des Mutterlandes allenthalben zur Geltung bringt. In concreto: Die Gesetze und Verordnungen sollen christlichen Geist atmen; nicht als wären die auf deutschem Boden gewachsenen Rechte und Formen schematisch auf die Kolonien zu übertragen, sondern so, dass die draussen herrschenden heidnischen Anschauungen von ihren Auswüchsen befreit und im christlich-germanischen Sinne umgebildet werden. Die Beamten, bei deren Auswahl mit grösster Sorgfalt zu verfahren ist, sollen ein sittlich unanstössiges Leben zu führen genötigt sein, womit sich freilich nicht verträgt, wenn ein Lektor am Orientalischen Seminar ihnen die wilde Ehe mit den Afrikanerinnen geradezu empfiehlt. Die Organe der Regierung sollen nie rücksichtslos und grausam gegen die Eingeborenen verfahren; auch bei den unvermeidlichen Strafexpeditionen darf die Strenge nicht in Unmenschlichkeit ausarten. Die im Regierungsdienst stehenden niederen Polizeiorgane, z. B. die ostafrikanischen Askaris, sind in Zaum und Zügel zu halten, dass sie ihre Macht gegenüber den Eingeborenen nicht missbrauchen, oder gar zu einer moralischen Pest für ihre Umgebung werden. Die Erwerbsgesellschaften und Privatpersonen, die in den Kolonien Geld verdienen wollen, sind zu hindern, die Rechte der Eingeborenen mit Füssen zu treten oder die Schwächen der Naturvölker zu benutzen, sie durch die gefährlichen Gaben europäischer Kultur und Überkultur zu verderben. Wer das Leben in unseren Kolonien kennt und unsere junge Kolonialgeschichte verfolgt hat, wird in alledem keine künstlich konstruierten Forderungen sehen, sondern solche, die auf Grund vor-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gekommener Missstände erhoben werden. Die Mission aber ist in erster Linie berufen, sie geltend zu machen, weil sie es täglich mit ansieht, wie zwischen Europäern und Eingeborenen gehandelt wird und weil sie selbst davon Gewinn oder Schaden hat, je nachdem die Kolonisten den Forderungen des angewandten Christentums nachkommen oder nicht.

Für ihre eigene Arbeit wünscht die Mission eine möglichst weitgehende Freiheit von staatlicher Einmischung. Es versteht sich von selbst, dass die Missionare alle Pflichten, die andern Europäern in den Kolonien obliegen, auch zu erfüllen haben, und dass sie, weil sie gegebenenfalls von der Regierung geschützt werden müssen, bei Errichtung weit in die Wildnis vorgeschobener Stationen sich einer Zustimmung der zuständigen Regierungsorgane versichern. Auch dürfen sie für ihre eingeborenen Christen keine politischen Vorrechte beanspruchen. Aber andererseits sollen sie auch im eigenen Hause und bei Ausübung ihres missionarischen Berufs nach ihrem Ermessen schalten und walten können. Wenn die Politiker z. B. anderer Meinung sind als sie über die Reihenfolge des „bete und arbeite", so soll man ihnen diese andere Meinung nicht aufdrängen; oder wenn sie es mit ihren pädagogischen Grundsätzen unvereinbar finden, das Deutsche als Unterrichtssprache in einer afrikanischen Dorfschule zu benutzen, soll man sie dabei lassen, mit den Negerkindern in deren Muttersprache zu reden und die deutschen Lektionen als fremdsprachigen Unterricht zu behandeln. In das Kapitel von der Freiheit gehört auch die Frage, ob von Staats wegen den verschiedenen Konfessionen besondere Missionsgebiete zugewiesen werden sollen. Man kann ausserhalb und innerhalb der Missionskreise Stimmen hören, die das wünschen. Weitaus die meisten wünschen es jedoch nicht. Aber sollte denn aus praktischen und vernünftigen Gründen nicht auch hier eine Verständigung und eine freiwillige Verteilung der Arbeitsfelder möglich sein? Die verschiedenen evangelischen Gesellschaften beobachten mit verschwindenden Ausnahmen schon längst den Grundsatz gegenseitiger Rücksichtnahme und Vereinbarung, wenn sie sich begegnen. So sei es hier, wo die Konfessionen sich freundlich begegnen, als ein frommer Wunsch ausgesprochen, dass sämtliche in unseren Kolonien wirkenden christlichen Missionare sich in dem Grundsatze vereinigen: „Willst du zur Linken, so gehe ich zur Rechten", wenigstens so lange noch unbesetzte heidnische und mohammedanische Gebiete da sind.

Die bisher erhobenen Forderungen sind eigentlich nur negativer Art. Zum Schluss aber mag mit aller Zurückhaltung auch noch eine finanzielle Forderung ausgesprochen werden. Für ihre eigentlichen Zwecke wünscht die Mission kein Regierungsgeld. Das würde sie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und das, was sie den Eingeborenen bringt, nur in ein falsches Licht stellen. Aber auf ihrem Arbeitsplan stehen vielfach gemeinnützige Werke. So die Schulen. Hierfür ist eine Staatsunterstützung wohl am Platze. Die Frage ist nur, wie sie gegeben werden soll.

In den englischen Kolonien besteht eine Praxis, mit der beide Teile, Regierung und Mission, anscheinend recht zufrieden sind. Die Mission hat dort volle Freiheit, ihre Lehrpläne zu gestalten und dem Religionsunterricht soviel Raum zu geben, als sie will. Die Regierung aber schickt jährlich einen Schulinspektor, der die Leistungen der Schüler in den weltlichen Unterrichtsfächern prüft. Je nach dem Ausfall dieses Examens werden die Grants, die Unterstützungssummen bemessen. Beide Interessen kommen so zu ihrem Rechte. In den holländischen Kolonialgebieten gibt die Regierung einen bestimmten Zuschuss, kümmert sich aber sonst um die Schulen gar nicht. Etwas Ähnliches haben wir in Togo, wo jede dort arbeitende Mission ohne Rücksicht auf die Zahl der Schulen 1000 Mk. erhält. Dabei ist nur die Unterstützung mit den Leistungen schwer in Einklang zu bringen Jedenfalls sind grössere Beiträge der Regierung zu den Schullasten erwünscht. Dasselbe gilt auch von den für die Schulen herzustellenden Büchern und beim Druck grösserer sprachlicher Werke, die der Allgemeinheit dienen.

Zum Schluss noch ein Wunsch, der sich auf die kirchliche Versorgung unserer Landsleute in den Kolonien bezieht. Die Mission hat ein grosses Interesse daran, dass sie geregelt wird. Für die katholische Kirche erledigt sich die Frage durch die kirchliche Organisation der ganzen Missionstätigkeit. Auf evangelischer Seite liegt die Sache wegen der freieren Stellung der Missionsgesellschaften anders. Die Missionare haben sich bisher fast allerorten freiwillig erboten, diese Seelsorge im Nebenamt zu treiben. Auf die Dauer kann es aber nicht so bleiben, weil ihre eigentliche Aufgabe dadurch beeinträchtigt wird. Darum ist auf Anstellung besonderer Kolonialgeistlicher hinzuwirken, wenigstens an den verkehrsreichsten Plätzen. Das ist aber nicht Aufgabe des Staates, sondern der kirchlichen Organe in der Heimat.

Neben den ausgesprochenen allgemeinen Forderungen sind in den verschiedenen Gebieten, durch ihre Eigenart bedingt, noch manche Einzelforderungen zu erheben. Ich überlasse es den berufenen Vertretern der Missionsgesellschaften, die wir unter uns haben, sie geltend zu machen. Meine Aufgabe war es, zu zeigen, dass die selbstlose Tätigkeit der Mission um ihrer Leistungen willen Dank und Anerkennung auch seitens der Kolonialpolitiker verdient und dass man alle Ursache hat, den massvollen Gegenforderungen, die sie geltend macht, bereitwilligst nachzukommen.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schliesslich gestatte ich mir noch, die von mir eingebrachte und von dem Kongresskomitee genehmigte Resolution, welche morgen zur Abstimmung kommen wird, zu verlesen:

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 empfiehlt in Anerkennung der namhaften Opfer, welche die in unseren Kolonien tätigen Missionsgesellschaften bringen, um deren Bewohner geistig, sittlich und kulturell zu heben, und unter Hinweis auf die damit bereits erzielten Erfolge der Reichsregierung, den Missionen das bisher erwiesene Wohlwollen zu erhalten und ihre selbstlose Arbeit so viel als möglich zu fördern, namentlich dadurch, dass sie

1. in der Verwaltung ihrer überseeischen Gebiete den christlichen Charakter des Mutterlandes allenthalben zur Geltung bringt;
2. den Missionsgesellschaften unbeschadet aller gesetzlichen Ordnungen volle Freiheit im eigentlichen Missionsbetrieb lässt;
3. ihnen bei gemeinnützigen Arbeiten, z. B. guten Leistungen in den allgemeinen Unterrichtsfächern der Schulen, sowie im gewerblichen Unterricht oder bei Drucklegung wertvoller Spracharbeiten, Geldunterstützungen gewährt.

---

## Über einige Mittel zur allmählichen Abschaffung der Sklaverei.

Von Pater **Acker,** Provinzial der Väter vom Heiligen Geist, Knechtsteden bei Köln.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

### I. Ursachen der Sklaverei.

Der berühmte Afrikaforscher Dr. Livingstone nannte die Sklaverei die eiternde Wunde des 19. Jahrhunderts. Es ist ein Schandfleck für die Menschheit, dass es, nach nahezu zweitausendjähriger Tätigkeit der christlichen Kultur, auf der Welt noch Menschen gibt, die ihre Nebenmenschen als Eigentum ansehen und sie kaufen und verkaufen, wie man hier Tiere verkauft.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dass wir diese Sklaverei in den Kolonien nicht nur nicht unterstützen können, sondern sogar suchen müssen sie auszurotten, liegt auf der Hand. Es ist dies offenbar auch die Absicht der Deutschen Kolonialgesellschaft, wie es die Resolution, welche das Kongresskomitee bei dem Deutschen Kolonialkongress unter Nr. III eingebracht hat, zur Genüge beweist, sowie auch die der Regierung, welche verschiedene Massregeln getroffen hat, um zu diesem Zwecke zu gelangen.

Wer nun den Zweck will, der muss auch zu den Mitteln greifen, und ganz besonders Hand an die Wurzel des Übels legen. Es ist klar, dass es nichts hilft, Unkraut ausrotten zu wollen, so lange man die Wurzel im Boden haften lässt.

Einen Fluss trocken legen zu wollen, ohne die Quelle versiegen zu machen, ist vergebliche Arbeit.

Ebenso verhält es sich mit der Abschaffung der Sklaverei.

Die Sklaverei ist so eng mit dem Mohammedanismus verwachsen in religiöser, moralischer und wirtschaftlicher Beziehung, dass man wohl sagen kann: Wo es Mohammedaner gibt, da herrscht auch die Sklaverei, und so lange es Mohammedaner gibt, wird es auch Sklaven geben.

Die Gründe dafür sind folgende:

a) Seine Religion erlaubt nicht nur dem Mohammedaner die Sklaverei, sie regt ihn vielmehr dazu an. Er allein ist Kind Gottes, alle anderen Menschen sind für ihn geschaffen. Er hat also ein Recht auf dieselben. Dieses Recht wird er sich nicht nehmen lassen durch europäische Hunde. Wir alle sind nur Hunde, Ungläubige in seinen Augen.

Seit 1872, das heisst, seitdem die Sklaverei durch die Engländer offiziell abgeschafft wurde, haben wir öfters von den Engländern, Franzosen und seit 1884 auch von den deutschen Behörden viele befreite Sklaven erhalten. Wie oft haben mir nicht Araber, mit denen ich auf freundschaftlichem Fusse stand, den Vorwurf gemacht: „Sie sind doch Prediger, Sie lehren doch Ihren Zöglingen die Gebote Gottes, ist es denn bei Ihnen nicht verboten zu stehlen?“ — Wie meinen Sie das? — „Die von den europäischen Hunden befreiten Sklaven sind ja nur geraubtes Gut. Das gehört uns, und es ist Ihnen nicht erlaubt, fremdes Gut zu benutzen.“ Diese Anschauung wird man nie ändern, so lange der Mohammedaner Mohammedaner bleibt.

b) Das Sklavensystem bringt solche Bequemlichkeiten mit sich, dass derjenige, der es anwenden zu dürfen glaubt, nicht darauf verzichten wird, ohne dazu gezwungen zu sein.

Ein Mann mit einem Einkommen von 3—4000 Mark ist bei uns kein reicher Mann; ohne Arbeit kann er damit nicht leben. Dort kann der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mohammedaner sich das bequemste Leben einrichten. Mit 3—4000 Mk. kann er sich 30—40 Sklaven anschaffen. Er behält sich einige für seine Bedienung vor, andere arbeiten auf seinem Landgute, welches dank der guten Bebauung dem Herrn allerlei Gemüse und Früchte einträgt, ohne dass er diese Sklaven zu ernähren braucht. 20—25 Sklaven arbeiten jahraus jahrein im Taglohn und bringen ihm jeden Abend 12—16 Pesas, nachdem sie 4—6 Pesas für sich behalten haben für ihre Nahrung, Kleidung u. s. w. Dieser Mann ist also bedient, sein Land ist bearbeitet, und tagtäglich erhält er noch ein regelmässiges Einkommen. Er ist ein reicher Mann.

Wenn man hier Ochsen, Pferde u. s. w. hat, muss man sie ernähren und während der Arbeit mit ihnen sein. Bei der Sklaverei ist das nicht nötig, und der Verdienst kommt doch. Wie bequem!

c) Die Vielweiberei, die eine der Haupteinrichtungen des Mohammedanismus ist, ist nicht möglich ohne Sklaverei.

Der Mohammedaner sieht das Weib im allgemeinen nicht als einen Menschen an, wie wir. Das Weib ist ein Werkzeug, das ihm zur Verfügung steht, weiter nichts. Nur eine Tatsache, um zu beweisen, wie die Frauen in der Vielweiberei behandelt werden.

Seyid Bargasch, der anfangs der 80er Jahre Sultan von Zanzibar war, hatte in seinem Harem 80 bis 90 Frauen. Der Harem lag dem Seehafen entlang, und wie gewöhnlich war auch an diesem Harem die lange Reihe der Fenster durch Läden geschlossen. An dem äussersten Ende des Harems hatte der Sultan seine eigenen Wohnzimmer, von wo aus er, hinter Jalousien, das Leben und Treiben im Hafen überwachen konnte. Am Fusse dieser Wohnung hatte er einen Landungsplatz eingerichtet zu seiner und der Europäer Bequemlichkeit. Es war der gewöhnliche Landungsplatz der Offiziere der im Hafen vor Anker liegenden Kriegsschiffe. Schon lange hatte der Sultan bemerkt, dass die Offiziere bei der Landung ihre Blicke auf die Seite des Harems richteten. Eines Tages ging ein Offizier noch weiter, er erlaubte sich eine grüssende Handbewegung. Der Sultan lief sofort auf die Zellen zu, wo die einzelnen Frauen waren und fand da, zum Unglück dieser armen Geschöpfe, eine derselben am Fenster sitzend, und durch den halb geöffneten Laden auf den Hafen schauend. Der Sultan ergriff nun einen Stock und schlug so lange und so grausam auf das arme Wesen los, dass es nach kurzer Zeit starb.

Was der Sultan tat, das kann jeder Araber oder Muselmann ungestraft tun, weil das Weib für den Mohammedaner nichts weiter als eine Sklavin ist. Die Frau ist nicht seine Lebensgefährtin, sie ist sein Eigentum.

d) Der Sklavenhandel ist, besonders jetzt, ein sehr nutzbringendes Geschäft. Sklaven, die man 1872 zu 20, 30—40 Mark haben

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

konnte, kosten heute 100, 260—300 Mark. Wenn der Sklavenhandel auch verboten ist, so wird er doch weiter betrieben. Es wird ja auch in diesem Gewerbe trotz des Verbotes überall geschmuggelt. So am meisten in der Zeit der Blockade 1886 an der Ostküste.

e) Menschenliebe zu Ungläubigen, d. h. zu Nicht-Mohammedanern, kennt der Mohammedaner nicht.

Das ist das Prinzip der arabischen Zivilisation.

„Ich will euch nun aus meiner Erfahrung", schreibt der Hochwürdigste Bischof Le Roy, (Le Roy war längere Zeit in Ostafrika als Missionar tätig in den 80er Jahren) „ein Muster von dieser arabischen Civilisation geben. Vor ungefähr 8 Jahren verliess eine Karawane, 300 Mann stark (alle Mohammedaner), die Ostküste Afrikas, um in das Innere zu ziehen und „Handel" zu treiben. Als dieselbe zurückkam, erzählten mir die Führer ihre Reiseerlebnisse. Ehe sie sich in das Land der Ungläubigen hinein wagten, hatten sie auch dieses Mal ihrer Sitte gemäss die Zauberer über den Erfolg ihres Unternehmens befragt. Der Orakelspruch lautete: „Blut ist notwendig." Sofort wurde von allen beigesteuert, um einen Sklaven anzukaufen. Als es dunkel war, führte man den Unglücklichen auf den Weg, den die Karawane passieren sollte, schnitt ihm den Hals ab und besprengte den Pfad mit seinem Blute, wobei die üblichen Gebetsformeln gesprochen wurden. Als sie nun nach Kavirando in die Nähe des Viktoria-Nyanza-Sees gekommen waren, bemerkten diese „ehrenhaften Händler", dass die Einwohner Elfenbein hatten, ziemlich zahlreich, jedoch unbewaffnet waren. Ein ausgezeichnetes Geschäft war da zu machen. Man griff die harmlosen Einwohner an, und da die Räuber mit Flinten bewaffnet waren, konnten die Überfallenen keinen Widerstand leisten. Die Häuptlinge des Landes traten nun zur Verhandlung vor, und man kam überein, dass die angegriffenen oder bedrohten Dörfer 100 Elephantenzähne und 200 junge Mädchen zu liefern hätten, wonach die Karawane abziehen würde. Nach Auslieferung der ausbedungenen Artikel verliessen die Araber die Gegend. Unglücklicherweise aber ging ihnen auf dem Durchzuge durch das Land der Massai das Wasser aus, die Nahrungsmittel fingen an zu fehlen, und all diese Sklavinnen, welche ohnehin schon den Marsch hemmten, verzehrten auch noch den Proviant vollauf. Was nun tun? In einer Nacht, nachdem die schändlichen Araber an den Frauen Gewalt verübt hatten, metzelten sie alle 200 nieder. Ich wiederhole, diese Scheusslichkeiten sind mir von den Häuptlingen der Expedition selbst erzählt worden, nicht um sich damit zu brüsten, nicht um sich zu demütigen, sondern einfach, um mir zu verstehen zu geben, welchen Verlust sie dadurch erlitten hätten. Und besonders kurios ist es, dass die Leute dieser Expedition sich in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Moschee begaben, um sich absolvieren zu lassen, weil sie Ratten (ein für den Mohammedaner unreines Tier) aus Notbedarf gegessen hatten; aber die Idee kam ihnen dabei nicht, „Allah" um Verzeihung zu bitten für das unmenschliche Hinschlachten so vieler Frauen, denn sie waren ja „Kafir" (Ungläubige). Nein, mit dem Islam ist keine Vereinigung möglich; es zu glauben, wäre eine Albernheit, und es zu versuchen, ein Verrat an seinen eigenen Interessen. Das ist also der Mohammedaner in Bezug auf Sklaverei. Warum sollte nun der Mohammedaner die Sklaverei bei Seite lassen? Er wird es nicht tun, wenn er nicht dazu gezwungen wird. Im Gegenteil, er wird die Sklaverei überall einführen und sie nach Kräften begünstigen.

Sklaven gibt es auch gewissermassen bei den Schwarzen; es sind dies Kriegsgefangene, Leute die ihre Schulden nicht bezahlen können u. s. w. Bei den Schwarzen aber bleibt der Sklave immer ein Mensch seinesgleichen, und wenn die Schuld bezahlt oder die Zeit der Gefangenschaft vorüber ist, so kann dieser Mann wieder frei werden. Bei den Mohammedanern ist dieses nicht der Fall, der Sklave ist Eigentum. Der Mohammedaner hat ein Recht auf ihn, wie ich ein Recht auf mein Pferd oder meinen Ochsen habe, und dieses Recht, nochmals gesagt, wird er sich nicht wegnehmen lassen von Hunden und Ungläubigen wie wir, wenn er nicht dazu gezwungen wird. Wird er zu zwingen sein? Ich bezweifle es.

## II. Mittel.

a) Sollen wir deshalb den Vorschlag machen, den Mohammedanismus in den Kolonien mit Gewalt auszurotten, da wir nun einmal mit dem Gedanken der Sklaverei und Vielweiberei uns nicht versöhnen können. Nein! —

Wenn wir auch nicht jedermanns Meinung sind in religiöser, moralischer und wirtschaftlicher Beziehung, so achten wir doch jedermann, der eine Meinung hat. Wir wünschen nur, dass man den Mohammedanismus nicht fördere.

Da es aber Tatsache ist, dass die deutsche Regierung ebensowohl wie die Deutsche Kolonialgesellschaft die Beseitigung der Sklaverei für eine der wichtigsten Kulturaufgaben in ihren Kolonialgebieten ansieht, so muss auch demgemäss gehandelt werden. Deutschland ist ein christlicher Staat, und als solcher würde er in der Heimat nirgends Vielweiberei und Sklaverei dulden, geschweige denn diesen Missbräuchen Vorschub leisten.

Was aber hier nicht zulässig ist, darf in den Kolonien auch nicht geduldet werden. Und hier berühre ich, ich weiss es wohl, eine sehr heikle Frage, nämlich die Frage der Schulen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es ist die allgemeine Ansicht der Missionare, dass in den Kolonien die konfessionslosen Schulen ganz besonders von den Mohammedanern besucht werden. Die Mohammedaner, die aus diesen Schulen hervorgehen, werden als Unterbeamte angestellt. Der Besuch der Schule hat in ihnen die Anhänglichkeit an den Mohammedanismus nicht im geringsten geschwächt und so treten diese in deutschen Schulen gebildeten Mohammedaner inmitten der Schwarzen als Beamte auf, und machen überall ihren mohammedanischen Einfluss geltend. Jeder Mohammedaner sucht seine Religion seiner Umgebung aufzudrängen. Wer Afrika kennt, weiss, wie gross der Einfluss der Mohammedaner auf die Schwarzen ist. Dieser Einfluss wird verzehnfacht, wenn er scheinbar unter dem äusseren Schutze der Regierung ausgeübt wird. So kommt es, dass die Regierung durch diese konfessionslosen Schulen und durch die Beamten, die daraus hervorgehen, nolens volens den Mohammedanismus auf Kosten des Christentums fördert. Wer aber den Mohammedanismus fördert, fördert Sklaverei und Vielweiberei, ob er will oder nicht, denn Vielweiberei und Sklaverei sind unzertrennlich von dem Mohammedanismus, wie ich es zur Genüge bewiesen zu haben glaube.

Es ist nicht meine Absicht, der Regierung einen Vorwurf zu machen. Ich freue mich, kürzlich noch gelesen zu haben, dass Herr Gouverneur Graf von Götzen eine Verordnung herausgegeben hat, wonach bei dem Erlernen des Kisuahili die arabische Schrift durch lateinische Buchstaben ersetzt wird, um so den Missionszöglingen die Bahn zu den Beamtenstellen zu ebnen. Da ich aber von Beseitigung der Sklaverei spreche, kann ich nicht umhin, meiner aufrichtigen Überzeugung, zu welcher ich durch 18 Jahre persönlicher Erfahrung in Deutsch-Ostafrika gekommen bin, Ausdruck zu geben. Soll es also mit der Beseitigung der Sklaverei ernst gemeint sein, so dürfte nach meiner Meinung unter keinen Umständen der Mohammedanismus gefördert werden, weder in den Schulen noch durch Anstellung der Mohammedaner als Beamte.

Wer die Quelle eines Flusses oder die Wurzel eines Baumes nicht berührt wissen will, der will auch die Folgen davon, nämlich dass Fluss und Baum bestehen bleiben sollen.

Solange dieses erste negative Mittel nicht angewendet werden wird, werden Verbot, Unterstützung der Missionen und Einrichtung von Verkehrsmitteln nicht den gewünschten Erfolg haben.

b) Die geeignetsten positiven Mittel nebst dem Verbot, wären die Vermehrung von Missionsstationen und die Errichtung von Verkehrsmitteln.

Die Missionen allein werden Änderung der Sitten ins Land bringen, und die Errichtung von Verkehrsmitteln wird dem Vorwand, die Sklaven seien als Lastträger nötig, den ganzen Rückhalt wegnehmen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Väter vom Heiligen Geist haben in Deutsch-Ostafrika elf Hauptstationen, ohne von den zahlreichen Nebenstationen zu sprechen. Diese Stationen sind fünf bis sechs Tagereisen voneinander entfernt und sind auf folgende Weise gegründet worden. Die zahlreichen befreiten Sklaven, die wir seit 1860 von den englischen und französischen, und seit 1884 auch von den deutschen Behörden erhielten, sind in Bagamoyo erzogen und zu Christen herangebildet worden.

Diese befreiten und christlich erzogenen Schwarzen gründeten christliche Familien, aus deren Vereinigung christliche Dörfer entstanden. Wir haben so in Mhonda, Mrogoro Lalonga, Matombo u. s w. Dörfer, die mit 12—14 Familien angefangen und heute 1500—2000 Einwohner zählen. Soweit der Einfluss dieser Dörfer reicht, kann selbstverständlich nicht mehr von Sklaverei gesprochen werden.

Und was die Väter vom Heiligen Geist in ihrem Teil von Deutsch-Ostafrika tun, das tun die Benediktiner in Dar-es-Salaam, die Weissen Väter an den Seen im Innern, die Steyler Missionare in Togo, die Pallotiner in Kamerun, die Oblaten in Südwestafrika, die Missionare vom heiligsten Herzen und die Maristen in Ozeanien, um nur von den katholischen Missionen zu sprechen, mit deren Wirken ich besser vertraut bin. Es ist jedoch keineswegs meine Absicht, die unleugbaren Erfolge der Missionstätigkeit anderer christlicher Konfessionen auf dem Gebiete der Zivilisation und Kultur in Abrede oder in Schatten zu stellen. In der Antisklavereibewegung geben sich die Missionare aller Konfessionen die Hand. Die Gründung möglichst vieler christlicher Dörfer, die durch ihren Einfluss christliche und europäische Sitten ins Land bringen, wird demgemäss das erfolgreichste Mittel gegen die Plage der Sklaverei sein.

c) Ein anderes unentbehrliches Mittel wäre die Erleichterung des Verkehrs, besonders durch den Bau von Bahnen. Ich habe öfters Kolonialfreunde in Erstaunen gesetzt, wenn ich ihnen mitteilte, dass dieses grosse Gebiet, welches man Deutsch-Ostafrika nennt, und das ca. zweimal so gross ist wie das Deutsche Reich, zur Zeit keinen einzigen fahrbaren Weg hat. Die Folge davon ist, dass alles, was ins Innere geht, oder vom Innern an die Küste kommt, durch schwarze Lastträger befördert werden muss. Da nun der Schwarze von Natur aus träge ist, so werden nur oder doch meistens nur Sklaven als Lastträger verwendet.

Man weiss ja, wie die Mohammedaner es machen. Sie kaufen sich Austauschartikel an der Küste, gehen ins Innere, kaufen sich dort Sklaven und belasten diese Sklaven mit Elfenbein und anderen Artikeln. Mit dem Bau von Bahnen würde diese Lastträgerfrage eine ganz andere Wendung nehmen, und die Mohammedaner hätten keine Ausrede mehr.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In der heutigen Lage, wo man der Verkehrsmittel entbehrt, wie in Deutsch-Ostafrika, ist der Handel mit dem Innern kaum möglich ohne Sklaven. Ich möchte deshalb alle Gegner des Bahnbaues, ganz abgesehen von den Vorteilen, die die Kolonie daraus ziehen würde, im Namen der Menschlichkeit bitten, die Gelder für den Bau dieser Bahnen nicht zu verweigern.

Ich habe deshalb folgende Resolution eingebracht:

„Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält die Beseitigung der Sklaverei für eine der wichtigsten Kulturaufgaben, welche Deutschlands in seinen Kolonien harren, und er ist der Meinung, dass die Beschaffung eines umfassenden Netzes von Verkehrswegen durch die Anlage von Eisenbahnen, Strassen und Brücken, sowie durch den Betrieb der Schiffahrt auf den Flüssen und Seen, eines der geeignetsten Mittel ist, um die Sklaverei einzuschränken und schliesslich aus der Welt zu schaffen."

Diese Resolution ist vom Kongresskomitee angenommen worden. Sehr gern hätte ich noch hinzugefügt, dass auch die grösste Sorge getragen werden muss, den Mohammedanismus in keiner Weise zu fördern durch Schulen oder durch die Verwendung von Mohammedanern als Beamte, aber ich hoffe, dass die Regierung auch ohne das dafür Sorge tragen wird. Dass es in ihrer Absicht liegt, die Sklaverei abzuschaffen, ist uns allen bekannt. Sie wird auch die Mittel dazu ergreifen.

## Ausdehnung und erziehliche Bedeutung der ärztlichen Mission.

Von Prediger D. Dr. **Kind**, Berlin.
Präsident des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Die ärztliche Mission ist weiten Kreisen Deutschlands noch ein unbekannter Begriff. Aber sie besteht schon seit dem zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts, hat indessen in unserem Vaterlande ziemlich spät Beachtung gefunden. Bei der ärztlichen Mission handelt es sich nicht darum, dass Missionare, mit den notwendigsten ärztlichen Kenntnissen versehen, auch in Krankheitsfällen Beistand

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

leisten. Das ist schon lange und oft geschehen. Wir wissen von einer ganzen Reihe von Sendboten, dass sie, in der Heimat bis zu einem gewissen Grade vorgebildet, auf ihren Arbeitsfeldern auch Kranke behandelten, Arzneien verabfolgten, Operationen vollzogen, und zwar mit vielem Erfolg. Und wenn bei uns Samariterkurse für notwendig erachtet worden sind, damit Laien bei plötzlichen Unfällen die erste Hilfe leisten können, so wird es sich erst recht in Heidenländern, wenigstens für sehr viele Gebiete, empfehlen, dass der Missionar auch in medizinischen Dingen etwas Bescheid weiss, um bei Krankheiten und Gebrechen nicht ratlos dazustehen. Aber das ist es noch nicht, was man unter der eigentlichen ärztlichen Mission versteht. Es hat christliche Ärzte gegeben, die unter den Heiden sich niederliessen und eine ausgebreitete Tätigkeit übten, die zu der in ihrer Nähe arbeitenden Mission freundliche Beziehungen unterhielten und selbst auf die Bevölkerung christlichen Einfluss auszuüben suchten. Aber auch das ist nicht ärztliche Mission im strengen Sinne. Diese besteht vielmehr darin, dass Ärzte von Beruf im ausdrücklichen Auftrag von Missionsgesellschaften hinausziehen und für die Zwecke der Mission in den nichtchristlichen Ländern ihre ärztliche Kunst ausüben. Der erste eigentliche Missionsarzt war Dr. Parker. Er wurde 1834 von dem American Board nach Kanton gesandt. 1841 ward eine eigene, die Edinburger Gesellschaft zur Förderung ärztlicher Missionen gegründet. Ausser Ärzten wurden allmählich auch Ärztinnen ausgeschickt. Hospitäler wurden gebaut, Polikliniken wurden eingerichtet, um der ärztlichen Tätigkeit feste Stützpunkte zu schaffen und eine ebenso ausgedehnte wie gründliche Wirksamkeit zu ermöglichen. Man ist weiter daran gegangen, Eingeborene, die das Christentum angenommen hatten, als Gehilfen, ja, eigentliche Ärzte auszubilden und anzustellen. Medizinische Hochschulen für Eingeborene wurden ins Leben gerufen. In Deutschland hat der verstorbene Professor Christlieb zuerst auf die missionsärztliche Tätigkeit aufmerksam gemacht und für sie seine Stimme erhoben. In einem Vortrage 1879 warf er die Frage auf: „Warum haben wir in unseren deutschen Missionen noch keine Missionsärzte und keine medizinischen Missionsgesellschaften wie die Engländer und Amerikaner?“ 1888 erschien seine Schrift: „Die ärztlichen Missionen.“

Die ärztliche Mission hat im Laufe der Zeit eine beträchtliche Ausdehnung gewonnen und weist jetzt stattliche Zahlen auf. Ich bin allerdings nur in der Lage, über die ärztliche Mission von evangelischer Seite genaue Angaben zu machen. Über die katholische Tätigkeit auf diesem Gebiete habe ich nichts Bestimmtes erfahren können. Auf eine Anfrage bei einem mir befreundeten sachkundigen Manne erhielt ich die Auskunft: „Was die katholischen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ärztlichen Missionen anbelangt, so gibt es bei ihnen meines Wissens keine eigentlich ausgebildeten Ärzte, dagegen viele Jesuiten und Nonnen mit zum Teil recht guten ärztlichen Kenntnissen, die sie an Aussätzigenspitälern oder in sogenannten Freiapotheken vielfach anwenden." Auch Dr. Olpp von der Rheinischen Mission, der aus dem Jahresbericht der Jesuitenmission in chinesischen Gegenden, in Kiangnan, Provinz Kiangsu, und An-hui, Mitteilungen macht und mehrere von ihr gegründete Apotheken und Hospitäler hervorhebt, bemerkt zum Schluss: „Ob und wie viele europäische Ärzte dort angestellt sind, konnte ich nicht in Erfahrung bringen." (Berichte der Rheinischen Missionsgesellschaft 1902, Heft 4, Seite 115.) Für die evangelische ärztliche Mission, wie überhaupt für die evangelische Mission, liegt eine sorgfältige Statistik vor in dem Riesenwerk von Rev. Dennis: Centennial Survey of Foreign Missions (New-York 1901. Auch Edinburg: Oliphant, Anderson and Ferrier). Aus diesem Werke ergeben sich folgende Ziffern:

| Gesellschaften | Ärzte | Ärztinnen |
|---|---|---|
| 128 amerikanische . . . . | 209 | 130 |
| 154 britische . . . . . | 230 | 75 |
| 82 kontinentale . . . . . | 30 | 4 |
| 117 asiatische . . . . . | 13 | 13 |
| 35 ozeanische . . . . . | 8 | — |
| 42 afrikanische . . . . . | 6 | 1 |
| 558 | 496 | 223 |

Diese überraschend hohe Zahl, 558, erklärt sich daraus, dass Dennis zu den Missionsgesellschaften rechnet: 1. solche, welche direkt eigentliche Missionsarbeit treiben, 2. solche, welche indirekt an dieser Arbeit beteiligt sind, und 3. welche unabhängig für ein Spezialwerk tätig sind, und dass er auch zu der ersten Kategorie, die er auf 294 angibt, Vereine rechnet, die nach unserer Auffassung nur Hilfsgesellschaften sind. Den Löwenanteil haben demnach England und Amerika.

Ärztliche Schulen und Ausbildungsanstalten für Krankenpflegerinnen bestehen 67 mit 651 Schülern; sie kommen fast alle auf China (32) und Indien (16). Aussätzigenasyle gibt es 100 mit 2086 Insassen. Ferner 379 Hospitäler und 783 dispensaries, Freiapotheken. Auch hinsichtlich der von der ärztlichen Mission ins Leben gerufenen Anstalten gebührt England und Amerika die Palme.

Das evangelische Deutschland hat sich an der ärztlichen Mission bisher nur in sehr bescheidenem Masse beteiligt. Die Basler Missionsgesellschaft sandte 1885 den ersten Missionsarzt aus und zählt jetzt deren fünf, einen an der Goldküste, einen in Kamerun, zwei in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Indien, in Kalikut und in Südmahratta, und einen in Kayen tschu, in der chinesischen Provinz Kanton. In Kalikut besitzt sie ein Hospital mit zwei Filialen und ein Aussätzigenhospital. Die Rheinische Missionsgesellschaft hat zwei Missionsärzte und ein Hospital in Tungkun in China und plant eine ärztliche Mission in Nias und Ovamboland. Die Brüdergemeinde verfügt über einen Missionsarzt in Nordindien und Aussätzigenasyle in mehreren Ländern. Der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein hat einen Missionsarzt in Tsingtau stationiert und hat dort das Faberhospital und in Kaumi eine Filiale errichtet. Ein ärztlich vorgebildeter Chinese leistet unter der Oberleitung des Missionsarztes Dr. Dipper treffliche Dienste. Die Missionsgesellschaft Berlin I hat 1900 den Missionsarzt Dr. Schröter ausgesandt. Er arbeitet in Kilugala in Deutsch-Ostafrika.

1898 ist in Stuttgart ein besonderer Verein für ärztliche Mission ins Leben getreten. Es wäre sehr zu wünschen, dass dieser Zweig der Missionstätigkeit in Deutschland immer mehr Boden fände. Gewiss ist die Vorbildung der Missionsärzte in den verschiedenen Ländern eine sehr verschiedenartige, und die Deutschen dürften zu den medizinisch am besten ausgerüsteten gehören, aber wenn wir auch auf die Qualität unserer Missionsärzte stolz sein können, ihre Quantität ist noch beschämend gering. Welchem Bedürfnisse aber in der Heidenwelt Missionsärzte entgegenkommen, dafür nur zwei Zahlen. Dr. Liebendörfer von der Basler Mission behandelte in einem Jahre (1895) poliklinisch nicht weniger als 30 000 Personen, der rheinische Missionsarzt Dr. Kühne hatte 1899 in poliklinischer Behandlung 20 202 und 525 Hospitalkranke. Und welchen weitreichenden Einfluss die ärztliche Mission ausübt, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Die ärztliche Missionstätigkeit ist zunächst ein einfaches, aber überaus notwendiges Werk der Barmherzigkeit an den Heiden. Es ist bekannt, in wie unglaublicher Weise Kranke in der Heidenwelt von angeblich heilkundigen Eingeborenen misshandelt, gequält, zu Tode kuriert werden. Die unsinnigsten Massregeln werden angewandt, ekelerregende Mittel verordnet, Beschwörungen spielen eine grosse Rolle. Auch bei heidnischen Kulturnationen steht die Heilkunde auf sehr tiefer Stufe. Die einfachsten anatomischen und pathologischen Kenntnisse gehen selbst den Chinesen ab. Die ärztliche Mission ist aber nicht nur eine Wohltat für die Leidenden unter den Heiden, sondern hat auch eine hervorragend erziehliche Bedeutung.

Zweck und Ziel aller Mission ist und muss sein, Seelen für den christlichen Glauben zu gewinnen und christlichen Geist unter der Bevölkerung zu verbreiten. Auch der besondere Zweig der Missionstätigkeit, die ärztliche Mission, soll im letzten Grunde dieser Aufgabe dienen. Aber zunächst bringt diese und soll sie Hilfe in äusseren Dingen bringen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Inwieweit und in welcher Weise dabei auf die Seelen der Hilfesuchenden eingewirkt werden soll, darin gehen die Meinungen auseinander und ist die Praxis verschieden. Missionsärzte sind vielfach zugleich Prediger, legen den Kranken, die sie behandeln, auch das Evangelium ans Herz, alle, die die missionsärztliche Tätigkeit in Anspruch nehmen, erhalten die Einladung und Aufforderung, sich zum Christentum zu bekehren. Der andere Standpunkt ist: Der Missionsarzt ist lediglich Arzt, hat als seine Aufgabe nur die Behandlung und Heilung der Kranken zu betrachten, Bekehrungsversuche werden an den Patienten nicht gemacht, man überlässt es dem Geiste, der aus der christlichen Persönlichkeit und hilfreichen Tätigkeit des Arztes spricht, dahin zu wirken, dass die Leidenden nach der christlichen Lehre selbst fragen und sich mit ihr befreunden. Persönliche Beziehungen zwischen den Patienten und den Missionsarbeitern ergeben sich von selbst, diese können, am besten durch die eigentlichen Missionare, weiter gepflegt werden und können allmählich auch zu christlicher Beeinflussung führen. Mir persönlich erscheint dieser letztere Weg als der richtige und sachgemässe. (Cf. Warneck, Evangelische Missionslehre, 3. Abteilung, 2. Hälfte S. 47 f.) Ob man die ärztliche Mission aber mehr direkt oder indirekt als Missionsmittel benutzt, von ihr gilt, was von der Mission überhaupt gilt, dass sie einen bedeutsamen Kulturfaktor darstellt.

Die ärztliche Mission räumt durch ihre Tätigkeit unwillkürlich mit einem unendlichen Wust von Aberglauben auf, zerstört die Scheinwelt, in der die Eingeborenen leben, erzieht sie, sich in der Wirklichkeit zu bewegen und den Dingen, wie sie sind, ins Auge zu sehen. Damit leistet sie der Allgemeinheit, auch den in heidnischen Gegenden wohnenden Westländern einen wertvollen und greifbaren Dienst. Bei ausbrechenden Seuchen wird ihre wirksame Bekämpfung erschwert, ja verhindert durch die abergläubige Furcht der Eingeborenen vor den Gottheiten, denen sie die Plagen zuschreiben. In Indien sterben alljährlich 30 000 Personen an Schlangenbissen. Der Ausrottung der Schlangen steht aber entgegen, dass sie dem Inder heilige Tiere sind.

Die ärztliche Mission dringt auf Reinlichkeit, Sauberkeit herrscht in den Hospitälern. Mit dieser Tugend ist es bei den Heiden vielfach schlimm bestellt. Selbst ein Volk, das auf seine Zivilisation so stolz ist wie das chinesische, ist wegen seines Schmutzes bei Ausländern gefürchtet. Durch die ärztliche Mission lernen die Eingeborenen, was Reinlichkeit ist und welche Wohltat sie bedeutet. Auch wer aus dem Hospital bloss diesen einen Eindruck mit hinausnimmt, hat einen Gewinn, der nicht gering anzuschlagen ist. Gehört doch Reinlichkeit zum menschlichen Wohlbefinden und bildet die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

notwendige Voraussetzung für die Herbeiführung gesundheitlich guter Verhältnisse.

Die ärztliche Mission sorgt durch den Anschauungsunterricht, den sie erteilt, durch die Vorschriften, die sie gibt, dafür, dass die Eingeborenen selbst anfangen, ihre Kranken verständig zu behandeln und den Kindern eine vernünftige Pflege angedeihen zu lassen, lehrt aber durch ihre ganze Tätigkeit auch Achtung vor dem Werte des Menschenlebens überhaupt. Das Leben der Mitmenschen, besonders von Frauen und Mädchen, wird in der Heidenwelt zumeist sehr gering geschätzt. Führt ein Unfall den Untergang einer grösseren Anzahl von Frauen herbei, so heisst es: „Gut, dass es nur Frauen sind." Ein Missionsarzt frug, als ihm ein Kind gebracht wurde, die Mutter: „Knabe oder Mädchen?" Er erhielt die Antwort: „Wie kannst du fragen? Ein Mädchen würden wir doch nicht bringen." Und ist jemand hoffnungslos erkrankt, so geschieht es, dass er von allen verlassen oder gar fortgeschleppt wird, um abgeschnitten von jeder menschlichen Handreichung jammervoll zu Grunde zu gehen. Wenn die Eingeborenen aber sehen, wie der Missionsarzt sich um jeden ohne Ansehen des Standes, Geschlechts und Alters unablässig bemüht, wie auch dem unheilbar Kranken freundliche Fürsorge zu teil wird, so muss das Eindruck machen, zu denken geben, eine Ahnung von dem Werte jedes Menschendaseins aufkommen lassen, Mitgefühl mit anderen wecken. Die ärztliche Mission mildert den herrschenden Geist der Lieblosigkeit und gewöhnt an den Geist der Barmherzigkeit.

Missionsärzte finden gewöhnlich bald grossen Zulauf und viele Anerkennung. Allmählich bringt man ihnen unbegrenztes Zutrauen entgegen. Man erwartet von ihnen, dass sie alles können, dass sie im stande sind, jede Krankheit zu heilen, selbst Tote aufzuerwecken. Was die ärztliche Mission leistet, erweckt aber nicht nur Bewunderung, sondern auch Dankbarkeit. Es liegen viele ansprechende, ja ergreifende Züge vor und zwar von hoch und niedrig, reich und arm, wie man sich bemühte, seine Erkenntlichkeit für empfangene Wohltat und Hilfe zu zeigen. Kalt und stumpf gewordene Menschenherzen dahin zu bringen, dass sie danken und an eine uneigennützige, hingebende Liebe glauben lernen, ist aber sicher auch ein gut Stück Erziehung.

Die ärztliche Mission gewinnt unwillkürlich die Herzen der eingeborenen Bevölkerung und macht uns die geneigt, denen wir Fremde sind. Die Ueberlegenheit unserer Kultur macht sich ihnen durch vieles, durch unsere Waffen, durch unsere technischen Erfindungen fühlbar. Man nimmt davon an, was man brauchen kann, aber dabei bleibt Misstrauen und Abneigung gegen uns selbst und unser Wesen bestehen. Angesichts der Eindrücke, die man durch die Wirksamkeit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der ärztlichen Mission empfängt, beginnt man aber, sich mit dem Geiste, der uns Ausländische beherrscht, zu befreunden und ein freundliches Interesse uns und unseren Bestrebungen überhaupt entgegenzubringen. Die ärztliche Mission ist also auch ein treffliches Mittel, eine eingeborene Bevölkerung zur Aufgeschlossenheit für unser Wesen, zur bereitwilligen Aufnahme dessen, was wir zu bieten haben, zu erziehen.

In dem Gründungsbeschluss der Edinburger Gesellschaft zur Förderung ärztlicher Missionen hiess es, dass „vom Dienste christlicher Ärzte in Gemeinschaft mit der Arbeit der Missionare sehr heilsame Wirkungen zu erwarten seien, weil dadurch den Heiden handgreifliche Beweise von dem Geiste helfender Liebe gegeben werden, den das Christentum grosszieht, und dass daher christliche Ärzte auf jede Weise zur Niederlassung in Heidenländern zu ermuntern seien"! Die ärztliche Mission vermag viel zu tun für Heranbildung zu höherer, christlicher Gesittung, hat eine grosse erziehliche Bedeutung. Möchte sie immer mehr Verständnis und Unterstützung finden!

Pfarrer **Richter,** Schwanebeck: Bei der hervorragenden Bedeutung der ärztlichen Missionen auch für unsere Schutzgebiete ist eine Unterstützung dieser humanitären Bestrebungen seitens der Kolonialkreise dringend zu wünschen. Sie schlägt eine Brücke zwischen den weissen Herren und den farbigen Untertanen und überwindet die entgegenstehenden Vorurteile. Die ärztliche Mission bedarf der Unterstützung in der unentgeltlichen Lieferung der wichtigsten und täglich gebrauchten Medizinen, besonders Chinin, Pocken-Lymphe und anderer zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten erforderlicher Lymphen, ähnlicher Medikamente, sowie auch von Verbandstoffen.

**Prinz von Arenberg,** Berlin, bittet den Referenten, bei der Beantragung staatlicher Unterstützungen im Plenum auch die ärztliche Mission zu erwähnen.

Pfarrer D. **Grundemann,** Mörz, hebt hervor, dass in der ärztlichen Missionstätigkeit jeder Kolonialfreund dem Missionswerke ohne weiteres zustimmt. Vielfach hält man sonst in Kolonialkreisen die Missionssache für vergeblich, da die Eingeborenen die abstrakten Lehren des Christentums nicht verstehen könnten. Aber die Missionare bringen in erster Linie nicht Lehren, sondern Keime neuen Lebens. Und was sie bringen, wird durch die Werke der Barmherzigkeit auch noch so tief stehenden Völkern verständlich gemacht. Die Wirkungen der ärztlichen Mission gehen deutlich dahin, dem Verderben der heid-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nischen Völker, wie es sich in hygienischer Beziehung äussert, Einhalt zu tun und die Volksgesundheit zu befördern, deren Bedeutung für die Entwickelung unserer Kolonien nicht fraglich sein kann. Die Massregeln zur Beförderung der ärztlichen Mission, wie sie von dem Vorredner angedeutet sind, verdienen eingehende Berücksichtigung.

Pater **Classen,** Hünfeld, spricht dem Referenten den Dank der katholischen Missionare aus. Die ärztliche Mission ist zwar in den katholischen Missionen nicht so organisiert wie in den evangelischen, aber es geschieht auch hier ungeheuer viel. Nicht nur unter den Jesuiten (die der Redner einzig erwähnte), sondern unter allen katholischen Missionsgesellschaften gibt es Mitglieder, die ärztlich gebildet sind. Namentlich muss hervorgehoben werden, dass einen guten Teil der Aufgaben der ärztlichen Mission die katholischen Missionsschwestern leisten, zumal, was die Frauenpflege betrifft. In den Missionen der „weissen Väter" am Tanganyikasee sind mehrere eingeborene Ärzte tätig, welche auf der Universität von Malta ausgebildet worden sind und die Missionsarbeit kräftig unterstützen. Auf jeder Missionsstation ist eine Apotheke, in welcher Heilmittel unentgeltlich verabreicht werden. Letzteres gilt nicht nur von den Missionen der „weissen Väter", sondern auch von jenen sämtlicher katholischer Missionsgesellschaften.

Pfarrer **Paul,** Lorenzkirch bei Strehla (Sachsen), schlägt auf die Anregung des Prinzen von Arenberg hin die Fassung der Resolution II in folgender Form vor: „ihnen bei ihrer gemeinnützigen Arbeit, besonders auf dem Schulgebiet, bei der ärztlichen Tätigkeit sowie im gewerblichen Unterricht, aber auch bei Drucklegung wertvoller Sprach- oder auf die koloniale Wissenschaft bezüglichen Arbeiten finanzielle Unterstützung gewährt." Er erklärt sich bereit, namens der Sektion diese Fassung in der Plenarversammlung zu beantragen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Behandlung der Polygamie in unseren Kolonien.

Von Professor P. **W. Schmidt,** Mödling bei Wien.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Das grundlegende Gebilde, gewissermassen die Zelle jedes gesellschaftlichen Organismus ist die Familie, und zwar die Familie im konkreten Sinne als Familienhaushalt, die familia im Sinne der Römer als Gesamtheit auch der eventuellen Dienerschaft, der famuli. Wo immer eine Krankheit dieses Grundelement ergreift, werden die schädlichen Folgen davon sich am ganzen gesellschaftlichen Organismus fühlbar machen. Zwei weitverbreitete Krankheiten dieser Art sind die Sklaverei und die Polygamie. Wo nur eine von beiden herrscht, ist damit ein bedeutendes Hindernis kultureller Entwickelung vorhanden, um so mehr, wenn sich beide vereint vorfinden. Wir haben unter unseren Kolonien keine, in denen nicht wenigstens eines dieser beiden Kulturhindernisse anzutreffen wäre; in den meisten sind beide vorhanden.

Über die Sklaverei und die dagegen gerichtete Bewegung ist schon gestern in ausgezeichneter Weise von Herrn Provinzial-Pater Acker auf unserm Kongress geredet worden. Über das andere Kulturhindernis, die Polygamie, habe ich heute die Ehre, zu Ihnen zu sprechen. Von manchem anderen abgesehen, bin ich auch gewiss in dem Punkte gegenüber meinem geehrten Herrn Vorredner im Nachteil, dass er hinweisen, sich stützen konnte auf eine schon seit langem vorhandene, sichtbare, starke Bewegung mit sichtbaren Erfolgen, die sich der Sympathien und der tätigen Beihilfe der gesamten zivilisierten Welt erfreut und in all dem auch schon eine gewisse Bürgschaft für den endlichen Erfolg ihrer Bemühungen vorweisen kann. Auf eine solche offene Bewegung vermag ich nicht hinzuweisen. Gewiss ist die Polygamie in nicht geringerem Masse als die Sklaverei dem sittlichen Empfinden der gesamten christlichen Kulturwelt entgegengesetzt, wie das ja auch die Strafgesetze derselben deutlich zum Ausdruck bringen. Ein jeder Versuch, in ihrer Mitte selbst die Polygamie zur Aufnahme zu bringen, würde entschiedenen Widerstand finden, auf welche Gründe auch immer er sich stützen würde; die Mormonen in den Vereinigten Staaten haben das ja deutlich genug erfahren. Aber weiter als bis zu dieser blossen Defensive ist die Ablehnung der Polygamie kaum irgendwo vorgeschritten. Während wir eine starke Antisklavereibewegung haben, die zahlreiche aggressive



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vorstösse machen konnte, ist von einer Antipolygamiebewegung nichts zu bemerken. Schon das Wort „Antipolygamiebewegung" mutet uns ganz seltsam an, als sei so ein Ding überhaupt gar nicht möglich.

Und in der Tat, aufrichtig gesagt, ich glaube auch nicht, dass es jemals eine Antipolygamiebewegung wirklich geben wird, wenigstens nicht in dem Sinne, wie wir von einer Antisklavereibewegung sprechen können. Diese letztere, ja, das war und ist wirklich eine Bewegung, von Hunderttausenden und Millionen Menschen ausgehend, sich offenbarend in unzähligen glänzenden Versammlungen, in der Aufbringung grossartiger Geldmittel, der Ausrüstung ganzer Expeditionen zur Bekämpfung der Sklavenjäger u. a. m., und als damals Kardinal Lavigerie durch ganz Europa eilte, um mit seiner feurigen Beredsamkeit zum Kampfe gegen die Sklaverei aufzufordern, da schien es ja beinahe, als sei die jugendliche Begeisterung der Kreuzzüge wieder über Europas Völker gekommen. In dieser Art wird es nie eine Antipolygamiebewegung geben. Es gibt hier keine Szenen zu schildern, wie die krassen Formen der Sklaverei sie besonders in Afrika boten, verwüstete Dörfer, auseinandergerissene Familien, gepeitschte, ausgehungerte, niedergeschossene Sklaven, Szenen, die das Mitgefühl der grossen Massen aufs höchste steigern konnten. Was es hier an hässlichen Folgen aufzuzählen gibt, das lässt sich vor der grossen Masse überhaupt nicht erörtern. Jedermann empfindet es, dass diese Angelegenheit eine viel feinere, viel intimere ist, dass sie viel tiefer in das eigentlich sittliche Gebiet hineingreift, als die Sklavereifrage, deren Schwierigkeiten mehr die der gröberen, wirtschaftlichen Art sind, welche die Polygamiefrage indes auch noch obendrein zu tragen hat. Man sagt es sich auch selbst, dass wenn schon die Sklaverei kaum irgendwo durch eine noch so grosse Begeisterung auf einen Schlag ohne bedenkliche Folgen aufgehoben werden kann, dies noch vielmehr von der Polygamie gilt. Man sieht also voraus, dass die ganze Aktion sich durch lange Zeit hinziehen wird, und der Erfolg nur bei vieler Umsicht und grosser Geduld zu erwarten ist. Für Ziele dieser Art ist es schwer, eine grosse Bewegung ins Leben zu rufen, noch schwerer, die ins Leben gerufene lebendig zu erhalten.

Aber bedarf man denn, wenn man grosse Ziele erreichen will, immer erst auch solcher grossen Bewegungen? Mit anderen Worten, sollen Ziele, für die eine solche Bewegung nicht vorhanden ist oder überhaupt nicht erregt werden kann, wirklich von vornherein als aussichtslos zu betrachten sein? Gibt es nicht Ziele so heikler, ich möchte fast sagen, so zart gebrechlicher Natur, dass sie durch solche starke Bewegungen, die schon ihrem Wesen nach immer etwas Ungestümes an sich haben, eher gefährdet als gefördert werden, Ziele, die aber sehr gut verwirklicht werden können durch Männer, die zwar ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ring an Zahl, aber von der Notwendigkeit, das Ziel zu erreichen, tief durchdrungen und zugleich fest entschlossen sind, alle dafür zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden? Von diesem Gesichtspunkte aus spricht alles das, was ich vorhin gegen die Bekämpfung der Polygamie zu sagen schien, in Wirklichkeit nicht gegen sie, sondern charakterisiert sie nur als ein Ziel der letzteren Art, zu dessen Erreichung es keiner sogenannten Bewegung, sondern nur einer Anzahl solcher Männer bedarf, wie ich sie geschildert.

Und wo nun könnte es eine günstigere Gelegenheit geben, eine hinreichende Anzahl solcher Männer anzutreffen, als gerade auf einem Kongress, wie derjenige ist, zu dem wir uns hier versammelt haben? Es wird nur darauf ankommen, dass diese Männer sich auch wirklich zusammenfinden, nicht bloss in äusserem Nahesein, sondern auch in innerer Übereinstimmung sowohl hinsichtlich des Zieles, das erreicht werden soll, als auch der Mittel zu demselben und ihrer Anwendung. Gerade solche Ziele, an deren Erreichung voraussichtlich längere Zeit hindurch gearbeitet werden muss, erfordern um so mehr, dass die ganze Arbeit nach einem einheitlichen, wohldurchdachten Plan unternommen werde, damit nicht durch Uneinigkeit die ohnehin schon bedeutenden Schwierigkeiten noch vermehrt, und der Enderfolg noch weiter hinausgeschoben werde.

Bezüglich des Zieles selbst herrscht ganz gewiss allseitige Übereinstimmung, soweit es auf die Verwerfung der Polygamie im allgemeinen ankommt, und auch wohl noch insoweit, dass man die Abschaffung derselben auch in unseren Kolonien als wünschenswert erklärt. Es wäre deshalb auch überflüssig, die Gründe, welche gegen die Polygamie sprechen, hier noch erst wieder anzuführen. Nur eine Erwägung wirtschaftlicher Natur sei mir gestattet kurz ins Gedächtnis zurückzurufen, weil sie gerade für unsere kolonialen Verhältnisse von Bedeutung ist. Die deutschen Kolonien liegen zum weitaus grössten Teil unter dem Tropenklima, wo Europäer zu körperlichen Arbeiten gar nicht oder nur in beschränktem Masse gebraucht werden können. Wir haben also schon aus diesem Grunde alle Ursache, die einheimische Bevölkerung überall zu erhalten, weil sie allein die landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitskräfte liefern kann. Nun ist dieselbe aber an vielen Stellen unserer Kolonien in deutlicher Abnahme begriffen. Die Gründe davon sind mehrfacher Art; es ist aber kein Zweifel, dass die Polygamie und der durch sie geförderte sittliche Verfall mit dazu gehören. Die Bekämpfung der Polygamie, die Einführung geordneter christlicher Eheverhältnisse wird also auch in dieser Hinsicht unseren Kolonien zum Segen gereichen. Ich darf ferner wohl darauf hinweisen, dass die Polygamie bei normalen Bevölkerungsverhältnissen überhaupt un-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

möglich ist. Unter normalen Verhältnissen werden überall auf der Welt die annähernd gleiche Anzahl männlicher und weiblicher Individuen geboren. Wo nun die Polygamie in weiterem Umfange herrscht, ist entweder die Anzahl der männlichen Individuen bedeutend geringer, ein solcher Zustand kann aber sowohl in seinen Gründen wie in seinen Folgen für die sittlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur äusserst schädlich sein. Oder aber die Zahl der erwachsenen männlichen und weiblichen Individuen ist auch gleich. Dann muss die ausserdem benötigte Anzahl der Weiber durch Raub und Kauf von aussen genommen werden, oder aber eine grosse Anzahl Männer wird auf eine gewaltsame Weise an der Eingehung der Ehe gehindert; in beiden Fällen aber ergeben sich Zustände, die sowohl in ihren allgemeinen sittlichen, als auch direkt kriminellen Folgen gewiss nicht zur gedeihlichen Entwickelung einer Kolonie beitragen werden. Auch das sind also Gründe, die Abschaffung der Polygamie in unseren Kolonien durchaus als wünschenswert erscheinen zu lassen.

Besteht nun bis hierhin Übereinstimmung, so erhebt sich vielleicht schon der Dissens bei der Frage, ob die Abschaffung der Polygamie überhaupt auch ausführbar sei. Ich glaube hier zunächst ein Bedenken theoretischer Art berücksichtigen zu sollen. Dasselbe ist der Völkerkunde entnommen. Es ist ja nur zu begrüssen, dass die Bedeutung der Völkerkunde auch für die koloniale Praxis immer mehr anerkannt wird. Aber es muss doch auch darauf hingewiesen werden, dass man die Lehren der Völkerkunde auch missverstehen kann. Ein solches Missverständnis scheint mir hier vorzuliegen. Die Völkerkunde hat uns u. a. gelehrt, mehr als früher die Eigenart jeder Kulturstufe und jedes Volkes zu beachten, sie hat uns die Erkenntnis vermittelt, dass wenigstens die wichtigeren Erscheinungen im Leben eines Volkes ein organisches Ganzes bilden, dessen einzelne Glieder sich gegenseitig beeinflussen und bedingen. Aus diesen tatsächlich richtigen Sätzen leitet man nun im vorliegenden Falle ab, die Polygamie sei eine notwendige Begleiterscheinung gewisser Kulturstufen, man werde sie nicht beseitigen können, so lange nicht überhaupt die Entwickelung dieser Völker weiter gediehen sei. Ich hoffe, Sie werden es nicht für überflüssig halten, dass ich Bedenken so theoretischer Natur hier berücksichtige. Die Theorien sind doch mächtiger, als man glaubt. Bei der immer grösseren Verbreitung, welche die Theorien der Völkerkunde in den Kreisen unserer Gebildeten erlangen, kann es gar nicht ausbleiben, dass auch besonders unsere Beamten und Offiziere, die einmal in den Kolonien oder für dieselben zu wirken berufen sind, von diesen Theorien und allerdings auch von deren Missverständnissen beeinflusst werden. Und ich müsste

mich sehr irren, wenn die soeben gekennzeichnete Einwendung nicht auch gerade von dort aus schon ausgesprochen wäre. Die Antwort auf dieselbe ist nicht schwer zu finden. Führen wir nicht z. B. auf Neu-Guinea die Eingeborenen ohne Bedenken aus der Steinzeit in eine hochentwickelte Eisenzeit hinein, ohne sie erst alle die sonst dazwischenliegenden Stufen durchlaufen zu lassen? Treten wir nicht überall mit strengen Strafen auf gegen Blutrache und Stammesfehden, ohne Rücksicht darauf, ob diese Dinge Begleiterscheinungen einer gewissen Kulturstufe sind? Hier liegt ein nicht genügendes Erfassen der völkerkundlichen Lehren vor. Was wir aus der Völkerkunde bezüglich der Bekämpfung der Polygamie lernen können, ist, dass wir dabei nicht schablonenhaft und nicht rücksichtslos vorgehen.

Ein anderes Bedenken, mehr praktischer Natur, erhebt sich in der Frage, ob die Abschaffung der Polygamie in allen unseren Kolonien durchführbar sei. Die Bekämpfung der Polygamie ist mehr oder minder aussichtslos dort, wo die eingeborene Bevölkerung in grossen einheitlichen Staatsverbänden lebt, deren Gesetze die Polygamie garantieren, oder wo sie einer mächtigen Religionsgemeinschaft angehören, welche die Polygamie religiös sanktioniert, und wenn dazu dann noch die christliche Kolonialmacht diesen starken Einheiten mit relativ geringen Kräften gegenübersteht. In einer solchen Lage befindet sich z. B. England in Indien; dasselbe wird dort auch wohl zunächst nicht daran denken, etwas gegen die Polygamie zu unternehmen. In den deutschen Kolonien aber findet sich jedenfalls das erste der beiden genannten Kennzeichen der Aussichtslosigkeit nicht, es gibt hier nirgendwo grosse Staatengebilde, sondern überall nur kleine zusammenhanglose und auch in sich vielfach noch lose organisierte Horden- und Stammbildungen. Auch festorganisierte grosse religiöse Einheiten sind in unseren Kolonien nicht anzutreffen. Man könnte hier höchstens an Ostafrika denken mit seiner teilweise mohammedanischen Bevölkerung. Aber wenn ich nicht irre, fehlt eine eigentliche religiöse Organisation dort in hohem Grade, und die Anhänglichkeit an den Islam ist stellenweise keine besonders begeisterte. Immerhin kann zugegeben werden, dass aus diesem Grunde in Ostafrika die Abschaffung der Polygamie am meisten Schwierigkeiten bieten wird. Es verstärkt sich aber von da aus auch die Notwendigkeit, sowohl dort als auch anderswo, besonders auch in Togo, die Begünstigung der Mohammedaner nicht soweit gedeihen zu lassen, dass sie neben der Gefahr politischer Verwickelungen auch in der hier besprochenen Angelegenheit die Schwierigkeiten erhöhen.

Ist nun dargetan, dass nirgendwo in unseren Kolonien eine absolute Unmöglichkeit sich entgegenstellt, so handelt es sich jetzt an zweiter Stelle darum, Übereinstimmung zu erzielen in der Wahl der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mittel, durch welche das Ziel erreicht werden soll. Dieselben sind verschieden je nach den Faktoren, welche bei dem ganzen Werk mitzuwirken haben.

Da fürchte ich nun keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich sage, dass an erster Stelle zu dieser Arbeit berufen sind die Missionare. Sie sind die entschiedensten, bedingungslosen Gegner der Polygamie, sie können in ihrem Wirkungskreis der Polygamie auch nicht einmal Duldung angedeihen lassen. Solange und insoweit die Polygamie herrscht, können sie nicht zu dem Endziel ihrer Bemühungen gelangen, die Eingeborenen in die christliche Religionsgemeinschaft aufzunehmen. Sie haben also das lebhafteste Interesse an der Bekämpfung derselben. Sie bedürfen auch gar keiner Anweisung in Bezug auf das Ziel, das erreicht werden soll, noch auch einer Belehrung über die Mittel, die sie dabei verwenden sollen, und aus diesem Grunde kann ich auch durchaus davon Abstand nehmen, hier näher darauf einzugehen, in welcher Weise sie sich an der Bekämpfung der Polygamie beteiligen sollen.

Die Bedeutung, welche die Missionstätigkeit in dieser Angelegenheit hat, wird kaum irgendwo zu gering angeschlagen. Im Gegenteil hat man Ursache, sich zu beklagen, dass sie an manchen Stellen zu hoch eingeschätzt werde. Die Ansicht nämlich, dass die Missionare vorzüglich die Bekämpfung der Polygamie zu leisten hätten, hat sich nämlich bei manchen dahin erweitert, dass den Missionaren allein das obliege, und andere Faktoren so ziemlich der Sorge dafür überhoben seien. Diese Ansicht, soviel Ehre sie auch den Missionaren zu erweisen scheint, muss aber doch sowohl als unrichtig wie als ungerecht bezeichnet werden. Sie ist unrichtig; denn bei der Polygamie sind nicht bloss sittliche, sondern auch juristische und wirtschaftliche Verhältnisse von Bedeutung, welche beiden letzteren aber nur bis zu einem minimalen Grade dem Einfluss der Missionare unterstehen. Diese Ansicht ist auch ungerecht; denn wenn die Abschaffung der Polygamie nach den verschiedensten Seiten hin grosse Vorteile bringt, so ist es nicht nobel, diese Vorteile wohl einheimsen, zur Erlangung derselben aber nicht mitarbeiten zu wollen, sondern den Missionaren allein die mühsame Arbeit zu überlassen. Ich füge noch eine andere Erwägung hinzu. Es herrscht so ziemlich Einhelligkeit in der Anerkennung des hohen Wertes der Missionstätigkeit selbst auch für die mehr materielle Seite der kolonialen Entwickelung. Es ist aber klar, dass die Missionstätigkeit ihren zivilisatorischen Einfluss um so schneller und stärker entfalten kann, je grösser die Empfänglichkeit der Eingeborenen für die christliche Lehre ist. Eines der grössten Hindernisse aber hierin ist zugestandenermassen die Polygamie. Wenn nun auch die Missionare

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vertrauen, selbst dieses Hindernis überwinden zu können allein durch die innere Kraft des Christentums, so verhehlen sie es sich jedoch nicht, dass das nur mit grossen Anstrengungen und nicht in kurzer Zeit geschehen kann. Es ist aber klar, dass in der ganzen langen Zeit dieses mühevollen Kampfes der positive zivilisatorische Einfluss der Missionstätigkeit nur in gehemmter und geminderter Weise sich geltend machen kann. Alle diejenigen Faktoren also, welche ein Interesse daran haben, dass dieser Einfluss schnell und ungehindert zur Geltung komme, die dürfen auch nicht die Missionare in dem schwierigen Kampfe gegen die Polygamie alleinstehen lassen, sondern müssen sie — eben auch im eigenen Interesse — unterstützen mit allen Mitteln, die auch ihnen zu Gebote stehen.

Welches sind nun diese Faktoren, und welches sind die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen? Ich denke, dahin gehören zunächst alle Privatpersonen und Privatgesellschaften, die mit den Kolonien in Beziehung stehen oder selbst sich dort befinden, unsere Kaufleute, Pflanzer, Ärzte und auch die Beamten und Offiziere, insoweit man von ihrem amtlichen Charakter absieht. Es ist hier schon eine Art Mitwirkung von ihrer Seite, wenn sie der ganzen Angelegenheit mit Wohlwollen gegenüberstehen, sich nicht zu Verbreitern entgegengesetzter Ansichten und Bestrebungen machen, und vor allem, wenn sie nicht, falls sie sich selbst in der Kolonie befinden, in sonderbarer Kondeszendenz in diesem Punkte die Sitten einer niedrigeren Kulturstufe annehmen, wie das, nach verbürgten Berichten zu urteilen, in mehreren Fällen vorgekommen zu sein scheint. Als sehr wertvolle positive Mitarbeit aber muss das Beispiel eines geordneten christlichen Familienlebens gelten, und so gewinnt es auch von diesem Standpunkt aus erhöhten Wert, wenn es unseren Beamten und Offizieren ermöglicht wird, ihre Gattinnen mit sich zu nehmen, und um so grössere Anerkennung verdienen jene tapferen Frauen, die den Mut besitzen, ihren Gatten in die Unbequemlichkeiten und Gefahren des Koloniallebens zu folgen. Auch das wäre als Unterstützung zu begrüssen, wenn die Europäer bei ihren Bediensteten und Angestellten polygame Verhältnisse nach Möglichkeit untersagten. Überhaupt wer wirkliches Interesse für diese Angelegenheit hat, findet gewiss schon oft Mittel und Gelegenheit, für dieselbe etwas zu tun, wenn es auch im Einzelfalle nicht viel wäre, vielleicht nur ein paar Worte der Belehrung; aber steter Tropfen höhlt auch hier den Stein.

Wenn nun auch diese von privater Seite ausgehende Unterstützung in keiner Weise gering anzuschlagen ist, so ist doch zu betonen, dass sie allein keine genügende Ergänzung der diesbezüglichen Tätigkeit der Missionare bilden kann. Es geht nicht an, auf die Bei-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hilfe auch der offiziellen staatlichen Behörden zu verzichten. Es würde schon ungemein lähmend auf die von den Missionaren und von privater Seite ausgehenden Bemühungen einwirken, wenn die Eingeborenen sähen, dass in einer so wichtigen Angelegenheit die Regierung sich gleichgiltig und untätig verhielte. Die weitere Tatsache aber, dass die Eheschliessung bei den Eingeborenen, wie überall auf der Welt, bedeutsame Folgerungen im Personen- und Vermögensrecht nach sich zieht, teilt der Regierung ganz unabweislich eine bedeutende Rolle in dieser ganzen Aktion zu.

Mehr als bei den anderen Faktoren ist nun hier bei dem Vorgehen der Regierung Folgerichtigkeit und Stetigkeit in allen Massnahmen notwendig. Ich bin überzeugt, dass unsere klugen und erfahrenen Kolonialbeamten schon leicht die entsprechenden Mittel der Regierung zum Vorschlag bringen und die von ihr genehmigten mit Umsicht und Beharrlichkeit anwenden können. Gleichwohl wird es erlaubt sein, auch hier in unmassgeblicher Weise einige Vorschläge zu machen.

Man könnte die ganze Aktion füglich in drei Stadien einteilen: Das erste Stadium das der Duldung, das zweite dasjenige des teilweisen direkten Einschreitens, das dritte das der völligen Aufhebung. Das erste Stadium, das der Duldung, müsste jedenfalls so lange dauern, bis durch Belehrung in Wort und Beispiel die Empfindung der Eingeborenen für die sittliche und soziale Minderwertigkeit der Polygamie einigermassen geweckt worden wäre. Mehr als Duldung aber dürfte auch in diesem ganzen Stadium der Polygamie nicht zu teil werden. Sie dürfte niemals durch irgend einen positiven Akt der Verwaltung oder Rechtsprechung anerkannt werden; die aus polygamen Verhältnissen hervorgehenden Rechtsstreitigkeiten wären der Schlichtung und Rechtsprechung der Eingeborenen zuzuweisen. Ich sage hier mit Absicht nicht, überhaupt die eherechtlichen Streitigkeiten, sondern nur die aus polygamen Verhältnissen hervorgehenden; es wäre im Gegenteil gut, wenn die aus monogamen Verhältnissen sich ergebenden Rechtsstreitigkeiten zur Schlichtung übernommen würden, um so auf eine recht augenfällige Weise die Höherstellung der monogamen gegenüber den polygamischen Verhältnissen hervortreten zu lassen. Auch sonst sollte dazu jede Gelegenheit benützt werden; bei Bewerbungen um Regierungsanstellungen sollten monogame Bewerber den polygamen vorgezogen werden, alle auf Abschaffung der Polygamie abzielenden Bestrebungen der Privaten und Missionare müssten von der Regierung tunlichst unterstützt werden, so dass schliesslich der eingeborenen Bevölkerung kein Zweifel darüber bleiben könnte, dass die Regierung im Prinzip die Polygamie verwerfe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Im zweiten Stadium, dem des teilweisen direkten Einschreitens, zieht die Regierung nach Möglichkeit die gesamte Ehegesetzgebung vor ihr Forum. Sie duldet auch jetzt noch die polygamen Verbindungen, aber sie gewährt ihnen nicht nur keinen Rechtsschutz mehr, sondern spricht ihnen im Gegenteil die Rechtsfolgen positiv ab. In rechtlicher, besonders auch vermögensrechtlicher Beziehung betrachtet sie die nach der ersten Frau, oder wo das Institut der Hauptfrau besteht, die nach dieser hinzugenommenen Frauen nicht als Ehefrauen; die von ihnen geborenen Kinder besitzen kein Erbrecht, sondern nur Recht auf Alimentation. Auf solche Weise würden zunächst die einheimischen Frauen und deren Eltern abgeschreckt, sich in polygame Verbindungen einzulassen. Zu bedauern ist nur, dass hierbei die ungünstigen Folgen so ziemlich ausschliesslich die Frauen treffen. Es wäre in noch höherem Grade wünschenswert, eine Massregel zu haben, die auch den polygamen Mann in empfindlicher Weise träfe. England beginnt in Südafrika damit, für die zu der ersten Frau hinzugenommenen Weiber eine Steuer aufzulegen. Für den ersten Blick hat diese Massregel etwas Bestechendes. Aber bei näherem Zusehen sagt man sich doch, dass sie der in den europäischen Staaten geübten Besteuerung der Prostitution zu ähnlich sieht und ganz die gleiche Gehässigkeit und Fragwürdigkeit des Erfolges an sich trägt wie diese. Bei den ungebildeten und halbgebildeten Eingeborenen läge die Gefahr noch viel näher, dass sie nach Entrichtung der Steuer ihre polygamen Verbindungen jetzt geradezu als gesetzlich legitimiert betrachten würden. Ich möchte also diese englische Massregel hier nur angeführt haben, um sie sogleich als unzweckmässig und in hohem Grade bedenklich zu verwerfen. Aber ich wiederhole, es bliebe wünschenswert, dass hier eine auch die Männer empfindlich treffende Massregel vorhanden wäre, nur wüsste ich keine solche zu nennen. Vielleicht könnte einigermassen dafür gelten, dass die schon in der ersten Periode geübte Bevorzugung der monogamen Bewerber für die Regierungsanstellungen in diesem Stadium erweitert würde bis zum völligen Ausschluss der Polygamisten sowohl von den eigentlichen Regierungsämtern, als auch nach Möglichkeit von den autonomen Stellen, wie z. B. der Dorfhäuptlingsschaft.

Das dritte Stadium endlich ist das der völligen Aufhebung. Es würde eintreten, wenn alle die voraufgegangenen Massregeln eine entsprechende Wirkung gehabt hätten, wenn die Häufigkeit der Polygamie sich gemindert und die Zahl der monogamen Ehen einen gewissen Prozentsatz erreicht hätte. Die Polygamie wäre von da an mit Strafe belegt, entweder der gleichen wie die Bigamie in Europa, oder einer anderen, wenn man diese für wirksamer hielte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dass die Herbeiführung dieses letzten Stadiums wirklich möglich, dass sie nicht eine blosse Utopie oder doch erst nach unabsehbar langer Zeit zu erwarten sei, ergibt sich aus der Tatsache, dass es wenigstens eine Kolonie gibt, wo dasselbe bereits durchgeführt ist. Ich lese in der Augustnummer der Zeitschrift „Die katholischen Missionen" von diesem Jahre (S. 259) die folgende Notiz über den Distrikt der Ibos im Nigergebiet: „Eine weitere Verfügung (der englischen Kolonialregierung) betrifft die Regelung der Ehe und den Frauenhandel. Jede Kirche und jeder Militär- und Zivilposten hat seine Register, worin das Datum der Eheschliessung, die Namen der beiden Teile, Alter, Handwerk, Dorf, Eltern, sowie die Namen der beiden Zeugen einzutragen sind. Wer sich der Bigamie schuldig macht, wird mit fünf Jahren Kerker bestraft. Die gleiche Strafe trifft jene, die sich mit einer schon verehelichten Frau zu Lebzeiten ihres Mannes verheiraten. Auf falsche Angaben in Ehesachen steht ein Jahr Gefängnis." Das ist eine Kolonie, die so ziemlich mitten zwischen zweien unserer Kolonien, Togo und Kamerun, liegt, in denen beiden jetzt allerdings noch die Polygamie sehr im Schwange ist. Aber was bei den Ibos jetzt schon möglich ist, warum sollte sich das nicht auch in unseren Gebieten in absehbarer Zeit möglich machen lassen? Ich hebe auch noch besonders hervor, dass es gerade England ist, das hier so energische Massregeln gegen die Polygamie ergreift und auch in Südafrika den Kampf gegen dieselbe aufzunehmen entschlossen scheint. Man könnte ja bei uns die Einwendung machen, wir als jüngster Kolonialstaat könnten uns in solche dazu auch noch ziemlich schwärmerische Experimente in unseren Kolonien nicht einlassen. Wenn aber das an Kolonien und kolonialen Erfahrungen reichste Land der Welt an diese Sache so entschieden herantritt, so kann man ja wohl sicher sein, dass das keine gewagten Experimente mehr sind, und was die Schwärmerei angeht, so glaube ich nicht, dass irgend jemand gerade den Engländern ein zu grosses Mass davon zutraut, wenigstens nicht in Kolonialangelegenheiten.

Ich stehe am Schlusse meiner Ausführungen. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen gefunden, dass dieselben zu nüchtern, fast geschäftsmässig ruhig gewesen seien und der nötigen Begeisterung ermangelt hätten. Ich habe sie mit Absicht so ruhig gehalten, um von vornherein dem Vorwurf zu begegnen, als suche ich über die Schwierigkeiten einer so heiklen Sache mit rednerischem Pathos hinwegzutäuschen. Wollen Sie aber aus dieser Ruhe nicht schliessen, dass ich empfindungslos sei gegen die Grösse und Bedeutung des Gegenstandes, über den ich jetzt vor Ihnen zu sprechen die Ehre hatte. O nein, ich bin aufs tiefste davon durchdrungen, dass es sich hier um eine zivilisatorische Tat ersten Ranges handelt, durch welche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wiederum weite Länderstrecken dem christlichen Lebensideal gewonnen würden, um ein Werk des edelsten Fortschrittes, das nicht verfehlen kann, mächtig beizutragen zur inneren Beglückung, zur sittlichen Hebung, zur sozialen Gesundung und selbst zum materiellen Vorteil unserer Schutzbefohlenen in den Kolonien und durch all das auch zum Ruhm und Nutzen unseres teuren Vaterlandes selbst.

Missions-Inspektor **Oehler,** Basel: Die Regierung muss diese aufs tiefste in das Leben eingreifende Angelegenheit sehr vorsichtig anfassen. Ich erinnere namentlich an das starke mohammedanische Element in unseren afrikanischen Kolonien. Seine Antipathie gegen die Regierung würde bedeutend gesteigert durch eine schroffe Haltung gegen die Polygamie. Ein Vorgehen der Regierung könnte hauptsächlich auf dem Gebiet geschehen, wo sich die Polygamie mit der Sklaverei berührt, also durch Massregeln gegen Verkauf und Vermietung von Frauen und Töchtern. Aber die heutigen Verhältnisse empfehlen ein tiefergreifendes Einschreiten der Regierung noch nicht. Die Hauptsache wird auf diesem Gebiet, wie bisher, durch die Mission zu geschehen haben.

Es ist zu unterscheiden zwischen der Polygamie in den verschiedenen Ländern. In China (Kiautschou) wird die Regierung kaum Veranlassung haben gegen die Polygamie einzuschreiten. Ganz anders liegen die Dinge in unseren afrikanischen Kolonien. Die Polygamie ist hier mit eine Ursache, warum die Freien schwerer für die Arbeit zu gewinnen sind. Die Arbeit ist Sache der Weiber und der Sklaven und deswegen nicht Sache des freien Mannes. Noch schlimmer aber sind die entsetzlichen sittlichen Zustände, die sich, wenigstens in Westafrika, an die Polygamie knüpfen. In Kamerun gelten Weiber und Kinder als das Vermögen der Männer, über das sie frei verfügen. Weiber und Töchter werden nicht nur verkauft, sondern auch für Jahre vermietet. Kinder, die aus solchem Mietsverhältnis hervorgehen, gehören nicht dem natürlichen Vater, sondern dem Eigentümer ihrer Mutter. Das Interesse, die Polygamie zu beseitigen, ist daher dort ein grosses, auch für die Regierung.

Aber wie ist vorzugehen? Die Polygamie ist ein schwieriges, wenn nicht das schwierigste Missionsproblem. Die Missionen beider Konfessionen sind in der Bekämpfung der Polygamie eins, und sie haben hier durch ihre Geduldsarbeit schon schöne Erfolge errungen. Die Basler Mission auf der Goldküste hat dort eine heidenchristliche Kirche von 18 000 Seelen, in der die Polygamie abgetan ist. Und sie ist nicht nur tatsächlich abgetan, sondern auch der Geist unserer Kirche dort ist dagegen. Wenn wir heut eine laxere Praxis dort

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einführen wollten, hätten wir den Geist der Gemeinden wider uns. Also die Hauptarbeit hat bei dieser Frage die Mission zu tun.

Missions-Direktor **von Schwartz,** Leipzig: Ein rechtlicher Unterschied zwischen polygamischen und monogamischen Verhältnissen wird nicht gemacht werden dürfen, wenn man nicht die Gefahr herauf beschwören will, dass auf der Seite der Polygamisten schlimmere Dinge geschehen. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, dass England, das doch nicht der Schwärmerei verdächtig sei, gesetzlich gegen die Polygamie vorgehe. Aber öfters bemerkt man es, dass die englische Gesetzgebung auf die bestehenden Verhältnisse nicht genügend Rücksicht nimmt. In Indien z. B. fördert England durch die Strenge der Gesetzgebung in Ehescheidungs-Sachen das Konkubinat. Das Wort unseres Heilandes über die Herzenshärtigkeit des natürlichen Menschen, die Mosen bewogen hat, zu gestatten, was an sich dem Ideale nicht entspricht, sollte nicht übersehen werden. So lange es der Mission nicht gelungen ist, die Herzen zu ändern, wird es ratsam sein, mit gesetzlichem Eingreifen recht vorsichtig zu sein.

Pfarrer **Cleve,** Berlin, will die Polygamie in Deutsch-Ostafrika mehr unter wirtschaftlichem als unter juristischem Gesichtspunkt betrachtet wissen. Die Polygamie wäre hier nur dann wirksam zu bekämpfen, wenn man den Eingeborenen die Möglichkeit geben könnte, ihre Ersparnisse anders anzulegen als im Kauf von Weibern und Sklaven. In der Theorie sind die Schwarzen für die Monogamie.

Pfarrer **Diestelkamp,** Berlin, betont das Vorbild der verheirateten Kolonialbeamten und wünscht, dass mehr verheiratete Beamte in die Kolonien gehen.

Kontre-Admiral z. D. **Strauch,** Friedenau: Die Meinung vieler, dass die Polygamie das Gute habe, die Bevölkerung zu vermehren, ist hinfällig. Die Frauen in solchen polygamischen Ehen werden derartig durch die schwere Arbeit, die sie zu leisten haben, geschwächt, dass sie kräftige und gesunde Kinder meist nicht erhoffen lassen. Ohne nachdrückliches Dringen auf Monogamie kann ein Volk nicht zur Arbeit erzogen werden.

Missions-Inspektor **Schreiber,** Bremen: Die Mängel im sittlichen Verhalten vieler Europäer erschweren die Bekämpfung der Polygamie unter den Eingeborenen wesentlich. Recht bedenklich sind die Ratschläge, welche Professor Dr. Plehn in seinem sonst trefflichen Buche: „Tropenhygiene mit spezieller Berücksichtigung der deutschen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonien. Ärztliche Ratschläge für Kolonialbeamte, Offiziere, Missionare, Expeditionsführer, Pflanzer und Faktoristen. Zwanzig Vorträge, gehalten am Seminar für orientalische Sprachen, Winter-Semester 1900/01" S. 240 Zeile 13ff, gibt.

Die sexuelle Frage wird hier lediglich von medizinischem Standpunkte aus betrachtet, die Befriedigung des Geschlechtstriebes wird, unter Beiseitelassung aller Moral und Ästhetik, als „nützlich" empfohlen. Diese Behauptung, welche, obwohl ganz unerwiesen, unseren jungen Kolonialbeamten von autoritativer Stelle im Seminar für orientalische Sprachen in den Vorlesungen über Tropenhygiene vorgetragen wird, verdient ebenso scharfe Zurückweisung wie der Rat zur Heirat auf Zeit. Im Gegenteil, die Enthaltung in Baccho et Venere ist für einen jungen Mann sehr nützlich. Den Kolonialbeamten sollte die Möglichkeit zu einer standesgemässen Heirat in jeder Weise erleichtert werden. Viele Unverheiratete haben durch ihr unsittliches Beispiel sehr geschadet.

---

## Über die kulturellen Interessen und Aufgaben Deutschlands in Südbrasilien.

Von Dr. **Alfred Funke,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Versetzen Sie sich mit mir in jene gesegneten Landstriche Südbrasiliens, welche wir heute auf Grund des Gedeihens unserer deutschen Ansiedlungen daselbst als Deutschbrasilien bezeichnen, und nehmen Sie an, wir ritten durch eine der vielen Pikaden, in denen der deutsche Kleinbauer eine neue und gesegnete Heimat gefunden hat. Ein solches Tal ist fast stets ein Bild ländlichen Segens. Frischgrüne Tabaksfelder, endlose Maisplantagen, die hellgrünen, leise wogenden Zuckerrohrpflanzungen, dazwischen pflügende Bauern auf dem Acker, alles bestrahlt von dem Lichte der Sonne, die an einem glücklichen Himmel steht. Die weissen Fronten der Häuser leuchten aus dem dunklen Laub der Bäume, rotblühende Pfirsiche bilden farbenprächtige Kontraste zu dem schneeigen Weiss blühender Orangen, und die blauschimmernde Kette der Serra do Mar mit fernen Tälern und ragenden Wäldern schliesst das Rundbild ab, durch welches die lange Zeile eines klaren Flusses in dichtem Ufer-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gebüsch hinzieht. Der dunkle Wald an den Bergabhängen, hier und da von hellgrünem Junglaub und gelben Sandsteinbrüchen durchzogen, gibt einen stimmungsvollen Hintergrund ab. Hoch oben ziehen in majestätischer Ruhe, wie kleine dunkle Punkte, die Urubus in feierlicher Stille. Ein Hahnenschrei aus der Ferne, der Ruf der Wildtauben aus dem Dickicht, das Krächzen der Papageien und der Ruf der Affen aus dem Urwalde, verhallendes Wagenrollen und Klingeln der Maultierkarawanen auf der Landstrasse, das ist das Milieu, vor dem sich das tägliche Leben unseres Ansiedlers abspielt.

Ein anderes Bild. Der weite Campo dehnt sich vor unseren Blicken aus, rote Verbenen bedecken den grünen Rasen, kein Lüftchen bewegt die dürren Halme und trockenen Rispen vorjährigen Grases, die Luft steht zitternd still in den prallenden Mittagsstrahlen; soweit das Auge reicht, nur ein Zittern und Flimmern, ein Gleissen und Schimmern, smaragdene Sonnenlichter in dem lauschigen Dunkel der kleinen Campgebüsche, in deren Schatten die ungezählten Scharen des weidenden Viehes bei Sonnenbrand und Regenschauern Zuflucht suchen, in der Ferne im Dunste des verschwimmenden Horizontes die Umrisse eines Gebirgszuges, davor sanft gewellte Hügel, hier und dort kleine Sumpflachen in das unendliche Grasmeer eingestreut, vereinzelt die weisse Front einer Estancia, das ist die Heimat des Campeiro, des Brasilianers, der hier in ungebändigter Freiheit seinen Nationalcharakter bewahrt hat.

Ich gebe diese beiden Stimmungsbilder nicht etwa, um als Schönredner vor Ihnen zu brillieren, sondern um Sie mit der Eigenart der beiden Elemente vertraut zu machen, welche in Südbrasilien einander gegenüberstehen auf allen Gebieten des täglichen Lebens, in Arbeit und Ansprüchen, in Sitte und Weltanschauung, anscheinend von unversöhnlichem Gegensatze und doch auf demselben Boden zu einem und demselben Ziele bestimmt, diesem unerschöpflichen Boden dasjenige abzugewinnen, was er wie kein zweiter seinen Söhnen gibt, nämlich das tägliche Brot, und ohne Verletzung der berechtigten Stammeseigentümlichkeiten in friedlichem Wettbewerb auf diesem Boden zu wohnen.

Der Deutsche und der Brasilianer sind zwar nicht die einzigen Elemente, welche auf dem Boden Südbrasiliens ansässig sind, Vertreter fast aller übrigen europäischen Nationen haben ebenfalls dort ihre Zelte aufgeschlagen, aber sie kommen auf dem Gebiete der Kultur für Südbrasilien in keinem Masse den beiden gleich.

Entwickeln wir zunächst den Charakter des Deutschen und des Südbrasilianers, um zu verstehen, welche Rückwirkungen die Kulturbestrebungen des deutschen Elementes auf den Sohn des Landes haben müssen. Einen ausgeprägten Nationalcharakter hat der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Brasilianer überhaupt nicht, und wenn es schon eine geographische Utopie ist, im strengen Sinne von einem einheitlichen Lande Brasilien zu sprechen, so ist es noch viel gewagter, den Charakter des Brasilianers als einen ausgeprägten Volkscharakter darzustellen in dem Sinne, in welchem wir von einem Deutschen, einem Franzosen, einem Yankee oder einem Russen sprechen. Auch Nordamerika ist der Siedelplatz für fast alle Völker und Rassen gewesen. Aber trotz dieser verschiedenen Urbestandteile der heutigen Bevölkerung wird kein Verständiger leugnen wollen, dass es einen speziell nordamerikanischen Charakter gibt, soweit er sich in nationalem Denken und Handeln und privater Ansicht auf allen Gebieten des Lebens dokumentieren kann. Nicht so der Brasilianer. Auch hier auf den unermesslich grossen Gründen der ehemaligen portugiesischen Kolonie haben wir neben dem Ureinwohner von den Quellen des Amazonas bis zur Lagoa dos Patos, dem eingeführten Afrikaner, dem eingewanderten Europäer noch die Mischlinge, welche durch die Kreuzung dieser Rassen entstanden sind. Die heutige Generation Brasiliens nach ihren Ursprüngen noch scharf bestimmen zu wollen, ist unmöglich. Aber ebenso unmöglich ist es, von einem brasilianischen Nationalcharakter zu sprechen. Man vergleiche nur den phlegmatischen Bahianer mit dem lebhaften Riograndenser, man beobachte den grossen Unterschied im politischen Denken der Nord- und der Südstaaten des Bundes, welcher im Grunde genommen nur auf der verschiedenartigen Natur der Bewohner dieser Staatengruppe beruht, und man wird nicht wagen, von einem brasilianischen Volke im landläufigen Sinne zu reden. Der Südbrasilianer ist von einer so eigenartigen Charakterschattierung, dass es jahrelangen Umganges mit ihm bedarf, um ein wirklich gerechtes Urteil über ihn zu fällen. Es ist wahr, dass die nachteiligen Charaktereigenschaften der romanischen Rasse überhaupt, das jähe Aufflammen der Begeisterung, verbunden mit einer ebenso schnellen Reaktion, die Unzuverlässigkeit in Dingen des geschäftlichen Lebens ihm anhaften, wie allen Romanen im schlechten Sinne des Wortes. Aber diesen Schattenseiten steht mancher Charakterzug gegenüber, der uns mit ihnen versöhnen kann. Die unbegrenzte Gastlichkeit, die persönliche Anteilnahme an Freud und Leid seiner Mitmenschen, die Rücksichtnahme und Höflichkeit im täglichen Verkehr und eine schnelle Auffassungsgabe sind Lichter, welche die dunklen Stellen des Bildes zwar nicht aus der Welt zu schaffen vermögen, aber immerhin weniger auffällig erscheinen lassen. Konfessionell gleichgültig, wird der Durchschnittsbrasilianer aber ein sehr heftiger Streiter, sobald dasjenige in Frage kommt, was er Politik nennt. Diese landläufige Politik ist aber niemals ein Streit um Prinzipien,



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bei welchem lediglich das Beste des Landes das ausschlaggebende Moment sein soll, sie erhebt sich also nicht einmal auf das Niveau unserer europäischen Fraktionspolitik, sondern sie wird zu einer leidenschaftlichen Hingabe an einzelne führende Persönlichkeiten, welche zwar den Anspruch darauf erheben, lediglich ein politisches Ideal, ein patriotisches Prinzip zu vertreten, in Wirklichkeit aber nur den allerengsten persönlichen Interessen ihre Redegewandtheit, Intelligenz und persönlichen Einfluss dienstbar machen. Die Sache von der Person zu trennen, ist dem brasilischen Politiker etwas Unmögliches. Solange das Kaiserreich Brasilien bestand, ist dieser Zug im Charakter des Brasilianers den Fremden nie unangenehm geworden, sondern seine Betätigung richtete sich fast ausschliesslich gegen die Mitbürger brasilischen Blutes. Ganz anders ist die Denkweise des modernen Republikaners und die Betätigung seiner politischen Anschauung geworden, wenn er heute auf dem Felde der Politik mit dem Nichtbrasilianer in Berührung oder gar in Gegensatz tritt. Der jungen Generation Brasiliens ist es nicht verborgen geblieben, dass die grosse Masse des Volkes, meistens Analphabeten, auf einem geistigen Tiefstande sich befindet, der mit dem angeblichen Bildungsgrade und den Kulturbestrebungen der vielgepriesenen Republik unvereinbar ist. Besonders schmerzlich empfindet der einsichtige Brasilianer die Tatsache, wenn er die eingewanderten deutschen Elemente, welche in ihrer Heimat meistens wirtschaftlich nicht viel höher standen als der gewöhnliche Brasilianer, auf ihre geistige Kultur hin mit dem eigenen Volke vergleicht. Er empfindet es sehr deutlich, dass die Überlegenheit des eingewanderten deutschen Kleinbauern nicht nur auf dessen materiellem Wohlstande beruht, sondern in erster Linie auf dessen geistiger Überlegenheit, die er der Schulbildung seiner Heimat, und sei sie nach unseren Begriffen noch so gering, verdankt. Aus diesem Vergleich des eigenen Volkes mit den eingewanderten Deutschen erwächst sehr leicht ein Gefühl des Neides, und bei der Unmöglichkeit, mit einem Schritte das eigene Volk auf den geistigen Hochstand des deutschen zu erheben, strebt dieser an sich ungefährliche Neid dahin, politische Konjunkturen auszunutzen, um sich und seinem Einflusse die höher stehenden Fremden untertan zu erhalten. Das ist die Genesis des Merkmals, das alle modernen Politiker Südbrasiliens tragen, wenn sie es auch nicht zugeben wollen. So verschieden sie in geringen Parteischattierungen sein mögen, ihnen, den waschechten Republikanern, ist fast stets die Abneigung gegen die Eingewanderten eigentümlich. Man darf aber nicht glauben, dass die so verschrieenen Jakobiner, wie man generell die augenblicklich herrschenden Politiker bezeichnet, so töricht wären, dieser tiefinneren Seelenstimmung nun

stets einen praktischen Ausdruck zu verleihen. Dazu sind sie wiederum zu klug. Es mag sein, dass rein äusserliche Erwägungen, ein kühles Abwägen der entstehenden Folgen manche massgebende politische Persönlichkeit von offenbaren Schritten gegen den unbeliebten Fremden abhält, welcher wirtschaftlich der stärkere geworden ist, aber ebenso sicher ist es, dass die leitenden Politiker Südbrasiliens auch den ungeheuren kulturellen Wert der deutschen Mitbürger für das gemeinsame Vaterland zu schätzen und zu würdigen wissen. Dass die Staaten des Südens ohne das deutsche Element nichts bedeuten würden, dass die Staatsmaschine sofort stocken würde, wenn man den deutschen Hebel und den deutschen Antrieb ausschalten würde, weiss jeder brasilische Politiker, und mag er bei passenden und unpassenden Gelegenheiten auch den Mund voll nehmen, von Gästen sprechen, die man aus dem Hause weisen kann, sobald man will, so sind das hohle Redensarten, denn auch der verstockteste Jakobiner weiss sehr wohl, dass er mit dem deutschen Element rechnen muss, wenn überhaupt die augenblickliche Staatsformation lebensfähig bleiben soll.

Der deutsche Ansiedler ist gerade das Gegenstück des Brasilianers. Statt der Unbeständigkeit hier eine zähe Ausdauer, ein Festhalten an liebgewordenen Gewohnheiten und Ansichten, welches sehr oft zur Schwerfälligkeit und zum trotzigen Widerstande gegen verständige Neuerungen führen kann, aber auch dem Deutschen Südbrasiliens seine ganz exceptionelle Stellung unter den Auslandsdeutschen bewahrt hat. Denn nirgends in der Welt hat sich deutsches Denken und deutsches Fühlen, deutsche Sprache und deutsche Sitte so unverfälscht rein erhalten wie auf dem Boden Südbrasiliens. Überall im Auslande ist die verpflanzte deutsche Eiche entweder vollkommen ausgeartet oder zu einer exotischen Spielart geworden, in der man den Schössling deutschen Bodens kaum noch wieder erkennt. Nur auf dem Boden Südbrasiliens ist sie geblieben, was sie war, ein deutscher Baum. Wenn nicht Palmen am Wege ständen, wenn nicht das südliche Kreuz am Himmel funkelte — nach Rede, Sitte und Anschauung der Bewohner könnte man glauben, auch dort auf den Höhen des Hunsrücks oder am Strande der Ostsee zu weilen. Südbrasilien ist der einzige Landstrich, auf welchem uns die Stammesgenossen so begegnen, wie wir sie überall in der Welt sehen möchten: In ernster Arbeit, bei gutem Auskommen und reichlichem täglichen Brot, dabei aber deutsch in guten Dingen und auch in den kleinen Schattenseiten, welche unserem Volkscharakter sein eigentümliches Gepräge verleihen.

Verglichen mit den Brasilianern nimmt der Deutsche einen weit höheren kulturellen und ethischen Standpunkt ein. Und dieser



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unterschied ist es, der unsere deutschen Siedler in Südbrasilien deutsch erhalten hat. Unbewusst wertet der Deutschbrasilianer sich selbst höher als den Mitbürger portugiesischer Zunge, und der Massstab dieser Bewertung ist die höhere Durchbildung und Schulung des Deutschen, wenn er auch diesen Massstab nicht immer als den einzig gegebenen erkennt. Man hat sehr oft danach gefragt: Welche Gründe sind es in Wirklichkeit gewesen, welche den Deutschen vor einem Aufgehen in das Brasilianertum bewahrt haben? Geographen und Theoretiker haben sehr gern die räumliche Entfernung der Siedlungen von einander als die eigentlichen Ursachen dieser für uns so erfreulichen Bewahrung des deutschen Charakters hinstellen wollen. In Wirklichkeit aber ist es keine lokale Bedingung, welche hier ausschlaggebend gewesen ist, nicht Fluss und Tal, sondern, ich sage es frei heraus, das Bewusstsein auch des geringsten Deutschen von seiner kulturellen Ueberlegenheit im Vergleich mit dem Durchschnittsbrasilianer. Ueberall in der Welt, wo der Deutsche eine Kultur vorfindet, welche mit der seinigen auch nur ungefähr gleichwertig erscheint, ist er leider geneigt, seinen deutschen Charakter aufzugeben und sich der neuen Umgebung zu assimilieren. Die zahllosen Beispiele des europäischen Auslandes und der Vereinigten Staaten beweisen es. Es ist darum zweifellos, dass auch in Brasilien das Deutschtum längst verloren gegangen wäre, wenn eben Brasilien eine allgemein lebendige Kultur aufzuweisen gehabt hätte, welche den eingewanderten Deutschen als Ersatz für die Gewöhnung und Erziehung der Heimat hätte dienen können. Wollen Sie einen Beweis, so vergleichen Sie nur das Deutschtum auf dem platten Lande Südbrasiliens mit demjenigen der Städte daselbst. In den letzteren ist das Deutschtum, besonders dasjenige des Nachwuchses der ersten Einwanderer, deshalb stets gefährdet, weil der Bildungsstand des Stadtbrasilianers, soweit er nach seiner sozialen Stellung für den jungen Deutschen in Betracht kommt, ein so hoher ist, dass er den heranwachsenden Deutschen befriedigen kann, wenn er nicht von dritter Seite durch Erziehung und Bildung vor diesem Verfallen an das Brasilianertum bewahrt wird. Auf dem Lande aber, wo von einer Kultur unter den Brasilianern nur in geringem Masse die Rede sein kann, schwindet diese Gefahr vollständig. Man sollte nun annehmen, dass unsere Stammesgenossen alles aufbieten würden, um diese lebendige Quelle des Deutschtums, die Jugenderziehung in nationalem Sinne, lebendig zu erhalten, um sich nicht selbst das Wasser abzugraben; aber sehr oft ist das Gegenteil der Fall gewesen. Sehr richtig wurde gestern an dieser Stelle bemerkt, dass die Opfer, welche von unseren Kolonisten für die Schulen gebracht werden, entweder geringer sind, als die Verhältnisse gestatten und verlangen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oder aber, wenn sie gebracht werden, sehr widerwillig gebracht werden. Es ist gar keine Seltenheit, in wohlhäbigen Pikaden Schulverhältnisse zu finden, über die mit Recht Spottlieder gepfiffen werden. Die Leistungen solcher Schulen entsprechen natürlich dem Aufwande. Dass es mit der Stellung des Deutschtums in der heutigen Welt, welche doch in erster Linie auf der allgemeinen Volksbildung beruht, unvereinbar ist, solche Zustände stillschweigend zu dulden, und sei es auch nur bei den Tausenden von Deutschen in Südbrasilien, liegt auf der Hand, wenn diese Deutsche auch politisch unserem Reichsverbande nicht angehören.

Was ist da zu thun? In erster Linie gilt es, das öffentliche Interesse in Deutschland selbst für die Wichtigkeit der deutsch-brasilianischen Schulen wachzurufen. Ich weiss sehr wohl, dass dies äusserst schwer halten wird; verschiedene Hindernisse stehen dieser notwendigsten Grundlage im Wege, die Unkenntnis des Publikums in brasilianischen Dingen, die bisherige Zurückhaltung unserer leitenden Kreise, die direkt geringen Erfolge unserer Bemühungen auf diesem Feld seitens anderer Vereinigungen, die Absorbierung des öffentlichen Interesses durch angeblich wichtigere Anforderungen und die Leitung des etwa vorhandenen Interesses auf ein totes Geleise.

Die Unkenntnis des Publikums über die tatsächlich bestehenden Verhältnisse in Südbrasilien beruht entweder darauf, dass weite Kreise überhaupt nie Gelegenheit haben, sich damit vertraut zu machen, oder auf den ungeeigneten Berichten solcher Herren, welche über Brasilien in allerlei Vereinigungen vortragen. Wer einmal einen Schluck Wasser aus der Carioca in Rio getrunken oder durch die Pikaden im Fluge geeilt ist, wer im Kanoe eine Strecke von der Hafenstadt ins Innere gefahren ist, der fühlt sich leider gleich berufen, Vorträge mit möglichst vielen Projektionen zu halten, von Urwald, Papageien und Affen, Tigern und Caboclos zu fabulieren, vom wonnigen Süden mit seinen goldenen Orangen und bunten Faltern zu erzählen, und wenn er recht geschickt koloriert, so ist ihm ein rauschender Beifall gewiss, und er gilt als Kenner Brasiliens. In manchen Zeitschriften erscheinen dazu aufgeschminkte Berichte über Vereine und Schulen der Pikaden, die beigefügten Bilder zeigen alles nur bei Sommersonnenschein mit Palmzweigen und im Feierkleid — und beruhigt legt der Leser das Blatt aus der Hand mit dem Gefühl: Den Leutchen in jenem Lande fehlt es ja an nichts, sie haben den Himmel auf Erden. Gewiss, Brot haben sie, auch ein Stück Fleisch dazu, aber es fehlt ihnen an dem, was jeder Hunger-leider in Deutschland seinen Kindern nicht nur mitgeben kann, sondern mitgeben muss, an einer anständigen Schulbildung. Das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

soll man nicht verschweigen, sondern immer wieder die Frage an die Einsichtigen unseres Volkes laut richten: Willst Du, dass Tausende und Abertausende Deutscher da draussen für uns verloren gehen? Und solcher Appell ist kein Ruf falscher Sentimentalität, sondern der Ausdruck eines rein auf praktische Ziele gerichteten klaren Strebens. Wir müssen alle, die heute noch gleichgültig diesem Appell gegenüberstehen, überzeugen, dass wir mit der Nichtbeachtung der deutschen Erziehung in Südbrasilien Gefahr laufen, in Zukunft nicht nur ein nationales, sondern ein wirtschaftliches Feld zu verlieren an wachsame und eifrige Konkurrenten. Das kann unserer Regierung nicht oft genug entgegen gehalten werden. Heute, wo im Wettkampfe auf dem Weltmarkte die Kräfte aller Nationen aufs äusserste angespannt werden, darf uns ein so wertvolles Gebiet, wie es Südbrasilien ist, aus rein praktischen Gründen nicht unbeachtet bleiben.

Unsere Bestrebungen in Südbrasilien sind nicht politischer Natur, sie sind in erster Linie wirtschaftlichen Charakters, für die auch unsere Regierung rückhaltlos eintreten kann. Die Entwickelung der Besiedelung Nordamerikas hat dem Deutschen Reiche einen Konkurrenten geschaffen, Südbrasilien ist ein Konsument, nur ein Konsument, den die Regierung uns nicht verloren gehen lassen darf. Er geht uns aber unweigerlich verloren, wenn wir die Grundlage des dortigen Deutschtums, die deutsche Kultur, welche auf deutscher Schulbildung beruht, verkommen oder entarten lassen.

Schwierig aber ist es, solche Gesinnung in die Praxis umzusetzen. Notwendig ist dazu eine Organisation der deutschen Schulverhältnisse in Brasilien. Hier eine Einheitlichkeit zu schaffen, ist eine Herkulesarbeit für den, der auf die verschiedenen Wünsche achten will, die ihm von dort entgegentönen. Auf der einen Seite hören wir den Schrei nach höheren Schulen, Gründung von Lehrerseminarien, höheren Töchterschulen, Pensionaten — alles Appelle des echten pädagogischen Dilettantismus! Eine organisierte Einheit zu schaffen, ist nur auf einem Gebiete vorläufig möglich. Versuche, solche Einheiten zu schaffen, sind in Deutsch-Brasilien längst gemacht worden. Der Jesuitenorden tut es auf rein konfessionellem Gebiete, die Rio Grandenser Synode gleichfalls. Der erstere hat bei der Grösse seiner Mittel Kollegien errichtet, die sich bereits einen Einfluss auf das intellektuelle Leben gesichert haben, der grösser ist, als man glaubt. Den Jesuiten liegt natürlich jede besondere Arbeit in deutsch-nationalem Sinne in Brasilien fern. Die protestantische Synode versuchte durch Gründung der Synodalschulen in Santa Cruz und Neu-Hamburg der Arbeit des Jesuitenordens einen Damm entgegenzusetzen. Die Erfolge sind nicht immer fraglos gewesen. Abge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sehen davon, dass es bei den geringen Mitteln der Synoden nicht möglich war, es den Jesuiten gleichzutun, kamen noch administrative Fehler hinzu; viele Köche verderben den Brei. Zudem stellt die Rio Grandenser Synode noch lange nicht den Verband der gesamten protestantischen Bevölkerung dar, und die Nichtsynodalgemeinden haben natürlich kein sonderliches Interesse für die Schulgründungen der Synode. Dazu kommt noch ein grosser Fehler. Die Synodalschulen sind sofort als höhere Schulen gedacht, ja, die in Santa Cruz wurde direkt als Lehrerseminar gedacht. Den Punkt, in dem die Synode einsetzen musste, übersah sie. Sie baute die Beletage, ehe das Fundament vorhanden war. Die Herren, welche nach hohen Schulen rufen, übersehen, dass es viele Pikadenschulen gibt, welche nicht imstande sind, auch dem anspruchslosen Lehrer sein Brot zu bieten. Wer will es dem Lehrer verargen, wenn er sich einem anderen Berufe unter solchen Verhältnissen zuwendet? Dieselben Gemeinden, welche Jahr für Jahr für kirchliche Liebeswerke Opfer bringen, sehen ruhig zu, wie die Lehrer der eigenen Gemeindeschulen oft ein klägliches, unwürdiges Dasein führen. Da will heute neben anderen Freunden Südbrasiliens besonders die Blumenaustiftung einsetzen, und unsere Pflicht ist es, mit Hand anzulegen. Sorgen wir einmal in erster Linie für die allerkleinsten und verlassensten Winkelschulen. Ermöglichen wir es dem Lehrer, der den Willen hat, dort die wenigen Kinder zu unterrichten, auch lange dort zu bleiben. Der Tod unserer kleinen Schulen ist der ewige Lehrerwechsel. Wir können leicht durch Vertrauensleute ermitteln, wieviel so eine neue oder abgelegene Pikade aus eigenen Mitteln aufbringt oder aufbringen kann; stellen wir fest, wieviel ein Lehrer in solchen Verhältnissen zum bescheidenen Leben haben muss, und dann helfen wir, so gut wir können. In solchen neuen Pikaden ist es nicht immer Zähigkeit und Hartnäckigkeit der Bauern, welche am Elend des Lehrers schuld ist, die Leute können ihre Leistungen oft nicht erhöhen, und es ist eine alte Tatsache, dass die armen Anfänger im Verhältnis grössere Opfer bringen für ihre Schule als die wohlhabenden Bauern alter Pikaden. Machen wir also die Lehrer der kleinen Waldschulen unabhängig, soweit es geht, und sie werden bleiben!

Diese kleinen Urwaldgemeinden müssen die Grundlage der Organisation der deutsch-brasilischen Schulen werden. Sie müssen die erste Stufe bilden, auf welcher weiter gebaut wird. Ihre finanzielle Bedrängnis wird sie leicht zur Annahme einer Subvention geneigt machen, für welche dann entsprechende Gegenleistungen zu fordern wären, in erster Linie der Schulzwang, die offizielle Verpflichtung zum Schulbesuch während so und so vieler Jahre, Annahme eines

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verständigen Lehrplanes und geeigneter Lehrmittel. Doch muss das Verhältnis zwischen den interessierten europäischen Kreisen und den Pikaden Deutschbrasiliens ein Vertrauensverhältnis werden. Man hüte sich, von hier aus nach deutschen Reichsverhältnissen eine Zwangsjacke für die Kolonisten machen zu wollen. Der Erfolg würde nur ein gegenseitiges Misstrauen sein. Man ziehe daher in erster Linie geeignete Vertrauensleute in den Pikaden und Koloniestädtchen zur Mitarbeit heran und gestalte aus diesen einen lebendigen Verband, dessen Mittelpunkt naturgemäss in der Staatshauptstadt zu liegen hätte. In den älteren, selbständigen Siedlungen finden sich überall geeignete Persönlichkeiten. In den jungen Kolonien sind die Koloniedirektoren die gegebenen Vertrauensleute. Die erste Arbeit, welche dieser Verband zu leisten hätte, wäre die direkte Agitation für die Durchführung der in Wirklichkeit ja bestehenden brasilischen Schulgesetze. Die Gesetze schreiben ja den Schulbesuch für jedes Kind vor, indes in den einsamen Strichen des Campo reitet der Gaucho, aber kein Lehrer sammelt die bräunlichen Campeiros zu seinen Füssen. Die finanzielle Klemme der brasilischen Regierung wird es ja nie zu dauernden, grossen Aufwendungen für die Schulen kommen lassen. Momentane Anläufe dazu wollen nichts besagen. Dem Sturme folgt sehr bald das stille, sanfte Säuseln. Bei der geeigneten Wahl der Vertrauensmänner ist es aber gar nicht schwer, einen gewissen Einfluss auf die Lokalregierungen auszuüben. Hier muss man eben den Teufel mit Beelzebub austreiben. Wir haben gescheite Köpfe genug, welche dem Intendenten des Municips beibringen können, dass es der Würde der Republica dos Estados Unidos nicht entspricht, wenn die zukünftigen Bürger in den Pikaden nicht dem Gesetze des Schulbesuches Ordre parieren. Offiziell ist ja die Regierungsschule der gegebene Ort des Unterrichts, aber sehr leicht würde die Lokalregierung die bestehenden deutschen Privatschulen als Ersatz hinstellen können.

Es könnte scheinen, als wenn ich Ihnen zur Erreichung eines guten Zieles einen krummen Weg vorschlüge. Aber nur da kann von einem krummen Wege die Rede sein, wo die Wege der Obrigkeit und der allgemeinen Öffentlichkeit lauter und gerade sind. Das ist in Brasilien nicht der Fall.

Schon die allergewöhnlichste Klugheit gebietet uns, bei der Auswahl von Vertrauensleuten drüben die geeignete Fühlung mit der Regierung zu halten. Die Regierung wird nun einmal nicht unparteiisch geführt, sie ist sogar mehr als parteiisch, sie sieht die Person an. Ist daher die Vertrauensperson der deutschen Schule eine solche, welche den nativistischen Kreisen unverdächtig ist, so

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist auch die Bestrebung dieser Person, also in diesem Falle die Hebung der deutschen Volksschule, unverdächtig im nationalen Sinne. Darum dreht sich aber alles. Die Regierenden sind im Grunde ihres Herzens alle Jakobiner, welche den Einflüsterungen Nordamerikas gern und leicht zugänglich sind. Sie können unsere Bestrebungen unter dem Scheine der Gesetzlichkeit lahm legen, wenn die berufenen Vertreter einer etwaigen neuen Schulorganisation verdächtig, suspeitos sind. Aber auch nach einer anderen Seite hin hat ein solches Hand in Hand gehen mit den Lokalregierungen sein Gutes. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, dass die bestgemeinten Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule sehr oft am Trotze und an der Dickköpfigkeit der Bauern scheitern. Jeder Bauer möchte die Schule in seiner Nähe haben. Wird nach seiner Ansicht nicht die nötige Rücksicht auf seine Wünsche genommen, so grollt er und will nicht mehr mitspielen. Er findet leicht ein paar Compadres und Vettern, holt sich einen billigen Meister, der künftig seine Kleinen lehre — und die niedlichste Secessionsschule, die echte Winkelschule ist fertig! Damit aber ist in der ursprünglichen Schulgemeinde jedem Querkopf Gelegenheit gegeben, ein Zwickmühlenspiel zu eröffnen: passt ihm Petrus nicht, so geht er zu Andreas. Solche Zustände habe ich oft gesehen, und gerade sie sind ein Krebsschaden unserer deutschen Schule. Ein altes abgetakeltes Wrack, das auf manchem Strome des Lebens geschwommen ist, ist oft froh, auf diese Art einen friedlichen Hafen zu finden, bis die alten Planken auseinanderfallen. Solchen Zuständen kann man nur zu Leibe gehen, wenn vom Schulvorstande unter Beistand der Lokalregierung festgesetzt wird; „Hier ist die Schule für diesen und jenen Bezirk, und kein anderes Pikadenlyceum bekommt hier Konzession!“ Das macht Eindruck, und wenn obstinate Bauern erst einmal am Geldbeutel von der Obrigkeit gezwickt sind, so geben sie schnell nach, denn in diesem Punkt sind sie besonders verwundbar.

Allerdings dürfen die Ansprüche an den Schulbesuch nicht zu hoch geschraubt werden. Ich bin unbedingt gegen die Ausdehnung des Unterrichts in Landschulen auf den Nachmittag. Der Bauer gebraucht tatsächlich die Leistungen seiner Kinder auf dem Acker, besonders der Anfänger. Er kann nicht die teuren Arbeitskräfte bezahlen, und ihn zu Gunsten der Schule direkt in seinem Erwerb zu schädigen, kann nicht in unserer Absicht liegen. Für solche Pläne würde der Bauer nie zu haben sein. Der Junge in der Pikade braucht nicht mit detailliertem Wissen überlastet und vollgepfropft zu werden. Es genügt, wenn er die nötigen Elementarfächer lernt. Man muss nicht die deutschen Verhältnisse sich immer vorschweben lassen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unsere Volksschulen leisten ja bedeutend mehr, aber sie sollen auch nicht nur Knaben und Mädchen erziehen, welche in der Hauptsache doch einmal Kleinbauern und Handwerker, also Leute der praktischen Arbeit, werden müssen. In unseren Kolonien aber ist dies der Fall. Die Zeit, welche dem Unterrichte bleibt, reicht eben nur aus für einen allereinfachsten Lehrplan. Auch die Zahl der Schuljahre darf nicht zu hoch geschraubt werden, Mädchen sollen etwa bis zum 12., Knaben bis zum 13. Jahre dem Schulzwang unterstehen. Schon die schnellere körperliche Reife der Kinder bedingt diese Rücksichtnahme. Sache der Abendschule ist es, befähigte Knaben noch weiter zu bilden.

Grosses Gewicht muss aber auf die Qualifikation der Lehrer gelegt werden. Ohne anständiges Gehalt kein anständiger Lehrer. Darin liegt die ganze Weisheit. Daher muss unsere Arbeit wieder auf den Kardinalpunkt meiner Ausführungen zurückgehen: Schaffen Sie dem Lehrer eine menschenwürdige Existenz — und Sie werden auch Lehrer haben, die qualifizirt sind, Kinder zu braven Menschen zu erziehen. Die Qualifikation besteht nicht allein in Zeugnissen und Befähigungsnachweisen, sondern in der Fähigkeit, das nationaldeutsche Gefühl zu erziehen, das Bewusstsein zu erhalten: „Du bist zwar durch deinen Wohnsitz ein Brasilianer, aber hüte dich, es ihm gleich zu tun, du bist etwas Besseres, du bist der Sohn deutscher Eltern.“ Bis jetzt haben unsere Bauern sich für besser gehalten — das ist das Geheimnis für das Bestehen des Deutschtums. Sorgen wir dafür, dass dieses Geheimnis bestehen bleibt.

Gerade für Südbrasilien gilt das Wort: Wer die Schule hat, hat die Zukunft. Das haben sowohl die Jakobiner Brasiliens als die Nordamerikaner, unsere schärfsten Mitbewerber auf dem brasilianischen Markte, sehr scharf erkannt, und sie setzen bereits alle Kräfte ein in dem Punkte, an dem wir bisher unverletzlich waren. Es ist geradezu auffällig, mit welchem fieberhaften Eifer die heutigen Regierungen des brasilianischen Südens bemüht sind, die alten Unterlassungssünden auf dem Gebiete des Unterrichts wieder wett zu machen. Man richtet heute gerade in den deutschen Kolonien Distriktschulen ein, sucht die Regierungsschulen zu verbessern und in diese Werkstätten politischer Tendenz den deutschen Nachwuchs dadurch zu locken, dass man keinerlei Schulgeld erhebt. Das Ziel dieser Tätigkeit ist natürlich nur das eine, die deutsche Privatschule und Gemeindeschule, die Pflegestätten deutscher Gesinnung, tot zu machen. In dem Augenblicke, wo dies gelingt, wäre aber das Ziel der jakobinischen Politik erreicht, dem deutschen Ansiedler der deutsche Charakter genommen. Ein anderes Ziel hat Nordamerika.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ihm gilt es, den unbequemen Konkurrenten auf dem Markte Brasiliens dadurch lahm zu legen, dass er ihn in kultureller Beziehung zu sich herüber zieht, ihm seine nationalen Erinnerungen trübt oder fälscht und durch diese geistige Herrschaft sich den Deutschen auch wirtschaftlich abhängig macht. Die Missouri-Synode hat ein Kapital von einer Million Dollar zur Propaganda unter den Deutschen in Brasilien aufgebracht.

Der eigentliche Beweggrund liegt auf der Hand, dem Kreuze folgt der Caduceus, dem Reverend der Kaufmann. Die Yankeelehrer, die Yankeegeistlichen, auch wenn sie deutsch sprechen, sind stets die Agenten des Kapitals der Vereinigten Staaten. Die Missouri-Synode geht krebsen, sie wirft ihre Million nicht ohne Absicht fort, und wenn wir von hier aus nicht tatkräftig eingreifen, so würden wir es sehr bald auf dem Markte spüren, was wir in der Schule versäumt haben. Geld, Lehrmittel, Aufmunterung tut es aber allein nicht, sondern vor allen Dingen müssen wir auch Sorge tragen, dass wir frisches deutsches Blut und damit frisches deutsches Leben nach Südbrasilien bringen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir unsere Auswanderung planmässig dahin lenken. Diesem Bestreben widme ich meine ganze Arbeit. Wo wir aber unsere deutschen Auswanderer sesshaft machen, da müssen wir auch dafür sorgen, dass ihnen Gelegenheit geboten wird, deutsch bleiben zu können; mit der ersten Hütte muss auch die deutsche Schule erstehen. Das ist das Ziel, welches sich die Blumenau-Stiftung gesteckt hat. Das ist das Ziel, welches jeder uneigennützige Förderer unserer Auswanderungspolitik verwirklichen helfen wird, und wenn ich bei allen Gelegenheiten in erster Linie für Santa Catharina der Hansa, und für Rio Grande do Sul den Kolonien des Herrn Dr. Herrmann Meyer das Wort rede, so ist der einzige Grund dafür der, weil mir hier die Gewähr geleistet wird, dass der Auswanderer nicht nur sein Brot erwirbt, sondern auch aus der Bildung seines Vaterlandes nicht auszuscheiden braucht, sondern in dieselbe rein deutsche Kultur eintreten kann, welche ihn für uns auch in der Fremde lebendig erhält. Nichts liegt mir ferner, als privaten Interessen auch nur ein Wort oder eine Zeile dienstbar zu machen. Aber bei meiner Stellung und meinem ungeschwächten Interesse für die Deutschen Südbrasiliens, das ich mir trotz aller Erfahrungen bis an mein Lebensende zu erhalten gedenke, ist es nicht nur erklärlich, sondern notwendig, dass ich unseren Auswanderern rate: Gehe dahin, wo du auf deutschem Boden ein deutscher Mann bleibst! Und wenn uns auch das Weltmeer trennt, du mit den deinen bist nur ein Aussenposten von uns, der sich auf uns stützen darf und dem wir im Kampfe zu Hülfe eilen! Wollen wir

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihm aber helfen, so müssen wir dafür sorgen, dass dasjenige Band nicht zerrissen wird, welches ihn unauflöslich mit uns verknüpft, auch nachdem das politische vielleicht zerrissen ist, die deutsche Kultur.

Privatdozent Dr. **Dibelius,** Berlin, macht auf die Lage der deutschen Schule in Brasilien aufmerksam. Es gibt in Südbrasilien etwa 200 deutsche Schulen, die von mehreren Tausend Kindern besucht werden. Diese Schulen sind grossenteils in sehr gedrückter Lage, da es nicht möglich ist, den meist ungebildeten Eltern die Notwendigkeit einer Schulbildung klar zu machen. Grosse Schwierigkeiten macht auch die Beschaffung von geeigneten Lehrern und Lehrmitteln.

Die in deutschen Schulen verwendeten Lesebücher passen meist nicht auf die brasilianische Natur und die öffentlichen Einrichtungen des Landes, und die Lehrer sind oft verkommene Existenzen, die der Schule nur schaden. Notwendig wäre also vor allem reichlichere Unterstützung der brasilianischen Schulen und die Sorge für durchweg gute Lehrer. Nicht kommt es aber in erster Linie auf Entsendung deutscher Lehrer dorthin an — diese bleiben doch nur kürzere Zeit im Auslande, und in der ersten Zeit mangelt ihnen die nötige Kenntnis von Land und Leuten — vielmehr müssen aus dem Kolonistenelement selbst befähigte Kinder für den Lehrerberuf gewonnen werden. Daher ist die geplante Errichtung eines Lehrerseminars in Südbrasilien freudig zu begrüssen. Zu wünschen wäre ferner eine Organisation der deutschen Lehrer und Pfarrer Südbrasiliens, die eine soziale Hebung des Standes herbeiführen und ihnen den Zusammenhang mit dem geistigen Leben der Nation gewährleisten würde.

Pastor emer. **Lieboldt,** Hamburg, wünscht vor allen Dingen eine Hebung der Verhältnisse der Pastoren in Brasilien.

Dr. **Herrmann Meyer,** Leipzig: Für die Hebung des Schul- und Kirchenwesens und zur höheren Wertung der Lehrer und Pfarrer ist es nötig, Geistliche und Kirchen unabhängig von der Gemeinde zu machen, um sie nicht der Willkür der Kolonisten preiszugeben. Ich habe dies durch feste Anstellung eines Geistlichen in meiner Kolonie Neu-Württemberg durchgeführt.

Die Abgaben für Kirche und Schule in der Gemeinde werden an die Verwaltung entrichtet, Pfarrer und Lehrer von der Verwaltung bezahlt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Für die Förderung von Schule und Kirche gibt es viele Freunde, die Kirchen- und Schulmaterial, zum Teil ältere Bestände von Verlegern etc. zur Verfügung stellen. Verschiedene Vereine stiften gern. So habe ich für meine Schule reichhaltiges Material erhalten, und auch die Kirche ist zum Teil aus privater Stiftung gut ausgerüstet worden.

Dr. **Funke,** Berlin, tritt den Ausführungen des Dr. Dibelius entgegen. An Schulbüchern fehlt es nicht. Das Wichtigste ist, dass der Lehrer wirtschaftlich unabhängig gemacht wird. Was die kirchlichen Verhältnisse betrifft, so ist der diesbezügliche Passus im Vortrag nur des Zeitmangels wegen fortgelassen worden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Sektion V.

# Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kolonien und überseeischen Interessengebiete.

Obmann: **Karl Supf,** Fabrikbesitzer, Berlin.
I. Vorsitzender: **Achelis**, Senator, Bremen.
II. Vorsitzender: **Moritz Schanz,** Chemnitz.
I. Schriftführer: **Fr. Hupfeld,** Bergassessor z. D., Berlin.
II. Schriftführer: Dr. phil. **Schulte im Hofe,** Berlin.

## Die wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien.

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. **Wohltmann**, Bonn-Poppelsdorf.

(Plenarsitzung am 11. Oktober, Nachmittag.)

Die grossen Hoffnungen, welche vor zwölf Jahren, als die wirtschaftliche Arbeit in unseren Kolonien begann, auf eine glänzende Entwickelung derselben gesetzt wurden, konnten bis jetzt nur zu einem kleinen Teile erfüllt werden. Sie gingen bei dem damals noch recht beschränkten kolonialen Gesichtskreis unseres Volkes vielfach von Laien aus, welche die Überseeverhältnisse nur in phantasiereichen Vorstellungen kannten, und waren als solche von Natur eitel und aussichtslos. Andererseits übersahen aber auch diejenigen, welche in den kolonialen Handels-, Produktions- und Verkehrsfragen ein leidliches Urteil besitzen konnten, die ungeheuren Schwierigkeiten, welche ein des Kolonisierens noch unkundiges Volk in voll-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

ständig rohen und ungesitteten Ländern, wie unsere Kolonien, bei ihrer Erwerbung waren, zunächst zu überwinden hat.

So blicken denn die Einen mehr oder minder enttäuscht auf die heutige Lage unserer Kolonien, die anderen anerkennen nüchtern und sachgemäss, wenn auch nicht mit vollster Befriedigung, so doch mit einer gewissen Genugtuung das, was bis heute erreicht ist. Das eine können wir jedoch mit vollster Zuversicht sagen: Mögen auch Fehler bedenklicher Art gemacht worden sein, die bei grösserer kolonialer Sachkenntnis hätten vermieden werden können, der Gesamtarbeit, welche in unseren Kolonien bis heute geleistet worden ist, brauchen wir uns nicht zu schämen. Was uns an Erfahrung fehlte, wurde moralisch aufgewogen durch Eifer und Schaffenslust! Ob andere Völker in der kurzen Spanne Zeit von zwölf Jahren, seitdem wir wirtschaftlich in unseren Kolonien tätig sind, mit denselben Mitteln und in der gleichen Lage wie Deutschland, mehr geleistet und grössere wirtschaftliche Erfolge erzielt haben würden, erscheint mir noch fraglich. Durch diesen Vergleich sollen unsere Fehler nicht vertuscht, wohl aber unsere Leistungen gerecht gewürdigt werden.

## Die Entwickelung der Auswanderung.

Als wir unsere Kolonien 1884 erwarben, bestand in der Masse unseres Volkes die Ansicht, in ihnen neue weite Siedelungsgebiete in Besitz genommen zu haben zur Aufnahme deutscher Einwanderung. Diese Auffassung erklärt sich vor allem aus der massenhaften Auswanderung, welche gerade Anfang der achtziger Jahre vor sich ging, und sich 1881 sogar auf 221 000, 1882 auf 204 000 und 1883 auf 174 000 Köpfe gesteigert hatte. Leider hat sich diese Hoffnung bis jetzt kaum erwähnenswert erfüllt, denn was besagt es gegenüber obigen Auswandererströmen und gegenüber den heutigen von alljährlich rund 20 000 Köpfen, wenn zur Zeit insgesamt kaum 4500 Deutsche in unseren Kolonien leben, von denen etwa 250 wirkliche Kolonisten und höchstens 600 sesshaft gewordene Kaufleute, Handwerker und Arbeiter sind.

Auch in Zukunft können unsere Kolonien nur sehr beschränkt in Frage kommen, wenn sich — was Gott verhüten möge — wieder einmal Auswandererströme von 100 000 bis 200 000 Köpfen pro Jahr bilden sollten. In unseren echt tropischen Kolonien werden wir niemals den deutschen Bauern, der sich von seiner Hände Arbeit nähren muss, ansiedeln können, und so bleiben also nur, vom dichtbevölkerten Kiautschou (163 Einwohner auf 1 *qkm* gegen 105 in Deutschland) ganz abgesehen, die Hochländer Deutsch-Ostafrikas und unser Südwestafrika dafür übrig. Erstere können in späteren Dezennien oder Jahrhunderten, nachdem sich dort die Verkehrs- und

Absatzverhältnisse günstig gestaltet haben, vielleicht einer kleinen Auswandererzahl in wasserreichen Gegenden Unterkunft bieten, aber niemals Hunderttausenden von Ansiedlern. Man wolle vor allem bedenken, dass der deutsche Landwirt jene Gebiete im Hochlande von Deutsch-Ostafrika, welche heute als besiedelungsfähig empfohlen werden, in der Hauptsache als Ödland und Unland ansprechen muss, von dem es in unseren heimischen Mooren und Heiden noch sehr grosse Flächen zu besiedeln gilt. Hätte Deutsch-Ostafrika, das doppelt so gross ist wie Deutschland, auch nur annähernd Ströme, wie der Rhein, die Elbe, die Oder und die Weichsel aufzuweisen und dementsprechend dichte regenreiche Wälder, so würde die besiedelungsfähige Fläche der Hochländer und ihre wirtschaftliche Entwickelung eine hoffnungsvollere sein.

In Deutsch-Südwestafrika setzt erst in neuester Zeit, nachdem die Bahn bis Windhoek fertig gestellt ist, die Siedelung lebhafter ein, und zwar ist man neuerdings darauf bedacht, statt der Viehzüchtereibetriebe kleinere Ackerbauer anzusiedeln. Etwa 250 deutsche Ansiedler, von denen die deutsche Siedelungsgesellschaft allein 60 unterbrachte, sind bereits sesshaft geworden. Würde das Land nur für Viehzucht brauchbar sein, und würde nach früheren sachverständigen Angaben jeder Viehzüchter mindestens 10 000 *ha* Fläche benötigen, so würde die Kolonie kaum 6—7 000 Viehzüchterfamilien aufnehmen können. Die grosse, offene Frage ist daher jetzt, wie viel Fläche als Pflug-, Garten-, Obst-, Reb-, Feigen-, Dattelpalm- und dergleichen Land urbar zu machen ist. Diese Frage ist noch keineswegs geklärt, und wir haben heute keinerlei sicheres Urteil darüber, ob diese Kolonie, sagen wir im Lauf der nächsten zehn Jahre, nur 1000 oder 50 000 Ansiedlern Unterkunft zu bieten imstande ist. Die Besiedelung mit Kleinbauern ist daselbst ausschliesslich von der Bewässerungsmöglichkeit des Landes abhängig. Darum ist hierüber in erster Linie gründliche und schnelle Aufklärung nötig. Die so verdienstvollen, aber leider auch in ihrem Prinzip angegriffenen Arbeiten von Professor Rehbock, sowie die vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee auf Anregung von Graf Dürkheim eingerichtete Bohrkolonne sind der Anfang einer systematischen Erforschung der Wasserfrage dieses Landes. Ohne eine günstige Lösung derselben, d. h. ohne vielerorts und reichlich Wasser nachgewiesen zu haben, wird die Auswanderung nach Deutsch-Südwestafrika und damit die ganze Entwickelung dieser Kolonie immer nur von untergeordneter Bedeutung bleiben. Entsprechend diesem Kernpunkt der Sachlage konnte sich Deutsch-Südwestafrika bis heute — abgesehen von seinen Guanolagern — kaum hervortun, zumal die grossen Landgesellschaften so gut wie nichts getan haben, die Wasserfrage des Landes lösen zu helfen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenn aber auch wirklich die Wasserfrage in Deutsch-Südwestafrika eine verhältnismässig glückliche Lösung erfährt, eine Auswanderungskolonie grossen Stiles, wie einst der Westen Nordamerikas, wird es nach seinen natürlichen Verhältnissen nie werden können. Das können wir bereits heute nach den ähnlichen Erfahrungen in Südafrika und Australien mit aller Bestimmtheit annehmen. Ich möchte hierbei nicht unterlassen, hervorzuheben, dass heutzutage auch das Auswanderererelement ein weit anspruchsvolleres und begehrlicheres ist, als vor 50 und noch 20 Jahren. So kümmerlich wie sich einst die deutschen Kolonisten in Nordamerika und vornehmlich in Südbrasilien durchgeschlagen haben, das wird sich heute kein deutscher Auswanderer mehr zumuten lassen. Die Ansiedelung ist daher heute sehr viel kostspieliger als früher. Ohne erhebliche Beihilfe seitens der Regierung, welche über die jetzt zur Verfügung stehende Jahressumme von 100 000 Mk. weit hinausgeht, wird Deutsch-Südwestafrika nur sehr langsam fortschreiten, es sei denn, dass eine gewinnbringende Minentätigkeit alsbald einsetzt.

## Die Entwickelung der Pflanzungen.

Eine Milliarde Mark verausgabt Deutschland alljährlich für Kolonialprodukte an fremde Länder und Kolonien. Das Bestreben, wenn auch nur einen Teil dieser Summe in den eigenen Kolonien zu gewinnen, wurde daher mit grösstem Eifer in allen Kolonien, die Pflanzungsanlagen gestatten, und auch mit bedeutenden Kapitalien aufgenommen. Diese beziffern sich zur Zeit bereits wohl auf etwa 30 Millionen Mark. Die Zahl der Pflanzer beträgt heute etwa:

| | | |
|---|---|---|
| in Deutsch-Ostafrika . . . . . | 90 | |
| „ Kamerun . . . . . | 80 | |
| „ Togo . . . . . | 7 | insgesamt |
| „ Neu-Guinea und den Inseln . . | 25 | 215 |
| auf den Marschallinseln . . . . . | 3 | |
| in Samoa . . . . . | 10 | |

Im allgemeinen haben bis jetzt nur wenige unserer Pflanzungen den in sie gesetzten Erwartungen voll entsprochen. Falsche Wahl des Landes, falsche Methoden des Anbaues, Unerfahrenheit der Pflanzer, eine falsche Auffassung derselben von ihrer Tätigkeit und Stellung, unerfahrene, arbeitsunkundige und infolgedessen teuere Arbeiter, Krankheit und Sterben zumeist der tüchtigsten Kräfte als Opfer der rohen und schwierigen Verhältnisse, alles dieses erklärt die mannigfachen Misserfolge. Diese sind aber keineswegs so gross, dass sie uns von der einmal betretenen Bahn abschrecken. Ausser-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem sind sie vielfach in den eigenartigen Verhältnissen begründet und verzeihlich. Analogien finden wir bei allen Kolonialvölkern und gegenüber den wirtschaftlichen Verlusten, welche die Engländer anfänglich in Ceylon und Indien und die Holländer in Java und Sumatra erlitten, ist das Lehrgeld, welches unser Privatkapital in unseren Kolonien gezahlt hat, noch gering zu nennen.

In Deutsch-Ostafrika hat man sich seit 1890 mit grösster Energie auf Kaffeekultur gelegt. Etwa zehn grosse kapitalkräftige Pflanzungen wurden nach und nach mit Vorwerken angelegt, vornehmlich in den Usambarabergen.

In ihnen stecken heute etwa 16 000 000 Mark Anlagekapital. Die Erfolge lassen jedoch trotz verhältnismässig billiger Arbeitskräfte, trotz Eifer und Umsicht und neuerdings auch guter Sachkenntnis noch sehr zu wünschen übrig. Die letzte Ernte dürfte schwerlich mehr als insgesamt 5000 Ctr. Kaffee gebracht haben, im Werte von rund 300000 Mk. Bohrkäfer, Wurzellaus und Hemileia bedrohen neben der Nährstoffarmut des Bodens und der Unsicherheit des Klimas vielenorts den infolge der Urwaldasche anfänglich stets guten Bestand dieser Pflanzungen. Es ist zurzeit noch nicht möglich, ein letztes Wort über die Rentabilität dieser Anlagen zu reden. Auch die Vanilleanlagen in der Niederung, sowie im Usambaragebirge scheinen nicht rentabel zu sein; geradezu fehlgeschlagen sind die Tabakanbauversuche in Lewa und Mohorro. Dahingegen verspricht grossen Erfolg die von Dr. Hindorf eingeführte Sisalhanfkultur, welche in Kikogwe, Kiumoni, Lewa und Buschirihof bereits im grossen betrieben wird. Zweifelhaft ist dagegen noch die Rentabilität des Anbaues von Mauritiushanf. Kardamom und Kokospalmen werfen gleichfalls Gewinn ab. Die Aussichten der Zucker- und Rumfabrikation am Pangani in einer nach europäischem Muster eingerichteten Zuckerfabrik sind noch unsicher. Mit vielen anderen tropischen Kulturpflanzen, so insbesondere auch mit Thee, sind ferner mannigfache Versuche angestellt, und die neugegründete Kaiserliche Biologische Landwirtschaftliche Station zu Amani und Mombo setzt dieselben jetzt fort. Wir können jedoch nicht hoffen, das die Entwickelung der Plantagen plötzlich einen grossen Aufschwung nehmen wird, erst nach und nach, nachdem genügend Erfahrungen über Boden, Klima und die Eigenart der Kulturen gesammelt sind, wird eine ruhige und gesicherte Weiterentwickelung Platz greifen können. Neuerdings wird bereits erheblich billiger und sparsamer gewirtschaftet. Die überspannten Illusionen sind zu Grabe getragen, die Sturm- und Drangperiode ist überwunden, und eine kühle wirtschaftliche Berechnung hat die Leitung übernommen. Mit grosser Anerkennung verdient hier noch die Tätigkeit des Kulturamtes in Dar-es-Salaam

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hervorgehoben zu werden, das in seinen neuesten Berichten wiederum den Beweis grösster Strebsamkeit und Fürsorge für kulturelle Anlagen geliefert hat.

Kamerun, wo erst seit 1896 grössere Flächen in Kultur genommen sind, ist schon glücklicher dran! Das letzte Jahr hat bereits eine Ernte von etwa 12 000 Ctr. Kakao gebracht, die einen Wert von rund 700 000 Mk. darstellt. Bei der Güte des vulkanischen Bodens und bei der Sicherheit der Niederschläge ist darauf zu rechnen, dass sich diese Ziffern 1904 bereits verdoppeln, und dass sich die 7 000 000 Mk., welche jetzt bereits in Kakaokulturen angelegt sind, gut verzinsen werden. Die neueren Kakao-Pflanzungen, welche die Fehler der alten vermeiden, sowie die Erfahrungen und die wichtigen Ergebnisse der zentralamerikanischen Reise des Dr. Preuss benutzen konnten, sehen bei ihrer sparsamen Wirtschaftsweise einer sehr günstigen Rentabilität entgegen. Auch Vanille gedeiht in Kamerun vorzüglich, sowie alle echt tropischen Gewächse, welche guten Boden und viel Feuchtigkeit beanspruchen. Um die Existenz der Pflanzungen nicht auf eine einzige Kulturpflanze zu setzen, hat man neuerdings für Gummigewinnung Kickxia elastica Preuss mit Erfolg angepflanzt, nachdem sich Castilloa nicht bewährt hat. Leider hat auch der Tabakbau, der 1900 in Bibundi so grossartige Erfolge versprach, wieder ausgesetzt und auf spätere Zeit verschoben werden müssen. Klima und Boden begünstigen in Kamerun sicherlich diese so einträgliche Pflanze, aber die Arbeiterverhältnisse lassen den Anbau im grossen noch nicht zu.

Grosse Sorge bereitete vor 2 Jahren in Kamerun die Arbeiterfrage, sie ist jedoch jetzt im Prinzip als gelöst zu betrachten, nachdem die Binnenvölker gelernt haben zu Hunderten und Tausenden an die Küste zu ziehen und dort zu arbeiten, und nachdem ihre Ernährung und Behandlung seit 1901 eine sachgemässe und lobenswerte geworden. Nur wird man mit Rücksicht auf die Arbeiterverhältnisse gut tun, die Erweiterung der Kulturen in einem langsameren Tempo als Ende der 1890er Jahre vorzunehmen. Die Zahl der Pflanzungsarbeiter in Kamerun beziffert sich zur Zeit auf über 5000, während sie 1896 kaum 500 betrug. Um die Entwickelung der Pflanzungen hat sich der Dr. Preuss unterstellte botanische Versuchsgarten, welcher zur Zeit mit einer agrikulturchemischen und botanischen Untersuchungsstation ausgerüstet wird, grosse Verdienste erworben. Neuerdings gilt es mit Hülfe desselben auch die Eingeborenen-Kulturen zu heben und die Bevölkerung insbesondere zum Anbau Gummi und Oel liefernder Gewächse anzuleiten.

Es wird aber kaum möglich sein, alle in Kamerun erforderlichen Kulturarbeiten von diesem einzigen Institut aus zu fördern.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Um denselben gerecht zu werden, ist es demnach erforderlich, in der so hoffnungsreichen Kolonie, ebenso wie es bereits in Ostafrika geschehen ist, ein Kulturamt einzurichten zur Förderung der Landeskultur. Auch in den anderen Kolonien wird sich alsbald das Bedürfnis nach Kulturämtern herausstellen, nach Kamerun zunächst in Deutsch-Südwestafrika und sodann in Samoa.

In Togo besteht schon seit längeren Jahren die Kokospalmenpflanzung Kpeme, zur Zeit mit einem Bestand von gegen 150000 Palmen in gedeihlichem Zustande. Liberia-Kaffee ist in Togo unsicher. Dahingegen scheinen Baumwolle- und Ölpalmen-Pflanzungen als Volkskulturen Aussicht auf guten Erfolg zu haben, nachdem in Towe und auf der Douglasschen Agu-Pflanzung die ersten Baumwoll-Versuche günstig ausfielen und die Ölpalmhaine der Eingeborenen sich bereits bewährt haben. Im übrigen ist Togo für Anlage grosser europäischer Pflanzungsbetriebe wegen der geringen Gunst des Bodens und der Unsicherheit des Klimas nicht geeignet.

In Neu-Guinea und den dazugehörigen Inseln haben die im grossen Stile und mit ca. 4 Millionen Mark aufgenommenen Pflanzungsarbeiten zu dem Ergebnis geführt, dass der Kaffeebau zur Zeit nicht lohnend ist. Dasselbe gilt vom Baumwollanbau. An Tabak wurde alljährlich für 100 000 bis 150 000 Mk. exportiert, und an Kopra, zu deren Erzeugung man in den letzten Jahren grosse Palmbestände erfolgreich angelegt hat, bereits für $^1/_2$ bis 1 Million Mark Dazu hat man neuerdings die Anpflanzung von Gummi- und auch Guttaperchabäumen ins Auge gefasst, nachdem Schlechter in den Urwäldern Neu-Guineas das reiche Vorkommen von Guttapercha sicher nachgewiesen. Das echt tropische Klima macht bei dem Mangel an Gesundheitsstationen in höheren Lagen der Kolonisierung dieses Gebietes viel Schwierigkeiten. Dazu kommt die Sorge der Beschaffung genügend billiger und guter Arbeiter. Unter diesen Hemmnissen hat die landwirtschaftliche Entwickelung hier von jeher gelitten. Sie werden erst nach und nach zu besiegen sein, und alsdann wird die ausserordentliche Fruchtbarkeit Neu-Guineas und seiner Inselgruppen voll zur Geltung kommen.

In Samoa, das für fast alle tropischen Kulturen einen guten Boden und ein sicheres Klima zu besitzen scheint, ist die Entwickelung moderner Pflanzungsbetriebe in der Hauptsache von der zur Zeit sehr brennenden Arbeiterfrage abhängig. Aus diesem Grunde musste die viele Arbeitskräfte erfordernde Baumwollkultur aufgegeben werden. Besonders lohnend sind die Kokospalmpflanzungen, die in den letzten Jahren bereits für je $1^1/_4$ bis $1^1/_2$ Millionen Mark Kopra brachten. Neuerdings hat man sich auch dem Kakao zugewandt, welcher in Samoa eine sehr dünnschalige und äusserst schmackhafte Frucht hat. Er wird

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sicherlich auf richtig ausgewähltem Gelände gut und reichlich gedeihen, ob jedoch sein Anbau in Samoa in solcher Ausdehnung möglich sein wird, wie eine etwas verfrühte Reklame behauptet, erscheint mir sehr fraglich.

Man hat mehrfach dem deutschen Kapital den Vorwurf gemacht, dass es sich zu wenig auf unsere Kolonien geworfen und statt in denselben grosse Pflanzungen zu schaffen, andere unsichere Länder z. B. in Zentral-Amerika bevorzugt hat. Es ist richtig, dass in Venezuela, Ecuador, Guatemala, auch in Sumatra, offenkundig über 20 000 000 Mk. deutschen Geldes in rein deutschen Plantagen festgelegt sind, aber andererseits muss ich doch auch hervorheben, dass nach den Erfahrungen, welche wir mit den Pflanzungsanlagen in unseren Kolonien gemacht haben, es recht gut war, dass wir in Anlage und Ausdehnung der Pflanzungen uns gerade nicht überstürzt haben. Das Lehrgeld und abschreckende Verluste wären dann erheblich grösser gewesen! Auch war es in den meisten Kolonien absolut unmöglich, genügend Arbeitskräfte zu einem annehmbaren Preise für eine grössere Anzahl von Pflanzungen als jetzt vorhanden zu beschaffen. Es will eben alles seine Zeit haben! Andererseits haben wir aber auch inzwischen gelernt, dass fast sämtliche Pflanzungs-Unternehmungen in unseren Kolonien mit zu geringem Kapital in Angriff genommen worden sind, was eine nachherige Anleihe oder Herausgabe von Vorrechts-Aktien zur Folge hatte. Für die Zukunft ist hieraus die Lehre zu ziehen, derartige Unternehmungen mit 50 bis 100 pCt. höherem Kapital in jedem einzelnen Falle zu begründen.

Und schliesslich bedarf hier noch eins der Beachtung, d. i. die Personenfrage. Wir haben es leider mehrfach erleben müssen, dass unfähige Pflanzer ganze Pflanzungen geradezu an den Rand des Verderbens brachten — ich könnte Namen nennen — und dass wirklich tüchtige und allseits erfahrene sehr schwer, oft garnicht zu beschaffen waren. Auch heute noch ist die Beamtenfrage auf unseren Pflanzungen eine sehr brennende. Wirklich tüchtige Leute, die sich fortdauernd bewähren, sind noch nicht die allgemeine Regel. Und ohne solche Beamte wird uns der Kampf mit der Konkurrenz sehr schwer werden. Wir haben daher mit allem Eifer für die Beschaffung eines tüchtigen Pflanzerpersonals Sorge zu tragen: durch richtige Auswahl der Personen, durch Unterstützung der sehr bewährten Kolonialschule Witzenhausen und vor allem auch durch Ausbildung tüchtiger Leute in fremden Musterplantagen. Wie einst die deutsche Industrie vor 50 und 60 Jahren tüchtige Leute zur Erlernung der englischen Industrie aussandte — auch ein Öchelhäuser hat diese Schule in England durchgemacht — so müssen wir jetzt beständig Experten in fremde Kolonien entsenden und junge tüchtige Leute mit Stipendien

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Reiseunterstützungen ausrüsten, damit uns die praktischen Erfahrungen und die bewährten Methoden anderer Kolonien zugeführt werden. Welchen Nutzen kann es nicht stiften, wenn auch nur 10 junge tüchtige Leute in diesem Sinne einschlagen! Staat, Gesellschaften und Private dürfen hier nicht zögern, Stipendien in der Höhe von 3000 bis 6000 Mk. auszuwerfen, um die Erfahrungen anderer Länder gleichsam zu erkaufen!

### Die Entwickelung des Handels

unserer Kolonien wird am besten durch die Ein- und Ausfuhrstatistik beleuchtet. Dieselbe ergab im Jahre 1900 in Mark:

| | Einfuhr | Ausfuhr | Zusammen |
|---|---|---|---|
| Deutsch-Ostafrika | 11 430 540 | 4 293 645 | 15 724 185 |
| Kamerun | 14 245 014 | 5 886 458 | 20 131 472 |
| Togo | 3 516 786 | 3 058 902 | 6 575 688 |
| Deutsch-Südwestafrika | 6 968 385 | 907 565 | 7 875 950 |
| Neu-Guinea u. s. w. | 1 612 685 | 1 008 529 | 2 621 214 |
| Karolinen u. s. w. | 459 224 | 263 481 | 722 705 |
| Marschall-Inseln | 597 400 | 556 400 | 1 153 800 |
| Samoa | 2 105 811 | 1 265 799 | 3 371 610 |
| Summa | 40 935 845 | 17 240 779 | 58 176 624 |

Hiernach hat also Kamerun Ostafrika, welches früher obenan stand, bereits erheblich überholt und nimmt jetzt die erste Stelle ein, insbesondere auch in der Ausfuhr. Letztere wird infolge des tatsächlichen Gummireichtums dieser Kolonie und infolge ihrer reichen Ölpalmbestände und der Zunahme tragender Kakaobäume alljährlich weiter ansteigen und für 1903 wohl bereits auf 8 Millionen Mark zu bemessen sein. Im Verhältnis zur Grösse des Landes stehen dagegen Samoa und Togo obenan. Berücksichtigt man hierzu, dass der deutsche Dampferverkehr allein an der Westküste Afrikas sich seit 1884 mehr denn verzwanzigfacht hat, und dass nach der Ostküste jetzt beständig 12 grosse Personendampfer von Hamburg aus verkehren, wo früher keiner lief, dass ferner unsere koloniale Handelsflotte insgesamt bereits auf 60 bis 65 grosse Dampfer angewachsen ist, so können wir wohl mit leidlicher Befriedigung auf die Handelsentwickelung blicken. Noch mehr wird das sicherlich der Fall sein, wenn Kiautschou, das den ausgesprochenen Typus einer Handelskolonie trägt, mit seinen grossartigen Kapitalanlagen nach Beginn des Berg-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

baues und nach Fertigstellung der Shantungbahn in Blüte tritt, und wenn unsere Neu-Guinea- und Südsee-Besitzungen mit ihren zahlreichen jungen Kokospalmbeständen sich weiter entwickelt haben.

Es dürfte hier auch der Ort sein, der grossen Konzessionen zu gedenken, welche in unseren Kolonien mehrfach vergeben sind. Ich bin der Ansicht, dass solche keineswegs ohne weiteres im Prinzip zu verdammen sind, sondern, dass dieselben sehr wohl grossen Nutzen stiften können. Aber statt einer Beteiligung der Regierung an dem Reingewinn, wie solche ja auch vorgesehen wurde, und auch aus anderen Gründen wäre es wohl richtiger gewesen, den Land- und Handelskonzessionen Pflichten aufzuerlegen und insbesondere solche, welche die systematische Erforschung und Erschliessung des Landes betreffen. Strassen-, Wege- und Eisenbahnbauten, Hafenanlagen und Flussregulierungen, Flussschiffahrt, Wasserbeschaffung und Transporteinrichtung, das sind die Grundbedingungen des Handels und Fortschrittes in unseren Kolonien, und ohne diese liegen auch die Konzessionsgesellschaften mehr oder minder lahm und können ihre Konzession als Landspekulation betrachten. Nach dieser Seite hin sind Fehler begangen worden, welche schwer wieder gut zu machen sind.

## Die Eingeborenen.

Den grösseren Nutzen haben bis jetzt nicht wir, sondern die Eingeborenen unserer Kolonien gezogen, und wir wollen ihnen denselben von Herzen gönnen. Für sie sind nicht nur die festen Grundlagen einer wirtschaftlichen Entwickelung gelegt, sondern es ist auch schon ein sehr schöner Anfang dazu gemacht worden. Nicht nur ist der grausame Sklavenhandel beseitigt und überall Ruhe und Sicherheit hergestellt, nicht nur werden Krankheiten und Seuchen bei Menschen und Tier überwacht und nach Möglichkeit verhütet und geheilt, nicht nur werden Hungersnöte gelindert, sondern es wird auch überall Zucht und Ordnung aufrecht erhalten und überall ist ein gewinnbringender, nie stockender Handel — am meisten in Togo und Deutsch-Ostafrika — ins Werk gesetzt worden. An Löhnen sind obendrein wohl mindestens bereits 50 Millionen Mark seitens der Faktoreien, der Pflanzungen, seitens Expeditionen und der Regierung unter die Eingeborenen unserer Kolonien gebracht worden. Auch zu Volkskulturen, welche grossen wirtschaftlichen Nutzen stiften können, werden die Eingeborenen jetzt angelernt und angehalten, zum Baumwollbau und Ölpalmbau in Togo, zum Ölpalm- und Gummibau in Kamerun, zu rationellerer und edlerer Viehzucht in Deutsch-Südwestafrika. Sämereien aller Art und neue Früchte (z. B. Kartoffeln, Mais und Reis) sind zum Anbau eingeführt, um den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hungersnöten zu steuern und Geld zu bringen. Brunnen werden gegraben und Berieselungen angelegt. In den Schulen und in den Missionen werden die Eingeborenen belehrt und in Handwerken aller Art unterwiesen. Bedenkt man die wirtschaftlichen Zustände der Eingeborenen z. B. in Deutsch-Ostafrika und Togo vor 18 Jahren, so wird man den Gegensatz, welcher heute vorliegt, nicht genug preisen können. Dass die Eingeborenen dafür einen Teil ihrer rohen Freiheit aufgeben mussten, liegt in dem Einzug der Kultur begründet, deren Steigerung auch fernerhin stets eine zunehmende Einschränkung der persönlichen Freiheit im Gefolge hat. Gegenüber diesen Wohltaten der wirtschaftlichen Kultur, welche wir in unsere Kolonien brachten, waren bis vor kurzem die Gegenleistungen der Eingeborenen sehr gering. Sie brachten uns nur für Geld die Rohprodukte des Landes oder boten uns ihre Arbeitskraft, die oft ebenso ungeschickt, wie nahezu überall verhältnismässig teuer ist. Es ist daher in allen unseren Kolonien nunmehr an der Zeit, auch Gegenleistungen seitens der Eingeborenen zu verlangen, welche unseren Leistungen entsprechen. Die Heranziehung zu öffentlichen Arbeiten aller Art, so z. B. auch ganzer Volksstämme zu Wege- und Eisenbahnbauten, zu Abgaben in bar oder Naturalien, und wo angängig zu einer Hütten- oder Kopfsteuer, ist nachgerade durchaus zeitgemäss und berechtigt und wird, in der richtigen Weise eingeleitet und durchgeführt, der Eingeborenenbevölkerung nur zum Segen gereichen. Wer diesem widerspricht und einer selbstbestimmenden Entwickelung der Eingeborenen das Wort redet, verkennt den Gang jeder kulturgeschichtlichen Entwickelung. Und wer da verneint, dass der Zwang, welchen wir den rohen Naturvölkern auferlegen, nicht mehr denn zehnfach aufgewogen wird durch den Segen, welchen unsere Kultur bringt, der verleugnet überhaupt Kultur und Fortschritt.

## Der Bergbau.

Die Entwickelung der Minentätigkeit in unseren Kolonien ist, abgesehen von der Ausbeutung von Guanolagern und den erfolgreichen Kohlenmutungen im Hinterlande von Kiautschou, nur sehr gering. Mehrfache Explorationen sind unternommen. In Deutsch-Südwestafrika ist Kupfer in grösseren Mengen nachgewiesen und werden Gold und Diamanten vermutet. Ob und wann sich hier stets erhoffte umfangreiche und rentable Bergwerke entwickeln werden, kann jedoch niemand voraussagen. In Deutsch-Ostafrika ist anscheinend mit Erfolg auf Gold gemutet und ist Glimmer in grösseren sehr abbauwürdigen Mengen nachgewiesen, sodass hier der Bergbau beginnt. In Neu-Guinea wird Gold in lohnender Menge sicher vermutet. Im Kameruner Hinterland ist Zinn vorhanden, und Kohlen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sind möglichenfalls an der Küste zu erbohren. Mutungen haben jedoch noch nicht stattgefunden. Nur Togo scheint nach den gründlichen Untersuchungen Hupfelds für den Bergbau aussichtslos zu sein. Sehr beachtenswert ist der Nachweis artesischen Wassers bei Dar-es-Salaam, welches dem Küstenstrich sehr viel Segen bringen wird. Es wäre sehr zu wünschen, dass zu gründlicher geologischer Erforschung sowohl im Interesse des Bergbaues wie zur Auffindung guter Baumaterialien und artesischen Wassers in all unseren Kolonien ständige Landesgeologen angestellt werden. Lohnende Arbeit ist für dieselben überall reichlich vorhanden.

## Die Verkehrsverhältnisse

haben sich in den meisten unserer Kolonien nur sehr langsam und auch ungenügend entwickelt. Am meisten bevorzugt ist Deutsch-Südwestafrika durch seine fast 400 *km* lange Eisenbahn und gute Wegeverbesserungen. In Deutsch-Ostafrika ist der Bau von Wegen und Rasthäusern sehr gefördert, dahingegen der Eisenbahnbau noch immer im Rückstand. Nach meiner Auffassung liegt die Zukunft dieser Kolonie mehr in der Dichte und Kaufkraft der eingeborenen Bevölkerung, als in Pflanzungsanlagen. Will man das Volk heben und fördern, so ist das nur durch gute und schnelle Verkehrsverhältnisse möglich. Daher ist der Bahnbau nicht nur politisch, sondern auch aus Rücksichten auf die wirtschaftliche Entwickelung des Volkes — zu der wir moralisch verpflichtet sind — unbedingt erforderlich. Ohne Bahnen ist diese Kolonie unter den heutigen Verhältnissen zu dauernder Stagnation verurteilt. Togo erfreut sich eines guten Wegenetzes, namentlich im Hinterlande, und steht im Begriff, Eisenbahnen zu erhalten.

In Kamerun fehlt es bis jetzt noch sehr an guten Wegen, Hafenanlagen, Brücken und Telegraphenlinien, insonderheit an der Küste. Dafür ist jedoch erfreulicherweise von kapitalkräftiger Seite der Bau zweier Privateisenbahnen eingeleitet, die eine von Victoria ausgehend, die andere von der Wurimündung. Der Bau der ersteren hat bereits begonnen. Durch diese Bahnen wird die Kolonie erst richtig erschlossen werden und das gummi- und ölpalmreiche Hinterland mit seiner vielerorts sehr dichten Bevölkerung uns zugänglich gemacht. Das gesamte Transportwesen in unseren Kolonien liegt ferner insofern noch sehr im argen, als tierische Transportmittel, ausser in Südwestafrika, noch fast vollständig fehlen. In dieser Beziehung stehen wir sehr gegen Indien, Java u. s. w. zurück. Die Ausgaben für Träger verteuern die Transporte masslos, und es tut hier Wandel zum Besseren grosse Not!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Schluss.

Am Schlusse meines wirtschaftlichen Referates angelangt, erscheint es mir als Pflicht, hier auch des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, jetzigen wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft, zu gedenken, das unter der Leitung des Herrn Supf und getragen von den dankenswerten Sympathien aller Kolonialfreunde, seit 1896 in rastloser Arbeit eine grosse Reihe der glücklichsten und bedeutsamsten Unternehmungen vollführte, und welches durch seine Tätigkeit auch die Bestrebungen der Reichsregierung in der wirtschaftlichen Förderung wesentlich unterstützte. Die Entsendung Schlechters nach Westafrika und Neu-Guinea zur Aufdeckung des Gummireichtums dieser Kolonien, die Entsendung von Dr. Preuss nach Zentralamerika, die Einrichtung der Bohrkolonne in Deutsch-Südwestafrika, die Einführung des Baumwollbaues als Volkskultur in Togo, die Trazierung der Eisenbahnlinie Lome-Palime in Togo, die Entsendung des Regierungsrates Dr. Stuhlmann nach Indien, die Begründung und Herausgabe des „Tropenpflanzers", das sind mit all den kaum absehbaren Folgen nur einige der Leistungen dieses Komitees, aber es sind wirtschaftliche Taten ersten Ranges, die in der Geschichte der Entwickelung unserer Kolonien als Marksteine sicherlich volle Würdigung verdienen.

Des ferneren halte ich mich verpflichtet, noch auf eine Lücke hinzuweisen, welche bereits lebhaft empfunden wird nicht nur seitens der Kolonien, sondern auch in der Wissenschaft von unserer Nationalökonomie. Es ist dieses der Mangel eines Lehrstuhles für Kolonialwirtschaft an unseren deutschen Universitäten. Schon Roscher 1844, 1856 und hernach auch Jannasch 1884 haben in ihrem Werke „Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung" darauf hingewiesen, dass die Lehrbücher der Nationalökonomie dieser Ergänzung bedürfen. Seitdem hat sich niemand ihrer Anregung angenommen, trotzdem wir seit 1884 eigene Kolonien besitzen. Zwar findet man in den Vorlesungsverzeichnissen unserer Universitäten und Hochschulen wohl sporadisch eine 1—2stündige Vorlesung über Kolonialpolitik oder auch über unsere Kolonien, aber was uns praktisch und wissenschaftlich gerade not tut, solche über Kolonialwirtschaft, die fehlen. Lehrstühle für Kolonialwirtschaft sind aber nicht nur ein absolutes Bedürfnis für eine gründliche wirtschaftliche Ausbildung unserer Kolonialbeamten — die eine solche nahezu sämtlich vermissen lassen — und somit auch für unsere Kolonien, sondern sie sind nachgerade auch ein nicht zu leugnendes Bedürfnis für die deutsche Wissenschaft, speziell die deutsche Nationalökonomie. Sie dienen dazu, die Lehre von der Kolonialwirtschaft, welche bei uns noch

vollständig in den Windeln liegt, zu erfassen, zu sammeln, zu vertiefen und zu verbreiten. Die deutsche Wissenschaft würde mit ihrer Zeit nicht fortschreiten, wollte sie sich dieser Erkenntnis verschliessen.

Die wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien zeigt also keineswegs jene Stagnation, von welcher man redet. Nur in Ostafrika, dessen wirtschaftlicher Wert wohl von jeher im Volke überschätzt wurde, ist augenblicklich ein Stillstand eingetreten. Unsere 18- oder besser erst 12jährige Kolonisationsarbeit ist auch keineswegs eine vergebliche gewesen. Wir haben zwar vielfach zu optimistisch und heissblütig gehandelt und manchmal auch sehr der nötigen Erfahrung ermangelt, das sind jedoch Fehler, welche man sich abgewöhnen kann; und inzwischen hat sich bereits auch überall der wahre wirtschaftliche Ernst, ohne den es nun einmal nicht geht, eingestellt. Ich betrachte diese ersten 18 Jahre unserer Kolonialzeit gleichsam als die phantasiereichen sorglosen Flitterwochen, die ein jedes lebensfrische Paar und ein lebensfrohes Volk, das glücklich Kolonien heimgeführt, durchmachen muss. Sie sind jetzt zu Ende! Der Ernst des Lebens mit seiner besonnenen Arbeit hat jetzt in unserer Kolonialwirtschaft festen Fuss gefasst, und edle Früchte werden unsere treue Arbeit segnen.

---

## Plantagen und Eingeborenen-Kulturen in den Kolonien.

Von Freiherr **von Herman,** Direktor der Königl. Württ. Hofdomänenkammer in Stuttgart.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Ehe ich auf das eigentliche Thema meines heutigen Vortrages über „Plantagen und Eingeborenen-Kulturen in den Kolonien“ eingehe, scheint es mir dringend geboten, das Wort „Plantage“ genau zu definieren, da man im mündlichen Verkehr sowohl wie in der Literatur sehr verschiedenartige Begriffe damit zu verbinden scheint. Dies kann zu unendlichen Unannehmlichkeiten führen und verwirrt das grosse Publikum in einer Weise, dass unsere kolonialen Bestrebungen, besonders soweit sie auf wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien hinstreben, merklich geschädigt werden könnten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wir verdanken dem Sprachforscher Professor Heyne in Göttingen die folgenden Mitteilungen: Das französische Wort „plantage“ kommt verhältnismässig erst spät, etwa Mitte des XVI. Jahrhunderts vor und hier nur im allgemeinen Sinn der Handlung des Pflanzens. Diese Bedeutung wird dem Wort noch im XVIII. Jahrhundert auch teilweise in Deutschland beigelegt, denn nach Jacobsons technologischem Wörterbuch vom Jahr 1783 ist „Plantage“ 1.) ein grosser Platz mit Obst- oder Maulbeerbäumen, alleenweise bepflanzt, oder 2.) ein gewisser Distrikt, welcher mit allen möglichen Arten von wilden Bäumen besetzt ist. — Zu gleicher Zeit aber finden wir, dass in anderen Ländern und Sprachen das aus dem Französischen herübergenommene Wort „Plantage“ eine ganz andere Bedeutung gewonnen hat, denn in einem holländisch-deutschen Wörterbuch vom Jahre 1719 wird das Wort „Plantage“ in demselben Sinne gebraucht, den wir heute mit dem Begriff „Kolonie“ verbinden. So findet sich in der deutschen „Allgemeinen Schatzkammer der Kaufmannschaft“ vom Jahr 1741 zu lesen: „Kolonien, Plantagenpflanzstätten, haben ihren Ursprung zum Teil von der freiwilligen Migration der Völker, entweder ganzer Nationen oder auch nur gewisser Familien, wenn dieselben ihre rauhen und alten Wohnplätze verlassen und sich anderwärts in besseren und fruchtbaren Ländern niedergelassen.“

In dieser, mit „Kolonie“ gleichen Bedeutung verharrt das Wort nach dem Zeugnis verschiedener Quellen durch das XVIII. Jahrhundert hindurch, bis sich zu Anfang des XIX. Jahrhunderts der Begriff der „Plantage“ von dem der „Kolonie“ losreisst und sich nun gewöhnlich zu dem der Anpflanzung tropischer Gewächse, besonders in Ost- und Westindien, verengt. Dass wir auch heute noch nicht zu einem allseitig befriedigenden Begriff über „Plantage“ uns durchgerungen haben, scheint mir am deutlichsten daraus hervorzugehen, dass sogar noch die neueste Auflage von Meyers Konversationslexikon angibt, Plantage sei eine Pflanzung, besonders von Nutzpflanzen in fernen Gegenden, namentlich in den beiden Indien und den afrikanischen Kolonialländern, und Plantagenwirtschaft sei die Art der Bodenbewirtschaftung in den Tropen; während das Konversationslexikon von Brockhaus sagt, Plantage sei eine Anpflanzung von Gewächsen in den Tropen, die zu ihrem Gedeihen einer besonderen Pflege bedürfen, wie Baumwolle, Kaffee, Zucker, Indigo etc., und Plantagenwirtschaft sei die extensive Art der Bodenbewirtschaftung in den Tropen.

Sie sehen also, dass abgesehen von anderen kleineren Unterschieden Meyer die Plantagen in ferne Gegenden verweist, währendem Brockhaus sie auf die Tropen beschränkt. Wer hat recht? Im allgemeinen wird die öffentliche Meinung, in diesem Punkte wenigstens,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Difinition von Brockhaus recht geben, und doch möchte ich Sie daran erinnern, dass gerade das frühere Musterland für grosse, gut geleitete und besonders auch einträgliche Plantagenwirtschaft die Vereinigten Staaten von Amerika waren. Diese haben in ihren grossen Baumwollplantagen, welche sämtlich ausserhalb der Tropen, sogar der Subtropen, gelegen sind, Amerikas Suprematie für Baumwolle auf dem Weltmarkt hergestellt. Wir werden also die Plantagen nicht auf die Tropen allein zurückdämmen dürfen, sondern wir werden als Charakteristicum für den Begriff „Plantage" den Anbau tropischer Pflanzen hinstellen müssen, was ja durchaus nicht ausschliesst, dass diese Pflanzen, wie dies z. B. bei der Baumwolle der Fall ist, unter besonders günstigen klimatischen Bedingungen durch die Kultur in aussertropische Gegenden verpflanzt werden und dort zu mächtigen Kulturfaktoren sich entwickeln können. Dass es beim Begriff der Plantage mehr auf die Pflanzen selbst als auf die geographische Breite ankommt, geht auch daraus hervor, dass wir z. B. in den Tropen Höhenlagen haben, wo die tropischen Pflanzen nicht mehr gedeihen und wir zu nördlicheren Gewächsen greifen müssen, wenn wir in den bisher absolut unkultivierten Gegenden dem Boden Nahrungsstoffe abringen wollen. Ich habe hier in erster Linie das Hochgebirge von Usambara im Auge, wo ja schon eine Anzahl deutscher Ansiedler Weizen, Hafer, Kartoffeln baut, und es keinem Menschen einfallen wird, von einer Kartoffelplantage zu sprechen, mag dieselbe nun innerhalb oder ausserhalb der Tropen liegen.

Aus der Überschrift dieses Vortrages ergibt sich aber nun noch weiter, dass nach dem heutigen Sprachgebrauch die Plantagen in einen gewissen Gegensatz gesetzt worden sind zu den Eingeborenen-Kulturen und zwar in der Weise, dass man gewöhnlich unter Plantagen: von Europäern und mit europäischem Kapital geleitete Unternehmungen versteht. Ein neuer Begriff, welcher in den beiden oben erwähnten Definitionen von Meyer und Brockhaus noch in keiner Weise hervortritt. Auch hier möchte ich warnen, den betretenen Weg, wenigstens in dieser Weise, weiter zu verfolgen. Nachstehende Beispiele werden meine Gründe am deutlichsten klar machen.

Südlich von Dar-es-Salaam findet man einen grossen, künstlich angelegten und verhältnismässig gut gepflegten Wald mit Kokospalmen, der etwa 30 Jahre älter ist als eine Kokospalmenplantage einer deutschen Aktiengesellschaft nördlich von Tanga. Jedermann nennt die deutsche Anpflanzung „Plantage" und wohl mit vollem Recht, denn es ist eine künstlich angelegte, nach allen Regeln der Kunst gepflegte, von Europäern geleitete, mit tropischen Pflanzen bestockte Kulturanlage. Warum sollte man aber die nur um einige Jahre ältere, ganz ebenso angelegte und gepflegte, dieselben wirt-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schaftlichen Ziele verfolgende Anlage bei Dar-es-Salaam nicht auch „Plantage" nennen, nur weil sie nicht einem Europäer, sondern dem Sultan von Sansibar gehört und weil die Betriebsleiter nicht Europäer, sondern eingeborene Pflanzer sind? Hier werden wir also den bisherigen Sprachgebrauch ändern müssen.

Wenn ferner ein deutscher Kleinkaufmann, sagen wir in Bagamoyo, mehr zu seiner Erholung ausserhalb der Stadt eine kleine Pflanzung anlegt, so wird man diese — trotz des Europäers und europäischen Kapitals — nicht „Plantage" nennen. Ich glaube daher, dass wir das Richtige treffen und allen billigen Anforderungen gerecht werden können, wenn wir ausser den vorerwähnten auch noch den Begriff der Grosswirtschaft mit Plantage verbinden.

Somit würden wir zu folgender Definition kommen: Unter einer Plantage versteht man eine ein- oder mehrjährige Pflanzung tropischer Gewächse zum Zweck der jährlichen Gewinnung von Früchten, Blättern oder Wurzeln. Weiteres Erfordernis einer Plantage ist, dass die Pflanzung so gross ist, dass sie einen besonderen, technisch geschulten Betriebsleiter erfordert. Die zum Betrieb einer Plantage nötigen Arbeiter dürfen der kaukasischen Rasse nicht angehören.

Es wird vielleicht auffallen, dass die Gewinnung von Rinde und Holz hier nicht aufgeführt wurde und also nicht zum Plantagenbetrieb gerechnet wird. Dies ist aus dem Grunde geschehen, weil wir in Europa die Gewinnung von Holz und Rinde zur Forstwirtschaft zählen, und es doch wohl geraten scheint, dass wir diese in Europa festgelegten Begriffe auch auf unsere Kolonien übertragen, wo wir ja auch schon eine geregelte Forstwirtschaft begonnen haben.

Wenn ferner in der obigen Definition von der kaukasischen Rasse die Rede ist, so beruht dieses auch auf einem längst anerkannten internationalen Grundsatz, dass Plantagenarbeiter wohl Neger, Chinesen, Malaien u. s. w. sein können, nicht aber die Angehörigen der kaukasischen Rasse (wenn wir die Mischvölker Indiens nicht dazu rechnen wollen), da der weisse Mann in denjenigen Gegenden, wo Plantagenbetrieb vorherrscht, aus klimatischen Rücksichten keine Handarbeit auf die Dauer betreiben kann.

Ich würde es für sehr wünschenswert halten, dass der Kongress diesen vorgeschlagenen Begriff über „Plantage" zum Beschluss erhebt.

Wenn wir uns jetzt dem eigentlichen Thema des Vortrages zuwenden und Umschau halten in unseren Kolonien, so werden wir finden, dass zur wirtschaftlichen Entwickelung derselben bisher die Plantagen vielmehr beigetragen haben als die Eingeborenen-Kulturen, und doch möchte ich den Satz aufstellen, dass es für die gedeihliche Entwickelung unserer sämtlichen Kolonien von grösster Bedeutung ist, neben einer gesunden Plantagenwirtschaft auch möglichst weit-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gehende und vielseitige Volkskulturen zu haben. Diese beiden Wirtschaftsweisen stehen sich meiner Ansicht nach in keiner Weise feindlich gegenüber, sondern sie ergänzen sich gegenseitig und wirken befruchtend aufeinander. Ebenso wie es ein allgemein anerkanntes nationalökonomisches Axiom ist, dass in unseren europäischen Kulturländern neben dem Grossgrundbesitz auch der mittlere Besitz und vor allem der kleinbäuerliche Besitz erhalten werden muss, und dass ein Land am ausschliesslichen Latifundienbesitz zu Grunde gehen muss, so würde es mir auch sehr bedenklich erscheinen, wenn wir in unseren Kolonien nur Massnahmen treffen würden, welche die Plantagenwirtschaft in dem oben von mir angegebenen Sinne fördern sollten, ohne zugleich die Eingeborenen sesshaft zu machen und zur Produktion landwirtschaftlicher Stoffe zu erziehen. Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee als wirtschaftlicher Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft hat auch längst die Bedeutung der Eingeborenen-Kulturen erkannt und neben den vielen so dankenswerten Bestrebungen zur Hebung und Entwickelung der Plantagenwirtschaft auch verschiedentlich direkt auf Entwickelung der Volkskulturen hingearbeitet. Ich erinnere nur an die Baumwollexpedition nach Togo und die ähnliche Zwecke verfolgende Baumwollexpertise für Deutsch-Ostafrika.

Ähnliche Ziele verfolgen auch direkt oder indirekt die vielen, so beachtenswerten und in ihren Wirkungen schon so segensreichen bisherigen Unternehmungen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees. So die westafrikanische Kautschukexpedition durch den Botaniker Rudolf Schlechter, die Expedition nach Zentral- und Südamerika in Kakaoangelegenheiten durch den Leiter des botanischen Gartens in Viktoria (Kamerun) Dr. Preuss, die Ramieexpedition durch Dr. Schulte im Hofe, die Studienreise des Regierungsrats Dr. Stuhlmann nach Indien, die deutsch-ostafrikanische Steppenexpedition von Dr. W. Busse, u. a. m.

Wenn wir uns fragen, woher es kommt, dass die Eingeborenen unserer verschiedenen Kolonien bisher so wenig produziert haben, so glaube ich den Grund dafür weniger in der angeborenen Indolenz unserer schwarzen Schutzbefohlenen und in ihrer Unbekanntschaft mit rationellem Ackerbau suchen zu müssen, als darin, dass die Verbindungskette zwischen den Produzenten in unseren Kolonien und den Konsumenten in unserem Vaterland bis jetzt noch nicht geschlossen war. Ich möchte hier als Beispiel den Mais anführen. Deutschland importiert jetzt jährlich für etwa 120 bis 130 Millionen Mark Mais, den unsere deutsche Landwirtschaft des nördlichen Klimas wegen nicht selbst zu produzieren vermag, dessen sie aber als Kraftfuttermittel zur Ernährung ihres in den letzten Jahren wesentlich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vergrösserten Viehstandes dringend bedarf. Dieser Mais kommt bis jetzt weitaus zum grössten Teile aus den Vereinigten Staaten von Amerika, und als ich im vorigen Jahre anlässlich meiner Studienreise in Deutsch-Ostafrika mit dortigen Einwohnern über die Maisfrage sprach, waren die meisten im höchsten Grade erstaunt, zu erfahren, dass dieses in Afrika so allgemein bekannte und überall produzierte Futtermittel auch in Deutschland einen Marktwert haben könne. Ich nahm Proben des dortigen Maises mit nach Hause; dieselben wurden in der berühmten Agrikultur- Chemischen Versuchsstation der Provinz Sachsen unter Leitung des Professors Märcker untersucht und nährstoffreicher gefunden als der durchschnittliche amerikanische Mais, der zu uns gelangt.

Warum schicken wir also nicht unser gutes Geld, die 120 Millionen Mark jährlich in unsere Kolonien, anstatt sie dem Auslande zu gute kommen zu lassen? Es bedarf hier nur, wie ich vorhin schon sagte, der Organisation, und diese ist meiner Ansicht nach sehr leicht einzuführen, nachdem wir einen vorzüglich organisierten, jahraus jahrein tätigen Dienst von deutschen Schiffen haben, welche das Mutterland mit den verschiedenen Kolonien verbinden. Da es sich aber bei derartigen Produkten, wie z. B. Mais, nicht um kleine Quantitäten, sondern um grosse Schiffsladungen handeln muss, wenn wir mit den Vereinigten Staaten in Konkurrenz treten wollen, so müssen wir in unseren verschiedenen Kolonien an den verschiedenen Hafenplätzen Sammelstellen, d. h. grosse Lagerhäuser errichten, welche, wie dies in Amerika allgemein geschieht, dazu dienen sollen, den eingelieferten Mais nach Güteklassen zu sortieren, zu putzen, vor schädlichen Witterungseinflüssen und vor Insektenfrass zu bewahren und dann in möglichst grossen, gleichmässigen, marktfähigen Quantitäten zur Verladung zu bringen. Sobald die Eingeborenen sehen werden, dass sie ihren überflüssigen Mais an Europäer verkaufen können, anstatt dass er ihnen wie bisher, soweit er nicht an Ort und Stelle verzehrt wird, unter freiem Himmel verfault oder von Insekten aufgefressen wird, werden sie in kürzester Zeit ihre Produktion vermehren. Wir werden dies auch noch dadurch wesentlich fördern können, dass wir, wie ja schon einzeln geschehen, in den verschiedenen Kommunalbezirken theoretisch und praktisch geschulte Landwirte anstellen, welche einerseits selbst Musterwirtschaften führen, andererseits den Eingeborenen in der Auswahl des Saatguts, in der Behandlung der Felder, in der Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und praktischer Erntemethoden mit Rat und Tat beistehen werden.

Doch genügt es noch nicht, dass wir, wenn auch noch so grosse Quantitäten in den Kolonien erzeugen und auf unsere Schiffe verladen, wir müssen auch erreichen, dass die deutschen Landwirte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

beim Bezug von Futtermitteln, dass die deutschen Spinnereien beim Bezug von Baumwolle, dass die deutschen Ölfabriken beim Bezug von Erdnüssen u. s. w. den deutschen Kolonialprodukten den Vorzug vor denjenigen anderer Länder geben, und zwar glaube ich, dass wir kein günstigeres Moment, besonders soweit die deutsche Landwirtschaft in Frage kommt, hätten finden können, als gerade jetzt, wo sich die sämtlichen deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu einer grossen Deutschen Reichsgenossenschaftsbank mit einer Filiale in Hamburg vereinigt haben. Diese Filiale, deren Aufgabe es ist, Futter- und Düngemittel im Auslande aufzukaufen, müsste eine besondere Abteilung für deutsch-koloniale Produkte bilden und eben diejenige Vermittelungsstelle abgeben, welche den Produzenten in unseren Kolonien mit dem Konsumenten in Deutschland in Verbindung setzen soll.

Wie gross die Einfuhr von tropischen und subtropischen landwirtschaftlichen Produkten ist, die Deutschland jährlich für Zwecke seiner nationalen Wirtschaft einführen muss, weil es dieselben im Mutterlande nicht produzieren kann, hat Dr. Schulte im Hofe vor kurzem in einem sehr interessanten Artikel veröffentlicht. Wir ersehen daraus, dass Deutschland für Baumwolle, Mais, Kaffee, Kautschuk, Ölkuchen, Leinsaat u. s. w. jährlich rund über 1000 Millionen Mark ins Ausland schickt, wovon nur rund 11 Millionen Mark, also etwa über 1 pCt. auf unsere Kolonien entfallen. Welch schöne Aussichten tun sich uns, wenn wir diese Zahlen betrachten, für die Zukunft unserer Kolonien auf, und wie leicht muss es doch verhältnismässig sein, den Handel für alle diese Produkte in unsere Kolonien zu ziehen, sobald die Produkte selbst in genügender Menge und zu marktfähigen Preisen erzeugt werden! Und dass sie dort erzeugt werden können, dafür haben wir ja schon unzählige praktische Beweise und dafür sind die so wertvollen Expeditionen und Arbeiten des Kolonialwirtschaftlichen Komitees auch hier bahnbrechend gewesen. Auch die Preiswürdigkeit unserer kolonialen Produkte gegenüber denjenigen anderer Länder ist schon in verschiedenen Fällen nachgewiesen worden.

Nur ein wesentlicher Faktor und zwar ein sehr wesentlicher, scheint mir, wenn ich Deutschland mit anderen Ländern vergleiche, zu fehlen, und das ist die oberste landwirtschaftliche Reichsbehörde, deren Aufgabe es wäre, in Verbindung mit der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes die landwirtschaftlichen Fragen des Auslandes, soweit sie unsere heimische Land- und Forstwirtschaft berühren, fortgesetzt zu sondieren und die von unseren auswärtigen Vertretungen eingehenden Berichte über landwirtschaftliche Bestrebungen und Erfolge anderer Länder zu sammeln und so gleichsam



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der grosse Magen zu werden, der das einheitlich zusammengestellte und verarbeitete Wissen wieder befruchtend in unsere sämtlichen Kolonien hinausgeben würde. Als gefahrdrohendes Beispiel schweben mir auch hier wieder die Vereinigten Staaten von Amerika vor. Dort besteht am Sitz der Unionsregierung neben den landwirtschaftlichen Ministerien der einzelnen Staaten ein grosses, wunderbar organisiertes, in 16 Unterabteilungen geteiltes Ackerbauamt, dessen Aufgabe es in erster Linie ist, die Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft im Ausland zu studieren und für die Heimat soweit möglich günstig zu gestalten. Diese Tätigkeit erstreckt sich auf alle Länder der Erde, in erster Linie aber auf die amerikanischen Kolonien. Kaum hatten die Amerikaner vor einigen Jahren Kuba, Porto Rico und die Philippinen erobert, als auch sofort die Sendboten dieses Ackerbauamtes in diesen verschiedenen Kolonien erschienen, die land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse genau studierten und landwirtschaftliche Versuchsstationen gründeten, welche in engste Fühlung und steten Gedankenaustausch mit der Mutterstation in Washington gestellt wurden und so in der kürzesten Zeit die in anderen Ländern von dem Ackerbauamt gesammelten Erfahrungen sich selbst nutzbar machen konnten.

Auch wir haben in unseren Kolonien Kulturabteilungen, botanische Versuchsgärten, auch wir haben Tausende schon ausgegeben, um die wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien in jeder Weise zu fördern. Was uns aber in unserer Entwickelung ungeheuer hemmt, das ist das Fehlen dieser Reichsstelle für Landwirtschaft, in der unsere land- und forstwirtschaftlichen kolonialen Bestrebungen, gewiss alle zusammenlaufen würden, und welche das aus allen Ländern eingehende Berichtmaterial unserer Gesandtschaften und Konsulate nach sorgfältiger Prüfung wieder unseren kolonialen Verwaltungen mitteilen könnte. Ich möchte da nur z. B. erinnern an die für unsere Kolonien so bedeutsame Frage der Heuschreckenvertilgung und an das Texasfieber, welches unsere Viehbestände so bedenklich dezimiert. In Nord- und Südamerika, in Australien, Indien und Südafrika sind seit Jahren über diese Gefahren die eingehendsten Untersuchungen gepflogen worden und die Arbeiten dieser Völker sollten fortwährend von Fachmännern für uns verfolgt und gesammelt werden, um das Beste durch Vermittelung der Kolonialabteilung den interessierten Kreisen in und ausserhalb unserer Kolonien mitteilen zu können.

Schon einmal hat die Deutsche Kolonialgesellschaft sowohl wie das Kolonialwirtschaftliche Komitee den Beschluss gefasst und eine entsprechende Eingabe an den Reichskanzler gemacht, dass die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Reichsstelle in obigem Sinne ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

boten sei. Ich möchte wünschen, dass der Kolonialkongress auch heute wieder zu dieser Frage Stellung nähme, denn es ist meine feste Überzeugung, dass wir durch Errichtung einer derartigen Stelle in der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Kolonien, in der Förderung der Eingeborenen- und Plantagenkulturen einen gewaltigen Schritt nach vorwärts tun würden.

Professor Dr. **Gustav Schmoller,** Berlin, führt aus, dass in der national-ökonomischen Diskussion und Literatur der von dem Herrn Referenten besprochene Gegensatz der Plantagen- und Eingeborenenkultur längst und vielfach diskutiert sei. Es handele sich in der Hauptsache um die landwirtschaftlichen Gross- und Kleinbetriebe; die ersteren lägen in den Kolonien in den Händen von europäischen Unternehmern, die mit grösserem Kapital, höherer Technik und eingeborenen oder eingeführten Arbeitern niedriger Rasse produzieren; die letzteren lägen in der Hand der Eingeborenen selbst, die ohne viel Bedürfnisse, überhaupt schwer für den Markt produzieren, technisch auf niedriger Stufe stehen, Fortschritte schwer vollziehen. Wenn der Plantagenbetrieb gelinge, so gebe er viel rascher grosse Erträge, erhebliche Gewinne für die Unternehmer, gute Renten für das europäische Kapital. Daher legten die kapitalistischen Elemente der Heimat so leicht das Hauptgewicht auf sie; verlangten eine Gesetzgebung, die die Plantagen einseitig fördern, die Eingeborenen den Unternehmern ausliefern. In diesen Tendenzen liege eine gewisse Berechtigung; nur durch Plantagenbetrieb sei ein rascher wirtschaftlicher Fortschritt zu erzielen; nur so die höhere europäische Technik rasch in den Kolonien auszubreiten.

Aber mit Recht habe auch der Herr Referent betont, dass die Förderung der Eingeborenenkulturen, des Kleinbetriebes, in ihren Händen nebenher gehen müsse. Es handele sich dabei zugleich um die ganze geistige und wirtschaftliche Erziehung der Eingeborenen und um die Zukunft der unterworfenen niedrigen Rassen. Da seien keine schnellen, sondern nur langsame Erfolge zu erzielen. Die meisten Kaufleute und Unternehmer aus Europa, die Geld verdienen wollen, hätten für dieses Problem wenig Sinn und Verständnis, da sie nicht an die Zukunft denken. Umsomehr sei es Sache der Regierung, der Missionare, aller fernsichtigen Kolonialfreunde, darauf zu drücken, dass hier die richtigen Wege eingeschlagen werden.

Soviel Redner sehe, seien es von allen Kolonien besitzenden Staaten eigentlich nur die Holländer, denen es gelungen sei, durch komplizierte politische Verwaltungs- und wirtschaftliche Einrichtungen, durch allerlei Lockmittel für die Javaner, durch mannigfache Beschränkung der europäischen Kapitalisten, einen solchen Erziehungsprozess musterhaft



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

durchzuführen, aber die Bevölkerung Javas auch in den letzten 100 Jahren von 5 auf 30 Millionen zu bringen. Durch solche Politik diene man doch zuletzt der wahren, dauernden Blüte der Kolonien und habe die niedrigen Rassen, die man durch blossen Arbeitszwang in den Plantagen der Europäer allein nicht zu anderen Menschen mache, dauernd emporgehoben.

Redner deutet zum Beweise für das Gesagte auf die Untersuchung von Professor Anton (Jena) über die neuere Agrarpolitik der Holländer auf Java hin (Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w. 1899 S. 1337 ff.), und was die allgemeinere Frage des Gegensatzes von europäischer Plantagenwirtschaft und Kleinkultur der Eingeborenen betreffe, auf das klassische Buch eines unserer grössesten Reisenden, Eduard Hahn: „Die Haustiere und ihre Beziehung zur Wirtschaft des Menschen." Hahn sei vielleicht der fähigste Schüler unseres grossen Geographen v. Richthofen. Er habe auf grossen Reisen alles selbst gesehen. Ein Hauptteil seines Buches sei den älteren Betriebsformen, welche die niedrigen Rassen in der Landwirtschaft ausgebildet haben, gewidmet. Als ceterum censeo komme er bei der Schilderung der agrarischen Zustände aller Weltteile darauf zurück: Durch blosse Plantagenwirtschaft und Herabdrückung aller Eingeborenen zu knechtischen Lohnarbeitern auf den Plantagen wird im Moment eine scheinbare Blüte, für die Zukunft der wirtschaftliche Ruin der Kolonien erzeugt; nur die Erziehung zu technisch besserem Eingeborenenkleinbetrieb kann die Massen wirklich heben. Er sieht daher in einer Kolonialpolitik, die in erster Linie dahin zielt, die erste Pflicht weitblickender Regungen. — „Das wollte ich ausführen", so schloss der Redner, „um wenigstens mit zwei Worten anzudeuten, dass die national-ökonomische Wissenschaft diese Probleme seit langer Zeit verfolgt und sie natürlich unter etwas anderem Gesichtspunkt sieht als der bloss naturwissenschaftlich geschulte Reisende und der Geschäftsmann."

Hauptmann a. D., Schriftsteller **Eugen Friese**, Pillnitz a. d. Elbe: Nachdem durch den Herrn Vorredner nunmehr wissenschaftlich festgestellt worden, was Plantage ist, möchte ich bitten, die praktische Seite der Sache nicht ausser acht zu lassen. Zum Plantagenbau gehört vor allem Geld. Die Frage ist, auf welche Weise ist ausreichendes Kapital zu beschaffen, um die in unseren Kolonien ruhenden Schätze zu heben? Man wünscht, dass das Grosskapital sich mehr als bisher in den Dienst der kolonialen Sache stelle. Ich meine, die in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen sollten uns das Vertrauen zu den reichen Leuten gründlich genommen haben. Je grösser der Geldbeutel, desto enger das Herz; Reichtum und Idealismus sind einmal feindliche Brüder.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nachdem wir nunmehr hoffentlich über die Kinderkrankheiten in der Entwickelung unserer Kolonien hinaus und bedeutende Summen als Lehrgeld, z. B. in Kamerun, gezahlt sind, sei es mir gestattet, auf die für die meisten Sterblichen unerschwingliche Höhe der Anteilscheine bei Bildung unserer kolonialen Handels- und Plantagengesellschaften von 200 bis 1000 Mk. hinzuweisen. Der gemeine Mann ist nicht in der Lage, Anteilscheine in dieser Höhe zu erwerben, daher existieren für ihn die Kolonien nur als das Schreckgespenst, dem er von seinem schmalen Verdienst noch Steuern opfern soll. Man lerne von dem Beispiel der grossen Kolonialmächte. In England und Frankreich hat man die Anteilscheine kolonialer Unternehmungen so niedrig wie möglich gestaltet. Die südafrikanischen und westaustralischen Minenshares sind mit 1 Lstrl. bemessen, sie befinden sich im Besitz der ganzen Nation, vom Herzog bis zum Dienstmann, und das ist der Grund mit für die beispiellose Einmütigkeit, mit der das ganze englische Volk hinter seiner Regierung gelegentlich des Burenkrieges stand, dessen Popularität, wie auf der ganzen Welt, auch bei den Engländern gewiss nicht gross war. Gestatten Sie mir eine Abweichung, die ich machen muss, um zu einem Vergleich zu kommen, den ich für ausserordentlich passend halte. In der heutigen Plenarsitzung nannte Herr Professor Adolf Wagner das deutsche Volk ein reiches Volk mit glänzenden Finanzen, unsere Steuerlage sei vorzüglich. Und dabei fehlt es überall an Geld! Die tragfähigeren Schultern sollten mehr belastet werden. Zugegeben, dass das nur recht und billig ist, aber dem Grundübel der Geldknappheit wird dadurch dauernd nicht gesteuert werden. Indirekte Steuern auf Massengebrauchsartikel, von der breiten Masse des Volkes getragen, können heutzutage der Leerheit des Staatssäckels allein abhelfen. Und wenn wir sämtliche Millionäre expropriieren, das klingende Ergebnis dieses Gewaltmittels wird verschwinden gegen das Resultat der erwähnten, indirekten Steuern, nach Systemen, wie sie etwa in Österreich, Frankreich und Italien ausgebaut sind. Wie bei den Steuern, so bei dem wirtschaftlichen Ausbau, der Fruktifizierung der Kolonien. Die Masse muss gewonnen werden, sie — das gesamte Volk — muss beisteuern können; dies ist aber nur möglich, wenn die Anteile möglichst vieler in den Kolonien gebildeten Gesellschaften — Plantagen, Minen u. s. w. — möglichst niedrig bemessen werden, sodass jedermann in der Lage ist, gewissermassen Mitbesitzer unserer Kolonien zu sein.

In diesem Falle würde auch die grollend beiseite stehende Sozialdemokratie für die koloniale Sache gewonnen werden. Wenn wir erst soweit sind, dass der kleine Mann, z. B. der Droschkenkutscher, einen Anteilschein an einer kolonialen Unternehmung er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

werben kann, werden auch die breiten Massen ihren sozialdemokratischen Führern nicht mehr so blind Gefolgschaft leisten. Ihre Heiterkeit darf ich wohl als Beistimmung zu dem von mir Gesagten auslegen, und so will ich denn mit dem Wort schliessen, das den Schlüssel zum Erfolg in der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Kolonien bildet: „Thue Geld in deinen Beutel!“ —

Dr. **Rocke**, Hannover, spricht gegen 20 Mark-Anteile und konstatiert, dass die Zustimmung keine allgemeine gewesen.

Missionsinspektor **Theodor Oehler,** Basel: Ich kann zu dem Gesagten einen Beitrag aus der Erfahrung geben. Wir arbeiten seit über 50 Jahren auf der Goldküste. Kürzlich kam es vor, dass ein Eingeborener sich darüber beklagte, dass man immer nur das Wort „Kakao“ höre. Heute werden durch die Basler Missionshandlungsgesellschaft tausende von Kakaosäcken — das Produkt der Pflanzungen unserer Neger — ausgeführt. Wie hat man das erreicht? Nicht durch Zwang, sondern durch Vorbild. Die Missionare sind mit ihrem Beispiel vorangegangen, haben Anleitung gegeben, für Samen und Setzlinge gesorgt. Mit unseren Knabenanstalten sind vielfach Pflanzungen verbunden, in denen die Knaben und Zöglinge zur Arbeit erzogen werden. Die Gemeinden werden ermuntert, Gemeindeplantagen anzulegen, durch deren Ertrag ihre Ausgaben für kirchliche Zwecke bestritten werden. So hat man die Bebauung des Landes ohne Zwang gefördert.

## Die Arbeiterfrage in den deutschen Kolonien.

Von **J. K. Vietor**, Bremen.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Das Thema meines Vortrages: „Die Arbeiterverhältnisse in unseren Kolonien“, führt uns in die sonnenbeschienenen, strahlenden Tropen. Sehen wir uns zunächst einmal an, wie unsere Schutzbefohlenen heute dort leben.

Wir befinden uns auf einer Reise im Innern Afrikas. Es ist Nacht, und wir schlafen in den kleinen, dumpfen Hütten des Häuptlings. Der erste Hahnenschrei weckt uns.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Obgleich es noch ganz dunkel ist, hören wir allerlei Geräusch. Die Frauen stehen zuerst auf und zerreiben am Mahlstein die Maiskörner zu Mehl, während das knisternde Feuer im Ofen leicht den Raum erhellt. Eine andere Frau kocht das schmackhafte Hirsebier, welches sie den rastenden Karawanen unter dem grossen Schattenbaum vor dem Dorfe verkaufen will. Von der Strasse her hören wir den höflichen Morgengruss der Neger. In langen Reihen ziehen die Frauen und Mädchen des Dorfes, den grossen Wassertopf auf dem Kopf, zum nahen Fluss, um dort das Wasser für den Tagesgebrauch zu schöpfen.

Wir erheben uns auch, denn im Osten beginnt der Himmel sich bereits weiss zu färben. Wir bummeln die Dorfstrasse entlang, überall ist reges Leben.

Zu zweien und dreien gehen die Männer mit ihren Gewehren zum Dorfe hinaus auf die Plantagen, gefolgt von den halbwüchsigen Jungen, die ihnen das Handwerkzeug nachtragen. Die Fischer ordnen am Flusse ihre Netze. Andere Männer rollen die schweren Palmölfässer die steilen Flussufer hinunter, um sie nach der Küste zu bringen. Jungens tragen Palmkerne in Körben in das bereitstehende Canoe. Unter einem luftigen Dach sitzt ein Schmied mit seinen drei Gesellen. Der Lehrling bedient den minimalen Blasebalg. Sie schärfen europäisches Handwerkszeug und verfertigen Ackerbaugeräte, sowie Schmucksachen und Fetische aus Eisen und Messing, die bei den Buschleuten einen raschen Absatz finden. Etwas weiter ist ein halbes Dutzend Leute mit dem Bau einer neuen Hütte beschäftigt, den Lehm herzutragend und knetend. Der Zimmermann nimmt gerade das Mass zu Tür und Fenster und verhandelt wegen des Preises der von seinen Leuten im Busch geschlagenen Agobalken. In grossen Trupps begegnen uns Männer und Frauen, schwere Lasten auf dem Kopf. Sie gehen zu dem drei oder vier Stunden entfernten Markt, um den Überschuss ihrer Landesprodukte gegen die so beliebten Stinkfische oder europäische Waren einzutauschen, die dort von den Küstenweibern oder Haussahändlern feilgeboten werden.

Von der Strasse aus treten wir in die Höfe, auch dort finden wir überall fleissige Arbeit.

Fünf bis sechs Kinder sitzen auf der Erde vor einem grossen Haufen Palmkerne und schlagen jeden einzelnen Kern mit einem Stein auf. Frauen sitzen in der Ecke und ziehen Perlen auf Fäden oder teilen den gekauften Tabak in kleine Päckchen, gross genug für eine Tonpfeife, die sie um einige Muscheln auf dem Markt verkaufen wollen. Andere reinigen den Hof, waschen und fegen. In einem anderen Gehöft finden wir einen Weber an seiner Arbeit.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Er webt handbreite Streifen Zeug in buntem Muster. Ferner einen Töpfer, der den Bedarf des Dorfes an irdenen Gefässen herstellt. Andere spinnen Garn aus selbstgezogener Baumwolle.

Wenn wir um sieben Uhr wieder auf die Strasse hinaustreten, erscheint das Dorf wie ausgestorben. Nur einige alte Leute sitzen auf dem Marktplatz und tauschen die Tagesneuigkeiten aus; sonst ist ein jeder seiner täglichen Beschäftigung nachgegangen.

Dieses der Wahrheit abgelauschte Bild afrikanischen Dorflebens wird bei Ihnen zunächst den Eindruck hervorgerufen haben, dass die Schutzbefohlenen unserer Kolonien zwar arbeitswillige, betriebsame und fleissige Menschen sind, dass sie sich heute aber noch sehr quälen, wie etwa unsere grossen Kinder zu Hause, ohne doch etwas Erkleckliches zu leisten. Glauben Sie nun aber nicht mit mir, dass diese Leute, genügend unterrichtet, praktisch angeleitet und fördersamst unterstützt, ebenso tüchtige und in ihrer Arbeit erfolgreiche Bauern und Handwerker werden würden, wie bei uns der Bauer und der Handwerker zu den produktivsten Ständen unseres Vaterlandes gehören?

Ebenso interessant ist auch ein Besuch auf einer europäischen Plantage.

Auch dort gibt es keinen langen Morgenschlaf. Schon kurz nach fünf Uhr erscheinen die ersten Arbeiter aus den umliegenden Dörfern. Sie warten auf den weissen Leiter, welcher nach dem Namensaufruf das Handwerkszeug verteilt und den Vorarbeitern die Aufgaben für den Tag stellt.

Wir begleiten unseren Gastfreund auf dem Rundgang auf seiner Plantage.

Die Sonne ist kaum aufgegangen; nachdem wir die grossen Pflanzbeete in der Nähe des Gehöftes passiert haben, gelangen wir zu den älteren Beständen, welche schon einen schönen Schatten gegen die allmählich heisser werdenden Sonnenstrahlen gewähren. Etwas weiter treffen wir die Leute an ihrer Arbeit, das hochwuchernde Unkraut aus den jüngeren Anpflanzungen zu entfernen. Wir sehen — im tropischen Afrika ein seltener Anblick — vier Ochsen vor einem Pflug gehen. Noch etwas weiter graben die Leute die grossen Wurzeln der gefällten Bäume aus, und am Ende der bearbeiteten Plantage ist eine Sektion damit beschäftigt, den ursprünglichen Busch, der das Land bedeckte, mit scharfen Buschmessern und Äxten niederzulegen.

Es ist eine Freude, mit dem Leiter durch die Anlagen zu gehen. Überall hat er seine Augen, ein aufmunterndes oder tadelndes Wort für die Leute. Dem einen zeigt er, wie er eine Arbeit besser anfassen kann. Er spricht mit den Vorarbeitern und gibt seine In-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

struktionen, und dabei hat er doch immer noch Zeit, uns auf alles aufmerksam zu machen und unsere vielfachen Fragen zu beantworten. Wir hören viel Interessantes von ihm. Er ist mit seinen Leuten sehr zufrieden. Er hat immer ein genügendes Angebot von Arbeitern. Sie lassen sich die notwendigen Strafen ruhig gefallen. Die schlimmste Strafe, die die Leute kennen, ist die Entlassung.

Ich habe Ihnen dieses zweite Bild gezeichnet, um Ihnen zu veranschaulichen, dass auch die grösseren Betriebe, in denen die Eingeborenen als Tagelöhner beschäftigt sind, der Kolonie zum Nutzen und dem Mutterlande zum Vorteil gereichen können, ebenso wie bei uns neben dem freien Bauernstand der Grossgrundbesitz und die kapitalistische Betriebsweise ihre gute Berechtigung haben. Sie werden aber auch bemerkt haben, dass ich Ihnen eine bekannte Plantage gezeichnet habe, wo das Verhältnis zwischen dem Herrn und seinen Leuten ein gutes und verständiges war, und nur unter dieser Bedingung, das möchte ich hier gleich scharf betonen, halte ich die Plantagen für einen Segen für das Land. Leider Gottes geht es auf allen deutschen Plantagen noch lange nicht so zu.

Man sollte nach diesen Ausführungen nun doch denken, dass die Regelung der Arbeiterfrage in unseren Kolonien die denkbar einfachste Sache von der Welt sei. Es sei nur nötig, auf den gegebenen Verhältnissen weiter zu bauen und

1. durch eine wohlwollende und verständige Regierung die vorhandenen guten Eigenschaften der Schwarzen weiter zu entwickeln und die schlechten zu unterdrücken;
2. sie durch Anlage von Versuchsgärten zu belehren, wie sie ihre Arbeit in wirtschaftlicherer, und damit für das Mutterland in steuerkräftigerer Weise verwenden können wie bisher;
3. den unselbständigen, im Lohnverhältnis arbeitenden Schwarzen durch Gesetze ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren und ihnen auf solche Weise den Weg zu einem freien und zufriedenen Arbeiterstand zu bahnen, und
4. sie durch die Arbeit der Mission geistig und sittlich so weit zu heben, dass sie zu dem Vorstehenden befähigt werden.

Meine langjährige persönliche Erfahrung sagt mir allerdings, dass dies der einzige Weg ist, den wir beschreiten können, um an unseren Kolonien auch einmal Freude zu erleben und den Ländern und den Völkern selbst zum Nutzen und zum Segen zu gereichen. Und weil wir diesen Weg bisher nicht beschritten haben, deshalb hat uns unsere Kolonialpolitik bis heute so wenig Freude bereitet und so viele Enttäuschungen gebracht.

Die Eingeborenen unserer Kolonien haben allen Grund, uns dankbar zu sein, dass wir sie deutsch gemacht haben. Wo die deutsche Fahne

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

weht, herrscht Ruhe und Frieden, während früher Raub, Überfall und Mord an der Tagesordnung waren.

Ist es nun aber nicht ganz erstaunlich, dass wir unsere Kolonien nun schon beinahe 20 Jahre haben, dieselben in Afrika allein von mehr als 10 000 000 Menschen bewohnt sind, also mehr wie ein Sechstel der Einwohnerschaft Deutschlands besitzen, und dass diese vielen Millionen nach so langer Zeit, nach so viel Mühe, Arbeit und Ausgaben, heute noch nicht imstande sind, die Kosten ihrer eigenen Verwaltung zu tragen, während in den gut geleiteten englischen und französischen Kolonien, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, die Produktion der freien Neger dem Mutterland jährlich viele Hunderttausende und Millionen abwirft? Woher kommt dieser Misserfolg? Meine Antwort lautet: Die Hauptursache ist die falsche Behandlung der Eingeborenen, denn ein Land kann in erster Linie nur durch seine eigenen Bewohner zum Blühen und Gedeihen gebracht werden.

Wer von uns hat denn aber in unserer Kolonialpolitik bis jetzt an die Eingeborenen gedacht? Haben wir die Leute so behandelt, als wenn sie Menschen wären wie wir, die nur auf einer tieferen Stufe stehen und unserer Erziehung bedürfen? Hat nicht vielmehr z. B. die schlechte Behandlung unserer Eingeborenen geradezu dem Gedeihen mancher unserer Plantagenkolonien im Wege gestanden? Wo gedeihen bei uns Landwirtschaft sowohl wie Industrie am besten? Dort, wo die Herren begriffen haben, dass mit der Wohlfahrt und Zufriedenheit ihrer Arbeiter ihr eigener Wohlstand und ihr Vorwärtskommen auf das Innigste verknüpft sind. Ich erinnere hier nur an die Namen Krupp und Lloyd.

In Afrika, speziell in Kamerun — in Ostafrika sollen die Verhältnisse bedeutend besser liegen — ist aber gegen dieses Prinzip sehr viel gesündigt worden. Wissen Sie, um nur ein Beispiel von den vielen dort herrschenden Missständen anzuführen, dass unsere Kamerunplantagen teilweise seit 10 Jahren bestehen? Offiziell wird zugegeben, dass dort jährlich mindestens 20 pCt. der Arbeiter sterben, hauptsächlich, weil sie die Nahrung, schlecht gekochten Reis, nicht vertragen können. Jetzt macht die Notiz durch die Zeitungen die Runde, dass einige Plantagen angefangen haben, fahrbare Dampfkochkessel einzuführen, wodurch der grassierenden Dysenterie etwas Einhalt getan werden soll. Also nach so langer Zeit wendet man die Kosten auf, um Hunderten, wenn nicht Tausenden von Eingeborenen das Leben zu erhalten. Ist das nicht, ganz gelinde gesagt, eine sehr kurzsichtige Kolonialpolitik?

Dadurch erklärt sich aber auch das Rätsel, dass unsere sonst so arbeitswilligen Eingeborenen so wenig Neigung zeigen, auf den meisten Plantagen zu arbeiten, denn Ausnahmen gibt es selbst in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kamerun. Und doch wäre es so unaussprechlich leicht, diesen an gar keinen Komfort gewöhnten Leuten das Los eines Plantagenarbeiters viel begehrenswerter erscheinen zu lassen wie ihr bisheriges, wenn man sie nur richtig ernähren, anständig behandeln und genügend bezahlen wollte.

Ich kann hier gar nicht energisch genug dem fälschlich verbreiteten Begriffe entgegentreten, dass wir es, in unseren afrikanischen Kolonien wenigstens, mit einer stupiden Bevölkerung zu tun haben sollen.

Heute schon gibt es in unseren Kolonien Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Bauern, welche sehr gern statt der wertlosen Mais und Hirse: Kakao, Ölsaaten, Baumwolle oder andere wertvollere Kulturartikel ziehen würden, wenn sie nur wüssten, wie sie es anzufangen hätten, und wenn sie Abnehmer dafür fänden.

Heute schon drängen sich in unseren Kolonien die Jungens in die Missionsschulen, dass die Missionen nicht Lehrer genug für sie finden können.

Ja, im Innern des Togogebietes bezahlen die Eingeborenen 7—8 Mark für 1 *kg* Kakao, dessen reeller Wert 70—80 Pfg. dort sein mag, nur um in die Lage zu kommen, sich dort auch Kakaoplantagen anlegen zu können.

Sind das nicht strebsame, unternehmende Eingeborene? Und ist es nicht geradezu ein Jammer, dass unsere Regierung nicht vor 10 oder 15 Jahren bereits in ihrer Mitte einen Versuchsgarten anlegte? Hätten wir dann nicht heute dort schon blühende Kulturen und neue Exportartikel und damit grössere Zolleinnahmen und weniger Reichszuschuss? —

Aber das Bild, das ich Ihnen von den Arbeiterverhältnissen in unseren Kolonien zu geben habe, würde nicht vollständig sein, wenn ich hier nicht noch zweier Kolonialeinrichtungen gedenken wollte; der besten und der verderblichsten, die wir haben.

Ich nenne zunächst die Arbeiten des Kolonialwirtschaftlichen Komitees. Dasselbe, 1896 begründet, scheint berufen zu sein, den grössten Teil zu einer gedeihlichen Entwickelung unserer Kolonien beizutragen. Unbekümmert um die politischen Verhältnisse, hat es mit weitem Blick und mit einer Sachkenntnis und mit einem Verständnis, welche mich immer wieder in Erstaunen setzen, zunächst die wissenschaftliche Erforschung unserer Kolonien erfolgreich in die Hand genommen.

Ich erinnere nur an die Entdeckung von Kautschuk und Guttapercha in Neu-Guinea und an die Feststellung grösserer Bestände von Nutzhölzern, Gerbstoff, Faser und Medizinalpflanzen in Ostafrika. Wo ein Notstand ist, springt es ein. In Ostafrika befindet sich eine

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Expedition zur Bekämpfung der Kaffeeschädlinge auf den Plantagen; in Südwestafrika eine Bohrkolonne zur Schaffung von Tränkstellen für das Vieh. Zielbewusst arbeitet es an der Einführung der Baumwollkultur in Ostafrika und Togo als Volkskulturen. Ja, da dem heutigen Reichstag das nötige Verständnis für die Wichtigkeit von Eisenbahnen zu fehlen scheint, hat es sogar die Trassierung der so wünschenswerten Bahnlinie von Lome nach Palime selbst in die Hand genommen.

Doch es ist unmöglich, alle Verdienste des Komitees hier aufzuführen, welches annähernd 1000 Partien Saatgut an Interessenten und Versuchsgärten verteilte und über 150 Proben von Kolonialprodukten chemisch analysierte. Ich möchte aber den verehrten Anwesenden den dringenden Rat geben, soweit sie es noch nicht sind, Mitglieder dieses Komitees zu werden, denn dann werden sie durch sein Organ, den „Tropenpflanzer" fortlaufend über die ebenso hochinteressanten, wie nützlichen Unternehmungen unterrichtet.

Die zweite Kolonialeinrichtung ist die Vergebung der Konzessionen.

Das ist der eigentliche Fehler unserer Kolonialpolitik, denn unsere Regierung hat das wertvollste Besitztum unserer Kolonien, den Grund und Boden, 10 000 quadratkilometerweise, sozusagen verschenkt, ohne sich die nötigen Kautelen zu schaffen, durch die die Interessen des Deutschen Reiches und der Eingeborenen genügend gewahrt werden. Was für Geschenke das sind, können Sie daraus ersehen, dass 1. an der Gründung der Südkamerungesellschaft in Brüssel allein 16 000 000 Francs verdient sein sollen, und 2. dass die beiden Gesellschaften Süd- und Nordwestkamerun heute schon dem deutschen Volke jährlich 60 000 000 Mark Pacht zu zahlen haben würden, wenn auf sie das 1896 von Herrn von Wissmann in Ostafrika erlassene, leider nachher zurückgezogene Bodengesetz zur Anwendung käme.

Aber nicht genug damit. Jetzt fordern die Inhaber einiger deutscher Konzessionen — es gibt natürlich auch verständige, die ihre Vorteile nach Recht und Gerechtigkeit ausnutzen wollen — auch noch, dass ihnen die sämtlichen Naturprodukte, Kautschuk, Holz etc., aus den ungeheueren, ihnen zugeteilten Gebieten, die sie mit den lächerlichen Summen von 2 und 4 Millionen Mark erschliessen wollen, zugesprochen werden, und dass jeder Mitbewerb anderer Unternehmer ausgeschlossen sei. Das heisst also mit anderen Worten, dass ihnen die Eingeborenen dieser Gebiete auf Gnade oder Ungnade übergeben werden sollen. Wenn die Leute arbeiten wollen, dann werden sie spottwenig für diese Arbeit bekommen, denn sie müssen die Preise nehmen, die ihnen die Gesellschaften vorschreiben. Wenn

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihnen aber das Entgelt zu gering ist und sie nicht arbeiten wollen, dann wird man auf die faulen Neger schimpfen, dann wird man die Hilfe der Regierung anrufen und versuchen, sie auf alle mögliche Weise zu zwingen. —

So liegen die Verhältnisse heute in unseren Kolonien.

Zwei verschiedene Prinzipien stehen sich scharf gegenüber.

Die einen sagen, wir haben unser Geld in die Kolonien hineingesteckt, und die Regierung muss uns helfen. Das Kapital kann nicht warten, schrieb die „Koloniale Zeitschrift" neulich. Das ist der springende Punkt vieler unserer Kolonialpolitiker. Dividenden sollen herauskommen, und zwar so schnell wie möglich, wenn die Unternehmungen auch nach kaufmännischen Begriffen noch so übereilt und noch so unverständig angelegt sind. Deshalb müssen Arbeiter auf irgend eine Weise für die Plantagen beschafft werden, deshalb müssen die Eingeborenen von Platz zu Platz weichen, wenn die Plantagen kommen, deshalb ist jeder Schwarze, der dort nicht arbeiten oder sterben will, ein fauler Kerl und schwarzes Gesindel. Deshalb soll man — es klingt wie Hohn — in einer deutschen Kolonie deutschen Bürgern den Handel untersagen. Deshalb endlich kümmert man sich auch um die vielen Millionen anderer Eingeborenen nicht; an denen ist für sie ja doch kein Geld zu verdienen.

Dem gegenüber kann das andere und, meiner Meinung nach, einzig richtige Prinzip gar nicht genügend klar gestellt und empfohlen werden, nämlich, dass die Hebung unserer Kolonien zum grössten Teil von der Hebung der Eingeborenen abhängig ist.

Man sollte diesen Leuten, die sich selbst nicht schützen können, vor allen Dingen die persönliche Freiheit bewahren. Wir verstehen unter persönlicher Freiheit nicht den Begriff der politischen Freiheit, wie er hier zu Hause zu gelten scheint, wo der Ruhige und Bescheidene so häufig hinter dem anmassenden Schreier zurücktreten muss. Wir sind im Gegenteil für stramme Zucht und Ordnung, aber wir verstehen unter dem Begriff der persönlichen Freiheit die Selbstbestimmung der Leute, dass sie ihr Leben einrichten dürfen, wie sie wollen, dass man sie nicht gegen ihren Willen zu unsympathischer Arbeit zwingen darf, und dass man ihnen, ich möchte sagen, ihre natürlichen Rechte, sich in ihrem eigenen Lande ihren Erwerb zu suchen, nicht nehmen darf. Der einzige Zwang, den wir anerkennen, ist die Erhebung von Steuern, wie sie dem Stande unserer Verwaltung entspricht.

Wollen wir zu dem Segen, den wir den Ländern durch die Besitzergreifung gebracht haben, nun weitere Segnungen hinzufügen? Wollen wir die Leute heben, belehren und bekehren, oder wollen wir ohne weitere Schwierigkeiten einen grossen Teil unserer Ein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geborenen den Gesellschaften überliefern, dass sie damit mehr oder weniger schalten können, wie sie wollen?

Heute noch sind unsere Kolonien weiches Wachs in unserer Hand. Wir können heute noch die Verhältnisse gestalten, wie wir wollen. Wollen wir den Millionen Lohnarbeitern zu Hause nun noch Millionen Proletarier hinzufügen, an denen, nebenbei bemerkt, ja doch kein Geld zu verdienen ist? Oder wollen wir mit Kraft und Energie und Verstand an der Schaffung eines freien Bauernstandes arbeiten, der, auf seiner eigenen Scholle sitzend, seinen eigenen Acker baut, und friedfertig und genügsam sorglos sein Leben geniesst, froh des starken Schutzes des gewaltigen Deutschen Reiches.

Die Entscheidung über die Zukunft unserer Kolonialpolitik muss in den nächsten Jahren fallen, und damit wird das Los der Eingeborenen besiegelt sein; gebe Gott, dass unser Kaiser und unsere Regierung und das deutsche Volk das Richtige wählen. —

**Joh. Thormählen,** Hamburg.

Der Zweck der deutschen Kolonialpolitik, der nur darin bestehen kann, die noch nicht gehobenen Schätze bisher relativ wenig kultivierter Gegenden der Kultur zu erschliessen und dem Mutterlande dienstbar zu machen, ist nur zu erreichen, wenn die hierzu erforderlichen Arbeitskräfte in den Kolonien in ausreichender Weise zur Verfügung stehen. Leider aber sind die bisherigen Zustände in den Kolonien derartige, dass eigentlich in keiner derselben genügend Arbeiter vorhanden sind, um die verschiedenen sich bietenden Arbeitsprobleme zu lösen. Hierin ist meines Erachtens der Grund zu suchen dafür, dass sich unsere Kolonien bisher in so langsamem, und unsere Erwartungen so wenig entsprechendem Tempo entwickelt haben; obwohl, wie nach den Untersuchungen des Kolonialwirtschaftlichen Komitees nicht bezweifelt werden kann, fast sämtliche Kolonien, sei es in landwirtschaftlicher Beziehung, sei es in mineralogischer Hinsicht, nennenswerte Schätze in sich bergen, die eine lohnende Ausbeute versprechen.

Für die weitere Entwickelung der Kolonien ist darum die Frage nach Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte von entscheidender Bedeutung. Es geht uns Deutschen in dieser Beziehung nicht anders als fremden Völkern. Auch die älteren Kolonialvölker haben alle die gleiche Schwierigkeit zu überwinden gehabt, und nur in solchen überseeischen Ländern, wo es den Europäern gelungen ist, die einheimische Arbeitskraft in geeigneter Weise zu erschliessen, ist eine wirklich gedeihliche und dem Mutterlande zum Segen gereichende Entwickelung zu konstatieren.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Wohlstand Indiens, Sumatras, Javas beruht, abgesehen von der Fruchtbarkeit dieser Gegenden, lediglich auf der glücklichen Lösung, welche die Arbeiterfrage dort gefunden hat.

Bei einer Untersuchung der Arbeiterverhältnisse der deutschen Schutzgebiete wird man drei verschiedene Gruppen zu unterscheiden haben. In der ersten Linie steht die Gruppe, welche mit Chinesen, Malayen und ähnlichen Völkern arbeiten kann. In dieser Beziehung kommen im besonderen Kiautschou und die Südseeinseln in Betracht. Anders liegen die Verhältnisse dort, wo bis zu einem gewissen Grade auch die körperliche Arbeit von Weissen möglich ist, also in Südwestafrika. Ganz andere Zustände endlich herrschen in den Gebieten, in welchen wir allein auf Negerarbeit angewiesen sind, also in Togo, Kamerun und Ostafrika.

Am besten sind jedenfalls die Arbeiterverhältnisse in der zuerst genannten Gruppe. Die Chinesen bilden zweifellos eine gute und billige Arbeitskraft. Daher ist auch mit Genugtuung zu konstatieren, dass in Kiautschou von einem Arbeitermangel nicht die Rede sein kann. In diesen Gebieten ist daher zu einem staatlichen Einschreiten irgend welche Veranlassung kaum vorhanden, vielmehr wird die Arbeiterfrage dort durch Angebot und Nachfrage auf natürlichem Wege geregelt.

Nicht so günstig steht die Sache in Südwestafrika. Allerdings kann in dieser Kolonie, wie überhaupt in ganz Südafrika, der Europäer körperliche Arbeit leisten, ohne nennenswerte Gefährdung seiner Gesundheit; aber die klimatischen Verhältnisse sind doch so, dass sie die körperliche Arbeit Weisser nur bis zu einem gewissen Grade gestatten. So sind ja denn auch die Buren nicht ohne die Arbeit der Kaffern ausgekommen und ebenso wäre eine Erschliessung der Goldfelder Transvaals ohne schwarze Arbeiter unmöglich gewesen. Sollte sich nun, wie zu hoffen, Südwestafrika als ein mineralreiches Land mit abbauwürdigen Erzlagern erweisen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass auch in Südwestafrika die Gewinnung dieser Naturschätze nicht ohne schwarze Arbeiter möglich wäre, und dann würde sich jedenfalls die Beschaffung der nötigen schwarzen Arbeiter in Südwestafrika mit Rücksicht auf die dünne Bevölkerung dieser Kolonie zu einer äusserst schwierigen Sache gestalten.

Noch misslicher endlich liegen die Dinge in der dritten Gruppe, in den rein tropischen Kolonien, in denen mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse jede körperliche Arbeit Weisser ausgeschlossen ist, in denen wir daher bei jeglichem Unternehmen, welcher Art es auch sei, der Mitarbeit der eingeborenen Bevölkerung bedürfen.

Am günstigsten von diesen drei Kolonien ist offenbar Togo situiert, da es über eine sehr zahlreiche und ausserdem für Neger merk-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

würdig arbeitsame Bevölkerung verfügt. Geradezu bedenklich aber sind die Zustände in Kamerun und Ostafrika, derart, dass man in diesen Kolonien eigentlich nicht von einer Arbeiterfrage, sondern nur von einer Arbeiterkalamität reden kann. Besonders für diese Kolonien also gilt es die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen.

Es könnte sich vielleicht fragen, ob man dazu übergehen sollte, fremde Arbeiter, chinesische oder indische Kulis nach Kamerun und Ostafrika zu importieren; aber wenn ich auch kein prinzipieller Gegner eines solchen Versuches wäre, so muss ich doch sagen, dass sich diverse schwere Bedenken gegen einen solchen Plan erheben. Es ist immer misslich, fremde Elemente in die Kolonien einzuführen. Ferner würde dieses Mittel nur immer einen vorübergehenden Erfolg zeitigen können. Dauernde, sesshafte Arbeiter würden die Kolonien auf diesem Wege nicht erhalten, da die hinzugezogenen fremden Arbeiter jedenfalls nach kurzer Zeit wieder in die Heimat sich zurückbegeben würden, wie man dies zur Zeit in Sumatra beobachten kann. Ausserdem erscheint dieser Plan wirtschaftlich nicht richtig, denn es ist jedenfalls vorzuziehen, die in den Kolonien selbst vorhandenen Arbeitskräfte zu heben, als sich dieselben für schweres Geld von auswärts zu beschaffen.

Ich glaube demnach, dass zu dem Plane, fremde Arbeiter in die Kolonien einzuführen, nur im äussersten Notfall dann geschritten werden sollte, wenn definitiv feststeht, dass in den Kolonien selbst die nötige Arbeitskraft nicht zu erlangen ist. In erster Linie meine ich vielmehr, dass es unsere Aufgabe ist, aus der eingeborenen Bevölkerung die nötigen Arbeitskräfte zu gewinnen. Will man das Mittel finden, welches zu diesem Ziele führt, muss man den Grund des Arbeitermangels zu ermitteln suchen. In dieser Beziehung ist nun zu konstatieren, dass es sowohl in Ostafrika wie in Kamerun an und für sich arbeitsfähige Männer mehr als genug gibt. Kamerun ist reich bevölkert, und wenn Ostafrika nicht eine so starke Bevölkerung hat, so kommt in dieser Kolonie als besonderes Element, welches die Eingeborenen zur Arbeit anhalten sollte, die Dürre des ostafrikanischen Bodens in Betracht, die sich in den regelmässig wiederkehrenden Hungersnöten in leider so unangenehmer Weise geltend macht.

Trotzdem fehlt es unbestritten in beiden Kolonien an der nötigen Zahl tüchtiger eingeborener Arbeiter, und das führt zu dem Schlusse, dass der Arbeitermangel seine Erklärung findet lediglich in den Charaktereigenschaften des Negers selbst, in seiner Trägheit, seiner Indolenz und seinem Mangel an sittlichem Ernst. Jeder, der lange Jahre in stetem Verkehr mit Negern gewesen ist, wird mir die Richtigkeit dieser Charakterisierung bestätigen müssen, ganz be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sonders was den mir besonders vertrauten Kamerunneger betrifft. Daher glaube ich, dass die Arbeiterfrage nur gelöst werden kann, wenn auf diese Charaktereigenschaften des Negers in geeigneter Weise eingewirkt wird. Aus diesem Gesichtspunkte heraus halte ich es für unrichtig, wenn von gewisser Seite behauptet wird, dass eine Änderung des wirtschaftlichen Systems in den Kolonien ohne weiteres zur Lösung der Arbeiterfrage führen könne, wenn man sagt, dass bei Abschaffung des Grossbetriebes und Übergang zur sogenannten Eingeborenenkultur die Arbeiterfrage verschwinden würde. Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass, falls man dem Neger die Erschliessung der Kolonien allein überlassen würde, falls man ihm also zu entscheiden überlässt, ob er arbeiten will oder nicht, dass dann von einem Fortschritt in den Kolonien nicht wird die Rede sein können. Wenn der Neger schon nicht unter Leitung des Europäers im Grossbetrieb arbeitet, so wird er noch viel weniger geneigt sein, aus eigenem Antriebe sich der mühsamen Arbeit zu unterziehen, die bisher unkultivierten Gebiete Afrikas einem rationellen Betriebe zu eröffnen. Ausserdem kann meines Erachtens überhaupt nicht die Rede davon sein, dass der Grossbetrieb in den Kolonien entbehrt werden kann; denn es gibt gewisse Unternehmungen, die schlechterdings nur im grossen Stile unter europäischer Leitung betrieben werden können. Man denke an Eisenbahn-, Wege-, Fabriken- und Hafenbauten. Hierin gehören übrigens auch alle die Pflanzungsunternehmungen, bei denen nach der Ernte noch eine eingehende und sorgfältige technische Behandlung der gewonnenen Produkte notwendig ist, als sowohl Zucker, Tee wie Tabak. Der moderne Grossbetrieb ist daher nicht zu entbehren.

Ob Grossbetrieb oder Kleinbetrieb für die Kolonien vorzuziehen wäre, ist also eine Frage, die bei dem heute zu erörternden Thema ausser Betracht bleiben muss, denn heute kommt es uns darauf an, Mittel zu finden, dass der Neger überhaupt arbeitet, einerlei, ob im Gross- oder Kleinbetrieb. Ebenso verfehlt wie das Argument, dass die Einführung der sogenannten Eingeborenenkultur die Arbeiterfrage lösen würde, ist der andere Gesichtspunkt, dass angeblich oder tatsächlich herrschende Missstände in der Behandlung der Arbeiter die Ursache des Arbeitermangels wären. Man sagt, der Arbeitermangel würde aufhören, wenn die vielen Misshandlungen auf den Plantagen aufhörten. Nun ist gewiss zuzugeben, dass in der Behandlung der schwarzen Arbeiter gelegentlich Missgriffe vorkommen, wie sich solche leider nicht vermeiden lassen, aber ganz entschieden sind die über derartige Missgriffe verbreiteten Behauptungen erheblich übertrieben und ich glaube sagen zu dürfen, dass von der Regierung und allen beteiligten Kreisen in der aller energischsten Weise dahin gestrebt



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wird, derartige unliebsame Vorkommnisse nach Kräften zu verhindern. Jedenfalls sind solche Übergriffe aber nicht die Regel, sondern nur eine beklagenswerte Ausnahme gewesen.

Es scheint mir daher eine gänzlich verfehlte Idee zu sein, diese Verirrungen einzelner, so sehr sie an und für sich auch zu beklagen sind, als die Ursache der überall konstatierten Abneigung der Neger gegen jegliche ernste Arbeit hinstellen zu wollen.

Auch mit Lohnerhöhungen, wie manche meinen, ist der Arbeitermangel nicht zu beseitigen. Ich darf in dieser Richtung darauf hinweisen, dass z. B. die in Kamerun auf den Pflanzungen beschäftigten Weyboys 41 Mk., Lagosleute 34 Mk. und Togoleute etwa 40 Mk. per Kopf und Monat kosten. Vergleicht man die Arbeitsleistung dieser Neger und den ihnen bezahlten Lohn mit der Arbeitsleistung eines deutschen Landarbeiters und dessen Verdienst, so kommt man zu dem Resultat, dass bereits heute die Neger für ihre minderwertige Arbeit relativ weit besser bezahlt werden als unsere hiesigen Arbeiter. Eine weitere Heraufsetzung der Löhne kann daher überhaupt nicht erfolgen, wenn nicht die Existenz der auf eingeborene Arbeiter angewiesenen Unternehmungen in Frage gestellt werden soll. Dass aber schliesslich die Frage, ob der Lohn hoch genug ist oder nicht, für die Beschaffung der nötigen Arbeiter in Afrika bisher nur von sehr geringer Bedeutung gewesen ist, ergibt sich mit Sicherheit daraus, dass trotz der immer steigenden Löhne die Beschaffung der nötigen Arbeiter fortgesetzt schwieriger geworden ist. Die schwarzen Arbeiter selbst haben denn auch eigentlich nie über ungenügend Lohn sich beschwert.

Ich komme daher zu dem Schlusse, dass weder die Einführung der Eingeborenenkulturen zu einer Lösung der Arbeiterfrage führen kann, noch dass Änderungen in der Behandlung oder Bezahlung der Schwarzen wesentliche Besserungen herbeiführen könnten. Ich glaube vielmehr, dass die Herren, welche diese Mittel vorschlagen, mit ihren Blicken zu sehr an der Oberfläche haften bleiben und nicht erkennen und berücksichtigen, dass der Grundsitz des beregten Übels in den oben geschilderten Charaktereigenschaften des Negers zu suchen ist. Hier muss daher der Hebel angesetzt und ein Mittel gefunden werden, welches geeignet ist, den Neger aus seiner Indolenz aufzuwecken.

Es wird nun die Ansicht vertreten, dass, wenn es gelingen könnte, den Neger zu einem wahren Christen zu erziehen, er auch seine Trägheit ablegen und aus freien Stücken sich zu einem brauchbaren Arbeiter und nützlichen Gliede der menschlichen Gesellschaft entwickeln wird. Ich möchte glauben, dass diese Ansicht eine reichlich optimistische ist und den wahren Charakter des Negers doch ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kennt. Gewiss ist der hohe Wert des Christentums für die Neger nicht zu unterschätzen, aber ich glaube doch, dass an und für sich die Lehre des Christentums, besonders wie sie von der protestantischen Kirche verkündet wird, für den sehr real denkenden Neger viel zu abstrakt ist, um einen tiefergehenden Einfluss auf ihn auszuüben. So leicht wird der Neger nicht in den wahren Inhalt des Christentums eindringen, sondern sein Christentum wird und muss bei der geringen Stufe seiner Bildung naturgemäss an den Äusserlichkeiten haften bleiben, und ich glaube deshalb nicht, dass es den Missionen allein, trotz ihrer segensreichen Wirkung, gelingen kann, den Neger davon zu überzeugen, dass auch für ihn eine sittliche Pflicht zur Arbeit besteht. — Ich bin vielmehr der Ansicht, dass der Neger nur dann zur Arbeit sich bequemen wird, wenn er durch für ihn fühlbare Mittel hierzu angehalten wird.

Wie Sie wissen, hat sich Herr Gouverneur von Wissmann, wohl gewiss einer der grössten Kenner des Charakters der Neger, in gleichem Sinne ausgesprochen, und ich kann seinen Ausführungen und Vorschlägen nur vollinhaltlich zustimmen. Gegen die von Herrn von Wissmann gemachten Vorschläge hat sich jedoch zu meinem grössten Erstaunen unter dem Schlagwort der Wiedereinführung der Sklaverei eine Bewegung auch in kolonialpolitischen Kreisen geltend gemacht, die nur zu erklären ist entweder mit einer absoluten Verkennung des Wesens der Arbeiterfrage oder mit einem völligen Missverständnis der Wissmannschen Vorschläge. Selbstverständlich ist es weder Herrn von Wissmann noch sonst einem ernst zu nehmenden Kolonialpolitiker eingefallen, die Wiedereinführung der Sklaverei oder etwas Ähnliches zu verlangen.

Was Herr von Wissmann gefordert hat, und was ich mit ihm wünschen möchte, ist nichts weiter, als dass dem Neger in den Kolonien ähnliche Pflichten auferlegt werden gegen die Allgemeinheit, wie sie für den Deutschen im Vaterlande auch bestehen, d. h., dass der Neger zur Steuerleistung herangezogen wird und dass er ferner angehalten wird, für gemeinnützige Zwecke zu arbeiten.

So wie die Dinge heute liegen, werden vom Deutschen Reiche Tausende und aber Tausende aufgewendet, lediglich oder in der Hauptsache zum Nutzen der Eingeborenen, ohne dass diese auch nur die geringste Gegenleistung dafür abzugeben haben. Man hat den Negern die Segnung einer ordnungsmässigen Verwaltung und geregelten Justizpflege verschafft. Man hat sie gesichert vor verheerenden Raub- und Kriegszügen, man baut ihnen Wege, baut ihnen Brücken, kurz und gut, die Lebensführung der Eingeborenen ist durch unsere Kolonialverwaltung in jeder Beziehung gesichert und gefördert worden. Der Neger seinerseits hat bisher für alle diese



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wohltaten nicht das geringste Äquivalent gegeben. Dieser Zustand muss geändert werden. Daher ist in erster Linie notwendig, dass der Neger zu direkten Steuern herangezogen wird. Wird dieser Schritt getan, und erfreulicherweise ist ja in Ostafrika ein Anfang damit gemacht worden, so würde damit die Lösung der Arbeiterfrage erheblich weiter kommen. Denn wenn der Neger Steuern zahlen soll, und zwar in bar, so wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als sich die hierzu nötigen Mittel durch Arbeit zu verschaffen. So würde der Neger indirekt zur Arbeit angehalten zum Nutzen der Allgemeinheit wie auch zu seinem eigenen sittlichen Wohle.

Der zweite Vorschlag geht dahin, die Eingeborenen zu verpflichten, ihre Arbeitskraft für öffentliche, besonders Wegebauten der Kolonie zur Verfügung zu stellen. Gerade hiergegen hat man nun das Schlagwort der Wiedereinführung der Sklaverei vorgebracht, aber ganz mit Unrecht. In Deutschland muss auch jedermann, ob er will oder nicht, einen Teil seiner Arbeitskraft lediglich im Interesse der Allgemeinheit opfern, und zwar in Gestalt der Dienstpflicht, die ihn auf zwei Jahre oder mehr seinem bürgerlichen Beruf entzieht. Um etwas Ähnliches handelt es sich auch nur bei dem vorliegenden Plane. Weil wir die Eingeborenen als Soldaten nicht verwenden können, da wir Soldaten in den Kolonien in solchen Massen, Gott sei Dank, nicht gebrauchen, so muss uns doch das Recht zustehen, in anderer Weise ihre Arbeitskraft für die Allgemeinheit auszunutzen. Dass in solchen Vorschlägen, welche in der Tat einen gewissen Zwang zur Arbeit für die Neger bilden sollen, eine nicht zu rechtfertigende Härte liegt, dürfte nicht zutreffen.

Der Zwang an sich ist kein unsittliches Mittel, wenn er von der Staatsgewalt im Interesse der Allgemeinheit ausgeübt wird, und der Zweck, zu welchem dieser Zwang ausgeübt werden soll, ist sogar ein im hohen Grade sittlicher, denn er läuft darauf hinaus, die Neger moralisch und kulturell zu heben, indem sie aus ihrer Indolenz aufgerüttelt und zu ernster Arbeit erzogen werden.

Ich glaube gerade, dass dieser zweite Vorschlag, die Eingeborenen zu Arbeitsleistungen für öffentliche Zwecke anzuhalten, in hohem Grade von Nutzen sein wird. Er wird die Neger an regelmässige Arbeit gewöhnen und ihnen den Segen geregelter Tätigkeit klar machen. Ist das aber einmal geschehen, dann wird auch der Neger für sein weiteres Leben freiwillig sich zur Arbeit bereit finden und seine Arbeitskraft dem europäischen Kulturträger zur Verfügung stellen. Wie im einzelnen dieser Plan auszuführen ist, das zu erörtern, gestattet heute die Zeit nicht. Dass aber in diesem Sinne vorgegangen werden muss und zwar sofort, ist gewiss. Die bisherige Entwickelung hat zur Genüge gezeigt, dass aus sich selbst heraus der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Neger zu mehr Arbeit sich nicht entschliesst. Daher bleibt nichts übrig, als mit Hilfe der staatlichen Machtmittel in solcher Weise auf ihn einzuwirken, dass er einsieht, wie gut die Arbeit auch für ihn ist, und dass er zunächst einmal einsieht, dass er auch arbeiten muss, ebenso wie jeder andere Mensch. Diese Einsicht wird ihm aber nicht eher erstehen, als bis in der vorgeschlagenen Weise der Staat Mittel anwendet, die den Neger in für ihn fassbarer, logisch zwingender Weise von dem Nutzen und der Notwendigkeit der Arbeit überzeugen. Da ohne Arbeit der Eingeborenen die weitere Entwickelung der Kolonien einfach in Frage gestellt wird, so stehen wir hier an einem entscheidenden Punkte, und nur wenn es gelingt, diese Frage zu lösen, glaube ich, dass die erhoffte Entwickelung unserer Kolonien sich einstellen wird. —

Dr. **Scharlach,** Hamburg: Mir scheint, dass sowohl bei der Erörterung der Frage, ob der Plantagenbau durch das Grosskapital oder der Eigenbau des kleinen Besitzers zu empfehlen sei, wie bei der Frage nach der Behandlung der Neger und dem etwaigen Arbeitszwange von dem Redner zu sehr generalisiert worden ist, anstatt die Verschiedenheit der einzelnen Fälle ins Auge zu fassen. Plantagen- und Eigenbau schliessen sich keineswegs aus, sondern finden ihre Berechtigung nur an verschiedenen Stätten; ausserdem ist der Plantagenbau die Vorarbeit für den Eigenbau. Dort, wo das Land noch vollständig unerschlossen und ohne Kommunikation ist, wo der Grund und Boden noch keinen Wert hat, Arbeitskräfte, geschweige geschulte, überhaupt nicht vorhanden sind, ist das gegebene Arbeitsfeld für das Grosskapital. Um dieses anzuziehen, müssen dort Konzessionen verliehen und je nach den Verhältnissen die Gewinnung der Naturprodukte unmittelbar oder, wenn erforderlich, durch die Anlage grosser Plantagen betrieben werden. In solchen Gegenden ist die Tätigkeit des einzelnen schlechthin aussichtslos.

Ganz anders in Gebieten, wo der Boden schon für die Bewirtschaftung einigermassen vorbereitet ist, namentlich aber Kommunikationen bestehen, welche die Ernährung und den Absatz, wenn auch nur im Wege des Tauschhandels, ermöglichen. Hier ist Raum für Plantagen- und Eigenbau, und je mehr das Land gewährt und der Bodenwert steigt, wird letzterer den ersteren verdrängen. Die Einmischung der Regierung in diese Fragen und was nach dieser Richtung von Herrn Baron von Herman vorher ausgeführt worden, wird sich wahrscheinlich immer erfolglos erweisen.

Mit der Behandlung der Schwarzen und dem Arbeitszwange liegt die Sache nicht viel anders. Bei der Beurteilung dieser Frage sollte man sich nicht auf den abstrakten Standpunkt stellen, sondern etwas

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

historisch denken und sich erinnern, dass vor noch nicht 100 Jahren, zur Zeit der Blüte unserer Philosophie und Dichtung, bei uns der Arbeitszwang in der Form der Leibeigenschaft, also in einer seiner hässlichsten Formen, noch bestand. Der Arbeitszwang als solcher besteht überhaupt in der ganzen Welt. Wer leben und essen will, muss arbeiten. Das Leben ist Arbeit.

Die Frage, wie sie Herr Vietor stellt, lautet zugespitzt dahin: „Ob die Eingeborenen, welche in einem Lande leben, in dem die Natur ihnen alles freiwillig oder doch nur gegen wenig Arbeit gewährt, ein Anrecht auf Nichtstun haben?“

Diese Frage muss verneint werden. Mit der Aneignung von Kolonien trägt das Mutterland seine Kultur hinein. Dies ist sein Recht und seine Pflicht. Die Kultur aber ist ohne Arbeit nicht möglich, und deshalb ist der Eingeborene von dem Tage der Okkupation durch die Weissen an zur Arbeit verpflichtet. Ich scheue mich nicht auszusprechen, dass die Einführung des Arbeitszwanges gegen die Eingeborenen eine sittliche Verpflichtung gegenüber denselben ist.

Auf die Frage, wie der Arbeitszwang zu gestalten ist, kann hier nicht eingegangen werden. Sicher ist, dass in dieser Beziehung wohl ein gemeinschaftliches Arbeiten der Regierung mit den einzelnen Interessenten und mit den Missionen zu einem schnellen und gewünschten Ziele führen kann.

Herr Vietor hat in seiner Rede gesagt, unsere koloniale Entwickelung habe ein Bestes und ein Schlechtestes. Das Beste sei das Kolonialwirtschaftliche Komitee und seine Tätigkeit. Wir alle werden diesem Komitee die besten Erfolge wünschen, aber ich halte es für eine irrige Auffassung, zu meinen, dass dessen Tätigkeit von unmittelbar günstigem Einflusse auf die Kolonien sein könne. In erster Linie vielmehr handelt es sich immer nur um die Persönlichkeiten, welche ihre Tätigkeit unmittelbar für die Kolonien, sei es drüben, sei es hier, einsetzen. Ihnen kann in einzelnen Fällen durch wissenschaftliche und praktische Forschungen der Erfolg erleichtert, aber nicht bereitet werden.

Als Schlechtestes hat Herr Vietor die Konzessionspolitik bezeichnet. Das ist, wenn nicht überhaupt, so doch sicher in dieser Allgemeinheit unrichtig. Wir sollten uns doch nicht zu sehr überheben und über die Politik absprechen, welche z. B. England nach einer über zweihundertjährigen Erfahrung noch heute in unerschlossenen Gebieten für die richtige hält.

In den vorher geschilderten Gegenden, wo der einzelne nicht wirken kann, sind Konzessionen unbedingt erforderlich. Ohne sie würde das Land für Jahrzehnte sicher wüst und öde bleiben. Allerdings müssen die Konzessionen so erteilt werden, dass ihre Aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nutzung selbst sie im Laufe einer gewissen Zeit überflüssig macht. Das ist auch bei den Konzessionen, welche unsere Regierung verliehen hat, nie aus den Augen verloren worden. Gewiss gehört zur richtigen Ausnutzung der Konzession das grosse Kapital, entscheidender aber sind die geeigneten Persönlichkeiten. Was aber das grosse Kapital anbetrifft, so kann dasselbe niemals genügend und erfolgreich von dem Grosskapital beschafft werden, sondern die Erfolge aller Kolonialpolitik hängen davon ab, dass die grosse Masse der Bewohner des Mutterlandes wirtschaftlich in den Kolonien sich beteiligt. Nur wenn wir dahin gelangen, dass nicht wie jetzt einige Hundert, sondern Hunderttausende von Deutschen je nach ihren Kräften mit einem wenn auch noch so geringen Teile ihres Vermögens in den Kolonien beteiligt sind, werden wir diese Kolonien zur wirtschaftlichen Blüte bringen und zu wirklichen Teilen des Mutterlandes machen können. Solchen Hunderttausenden von Interessenten gegenüber würde auch der Reichstag die erforderlichen Bewilligungen für die Kolonien nicht ablehnen können. Dann, und nur dann, würde jede Verkehrseinrichtung in den Kolonien genau so wie im Mutterlande selbst vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden müssen. Erst dann wird das, was wir alle erstreben, für die Kolonien eintreten. Jeder einzelne in unserem Volke wird jede wirtschaftliche Frage innerhalb der Kolonien als seine eigene Sache, bei welcher er unmittelbar wirtschaftlich interessiert ist, ansehen, und durch die Gewalt der Masse wird der Erfolg erzwungen werden.

Konsul a. D. **Ernst Vohsen,** Berlin: Die Erteilung von grossen Landkonzessionen ist namentlich dann bedenklich, wenn sie von der Regierung seitens der Konzessionäre nicht aus dem Grunde, um weite Ländereien der Kultur zu erschliessen, verlangt werden, sondern wenn es den Konzessionären lediglich darauf ankommt, diese Gebiete auf vorhandene Naturprodukte, wie z. B. Kautschuk und Elfenbein unter Ausschluss der freien Konkurrenz auszunutzen. Die Konzessionen werden ihrem eigentlichen Zweck entfremdet und dienen dann, trotz der ihnen auferlegten strikten Beobachtung der Handelsfreiheit, der Monopolwirtschaft. Die Verfügungsfreiheit über die Produkte wird den Eingeborenen entzogen; diese werden zu Hörigen der Gesellschaften herabgewürdigt. Die Regierung wird allen Gefahren einer aufständischen Bewegung unter den Eingeborenen ausgesetzt, wie die Erfahrung vielfach gezeigt hat.

Bei Erteilung von Konzessionen ist daher vor allem darauf zu achten, dass die Verfügungsfreiheit der Eingeborenen über die Naturprodukte des Bodens und damit die Handelsfreiheit gewahrt bleibt, die ohne sie eine Farce ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der langsame Fortschritt, den unsere afrikanischen Kolonien in der Entwickelung machen, liegt nicht so sehr an der Art ihrer Verwaltung, als vielmehr in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. Nur durch die Ausdehnung der Gewinngrenzen für die Produkte nach dem Innern vermittelst der Anlage billiger Verkehrswege kann eine schnellere Erschliessung herbeigeführt werden.

Was die Arbeiterfrage und die Arbeitstüchtigkeit des Negers anbelangt, so ist es unwahr, dass der Neger indolent ist und nicht arbeiten will. Man betrachte nur in der französischen Kolonie Senegal die Bedeutung, die die Ausfuhr an Erdnüssen gewonnen hat, wo als Produkt der Arbeit von Hunderttausenden von Schwarzen über eine Million Doppelzentner dieses Produktes jährlich ausgeführt werden. Welche Arbeit wird ferner von den Kru-Negern als Schiffsleute geleistet? Auch die grossen Mengen von Palmöl und Palmkernen, die von der Westküste Afrikas nach Europa ausgeführt werden, bezeugen die gewaltige Arbeitsleistung des Negers, ohne dass Zwang auf ihn ausgeübt wird. Oder will man ein noch schlagenderes Beispiel, so möge man daran denken, welche Befürchtungen gelegentlich des Secessionskrieges in Amerika seitens der Sklavenbarone zum Ausdruck gelangten. Es wurde behauptet, man zerstöre durch Abschaffung der Sklaverei die Baumwollkultur, der Neger würde nur noch gerade soviel arbeiten, wie er zu seinem notdürftigsten Lebensunterhalt gebrauche. Was ist aber tatsächlich das Resultat gewesen? Die Baumwollproduktion ist durch freie Negerarbeit um das 10fache gewachsen, und beinahe die ganze Welt ist heute für die Deckung ihres Bedarfes von der Arbeit jener freien Neger der Vereinigten Staaten abhängig.

Ich erkläre mich daher auf Grund dieser Tatsachen und den während meiner langjährigen Anwesenheit in Afrika gemachten Erfahrungen gegen jeglichen Arbeitszwang und bin der Überzeugung, dass der Neger bei einer gerechten, seine Menschenwürde nicht beeinträchtigenden Haltung sich von selbst so entwickeln wird, wie die Erschliessung des Kontinents, an die ohne die Mitarbeit der Neger gar nicht gedacht werden kann, es erheischt.

Wenn behauptet wird, der Neger trage nicht zu den Kosten der Verwaltung unserer Kolonien bei, so muss ich auch dem widersprechen, da die Ein- und Ausfuhrzölle doch nur scheinbar von dem Kaufmann, in Wahrheit aber von dem Konsumenten, dem Eingeborenen, gezahlt werden.

Wenn Schwierigkeiten zur Arbeiterbeschaffung für die Plantagen eingetreten sind, so liegt das wohl auch zum Teil daran, dass die Bevölkerungsdichtigkeit unserer Kolonien vielfach überschätzt wird. Das wird sich aber ändern, sobald ein effektiver Schutz der Ein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geborenen gegen ihre jetzigen Machthaber eingetreten und die zur Zeit die Bevölkerung dezimierenden Sklavenkriege unmöglich geworden sind.

Die Arbeitsresultate der Neger, die heute schon in den ihnen bekannten Kulturen vorliegen, strafen im übrigen diejenigen Lügen, die da behaupten, der Neger arbeite nur dann, wenn er dazu gezwungen werde.

Dr. phil. **Schulte im Hofe,** Berlin: In allen Tropenkolonien kann man die Beobachtung machen, dass im allgemeinen die Pflanzungen in nur wenig bevölkerten, meist mit Urwald bestandenen Gebieten angelegt werden. Die hier wohnenden Volksstämme sind meistens der Arbeit abgeneigt, und mit aus diesem Grunde war man beinahe immer darauf angewiesen, Arbeiter aus anderen Distrikten oder Ländern heranzuziehen.

Die Anwerbung der fremden Arbeiter geschieht fast ausnahmslos in den Distrikten, in denen sich die Bewohner mit Kleinkulturen, den sogenannten Eingeborenenkulturen befassen. Aus diesen Gebieten, die vielfach dicht bevölkert sind, kommen die Arbeiter Indiens, Chinas etc. Dieselben nehmen für zwei oder mehrere Jahre Arbeit auf den Pflanzungen an, um dann mit den ersparten Geldern wieder in die alte Heimat zurückzukehren, wo sie sich dann sesshaft machen, oder auch sich nach einigen Jahren nochmals als Plantagenarbeiter anwerben lassen. Nur wenige siedeln sich dauernd in den Plantagengebieten an.

Wir haben demnach ausgesprochene Plantagengebiete und solche der Kleinkulturen, und man soll dementsprechend in den Gebieten, die sich für den Plantagenbetrieb eignen, nur den Plantagenbau, in den für Kleinkultur geeigneten nur die Eingeborenenkulturen zu fördern suchen, nicht aber in den Plantagengebieten zugleich auch die Kleinkulturen fördern oder sogar die Eingeborenen veranlassen, Dauerkulturen anzulegen, deren Ernte zunächst noch einer weiteren Präparation bedarf, z. B. Kakaopflanzungen. Derartige Kulturen müssen ausschliesslich für Europäer reserviert werden, denn nur dann ist es möglich, eine Ware zu produzieren, mit der wir dauernd auf dem Weltmarkt konkurrieren können.

In den Plantagengebieten müssen die botanischen Gärten, zu denen die Pflanzer kommen, um sich zu belehren, angelegt werden, in die Gebiete der Kleinkulturen sind Beamte zu senden, die die einschlägigen Kulturen in anderen Ländern studiert haben, um hier ihre Erfahrungen gewissermassen den Eingeborenen aufzudrängen. Wenn wir auf diese Weise die Kleinkulturen fördern, werden wir zugleich Gebiete schaffen, in denen wir für die Plantagen geeignete Arbeiter anwerben können.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Major **Morgen,** Stettin: Ich will mich zu der auf der Tagesordnung stehenden Frage kurz und konkret äussern. Die Arbeiterfrage ist die wichtigste in unseren Kolonien, mit ihr stehen und fallen jedenfalls die tropischen Kolonien, mit den Kolonien aber, das ist ebenso meine Überzeugung, steht und fällt das Mutterland. Mit den Ausführungen des einen Referenten, des Herrn Thormählen, kann ich mich nur einverstanden erklären. Wenn ich aber auf den Vortrag des Herrn Vietor eingehe, so muss ich doch sagen: „In jedem Kopf malt sich die Welt verschieden!" In der Welt, in der Herr Vietor gelebt hat, habe auch ich einige Jahre verbracht, habe ich Tausende von Kilometern zurückgelegt, habe ich Hunderte von Dörfern berührt. Durch eine so rosige Brille habe ich die Zustände, den Fleiss der Neger, nicht beobachtet. Das Erwachen in einem westafrikanischen Negerdorf hat sich mir wesentlich anders dargestellt. Verschlafene, gähnende Negergesichter, höchstens einige fleissige Frauen, die zur Feldarbeit gingen. Aber das ist kein Wunder, kein Rätsel, denn der Neger in dem dortigen gesegneten Lande hat es nicht nötig, zu arbeiten. Die zur Ernährung nötigen Früchte wachsen ihm in den Mund; Kleidung braucht er nicht. Und so komme ich auf den Kernpunkt der Frage: „Wie kann ich diesen von der Natur verwöhnten Menschen an die Arbeit gewöhnen?" Es gibt dazu zwei Mittel. Das eine ist, ihm Bedürfnisse zu erwecken. Welches sind nun die begehrtesten Befriedigungsmittel des Negers? Schnaps und Pulver? Das wollen doch auch Sie, meine Herren Missionare, nicht. Kleider? Ja, meine Herren, wenn man dem Neger bei seiner angeborenen Eitelkeit den Einkauf von Luxusartikeln aufdrängt, so erziehen wir uns alles andere, nur keinen Arbeiter. Wenn wir also — wenigstens vorläufig — auf dieses Mittel verzichten wollen, so bleibt uns nur noch der Arbeitszwang, die Arbeitspflicht übrig. Alle, die wir Kinder besitzen, wissen aus eigener Erfahrung, dass diese gewiss nicht freiwillig die Schule besuchen würden, wenn nicht der Zwang der Eltern dahinter stände. Der Neger aber ist nichts anderes als ein grosses, um ein Jahrtausend zurückgebliebenes Kind. Der in unseren Schutzgebieten lebende Eingeborene muss verpflichtet werden, für den ihm gewährten Schutz eine Gegenleistung, eine Steuer zu liefern. Diese Steuer soll nun nicht in barem Gelde, nicht in direkter Form erhoben werden, sondern sie soll eine indirekte sein und in einem durch den Beamten näher zu bestimmenden Arbeitsquantum bestehen. Wegebauten und Brückenanlagen würden sich in erster Linie für diese Steuerarbeit empfehlen. So wird sich der Neger allmählich an die Arbeit gewöhnen und wird schliesslich auf jedem anderen Gebiete, auch auf dem der Plantagenarbeit, zu gebrauchen sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Afrika den Afrikanern, die Afrikaner für uns! Nur so kann ich mir die Lösung der Arbeiterfrage, nur so kann ich mir die Entwickelung unserer tropischen Kolonien denken!

**Walther Heinn,** cand. cam., Pankow-Heinersdorf: Man engagiere neben den Arbeitern auch Arbeiterinnen und lasse letztere nur einen Teil ihrer Zeit der Plantagenarbeit widmen. Der grössere Teil der Zeit sei dann der Pflanzung und Anrichtung gesunder, gut verdaulicher Nahrung sowie der Fürsorge der aus diesem Verhältnis sich ergebenden Nachkommenschaft gewidmet. Die Kinder könnten dann später der Mission überantwortet werden und in späteren Jahren bei dem Plantagenunternehmer in Stellung gehen, wodurch ein besserer, zuverlässiger und intelligenter Arbeiterstamm entstehen würde. Die Unternehmer würden mit obigen Vorschlägen sicher einverstanden sein, da mit Abnahme der Sterblichkeit auch die Beschaffungskosten für neue Arbeitskräfte aufhören würden. Mit Einführung der erwähnten Vorschläge würden auch gleichzeitig die jetzt mit der Weibernot verbundenen höchst bedauerlichen und abscheulichen sexuellen Zustände ein Ende nehmen, was wir Freunde einer gesunden Kolonialpolitik bald erhoffen.

Missionsinspektor **A. W. Schreiber,** Bremen: Uebereinstimmung herrscht darüber, dass die Kolonialfrage im wesentlichen eine Eingeborenen-, eine Arbeiterfrage ist. Die Erziehung zur Arbeit ist das Problem, an dessen Lösung mit dem Beamten, Kaufmann und Pflanzer auch der Missionar tätig ist. Es ist zuzugeben, dass allgemein gültige Regeln bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse sich kaum aufstellen lassen, dass überall nicht Massregeln, sondern in erster Linie Männer neu gestaltend wirken. Aber es bleibt eine prinzipielle Frage, ob diese Männer sich mehr von materiellen oder ideellen Grundsätzen leiten lassen, ob man die möglichst baldige und möglichst hohe Verzinsung des angelegten Kapitals erreichen will, ohne auf die geistige Entwickelung der eingeborenen Bevölkerung die gebührende Rücksicht zu nehmen. Man will nun eine Erziehung zur Arbeit auf dem Zwangswege herbeiführen, mit der Begründung, solche Arbeit sei gerechtfertigt im Interesse der Allgemeinheit. Aber soll der Neger nicht doch tatsächlich in erster Linie für den Unternehmer arbeiten, und kann man es ihm da verdenken, wenn er nicht arbeiten will? Aus persönlicher Anschauung habe ich mich in Togo und auf der Goldküste davon überzeugt, wie die Möglichkeit zur Eigenkultur den Neger zur Arbeit treibt. Man will ferner die vorhandene Indolenz und den beklagenswerten Mangel an sittlichem Ernst beim Neger beseitigen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

durch Einführung von direkten Steuern, deren Bezahlung zur Arbeit zwingt, sowie durch Heranziehung zu öffentlichen und Kulturarbeiten. Aber glaubt man denn allein auf diesem Wege äusseren Zwanges innere Schäden heilen zu können? Hier muss der Hebel angesetzt werden! Die religiös-sittliche Erziehung des Negers, bei welcher die evangelische Mission nicht minder als die katholische keine Dogmatik treibt, sondern die elementaren Grundsätze des Christentums in einer dem Neger verständlichen Weise lehrt, ist die Voraussetzung der Erziehung zur Arbeit. Es bleibt bei der Regel: „Bete und arbeite!" Dieser Weg führt langsam, aber sicher zum Ziele. Deshalb sollten die Bestrebungen der Mission in unseren Kolonien eine weit tatkräftigere Förderung durch die grossen Arbeitgeber erfahren, als es bisher geschehen ist.

Dr. **A. Pflug,** Berlin: Die überaus rege Beteiligung der Kongressmitglieder an den Verhandlungen der Sektion V berechtigt zu dem Schluss, dass man die hier zur Verhandlung stehenden Gegenstände für die wichtigsten unter allen sonstigen Beratungsgegenständen hält. Die lehrreichen Ausführungen der bisherigen Herren Redner dürften diese Ansicht bestätigen. Die Frage, die hier zur Erörterung gezogen worden ist, scheint mir überhaupt die wichtigste und grösste zu sein, mit der sich das Menschengeschlecht immer und immer wieder zu befassen hat. Es ist die Frage: Wie erziehen wir die Menschen, im besonderen die Eingeborenen unserer Kolonien, zu Kulturmenschen, wie erziehen wir sie zu regelmässiger freier Arbeit und zur Wirtschaftlichkeit? Es ist hier ausgeführt worden, dass das bei den angeborenen schlechten Eigenschaften der Neger sehr schwer halte, während von anderer Seite gesagt wurde, dass dem Neger Anlage zur Arbeitsamkeit nicht abzusprechen sei, man müsse diese Anlage nur richtig ausbilden. Ob die eine oder andere Ansicht zutrifft, kann in dieser Stunde nicht entschieden werden. Jedenfalls aber ist das zutreffend, was einer der Herren Vorredner gesagt hat, dass die afrikanische eingeborene Bevölkerung tausend Jahre in der Kultur zurückgeblieben ist, und dass sie sich nicht im Handumdrehen zu Kulturmenschen umwandeln lässt. Wollen wir doch von den Negern nicht besser denken als von unseren Vorfahren vor zweitausend Jahren, deren Tätigkeit dahin charakterisiert wird, dass sie auf den Bärenhäuten lagen, Haus, Habe und Weib verspielten und immer noch eins tranken. Wir dürfen von der eingeborenen Bevölkerung nichts Unmögliches erwarten. Alle Kulturfortschritte gehen stufenweise vor sich und jede Kulturstufe, die von einer anderen abgelöst wird, lässt einen oder mehrere Grundpfeiler zurück, auf welcher dann die letzte Kulturstufe, die z. B. wir erreicht haben,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fest gegründet erscheint. Aber jedes Volk muss auch alle die einzelnen Kulturstufen durchmachen, und es rächt sich schwer, wenn in der Entwickelung eines Volkes und Staates eine oder mehrere Kulturstufen übersprungen werden. In diesem Falle wird man überall und bei allen Gelegenheiten Lücken und Mängel finden. Um das zu erkennen, braucht man nur einen Blick auf die neueren staatlichen Gemeinwesen, wie Nordamerika, zu werfen, wo der grosskapitalistische Betrieb zu früh einsetzte, ehe ein fest fundierter Mittelstand wie in Deutschland sich gebildet hatte. Es erscheint mir daher völlig zutreffend, was Herr Professor Dr. Schmoller vorhin in den Vordergrund rückte, der es für notwendig erachtete, in unseren Kolonien vorerst die Gründung von Kleinbetrieben zu fördern und sich mit der Ausfuhr der Ueberschüsse aus diesen Kleinbetrieben der Eingeborenen zu befassen. Freilich bleibt es angesichts des Widerstreits der Meinungen eine offene Frage, ob das gegenwärtige Geschlecht der Eingeborenen sich zu solcher Betriebsweise eignet und ob nicht dazu vorerst ein neues Geschlecht heranzubilden wäre. Das letztere will mir erforderlich erscheinen. Als Moses die Kinder Israel aus Egypten führte und sich die Aufgabe setzte, das Land Kanaan zu erobern, musste er sich überzeugen, dass mit diesem soeben der Knechtschaft entsprungenen Geschlecht das gesteckte Ziel sich nicht erreichen liess. Deshalb führte er sein befreites Volk erst vierzig Jahre in der Wüste herum, damit sich ein neues Geschlecht, welches er mit der Aufgabe erfüllte, heranbildete. So ähnlich wird man die Verhältnisse auch in Afrika anzusehen haben. Es wird zunächst darauf ankommen, die heranwachsende Negerbevölkerung, nachdem wir sie zu unseren Landsleuten gemacht, zur Arbeitsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu erziehen. Erst wenn man dort eine verlässliche, arbeitswillige, wirtschaftlich handelnde Bevölkerung erzogen haben wird, wird man für grössere wirtschaftliche Unternehmungen den zuverlässigsten Faktor, den Menschen, haben. Dann werden auch die Unternehmungen gelingen. Mir scheint, als ob das Misslingen der bisherigen Unternehmungen wesentlich auf der Unzuverlässigkeit der einheimischen Bevölkerung beruht. Wenn nun verschiedene Unternehmer ohne solche Grundlagen mit ihren Unternehmungen nicht reüssieren, so ist es das erste, dass sie die Regierung um Hilfe angehen, indem sie dieselbe um den Bau kostspieliger Eisenbahnen und Zinsgarantien angehen. Ich meine, es ist noch viel zu früh, mit grösseren wirtschaftlichen Unternehmungen in unseren Kolonien vorzugehen. Erst soll man sich mit der Erziehung der Negerkinder zu Kulturmenschen durch unsere Missionare mehr befassen und soll zu dem Ende Mittel flüssig machen. Man soll dem heranwachsenden Geschlechte erst wirtschaftliche Begriffe,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

namentlich vom Eigentum und vom eigenen Tun beibringen. Man soll Kulturbedürfnisse in ihnen wecken und ihnen zeigen, wie man durch regelmässige Arbeit sich die Mittel erwirbt, um die empfundenen Bedürfnisse zu befriedigen. Man soll sie zu Gemeinsinn und gemeinnützigen Arbeiten anregen, aber ihnen nicht Steuern auferlegen, um sie damit zur Arbeit zu erziehen. Erst müssen die Eingeborenen Eigentum haben, ehe man sie besteuert.

General-Major z. D. **von Poser und Gross-Naedlitz,** Berlin: In Bezug auf die Behandlung der Neger haben wir ja die Ansichten der berufenen Männer gehört. Wenn die Ansichten des Herrn Thormählen mit denen des Herrn Vietor sich nicht decken, so liegt das daran, dass die Neger von Togo verschieden sind von denen in Kamerun und daher beide Herren, welche als human bekannt sind, verschiedene Standpunkte vertreten müssen. Die Hauptsache ist und bleibt die, dass der Neger gesetzmässig behandelt wird, dann wird das Wohlwollen sich von Fall zu Fall von selbst ergeben.

Was die Konzessionsfrage betrifft, so gehen ja die Ansichten ausserordentlich auseinander; es ist dies eine Frage, welche von der Regierung so bald als möglich in die Hand zu nehmen ist.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass ohne Konzessionen eine Erschliessung der Kolonien auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen ist. Es handelt sich nur darum, die richtige Form zu finden, Konzessionen abzuschliessen, so dass nicht einzelnen Personen übergrosse Vorteile zufliessen, sondern dass das ganze Volk in der Lage ist, sich daran zu beteiligen. Nochmals, ohne Konzessionen kommen wir nicht vorwärts!

Schliesslich bemerke ich zu der Aufforderung des Herrn Vietor, zahlreich in das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee einzutreten, dass es wohl richtiger geheissen hätte — in die Deutsche Kolonialgesellschaft.

Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee ist eine schöne Tochter der Deutschen Kolonialgesellschaft, und wer daher sich derselben nähern will, kann es nur durch den Eintritt in die Deutsche Kolonialgesellschaft.

Missionsinspektor **Theodor Oehler,** Basel: Wenn Herr Thormählen eine Nötigung der Neger zur Arbeit fordert um ihrer Faulheit willen, und daraus, dass man sie zur Plantagenarbeit nötigen müsse, schliesst, sie werden für freiwillige Arbeit nicht zu gewinnen sein, so ist übersehen, dass es sich bei der Forderung, den Neger zu freiwilliger Arbeit anzuleiten, um eine Arbeit in seinem eigenen Interesse handelt. Daraus, dass er nicht gern für die Weissen arbeitet, folgt nicht, dass er die Arbeit im eigenen Interesse verschmäht. Tatsächlich leistet der freie Neger eine nicht unbedeutende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Arbeit. Woher kommen die Massen von Palmöl und Palmkernen, die jährlich aus Westafrika ausgeführt werden, und die doch die Kultur der Ölpalme und die Arbeit der Gewinnung des Öls und der Kerne voraussetzen?

Dass die Neger in Kamerun nicht in den Pflanzungen arbeiten wollen, ist kein Wunder. Man muss wissen, wie man es mit ihnen dort gemacht hat. Ein Blick auf eine Karte, auf der die Pflanzungen am Kamerungebirge eingezeichnet sind, zeigt, dass man den dortigen Negern fast alles Land genommen und den Pflanzungsgesellschaften überlassen hat. Und nun sollen die Neger auf diesen Pflanzungen gern für die Weissen, die Herren ihres Landes geworden sind, arbeiten? Allerdings ist es wahr, dass die dort wohnenden Neger, die Bakwiri, auch faul sind. Aber man darf nicht verallgemeinern. Man sah sich nun darauf angewiesen, aus dem Innern Arbeiter anzuwerben. Man muss aber bedenken, was die Stämme im Innern von den durchziehenden Expeditionen und wohl auch von den Werbern erlitten haben. Wenn die Missionare an Orte kommen, die an den Wegen ins Innere liegen, so können sie die Dörfer leer antreffen, weil die Bevölkerung aus Furcht vor den Weissen in den Busch geflohen ist. Es ist begreiflich, dass die Schwarzen der Gewalttätigkeit der Weissen mit Schlauheit begegnen. Der Häuptling wird den gefürchteten Werbern nicht seine besten Leute geben, sondern womöglich Schwächere, auch Halbinvalide. Solche sind dann den Gefahren der veränderten Lebensweise an der Küste doppelt unterworfen, und viele kommen nicht wieder. Das wirkt zurück auf die Stimmung der Leute im Innern. So wie man die Anwerbung der Leute betrieben hat und bei den Erfahrungen, die die Schwarzen dabei machten, ist das Misslingen erklärlich genug.

Sehr interessiert hat auch die Bemerkung Herrn Thormählens, dass es den Negern an „sittlichem Ernst“ fehle. Gewiss. Aber wie steht es mit dem sittlichen Ernst der Weissen? Möchten doch diese vor allem sittlichen Ernst zeigen. Der Herr Major Morgen hat die Neger als grosse Kinder bezeichnet, die erzogen werden müssen. Mit Recht. Aber was für Leuten geben wir denn die Kinder zur Erziehung? Ich denke nur solchen von sittlicher Gesinnung. Aber das ist der Punkt, wo es den Negern gegenüber fehlt. Die Grundlage von aller Erziehung muss die sein, dass man den Zögling als Persönlichkeit, als Selbstzweck betrachtet und nicht als Mittel für einen fremden Zweck. Und der Erzieher selbst muss ein sittlicher Charakter sein; sonst gelingt die Erziehung nicht. Woher soll die Sittlichkeit der Neger kommen, wenn sie sie nicht an den Erziehern sehen? Woher die moralische Achtung vor ihnen, wenn sie nicht moralisch sind? Was wir aus den Negern machen, das sind sie.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Machen wir Schnapstrinker aus ihnen, so sind sie Schnapstrinker, und ich habe noch nie gehört, dass die Leute durchs Schnapstrinken gute Arbeiter werden. Und wie wir sie behandeln, so werden sie. Behandeln wir sie recht, so werden sie recht, und behandeln wir sie schlecht, so werden sie schlecht. Wie man die Neger ohne obrigkeitlichen Zwang durch Anleitung und Beispiel für die Arbeit gewinnt, habe ich vorher (beim ersten Gegenstand dieser Sitzung) an einem Beispiel gezeigt. Herr Thormählen meint, die Mission mit ihren abstrakten Lehrsätzen werde für die Erziehung der Neger zur Arbeit nicht viel leisten. Weiss er denn, wie wir die Neger lehren? Hat er schon zugehört? Hält er uns für so einfältig, dass wir nicht merken, was man ihnen bieten muss? Man sehe doch auf unsere Jugenderziehung. Wir erziehen die Kinder vom sechsten oder siebenten bis zum vierzehnten Lebensjahr und vielfach noch darüber hinaus und arbeiten fürwahr nicht mit abstrakten Lehrsätzen. Die Mission arbeitet auch gegen die Polygamie — bei der die Weiber dem Mann die Arbeit abnehmen — und gegen das manchmal damit verbundene Neffenerbrecht — bei dem der Vater kein Interesse hat, für seine Kinder zu arbeiten —; sie beseitigt dadurch bedeutende Ursachen der Trägheit der Neger. Man höre doch endlich auf, so verkehrt über die Mission zu reden.

Ja, die Neger müssen erzogen werden, aber von sittlichen Charakteren und nicht durch Arbeitszwang, wohl mit Ernst und Strenge, aber auch mit Verständnis und Liebe, und alle wahre Erziehung ist Geduldsarbeit.

Dr. theol. et phil. **Grundemann,** Pastor in Mörz bei Belzig, möchte nur weniges dem beifügen, was der Vorredner sehr treffend darüber gesagt hat, dass die Mission dem Neger das Christentum nicht als eine abstrakte Lehre bringt. Sie bringt Keime neuen Lebens, das sich in der christlichen Gemeinde bald zu entfalten beginnt, und durch welches die christlichen Neger sich oft schon sehr stark von ihren heidnischen Landsleuten unterscheiden und zwar gerade auch in Bezug auf das Arbeiten der einzelnen für die Gesamtheit. Wenn es sich z. B. um einen Kirchbau oder andere Leistungen handelt, bringen die Negerchristen Summen auf und verrichten freiwillig Arbeiten, die weit hinausgehen über das, was die Regierung je an Steuern von ihnen fordern würde. In solchen Fällen wird es offenbar, wie die Mission zur Arbeit erzieht.

Dr. **Passarge,** Steglitz: Die Ursache für die langsame Entwickelung unserer tropischen Kolonien ist der Mangel an Arbeitskräften infolge geringer Bevölkerung. Da die Neger aus eigenem Antrieb

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schwere Arbeit nicht verrichten, so muss man warten, bis sie durch Volksvermehrung zur Arbeit gezwungen werden. Gewaltsame Mittel führen leicht zu Revolution; Spekulation, Gründungen, Pfundaktiensystem, Landkonzessionen aber sind teils vergebliche, teils schädliche Bemühungen. Erschliessung durch Wege und Bahnen, wirtschaftliche Vorarbeiten im Sinne des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Erziehung der Neger und vorsichtiges Vorgehen bei neuen Unternehmungen sind dringend notwendig und die Hauptaufgabe während der Zeit des kritischen Übergangs, kritisch deshalb, weil so viele Leute nicht warten wollen. Besonders qualvoll ist das Warten für Spekulationslustige, und vor diesen muss man dringend warnen.

Prof. Dr. **A. Stange,** Minden i. W.: Es platzen hier die Geister auf einander; auf der einen Seite wird bei der Behandlung unserer Negerbevölkerung Humanität gepredigt und geduldiges Erziehen zur Arbeit, besonders durch das gute Beispiel, wie bei den Missionen, auf der andern Seite verlangt man Anwendung von Zwangsmassregeln, um die Neger an Arbeit zu gewöhnen. Die Fürsprecher beider Richtungen haben Beifall gefunden in dieser Versammlung, und es kam mir vor, als ob der letztern Meinung der stärkere Beifall zu teil geworden wäre. Gestatten Sie mir in aller Kürze, dass ich auch in dieser wichtigen Angelegenheit mein bescheidenes Votum abgebe, dass ich mich dabei ganz auf Seite des Herrn Vietor und des Herrn Missionsinspektors Oehler stelle. Ich tue dies auf Grund eigener Erfahrungen; denn ich habe auch längere Zeit unter einer Negerbevölkerung gelebt und habe die Schwarzen arbeiten sehen als Sklaven, wie als freie Arbeiter. Ich stehe nicht an, zu sagen, dass die Neger besser sind als ihr Ruf in mehrfacher Beziehung, abgesehen natürlich von einzelnen arbeitsscheuen Kerls, die Sie übrigens auch unter unsern deutschen Arbeitern in Menge finden können. Sie sind sehr empfänglich für gute und besonders gerechte, wenn auch strenge Behandlung und wissen wohl, wo sie bei der Arbeit ihren richtigen Lohn finden. Wenn sie arbeiten, wollen sie auch den gebührenden Lohn haben, und wer wollte ihnen das verdenken? Herr Major Morgen nannte die Neger grosse Kinder und rechtfertigte damit die Zwangserziehung, die ihnen gegeben werden soll, wie wir bei unsern Kindern Zwang anwenden müssen. Nun, das ist doch nur in gewisser Weise richtig, in beschränkter Weise. Bezüglich des Zwanges möchte ich mir doch erlauben, auf einen Punkt hinzuweisen, der wohl nicht gebührend beachtet wurde, der aber recht eigentlich entscheidend ist. Soll nämlich von Zwang die Rede sein, so darf dies nur ein Zwang zum Nutzen des Gemeinwohls sein, etwa durch Steuern, zu Wegebauten und anderen Arbeiten, die dem öffent-

lichen Wohle dienen; diesen Zwang lassen wir uns auch gefallen und den versteht auch der Schwarze, so klug ist er doch und er unterwirft sich ihm ohne grosses Widerstreben; denn er arbeitet damit gewissermassen auch für sich selbst. Aber die Sache gewinnt ein ganz anderes Aussehen, wenn er auf Plantagen zur Arbeit für europäische Herren oder Gesellschaften gezwungen werden soll, die den Hauptnutzen haben, während er selbst mit kargem Lohn und schlechter Nahrung abgefunden wird. Das heisst Zwang ausüben für Privatinteressen, das ist ein unsittlicher Zwang, und dafür ist der Neger allerdings schlecht zu haben. Herr Thormählen sprach von der Arbeiterkalamität in Kamerun infolge der angeblich angeborenen Faulheit des Schwarzen. Ja, die Kalamität war ursprünglich gar nicht vorhanden in dem Masse, sondern Zintgraf hat seiner Zeit Hunderte von kräftigen, fröhlichen Arbeitern aus Bali zur Küste geführt; wenn aber schlechte Behandlung eintritt und ungenügende Ernährung Krankheiten und schliesslich den Tod vieler zur Folge hat, dann hört der Zuzug bald auf und die Kalamität ist da, nicht als Folge des indolenten Negercharakters, sondern durch die Schuld des Europäers. Ich wollte auch noch einige andere Punkte berühren, doch sind diese inzwischen schon von den Herren Vorrednern in das rechte Licht gestellt worden. So beschränke ich mich auf das Gesagte und will ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen.

**J. K. Vietor,** Bremen: Zunächst habe ich einige Missverständnisse aufzuklären. Ich habe z. B. nicht für die Abschaffung der Grossplantagen gesprochen, sondern nur gegen die Missstände auf denselben.

Was meine Gegner vorgebracht haben, ist alles Theorie. Wo in der ganzen Welt sind die Erfolge, die mit dem sogenannten Arbeitszwang erreicht sind? Im Gegenteil, die Verhältnisse verschlechtern sich sehr. Man frage nur die Kameruner Kaufleute, wie viel Geld in den letzten Jahren dort verloren ist, und wie viele Firmen dort zu bestehen aufgehört haben. —

Ich aber habe für meine Anschauung die Praxis für mich. Was füllt denn die 28 Dampfer der sich rapide entwickelnden Woermann-Linie? Nur die freie Arbeit der freien Neger. Senegambien, Goldküste, Togo, Dahomey, Lagos und Niger, wo die Neger selbstständig farmen, bringen sie enorme Ladungen hervor. Der Kongo, der früher die Schiffe füllte, lässt sie leer nach Hause fahren, so dass die Woermann-Linie die frühere Kongofahrt einstellen musste.

Der Fehler unserer Kolonialentwickelung ist die Überstürzung. Wir müssen zu einem ruhigen Gang der Entwickelung zurückkehren, dann werden wir bald genug Freude an unseren Kolonien erleben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Nyassagebietes.

Von Bezirksamtmann **Zache**, Neu-Langenburg (Ostafrika).

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Nyassagebiet sind das Ergebnis dreier Faktoren. Der erste derselben stellt sich dar in alledem, was die Natur gegeben hat. Wir werden sehen, dass ihre Gaben zahlreich sind. Zweitens werden wir betrachten müssen, ob und inwieweit die Eingeborenen diese Naturgaben verwertet haben. Das ist leider nur in recht geringem Masse der Fall gewesen. Und drittens müssen wir fragen, ob in der kurzen Spanne Zeit, seitdem der weisse Mann am Nyassa erschienen, der wirtschaftliche Wert des Landes gehoben worden ist. Dann werden wir zum Schlusse es wagen dürfen, die Frage zu stellen, was in der Zukunft geschehen muss, um diese Frage mit einer Art Programm zu beantworten.

## I.

Ia. Das deutsche Nyassagebiet entlehnt seinen Namen jenem 75 Meilen langen und 3 bis 7 Meilen breiten Süsswassersee, dessen nördliches Ostufer von $9^1/_2$ bis $11^1/_2$ Grad südlicher Breite deutsch ist. Das gegenüberliegende Ufer ist englisch, die südöstliche Küste portugiesisch. Der deutsche Küstenstreifen und die nördlich gelegenen Landschaften, die nach Westen bis zum Rikwa und halbwegs zum Tanganyika reichen, bilden den Bezirk Langenburg, der an Flächenraum das Königreich Württemberg etwas übertrifft und 200 000 farbige Einwohner nebst 150 Europäern umfasst.

Ib. Das Nyassagebiet ist ein ausgesprochenes Bergland. Am deutschen Ostufer des Sees steigen senkrecht und unmittelbar aus dem Wasser bis zur Höhe von 2000 *m* hinan die Wände des Livingstone-Gebirges empor, mit ihrem spärlichen Baumwuchs dem geringen Bedarf der Dampfer an Heizmaterial reichlich genügend. Im Süden Granit, dann am Ruhuhu Sandstein, schliesslich Urgneis, bilden die geologische Struktur; erst die im Nordosten angehängte Landschaft Bwanji zeigt jene aufgerichteten und mit quarzitischen Sandsteinen bedeckten Schiefer, welche als Kapformation bekannt sind und in Südafrika sich als so ausserordentlich goldreich erwiesen haben.

Auch die westliche Hälfte des Bezirks besteht überwiegend aus Gneis, dessen lebhaft rot gefärbtes speckfettes Verwitterungsprodukt



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

besonders in der Landschaft Bundali eine ausserordentlich üppige Fruchtbarkeit besitzt.

Vorgelagert sind diesem Gneise Sandsteine, welche im Karalo- und Iwogo-Höhenzug Steinkohlenflöze führen.

Zwischen diesen beiden Plateaurändern finden wir eine Reihe erloschener Vulkane, teils wie der Kiëjo und der 3200 *m* hohe Rungwe mächtige Kegel darstellend, teils als einige hundert Meter messende kreisrunde Löcher, durch die Regenmengen von Jahrtausenden zu Kraterseen umgestaltet.

Ungeheure Massen vulkanischen Materials sind hier in grauer Vorzeit ausgeworfen worden und bilden jetzt ein Hügelgewirr, dessen Lieblichkeit an Thüringen erinnert. Zwischen 1000 und 1600 *m* über dem Meere gelegen, von zahllosen Bächen umzogen, stellen diese immergrünen Kuppen aus verwitterter, vulkanischer Asche das fruchtbare Mittelstück des Bezirkes, den Kreis Konde-Oberland, von etwa 36 Quadratmeilen Fläche dar.

Kaum halb so gross ist das Unterland, nur wenige Meter über dem Spiegel des Nyassa gelegen und durch die aus dem Oberlande herabgeführten Alluvionen von drei ansehnlichen Flüssen gebildet.

An dieses Herzstück des Bezirkes schliesst sich östlich auf 1400—2800 *m* Höhe Ukinga mit dem erwähnten Bwanji an, nördlich die vulkanische Hochebene Usafwa, westlich das ausgedehnte Unyika, beide durchschnittlich 1400 *m* über dem Meere oder 900 *m* über dem Nyassa.

In den vulkanischen Gebieten finden wir zahlreiche natron- und kohlensäurehaltige Sprudel. Die wesentlichsten derselben befinden sich in Usafwa und sind von ihrem Untersucher, Herrn Stabsarzt Fülleborn, Gräfin Bose-Thermen getauft worden; sie sollen an Heilwirkung den Aachener Quellen nahestehen. Dort erhebt sich auch eine marmorähnliche Wand von Sinterkalken, dessen Produkt das Bezirksamt für Bauzwecke mit Erfolg gebrannt hat.

Ic. Dem Nyassa verdanken es nun alle diese Landschaften, dass sie überreich bewässert sind.

Denn da die Winde, mit Ausnahme dreier Monate, überwiegend von Süden wehen, treiben sie die ganze Verdunstungsmenge des Riesensees über das Kondeland, das, rings von Steilwänden umschlossen, wie ein natürlicher Kondensationskessel die Dünste niederschlägt. So ist der Regenreichtum, der im Verhältnis der Entfernung vom Kondelande in den anderen Landschaften abnimmt, ein unschätzbarer Vorzug der deutschen vor den fremden Nyassabesitzungen. Sieben volle Monate, von November bis Ende Mai, haben wir Regenzeit, d. h. bei 10—26 Regentagen 200—800 *mm* Niederschlag monatlich, und von den übrigen Monaten ist auch nur der Juli ganz trocken.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Alle übrigen weisen bei 3—8 Regentagen 50—100 *mm* im Durchschnitt auf.

Die Wasserverteilung ist im Kondelande also die denkbar günstigste. Ukinga und Bundali sind ebenfalls sehr regenreich. Unyika hat ausreichende Niederschläge; nur Usafwa, das gegen den Nyassa durch Steilwände fast hermetisch abgeschlossen ist, muss als trocken bezeichnet werden. Es gehört mit zu den eigenartigsten Überraschungen Afrikas, von dem 1920 *m* hohen Igalepass nach Süden auf die dickgeballten Regen- und Nebelmassen des triefenden Kondelandes und nach Norden auf das in flimmerndem Sonnenschein knochentrockene Usafwa hinabzuschauen.

Id. Demgemäss ist auch die Temperatur in den einzelnen Landschaften sehr verschieden. Völlig tropisch, d. h. feuchtheiss, sind die Striche direkt am Nyassa, insbesondere das Konde-Unterland; Usafwa hat Steppencharakter, d. h., es ist trockenheiss. Im übrigen haben wir annähernd europäisches Klima. So sind im Konde-Oberlande morgens und abends 12—19, mittags 16—24 Grad Celsius gemessen worden, so dass sich eine recht nervenstärkende Differenz von 6—10 zwischen Tag und Nacht ergibt. Das Klima gestattet also europäischen Ansiedlern die körperliche Arbeit sehr wohl.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bundali; in Ukinga dagegen bilden die schweren Nebel, die im Kondelande nur im April und Mai vorherrschen, während der ganzen langen Regenzeit die Regel, und Reif, ja selbst 5 *mm* dicke Eisschichten sind nicht allzu selten. Unyika ist exzentrischer, d. h. im Winter kälter, im Sommer wärmer als das Oberland.

Von den klimatischen abhängig sind die hygienischen Verhältnisse. Zahlreich sind die Moskitos im Konde-Unterlande, vereinzelt vorhanden in den Kreisen Wiedhafen und Usafwa. Alle anderen Kreise sind, Grenzstriche ausgenommen, vollständig moskito- und demzufolge malariafrei. Auch Dysenterie und alle anderen Tropenkrankheiten, insbesondere auch Anämie, finden sich in den kühlen Gebirgsländern nicht. Ein Beweis dafür ist das prächtige Gedeihen der Missionskinder.

Ie. Die Regenmengen des Nyassagebietes werden naturgemäss wieder nach dem See entwässert, der durch den Schire nach Süden seinen Abfluss zum Sambesi und durch diesen zum indischen Ozean findet. Beide Flüsse sind bis auf ein zwölf Meilen langes Stück des Schire schiffbar, sodass die Nyassaländer dem Weltmarkte verhältnismässig nahe liegen, jedenfalls erheblich näher als das ihnen sonst wirtschaftlich so ähnliche, viel gepriesene Uhehe.

If. Die Flora und Fauna, die sich unter der Gunst der geschilderten geologischen und klimatischen Verhältnisse entwickelt hat

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist üppig und mannigfaltig. Der Urwald freilich, der früher das ganze Land bedeckt haben mag, ist im Zeitraum von Jahrhunderten vor der langsam aber stetig arbeitenden Axt der Bantuneger auf die höchsten Höhen und in die unzugänglichsten Schluchten zurückgewichen. So in Ukinga, Bundali und dem Oberlande, wo nur noch ein riesiger Waldgürtel quer um den Rungwa der Sägerei des Bezirksamts Stämme von 12—15 *m* Höhe und 1 *m* Dicke liefert, deren Qualität dem Eschenholz ebenbürtig ist. Ein lichterer, aber auch hochstämmiger Wald trennt in 2 Stunden Breite Ober- und Unterland und bedeckt halb Unyika. In diesen Wäldern wuchsen in reichem Masse Kautschukpflanzen, bis vor etwa 15 Jahren den Eingeborenen der Wert der milchigen Harzsäfte bekannt wurde. Damals begann der zügellose Raubbau, der zwar dem Nyassagebiet schnell den Ruf eines erstklassigen Kautschuklandes erwarb, bald aber die letzte Pflanze ausrottete. Noch reichlich vorhanden ist dagegen Bambus aller Art, von Halm- bis zu Schenkeldicke.

Aber wo der Wald verschwunden ist, da breiten sich überall graue Almenteppiche als saftige Viehweiden aus, auf denen man auch unsere heimischen Farne und Brombeeren findet.

Ig. Die Tierwelt bietet dem Jäger reiche Beute, der Nyassa wimmelt von Fischen. Aber von wirtschaftlicher Bedeutung ist das nicht. Der Elefant wechselt nur noch durch, so dass von Elfenbeinproduktion füglich nicht die Rede sein kann. Ob die Haustiere autochthon oder sämtlich eingeführt sind, mag dahingestellt bleiben. Die Rinderrasse ist jedenfalls importiert und wird daher später zur Sprache kommen.

So bleibt uns als letztes und höchstes Produkt der reichen Natur der eingeborene Mensch übrig, dem wir zunächst unser Interesse zuwenden wollen.

Die Bantuneger des Nyassalandes stellen mehrere durch Sitten und Gebräuche verschiedene, durch die Sprache meist sogar scharf von einander geschiedene Stämme dar.

Ih. Unmittelbar am See wohnen zwei nicht sehr zahlreiche Fischervölker; die Hauptmasse der Bevölkerung aber bilden die Wanyakyusa, welche in der Zahl von 80 000 Seelen das Kondeland bewohnen. Obwohl sie gut gebaut sind, einen kräftigen Eindruck machen und ausserordentlich abgehärtet sind — tragen sie doch selbst im rauhen Oberlande so gut wie gar keine Kleidung — sind sie für regelmässige und angestrengte Arbeit nur mässig, als Träger sogar gar nicht brauchbar; wenigstens nicht da, wo sie ihre gewohnte Hauptnahrung, Milch und Bananen, entbehren müssen. Sie sind nach europäischer Anschauung faul, wie alle die Naturphilosophen, die noch nicht einsehen, weshalb sie mehr arbeiten sollen, als zum Essen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Trinken erforderlich ist. Denn weitere Bedürfnisse haben sie kaum, nicht einmal das nach Kleidung. Andererseits ist ihr Intellekt durchaus nicht so tierisch, als man sich in Europa vielfach vorstellt, sondern sie sind zum Teil recht verschmitzt und gewandt; deshalb darf ihnen Bildungsfähigkeit nicht abgesprochen werden, wenn auch die hinzielenden Versuche auf ein erstaunliches Mass von Querköpfigkeit und Interesselosigkeit stossen.

Wenn auch, wie überall auf niederer Kulturstufe die Hauptarbeit der Frau zufällt, arbeitet im Kondelande der Herr und Gebieter doch wenigstens mit. Deshalb ist das Kondeweib auch in erster Linie Mutter; eine Frau, die keine Kinder bekommt, kann ihrem Vater zurückgeschickt werden, der dann den aus zwei Kühen bestehenden Kaufpreis zurückzuerstatten verpflichtet ist. Das ist sittlich nicht zu befürworten, aber wirtschaftlich bedeutsam, denn es gibt eine Garantie für eine schnelle Volksvermehrung schon deshalb, weil die Sitte erkennen lässt, wie hoch Kindersegen geschätzt wird. Allerdings erfreuen sich fast nur Mädchen dieser Elternliebe, und die Zahl der Knaben steht in auffallendem Missverhältnis zu ihnen; hat doch ein Mädchen, sobald es verheiratet werden kann, für den Vater den Wert von zwei Kühen, während ein Jüngling dieselben womöglich gar von dem Vater haben will, um sich eine Frau kaufen zu können.

Da eine Frau demnach als Arbeitskraft sowohl, wie als Mutter von Töchtern einen erheblichen Kapitalwert repräsentiert, herrscht Vielweiberei und reiche — also überwiegend alte — Männer haben 10, 20, ja 50 und 60 Frauen. So können zahlreiche junge Männer trotz des Überwiegens des weiblichen Geschlechts keine Braut finden. Die Folgen sind Entführungen, Ehebruch und sogar Ehen mit Mädchen, die noch im Kindesalter stehen.

So kann bezweifelt werden, ob das kostbarste Produkt jeder Kolonie, die eingeborene Arbeitskraft, sich durch reichliche Geburtenüberschüsse vermehrt. Wir werden später sehen, durch welche Massregeln die Verwaltung dieses Ergebnis dennoch zu erzielen versucht.

Was hiermit von den Wanyakyusa gesagt ist, gilt im allgemeinen auch für die anderen Völkerschaften des Bezirks. Die Wakinga stehen noch erheblich niedriger als die Wanyakyusa; die Wanyika und Wasafwa, nicht wie jene von einflusslosen Dorfältesten geleitet, sondern zu grösseren Häuptlingschaften zusammengefasst, bieten für die Erziehung zur Arbeit und Kultur eine bessere Handhabe.

## II.

Wir wollen nun untersuchen, welche Kulturwerte diese Eingeborenen geschaffen haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

IIa. Zunächst sind sie, wie alle Bantu, trotz ihres dürftigen Werkzeuges, der Hacke, tüchtige Ackerbauer. Die Wanyakyusa wohnen in prächtigen Hainen von Bananen, die sie sogar mit Kuhmist zu düngen verstehen. Ausser den Trauben dieser Staude, die zu einem mehligen Brei gekocht, das Volksnahrungsmittel bilden, kommen noch Mais, eine kleine schwarze Hirseart (Ulesi), Bohnen und süsse Kartoffeln in Betracht. Die Banane wird von den anderen Nyassavölkern nicht kultiviert, sondern ausser den genannten Hackfrüchten noch das bekannte Negerkorn — Mtama oder Durrha — vielfach allerdings nur zur Bierbereitung.

IIb. Von den tierischen Produkten machen sich die Wakissi den Fischreichtum des Sees zu Nutze; fast alle anderen Stämme halten Hühner, Tauben, Ziegen und Fettschwanzschafe. Rinder dürften 80 000 Haupt im Bezirke stehen, davon $^3/_4$ im Kondelande, und vor der grossen Rinderpest in den neunziger Jahren muss der Bestand geradezu enorm gewesen sein. Der Rasse nach stammt das Buckelrind des Nyassa aus Indien; es ist im Laufe von Jahrhunderten durch Inzucht stark degeneriert, so dass die Kälber in grosser Zahl eingehen, die Kühe höchstens ein Liter Milch geben und die Stiere des geringen Gewichts wegen, das sie ins Geschirr zu legen haben, zum Ziehen nicht besonders geeignet sind.

Dennoch verwenden die Eingeborenen viel Sorgfalt auf ihr Vieh und trennen sich nur schwer davon, weil sie den Ehrgeiz haben, den Bestand auf die Höhe vor der Rinderpest zu bringen. Deshalb sind für den üblichen Preis von 40—50 Mk. durchaus nicht Kühe in beliebiger Anzahl zu haben.

IIc. Spuren einer Industrie finden sich in der Fabrikation von Tontöpfen, die die Wakissiweiber weithin verhandeln, und in der Verhüttung von Eisenerzen bei den Wakinga und Wanyika, deren Hacken und Speerklingen einen auch ausserhalb des Bezirkes gesuchten Tauschartikel bilden. Die Wasafa und Wasangu verstehen auf einfachen Webstühlen aus selbstgezogener Baumwolle Gewebe herzustellen.

IId. Ein weiterer Handel wurde auch häufig durch Suaheli vermittelt, welche mit einigen Lasten Salz, Pulver, Gewehren und geringwertigen Baumwollstoffen im Lande umherzogen, um Gummi und Vieh einzutauschen. Aber von Bedeutung war auch das nicht; jedenfalls haben sie durch ihre zur Schau gestellten Luxusartikel die anspruchslose und indolente Bevölkerung nicht zur Mehrproduktion angeregt.

## III.

Wir wollen nun drittens betrachten, welche Wandlungen durch das Erscheinen der Europäer hervorgerufen wurden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

IIIa. Die ersten auf dem Schauplatze waren Sendboten der Berliner Gesellschaft zur Beförderung der Mission unter den Heiden und der Herrnhuter-Brüderunität, von denen die letzteren das Prinzip durchführen, auch durch Handelsgeschäfte den Heiden näher zu treten und zu den eigenen Kosten der Mission beitzutragen.

Diese Gesellschaften haben im Konde-Unterland zwei, im Oberland fünf, in Ukinga drei, in Usafwa, Bundali, Unyika je eine, zusammen also 13 Stationen, jede mit zwei Missionarsfamilien besetzt; ausserdem bestehen am Rikwa zwei katholische Stationen der pères blancs des Kardinals Lavigerie.

Die Erfolge auf dem eigentlichen Missionsgebiete zu besprechen, liegt ausserhalb des Rahmens meines Vortrags. Von wirtschaftlicher Bedeutung aber ist die Tätigkeit der Missionare dadurch gewesen, dass sie gezeigt haben, dass wir Kartoffeln, Weizen und fast alle Gemüse in den Nyassalanden produzieren können, und dass auch Kaffeebäume eine überreiche Ernte von vorzüglicher Qualität liefern. Fünf Pfund hat Herr Missionar Jauer auf Manow von einem vierjährigen Baume geerntet, ein sehr bedeutsames Ergebnis, wenn man bedenkt, dass nach den Erfahrungen ein Pfund jährlich vom fünften Jahre ab bereits das Anlagekapital verzinst. Dabei darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, dass es sich um nur wenige Bäume unter Gartenkultur handelt.

Nicht gelungen ist es dagegen den Missionaren bisher, die Eingeborenen in nennenswerter Zahl zu Handwerkern zu erziehen.

IIIb. Etwas später als die Missionare erschienen die ersten europäischen Kaufleute auf dem Platze, zuerst Griechen, denen noch der Hauptgewinn des eben erblühten Gummihandels in den Schoss fiel, dann das Hamburger Haus Hansing & Co. und die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, ausserdem einige kleinere Firmen. Die Aussichten derselben erschienen im Anfang ebenfalls glänzend, indes bedingt die Eigenart des Gummihandels ein reichliches Kreditgewähren an zahlreiche farbige Agenten, welche überall und wochenweit im Lande umherziehen und erst nach Monaten und Jahren — vielfach gar nicht — zur Abrechnung zurückkehren. So brachte teils die absolute Unzuverlässigkeit dieser unkontrollierbaren Hilfskräfte, teils das plötzliche Ende der für unerschöpflich gehaltenen Gummibestände eine herbe Enttäuschung, so dass beide Gesellschaften ihr Kapital nicht ohne erhebliche Verluste wieder herausziehen können. Immerhin ist nicht zu verkennen, dass durch ihre Tätigkeit stellenweise der Erwerbssinn der Eingeborenen wohltätig angeregt wurde.

IIIc. Wirtschaftlich von tiefgehender Bedeutung war dagegen die Anfang der neunziger Jahre ausgeführte Expedition des Majors von Wissmann, um den aus Sammlungen erbauten Dampfer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Hermann von Wissmann“ nach dem Tanganyika zu bringen. Die Expedition ging den Sambesi und Schire hinauf, erforschte die Nyassaländer und kam zu dem Ergebnis, dass es unmöglich sei, die schweren Lasten über die Gebirge am Nyassa hinwegzubringen.

IIId. Das war ein Irrtum und Herr Hauptmann Schloifer, der das Schwesterschiff, die „Hedwig von Wissmann“, auf demselben Wege nach dem Tanganyika brachte, hat das bewiesen. Aber dieser Irrtum war ein Glück; denn so wurde der Dampfer auf dem Nyassa zusammengesetzt, wo er, als der jetzt nach 10 Jahren noch unbestritten seetüchtigste unter den 13 Dampfern des Sees, der Stolz des Bezirksamtes ist und jährlich trotz seiner geringen Ladefähigkeit von 40 tons etwa 50 000 Mk. an Betriebsüberschüssen bringt. Der Tanganyikadampfer fährt hingegen, obwohl er nur zwei Konkurrenten hat, leer; denn einerseits geht nur ein Bruchteil der am Nyassa ankommenden Lasten weiter, anderseits gestatten die Verhältnisse des Tanganyika einen ausgedehnten Frachtverkehr auf Segelschiffen arabischer Bauart.

IIIe. Indessen reichen die Verdienste unseres Dampfers noch weiter; er gab nämlich die Veranlassung zur Errichtung des heutigen Bezirkamtes.

Naturgemäss bedurfte er eines kleinen Hafens mit Magazinen für Material und Reserveteile und mit einem Schlipp. Er brauchte für seine Ladung Unterkunftsräume und Agenten an den Endpunkten der Karawanenstrassen und, da er auf Holzfeuerung eingerichtet ist, einiger Stapelplätze, für welche Holz zu schlagen die Eingeborenen angehalten werden mussten. So wurde die kleine sandige Halbinsel, welche bei der Mündung des Rumbira wie ein Schwalbennest an der ragenden Steilwand des Livingstonegebirges klebt, 1892 zur Hauptdampferstation eingerichtet und nach dem Ehrenpräsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg, benannt. Ihr Chef, Freiherr von Eltz, wurde nach zwei Jahren der erste Bezirksamtmann des deutschen Nyassagebiets.

Damit waren unsere Lande dem Weltverkehr angegliedert. Seitdem nämlich am Schirefluss die Engländer auf früher dem Namen nach portugiesischem Gebiet ihr Central Africa Protectorate errichtet hatten, war die schöne Wasserstrasse schnell nutzbar gemacht worden. Heute fahren 30 geräumige Heckraddampfer auf Sambesi und Schire; die Stromschnellen des letzteren werden in drei Tagen auf Ochsenkarren und Maultierwagen umfahren, und so ist eine schnelle Verbindung zwischen dem Hafenplatz Chinde am Indischen Ozean und dem Nyassa hergestellt. Ich bin auf diesem Wege in zehn Tagen vom deutschen Nyassalande zum Ozean und in zwanzig Tagen nach Dar-es-Salaam gekommen. In der trockenen Zeit und stromauf dauert die Fahrt allerdings länger.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unter dem Nachfolger des Herrn v. Eltz, dem Bezirksamtmann v. Elpons, wurde dann die Verwaltung energisch in die Hand genommen. Seitdem er die aufständischen Wanyakyusa empfindlich aufs Haupt geschlagen hatte, war die Sicherheit, wenigstens im Unterlande, vollständig. Dies ermöglichte einige Massregeln, deren Notwendigkeit sich ergeben hatte. Es zeigte sich nämlich, dass ein Land von dieser räumlichen Ausdehnung nicht von einem, noch dazu exzentrisch zur Hauptländermasse des Bezirks gelegenen Punkte aus regiert werden konnte. Da sich nun zugleich ergeben hatte, dass der Handel des Nyassagebiets wesentlich Transithandel vom Indischen Ozean zu den Tanganyikaländern war, so wurde an der Stelle, wo die von Kilwa ausgehende Karawanenstrasse den Nyassa erreicht, die Nebenstelle Wiedhafen, und dort, wo die Strasse nach dem Tanganyika beginnt, der Zollposten Ssongwe errichtet. Zugleich wurde begonnen, die wohlhabende Bevölkerung des Kondelandes zur Steuer heranzuziehen und wesentlich zu diesem Zwecke die Nebenstellen Massere und Kasyabona errichtet und durch Fahrstrassen mit dem Nyassa verbunden.

Ich habe seit Ende 1900 das Bezirksamt übernommen und zunächst durch Bereisung der englischen und deutschen Strassen zwischen Nyassa und Tanganyika festzustellen versucht, ob sich der rege Transithandel nicht auf das deutsche Gebiet hinüberziehen lässt. Denn es sind etwa 4000 Lasten, also Werte von ziemlich einer halben Million, welche monatlich im Jahre 1901 die Stevenson Road passierten. Nun haben wir auf unserer Seite eine Strasse gefunden, welche nicht grössere Bauschwierigkeiten macht, als jene; aber unsere Strasse ist erst zu bauen, jene fast fertig. Indes leidet die britische Strasse an Wasser- und besonders Nahrungsmangel, so dass dort die Träger aus dem deutschen Gebiet verpflegt werden. Wir haben beides im Überfluss und ausserdem unseren bedeutenden Rindviehbestand, der als Zugmaterial in Betracht kommt. Da die neue Strasse, deren Freilegung alsbald begonnen wurde, durch das Kondeland führt, wohin sich seit der Gründung der beiden Nebenstellen ohnehin der Schwerpunkt der Verwaltung zu verschieben begann, verlegte ich bereits Anfang 1901 mit Genehmigung des Kaiserlichen Gouvernements das Bezirksamt dorthin, am Nyassa als Ausgangspunkt und Hafen der neuen Tanganyika-Fahrstrasse die Nebenstelle Mwaga zurücklassend. Wiedhafen blieb unverändert, Langenburg nur als Dampferstation bestehen, ebenso wurden Kasyabona, Massere und Ssongwe eingezogen, da das Bezirksamt diese Gebiete selbst verwaltete. Mit den freigewordenen Kräften sollen in Bundali, Unyika, Usafwa und Ukinga Nebenstellen errichtet werden, so dass dann der ganze, in sieben Kreise geteilte Bezirk unter Verwaltung genommen ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dadurch wird folgendes erreicht:

1. Die Eingeborenen werden energischer zur Steuer herangezogen. Die Hüttensteuer beträgt bekanntlich 3 Rupien, d. h. 4,20 Mark im Jahre. Da wir die Hütte, nicht die Köpfe besteuern, werden kinderreiche Familien nicht schwerer getroffen als kinderarme, und da andererseits jede Frau ihre besondere Hütte bewohnt, wird ein Mann, der mehrere Frauen hat, mehrfach besteuert. Die Steuer wirkt also für die Volksvermehrung und gegen die Polygamie. Ferner wird der Eingeborene genötigt, Geld aufzubringen. Solange allerdings der geringe Steuersatz weiter besteht, kann er noch sehr wohl alljährlich durch Verkauf eines Kalbes oder zweier Schafe zahlen. Aber immerhin lernt er den Handelswert seines Viehes kennen und fühlt, dass er Untertan der Regierung ist. Später wird man die Steuer so lange erhöhen müssen, bis der Eingeborene sich gezwungen sieht, für Geld, d. h. bei europäischen Arbeitgebern Dienste zu nehmen. Dabei ist allerdings Voraussetzung, dass sich solche — nämlich Pflanzer — einfinden, und dass die Steuer im ganzen Bezirke gleichmässig durchgeführt werden kann; denn sonst würde der Farbige in die nicht besteuerten Kreise übersiedeln. Diese allgemeine Besteuerung wird durch die neuerrichteten Nebenstellen erreicht. Ein Abzug in das benachbarte britische Rhodesia ist deshalb nicht zu befürchten, weil dort 6 sh. Steuer erhoben werden, die sogar auf 12 sh. erhöht werden sollen für alle Eingeborenen, die nicht alljährlich mindestens zwei Monate bei Europäern arbeiten. Der Hauptzweck der Steuer ist ja überhaupt die Erziehung des Negers zur Arbeit. So steht es jedem frei, statt 4,20 Mark zu zahlen, 28 Tage beim Bezirksamt zu arbeiten.

2. Diese Arbeiter finden hauptsächlich Beschäftigung beim Bau der Fahrstrasse nach dem Tanganyika. Als ich im Frühjahr den Bezirk verliess, bestand auf dem 11 Stunden langen Stück zwischen dem See und dem Bezirksamt bereits ein leidlich flotter Verkehr mit Ochsenwagen und Eselgespannen, und von den 50 Meilen zum Tanganyika, von denen 35 dem Bezirksamt Langenburg, der Rest der Militärstation Bismarckburg zufallen, waren reichlich 15 Meilen im Bau. Neuerdings hat das Kaiserliche Gouvernement in Anerkennung der wirtschaftlichen Wichtigkeit der Strasse 20 000 Mark und einen in Sprengarbeiten erfahrenen Bergmann zur Verfügung gestellt. Denn eine solche Strasse quer durch das Gebirge und über breite, zur Regenzeit hochgehende und reissende Flüsse erfordert naturgemäss auch Kunstbauten in Zement und Eisen, die wegen der enormen Transportkosten des Materials sehr teuer werden. Nun ist nach unserer Landesverfassung der Strassenbau Sache der Gemeinden und die Gemeinde Langenburg bezieht jährlich die Hälfte der Einkünfte aus der Hüttensteuer, also 20—25 000 Mark. Dafür hat sie die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kosten der Steuererhebung zu tragen, so dass etwa die Hälfte für Gemeindezwecke, und davon etwa 8000 Mark für Strassenbau übrig bleiben. Es erhellt, dass damit nicht viel zu leisten ist, andererseits aber auch, dass die Steuer, selbst abgesehen vom Erziehungszweck, auch als reine Finanzmassregel energisch durchgeführt werden muss.

Zum dritten wird durch das Bezirksamt mit seinen Nebenstellen Ruhe und Sicherheit geschaffen. Und das ist gewiss eine wesentliche Voraussetzung für Plantagenbetriebe und Besiedelung. Auch die Volksvermehrung wird durch das Verhindern der zahl- und schonungslosen kleinen Dorfkriege und durch das Eingreifen bei Seuchen, sei es durch Absperrungs-, sei es durch Impfmassregeln, gefördert.

Schliesslich können in den verschiedensten Gegenden des Bezirks meteorologische Beobachtungen und Kulturversuche aller Art angestellt werden.

Das Bezirksamt hat die Brauchbarkeit unserer Rinderrasse für Zugzwecke durch Einfahren von 32 Bullen geprüft und im Ober- und Unterlande Tabak gepflanzt. Ausserdem wurden 1600 Kaffeebäume ausgepflanzt und 100 000 Bohnen in Samenbeete gelegt. Selbst wenn dieselben nicht alle verpflanzt werden können, ist der Verlust gering im Verhältnis zu dem Nutzen, der erwächst, wenn dem ersten eintreffenden Pflanzer die Sämlinge zur Verfügung gestellt werden können. Er spart dadurch ein ganzes Jahr; und deshalb soll die Massregel alle Jahre wiederholt werden. Auch mit zahlreichen Produkten der europäischen Landwirtschaft sind Versuche im Gange.

## IV.

Damit haben wir in grossen Zügen die wirtschaftliche Lage des Nyassalandes, wie sie heute ist, gezeichnet. Wir wollen nunmehr sehen, zu welchen Hoffnungen dieselbe berechtigt. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion ist erwiesen, dass der weisse Ansiedler ohne Schaden für seine Gesundheit durch körperliche Tätigkeit die zu seinem Unterhalte nötigen Brotfrüchte, Kartoffeln und Gemüse, ferner Milch und Fleisch gewinnen kann. Die Versuche mit Obstbäumen sind noch nicht abgeschlossen. Er kann aus Bambus, Rohr und Gras Wohnungen und Stallungen errichten, welche bescheidenen Ansprüchen genügen. Beim Bezirksamte wurden in $2^1/_2$ Monaten 36 derartige Gebäude errichtet, in denen wir, Europäer und Farbige, über ein Jahr lang gewohnt haben und zum grössten Teil noch wohnen.

Später können Fachwerkhäuser an die Stelle treten, wie sie die Missionare errichtet haben und zur Zeit das Bezirksamt baut. Holz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zum Sägen von Balken und Brettern, sowie zum Brennen geeignete Ziegelerde ist fast überall vorhanden.

Späterhin wird der Ansiedler sich bemühen, Produkte zu züchten, die, auf dem Markte in Geld umgesetzt, ihm die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse gestatten.

Hier kommt in erster Linie der Kaffee in Betracht. Derselbe gedeiht sowohl auf dem roten Verwitterungsprodukt des Gneises in Bundali als auf den verwitterten Aschen des Kondelandes. Zu jener Bodenart haben wir die Analogie in Usambara und den Shire Highlands, nur dass Bundali viel günstigere Niederschlagsverhältnisse besitzt, zu diesen in Java und Kamerun.

Im Konde-Unterlande scheinen die Verhältnisse günstig für Reis, Tabak und wohl auch Kakao.

Der Reiskultur, welche neuerdings in zwar nur bescheidenem Umfange von Arabern und arabisierten Küstennegern eingeführt ist, stehen weite Sumpfflächen zur Verfügung.

Aus einheimischem Tabaksamen hat ein kleiner Unternehmer, Namens Schaffmann, ein Deckblatt gezogen, das bei durchaus reinem und gefälligem, wenn auch etwas indifferentem Geschmack in Farbe und Brand tadellos ausfiel. Die selbstgewickelten Zigarren wurden von uns sehr gern geraucht. Es wäre dringend zu wünschen, dass die mit edlerem Tabake begonnenen Versuche des Bezirksamts weitergeführt werden könnten. Allerdings ist zu bedenken, dass das Unterland gesundheitlich sehr ungünstig ist. Es käme deshalb nur Plantagenbetrieb mit farbigen Arbeitern in Betracht. Mit Gummipflanzen konnten Versuche noch nicht gemacht werden, obwohl das Gedeihen in Anbetracht der Tatsache, dass solche früher in reichem Masse wild wuchsen, sicher ist.

Ukinga und Unyika sind in Bezug auf tropische Kulturen noch nicht erforscht. Die neuangelegten Nebenstellen des Bezirksamtes werden indes Versuche anstellen. Vielleicht kommt bei der Höhenlage Chinarinde und Tee in Betracht. In Usafwa würde Baumwolle produziert werden können.

Die Viehzucht verspricht reiche Erfolge. Ausgedehnte und reichbewässerte Weidegründe würde das Gouvernement für wenige Mark jährlich verpachten. Ziegen, Fleischschafe und Schweine sind für 2,80 Mk. das Stück reichlich zu kaufen. Da Rindvieh schwerer zu beschaffen ist, hält das Bezirksamt einen Grundstock von 500 Häuptern, von denen die für den eigenen Milchbedarf und zur Zucht nötigen Tiere für den Preis von 42 Mk. an Ansiedler abgegeben werden würden.

Die Rassen müssten allerdings durch Einführung europäischer oder südafrikanischer Zuchttiere aufgebessert werden; deshalb stand

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Bezirksgemeinde, als ich abreiste, wegen des Ankaufs von Bullen mit mehreren Buren in Unterhandlung. Vor allem müsste auch ein Versuch mit Wollschafen angestellt werden, deren Produkt die Wasafwa verweben würden. Sie müssten allerdings in der Handhabung leistungsfähigerer Webstühle unterrichtet werden.

Hühner sind nur im Kondelande verheerenden Krankheiten ausgesetzt. Tauben werden in Usafwa, Unyika und Ukinga in Mengen gehalten.

Wenden wir uns nun zu einem anderen Zweige der Urproduktion, dem Bergbau.

In den Sandsteinen am Kivira, zwei Tagemärsche vom Nyassa entfernt, sind Steinkohlen aufgefunden worden. Die tiefeingerissenen Schluchten mehrerer Gebirgsbäche haben die Schichten offen zu Tage gelegt. Sie sind deshalb nicht schwer zu fördern und nach den Feststellungen des Herrn Berginspektors Bornhardt bis zu 4 *m* mächtig. Da sie nach den Analysen der geologischen Landesanstalt der südafrikanischen Kohle gleichwertig sind, müssen sie als absolut abbauwürdig bezeichnet werden.

Dagegen erscheint die Verwertung des Eisens in Unyika und Ukinga vor der Hand ausgeschlossen. Wie bereits hervorgehoben, bieten die geologischen Verhältnisse der Landschaft Bwanji im Kreise Ukinga erhebliche Aussichten auf das Vorhandensein von Gold. Es wäre daher dringend zu wünschen, dass hier durch einen Fachmann geschürft würde.

Salz wird im Kreise Wiedhafen gewonnen. Auch hier hat noch nicht festgestellt werden können, ob es sich um im grossen verwertbare Steinsalzlager handelt.

Die wichtigste Bedingung für die Verwertung aller dieser Schätze ist eine praktische Lösung der Arbeiterfrage. Die relativ sehr dünn gesäte Bevölkerung hat, wie wir gesehen haben, es nicht nötig, durch Lohnarbeit ihren Unterhalt zu suchen. Abzuwarten, bis durch die seitens der Verwaltung begünstigte Volksvermehrung ein natürlicher Zwang zum Arbeitsuchen für einen überschüssigen Bruchteil der Bevölkerung eintritt, wird nicht angehen. Somit wird nur zweierlei übrig bleiben: Erstens gilt es die Kauflust der Eingeborenen zu heben, was durch Zurschaustellung von geeigneten Gegenständen geschieht. Es wird also der Hausierhandel zu begünstigen und durch Geschenke an Häuptlinge und sonstige angesehene Farbige der Wunsch, auch ähnliche Dinge zu besitzen, in weitere Kreise zu tragen sein. Und um kaufen zu können, muss Geld verdient, also gearbeitet werden. Das Hauptmittel aber, die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen, ist und bleibt eine praktische Steuerpolitik, und diese erfordert ein nicht zu knappes Material an weissen Beamten. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

öffentliche Meinung in Europa sollte daher einer Vermehrung derselben nicht so unfreundlich gegenüberstehen als bisher; wir in den riesig umfangreichen Verwaltungsbezirken leiden wirklich nicht an Beamtenüberfluss, und die einfache Logik der Schlussreihe: wo keine Beamte, da keine Steuer, wo keine Steuer, da keine Erziehung zur Arbeit, wo keine Arbeit, da keine Produktion, wo keine Produktion, da keine Rentabilität und keine Zukunft, sollte die massgebenden Kreise doch etwas bewilligungsfreudiger stimmen.

Aber auch in anderer Beziehung kann das Bezirksamt günstig auf die Arbeiterverhältnisse einwirken. Die von ihm gezahlten Löhne sieht der Eingeborene als eine von der Regierung gewollte unabänderliche Norm an. Er wird sich deshalb kaum entschliessen, bei Privatleuten billiger zu arbeiten als bei der Behörde. Es ist uns gelungen, die Tagelöhne für manche Dienstleistungen in letzter Zeit zu drücken und im allgemeinen auf dem Satze von 4,20 Mk. monatlich zu erhalten. Das ist ein Viertel der auf den Plantagen in Usambara gezahlten Sätze, aber immer noch ein Viertel mehr als der in Britisch-Zentralafrika übliche Monatslohn von 3 Schilling. Das liegt an der Währung, weil der Eingeborene die 3 Rupiestücke den drei Schillingstücken für gleichwertig hält. Es wird indes bei der durch schärfere Besteuerung zu erwartenden Vermehrung des Angebotes ein Herabgehen auf 2 Rupie angestrebt werden können.

Auch diese Art der Erziehung zur Arbeit erfordert naturgemäss Zeit. Sollte daher eine Errichtung von Plantagenbetrieben oder eine Besiedelung sehr schnell in Fluss kommen, so ist eine andere Massregel vorgesehen. Nordnordöstlich grenzt an den Bezirk Langenburg das weite, dichtbevölkerte Land der Wasangu, das zur Zeit zum Militärbezirke Iringa (Uhehe) gehört. Dessen arbeitswillige und von dem Grosssultan Merere straff zusammengehaltene Bevölkerung beabsichtigt das Kaiserliche Gouvernement erforderlichen Falls dem Nyassabezirke zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen schliesslich die Absatzverhältnisse besprechen. Die Produkte europäischer Landwirtschaft kommen ausser für den eigenen Bedarf nur für die nächste Nachbarschaft, die Massengüter, wie Reis, nur für die Volksernährung in Betracht. Ebenso würden Gewebe aus Baumwolle und Wolle im Lande Absatz finden müssen und voraussichtlich auch finden. Tee, Tabak, Kakao, Kautschuk, Chinarinde und Kaffee dagegen würden auch unter Benutzung der heutigen Verkehrsgelegenheiten sehr wohl auf dem Weltmarkte konkurrieren können. Der Kaffee z. B. ist von den Shire Highlands aus mit Gewinn nach Europa verfrachtet worden, da die vorzügliche Qualität dieses Abkömmlings der Mokkabohne von dem Preissturz des Liberia und Santos-Kaffees nicht erheblich in Mitleidenschaft gezogen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wurde. Für das deutsche Gebiet würden an Kosten hinzukommen $3^1/_2$ Lstr. pro Tonne für die Beförderung nach dem Südende des Nyassa auf dem Regierungsdampfer „Hermann von Wissmann", und $1^1/_2$ Lstr. weitere Unkosten bis zum Anschluss an die englischen Transporte. Das wären rund 100 Mk. für die Tonne, also 5 Pf. für das Pfund Kaffee. Da wir nun unter unseren erheblich günstigeren klimatischen Bedingungen bei sonst gleichen Produktionskosten ein Mehrfaches an Erträgen erzielt haben als unsere britischen Nachbarn, scheint der deutsche Kaffee diese Mehrkosten durchaus tragen zu können.

Auch würde das Kaiserliche Gouvernement gewiss bereit sein, den „Wissmann" einem Pflanzerkonsortium zu verchartern. Dann würden Mehrkosten überhaupt nicht erwachsen, weil der Dampfer seine Betriebskosten durch die Frachten der Bergfahrt bereits reichlich decken würde.

Nach Schlacht- und Zugvieh herrschte in den südlich gelegenen englischen Gebieten von jeher eine grosse Nachfrage. Dieselbe ist gestiegen seit der enormen Inanspruchnahme des südafrikanischen Viehbestandes durch den Transvaalkrieg, die eine staffelweise Verschiebung des Viehreichtums nach Süden für alle Gebiete nach sich zog, die nicht, wie bis vor kurzem das deutsche Nyassaland, durch ein Ausfuhrverbot geschützt waren. Für Schlachtvieh, das im Bezirke Langenburg 20—30 Mk. wert war, wurden in Fort Johnston 50 – 70 Mk. geboten.

Von den bergbaulichen Produkten käme für den Export nur Gold in Betracht. Das soll aber noch gesucht werden. Salz würde am Nyassa selbst reichen Absatz finden, da das importierte europäische Salz ein zur Zeit für den armen Mann fast unerschwinglicher Luxusartikel ist. Ebenso dürfte es sich empfehlen, wenn auch zunächst in bescheidenem Masse, mit der Kohlenförderung zu beginnen. Zwar brauchen alle Dampfer des Nyassa zusammengenommen jährlich nur für 10 000 Mk. Holz, und die Kohlenfeuerung würde sich nach den Berechnungen des Bezirksamts dreimal so teuer stellen. Aber der Raum, den auf den Dampfern die zur Fahrt nötige Kohle einnehmen würde, ist soviel kleiner als der des Holzes, dass die für die grössere Ladung zu vereinnahmenden Frachten ausser der Differenz noch einen ganz bedeutenden Gewinn einbringen würden.

Vollständig ändern würden sich natürlich alle diese Verhältnisse, wenn durch eine auf anderer Basis rentable Bahn von Kilwa nach Wiedhafen billige Rückfrachten in Betracht kämen. Dann könnten die Küste mit Reis, Mehl und Kartoffeln, die Ozeandampfer mit Kohlen aus dem Nyassagebiete versorgt werden.

Wenn Ihnen nach alledem die wirtschaftlichen Aussichten unseres Nyassalandes nicht ungünstig erscheinen, dann wirken Sie in Ihren



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kreisen dahin, dass wir in Bälde den ersten Ansiedler, den ersten Plantagenleiter im Kondelande begrüssen können. Das würde von unserer Seite mit herzlicher Freude geschehen. Männer der Tat brauchen wir draussen, die uns Beamten zeigen, dass wir nicht umsonst jahraus jahrein arbeiten, um privater Erwerbstätigkeit die Wege zu ebenen.

Missionsinspektor D. **A. Merensky,** Berlin, der im Jahre 1891/92 eine Missionsexpedition in das deutsche Gebiet am Nyassa führte und dort die ersten Berliner Missionsstationen gründete, sprach zunächst seine Zustimmung zu dem gehörten Vortrag aus, den er dann durch einzelne Mitteilungen ergänzte. Er meinte, dass die Schwäche und Kleinheit des zierlichen Konde-Rindes sich vielleicht darauf zurückführen lasse, dass von Indien das kleine Zebu-Rind hier eingeführt worden sei, und machte darauf aufmerksam, dass sich noch mehrfache merkwürdige Anzeichen von indischen Einflüssen auf das ostafrikanische Völkerleben nachweisen liessen. In Bezug auf das Erheben und Eintreiben von Steuern wies er darauf hin, dass es den Engländern, z. B. in der Natalkolonie, scheinbar viel leichter gelinge, Steuern von den Eingeborenen zu erhalten. Weiter teilte er mit, dass ein Berliner Missionar wilde Kaffeebäume am Kiëjo-Berge im Kondelande gefunden habe, dass aber hier, wo die jährliche Regenmenge bis über 2 *m* betrage, auch wohl für den Anbau von feinerem Tabak die besten Bedingungen vorhanden seien. Die Mitteilungen über die Missionsarbeit ergänzte D. Merensky durch die Bemerkung, dass bei den Konde der Boden für Aufnahme des Christentums durchaus günstig sei. Handwerke lernten die Eingeborenen nicht auf den Missionsstationen, wohl aber lernten sie dort viele Handgriffe europäischer Arbeit, da beim Aufbau einer Station oft 100 Eingeborene oder mehr mit Ziegelstreichen und Ziegelbrennen, sowie mit Holzarbeiten und anderen Arbeiten beschäftigt wären. Er schloss mit dem Wunsche, dass das gute Verhältnis, in welchem am Nyassa das Bezirksamt zu den Missionen stehe, auch in Zukunft fortdauern möge.

Stabsarzt a. D. Dr. **F. Uhl,** Berlin: Dass die Rinder tatsächlich degeneriert sind, dafür spricht die häufige Sterilität der Kühe und die Lockerung der Hörner an der Wurzel.

Kammerherr Graf **Joachim von Pfeil,** Friedersdorf in Schlesien: Ich habe mit grosser Genugtuung aus den Ausführungen des Herrn Vortragenden vernommen, dass man heute eine sorgfältige Steuerpolitik als die nicht allein beste Methode, sondern als den einzig gangbaren Weg betrachtet, auf dem man sich dem Ziele der Erziehung des Negers zur Arbeit und damit der wirtschaftlichen Ent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wickelung des Schutzgebietes nähern kann. Ich betone das Wort Genugtuung, denn ich habe auf dem Kolonialkongress im September des Jahres 1886 schon auf die Steuerpolitik im allgemeinen, die Hüttensteuer im besonderen hingewiesen mit dem merkwürdigen Resultat, dass ich deswegen heftig befehdet wurde, weil man die Einführung dieser Steuer und die, durch die Entrichtung entstehende Erregung der Gemüter als Grausamkeit zu charakterisieren versuchte. Wenn die Zeit meinen damaligen Ausführungen Recht gegeben hat, so gibt mir das Veranlassung, heute einen auch damals schon gemachten Vorschlag zu wiederholen. Er enthält zugleich die Antwort auf die Frage des Herrn Superintendenten Merensky, auf welche Weise die Steuern von den Eingeborenen ohne grosses Beamtenmaterial eingetrieben werden sollen. Mein Vorschlag bringt durchaus nichts Neues, sondern beschreibt einfach das in Natal früher bestehende System. Man nennt es dort das System der Reserven. Grosse Ländergebiete werden ausschliesslich für die Eingeborenen zur Bewohnung reserviert, und um sie möglichst zu füllen, werden solche Dörfer, deren Einwohner sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, dahin verlegt. Die Arbeit des Umzuges wird als treffende Strafe empfunden. In den Reserven drängen sich naturgemäss die Einwohner ziemlich dicht zusammen, was deren Kontrolle wesentlich erleichtert. In bestimmten Terminen haben sie vor einem mit der Beaufsichtigung betrauten Beamten zu erscheinen und den Betrag ihrer Hüttensteuer zu entrichten. Diese macht einen für die Staatshaushaltung der Kolonien sehr wesentlich ins Gewicht fallenden Betrag aus, ein Umstand, der die Wichtigkeit und Nützlichkeit dieser Reserven in ein helles Licht stellt. Bei diesem System ist es nicht erforderlich, die Steuer in barem Gelde zu erheben; das wird gewöhnlich da geschehen, wo die Lokation an Distrikte grenzt, welche den Einwohnern den Verkauf ihrer Produkte ermöglicht. In anderen entfernteren Teilen der Reserven legt man den Eingeborenen die Pflicht zur Gestellung einer bestimmten Zahl von Arbeitern auf, die entweder bei öffentlichen Arbeiten Verwendung finden oder gegen Lohn bei Ansiedlern untergebracht werden. In beiden Fällen gilt die geleistete Arbeit als Entrichtung des Steuerbetrages, den der Farmer natürlich für den Arbeiter in bar entrichtet. Auf diese Weise wird ohne grossen Aufwand von Beamten ein sehr hoher Steuerwert eingezogen, und wie ich es erlebt habe, dass die seinerzeit so befehdete Hüttensteuer heute von der Kolonialverwaltung als der gangbarste Weg zur Erziehung des Arbeiters bezeichnet wird, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass auch das System der Reserven noch als ein ebenso brauchbares Mittel zur Negererziehung und damit zur Entwickelung der Kolonien erkannt werde.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kommerzienrat **Lucas,** Berlin, spricht sich dahin aus, dass die Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika in der Weise zu erheben sei, dass entweder der Neger eine entsprechende Arbeitsleistung zu verrichten hat, oder dass er das Recht hat, Vieh oder Getreide zu generell festgesetzten, angemessenen Preisen abzuliefern.

Bezirksamtmann **Zache:** Ohne Beamten können Steuern nur dort eingetrieben werden, wo eine grosse energisch regierte Häuptlingsschaft besteht (Zulus, Uhehe). Wo wir einflusslose Dorfjumben haben, kann diesen die Steuererhebung nicht überlassen werden.

In dem Verkauf einer Ziege jährlich kann ich einen Ruin des Schwarzen nicht erblicken. Soviel muss ihm seine Viehzucht abwerfen oder sie ist unrentabel. Aber diese Art der Steuerleistung bleibt immer letzter Notbehelf, weil sie dem Hauptzweck der Steuer — Erziehung zur Arbeit — nicht gerecht wird.

---

## Beiträge zur Bekämpfung der Wanderheuschrecke.

Von Marinestabsarzt Dr. **Sander**, Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Wer sich mit unseren Kolonien etwas eingehender beschäftigt hat, der weiss, dass die Wanderheuschrecken im dortigen Wirtschaftsleben schon eine recht grosse Rolle gespielt und die Entwickelung namentlich Ost- und Südwestafrikas vielfach erheblich aufgehalten haben. Ich habe ihre Bedeutung aus eigener Anschauung, sowohl an den von mir selbst eingerichteten Farmen als auch an den Betrieben anderer erfahren und mich deshalb nach meiner Rückkehr bemüht, alles zu sammeln, was über diese Unholde bekannt ist, und mit meinen eigenen Beobachtungen und Erfahrungen zusammenfassend zu verarbeiten. Dabei ist mir klar geworden, dass wir zu der Zeit, als ich in der Kolonie war, Grundfragen in den Lebensgewohnheiten dieser Schädlinge nicht erkannt haben, diese auch hier in der Heimat nicht bekannt sind und die gerade den Angriffspunkt bieten, von dem aus den Heuschrecken in unseren Kolonien beizukommen ist. Desgleichen ist mir klar geworden, dass allein schon die allgemeinen Verhältnisse in unseren Kolonien recht häufig eine Beurteilung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Methoden der Abwehr bedingen, die von der hier, in gemässigten Breiten gewonnenen, recht verschieden ist. Ich will jetzt versuchen, in kurz gedrängter Zusammenfassung Ihnen darzustellen, was ich ausführlich in meinem eben erschienenen Buche geschildert habe.

Die wichtigste Abweichung in der Lebensweise, aus der sich eigentlich alles andere ergibt, ist die: die Wanderheuschrecken unserer Kolonien überwintern als fertiges Insekt, nicht wie die unserer gemässigten Zonen, als Ei. Ein Blick auf die meinem Buche beigefügten Übersichtskarten 3—6 wird Ihnen besser, als lange Auseinandersetzungen es vermögen, zeigen, dass bestimmte Gegenden der Kapkolonie in allen Monaten des Jahres, auch den Wintermonaten der südlichen Erdhälfte, also Juni, Juli, August, von Heuschrecken heimgesucht sind, dass also meine eben aufgestellte Behauptung zutrifft.

Aus dieser Eigentümlichkeit der Lebensweise unserer afrikanischen Heuschrecken ergibt sich zunächst die, dass sie nicht wie bei uns im Herbst kommen, um ihre Eier abzulegen, sondern im Frühjahr, mit dem Beginn der Regenzeit. Wie das im einzelnen zusammenhängt, kann ich aus Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit nicht eingehender ausführen. Daraus, dass die Mutterheuschrecken ihre Eier im Frühjahr ablegen, ergibt sich als wichtigste Abweichung von dem gewohnten Bilde die, dass sich die Eier in wenigen Wochen (3—4) bis zum Ausschlüpfen entwickeln, statt wie in unseren Breiten 6—8 Monate im Boden zu liegen.

Damit ist von vornherein die Zeit für alle Massnahmen ausserordentlich beschränkt, die auf Vernichtung der Eier ausgehen.

Noch erheblicher wird die Möglichkeit, dass die Heuschrecken schon als Ei zerstört werden, dadurch vermindert, dass in den Kolonien das Ausschlüpfen der Jungen sich über eine lange Zeit hinzieht; denn sowohl die zwischen den einzelnen Eiablagen der Mutterheuschrecken liegenden Pausen kommen deutlich zum Ausdruck, als auch die Pausen in dem Eintreffen der einzelnen Mutterschwärme. Die Eier werden nämlich, wie auch bei uns, nicht auf einmal, sondern über eine längere Reihe von Wochen, selbst Monaten, hin abgesetzt. Da aber in den gemässigten Zonen die Entwickelung der Eier bereits im Herbst beginnt und durch den Winter so unterbrochen wird, dass sie alle in nahezu gleichem Ruhezustande in den Frühling kommen, so verwischt sich hier für das Ausschlüpfen der Unterschied in der Zeit, in der sie abgelegt werden. In den Kolonien kommt im normalen Verlauf eine solche Unterbrechung nicht vor, der Zeitunterschied zwischen den einzelnen Eiablagen kommt also voll zum Ausdruck.

Alle Wanderheuschrecken, die als geflügeltes Insekt den Winter verbringen, tun dies in einer fern von ihrem Erbrütungsort gelegenen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gegend: diejenigen Südamerikas überfliegen bis zu 10 Breitengrade, um in ihre Winterherbergen zu kommen, diejenigen Algiers (wenigstens die grosse Art) überwintern „im fernen Süden" und brauchen mehr als zwei Monate, um dorthin und von dort wieder zurück zu gelangen.

Die subtropischen Heuschreckenschwärme verhalten sich also insofern verschieden von den in gemässigten Klimaten auftretenden, dass sie nicht unbedingt Mutterschwärme sind, nach deren Auftreten man stets Eier im Boden und in früherer oder späterer Zeit Junge erwarten kann. Von den Herbstschwärmen der Subtropen ist solches nach allen bisherigen Beobachtungen ausgeschlossen, sie sind nach zuverlässigen Untersuchungen überhaupt noch nicht geschlechtsreif.

Während also in den gemässigten Breiten die Bekämpfung der Flüge von geringerem Wert ist, weil das Unheil, die Eiablage, wenigstens teilweise schon geschehen ist, hat man in den Subtropen ein Mittel, durch Bekämpfung dieser unreifen Schwärme die Zahl der Elterntiere ganz wesentlich zu verringern.

Dass diese Schwärme so grosse Strecken abfliegen und so lange Monate leben, ehe sie geschlechtsreif werden, fordert sogar dringend dazu auf, diese Zeit — die längste ihres Lebens und zugleich die, wo sie verhältnismässig am wenigsten Schaden anrichten — zu ihrer Vernichtung zu benutzen.

Das wäre um so leichter, als diese Winterherbergen, die Wege nach ihnen und von ihnen alle Jahre annähernd dieselben sind und von den Monsunwinden bestimmt werden. Wenigstens ist das bei den daraufhin wirklich untersuchten Wanderheuschrecken der Fall. Bei denen unserer Kolonien weist alles darauf hin, dass sie sich ebenso verhalten. Aber noch können wir für sie die Einzelheiten nicht festlegen. Und doch muss man diese für eine geordnete Bekämpfung kennen. Es bleibt also nichts übrig, als die Lebensgewohnheiten der Wanderheuschrecken in unseren Kolonien daraufhin erst einmal eingehend zu studieren.

Diese lange Lebensdauer scheint es auch zu bedingen, dass der Feinde und Parasiten und Seuchen bei den subtropischen Wanderheuschrecken erheblich mehr sind und dass ihre Tätigkeit für deren Beschränkung viel mehr ins Gewicht fällt, als in heimischen Breiten.

Auch in dieser Frage ist noch sehr vieles unklar, und eingehende Studien werden uns zweifellos noch eine Menge wichtiger Feinde kennen lehren. Vor allem aber werden sie uns lehren, wie wir am besten die natürlichen Feinde unterstützen sollen. Denn wissen wir das einmal, und wenden wir unsere Kenntnisse wirklich an, so werden uns diese unsere Freunde mit sehr geringen Kosten unsererseits einen sehr wesentlichen Teil der Arbeit abnehmen, wir werden einen guten Teil des Kampfes gegen die Heuschrecken auf sie abwälzen können.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nun sind aber Klima und Bodengestaltung, Bewachsung und Tierwelt, Dichte und Kultur der Bevölkerung, Verkehrsverhältnisse, rechtliche Anschauung und Verwaltungsform in unseren Kolonien so verschieden von den heimischen, europäischen und nordamerikanischen, dass wir Erfahrungen und Veröffentlichungen von dorther nur sehr bedingt für unsere Kolonien verwenden können. Deshalb schlägt so manche Massregel, die sich in den genannten Erdteilen bewährt hatte, in unseren Kolonien gänzlich fehl. Es sind also auch in dieser Hinsicht eingehende Studien — wissenschaftlicher und praktischer Art — notwendig, um zu einem klaren Einblick zu gelangen, wie wir am besten den Heuschrecken beikommen können.

Der gelegentlichen Beobachtung können wir diese Studien nicht überlassen. Denn abgesehen davon, dass die Leute, die wirklich beobachten können, nicht allzu reichlich vertreten sind, müssen solche Studien auch nach geordnetem Plan vorgenommen und das gesammelte Material geordnet und gesichtet werden. Um das aber wirklich nutzbringend ausführen zu können, dazu gehört völlige Vertrautheit mit der vorliegenden Frage. Es wird daher schon nichts anderes übrig bleiben, als erprobten Männern der Wissenschaft diese Untersuchungen anzuvertrauen, trotz des Widerspruchs von Leuten, die gewohnt sind, einen Menschen schon deshalb für unpraktisch zu halten, bloss weil er studiert hat, und einen anderen für praktisch, bloss weil er nicht studiert hat. Freilich, ein Stubengelehrter dürfte der ihm hier erstehenden Aufgabe nicht gewachsen sein. Aber wir verfügen ja auch über Leute, die sich durch ihre Wissenschaft den Blick fürs praktische Leben nicht haben trüben lassen, die vielmehr, weil ihnen die wissenschaftliche Bildung gestattet, ihr Untersuchungsobjekt von allen Seiten zu sehen, statt nur von der einen, von der aus der reine Praktiker seine Kenntnis gewonnen hat, diesem gerade überlegen sind. Denn ihnen wird der ursächliche Zusammenhang ungewöhnlicher Abweichungen leichter verständlich. Welch vorzügliche Ergebnisse eine solche Tätigkeit des praktischen Mannes der Wissenschaft zeitigt, das beweisen gerade in der Heuschreckenfrage Männer wie die Nordamerikaner Riley, Packard und Lawrence Bruner.

Es wird aber, besonders bei der ungeheuren Ausdehnung unserer Schutzgebiete und deren mangelhaften Verkehrsverhältnissen, nicht möglich sein, einem einzelnen diese Aufgabe des Studiums der Heuschrecken anzuvertrauen. In der schlimmsten Zeit, wenn die Mutterschwärme herankommen, die Jungen ausschlüpfen und deren Heere das Land überziehen, wird es wesentlich sein, in verschiedenen Gegenden einen geübten Beobachter zu haben, der zugleich im stande ist, die bisherigen Erfahrungen neuen Verhältnissen anzupassen und aus den neuen Beobachtungen sichere Schlüsse zu ziehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auch spielt für unsere Kolonien noch ein anderer gewichtiger Grund mit. Ein jeder, der in wissenschaftlicher oder auch höherer praktischer Arbeit steht, weiss, wie förderlich seiner eigenen Tätigkeit das Zusammenarbeiten mit Gleichstrebenden, das Besprechen der Ergebnisse mit anderen, dem gleichen Ziele Zustrebenden ist. In unseren Kolonien ist die Möglichkeit hierfür fast ausgeschlossen, wird nicht von vornherein eine Kommission entsandt.

Wollte man mit Rücksicht auf die Mehrkosten davon absehen, eine Kommission zu entsenden, und nur einen einzelnen hinausschicken, so dürfte es wohl zweifellos sein, dass die dreijährige Arbeit dieses einzelnen die Frage nicht so fördern dürfte, als die einjährige Tätigkeit dreier Männer, dass also bei Einsetzung einer Kommission Zeit und Geld gespart wird.

Da die Heuschrecken unserer Kolonien, wenigstens soweit ich bisher feststellen konnte, wohl durchweg ihr Winterquartier ausserhalb der Schutzgebiete haben und da wir mit allen Nachbarstaaten bezüglich der Heuschrecken in dauerndem Austausch stehen, so wird eine Bekämpfung dieser Schädlinge nur in der gerade betroffenen Kolonie bloss halbe Arbeit darstellen, bloss halben Erfolg verbürgen. Zu einem vollen Erfolge wird vielmehr ein Hand in Hand arbeiten mit den Nachbarstaaten erforderlich sein. Das wird um so nutzbringender für uns sein, als in einzelnen dieser Nachbargebiete, der Kapkolonie z. B., die Heuschreckenfrage schon viel besser studiert ist. Eine Vereinbarung gerade mit den englischen Gebieten, die für Südwestafrika, und den portugiesischen, die für Ostafrika in Frage kommen, wird um so weniger Schwierigkeiten begegnen, als zwischen unserem Gouvernement in Südwestafrika und der Kapregierung solches Zusammenarbeiten vor dem Burenkriege bereits angeregt war, die portugiesischen Besitzungen in Südostafrika ebenso stark als wir an der Frage interessiert sind und für alle Staaten bei gemeinsamem Vorgehen die Auslagen geringer, die Aussicht auf Erfolg grösser wird. Der eben beendete Krieg wird in dieser Beziehung ein weiterer Ansporn sein, da er nach den mir gewordenen Nachrichten die Heuschrecken wieder zu grossen Mengen hat heranwachsen lassen.

Dr. phil. **A. Schulte im Hofe,** Berlin: Auf meiner Reise in Palästina passierte ich in der Nähe von Jericho den sogenannten Heuschreckenberg, der wahrscheinlich von den Heuschrecken mit Vorliebe als Brutstätte benutzt wird und hiervon seinen Namen haben dürfte. Ein grosser Trupp Leute war gerade damit beschäftigt, durch Umkreisen des Berges die jungen Heuschrecken zusammenzutreiben, und schliesslich durch Übergiessen mit Petroleum und Anzünden desselben den ganzen Schwarm zu vernichten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wie mir gesagt wurde, werden die Bewohner gezwungen, sich an diesen Heuschreckenjagden zu beteiligen; es dürfte ein solcher Zwang auch in unseren Kolonien angebracht sein.

Marinestabsarzt Dr. **Sander,** Berlin: Es hat sich offenbar in diesem Falle um die ungeflügelte Jugendform und eine Brutstelle, nicht eine Winterherberge gehandelt. Gegen die Jungen muss man natürlich in den Tropen und Subtropen auch vorgehen. Ich habe aber das hier nicht erwähnt, weil die hierbei anzuwendenden Verfahren nicht wesentlich von den bei uns gebräuchlichen abweichen; ich wollte heute nur hervorheben, in welcher Beziehung der Kampf gegen die Heuschrecken unserer Kolonien von dem gegen unsere heimischen abweicht. Und da ist der Hauptunterschied eben der, dass die Wanderheuschrecke der Subtropen als ausgebildetes Insekt viel länger lebt als bei uns, d. h. viele Monate, bei uns nur einige Wochen. Bei uns gehen ferner die Schwärme der fliegenden sehr bald zur Eiablage über, in den Subtropen sind die nach den Winterherbergen hin abziehenden und in den Winterherbergen sich aufhaltenden Schwärme noch nicht geschlechtsreif, können also noch keine Eier ablegen. Damit gewinnt man dort Zeit, mit Aussicht auf Erfolg eine Menge der zukünftigen Elterntiere zu vernichten. Bei uns aber kommen die Schwärme, lassen sich nieder, legen Eier ab und sind in wenigen Stunden wieder entschwunden. Hier ist also die Zeit zu einer wirksamen Bekämpfung der Fliegenden zu kurz.

Dr. **Passarge,** Steglitz, bittet um Auskunft über den Heuschreckenpilz.

Marinestabsarzt Dr. **Sander**: Der Heuschreckenpilz ist ganz verschieden beurteilt worden, und seine Anwendung hat recht wechselnden Erfolg gehabt. Zum Teil liegt das wohl daran, dass das Institut in Grahamstown nicht immer zuverlässige Kulturen liefert. Wenigstens sind unseren Kolonien mehrfach solche zugegangen, in denen der Heuschreckenpilz von irgend einem Schimmelpilz überwuchert und abgetötet war. Damit kann man natürlich keinen Erfolg erzielen. Ferner aber kommt es sehr auf das Wetter an: bei trockenem Wetter wirkt er sehr schlecht, bedeutend verspätet oder gar nicht. Doch lässt sich gerade in diesem Falle durch Beachtung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und Übung häufig noch ein Erfolg erreichen, wo der Ungeübte keinerlei Resultate erzielt. Das beweist die Erfahrung aus Südafrika: Während anfänglich fast nur Misserfolge berichtet wurden, haben die späterhin entsandten special locust agents fast durchweg gute Erfolge erzielt, und ebenso waren die Erfolge der Eingeborenen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von vornherein besser, offenbar weil diese die Impfung als eine Art Zauberei betrachteten und sich sorgfältiger an die Vorschriften hielten als die Weissen.

Einen Fehler aber wird die Impfung immer behalten: Der Erfolg tritt stets erst nach 2—10 Tagen ein. Handelt es sich also um Heuschreckenflüge, so wird der Impfende kaum je in der Lage sein, die Wirkung selbst zu beobachten. Die Neigung, den Pilz in solchem Falle zu verwenden, wird also gering sein. Und doch ist gerade für unsere Kolonien die Vernichtung der Schwärme notwendig. Da muss der Staat eingreifen und Impfzwang und entsprechende Entschädigung einführen.

Graf **Joachim von Pfeil,** Friedersdorf in Schl., fragt um Auskunft wegen der Winterherde. Ist es denkbar, dass, wie es in Marokko scheint, solche in den Dünen liegen?

Marinestabsarzt Dr. **Sander** bejaht das für Südafrika; die Heuschrecken suchen im Winter dichten Busch auf, der, für die sekundären Winterherbergen wenigstens, in der Nähe der Küste liegt, z. B. der „seabush“ in Peddie.

## Die Rentabilitätsaussichten der Kameruner Kulturen.

Von Dr. **Paul Preuss,** Direktor des Botanischen Gartens in Viktoria-Kamerun, zur Zeit in Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Seit 16 Jahren treiben wir in Kamerun Plantagenwirtschaft, und seit 13 Jahren ist ausserdem die Regierung bemüht, durch den Anbau der verschiedensten Nutzpflanzen in dem Versuchsgarten von Viktoria Aufschlüsse über den Wert der Kolonie für die tropische Landwirtschaft zu geben. Lassen Sie mich nun heute die Erfahrungen, welche man in dieser ganzen Zeit über die Rentabilitätsaussichten der kultivierten Gewächse gewonnen hat, zusammenfassen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, Ihnen an der Hand von Zahlen Rentabilitätsberechnungen über grosskulturelle Pflanzungsbetriebe in Kamerun zu geben, schon allein aus dem Grunde nicht, weil in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einem Lande wie Westafrika, welches sprichwörtlich als das Land der Überraschungen und Enttäuschungen bekannt ist, alle Rentabilitätsberechnungen fehlerhaft sind und sich noch stets als unzutreffend erwiesen haben. Vielmehr sollen zunächst speziell die Kameruner landwirtschaftlichen Verhältnisse von den Gesichtspunkten aus betrachtet werden, welche für die Rentabilität von Pflanzungen im allgemeinen massgebend sind, d. h. Klima-, Boden- und Arbeiterverhältnisse, Pflanzenkrankheiten, Güte der Produkte u. s. w. Im Anschlusse daran will ich eine Übersicht derjenigen Nutzpflanzen geben, mit deren Anbau man bereits gute oder schlechte Erfahrungen gemacht hat, sowie derjenigen, welche zwar noch nicht in Grosskultur genommen sind, die aber dem Europäer oder dem Eingeborenen mehr oder weniger sichere Aussichten auf erfolgreichen Anbau bieten. Die Unsicherheit der Pflanzungsbetriebe ist in Kamerun für den Europäer gross und selbst für den Eingeborenen nicht gering. Man kann wohl mit ziemlicher Bestimmtheit vorher sagen, wann eine Pflanze tragbar werden wird, wie hoch sich der Durchschnittsertrag nach einer bestimmten Zeit belaufen wird, wie viel Geld man für das Roden, das Bepflanzen und Instandhalten eines Hektars, sowie für Bauten und Maschinen ausgeben wird. Aber es ist ganz unmöglich, auch nur annähernd alle die Eventualitäten zu veranschlagen, auf deren Eintreten man erfahrungsmässig mit Sicherheit rechnen muss. Schwarzwasserfieber, Dysenterie, Tropenkoller, Arbeitermangel, Pflanzenkrankheiten und ähnliche Momente mehr machen oft die schönsten Berechnungen zu Schanden.

Der Eingeborene steht insofern weit günstiger da als der Europäer, als er weniger Krankheiten unterworfen ist und weit billiger arbeitet. Das Kapital, welches er in die Pflanzung hineinsteckt, liegt in der Hauptsache in seiner Arbeitskraft, und den Ertrag der Ernte braucht er weder mit Direktoren noch mit Aktionären oder Aufsichtsräten zu teilen. Seine Arbeiter mietet er nur zeitweise, wenn er es überhaupt tut, und er bekommt sie zu einem geringeren Lohnsatze als der Europäer. Wie günstig die Rentabilitätsaussichten z. B. bei Anlage einer Kakaofarm für den Eingeborenen sein müssen, beweist das energische Streben der sämtlichen Bewohner von Viktoria, Kakaopflanzungen wie die Europäer anzulegen. Tatsächlich besitzt jeder Einwohner von Viktoria eine Kakaopflanzung, und einzelne von letzteren umfassen 10 und mehr Hektare und sind so schön gehalten und gut angelegt, wie die der Europäer.

Die guten Aussichten für das Gedeihen der Kulturen beruhen in der Hauptsache in den klimatischen und Bodenverhältnissen, die schlechten in den Pflanzenkrankheiten und teilweise in der Unsicherheit der Arbeiterverhältnisse. Wie ausserordentlich günstig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das dem Europäer so verderbliche, feuchtwarme, oft an Treibhausluft erinnernde Klima von Kamerun und die hervorragende Fruchtbarkeit besonders des vulkanischen Bodens am Kamerungebirge das Gedeihen der dortigen Kulturpflanzen beeinflussen, ist schon oft hervorgehoben worden. Die beiden Grundbedingungen für die Rentabilität von Pflanzungen sind dort gegeben. In dem südlichen Schutzgebiete liegen die klimatischen Verhältnisse gleichfalls sehr günstig, dagegen ist der Boden, wie übrigens auch in einem Teile des nördlichen Gebietes, weniger gut, weil Basalt fehlt und Laterit vorherrscht. Immerhin gibt es auch hier ausgedehnte Gebiete, die für Plantagenbau und Eingeborenenkulturen sehr wohl in Betracht kommen. Man muss nur die betreffenden Stellen sorgfältig aussuchen und auch die passenden Kulturpflanzen richtig wählen. Darauf kommt es in dem südlichen Schutzgebiete ganz besonders an. Nicht alle Kulturpflanzen ergeben auf vulkanischem Boden ein besseres Produkt als auf Laterit. Die Arbeiterverhältnisse liegen im Süden weit günstiger als am Kamerungebirge. Arbeiter sind reichlicher und billiger zu haben, und dieser Vorteil fällt gegenüber der besseren Bodenbeschaffenheit in dem nördlichen Schutzgebiete schwer in die Wagschale. Die Art und Weise, in welcher man bisher die Arbeiternot in den grossen Pflanzungen Kameruns beseitigt hat, kann nur als ein momentaner Behelf angesehen werden. Der Lösung der Arbeiterfrage wird man nur ernstlich näher treten, erstens: Durch Sesshaftmachen der aus dem Inneren aus gut bevölkerten Gegenden herbeizuholenden Arbeiter mit ihren Frauen und Familien in den Plantagengebieten (d. h. durch Lösung der Weiberfrage), wobei eine menschliche und stets gerechte, wenn auch strenge Behandlung Voraussetzung ist, und zweitens: Durch einen gelinden Antrieb zur Arbeit in Gestalt der Einführung von Steuern. Dass die Regierung ebenso wie bisher jeder ordentliche Dorfhäuptling bei Sachen, die dem öffentlichen Wohle dienen, auch Arbeitszwang einführen kann, unterliegt wohl keinem Zweifel. Lässt man die genannten Prinzipien ausser acht, so wird die Arbeiterfrage immer schwieriger werden. Höhere Löhne werden die Leute vielleicht zu längerem Bleiben auf den Pflanzungen bewegen, vielleicht aber auch nur ihnen eine frühere Heimkehr zu ihren Frauen ermöglichen. Das südliche Schutzgebiet wird als Bezugsquelle für Arbeitskräfte für die Pflanzungen im Norden sehr bald gänzlich in Fortfall kommen, wenn die dort entstehenden Plantagen eine grössere Ausdehnung angenommen haben werden, und wenn man, was von vielen Seiten angestrebt wird, Eingeborenenkulturen in grossem Stil eingeführt haben wird.

Ausserdem besteht unter den dortigen Kaufleuten schon jetzt grosse Unzufriedenheit über das Fortführen von Arbeitern, und sie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erheben Protest dagegen, weil ihre eigenen Interessen darunter leiden. Schliesslich ist der Bau einer grossen Eisenbahn, der viele Hände benötigen wird, demnächst zu erwarten, und der Bau einer kleinen Gebirgsbahn bereits im Gange.

In welcher Weise und ob überhaupt und wann die Arbeiterfrage gelöst werden wird, ist nicht abzusehen. Unter den gegebenen Verhältnissen neue Pflanzungen anzulegen in Gebieten, die nicht selbst Arbeitskräfte in genügender Menge stellen können, das sollte man sich jedenfalls sehr reiflich überlegen. Hoffentlich wird in wenigen Jahren die projektierte Eisenbahn die Gründung von Plantagen in den gut bevölkerten Distrikten des Innern ermöglichen.

Etwas günstiger als mit den Arbeitern steht es zur Zeit mit dem Personal an europäischen Pflanzungsleitern und Aufsehern. Allmählich hat sich ein kleiner Stamm von Pflanzern herausgebildet, die ihre Arbeit kennen. Leider ist man aber in Europa selbst noch nicht darüber hinaus, Leute, die eine Anzahl von Jahren in irgend einer Stellung an der Westküste Afrikas gelebt haben, ohne weiteres mit der Leitung eines Pflanzungsunternehmens zu betrauen. Nun sind zwar die erfolgreichsten Pflanzer, die ich kennen gelernt habe, sehr oft nicht Pflanzer von Beruf, sondern gelernte Techniker, Gärtner, Kaufleute etc. gewesen. Aber die Einrichtung eines neuen Pflanzungsunternehmens in dem grossen Massstabe, welcher allein eine schnelle Rentabilität ermöglicht, kann nur jemand bewerkstelligen, dem bereits praktische Erfahrungen in allen Zweigen des Betriebes zur Seite stehen. Andernfalls wird die Rentabilität mindestens um Jahre hinausgeschoben.

Aber selbst bei bestmöglicher Lage aller besprochenen Bedingungen gibt es ein Moment, das besonders in neuerer Zeit anfängt, die Rentabilitätsaussichten der Pflanzungen zu verschlechtern. Das sind die Schädlinge und Pflanzenkrankheiten. Geradezu erstaunlich ist es, wie schnell die in Afrika heimischen Insekten, Pilze und andere Schädlinge sich mit den aus fremden Tropenländern eingeführten Nutzpflanzen befreunden. In beängstigender Weise mehren sich nicht nur die Individuen sondern auch die Arten. Einige Kulturen haben wegen der Schädlinge vorläufig eingestellt werden müssen. Jeder Pflanzer muss sich unbedingt darüber klar sein, dass eine seiner Hauptaufgaben, und zwar vom ersten Anfange an, ein steter Kampf gegen die Schädlinge sein muss. Unterlassungssünden hierin stellen später alle Erfolge in Frage.

Bevor ich zu der Besprechung der einzelnen Kulturpflanzen übergehe, sei es mir gestattet, noch einen Blick auf die Kulturen der Eingeborenen zu werfen. „Hebung der Eingeborenenkulturen“ ist heute so zu sagen ein Schlagwort in kolonialen Kreisen. Die er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

staunlichen Erfolge, welche die Franzosen in Senegambien und die Engländer an der Goldküste mit den Eingeborenenkulturen erzielt haben, Aufsehen erregten. Die Eingeborenen in Senegambien, also freie Neger, haben es zu einer Produktion von 123 000 *t.* Erdnüssen im Werte von 16 $^3/_4$ Millionen Mark gebracht, und die Neger der Goldküste produzieren ebensoviel oder mehr Kakao wie die ganzen Plantagen in Kamerun zusammen genommen. In Kamerun gibt es solche Kulturen, und zwar von Kakao, in nennenswerter Ausdehnung nur bei Viktoria und sehr vereinzelt in dem südlichen Schutzgebiete. Die intelligenten, aus Sierra Leone über Fernando Poo eingewanderten Viktorianer machten schon vor mehreren Jahren den Anfang, und die eingeborenen Bakwili folgten allmählich nach. Diese Kulturen dürften denjenigen an der Goldküste an Güte mindestens ebenbürtig sein, wenngleich sie vorläufig einen wesentlich kleineren Raum einnehmen und im Jahre 1901 nur 1300 Ctr. Kakao lieferten.

Die Kaufleute Kameruns wünschen dringend eine Hebung der Eingeborenenkulturen, denn eine Steigerung der Produktion schafft neue Werte und kommt dem langsam niedergehenden Handel zu gute. Die Besitzer der grossen Plantagen aber stehen der Sache entweder gleichgültig oder ablehnend gegenüber, denn sie sehen die Rentabilität ihrer Plantagen dadurch beeinträchtigt. Sie fürchten, dass die Eingeborenen dann noch weniger als bisher sich als Arbeiter bei ihnen verdingen werden, und dass ferner grosse Quantitäten minderwertigen Kakaos produziert werden könnten zum Schaden des guten Rufes und des Preises des Kamerunkakaos. Die Befürchtungen sind allerdings gerechtfertigt, aber immerhin darf man sich nicht auf den Standpunkt stellen, dass nun deshalb die Kakaoproduktion bei den Eingeborenen eingeschränkt werden müsse, denn es ist zweifellos für das Schutzgebiet besser, wenn einige tausend Zentner eines wenn auch etwas minderwertigen Kakaos produziert werden, als wenn gar nichts produziert wird. Die Ausfuhr zu schlechter Ware kann ja jederzeit gesetzlich verhindert werden.

Ausserdem erzielt der sogenannte Viktoriakakao, d. h. der von Eingeborenen produzierte Kakao, besonders bei steigender Tendenz der Preise an der Börse oftmals einen nur wenig niedrigeren Preis als der von den Plantagen erzeugte sogenannte Kamerunkakao. Wenn dagegen einmal ein Preissturz eintritt, so macht er sich zunächst bei der geringeren Ware geltend, während guter Kakao weit länger seinen guten Preis behält. Die Schokoladenfabrikanten freilich halten, und zwar von ihrem Standpunkte aus mit vollstem Rechte, jede Produktion eines minderwertigen Kakaos für einen grossen Fehler.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die grossen Plantagen der Europäer bieten vor den Eingeborenenkulturen dem Schutzgebiet manche Vorteile. Sie erzielen eine höhere Bodenrente, nutzen die Arbeitskräfte besser aus und liefern bessere Produkte. Deshalb dürfen sie auch der Eingeborenenkulturen wegen nicht geschädigt werden, und es ist ja genügend Raum für beide vorhanden. Ausserdem sind die Plantagen schon da, die Eingeborenenkulturen aber sollen erst durch Anlage von Versuchsgärten, Verteilung von Saatgut, Wanderlehrer u. s. w. geschaffen werden, und der Erfolg hierauf abzielender Versuche ist bei den Kamerunnegern weit unsicherer als bei den intelligenten Senegalesen und Goldküstennegern. Letztere stehen mit den Viktorianern auf einer Stufe, und diese kann man nicht als Kamerunneger ansehen.

Um die Eingeborenenkulturen möglichst ertragreich zu machen und gleichzeitig gute Produkte zu erzielen, müsste man solche Kulturpflanzen einführen, deren Erzeugnisse der Eingeborene in gleicher oder nahezu gleicher Güte herstellen kann wie der Europäer, also Gewürznelken, Muskatnuss, Erdnüsse, Ölpalmen, Kolanuss, Pfeffer, erst in zweiter Linie Kautschuk und Kakao, oder es müsste Arbeitsteilung eintreten, so dass der Eingeborene die Lieferung des Rohproduktes übernimmt und der Europäer die Präparation der Ernte für den Export. Als Beispiel diene die Behandlung der Vanille in Mexiko, der Muskatnuss in Grenada, der Baumwolle in vielen Ländern. Der Anbau der billigeren Produkte wird aber nur in der Nähe guter Verkehrswege lohnen, nur die wertvolleren Produkte wie Kautschuk werden einen weiten Landtransport vertragen. Aussichten auf eine erhebliche Hebung der Eingeborenenkulturen eröffnet allein die Eisenbahn.

Ich komme nun zur Besprechung der einzelnen Kulturpflanzen mit Bezug auf ihre Rentabilitätsaussichten.

Im Vordergrunde steht der Kakao. Sämtliche Pflanzungen in Kamerun sind Kakaopflanzungen. Andere nennenswerte Grosskulturen gibt es nicht. Es liegt hierin eine gewisse Gefahr für das Schutzgebiet. Denn mit dem Kakao steht und fällt zurzeit die Landwirtschaft in Kamerun. Allerdings bietet der Kakao gute Rentabilitätsaussichten. Seine Kultur ist leicht. Saatgut zur Anlage grosser Pflanzungen ist jederzeit zu haben. Die Verarbeitung grosser Quantitäten bereitet den Pflanzern keine Sorge mehr, seitdem infolge der von dem Kololonial-Wirtschaftlichen Komitee in die Kakaoländer Amerikas ausgesandten Expedition geeignete Gärungs- und Trockenvorrichtungen eingeführt worden sind. Dass eine Kakaopflanzung in Kamerun rentabel werden kann, ist bewiesen worden, wenn auch erst ein einziges Mal. Die Rentabilität erfolgte zwar erst nach 12jährigem Bestehen, aber der Grund hierfür liegt im wesentlichen darin, dass

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

man anfangs zu langsam vorwärts ging und zu wenig pflanzte. Aber Vorsicht war geboten, da es kein gelernter Kakaopflanzer war, der diese Pflanzung anlegte. Heute geht man schon zielbewusster vor und pflanzt von Anfang an soviel wie irgend möglich. Es lässt sich mit mathematischer Sicherheit ausrechnen, dass man nur bei dieser Methode Aussicht hat, eine Pflanzung etwa im 7. Jahre zur Rentabilität zu bringen, aber niemals, wenn man klein anfängt. Es ist daher auch als sicher anzunehmen, dass die seit 1897 nach diesen Prinzipien angelegten Pflanzungen weit schneller Reinerträge liefern werden als die älteren, wenn nicht besondere Umstände hindernd dazwischentreten. Leider sind solche, wie schon erwähnt, vorhanden in Gestalt von teilweise epidemisch auftretenden Krankheiten. Die schlimmste derselben verursacht ein Pilz, Phytophtora omnivora, welcher die unreifen Früchte befällt und leicht den dritten oder vierten Teil der Ernte vernichtet. Schwere Regen begünstigen sein Auftreten. Gleichfalls gefährlich ist ein Wurzelpilz, welcher sehr ansteckend ist und allmählich die Bäume auf ganzen Hektaren zum Absterben bringen kann. Die Engerlingen ähnlichen Larven von einer besonders im Gebirge lebenden Camentaart fressen die Wurzeln junger Kakaobäume ab, die Larven eines anderen Bockkäfers, Tragocephala senatoria, sowie die Raupe einer Cossidenart, Zeuzera sp.? bohren in den Stämmen und Ästen und töten sie. Die Raupe eines der Nonne verwandten Schmetterlinges, Spilosoma sp.? nagt die Fruchtstiele während der Nacht durch, diejenige eines Mikrolepidopteren frisst die Wachstumsspitzen junger Pflänzchen ab, so dass diese verkrüppeln. Besonders grossen Schaden tun auch Rindenläuse, und den reifen Früchten in der Nähe des Erdbodens werden Stachelschweine leicht gefährlich.

Man sieht hieraus, welch eine grosse Anzahl von Feinden der Kakao hat, und einigen von ihnen steht man fast wehrlos gegenüber.

Für die Verbreitung der Krankheiten sind die Eingeborenenkulturen eine grosse Gefahr, denn der Eingeborene gibt sich selten die Mühe, sie energisch zu bekämpfen.

Noch ein anderer Umstand kann störend die Rentabilitätsaussichten der Kakaopflanzungen beeinflussen, das ist ein Sinken der Kakaopreise, welches wahrscheinlich eintreten wird, wenn in einigen Jahren die Ernten der jetzt bereits gepflanzten 2 Millionen Bäume auf 40 000 bis 50 000 Zentner steigen werden, und wenn die Qualität des Kamerunkakaos auch fernerhin seine Verarbeitung für sich allein, ohne Beimischung milderer Sorten ausschliessen sollte. Indessen kann der Kakao ein kleines Sinken der Preise noch vertragen. Immerhin wäre es als wünschenswert zu bezeichnen, dass mit der Anlage neuer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kakaopflanzungen noch so lange gewartet würde, bis es möglich wäre, sie aus besseren, in dem Versuchsgarten in Viktoria in Kultur befindlichen Varietäten, herzustellen. Das deutsche Kapital ist freilich ohnehin für Plantagen zurückhaltender geworden. Man will erst mehr Erfolge sehen.

Kaffee: Was die Kaffeekultur betrifft, so wird dieselbe durch die Zerstörungswut des Kaffeekäfers von Guinea, Monohammus sierricola, für arabischen Kaffee sowie Maragogipe und Blue Moutains unmöglich gemacht. Bei dem Liberiakaffee fällt die Haupternte während der schweren Regenmonate Juli, August und September meist einem Pilz zum Opfer, und die Ernte des übrigen Jahres reicht nicht aus, um eine Rentabilität zu ermöglichen. — Ob andere in den botanischen Garten von Viktoria eingeführte Arten sich als anbauwürdig erweisen werden, bleibt abzuwarten. Vorläufig muss man von der Kaffeekultur absehen.

Tabak: Mit dem Tabaksbau sind seit der Erwerbung des Schutzgebietes fortwährend Versuche gemacht worden, welche sämtlich mit einem Defizit geendet haben. Die mannigfachen Gründe zu erörtern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht es nach dem Urteile von Kennern fest, dass auf dem vulkanischen Boden in Kamerun ein sehr guter Tabak wachsen kann, und es steht zweifellos zu erwarten, dass die Tabakskultur wieder aufleben wird, vielleicht in den von der Eisenbahn zu eröffnenden, reichbevölkerten Distrikten im Innern.

Kautschuk: Nächst dem Kakao ist der Kameruner Kautschukbaum, Kickxia elastica, zur Zeit die verbreitetste Nutzpflanze in den grossen Plantagen der Europäer, und er hat auch bereits in den Pflanzungen der Eingeborenen Eingang gefunden. Die Kultur ist neu, denn die Pflanze wurde erst im November 1898 entdeckt und in den Versuchsgarten eingeführt, aber sie bietet für Kamerun bessere Aussichten als irgend eine andere Kautschukpflanze. Sie gedeiht auch auf Laterit und an Hängen und in steinigem Boden sehr gut und ist aus ersterem Grunde für das südliche Schutzgebiet von besonderem Werte. Der Parakautschukbaum, Hevea brasiliensis, liefert zu spät und bis jetzt nur geringe Erträge, desgl. Kautschuklianen. Die Castilloa elastica, auf die man grosse Hoffnungen setzte, wird durch die Larve eines Bockkäfers, Inesida leprosa, sehr stark geschädigt. Die Ficus elastica wieder befällt der gewaltige Bockkäfer Petrognatha gigas, und wenn die Larve auch selten einen ganzen Baum tötet und der Käfer selbst leicht gefangen werden kann, so kann man doch zur Grosskultur noch nicht raten. Auch die Kickxia hat in der Jugend einen gefährlichen Feind in der Raupe eines Mikrolepidopteren, Glyphodes ocellata, aber diese kann man leicht finden und ebenso leicht vernichten. Ganz besonders gute Aus-

sichten eröffnet die Kickxiakultur deshalb, weil sich der Baum mit Kakao gut zu vertragen scheint, so dass er als Schattenbaum und Windbrecher in Kakaopflanzungen die Erträge der letzteren um ein Bedeutendes erhöhen kann. Man hatte bis jetzt vergebens nach einem Schattenbaum gesucht, der auch für sich einen Nutzen bringt.

Vanille: Trotz des vorzüglichen Gedeihens und der hohen Erträge, welche die Vanille in dem Versuchsgarten liefert, und welche die Erträge des Kakaos um das vierfache übertrifft, haben sich die Europäer in Kamerun erst in letzter Zeit und sehr langsam an Versuche mit Vanillekultur herangewagt. Man fürchtet die Schwierigkeiten der Präparation. Die grösste Anlage von Vanille besitzt ein Viktorianer, der in dem Versuchsgarten die Präparation lernt. Auch die übrigen Umwohner von Viktoria beginnen Vanille zu pflanzen, und es ist zu hoffen, dass sich allmählich ein Verfahren wie in Mexiko ausbildet, wo die Indianer die Produzenten und die Mexikaner bezw. Italiener und Franzosen die Präparatoren der frisch eingekauften Früchte sind. Die 40 000 *kg* Vanille, welche Deutschland jährlich gebraucht, könnten sehr wohl in Kamerun produziert werden. Auch die Rentabilität einer Vanillepflanzung liesse sich vielleicht durch Zwischenpflanzen von Kickxia als Schattenbaum ausserordentlich heben. Es würde dann nach der Erschöpfung der Vanillenanpflanzung, also nach 10—12 Jahren, eine fertige Kickxiapflanzung übrig bleiben. Versuche dieser Art sind in dem Versuchsgarten im Gange.

Kardamom trägt wenig und die Samen degenerieren. Der Anbau hat bis jetzt nur mangelhafte Resultate gehabt.

Muskatnuss. Die Muskatnuss findet sehr günstige Wachstumsbedingungen in den niederen Lagen des Kamerungebirges. Leider tritt ihre Tragbarkeit erst in 6 bis 7 Jahren ein, und volle Ernten liefert sie erst in 12 bis 15 Jahren. Dann aber bleibt sie mehrere Jahrzehnte lang in voller Ertragsfähigkeit. Meines Erachtens kann auf die sicheren Rentabilitätsaussichten, welche Anpflanzungen von Muskatnussbäumen sowohl für Europäer als auch für Eingeborene bieten, gar nicht genug aufmerksam gemacht werden.

Gewürznelken liefern in Viktoria ein Produkt, welches demjenigen von Sansibar an Güte überlegen ist. Auch der Lateritboden Süd-Kameruns sagt der Pflanze zu. Die Kultur der Gewürznelke ist für den Europäer schwer rentabel, aber dem Eingeborenen sehr zu empfehlen.

Pfeffer. Dasselbe gilt für schwarzen Pfeffer, der in Viktoria ein ganz vorzügliches Produkt liefert und dessen Kultur einfach ist.

Zimt. Auch eine Zimtpflanzung hat, trotz der guten Beschaffenheit des Produktes, unter europäischer Leitung keine Aussicht auf Rentabilität, da die Neger zu langsam bei der Präparation sind. Aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vielleicht lohnt der Anbau für die Eingeborenen, wenn sie auch nur die einfach abgeschälte Rinde als „Chips" verkaufen. Das aus Kameruner „Chips" in Deutschland destillierte Zimtöl ist an Güte dem aus Ceylon eingeführten weit überlegen.

Kola. Ob eine Anpflanzung von Kola ein lohnendes Unternehmen werden kann, hängt zu sehr davon ab, ob ein vorteilhafter Absatz in Westafrika oder eine gewinnbringende Verarbeitung der frischen Nüsse zu Extrakt etc. gefunden werden wird. Von Kamerun aus würde ein Export der echten Cola vera nach Lagos und Togo vielleicht lohnen, während die einheimische Kola zu Extrakt verarbeitet werden müsste. Über die Ertragfähigkeit der Cola vera ist noch zu wenig bekannt. Daher wird man gut tun, wie es auch in Kamerun geschieht, zwar überall Anpflanzungsversuche, aber erst in kleinem Massstabe vorzunehmen.

Ölpalme. Die Ölpalme, die wichtigste Nutzpflanze Kameruns, ist hier niemals kultiviert, sondern nur von Eingeborenen ausgebeutet worden. Sollte aber das unlängst von dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee erlassene Preisausschreiben für die Herstellung einer Palmfrucht-Aufbereitungsmaschine guten Erfolg haben, so wird die Ölpalme, besonders die neuerdings als hervorragend ölreich und wertvoll bekannt gewordene Lisombe-Varietät, eine Kulturpflanze ersten Ranges für Europäer und Eingeborene werden, denn ihre Erträge übertreffen z. B. diejenigen des Kakaos bei weitem. Ohne die Maschine würde eine Förderung des Anbaues der Ölpalme nur den Eingeborenen zu empfehlen sein, aber dem Handel sehr zu gute kommen.

Kokospalme. Die Anpflanzung der Kokospalme würde in Kamerun zweifellos guten Erfolg haben, man hat jedoch noch nie im Ernst an sie gedacht.

Baumwolle. Die Baumwolle hat in demjenigen Teile Kameruns, in welchem alle Monate des Jahres mit Sicherheit auf Niederschläge gerechnet werden muss, keine Zukunft. In dem grösseren Teile der Kolonie aber sind die meteorologischen Bedingungen ihr günstiger, da es wenigstens zwei ausgesprochene trockene Monate gibt. In diesen beiden Monaten kommen nur ganz ausnahmsweise Regengüsse vor. Da es sehr wohl möglich ist, durch richtige Auswahl der Saatzeit die Ernte in die Trockenmonate zu verlegen, so könnte die Baumwolle ebenso gut wie in Togo als Eingeborenenkultur besonders in Süd-Kamerun eingeführt werden. Die in Viktoria gezüchtete, aus Ecuador stammende Baumwolle ist von Experten gut beurteilt worden.

Ramie. Ramie ist neuerdings an mehreren Stellen im Schutzgebiete angebaut worden. Resultate sind noch nicht bekannt geworden. Der auf einer Fläche von etwa $^3/_4$ *ha* in dem Versuchsgarten ge-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

machte Kulturversuch hat gezeigt, dass eine marktfähige Ware erzielt werden kann. Die Rentabilitätsaussichten können jedoch kaum günstige genannt werden, da die Stengel nur ausnahmsweise eine Länge von mehr als 1 *m* erreichen. In der Trockenzeit, vom November bis März, bleiben sie sogar unter dem Durchschnitte von 1 *m* zurück. Bei Düngung und Auflockerung des Bodens werden sie bis 1,50 *m* lang. Während der Regenzeit kann man auf vier volle Ernten rechnen. Die Versuche können noch nicht als abgeschlossen gelten, besonders da kürzlich neue, angeblich sehr gute Varietäten eingeführt worden sind. Mit dem Inswerksetzen grosser Ramieunternehmungen sollte man vorsichtig sein und vorher eingehende Versuche im kleinen anstellen.

Jute wächst in Viktoria sperrig und niedrig und bietet weit schlechtere Aussichten als Ramie. Zu Eingeborenenkulturen eignen sich beide ebensowenig, wie alle anderen Nutz- und besonders Faserpflanzen, deren Erzeugnisse nach der Ernte noch einer Präparation vermittels Maschinen bedürfen.

Bananen. Über die eventuelle Ausdehnung der Bananenkultur, verbunden mit der Bereitung von Bananenmehl und Bananenkonserven, sind auf Veranlassung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees eingehende Ermittelungen angestellt worden. Sie haben wegen der hohen Preise und der geringen Verbreitung der süssen Banane keine ermutigenden Resultate ergeben, obgleich alle Arten von Bananen in Kamerun hervorragend gut gedeihen.

Ananas. Die Kultur der Ananas zum Zwecke der fabrikmässigen Konservierung der Früchte und der Bereitung von Ananassaft wird zwar angestrebt, jedoch kommen dafür vorläufig nur die Eingeborenen in Betracht. Für Verbreitung guter Sorten sorgt der Versuchsgarten. Voraussichtlich aber werden Jahre vergehen, ehe die Ananaskultur eine solche Ausdehnung gewonnen haben wird, dass die zu dem Betriebe einer Fabrik erforderlichen Mengen zu billigen Preisen zu haben sein werden.

Früchte. Die Kultur von Früchten ist in Kamerun ungemein zurück, jedoch sorgt der Versuchsgarten für Einführung und Verbreitung guter Arten, von denen die eine oder die andere vielleicht sich zum Export nach Europa in frischem Zustande (Grapefruit) oder als Konserve eignen wird.

Es gibt nun noch eine ganze Anzahl von Pflanzen, welche sicherlich mit Erfolg in Kamerun angebaut werden könnten, z. B. im Gebirge Tee, Chinarinde, Bergkautschuk, der Cocaïnstrauch und der Perubalsambaum, in der Ebene Guttapercha, Piment, Tonkabohne, Zitronengras, Zuckerrohr, wertvolle Nutzhölzer, Erdnüsse etc. Aber ehe man über die Rentabilitätsaussichten ein Urteil erlangen kann,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bedarf es zunächst eingehender Versuche, die freilich fast alle schon eingeleitet sind, aber noch keine bestimmten Resultate geliefert haben. Produkte wie Reis, Mais, Bohnen, Yams, Koko (Colocasia ant. oder Xanthosoma viol.), Bataten und andere Nahrungsmittel der Eingeborenen werden voraussichtlich niemals in grösserer Menge produziert werden, als es die Bedürfnisse der Eingeborenen verlangen. Für den Europäer ist die Produktion aller dieser Nahrungsmittel noch sehr kostspielig. Seine Arbeiter verpflegt er bedeutend billiger mit importiertem Reis und mit Brotbananen, die er zusammen mit Kakao anbaut, oder eventuell mit Koko (Taro der Südsee). Mag auch bei einigen der als aussichtsvoll hingestellten Kulturen eine Massenproduktion, auf die es allerdings dem Schutzgebiete vor allem ankommen muss, deshalb ausgeschlossen erscheinen, weil der Konsum ein beschränkter ist, und weil Überproduktion durch Preissturz schädlich wirken könnte, so muss doch unser Streben dahin gehen, auch diese Kolonialprodukte in unseren eigenen Kolonien zu erzeugen. Selbst der kleinste Schritt weiter zu dem Ziele, Deutschland in dem Bezuge seiner Kolonialprodukte von dem Auslande unabhängig zu machen, muss uns erstrebenswert erscheinen. Wenn wir den Bedarf Deutschlands an Vanille mit $1^1/_2$– 2 Millionen Mark aus Kamerun decken, so ist das allein freilich nicht viel. Wenn aber Muskatnuss, Gewürznelken, Pfeffer, Perubalsam u. s. w. dazukommen, so gibt es schon eine kleine Anzahl von Millionen mehr. Die Hauptsache werden natürlich Massenartikel wie Kakao, Kautschuk und die Produkte der Ölpalme, Palmöl und Palmkerne, bleiben. Der Export Kameruns ist ohne Hebung der Landwirtschaft, d. h. des Plantagenbaues einerseits und der Eingeborenenkulturen andererseits, auf die Dauer keiner bedeutenden Steigerung fähig.

Man hat bisweilen auf die geringen Erfolge unserer Plantagenwirtschaft gegenüber derjenigen anderer Länder hingewiesen. Man hat sogar oft genug die Lage der Plantagen als eine geradezu verzweifelte hingestellt und behauptet, sie würden boykottiert von den Eingeborenen, welche deshalb nicht für sie arbeiteten, weil man ihnen ihr Land „geraubt“ hätte. Um die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen, dazu bedürfe es ganz anderer Leute, als sie auf den Plantagen zu finden seien u. s. w. Demgegenüber ist als Tatsache festzustellen, dass der Plantagenbau rüstig vorwärts schreitet trotz aller temporären Übelstände. Die Eingeborenen sind bei weitem nicht so zurückhaltend mit ihrer Arbeit, wie man glauben machen will. Eine ganze Reihe schöner Plantagen wie Lisoka, Soppo, Molyko, Bolifamba, Ekona sind fast ausschliesslich das Ergebnis von Eingeborenenarbeit. Auch der Botanische Garten in Viktoria ist 1892 zu einem grossen Teile durch Eingeborene eingerichtet worden, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ebenso der über 20 *km* lange und 6—8 *m* breite erste Bueaweg. Ausserdem sind viele Zehntausende von Traglasten im Laufe der letzten Jahre durch Eingeborene von der Küste in das Gebirge hinauf befördert worden. Das sind doch schon alles Resultate der „Erziehung des Negers zur Arbeit", welche die Pflanzungen und die Regierung erreicht haben, denn vor 1892 arbeiteten die Eingeborenen überhaupt noch nicht, und es kostete die grösste Mühe, Träger zu bekommen, wenn man einmal in das Gebirge hinein wollte. Freilich bleibt noch ausserordentlich viel zu tun übrig, ehe man auf die Eingeborenen als auf stets willige und zuverlässige Arbeiter wird rechnen können.

Immerhin ist wohl noch in keiner Tropenkolonie der Welt in den ersten 18 Jahren nach der Besitzergreifung mehr im Plantagenbau geleistet und dabei weniger Geld verloren worden als in Kamerun. Eine einzige Pflanzung ist nach Verlust von 100 000 Mk. aufgegeben worden, und den Verlust hat eine andere, mit ihr zusammen finanzierte, längst wieder eingebracht. Lehrgeld haben wir bezahlt, aber mit einer Million Mark dürfte das auch abgetan sein, und wir haben dafür etwas gelernt. Wir besitzen eine Anzahl grosser Pflanzungen, deren älteste bereits seit 5 Jahren Reinerträge gibt, und welcher andere mit Reinertrag bald folgen werden. Wir besitzen auch eine ganze Reihe von Eingeborenenpflanzungen, welche jetzt bereits 1300 Zentner Kakao ergeben haben und diesen Betrag bald verdoppeln werden. Mögen auch die Resultate keine glänzenden sein, so glaube ich doch, dass wir mit der Entwickelung unserer Pflanzungen zufrieden sein und mit guten Hoffnungen in die Zukunft schauen können.

Konsul **L. Pagenstecher,** Harvestehude (Hamburg): Nach den gestrigen beredten Auseinandersetzungen in dieser Sektion sollte man denken, dass die Arbeiterfrage in Westafrika, speziell in Kamerun, gründlich und nach jeder Richtung hin beleuchtet worden wäre.

Aber bis jetzt hat man von dem Neger in seinem Naturzustande gesprochen, von den Wünschen und Bestrebungen, um aus ihm einen zivilisierten Menschen zu schaffen.

In diesen Bestrebungen sind Kaufleute und Missionare die Pioniere, welche ihre Gesundheit, ihr Vermögen auf das Spiel setzen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben aber gesehen, dass diese beiden ganz verschiedene Mittel vorschlagen.

Wie fast immer, so liegt nach meiner Ansicht der richtige Weg in der goldenen Mittelstrasse.

Am Ende wollen wir doch alle, dass aus unseren Kolonien recht bald eine ergiebige Quelle von Wohlfahrt für das Vaterland entsteht, dass unsere Kolonien mit einem Wort, wie Indien für England, grosse

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Abnehmer und Konsumenten für unsere einheimische Industrie werden. Der Missionar, welcher in den meisten Fällen nur ideale Ziele verfolgt, hat gut sagen, „man müsse sich gedulden", aber damit ist dem Grosskaufmann und Kapitalisten nicht gedient, der grosse Summen in Plantagen steckt und auch erwartet, dass sie bald Zinsen tragen. Um dies zu erreichen, muss man aber den Neger recht bald, schon gleich zur Arbeit erziehen.

Wer aber, wie ich, 25 Jahre lang zwischen Negern gelebt hat, und zwar in der letzthin viel besprochenen Republik Haiti, wo der Schwarze seit hundert Jahren sich frei entwickelt und Versuche gemacht hat, sich nach europäischem Muster selbst zu regieren, der wird zugeben, dass diese Entwickelung doch recht langsam vor sich geht. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Haitineger gerade aus den Gegenden stammt, die uns hier interessieren; es sind noch heute Nachkommen der Bakoko, Mandingo, Dahomey und Kongostämme zu finden. Der Neger ist ja entschieden entwickelungsfähig, ist sogar leicht zu erziehen, aber er muss zur Arbeit angehalten werden, und da will ich es ausdrücklich gesagt haben, wenn wir in Afrika es ihm überlassen, zu tun, was er will, so wird er die Freiheit so verstehen, dass er frei ist, nichts zu tun!

Wir wollen doch nicht ein zweites Haiti gründen, wo nach 100 Jahren das Land, so gross wie Bayern etwa, mit einer Bevölkerung von nahe 1 Million Menschen, heute weniger produziert als unter der französischen Herrschaft. Am Ende des 18. Jahrhunderts produzierte das Land grosse Quantitäten Zucker, Indigo etc. Diese Kulturen sind heute verschwunden, die alten Plantagen sind nur noch Ruinen.

Also, um alles zu resümieren, will ich hiermit meine Ansicht aussprechen, dass man vertrauensvoll diese Angelegenheit der Regierung überweisen soll, mit dem Wunsche, den Herr Thormählen gestern ausgesprochen hat, den Neger zur Arbeit zu erziehen, und wenn es sein muss, zu zwingen.

Den praktischen Weg dieser Erziehung sehe ich darin, dass, gleichwie in Deutschland jeder dem Vaterland 2—3 Jahre seines Lebens widmen muss, auch der Neger in den Kolonien dies tun muss, und zwar, indem die Regierung jeden 18—20jährigen Neger zur Plantagenarbeit während 2—3 Jahre heranzieht, natürlich bei humaner Behandlung. Dann bekommen wir einen Stamm geschulter Arbeiter.

Geheimer Reg.-Rat Prof. Dr. **Wohltmann,** Bonn: Preuss' Ausführungen sind durchaus zutreffend. Die Entwickelung der Pflanzungen ist zukunftsreich. Betreffs Arbeiterfrage ist zu betonen, dass die Arbeiterverhältnisse in Kamerun nicht so grausam liegen, wie Vietor sagt. Man muss sich die Entwickelung der Arbeiterverhält-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nisse vergegenwärtigen: 1896 = 500, 1900 = 5000 Pflanzungsarbeiter. Deckung meist aus dem Innern. Die Pflanzungen haben mit ihren Arbeitereinrichtungen naturgemäss nicht so rasch folgen können. Man konnte den Leuten nicht so rasch Knollenfrüchte, an die sie als Nahrung gewohnt waren, verschaffen, sondern musste ihnen Reis geben. Man hat jetzt aber überall Bananen und Knollenkulturen angelegt. Die Leute werden besser behandelt, Lazarette sind angelegt. Vietors Angaben sind zwei Jahre zu spät.

Was den Widerspruch „hier Eingeborene, hier Plantagen" betrifft, so schliesst sich beides nicht aus. In Ländern, die unentwickelt sind, muss die Plantagenkultur vorangehen, um die Eingeborenen durch Beispiele zu belehren. Diese folgen dann.

Vorsitzender **Achelis** konstatiert, dass gestern nicht „hier Plantagen, hier Eingeborene" als Schlagwort aufgestellt wurde.

**Schulze,** Dresden, Syndikus der Handelskammer und des Verbandes deutscher Schokoladefabrikanten, lobt das Werk von Dr. Preuss. Kamerunkakao hatte anfangs manche Mängel; die ursprünglich gezahlten Liebhaberpreise waren nicht angebracht. Man konnte nur 5—10 pCt. in Mischung mit 95—90 pCt. anderem brauchen, unvermischt schmeckte er nicht. Jetzt kann man schon grössere Mengen mit fremdem mischen. Weiterer Fortschritt bleibt aber darin zu erhoffen. Man soll nur gute und beste Kakaos bauen; schon allein kaufmännisch gerechnet, ist das vorteilhaft, denn auf dem geringsten, billigsten Rohkakao ruhen dieselben sehr hohen Unkosten für Fracht u. s. w. und fast dieselben für Arbeit wie auf den besten, teuersten Bohnen, so dass ersterer um 50 pCt., letzterer um nur 20 pCt. verteuert würde. Bei gleicher Güte werden aber die deutschen Fabrikanten den deutsch-kolonialen Kakao gern mindestens ebenso hoch bezahlen wie den anderen gleichwertigen. Der Kakaoverbrauch wird steigen, so dass Preuss' Befürchtung sinkender Preise nicht gerechtfertigt sein dürfte. In den letzten zwanzig Jahren hat sich in Deutschland die Kakaoverarbeitung bereits verzehnfacht, weitere Steigerung ist aber trotzdem sehr wohl möglich. Auch durch Erleichterungen bei der Zollrückvergütung für Kakaowarenausfuhr wäre grosse Steigerung des Rohkakaoverbrauches der deutschen Exportfabriken zu erzielen, ebenso durch die geplante Ermässigung des deutschen Zolles auf Rohkakao. Wenn von unterrichteter Seite gesagt wird, Kameruns Gedeihen steht und fällt mit dem Kakaobau, so wird Kamerun gedeihen, wenn es guten Kakao baut, und das ist bei deutscher Intelligenz, Beharrlichkeit und dem glücklichen Zusammenarbeiten von Praxis und Wissenschaft sicher zu erhoffen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. **Passarge,** Steglitz: 1. Ist Tapioka-Gewinnung möglich? 2. Ist Dividivi anzupflanzen?

Dr. **Paul Preuss:** 1. Tapioka wird derzeit so gut wie nicht gebraucht. Die Herstellung ist nur den von Sierra Leone über Fernando Poo eingewanderten Viktorianern bekannt. Manihot wird nicht so sehr viel gebaut. Tapioka wird in Kamerun so teuer, dass Export ausgeschlossen. 2. Dividivi (Caesalpinia coriaria) ist im Botanischen Garten angebaut, trägt aber noch nicht. Die Einführung stösst auf Bedenken, weil in seiner Heimat eine lange Trockenzeit herrscht; wie die Sache sich in Kamerun stellen wird, muss man abwarten.

**J. K. Vietor,** Bremen, bemerkt, dass er nicht gegen Plantagen, sondern nur gegen Missstände auf denselben gesprochen habe.

Professor **Fesca,** Witzenhausen, fragt an, worin der Rückgang des Tabakbaues liege, woran die Minderwertigkeit des sogenannten Lateritbodens liege. Ist dieser nicht für manche Pflanzen gerade besser als der Basaltboden?

Dr. **Paul Preuss:** Tabakversuche waren zuerst auf Lateritboden gemacht, aber dort war der Lateritboden sehr unfruchtbar. Ausserdem hat man die Fermentation damals nicht verstanden. Später fing man auf vulkanischem Boden an, aber man hatte auch hier sehr viel Unglück. Der vulkanische Boden gibt an sich guten Tabak. Die heimische Leitung war mehrfach unrichtig, daher ganze Dispositionen falsch, z. B. falsche Pflanzzeit. Tabakbau hat Zukunft an fruchtbaren Stellen im Innern, nach Bau der Eisenbahn. Nur ein einziges Mal ist ein gelernter Tabakpflanzer in Kamerun tätig gewesen und auch nicht lange. Alle übrigen waren Laien. Zur Zeit ist wieder ein gelernter Tabakpflanzer in Bibundi.

Senator **Achelis,** Bremen, hält die Tabakkultur in Kamerun, da bisher keine wirkliche Primaqualität gezogen wurde, für unrentabel.

Professor **Fesca:** In Sumatra hat sich eine Wandlung im Tabakbau vollzogen, als der Geschmack sich dem hellgefärbten Blatt zuwandte. Hellfarbiger Tabak wird auf Lateritboden leichter zu ziehen sein als auf vulkanischem Boden.

Senator **Achelis** hält den Beweis für die Erzielung eines prima Kamerun-Tabaks bisher nicht für erbracht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Sektion VI.

# Die deutsche Auswanderung und die Einwanderung in die deutschen Kolonien.

Obmann: Dr. **Alexander Tille**, Berlin.
Vorsitzender: Dr. **Albrecht Wirth**, Solln II bei München.
„ Koloniedirektor a. D. **A. W. Sellin**, Direktor der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft, Hamburg.
Schriftführer: **V. H. Mueller**, Leipzig.
„ **J. Frucht**, Geschäftsführer der Rio Grande-Nordwestbahn-Gesellschaft, Berlin.

## Die praktischen Aufgaben der deutschen Auswanderungspolitik.

Von Dr. **R. Jannasch**, Berlin.
Vorsitzender des „Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande".

(Plenarsitzung am 11. Oktober, Nachmittag.)

Indem ich es übernommen habe, über die praktischen Aufgaben der deutschen Auswanderungspolitik zu sprechen, beabsichtige ich nicht, die Ursachen der Auswanderung darzulegen. Über diese ist bei früheren ähnlichen Gelegenheiten eingehend verhandelt worden. Speziell auf dem handelsgeographischen Kongresse des Jahres 1880, sowie auf dem kolonialen Kongresse im Jahre 1886 ist es Dr. Fabri

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

gewesen, welcher diese Ursachen gründlich erörtert hat, und ich nehme gern Veranlassung, an dieser Stelle der Tätigkeit dieses hervorragenden Vorkämpfers deutscher Auswanderungs- und Kolonialpolitik ehrend zu gedenken.

Ich betrachte in meinen folgenden Darlegungen die Auswanderung als eine feststehende Tatsache, als eine organische Erscheinung in unserem modernen Volksleben. An dieser Stelle habe ich zu fragen: Wie vermögen wir diese Auswanderung am besten in unserem gesamten nationalen Interesse zu verwerten? Und da komme ich zu der weiteren Frage: Wohin müssen wir diese Auswanderung lenken, damit sie diesem Zwecke zu dienen vermag?

Wenn ich von „Auswanderungspolitik" spreche, so bekämpfe ich von vornherein die Anschauung, dass nur der Staat bezw. die Regierungen diese Politik zu treiben hätten. Wir haben vielmehr dieselbe als eine hochwichtige nationale Frage zu betrachten, welche der öffentlichen Behandlung und Diskussion unterliegen muss, widrigenfalls wir zu befürchten haben, dass — nach bedenklichen Mustern — diese wichtige Frage durch bureaukratische Schwerfälligkeit leicht falsch behandelt und in ihrer gesunden Entwickelung gestört werde. An ihr sind nicht nur die Auswanderer selbst, sondern vielmehr alle Stände des Volkes beteiligt; sie ist hochwichtig für den Handel, die Reederei, die Industrie, bis zum letzten Industriearbeiter herab. Es ist bekanntermassen eine Erfahrung, dass unsere Auswanderer in den meisten Fällen die bahnbrechenden Pioniere unseres Exporthandels gewesen sind, und wenn man annimmt, dass von dem Werte unserer deutschen Ausfuhr, die rund fünf Milliarden Mark beträgt, etwa drei Milliarden Mark auf Arbeitslöhne entfallen, so ergibt sich, dass bei einem Jahreslohn von ca. 300 Mk. per Arbeiter mindestens zehn Millionen Menschen durch den deutschen Exporthandel ihren Unterhalt finden.

Man ersieht aus diesen Angaben ohne weiteres, dass es von höchster Wichtigkeit für unser gesamtes nationales Streben ist, dass die Auswanderer dem nationalen Interesse erhalten bezw. möglichst nutzbar gemacht werden, und dass daher unsere Auswanderungspolitik mit unserer Handelspolitik kombiniert werden muss.

Unter den überseeischen Gebieten, nach welchen unsere Auswanderung abfliesst, sind zu nennen die Vereinigten Staaten, Australien und die subtropischen Gebiete von Südamerika, speziell Südbrasilien. Dass die nach den Vereinigten Staaten wandernden Deutschen schon in der zweiten Generation in dem Yankeetum aufgehen, ist eine bekannte Tatsache. Wir tragen die Erziehungskosten unserer künftigen Konkurrenten, wir stärken die wirtschaftliche Kraft der Union, indem wir ihr zahlreiche und tüchtig ausgebildete Arbeiter, sowie gute Bürger senden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mit der deutschen Auswanderung nach Australien steht es nicht viel anders. Tatsächlich wird dieses ausschliesslich von den Interessen des englischen Kapitals und der englischen Kreditwirtschaft beherrscht. England gewährt seinen australischen Kolonien einen nahezu unbeschränkten Bank- und Warenkredit, macht ihnen hypothekarische Vorschüsse, hat ihnen 20 000 *km* Eisenbahnen gebaut, sowie die Kabel und transkontinentalen Telegraphenleitungen gelegt. Prächtige Städte, Dörfer und Farmen, grossartige Hafenbauten, ausgedehnte Bewässerungen hat das englische Kapital in Australien geschaffen, und eine Flotte Hunderter von Dampfern versorgt Englands Märkte mit den wertvollen Rohstoffen dieser Kolonien — der englischen Industrie die günstigsten Produktionsbedingungen sichernd —, Grund genug, dass diese Kolonien vollständig im englischen Interesse aufgehen, und dass auch die deutsche Auswanderung dorthin, in ihrem eigenen Interesse, die Neigung zeigt, diesem mächtigen, so viele Vorteile gewährenden englischen Staatsverbande anzugehören. Der Aufsaugungsprozess des Deutschtums in Australien durch das Angelsachsentum geht vielleicht etwas langsamer als in den Vereinigten Staaten vor sich — aber um so sicherer! Die Vorteile und die Tüchtigkeit der englischen Kolonialpolitik speziell in Australien sind so in die Augen fallend, dass die Australier Toren wären, wenn sie auf diese Hilfe des Mutterlandes verzichten wollten. Fester als durch die eisernen Bande von Heeren und Flotten ist Australien an sein Mutterland durch die wechselseitigen Vorteile gekettet, welche die Klugheit der englischen Kolonialpolitik in diesem Falle — nicht überall war sie so weise und erfolgreich — geschaffen hat.

Die einzigen Gebiete, in welchen — nun bereits in der vierten Generation — das Deutschtum sein vaterländisches Kulturbewusstsein erhalten hat, ist das subtropische Südamerika und zwar speziell Südbrasilien, d. h. die Staaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Paraná. In diesen Ländern leben jetzt ca. 200 000 Personen deutscher Abstammung. Prachtvoll entwickelte Gemeinwesen haben sie geschaffen, mit 12 000 und mehr Einwohnern, die kräftige Kristallisationspunkte für die deutsche Ansiedelung und wertvolle Etappen für das Vordringen nach dem Far-West abgeben. Südbrasilien hat eines der besten Klimate der Welt, sein Boden, sowohl im Hochlande wie in den Terrassenländern und Flusstälern, ist reich und fruchtbar. Zahlreich sind die Wasserkräfte für technische Zwecke, mehrere deutsche Dampferlinien mit an die 100 000 *t* Gehalt vermitteln in regelmässiger Fahrt den Verkehr zwischen den deutschen Küsten und diesen Gebieten, und der deutsche Handel daselbst steht in erster Reihe. Seine herrschende Stellung in anderen Teilen des Kontinents, so u. a. im Kaffeegeschäfte von Santos, ist bekannt; aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überall, auch in Rio, Montevideo, Buenos-Aires, ist er von hervorragender Bedeutung. Hunderte von Millionen deutschen Kapitals sind im Kaffeehandel, in den Salpetergruben, in dem Bergbau von Bolivien und Peru angelegt, und auch auf dem Markte von Guayaquil vertritt der deutsche Handel hochwichtige Interessen. Man sieht, die Pioniere fehlen unseren deutschen wirtschaftlichen Interessen dort nicht, und wenn wir diese ausgedehnten Beziehungen und diese vortreffliche Fundamentierung unserer Interessen methodisch weiter ausbauen, so vermögen wir im Handel mit dem ganzen südamerikanischen Kontinente an die erste Stelle zu rücken.

Diese Interessen hätten sich auch schon bisher sehr viel schneller zu entwickeln vermocht, wenn nicht das Ministerialreskript von der Heydt aus dem Jahre 1859 es verhindert hätte. Infolge dieses Auswanderungsverbotes ist das Deutschtum in Südbrasilien isoliert und in seiner Entwickelung gehemmt worden. Und hätte jenes Verbot noch länger bestanden, so wäre diese fruchtbare, gedeihliche deutsche Ansiedelungsarbeit in Südbrasilien — wie bereits in so vielen ähnlichen anderweitigen Fällen — zum Kultur- und Völkerdünger geworden. Durch jenes Reskript ist nicht nur Südbrasilien, sondern der gesamte südamerikanische Kontinent in Deutschland diskreditiert worden. Es ist ohne weiteres verständlich, dass hier die öffentliche Meinung zu einem abfälligen Urteil gedrängt wurde, denn wenn vor dem fruchtbaren und gesunden Südbrasilien gewarnt wurde, wo das Deutschtum eine so prächtige Entwickelung aufwies, um wieviel schlechter musste es mit den anderen Teilen von Südamerika bestellt sein, die minder vorteilhafte Bedingungen für die Entfaltung der deutschen Interessen aufwiesen. Das war die Ansicht des gesamten deutschen Volkes. Nur die Hanseaten haben sich von dieser Auffassung frei gehalten.

Die unheilvollen Folgen gerade dieses Reskripts gaben mir Veranlassung, vor der einseitigen bureaukratischen Behandlung der Auswanderungspolitik zu warnen. Um so freudiger ist daher die vor einigen Jahren stattgehabte Aufhebung des Verbotes zu begrüssen. Dieser Kongress erscheint als die geeignete Stelle, die derzeitige Regierung zu diesem Schritte zu beglückwünschen.

Durch die Aufhebung des Reskriptes ist dem deutschen Kapital und Unternehmergeiste ein ausgedehntes, reiches Gebiet der Betätigung erschlossen worden. Nehmen wir an, dass es uns gelingt, alljährlich nur 5000 Auswanderer von dem grossen nach Nordamerika abfliessenden Auswanderungsstrome nach Südbrasilien abzuleiten, so könnten dort in 16 bis 20 Jahren ca. 100 000 neue deutsche Ansiedler ansässig gemacht werden, deren Konsum an deutschen Industrieerzeugnissen, pro Kopf mit 100 Mk. jährlich veranschlagt — ein Betrag, welcher für neue Ansiedler keineswegs zu hoch bemessen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erscheint — einen jährlichen Export von 10 Millionen Mark nach jenen Gegenden sichern würde. Dadurch aber würden die deutschen Warenvorräte so zahlreich und mannigfaltig werden, dass auch die vorher angesiedelten Deutschen sowie die eingeborenen Brasilianer notwendigerweise Käufer der deutschen Ware in immer umfangreicherem Masse werden, und alle anderen fremdländischen Erzeugnisse verdrängt würden. Südbrasilien zählt ca. zwei Millionen Einwohner — wo in der Welt gäbe es für die deutsche Ware ein konsumtions- und zahlungsfähigeres Absatzgebiet in überseeischen Gebieten mit verhältnismässig geringen Kosten und sicherer Aussicht des loyalen Handels auf Erfolg zu gewinnen?! Arbeiten wir daher methodisch auf die Gewinnung dieses lohnenden Marktgebietes hin, veranlassen wir unsere grossen Geldinstitute, dort Bankfilialen zu gründen, drängen wir unsere Versicherungsgesellschaften, dort Zweiganstalten anzulegen, dringen wir vor allem in das deutsche Kapital, sich an den dortigen Eisenbahnbauten deutscher Unternehmer zu beteiligen, unterstützen wir die technische Verwertung der vorhandenen Wasserkräfte — kurz, kultivieren wir den Far-West von Südbrasilien in ähnlicher Weise, wie die Nordamerikaner den Westen ihres Landes kultiviert haben.

Es leuchtet nun ohne weiteres ein, dass, wenn unsere Verbindungen und Erfolge in einem Teile des Kontinents sich in der gedachten Weise stärken, das allgemeine Interesse in ganz Südamerika für uns wächst. Alle die dortigen Länder werden die Verbindung mit uns, unserem Kapital, unseren Märkten suchen und geneigt sein, uns Handelsvorteile aller Art einzuräumen. Und das ist es, was wir anstreben sollen und müssen! Wir müssen dies tun, um die Reichtümer dieses an Rohstoffen und Nahrungsmitteln reichsten aller Kontinente für unsere Märkte zu gewinnen, und im dortigen Handel an die erste Stelle zu rücken.

Und wie gross und mannigfaltig sind diese Reichtümer! Die jährlichen Kaffee-Ernten werten mehr als eine Milliarde Mark. Südamerikanischer Gummi und Kakao beherrschen den Weltmarkt, und Tabak wie Baumwolle liefern reiche Ernten. Der argentinische Weizen konkurriert jetzt bereits mit dem nordamerikanischen und ostindischen auf dem Weltmarkte, und die Gerbstoffe von Südamerika sind die besten der Welt. Die animalischen Produkte: Häute, Felle, Haare, geben auf den wichtigsten Märkten von Europa bei der Preisbildung den Ausschlag, und die Hälfte aller Wolle, welche in den heutigen Kulturstaaten konsumiert wird, stammt aus Südamerika. Die Erzgänge von Australien und Transvaal mögen grössere Mächtigkeit aufweisen, aber reichere und edlere Goldquarze als in Minas Geraes und in Metelin finden sich nirgends. Die Silberberge von Potosi in

Bolivien stellen den Silberreichtum selbst der Sierra Nevada weit in den Schatten. Die Kupfervorkommen sind reich und ergiebig, und die Salpeter- und Guanolager, welche die europäische Landwirtschaft gar nicht mehr entbehren kann, repräsentieren den Wert von Milliarden.

Nur durch die hohen Markt- und Gebrauchswerte aller dieser Produkte ist es möglich gewesen, dass der deutsche Handelsumsatz mit den südamerikanischen Ländern — inklusive des Hamburger und Bremer Transithandels in südamerikanischen Provenienzen — bereits auf ca. 800 Millionen Mark angestiegen ist. Der Handelsumsatz von Nordamerika mit Südamerika bewertet sich nur auf ca. 450 Millionen Mark. Und dabei zählt Südamerika kaum 40 Millionen Einwohner. (S. Anm. 1 S. 593.)

Wie wichtig und folgenreich es aber für Deutschland ist, seinen Handelsumsatz mit Südamerika an die erste Stelle zu rücken, ergibt sich aus folgenden Betrachtungen.

Die Masse der südamerikanischen Rohstoffe wird uns die Möglichkeit gewähren, in den künftigen kaum vermeidbaren handelspolitischen Kämpfen gegenüber dem Auslande, insbesondere gegenüber Nordamerika, den Süden der neuen Welt auszuspielen, und uns von der Abhängigkeit der anderen ausländischen Rohstoffe und Märkte zu befreien. Das ist das Ziel, welches uns bei der Behandlung und Kombination unserer Handels- und Auswanderungspolitik in Südamerika dauernd vorschweben muss!

Freilich wird dieser Kampf um die erste Stelle nicht leicht sein, speziell nicht leicht gegenüber England und Nordamerika. Indessen haben wir uns dem englischen Handelsgeiste gegenüber in neuerer Zeit konkurrenzfähig erwiesen; schwieriger wird der Kampf gegenüber Nordamerika, und zwar speziell an der Westküste des südamerikanischen Kontinents sein, wenn einstmals die Kanäle von Panama oder Nicaragua hergestellt sein werden. Durch diese Kanäle werden die Nordamerikaner an der amerikanischen Westküste gegenüber dem europäischen Verkehr einen Vorsprung von ca. 2000 Seemeilen erlangen. Die grossen Strom- und Kulturgebiete von Südamerika münden dagegen an der Ostküste, und diese Mündungen sind von der europäischen Küste nicht weiter entfernt als New York oder New Orleans Dagegen zählen die europäischen Märkte nahezu an die 400 Millionen Konsumenten, die nordamerikanischen dagegen nur 70 Millionen, was uns billigere und häufigere Rückfrachten sichert.

Wo viel Licht ist, ist starker Schatten, und es wäre durchaus unangebracht, auf den letzteren nicht hinzuweisen. Nirgends in der Welt ist der politische Boden so heiss wie in Südamerika. Eine

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Revolution jagt die andere, eine Krippenwirtschaft wird von der anderen abgelöst, und die Beträge der südamerikanischen Staatsschulden sind dermassen angeschwollen, dass ihre Verzinsung und Amortisation kaum möglich erscheint. (S. Anm. 2 S. 595).

Zwar kann zugegeben werden, dass wegen der meist kleinen Herde der Revolutionen Handel und Wandel sich gleichwohl weiter entwickelt haben, aber die Korruption, welche durch jene in die ganze Bevölkerung getragen wird, muss schliesslich doch deren wirtschaftliches Leben untergraben. Jemehr indessen europäische Kapital- und Kreditwirtschaft in diese Länder eindringt und die Naturalwirtschaft verdrängt, umsomehr wird auch der politische Friede gesichert werden. Ferner lässt sich nicht verkennen, dass die meisten der südamerikanischen Länder und Völker der Revolutionen überdrüssig sind, weil sie schliesslich alle dadurch verarmen. Wesentlich wird Europa den Frieden in Südamerika fördern, wenn von dem Grosskapital die Parole ausgegeben wird, dass kein südamerikanischer Staat künftighin Kredit erhält, dagegen gute und solide Privatunternehmungen gestützt und gefördert werden. Letzteres geschieht bereits in energischer Weise namentlich seitens Frankreichs und Belgiens.

Und nun noch eins: Wir sehen, welche grossartigen ausgedehnten handelspolitischen Perspektiven sich uns eröffnen. Hüten wir uns, sie durch politische Vieilletäten und Hintergedanken zu zerstören und zu untergraben. Leider existieren ja bei uns in Deutschland Leute, — wenn auch nur vereinzelt — welche meinen, leichten Kaufs in Südamerika politische Annektionsgelüste befriedigen zu können. Diese Ansichten müssen auf das Allerentschiedenste bekämpft werden.

In Südamerika würden derartige Bestrebungen zunächst mit der Monroe-Doktrin in Kampf geraten, sodann aber auch sehr entschlossene Gegner in den einzelnen Ländern von Südamerika selbst finden. Die Verletzung der politischen Sicherheit auch nur eines dieser Staaten würde sofort unseren handelspolitischen Ausschluss und die handelspolitische Gegnerschaft aller anderen südamerikanischen Länder zur Folge haben. Auch glaube man nicht, dass die in Amerika angesiedelten Deutschen Neigung und Lust verspüren, an einen europäischen Staat angegliedert zu werden. Die Auswanderer und deren Nachkommen, die ihre Arbeit, ihre ganze Lebenskraft und ihren ganzen Lebenszweck in die Erschliessung des Urwaldbodens legen, wollen unabhängige Menschen bleiben und streben nach Selbstverwaltung. Wir vermögen in Südamerika niemals politisch so viel zu gewinnen, als wir handelspolitisch verlieren können! Die Selbstständigkeit und Konsolidierung der südamerikanischen Staaten stärken zu helfen, liegt nur in unserem Interesse, namentlich gegenüber Nordamerika.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bereits wiederholt — u. a. auf dem handelsgeographischen Kongresse im Jahre 1880 — habe ich darauf hingewiesen, dass Deutschland viel zu sehr in den Überlieferungen des Feudalismus, Bureaukratismus, Klerikalismus und Militarismus steckt, als dass wir Deutsche daran denken könnten, überseeische Gemeinwesen europäischer Kulturabstammung zu regieren, wie wir das in Afrika gegenüber Negerstämmen mit Erfolg versuchen. Wie gefährlich und opferreich derartige überseeische politische Abenteuer sind, haben uns die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit erkennen lassen.

Also Kombination unserer Auswanderungs- und Handelspolitik, damit wir an die erste Stelle im Handel mit Südamerika gelangen! Dies muss der Kernpunkt unserer gesamten Politik gegenüber dem südamerikanischen Kontinente sein und bleiben.

Im Sinne der bisherigen Ausführungen empfehle ich dem Kongresse folgende Resolution zur Annahme:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Ansicht, dass sowohl das ideelle Kulturinteresse wie das Interesse der deutschen Auswanderung, als auch das Interesse des deutschen Handels und der deutschen Industrie die Ableitung der deutschen Auswanderung nach den mit gemässigtem Klima ausgestatteten Ländern von Südamerika, insbesondere nach Südbrasilien, und die Sammlung derselben in diesen Gegenden als notwendig erscheinen lässt. Daher ist die Ansiedelung von Deutschen daselbst durch deutschen Unternehmergeist, deutsches Kapital und deutsche Handelspolitik tatkräftig zu fördern.

Diese Resolution ist einstimmig zur Annahme gelangt.

## Anmerkung 1 zu Seite 591.

### Handel zwischen Südamerika und dem Deutschen Reiche in 1901

(namentlich über Hamburg, Bremen, Antwerpen),

Wert in Millionen Mark (113,9 = 113 900 000).

| | Einfuhr in Deutschland aus | Ausfuhr aus Deutschland nach |
|---|---|---|
| Brasilien . . . . | 113,9 | 35,5 |
| Argentinien . . . | 200,8 | 54,2 |
| Uruguay . . . . | 14,5 | 9,6 |
| Zu übertragen . | 329,2 | 99,3 |



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

| | | |
|---|---|---|
| Übertrag . . . | 329,2 | 99,3 |
| Paraguay . . . . | ? | 0,5 |
| Chile . . . . . | 100,7 | 34,0 |
| Bolivien . . . | 7,4 | 5,0 |
| Peru . . . . . | 7,2 | 11,1 |
| Ecuador . . . . | 8,6 | 5,1 |
| Columbien . . . | 8,3 | 5,0 |
| Venezuela . . . . | 9,4 | 7,0 |
| | 470,8 | 167,0 |
| Transithandel insbesondere über Hamburg und Bremen in südamerikanischen Provenienzen | 60,0 | |
| | 530,8 | 167,0 |
| | 697,8 | |

Es darf bei Betrachtung dieser Ziffern nicht ausser acht gelassen werden, dass das Berichtsjahr in eine Zeit der Krisis fällt und niedrigere Umsätze zeigt als die Vorjahre.

Handel der Vereinigten Staaten von Amerika mit Süd-Amerika 1899 in Dollars.

| Einfuhr in die USA. | Ausfuhr aus den USA. | Summa. |
|---|---|---|
| 86 587 893 Mk. | 35 659 902 Mk. | 122 247 795 Mk. |
| 346 351 572 „ | 142 639 608 „ | 488 991 180 „ |

Der Aussenhandel der hauptsächlichsten südamerikanischen Staaten in 1901.

| | Einfuhr | Ausfuhr | Sa. d. Ein- u. Ausfuhr |
|---|---|---|---|
| Brasilien . . | 671 603 280 Mk. | 831 806 918 Mk. | 1 503 410 198 Mk. |
| Argentinien . | 453 940 000 „ | 618 400 000 „ | 1 072 340 000 „ |
| Uruguay . . | 95 912 000 „ | 117 552 000 „ | 213 464 000 „ |
| Paraguay . | 10 223 696 „ | 10 608 268 „ | 20 831 964 „ |
| Chile . . . | 182 807 213 „ | 251 511 953 „ | 434 319 166 „ |
| Bolivien . . | 12 161 062 „ | 24 280 732 „ | 36 441 794 „ |
| Peru . . . | 47 266 800 „ | 62 689 200 „ | 109 956 000 „ |
| Ecuador . . | 53 667 412 „ | 62 686 848 „ | 116 354 260 „ |
| Columbien . | 44 332 112 „ | 76 631 152 „ | 120 963 264 „ |
| Venezuela . | 34 665 975 „ | 60 343 015 „ | 95 008 990 „ |
| | 1 606 579 550 „ | 2 116 510 086 „ | 3 723 089 636 „ |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Anmerkung 2 zu Seite 592.

### Die Finanzen der hauptsächlichsten südamerikanischen Staaten

in 1901 (nach den Mitteilungen des Gothaischen Hofkalenders).

1. Brasilien:

| Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|
| 42 576 666 Milreis in Gold | 33 555 171 Milreis in Gold |
| 258 011 000 Milreis Papier | 224 445 348 Milreis Papier |

(1 Milreis Papier = 1 Mk.)

| | |
|---|---|
| Äussere Schuld in Lstr. . . . . | 38 639 281 |
| Innere Schuld in Milreis . . . | 511 197 100 |
| Schwebende Schuld „ . . . | 284 759 |
| Schatzscheine „ . . . | 10 175 000 |
| Papiergeld „ . . . | 703 666 174 |
| Einzelschulden in Lstr. . . . . | 10 135 729 |

2. Argentinien: in Goldpesos à 4 Mk.

| | | |
|---|---|---|
| Äussere | Schuld | 300 202 971 |
| Innere | „ | 6 375 000 |
| Schwebende | „ | 940 661 |
| Schatzschein- | „ | 14 214 088 |
| | | 321 732 720 Pesos d'oro, |
| | | à 2,28 pesos Papier. |

Budget 1901.

| Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|
| Papier 63 300 000 Pesos | Papier 89 940 499 Pesos |
| Gold 37 991 718 „ | Gold 26 025 175 „ |

3. Uruguay: Schuldscheine 125 502 753 Pesos nationales, à 4,35 Mk.

4. Paraguay: Äussere Schuld 30 746 223 Pesos Gold, à 4 Mk.
Innere „ 12 085 234 Pesos Papier. (Goldkurs 1000 pCt.)

5. Chile: Äussere Schuld 234 289 413 Pesos Gold, à 4,00 Mk.
Innere „ 75 964 770 Pesos Papier, à 1,32 Mk.

6. Bolivien: Äussere „ 6 550 830 Pesos Gold, à 4,00 Mk.
Innere „ 3 934 250 Pesos Papier, à 1,50 Mk.

7. Peru: Innere „ 46 000 000 Soles. (?)

8. Ecuador: Äussere „ (1900) 693 160 Lstr. (à 20,25 Mk.)
Innere „ (1896) 4 580 000 Sucres, à 2,00 Mk.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

9. Columbien: Innere Schuld 30. 6. 99

| | | |
|---|---|---|
| a) konsolidierte Schuld | 5 633 716 | Pesos. |
| b) schwebende „ | 5 725 358 | „ |
| | 11 359 074 | Pesos. |

(Goldagio 2500 pCt.)

Auswärtige Schuld 1900: 2 747 250 Lstr. (à 20,25 Mk.)

10. Venezuela: Schulden in Sa. 194 202 343 Bolivars, à 0,80 Mk.

Bei diesen Angaben sind die Schulden der Provinzen bezw. einzelnen Staaten nicht inbegriffen. Die angegebenen Kurse sind meist Jahresdurchschnitte.

---

Kommerzienrat **Zilling**-Stuttgart: Gestatten Sie, nur wenige Worte an die so äusserst interessanten und geistreichen Ausführungen des Herrn Dr. Jannasch zu knüpfen, um noch ganz besonders den Wert geschlossener deutscher Gemeinwesen im Ausland nicht bloss für die Erhaltung deutscher Sitte und Art, sondern namentlich auch für die deutsche Industrie und den deutschen Handel zu betonen. In den geschlossenen Gemeinwesen erhält sich vor allem die deutsche Sitte und dadurch bleiben sie die Abnehmer der deutschen Waren. Ein schlagendes Beispiel hierfür haben wir an den schwäbischen Kolonien in Palästina, welche, nachdem sie nunmehr schon über 40 Jahre bestehen, immer noch beinahe ihren ganzen Bedarf aus dem Mutterlande beziehen und auch, soweit es in ihrer Kraft steht, ihre Söhne zur Ausbildung nach Deutschland, speziell Süddeutschland, schicken, damit dieselben in deutschem Geiste erzogen werden und später als deutsche Handwerker, Ackerbauer und Kaufleute drüben für die deutsche Industrie wirken. Noch vielmehr als in den kleinen schwäbischen Kolonien in Palästina ist dies der Fall in den grossen deutschen Ansiedelungen in Südbrasilien; wie Sie wissen, liegt der Handel in Porto Alegre beinahe ausschliesslich in deutschen Händen. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, heute darauf hinzuweisen, dass zur Zeit, als noch das von der Heydtsche Reskript in Preussen bestand und nur wenige für die Auswanderung nach Brasilien einzutreten wagten, der Redner des heutigen Tages, Herr Dr. Jannasch es war, welcher trotz vieler Anfeindungen und Widerwärtigkeiten immer wieder zur Auswanderung nach Brasilien ermunterte und fortwährend die deutsche Industrie auf dieses wichtige Absatzgebiet hingewiesen hat. Ihm an dieser Stelle den Dank der deutschen Industrie auszusprechen, hielt ich für meine Pflicht.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die wirtschaftliche Grundlage und die Entwickelung der deutschen Auswanderung seit 1871.

Von Dr. **Alexander Tille,** Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Wenn von der deutschen Auswanderung und ihrer Entwickelung die Rede ist, so versteht man darunter insgemein diejenige Auswanderung, welche im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich unter der Überschrift „Überseeische Auswanderung" alljährlich nachgewiesen wird. Deren Entwickelung seit 1871 bietet des Bemerkenswerten soviel, dass sie tatsächlich einen geeigneten Gegenstand für allerhand wissenschaftliche und praktische Betrachtungen darstellt. Sie beginnt mit 76 Tausend im Jahre 1871 und steigt in den beiden Folgejahren auf 126 und 104 Tausend. Diese Anschwellung hat, wie bekannt, ihren Ursprung zu einem erheblichen Teile darin, dass aus den neuen Reichslanden nicht nur zahlreiche ehemals französische Untertanen nach Frankreich auswanderten, sondern eine recht erhebliche Zahl auch mit Sack und Pack übers Meer zog. Von 1874 bis 1879 sinken dann die Zahlen so stark, dass die überseeische Auswanderung in keinem einzigen Jahre auch nur 50 Tausend erreicht, um mit dem Jahre 1880 über 100 Tausend, mit den Jahren 1881 und 1882 über 200 Tausend anzuschwellen und sich 1883 bis 1893 immer noch auf einer Durchschnittshöhe von über 100 Tausend zu halten. Von 1894 an sinkt der Betrag dann auf 40, 30 und schliesslich fast auf 20 Tausend herab. Die Jahre 1897 bis 1901 zeigen Zahlen von 25, 22, 24, 22 und 22 Tausend von statistisch nachgewiesenen deutschen überseeischen Auswanderern. Dass diese gesamten Zahlen nicht genau sind, geht schon aus dem Umstande hervor, dass diese Auswandererstatistik sich ursprünglich nur auf Hamburg und Bremen bezog, dann auf Antwerpen und die belgischen und holländischen Häfen überhaupt ausgedehnt wurde, darauf auch die französischen Häfen mit heranzog und jetzt von den englischen Häfen auch Liverpool mit berücksichtigt. Aber aus diesem Umstande folgt zugleich, dass sie nach und nach genauer geworden ist, und, da die Zahlen der früheren Zeit zu klein angegeben sind, dass die wirklichen Zahlenunterschiede zwischen den einzelnen Perioden noch grösser sind als sie nach der amtlichen Statistik erscheinen. Trotzdem stellt die statistisch nachgewiesene deutsche überseeische Auswanderung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch jetzt noch nur einen Teil der wirklichen Auswanderung aus dem deutschen Reiche dar.

Wer die Verhältnisse des neuzeitlichen Weltverkehrs kennt, der weiss, dass in der geschäftsmässigen Beförderung von Auswanderern allerdings am meisten der Fall hervortritt, wo eine Familie mit Kind und Kegel in einem Auswandererschiff übers Meer zieht. Aber daneben gibt es auch auf diesem Gebiete eine sehr erhebliche Auswanderung, die in ganz anderen Formen vor sich geht. Ein einzelner Mechaniker, Kaufmann, Kellner, Barbier u. s. w. reist vielleicht sogar auf dem Umwege über England nach Amerika, ohne zu wissen, ob er drüben bleiben wird oder nicht. Gelingts ihm, drüben eine dauernde Beschäftigung zu finden, bleibt er; wenn nicht, kehrt er wieder heim. Ist er verlobt oder verheiratet, so lässt er im Falle seines Bleibens Braut oder Weib und Kind nachkommen. Ein grosser Teil dieser Auswanderer wird von der amtlichen überseeischen Auswanderungsstatistik nicht erfasst, namentlich dann nicht, wenn das Zwischendeck nicht die Beförderungsstätte bildet. Dazu hat das Deutsche Reich eine nicht unbedeutende europäische Auswanderung, die zum grossen Teile zunächst in der Form der fremden Arbeit in Holland, Belgien, Frankreich, der Schweiz und Oesterreich auftritt, aber ziemlich oft zu dauernder Auswanderung führt. Ausserdem wandern Deutsche auch über Triest nach den Mittelmeerländern und dem Morgenlande aus. Die Zahl der jährlich ausgewiesenen Ausländer, die sich nur auf einige Hunderte beläuft, ist zu gering, um in einer Betrachtung wie der vorliegenden, die nur nach Tausenden rechnet, besonders berücksichtigt zu werden.

Will man diese Zahlen fassen, so bleibt nichts anderes übrig, als sie rechnerisch auf Umwegen zu ermitteln, und dazu bietet uns die Reichsstatistik selbst ausreichendes Material. Wir kennen die Bevölkerungszahl der einzelnen Jahre in der Form der sogenannten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl, die von Jahrfünft zu Jahrfünft durch eine amtliche Volkszählung nachgeprüft wird. Deren Ergebnisse stimmen im grossen und ganzen so gut zur fortgeschriebenen Bevölkerungszahl, dass dieser ein ganz erheblicher Grad von Genauigkeit zuzusprechen ist. Ziehen wir die Bevölkerungszahl eines Jahres von der Bevölkerungszahl des nächsten Jahres ab, so erhalten wir den tatsächlichen Bevölkerungszuwachs, welcher in dem Jahre stattgefunden hat. Andererseits kennen wir aber auch die Zahl der Geburten und die Zahl der Todesfälle in jedem Jahre. Der Unterschied zwischen beiden ergibt den Geburtenüberschuss über die Todesfälle. Bestände keine Auswanderung und keine Einwanderung, so müsste dieser Geburtenüberschuss gleich der tatsächlichen Bevölkerungszunahme sein. Das Abziehen der tatsächlichen Bevölke-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rungszunahme von dem Geburtenüberschuss ergibt daher die Anzahl Deutscher, welche in dem betreffenden Jahre dem Reiche verloren gegangen sind, d. h. den nicht durch Einwanderung ausgeglichenen Menschenverlust des Reiches durch Auswanderung. Denn dass innerhalb eines Landes wie des Deutschen Reiches mit seinen geordneten Verhältnissen nicht jährlich Tausende und Zehntausende spurlos verschwinden können, ist selbstverständlich. Von dem so berechneten Menschenverlust des Reiches braucht man nur die statistisch nachgewiesene überseeische Auswanderung abzuziehen, um zu erfahren, wie gross die nicht statistisch nachgewiesene Auswanderung vermindert um etwaige Einwanderung ist. Bei dem Versuche, dies zu tun, ergibt sich zunächst die merkwürdige Tatsache, dass, abgesehen von dem Jahre 1871, dessen Statistik wegen Unvergleichbarkeit nach rückwärts kaum zu verwerten ist, in 5 Jahren überhaupt kein Menschenverlust durch Auswanderung zu stande gekommen ist, und in 4 Jahren davon sogar ein Gewinn durch ein Überschiessen der Einwanderung über die Auswanderung. Es sind dies die Jahre 1895, 1896, 1897, 1899, 1900. In denselben war der Überschuss der Einwanderung über die Auswanderung 26, 0, 52, 3 und 7 Tausend. Das Jahr 1898 zeigt dagegen noch einen geringen Überschuss der Auswanderung über die Einwanderung, nämlich von 5 Tausend. Im Jahre 1896 haben sich Auswanderung und Einwanderung genau die Wage gehalten. Die Jahre 1895, 1897, 1899 und 1900 dagegen haben zusammen 88 Tausend mehr Einwanderer gebracht als Auswanderer abgegeben, was den ganzen Menschenverlust durch Auswanderung bis zum Jahre 1893 zurück wettmacht. Die Frage, ob von den Einwanderern ein nennenswerter Bruchteil bloss vorübergehend im Lande war, und ob er vielleicht im nächsten Jahre durch eine andere Gruppe Italiener, österreichische oder russische Polen u. s. w. abgelöst wurde, ist dabei ganz gleichgültig; denn es kommt hier einzig darauf an, wieviel Menschen das Deutsche Reich in einem Jahre mehr ernährt hat als im vorausgehenden.

Das eigenartige Ergebnis der Kombinierung der Zahlen verschiedener Statistiken weist darauf hin, die Statistik der Einwanderungsverhältnisse etwas näher ins Auge zu fassen, und da zeigt sich folgende seltsame Erscheinung. In den Jahren 1871, 1872 und 1873 ist der Menschenverlust durch Auswanderung abzüglich der Einwanderung kleiner als die statistisch ermittelte überseeische Auswanderung, d. h., da die letztere über jeden Zweifel sicher festgestellt ist, es hat in diesen Jahren eine Einwanderung in das Deutsche Reich stattgefunden, die einen Teil der überseeischen Auswanderung wett gemacht hat. Mit dem Jahre 1874 wird dies jedoch anders, und zwar bis zum Jahre 1886. Gewiss hat auch in dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zeit eine gewisse Einwanderung stattgefunden, aber ihr Betrag ist so gering gewesen, dass der aus der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl ermittelte Menschenverlust des Reiches durch unausgeglichene Auswanderung in dieser ganzen Zeit grösser erscheint als die statistisch ermittelte überseeische Auswanderung. Mit dem Jahre 1887 wird das plötzlich abermals anders. Da beginnt der Menschenverlust durch unausgeglichene Auswanderung hinter der statistisch gefassten überseeischen Auswanderung zurückzubleiben, d. h. in dieser Zeit hat eine so starke Einwanderung stattgefunden, dass sie nicht nur die statistisch nicht gefasste Auswanderung ausglich, sondern sogar noch einen Teil der statistisch gefassten Auswanderung wett machte. Dass im Jahre 1896 die Einwanderung gerade sämtliche Auswanderung wett machte und in den Jahren 1895, 1897, 1899 und 1900 trotz der Auswanderung von durchschnittlich 27 Tausend sogar noch ein Mehr von 88 Tausend brachte, wurde bereits erwähnt.

Ganz offenkundig wird vom Jahre 1881 an die überseeische Auswanderungsstatistik erheblich genauer. Im Jahre 1883 deckt sich zufällig die statistisch gefasste überseeische Auswanderungszahl genau mit dem Menschenverluste des Reiches durch Auswanderung abzüglich der Einwanderung. Vom Jahre 1887 an aber besteht überhaupt kein nennenswerter Verlust durch Auswanderung mehr, der nicht durch Einwanderung fast ausgeglichen würde. Der Menschenverlust durch Auswanderung, der nicht durch Einwanderung ausgeglichen wurde, beläuft sich mit einziger Ausnahme des Jahres 1891, in dem er 172 Tausend erreichte, seit 1887 niemals mehr auf 100 Tausend und seit 1890 nicht einmal mehr auf 40 Tausend, bis er sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sogar in einen Gewinn verwandelt. Die Zahlen sind:

| | Verlust: | | Gewinn: | |
|---|---|---|---|---|
| 1887 | 67 | Tausend. | | |
| 1888 | 69 | „ | | |
| 1889 | 95 | „ | | |
| 1890 | 39 | „ | | |
| 1891 | 172 | „ | | |
| 1892 | 94 | „ | | |
| 1893 | 35 | „ | | |
| 1894 | 35 | „ | | |
| | | | 1895 | 26 Tausend. |
| | | | 1896 | 0 „ |
| | | | 1897 | 52 „ |
| 1898 | 5 | „ | | |
| | | | 1899 | 3 „ |
| | | | 1900 | 8 „ |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Menschenverlust des Reiches durch Auswanderung, der nicht durch Einwanderung ausgeglichen wurde, ist also sehr gering in der Zeit von 1872—1878. In diesen 7 Jahren betrug er durchschnittlich nur 60 Tausend. Er wird dagegen sehr bedeutend in den 8 Jahren 1879—1886. In dieser Zeit betrug er durchschnittlich 172 Tausend. Mit dem Jahre 1887 sinkt er jäh und beträgt im Durchschnitt der 8 Jahre 1887—1894 trotz des einen grossen Verlustjahres 1891 nur 76 Tausend. Mit dem Jahre 1895 geht der Verlust sogar in einen Gewinn über, der in den 6 Jahren 1895—1900 durchschnittlich 14 Tausend beträgt. Wir haben also 4 Perioden, in deren ersten drei der nicht durch Einwanderung wieder ausgeglichene Menschenverlust durchschnittlich 60, 175 und 76 Tausend beträgt, während die letzte sogar einen Gewinn von durchschnittlich 14 Tausend aufweist.

Aber auch diese absoluten Zahlen geben noch kein Bild von der wirklichen Entwickelung. Ein solches entsteht erst, wenn man diesen Menschenverlust bezw. Gewinn in Beziehung setzt zu dem jährlichen Geburtenüberschuss und berechnet, wieviel Prozente des Geburtenüberschusses der unausgeglichene Menschenverlust des Reiches in jedem Jahre und in jeder Periode betragen hat.

Es ist offenkundig unrichtig, die Auswanderungszahlen — ich werde in Zukunft immer von dem unausgeglichenen Menschenverlust durch Auswanderung sprechen und nicht nur von der statistisch nachgewiesenen überseeischen Auswanderung — mit der Bevölkerungszahl in Beziehung zu setzen, wenn man den Zusammenhang der Auswanderung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Landes ermitteln will; sondern eine fruchtbare Beziehung besteht vielmehr einzig zwischen der Auswandererzahl und dem Geburtenüberschuss. Zu diesem Satze führt unmittelbar die folgende Betrachtung:

Wenn z. B. im Jahre 1871 im Deutschen Reiche 40 997 Tausend Menschen lebten, so bedeutete das, dass diese dort ihren Unterhalt fanden, dass das Land sie ernährte. Ohne jede Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen würde das Deutsche Reich im Jahre 1872 die gleiche Anzahl haben ernähren können. Nun schufen aber die 40 997 Tausend Deutsche des Jahres 1871 einen Geburtenüberschuss von 201 Tausend. Dadurch wurden 201 Tausend Plätze mehr am Tische des Daseins besetzt, als sonst eingenommen gewesen waren. Die Frage ist: Wieviel andere Deutsche mussten infolgedessen weichen, weil das Land sie nicht mehr ernähren konnte, oder ein wie grosser Volksteil hat auswandern müssen, weil durch die Neuankömmlinge der Ellenbogenraum so beengt worden war, dass ihnen das Ausland bessere Aussicht auf Fortkommen bot?

Auch wenn man den Menschenverlust des Reiches durch unausgeglichene Auswanderung mit dem Geburtenüberschuss in Beziehung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

setzt, bleibt das unsichere Jahr 1871 am besten ausser Rechnung. In den vier Auswanderungsperioden, welche wir unterschieden haben, stellte sich das Verhältnis des Menschenverlustes zu dem Geburtenüberschuss folgendermassen:

Von 1872 bis 1878 gingen dem Reiche von seinem Geburtenüberschuss durchschnittlich jährlich 11,4 pCt. verloren, 1879 bis 1886 33 pCt., 1887 bis 1894 12,1 pCt. und 1895 bis 1900 gab es einen Zuschlag von 1,8 pCt zum Geburtenüberschuss. Teilen wir die Zeit von 1887 bis 1900 so, dass wir die Jahre 1887 bis 1892 und die Jahre 1893 bis 1900 zusammenfassen, so ist der Verlust für die erstere Zeit 14,4 pCt., und der Gewinn für die letztere Zeit 0,05, d. h. trotz eines durchschnittlichen Geburtenüberschusses von 757 000 im Jahre gibt es noch einen Zuwachs von 0,05 pCt. zu demselben durch Zuwanderung, welchen das Reich trotz des hohen Geburtenüberschusses mit ernährt hat.

Während diese Berechnungen also in groben Zügen das allgemeine Bild bestätigen, welches die Entwickelung der überseeischen Auswanderung zeigt, soweit sie statistisch nachgewiesen ist, so ergeben sie doch andererseits noch einen viel tieferen Einblick in den Wandel, welcher sich hinsichtlich der Grundlagen für die Auswanderung im letzten Menschenalter vollzogen hat, und können zweifellos als Symptome der allgemeinen wirtschaftlichen Entwickelung im Deutschen Reiche gelten.

Über die Ursachen der Auswanderung stehen sich vielfach zwei entgegengesetzte Ansichten gegenüber. Am allgemeinsten ist die alte Auffassung, dass es die wirtschaftliche Not sei, die zur Auswanderung treibe. Aber Bismarck hat andererseits in einem Worte, das er keineswegs als Scherzwort genommen haben wollte, einmal die Auswanderung aus einigen deutschen Gegenden als Beleg für den dort vorhandenen Aufschwung angeführt. Keine der beiden Anschauungen lässt sich, genau betrachtet, schroff aufrecht erhalten, sondern wenn man zur Erfassung der tatsächlichen Verhältnisse kommen will, so muss man sich die Auswanderer selbst ein wenig näher ansehen. Wenn die Not es wäre, was zur Auswanderung treibt, dann müsste derjenige Teil des Volkes, der am ärgsten in Not lebt, am stärksten auswandern. Das ist die Hefe des Volkes, der Auswurf, die Heimatlosen, die Landstreicher, Bettler und das sonstige arbeitsscheue Gesindel, das sich ihnen anreiht. Bekanntermassen aber wandert der Auswurf nie aus. Noch kein Volk ist durch Auswanderung seine Landstreicher los geworden. In Ostlondon sind die vielfältigsten Versuche damit angestellt worden, aber man hat mit ihnen nicht das mindeste erreicht. Wer nicht in seine Arbeitskraft ein gewisses Vertrauen hat und andererseits der Meinung ist, dass

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

er es in der Ferne leichter und rascher vorwärts bringen werde als daheim, der wandert nicht aus. Wer ferner nicht über eine Sparsumme verfügt, die wenigstens genügt, um die Ozeanfahrt zu bezahlen, und wer nicht ausserdem die neuerdings bei der Landung in manchen Staaten aufzuweisende Summe sein eigen nennt, dem ist die Auswanderung, z. B. nach den Vereinigten Staaten, immer noch verschlossen. Andererseits aber wandert auch derjenige nicht aus, der die Empfindung hat, dass er in der Heimat seinen Leistungen entsprechend fortkommt oder der gar dort besser fortzukommen meint als in der Fremde. Somit lässt sich die Gattung der Auswanderer immerhin einigermassen umschreiben.

Es lassen sich aber auch die Verhältnisse kennzeichnen, welche, wo nicht ein ganz besonderes Heimgefühl, ein besonderes Verwachsensein mit der Scholle der Väter im Wege steht, gemeinhin zur Auswanderung führen. Auch in diesem Punkte gibt es ein weitverbreitetes Vorurteil, dass nämlich die Auswanderung der handarbeitenden Klassen den Ländern mit höheren Löhnen zustrebe. Dass das ein Irrtum ist, beweist schon folgender Umstand: England hat erheblich höhere Arbeitslöhne als Frankreich, und dennoch hat England nur eine durchschnittliche Jahreseinwanderung von 8000, Frankreich dagegen eine solche von 30 000. Man darf bei Auswanderungsfragen ausserdem nicht schlechthin Volk mit Volk vergleichen, sondern man muss Volksschicht mit Volksschicht in Vergleich stellen. Es kann sehr wohl der Fall sein, dass für eine Schicht eines Volkes keinerlei Reiz besteht, nach dem andern Lande auszuwandern, während für eine andere Schicht ein sehr starker Reiz dazu vorhanden ist. Es kommt dabei auch nicht auf die absolute Höhe des Einkommens der betreffenden Schicht an und auch nicht auf den Kaufwert dieser absoluten Jahreslohnsumme, sondern auf die Volksspannung in der betreffenden Schicht. Die Studien dazu lassen sich ebenso gut innerhalb eines grösseren Volkes wie des deutschen machen, wie zwischen zwei Völkern und Ländern. Denn zwischen den verschiedenen Gegenden eines Landes bestehen gerade so gut Unterschiede in der Volksspannung wie zwischen verschiedenen Ländern, oft sogar selbst grössere. Die Spannungsverhältnisse Ostpreussens sind von denen des Rheinlandes sehr viel verschiedener als diejenigen der Rheinlande von denen Frankreichs. Infolgedessen gibt es ja auch bedeutende innere Wanderungen.

Unter Volksspannung versteht man das Verhältnis der Leistung zum Lohne (mit Berücksichtigung des Lohnleistungsgesetzes, von dem hier aber der Einfachheit wegen abgesehen werden soll). Wenn in einem Bezirke Arbeiter mit der Leistung 1 sind und 3 Mk. Tagelohn beziehen und im Nachbarbezirk Arbeiter mit der Leistung 2

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sind und 4 Mk. Tagelohn beziehen, so ist die Bevölkerungsspannung in dem einen $^1/_3$ und in dem anderen $^1/_2$ und es besteht keinerlei Drängen der Arbeiter des ersten Bezirkes nach dem zweiten hin; denn um dort 1 Mk. mehr zu verdienen, müssten sie ihre täglichen Arbeitsleistungen verdoppeln, ohne deswegen den doppelten Lohn zu erhalten. Obgleich nun das Verhältnis der Leistung zum Lohne die Tendenz hat, sich allenthalben auf der Erde gleich zu gestalten, weil den Bezirken mit geringerer Volksspannung immerfort Arbeiter zuströmen und durch ihr vermehrtes Angebot von Arbeit dort auf den Lohn drücken, so entstehen doch infolge von wirtschaftlichen Verhältnissen, Entdeckungen neuer Erz- oder Kohlenlager, Anbau neuer Pflanzungen, Entstehung neuer Industrien, unausgesetzt neue Mittelpunkte mit niederer Volksspannung, nach denen ein Zuströmen von Arbeitskräften einsetzt, in Deutschland bekanntlich am stärksten in dem industriereichen Westen. Und genau dasselbe gilt von Volk zu Volk.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass die Ursachen der Auswanderung bei völlig sich gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen im Inlande, ja selbst bei einem Aufschwunge des Inlandes ganz im Auslande liegen können. Die Entdeckung ferner Goldlager und Diamantfelder, die Eröffnung neuer Weizenfluren und die Entstehung besonderer Industrien in der Ferne hat schon oftmals an Punkten ausserhalb des Reiches die Volksspannung so herabgedrückt, dass nach ihnen hin ein wildes Zuströmen der Söhne aller Herren Länder stattfand. In der Zeit seit 1887 sind solche Ereignisse, welche eine faszinierende Wirkung auf die Massen im Deutschen Reiche ausgeübt hätten, nicht eingetreten, und somit hat es an einem besonderen Auswanderungsantriebe gefehlt. Ja, man kann sogar noch weiter gehen und sagen, dass ein seit längerer Zeit bestehender Auswanderungsantrieb fortgefallen ist. Es betrifft das alt bevorzugte Auswanderungsziel der Deutschen, die Vereinigten Staaten. Ende der achtziger Jahre fällt in diesen der Beginn der Bewegung, welche infolge der zu Riesenhöhen emporgestiegenen Löhne des gelernten Arbeiters dazu führte, Maschinen zu konstruieren, welche menschliche Arbeitskraft nach Möglichkeit verdrängten, und zugleich von ungelernten Arbeitern bedient werden konnten. Das führte sehr rasch zu einem Sinken der Löhne auf zahlreichen Gebieten und steigerte dadurch die Volksspannung. Darin ist bis in die neueste Zeit kein Wandel eingetreten. Im Gegenteil haben gerade 1902 die Verhältnisse, welche durch den Bergarbeiterausstand in Pennsylvanien bekannt geworden sind, gezeigt, dass dort der durchschnittliche Jahreslohn der Bergarbeiter 250 Dollars, d. h. 1025 Mk. beträgt, während der Jahresverdienst des Bergmanns im Ruhrrevier 1200 Mk. beträgt, und über-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dies im Deutschen Reiche die Daseinsmittel erheblich billiger sind als in Pennsylvanien.

Die wesentlichen Grundlagen für die eigentümliche Gestaltung der Auswanderungsverhältnisse, und insonderheit des unausgeglichenen Menschenverlustes für das Deutsche Reich, liegen aber zweifellos innerhalb der Grenzen des Reiches selbst und sind in dessen eigener neuerer wirtschaftlicher Entwickelung zu suchen. Ein einfacher Blick auf die Zahlen der Menschenverluste, die ich oben angeführt habe, lehrt, dass der wirtschaftliche Aufschwung, welcher sich mit dem Jahre 1887 vorbereitete, der Hauptgrund für die Minderung der Menschenverluste des Reichs durch Auswanderung, und schliesslich selbst für die Anziehung einer stärkeren Zuwanderung war, die die Auswanderung mehr als wett machte.

Es ist eine der bemerkenswertesten Tatsachen, dass uns die Herkunftsstatistik der überseeischen Auswanderer jedes einzelne Jahr aufs neue in der überzeugendsten Form vor die Augen führt, dass dieselben ihrer überwältigenden Mehrzahl nach aus den Ackerbaugegenden des Reiches kommen. Die Provinzen Posen, Hannover, Brandenburg, Westpreussen, Schleswig-Holstein stehen fast ausnahmslos obenan. Die fortschreitende Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen macht zahlreiche Menschenkräfte auf dem Lande frei, sodass dieselben, selbst wenn sie auf dem Lande wohnen bleiben, zu anderen Beschäftigungen überzugehen gezwungen sind. Dazu kommt, dass die deutsche Fleischerzeugung mit der riesigen Bevölkerungszunahme der letzten Jahrzehnte völlig Schritt gehalten hat. Da zur Viehzucht weniger Menschenkräfte nötig sind als zum Körnerbau und zum Bau von Hackfrüchten, so ergibt auch dieser Zug der Entwickelung einen gewissen Betrag unbeschäftigter Hände auf dem Lande. Dazu kommt noch ein weiteres Moment.

Durch die Erschliessung neuer Getreideländer durch immer billigere Frachten war dem deutschen Ackerbau ein gutes Teil lohnender Beschäftigung abhanden gekommen. Hier konnte nur die Zollpolitik des Reiches Wandel schaffen. Der Einmarkzoll auf Brotgetreide, den das Jahr 1879 gebracht hatte, war an der deutschen Landwirtschaft spurlos vorüber gekommen. Da brachte das Jahr 1885 den Dreimarkzoll und das Jahr 1887 den Fünfmarkzoll für Roggen und Weizen, einen Zollbetrag, der hoch genug war, um eine Wertsteigerung des im Inlande erzeugten Brotkorns zu schaffen. Sofort wurde es lohnend, Flächen unter dem Pfluge zu halten, die sonst der Brache verfallen gewesen wären, und selbst Flächen unter den Pflug zu nehmen, auf denen sich der Körnerbau bei niedrigeren Körnerpreisen nicht gelohnt haben würde. Was der Dreimarkzoll von 1885 noch nicht vermocht hatte, das vermochte der Fünfmarkzoll von 1887.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mit einem Schlage sank im Jahre 1887 gegenüber 1886 der Menschenverlust des Reiches durch unausgeglichene Auswanderung von 150 000 auf 67 000, von 29,3 pCt. des Geburtenüberschusses auf 11,1 pCt. Mit einem Schlage war eine achtjährige Periode zu Ende, in der der Menschenverlust durch Auswanderung 33 pCt. des Geburtenüberschusses betragen hatte, und es begann eine andere achtjährige Periode, in der er im Durchschnitt 12,1 pCt. betrug und im ganzen noch eine sinkende Tendenz aufwies, die sich in weiteren sechs Jahren fortsetzte, bis der Verlust sich in einen Gewinn verwandelte. Gewiss haben auch psychologische Momente dabei mitgewirkt, die ländliche Bevölkerung stärker als bisher an der Scholle festzuhalten: vor allem der Glaube daran, dass für die deutsche Landwirtschaft nunmehr bessere Zeiten anbrächen und dass infolgedessen die Arbeit des Fleissigen in der Heimat auch ihren Lohn finden werde. Als dann 1892 der Getreidezoll teilweise und 1894 ganz auf 3,50 Mk. herabgesetzt wurde, da war die deutsche Industrie in einem so starken Aufschwunge begriffen, dass sie fast alle die ländlichen Arbeiter aufnehmen konnte, welche sich vom Lande weg und nach einem höheren Einkommen sehnten, und so blieb diese Herabsetzung des Zolles, die aber immer noch einen höheren Betrag bestehen liess, als unmittelbar vor 1887 bestanden hatte, ohne Folgen für die Gestaltung der deutschen Auswanderung.

Schon seit den sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hatte die sich neuentwickelnde Industrie einen erheblichen Teil der Menschen aufgenommen, welche die natürliche Bevölkerungszunahme brachte, und für welche die Landwirtschaft keine Beschäftigung hatte, aber das erste Jahrzehnt des neuen Reiches war ihr zu wenig günstig, als dass sie hätte zu sonderlicher Blüte gelangen können. Es war mehr eine langsame stetige Entwickelung unter unsäglicher Mühe als ein kräftiges Emporblühen. Einzelne Schwankungen der Weltkonjunktur vermochten noch ganze aufstrebende Industriezweige wie die süddeutsche Baumwollspinnerei zu erschüttern. Erst das Jahr 1879 brachte mit seinem autonomen Zolltarif einige Abhilfe. Freilich war das allgemeine Darniederliegen allen Geschäftes nach dem grossen Zusammenbruch von 1873/74 ein viel zu tiefes, um die Industrie zu rascher Blüte gelangen zu lassen. Die erste Aufschwungszeit, die sie unter den neuen stetigeren Verhältnissen erlebte, begann etwa mit dem Jahre 1887, und seitdem ist sie imstande gewesen, nicht nur die Erhaltung eines gewaltigen Teiles des Geburtenüberschusses im Inlande zu ermöglichen, sondern auch noch für 88 000 Zuwanderer Brot zu schaffen. Bis zum Jahre 1901 ist die landwirtschaftliche Bevölkerung ständig zurückgegangen und die industrielle um mehr als den dadurch freigewordenen Betrag gewachsen. Was ehedem in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Fremde wandern musste, weil ihm die Heimat kein Brot mehr bot, das hält heute die deutsche Industrie dadurch im Deutschen Reiche fest, indem sie ihm Arbeitsgelegenheit schafft, und dadurch das Reich in die Lage versetzt, statt wie ehedem Menschen, Waren zu exportieren. Dass der früher notwendige Menschenexport in den letzten acht Jahren so gut wie völlig durch den Warenexport ersetzt worden ist, das ist die bedeutsamste Tatsache in der gesamten Entwickelung der Auswanderung in Deutschland.

Allerdings bieten auch die Zahlen der Spezialausfuhr kein sicheres Merkmal für die wirtschaftliche Entwickelung eines Landes, sondern ein solches kann vielmehr ausschliesslich in der Entwickelung des Wertes seiner Jahresproduktion gefunden werden, die sich wiederum unmittelbar kaum mit genügender Schärfe fassen lässt, sondern gemeinhin nach Symptomen, wie der Hebung der Lebenshaltung der Massen, der Zunahme der Spareinlagen der Sparkassen, der Steigung der Erträge der Einkommensteuer, der Steigerung der Einnahmen der Staatseisenbahnen, beurteilt zu werden pflegt. Immerhin aber ist eine stetige Entwickelung der Spezialausfuhr eines Landes auch eins der Momente, die für längere Zeiträume als solche Symptome dienen können. Darin haben wir, wenn wir von dem Tiefpunkt 1892 ausgehen, folgende Entwickelung: Die deutsche Spezialausfuhr steigt von 1892 bis 1901, also in 9 Jahren, um rund 1 ½ Milliarde Mark, oder fast um die Hälfte ihres Betrages von 1892. Einer Spezialausfuhr von 3150 Millionen Mark Wert im Jahre 1892 stand 1901 eine solche von 4513 und 1900 sogar eine solche von 4753 Millionen Mark Wert gegenüber. In dieser 1 ½ Milliarde Mehrbetrag der Ausfuhr gegenüber 1892 steckt ungefähr eine Milliarde Arbeitslöhne, die, zu Beträgen von 1000 Mk. auf den Kopf des Erwerbstätigen verteilt, einer vollen Million Familien mehr Arbeitsgelegenheit gibt, als ohne sie vorhanden sein würde.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen stellt zweifellos die Tatsache dar, dass das Jahr 1900 und das Jahr 1901 noch einen Überschuss der Einwanderung über die Auswanderung zeigen, obwohl der Beginn des wirtschaftlichen Niederganges bereits in den Sommer 1900 fällt. Es ist nun gar keine Frage, dass bei dauerndem Darniederliegen der deutschen Industrie der Auswandererstrom zu gewaltigem Umfange wieder anschwellen müsste, da breite Massen der Industriearbeiter lieber auswandern werden, als dass sie aufs Land zurückkehren. Aber andererseits sind seit der letzten Niedergangszeit grossen Stiles Mitte der siebziger Jahre doch Verhältnisse eingetreten, welche eine Stetigung der Industriebeschäftigung zur Folge gehabt haben. In der Zwischenzeit hat sich im Deutschen Reiche eine bedeutende Grossindustrie entwickelt, welche kapital-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kräftig genug ist, um ihre Werke eine Zeit lang auch dann noch in weitem Umfange im Betriebe zu erhalten, wenn der Absatz nur noch mit Verlust nach dem Auslande möglich ist. Dieser Zug hat in neuester Zeit durch die Ausbildung des Syndikatswesens, welche noch grössere Finanzgruppen geschaffen hat, eine ganz besondere Stütze erhalten. Ohne beide Züge würden wir längst mit einer stärkeren Einschränkung der Industriebetriebe, mit der Entlassung von Hunderttausenden von Arbeitern und mit einem Wachsen der Auswanderung zu tun gehabt haben.

Dem Zwecke, möglichst viele Deutsche an der heimischen Scholle festzuhalten und dadurch unsere heimische Volkskraft immer stärker zu machen, dient unsere gesamte nationale Wirtschaftspolitik. Und wenn sie ihm nicht diente, dann wäre sie keinen Schuss Pulver wert. Schutz dem heimischen Produktionsgebiete insoweit, dass auf demselben unter ebenso günstigen Bedingungen produziert werden kann wie im Auslande, und Handelsverträge, welche den deutschen Waren möglichst günstige Absatzbedingungen auf fremden Märkten sichern, das sind ihre beiden Grundaufgaben. Nur wenn sie beiden Genüge tut, kann sie ihre Aufgabe voll erfüllen.

Wieder tobt einmal der Kampf darum, ob diese beiden Aufgaben auch in Zukunft nebeneinander bestehen bleiben sollen, und zugleich darum, ob der Industrie, welche des Landes neue Kinder ernähren soll, auch die handelspolitischen Vorbedingungen dafür gewährt werden sollen. Vom Standpunkte einer nationalen Volkstandspolitik aus, welche auf die möglichste Stärkung des heimischen Volksganzen ausgeht, sollte diese Frage längst entschieden sein.

Wenn auch nicht bewusst, so hat unser Volk tatsächlich einmal vor der Frage gestanden, ob wir Menschen oder Waren ausführen sollen. Und die Entwickelung des letzten Jahrzehnts hat sich für die Waren entschieden. Sicher soll man dem deutschen Auswanderer, der nun einmal entschlossen ist, fern überm Meere sein Glück zu erproben, so förderlich sein wie möglich und ihm namentlich die Möglichkeit schaffen, bei Stammesbrüdern zu siedeln, damit er seiner Muttersprache und seinem Volkstume erhalten bleibe. Aber man soll darüber auch nicht vergessen, dass wir grösseres schaffen, wenn wir unseren Geburtenüberschuss daheim festhalten, indem wir durch eine weitsichtige Handelspolitik die Mittel schaffen, jedes Jahr im Deutschen Reiche neue Hunderttausende zu ernähren. Die Zeit ist vorüber, wo man sich ein Volk aus Bergen und Seen, Weideflächen und Weizenfeldern zusammengesetzt dachte. Und die andere, in der man es sich wie in England zu Cobdens Tagen aus Geldbeuteln bestehend dachte, hat es bei uns nie gegeben. Wir haben gelernt, ein Volk als einen Kraftmittelpunkt zu betrachten, von dem aus

Kraftäusserungen nach allen Richtungen ausgehen. Unser Volk besteht heute aus mehr als 57 Millionen Menschen und ist damit das stärkste Volk Westeuropas geworden. Die in Mitteleuropa in einem Komplex zusammenwohnenden deutsch redenden Menschen mit deutschem Nationalgefühl stellen den grössten Kraftmittelpunkt einer Zunge dar, den es unter den gesitteten Völkern überhaupt gibt. Bei allem Streben, auf zwei anderen Erdteilen politisch immer festeren Fuss zu fassen, und auf einem dritten deutsche Siedelstätten zu begründen, wollen wir doch nicht vergessen, dass die Wurzeln unserer wirtschaftlichen und politischen Kraft im deutschen Heimatboden ruhen und dass mit jedem Menschen, den wir durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit mehr daheim festhalten, unser Volkstum eine Stärkung erfährt.

(Siehe die Tabelle Seite 614/615.)

Rittergutsbesitzer **von Löbbecke**, Kassel: Ich glaube doch, dass das Wort des Fürsten Bismarck, dass nur in Zeiten des Wohlstandes eine starke Auswanderung stattfindet, ganz zutreffend ist, weil ja nicht die Landarbeiter, sondern die Bauernsöhne auswandern. Diese können aber nur in Zeiten des Aufschwungs fortgehen.

Landarbeiter können aber nur auswandern, wenn ihnen die Gelder dazu aus Amerika gesandt werden, was häufig geschieht.

Handwerker finden aber in Amerika wenig Lohn, weil alles mit Maschinen gemacht wird. Diese wandern überhaupt wenig aus.

Es müssen doch noch andere Faktoren sein als die, welche der Herr Vortragende anführte, welche die Auswanderung bedingen, nicht nur die Volksspannung. Zu beachten ist auch, dass der hohe Lohn der Dienstboten, besonders der weiblichen, vielfach Auswanderung nach Amerika veranlasst.

Nach meinem Dafürhalten wird die Auswanderung nach Nordamerika am meisten durch die viel tausendfachen verwandtschaftlichen Beziehungen der Bewohner der alten und der neuen Welt gefördert. Sie tritt dann besonders lebhaft in die Erscheinung, wenn in der alten Welt viel Geld verdient wird, wie z. B. im Jahre 1872, kurz vor der bald darauf eintretenden wirtschaftlichen Krisis.

Direktor **Fabarius**, Witzenhausen: Mehr Ellbogenraum wollen die Auswanderer, nicht bessere Löhne. Die Landwirtschaft gerade da, wo sie intensiv und mit Maschinen arbeitet, hat Mangel an Arbeitern (poln. Sachsengänger). Die landwirtschaftlichen Bezirke mit minderer Entwickelung und minderer Aussicht auf gedeihliches Fortkommen haben die stärkste Auswanderung. Der gesunde Natursinn der ländlichen Bevölkerung im Verlangen nach eigenem



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Landbesitz ist die stärksttreibende Kraft bei der Auswanderung und die besonderen Aussichten einiger Gebiete des Auslandes, nicht aber die Gründe des Vortragenden sind die wesentlichen Triebkräfte.

Denn die Tatsache steht fest, dass die Auswanderung überhaupt nur aus ländlichen Bezirken ausgeht und insonderheit gerade aus den Gebieten, wo die ländlichen Besitzverhältnisse, sei es infolge zu grosser Zersplitterung in kleine Besitze, sei es infolge zu grosser Besitzanhäufung in den Händen weniger, dergestalt sind, dass die Erwerbung von eigenem Besitz oder auch nur auskömmlicher Pachtung für gering Bemittelte und die nachgebornen Söhne von Bauern so gut wie ausgeschlossen ist. Gerade aber in den landwirtschaftlich kulturell höchst entwickelten Gebieten, z. B. der Provinz Sachsen, Niederrhein u. s. w. hat es eine nennenswerte Auswanderung nie gegeben. Ebensowenig hat die sogenannte Volksspannung in dicht bevölkerten Industriebezirken, die der Herr Vortragende erwähnte, selbst bei Rückgang des industriellen Geschäftsganges, zu einer Auswanderung, ja nicht einmal zu einem Rückstrom in die vorentvölkerten ländlichen Gebiete geführt. Das sind, gegenüber aller Doktrin und Theorie, die tatsächlichen Erfahrungen in der Auswanderungspraxis, sowohl in Deutschland wie in England, Italien u. s. w.

**Sellin**, Direktor der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft, Hamburg: Auf Grund meiner 35 jährigen Erfahrung im praktischen Kolonisationsdienst muss ich hervorheben, dass sich die Ursachen der deutschen Auswanderung und die Elemente, aus welchen sich dieselbe zusammensetzt, im Laufe der Jahrzehnte vollkommen verändert haben.

Früher waren es namentlich Landarbeiter, die auswanderten, um sich im Auslande eine eigene Scholle zu erwerben, welche die Heimat ihnen versagte. Dieses Element fehlt unter den heutigen Auswanderern fast gänzlich. Verschiedene Umstände politischer und wirtschaftlicher Art haben es bewirkt, dass dasselbe sich mehr und mehr nach den Städten zurückgezogen und Beschäftigung in der Industrie gesucht hat, während auf dem platten Lande leider der polnische Arbeiter an seine Stelle getreten ist.

Die heutige deutsche Auswanderung besteht grösstenteils aus Städtern, welche infolge des Rückganges in der Industrie zur Auswanderung veranlasst werden. Viele von ihnen mögen ursprünglich vom Lande stammen und die Hoffnung hegen, als Kleinbauern drüben ihr Fortkommen zu finden, aber bei manchen wird dies nicht der Fall sein, da ihnen nicht mehr die gleiche landbauliche Tüchtigkeit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

innewohnt wie ehemals, auch ihre Lebensführung in den Städten eine so anspruchsvolle geworden ist, dass sie sich in neuen Urwaldsiedlungen, wo sie die gewohnten Lebensbedürfnisse nicht befriedigen können, unglücklich fühlen und es darum vorziehen, dieselben wieder zu verlassen, um entweder nach Deutschland zurückzukehren oder in den überseeischen Städten Beschäftigung zu suchen.

Derartige Fahnenflüchtige gab es vor 30—40 Jahren fast gar nicht, während sie heute etwa 25 pCt. der Gesamteinwanderung auf den deutschen Kolonien in Südbrasilien bilden.

Eine rühmliche Ausnahme machen die Kohlenbergleute aus dem Ruhrrevier, von welchen in den letzten Jahren eine grössere Anzahl nach Südbrasilien ausgewandert ist.

Viele von ihnen sind ursprünglich aus dem ländlichen Tagelöhnerstande hervorgegangen, also von Jugend auf an schwere Arbeit gewöhnt und dem schweren, ungesunden Bergmannsberuf nur so lange zugetan, als er ihnen reichlichen Verdienst verschafft. Ist dies nicht der Fall, so kehren sie gern zur Landwirtschaft zurück, ziehen es dann aber vor, auszuwandern, um jenseits des Ozeans Kleinbauern zu werden, statt in der Heimat Beschäftigung als ländliche Lohnarbeiter zu suchen.

Mit diesem Element haben wir bei der Kolonisation ausgezeichnete Erfahrungen gemacht; aber auch aus anderen Berufsklassen haben wir manche tüchtige Kolonisten hervorgehen sehen, wenn auch — wie bereits bemerkt — im allgemeinen die landbauliche Befähigung bei den heutigen deutschen Auswanderern sehr abgenommen hat.

Wo sie aber noch vorhanden oder wieder geweckt werden kann, da sollte man auch dafür sorgen, dass sie dem Vaterlande möglichst dienstbar gemacht wird. Ist das in der heimischen Landwirtschaft nicht möglich, so versuche man es auf überseeischen Siedlungsgebieten, wie z. B. auf den deutschen Kolonien in Südbrasilien, wo unsere Auswanderer und ihre Nachkommen als Abnehmer deutscher Waren ihrem Stammlande noch erheblichen Nutzen bringen und vor allen Dingen ihre nationale Eigenart und Sprache aufrecht zu erhalten vermögen.

Pastor **Paul Müller**, Hamburg: Der jährliche Überschuss der Bevölkerung wird durch die heutige Industrie und Landwirtschaft nicht nur absorbiert, nein, die polnische und italienische Einwanderung muss noch grosse Lücken ausfüllen.

Nicht wirtschaftliche Not ist vorwiegend Antrieb der Auswanderung, sondern ein überzähliges Quantum an Kraft und Unternehmungsgeist, das nach freierer und weiterer Entfaltung und Geltung verlangt. Dies ist die bahnbrechende Generation, die der andereren schwächeren hinüberhilft.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Durch die grosse Entfaltung der Industrie und der grossen Städte dem platten Lande gegenüber ist die deutsche Auswanderung nicht nur nach der Menge, die rapide sank, sondern auch nach der Qualität stark gesunken (mehr städtische, einzeln reisende Arbeiter etc.).

Dr. **Albrecht Wirth,** Solln II bei München: Neben wirtschaftlichen Ursachen gibt es auch andere Beweggründe. Das Sozialistengesetz von 1879 vermehrte die Auswanderung. Der Glanz Amerikas zieht an, die Düsterkeit Sibiriens, das hohe Löhne hat, schreckt ab. Die Industrialisierung ist ein zweifelhaftes Ideal.

Geh. Finanzrat **Haupt,** Stettin: Die Gründe der Auswanderung sind verschieden. Politische, religiöse, gesellschaftliche sind es aber nur nebensächlich, nur vorübergehend. Der Hauptgrund der Auswanderung bilden wirtschaftliche Verhältnisse und zwar des Auswanderungs- und Einwanderungslandes, mit dem Wunsch des Auswandernden, seine Verhältnisse zu verbessern. Darin liegt, dass die wirtschaftlich Stärksten nicht auswandern, aber es fällt dagegen auf, dass die niedrigsten Klassen, Bettler, Landstreicher, nicht auswandern. Ein Grund ist aber auch wirtschaftlich: Die Ungewissheit des Bettelerwerbs in unbekannter Fremde.

Als Grund wird oft auch germanischer Auswanderungsdrang angegeben. Das ist nicht richtig. Auch die Romanen haben grosse Auswanderung.

Dr. **Siegmund,** Berlin, möchte das Wort Herrn Dr. Tilles: „Warenausfuhr besser als Menschenausfuhr" nicht umstossen, aber doch sagen, dass, solange es nicht gelingt, die Gesundheit der in unsere Städte hineinwandernden Landbevölkerung vor schwerer Schädigung zu bewahren, eine Auswanderung in solche Gegenden eine gesundheitliche und ethische Stärkung unserer Volkskraft darstellt, in denen der Mann und die Familie auf eigenem Boden in gesunder und lohnender Landarbeit sich ausleben, d. h. seiner Tatkraft genug tun kann. Voraussetzung dabei ist das Gelingen nationaler Festhaltung dieser Auswanderer.

Major a. D. und Gerichtsassessor Dr. jur. **Schwartzkopff,** Berlin, hob hervor, dass de omnibus rebus et quibusdam aliis, von dem vieles richtig sei, gesprochen, dadurch aber der Gesichtspunkt etwas von dem des Referenten verschoben sei. Vor allem habe man dem Herrn Vortragenden zu danken für seine hochinteressante Art, in der er aus den trockenen Zahlen der Statistik so überaus interessante Schlüsse gezogen, die statistische „überseeische Auswanderung"

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auf ihren Wert zurückgeführt, den nicht statistisch nachgewiesenen Verlust durch sonstige Auswanderung in neuer sinnreicher Art ermittelt und die Auswanderung in früher nicht geübter Weise rationell zum Geburtenüberschuss in Beziehung gesetzt habe. Da sein Vortragsthema nur die „wirtschaftlichen" Grundlagen der Auswanderung betreffe, habe er unmöglich auf alle anderen Ursachen eingehen können. Den Hauptpnnkt des Vortrages habe bisher niemand berührt, dass die Statistik unwiderleglich nachgewiesen habe, dass der gemässigte Schutzzoll des Jahres 1877 die Industrie vom Untergang gerettet und die früher Auswandernden von Mitte der 80er Jahre ab in der Heimat festgehalten, die „Ausfuhr von Menschen" in solche „von Waren", wie der Herr Vortragende gesagt, verwandelt habe. Es sei daher dringend zu wünschen, dass auch jetzt die Industrie den nötigen Schutzzoll erhalte, damit sich das Schauspiel der 70er Jahre, die Auswanderung von Hunderttausenden brotlos gewordener Arbeiter, nicht wiederhole.

Dr. **Alexander Tille:** Das Thema war nicht, die möglichen Gründe für Auswanderung überhaupt, sondern die Grundlagen der deutschen Auswanderung seit 1871. Da ist das wirtschaftliche Element das Entscheidende. Von einem Jahr zum andern ändern sich die sogen. Imponderabilien nicht, z. B. der Wunsch nach Bodenbesitz. Mehr als von einzelnen Massregeln hängt die Auswanderung von dem wirtschaftlichen Aufschwung und Niedergang ab. Daher ihre verhältnismässige Gleichheit in europäischen Staaten zur gleichen Zeit.

---

(Die Tabelle zum Vortrage des Herrn Dr. Tille folgt umstehend.)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

| | | A<br>Bevölkerungszahl<br>in Tausenden | B<br>Tatsächliche Bevölkerungszunahme<br>in Tausenden | C<br>Statistisch nachgewiesene überseeische Auswanderung<br>in Tausenden | D<br>Geburtenüberschuss über die Todesfälle<br>in Tausenden |
|---|---|---|---|---|---|
| I. | 1871 . . | 40 997 | 233 | 76 | 201 |
| | 1872 . . | 41 230 | 334 | 126 | 431 |
| | 1873 . . | 41 564 | 440 | 104 | 474 |
| | 1874 . . | 42 004 | 514 | 45 | 561 |
| | 1875 . . | 42 518 | 541 | 31 | 552 |
| | 1876 . . | 43 059 | 551 | 28 | 627 |
| | 1877 . . | 43 610 | 519 | 22 | 593 |
| | 1878 . . | 44 129 | 512 | 24 | 557 |
| II. | 1879 . . | 44 641 | 454 | 33 | 592 |
| | 1880 . . | 45 095 | 333 | 106 | 523 |
| | 1881 . . | 45 428 | 291 | 211 | 526 |
| | 1882 . . | 45 719 | 297 | 204 | 525 |
| | 1883 . . | 46 016 | 320 | 174 | 494 |
| | 1884 . . | 46 336 | 371 | 149 | 522 |
| | 1885 . . | 46 707 | 427 | 110 | 530 |
| | 1886 . . | 47 134 | 496 | 83 | 512 |
| III. | 1887 . . | 47 630 | 538 | 105 | 605 |
| | 1888 . . | 48 168 | 549 | 104 | 618 |
| | 1889 . . | 48 717 | 524 | 96 | 619 |
| | 1890 . . | 49 241 | 521 | 97 | 560 |
| | 1891 . . | 49 762 | 504 | 120 | 676 |
| | 1892 . . | 50 266 | 491 | 116 | 585 |
| | 1893 . . | 50 757 | 582 | 88 | 617 |
| | 1894 . . | 51 339 | 662 | 41 | 697 |
| IV. | 1895 . . | 52 001 | 752 | 37 | 726 |
| | 1896 . . | 52 753 | 816 | 34 | 816 |
| | 1897 . . | 53 569 | 837 | 25 | 785 |
| | 1898 . . | 54 406 | 842 | 22 | 847 |
| | 1899 . . | 55 248 | 798 | 24 | 795 |
| | 1900 . . | 56 046 | 767 | 22 | 760 |
| 1901 schätzungsweise . . . . . | | 56 813 | 753 | 22 | — |
| 1902 schätzungsweise . . . . . | | 57 566 | — | — | — |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

| E<br>Nach der überseeischen Auswanderungsstatistik der Heimat erhaltener Geburtenüberschuss<br>in Tausenden | F<br>Statistisch nicht nachgewiesene Auswanderung abzüglich der Einwanderung<br>in Tausenden | G<br>Menschenverlust durch Auswanderung abzüglich etwaiger Einwanderung<br>in Tausenden | H<br>Menschenverlust durch Auswanderung abzüglich der Zuwanderung in Prozenten des Geburtenüberschusses | | I<br>Spezialausfuhr<br>in Millionen Mark |
|---|---|---|---|---|---|
| 125 | — 108 | — 32 | — 15,9 | | 2 — |
| 305 | — 29 | 97 | 22,5 | | 2 492 |
| 370 | — 70 | 34 | 7,2 | | 2 465 |
| 516 | 2 | 47 | 8,4 | | 2 460 |
| 521 | 20 | 51 | 9,2 | 11,4 | 2 561 |
| 599 | 48 | 76 | 12,1 | | 2 605 |
| 571 | 52 | 74 | 12,5 | | 2 827 |
| 533 | 21 | 45 | 8,0 | | 2 915 |
| 559 | 105 | 138 | 23,3 | | 2 821 |
| 417 | 84 | 190 | 36,3 | | 2 946 |
| 315 | 24 | 235 | 44,7 | | 3 040 |
| 321 | 24 | 228 | 43,4 | | 3 244 |
| 320 | 0 | 174 | 35,2 | 33 | 3 335 |
| 373 | 2 | 151 | 28,9 | | 3 269 |
| 420 | 7 | 117 | 22,1 | | 2 915 |
| 429 | 67 | 150 | 29,3 | | 3 051 |
| 500 | — 38 | 67 | 11,1 | | 3 190 |
| 514 | — 35 | 69 | 11,2 | | 3 353 |
| 523 | — 1 | 95 | 15,3 | | 3 256 |
| 463 | — 58 | 39 | 7,0 | | 3 410 |
| 556 | 52 | 172 | 25,4 | 12,1 | 3 340 |
| 469 | — 22 | 94 | 16,1 | | 3 150 |
| 529 | — 53 | 35 | 5,6 | | 3 245 |
| 656 | — 6 | 35 | 5,0 | | 3 052 |
| 689 | — 63 | — 26 | — 3,7 | | 3 424 |
| 782 | — 34 | 0 | 0 | | 3 754 |
| 760 | — 77 | — 52 | — 6,6 | | 3 786 |
| 825 | — 17 | 5 | 0,6 | — 1,8 | 4 011 |
| 771 | — 27 | — 3 | — 0,4 | | 4 368 |
| 738 | — 29 | — 7 | — 0,9 | | 4 753 |
| — | — | — | — | | 4 513 |
| — | — | — | — | | — |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Frage der Reichsangehörigkeit der Auswanderer.

Von Dr. jur. **Hermann Hesse,** Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag).

I. Das politische Leben des vorigen Jahrhunderts wird gekennzeichnet durch das Aufkommen zweier bedeutsamer Grundsätze, die in einem gewissen Gegensatz zu einander stehen und darum eine fortwährende Quelle der Beunruhigung der Völker und des Streites der Gelehrten bilden: Das Nationalitätsprinzip und das Prinzip der Auswanderungsfreiheit. Der Grundsatz, dass jedes Volk, selbst unter Änderung der bestehenden staatlichen Verhältnisse, berufen ist, für sich allein einen Staat zu bilden, führt in seiner letzten Konsequenz zu einer Einheitlichkeit des Staatsvolkes in Sprache, Sitten und Gewohnheiten und Staatsangehörigkeit; er wird zweifellos beeinträchtigt durch den Grundsatz der internationalen Freizügigkeit, welcher die Bildung von mehr oder weniger starken Minderheiten fremden Volkstums auf dem nationalen Staatsgebiete zulässt.

Wenn auch zur Zeit der Begriff der Staatsangehörigkeit mit demjenigen der Rassenangehörigkeit sich nicht deckt, so ist doch ohne Zweifel im politischen Leben der einzelnen Völker die letztere ein gewichtigerer Machtfaktor als die erstere. Denn Sitten, Sprache, Gewohnheiten und kulturelle Anschauungen lassen sich nicht so leicht wechseln wie die Angehörigkeit zu einem bestimmten Staate. Wenn demnach gemäss dem Grundsatze der internationalen Freizügigkeit fremde Rassen- und Staatsangehörige in einen Staat einwandern, so verlangt das Nationalitätsprinzip in seiner weiteren Konsequenz, dass diese Einwanderer zunächst ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufgeben, sodann auch ihre Sprache, Sitten und Gewohnheiten ablegen und sich in jeder Hinsicht zu Angehörigen ihres Aufnahmestaates entwickeln. Mit der Vollendung dieser Entwickelung hat der Aufnahmestaat eine Anzahl neuer Bürger gewonnen, der andere aber die gleiche Anzahl verloren.

Unser deutsches Vaterland hat im verflossenen Jahrhundert beinahe stets auf der Seite derjenigen Staaten gestanden, welche durch Wanderung eine gewaltige, in die Millionen gehende Zahl von Bürgern verloren haben. Was war natürlicher, als dass sich Bestrebungen erhoben, diesen Zustand zu beseitigen und den gewaltigen Bevölkerungsüberschuss, den das deutsche Volk jährlich an fremde Staaten abgab, dem Deutschtum zu erhalten?

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Während man aber in amtlichen Kreisen zu jener Zeit, da man zur Durchführung der nationalen Einheitskriege Geld und Menschen brauchte, die Auswanderung als ein notwendiges Übel ansah, gründete man im Volke Vereine auf nationaler und religiöser Grundlage, um den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang der Auswanderer mit der alten Heimat aufrecht zu erhalten und da, wo er verloren gegangen war, wiederherzustellen. Ein Blick auf das Programm des Kolonialkongresses wird eine ganze Anzahl dieser Vereine unter den Veranstaltern des Kongresses zeigen.

Aber erst als das Deutsche Reich ein innerlich gefestigtes Staatswesen geworden, als es seine Macht auch über die Meere ausbreitete und in fremden Erdteilen territoriale Erwerbungen machte, kurzum im Zeichen einer tatkräftigen Weltpolitik, dachte man daran, die deutsche Auswanderung zu organisieren und alle, die der Heimat den Rücken zu kehren gezwungen waren, den Interessen der Heimat dienstbar zu machen.

Die Bestrebungen, den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang der deutschen Auswanderer mit dem Mutterlande aufrecht zu erhalten, wurden endlich in neuester Zeit ergänzt durch das Verlangen, auch in politischer und rechtlicher Hinsicht den Auswanderer an die Heimat zu fesseln.

Daher entstand die Frage der Reichsangehörigkeit der Auswanderer, die im folgenden erörtert werden soll.

II. 1. Wie ich schon eingangs andeutete, ruft die Auswanderung fast stets einen Widerstreit der Interessen des Aufnahmestaats und der alten Heimat hervor, nicht minder oft aber auch einen Widerspruch der Interessen des Auswanderers und seines Heimatslandes.

Der Aufnahmestaat ist, abgesehen von den grossen Kulturstaaten, in der Regel menschenhungrig; er braucht Einwanderer und gewährt ihnen günstige Niederlassungs- und Erwerbsbedingungen, verlangt aber dafür zumeist, dass der Einwanderer mit der Zeit in den Staatsverband seiner neuen Heimat eintritt. Damit wird der Einwanderer seiner öffentlich-rechtlichen Pflichten gegen die alte Heimat ledig. Diese verliert in ihm einen Machtfaktor und Träger wirtschaftlicher und kultureller Interessen, und es erwächst ihr nicht nur dieser Verlust, sondern auch der weitere Nachteil, dass der Aufnahmestaat in gleichem Umfang eine Vergrösserung seiner Macht erfahren hat. Es liegt daher im Interesse der alten Heimat, dass der Auswanderer seine Staatsangehörigkeit beibehält.

Der Widerspruch zwischen den Interessen des Auswanderers und seiner Heimat beruht dagegen auf dem Umstande, dass der Auswanderer zumeist zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Heimat auf längere Zeit oder dauernd verlässt, während der Heimatsstaat von ihm verlangt, dass er zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Pflichten, insbesondere der Wehrpflicht, zeitweilig in die Heimat zurückkehre. Das ist nicht nur umständlich und kostspielig, sondern vielfach unmöglich für den Auswanderer.

In diesem Widerstreit der Interessen stehen unsere Sympathien naturgemäss auf seiten des Heimatsstaates, dem der Auswanderer seine Entstehung verdankt, von dem er alles empfangen hat, was er besitzt, seine Bildung, seine charakteristischen Eigenschaften, sein Vermögen, kurz alles, was ihm zum Dasein nötig ist. Darum hat die Heimat auch ein Recht darauf, dass ihr der einzelne, welcher seinen Ursprung, sein ganzes Sein nur ihr verdankt, auch erhalten bleibe und nicht in fremdem Interesse zu ihrem Schaden das verwende, was sie ihm gegeben, was er von ihr allein empfangen.

2. Für den Staat ist jeder einzelne ein Mittelpunkt wirtschaftlicher Beziehungen, ein Träger wirtschaftlicher Interessen, der Werte schafft, vermittelt und verbraucht; als Wehrmann ist er ein politischer Machtfaktor des Staates; als Vermögenssubjekt besitzt er einen mehr oder minder grossen Bestandteil des Volksvermögens, von dessen Grösse zu einem nicht geringen Teil die politische Macht des Staates abhängt.

Gerade in der neuesten Zeit tritt die wirtschaftliche Bedeutung des einzelnen für den Staat mehr und mehr hervor. Man empfindet den Übergang wirtschaftlicher Werte, wie Eisenbahnen, Schiffahrtslinien an Ausländer als einen Verlust des Volksvermögens und hat deshalb im Gesetz und in den Statuten der grossen Schiffsgesellschaften und kolonialen Konzessionsgesellschaften Bestimmungen getroffen, welche den dauernden überwiegenden Einfluss von Reichsangehörigen auf die Geschäftsführung im nationalen Sinne verbürgen sollen. Auch das Recht zur Führung der Reichsflagge auf Handelsschiffen steht nur Reichsangehörigen zu. Ebenso ist die Veräusserung einer Schiffspart an Ausländer erschwert und bedarf der Zustimmung aller Mitreeder, wenn das Schiff zur Führung der Reichsflagge berechtigt ist. Hier kommt in der Gesetzgebung die Vermutung zum Ausdruck, dass deutsche wirtschaftliche Interessen erspriesslich nur von deutschen Reichsangehörigen wahrgenommen werden.

Es kann nun dem Staate, in unserem Falle dem Reiche, nicht gleichgültig sein, ob es durch die Auswanderung des einzelnen einen Teil seiner wirtschaftlichen und politischen Macht verliert. Denn viele Wenige machen ein Viel, und es ist Tatsache, dass das Mutterland allein durch die Auswanderung nach Amerika im vorigen Jahrhundert um eine ganze Anzahl, man schätzt sie auf 16 Milliarden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mark und Hunderttausende von Wehrmännern, ärmer geworden ist. Und nicht nur das allein. Was das Reich durch die Auswanderung von Geld und Menschen an Macht verloren hat, das bedeutet für die Aufnahmestaaten einen ebenso gewaltigen Zuwachs an Intelligenz, Kapital, Arbeit und Wehrkraft, kurz gesagt, an politischer und wirtschaftlicher Macht.

Das Deutschtum war leider infolge seiner unglückseligen politischen Verhältnisse während der Zeit seiner stärksten Auswanderung nicht in der Lage, diese seinen staatlichen Zwecken dienstbar zu machen. Was damals nicht geschehen konnte, ist jetzt möglich bei dem starken Rückhalt, den die Machtmittel des geeinten Reiches und seiner durch gleiche Interessen mit ihm verbundenen germanischen Nachbarstaaten in Europa den Auswanderern zu gewähren vermögen. Das Bestreben der nationalen Kreise, eine Schwächung der Wehrkraft, eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen und eine Minderung des Volksvermögens des Deutschen Reiches infolge von Auswanderung dadurch zu verhindern, dass man die Auswanderer auch nach dem Verlassen der Heimat mit rechtlichen Fesseln an das Reich knüpft, ist deshalb keine Utopie, sondern hat die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich, trotz Widerstreits der Privatinteressen der Auswanderer mit dem öffentlichen Interesse. Man wird sich aber nicht darauf beschränken dürfen, neue Verluste von Volksgenossen durch die Abänderung der Gesetzgebung zu verhüten, sondern man wird auch daran denken müssen, die bereits erlittenen Verluste möglichst wieder wett zu machen.

3. Man wird einwenden, dass die Durchführung einer solchen Rechtspolitik, welche keine Rücksicht auf die Interessen fremder Staaten nimmt, sondern einzig und allein von nationalem Egoismus geleitet wird, unbillig und unmöglich sei, dass sie den Widerspruch der für die Einwanderung besonders geeigneten Staaten hervorrufen werde.

Aber dieser Einwand ist hinfällig. Denn die deutschen Gesetze haben nur den Rechtsanschauungen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, nur den Interessen des Reiches zu entsprechen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu fördern. Letzteres geschieht jedoch nicht durch Abstossung wirtschaftlich und militärisch tüchtiger Bevölkerungsbestandteile im Auslande, sondern gerade durch die Zusammenfassung und Zusammenhaltung derselben in ihrem Staatsverbande. Deshalb müssen wir die Politik der Sammlung aller Deutschen um das Banner des Reiches befolgen; denn jeder einzelne Deutsche im Auslande, der dem Reiche wiedergewonnen wird, bedeutet einen Machtzuwachs für das Reich. Sache der deutschen Politik aber ist es, auf der Grundlage der deutschen Gesetze die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Reichsangehörigen von Beengungen bei der Begründung einer wirtschaftlichen Existenz im Auslande frei zu halten, ja sogar, sie dabei mit allen Machtmitteln des Reiches zu unterstützen. Nicht das soll Grundsatz sein, die Interessen fremder Staaten in deutschen Gesetzen wahrzunehmen, sondern deutsche Gesetze, welche auf Grund der wohlverstandenen Interessen des Reiches erlassen sind, fremden Staaten gegenüber zur Geltung zu bringen.

Diese einseitige nationale Betrachtung des Rechtes der Reichsangehörigkeit rechtfertigt sich ferner deshalb, weil die deutschen Gesetze von keinem fremden Einwanderer die Aufgabe seiner Staatsangehörigkeit verlangen, auch nicht bei dauerndem Aufenthalt im Reiche. Was wir Deutschen aber den Ausländern zubilligen, das können wir wohl mit gutem Recht auch für unsere Reichsangehörigen im Auslande beanspruchen.

Und ist wirklich die Gesetzgebung eines fremden Staates so beschaffen, dass sie von dem einwandernden Reichsangehörigen die Aufgabe seiner Staatsangehörigkeit verlangt, so bietet sich immerhin, wie es im geltenden Rechte der Fall ist, die Möglichkeit, durch Staatsvertrag Abhilfe zu schaffen. Nachdem aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihr früher so starkes Einwanderungsbedürfnis aufgegeben haben und selbst zum Imperialismus und zur Auswanderung nach ihren neuerworbenen Kolonien übergegangen sind, verlangt kein grosser Kulturstaat mehr die Aufgabe der früheren Staatsangehörigkeit von seinen Einwanderern. Und den Bedürfnissen einiger jüngerer und älterer Kolonialstaaten, welche dies verlangen, aber zum Teil nicht einmal im stande sind, in ihrem Lande die notwendige Rechtssicherheit aufrecht zu erhalten, können wir die deutschen Interessen nicht opfern, welche verlangen, dass der deutsche Auswanderer seine Reichsangehörigkeit behalte. Wir haben dieses Interesse seinerzeit, es war im Jahre 1868, den Vereinigten Staaten geopfert, als der Bancroftvertrag abgeschlossen wurde. In diesem Vertrage erkannten wir an, dass im Gegensatz zu dem deutschen staatsrechtlichen Grundsatze „die Erwerbung einer fremden Staatsangehörigkeit bewirkt nicht den Untergang der deutschen Staatsangehörigkeit“ der fünfjährige Besitz des nordamerikanischen Bürgerrechts die Beendigung der deutschen Staatsangehörigkeit zur Folge haben solle. Wir haben dadurch im vorigen Jahrhundert an die Vereinigten Staaten 5—6 Millionen Deutsche verloren. Dieses gewaltige Opfer an Gut und Blut dürfen wir ohne eine ernstliche Gefährdung unserer Machtstellung nicht noch einmal bringen bei dem lawinenartigen Anschwellen der russischen, englischen und nordamerikanischen Bevölkerung. Wir haben jeden Mann nötig und müssen deshalb versuchen, den Auswanderern die Beibehaltung ihrer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Reichsangehörigkeit zu erleichtern und den Widerstreit zwischen ihren privaten und den Interessen des Staats möglichst aus der Welt zu schaffen.

Durch Vermehrung der Konsulate, vor allem aber durch Erleichterung der Ableistung der Wehrpflicht für die Ausgewanderten ist man auf dem besten Wege, dies Ziel zu erreichen. Nur Amerika allein ist derjenige Erdteil, in welchem uns ein territorialer Stützpunkt fehlt, der geeignet wäre, in seiner Garnison den dortigen Reichsangehörigen die Erfüllung ihrer Dienstpflicht zu ermöglichen. In Kiautschou und Südwestafrika können Deutsche schon heute dienen; in den übrigen Schutzgebieten kann dies jederzeit durch Kaiserliche Verordnung eingeführt werden. Auch ist in einzelnen Fällen der Dienst auf den deutschen Kriegsschiffen den ausgewanderten Reichsangehörigen möglich.

4. Aus dem, was ich bisher vorgetragen habe, erhellt die Bedeutung des einzelnen Reichsangehörigen in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für den Staat. Diese Bedeutung kommt auch im deutschen Recht immer mehr zur Geltung, wie eine nähere Betrachtung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beweist. Entgegen dem bisher herrschenden Prinzip der Territorialität des Privatrechts wird das neue bürgerliche Recht durch das uralte deutsche Personalitätsprinzip beherrscht. Wo immer der deutsche Reichsangehörige sich befindet, gilt für ihn in den wichtigsten Rechtsbeziehungen das deutsche Recht. Er heiratet, lebt und stirbt nach deutschem Recht und wird auch nach deutschem Rechte beerbt. In gleicher Weise wird der Fremde, auch die Fremde auf deutschem Reichsgebiet nach ihrem Recht beurteilt. Und wo ein fremder Staat die Anwendung dieses Abstammungsprinzips auf die Deutschen im Auslande nicht gestattet, da gewährt unsere Rechtsordnung dem Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesrats ein Vergeltungsrecht gegen diesen ausländischen Staat und seine Angehörigen. Diese Umstände erhöhen naturgemäss die Bedeutung der Reichsangehörigkeit der Auswanderer ausserordentlich.

5. Als logische Folge der bisherigen Betrachtungen dürfte die Einführung des Grundsatzes in das öffentliche Recht erscheinen, dass ein Deutscher seine Reichsangehörigkeit niemals aufgeben oder verlieren könne. Wenn auch die praktische Durchführbarkeit dieses Grundsatzes bestritten werden kann, so sind doch gegen die Notwendigkeit, Nützlichkeit und Zweckmässigkeit desselben kaum Einwendungen zu erheben. Immerhin drängt meines Erachtens die ganze kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwickelung unserer Zeit dahin, dass die einzelnen Kulturmächte sich diesem Grundsatze des altgermanischen und altenglischen Rechts wieder zuwenden; denn

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

jeder Staat muss, wenn anders er nicht im wirtschaftlichen Wettkampf untergehen will, bemüht sein, das, was er an Geld, Gut und Menschen besitzt, zu erhalten und zu vermehren, und nicht durch seine Verluste den Gegner zu stärken.

Aus diesem Grunde ist es als ein Vorteil anzusehen, dass das deutsche Recht einmal die Einrichtung der doppelten Staatsangehörigkeit kennt, auf der anderen Seite den Wechsel der Staatsangehörigkeit dem Auslande gegenüber erschwert und endlich den Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit erleichtert.

6. Gegen den Grundsatz, dass jemand als sujet mixte mehreren Staaten angehören kann, sind viele und beachtenswerte Einwendungen erhoben worden. Es ist auch einleuchtend, dass vom juristischen Standpunkte aus die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse wünschenswert ist. Der Politiker hat jedoch auch die Zweckmässigkeit und den Vorteil seines Landes bei der Rechtschaffung im Auge zu behalten. Die Beseitigung der doppelten Staatsangehörigkeit würde nun zur Folge haben, dass man entweder die Staatsangehörigkeit niemals verloren gehen lässt, oder dass man ihren Verlust mit der Erwerbung einer fremden Staatsangehörigkeit eintreten lässt.

Das erstere wäre wünschenswert, da es den Interessen der Gesamtheit entspricht, ist aber zur Zeit noch nicht durchführbar; das letztere, der Grundsatz z. B. des französischen Rechtes, wäre wohl durchführbar, widerspricht aber in ausserordentlichem Umfange den staatlichen Interessen; es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte, dass man diesen Grundsatz einst den Vereinigten Staaten in den Bancroftverträgen als Ausnahme hat einräumen müssen, und die Folge ist, wie schon erwähnt, ein ausserordentlich grosser Verlust von Gut und Menschen für den Staat gewesen.

Es ist deshalb zu wünschen, dass man die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit nicht beseitigt, wenn man an ihre Stelle den Grundsatz stellen will, dass die Reichsangehörigkeit mit der Erwerbung einer fremden Staatsangehörigkeit erlischt. Vielmehr soll man sich die Möglichkeit erhalten, den Deutschen, auch wenn er eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat, jederzeit als Reichsangehörigen in Anspruch nehmen zu können, ihm andererseits auch Schutz zu gewähren gegen Vergewaltigungen seines Adoptivvaterlandes, solange es Staaten gibt, welchen die höhere Kultur des eingewanderten Deutschen ein Dorn im Auge ist und Anlass zu Anfeindungen gibt.

7. Wenn ich vorhin behauptet habe, dass das deutsche Recht den Wechsel der Staatsangehörigkeit dem Auslande gegenüber erschwert, so ist damit nur gesagt, dass dieser Wechsel nicht völlig in das Belieben des einzelnen gestellt ist. Auf seinen Antrag kann in Friedenszeiten jeder aus dem Reichsverbande entlassen werden mit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ausnahme der Wehrpflichtigen zwischen 17 und 25 Jahren, der Militärpersonen, Reserveoffiziere, Beamten und Reservisten. Für den Kriegsfall ist der Kaiser ermächtigt, besondere Anordnungen zu erlassen, also jedem die Entlassung zu verweigern. Die Entlassung im Frieden wird unwirksam, wenn der Entlassene nicht binnen 6 Monaten seinen Wohnsitz ausserhalb des Reichsgebietes oder der Schutzgebiete verlegt.

Aberkannt wird die Reichsangehörigkeit für den Fall, dass jemand die Aufforderung zur Rückkehr in das Reich bei Kriegsgefahr, sowie die Aufforderung zum Austritt aus fremden Staatsdiensten nicht befolgt.

Endlich wird die Reichsangehörigkeit durch Zeitablauf zum Erlöschen gebracht. Wer sich 10 Jahre lang im Auslande aufhält, geht der Reichs- und Staatsangehörigkeit verlustig. Er kann sich gegen diesen Verlust allerdings schützen, indem er sich in die Matrikel des Konsulats einträgt; wird er hier gelöscht, so beginnt der Lauf der 10jährigen Frist wieder und führt zum Verlust der Reichsangehörigkeit. Wann der einzelne in der Konsulatsmatrikel gelöscht wird, weiss er in den meisten Fällen nicht; in Wirklichkeit muss er also, will er Reichsangehöriger bleiben, alle 10 Jahre seine Eintragung in die Matrikel bewirken.

Es gibt jedoch viele Tausende von Auswanderern, und hat viele Tausende gegeben, die von den gesetzlichen Bestimmungen nichts wussten und der Meinung waren, da sie als Deutsche geboren wurden, könnte ihnen ihre Eigenschaft als Deutsche niemals verloren gehen oder genommen werden. Durch diese Unkenntnis des Gesetzes sind viele Tausende von guten Deutschen ihrer Reichsangehörigkeit verlustig gegangen und wurden, wenn sie den Schutz des Reiches anriefen, mit dem Bescheide abgewiesen, dass sie keine Reichsangehörigen mehr seien. Sie sind also ohne ihr Wissen und in den meisten Fällen selbst gegen ihren Willen heimatslos geworden und dadurch gezwungen, eine fremde Staatsangehörigkeit anzunehmen.

8. Dieser Zustand bedarf dringend einer Abänderung. Denn die Möglichkeit, die verloren gegangene Reichsangehörigkeit wiederzuerlangen, ist sehr erschwert, besonders wenn der ehemalige Reichsangehörige eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen hat; die Gesetzgebung mancher Staaten, insbesondere südamerikanischer Freistaaten, zwingt sogar den Einwanderer nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer zur Annahme ihrer Staatsangehörigkeit. In diesem Falle kann der ehemalige Reichsangehörige nur durch Naturalisation gleich einem Ausländer die Reichsangehörigkeit wiedererlangen, muss sich also zu diesem Zwecke im Reichsgebiet oder einem Schutzgebiete

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

niederlassen. Tut er dies nicht, so wird er als Schutzgenosse nach konsularem Rechte behandelt; seine Rechtsverhältnisse werden nach den Vorschriften beurteilt, die für die unmittelbaren Reichsangehörigen gelten.

Hat er dagegen inzwischen keine fremde Staatsangehörigkeit erworben, so kann ihm die Angehörigkeit zu dem früheren Heimatsstaate wieder verliehen werden, auch ohne dass er sich dort niederlässt; er hat aber keinen rechtlichen Anspruch auf die Wiederverleihung; ein solcher erwächst ihm vielmehr nur, wenn er wiederum seinen Wohnsitz im Reichsgebiet oder in einem Schutzgebiete nimmt.

III. Weil nun der Verlust der Reichsangehörigkeit so schwer wieder gut zu machen ist, deshalb haben nationale Kreise seit Jahren schon auf eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmung hingewirkt, welche den Verlust der Reichsangehörigkeit ohne und selbst gegen den Willen ihres Trägers durch Zeitablauf ermöglicht Es ist Ihnen sicherlich allen bekannt, dass Se. Hoheit der Herzog Johann Albrecht auf der Danziger Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft seine Meinung, dass ein Deutscher die Reichsangehörigkeit nur auf eigenen Antrag verlieren dürfe, mit so überzeugenden Gründen und mit solcher Wärme vertrat, dass sein dahingehender Antrag einstimmig angenommen wurde.

Würde dieser Gedanke von der Gesetzgebung durchgeführt, so kämen als Gründe zur Endigung der Reichsangehörigkeit nunmehr die Entlassung auf Antrag und die Aberkennung der Reichsangehörigkeit wegen Untreue und Ungehorsams gegen das Reich in Betracht; ein Verlust durch Zeitablauf fände nicht mehr statt, und es würden Tausende von guten Deutschen dem Vaterlande erhalten bleiben, die ihm so verloren gehen. Sind es gute Deutsche, die dadurch ihre Reichsangehörigkeit bewahren, so ist es ein doppelter Vorteil; sind es widerwillige Deutsche, auf deren Erhaltung gar mancher keinen Wert zu legen scheint, so hat auch an ihrer Erhaltung das Reich ein gewisses Interesse, wie ich vorhin glaube dargetan zu haben. Dieses Interesse des Reiches erstreckt sich sogar auf die Nachkommen der ausgewanderten Deutschen, wenn es sich auch im Laufe der Generationen unter Umständen abschwächen und verflüchtigen kann.

Der Antrag Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht auf der Danziger Tagung der Kolonialgesellschaft ist deshalb in der in Ihrer aller Hände befindlichen Resolution auf Grund der Billigung durch das Kongresskomitee beim Deutschen Kolonialkongress 1902 eingebracht und wird morgen Ihrer Beschlussfassung unterbreitet werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Geheimer Finanzrat **Haupt**, Stettin: Wie ist Deutschland zu der Bestimmung gekommen, den auswandernden Deutschen seine Staatsangehörigkeit verlieren zu lassen? Die Bestimmung beruht auf einem früheren preussischen Gesetze und wohl auf dem Gesichtspunkte, durch Nachteile die Auswanderung zu verhindern wegen der Menschenverluste, die Deutschland schon durch seine Kriege erlitten hatte.

Die deutsche Regierung ist bei Erlass des Gesetzes über Erwerbung und Verlust der Staatsangehörigkeit auf diesem Standpunkte stehen geblieben, obwohl schon damals (1870) der spätere Finanzminister von Miquel den heutigen Standpunkt der Kolonialgesellschaft lebhaft vertreten hat.

**M. G. Alemann,** Herausgeber des Argentinischen Tageblattes, Buenos-Aires, stellt in Abrede, dass irgendwo in Südamerika ein Zwang ausgeübt werde, dass der Ausländer das Landesbürgerrecht annehme.

Konsul **Wever,** Chicago: In Brasilien findet keine zwangsweise Naturalisierung statt. Nur bei Begründung der Republik wurde gesetzlich angeordnet, dass jeder zur damaligen Zeit anwesende Ausländer die brasilianische Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwürbe, wenn er nicht bei seinem Konsulate dagegen protestiere.

Generalkonsul a. D. **Koser**, Berlin, bestätigt die Ausführungen des Herrn Konsuls Dr. Wever und gibt einige historische Nachrichten über das sogenannte stillschweigende Naturalisationsgesetz in Brasilien, das von Deutschland stillschweigend anerkannt wurde.

Der Deutsche steht vom Moment an, wo er das fremde Land betritt, unter fremdem Gesetz.

**M. G. Alemann**: In keinem Lande Südamerikas herrscht Zwangsnaturalisation der Ausländer; bloss die Einbürgerung ist gegenüber dem nordamerikanischen Usus wesentlich erleichtert: 2 statt 5 Jahre Aufenthalt. Einzig in Brasilien wurden bei Proklamierung der Republik alle im Lande zur Zeit ansässigen Fremden als Bürger erklärt, mit dem Vorbehalt, dass sie bei ihren resp. Konsuln oder einheimischen Behörden sich zu ihrer bisherigen Nationalität als zugehörig bekennen konnten. Neue Einwanderer haben innerhalb 2 Jahren diese Formalität zu erfüllen, widrigenfalls sie ebenfalls als Bürger angesehen werden. Dieses Gesetz existiert übrigens nur noch auf dem Papier.

Betreffs des Aufgehens des Deutschtums in die Landesrasse ist ebenfalls in Argentinien gegenüber Brasilien ein grosser Abstand, denn



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Teuto-Argentinier, wie die Abkömmlinge von Deutschen in Argentinien genannt werden, werden nicht Jakobiner, wie es in Brasilien vielfach geschieht, bleiben im Gegenteil ihrem Stamme treu und sind trotzdem nicht nur hoch geachtet, sondern werden auch zu den höchsten administrativen Ehrenstellen herangezogen.

Missionar **Eiselen,** Transvaal: Wichtig für die Erhaltung der Deutschen für das Reich ist die Erleichterung der Ausübung der Wehrpflicht. Es muss auf gesetzlichem Wege versucht werden, dem deutschen Ausländer dazu zu helfen, dass er unter billigen Bedingungen seiner Militärpflicht genügen kann. Jetzt kann er wegen der Kosten im Schutzgebiete oder in der Heimat nicht dienen. Infolgedessen geht eine Reihe tüchtiger Leute auch in Südafrika dem Deutschen Reich verloren.

Dr. **A. Wirth,** Solln bei München: Die gegebenen Anregungen sind dankenswert. Ich kenne einen deutschen Eisengiesser in Madras, der auf wiederholte Bitte, seinen Sohn zum Heeresdienst zuzulassen, vom Minister abschlägig beschieden wurde, weil seine Reichszugehörigkeit zweifelhaft sei.

Generalleutnant z. D. **von Keller,** München, hebt den theoretischen Widersinn hervor, welcher in der Möglichkeit liegt, dass ein Deutscher neben der Reichsangehörigkeit noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen könne. Dieser Zustand habe indes auch sehr erhebliche praktische Inkonvenienzen in Beziehung auf strafprozessuale Vorgänge, Auslieferung, Rechtsschutz, Wehrpflicht. Wenn der Deutsche künftighin ohne seinen Antrag die Reichsangehörigkeit überhaupt nicht mehr verlieren könne, so sei der Vorteil jener Doppelzugehörigkeit verschwindend klein gegenüber der unbegrenzten Verlängerung ihrer praktischen Missstände.

**von Fischer-Treuenfeld,** Generalkonsul von Paraguay für das Königreich Sachsen, Dresden: Die Frage der Reichsangehörigkeit ist eine immerhin noch überaus wenig geregelte, die viele Erörterungen erfordert, ehe Klarheit in derselben geschaffen sein wird. Es sei hier noch der Punkt erwähnt, dass Kinder deutscher Eltern im Auslande geboren à priori zwei Reichsangehörigkeiten besitzen, ein Zustand, der zu Unzuträglichkeiten führt und ebenso wie viele der anderen bereits erwähnten Punkte einer Sichtung bedarf.

Gerichtsassessor und Major a. D. Dr. jur. **Schwartzkopff,** Berlin, betont, wie wichtig die baldige Lösung der Frage im Sinne des Herrn Vortragenden sei, da es für das Ansehen des Deutschen Reichs nicht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

günstig sei, wenn solche, die ihre Reichsangehörigkeit nach dem deutschen Rechte verloren hätten, aber von allen Ausländern noch als Deutsche betrachtet würden, vorkommenden Falls den Schutz des Deutschen Reichs nicht fänden, zumal der Engländer, als Weltbeherrscher, überallhin sein angeborenes Recht dauernd mitbrächte und diese seine Anschauung zur Geltung bringe. Da unsere Regierung stets Gründe für ihr Verfahren habe, so frage der Redner an, ob jemand Auskunft geben könne, welche Gründe massgebend gewesen seien, um diese nach der einen Seite hin längst klare Frage noch nicht zum Abschlusse zu bringen.

Der Vortragende, Dr. jur. **Hesse:** Ein brasilianisches Gesetz vom Anfang der neunziger Jahre bestimmt, dass jeder Fremde, der sich in Brasilien niedergelassen hat, ohne weitere Formalitäten brasilischer Staatsangehöriger wird, sofern er nicht binnen zweier Jahre eine Erklärung bei seinem Konsul zu Protokoll gibt, dass er seine bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten wolle. Zweifellos werden damit viele Einwanderer, die diese Bestimmung des brasilianischen Gesetzes nicht kennen und daher eine Verwahrung bei ihrem Konsul nicht zu Protokoll geben, wider ihren Willen brasilische Staatsangehörige, und man kann also sehr wohl von zwangsweiser Naturalisation von Ausländern in Brasilien sprechen. Das argentinische Recht macht jeden auf argentinischem Boden Geborenen zum Argentinier, gleichgültig, ob die Eltern Ausländer und damit einverstanden sind.

Nach dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch untersteht der Deutsche, auch wenn er sich im Auslande aufhält, in den wichtigsten personen- und erbrechtlichen Beziehungen dem deutschen heimischen Recht.

## Die weisse Einwanderung nach Südwestafrika.

Von Direktor Dr. **Hindorf**, Berlin-Charlottenburg.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Der Wunsch, eigene Gebiete zu besitzen, die geeignet wären, den starken Strom der deutschen Auswanderung zu einem erheblichen Teil in sich aufzunehmen, um so die Auswanderer dem deutschen Volkstum zu erhalten, und sie nicht zu Konkurrenten, sondern zu sicheren Abnehmern für unsere Ausfuhrerzeugnisse werden



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu lassen, ist für uns die Haupttriebfeder für die Erwerbung von Kolonien gewesen. Als gegen Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der koloniale Gedanke bei uns soweit erstarkt war, dass wir zur Besitzergreifung von Kolonialgebieten schreiten konnten, war jedoch die Erde zum grössten Teil schon vergeben; wir hatten keine grosse Auswahl mehr und mussten nehmen, was noch frei war; unser Wunsch, grosse und gute Siedelungsgebiete unser eigen nennen zu können, ist dabei nur zum ganz geringen Teil in Erfüllung gegangen.

Von allen unseren Kolonien ist Deutsch-Südwestafrika die einzige, die als Siedelungsgebiet für unsere deutschen Auswanderer wirklich in Betracht kommt. Aber auch diese Kolonie entspricht nur in mässiger Weise den Anforderungen, die wir an ein Siedelungsgebiet für unsere Auswanderer stellen müssen; ein Land, wohin sich ein starker Strom deutscher Auswanderer ergiessen könnte, wie Nordamerika, Südbrasilien oder Argentinien, ist Deutsch-Südwestafrika nicht, oder wenigstens zur Zeit noch nicht. Dennoch ist diese Kolonie für uns ausserordentlich wertvoll; politisch ist der Besitz von Deutsch-Südwestafrika für uns von eminentester Bedeutung, es ist in dieser Beziehung zweifellos unsere wichtigste Kolonie, und wenn Deutsch-Südwestafrika an wirtschaftlicher Bedeutung zur Zeit auch noch von einigen unserer anderen Kolonien übertroffen wird, so kann und wird, dies ist meine feste Überzeugung, sich dieses Verhältnis doch in einer nicht gar langen Reihe von Jahren zu Gunsten von Deutsch-Südwestafrika verschieben.

Ein dreifaches Ziel ist es, das wir in Bezug auf Deutsch-Südwestafrika verfolgen: Wir wollen unsere politische und militärische Stellung und Macht dortselbst mehr und mehr befestigen und verstärken; wir wollen die Kolonie wirtschaftlich entwickeln, und wir wollen einen Teil unserer Auswanderer dorthin lenken und sie so für uns erhalten und nutzbar machen. Von welcher Bedeutung es für uns ist, dass wir auf dem Wege zu diesem dreifachen Ziel schon recht bald ein tüchtiges Stück vorwärts kommen, das bedarf keiner näheren Darlegung. Das Mittel hierzu ist die planmässige deutsche Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika, und eine solche Besiedelung ist daher eine unserer allerwichtigsten und dringlichsten kolonialen Aufgaben.

Es sei mir gestattet, Ihnen hier in wenigen Worten meine Ansicht über die Besiedelbarkeit von Deutsch-Südwestafrika darzulegen, die ich mir auf Grund meiner in den Jahren 1893/94 stattgehabten Bereisung von Deutsch-Südwestafrika und Südafrika gebildet habe:

Der mittlere und südliche Teil von Deutsch-Südwestafrika ist, mit Ausnahme des Küstenstreifens, durchgängig ein für deutsche Ansiedler geeignetes Land. Das Klima ist für Weisse im grossen und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ganzen durchaus zuträglich, und auch sonst sind die Verhältnisse derartig, dass unsere deutschen Ansiedler dort eine zweite Heimat zu finden vermögen, wo sie und ihre Nachkommen sich dauernd wohl fühlen und vorwärts kommen können.

Infolge der geringen Niederschläge und der Wasserarmut hat das Land durchgängig den Charakter der reinen Grassteppe, der Buschsteppe oder auch der Baumsteppe. Deutsch-Südwestafrika ist daher in erster Linie ein Viehzuchtland, und zwar ist es ein vortreffliches Viehzuchtland in seiner Art, wie das schon durch die nach vielen Tausenden zählenden Rinder, Schafe und Ziegen der Eingeborenen dargetan wird. Es unterliegt keinem Zweifel, dass dort schon in naher Zukunft grosse Werte an Schlachtvieh, Pferden, Wolle, Angorahaar, Straussenfedern u. s. w. durch unsere Ansiedler hervorgebracht werden können. Neben der Viehzucht kann auch Garten- und Feldbau an sehr vielen Stellen der Kolonie mit gutem Erfolge betrieben werden; zum mindestens wird fast überall der Ansiedler den für sich und seine Familie nötigen Bedarf an Garten- und Feldfrüchten selbst leicht bauen können. Hierfür ist in den meisten Fällen künstliche Bewässerung nicht zu entbehren; das hierzu sowie das zum Tränken des Viehes nötige Wasser ist in dem weitaus grössten Teil der Kolonie durch entsprechende Vorkehrungen ohne allzu grosse Mühe und Kosten zu beschaffen.

Obgleich also die von der Natur gegebenen Eigenschaften und Hilfsmittel Deutsch-Südwestafrika an und für sich als ein für deutsche Ansiedler geeignetes Kolonisationsgebiet erscheinen lassen, bedurfte es und bedarf es auch ferner mannigfacher Vorbereitungen, ehe die Kolonie reif ist, ohne Schädigung einen stärkeren Zuzug von weissen Einwanderern in sich aufzunehmen.

Die bisherigen Ergebnisse der auf die Ansiedelung von Weissen in Deutsch-Südwestafrika gerichteten Bestrebung müssen als unbefriedigend bezeichnet werden. Am 1. Januar 1901 belief sich die gesamte weisse Bevölkerung der Kolonie, einschliesslich der Schutztruppe, auf 3 594 Köpfe. Von diesen 3 594 Weissen waren 2 185 erwachsene männliche Personen, und von diesen wieder waren:

| | |
|---|---|
| Regierungsbeamte, Angehörige der Schutztruppe | 790 |
| Missionare | 40 |
| Händler | 211 |
| Farmer | 479 |
| Ingenieure | 21 |
| Handwerker und Arbeiter | 610 |
| Bergleute | 25 |
| Andere | 9 |
| Zusammen | 2185 |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was wollen diese wenigen Ansiedler bedeuten, wenn man bedenkt, dass wir die Kolonie seit dem Jahre 1884 besitzen, und wenn man dagegen hält, dass die Zahl der aus dem Deutschen Reich in demselben Zeitraum ausgewanderten Personen fast eine Million betragen hat! Noch ungünstiger wird das Bild, wenn man berücksichtigt, dass ein grosser Teil der Ansiedler nur von der Schutztruppe lebt und ohne sie keine Existenzmöglichkeit hätte, und ferner, dass die verhältnismässig grosse Zahl der Handwerker und Arbeiter durch den Bau der Eisenbahn und der Mole bei Swakopmund zu erklären ist. Die Zahl der wirtschaftlich selbständigen und von der Schutztruppe, den öffentlichen Arbeiten u. s. w. unabhängigen Ansiedler ist also noch erheblich geringer, als obige Zahlen vermuten lassen. Auch haben wir zur Zeit in Deutsch-Südwestafrika nur verhältnismässig wenige kapitalkräftige Ansiedler, und doch können nur solche dem extensiven Grossfarmbetrieb sich zuwenden, der, wie die Verhältnisse dort nun einmal liegen, das Rückgrat für die wirtschaftliche Erschliessung des Landes bilden muss.

Die geringen Erfolge unserer Siedelungstätigkeit in Deutsch-Südwestafrika sind gerade in der letzten Zeit, wo durch den südafrikanischen Krieg und die durch ihn veranlasste Bureneinwanderung nach Deutsch-Südwestafrika die Aufmerksamkeit in sehr erhöhtem Masse dorthin gelenkt worden ist, Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen. Man hat dabei vielfach die Hauptschuld an der Langsamkeit der Besiedelung auf die hohen Landpreise geschoben; man sagt, die grossen Konzessionsgesellschaften trieben zum Teil Landspekulation, sie verlangten hohe Preise für das Land und hielten mit dem Verkauf des Bodens zurück, um ihn später, wenn durch die Landverkäufe der Regierung und durch die Besiedelung eine allgemeine Werterhöhung des Bodens eingetreten sei, zu beträchtlich höheren Preisen zu verkaufen. Durch solches Verhalten hätten die Gesellschaften die Ansiedler abgeschreckt und die Entwickelung des Landes hintangehalten. Wenn ich auch der Ansicht bin, dass die Erteilung der grossen Landkonzessionen, besonders an die englisch beeinflussten Gesellschaften, der Kolonie keinen Segen gebracht und ihre Entwickelung nicht gefördert hat, wenn ich auch zugebe, dass diese Gesellschaften wenig getan haben, um Ansiedler in das Land zu ziehen, so vermag ich doch nicht anzuerkennen, dass die von den Gesellschaften geforderten hohen Bodenpreise die Besiedelung der Kolonie erheblich verzögert hätten, denn meiner Überzeugung nach stand dem Gouvernement bisher Land in genügender Ausdehnung und von guter Beschaffenheit für die Besiedelung zur Verfügung, das zu sehr billigen Preisen abgegeben wurde. Für ganz verfehlt aber halte ich den Vorschlag, einen Ausgleich für das bisherige langsame

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tempo in der Besiedelung der Kolonie dadurch herbeiführen zu wollen, dass die Kolonie jetzt plötzlich der freien Besiedelung geöffnet werden soll. Es wäre meiner Ansicht nach das grösste Unglück für die Kolonie, wenn man jetzt ohne besondere Vorbereitungen einen grösseren Strom mittelloser Ansiedler dorthin lenken wollte. Auch wenn man solchen Ansiedlern freie Überfahrt gewähren und ihnen das Land umsonst geben würde, so würden sie doch nicht vorwärts kommen, sie würden nur das Ansiedlerproletariat vermehren, das jetzt schon reichlicher in Deutsch-Südwestafrika vorhanden ist, als es die gesunde Entwickelung der Kolonie verträgt. Das Land ist eben noch nicht genügend vorbereitet für eine solche Besiedelung, und die Beschaffenheit der Kolonie, vor allem ihre Wasserarmut, sowie der derzeitige geringe Grad ihrer wirtschaftlichen Entwickelung, machen es unbedingt notwendig, zunächst die Vorbedingungen für das Bestehen der Ansiedler zu schaffen, ehe man es verantworten kann, kleine Ansiedler in grösserer Zahl nach Deutsch-Südwestafrika hinüber zu bringen.

Bei dem heutigen Stand der wirtschaftlichen Entwickelung von Deutsch-Südwestafrika ist der Kolonie überhaupt nicht mit mittellosen Ansiedlern in grösserer Anzahl gedient. Was wir dort jetzt im Anfange brauchen, das sind Ansiedler mit grösseren Mitteln, die als Grossfarmer die Zucht von Rindvieh, Wollschafen, Angoraziegen, Straussen u. s. w. betreiben, damit so erst eine breitere Grundlage für die Erzeugung von Ausfuhrwerten geschaffen wird, und damit später in Anlehnung an diese Grossfarmbetriebe auch kleinere Ansiedler ihr Gedeihen finden. Gerade an solchen grösseren, kapitalkräftigen Viehzüchtern haben wir Mangel in Deutsch-Südwestafrika, und gerade sie tun der Kolonie dringend not. Erst wenn das ganze Land mit einem Netz von Grossfarmen überzogen ist, wenn überall auf diesen Farmen Zuchtvieh für die nachkommenden Ansiedler erhältlich ist, wenn sich ihnen hier Gelegenheit zur Arbeit, zum Verdienst, und damit zugleich zum kostenlosen Einleben in die neuen Verhältnisse bietet, erst dann ist die Kolonie soweit, ohne Nachteile auch grössere Mengen kleinerer Ansiedler aufzunehmen. Ich wiederhole daher, dass ich es für falsch und gefährlich halte, die Ansiedelung mittelloser Einwanderer in grösserer Zahl jetzt schon zu begünstigen; erstrebenswert ist dagegen die Gewinnung vermögender Einwanderer.

Auch durch die Gewährung kleinerer Unterstützungen an unbemittelte Ansiedler werden die eben geschilderten Schwierigkeiten nicht überwunden, wie die Erfahrungen gezeigt haben, die man mit den sogenannten Ansiedelungsbeihilfen gemacht hat, für die dem Gouvernement im Jahre 1900 100 000 Mk. zur Verfügung standen. Wenn die Ansiedler nicht selbst über ein in der Hauptsache aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

reichendes Betriebskapital verfügen, so helfen ihnen auch Unterstützungen in kleinen Beträgen nicht. Unzureichende Unterstützungen kommen daher in den meisten Fällen einer Kapitalsverschleuderung gleich. Auch aus diesem Grunde ist der Heranziehung kleinerer Ansiedler zur Zeit zu widerraten. Es wird sich als viel förderlicher für die Entwickelung der Kolonie erweisen, einer beschränkten Anzahl von grösseren Ansiedlern ausreichende Vorschüsse zur Ermöglichung eines rationellen Grossviehzuchtbetriebes zu gewähren, als diese Summen durch eine weitgehende Zersplitterung für die Zwecke, für die sie in letzter Linie bestimmt sind, nämlich die Entwickelung der Kolonie, unwirksam zu machen. — Die Unterstützungen sollten den Ansiedlern, das sei hier nebenbei bemerkt, nicht als Geschenke, sondern als Vorschüsse, als Darlehen, und auch nur für wirtschaftliche Zwecke gegeben werden.

Mit den soeben gemachten Ausführungen soll nicht gesagt sein, dass nicht auch zur Zeit schon eine mässige Anzahl von kleineren Ansiedlern mit Vorteil für sie selbst und für die Kolonie in Deutsch-Südwestafrika untergebracht werden könnte. Das gilt besonders für die Teile des Landes, die in der Entwickelung schon etwas weiter vorgeschritten sind, und es trifft vor allem bei denjenigen Ansiedlern zu, deren Erfahrungen in bezug auf den südafrikanischen Farmbetrieb und hinsichtlich der ganzen Verhältnisse dort so gross sind, dass sie schon deshalb der Kolonie von Nutzen sein können. Ich denke hier besonders an die frei werdenden Angehörigen der Schutztruppe, sowie an die Buren, die den Wunsch haben, sich in Deutsch-Südwestafrika anzusiedeln. Beide werden leichter und mit viel geringeren Mitteln dort festen Fuss fassen und vorwärts kommen, als die des Landes, der Sprache, der Sitten und des Wirtschaftsbetriebes unkundigen Neulinge. Soweit ihnen die Mittel fehlen, um sich selbständig anzusiedeln, werden sie auch als Handwerker, Frachtfahrer, oder als Arbeiter auf den Viehfarmen gute Dienste tun können. Was die Buren betrifft, so glaube ich, dass sie uns in Deutsch-Südwestafrika wertvolle Dienste leisten können; sie sind so an die eigenartigen Verhältnisse des südafrikanischen Viehzuchtbetriebes gewöhnt und so trefflich den in der Tat sehr grossen Schwierigkeiten gewachsen, mit denen die Ansiedler dort zu kämpfen haben werden, dass es unklug wäre, wenn wir auf die Mitwirkung der Buren zur Nutzbarmachung des Landes ganz verzichten wollten.

Alle Förderung der Besiedelung und alle Unterstützung der Ansiedler schwebt aber in der Luft, solange wir nicht die Vorbedingungen für das Bestehen der Ansiedler geschaffen, d. h. solange wir nicht für das Vorhandensein des nötigen Wassers gesorgt haben. Hier müssen also alle auf eine schnellere Besiedelung des Landes gerichteten

Bestrebungen einsetzen; die Sorge für das nötige Wasser ist die erste und wichtigste aller unserer Aufgaben in Deutsch-Südwestafrika, ihr gegenüber treten alle anderen zur Förderung der Besiedelung dienenden Massnahmen augenblicklich zurück. Ohne die künstliche Beschaffung von Wasser ist die Verwertung und erspriessliche Entwickelung von Deutsch-Südwestafrika ausgeschlossen, mit ihr kann das Land zu hoher Blüte gebracht werden.

Glücklicherweise ist die Möglichkeit zur ausreichenden Wasserbeschaffung überall im Lande vorhanden, mit Ausnahme vielleicht des sehr regenarmen Küstenstreifens. Als Mittel für die Wasserbeschaffung kommen besonders in Betracht die Anlage von kleineren oder grösseren Stauwerken, sowie Brunnenbohrungen. Hiervon ist zur Zeit bei weitem am wichtigsten die Wasserbeschaffung durch kleinere Staudämme, denn diese können, abgesehen von Küstenstreifen, fast überall im Lande mit sicherer Aussicht auf Erfolg errichtet werden, und zwar zum Teil ohne grosse Kosten und ohne grosse technische Kenntnisse und Hilfsmittel durch die Ansiedler selbst. Diese kleinen, in grosser Anzahl allenthalben im Lande zu bauenden Staudämme sollen besonders der Errichtung von Grossfarmen dienen. Bei zweckentsprechender Anlage und richtiger Auswahl des Platzes stauen diese Dämme so grosse Wassermengen auf, dass das Wasser das ganze Jahr hindurch für das Tränken des Viehes, und unter günstigen Verhältnissen selbst für die Bewässerung eines Gemüse- und Obstgartens ausreicht. Unsere Parole heisst also: Staudämme bauen und Brunnen bohren, damit wir den Einwanderern vorbereitete Farmgebiete mit genügendem Wasser zuweisen können. Jedes Farmgebiet muss mindestens eine, bei grösserer Ausdehnung mehrere ausreichende Wasserstellen haben.

Kann sich die Vorbereitung auch auf die Anlage und Verbesserung von Verkehrswegen, auf die Fertigstellung der ersten Unterkunftsräume für die Ansiedler, auf die Bereitstellung von Zuchtvieh und Saatgut, auf die Zuweisung von Arbeitern u. s. w. erstrecken, um so besser. Von den eben erwähnten Massnahmen sei die Bereitstellung von Zuchtvieh, als besonders wichtig, nochmals ausdrücklich hervorgehoben. Die Beschaffung von guten Wollschafen, von Angoraziegen, von zahmen Straussen war in den früheren Jahren in Deutsch-Südwestafrika mit so grossen Kosten und Schwierigkeiten verbunden, dass hieran in vielen Fällen die Absicht der Farmer, sich diesen Zweigen der Viehzucht zuzuwenden, gescheitert ist. Durch die in den letzten Jahren erfolgte Vermehrung und Ausdehnung solcher Viehzuchtbetriebe mag nun allerdings die Beschaffung des nötigen Zuchtmaterials im Vergleich zu früher leichter geworden sein; immerhin wird sie auch jetzt noch dem Neu-Ankömmling viele Umstände und beträchtliche Ausgaben verursachen, und die Aufgabe, den Ansiedlern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

für billiges Geld gutes Zuchtmaterial zur Verfügung zu stellen, und ihnen bei dem Einkauf mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wird nicht von der Hand zu weisen sein.

Während also durch kleinere, in grosser Anzahl überall im Lande anzulegende Staudämme die Möglichkeit geschaffen und das Ziel verfolgt wird, die Kolonie mit einem Netz von Grossfarmen zu überziehen, sollen die grossen Stauwerke dazu dienen, an geeigneten Punkten eine dichte und intensive Kleinwirtschaft zu ermöglichen. Eingehende Untersuchungen durch Fachleute an Ort und Stelle, und sorgfältige Berechnungen und Kostenanschläge haben ergeben, dass an verschiedenen Punkten von Deutsch-Südwestafrika sehr günstige Verhältnisse für Stauanlagen grössten Stiles vorhanden sind. An solchen Punkten würden sich durch die Anlage entsprechender Stauwerke viele Millionen Kubikmeter Wasser ansammeln lassen, mit denen Hunderte von Hektar Landes bewässert werden könnten. Auf solchem bewässerbaren Lande sind in Deutsch-Südwestafrika erfahrungsgemäss durch intensive, gartenmässige Kultur sehr hohe Erträge zu erzielen, und eine verhältnismässig kleine Bodenfläche würde genügen, um einer Ansiedlerfamilie ihren Unterhalt zu gewähren. Es liegt daher der Plan vor, zunächst eines der grossen Stauprojekte auszuführen, und hier einige Dutzend, eventuell auch 100 bis 150 Ansiedlerfamilien unterzubringen. Es würde zu weit führen, wenn ich an dieser Stelle das ganze Projekt und seine Aussichten einer eingehenden Erörterung unterziehen wollte. Nur dies sei kurz erwähnt: Ich glaube nicht, dass die Millionen, die nach den aufgestellten Berechnungen für das zunächst zur Ausführung in Vorschlag gebrachte Stauwerk nötig sind, zur Zeit aufgebracht werden können, und ich bin der Ansicht, dass die erforderlichen Summen der Kolonie viel mehr nützen würden, wenn sie, anstatt für ein grosses Stauwerk, für zahlreiche kleine Stauanlagen verwandt würden. Erst wenn die Entwickelung der Kolonie viel weiter vorgeschritten ist, wenn wir zahlreiche Grossfarmen dortselbst haben, wenn der Verkehr im Lande und die Grösse der Ortschaften erheblich zugenommen hat, vor allem wenn vielleicht infolge von Bergbau-Unternehmungen oder aus anderen Gründen an einzelnen Punkten ein stärkeres Anschwellen der Bevölkerung stattfindet, erst dann ist meines Erachtens der Zeitpunkt für solche grösseren, kostspieligen Stauanlagen gekommen. Sie sollen also nicht sozusagen Selbstzweck sein, sondern erst entstehen, wenn das Bedürfnis sich geltend macht. Bis dahin wird man mit den jetzt schon im Lande vorhandenen Wasserstellen, sowie mit Brunnenbohrungen und kleineren Staudämmen auskommen. Wenn gesagt wird, dass infolge des durch grosse Stauwerke ermöglichten ausgedehnteren Anbaues von Garten- und Feldfrüchten die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Preise für diese heruntergehen würden, und dass dadurch die ganze Lebenshaltung im Schutzgebiete billiger werden würde, so halte ich als eine lehrreiche Tatsache dem entgegen, dass nach mir gewordenen Nachrichten zur Zeit in Otyozondyupa am Waterberg bei Grootfontein, wo infolge des Wasserreichtums ein ausgedehnter Feld- und Gartenbau betrieben wird, grössere Mengen von Weizen liegen, für die man, der hohen Transportkosten wegen, keine Verwendung hat. Das Gouvernement hat diesen Weizen den dortigen Farmern, um ihnen zu helfen, abgenommen, natürlich zu niedrigen Preisen; ihn nach Windhoek oder in einen anderen grösseren Ort zu bringen, ist zu teuer und nicht lohnend, und so wird dieser Weizen voraussichtlich allmählich den Kornwürmern zum Opfer fallen. Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie infolge der Schaffung grosser Stauwerke die Preisbildung für die Erzeugnisse des Bodens sich zur Zeit wahrscheinlich gestalten würde. Anders würden die Dinge ja allerdings liegen, wenn durch eine Eisenbahn ein Absatz auch nach entfernteren Teilen der Kolonie ermöglicht würde.

Frage ich mich nun, durch wen die hier vorgeschlagenen Massnahmen zur Ausführung zu bringen sind, so komme ich zu dem Ergebnis, dass die Kräfte und Mittel der Siedelungsgesellschaften und der sonstigen privaten Siedelungstätigkeit für eine erfolgreiche und schnelle Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika unzureichend sind, und dass nur der Staat in der Lage ist, solche Aufgaben befriedigend durchzuführen. Die Siedelungstätigkeit im grossen ist überhaupt im allgemeinen keine geeignete Aufgabe für Erwerbsgesellschaften, denen als Endziel doch naturgemäss immer die schliessliche Rentabilität ihrer Unternehmungen vorschweben muss. Deshalb muss hier das Reich eingreifen. Die Dringlichkeit und die Grösse der uns in bezug auf Deutsch-Südwestafrika gestellten Aufgabe erfordert aber, dass das Reich weit grössere Mittel für diese Zwecke aufwende als bisher. Der Reichskanzler sowohl wie die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts haben erst vor kurzem Gelegenheit genommen, auf die hohe Bedeutung einer planmässigen Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika mit deutschen Volksteilen hinzuweisen; wir dürfen daher vertrauen, dass die Regierung die Erreichung des vorgezeichneten Zieles mit vollem Nachdruck verfolgen wird.

Ich habe mir erlaubt, die Anschauungen und Wünsche, die ich hier zum Vortrag gebracht habe, in nachstehender Resolution zusammenzufassen:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält die planmässige deutsche Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika für eine unserer wichtigsten und dringlichsten Kolonialaufgaben. Er ist der Ansicht, dass die Kräfte und Mittel der Siedelungs-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gesellschaften und die sonstive private Siedelungstätigkeit für die Lösung dieser Aufgabe unzureichend sind, und er hält es für dringend notwendig, dass das Reich für die Förderung der Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika erheblich grössere Mittel aufwende als bisher. Soweit das Land zur Zeit für die Besiedelung geeignet ist, ist die Ansiedelung, namentlich zum Zwecke der Grossviehzucht durch Gewährung etwa notwendiger ausreichender Vorschüsse, zu beschleunigen. Um es weiterhin für die Aufnahme einer grösseren Zahl von neuen Ansiedlern genügend vorzubereiten, ist die Schaffung zahlreicher Brunnen und kleinerer Staudämme, und an geeigneten Punkten die Anlage grösserer Stauwerke sofort in die Wege zu leiten.

Ich bitte Sie, dieser Resolution zuzustimmen und ihr bei der morgen stattfindenden Beschlussfassung zur Annahme zu verhelfen.

Oberleutnant à la suite der Schutztruppe für Südwestafrika **Troost,** Berlin: Stauanlagen grössten Stils sollten, meines Erachtens, doch nicht aus dem Auge verloren werden, in anbetracht des enormen Wertes grosser Wassermengen, die selbst von einer ausserordentlichen Anzahl kleinerer Anlagen nicht entfernt geliefert werden können; ferner in anbetracht des Umstandes, dass die Gelegenheiten für Grossanlagen gerade dort so beispiellos günstige sind.

Geh. Finanzrat **Haupt,** Stettin: Ausser Südwestafrika ist wohl auch, abgesehen von Westusambara, bei dem die Meinungen geteilt sind, auch die Gazellenhalbinsel (Südseebesitz) schon besiedelungsfähig. Ausserdem darf gehofft werden, dass bei fortschreitender Erkenntnis und Bekämpfung der meisten klimatischen Krankheiten als Ansteckungs- oder Übertragungskrankheiten auch andere von unseren Schutzgebieten noch besiedelungsfähig werden.

Realschuldirektor **Wittenbrinck,** Unna: Seit zwanzig Jahren stehe ich mit in der Kolonialbewegung und habe seit längerer Zeit besonderes Interesse Südwestafrika zugewandt. Auch ich bin überzeugt, dass der Besiedelung mit passenden deutschen Elementen mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist, sollen nicht in Zukunft uns allerlei üble Folgen erwachsen. Von der Kleinsiedelung halte ich wenig, sehe aber auch im Grossfarmbetrieb nicht alles Heil. Wie im Mutterlande der Mittelstand Träger aller Kraft ist, so werden auch mittlere Farmer, Kaufleute etc. der Kolonie am meisten nützen. Solcher Leute sind genug willig zu finden, wenn gewisse Kulturverhältnisse ihnen nicht ganz versagt bleiben. Sogenannte zweite

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Söhne aus landwirtschaftlichen Kreisen, ja auch kleinere Besitzer, die mit ihrem geringen Anfangskapital nicht recht vorankommen können, deren Kinder schliesslich in den Arbeiterstand zurücktreten müssten, würden gern bereit sein, hinüberzugehen. Ein solch kleiner Besitzer fragte mich einst: „Wie steht es denn aber mit den Schulen?“ Als ich ihm dann nichts Gutes melden konnte, sagte er: „Nein, dann sollen meine Kinder sich lieber hier in kleinen Verhältnissen herumquälen, als dass sie aufwachsen wie die Kinder der Wilden.“ Wohl weiss ich nun, dass es schon eine ganze Anzahl von Missionsschulen gibt, doch sind diese in erster Linie für die eingeborenen Kinder da. Ein gemeinsamer Unterricht mit jenen ist bedenklich. Andere Schulen finden sich nur vereinzelt. Daher sollten wir die Regierung bitten, sich recht des Elementarunterrichtes anzunehmen, zumal schon fast 5000 Europäer im Lande sind und anscheinend starke burische Einwanderung in Sicht ist.

**Joachim Graf von Pfeil,** Friedersdorf in Schlesien: Die Frage nach seinem ethischen Wohlbefinden steht dem Ansiedler erst in zweiter Reihe, zuerst wird er fragen, kann ich in dem Lande überhaupt meinen Lebensunterhalt gewinnen. Die vornehmsten Fragen sind mithin die wirtschaftlichen. Das führt mich zur Erörterung der Frage der Staudämme. Wenngleich ich es wohl für möglich halte, dass die Zeit kommt, in der auch grosse Staudämme errichtet werden können, so ist meines Erachtens doch das Hauptaugenmerk auf die Errichtungen von kleinen Staudämmen zu richten. Aus dem einfachen Grunde, weil der Betrieb, dem sie dienen, nämlich die Viehzucht in extensiver Form, das Rückgrat der Entwickelung unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes ist. Bleibt nach Tränkung des Viehes noch ein Restbestand von Wasser, so kann dieses sehr wohl zur Anlage resp. Berieselung eines Obst- und Gemüsegartens Verwendung finden. Grosse Staudämme sollen meisthin dem Ackerbau dienen. Wo wir uns aber in der Entwickelungsgeschichte Südafrikas umsehen, finden wir, dass grosse Dämme immer erst ein Stadium der Entwickelung kennzeichnen, dem das Stadium der kleinen Dämme vorausgegangen war. Selbst dann erfüllten sie ihren Zweck nicht immer. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Vor langen Jahren war der grösste Staudamm in der Provinz Natal derjenige in Herrmannsburg. Auch er war nur der Nachkomme von älteren kleineren Dämmen und sollte Ackerbaubetrieb in grösserem Umfange ermöglichen. Die auf ihn gesetzten Hoffnungen schlugen fehl, denn man erkannte sehr bald, dass nicht alles unter der Wasserlinie liegende Land agrikulturfähig war, oder wenigstens nur mit einem Kostenaufwand agrikulturfähig gemacht werden konnte, der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Rentierung des Bodens ausschloss. Diese wird an und für sich beeinträchtigt durch die vielen den Cerealien in Südafrika anhaftenden Krankheiten, die, in erster Linie Rost, den Landbau überhaupt recht unsicher machen. Die erhoffte Bevölkerungsdichtigkeit dürfte daher ein schöner Zukunftstraum sein, der Herrmannsburger Damm hat sie keinesfalls hervorzurufen vermocht. Aber selbst, wenn die Mittel für solch einen grossen Damm bewilligt werden, so stellte deren Höhe seine Nützlichkeit in Frage; wie soll von den wenigen Farmern, die sich unter seiner Wasserlinie ansiedeln und wirklich Erträge erzielen, der Kostenaufwand verzinst werden, ohne ihre eigene Existenz fraglich zu machen? Wir hören, dass fast alle jetzigen Ansiedler von dem Konsum durch die Schutztruppe abhängig sind was sollen diejenigen Farmer machen, die das Mehr erzeugen, welches die Schutztruppe nicht konsumieren kann? Sie werden in die traurige Lage derjenigen kommen, von denen Dr. Hindorf erzählt, dass sie ihren Weizen der Regierung und den Würmern überlassen mussten.

Zudem ist es eine nicht bedeutungslose Tatsache, dass alle diejenigen, die sich beruflichermassen mit der Besiedelung Südwestafrikas beschäftigt haben, im allgemeinen zu derselben Ansicht kamen, dass der zunächst einzig gangbare Weg zur Entwickelung des Schutzgebietes der ist, ein Netz von grossen Viehzuchtfarmen über das Land zu legen und auf dem Boden dieses Systems die Verhältnisse sich entwickeln zu lassen. An dem beliebten Gedanken der Kleinsiedelung hängen nur die Leute, die sich hauptsächlich theoretisch mit der Frage beschäftigen konnten.

Auf die von dem Vortragenden angeschnittene Burenfrage will ich nicht weiter eingehen, es würde zu weit führen. Ich will nur sagen, dass auch ich die Buren in geringer Zahl gern als Lehrmeister im Schutzgebiet sehen würde. Ich möchte nur auf den Umschwung hinweisen, der sich in dem Urteil über sie vollzogen hat. Im Jahre 1892 war die Einwanderung einer beschränkten Zahl in die Wege geleitet unter den für das Schutzgebiet günstigsten Bedingungen. Die Ausführung scheiterte an dem Widerwillen, den die in den Tagesblättern zum Ausdruck kommende öffentliche Meinung gegen die Buren hegte. Ich selbst sah mich gezwungen, die Buren gegen heftige und unberechtigte Angriffe in Schutz zu nehmen.

Ohne dass die Verhältnisse sich irgendwie geändert hätten, bringt man heute den Buren ein Entgegenkommen dar, welches mindestens ebenso übertrieben ist, als die frühere Geringschätzung für sie. Ich möchte die Zulassung der Buren in unser Schutzgebiet durchaus empfehlen, aber nur in geringer Zahl, nicht in Tausenden.

Die Gazellenhalbinsel im Bismarckarchipel, Westusambara, die Hochländer am Nyassa neben Südwestafrika als Siedelungsgebiete zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

empfehlen, halte ich für verfehlt, wenn wir von Siedelung in dem vom Vortragenden erläuterten Sinne sprechen, nämlich in dem, dass darin immer die Möglichkeit für den Europäer liegt, selbst arbeitend mit tätig zu sein. Das dürfte vielleicht bei den Hochländern um den Nyassa in gewissen Grenzen möglich sein, sonst nirgends in den angeführten Gegenden.

Plantagenbetrieb wird sich in jenen Gegenden sicher treiben lassen, sprechen wir aber von Siedelung, so ist es immer in dem von Dr. Hindorf angedeuteten Sinne.

## Die deutsche Auswanderung nach Südamerika, besonders nach Südbrasilien.

Von Dr. **Herrmann Meyer,** Leipzig.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Wenn von deutscher Auswanderung nach Amerika die Rede war, so verband sich bei der grossen Menge damit zumeist der Begriff der Vereinigten Staaten von Nordamerika oder auch Canada, und erst in zweiter Linie erinnerte man sich, dass auch in einigen Gebieten in Südamerika sich Deutsche in grösserer Zahl angesiedelt hatten. Man ist aber zumeist überrascht zu hören, dass z. B. in Südbrasilien ungefähr 200 000 Deutsche geschlossene deutsche Gemeinden gebildet haben, die zum Aufschwung des Landes ganz erheblich beitrugen und in ihrer wirtschaftlich guten Entwickelung den Beweis für den Wert dieses Landes für deutsche Auswanderung gaben. Die Auswanderung nach Nordamerika ist in den für die Auswanderung namentlicht in Betracht kommenden unteren Klassen etwas derartig Geläufiges, dass in vielen Fällen dies Land als einzig für den Auswanderer in Betracht kommend angesehen wird. Die grosse Zahl der jahraus, jahrein von den Vereinigten Staaten angezogenen Auswanderermassen sprach für dies Land; fast jeder hatte Freunde, Bekannte oder Verwandte, die drüben ihr Glück gesucht und zum Teil auch gefunden hatten, und vereinzelte Berichte von erworbenen grossen Reichtümern vorher armer Leute lockten umsomehr die Auswanderung dahin, als auch die erhebliche Reduktion

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Dampferpassagen und geeignete Vorkehrungen zur Förderung und Unterkunft den Einwanderern Garantie zu gewähren schienen, dass ihre kleinen Mittel nur wenig in Anspruch genommen würden und für ihr Weiterkommen auch drüben gut gesorgt sei.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war dies anders. Da war die Auswanderung nach Südamerika, für damalige Verhältnisse wenigstens, eine ganz beträchtliche, und nachdem speziell das Interesse für Südbrasilien durch Gründung einer Reihe von Kolonien erwacht war, zog sich namentlich in der Reaktionszeit, Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre, Südamerika eine ganze Zahl von Leuten, die mit den Einrichtungen der alten Heimat unzufrieden waren, hinüber, vor allem auch von besser situierten Elementen. Während sich in den südlichen Provinzen Brasiliens die Kolonien langsam aber stetig entwickelten und den Einwanderern Grund und Boden als eigener Besitz zur Bewirtschaftung überlassen wurde, sodass sich ein kräftiger Kleinbauernstand entwickeln konnte, war in São Paulo und den nördlicheren Staaten, die für tropische Agrikultur in Frage kamen, ein anderes Arbeitssystem gang und gäbe als im Süden. Den grossen Kaffeefazenden fehlte es an Arbeitskräften, und man suchte diesen Übelstand zu heben, indem man eine Verquickung von Kleingrundbesitz mit Lohnarbeit in dem vielbesprochenen Parceria- oder Halbpachtsystem herbeiführte. Dieses verpflichtete die Kolonisten, welche auf Rechnung der Grossgrundbesitzer herübergezogen worden waren und von diesen Land angewiesen erhielten, die Hälfte ihrer auf diesem Lande errungenen Kaffee-Ernte dem früheren Besitzer zu überlassen und aus der anderen Hälfte die durch Transportspesen und Subsidien entstandenen Schulden zu tilgen. Wenn auch in vielen Fällen diese Halbpächter auf gutem Boden und bei günstiger Ernte sich nach einigen Jahren der leidigen Verpflichtung erledigen konnten und nach Rückzahlung aller Schulden Herr auf eigenem Grund und Boden wurden, so waren doch die Fälle nicht gering, in denen die Einwanderer zu einer dauernden Sklaverei verdammt wurden, wie auch von einer ganzen Reihe von Grossgrundbesitzern, die bisher ausschliesslich mit Sklaven gearbeitet hatten, die Halbpachtkolonisten nicht viel anders als Sklaven betrachtet wurden. Die vielen hierüber in die Presse gelangenden Klagen brachten es dazu, dass die preussische Regierung unter dem Minister von der Heydt das nach diesem benannte Reskript erliess, welches die Auswanderung nach Brasilien überhaupt unterband, wobei man in kurzsichtiger Nichtbeachtung der wirtschaftlichen und klimatischen Unterschiede in den verschiedenen Bezirken Brasiliens die günstige Entwickelung der südlichen Ackerbaukolonien ganz ausser acht liess, und so das Reskript auch für diese Zonen, in denen das Deutschtum sich bereits

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kräftig entwickelt hatte, Geltung erhielt. Die deutsche Einwanderung nach Brasilien nahm nach diesem Reskript ganz bedeutend ab, das Land wurde quasi boykottiert und Nordamerika trat als Auswanderungsgebiet in den Vordergrund des Interesses.

Als nach Aufhebung der Sklaverei in Brasilien sich der Mangel an Arbeitskräften wieder geltend machte, waren es namentlich Italiener, welche gern bereit waren, das Erbe der Sklaven als Landarbeiter zu übernehmen und sich in grossen Mengen Südamerika zuzuwenden. Nicht nur Brasilien wurde von ihnen überschwemmt, sondern auch Argentinien, wo die stets zunehmende Weizenproduktion Arbeitskräfte verlangte. Aber nicht nur als Arbeiter gelangten die Italiener nach Südamerika, sondern die brasilianische Regierung, speziell die Regierung Rio Grande do Suls, nahm die Gelegenheit wahr, als die deutsche Einwanderung zu versiegen drohte, die Italiener auch als Kolonisten in grosser Zahl zur Besiedelung weiter Staatsländereien zu verwenden, in welchen die Italiener eine sehr rührige Ackerbaubevölkerung bilden. Allerdings beuteten sie den Boden in einem rücksichtslosen Raubbau aus, sodass von einem dauernden Werte dieser Kolonisation nicht die Rede sein kann, wenn auch die Kolonien jetzt eine erfreuliche Entwickelung zeigen. Der stetige Abfluss des Überschusses an deutschem Blut nach Nordamerika hat diesem Lande zu einem Aufschwung verholfen, der für die wirtschaftliche Entwickelung des Stammlandes recht nachteilige Folgen zeitigte, indem uns, unserer Industrie und Landwirtschaft, speziell in den Vereinigten Staaten, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch das deutsche Element befruchtet und gekräftigt wurden, starke Konkurrenten erwachsen sind. Es regen sich deshalb immer mehr Stimmen von Politikern und Volkswirtschaftlern, die davor warnen, die uns von Nordamerika drohende Gefahr durch weiteren Zufluss deutschen Blutes noch zu vergrössern, und darauf hinweisen, das deutsche Element wirtschaftlich dem Stammlande zu erhalten, indem man ihm Gebiete zuweist, in welchen den deutschen Auswanderern in gesundem Klima eine materiell gesicherte Entwickelung gewährleistet wird und zugleich die Möglichkeit entsteht, auf diesem Boden das Deutschtum zu erhalten. Die romanischen Staaten Südamerikas traten wieder in den Vordergrund des Interesses, denn dort ist die Gefahr der Assimilierung an die einheimische Nationalität, wie sie in Nordamerika durch die Ähnlichkeit der Volkscharaktere, der Sprache und der Stammverwandtschaft sich ergeben hatte, nicht vorhanden. Dafür brachten den Beweis die bereits seit langem bestehenden und durch die Vernachlässigung von dem Stammlande sich selbst überlassenen deutschen Kolonien Südbrasiliens und zum Teil auch Argentiniens. Es war deshalb eine weise Massregel, dass im Jahre



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

1897 das von der Heydtsche Reskript für die drei Südstaaten aufgehoben wurde und damit einer geregelten Besiedelung offiziell die Tore geöffnet waren. Damit ist aber nur ein kleiner Teil geschehen von dem, was wir zu tun haben! Die jahrzehnte lange Boykottierung des Landes, zu welcher finanzielle Schwierigkeiten der Regierung und daraus sich ergebende unglückliche Konjunkturen für die Finanzwelt erheblich beitrugen, hatte das Interesse der grossen Menge von Südamerika fast gänzlich abgelenkt. Eine Reihe neuer kolonisatorischer Unternehmungen, die in energischer Pionierarbeit die Wiederaufnahme der Besiedelung dieser stiefmütterlich behandelten Gebiete betrieben, sind über ihre erste Entwickelung noch kaum hinausgekommen, und erst in letzter Zeit ist, dank der Bemühungen verschiedener, dem Auswanderungswesen dienender Vereine und durch die immer reger werdende Behandlung der Angelegenheit durch die Presse, auch in weiteren Kreisen und speziell in den der Auswanderung sich zuwendenden Elementen, von neuem Interesse für die deutschen Siedelungen in Südamerika angeregt worden, und dass auch die Regierung diese Richtung, die die Auswanderungsfrage zu nehmen beginnt, mit grossem Interesse verfolgt und billigt, das zeigt die Bewilligung von Mitteln seitens des Reiches für die Errichtung der Central-Auskunftsstelle für Auswanderer, speziell unter der Leitung des Herrn Generalkonsuls Koser, früherem Vertreter des Deutschen Reiches in Porto Alegre, dem Hauptstützpunkt deutscher Entwickelung in Südamerika. Einen guten Teil zu der von neuem geweckten Anteilnahme an der wirtschaftlichen Entwickelung dieses Auswanderungsgebietes tragen aber die sichtlichen Bestrebungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika bei, zunächst wirtschaftlich in Südamerika, und speziell auch in den Südstaaten Brasiliens, festen Fuss zu fassen. Hierfür hat Nordamerika, wenn auch unausgesprochen, so doch in verschiedenster Richtung deutlich Beweise gegeben. Politische Zwecke bei der wirtschaftlichen Erschliessung und Bewahrung der von deutschen Elementen bevorzugten Gebiete zu verfolgen, liegt uns gänzlich fern, und wenn derartige Verdächtigungen in der dortigen Landespresse immer wieder auftauchen, so haben wir den Grund nicht allein in den Bemühungen gewisser nativistischer Kreise zu suchen, welche die sichtlichen wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen mit Neid betrachten und sich den Vernunftsgründen verschliessen, welche in der Kulturarbeit der Deutschen einen wichtigen Faktor für die Entwickelung ihres Landes ergeben. Diese Elemente sind fremden Eingebungen nur zu sehr zugänglich, und es hat die sogenannte gelbe, dem Deutschen abholde Presse in den Vereinigten Staaten leichtes Spiel, immer und immer wieder eine deutsche Gefahr als Popanz den romanischen Nativisten Südamerikas vorzugaukeln.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenn wir die Ziele ins Auge fassen, die die deutsche Auswanderung im letzten Jahrhundert nach Süd-Amerika genommen hat, so ist es augenfällig und leicht erklärlich, dass speziell die gemässigtere und subtropische Zone bevorzugt wurde. Die Tropen kamen für den Deutschen wegen des heissen und teilweise ungesunden Klimas und wegen der dem deutschen Landarbeiter ungewohnten Agrikultur nur wenig in Betracht, und die Versuche, die man an verschiedenen Stellen, zum grösseren Teile auf Veranlassung der betreffenden Landesregierung, gemacht hat, sind im wesentlichen als gescheitert zu betrachten, zumal die Garantie, welche die Regierungen für die Entwickelung der neuen Kolonien gaben, sehr mangelhafte waren und teilweise aus mangelhafter Erfahrung, teilweise aus Nachlässigkeit und nicht zum wenigsten durch die Unehrlichkeit der beauftragten Organe, die Verpflichtungen, welche die Regierung gegen die Kolonisten oder deren Führer übernommen hatte, nicht gehalten wurden. So haben wir noch vereinzelte Siedlungen im tropischen Urwald, die aber, vollständig von der Aussenwelt abgeschlossen, aus Mangel an Nachschub einen wirtschaftlichen und kolonialen Wert nicht besitzen. Ganz sich selbst überlassen fristen diese Kolonisten ihr Dasein, und wenn das Deutschtum in dieser Abgeschlossenheit noch erhalten ist, so liegt das eben daran, dass die Kolonisten in ihrer Einsamkeit mit fremden Elementen nicht zusammenkommen.

In Venezuela haben wir eine derartige Siedelung in der Schweizer Kolonie Tovar, in Peru die Deutsch-Tiroler Kolonie Pozuzu. Auch die Kolonien in Paraguay haben, trotz mancher Bemühungen der Regierung, keine wirtschaftlich gute Entwickelung; der Kolonie Nueva Germania fehlt es an Absatz und die Bevölkerung ist durch Wegzug und Todesfälle stark zusammen geschmolzen. Besser hat sich die paraguaysche Kolonie San Bernhardino entwickelt, dies aber hauptsächlich dem glücklichen Umstande zu verdanken, dass San Bernhardino für die Hauptstadt Asuncion den täglichen Unterhalt an Milch, Eiern, Butter, Käse etc. liefern kann, dank seiner Bahnverbindung, und dass es ferner in den letzten Jahren als Sommerfrische, wegen seiner schönen Lage am See, von Asuncion und auch von Argentinien aus viel besucht wird. Als eine neue Schöpfung ist die Kolonie Hohenau am oberen Parana zu nennen, welche klimatisch besser zu sein scheint, als die anderen, und wo durch Dampferverbindung der Landesproduktion, welche mehr, dank der kühleren Lage, deutschen Anforderungen entspricht, ein Absatzweg geschaffen werden soll. Die Besiedelung Hohenaus hat mit zuziehenden deutschen Bauern aus dem nicht sehr weit entfernten Süd-Brasilien begonnen. Die Kolonie ist noch zu jung, um ein Urteil über die Lebensfähigkeit derselben



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fassen zu können. Die tropischen Kolonien in Brasilien, welche den Anfang der Kolonisation in diesem Land darstellen, und welche auf Veranlassung der Regierung in den Staaten Espirito Santo, Bahia, Rio de Janeiro gegründet wurden, zeigen desgleichen keine bemerkenswerte Entwickelung, ja zum Teil, wie am Mucurri, haben Krankheiten und schlechte Organisation seiner Zeit mit dazu beigetragen, die brasilische Kolonisation zu diskreditieren.

In argentinischen Tropenprovinzen hat eine deutsche Kolonisation nicht stattgefunden. Ebensowenig in dem nördlichen Chile, und in den Staaten Bolivia, Ecuador und Columbia. Dagegen sind in der gemässigten Zone von der chilenischen Regierung Siedelungsversuche in den Staatsländereien der Provinzen Valdivia und Concepcion und Llanquihue gemacht worden.

Zuerst unternahm man die Besiedelung der in der Nähe von Valdivia gelegenen Ländereien in den 40er Jahren. Von 1860 an aber richtete sich das Interesse der chilenischen Regierung mehr auf die südlichen Distrikte am Llanquihue-See bei Puerto Montt und bei Osorno. Der für Ackerbau geeignete Boden ist jetzt zum grössten Teil in festen Besitz übergegangen und für den Einwanderer sind schon beträchtliche Mittel notwendig, um sich dort anzukaufen, auch ist nur noch wenig verfügbarer Platz vorhanden und die Landpreise sind infolgedessen sehr gestiegen. Einige Tausend Mark sind mindestens nötig, um sich dort eine gesicherte Existenz zu verschaffen. Schon die Überfahrt ist teuer; 300 Mk. beträgt der Platz im Zwischendeck von Europa nach Valdivia. Die Regierung hat allerdings noch Staatsländereien, welche sie besiedelt, doch gibt sie dieselben nur an angeworbene Kolonisten ab. Es ist dem Einwanderer nicht anzuraten, diese Kolonien zum Ziel zu wählen, da die chilenische Regierung prinzipiell, um nationale Entwickelung zu verhindern, die verschiedensten Elemente durcheinander mischt und ein fester Zusammenschluss, der gerade in diesen Gebieten des häufigen Banditenwesens wegen vom grossen Nutzen wäre, durch die Rassenvermischung nicht möglich ist. Ein besseres Fortkommen findet der Auswanderer in den Privat-Kolonien Llanquihues, doch ist auch dort der Boden teuer. Die gleichen Verhältnisse zeigt die Kolonie Osorno, nur dass dieses Gebiet häufiger von schlechten Ernten heimgesucht wurde als die anderen. Im Gebiet Concepcion sind die Deutschen in der Minderzahl.

Ein grosses Fiasko hat die Regierung mit der beabsichtigten Besiedelung der Insel Chiloë gemacht. Die dorthin gebrachten Einwanderer fanden kein Unterkommen, das Klima war ungesund, der Boden sumpfig und die Haltung der Eingeborenen feindselig, sodass an eine Kolonisation nicht zu denken war und ein grosser Teil der dorthin Gewanderten sich nach Puerto Montt und Valdivia wandte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wo sich für die Unbemittelten kein Platz fand und dieselben den deutschen Kreisen zur Last fielen.

Eine Einwanderung im grossen verbietet sich von selbst wegen Mangel an passendem Terrain und wegen der teuren Bodenpreise. Es ist aber auch die Stimmung in Chile zur Zeit gegen das deutsche Element durchaus nicht gut; so hat die Regierung erst vor kurzem alle deutschen Lehrer an der Hochschule durch chilenische ersetzt, und von Anfeindungen weiss jeder zu berichten, der in engere Fühlung mit den massgebenden Kreisen gekommen ist. Die Produktion hat in Chile seit einigen Jahren stets abgenommen, sodass das Land nicht mehr Weizen in grösseren Mengen exportiert, sondern sogar gezwungen ist, denselben von auswärts einzuführen. Häufige Missernten haben diesen Rückschritt verursacht.

Im allgemeinen ist der Stand der deutschen Kolonien in Chile aber kein schlechter und auch dort hat das Deutschtum sich gut erhalten, soweit es seinen Rückhalt an geschlossenen Gemeinden fand. Eine Reihe deutscher Schulen ist errichtet, aber nur wenig deutsche Gemeinden haben eine Kirche.

In neuerer Zeit hat die Regierung wiederum versucht, Kolonisten heranzuziehen, indem sie durch eine Pariser Agentur Propaganda macht. Den sich dorthin wendenden Auswanderern soll ermässigte Fahrt von Liverpool bis Chile, freie Überlassung von 40 *ha* Regierungsland am Bio-Biofluss gewährt werden, wenn sie den Nachweis erbringen, dass sie Landwirtschaft zu betreiben verstehen und 800 Mk. besitzen. Auf 5 Jahre müssen sie sich verpflichten, das Land zu bewohnen, doch gibt die Regierung keine Garantie für ein gedeihliches Fortkommen. Dies und die schon geschilderten Missstände in den Regierungskolonien berechtigen zu einer Warnung, den Verlockungen dieser Agentur zu folgen. In der Provinz Araukanien ist von einer geschlossenen Kolonisation noch nicht die Rede, nur Schweizer haben sich niedergelassen, und die Regierung wünscht auch nicht fremde Einwanderer nach diesen Gebieten, vielmehr soll das Land nur mit Chilenen besetzt werden. Auch hier ist Spekulanten eine Konzession erteilt, Regierungsland zu besiedeln, doch erhalten die Kolonisten, welche 7 Jahre lang freien Unterhalt bekommen, das Land nicht zu festem Eigentum, sodass auch hier von einer sicheren Existenz nicht die Rede sein kann.

Von Uruguay können wir absehen, denn ausser der Schweizer Kolonie Nueva Helvetia ist keine bemerkenswerte Siedelung zu nennen. Das Land ist ausschliesslich für Viehzucht im grossen geeignet, nur einzelne kleine Strecken im Westen würden vielleicht für Kolonisation in Betracht kommen.

Viel besser liegen die Verhältnisse in Argentinien, dessen mittlere und südliche Provinzen gleichfalls in die gemässigte Zone gehören

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und für den Kolonisten teilweise recht gute Ländereien für den Ackerbau bieten. Der Beginn der Kolonisation fällt in die 50er Jahre und erstreckte sich namentlich auf die Provinzen Entre Rios, Buenos Aires und Santa Fé. Eine ganze Reihe Versuche wurden von der Regierung und den Munizipalitäten gemacht, eine gedeihliche Kolonisation anzulegen, doch war die Organisation des Koloniewesens stetem Wechsel unterworfen, indem bald die Einwanderung und Besiedelung in eine Hand gelegt war, bald getrennte Ämter diese Funktionen verrichteten. Eine ganze Reihe Gesetze sind in jenen Jahren dekretiert worden und viele Kolonien verdanken den verschiedenen Phasen der Entwickelung ihr Dasein. Grosse Kosten verursachte dieses stete Experimentieren, ohne dass man zu einem gedeihlichen Ziele gelangt wäre.

Das System der Kolonisation ist in den einzelnen Provinzen recht verschieden. Die Regierung hatte wohl das Bestreben und den guten Willen, die Kolonisation der für Landbau geeigneten Strecken zu betreiben und liess es auch an Kosten nicht fehlen, stand aber häufig im Widerspruch mit den Grossgrundbesitzern, die den Haupterwerb in der Schafzucht erblickten und den Ackerbau nur als eine gute Vorstufe für nutzbringende Schafzucht ansahen, oder in anderer Weise mit ihrem Lande spekulierten. Einer käuflichen Überlassung ihres Grundbesitzes an Bauern waren die Herren in den meisten Fällen abgeneigt, vielmehr traten sie für das System der Verpachtung oder des Halbpachts ein, das dem Eigentümer im ersten Falle einen recht erheblichen Pachtzins, im zweiten gegen Lieferung von lebendem und totem Inventar die Hälfte der Ernte zukommen liess und ihm erlaubte, den durch Weizenbau für Alfalfapflanzung und Schafzucht gebesserten Boden bedeutend zu valorisieren. Dieses System war vor allem in der Provinz Buenos Aires gebräuchlich und hat daher dort zu einer derartigen Entwickelung landwirtschaftlicher Ackerbaukolonisation, wie in den Provinzen Santa Fé und Entre Rios, nicht geführt, wo die parzellierten Estancias in vielen Fällen mit früheren Pächtern oder Halbpächtern als Eigentümer gegen bare Anzahlung und Verzinsung besetzt wurden. Dies hatte sowohl für den Grundbesitzer, der keine Subsidien oder Vorschüsse gab, den Vorteil, leicht bare Mittel flüssig zu machen, als auch der Landwirtschaft die richtigen Elemente zuzuführen, die sich für die Bewirtschaftung ihrer Kolonie in ihrer früheren Stellung als Pächter bereits die nötige Praxis, als auch ausreichende Mittel angeeignet hatten. Das war ja leider der grosse Fehler der Regierungs- als auch der privaten Kolonisation in den neu angelegten Koloniegebieten, dass sie ohne Auswahl und Rücksicht auf die Fähigkeiten der Einwanderer diese auf der jungfräulichen Scholle ansiedelte und durch Gewährung freier Passage, Lieferung von totem und lebendem Inventar, Saatgut und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Lebensunterhalt auf Zins für lange Zeit sich in grosse Kosten stürzte, mit dem Risiko, durch Abgang der unbrauchbaren Elemente erhebliche Verluste zu erleiden. Enorme Summen sind auf diese Weise verloren worden, denn nur zu oft liessen sich die der Arbeit ungewohnten Einwanderer, solange es ging, gut füttern ohne zu arbeiten, und verliessen das Land, wenn der Termin zur Abzahlung herannahte. Kärger gibt in seinem vortrefflichen Werke über die Landwirtschaft und Kolonisation in Argentinien die Höhe der Abgänge auf 90 pCt. an; also nur 10 pCt. der Einwanderer kamen ihren Verpflichtungen nach und bildeten dann einen soliden Grundstock für die weitere Entwickelung der Kolonie. Der Weiterentfaltung der Ackerbaukolonisation in den genannten Provinzen ist aber leider durch die Nonchalance der Regierung, welche Grossviehzüchtern früher die besten Länder ohne Gegenleistung überliess, ein Riegel vorgeschoben. Die Grossgrundbesitzer hatten nur zu sehr ihren Vorteil im Auge. So sind in der Provinz Buenos Aires, wo früher die vorstädtische Kolonisation im Anschluss an die städtischen Siedelungen zu deren materieller Unterstützung häufig war, nachdem sich für eine neue Einwanderung Platzbeschaffung nötig machte, durch ein Gesetz neue Centros agricolas im Anschluss an die Bahnstationen dekretiert worden und deren Kolonisation den Privateigentümern zur Bedingung gemacht, unter der Androhung der Expropriierung. Das Zugeständnis der Hypothekierung durch die Hypothekenbank von Buenos Aires bis auf $^3/_4$ des Wertes führte die Bedingung weitgehender Zugeständnisse an die Kolonisten mit sich, um diese heranzuziehen. Die Eigentümer bezogen, da die Verwaltung und Kontrolle nur lau geführt wurden, oft einen enormen Kredit und belasteten ihr Land weit über den Wert mit Hypotheken. Das allgemeine damals im Lande herrschende Hinauftreiben der Landpreise fiel mit diesem Gesetz zusammen. Es ist ein grossartiger Schwindel von den Unternehmern getrieben worden, der Staat wurde um Millionen geschädigt und von den 220 in Angriff genommenen Centros agricolas wurden nur in 62 die Anfänge einer Kolonisation betrieben und nur etwa ein Dutzend Kolonien sind aus diesem System hervorgegangen. — Heutzutage gibt es in diesen Provinzen kein brauchbares Regierungsland mehr und die Grossgrundbesitzer ziehen, wie schon erwähnt, die Schafzucht vor, betrachten den Ackerbau zumeist nur als Übergangsstufe, und die Regierung diente zu oft Privatinteressen, um die verschiedenen vernünftigen Vorschriften für die Kolonisationsverpflichtung für die Grossgrundbesitzer durchzudrücken. — Wenn wir nun den heutigen Stand besagter Ackerbaukolonien ins Auge fassen, so leidet allerdings der günstige Eindruck, den frühere Berichte gaben, sehr unter den häufigen Mitteilungen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

eines Rückschrittes der Produktion, die sich zumeist auf Weizen gelegt hat. Häufige Trockenheit und wiederum grosse Nässe und die Geissel der argentinischen Landwirtschaft, der Heuschreckenfrass, haben die Ernten der letzten Jahre sehr beeinträchtigt, aber eine Hauptursache für den mangelhaften Ausfall ist auch in dem System der Bodenwirtschaft des Kolonisten zu suchen. Mit einer hartnäckigen Beharrlichkeit hält er an der Methode der Bewirtschaftung fest, die er zuerst verfolgt hat. Der Mangel an Saatwechsel und die beständige Ausnutzung des Bodens, der reine Raubbau, hat den Boden schon sehr entkräftet und verlangt einen Wechsel der Bebauung. Das sieht aber der Bauer wenig ein und konstant schiebt er die Schuld auf die klimatischen Verhältnisse. Mehrere Unternehmen, so die Entre Riosbahn, welche Kolonisation auf eigene Faust getrieben hat, kommen ihren Kolonisten mit Rat und Mitteln zu Hilfe, geben Saat und Subsidien. Trotzdem ist die Lage vieler Kolonisten eine recht schlechte, alte Schulden drücken schwer und die Möglichkeit zur Bezahlung schwindet bei jeder schlechten Ernte noch mehr. Die englischen Konsulatsberichte geben hierüber wenig erfreuliche Kunde. Von den zahlreichen Kolonien sind nur wenige als gut deutsche zu nennen. Vor allem sind es die Kolonien Esperanza, Humboldt und San Jeronimo und die Privatkolonie Tornquist, die eine fast deutsche Bevölkerung aufweisen. Der Zuzug nach Argentinien aus Deutschland ist nie stark gewesen; während die Gesamteinwanderung seit 1887—1900 ca. 3 Millionen Seelen betrug, von denen allerdings ein grosser Teil, namentlich italienische Erntearbeiter, wieder zurückging, sodass sich die Zahl der ansässigen Fremden auf 1 200 000 reduziert hat, so sind unter diesen doch nur etwa 10 000 Deutsche zu nennen. Die starke Konkurrenz Nordamerikas, das den grössten Teil des Auswandererstromes an sich zieht, hat die deutsche Auswanderung nach Südamerika von den 50er Jahren an, in welcher Zeit die ersten Einwanderer nach Argentinien gebracht wurden, immer nur in bescheidenen Grenzen gehalten. Es wäre Argentinien aber doch wohl mehr deutsches Blut zugeflossen, hätte nicht die Regierung das Prinzip, die Entwickelung und Bewahrung der Nationalität durch möglichst intensive Völkermischung in den Kolonien zu verhindern, wozu die schachbrettartige Einteilung der Kolonielose zum Einschieben neuer Kolonisten viel beiträgt. Dies war in Deutschland bekannt geworden und hat Stimmung gegen Argentinien gemacht, denn uns muss daran gelegen sein, das Deutschtum unserer Auswanderer nach Möglichkeit zu erhalten. Dies ist aber nicht der Wunsch der argentinischen Regierung, welche in den fremdsprachlichen Kolonien die Regierungsschule ausdrücklich in spanischer Sprache abhalten lässt und dabei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den Kolonisten zum Schulbesuch seiner Kinder zwingt. Es ist kaum zu erwarten, dass eine weitere Generation der Mischkolonien noch ihre Nationalität erhalten wird und auch die genannten deutschen Kolonien werden, da ein frischer Zuzug nach diesen aus Mangel an Platz nicht möglich ist, ihr Deutschtum immer schwerer verfechten können. Mit der gleichen Schwierigkeit haben die Schweizer zu kämpfen, die ein verhältnismässig starkes Kontingent der Kolonisten bilden und gleichfalls eine Reihe von Kolonien gegründet haben. Den relativ grössten Erfolg in der Erhaltung der Nationialität haben die Deutsch-Russen errungen, die 1878 von Parana in Brasilien herüber gezogen wurden. Trotz alles Widerstrebens der Regierung erzielten sie eine Ansiedlung in geschlossenen Dorfschaften, in die das Einschieben fremder Elemente aus Mangel an Platz nicht möglich ist. Ist auch diese Art der Ansiedlung von dem sonst üblichen und bewährten Kolonisationsplane, der Verteilung der Häuser in die dazu gehörigen Ländereien, abweichend, so hat sie doch hier den Vorteil, festen Zusammenschluss und regen Austausch der Bewohner zu ermöglichen; zwei Faktoren, die im fremden Lande und bei dem stetigen Einfluss fremder Interessen von grossem Wert sind. Die deutsch-russischen Kolonien sind vielfach als Musterkolonien hingestellt worden, doch regt sich seit einiger Zeit der Widerspruch, und namentlich die Unzugänglichkeit der Leute und die schon oben erwähnte Hartnäckigkeit, an dem alten Bebauungssysteme festzuhalten, wird gerügt.

Die mittleren Provinzen können also für eine Einwanderung in grösseren Mengen aus Mangel an Raum für geschlossene Kolonisation nicht mehr in Betracht kommen, die nördlichen Provinzen sind zu tropisch. Einzelne sich diesen Provinzen zuwendende Einwanderer, die über keine Mittel verfügen, werden sich am besten als landwirtschaftliche Arbeiter betätigen und können sich in einigen Jahren genügend Mittel erwerben, um ein Pachtgut oder ein Halbpachtgut zu übernehmen und auf diesem Wege später zu eigenem Grundbesitz gelangen. Zum Ankauf gehören immerhin 2000—3000 Mk., es werden aber nur frühere Lohnarbeiter oder Pächter, die also eine Garantie für rationelle Arbeit geben, angenommen.

Es hat sich nun in Argentinien wegen des Platzmangels in den alten Provinzen das Interesse auf die südlicheren Territorien gerichtet, die vor noch nicht langer Zeit noch terra incognita waren; es sind dies die weiten Strecken Patagoniens.

Die Besiedelung dieses Landes steht in Argentinien obenan auf der Liste der Projekte. Es wird viel Propaganda für dieses Land gemacht, und gerade in diesen Tagen gelangten enthusiastische Stimmen aus der argentinisch-deutschen Presse in die deutschen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zeitungen, und eine Festnummer des argentinischen Wochenblattes, das eingehende Abhandlungen über die patagonische Kolonisationsfrage enthielt, ist dem Kolonialkongress besonders gewidmet worden. Dass das Presskomitee des Kongresses für die Agitation für Patagonien eintrete, wie von verschiedenen Zeitungen behauptet wurde, ist nicht der Fall, vielmehr hat dieses Komitee nur von dem Inhalt der Nummer des argentinischen Wochenblattes Kenntnis genommen, den es im Auszug in der Kongress-Korrespondenz wiedergibt. Von einer persönlichen Stellungnahme der Herren für oder gegen ist nicht die Rede. Namentlich im agrarischen Lager erhob sich ein heftiger Sturm, der in der „Agrarischen Korrespondenz" zum Ausdruck kam. Die Erregung ist verständlich, denn die Agrarier befürchten, dass ihnen in einer grossen deutschen Siedelung in Patagonien ein neuer Konkurrent in der Weizenproduktion entstehen würde. Diese Gefahr könnte allerdings eintreten, wenn der angeregte Siedelungsplan sichere Aussicht auf Erfolg hätte, es liegt da aber noch viel im Wege. Meines Erachtens sind die Aussichten für die Durchführung eines derartigen Unternehmens durchaus nicht leicht, wie es nach den argentinischen Pressstimmen erscheinen könnte. Die bisherigen Erfahrungen, die in den früher für die Kolonisation in Angriff genommenen Gebieten des Rio Negro und des Chubut gemacht worden sind, sind nicht gerade geeignet, für dieses Land Stimmung zu erwecken. Es fehlt dem Lande an sehr vielem, was für eine gedeihliche Kolonisation nötig ist, und um diese Lücke zu füllen, soll nun deutsches Kapital eintreten. Die Landstriche am Ostrande der Cordilleren, welche für den Ackerbau die besten Vorbedingungen aufweisen würden, stehen noch alle ausser Verbindung mit der Kultur; viele 100 *km* beträgt die Entfernung bis zum Hafen. Der Ausbau der Bahn nach diesen Gebieten ist unbedingtes Erfordernis für das Gelingen dieser Kolonisation. Sollte also die geplante Kolonisationsgesellschaft hier einsetzen, so hätte sie vor allem durch einen Bahnbau für einen Absatzweg zu sorgen, die Frachten müssten aber sehr gering sein, um die Kolonieprodukte auf dem Markte in Konkurrenz treten lassen zu können. Die Rentabilität der Bahn würde aber damit, auch wenn die Kolonie stark besiedelt würde, doch noch sehr in Frage kommen. Dass ein grosser Teil des Gebietes noch Streitobjekt zwischen Chile und Argentinien ist, sei nur nebenbei erwähnt, ebenso dass die rechtlose Expropriierung der Kolonisten am Nahuelhuapi zu Gunsten eines der Regierung genehmen Grossgrundbesitzers für die Sicherheit des Besitzes nicht gerade sprechen kann.

Nun regt aber die erwähnte Agitation nicht die Besiedelung dieser fruchtbaren Zone Patagoniens an, sondern sie will die mehr der Küste zugewendeten Strecken der Kolonisation erschliessen. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Entwickelung der Kolonien Rio Negro und Chubut, in welchen Ackerbau mit Schafzucht zusammen betrieben wird, lehrt uns, welche Schwierigkeiten sich da entgegenstellen. Das Land hat fast kein Wasser, und es sind durchweg auf den Strecken, die für die Besiedelung in Frage kämen, grosse Kanalisations- und Drainagearbeiten auszuführen, um das Land bebauungsfähig zu machen. Ist das Land bewässert, dann allerdings gedeiht Weizen gut, aber Dürren und Heuschrecken und in den Flusstälern Überschwemmungen können auch hier sehr viel schaden. Es erfordert enorme Kosten, den Boden zur Fruchtbarkeit durch Bewässerung zu erziehen. Enorme Kosten werden aber auch zunächst nötig sein, das Land zu erwerben, das, soweit es überhaupt brauchbar ist, in Privathänden liegt, die besonderes Interesse an dem Erfolg der Agitation, die von Argentinien ausgeht, haben dürften. Weder in Rio Negro noch in Chubut ist trotz erheblicher Kosten ein Erfolg erzielt worden; dafür spricht wohl die vor einiger Zeit erfolgte Auswanderung einer ganzen Reihe der dort ansässigen walliser Bauern. Ich glaube wohl, dass mit sehr grossen Mitteln sich der Plan, eine grosse deutsche Kolonisation auch auf diesem wasserarmen Gebiete ins Werk zu setzen, durchführen liesse. Ausser dem Landkauf und der Bewässerung würden aber Bahnen-, Hafen- und Wegebauten nötig werden und weitere grosse Summen für die Einrichtung der Kolonie und für die in der ersten Zeit nötigen Unterstützungen der Kolonisten aufzubringen sein. Wenn die Zentralauskunftsstelle für die einzelnen dort in eine Art Halbpacht tretenden Kolonisten 6000—8000 Mk. Vermögen vorsieht, wobei der Besitzer Haus, Schuppen und Brunnen selbst baut, so kann man sich ein Bild über die Höhe der aufzubringenden Mittel machen. Es mag wohl die argentinische Regierung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression ihrem Prinzip, nationale Ansiedelungen zu vermeiden, untreu werden und den Unternehmern verschiedene Vergünstigungen gewähren, dass sie aber genügende Garantie für gesicherten Grundbesitz geben wird, wenn private Interessen zu sehr mitsprechen, ist wohl abzuwarten. Es erscheint mir sehr zweifelhaft, dass in Deutschland derartige grosse Kapitalien gerade für Argentinien, dessen missliche Finanzoperationen in kapitalistischen Kreisen Europas nicht vergessen sind, so leicht gefunden werden, wie man es sich in Argentinien vorstellt. Für Südamerika überhaupt ist das Geld in Deutschland sehr rar geworden. Von nationalen Gesichtspunkten wäre es gewiss mit Freuden zu begrüssen, wenn Deutschland in einem fruchtbaren, gesunden Lande sich wirtschaftlich ein grösseres Dominium für seine Auswanderung schaffen würde, und keine Mittel dürften gespart werden, um dieses Prestige sich zu erwerben, das auch auf die Entwickelung der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

heimischen Industrie einen wohltätigen Einfluss haben muss. Welches Gebiet Südamerikas zunächst in Betracht kommt, ist für die allgemeine Entwickelung der deutschen Kolonisation in diesem Lande keine prinzipielle Frage. Und wenn sich das Interesse jetzt auch Südbrasilien zuwendet, wo die Bedingungen meines Erachtens günstiger sind, so wird doch auch Argentinien für die Kolonisation an einer grösseren, Südamerika sich zuwendenden Auswanderung einen grossen Teil haben. Während in Patagonien zunächst ein neues Werk mit grossem Risiko aus dem Nichts zu schaffen sein würde, erscheint es mir weit besser, da anzugliedern, wo unsere Landsleute schon kräftig vorgearbeitet haben und wo die deutschen Auswanderer sich an einem vorhandenen Grundstock deutscher Bevölkerung angliedern können.

Diese Bedingung erfüllt aber Südbrasilien.

Von der Natur ist dieses Land allerdings in jeder Hinsicht besser begabt als Patagonien. Solche riesigen Summen, wie sie die Besiedelung Patagoniens erheischen würde, kämen dort gar nicht in Frage, und auch unseren Agrariern würde kein drohendes Gespenst erwachsen, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse Südbrasiliens verlangen zunächst eine Befriedigung des eigenen Bedarfes, sodass an einen Export nach Deutschland und damit an eine Konkurrenz mit deutschen Produkten nicht zu denken ist.

Auch die südbrasilischen Staaten sind in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen und ihrem Klima verschieden, sodass durchaus keine allgemeinen Regeln für dieselben aufzustellen sind. Um die vor allem für uns in Betracht kommenden Staaten Santa Catharina und Rio Grande do Sul besser zu beleuchten, ist es notwendig, auch einen Blick auf die Staaten São Paulo und Paraná zu werfen.

Von São Paulo war schon mit Bezug auf das von der Heydtsche Reskript die Rede. Es ist recht und billig, dass dieses Reskript gerade für diesen Staat noch Geltung hat, denn das, was der Auswanderer sucht, wenn er nach Südamerika geht, eigenen Grund und Boden, kann er dort nur schwer mehr erwerben. Die Regierung hat nur noch äusserst wenig ausgemessenes Land zur Verfügung, und die Auswanderer sind gezwungen, als Arbeiter in die Kaffeefazenden einzutreten, in denen jedoch in den letzten Jahren infolge der Überproduktion bereits Arbeitsmangel herrscht, sodass auch in dieser Richtung eine Einwanderung nicht geboten erscheint. Im Januar 1901 sind noch 30 000 Einwanderer, zumeist Italiener, dort eingetroffen, aber die Regierung ist vorsichtig geworden. Um von vornherein in den Auswanderern nicht den Glauben zu erwecken, dass sie eigenen Grund und Boden erhalten können, hat sie ihren Kommissär in Genua angewiesen, auf dem dortigen Konsulat den Aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wanderern nach São Paulo eine Erklärung zur Unterschrift vorzulegen, aus welcher diese ersehen, dass für sie allein Aussicht auf Erwerb als Arbeiter auf den Fazenden besteht. Aber dieses Gefühl, in dem Arbeiter quasi einen Nachfolger der Sklavenarbeit zu erblicken, ist bei den Verwaltungsbeamten São Paulos derartig eingefleischt, dass auch aus den Kolonien, wie z. B. aus der Schweizer Kolonie Funil, Klagen über schlechte Behandlung laut werden. Es ist zweifellos, dass São Paulo noch eine ganze Reihe für Einwanderer günstiger Terrains besitzt, doch liegt deren Besiedelung noch in der Zukunft, und die mannigfachen Versuche, Stimmung für eine Privatkolonisation im grossen zu erwecken, wie z. B. im Tale des Ribeiro, haben bisher infolge der über die Staatskolonisation laut gewordenen Missstände noch keinen Widerhall in Deutschland gefunden.

In Paraná war die Kolonisation früher eine ganz gute zu nennen, soweit es sich um einzelne deutsche Kolonien handelte. Die Regierung hat aber in ihren Bemühungen, für die Unterkunft und die Ansiedelung ihrer Einwanderer zu sorgen, sehr nachgelassen. Schon durch die schlechte Aufnahme, welche die aus den Wolgabezirken in grossen Massen herübergezogenen Deutschrussen gefunden haben, indem man ihnen, ohne für diese Einwanderer genügend vorbereitet zu sein, ungünstiges Land mit schlechten Verbindungen anwies, ist die Kolonisation Paranás sehr in Misskredit gebracht worden. Es gelangten laute Klagen in die diesseitige Presse und in grossen Mengen wendeten sich die Deutsch-Russen Argentinien zu, wo sie, wie schon erwähnt, geschlossene Gemeinden gebildet haben.

Während bis 1895 die gesamte Fürsorge für die Einwanderer in den Händen der Föderalregierung lag, welche eine besondere Inspektion und in jedem Bundesstaat einen Vertreter eingesetzt hatte, welcher den einzelnen Bundesstaaten die Einwanderer zuzuteilen hatte, reduzierte sich vom 1. Januar 1895 ab die gesamte Tätigkeit der Föderalregierung für die Einwanderer darauf, dass sie allein die Überfahrt derselben bestritt, dieselben auf der Ilia Flores im Einwandererhaus bis zur Weiterfahrt nach den von ihnen gewählten Einzelstaaten verpflegte und ihnen freie Passage bis zum Hafen des jeweiligen Bundesstaates verschaffte. Alsdann war es Aufgabe der Bundesstaaten, die Einwanderer auf ihre Kosten nach den Kolonien zu befördern. In einzelnen Staaten, wie in Rio Grande do Sul, steht es dem Einwanderer frei, welche Kolonie er wählen will, in anderen ist diese Freizügigkeit, wie in Paràna, sehr beschränkt. Die Ausgaben der Föderalregierung für die Einwanderer waren früher erhebliche gewesen, 1889 waren eine Million und 1891 nicht weniger als drei Millionen Milreis für Unterbringung und Beförderung der Auswanderer verausgabt worden. Nach Übertragung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dieser Funktionen an die Einzelstaaten gab sie diesen noch einige Jahre Vorschüsse von einigen 100 000 Milreis, welche aber so gering waren, dass sie durchaus nicht im Verhältnis der damals gerade sehr steigenden Auswandererzahl standen. In Anbetracht dessen, dass für die Einzelstaaten eine grosse Last von früher an die Föderalregierung zu liefernden Abgaben nun wegfielen, war das Verlangen der Föderalregierung, dass die Einzelstaaten nun allein für die weitere Unterbringung der Einwanderer die nötigen Mittel aufzubringen hätten, nicht ungerechtfertigt, aber in einigen Staaten waren die Finanzverhältnisse so schlechte, dass von offizieller Seite für die Einwanderung nichts getan wurde und infolgedessen diese bald lahmgelegt war. So waren in Paraná im Jahre 1895: 6700, im Jahre 1896: 10 000 und im Jahre 1897: 17 000 Einwanderer, meist Italiener und Polen, angekommen, aber alles fehlte, um diesem grossen Zuwachs gerecht zu werden. Das Einwandererhaus war viel zu klein, Land war noch nicht vermessen und wenn auch jeder Familie 50 Milreis monatlich zum Unterhalt zur Verfügung standen, so waren doch die Lebensmittel so teuer und schlecht, dass die Leute in das grösste Unglück gerieten. In Massen wanderten sie aus, zumeist in die benachbarten Provinzen, wo ihnen bessere Aufnahme gewährt wurde, oder als Arbeiter nach São Paulo. Im Jahre 1899 hörten die Subsidien und die Fürsorge Paränas gänzlich auf. Man hat versucht, in Italien durch Agenten das Interesse für Paraná wieder zu erwecken und auch eine Lemberger Kolonisationsgesellschaft mit einer grossen Konzession betraut; doch ist der Zustand der Paranáer Kolonien, welche fast durchweg an schlechten Verbindungen und damit schlechtem Absatz leiden, und in den letzten Jahren öfter durch Trockenheit Missernten erlitten, durchaus nicht derartig, dass man für eine Auswanderung nach diesem Teile des Landes raten könnte. In der Presse erschienen häufig Nachrichten über die grosse Weizenproduktion, diese entsprechen jedoch nicht der Wahrheit, denn es ist nicht nur kein Weizen ausgeführt worden, sondern musste in grossen Mengen eingeführt werden. Der Boden Paranás ist, soweit er bebaut ist, für die Weizenproduktion erschöpft und eine Reform der Bewirtschaftung wäre auch hier durchaus am Platze.

Wenden wir uns nun nach Sa. Catharina, so liegen dort, soweit die Besiedelung durch die Regierung in Frage kommt, die Verhältnisse nicht viel besser. Auch hier sind die Mittel des Staates sehr erschöpft, schon seit dem Jahre 1897, und der Staat tut für Einwanderung und Kolonisation nichts, wozu die nativistische Haltung der Beamten viel beiträgt. Früher hatte die Staatsregierung, um ihre Kassen zu füllen, zu dem Mittel gegriffen, die devoluten Ländereien zu billigem Preis zu verschleudern. Dieses findet jedoch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht mehr statt, denn diese Einnahmequelle ist durch das Einschreiten des jetzigen Präsidenten lahmgelegt, was dem Lande allerdings zugute kommt, denn bei dem geringen Zuzug von Einwanderern würde der Spekulation nur die Türe geöffnet worden sein, zum Nachteil der bestehenden soliden deutschen Privatkolonisation. Dahingegen hat sich dort die Privatkolonisation, unabhängig von der Regierung, ganz prächtig entwickelt. Aus den ersten Anfängen deutscher Kolonisation, die in den vierziger Jahren noch von der Kaiserlichen Regierung betrieben wurden, gingen die Kolonien São Pedro de Alcantara, Santa Isabel, Itajahy, Blumenau und Dona Francisca hervor. Namentlich sind es Blumenau und Dona Francisca, mit dem Hauptsitz Joinville, welche sich im Laufe der Zeit zu bedeutenden deutschen Koloniezentren entwickelt haben, die von allen deutschen Kolonien in Süd-Amerika am meisten bekannt sind. Der unermüdlichen Energie Blumenaus, des Gründers der gleichnamigen Kolonie, und Dörffels, ist es zu verdanken, dass diese Kolonien einen derartigen Aufschwung nehmen konnten. Eine Reihe kleiner blühender Stadtplätze ziehen sich in den Seitentälern des Itajahy rings um den Hauptplatz Blumenau, bis weit hinauf in die Sierra. Heute beträgt die deutsche Bevölkerung dieses jetzt selbständigen Munizips an 25 000 Seelen, unter denen 70 pCt. Deutsche sind. Auch die benachbarten Siedelungen Brusque und Principe dom Pedro haben einen guten Namen. Die Kolonie Dona Francisca ist die Schöpfung des Kolonisationsvereins von 1840 in Hamburg, welcher im Jahre 1851 vom Prinzen von Joinville ein grosses Terrain von fast 1500 *qkm* erwarb, um es mit Deutschen zu besiedeln. Den zuerst dahin gegangenen Einwanderern ging es anfangs herzlich schlecht, es fehlte dem Verein an Erfahrung, das vermessene Terrain war schlecht gewählt und die Unterkunft mangelhaft. Erst nachdem besseres Terrain gefunden war, entwickelte sich die Kolonie; Kirchen und Schulen wurden gebaut, die brasilische Regierung gab für Strassenbau eine grosse Subvention und 1868 wurde die Kolonie als selbständiges Munizipium eingetragen. 1870 wurde weiteres Land erworben und bald darauf oberhalb Joinville die Kolonie San Bento gegründet, die sich gleichfalls gut entwickelt hat.

An diesen beiden Zentren hat im Jahre 1897 die neugegründete „Hanseatische Kolonisationsgesellschaft“ anschliessend von der Regierung Sa. Catharinas ein grosses Terrain von 600 000 *ha* erworben und von demselben die zwei Distrikte Itapozu und Itajahy ausgemessen und auf denselben die Stadtplätze Humboldt und Hammonia angelegt. Der Zuzug der Kolonisten nach diesen Ländereien war anfangs gering. Im Jahre 1897 betrug die Einwanderung auf die Hansa nur 103, 1898 182, 1899 332 Seelen, wovon jedoch viele wieder

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das Land verliessen. Nach dem jüngsten Bericht der Hansa sind 1300 Kolonisten angesiedelt. Die in den letzten Jahren eine so grosse Steigerung nehmende deutsche Auswanderung hat auch für die Hansakolonien gute Früchte gezeitigt und in den ersten Monaten dieses Jahres war die Anzahl der durch die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft hinübergehenden Auswanderer um das dreifache des Vorjahres gestiegen. Die Passagen der Gesellschaft sind durch ein Abkommen mit der Hamburg-Amerika-Linie gering, und auch mit der Sloman-Linie sind für die Überbringung deutscher Auswanderer aus Nordamerika — eine bemerkenswerte Erscheinung — billige Tarife vereinbart. Durch die Hinaussendung des Dr. Aldinger, welcher eine Art Versuchsstation und Pflanzschule für neue Einwanderer ins Leben gerufen hat, und durch das tatkräftige Eingreifen des Koloniedirektors Dörck wird für das Wohl der Einwanderer gut gesorgt und man kann diesem Unternehmen, das in den ersten Jahren mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat, wohl ein günstiges Prognostikon stellen, wenn die Einwanderung nicht nachlässt und durch das Grosskapital der Bau von Bahnen, welche die weiten und schwer erreichbaren Distrikte in nähere Verbindung mit dem Hafen von San Francisco bringen sollen, zur Ausführung gelangt. Gute Verbindungen sind hier, wie überall im Kolonisationsgebiet, die Grundbedingung für eine gedeihliche Entwickelung.

Wenn in den letzten Jahren aus dem Santa Catharinenser Kolonisationsgebiet Klagen laut wurden über abnehmende Ertragsfähigkeit der Produktion, so ist dies eine Erscheinung, die durchweg in Südbrasilien zutage tritt. Die Überproduktion der Kaffeefazenden in den nördlicheren Staaten hat eine bedeutende Preisreduktion des Kaffees hervorgerufen und die Kaffeebauern veranlasst, sich anderen Produktionen zuzuwenden. Da die Südstaaten bisher den grössten Teil des Bedarfs an den Hauptkonsumartikeln: Bohnen, Mais, Schmalz, Butter, deckten, so versuchte man mit Glück im Norden den Südstaaten hierin Konkurrenz zu machen. Die Folge davon ist eine Preisreduktion dieser Produkte und die Notwendigkeit der Bauern, für die südlicheren Kolonien nunmehr ihrerseits einen Wechsel in ihrer Landwirtschaft zu erstreben. Für Santa Catharina, das speziell den Markt mit Butter, Schmalz und Tabak versorgte, ist es geraten, auf eine intensivere und bessere Herstellung dieser Produkte Wert zu legen, sei es in genossenschaftlichen Anlagen, sei es in der Aufwendung grossen Kapitals für Privatanlagen, denen die Produkte zur besseren Verwertung übertragen werden.

Gehen wir nun zum südlichsten Staate, Rio Grande do Sul über, der die grösste deutsche Bevölkerung hat. Dieser Staat, welcher zum grossen Teil schon den Charakter der Pampasstaaten zeigt und in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einer intensiven Viehzucht seine Haupterträgnisse bringt, ist wiederum in der nördlichen Hälfte, in dem weiten Urwaldgebiet, das die Zuflüsse des Jacuhy und des Uruguay bedeckt, für Landwirtschaft vorzüglich geeignet, das beweisen die unzähligen blühenden Siedelungen, die zum grössten Teil durch deutschen Fleiss aus der jungfräulichen fruchtbaren Erde geschaffen worden sind. Über 150 000 Deutsche sind hier ansässig und dringen immer weiter als Pioniere der Kultur vor. Während in Santa Catharina das Schwergewicht der Kolonisation in privaten Unternehmungen liegt, hat Rio Grande eine ganze Menge blühender Siedelungen der Initiative der Föderalregierung und neuerdings der Staatsregierung zu verdanken. Viele dieser Siedelungen sind längst emanzipiert und ihre Stadtplätze haben sich in blühende Landstädte verwandelt, von denen aus in allen Richtungen Kolonistrassen in die wohlhabenden Pikaden der Pommern, Westfalen und Rheinländer (namentlich Hundsrücker) führen, welche als Kolonisten den besten Namen haben. Der unbemittelte Einwanderer findet in den Staatskolonien weit mehr Fürsorge als in den anderen Staaten; er hat aber keine freie Hand bei der Wahl seines Kolonieloses und die Innehaltung der Zahlungsverpflichtungen wird oft, ohne dass dabei auf schlechte Ernte oder Krankheit Rücksicht genommen wird, von den Beamten mit Strenge durchgeführt. Es ist dem Einwanderer, der über einige Mittel verfügt, immer sehr anzuraten, einer guten Privatkolonisation den Vorzug zu geben. Der Bodenwert in den alten Kolonien ist schon bedeutend gestiegen, die Bevölkerungszunahme durch Geburten eine ganz rapide, und so nimmt es kein Wunder, dass in den alten Kolonien der Platz zu eng wird und die Kolonisten sich stets neuen Koloniezentren zuwenden, die in dem noch reichlich vorhandenen Staats- und Privatlande gegründet werden. Als rein deutsche Kolonien, in welchen Angehörige fremder Nationen keine Aufnahme finden, habe ich aus eigenen Mitteln meine Kolonien Neu-Württemberg und Xingu gegründet und für Aufnahme von Kolonisten und Beförderung von Auswanderern alle nötigen Vorkehrungen getroffen. Namentlich die Kolonie Neu-Württemberg hat sich seit der kurzen Zeit ihres Bestehens eines guten Zuzugs zu erfreuen, wozu ihre äusserst günstige Lage zwischen zwei Flüssen in der Nähe der Bahnstation Cruz Alta viel beiträgt. Als die deutsche Einwanderung in Rio Grande in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts durch das von der Heydtsche Reskript bedeutend nachliess, waren es vor anderen Nationen namentlich die Italiener, die vor allem in den Jahren 1887 bis 1892 auch dieses Land überfluteten. In grossen geschlossenen Kolonien wurde die italienische Bevölkerung im Nordosten des Staates angesiedelt; in den übrigen Staatskolonien wurde sie mit anderen Nationalitäten vermischt.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Von einer geschlossenen Ansiedelung der Deutschen in den letzten Jahrzehnten durch den Staat konnte bei dem im Verhältnis zu der italienischen Einwanderung mangelhaften Zuzug nicht die Rede sein. Die Kolonisten, welche auf Staatskosten herüber kamen, gingen insbesondere in die Staatskolonien Jjuhy und Guarany. Es ist unzweifelhaft, dass die Regierung Rio Grandes, an deren Spitze der energische Dr. Julio de Castilhos steht, der diesen Staat finanziell, gegenüber den anderen Staaten Brasiliens, bedeutend gekräftigt hat, den Wert der deutschen Einwanderung richtig erkannt hat und weiss, dass das Land seine gute Entwickelung dem deutschen Bauer zu verdanken hat. Man fürchtet aber doch, namentlich in nativistischen Kreisen, das Übergewicht der Deutschen, und wenn man ihnen auch materiell zu Hilfe kommt, indem man gern bereit ist, grossen deutschen Siedelungs- oder Bahnunternehmen grosse Vorteile zu gewähren, wird man nichts dazu tun, die nationale Stellung des Deutschen noch zu kräftigen. Die geschlossenen deutschen Gemeinden haben ja in höchst erfreulicher Weise fast durch ein Jahrhundert hindurch ihr Deutschtum gut bewahrt, aber namentlich für die deutschen Kolonisten, welche diesen engen Anschluss an ihre Landsleute nicht haben, ist die Gefahr, zu verbrasilianisieren, doch eine sehr grosse; das soll man sich in Deutschland durchaus vor Augen halten.

Die Schaffung guter deutscher Schulen, von denen ja bereits einige vorhanden sind, und die Hinaussendung deutscher Geistlicher, deren Zahl für die grosse Menge deutscher Gemeinden noch viel zu gering ist, könnten da viel tun, das Deutschtum zu stützen. Trotz der allgemein in Brasilien herrschenden wirtschaftlichen Depression, die durch die mühselige Sanierung der Staatsfinanzen hervorgerufen wurde, ist der materielle Stand der Kolonien doch ein recht guter. Zwar haben auch hier in den letzten Jahren Missernten die Produktion sehr verringert, und die schon von Santa Catharina erwähnte Konkurrenz mit den Nordstaaten, bezüglich der Produktion von Bohnen, Mais etc., hat die Preise gedrückt, sodass der Export nur ein geringer ist. Wenn aber auch die Kolonisten vorübergehend wenig bar Geld aus dem Erlös ihres Landbaues erübrigten, so ist doch sehr hervorzuheben, dass der Rio Grandenser Bauer Not nicht gelitten hat. Im Vergleich zu dem notleidenden Proletariat in Deutschland ist gerade dieser Punkt, dass die Leute satt zu essen haben und sich dabei körperlich gut entwickeln, besonders hervorzuheben, um den Meinungen entgegenzutreten, dass der Auswanderer sich drüben jetzt nicht verbessern könne. Die Jahre werden aber auch drüben besser, eine reiche Ernte macht vieles wieder gut. Um aber auch hier eine nachdrückliche Besserung der Produktionsverhältnisse herbeizuführen, ist es sehr wichtig, den Bauer auf andere Produkte hinzuleiten. Hier

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kommt in erster Linie, namentlich im Hochlande, der Weizenbau in Betracht, der früher, als die Jesuiten noch ihre blühenden Missionen im Lande hatten, einen bedeutenden Wert hatte. Durch Inzucht und mangelhafte Auswahl der Saat ist der Weizen aber sehr degeneriert und schliesslich sein Anbau ganz aufgegeben worden. Es sind mit Glück bereits neue Versuche mit frisch importierter Saat gemacht worden, und es ist zu hoffen, dass diese Produktion immer mehr und mehr Boden gewinnt, um dem grossen Import von Weizenmehl aus Argentinien und Nordamerika die Spitze bieten zu können. Ähnlich ist es mit rationellem Anbau von Tabak, Zuckerrohr und Baumwolle. Die Anlage einer landwirtschaftlichen Versuchsstation im Koloniegebiet für bisher dort unbekannte, aus anderen Ländern, aber ähnlichen Klimaten und Bodenverhältnissen stammende Nutzpflanzen wäre von hohem Wert, um den Kolonisten sowohl günstige Fingerzeige für rentable Produktionen als auch hierfür Samen liefern zu können. Auch für den Vertrieb dieser Produkte sind billige Frachten natürlich sehr wichtig. Man darf wohl erwarten, dass bei grösserer Einwandererzahl die verschiedenen Bahnverwaltungen das nötige Verständnis hierfür zeigen und, um grössere Frachten zu erhalten, billigere Tarife einrichten. Welchen Aufschwung der Handel im Lande nehmen wird, wenn die Tarife niedriger werden, lässt sich nur ahnen. Eine ganze Reihe von Produkten, deren Produktion sich bisher verbietet, würde alsdann einen Haupterwerb für die Kolonisten bilden. Der Umstand, dass auch in den entfernten Kolonien die Bauern mit ihrer primitiven Produktion gut vorankommen, soll uns doch ermahnen, darauf hinzuarbeiten, an das schon bestehende Deutschtum noch weitere Mengen von Einwanderern anzugliedern. Für viele Hunderttausende ist noch Platz auf bestem, fruchtbarem Boden vorhanden, der sowohl von der Regierung als auch von Privaten zu billigem Preis erworben werden kann.

Die beste Konzession, die der Rio Grande Nord-West-Bahn-Gesellschaft, der die Erschliessung und Besiedlung des wichtigsten Teiles Rio Grandes unter den günstigsten Bedingungen überlassen ist, ist in deutschen Händen. Ob allerdings dieses für uns so hochwichtige Projekt zur Ausführung gelangen kann, ist sehr zweifelhaft, da in kapitalistischen Kreisen Deutschlands jedes Verständnis, nicht nur für den materiellen, sondern auch vor allem für den nationalen Wert dieses Unternehmens fehlt. Es würde das deutsche Volk ein bitterer Vorwurf treffen, wenn die Gesellschaft, die bisher unter Aufbringung der grössten persönlichen Opfer, die Pionierarbeit für die Inangriffnahme durch grössere Kapitalien getan hat, gezwungen wäre, ihre Arbeiten einzustellen, aus Mangel an Interesse in Deutschland, für welches sie das wirtschaftliche Prestige in diesem Lande erringen wollte.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenn sich die der Kolonisation Rio Grandes bisher freundlich Gesinnten etwa durch die in diesem Jahre so häufig berührte Angelegenheit der Landbereinigung abschrecken lassen, ihre Sympathien zu betätigen, so begehen sie einen Irrtum. Das Vorgehen der Landbereinigungskommission, welche namentlich im Municipio Santa Cruz eine Menge devoluter Staatsländereien, welche widerrechtlich von Privaten annektiert waren, einzog, hat drüben wie hier allerdings einen grossen Sturm entfacht, weil eine Reihe von Kolonisten, welche das Land von Spekulanten gekauft hatten, zur nochmaligen Bezahlung desselben gezwungen wurden. Wenn man von den Kolonisten auch nur einen Minimalpreis, der im Verhältnis zu dem Wert des Landes sehr gering ist, verlangte, so hätte die Regierung doch diesen Schritt unterlassen sollen, wenn sie auch dazu berechtigt war, und die Titel der Kolonisten anerkennen sollen. Es ist hervorgehoben worden, dass kein Reichsdeutscher davon betroffen worden ist, sondern alle deutschen Kolonisten naturalisiert waren. Für unsere Regierung, welche auf Antrag der Wiesbadener Sektion der Kolonialgesellschaft deshalb interpelliert werden sollte, kommt die Angelegenheit direkt allerdings nicht in Frage, und das ist auch nachdrücklich von einem der am meisten betroffenen Grundbesitzer in Rio Grande betont worden. Unter den deutschen Kolonisten aber musste dieses Vorgehen böses Blut machen. Die Angelegenheit ist von dem deutschen Gesandten bei seinem Besuche Rio Grandes genau untersucht und mit dem Staatspräsidenten geregelt worden. Sein Bericht ist noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt und deshalb jede weitere Debatte über die vorzunehmenden Schritte meines Erachtens nach verfrüht, ehe die Sache klar liegt. Dieser Vorfall weist nur umsomehr darauf hin, welchen Weg wir zu gehen haben. Es ist zwar anzunehmen, dass die Regierung von Rio Grande dieses System der Landenteignung, um einen sicheren Kataster anzulegen, nach Rücksprache mit dem deutschen Regierungsvertreter nicht noch weiter in dieser Weise verfolgen wird, sondern sich allein an den Unternehmer hält, wenn widerrechtlicher Besitz gefunden wird, aber bis dahin ist es für den Auswanderer durchaus notwendig, dass er sich genügende Sicherheiten über den rechtmässigen Besitz seines erworbenen Landes verschafft und um ihn richtig zu weisen, ist nach meiner Ansicht das Konsulat des betreffenden Gebietes die kompetente Persönlichkeit. Wenn bisher auch die Konsulate mit dem Einwanderungswesen wenig zu tun hatten, so dürften doch gerade in den Ländern, in welchen die deutsche Einwanderung den Hauptfaktor für die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland darstellt, den Konsulaten speziell in dieser Richtung die nötigen Befugnisse zuerteilt werden und von ihnen ständige Berichte an die Auskunftsstellen von Wert sein. Hand in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hand damit müsste natürlich eine stetige Kontrolle der deutschen Auswanderungs- und Siedelungsgesellschaften gehen, wie sie ja für die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft schon ausgeführt wird, der die Konzession zur Auswanderung im Deutschen Reiche erteilt ist. Auch für meine Kolonisation habe ich bereits Schritte zur Erlangung der Auswanderungskonzession getan. Es wird nicht nur dem Auswanderer, der sich solchen konzessionierten Gesellschaften anvertraut, die Garantie gewährt, dass die rechtlichen und geschäftlichen Verhältnisse des Unternehmens gute sind, sondern die Unternehmer müssen auch zugleich erwarten, dass sie bei der deutschen Regierung einen Rückhalt in allen Fällen finden, in denen ihnen eine widerrechtliche Schädigung widerfährt. Dass die Landbesitzverhältnisse derartiger konzessionierter Unternehmungen durchaus gesichert und klar sein müssen, ergibt sich von selbst. Wenn es, wie zu hoffen steht, gelingt, den Auswandererstrom angesichts der günstigen materiellen Bedingungen in Südbrasilien noch in grösserem Masse diesen Gebieten zuzuwenden und die deutsche Finanzwelt, in der richtigen Erkenntnis der wirtschaftlichen und nationalen Wichtigkeit dieser Aufgabe, die nötigen Mittel zur Anlage grosser deutscher Siedelungen und der damit verbundenen Bahnunternehmen zur Verfügung stellt, so müssen wir aber auch in unseren kulturellen Aufwendungen der materiellen Arbeit nicht nachstehen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, dass sich vor nicht langer Zeit die Blumenau-Stiftung konstituiert hat zur Hebung der deutschen Schulen in Süd-Brasilien. Es wird genug zu tun geben, um alle Pikaden mit geeigneten Lehrern zu besetzen, die den Kindern von früh auf das Bewusstsein ihrer deutschen Zugehörigkeit zu erwecken und zu erhalten haben. Wenn die katholische Kirche für ihre Gemeinden eine Menge deutscher Geistlicher zur Verfügung hat, welche zum Teil aus dem vortrefflichen Jesuiten-Seminar in São Leopoldo hervorgehen, so fehlt es an protestantischen Geistlichen noch sehr, und bei manchem Urwaldpfarrer ist es nicht ratsam, ihn zu sehr auf seine Vergangenheit zu prüfen. Immerhin sind eine Reihe recht tüchtiger Geistlicher in Rio Grande und Santa Catharina tätig. Für meine Kolonie Neu-Württemberg ist vor kurzem ein junger württembergischer Geistlicher hinausgegangen, der neben der Seelsorge, zugleich mit seiner Frau, einer geprüften Lehrerin, die Schule leiten wird. Es war ein sehr erfreuliches Zeichen, dass für Kirche und Schule mir von vielen Gönnern und Freunden deutschnationaler Bestrebungen sehr reiche Lehrmittel zur Verfügung gestellt wurden, sodass das neuerrichtete Schulhaus Neu-Württembergs mit eine feste Stütze des Deutschtums für die Zukunft Rio Grandes werden soll.

Um den Auswanderern, welche in der Wahl ihres Zieles noch nicht schlüssig sind, zur Hand zu gehen, wäre es recht erwünscht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wenn der im vorigen Jahre geschaffenen Centralauskunftsstelle für Auswanderer, deren segensreiche Tätigkeit schon viel Nutzen gebracht hat, in Zukunft noch grössere Mittel zur Verfügung gestellt würden, um durch Bestallung von Vertrauensleuten in den einzelnen Bundesstaaten und Errichtung von Teil-Bureaus die Auswanderungsfrage noch kräftiger regeln zu können. Der „Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer“ in Witzenhausen und der „Verein für deutsche Auswandererwohlfahrt“ in Hannover haben das gleiche Ziel vor Augen und ein enger Zusammenschluss dieser Wohlfahrtseinrichtungen kann für die Lösung der Auswandererfrage von grösstem Segen sein.

Nur so können wir hoffen, die grossen Mengen überschüssiger Kraft, welche Deutschland bisher in Nordamerika verliert, durch Überleitung nach Gebieten, in denen die Auswanderer in enger wirtschaftlicher Fühlung mit der Heimat bleiben, zu erhalten. Viele Arbeit, verbunden mit manchem Verdruss, und viel Geld ist nötig, dies Ziel zu erreichen. Wir dürfen aber keine Mühe scheuen, diese Aufgabe, unbekümmert um die Anfeindungen fremder Nationen, weiter zu verfolgen, denn es gilt das wirtschaftliche Prestige, das unsere Landsleute für uns in Südamerika geschaffen haben, zu erhalten. Lassen wir nach, so geht die Frucht jahrhundertelanger Arbeit rettungslos verloren und wir begehen ein Unrecht, das wir vor unseren Enkeln niemals verantworten können.

**Sellin,** Direktor der Hanseatischen Kolonisations-Gesellschaft, Hamburg, schliesst sich den lichtvollen Darlegungen des Vortragenden in jeder Beziehung an, möchte aber den anwesenden Deutsch-Argentiniern es überlassen, sich über die Kolonisationsfähigkeit Patagoniens näher zu äussern. In Südbrasilien ist die gedeihliche Entwickelung deutscher Kolonisation seit vielen Dezennien hinlänglich erwiesen; das dortige Deutschtum durch beständige Zuführung frischen Blutes aus der Heimat zu stärken, muss also eine Hauptaufgabe der deutschen Auswanderungspolitik sein.

Glücklicherweise hat sich in jüngerer Zeit eine grössere Auswanderung von Deutschen nach den deutschen Kolonien in Südbrasilien eingestellt, die „Hansa“ hat sogar deutsche Auswanderer aus den Vereinigten Staaten, Australien und Afrika erhalten, und zahlreiche Verwandte früher daselbst angesiedelter Deutschen sind ihren Angehörigen gefolgt; der beste Beweis dafür, dass es den ersten Ansiedlern gut geht.

Sollen aber die deutschen Kolonien in Südbrasilien dem deutschen Vaterlande dauernd Nutzen bringen und ihrem Deutschtum erhalten bleiben, so muss das deutsche Kapital der deutschen Auswanderung folgen, namentlich Verkehrsmittel schaffen, um damit wieder im Handel zu dominieren.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hätten die Engländer solche Kulturleistungen geschaffen, wie wir in Südbrasilien, so wäre es selbstverständlich, dass das englische Grosskapital so gehandelt haben würde.

In dieser Beziehung haben wir viel von den Engländern zu lernen. Redner appelliert an das deutsche Volk und das deutsche Kapital, das Deutschtum in Südbrasilien so zu fördern, wie es im Interesse Deutschlands nötig und möglich ist.

Dr. **Walther Kundt**, Charlottenburg: Nach meiner Ansicht ist auch Mittelbrasilien für die deutsche Einwanderung von grosser Bedeutung. Diese Gegend hat vor allem den Vorzug vor Südbrasilien, dass die Verkehrsmittel bessere sind. Es gibt in einer Entfernung von ca. 50—100 *km* von Rio de Janeiro Gegenden in der Höhe von 1000—1500 *m*, die sehr fruchtbar und auch für Nordeuropäer sehr gesund sind, z. B. das Tal von Theresopolis (ca. 75 *km* von Petropolis entfernt). Es fehlt nur eine Bahn, um diese Gegend wirtschaftlich zu heben.

**Alemann,** Buenos Aires, beantragt, die Diskussion zu dem Vortrag Herrmann Meyer bis nach Abhaltung seines eigenen Vortrages zu verschieben. Die Sektion stimmt diesem Vorschlag zu.

---

## Argentinien als Siedelungsgebiet für deutsche Auswanderung.

Von **M. G. Alemann**, Herausgeber des Argentinischen Tageblattes, Buenos Aires.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Gestützt auf die in den Art. 3, 4 und 5 der Satzungen der Deutschen Kolonialgesellschaft niedergelegten Grundsätze wage ich es, in werbendem Sinne für die Besiedelungsfähigkeit Argentiniens durch Einwanderer germanischen Stammes einzutreten. Wohl sind mir die vielfachen Vorurteile bekannt, welche hierzulande gegen dieses Land sich eingebürgert haben. Dieselben beruhen sehr oft auf irrtümlichen Voraussetzungen, indem das Land als solches immer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

noch für die Auswüchse einer verflossenen Schwindelepoche verantwortlich gemacht wird, an deren Folgen wir in Argentinien am allerschwersten zu tragen gehabt haben. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob die Argentinier allein an diesen Zuständen die Schuld tragen; so viel steht indessen fest, dass die scharfe Krisis, die uns seit ca. neun Jahren heimgesucht, vielfach in reinigendem Sinne gewirkt und Vorbedingungen für eine germanische Kolonisation geschaffen hat, wie sie bisher noch nie zu Tage getreten sind.

Man muss sich nämlich stets vor Augen halten, dass in einem jungen Lande wie Argentinien, dessen staatliche Einrichtungen vielfach noch recht schwankender Natur sind, die Spekulation, besonders in Bodenwerten, die üppigsten Blüten treibt, so dass ich nicht anstehe zu behaupten, dass in sogenannten guten Zeiten an eine Kolonisation in Argentinien auf vernünftigen Grundlagen nicht zu denken ist. Heutzutage ist indes der Spekulation der Atem gänzlich ausgegangen, und angesichts der bedeutenden Abnahme der Einwanderung, welche nachgerade jedweden sesshaften Charakter eingebüsst hat, sehnen sich in Argentinien Volk und Regierung nach dem Zufluss von solchen Einwanderern, welche geeignet sind, eine höhere Kultur und Stabilität dem Lande aufzuprägen. Man hat richtig erkannt, dass einzig Einwanderer germanischen Stammes diesen Ansprüchen gerecht zu werden vermögen, und es gibt wohl kein Land der Erde, wo der Germane so geachtet dasteht, wie gerade in Argentinien, dessen Bewohner sich überhaupt durch ihre Gastfreundlichkeit und durch das Fehlen des sogenannten Fremdenhasses, soweit es wenigstens in der Kultur vorgeschrittene Individuen angeht, und gegenüber solchen, auszeichnen.

Wenn die Gesetzgebung über Reichsangehörigkeit es dem deutschen Bürger ermöglichen würde, unbeschadet seiner Rechte als solcher einen tätigen Anteil an der Landespolitik und Verwaltung zu nehmen, so würde die germanische Kolonie am La Plata noch eine ungleich angesehenere Stellung einnehmen, als dies heute schon, trotz ihrer verhältnismässig geringen Zahl, der Fall ist. Jedenfalls steht fest, dass wohl in keinem Lande die germanische Rasse an ihrer Sprache und ihren Kulturansprüchen so zähe festgehalten hat, wie gerade in Argentinien, wo noch in der dritten Generation in solchen Kolonien, wo seit 40 Jahren der deutsche Unterricht gepflegt wurde, die deutsche Muttersprache blüht. Dass dies möglich war, setzt das Bestehen günstiger Grundbedingungen voraus. Als Beweis möge dienen, dass der erste Minister Argentiniens für Landwirtschaft, der diesen Verwaltungszweig recht eigentlich organisiert hat, ein Abkomme von Deutschen war, und dass von den acht Bürgermeistern von Buenos Aires seit dessen Erhebung zur Bundesstadt drei deutscher Herkunft waren, eine Ehre, die bisher bloss einem Italiener und einem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Engländer zu teil geworden ist. Und alle diese Herren haben ihre deutsche Abstammung und Sprache nie, wie es vielfach in anderen Ländern zu beobachten ist, verleugnet, sondern stets an allen Bestrebungen der deutschen Kolonie tätigen Anteil genommen.

Daraus ist klar ersichtlich, dass der deutsche Einwanderer wie der Kapitalist, der in Argentinien eine nutzbringende Anlage sucht, daselbst Elemente von hohem Einfluss vorfindet, welche ihm nicht nur viele Steine aus dem Wege räumen können, sondern auch den guten Willen haben, dies zu tun. Zudem hat auch der deutsche Grosshandel in jüngster Zeit sich bereit erklärt, zur Förderung germanischer Kolonisationsbestrebungen durch Auskunfterteilung und dem Kapital gegenüber durch eventuellen Anschluss beizutragen. Diese Anlehnung schliesst zweifellos für neue Ankömmlinge grosse Vorteile in sich, und es dürften derartige Bedingungen für das Gedeihen germanischer Kolonisation wohl in keinem anderen Lande zu finden sein.

Nirgends besteht überdies ein so weitgehendes staatliches Entgegenkommen dem Einwandernden gegenüber wie gerade in Argentinien, und die deutsche Kolonie hat überdies noch durch die Schaffung des „Vereins zum Schutz germanischer Einwanderer" eine Institution ins Leben gerufen, welche dem oft schwerfälligen Einwanderer tunlichst zur Seite steht und die Behörden in wirksamer Weise unterstützt.

Alle diese Anhaltspunkte dürften doch als Ermutigung dienen, den argentinischen Verhältnissen wenigstens ohne Vorurteil näher zu treten und zu untersuchen, ob sich nicht in diesem grossen, von der Natur so ausserordentlich gesegneten Lande ein weites Feld für deutschen Unternehmungsgeist und für Ausdehnung des kommerziellen Einflusses schaffen liesse. Die Verschiebung der wirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse in Deutschland und die Krisen, welche die langsame Entwickelung zu einem Industriestaat im Gefolge haben wird, dürften in sehr naher Zukunft auch eine Vermehrung der Auswanderung ganz von selbst nach sich ziehen, ein Faktor, der sehr in Betracht gezogen zu werden verdient, denn es wird wohl keinem vernünftigen Menschen einfallen, zur Auswanderung aufzufordern oder dieselbe durch künstliche Mittel zu vermehren. Aber gegen die Macht der Tatsachen, in unserem Falle der Krisen, kann man sich doch nicht mit mehr oder weniger patriotischen Redensarten hinweghelfen, sondern das wirtschaftliche Interesse verlangt gebieterisch, dass man auch diesen fatalen Faktor für das Gedeihen der alten Heimat nutzbringend zu verwerten trachten muss. Gegenwärtig sind die Begriffe über die Vorteile, welche dieses oder jenes Land dem deutschen Auswandererstrom zu bieten vermag, noch recht verwirrt, und nach meiner Ansicht sind gerade die Deutsche Kolonial-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gesellschaft und als Ausdruck derselben der Deutsche Kolonialkongress berufen, einer sich einstellenden grösseren Bewegung der Auswanderung die Wege zu ebnen.

Nun weiss ich sehr wohl, dass Deutschland gegenwärtig nicht an einem Überschuss von ackerbautreibenden Bevölkerungselementen, denen gerade Argentinien so viele Chancen bietet, leidet, aber man hat dort, wo der Anbau grosser Flächen und der ausgedehnte Maschinenbetrieb ein ganz anderes Arbeiten bedingen, die Erfahrung gemacht, dass auch Nichtlandwirte mit dem Ackerbau vorwärts kommen, sofern sie sich um einen Kern von praktischen und mit den Landesverhältnissen vertrauten Landwirten gruppieren können. Diese Vorbedingung ist augenblicklich in Argentinien ebenfalls in einem Massstabe geschaffen, wie bisher noch nie. In den alten Kolonien von Santa Fé nämlich zwingt der durch Raubbau ausgesogene Boden viele Ansiedler dazu, ihr Land der Viehzucht zu überlassen und für ihre inzwischen herangewachsene Familie unter günstigeren Bedingungen sich ein neues Erwerbsfeld zu schaffen. Diese meist germanischen Ansiedler haben indes den Wert gemeinsamer Niederlassung zur Erhaltung ihrer Kultur und Sprache kennen und schätzen gelernt und wollen nicht aufs Geratewohl hin in neugegründeten Kolonien die Schwierigkeiten des Anfangs von neuem durchkosten, wenn sie nicht die Sicherheit haben, dass aus der alten Heimat stetiger Zuzug in Aussicht steht. Anderseits haben sowohl die staatlichen als die durch Landessöhne unternommenen privaten Kolonisationsversuche nicht eben ermutigende Resultate gezeitigt, so dass man mit Sehnsucht den Augenblick erwartet, wo das deutsche Kapital sich an die Seite des Ansiedlers stellt und demselben eine Gewähr für sein Fortkommen bietet. Das Kapital selbst findet in der stetig wachsenden Wertsteigerung des Bodens eine genügende Kompensation, so dass es also nicht auf die spekulative Ausbeutung des Kolonisten angewiesen ist, um sich angemessen zu verzinsen. Meine Initiative geht also dahin, die Finanzwelt einzuladen, die gegenwärtigen gedrückten Preise und übrigen günstigen Konstellationen zu benutzen, um grössere Landkomplexe entweder zu erwerben oder zu pachten und mit deutschen Auswanderern zu besiedeln, als Stamm die bereits vorhandenen, im Lande ansässigen Elemente benutzend. Aber nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus ist ein stärkerer Zufluss germanischer Ansiedler für diese selbst, für die Unternehmer, wie für die Heimatländer und auch für Argentinien vorteilhaft, sondern auch vom ethischen und kulturellen. Man weiss in Argentinien die Auffrischung des Gesellschaftskörpers mit germanischem Blut wohl zu schätzen, und allgemein ist ja bekannt, welch' schöner und kräftiger Menschenschlag am La Plata durch die stetige Rassen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vermischung zu stande gekommen ist. Ferner verschliesst sich der Argentinier durchaus nicht der Erkenntnis, dass der Germane auf dem Gebiete der Staatsverwaltung ihm wichtige Dienste leisten kann, denn so blind ist man dort nicht, dass man die Mängel, welche dem Staatswesen anhaften, nicht sieht.

Die Anfänge der germanischen Kolonisation reichen auf die Mitte der fünfziger Jahre zurück, und zwar waren die ersten Ansiedler zum weitaus grössten Teil Schweizer. Die Auswanderungsbewegung machte dann die von Herrn Dr. Tille gekennzeichneten Stadien durch, und seit mehr als 15 Jahren herrscht völliger Stillstand, was den Zuzug germanischer Siedelungselemente anbetrifft. Die Kolonisationsunternehmungen, die während der Schwindeljahre üppig ins Kraut geschossen waren, verschwanden eine nach der anderen von der Bildfläche, und heute hat sich nur mehr eine einzige grösseren Stils, diejenige eines Deutschen, des Herrn Hugo Stroeder, dank vorzüglicher Organisation und der Kenntnis der Kolonisationstechnik sowie der Ausdauer ihres Gründers zu behaupten vermocht, ist indessen mit Bezug auf ihre Ansiedler meist auf Italiener angewiesen, da dem Unternehmen bisher in Deutschland Anknüpfungspunkte und Entgegenkommen gefehlt haben. Auch die „Colonizacion Stroeder" kann als ein wertvolles Element für den Anschluss germanischer Stammesgenossen bezeichnet werden.

Im Rahmen der mir zugewiesenen Zeit, und um Sie nicht zu ermüden, schliesse ich meine Ausführungen mit dem Anerbieten, dass ich zu jeder Auskunfterteilung gerne bereit bin.

Zum Schlusse möge mir noch eine Bemerkung über die viel verrufene argentinische Justiz gestattet sein. In ganz Südamerika leiden wir unter dieser Plage, aber man kommt auch zu der Erkenntnis, dass es bei den vorhandenen Bevölkerungselementen niemals möglich sein wird, eine europäischen Anforderungen entsprechende Justizpflege zu schaffen, denn die Grundbedingung für eine solche ist doch das der Bevölkerung innewohnende Gerechtigkeitsgefühl. Wo ein solches nicht vorhanden, nützen auch die besten Gesetze nichts. Wo soll nun bei einer Bevölkerung, gemischt aus den spanischen Conquistadoren und Indianern und aufgefrischt durch eine aus Analphabeten sich zusammensetzende Einwanderung aus den Mittelmeerländern, die von Justiz auch noch sehr eigentümliche Begriffe haben, eine Justiz nach deutschen Begriffen herkommen? Es ist lediglich die germanische Einwanderung dazu berufen, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen.

Nach dem eigentlichen Vortrag wird hier eine Schilderung der Vorgänge in Buenos-Aires, welche zur Entsendung des Herrn Alemann

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

führten, gegeben. Herr Alemann hat die Aufzeichnungen in der Sitzung selbst nicht verlesen. Da sie aber das Interesse für den Kolonialkongress und die ernste Beachtung desselben zeigen, werden sie an dieser Stelle gebracht.

Als anfangs August das Programm und damit die Einladung zum Kolonialkongress bei der Redaktion des „Argentinischen Tageblattes" in Buenos Aires eintrafen, veranlasste dies den Schriftleiter genannten Blattes, den deutschen Grosshandel zu einer Besprechung einzuberufen, um zu dieser Veranstaltung Stellung zu nehmen, von der Anschauung ausgehend, dass die Vermehrung deutscher Ansiedler im Auslande auch die Vermehrung des Konsums deutscher Produkte in sich schliesst, demgemäss Förderung der Handelsbeziehungen. „Es kann daher dem deutschen Handel hüben wie drüben nur zu statten kommen, wenn auf diesem Kolonialkongress die Sprache auch auf Argentinien gelenkt wird, um darauf aufmerksam zu machen, dass sich kaum irgendwo anders ein so günstiges Zusammentreffen von Umständen für die Kolonisten bieten dürfte, wie im gegenwärtigen Augenblick gerade in Argentinien, wo infolge der wirtschaftlichen Depression Land in bester Qualität, an allen möglichen Plätzen und in verkehrsreichen Gegenden zu billigem Preise erworben zu werden vermag. So könnte der gruppenweisen Ansiedelung von germanischen Ackerbauern, der einzigen, welche zu einer gedeihlichen Entwickelung führen kann, Vorschub geleistet werden. Ferner dürfte sich auch zu grösseren Anlagen auf dem Gebiete des Verkehrs Gelegenheit bieten, Betriebe, welche nachweisbar gute Erträge abwerfen. Dem offenkundigen Nutzen für Argentinien, auf diesem Kongress vertreten zu sein, wird sich wohl kein Kaufmann verschliessen."

Dies der Kern der Auseinandersetzungen, welche in dieser Versammlung in Buenos-Aires zur Sprache kamen. Dieselbe nahm sodann die von nachfolgenden Firmen unterzeichnete Resolution an:

Am Montag, den 11. August 1902, vereinigten sich die Endesunterzeichneten und beschlossen:

I. Die Gelegenheit zu benutzen, welche sich mit dem Ersten Deutschen Kolonialkongress bietet, um durch Beschickung desselben Beziehungen anzuknüpfen zwecks Schaffung einer geschlossenen germanischen Einwanderung in Argentinien, welche dazu berufen ist, befruchtend auf den heimischen Exporthandel sowohl als auf den hiesigen deutschen Handel einzuwirken.

II. Mit der Vertretung der diesseitigen Interessen den Direktor des „Argentinischen Tageblattes", Herrn Moritz Alemann, zu betrauen, welcher bereits seit vielen Jahren Befürworter einer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

germanischen Kolonisation gewesen ist, und zwar soll derselbe die deutsche Geschäftswelt, und namentlich die auf dem Kongress vertretenen Vereinigungen, welche koloniale Zwecke verfolgen, mit den Vorteilen bekannt machen, welche eine geschlossene, zielbewusste deutsche Kolonisation dem Handel sichert.

III. Die Unterzeichneten verpflichten sich ihrerseits, europäischen Interessenten vertrauenswürdige Auskünfte über Bodenbeschaffenheit, Landkäufe und andere ins Fach der Kolonisation schlagende Fragen zu erteilen, überhaupt in jeder Weise zur Förderung derartiger Bestrebungen ihr möglichstes beizutragen.

D. Emil Frers, ehemaliger Landwirtschaftsminister.
Adolf Bullrich, amtierender Oberbürgermeister der Bundeshauptstadt.
Franz Seeber, ehemaliger Oberbürgermeister, z. Zt. Kriegsintendant.
Karl Lix-Klett, Schriftführer des Zentral-Produktenmarktes.
Dr. Meyer, vom Hause D. Meyer & Cie., deutscher Vizekonsul in Bahia Blanca.
Hans Kurth, vom Hause H. Kurth & Cie, Schweizer Vizekonsul in Córdoba.
Hugo Stroeder, Chef der Unternehmung „Colonizacion Stroeder."
Nicolás Mihanovich, österreichischer Konsul, Chef der Reederfirma Nicolás Mihanovich.
Paul Basch, kommerzieller Beirat der österreichischen Gesandtschaft.
Vogler & Duckwitz, Vertreter des „Norddeutschen Lloyd".
Richard Wendelstadt, Generaldirektor der Quilmes-Brauerei.
E. Kersting, Geschäftsleiter der Firma O. Bemberg & Cie.
Julius Hosmann, Direktor der Hagelversicherungsgesellschaft „La Rural."

Ferner nachfolgende Grossfirmen in Import und Export:

| | |
|---|---|
| August Linck & Cie. | Lindenberg, Nellen & Cie. |
| Gebr. Peters. | Staudt & Cie. |
| Harteneck & Cie. | Th. Bracht & Cie. |
| Engelberth Hardt & Cie. | Heinlein & Cie. |
| Bernhard Guizetti. | H. Sternberg & Cie. |
| Mitau & Grether. | Freisz & Cie. |
| Bally Söhne & Cie. | Meili & Roesli. |
| Hasenclever & Cie. | Ad. Mantels & Cie. |
| Menet & Cie. | Zuberbühler & Cie. |
| Züblin, de Bary & Cie. | |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dr. med. **A. Siegmund,** Berlin: Herrn Dr. Meyers Ausführungen kann ich nur aufs freudigste begrüssen und unterstützen; in der Tat gibt es für deutsche Bauern wohl kaum ein anderes Land, das ihnen ebenso günstige Bedingungen und ebenso sichere Aussicht böte, zu einer bescheidenen, aber sicheren Wohlhabenheit zu gelangen.

Ich habe fast 6 Jahre als Arzt im Staate Rio Grande do Sul gelebt, und zwar in Porto Alegre sowohl wie auch auf dem Lande, und kenne daher die verschiedenartigen Verhältnisse in Stadt und Land ganz genau.

Das Gute des bäuerlichen Landes in Rio Grande sehe ich in:

1. Gesundheit des Leibes infolge
   a) gutem Klima, kein Tropenfieber, keine Rachitis, wenig Geschlechtskrankheiten der Männer,
   b) guter, reichlicher Nahrung,
   c) natürlicher (Ackerbau-) Arbeit,
   d) gutem Erfolge der Arbeit, die zudem wirtschaftlich leichter, weil keine kostspielige Bauordnung besteht;
2. Gesundung der Seele durch
   a) erfolgreiche Arbeit, d. h. wirtschaftliches Gedeihen;
   b) Freude an wirtschaftlich aussichtsvoller Nachkommenschaft;
3. langem Leben;
4. frühem Heiraten und grosser ehelicher Fruchtbarkeit; durch 4 und 3 ermöglichter Überlieferung deutscher Familienerfahrung und wirtschaftlicher Erfahrung auf mehrere Generationen der Familie;
5. geschlossenen deutschen Ansiedelungen, daher Erhaltung des Deutschgefühls bei Treue gegen den brasilischen Staat.

Einige Worte noch zur Erläuterung und weiteren Ausführung des Vorstehenden:

Zu 1. a) Gesundheit des Leibes.

Der deutsche Bauer siedelt sowohl in den niedrig gelegenen, aber allmählich ansteigenden Geländen unweit von Porto Alegre: São Leopoldo und Umgebung, als vor allem in den bergigen Gebieten, die zwischen dem unteren Grasgebiete (Campanha) und der nördlichen Hochebene liegen. Der Wald des deutschen Siedelunggebietes ist ganz dichter Lauburwald, der herrlichen tiefen Humus erzeugt.

Die Sommer sind zwar sehr heiss; dass aber deutsche Leute genug Anpassungsvermögen an derartige Sommerhitze besitzen, beweist der Umstand, dass die Söhne, Enkel, ja schon Urenkel ein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gewanderter Deutscher ebenso eifrig mit Hacke und Pflug ihre Pflanzungen bestellen, wie die frisch eingewanderten.

An Krankheiten gibt es einerseits kaum weniger Tuberkulose als hier, dagegen fehlt völlig die englische Krankheit (Rachitis), deren krummbeinige, schiefrückige Opfer wir im Deutschen Reiche allenthalben sehen, und die bei uns die Hauptursache für Beckenverengung und erschwerte Geburten ist. Die Ursache für das Fehlen dieser Degenerationskrankheit in Rio Grande finde ich lediglich in dem heilenden Strahl der Rio Grandenser Sonne.

Eine überaus wichtige Tatsache ist die verhältnismässige Seltenheit von Geschlechtskrankheiten der Männer unter der deutschen bäuerlichen Bevölkerung, da, wo sie geschlossen zusammensitzt. Bei der verhängnisvollen Bedeutung der Gonorrhoe sowohl wie der Syphilis im Leben der Familien wie der Völker bietet die verhältnismässige Freiheit der deutschen Bauern von diesen Krankheiten sehr gute Aussichten für ein kräftiges körperliches Weiterblühen der deutschen Rasse in Brasilien. Wo die Deutschen in Städten mitten zwischen Brasilianern wohnen, unter denen die Syphilis eine ganz ungeheuere Verbreitung hat, liegen diese Dinge natürlich viel ungünstiger.

Vollends aber in solchen Kolonien, wo, wie in Barao de Triumfo, Deutsche in buntester Mischung mit anderen zum Teil sehr verderbten Völkern angesiedelt sind, schwindet die Sitte und Sittlichkeit, besonders unter den Mädchen, in bedauerlichster Weise.

Tropenfieber gibt es in Rio Grande nicht, also keine oder fast keine Malaria — ich habe nie einen Fall davon gesehen — und kein gelbes Fieber. Auch Beri-Beri fehlt.

Würden die Kinder nicht so sinnlos früh zu der schweren Pflanzarbeit angehalten und würden sie ausserdem in den Schulen körperlich erzogen, so würde ihrer Entwickelung ein grosser Dienst geleistet werden. Und viele Unterleibskrankheiten der Bauernfrauen liessen sich vermeiden durch längere Schonzeiten nach ihren durchschnittlich sehr zahlreichen Wochenbetten, sowie durch Beschaffung guter Hebammen.

Zu 1. b). An Nahrung fehlt es nicht. Indes sollten die Bauern nicht so viel Schweinefleisch essen, was in der langen und heissen Zeit unzuträglich ist und mancherlei Krankheiten begünstigt. Da aber die Erzeugung von Schmalz im bäuerlichen Leben eine sehr grosse Rolle spielt und gute Fleischräuchereien zur Herstellung verkäuflicher Dauerware, Schinkenwürste, noch ganz selten und vereinzelt sind, so müssen die Bauern eben das Fleisch der Tiere selbst essen, deren Schmalz sie verkaufen.

Sehr bedauerlich ist die ganz unzulängliche Pflanzung von frischen (grünen) Gemüsen, deren reichlicher Genuss in dem warmen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Lande noch viel mehr zu empfehlen wäre, als im kälteren Deutschen Reiche.

Zu 2 ist es klar — auch Herr Dr. Aldinger in Palmenhof (Kolonie Hansa in Sta. Catharina) weist neuerdings darauf hin, — dass Menschen, die im tosenden Getriebe des europäischen Lebens nicht Schritt halten können, drüben seelisch genesen, wenn sie in ruhiger Arbeit einer sicheren Zukunft entgegen gehen für sich und noch so viele Kinder. Ja: noch so viele Kinder. Denn drüben sind die Verhältnisse noch so natürliche, dass jeder neue Sprössling nicht, wie hüben so vielfach, mit Kummer als ein weiterer Esser, sondern mit Freuden als ein weiteres liebes Kindchen — und als ein weiterer Helfer angesehen wird.

Zu 3 und 4 ist wenig zu sagen.

Zu 5. Wo die deutschen Siedelungen geschlossene sind — ohne Zusatz von fremdvölklichen Scharen —, da hält sich auch das Gefühl, zwar brasilianische Staatsbürger, aber solche deutschen Blutes zu sein, in erfreulicher Weise. Erstaunlicher Weise! Denn schlecht genug ist bekanntlich die deutschbrasilische Bevölkerung allzeit von der alten Heimat behandelt worden, und auch heute noch lehnt eine Zeitung und eine Zeitschrift nach der andern Mitteilungen und Erzählungen aus dem Leben der brasilischen Deutschen ab.

Zwei ganz grosse Gefahren drohen aber dem Deutschtum Rio Grandes. Und diese wolle man sich ja recht gross und schwer vorstellen: Die eine droht von den „Jacobinern“ oder „Nativisten“, der dortigen Chauvinisten-Partei. Diese, der die Landesregierung folgt, sucht mit aller Macht durch Einführung zahlloser unentgeltlicher Regierungsschulen, in denen weder deutsch gesprochen, noch deutsche Sprache gelehrt, in denen kein Lied gesungen, und über Deutschland nichts gelehrt wird, die Deutschen zu entdeutschen. Und ferner erstrebt sie es durch Eintreibung fremdvolklicher, besonders italienischer Keile in deutsche Siedelungen. Vor allem aber durch die sog. Landbereinigungs-Kommission. Diese Kommission muss alles von Deutschen bewohnte Land nachmessen und findet dann stets, dass es zu Unrecht besessen wird. Dann müssen die Bauern ihr rechtmässig gekauftes Land noch einmal an die Regierung bezahlen. Wenn deutsche Einwanderer sich in die Konsulatsmatrikel eintragen lassen, sind sie vor solchen Machenschaften aber einigermassen geschützt.

Die zweite Gefahr — bei weitem die grössere — droht von seiten der Nord-Amerikaner; diese nämlich betreiben unter Aufbietung ganz ungeheurer Summen Mission, protestantische Mission, in den deutschen Siedelungen. Sie bauen auf eigene Kosten Kirchen und Schulen und stellen unentgeltlich evangelische Prediger, während das Mutterland offiziell sehr wenig und privatlich fast nichts in dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Richtung tut. Siegt der Amerikaner, dann lebewohl deutsches Bauerntum, und lebewohl deutscher Handel in Rio Grande. Da hilft nur ein Mittel: Geld aus dem Mutterlande, aber nicht in Silber-, sondern in Goldstücken.

Dr. **Funke,** Berlin: „Dem Wunsche des Herrn Aleman entsprechend, will ich mich befleissigen, unparteiisch und sachlich seinen Vorschlag zu würdigen. Die Absicht, unsere Auswanderung in die La Plata-Länder zu lenken, ist nicht mehr neu, schon der bekannte Statistiker Freiherr von Reden hat vor mehreren Jahrzehnten die Aufmerksamkeit aller Kreise, welche sich für die Erhaltung unserer Auswanderung im nationalen Sinne interessierten, auf diese Länder gelenkt. Es ist vielerlei versucht worden die auswandernden Deutschen dem Deutschtum zu erhalten. Die Deutschen, welche im abgelaufenen Jahrhundert nach Nordamerika gewandert sind, haben fast sämtlich den engen Zusammenhang mit der Heimat aufgegeben, und die Erfahrung gilt besonders für Nordamerika, dass der Deutsche überall seine Nationalität aufgibt und eine fremde Kultur annimmt, wo diese ungefähr der seinen gleichwertig ist. Gelegentliche Ausnahmen und deutsche Demonstrationen ändern daran nichts. Wir haben mit den Milliarden an Kapital und den Millionen intelligenter und arbeitsamer Auswanderer in erster Linie die Vereinigten Staaten gestärkt und, ohne es zu wollen, uns in ihnen durch das deutsche Element und seine befruchtende Wirkung auf die Gesamtbevölkerung uns einen Konkurrenten grossgezogen, der bald von dem Felde des agrarischen Wettbewerbes zu dem heftigsten Industriekrieg gegen uns übergehen wird. Es wäre also geradezu ein wirtschaftlicher Selbstmord, wollte man einer weiteren Auswanderung nach Nordamerika auch nur den Schatten eines Wohlwollens entgegenbringen.

Mit der Erwerbung der deutschen Schutzgebiete tauchte dann der Gedanke bei einigen auf, diesen neuen Besitz des Reiches zum Ziel unserer Auswanderung, die nun einmal besteht und immer bestehen wird, zu machen. Doch die anfangs zu hoch gespannten Erwartungen sind nach der angestellten geographischen Erforschung unserer Schutzgebiete erheblich gesunken. Die Tropenkolonien scheiden bei der Besiedelungsfrage aus. Bei besserer Verbindung mag es indessen in Ostafrika für spätere Zeiten geeignete Gebiete dazu geben. In Südwestafrika bedarf es zunächst gewaltiger Meliorationen, Stau- und Bewässerungsanlagen, um den Boden für den Ackerbau fruchtbar zu machen, und zudem braucht der Auswanderer, der fast stets den mittellosen Klassen unseres Volkes angehört, ein zu hohes Kapital, um in Südwestafrika Farmer werden zu können. In Wirklichkeit fallen für den Augenblick die Schutzgebiete als Länder für unsere Aus-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wanderung nicht ins Gewicht. Um so mehr aber die La Plata-Länder. Paraguay, dessen natürliche Ausgangspforte, die La Plata-Mündung, in der Gewalt anderer Mächte ist, kommt heute noch nicht in Betracht. Es bleiben also nur Argentinien und Südbrasilien, denn das tropische Brasilien ist trotz des Bestehens einiger wenigen Kolonien deutschen Ursprungs, aus klimatischen Gründen nicht geeignet.

Herr Aleman hat eins in seinen Ausführungen umgangen, nämlich die Stellung des Italienertums in Argentinien. Wenn er heute im Auftrage grosser Firmen und mit Billigung der Regierung in Buenos Ayres für die Auswanderung nach Argentinien Stimmung zu machen sucht, so muss hervorgehoben werden, dass die Argentinier wahrlich nicht aus Liebe zu den Deutschen nach unseren Auswanderern rufen. Die Regierung des Julio Roca ist gerade so nativistisch als alle südamerikanischen Regimes. Ein Kennzeichen dieser ist die masslose Selbstüberschätzung, das ängstliche Wahren alles Nationalen auf dem Gebiete der Sprache und Erziehung, das Zurückdrängen des fremden Elementes auf diesen Gebieten und das Streben, dieses mit der einheimischen Bevölkerung so zu verschmelzen, dass alle Stammeseigentümlichkeiten und alle nationale Selbständigkeit der Zugewanderten verschwindet. Wenn nun bei diesem Standpunkt der Regierung Argentiniens die dort ansässigen Italiener es durchsetzen konnten, dass die italienische Sprache in den argentinischen Staatsschulen als obligatorischer Lehrgegenstand — wohlgemerkt, nicht als fakultativer! — eingeführt wurde, so sehen Sie daran schon den ungeheueren politischen Druck, den das Italienertum auf die argentinische Regierung ausübt, und die Gefahr für die letztere, der sie nun durch Einführung deutschen Blutes begegnen will.

Das grösste Hindernis, welches sich den Bestrebungen des Herrn Aleman bei uns entgegenstellt, ist der Umstand, dass die argentinische Regierung unbedingt darauf besteht, dass jeder Einwanderer offiziell sofort naturalisiert wird und sein Deutschtum damit aufgibt. Wir haben zu lange den Verlust der Nationalität unserer Auswanderer beklagt, als dass wir ein Land, welches das Aufgeben der Nationalität der Einwanderer fordert, Deutschen zur Ansiedelung empfehlen können.

Südbrasilien hat dagegen nichts von dieser Bestimmung. Der Deutsche kann dort unbehelligt durch Eintragung in die Konsulatsmatrikel seine Nationalität wahren. Das Bedenken, das wir vom deutschnationalen Standpunkte aus gegen Herrn Alemanns Vorschlag geltend machen mussten, fällt also hier fort. Zudem gewähren dort die reindeutschen Kolonien, welche bereits bestehen, dem deutschen Zuwanderer einen leichteren und festeren Anschluss als die Siedlungen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Argentiniens, deren „germanische" Elemente nicht immer gerade dem Betonen der Zugehörigkeit zum deutschen Reiche günstig gesinnt sind.

Aber auch wirtschaftlich verdient Südbrasilien den Vorzug vor Argentinien. Der Kleinsiedler, der mittellos oder mit ganz geringer Barschaft in das Land kommt, braucht den Wald. Die Waldkolonien in Südbrasilien gedeihen ausnahmslos, der Wald ist der beste Freund des Anfängers, er liefert ihm Speise, Baumaterial, Feuerung und Ackergerät, er ist der schützende Wall für die junge Pflanzung, und sein unerschöpflicher Boden gibt Jahr um Jahr reiche Ernten. Dieser Wald fällt auf der Pampa Argentiniens völlig weg. Der Kolonist muss also sogleich für die erste Einrichtung Kunstmaterial erwerben, braucht deshalb ein grösseres Anfangsgeld als sein Genosse in Südbrasilien, und falls er dieses nicht hat, gerät er sogleich in eine gewisse Abhängigkeit von dem, der ihm die nötigen Mittel zum Anfang vorschiesst.

Der argentinische Kolonist arbeitet hauptsächlich nur für den Export und ist daher von den Preisnotierungen des Weizens auf dem Weltmarkt unbedingt abhängig, zudem beeinträchtigen Heuschreckenplagen die Sicherheit der Ernte.

Diese Übelstände fallen in Südbrasilien völlig weg. Die Roçawirtschaft verbürgt dem Ansiedeler einen weit sicheren Erwerb als der Weizenbau auf der Pampa, sämtliche Koloniezentren sind auf kurzen und bequemen Wegen auf Schienen oder Flussdampfern zu erreichen, und das Zurücktreten des italienischen Elementes in Südbrasilien gewährt dem deutschen Auswanderer von vornherein die Stellung, welche er sich in Argentinien erst mühsam erkämpfen und vielleicht nie erobern würde.

Das allein sind schwerwiegende Gründe, welche uns bewegen müssen, unbedingt an der Lenkung unserer Auswanderung nach Südbrasilien festzuhalten und von einer Bevorzugung Argentiniens völlig Abstand zu nehmen. Wir tagen hier, um unser Deutschtum über See zu stärken, in Südbrasilien besteht ein starkes Deutschtum, das müssen wir kräftigen durch Zufuhr von frischem deutschen Blut, Kapital und Intelligenz. Und bei dieser Arbeit dürfen wir unsere Kräfte nicht zersplittern, sondern einmütig an dem aufgestellten Programm festhalten: Südbrasilien ist das Zukunftsland unserer deutschen Auswanderung, dahin allein müssen wir sie lenken, denn das ist eine nationale Pflicht!"

**M. G. Alemann:** Gegen die von dem Herrn Dr. Meyer ins Feld geführten Vorteile von Rio Grande habe ich nichts einzuwenden, aber der bedeutend leichtere Dampfer- und Eisenbahnverkehr am La Plata sollte als wesentlicher Faktor zur Besiedelung doch auch in Betracht gezogen werden.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Als Beweis, dass auch Siedler nicht-landwirtschaftlichen Berufs in Argentinien Erfolg haben können, mögen die recht gut prosperierenden Juden-Kolonien der Unternehmung des Barons Hirsch dienen. Zu der Frage über den Sprachunterricht in den Schulen möchte ich Herrn Dr. Funke noch entgegnen, dass in der Tat von dem Unterrichtsminister Magnasco der Unterricht des Italienischen in den argentinischen Staatsschulen dekretiert, aber nach dessen bald darauf erfolgtem Rücktritt wieder aufgehoben wurde.

**von Fischer-Treuenfeld,** Generalkonsul von Paraguay für das Königreich Sachsen, Dresden: Herr Dr. Meyer hat zwar das Klima Paraguays nicht als ein schlechtes dargestellt, doch wohl aber als ein fragliches. Dieser Darstellung möchte ich durch die faktische Bemerkung entgegentreten, dass ich unter den schwierigsten Lebensverhältnissen während des fünfjährigen Paraguaykrieges, wo wir hauptsächlich in Sümpfen operierten, niemals, abgesehen von Pocken, Cholera und Dysenterie, irgendwelche Krankheiten sich entwickeln sah. Die allerdings verheerenden, hier genannten Krankheiten waren Folgen der Entbehrungen eines langen Vernichtungskrieges.

Noch ein paar Worte zur Sache des Vortrags: Es ist eine auffallende Erscheinung, dass wir gestern in der Plenarsitzung die koloniale Frage Deutschlands, abgesehen von ihrer rein politischen und maritimen Seite, nur von dem Gesichtspunkte der Propaganda zu gunsten der kolonialen Sache der Reichs-Schutzgebiete, der steigenden Einfuhr und Ausfuhr, des steigenden Weltverkehrs, des Überseehandels und der Konkurrenz vertreten sahen.

Gewiss ist diese nach Vermehrung des Weltverkehrs strebende wirtschaftliche Kolonialbewegung von äusserster Bedeutung für die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des Reichs. Ich meine aber doch, dass die an uns gestellte Kolonialaufgabe bisher nur teilweise gelöst worden ist, denn unter voller Berücksichtigung der kolonialwirtschaftlichen Aufgabe tritt uns auch noch die Verpflichtung der Konzentration des deutschen Auswanderungselementes als eine der hauptsächlichsten Kolonialverpflichtungen entgegen. Es ist als eine der grössten Errungenschaften des gegenwärtigen Kongresses zu betrachten, dass die Vereine, nach den Sektionssitzungen zu urteilen, in ausgiebigerer Weise als zuvor aus dem engen Rahmen der Reichs-Schutzgebiete in den der Auswanderer-Konzentrationsfrage einzutreten willens zu sein scheinen.

Der Vortrag des Herrn Dr. Meyer hat uns die Richtung angewiesen, in welcher wir eine konzentrierte deutsche Auswanderung mit Beibehaltung der nationalen deutschen Eigenschaften und ethischen Vorzüge zu erwarten haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hoffen wir, dass dieser Kongress fassbare Fortschritte in dem Ausbau dieser für die deutsche koloniale Sache ebenso wichtigen und bisher vernachlässigten Bestrebungen als jene, welche auf steigende Ausfuhr hinzielen, zeitigen werde.

Generalkonsul a. D. **Koser,** Berlin, macht Mitteilung über die Tätigkeit der Zentral-Auskunftsstelle und ihre Stellung zu den südamerikanischen Staaten.

Er stimmt den Ausführungen des Hauptredners, Herrn Dr. Meyer, Brasilien betreffend, zu und betont seinerseits, dass er die Staaten Sa. Catharina und Rio Grande do Sul für die geeignetsten Auswanderungsziele für wenig bemittelte Landarbeiter halte.

Auch in Argentinien können dieselben Grundeigentum erwerben, aber erst nach längerer Lohnarbeit. Für eine Masseneinwanderung daselbst sei die Vorarbeit einer deutschen Siedelungsgesellschaft erforderlich.

In Chile sei die alte deutsche Auswanderung der 50er Jahre ein Erfolg gewesen, die neuere nicht.

Das Klima Paraguays sei besser als sein Ruf. Auswanderer aus Rio Grande do Sul befänden sich dort wohl.

Der Vortragende Dr. **Herrmann Meyer:** Zu den Ausführungen des Herrn Generalkonsuls Koser über Chile erkläre ich, dass meine Ausführungen mit den seinen übereingestimmt haben. Herrn von Fischer-Treuenfeld erwidere ich, dass er mich bezüglich des Klimas Paraguays missverstanden hat. Ich hob nur die tropische Lage der Kolonien hervor, an der nicht zu zweifeln sei. Gerade die Kolonie Nueva Germania ist durchaus tropisch, denn das Paraguaytal und die Unterläufe der Nebenflüsse gelten als die heissesten Gegenden Südamerikas. Die Bevölkerungsabnahme in dieser Kolonie schreibe ich nicht etwa Krankheiten, sondern dem mangelhaften Zuzug neuer Einwanderer und dem Auszug vieler Kolonisten aus dieser Kolonie zu.

**Carlos G. Rheingantz,** Rio Grande do Sul: 1889 erklärte die provisorische Regierung, dass jeder ansässige Fremde das brasilianische Bürgerrecht haben solle, wenn er nicht dagegen Einspruch erhebe. Es sollte ein Entgegenkommen sein, weil früher die Naturalisation so sehr erschwert wurde.

Im übrigen wird kein Fremder in Brasilien gezwungen, die dortige Nationalität zu acceptieren und die seinige aufzugeben.

Dr. **von Weickhmann,** Berlin, schliesst sich den Ausführungen des Herrn Generalkonsuls Koser und des Herrn Dr. Meyer an und meint, Paraguay sei klimatisch wohl nicht einheitlich zu beurteilen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Überhaupt komme es in den Tropen und ihnen nahen Ländern meist auf die Höhenlage an. Im allgemeinen sei das Klima Paraguays, wenn auch heiss, so doch erträglich und das im Innern vorkommende Fieber an sich nicht lebensgefährlich. Ob indessen wirklich für die Akklimatisationsfähigkeit der Deutschen dort alle Bedingungen gegeben seien, höre man zuweilen bezweifeln; ein abschliessendes Urteil lasse sich noch nicht aussprechen, da die Einwanderung zu neu und gering sei. Immerhin könne man den Umstand, dass versprengte Teile deutschen Volkstums, insbesondere Sachsen, sich dort zu behaupten suchten, billigerweise wohl dafür sprechen lassen, aus nationalen Gründen das Interesse an diesem kolonialgeschichtlich so merkwürdigen Lande nicht ganz zu verlieren. Auch sei nicht zu verkennen, dass die ausserordentliche Wohlfeilheit aller Bedürfnisse und die Einfachheit der Lebensverhältnisse eine starke Anziehung für anspruchslose Charaktere bilden könnten. Im übrigen aber seien die Niederungen des Paraguay zu dauernder Besiedelung für Deutsche auch auf brasilischem Gebiet, trotz neuerer Agitation, wohl nicht besonders geeignet; günstiger vielleicht, wenn auch noch recht wenig bekannt, seien die — wegen ihres Tonbodens zum Teil auch für Pflanzenkultur brauchbaren — Steppengebiete der Wasserscheide zwischen Paraguay und Paraná im südlichen Hochland von Zentralbrasilien, das zu seiner wirtschaftlichen Erschliessung einer direkten Strassenverbindung mit den Küstenstaaten dringend bedürfe. Zu den in Südbrasilien für deutsche Ansiedelungen geeigneten Gebieten könne man wohl auch die Gebirgsfluren im Hinterland des Staates Paraná rechnen, in dessen Hauptstadt Curityba das deutsche Element jedes andere zu überwiegen scheine.

## Die deutsche Auswanderung nach Australien.

Von **Moritz Schanz,** Chemnitz.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Als der grosse Seefahrer Cook im Jahre 1770 endlich die von ihm Neusüdwales benannte Ostküste des so auffallend lange in sagenhaftes Dunkel gehüllt gebliebenen Australkontinents auffand und im Namen seines Souveräns für England in Besitz nahm, hatte er für die praktische Ausnutzung seiner Entdeckung sofort eine englische

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonisation ins Auge gefasst. Aber erst nach Beendigung des Krieges in Nordamerika trat man in England dieser Frage näher, da sich als eine der Folgen dieses Krieges ergab, dass man die englischen Sträflinge, die man seit über 100 Jahren nach den englischen Kolonien in Nordamerika verschickt hatte, nun nicht mehr dahin abschieben konnte. So beschloss man denn, das von Cook entdeckte neue und menschenleere Land als Verbrecherstation zu benutzen, und schickte im Jahre 1787 die erste, aus 1015 Köpfen bestehende Expedition dahin, welche sich an der Stelle des heutigen Sydney ansiedelte. Weitere Sendungen von Sträflingen folgten. Jahre der Dürre und Schwierigkeiten aller Art liessen diese, lange auf den Küstensaum beschränkte „Kolonisation" aber nur sehr langsam vorwärtskommen, und erst, nachdem man im Jahre 1813 die hinter den Blauen Bergen gelegenen Ackerbau- und Weidedistrikte aufgefunden hatte, setzte allmählich die längst ersehnte freie Einwanderung ein. Die Deportation nach Australien, welche auch in Tasmanien und Victoria, in Westaustralien und in Queensland den ersten Anlauf englischer Kolonisation gebildet hatte, wurde freilich erst nach und nach eingestellt und erlosch gänzlich erst im Jahre 1868. Nur die Kolonie Südaustralien war von Anfang an völlig von dem Deportationssystem unberührt geblieben und durch Vermittelung einer englischen Kolonisationsgesellschaft durch freie Ansiedler bewirtschaftet worden.

Hatten anfangs fast ausschliesslich Viehzucht und Ackerbau den Reichtum des Landes gebildet, so gab die 1851 erfolgte Entdeckung reicher Goldlager einen neuen Anstoss zu nennenswerter europäischer Auswanderung nach Australien und zu einem ausserordentlichen Aufschwung der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wobei das aufstrebende junge britische Gemeinwesen die zu seiner Entwickelung nötigen Summen im Anleiheweg von englischen Kapitalisten zu verhältnismässig billigen Zinsen vorgeschossen bekam.

Freilich zeitigte diese Periode wirtschaftlichen Aufschwungs und übertriebener Kreditwirtschaft allmählich eine unsinnige Spekulation, welche 1893 zu einer heute noch nicht überwundenen Finanzkrisis führte. Die anspruchsvolle Arbeiterschaft Australiens gestaltete das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer unerquicklicher, und eine seit etwa fünf Jahren anhaltende Trockenzeit, eine der periodisch wiederkehrenden Geisseln Australiens, beeinträchtigte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Ergebnisse des Ackerbaus und reduzierte den Viehstand des Landes um ein Drittel. Rechnet man dazu die politische Unzufriedenheit, die in einzelnen Kolonien vielfach mit der eben erst erfolgten Zusammenschweissung derselben zur Common Wealth herrscht und die Wiederauflösung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dieses Bundes anstrebt, so sind die Zeiten für Australien momentan gewiss keine glänzenden, und der wirtschaftliche Stillstand bezw. Niedergang spricht sich am deutlichsten darin aus, dass in verschiedenen der Kolonien zur Zeit die Auswanderung die Einwanderung übertrifft.

Wenden wir uns nun der Rolle zu, welche Deutsche in dem entfernten Weltteil gespielt haben, so finden wir zunächst, dass deutsche Forscher und Gelehrte schon seit Cooks Zeiten an der Erforschung und Entwickelung des Australgebietes hervorragend beteiligt gewesen sind. Die deutschen Naturforscher Forster, Vater und Sohn, begleiteten den grossen Entdecker Cook 1772 auf seiner zweiten Südseereise. Im Dienste der russischen Regierung finden wir dann zu Anfang des 19. Jahrhunderts als Entdecker in Ozeanien die Deutschen Krusenstern (1803/4), Otto von Kotzebue, der 1815/16 in Begleitung des Naturforschers und Dichters Adalbert von Chamisso fuhr, Bellinghausen (1819) und Graf Lütke (1828), während der 1847 verschollene Dr. Ludwig Leichardt aus Brandenburg epochemachend durch seine Entdeckungszüge im unbekannten Innern des Australkontinents wirkte und noch heute als Märtyrer der Erforschung Zentralaustraliens verehrt wird. Dieffenbach, Hochstetter und Haast haben zuerst das schwer zugängliche Innere Neuseelands der Wissenschaft erschlossen, Lendenfeld und Semon haben klassische Schilderungen von Oberflächengestalt und Fauna geliefert.

Der schon 1836 nach Südaustralien gekommene deutsche Geologe Johannes Menge ist ob seiner Verdienste von den Engländern als der „Vater der südaustralischen Mineralogie“ bezeichnet worden; unser hochverdienter Direktor der Hamburger Seewarte, Geheimer Admiralitätsrat Professor Dr. von Neumayer, war auch der gerühmte Organisator der Sternwarte von Melbourne; Baron Ferdinand von Müller und Dr. Richard Schomburgh begründeten die wertvollen botanischen Gärten zu Melbourne und zu Adelaide.

Kann somit die deutsche Wissenschaft mit Stolz auf einzelne bedeutsame Arbeiten ihrer Vertreter in Australien blicken, so haben sich Deutsche frühzeitig auch in grösserer Zahl zu dauernder Ansiedelung in Australien niedergelassen; bildete dieser Kontinent neben Amerika und Südafrika eine Zeitlang doch das nächstwichtige Ziel deutscher Auswanderung überhaupt. Gingen dorthin zunächst in ihrem Glauben Bedrängte und sodann politisch Unzufriedene, so folgten später solche, welche ihre wirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse zu verbessern strebten, und so wurden nacheinander Landleute, Handwerker, Gelehrte, Bergleute, Goldgräber und Kaufleute angelockt. Seit dem Jahre 1883 aber hat die deutsche Einwanderung in Australien ständig abgenommen und sie beträgt heutigen Tages nur noch wenig über 100 Köpfe im Jahre.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Im ganzen mögen zur Zeit etwa 106 000 Deutsche in Australien ansässig und davon die Hälfte in Deutschland geboren sein. Geschlossene deutsche Ansiedelungen findet man besonders in Queensland, Südaustralien und Victoria, in kleinerem Masse auch in Neusüdwales, Neuseeland und Tasmanien, und zwar verteilt sich das Deutschtum auf:

Queensland mit 38 000 Seelen, davon etwa 15 000 in Deutschland Geborene,
Südaustralien mit 30 000 Seelen, davon etwa 9000 in Deutschland Geborene,
Victoria mit 15 000 Seelen, davon etwa 9000 in Deutschland Geborene,
Neusüdwales mit 10 000 Seelen, davon etwa 8000 in Deutschland Geborene,
Tasmanien mit 1000 Seelen, davon etwa 900 in Deutschland Geborene,
Westaustralien mit 500 Seelen, davon etwa 500 in Deutschland Geborene,
Neuseeland mit 12 000 Seelen, davon etwa 5000 in Deutschland Geborene.

Genaue Zahlen über das Deutschtum in Australien sind deshalb nicht anzugeben, weil unsere Landsleute dort sich selbst in den Grossstädten, auch wenn sie keine neue Staatsangehörigkeit erwerben, ganz überwiegend nicht in die Konsularregister eintragen lassen, und die Deutschen auf dem Lande, sehr begreiflicherweise, fast ausnahmslos die Naturalisation nachsuchen, um dadurch Sitz und Stimme in der Lokalverwaltung zu bekommen.

Dem Berufe nach geordnet ist der deutsche Gelehrtenstand neben den Pastoren durch eine kleine Zahl von Rechtsgelehrten, Ärzten, Bergingenieuren und Lehrern vertreten.

Ein deutscher Grosskaufmannsstand dagegen ist in Australien so gut wie nicht vorhanden. Es existieren dort zwar einige durch Minen- und andere Spekulationen reich gewordene Deutsche, aber der Grosshandel ist fast ausschliesslich in englischen Händen, die vom Mutterlande aus mit billigem Gelde reichlich unterstützt werden, während unsere deutschen Kaufhäuser drüben fast ausschliesslich mittleren oder kleinen Ranges, ja vielfach nur Agenturen sind, die über mangelnde deutsche Kapitalunterstützung klagen. Eine deutsche Bank in Australien existiert bislang auch noch nicht, obgleich im Jahre 1900 die Einfuhr aus Deutschland 48, die Ausfuhr dahin 122 Millionen Mark wertete, während die Franzosen, trotzdem ihr dortiger Handel gegen den deutschen zurücksteht, gut rentierende Filialen ihres

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

comptoir national d'escompte in Sydney und Melbourne eingerichtet haben.

Erfreulicher steht es mit der deutschen Schiffahrt, welche durch die regelmässigen Linien des Norddeutschen Lloyd und der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gut und lohnend repräsentiert ist.

Ganz ungeeignet ist das Feld für stellungsuchende junge deutsche Kaufleute; der Durchschnittsgehalt eines Kommis in Sydney oder Melbourne beträgt nur 30—40 Schilling die Woche, d. h. weniger als der Lohn eines gewöhnlichen Arbeiters.

Deutsche Handwerker gibt es fast in jeder nennenswerten Stadt Australiens, und wenn dieselben auch, dem australischen Gesamtgeist entsprechend, vielfach mehr oder weniger sozialdemokratisch angehaucht erscheinen, so sind sie doch fachmännisch meist gut vorgebildet und haben sich dadurch im allgemeinen eine auskömmliche, in nicht wenigen Fällen eine recht behäbige Existenz geschaffen. Die Optiker und Uhrmacher sind fast ausschliesslich, die Bäcker, Fleischer und Schuhmacher vielfach Deutsche. Sind einerseits die Löhne in Australien zwar hoch, so muss andererseits doch sehr mit der unsicheren Arbeitsgelegenheit und häufigem Arbeitsmangel gerechnet werden.

Die Mehrzahl unserer Landsleute endlich sind als Farmer und Viehzüchter tätig. Die meisten dieser Leute sind bettelarm herübergekommen, hatten anfänglich vielfach mit grossen Strapazen und Widerwärtigkeiten zu kämpfen, und die Engländer sahen mit Verachtung auf die „German fools" herab, die sich daranmachten, den undurchdringlichen Scrub Queenslands zu lichten. Heute sind gerade dort, dank deutscher Arbeitskraft und Unverdrossenheit, die blühendsten Ansiedelungen zu finden, und die Umwandlung des Urwalds in lachende Gefilde hat auch den englischen Mitkolonisten Achtung abgenötigt. Als Pionieransiedler und Kleinfarmer sind die meist aus niederen Ständen und aus bescheidenen Verhältnissen stammenden, von ihren braven Frauen ausgiebig unterstützten Deutschen, wie in Brasilien und in Südafrika, so auch in Australien unerreicht; kann man ihnen einen Vorwurf machen, so ist es der, dass ihnen etwas von dem den Engländern eigenen Unternehmungsgeist im grösseren Stile gewöhnlich fehlt. Unter den Squattern, die sich von Hause aus vorwiegend aus vermögenden Klassen rekrutieren, finden sich so gut wie keine Deutschen; zwar besitzen einige unserer Landsleute in Queensland Herden von 4—5000 Schafen, und diese letzteren liefern die beste Wolle der Kolonie überhaupt, aber wie weit stehen die Deutschen hinter den Engländern zurück, welche in einer Hand Herden bis zu 3 Millionen Stück und „Runs" von 30—40 Quadratmeilen haben!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was die Stellung unserer Landsleute im öffentlichen Leben Australiens anbetrifft, so sind einzelne unter ihnen hin und wieder zwar Parlamentsmitglieder, in Südaustralien selbst Justiz- und Unterrichtsminister geworden, im grossen Ganzen aber haben sie eine hervorragende politische Stellung nie eingenommen. Nur in einigen Distrikten Südaustraliens und Queenslands sind ihre Stimmen ausschlaggebend, leider aber halten sie selbst da oft nicht zielbewusst zusammen.

Um die Erhaltung des Deutschtums in Australien ist es, da frische Einwanderung aus der Heimat und damit eine stetige Auffrischung deutschen Wesens fast ganz nachgelassen hat, schlecht bestellt. In den Städten bequemt sich schon der in Deutschland geborene Einwanderer englischem Wesen an, und seine in englischer Umgebung aufwachsenden Kinder sind in der Regel englische Australier, die sich leider, ähnlich wie in Nordamerika, nicht selten geradezu des Deutschtums ihrer Eltern schämen. Diese Verengländerung wird umsomehr erleichtert, als durch das rasche Zunehmen billigen, oft unentgeltlichen Unterrichts in den Staatsschulen, in denen nur englisch gelehrt wird, die früher ziemlich zahlreichen deutschen Schulen grossenteils eingegangen sind; auch tut die Verheiratung vieler Deutschen mit englischen Frauen der Erhaltung des Deutschtums Abbruch. Aber selbst im „rein deutschen" eigenen Hause sprechen die Eltern aus geschäftlichen und gesellschaftlichen Rücksichten vielfach nur englisch.

Jetzt bilden etwa 240, leider in verschiedene Synoden gespaltene evangelisch-lutherische Kirchen mit 90 deutschen Pastoren die Hauptstütze des Deutschtums, da sich wenigstens in den Landgemeinden ein ziemlich reges kirchliches Leben erhalten hat. Die deutschen Katholiken in Australien sind weit weniger zahlreich und bilden keine besonderen Gemeinden, sondern verschmelzen sich mit dem irischen Element und gehen dem Deutschtum verloren. Die Israeliten deutscher Abstammung, welche teilweise eine nicht unbedeutende Rolle spielen, sind fast ausnahmslos verengländert.

Vier deutsche Zeitungen erscheinen als Wochenblätter in Adelaide, Sydney und Brisbane, und in den grösseren Städten existieren deutsche Klubs. Wie in kirchlicher, so herrscht allerdings auch in geselliger Beziehung und in den Klubs viel Spaltung unter den Deutschen Australiens, deren besser situierte Elemente sich mannigfach auch im gesellschaftlichen Verkehr mehr den Engländern anschliessen.

Werfen wir nun einen Blick auf die Verteilung des Deutschtums in den einzelnen australischen Kolonien und beginnen mit Südaustralien. Die Kolonisation hier ging, wie bereits erwähnt, nicht aus einer Verbrecherstation hervor, sondern aus der, seitens einer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

englischen, mit ausgedehnten Landrechten ausgestatteten Kolonisationsgesellschaft eingeleiteten Masseneinwanderung besserer Elemente. Dieselbe setzte 1836 ein und wies bald auch eine stattliche Anzahl Deutscher auf, die von Anfang an wesentlich mit zur Entwickelung der Kolonie beigetragen haben.

Seit 1838 zogen zunächst Brandenburger und Schlesier hinaus, Alt-Lutheraner, welche die Agenda Friedrich Wilhelms III. nicht annehmen wollten, sondern lieber auswanderten und als erfahrene Schafzüchter und Kenner in der Wollzubereitung hier ebenso verdienstlich und grundlegend wirkten wie später deutsche Einwanderer in der Einführung des Weinbaues. Ein grösserer Nachschub unter der umsichtigen Leitung der Brüder Schomburgh, der 1848/49 herauskam, bestand überwiegend aus einer höheren Klasse und umfasste gebildete und studierte Leute, welche mit den damaligen politischen Verhältnissen in Deutschland unzufrieden waren. Die Entdeckung der Kupfer- und Goldminen brachte dann einen neuen Zuwachs deutscher Einwanderung, und darunter besonders zahlreiche Bergleute aus dem Harz.

So erstanden denn in den Bergdistrikten des Mount Lofty und der südlichen Flinders-Kette zahlreiche Ansiedelungen mit meist deutschen Namen, unter denen Tanunda und Hahndorf die bedeutendsten sind, und das gute, küstennahe Land, welches noch unter dem wohltätigen Einfluss des Seeklimas steht, war bald besetzt. Gerade Südaustralien hielt man für das grosse Weizenland der Zukunft und missachtete die Warnungen hervorragender Beamten der Kolonie, die Regenlinie von 22° südlicher Breite zu überschreiten, südlich von welcher der Cerealienbau allein möglich sei. Verleitet durch einige gute Jahre ging der Farmer immer weiter über diese von ihm nicht beachtete Linie hinaus; aber die Zeit lehrte ihn sein Unrecht. Jetzt sind dort weite Striche, leider meist solche von braven, hart arbeitenden Deutschen besetzte, nach jahrelangen kärglichen Erträgen von so schweren Missernten heimgesucht worden, dass kaum das Saatkorn zurückgewonnen werden konnte und Sammlungen für die bittere Not Leidenden in der ganzen Kolonie veranstaltet werden mussten. Die Queensland-Regierung, welche deutsche Arbeit zu schätzen weiss, hat sich bereit erklärt, diejenigen, welche sich aus Südaustralien nach Queensland wenden wollen, zu unterstützen und ihnen gutes Land in ihrer Kolonie anzuweisen. Für weitere Einwanderung von Landwirten kommt Südaustralien also nicht mehr in Betracht.

Ähnlich liegen die Dinge in Victoria, Neusüdwales und Tasmanien, wo die Ländereien mit gutem Boden meist bereits in festen Händen sind.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In Victoria finden wir, abgesehen von den Städten Melbourne, Bendigo und Ballarat, das Deutschtum in grösserer Zahl und in geschlossenen Ansiedelungen hauptsächlich im Wimmera-Distrikt vertreten. Unsere dortigen Landsleute besitzen meist Bodenflächen von 320 Acres, treiben überwiegend Weizenbau und Viehzucht und sind geachtete und sparsame Leute, von denen manche, besonders die Württemberger, überhaupt noch kein Englisch gelernt haben, so dass in den Läden dieses Bezirks die Verkäufer Deutsch verstehen müssen. Grund und Boden sind wegen der verhältnismässigen Dichtigkeit der Bevölkerung in Victoria aber teuerer als sonstwo in Australien und in letzter Zeit sind von hier mehr Leute fort- als zugezogen.

In Neusüdwales wanderten schon im Jahre 1837 deutsche Winzer aus Hattenheim ein, denen später auch hier Goldsucher und seit Anfang der sechziger Jahre Landwirte folgten, welche durch die Firma Kirchner & Co., Verwalter des hanseatischen Konsulats in Sydney, eingeführt wurden. Später gesellte sich dazu auch noch ein Teil des Familienzuwachses deutscher Ansiedler in Südaustralien, nachdem gutes Land dort selten und teuer geworden war. Beachtenswerte deutsche Ansiedlungen befinden sich im Süden am Murray — besonders bei Albury — und im Illawara-Distrikt, im Norden am Clarence-Fluss.

Auch in Tasmanien bieten eine Anzahl Obst- und besonders Apfelplantagen ein erfreuliches Bild deutschen Fleisses und deutscher Sorgfalt.

Westaustralien ist bislang ganz überwiegend nur durch seinen Goldreichtum wichtig, und auch die wenigen hier lebenden Deutschen sind meist in den Goldbezirken des wüsten Innern tätig.

Ganz anders liegen die Dinge in Queensland.

Nachdem hier schon im Jahre 1838 Gossnersche Missionare erschienen waren, richtete sich ein grösserer Strom deutscher Auswanderer nach Queensland, als Anfang der sechziger Jahre der Kaufmann Heussler in Brisbane, der spätere deutsche Konsul daselbst, im Auftrag der Kolonialregierung als Einwanderungsagent nach Deutschland reiste und dieser Herr, in Verbindung mit dem Hamburger Hause Godeffroy, eine Massenauswanderung organisierte, welche mit Unterbrechungen von 1862 bis 1872 anhielt und 11 000 Personen nach Queensland brachte, die grösstenteils aus der Uckermark, den Provinzen Preussen, Pommern und Schlesien, aus Kurhessen und Württemberg stammten. Ein jeder dieser Einwanderer erhielt von der Regierung eine Landanweisung im Werte von 12 Pfd. Sterl., und die Mehrzahl derselben widmete sich dem Landbau in den Distrikten zwischen Brisbane und den Abhängen der Darling Downs. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten leben die meisten heute in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

behaglichen Verhältnissen, haben ein freundliches Haus, Wagen und Pferde, bauen Weizen, Mais, Kartoffeln, Gemüse und Obst und treiben Meiereiwirtschaft und Schweinezucht, treulich unterstützt von ihren braven Frauen, welche im Gegensatz zu der modernen, putz- und vergnügungssüchtigen Australierin nicht die „Lady" spielen, sondern im Stall und im Hühnerhof, auf der Wiese und im Felde wacker mit zugreifen. Bemerkenswert erscheint, dass Deutsche neben Dänen sich, besonders im Distrikt Bundaberg, erfolgreich auch auf die Anpflanzung von Zuckerrohr gelegt haben, das sie zur rationellen Ausnutzung an die, mit Regierungsunterstützung angelegten Zentral-Zuckerfabriken verkaufen.

Im Jahre 1897 sandte die Kolonialregierung Herrn Heussler zum zweiten Male nach Mitteleuropa, um die Auswanderung von dort nach Queensland zu lenken, ohne dass diese Mission aber nennenswerte Resultate zeitigte. Das nach zwölfjähriger Unterbrechung im Jahre 1899 wieder aufgenommene System passagefreier Einwanderung zu Gunsten von Ackerbauern und von weiblichen Dienstboten musste infolge der anhaltenden Dürre, welche grossen Arbeitsmangel im Gefolge hatte, schon 1901 wieder eingestellt werden.

So hat denn zur Zeit selbst die Kolonialregierung von Queensland, die einzige, die sich — allerdings im Gegensatz zur Arbeiterpartei ihres Landes — noch um eine gewisse Einwanderung bemüht, ihre Unterstützung darauf beschränkt, dass sie den, von bereits in der Kolonie Ansässigen und als geeignet erscheinenden Berufenen einen Passagezuschuss gewährt, ein System, das sich bewährt hat und auch für Deutsch-Südwestafrika zu empfehlen sein dürfte. Buschland wird von der Queensland-Regierung in Blocks von 160 bis 640 Acres zu $2^1/_2$ Schilling der Acre (gleich $6^1/_4$ Mark für den Hektar) abgegeben und die Zahlung des Verkaufspreises auf 10 Jahre zu je 3 Pence für den Acre verteilt. Am liebsten sieht man auch hier englische Ansiedler, doch würde die Verwaltung in noch nicht aufgeschlossenen Gebieten auch die Bildung weiterer geschlossener deutscher Gemeindeansiedelungen begünstigen; nur sollen diese Deutschen keine „paupers" sein, sondern bei ihrer Landung in der Kolonie mindestens 100 Pfd. Sterl. Barmittel besitzen.

Freilich fehlt es auch in Queensland vielfach an genügender Bewässerung, die Anlage von artesischen Brunnen ist ziemlich kostspielig, und so werden denn die Verluste, welche der Viehstand im Hinterland der Bourke — Queensland-Linie — während der Trockenperiode 1896 bis 1900 erlitten hat, auf die enorme Summe von 800 Millionen Mark geschätzt, und in diesem Jahre sind durch ausgebliebenen Regen auch die Ackerbau-Distrikte schwer geschädigt worden. Als „eine Zeit von nie dagewesener Trübsal" bezeichnete

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

deshalb der Gouverneur von Queensland bei Eröffnung des Parlaments um Mitte 1902 den Zustand der Kolonien infolge der entsetzlichen Dürre. Die Minenindustrie feiert zum Teil ganz; von den Zuckermühlen steht die Hälfte still, das Rohr wird als Viehfutter verbraucht; die „Weiden" sind Wüsten geworden; das Verbot der Einfuhr farbiger Arbeiter trifft besonders die Zuckerpflanzer in den nördlichen Küstengebieten, und man ist jetzt von sehr beachtenswerter Seite damit beschäftigt, eine deutsch-australische Gesellschaft zu bilden, um diese Elemente nach den deutschen Gebieten in der Südsee überzusiedeln, wodurch man dort ein ganz besonders geeignetes Einwanderer-Material und eine aussichtsreiche Industrie gewinnen würde.

Wie sind nun zur Zeit im allgemeinen die persönlichen Beziehungen zwischen den Deutschen und Engländern in Australien und wie die Aussichten betreffs eventueller weiterer deutscher Einwanderung? Erfreuliche? Im grossen Ganzen leider durchaus nicht.

Obgleich Australien mit seinen nur $4^1/_3$ Millionen Einwohnern der am dünnsten besiedelte aller Kontinente ist und zu seiner Entwickelung die Zuführung weiterer Arbeitskräfte unbedingt notwendig wäre, so steht man dort heutigen Tages doch jeder weiteren Einwanderung — nicht nur der farbigen — unsympathisch gegenüber. Die Zeiten, wo man zur Entwickelung des menschenleeren grossen Kontinents vor allem Menschenkräfte heranzog und für deren Einführung Opfer brachte, sind vorüber. Hält man in vielen Kreisen Australiens, obgleich dasselbe erst einen Einwohner auf je zwei Quadratkilometern zählt, das Land doch bereits für saturiert, und die drüben fast in allen Kolonien den Ausschlag gebende Arbeiterpartei steht deshalb jeder neuen Einwanderung feindselig gegenüber und betrachtet dieselbe nur als Zuwachs von „Lohndrückern".

Nachdem man schon seit 1890, mit Ausnahme von Queensland und Westaustralien, jedwede Unterstützung weiterer Einwanderung durch Staatsbeihilfe eingestellt und die Devise: „Australien für die Australier", wobei man in erster Linie an Leute englischer Zunge denkt, sich inzwischen immer lauter geltend gemacht hatte, schränkte die Commonwealth im Jahre 1901 die Einwanderung direkt durch eine Gesetzgebung ein, welche u. a. von dem Neuankommenden den Nachweis verlangt, dass er ein Diktat von 50 Worten in einer europäischen — ursprünglich verlangt „englischen" — Sprache niederzuschreiben verstehe.

Am wenigsten beliebt von allen weissen Einwanderern ist aber in Australien heutigen Tages der Deutsche. Ist er als Individuum auch von den Engländern geachtet, weil sie ihn, wenn auch ungern,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

im Gegensatz zu manchen anderen, zu ihnen kommenden Europäern als gleichwertig mit sich anerkennen müssen, so machen doch gerade diejenigen Eigenschaften, welche unsere Landsleute anderwärts geschätzt machen: ihre Anspruchslosigkeit, ihr Fleiss, ihre Sorgfalt — sie dem anspruchsvollen Australier verhasst.

Nur daraus erklärt es sich, dass schon der hervorragende Premierminister von Neusüdwales, Sir Harry Parkes, „Australien am liebsten von Irländern und Deutschen freihalten wollte", dass der letzthin soviel besprochene Premier Neuseelands, Seddon, ein Ex-Schankwirt von zweifelhafter Vergangenheit, der sich heutigen Tages als der Cecil Rhodes von Australien aufspielt, öffentlich erklärte: „Er wünsche auf die deutsche Einwanderung ebenso eine Kopfsteuer legen zu können wie auf die chinesische", und dass Glassey, der Führer der Arbeiterpartei in Queensland, sich bei einer Ansprache an seine Wähler in Bundanba zu dem Ausspruch hinreissen liess: „Die Deutschen sind noch schlimmer als die Chinesen und Kanaken und sollten deshalb aus dem Lande ferngehalten werden."

Von den sieben englisch-australischen Kolonien mit Selbstverwaltung wünscht heute einzig und allein noch Queensland eine beschränkte Einwanderung und, wie mir dessen Premier Dixon erklärte, auch noch weitere geschlossene deutsche Gemeindeansiedelungen; am meisten allerdings wünschte dieser Herr eine Masseneinwanderung deutscher Dienstmädchen, und da musste ich ihm freilich andeuten, dass dieser Artikel auch bei uns recht rar geworden sei.

Von Queensland abgesehen, ist ein neuer Zuzug von Fremden und speziell von Deutschen aber gründlich unerwünscht, und nicht nur „Paupers", sondern auch fremde Handarbeiter, Handwerker, Kommis und Kaufleute werden meist mit scheelen Augen betrachtet und von Arbeiter-Unions und dem Publikum vielfach geschnitten. Der deutsche Kapitän eines Parramatta-Flussdampfers in Sydney erzählte mir, er würde nicht zwei Tage im Dienste der Kompagnie behalten werden, wenn man wüsste, dass er Deutscher sei.

Entsprangen diese wenig freundlichen Gefühle den Deutschen gegenüber anfangs nur wirtschaftlicher Eifersucht, so ist seit den Tagen des Kaisertelegramms an Krüger, das uns bei den Engländern der ganzen Welt so viel geschadet hat, auch in Australien eine tiefgehende politische Verstimmung hinzugetreten, deren Äusserungen in der Letztzeit an verschiedenen Stellen die rohesten Formen angenommen haben.

Einen Hauptteil der Schuld daran trägt die englisch-australische Presse, welche seit Jahr und Tag politische Brunnenvergiftung treibt und über deutsche Verhältnisse meist mit einer Gehässigkeit berichtet, die dem Durchschnittsaustralier, der seine Kenntnis über

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Deutschland nur aus diesen trüben Quellen schöpft, notwendigerweise ein höchst unsympathisches Bild vom deutschen Volke und seiner Regierung liefern muss. Besonders anlässlich der letzten samoanischen Wirren nahm die australische Presse — allen voran auch hier wieder Neuseeland — Deutschland gegenüber einen lächerlich arroganten Ton an.

Deutsche Auswanderung nach Australien ist daselbst heute weder erwünscht, noch nach Lage der Dinge anzuraten. Damit schwindet freilich auch die mancherseits noch gehegte schwache Hoffnung, das Deutschtum in Australien dauernd erhalten zu sehen; es wird auch hier eben nur die Rolle des Kulturdüngers gespielt haben, wie in allen englisch sprechenden Ländern. An und für sich gewiss auch eine verdienstvolle Tätigkeit, nur dass sie leider nicht uns, sondern unseren Konkurrenten zu gute kommt.

(Die nun folgenden Bemerkungen des Herrn Generalkonsul von Fischer-Treuenfeld beziehen sich dem Sinne nach mehr auf die Vorträge Meyer-Alemann. Sie wurden aber nach dem Vortrag des Herrn Moritz Schanz und den Ausführungen in der Diskussion des Herrn Kueppers-Loosen, Köln, die leider nicht gebracht werden können, da keinerlei Aufzeichnungen dafür vorliegen, gemacht und zwar auf einen Ausspruch des oder der Redner, dass Südbrasilien das einzigste für deutsche Einwanderung geeignete Gebiet sei.)

**von Fischer-Treuenfeld,** Generalkonsul von Paraguay für das Königreich Sachsen, Dresden: In meiner Stellung als Generalkonsul von Paraguay kann ich die Bemerkung des Herrn Vorredners, dass Südbrasilien das „einzige" für deutsche Einwanderung geeignete Land sei, nicht unwiderlegt vorübergehen lassen. Ich mache aus eigener Erfahrung dieselben Ansprüche zu Gunsten Paraguays.

Wenn wir die deutsche Auswanderung konzentrieren wollen, was ja absolut erforderlich ist, so müsste ein so mächtiges Reich, wie Deutschland, die Aufgabe von einem weitersehenden und weitergehenden Gesichtspunkte aus auffassen.

Die nationale Erhaltung des Deutschtums im Auslande ist nur dort zu erzielen, wo die Auswanderer in kompakten Massen ihren kulturellen Aufgaben nachgehen können, und wo sie weder von englischen, nordamerikanischen und romanischen Massen absorbiert oder zerdrückt werden. Dieses „einzige" Land liegt zwischen der atlantischen Küste des brasilianischen Staates Sa. Catharina und Rio Grande, über das herrliche Land der Missionen der einstmaligen theokratisch-patriarchalischen Jesuiten-Reduktionen hinweg, über den Alto-Parana bis nach Asuncion und den Ufern des Paraguayflusses. Diese weite Strecke reicher Gefilde, gesunden Klimas, überaus reichlich



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bewässert, von tiefreichendem Humusboden und fruchtbarer roter Sanderde, wird stets den wald- und wasserarmen argentinischen Pampas mit geringer Alluvialschicht als anmutiger und fruchtbringender vorzuziehen sein. Dieser Länderkomplex von San Francisco bis Asuncion, auf welchem die deutsche Einwanderung ausser der leicht zugänglichen und arbeitsamen Guarani-Bevölkerung nur wenig nationale Widersacher fände, und auf welchem bereits eine Reihe deutscher Kolonie-Etappen errichtet sind, dürfte als das geeignetste Ziel unserer Auswanderungsbewegung zu betrachten und vom deutsch-nationalen Gesichtspunkte denen von Nordamerika und Australien vorzuziehen sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Sektion VII.

## Die weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Kolonien und überseeischen Interessengebieten.

Obmann: Dr. **Soetber,** Generalsekretär des Deutschen Handelstages, Berlin (zugleich auch Vorsitzender).
Vorsitzender: **E. Rabe,** Präsident der Handelskammer in Lübeck.
„ **Aug. Werner,** Präsident der Handelskammer in Hannover.
Schriftführer: Dr. Graf v. **Brockdorff,** Berlin.
„ Dr. **Lehmann,** Aachen.
„ **Schulze,** Syndikus der Handelskammer in Dresden.
„ Dr. **E. Schwencke,** Vertreter der Handelskammer in Hamburg.

## Kriegsflotte, Finanzlasten und Weltwirtschaft.

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. **Adolf Wagner,** Berlin.

(Plenarsitzung am 10. Oktober, Vormittag.)

Das Thema, über das ich mir erlauben werde, hier vor Ihnen zu sprechen, ist nicht von mir selbst vorgeschlagen worden, ich habe es aber übernommen und habe geglaubt, wenn über ein solches Thema in dieser Versammlung gesprochen werden soll, so muss der Punkt vornehmlich in den Vordergrund geschoben werden, der in der Angelegenheit der Bildung und Entwickelung unserer Kriegsflotte der schwierigste ist und am meisten Gegnerschaft gefunden hat,



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

der Punkt der Belastung, welche eine solche Flotte unvermeidlich für die deutsche Volkswirtschaft und für die deutschen Finanzen bildet. Damit aber freilich ist dann auch gegeben, dass, wie man ein solches Thema auch behandele, man unvermeidlich die politische Seite des Gegenstandes streifen muss. Politisch Lied ein garstig Lied, aber ein unvermeidliches Lied in Angelegenheiten wie denen, über die ich hier zu sprechen habe. Verehrte Versammlung! Wer wie ich der älteren Generation angehört, der kann sich zurückerinnern — es ist nunmehr über ein halbes Jahrhundert, als die erste grosse Bewegung der deutschen Flottenbildung entstand im Jahre 1848 und der Folgezeit — wie alles schwärmte für die Aufgabe, eine deutsche Flotte zu bilden, wie in den Schulen gesammelt wurde, wie die Frauen unserer Nation ihr Scherflein beizutragen suchten, und die Notwendigkeit trat uns ja auch in der damaligen Zeit deutlich genug entgegen: ein hochehrenwertes, aber doch nur kleines und schwaches Volk, das dänische, konnte uns entgegentreten und unsere Küste blockieren, und wir waren nicht in der Lage, erhebliches dagegen zu machen. Wer das damals erlebt hat, der hat begriffen, welche Aufgabe in politischer und wirtschaftlicher Beziehung für unsere Nation vorliege, es musste die Ergänzung zum Heere eintreten, zur Ergänzung die Rüstung auf dem Wasser. Die Bildung der Flotte kam zu stande, schwach freilich, aber doch ein fröhlicher Anfang; da aber kamen Stimmen von unseren viel gerühmten Vettern jenseits des Kanals, die wohl sagten, eine deutsche Flagge kennen wir nicht, die können wir eventuell nur als Piratenflagge ansehen. Das musste sich das deutsche Volk damals bieten lassen. Dennoch, die Flotte ward gebildet. Ich erinnere mich selbst noch als Knabe in Bremerhafen ein deutsches Kriegsschiff damals besucht zu haben und von deutschen Matrosen an Bord gerudert worden zu sein. Bald darauf kam der Rückschlag. Niemand fand sich, der die Flotte weiter bildete. Versteigert wurde sie, und der Name Hannibal Fischers ist leider ein denkwürdiger geblieben.

Freilich, wir sahen auch dort, die Bewegung von 1848 hat einen falschen Ausgang genommen. Es war das unsterbliche Verdienst des preussischen Staates, des Hohenzollernhauses, nachdem die Hoffnungen von 1848 zu Grabe getragen waren, von neuem an die Aufgabe heranzutreten, deutsches Volk, soweit es ging und soweit es notwendig war, politisch zu einigen und dafür die Voraussetzung zu treffen in der Bildung des grossen preussischen Heeres. Die unsterbliche Tat Wilhelms I., die Reform der Armee, war die Voraussetzung für alles das, was in den gewaltigen Jahren von 1864 und 1866 und 1870/71 dann erreicht wurde, dank Gottes Güte, der dem deutschen Volke nach langer Zersplitterung wieder eine Einigung ermöglichte. Und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kaum war hier nun die Einigung der Nation wieder gelungen, so wurde die bereits ja in neuer Bildung begriffen gewesene preussische Flotte zur deutschen Flotte und der von Preussen gegründete Kriegshafen auf Oldenburger Gebiet der deutsche Kriegshafen Wilhelmshaven und die herrliche Bucht von Kiel der zweite deutsche Kriegshafen.

Die deutsche Flotte hat auch in den Jahren 1870/71 schon manches Lorbeerblatt sich erringen können, aber freilich war sie nur ein Anfang. Gewiss, die Lasten waren gross; auch nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 konnten wir nicht abrüsten; wir mussten des Wortes von Moltke gedenken, dass wohl ein Menschenalter und mehr vergehen müsse, bevor sich Frankreich und die Welt daran gewöhnte, dass Deutschland nicht mehr bloss ein geographischer Begriff, sondern ein politischer und Machtbegriff sei. Aber immer geschah auch neben dem Heere bereits nach Möglichkeit weiteres für die Entwickelung der Kriegsflotte.

Da war es die Regierungszeit unseres jetzigen Kaisers und Königs, wo zu der alten Aufgabe auf militärischem Gebiete, auf dem Gebiete der Landarmee, mit vollem Bewusstsein die neue Aufgabe der weiteren Entwickelung der Kriegsflotte ins Auge gefasst wurde. Aber wir alle wissen, unter welchen Schwierigkeiten diese Aufgabe ihrer Lösung entgegengeführt werden musste, wie immer von neuem Bedenken kamen und es hiess: Nein, das ist zu viel, wir können nicht neben der grossen Last des Landheeres auch noch die neue Last einer immer grösser werdenden Flotte tragen; und bei jeder neuen Bestrebung unserer Reichsregierung und unserer verbündeten Regierungen fanden in weiten Kreisen des deutschen Volkes diese Bestrebungen die heftigste Gegnerschaft.

Und doch kaum begreiflich. Denn wer nur ein wenig in die deutsche Geschichte zurückblickte, wer ein wenig die neuere Entwickelung des politischen und wirtschaftlichen Lebens übersah, der musste sich sagen, so notwendig und in erster Linie stehend die starke Landmacht Deutschlands war und ist und bleiben wird, so unvermeidlich muss sie am Ende des 19. Jahrhunderts und im 20. vollends ergänzt werden durch eine ebenbürtige Macht zur See. Das ist das grosse Verdienst unseres jetzigen Kaiserlichen Herrn, dass er hier seinen Vorfahren gleich, seinem hehren Grossvater gleich der Nation das neue Ziel gestellt hat, auch zur See mächtig und stark zu werden.

Aus politischen Gründen ist das in erster Linie geboten. Wollen wir die Machtstellung, die uns durch die grossen Ereignisse von 1866 und 1870/71 gegeben ist, uns erhalten, so müssen wir auch zur See stark sein. Bei jeder Gelegenheit, bei jeder neuen politischen deutschen Verwickelung hat sich es gezeigt und wird sich weiter zeigen, wir

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

würden in der Tat auch bei unserer starken Landrüstung, wie man wohl das Bild gebraucht hat, einem Manne gleichen, der nur einen Arm zur Verfügung hat. Wir brauchen die beiden Arme, um uns im heutigen politischen Leben die Stellung zu erhalten und sie weiter zu entwickeln, die der deutschen Nation, der stärksten Nation Europas gebührt.

Aber auch im Interesse unserer wirtschaftlichen Verhältnisse können wir eine derartige Entwickelung unserer Kriegsflotte nicht entbehren. Wir stehen seit langem im grossen Weltverkehr; auch schon vor 1866 und 1870/71 haben die deutschen Hanseaten der Neuzeit, die Hamburger und Bremer dem deutschen Wirtschaftsleben einen grossen Anteil am Weltverkehr errungen, aber früher versagte Deutschland, und die Deutschen konnten nicht umhin, mehr als einmal die Hilfe der Fremden, der Engländer u. s. w. in Anspruch zu nehmen. Das war ein unwürdiges Verhältnis. Seit dem letzten Menschenalter aber sind wir ja unvermeidlich immer mehr in den Weltverkehr hineingezogen, und auf dieser Bahn wird es kein Halten geben. Ich kann auch hier meine wirtschaftspolitische Gesinnung nicht verleugnen, ich halte es nicht für möglich und erwünscht, dass wir Englands Bahnen darin nachgehen, den ganzen Schwerpunkt unseres Wirtschaftslebens immer mehr in den Weltverkehr zu legen, unsere geographische Lage schon wird das schwerlich gestatten und schwerlich als wünschenswert erscheinen lassen. Ich stehe auf dem Boden: wir dürfen nicht unsere Landwirtschaft verkommen lassen, wie es England getan hat. Ich leugne nicht, unsere Landwirtschaft braucht erheblichen Schutz auch durch die vielbekrittelten Kornzölle und höhere, als wir sie jetzt haben. Aber auf der andern Seite ist es gar nicht zu verkennen, auch wenn wir unsere Landwirtschaft — gebe es Gott! — leistungsfähig, und leistungsfähiger als die englische, entwickelungsfähig erhalten — und die Landwirtschaft lässt es nicht an sich fehlen, zu zeigen, was sie kann — eine starke Beteiligung am Weltverkehr wird uns ebenso notwendig sein. Äusserungen, wie sie gelegentlich gefallen sind über die „grässliche Flotte", sind durch und durch verkehrt. Ergänzung muss unser internationales wirtschaftliches Leben unvermeidlich haben durch den Weltverkehr. In steigender Einfuhr, in steigender Ausfuhr werden wir uns am Weltverkehr beteiligen müssen zum Segen unseres Volkes, zum Segen unserer Volkswirtschaft.

Politische und wirtschaftliche Gründe sind es daher, die für eine Flotte sprechen. Wir müssen die Voraussetzung schaffen, die Stütze uns bilden, um einen Anteil an der steigenden Entwickelung des Weltverkehrs uns zu sichern, und dazu bedürfen wir wiederum einer grossen, mächtigen, weiter sich ausdehnenden, überall die deutsche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Flagge zeigenden Flotte. Schon in den letzten Jahren hat sich das bei jeder Gelegenheit offenbart. Es war doch eine grosse und schöne Zeit, als zum erstenmal in der Geschichte deutsche Soldaten unter deutschen Bannern im fernen Asien fochten für Kaiser und Reich und die Ehre der Nation vertraten, — nicht mehr, wie im 18. Jahrhundert, die leider von deutschen Fürsten verkauften Söldner, die deutschen Truppen im englischen Dienst in Amerika. Es war eine schöne Zeit und ist es jetzt wieder, wo wir sehen, wo der Deutsche verletzt wird, steht deutsche Macht hinter ihm, dass wir z. B. eine solche lumpige Nation, wie die Neger in Haiti wenigstens, auch bald davon unterrichten, was es heisst, deutsches Gut anzugreifen.

Es muss in dieser Entwickelung weiter gehen. Aber freilich heisst es nun: Kann das weiter gehen? Können wir Lasten, die durch unser Heereswesen unvermeidlich schon so gross sind, auch nun noch weiter steigern, indem wir eine grosse und mächtige und teure Flotte bilden? Eine teure Flotte! Ja, gewiss! Es handelt sich nicht mehr um die kleinen Schiffe von 1848 bis 1850, die an der Wesermündung lagen! Es handelt sich um Schiffe, von denen jedes einzelne ja ein riesiges Kapital repräsentiert. Und gewiss, jeder Besonnene wird zugestehen, wirtschaftlich und finanziell hat die grosse bedeutsame Frage der Erweiterung einer leistungsfähigen deutschen Kriegsflotte ihre Schwierigkeiten, ihre Bedenken.

Aber hat sie diese Schwierigkeiten und Bedenken für unsere deutsche Nation in stärkerem Masse als für andere, uns ebenbürtige Völker? Das eben möchte ich bestreiten. Ich glaube, wir dürfen es behaupten und können es durch Tatsachen belegen: wenn einmal aus allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gründen, wie ich sie vorhin nur andeuten konnte, aber wie ich glaube, dass sie zugegeben werden müssen, eine starke und immer stärkere deutsche Kriegsflotte notwendig ist, wenn das bewiesen ist, dann sind wir wirtschaftlich kräftig genug und finanziell leistungsfähig genug, um diese Last auch noch zu den übrigen auf uns zu nehmen. Ja, es ist nicht zu viel gesagt, gerade in dem Punkte, der schliesslich der entscheidende ist, im finanziellen, dürfen wir, ohne zu prahlen und zu übertreiben, behaupten: Kein Land, kein Volk, kein Staat der Welt ist finanziell so gut in der Lage, die notwendigen weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Opfer für eine starke Kriegsflotte zu tragen, als das deutsche Volk, wie es im heutigen Deutschen Reiche geeint ist, selbst verglichen mit den reichsten und stärksten Völkern und Staaten, auch den wirtschaftlich entwickeltsten, finanziell kräftigsten — ich nenne nur drei: Grossbritannien, Frankreich und Nordamerika — selbst mit ihnen verglichen: unsere Finanzen sind leistungsfähiger als die eines jeden dieser Völker und Staaten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das nun nach allen Seiten zu beweisen, würde bei der mir kurz zugemessenen Zeit unmöglich sein; ich muss mich begnügen, beispielsweise ein paar Tatsachen hervorzuheben. Nur ein Wort, was den allgemeinen wirtschaftlichen Reichtum anlangt. Ich glaube, man darf sagen, mit Ausnahme Englands ist das heutige Deutsche Reich von den grossen Staatengebieten Europas so ziemlich auch das reichste, selbst mit Frankreich verglichen, wenn wir nur zugleich die günstige Verteilung des Vermögens und Einkommens der Nation berücksichtigen. Was nun aber speziell unsere Finanzen anlangt, so sind diese in einer Lage, dass wir alles, was an sie an Anforderungen für eine weitere Stärkung der Flotte herantreten kann und wird, recht wohl tragen können. Das klingt vielleicht seltsam, wenn man jetzt in den Zeitungen hört, wir stehen gegenüber einem Reichsdefizit von 150 Millionen Mark; auch die preussischen Finanzen sind gegen die letzten Jahre in eine bedrängtere Lage gekommen, die Mittelstaaten klagen, die kleinen Staaten seufzen, und dennoch bleibt meine Behauptung wahr. Wodurch lässt sich das alles in Kürze belegen? Einfach durch folgende Tatsachen, die ich allerdings nur auszugsweise mit wenigen Zahlen selbst illustriere. Mehr Zahlen freilich dürften erst den eigentlichen Beweis liefern für das, was ich behaupte. Wir sind in Deutschland deswegen in so viel günstigerer finanzieller Lage als alle konkurrierenden Länder und Völker und Staaten um uns herum in der alten und neuen Welt — weil wir dank unserer in diesem Punkte günstigeren politischen Entwickelung und unserer guten Finanzverwaltung seit langem beinahe gar keine Staatsschulden haben, welche unproduktiv und unrentabel angelegt sind; selbst wenn man die Reichsschulden, die ja grösstenteils für die Erweiterung von Heer, Festungen und Flotte aufgenommen sind, hinzurechnet mit gegenwärtig bald drei Milliarden Mark, bleibt das wahr. Denn auch diese Reichsschulden lasten in ganz geringem Masse auf der Steuer, nach gegenwärtigen Verhältnissen ungefähr mit nur einem Zehntel. Neun Zehntel der Kosten für die Reichsschulden, gegenwärtig einige 80 Millionen Mark jährlich, werden gedeckt durch Einnahmen des Reichs, die nicht aus Steuern fliessen, die aus Eisenbahnen, Bankwesen, Post und Telegraphie und ähnlichen Anlagen herrühren. Im Auslande dagegen ist die Sache eine vollständig andere, da bestehen beinahe nur Schulden aus Krieg, Revolution und gewaltigen politischen Kalamitäten, bei uns so gut wie gar nicht. Aber selbst wenn unsere Reichsschuld etwas ungünstiger anzusehen wäre, unsere Staatsschulden, die weitaus bedeutendsten von beiden, sind so gut wie nur Eisenbahn- und ähnliche Schulden, die sich im allgemeinen genügend und in manchen Fällen, so in Preussen, sogar ausgezeichnet verzinsen. Das fehlt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem Ausland beinahe ganz. Infolge solcher Umstände, sowie dank des alten Besitzes an Domänen, Forsten, Bergwerken u. s. w., dank des neuen Besitzes des Staates und der Staatseisenbahnen haben wir Überschüsse aus solchem Besitz und seinem Betrieb selbst über die Deckung unserer Schuldenlasten hinaus, mittelst deren wir einen bedeutenden Teil unserer Heeresausgaben decken können. Ich könnte genaue Zahlen vorführen, das würde indessen hier zu weit führen, die Zeit reicht nicht dafür aus; ich will daher nur die eine Bemerkung machen: Nachdem wir alle unsere Schulden jährlich verzinst und zum Teil auch nach gesetzlicher Vorschrift getilgt haben, bleiben uns noch über 300 Millionen übrig, in Reich und Staaten zusammengerechnet, d. h. nicht viel weniger als die Hälfte dessen, was der Heeresaufwand jährlich beansprucht. Nur die andere, ein wenig grössere Hälfte des Heeresaufwandes liegt auf der Steuer. Im Ausland dagegen liegt die ganze Last von Heer und Flotte und Schuld und Zivilverwaltung auf der Steuer. Bei uns verhält sich das vollständig anders.

Unter solchen Umständen erklärt es sich, dass wir in Deutschland, obgleich auch bei uns im letzten Menschenalter die Steuern erheblich gestiegen sind, eine viel geringere Gesamtlast an Steuern haben als irgendwo im Auslande, das uns vergleichbar ist. Wir verdanken einer Publikation, die in diesem Sommer im reichsstatistischen Amt erschienen ist, zum erstenmal eine auf amtlicher Berechnung beruhende Zusammenfassung unserer deutschen Reichs- und deutschen Einzelstaatenfinanzen. Daraus ergibt sich, um hier einmal mit einer Zahl zu kommen, dass wir im ganzen Gebiete von Reich und Staaten 1633 Millionen Mark Steuern haben. Das ist auf den Kopf der Bevölkerung des Reichs in runden Ziffern ungefähr 29 Mk. Aber wie ganz anders stellt sich diese Steuersumme im Ausland! In Frankreich, das nur zwei Drittel der Bevölkerung des Deutschen Reiches umfasst, haben wir 2391 Millionen Mark, also rund ungefähr an 750 Millionen Mark mehr als im Deutschen Reich und den Einzelstaaten, daher auch für den Kopf der Bevölkerung in Frankreich mehr als das Doppelte, 61 bis 62 Mk.! Nicht ganz so ungünstig, aber ähnlich verhält es sich in England; relativ, wenn die Zahlen auch kleiner sind, weil der Wohlstand viel geringer ist, in Italien, in Österreich-Ungarn, in Russland, und auch, wenn wir Nordamerika mit hereinziehen, ergibt sich da kein günstigeres Bild. Unter solchen Umständen dürfen wir mit Recht behaupten: Wenn es notwendig ist, sind wir finanziell und wirtschaftlich leistungsfähig genug, diejenigen Lasten auf uns zu nehmen, die wir einmal tragen müssen — auch für die Vermehrung der Flotte.

Auch wenn man im einzelnen es verfolgt, ergibt sich, dass Deutschland überall in günstigerer finanzieller Lage ist. Man hört hier

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

häufig: „Ja, bei uns kommt es nicht nur auf die Staatssteuern und Reichssteuern an, schwerer sind mannigfach die Steuern der Gemeinden u. s. w.“ Das ist zum Teil wahr, namentlich, was die direkten Steuern anlangt. Aber ganz ähnlich ist es im Auslande, zum Teil noch ungünstiger. England hat einen grösseren, bedeutend grösseren Aufwand der Selbstverwaltungskörper und der Steuerlast dafür als wir. Bei Frankreich ist es ähnlich. Das wird hier viel zu sehr übersehen. Es wird ferner häufig gesagt, bei uns sind die direkten Steuern zu schwer. Ja, das ist wiederum nicht richtig. Unsere direkten Steuern sind auch besser ausgebildet als im Auslande; wir verteilen die Last gleichmässiger. Das ist von grosser Bedeutung für uns. Aber auch die Gesamtlast unserer direkten Steuern ist wiederum viel kleiner als im Ausland. Nach den angegebenen Daten der Reichsstatistik stellt sich jetzt auf den Kopf der Bevölkerung an direkten Steuern die Last für den deutschen Reichs- und Staatsbürger auf ungefähr $7^1/_3$ Mk., in Preussen in seiner an und für sich noch günstigeren Finanzlage auf wenig über 6 Mk. Was ist das gegen Österreich mit beinahe 10 Mk. und geringerem Wohlstand und bei dem viel ärmeren Italien mit 14 Mk.? — mehr als doppelt so viel als bei uns! —, gegen 16 bis 17 Mk. in Frankreich und 17 bis 18 Mk. in England an direkten und ihnen gleichstehenden Steuern?!

Auch das ist also nicht wahr, dass wir in dieser Beziehung besonders ungünstig daran seien. Nein, wir müssen eines zugestehen: wir sind eben seit langen Jahrhunderten nicht gewöhnt an eine wirklich grosse Steuerlast, wie sie ein grosses Staatswesen unvermeidlich einmal mit sich bringt. Allen Respekt in dieser Hinsicht vor den Franzosen: sie haben die Politik, die sie so töricht nach aussen hin getrieben haben, teuer zu zahlen gehabt, aber das, was sie einmal für notwendig halten, namentlich für ihre Wehrkraft zu Land und zu Wasser, das bringen sie an Opfern, ohne so zu klagen und zu stöhnen, wie es bei uns leider in weiten Kreisen so vielfach geschieht.

Es ist mir nicht möglich, noch weiter in die Einzelheiten der Frage einzugehen, ich könnte Ihnen überall zeigen, dass wir eigentlich sagen dürfen: Beinahe in jeder wichtigeren Steuer stehen wir in Deutschland viel günstiger da als das ganze Ausland; wir haben Steuern, mit denen das Ausland mehrfach den Hauptteil der Einnahmen aufbringt, bei uns vielfach ganz schwach entwickelt; unsere norddeutsche Biersteuer ist z. B. nach dem geringen Ertrage ein Spott auf eine Steuer auf ein Getränk, das so masslos bei uns genossen wird wie das Bier.

Wenn man dann bedenkt, dass die Biersteuer in Norddeutschland nur soviel aufbringt wie in dem kleinen Bayernland mit seinem aller-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dings berühmten Bierdurst, es sind in beiden Fällen ca. 36 Millionen Mark, dann sieht man, dass man von einer hohen Steuerlast bei uns wahrhaftig nicht sprechen kann. Bei Branntwein ist die Entwickelung etwas günstiger für die Finanzen, aber klein gegenüber Russland, England, Frankreich. Bei Tabak ist es ähnlich wie bei Bier: Die am meisten rauchende Nation, die deutsche, hat die schwächste Besteuerung, auf wenig mehr als eine Mark pro Kopf kommt die Einnahme aus Tabak gegenüber Ländern wie Österreich mit 5,6, Frankreich mit 7,8, England mit einem ähnlichen Betrage von Mark auf den Kopf. Wenn man nur diese paar Steuern ins Auge fasst, so sieht man, es liegen hier noch grosse Reserven für uns. Aber freilich, und damit lassen sie mich schliessen, es sind das samt und sonders Steuern, die den meisten Widerstand finden, und in einer Hinsicht nicht ganz unberechtigt, weil man von ihnen geltend macht, sie belasten mehr nach unten. Das ist nicht ganz unwahr, wenn das auch vielfach übertrieben und von gehässigen Agitatoren masslos ausgebeutet wird. Wir müssen eben, wenn solche Steuern weiter entwickelt werden sollen, über kurz oder lang, wie es schwerlich ausbleiben kann, auch umsomehr die Steuern entwickeln, welche die eigentlich wohlhabenden und leistungsfähigen Klassen wesentlich treffen. Das sind die Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftssteuern. Namentlich letztere ist bei uns noch so gut wie gar nicht entwickelt. Wir ziehen in ganz Deutschland 22 Millionen aus der Erbschaftssteuer, während Frankreich 200 Millionen Frank und Grossbritannien 300 Millionen Mark daraus einnehmen. Mag der Vergleich mit Grossbritannien auch hinken, der höhere Wohlstand dort etwas mit einwirken, so ist es bei uns doch vor allem die mangelhafte Ausbildung der Steuer, die uns soweit zurücktreten lässt, und wenn man bei uns über die Einkommensteuer klagt, so will ich hervorheben, um den Engländern auch einmal etwas Rühmliches nachzusagen, sie haben jetzt während des schlimmen Burenkrieges ihre 5 pCt. Einkommensteuer auch in den mittleren und unteren Klassen, soweit diese überhaupt in England mit dieser Steuer belastet sind, ruhig mitgetragen, während diese Steuer bei uns 4 pCt. für den Staat in Preussen bekanntlich erst bei Einkommen von 100 000 Mk. erreicht. Da müssen die wohlhabenderen Klassen mehr belastet werden, und ich glaube, gerade hier in dieser Versammlung, wo es sich doch auch mit um grosse Spezialinteressen von Handel, Industrie, Geldgeschäften handelt, muss betont werden, wenn wir an die Nation immer grössere finanzielle Anforderungen stellen, so muss unvermeidlich zwar die Masse des Volkes mit belastet werden, aber stärker als diese müssen die wohlhabenden und reichen Klassen herangezogen werden, und an deren Opferwilligkeit muss daher hier appelliert werden, — an deren Opferwilligkeit auch noch in anderer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hinsicht, was ich nicht näher hier verfolgen kann, aber mit zwei Worten noch anzudeuten mich verpflichtet fühle. Die ganze industrielle, merkantile und weltwirtschaftliche Entwickelung hat bei uns doch einen Reichtum in einzelnen Kreisen und bei einzelnen Personen erreichen lassen, wie er früher unbekannt war. Das zeigt, wo bei dieser Entwickelung doch ein Hauptvorteil verbleibt. Gewiss, auch die Löhne sind gestiegen, und bessere Arbeiterbeschäftigung ist eingetreten, aber der Hauptvorteil ist doch bei den leitenden und führenden Klassen des Wirtschaftslebens geblieben. Umsomehr müssen wir hier verlangen Opferwilligkeit auch gegenüber der Masse der arbeitenden Klasse, der Masse des deutschen Volkes, Opferwilligkeit im Entgegenkommen gegen die höhere und steigende Entwickelung des ganzen Volkes. Auch da dürfen wir aber sagen: wie wir im Gebiete der direkten Besteuerung im Grunde genommen in den Einrichtungen allen Völkern der Welt jetzt voraus sind, auch auf dem Gebiete der Arbeiterinteressen haben wir den Arbeiterschutz Englands jetzt wohl annähernd erreicht. In der Arbeiterversicherung, dem zweiten grossen, welthistorischen Werke neben dem gewaltigen politischen unseres alten Kaiser Wilhelm I. haben wir die ganze übrige Welt übertroffen, stehen wir als Vorbild da. In der Freigebung der Arbeiterorganisation sind wir leider noch zurückgeblieben, da dürfen wir noch manches von den englischen Unternehmern lernen. Nach allen diesen Seiten gilt es, Opferwilligkeit zu zeigen. Ich glaube, dann lässt sich auch der Widerstand gegen höhere finanzielle Lasten des Volkes für die Flotte überwinden, und mit Rücksicht darauf darf ich daher auch wohl schliessen: Lieb Vaterland kannst ruhig sein, an Mitteln und an Kräften fehlts dir und deinem Volke nicht, wenn nur dein Wille, der Wille des deutschen Volkes, in richtige Bahnen geleitet wird! Und da dürfen wir mit Freude gerade hier in dieser Versammlung wohl ganz besonders sagen: es ist eine wunderbare Erscheinung, dass nunmehr nach dem Grossen Kurfürsten im 17. Jahrhundert, dem Grossen Friedrich im 18., dem Grossen Wilhelm I. im 19. Jahrhundert abermals ein Hohenzollernspross es ist, welcher der Nation vorzeichnet, wo ihre neuen Aufgaben liegen, vorzeichnet die neuen Aufgaben auf dem Wasser und die Notwendigkeit, die Macht auf dem Wasser zu entwickeln.

Lassen sie mich das, was ich Ihnen vortrug, in ähnlicher Weise, wie ich hervorhebe, wie ich es vor einigen Jahren schon einmal in öffentlicher Versammlung getan habe, in ein paar gebundene Worte zum Schluss zusammenfassen:

Starke Flott' und starkes Heer,
Schwere Last! Doch nicht zu schwer,
Wo es gilt die deutsche Ehr',

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wo es gilt, dem deutschen Leben
Neuen Aufschwung fest zu geben!
Schwerer einst die Väter trugen,
Die sich mit den Wälschen schlugen
Um ihr armes Vaterland.
Wir, die Enkel, sollten klagen,
Könnten nöt'ge Last nicht tragen
In dem reich geword'nen Land?
Im neuen deutschen Vaterland
Von Alpenhöh'n zum Meeresstrand
Sei der Gedanke weit verbannt!

Präsident Herzog **Johann Albrecht** zu Mecklenburg: Es liegt sehr nahe, dass in einer Versammlung wie der heutigen, wo die Wogen der Begeisterung manchmal hochschlagen, einem leicht ein Wort entfährt, dessen Tragweite man sich nicht gleich klar macht. Ich möchte aber doch die Herren Redner bitten, bei ihren Ausführungen eine gewisse Vorsicht gegenüber fremden Staaten obwalten zu lassen und Kränkungen zu vermeiden. Wir haben hier nur die Aufgabe, die deutschen Interessen zu fördern.

---

## Der deutsche Überseehandel.

Von **Max Schinckel,** Geschäftsinhaber der Norddeutschen Bank in Hamburg.

(Plenarsitzung am 10. Oktober, Vormittag.)

Vom deutschen Überseehandel soll ich Ihnen sprechen! In der Tat ein sympathisches Thema und nicht zum mindesten um deswillen, weil es fern von dem jetzt so vielfach ertönenden Parteihader erörtert werden kann. Ich brauche wohl nicht eine Resolution einzubringen, dahin lautend, dass ein möglichst ausgedehnter Überseehandel für Deutschland wichtig und unentbehrlich sei; denn es gibt wohl weder eine wirtschaftliche noch eine politische Richtung, welche das leugnen könnte, mit Ausnahme vielleicht vereinzelter ganz extremer Schutzzöllner oder ganz extremer Sozialdemokraten, die aus prinzipiellen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gründen auch den Überseehandel für verderblich oder überflüssig erklären möchten. In der Praxis aber werden auch die ersteren nicht auf eine Tasse Kaffee, Tee oder Kakao und noch weniger auf eine gute Havanna verzichten wollen, und würde man einen Vollblut-Sozialdemokraten von unserer Wasserkante fragen, ob er ohne Überseehandel existieren könne, so würde er glauben, dass man sich über ihn lustig machen wolle.

Erwarten Sie nun nicht, dass ich Ihnen über dieses für Deutschland so eminent wichtig gewordene Thema in den mir gegebenen 20 Minuten einen umfassenden Vortrag halten könnte; ich muss mich auf einige Betrachtungen beschränken, wie sie sich einem Praktiker aufdrängen, der seit 30 Jahren in mancherlei Berührung mit dem Überseehandel gekommen ist. Namentlich werde ich Sie nicht mit statistischen Zahlen überschütten. Handelsstatistik ist gewiss auch ein wichtiger und unentbehrlicher Zweig unseres Wissens geworden; aber ich stehe diesen Zahlen, die beweisen sollen, wie wir mehr und mehr den englischen Überseehandel zu überflügeln im Begriffe stehen, oder die beweisen sollen, wie sehr wir das Aufblühen von Antwerpen und Rotterdam zu fürchten haben, ausserordentlich skeptisch gegenüber. Ich will nur ein Beispiel der Irreleitung anführen. Viele Hamburger Dampfer laufen jetzt sowohl ausgehend wie einkommend Antwerpen oder Rotterdam an, um daselbst ihre Ladung zu komplettieren oder einen kleinen Teil derselben zu löschen. In der Hafenstatistik wird ein solcher Dampfer aber an allen drei Plätzen mit seinem vollen Tonnengehalt gezählt. Misst ein Dampfer 5000 *t* und löscht er davon in Antwerpen und Rotterdam 500 *t*, die in den meisten Fällen auch noch für den Rhein bestimmt sind, so wird er in diesen Häfen ebenso mit 5000 *t* gezählt, wie in Hamburg, wo er 4500 *t* löscht.

Ebenso bin ich im Gegensatz zu gewissen extremen Richtungen in unserem Vaterlande der Ansicht, dass wir trotz der statistischen Einbussen, die England von Jahr zu Jahr erleidet, noch mancherlei von dem englischen Überseehandel lernen können und dass, wenn auch eine „amerikanische Gefahr" für uns nicht besteht, wir doch alle Ursache haben, die Eroberungen, die Amerika auf diesem Gebiete macht, scharf im Auge zu behalten.

Extreme Anschauungen sind heutzutage überhaupt nicht mehr angebracht, weder optimistische noch pessimistische, am allerwenigsten auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir leben in einer Zeit, in der grosse Unterschiede sich nicht mehr aufrechterhalten lassen, sondern mit elementarer Gewalt einem Ausgleich zutreiben. Wir leben in einer Zeit, ich möchte nicht gerade sagen, der Kompromisse, weil dieses Wort einen bitteren Beigeschmack hat, zum mindesten aber doch in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einer Zeit des Zusammenschlusses aller gleichartigen Interessen, und ein solcher Zusammenschluss pflegt auch nicht zu stande zu kommen, ohne dass beide Teile etwas nachgeben. Die Bildung grosser Interessengemeinschaften wird, so störend sie in einzelnen Fällen sein mag, durch den wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle bedingt, und selbst die hohe Politik der Völker kann sich diesem nivellierenden Einfluss nicht entziehen, sie wird nicht mehr von persönlichen Neigungen oder Abneigungen diktiert, sondern sie ist in hohem Grade eine wirtschaftliche Politik geworden, ohne dass dabei das nationale Empfinden irgendwie zu kurz zu kommen braucht.

Was ist z. B. die jüngste Aktion der Mächte in China anders gewesen als ein gewaltiger Trust aller Grossmächte. Ihre gleichartigen wirtschaftlichen Interessen im Osten haben jenen engen Zusammenschluss herbeigeführt, der einerseits China zwang, sich zu fügen, ohne dass es zu einem ernstlichen Waffengang gelangen konnte, und der andererseits China vor einer Zerstückelung bewahrte, weil jede der Mächte den Hauptwert auf die wirtschaftliche Eroberung legte.

Es darf hiernach nicht Wunder nehmen, dass auch der deutsche Überseehandel in den letzten 50 Jahren grosse Wandlungen durchgemacht hat. Der Überseehandel ist längst herausgetreten aus seiner ursprünglichen Phase des Tauschhandels und der mehr individuellen Tätigkeit des einzelnen überseeischen Kaufmanns, der von einem Schutz seiner Interessen gar nichts wissen wollte, sondern froh war, wenn er fern vom Getriebe der zivilisierten Welt, möglichst von anderen unbemerkt einen im Verhältnis zu seinen Umsätzen reichlichen Gewinn erzielen konnte. Geschäftsgeheimnisse gibt es aber heute kaum noch, seitdem Kabelgramme von Stunde zu Stunde aller Welt verkünden, was an jedem Ort der bald zu klein werdenden Erde vorgeht. Immer weniger lassen sich intime geschäftliche Beziehungen an althergebrachte Formen und an persönliche Bekanntschaften knüpfen. Die Konkurrenz ist auch im Überseehandel so gewaltig gewachsen, dass sie derjenigen im einheimischen Handel kaum noch nachsteht. Nichts aber gleicht die Unterschiede zwischen Einkauf und Verkauf und damit den zu erzielenden Gewinn schneller und nachhaltiger aus, als eine auf den Flügeln der modernen Verkehrseinrichtungen von allen Seiten heranjagende Konkurrenz. Einen Ausgleich sucht die sinkende Gewinnquote zunächst in vergrösserten Umsätzen, und in der Tat drängt ja jetzt auch alles auf diese hin. Es darf nur nicht übersehen werden, dass noch ein dritter sehr wesentlicher Faktor den Handel beeinflusst, nämlich das mit den Umsätzen verknüpfte Risiko. Wachsen die Gefahren mit der Höhe der Umsätze und wird gleichzeitig die Gewinnquote immer mehr

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

herabgedrückt, so kann der Handel keine Fortschritte mehr machen, sondern muss zurückgehen und schliesslich ganz aufhören.

Hiermit gelange ich an einen sehr wichtigen Punkt, welcher der näheren Erörterung wert ist.

Wir sind in Deutschland nur zu sehr geneigt, die Gefahren, die jeder Überseehandel mit sich bringt, zu unterschätzen und alles Überseeische an dem Massstab der heimischen Verhältnisse zu messen. Hier in Deutschland verfügt der Handelsstand über ein vorzügliches Material zuverlässiger Menschen — Ausnahmen bestätigen nur die Regel —; unsere heimischen Geschäftstransaktionen basieren mehr auf Treue und Glauben, als in irgend einem anderen Lande; zudem haben wir den besten Gerichtsstand der Welt, neuerdings auch das beste Geld. Eine Kreditgewährung ist daher in Deutschland mit verhältnismässig geringem Risiko verknüpft. Ganz anders in den meisten überseeischen Ländern!

Es ist eine seltsame und eigentlich traurige Erfahrung, dass, je mehr der Handel in überseeischen Ländern durch die Konkurrenz in moderne Bahnen gelenkt wird, desto grösser auch die Unzuverlässigkeit der überseeischen Gläubiger wird. Die Fülle des Kredits, die namentlich von deutscher Seite — die Engländer sind darin viel zurückhaltender und nüchterner denkend — den unzivilisierten Ländern entgegengebracht wird, demoralisiert die überseeischen Völker und ihre Regierungen. Sind aber drüben erst Treue und Glauben verloren gegangen, so ist häufig alles verloren; denn die Gesetzgebung und die Gerichte pflegen gänzlich zu versagen. Kann man schon in manchen europäischen Ländern den Verlauf eines Rechtsstreits schwer ermessen, so braucht man in den meisten überseeischen Republiken romanischer Provenienz einen Prozess gar nicht erst anzustrengen, so sicher ist es, dass er mehr Geld kostet als einbringt.

Eine weitere Gefahr bietet die schwankende Valuta der meisten überseeischen Länder, welche auch den ehrlichsten Gläubiger an den Bettelstab bringen kann, weil es an legalen Mitteln fehlt, sich gegen diese Schwankungen zu schützen. Brasilien z. B. sah seine Valuta innerhalb zehn Jahren von 24 *d* auf 6 *d* fallen und innerhalb der letzten drei Jahre wieder auf 12 *d* steigen. Und endlich kommt noch für Deutschland mehr als für die konkurrierenden Länder die grosse Schwankung in den Preisen der überseeischen Produkte in Betracht. England, Frankreich, Belgien suchen Deckung gegen dieses Risiko in der Pflege des Terminhandels, unsere Gesetzgebung sucht denselben zu erschweren und zu verpönen.

Wie sollen wir nun aber allen diesen Gefahren begegnen? Dadurch, dass wir selbst hinausgehen, unsere Geschäfte drüben über-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wachen und nach dem Rechten sehen, sowie dadurch, dass wir mit gleichberechtigten Nachbarn Hand in Hand gehen!

Wir sind daheim, so lange wir brauchbare Handelsverträge behalten, mit allen Vorbedingungen für einen blühenden Überseehandel ausgerüstet. Wir haben eine aufstrebende Industrie, die bereit ist, den Überschuss ihrer Produktion zum Weltmarktspreise zu exportieren; wir haben eine stark zunehmende inländische Bevölkerung, welche auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen ist; wir haben dank dem freien Wettbewerb und der Tatkraft unserer Reederei beinahe einen Überfluss an Schiffahrtswegen, denen der Handel nur zu folgen braucht, und wir haben eine Regierung, die alles daran setzt, um den Handel überall mit der Flagge ihrer Kriegsschiffe zu schützen. Hiess es früher, dass zum Führen eines Krieges vor allem drei Dinge nötig seien, nämlich erstens Geld, und noch einmal Geld und zum drittenmal Geld, und mochte dasselbe Wort noch vor 50 Jahren auch für den deutschen Wettbewerb im Überseehandel gelten, so ist heute auch dieses Erfordernis erfüllt; denn es steht, seitdem Deutschland eine gesicherte Währung hat und damit allerersten Kredit geniesst, auch dem Überseehandel — und nur von diesem ist hier die Rede — eher zu viel als zu wenig Geld und Kredit zur Verfügung.

Dahingegen kann man getrost behaupten, dass es uns, um den Wettbewerb im Überseehandel noch siegreicher zu bestehen, auch heute noch an drei Dingen fehlt, nämlich erstens an Menschen und noch einmal an Menschen und zum drittenmal an Menschen.

Wir brauchen mehr Menschen, die aus eigenem Antrieb und mit Lust und Liebe über See gehen. Es wäre zu wünschen, dass unsere jüngere Generation sich mehr als bisher von dem Gedanken losmachen möchte, dass eine untergeordnete Stellung in Berlin auch der besten überseeischen Laufbahn vorzuziehen sei.

Wir brauchen intelligente Menschen und solche, die am meisten gelernt haben, für überseeische Stellungen. Es muss der Irrtum bekämpft werden, dass gerade die Minderbegabten gut genug seien, um über See zu gehen. Da der Überseehandel, wie wir gesehen haben, grössere Gefahren in sich birgt, als der einheimische, so müssen wir auch an die kaufmännische Ausbildung und Tüchtigkeit unserer überseeischen Vertreter grössere Ansprüche stellen.

Wir können daher drittens auch erst recht nicht im überseeischen Handelsstand alle diejenigen Elemente brauchen, welche aus den verschiedensten Ständen hervorgegangen, in Europa Schiffbruch erlitten haben, und nun glauben, drüben für jede Stellung tauglich zu sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere überseeischen Vertreter, gleichviel ob sie die Regierung, ob sie den Handel, die Reederei oder die Industrie zu vertreten haben, zugleich die Träger

deutscher Gesittung und deutscher Kultur sein sollen, und dass auch die Gefahr, sich gehen zu lassen, zu versumpfen oder zu versimpeln drüben eine viel grössere ist, als hier, wo doch so mancherlei fester Halt geboten wird.

Und nun komme ich zum Schluss mit wenigen Worten zu den besonderen Bestrebungen dieses Kolonialkongresses.

Sie alle, meine Herren, haben gewiss das richtige Gefühl gehabt, als Sie sich aus den verschiedenartigsten Gründen für Kolonialpolitik erwärmten. Ihre Bestrebungen sind in ihrem Endziel dieselben, wie diejenigen des deutschen Überseehandels; denn wir alle wollen „ein grösseres Deutschland" schaffen. Wir alle suchen nach überseeischen Plätzen an der Sonne, weil wir wissen, dass, wenn wir von dem Handel und Verkehr mit der Aussenwelt abgeschlossen würden, wir daheim zu einem Teil im eigenen Fett und an unserem besseren Wissen ersticken, zum grösseren Teil aber verhungern müssten und uns daher wahrscheinlich gegenseitig auffressen würden. Sie haben, so lange die Erde noch nicht ganz verteilt war, dahin gewirkt, dass Deutschland noch einige Kolonien erhalten hat. Sorgen Sie jetzt dafür, dass wir in bezug auf diese Kolonien nicht dieselben Fehler machen, die England früher in seinen Kolonien begangen hat. Unsere Kolonien müssen dadurch fest mit dem Mutterlande vereinigt werden, dass sie dieselben Rechte und Pflichten, dasselbe Geld und dieselbe Gerichtsbarkeit erhalten; es muss auch unserem besten Menschenmaterial Anreiz geboten werden, in unsere Kolonien zu gehen. Dann wird wenigstens dieser Teil unseres Überseehandels ein gesunder und gesicherter bleiben, und die Kolonien werden Stützpunkte werden für den deutschen Handel mit weiteren Interessengebieten.

Hier eröffnet sich Ihnen ein neues und weites Feld der Tätigkeit. Es werden ja schwerlich noch neue Kolonien oder ausschliesslich deutsche Interessengebiete auf friedlichem Wege zu erwerben sein. Aber gerade jetzt, nachdem Amerika durch Eroberung der Philippinen seine Monroe Doctrin selbst durchbrochen und einen kleinen Vorgeschmack von den Bitterkeiten eines Krieges zwischen Grossmächten erhalten hat, wird es mehr als bisher geneigt sein, in die Wege Deutschlands und Englands einzulenken, die ja dahin zielen, überall im Überseehandel die Meistbegünstigten zu sein und sich neue wirtschaftliche Interessengebiete zu erschliessen, ohne dieserhalb einen Krieg zwischen den Grossmächten zu entfesseln.

Zu einem Zusammenschluss zu Interessengemeinschaften werden sich demnächst noch häufig Gelegenheiten bieten. Wenn Deutschland, England und Amerika sich dann einig sind, so werden sie im stande sein, auch das korrumpierteste überseeische Land zur Ord-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nung und zu internationaler Gesittung anzuhalten und wieder mehr Sicherheit in den gesamten überseeischen Handel zu bringen. Treten auch Sie, natürlich unter voller Wahrung der nationalen Selbständigkeit, aber auch unter Hintenansetzung persönlicher Antipathien für ein gutes und ehrliches Einvernehmen mit unseren beiden stammverwandten Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiete ein! Dann werden Sie dem deutschen Überseehandel zu neuer Blüte und zu einer wirklich gesunden Entwickelung verhelfen!

---

## Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Erwerbungen in China.

Von Baurat **A. Gaedertz**, Direktor der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

In etwas mehr als Monatsfrist, am 14. November, werden fünf Jahre verflossen sein, seit die Mannschaften des deutschen Kreuzergeschwaders unter dem Befehl des Admirals von Diederichs Tsingtau besetzten und der erste Schritt zur Erwerbung einer deutschen Kolonie in Ostasien getan wurde. Am 6. März 1898 wurde der chinesisch-deutsche Staatsvertrag unterzeichnet und im gleichen Jahre die Grenzen des Schutzgebietes von Kiautschou festgelegt. Die Verwaltung wurde in die Hände des Reichs-Marineamts gelegt. Am 2. September 1898 wurde nach Ordnung der Landfrage seitens des Kaiserlichen Gouvernements und der Einleitung eines geregelten Zollverkehrs mit dem Hinterland das Schutzgebiet auf kaiserlichen Befehl als Freihafen dem Handel aller Völker geöffnet. Am 17. April 1899 wurde in Peking ein Abkommen über die Errichtung eines chinesischen Seezollamts in Tsingtau getroffen, welchem am 1. Juli 1899 die Vereinbarung über die vorläufigen zollamtlichen Bestimmungen für das deutsche Schutzgebiet folgte.

Durch diese Abmachungen sind dem Freihafen von Tsingtau auch die Vorteile eines chinesischen Vertragshafens erworben.

Mag in der Praxis das chinesische Seezollamt von Tsingtau noch Anlass zu vielerlei Klagen geben, welche durch ein grösseres Ent-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gegenkommen gegenüber den Kaufleuten und der Beförderung von Waren in das Innere Schantungs wohl ohne Schwierigkeit zu beseitigen wären, so muss doch die Errichtung des Seezollamts gerade in Tsingtau als diejenige Lösung bezeichnet werden, welche für den Handel von Nutzen sein muss und wird und welche zunächst dem Schutzgebiet zugute kommt, was bei jeder anderen Lösung voraussichtlich nicht in gleicher Weise der Fall gewesen wäre, da die Wahl eines anderen Platzes mit zwingender Notwendigkeit auch die Auswanderung des Handels nach demselben mit sich gezogen hätte.

In den fünf Jahren ist selbst nach dem Zeugnis wenig freundlich gesinnter Reisender, welche Tsingtau besucht haben, unter Aufwendung von Mitteln, die ohne Übertreibung als geringfügig gegenüber den z. B. von England und Russland bei Gründung neuer Hafenplätze aufgewendeten bezeichnet werden können, wirklich grosses geleistet worden.

Eine neue gesunde Stadt ist geschaffen worden; fahrbare Strassen sind schon in weiterer Umgebung der Stadt Tsingtau angelegt. Ein kleiner Dschunkenhafen ist vorläufig so weit fertiggestellt, dass er das sichere Löschen der in Leichter verladenen Güter gestattet; wenn er auch mit Bezug auf Tiefe für kleinere Dampfer noch zu wünschen übrig lässt, so wird diesem Fehler durch Vertiefung der Sohle auf einem grösseren Teil seiner Fläche demnächst abgeholfen werden, was mit Rücksicht auf die Benutzung desselben durch Küstendampfer und die stetig sich steigernde Dschunkenzahl, welche wiederum Tsingtau anlaufen, auf das Freudigste begrüsst werden muss. Der Ausbau des grossen Hafens, welcher eine Fläche von 293 *ha* einnimmt, ist durch den geschlossenen Steindamm derart gefördert, dass mit der Ausbaggerung und dem Bau der Molen in diesem Jahre begonnen werden konnte; die anfänglichen Schwierigkeiten in der Fundierung der Kaimauern haben den Fortschritt dieser wichtigsten Teile des Hafens etwas verzögert, doch steht zu hoffen, dass ein erster Teil der Südmole im Jahre 1903 so weit vollendet sein wird, dass an ihm auch grössere Dampfer anlegen können.

Vielseitige Angriffe hat der Gedanke, den Hafen an den gewählten Platz zu legen, hinterher zur Folge gehabt. Das Reichs-Marineamt hat sich in richtiger Erkenntnis der Wahl des Platzes nicht beirren lassen und den gefassten Plan energisch gefördert. Auch die Stimmen, welche in der Kritik der Massnahmen zu einem sehr absprechenden Urteil gelangen, werden nach dem Ausbau des Hafens und der Verbindung desselben mit der Bahn verstummen, soweit sie nicht überhaupt als Kolonialgegner alle Bestrebungen zur Hebung des heimischen Handels in fernen Ländern von vorne herein verdammen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ohne grosse Ausgaben ist nirgends ein entsprechender Gewinn zu erzielen; die dort angelegten Kapitalien werden aber mit dem reichen Hinterlande und dank der Eisenbahn voraussichtlich in kürzerer Frist, als dies an anderen überseeischen Plätzen der Fall war, eine sich stetig steigernde Frucht tragen, welche natürlich nicht sofort erwartet werden kann.

Bis zum Tage der kaiserlichen Verfügung, die Tsingtau zum Freihafen machte, besass die Provinz Schantung nur einen Vertragshafen, nämlich Tschifu, welcher im äussersten Norden der Provinz gelegen, allein von denjenigen Produkten des Landes erreicht werden konnte, deren Wert ein hoher war.

Einige Betrachtungen über die Werte des Handels der Häfen Tschifu und Tsingtau zeigen die Steigerung des Handels von Schantung in den letzten Jahren; an Stelle der normalen Steigerung ist im kritischen Jahre 1900 für Tschifu nur ein geringer Abfall des Handelsumsatzes eingetreten. Die Einfuhr beider Häfen betrug im Jahre 1899: 58 710 000 Mk., in 1900: 61 650 000 Mk., in 1901: 95 910 000 Mk., wovon auf Tsingtau in 1899: 6,9 pCt., in 1900: 14,6 pCt. und in 1901: 18,8 pCt. entfallen.

Von der Ausfuhr beider Häfen mit 34 200 000 Mk. für 1899, 36 390 000 Mk. für 1900 und 44 190 000 Mk. für 1901 kommen auf Tsingtau für 1899 7,9 pCt., für 1900 9,6 pCt. und für 1901 18,9 pCt.

Der Gesamtumsatz bezifferte sich in 1899 auf 92 910 000 Mk., in 1900 auf 98 040 000 Mk. und in 1901 auf 140 100 000 Mk., von welchen der Anteil Tsingtaus in 1899 7,3 pCt., in 1900 12,75 pCt. und in 1901 18,8 pCt. betrug.

Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, dass Tsingtau sich schon in der kurzen Zeit eine zu beachtende Stellung Tschifu gegenüber errungen hat, obgleich in diesen Zahlen ein Einfluss der Bahn nicht angenommen werden darf, da der Güterverkehr auf der Bahn erst im letzten Quartal 1901 begann.

Die Provinz Schantung besitzt ausser dem Reichtum, den sein fruchtbarer Boden in zwei Ernten pro Jahr liefert, noch einen Schatz an Mineralien und Kohlen, welcher zum geringsten Teile erst erkundet sein dürfte. Bis jetzt haben alle diese Werte geschlummert. Eine grössere Ausbeutung verbot sich von selbst, da infolge der bedeutenden Entfernungen nach der See zu und der schlechten Wege allein Waren wie Seide und Strohgeflechte und an Bodenerzeugnissen der in China geschätzte Schantungkohl, das Obst sowie die Derivate von Bohnen und Sesam und schliesslich Erdnüsse ausfuhrfähig waren. Diesen schlossen sich gesalzenes Schweinefleisch sowie gesalzene Fische an.

Man darf mit Sicherheit erwarten, dass jeder weitere Schritt der Eisenbahn in das Hinterland westlich von Weihsien eine neue Gegend

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem Verkehre und dem Handel erschliesst; so wird noch voraussichtlich vor Ende des Jahres 1902 der Seidenhandelsplatz Tsingtschoufu und gegen Mitte 1903 der Hauptseidenmarkt Tschoutsun an die Eisenbahn angeschlossen sein. Das ganze Land westlich von Weihsien, welches die Schantung-Eisenbahn durchfährt, gehört zu den reicheren Teilen der Provinz Schantung, in welchem Weizen, Gerste, Goldhirse, Kauliang (Sorghum), Mais, Baumwolle, Hanf, Tabak und alle Gartenfrüchte in hervorragender Weise gedeihen, ausserdem liegt südlich von Tschoutsun die Industriestadt Poschan am südlichen Ende des gleichnamigen Kohlengebietes, wo neben der Eisengiesserei die Töpferei, Glasbläserei und Farbenindustrie in einer durch die Beförderungsschwierigkeiten beschränkten Blüte steht.

Das der Küste am nächsten gelegene Kohlenfeld südlich von Weihsien wird von der Eisenbahn durchfahren; in dem Förderschacht von Fangtse, welcher 170 *km* von Tsingtau entfernt liegt, ist bei 175 *m* Teufe ein 4 *m* mächtiges Flötz in ungestörter Lagerung festgestellt worden; ausserdem ist bei 140 *m* Teufe ein anderes Flötz von voraussichtlich ebenfalls beträchtlicher Mächtigkeit durchfahren worden, über dessen Bedeutung ein abschliessendes Urteil wegen vorliegender Störungen noch nicht hat gewonnen werden können. Die angefahrene Kohle ist in der Hauptsache gasreich und für Kesselheizung gut brauchbar; stellenweise ist infolge des Durchbrechens von Eruptivgestein die Kohle anthracitisch verändert.

Die auf eine Förderung von 200 000 bis 250 000 *ts* berechnete Anlage wird noch im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen und damit mit dem Monopol der japanischen Kohle, welche bisher in Tsingtau wie anderen Hafenplätzen der chinesischen Küste den Markt beherrschte, der Kampf aufgenommen werden.

Durch maschinelle Verladungseinrichtungen, welche auf den Molen des grossen Hafens von Tsingtau geplant sind, soll die Verschiffung der Schantungkohle so leicht und billig als möglich bewerkstelligt werden.

Die Bohrungen im Hsiaufuhotale zwischen Tschoutsun und Poschan gehen emsig voran; die in den chinesischen Schächten nur im Ausgehenden der Flötze abgebaute Kohle hat bei den Heizversuchen so günstige Ergebnisse erzielt, dass auf dieselbe trotz der nicht unbedeutenden, etwa 320 *km* betragenden Entfernung von der Küste grosse Hoffnungen gesetzt werden dürfen. Die Förderung dieser Kohle wird aller Voraussicht nach im Jahre 1904 begonnen werden können.

Neben diesen Kohlengruben darf das Vorkommen eines hochprozentigen Magneteisensteines im nördlichen Schantung und in nächster Nähe der Eisenbahn nicht ausser acht gelassen werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Von den fernerliegenden Kohlen- und Erz- etc. Vorkommen im südlichen Schantung verbietet mir die knapp zugemessene Zeit hier zu sprechen.

Die wichtigsten Einfuhrartikel sind zunächst Baumwollwaren, unter denen das japanische Garn und amerikanische Gewebe den Hauptplatz einnehmen, sodann amerikanisches Mehl und Petroleum, ferner Zucker und Opium als fremdländische Einfuhr an erster Stelle stehen; aus den südlichen chinesischen Häfen kommt die Einfuhr von Baumwollwaren und roher Baumwolle trotz der eigenen Erzeugung Schantungs, ferner die Einfuhr von Papier, Seidenwaren, Reis und Zucker vor zahlreichen anderen Produkten.

So wenig wie Schantung je ein Land werden wird, nach welchem eine deutsche Auswanderung erfolgen kann, so sehr wird der deutsche Kaufmann durch die Erschliessung des Landes gewinnen können, wenngleich es schwer halten wird, die für verschiedene Gegenstände schon festgesetzte Konkurrenz anderer Völker zu bekämpfen. Dank dem weitausschauenden Blick des Reichs-Marineamts wird der Entwickelung der Industrie im Schutzgebiete Kiautschou die wärmste Förderung zu Teil und ihr nach Möglichkeit eine freie Entwickelung gewährt. Die beste Gewähr für das weitere Gedeihen der Kolonie ist die Stetigkeit in der Anlage und dem Ausbau derselben; dank den herrschenden Anschauungen finden die industriellen Unternehmungen dort jederzeit einen Rückhalt für berechtigte Wünsche; dabei haben in den letzten Jahren die Kaiserlich chinesischen Generalgouverneure durch die getroffenen Massregeln bewiesen, dass sie zum Besten der Bewohner ihrer Provinz den Wert neuer Kulturmittel erkannt haben und deren Gedeihen zu fördern bestrebt sind.

Die Eisenbahn und der durch sie erleichterte Einzug neuer industrieller Unternehmungen muss in einem Lande, welches eine rastlos fleissige Bevölkerung besitzt, eine wirtschaftliche Hebung sowohl in ackerbaulicher wie industrieller Hinsicht nach sich ziehen, namentlich, wenn man es zu erreichen versucht, dass im Ackerbau eine grössere Sorgfalt auf die Auswahl nur bester Sämereien verwendet wird.

Mit dem damit anwachsenden Verkehre wächst die Möglichkeit eines grösseren Verdienstes der arbeitenden Bevölkerung und gleichzeitig der Wohlstand des einzelnen Bewohners. Die Kauflust wird eine grössere und mit ihr nimmt die Einfuhr zu; an unseren Kaufleuten, welche in vielen schwierigen Verhältnissen es verstanden haben, durch gute Waren und ihr Verständnis den Bedürfnissen und Wünschen der jeweiligen Landesbewohner sich anzupassen und in friedlichem Wettkampf seit Jahrzehnten eingesessene Mitbewerber zu überwinden, wird es liegen, frühzeitig vorzusorgen, damit ihnen der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Anteil an der Entwickelung des Handels nicht entgeht. Man darf überzeugt sein, dass die deutschen Kaufleute auch diesmal den geeigneten Augenblick nicht verpassen werden.

Die Eröffnung der Eisenbahn zieht aber weiterhin mit Sicherheit ein gesteigertes Bestreben nach sich, den Boden des Landes zu ergiebigeren Erträgnissen zu bringen, d. h. anstatt der Feldfrüchte höher bewertete Erzeugnisse zu erzielen. Für die schliessliche Erreichung dieses Zweckes bürgt der jedem Chinesen innewohnende Erwerbssinn, welcher bei der Sorge der Leiter der Eisenbahn für die möglichste Anpassung der Tarife an die Bedürfnisse zu einer grösseren Ausfuhr führen wird.

Der Befehl unseres erhabenen Kaisers hat uns zunächst Fuss in Ostasien fassen lassen und alsdann die Schritte geebnet, um dort einen festen Stützpunkt zu schaffen. Die bedeutendsten Institute des Heimatlandes haben mit der heimischen Industrie gemeinsam das Werk der Erschliessung Schantungs begonnen und zu einem ansehnlichen Teile durchgeführt. Manche, die zu einer neuen Tätigkeit hinausgezogen sind, sind draussen in der Erfüllung ihrer Pflicht gestorben. Andere haben das ihnen zugewiesene Arbeitsfeld verlassen. Wieder andere haben geglaubt, dort rasch sich einen Weg zum Reichtum zu machen; diese haben sich dann enttäuscht und verbittert zurückgezogen und meinen, durch eine fast immer einseitige Kritik des draussen in mühevoller Arbeit Geschaffenen dem Gedeihen der Kolonie einen Dienst zu leisten.

Die Offiziere, Beamten und Kaufleute, die draussen hingestellt sind, haben ein hohes Ziel zu erfüllen. Derjenige, der seinen Posten, auf den er gestellt ist, ganz ausfüllt, und möge er auch noch so klein sein, ist in seiner Art gross und verdient volle Anerkennung und uneingeschränkte Achtung.

---

## Die Bedeutung der Baumwolle in der Weltwirtschaft.

Von **Emil Stark,** Direktor der Chemnitzer Aktienspinnerei, Chemnitz.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Es ist mir die ehrenvolle Aufgabe gestellt worden, vor dieser hochansehnlichen Vereinigung von Freunden unserer Kolonialbestrebungen über die Bedeutung der Baumwolle in der Weltwirtschaft einen kurzen Vortrag zu halten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wenn von den geehrten Herren Veranstaltern des Kolonialkongresses bei der der Sektion 7 übertragenen Beratung volkswirtschaftlicher, mit den Kolonialbestrebungen zusammenhängender Fragen besonders die Baumwolle zum Gegenstand einer der Vortragsaufgaben gewählt wurde, so glaube ich annehmen zu können, dass der Grund dieser Wahl erstens auf der hervorragenden Rolle, welche die Baumwolle in der Weltwirtschaft spielt, und zweitens auf der Tatsache beruht, dass bei keinem anderen Produkte der Kolonien eine so innige Verbindung zwischen kolonialen Interessen, Industrie, Handel, Schiffahrt und Staatswirtschaft stattfindet, weil ferner unseren kolonialen Bestrebungen vielleicht auch kein höheres Ziel winkt, als die Versorgung unserer heimischen Industrie mit wenigstens einem Teile dieses wichtigsten Rohstoffes.

Erwarten Sie von mir keine umfassenden Darlegungen über die so interessante Aufgabe. Es würde dies eine dankbare Arbeit für einen zünftigen Nationalökonomen sein, welche Bände umfassen würde. Ich muss mich darauf beschränken, die volkswirtschaftliche und industrielle Bedeutung der Baumwolle hervorzuheben und der so wichtigen Frage der Baumwollversorgung etwas näher zu treten.

Gestatten Sie mir zuerst einen kurzen geschichtlichen Rückblick. Die Baumwolle ist nun schon seit mehr als zwei Tausend Jahren bekannt und wurde schon lange vor unserer Zeitrechnung in Indien und Syrien zu Bekleidungsstoffen verwendet; dagegen ist ihre Verwendung im grossen im Gegensatz zur Seide und Schafwolle, zu Flachs und Hanf verhältnismässig neueren Ursprunges. Selbst in China, nach Indien dem grössten Baumwollkonsumlande, ging die Masse der Bevölkerung erst vor ca. 600 Jahren zur Baumwollbekleidung über. Nach Europa kam die Baumwolle von Kleinasien schon zu den Zeiten der römischen Kaiser; eine grössere Ausdehnung des Konsums wurde jedoch erst durch die Araber und die Kreuzzüge in Italien und Spanien angebahnt. Im 16. Jahrhundert nahm Deutschland in der Verarbeitung der Baumwolle die erste Stelle ein, Konstanz, Ulm, Augsburg, Nürnberg, Chemnitz, Plauen spannen und verwebten grosse Mengen Baumwolle und trieben einen schwunghaften Handel damit.

Leider ging dieser erfreuliche Vorsprung des deutschen Baumwollgewerbes bald an Holland verloren, dem England dann folgte und bis zur zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts seinen Vorrang behauptete. Jetzt stehen im Bezug auf die Höhe des verarbeiteten Quantums die Vereinigten Staaten von Nordamerika an der Spitze, dann folgt der europäische Kontinent und erst an dritter Stelle folgt England. Unwillkürlich drängt sich der Gedanke auf, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen der politischen und kulturellen Be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

deutung der Völker und ihrer Beherrschung des wichtigsten Bekleidungsstoffes bestünde.

Dieser Zusammenhang zwischen politischer Machtstellung und Beherrschung der Baumwollversorgung erscheint in der neueren Geschichte vielfach erwiesen. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Kontinentalsperre, durch welche Napoleon, ein ebenso tief blickender Sozialpolitiker als genialer Feldherr, England an seiner verwundbarsten Stelle, dem Monopol für die Versorgung des Kontinents mit Baumwollwaren, treffen wollte und auch tatsächlich getroffen hat. Die Entwicklung der festländischen Baumwollindustrie ist eigentlich sein Werk. Ich erwähne ferner, als mit Baumwolle mehr oder minder in Zusammenhang stehend, den Krimkrieg, welcher Russland die Zufuhr englischer Baumwollfabrikate verschloss und es zwang, Versuche mit der Baumwollkultur in seinen zentralasiatischen Gebieten zu machen, ferner die Meuterei in Indien, hervorgerufen durch das Elend der indischen Bevölkerung infolge der Vernichtung der einst blühenden Baumwollindustrie, — den furchtbaren Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten mit der darauf folgenden Cotton Famine in England, — die Besetzung Ägyptens durch die Engländer, — die Erwerbung Turkestans und Bokharas durch die Russen.

Kein anderer Welthandelsartikel hat gewiss in so tief einschneidender Weise die Politik direkt oder indirekt beeinflusst. Es darf uns dies auch nicht Wunder nehmen, wenn wir folgende Zahlen berücksichtigen.

Die Baumwollernten der Welt betragen jetzt rund 16 – 17 Millionen Ballen à ca. 200 *kg* netto. Das Kilo mit einer Mark angenommen ergibt einen Wert für die Jahresproduktion von Baumwolle von ca. 3 400 Millionen Mark, zuzüglich der Nebenprodukte als: Baumwollsaat und Baumwollsaatöl, Linters usw., von ca. 3 600 Millionen Mark.

Davon liefern:

| | im Werte von ca. |
|---|---|
| durchschnittlich ca. 11 Mill. Ball. (500 lbs.) die Vereinigten Staaten von Nordamerika . . | 2 200 000 000 Mk. |
| durchschnittlich ca. $3^1/_2$ Mill. (400 lbs.) Ballen Indien . . . . . | 500 000 000 „ |
| durchschnittlich ca. 1 Mill. Ball. China und Korea . . . . . | 200 000 000 „ |
| durchschnittlich ca. 1 Mill. (700 lbs.) Ball. Ägypten . . . . . | 300 000 000 „ |
| Zu übertragen . . . | 3 200 000 000 Mk. |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

| | |
|---|---|
| Übertrag . . . . . | 3 200 000 000 Mk. |
| durchschnittlich ca. $^1/_2$ Mill. Ball. Centralasien | 100 000 000 „ |
| durchschnittlich $^1/_2$ Mill. bis 600 000 Ball. Brasilien, die Levante, Mexiko, Peru, Persien, Afrika ausser Ägypten, Fidji . . . . . | 100 000 000 „ |
| Zusammen ca. 17 Mill. Ball. | 3 400 000 000 Mk. |
| dazu Wert der Baumwollsaat à 8 Mill. Tonnen à 8 Doll. . . . . | 250 000 000 „ |

Man ersieht hieraus, in welcher Höhe der Baumwollanbau den Wohlstand der produzierenden Länder fördert.

Das Gewicht der jährlichen Baumwollernten von ca. 17 Millionen Ballen beträgt ungefähr 64 Millionen Centner.

Ungefähr zwei Drittel der gesamten Baumwollernten müssen, bevor sie versponnen werden, Frachten per Achse, auf Flüssen und Bahnen, auf dem Ozean und wieder auf dem Lande tragen. Für die amerikanische Baumwolle beträgt die Fracht zum Beispiel von der Plantage bis zur Spinnerei in Europa durchschnittlich 6 Mk. pro Centner. Angenommen nun, dass 6 Millionen Ballen Baumwolle in der Nähe ihrer Pflanzungen, $10^1/_2$ Millionen aber über See verarbeitet werden, so würde die Bewegung dieser Baumwollmassen eine jährliche Auszahlung von Frachten in Höhe von 300 Millionen Mark veranlassen. Die $10^1/_2$ Millionen Ballen zur See verladene Baumwolle würden, eine Schiffsladung zu 5000 Ballen angenommen, 2000 Dampfer bei einmaliger Fahrt zu ihrem Transport beanspruchen.

Die Gesamternten von 17 Millionen Ballen würden, wenn ein Hektar durchschnittlich einen halben Ballen hervorbringt (von $^1/_6$ in Indien bis zu einem ganzen Ballen in Texas und Ägypten) eine Gesamtanbaufläche von 320 000 *qkm* ergeben, was ungefähr der Gesamtfläche des Königreichs Preussens entspricht. Ungefähr 15 Millionen Menschen sind mit dem Anbau der Baumwolle durchschnittlich beschäftigt. Die Verarbeitung der Baumwolle dürfte jetzt durch 120 Millionen Spindeln und 3 Millionen Webstühle mit $2^1/_2$ Millionen Arbeitern, ausser der gewaltigen Hausindustrie in China, Japan, Indien u. s. w., erfolgen.

Nehmen wir die mittleren Anlagekosten (inkl. Gebäude, Motoren usw.) einer Spindel von 50 Mk. (von 25 Mk. in England bis 100 Mk. in Russland), die eines mechanischen Webstuhles mit 1000 Mk. an, so würde in der Baumwollindustrie der Welt ein Kapital von

| | |
|---|---|
| in der Spinnerei . . | 6 Milliarden, |
| in der Weberei . . . | 3 „ |
| im Nebenbetriebe . . | 1 „ |
| | 10 Milliarden |

investiert sein, ausser den so bedeutenden Betriebskapitalien.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Angenommen, dass in der Hausindustrie an Spinnrädern, Handstühlen u.s.w. $1^1/_2$ Millionen Arbeiter beschäftigt werden, was allein für China zu wenig sein dürfte, und 500 Mk. als durchschnittlichen Jahreslohn geschätzt, so ergibt sich eine Gesamt-Jahreslohnsumme von 2000 Millionen Mark an Baumwoll-Industriearbeiter.

Zu den mit dem Anbau und der Verarbeitung der Baumwolle beschäftigten Menschen treten noch die im Handel und der Verfrachtung von Baumwolle und Baumwollfabrikaten tätigen Personen, so dass wir nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, dass der 60. Teil der Gesamtbevölkerung der Erde sich durch die Baumwolle den Lebensunterhalt erwirbt. Gegenüber den anderen Textilstoffen hielt Baumwolle in der Verarbeitung einen wahren Siegeszug. Der Bedarf pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland stieg zum Beispiel von $^1/_3$ *kg* in 1840 auf 5 *kg* 1895 und 6 *kg* 1900. Der Konsum der Schafwolle, der Anfang des Jahrhunderts den an Baumwolle um das Doppelte überstieg, ist jetzt auf nur ca. 2 *kg* pro Kopf, also $^1/_3$ des Baumwollkonsums herabgegangen, d. h. richtiger nur in diesem Verhältnis geringer gestiegen.

Von dem im Jahre 1897 ausgewiesenen Wert der deutschen Textilfabrikation von (Halb- und Ganzfabrikaten) ca. 2 750 Millionen dürfte der Menge nach die Baumwollindustrie die Hälfte, dem Werte nach ein Dritteil repräsentieren.

Ich glaube die Bedeutung der Baumwolle für die Weltwirtschaft vorstehend genügend skizziert zu haben. Jedoch auch in sozialer und technischer Beziehung war die Baumwolle von hoher Einwirkung. Nur durch die Baumwolle ist es möglich geworden, ein genügendes Bekleidungsmaterial für ca. 1200 Millionen Menschen, welche ausschliesslich oder teilweise die Baumwolle zur Bekleidung verwenden, zu schaffen.

Wolle, Seide und Leinen wären für diesen Massenkonsum nicht ausreichend, oder zu teuer geworden. Die Baumwolle ist daher eine der wohltätigsten Gaben, welche die Erde ihren Bewohnern geschenkt hat, und es bleibt ein unvergängliches Verdienst der grossen amerikanischen Republik, dass sie durch Fleiss und Intelligenz ihrer Pflanzer und Farmer dem gesegneten Boden Amerikas Ernten in so gewaltiger Höhe hervorgelockt hat, um beinahe 2 Drittteile der Menschheit mit Stoffen aus Baumwolle zu bekleiden und sie dadurch zu einer höheren Kulturstufe emporzuführen.

Die Verarbeitung der Baumwolle zu Gespinsten und Geweben bezeichnete aber auch einen grossen technischen Fortschritt. Die Spinnereien und Webereien für Baumwolle waren die Anfänge der jetzigen auf dem Gebrauch der Maschinen und der Kraftanlagen aufgebauten Grossindustrie. Es sind jetzt 100 Jahre her, seit in Deutschland und zwar zuerst in Sachsen, die ersten mechanischen Baumwollspinnereien entstanden, und es geziemt sich wohl an dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stelle die Namen der Pioniere der deutschen Baumwollfabrikation — Bernhardt, Wöhler, Evans in Chemnitz und Geyer — zu nennen. Sie waren die Ersten in unserer Entfaltung der Grossindustrie, unserer Maschinenindustrie. Gestatten Sie mir nun, zu den einzelnen Produktionsgebieten überzugehen.

## Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

produzierten im vergangenen Jahre auf einer Fläche von ca. 27 500 000 Acres eine Ernte, welche, je nachdem das eigentliche Wachstum oder die in den Handel gekommenen Quantitäten berücksichtigt werden, auf 10 380 000 oder 10 680 000 Ballen geschätzt wird. Das grösste je in den Vereinigten Staaten erzeugte Quantum kam im Baumwolljahre 1898/99 auf einer Fläche von ca. 25 Millionen Acres auf 11 256 000 Ballen. Die bisherige grösste Erntemöglichkeit wäre daher bei dem jetzt um ca. 10 pCt. grösseren Areal ca. 12½ Millionen Ballen. Natürlich ist dieses Quantum von der Witterung, von dem Stande der Pflanze abhängig, der dieses Jahr mit 58,53 pCt. gegen 75,4 pCt. 1898, also 17 pCt. niedriger angegeben ist, so dass also wieder eine Ernte von ca. 10½ Millionen Ballen zu erwarten wäre.

Der Konsum der amerikanischen Baumwolle war im Vorjahre wie folgt: Ernte angenommen mit 10 700 000 Ballen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ver. Staaten Norden | | 2 264 406 | Ball. |
| Ver. Staaten Süden | | 1 942 881 | „ |
| | Insgesamt | 4 207 287 | Ball. |
| Canada | | 114 561 | „ |
| ca. 40 pCt. | amerikanischer Konsum | 4 321 848 | Ball. |
| „ 25 „ | Grossbritannien | 2 600 000 | „ |
| „ 33 „ | Kontinent (davon 33½ pCt. Deutschland 1 200 000) | 3 578 000 | „ |
| „ 2 „ | Japan, China, Mexiko usw. | 200 000 | „ |
| ca. 100 pCt. | | 10 700 000 | Ball. |

Den amerikanischen Konsum mit 40 pCt. der amerikanischen Ernte angenommen gegen 30 pCt. 1890 und 20 pCt. 1860 würde andeuten, dass in 50—60 Jahren die amerikanische Spinnerei und Weberei bei gleichem Fortschritt die amerikanische Ernte selbst aufbrauchen würden. Schon beträgt in den Baumwollstaaten

| | Ernte 1899/1900 | Verbrauch 1900 |
|---|---|---|
| Virginia | 10 000 Ballen | 38 118 Ballen |
| Nordcarolina | 400 000 „ | 404 148 „ |
| Südcarolina | 874 000 „ | 485 000 „ |

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Verbrauch ist in Nordcarolina grösser als die Ernte, in Südcarolina bald 55 pCt. derselben.

In Indien betrug die Baumwollernte im Vorjahre ca. 3 430 000 Ballen. Davon exportierte Indien

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 pCt. | nach England . . . . . | ca. | 30 000 Ballen |
| 21 „ | „ dem Kontinent . . . . | „ | 730 000 „ |
| 25 „ | „ Japan und China . . . | „ | 860 000 „ |
| 41 „ | heimischer Konsum in indischen Spinnereien . . . . . | „ | 1 400 000 „ |
| 12 „ | häuslicher Konsum in Indien . | „ | 410 000 „ |
| 100 pCt. | | ca. | 3 430 000 Ballen |

Der Bedarf im Osten (Indien, China und Japan etc.) beträgt daher jetzt 78 pCt. gegen ca. 40 pCt. im Jahre 1885.

Auch in dem zweitwichtigsten Baumwollgebiete der Welt liegt daher die unaufhaltsame Tendenz vor, die Baumwolle selbst oder in der Nähe zu verarbeiten und der prozentuale Anteil, welcher für Europa übrig bleibt, wird relativ immer kleiner.

## Ägypten.

Die ägyptische Ernte beträgt durchschnittlich ca. 6 000 000 Cantars oder 1 200 000 Ballen à 500 lbs. oder 850 000 à 700 lbs. auf einer Ackerfläche von 1 500 000 Acres. Es werden daher ca. $^3/_4$ amerikanische Ballen pro Acker gegen $^2/_5$ in Amerika erzeugt.

Davon gehen

ca. 47 pCt. nach Grossbritannien,
„ 42 „ „ dem Kontinent,
„ 8 „ „ den Vereinigten Staaten, Japan, Indien.

Neuerdings sind auch 3 Spinnereien in Ägypten entstanden oder geplant, trotz des Widerstrebens der Engländer.

## China.

China verbraucht seine ganz bedeutende Baumwollproduktion (ca. 1 300 000 Ballen) zum grössten Teil in seiner vielseitigen Hausindustrie, zum kleinsten Teil in den neu errichteten ca. 500 000 Spindeln umfassenden Spinnereien. Nur 10 pCt. der Ernte wird exportiert, hauptsächlich nach Japan.

Centralasien, Transkaukasien liefert seine jetzt ca. 6—700 000 Ballen betragende Produktion, welche erst dank der Fürsorge der russischen Regierung unter dem Schutze von Einfuhrzöllen für fremde

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Baumwolle etc. entstanden ist, fast ausschliesslich an die russischen Spinnereien.

Brasilien, Peru, Haiti, Guyana, Persien, die Levante liefern pro Jahr ca. 300 000 Ballen

zu $^2/_3$ nach dem Kontinent,
„ $^1/_3$ „ Grossbritannien.

Neuerdings sind in Brasilien mehrere grosse Spinnwebereien entstanden, die schon einen beträchtlichen Teil der Ernte selbst konsumieren.

Gehen wir von den Baumwollproduktionsgebieten kurz zu den Konsumländern über, so stellen sich uns folgende Gruppen dar:

**Nordamerika** (Vereinigte Staaten und Canada).

Konsum ca. 4 300 000 Ballen pro Jahr
gegen 2 000 000 „ 1882

vollständig (bis auf wenige 50 000—70 000 Ballen ägyptische oder 1—2 pCt.) durch eigene Erzeugung gedeckt. Bei jetzigen Preisen verdient Amerika jedes Jahr ca. 1 Milliarde Mark an Baumwolle, die Anbaukosten bereits abgerechnet. Es hat so zu sagen das Weltmonopol für Baumwolle in der Hand.

England ist ihm jedes Jahr mit ca. 600 Millionen Mark
Deutschland „ „ „ „ 260 „ „
tributpflichtiger Abnehmer.

Ist die Ernte nur mittelgross, sind die Geschäfts- und Geldverhältnisse in den Vereinigten Staaten gute, so diktiert es einfach die Preise, gleichgültig, ob die Geschäftslage in England, Deutschland etc. gut oder schlecht sei, ob die Lage der Bevölkerung die Anlegung höherer Preise für Kleidung etc. gestattet oder nicht. Gerade diese Verhältnisse dürften mit eine Erklärung für die beispiellos schlechte Lage der kontinentalen, teilweise auch der englischen, Spinnerei in den abgelaufenen drei Jahren bilden.

Hochwichtig erscheint bei der Entwickelung des amerikanischen Konsums die Tatsache, dass bei weitem die stärkste Zunahme des Konsums in den baumwollpflanzenden Südstaaten, also gerade innerhalb der Baumwollfelder, stattgefunden hat, und dass sich die gesponnene Durchschnittsnummer immer mehr verfeinert.

Es betrugen:

| | im Süden | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Spindeln | Stühle | No. | Kons. |
| 1901/1902 . . | 6 408 974 | 142 000 | 19 | 1 942 000 |
| 1879/1880 . . | 561 300 | 12 329 | 13 | 188 748 |

| | im Norden | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Spindeln | Stühle | No. | Kons. |
| 1901/1902 . | 15 150 000 | — | — | 2 264 000 |
| 1879/1880 . | 10 950 000 | — | — | 1 375 000 |

Der Konsum hat sich daher im Süden mehr als verzehnfacht, im Norden knapp verdoppelt. Im Süden stellt sich die Baumwolle $^1/_2$—1 Cent billiger als im Norden. Gerade jetzt wird in Kansas die grösste bestehende Spinnweberei mit 12 000 Stühlen und 500 000 Spindeln errichtet, mit einem Jahreskonsum von 170 000 Ballen Baumwolle, also bald so viel als wie der ganze Süden vor 22 Jahren verbrauchte, für Waren zum Export nach China und Japan.

## Grossbritannien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Konsum | 1900/1901 . . | 3 269 000 B | 46 100 000 | Spindeln |
| „ | 1890/1891 . . | 3 200 000 „ | 45 350 000 | „ |

Englands Konsum und Spindelzahl hat demnach in 10 Jahren sehr wenig zugenommen.

Die Versorgung Englands erfolgt mit:

75 pCt. von den Vereinigten Staaten,
22 „ „ Ägypten,
3 „ „ Brasilien, Indien etc.

Da England jedoch Besitzer Indiens und de facto auch Ägyptens ist und ihm im Sudan, neuesten Nachrichten zufolge, 15 Millionen Acres fruchtbarstes Baumwolleland zur Verfügung stehen, ist seine Lage bei einem Versagen der amerikanischen Zufuhr nicht so verzweifelt wie die der andern Länder. Wenn es im Kriegsfalle die See beherrscht, könnten die von Indien pro Jahr exportierten 1 500 000 Ballen, die ägyptischen 1 200 000 Ballen seine Spinnereien zur Not vor völligem Stillstand bewahren. Immerhin ist für England auch die Frage der Baumwollversorgung eine höchst brennende, und dass dies anerkannt wird, werde ich weiterhin ausführen.

## Das russische Weltreich

hat jetzt ca. 7 Millionen Spindeln. Sein Baumwollkonsum dürfte ca. 1 300 000 Ballen betragen, wovon

50 pCt. Nordamerika,
10 „ Ägypten und Indien,
40 „ aber Zentralasien, Transkaukasien und etwas Persien

liefern dürfte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Im Jahre 1890 war das Verhältnis noch

62 pCt. Nordamerika,
10 „ Indien und Ägypten,
28 „ Mittelasien,

während vor ca. 30 Jahren 50 000 *dz* von letzteren Gebieten geliefert wurden. Russland hat daher durch seine zielbewussten Massnahmen innerhalb ca. 25 Jahren sich beinahe für die Hälfte seiner Baumwollversorgung vom Auslande unabhängig gemacht.

## Indien.

Spindelzahl 4 945 000, deckt seinen Bedarf ausschliesslich mit selbst erbauter Baumwolle, ist dadurch jedoch zur Grobspinnerei gezwungen des kurzen Stapels der indischen Baumwolle wegen. Neuerdings sind erfolgreiche Versuche mit Verspinnen amerikanischer und ägyptischer Baumwolle gemacht worden. (Künstliche Luftbefeuchtung.) Die indische Ernte könnte leicht quantitativ und qualitativ verbessert werden.

## Japan

hat 1 273 000 Spindeln und verbrauchte 350 000 indische, 70 000 chinesische, 300 000 amerikanische, 10 000 Ballen ägyptische Baumwolle.

## China

produziert ca. 1 300 000 Ballen Baumwolle selbst, wovon 130 000 exportiert, vielleicht 150 000 in den 8 chinesischen Spinnereien mit ca. 500 000 Spindeln und 1 000 000 im Innern verarbeitet werden.

Es verbleibt uns nur noch der grosse europäische Kontinent ohne Russland mit ca. 26 000 000 Spindeln und einem Baumwollkonsum von 3 100 000 Ballen, für dessen Deckung er völlig auf

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amerika | mit vielleicht | 65 | pCt. |
| Ägypten | „ „ | 10 | „ |
| Indien | „ „ | 20 | „ |
| Diverse | „ „ | 5 | „ |

angewiesen ist.

Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, alle diese Staaten befinden sich in derselben Lage völliger Abhängigkeit ihrer Baumwollversorgung von Amerika, Ägypten und Indien, also England. Es bricht die Erkenntnis dieser gefährlichen Lage auch überall hervor und werden allenthalben Anstrengungen gemacht, durch Anbauversuche in den beherrschten Kolonialgebieten eine allmähliche Emanzipation vorzubereiten.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Frankreich unternimmt nach fehlgeschlagenen Versuchen auf den Antillen und Algier solche mit besserem Erfolge im französischen Sudan und Hinterindien.

Italien hat jetzt bereits grössere Baumwollsendungen aus Erythrea empfangen.

Um auf **Deutschland** selbst einzugehen, nehme ich seine Spindelzahl mit der Vigognespinnerei zu 8 300 000, seinen Baumwollkonsum mit ca. 1 400 000 Ballen an.

Es wurden im Jahre 1900 insgesamt 313 155 Tonnen (was obigem Quantum entspricht) im Werte von 318 000 000 Mk. eingeführt, davon

| | | |
|---|---|---|
| 256 235 Tonnen | aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika . . . . . | 81 pCt. |
| 25 212 Tonnen | aus Ägypten . . . . . | 7 „ |
| 25 838 „ | „ Britisch Indien . . . | 8 „ |
| Rest Diverse | . . . . . | 4 „ |

Stellen wir uns nun folgende Vorgänge vor: Eine Missernte in den Vereinigten Staaten, welche z. B. statt einer Ernte von 11 Millionen Ballen nur 9—10 Millionen Ballen ergeben würde, wovon die Staaten selbst die Hälfte sich sichern würden.

Es blieben dann für England und die anderen Länder ca. 5 Millionen gegen einen Verbrauch von ca. 6—6½ Millionen Ballen übrig. Grössere Reservevorräte sind nirgends vorhanden. Die europäische Spinnerei ist völlig ausgeleert von Vorräten, wie die noch nicht dagewesenen grossen Exporte von Amerika jetzt beweisen. Die sichtbaren Weltvorräte an amerikanischer Baumwolle betrugen am 30. August d. J., dem Ende des Baumwolljahres, nur 779 000 Ballen, wovon ein grosser Teil als Deckung für die Termingeschäfte, welche die effektiven Ernten in ihren Umsätzen oft um das Zehnfache übersteigen, nicht angegriffen werden können. Es blieben für die Spinnerei der Welt daher ca. 500 000 Ballen übrig, also gerade eine Versorgung für zwei Wochen. Die Situation wäre daher schon bei einer Missernte in Amerika entschieden unheimlich. Nehmen wir weiter folgende Fälle an: Einen Krieg Amerikas mit einer ersten Seemacht, welche eine Blockade der amerikanischen Häfen durchsetzen könnte, oder ein noch stärkeres Anwachsen, als von mir selbst vorgesehen, der amerikanischen Spinnerei und Weberei. Nach vorhergehenden Ausführungen würde Amerika bei gleichem Fortschritt erst in 60 Jahren seine Baumwollproduktion selbst konsumieren, bei Erbauung von Spinnereien zu 500 000 Spindeln wie jetzt in Kansas, dürfte die Sache schneller vorwärts gehen; ferner: Die Bildung eines grossen Syndikats in Amerika zur Kontrollierung der Baumwollernten und des Baum-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wollanbaues (schon jetzt kontrollieren zwei Gesellschaften 1½ bis 2 Millionen Ballen), endlich die Einführung von Exportprämien für amerikanische Garne und Gewebe bei Beibehaltung beinahe prohibitiver Eingangszölle. Anregungen hierzu sind gegeben. Schon diese Massregeln und Verhältnisse, welche keineswegs unwahrscheinlich sind, dürften die europäische Industrie in eine höchst prekäre Lage versetzen. Man braucht keineswegs an einen Ausfuhrzoll auf Baumwolle zu denken, der immerhin etwas zweischneidig wäre. Was ein Versagen der Baumwollzufuhr für Europa bedeutet, zeugt die Cotton Famine während des amerikanischen Bürgerkrieges, im kleineren Masse die Not an ägyptischer Baumwolle während der Beschiessung Alexandriens und die Baumwollcorners in den Terminmärkten bei kleineren Ernten. Über die Wirkungen der Baumwollhungersnot durch den amerikanischen Sezessionskrieg auf Englands Industrie will ich nur anführen, dass während im März 1860 noch ein Posten Surate mit 1½ d pro Pfund verkauft wurde, der Preis für middling amerikanische 1861/63 auf durchschnittlich 22½ d stieg und dass der höchst erreichte Preis im Jahre 1864 31¾ d war.

Von 1678 Baumwollfabriken Lancashires und Chessires blieben nur 497 in vollem Betrieb, 278 feierten gänzlich. 400 000 Menschen mussten unterstützt werden. Die baren Geldverluste der 3 Jahre betrugen ca. 1400 Millionen Mark.

Solche Ziffern geben sehr zu denken und zeigen den Wert der Unabhängigkeit der Versorgung vom Ausland. Erfreulicherweise dringt diese Erkenntnis immer mehr durch, und zwar nicht allein bei den Spinnern, sondern auch bei den Garnverbrauchern Deutschlands, was ich als ganz besonders wichtig und die Solidarität der Interessen bekundend hervorheben möchte. Zwei wichtige Schritte auf dem Wege der Emanzipierung sind bereits erfolgt; die Schaffung der Bremer Baumwollbörse und ihre enge Fühlung mit den deutschen Spinnern und die Arbeiten des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees.

Die Bremer Baumwollbörse hat dem deutschen Spinner das so gefährliche Importrisiko abgenommen und gestattet ihm, seine Garnkontrakte rasch und ohne jede Gefahr auf heimischem Markt durch Baumwolleinkäufe zu decken. Dank ihrer ausgezeichneten Institutionen, der völligen Unparteilichkeit ihrer Schiedsgerichte, der fortdauernden Fühlung mit Industrie und Handel hat die Bremer Baumwollbörse auf dem gesamten Kontinent, bei weitem nicht in Deutschland allein, die erste führende Rolle erlangt. Der deutsche Spinner ist unabhängig vom englischen Bankier, vom englischen oder amerikanischen Kommissionshause geworden und braucht seine Baumwolle nicht wie früher schon lange tatsächlich zu bezahlen, bevor er sie erhält. Zur Stärkung deutschen Ansehens im Auslande, zur



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stärkung deutschen Handels und deutscher Industrie im Konkurrenzkampfe, zur Belebung unserer Schiffahrt hat sie in nicht hoch genug anzuerkennender Weise beigetragen. Gerade in dieser Zeit bezog sie ein eigenes, herrliches Heim. Ohne Feier soll der Neubau dem Verkehr übergeben werden, entsprechend der herrschenden schlichten Art und der Notlage der mit als Teil des ganzen Baumwollhandels betrachteten Baumwollspinnerei, der jetzt in ihrem Existenzkampf um einigermassen sie schützende Zölle gegen die übermächtige englische Konkurrenz und das amerikanische Baumwollmonopol die Lust zu Festen vergeht. Es war daher gewiss nicht unpassend, wenn ich dieses Ereignisses hier kurz gedenke.

Den zweiten Faktor zur Vorbereitung einer gewissen Unabhängigkeit der deutschen Baumwollindustrie bildet die segensreiche Tätigkeit des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, des Wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft. Gestatten Sie mir kurz aufzuführen, welche grossartigen Leistungen das Komitee behufs Studium der Baumwollanbaufrage und praktischen Versuchen von Anpflanzungen trotz seiner bescheidenen Mittel geleistet hat:

Einführung der Baumwollkultur als Volkskultur in Togo durch die Baumwollexpedition nach Togo;

Studienreisen nach den Südstaaten Nordamerikas zur Vorbereitung der Volkskultur in Deutschostafrika; ferner Studienreisen in Kleinasien, gründliche Untersuchung der Baumwollkultur in Russisch-Zentralasien; Vorbereitung von Anbauversuchen in Deutsch-Ostafrika — u. a. mehr.

Die Tätigkeit des Komitees hat sich dabei nicht auf Baumwolle allein erstreckt. Ein Studium der Berichte zeigt erst, wie vielseitig der Aktionskreis des Komitees zur Aufschliessung der Naturschätze unserer Kolonien gewesen ist. Dabei ist seine Tätigkeit keineswegs eine auf nur theoretischen Anschauungen aufgebaute, sondern eine eminent praktische. Die Grundzüge über die Entwickelung des Baumwollanbaues in Togo u. s. w. als Eingeborenenkultur zeigen, dass man nicht in den alten Fehler, z. B. den der Franzosen auf den Antillen, eine künstliche Kultur schaffen zu wollen, verfällt.

Wie Mehemed Ali in Ägypten, Russland in Zentralasien die grossen Erfolge im Baumwollanbau nur erzielen konnten, weil Klima, Boden, Bevölkerung und Lage der Gebiete den Anbau begünstigen, kann auch in unseren Kolonien der Baumwollanbau im grossen nur dort erfolgen, wo alle diese Bedingungen günstig liegen, und durch planmässige Erziehung der Bevölkerung, unterstützt durch weise Massnahmen der Staatsverwaltung und richtige Beteiligung der Interessenten.

Solche Gebiete haben wir glücklicherweise in Togo, wahrscheinlich auch in Teilen Ostafrikas und vielleicht auch in indirekt unserem Einflusse zugänglichen Ländern vor uns. Jeder künstliche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kulturversuch ohne die geschilderten Unterlagen wäre im vorhinein gegenüber der Konkurrenz Amerikas zum Fehlschlagen verdammt. Bedenken Sie, dass in den Vereinigten Staaten, dem zum Baumwollanbau bestgeschaffenen Lande, noch mehrfach so grosse Länderstrecken, als jetzt schon dem Anbau erschlossen, demselben noch gewonnen werden können, und dass mit dieser Konkurrenz zu rechnen ist. Unsere Erfolge mit dem Baumwollanbau in Togo sind bisher von höchster Bedeutung. Sie werden auch von England anerkannt, und ich war in der Lage, dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee ein an mich gerichtetes Schreiben des Vorsitzenden der englischen Baumwollanbaugesellschaft zu übersenden, das um Mitteilung über unsere Resultate in Togo ersuchte.

Wie man in England über die Wichtigkeit der Frage der Baumwollversorgung, trotz seiner von mir geschilderten glücklicheren Position, denkt, erhellt am besten aus dem Schlusssatz seines Briefes an mich: „This question is of vital importance to European spinners". Diese Worte eines der hervorragendsten Industriellen Englands sollten uns in unserem Vorgehen bestärken und uns bewegen, besonders dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee in seinen Bestrebungen die grösste Förderung angedeihen zu lassen. Getragen dann durch die schon bisher stets bewiesene Förderung unserer Kolonialbehörden und durch die tatkräftige Unterstützung der Deutschen Kolonialgesellschaft und ihres hohen Vorsitzenden wird auch die Frage der Baumwollversorgung Deutschlands in vielleicht nicht zu ferner Zeit ein anderes Bild gewinnen. Um an dieser Stelle zu zeigen, dass auch unter den deutschen Industriellen Interesse für die Bedeutung der Angelegenheit besteht, um dem Komitee, wenn auch aus nicht berufenem Munde, den Dank für seine Tätigkeit darzubringen, habe ich den Vortrag übernommen, wegen dessen kunstloser Form ich um Entschuldigung bitte.

Dr. **Otto Ehlers** (volkswirtschaftlicher Syndikus der Berliner Handelskammer) weist auf die Entwickelungsfähigkeit der russischen Baumwollkultur hin, die voraussichtlich für die Versorgung der deutschen Baumwollindustrie in Betracht kommen werde. Notwendig sei allerdings, dass Deutschland mit Russland in wirtschaftlich freundlichem Verhältnis bliebe.

Freiherr **von Herman,** Stuttgart, überreicht einen Bericht über die Prüfung einiger Proben von Togo-Baumwolle und bemerkt dazu noch, dass das Resultat dieser Prüfung ein neuer Ansporn für uns sein müsse, die Baumwollkultur in unserer Kolonie Togo ebenso wie in Deutsch-Ostafrika mit allen Mitteln zu fördern.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

## Bericht über Togo-Baumwolle und deren Verarbeitung.

Wir empfingen durch das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee in Berlin via Bremen 3 Ballen Togo-Baumwolle aus einheimischem Samen, über deren Beschaffenheit und Verarbeitung wir hiermit nachstehenden genauen Bericht geben.

Die 3 Ballen hatten ein Bruttogewicht von 206, 230 und 229 *kg*, was ungefähr dem Gewicht eines Ballens amerikanischer Baumwolle entspricht, nahmen jedoch den doppelten Kubikinhalt der letzteren ein. Dieser Umstand würde es nicht ermöglichen, dass, wie bei amerikanischer, ägyptischer und ostindischer Baumwolle, 10 000 *kg* in einem Waggon verladen werden könnten, was bedeutend höhere Frachtkosten im Gefolge hätte. Ein weiterer Nachteil der bis jetzt nicht gepressten Ballen liegt darin, dass die Baumwolle bei heisser Witterung vollständig austrocknet, und wenn die Baumwolle in diesem Zustande, wie es hier der Fall war, in die Spinnerei kommt, so wird die Verarbeitung dadurch erschwert. Die Tara beträgt ca. 4 pCt. gegenüber 5 pCt. bei amerikanischer, 3 pCt. bei ägyptischer und 2,5 pCt. bei ostindischer Baumwolle.

Die Togo-Baumwolle hat eine gelbliche, der Mako-Baumwolle ähnliche Farbe, entspricht in der Klasse einer schönen good middling American und zeigt einen ca. 25—30 *mm* langen, zwar etwas rauhen und ungleichmässigen, aber kräftigen Stapel.

Der etwas rauhe Charakter der Faser erinnert an chinesische Baumwolle, während die Togo-Baumwolle hinsichtlich Länge und Kraft des Stapels gewöhnlicher amerikanischer Baumwolle gleichkommt. Bei der Verarbeitung haben wir an den Schlagmaschinen ein Abgangsverhältnis von 4,8 pCt. festgestellt, das ist noch etwas günstiger als z. B. fully good middling American ergibt. Das Abgangsergebnis bei dem Karden mit 5,2 pCt. dürfte dem von fully middling American gleichkommen.

Der Spinnprozess ging anstandslos vor sich, und wir haben aus diesem Material Trosselcops Nr. 20 und Nr. 16, sowie Warpcops Nr. 24 hergestellt.

Die gefertigten Garne zeigen in Bezug auf Gleichmässigkeit und Kraft des Fadens (94 Epfd. bei Nr. 20 und 126 Epfd. bei Nr. 16 Tragfähigkeit bei 80 Fäden) in diesen Nummern ein dem Gespinnst aus amerikanischer Baumwolle vollständig gleichwertiges Produkt, während wir Nr. 24 als höchste Nummerngrenze bezeichnen möchten, wobei sich gegenüber dem Garn aus amerikanischer Baumwolle eine etwas geringere Tragfähigkeit (73 Epfd. zu 77 Epfd.) ergeben hat.

Nach unserer Ansicht lässt sich demnach die Togo-Baumwolle für Garne in den Nummern 12—24 gut verarbeiten, nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dürfte sie sich ihrer Farbe wegen mehr für Garne eignen, die nachher gefärbt und also in der Hauptsache von der Buntweberei benötigt werden.

Unterhausen, 7. Oktober 1902.

Baumwollspinnerei Unterhausen.
gez. Geigle. E. Krämer.

---

Generalleutnant **von Keller,** München, macht darauf aufmerksam, dass die Verwendung amerikanischer Pressen, trotz deren unzweifelhaft grösserer Leistung, der hohen Anschaffungskosten wegen nur da mit wirtschaftlichem Nutzen geschehen kann, wo sehr grosse Mengen zu verarbeiten seien, — also gerade das, was in Togo erst durch Produktionsverbilligung herbeigeführt werden könne, zur Voraussetzung habe. Bei dem grossen Einfluss, welchen nach verschiedenen Richtungen das Pressverfahren auf die Gestehungskosten ausübe, befinde man sich in dieser Frage in einem Zirkel, aus welchem man mit Vorteil nur gelange, wenn dem Togo-Baumwollunternehmen amerikanische Pressen zur Verfügung gestellt werden, ohne dass ihre Beschaffung dem Unternehmen zur Last fiele.

---

## Chinas Geld- und Währungsverhältnisse.

Von **Otto Messing,** stellvertretender Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank, Berlin.

(Sektionssitzung am 10. Oktober, Nachmittag.)

Ich hatte im Frühjahr dieses Jahres die Ehre, vor dem Kolonialverein, Abteilung Berlin-Charlottenburg, einen Vortrag zu halten über „Finanz- und Steuerwesen Chinas an Hand der Geschichte"; ich möchte jene Abhandlung den „ersten Teil" nennen, dem als „zweiten Teil" meine heutigen Darlegungen über „Chinas Geld- und Währungsverhältnisse" anschliessen, und so durch beides eine kurze zusammenhängende Betrachtung über die finanzwirtschaftliche Lage dieses Landes liefern.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Finanz- und Steuerwesen und Geld- und Währungsverhältnisse Chinas gehen in ihrer Entwickelung keineswegs parallel; hatten wir bei ersterem bis in das graue Altertum zurückzugehen, um den Faden der Geschichte aufzunehmen, finden wir bei unserem heutigen Thema erst in einer viel späteren Zeit Material, welches uns als Basis dienen kann, und zwar erst zu einer Zeit, als China schon mehrere seiner ruhmreichsten Dynastien hinter sich hatte.

Ta Chung-kuo, das grosse Reich der Mitte, blickt auf eine nachweisbar ununterbrochene Geschichtsperiode von 4000 Jahren zurück, ihre Anfänge umschleiert Mythologie und Sage, ihr Verlauf ist ein Denkmal der Kulturentwickelung des Landes, wie es einheitlicher kein anderes Volk aufzuweisen hat.

Geben uns nun die Aufzeichnungen der Geschichte dieses Volkes Aufschlüsse über die Entwickelung und Lösung von Fragen politischer und sozialer Natur, welche in Theorie und Praxis sich in der Geschichte späterer Völker wiederholen, und die erst nach tausenden von Jahren Länder westlicher Kultur in Bewegung gesetzt haben, so muss es Wunder nehmen, dass China, was seine Geld- und Währungsverhältnisse anlangt, nur auf einem sehr primitiven Standpunkt und auch auf diesem verhältnismässig spät angelangt und bis heutigen Tages geblieben ist.

Es muss dies umsomehr auffallen, als wir in den Chinesen ein handeltreibendes Volk par exellence vor uns haben, welches als solches schon zu einer sehr frühen Zeit mit den Völkern des Westens in Berührung kam, die Erzeugnisse des eigenen Landes mit den Produkten der fremden Länder austauschend, und wir in den Historien der einzelnen Dynastien Abhandlungen hervorragender Bedeutung über Staatseinkünfte, Steuern, statistische Angaben über Zirkulationsmittel u. s. w. finden.

Wir erinnern hier nur an Namen wie Szematsien, den Abel Rémusat den Herodot Chinas genannt hat, Matuan lin, dessen Werke den bedeutenden Arbeiten von E. Biot und Vissering zu grunde gelegen haben.

In diesen Schriften bestätigt sich überall ein klarer Gedanke über die fundamentalen Sätze der Theorie des Geldes; unter dem Namen „courante Ware“ haben sie schon in frühen Zeiten den Begriff des Geldes zusammengefasst, und man war sich schon damals bewusst, dass das Geld als Preismassstab einen inneren Wert (intrinsic value) haben muss, und dieser das Verhältnis zu seiner Bestimmung als Tauschgut, als Werkzeug des wirtschaftlichen Verkehrs repräsentiert.

Man kann nicht sagen, dass die Regierung sich der wichtigen Pflicht, Normalgewichte und -Masse aufzustellen, nicht bewusst gewesen wäre.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schon aus der Zeit 2000 Jahre vor unserer Zeitrechnung sind Berichte überliefert, wonach Shun, der berühmte Hero des chinesischen Altertums, dieser Pflicht zu genügen sich anschickte, und nachfolgende Dynastien haben erneut, namentlich zu Anfang ihrer jeweiligen Existenz, Edikte erlassen, um diese wichtigen Punkte für ein geordnetes Staatswesen in die richtigen Wege zu leiten.

Aber lag es einerseits in der Regierungsform, in der Anschauung des Volkes über das Wesen des Herrschers, als „Sohn des Himmels", von dem die Edikte, somit auch die Bestimmungen über diesen Zweig der internen Staatsverwaltung, das Geldwesen, ausgingen, lag es ferner in der Dezentralisation der Verwaltung, als das Reich anfing, ein einheitliches Ganzes zu werden, dass seit Beginn der Geschichte Chinas bis auf den heutigen Tag nie ein geordnetes Münzwesen aufgekommen ist, so waren andererseits auch die überaus traurigen Erfahrungen, die furchtbaren Krisen, welche immer von neuem wieder über das Volk einbrachen, verursacht durch die Unehrlichkeit der Regierungen, die nicht imstande waren, für die Dauer der Zeit gleichartige Stücke herzustellen, die Veranlassung, dass ein geordnetes System überhaupt nicht aufkommen konnte.

Die miserablen Zustände der Geldverhältnisse sind es gewesen, die Dynastien gestürzt, über das Volk unsägliches Elend gebracht haben, diese Zustände waren stets und sind heute noch eines der grössten Übel, unter denen China zu leiden hat. Unmöglich konnte dabei eine auf Frieden und gedeihlicher Entwickelung des Landes basierende Einrichtung eines geordneten, einheitlichen Geldwesens gezeitigt werden.

China ist in diesem Zweig seiner Staatsangelegenheiten aus der autochtonen Periode nie herausgekommen, und hat in dieser Hinsicht aus dem Verkehr mit den fremden Kulturländern, welcher z. B. der Kunst eine deutlich wahrnehmbare und historisch nachweisbare Richtung gegeben, keinen Nutzen gezogen.

Eine genaue, auf sämtliche Einzelheiten eingehende Beschreibung des chinesischen Geldwesens lässt sich nicht in der knappen Form eines an Zeit gebundenen Vortrages erledigen, man könnte Bücher darüber schreiben, und angesichts des vielseitigen, hochinteressanten Materials ist es schwer, auszuscheiden, und das, was man sagen möchte, zu trennen von dem, was man infolge der Kürze der Zeit nur sagen kann.

Der Umstand, dass für die grossen, ausschlaggebenden Handelsbeziehungen Chinas mit dem Auslande nur Silberzahlungen in Betracht kommen, haben zu der Annahme geführt, dass China das Land einer reinen Silberwährung sei. Fassen wir den Begriff „Währung" dahin auf, dass „der Staat durch die Feststellung dessen, was Geld sein soll, die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Währung fixiert" und „Währung das gesetzlich anerkannte Recht eines Gegenstandes ist, in unbeschränkter Menge als Zahlungsmittel, also als Geld im Rechtssinne zu dienen" (Philippovich, Grundrisse der politischen Ökonomie), so stossen wir bei Anwendung dieser Lehrbegriffe auf chinesische Verhältnisse insofern auf Schwierigkeiten, als hierbei, was Silber anlangt, das „was Geld sein soll", nicht durch den Staat festgestellt ist, sondern ein System repräsentiert, wie es sich in den verschiedenen Provinzen, den einzelnen Distrikten, im Verkehr mit den verschiedenen Behörden, Zolleinnahmestellen u. s. w. frei herausgebildet hat.

Unser wissenschaftlicher Begriff der „Währung" ist vielmehr nur auf die für den inneren Verkehr des Landes in Betracht kommende, auf die einzige durch kaiserliches Gesetz vorgeschriebene Münze, dem sogenannten „Cash", anwendbar, und da dieser zum wesentlichsten aus Kupfer hergestellt ist, müssten wir von einer Kupferwährung reden. Da wir aber in China gleichzeitige Verwendung von Silber und Kupfer als Zahlungsmittel, „ohne gesetzlich oder sonstwie festgestelltes Wertverhältnis der Geldsorten" (Philippovich w. o.) haben, so repräsentiert sich das System Chinas als Parallelwährung.

Wir haben daher bei unserer Besprechung zunächst nur unsere Betrachtungen auf die Kupfermünzen dieses Reiches, die sogenannten Cash, und dann auf das Münzsystem des Taels als Repräsentanten der Silberwährung zu richten, da diese beiden Geldsorten für den heutigen Handelsverkehr und für das heutige Finanzwesen Chinas allein in Betracht kommen.

Gold und Staatspapiergeld finden heutzutage nicht mehr als Zirkulationsmittel Verwendung. Der Goldmünzen wird in der Geschichte Chinas überhaupt nur vereinzelt in älteren Zeiten Erwähnung getan, sie waren ca. $1^1/_4$ Pfund schwer; das Staatspapiergeld hat aber in früheren Dynastien, der Sung-, Yuän- und Ming-Dynastie eine ganz bedeutende Rolle gespielt, so dass wir nicht umhin können, auch dieser Währung in einem historischen Überblick Raum zu geben.

Der Handel der Chinesen war in alten Zeiten, wie überall bei Ländern zu Anfang ihrer Kulturepoche, Tauschhandel, und Geld wurde, wenn überhaupt, nur in sehr geringen Quantitäten hergestellt; chinesische Historiker berichten vom Kaiser Shinnung, 2700 v. u. Z., dass er „einen Marktplatz in seinem Reiche errichtete, als Stapelplatz für Waren und Seide. Tagsüber wurde Markt abgehalten, um die Gegenstände, die der eine hatte und der andere bedurfte, einzutauschen." Von Geld ist nicht die Rede.

Steuern wurden in alten Zeiten in Erzeugnissen des Ackerbaues und der Seidenzucht gezahlt. Der Landmann lieferte Getreide, der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seidenzüchter Seide, der Gärtner Früchte. Diese Methode war einfach und bequem, sie verpflichtete nicht den einzelnen, die Produkte seines Bodens oder seiner Industrie mühsam gegen eine gleichwertige Summe Geldes umzuwechseln, und davon wieder einen Teil zum kaiserlichen Schatz zu tragen. Geld wurde nur hergestellt in schlechten Zeiten, um dem Elend des Volkes zu steuern, und diente als Gewicht, von dem man nur zur Zeit der Not, um das Gewicht der Waren zu messen, hinreichend haben musste. Unter „Reichtum" verstand man Kleider und Nahrungsmittel, die Produkte der Landwirtschaft und der Kultivation des Maulbeerbaumes, und „es ist noch nicht vorgekommen", sagt ein alter Chronikenschreiber, „dass man einige Millionen Schnüre Cash in den Vorratskammern aufgehäuft hätte."

Bei dem Mangel geeigneter Kommunikationsmittel zu Lande, bei der Höhe der Transportkosten, die zu dem geringwertigen Material, welches man zur Herstellung der Zahlungsmittel verwendete, in gar keinem Verhältnis stand, war und ist heute noch Angebot und Nachfrage ganz limitiert. Geld zirkuliert ausserhalb der grossen Handelszentren, im Innern des Landes sehr wenig, und selbst Geldwechsler und Grosskaufleute haben nur ein geringes Betriebskapital.

Obwohl das Land reich an mineralischen Schätzen, war die Produktion an Edelmetallen nicht hinreichend, um eine Geldzirkulation in grossem Umfang zur Entwickelung zu bringen, und in den Historien der Tang-Dynastie wird eines Ediktes des Kaisers Hsien-Tsung, 808 u. Z., Erwähnung getan, in dem es heisst, dass „in allen Silberminen des Reiches Kupfer mit dem Silbererz gemischt, gefunden wird. Das Kupfer soll zur Herstellung von Kupfer-Cash Verwendung finden, aber da Silber keinen praktischen Wert für das Volk hat, soll der Bergbau nach Silber in gewissen Distrikten verboten sein."

Im grauen Altertum scheint wohl eine Art Muschel, die Cowriemuschel, als Geld zirkuliert zu haben. Es bieten sich hierfür einige Anhaltspunkte in der Geschichte, indem Wangmang, der Usurpator im Jahre 14 unserer Zeitrechnung, wieder zu den alten Zeiten zurückkehren wollte und zu dem Zweck fünf verschiedene Arten von Muscheln mit einem willkürlich angenommenen Werte als Zirkulationsmittel bestimmte, ausserdem sind es Stellen in den chinesischen kanonischen Büchern, dem Shuking, das chinesische „Buch der Chronika", und dem Shih-king, das chinesische „Buch der Lieder."

Nebenbei hat auch der Gedankenflug und die Kombinationsgabe einiger Sinologen, z. B. Klaproth, Abel Rémusat, diese Hypothese aus der Gleichartigkeit des chinesischen Schriftzeichens der Muschel mit dem Radikal des Geldes und den mit dem Besitz von Geld in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zusammenhang stehenden Begriffen, wie kaufen, verkaufen, Eigentum, Preis, billig, teuer, zu verteidigen gesucht.

Später waren Leinen, Seidenzeug und Messer die ersten Handelsartikel, welche an Stelle des Geldes gebraucht wurden, und die ersten Münzen repräsentieren in ihrer Gestalt den Artikel, für welchen sie als Geld zu dienen hatten. Die sogenannten pu-Münzen repräsentierten eine gewisse Länge Leinenzeug, pi-Münzen ein Stück Seide, tao-Münzen in ihrer Gestalt einem Messer oder Schwert ähnlich, diese Gegenstände.

Diese Stücke Leinen und Seide waren mit dem Stempel der Fabrikanten versehen und sind in dieser Form als die Vorläufer des Papiergeldes zu betrachten.

Die mit dem Wiegen des Geldes verbundene Unbequemlichkeit und die Erkennung des dem Gelde innewohnenden Zweckes zu rollen, in figürlicher Wiedergabe zum Ausdruck gelangen zu lassen, brachten den Geist und die Erfindungsgabe der Chinesen auf den Gedanken, runde Münzen herzustellen, und bereits unter der Choudynastie 1022 vor unserer Zeitrechnung den Stücken die Gestalt zu geben, welche so eng mit der ganzen Geschichte Chinas verknüpft, bis zum heutigen Tag mit wenig Ausnahmen seine typische Gestalt bewahrt hat, und von China aus auf die benachbarten Länder, an die Japaner, Koreaner, die Bewohnern der Mongolei, Mandschurei, und die Indo-Chinas, Cochinchinas übergegangen ist, den Cash.

Mit der Herstellung dieses Geldstückes hatte der Geist der Chinesen die höchste Stufe seiner Erfindungsgabe erreicht, und Generation nach Generation ist denselben Pfad weiter geschritten, den das Volk vor 3000 Jahren betreten hat. Der Name „Cash“ soll maurischen Ursprunges von dem Wort Caixa abzuleiten sein, einer von den Portugiesen 1511 in Malakka vorgefundenen Zinnmünze.

Der chinesische Name für die Münze ist Chïen; charakteristisch mit dem viereckigen Loch zum Aufreihen, auf der Frontseite mit dem Titel der Regierung, dem Nienhäo, und dem Zeichen tungpao oder yuänpao, soviel wie „Kurantgeld“. Die Rückseite war in früheren Prägungen glatt, oft mit charakteristischen Abzeichen, einem Halbmond, einem Punkt oder dem Zeichen der Münze, in welcher das Stück hergestellt wurde, versehen. Seit der jetzigen Dynastie tragen die Münzen den Namen der Regierungsperiode des betreffenden Kaisers und auf der Rückseite in mandschurischer Sprache das Wort „pao“, kurant, und den Namen der Provinz. Mit seinem wirklichen Familiennamen darf ein Kaiser von China nie genannt werden, auch widerstrebt es dem Anstandsgefühl der Chinesen, ein Geldstück, welches bestimmt ist, die Hände zu passieren, etwa mit dem Bildnis des Herrschers zu versehen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Münzen zur Herstellung dieser Geldstücke, welche bis heutigen Tages noch gegossen werden, befinden sich in jeder Provinzial-Hauptstadt, in Shanghai im Kiangnan-Arsenal, unter oberster Leitung des Hŭ pu, dem Finanzministerium. Die Legierung der Münze besteht im wesentlichen aus Kupfer und Zink. In diesem Geldstück wird die Grundsteuer erhoben, in ihr werden die alltäglichen Geldoperationen des Volkes untereinander abgewickelt, aber auch viele Geschäfte von Bedeutung abgeschlossen. Im Grossverkehr werden die Münzen an einer Schnur aufgereiht, nominell zu 1000 Stück, hinter jedem 100 wird ein Knoten gemacht, um das Zählen zu erleichtern. In dieser Form spricht man von einem tiao. Die Herstellung ist in unlimitierten Quantitäten erlaubt.

Das Geldsystem beruht in China, wie bereits erwähnt, seit Alters auf dem Grundsatz des Gewichtes. „Die Chinesen", sagt Williams in seinem Werk „The Middle Kingdom", „kaufen alles nach dem Gewicht, mit Ausnahme von Eiern und Kindern." Es haben daher die Teilungen des Geldes dieselben Namen, wie die des Gewichtes. Diese Münze, chinesisch Chien genannt, ist der zehnte Teil eines Liang, der chinesischen Unze, des Tael, und wog in früheren Zeiten ebensoviel, d. h. ein Chien Gewicht, der zehnte Teil eines Liang. Wir werden über diese ziemlich komplizierte Angelegenheit unter „Silber" eingehend zurückzukommen haben.

In dem Buch Shi-chi-lu von Ku Yen-wu, vor zirka 200 Jahren geschrieben, heisst es, dass vor den Tang und Sung-Dynastien (618—907, bezw. 960—1260) das einzige Zahlungsmittel zwischen Regierung und dem Volk Kupfer-Cash waren, und vor dieser Zeit Silber keine Verwendung als Zahlungsmittel in China fand; und die „Geschichte der Cerealien und des Geldes" (ein Teil der Geschichte der Hăn-Dynastie, 206 vor bis 221 nach unserer Zeitr.) berichtet von den damaligen Zahlungsmitteln im allgemeinen noch von Edelsteinen, Schildpatt und Muscheln. Silber und Zinn waren als Schmuckgegenstände und Werkzeuge, nicht aber als Geld in Gebrauch.

Zu Anfang der späteren Liang-Dynastie (907 unserer Zeitr.) waren nur in Nanking, der damaligen Hauptstadt des Reiches, in Soochow, in den Provinzen Hupeh, Hunan und Szechuan Kupfer-Cash im Gebrauch, während in den übrigen Provinzen der Handel mit Tauschartikeln, Seide und Cerealien, geführt wurde, und nur in den südlichen Provinzen Kuangtung und Kuanghsi kannte man Gold und Silber als Zirkulationsmittel.

Wie die statistischen Angaben zu Anfang unserer Zeitrechnung besagen, war ein Cash hinreichend zur Anschaffung des täglichen Unterhaltes für einen Menschen aus der niederen Klasse. Daraus ergibt sich, dass eine hochwertige Münze zu jenen Zeiten vollkommen überflüssig war.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hatte die Regierung grosse Ausgaben zu bestreiten, einem hohen Beamten eine grosse Belohnung zu gewähren und dergl., wurde, wie uns chinesische Schriftsteller berichten, das gelbe Metall dazu verwendet, welches zu Anfang der Hän-Dynastie noch in Zirkulation war, später aber, vom Jahre 48 vor unserer Zeitr., mehr und mehr verschwand. Nach der Regierung der Östlichen Hän-Dynastie (25—221 unserer Zeitr.) wurde Gold selten und fand nur Verwendung die Bilder des Buddha und des Laotse (Taoismus), deren Lehren inzwischen in China Eingang bezw. Verbreitung gefunden hatten, zu schmücken, und zur Herstellung von Gefässen, als Kleiderschmuck etc. zu dienen. Noch heutzutage findet das Gold, welches aus Canton über Hongkong als sogenanntes Blattgold (gold leaf) in grossen Mengen nach Indien exportiert wird, Verwendung zur Vergoldung der indischen Heiligenbilder, Buddhastatuen und Tempeldächer.

Im Jahre 500 unserer Zeitr. lassen sich für China drei Währungszonen festsetzen, die unter einander ziemlich scharf abgegrenzt waren. Der Norden war bis zur Zeit des Anfanges der jetzigen Dynastie die Zone der Papierwährung, Mittel-China das Land der Kupfer- und vorübergehend eisernen Cash, im Süden fand zuerst Silber als Zirkulationsmittel Eingang.

Die Gewichte und die Grösse der alten Münzen genau anzugeben ist unmöglich, da sie häufigem Wechsel unterworfen waren, während die Namen die gleichen blieben.

Die Hän Dynastie brachte die sogenannten Blattmünzen auf, nebenbei zirkulierten noch die runden Stücke. Der Kaiser Wênti, der als Muster eines Fürsten gilt und der in menschlichst gesinnter Weise in all seinen Unternehmungen auf das Wohl seiner Untertanen bedacht war, liess neue Münzen, ganz aus Kupfer, und mit einem viereckigen Loch versehen, „damit man das Geld leichter aneinander reihen und tragen könne", herstellen, und gab sogar das Giessen der Münzen, um Fälschungen entgegen zu treten, dem Volke frei, was spätere Kaiser der Tang- und späteren Chin-Dynastie ebenfalls durchzuführen versuchten. Sein Minister Kia-yi widersetzte sich dieser Anordnung in einer uns erhaltenen höchst interessanten, sprachfertig abgefassten Eingabe. Wênti zog einen anderen Minister der Krone, Kia-shan zu Rate, und das System der freien Prägung wurde abgeschafft. Unter einem späteren Kaiser — Wuti — gelangte das Reich zu grosser Blüte. Die Pracht seines Hofes und die damit verbundenen Ausgaben verschlangen eine ungeheure Menge Geld, wozu die kleinen wertlosen Cash nicht hinreichten. Das Ende war verhängnisvoll, die schier unerschöpflich scheinende Quelle versiegte bald, und als der Glanz vorüber, sah sich der Staat am Rande des Verderbens. Geld gab es in Fülle, aber gefälschtes, die Preise

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stiegen ungeheuer, in entfernten Gegenden des Landes griff man wieder dazu, Stücke Zeug als Umlaufsmittel in Verwendung zu ziehen.

Geldstücke im Nominalwert von $^1/_2$ Unze = 12 Chu hatten einen Kurswert von nur 4 Chu; man machte nun wieder Stücke zu 5 Chu, liess den Rand erhaben, um Abfeilen zu verhüten.

Nach verschiedenen vorübergehenden Änderungen wurde eine Staatsmünze eröffnet, wo Münzen zum vollen Nennwert hergestellt und dadurch den Provinzen und Distrikten ihr eigenes Geld zu machen entzogen wurde. Es war dann reichlich Geld vorhanden, aber alle Waren und Naturalien knapp und teuer, und um dem Übel abzuhelfen, führte die Regierung eine neue Sorte Geldes ein, und zwar in grossen Mengen. „Aber", bemerkt ein Historiker, „der Wert der Waren hängt nicht von der Menge des zirkulierenden Geldes ab, sondern von anderen Umständen, die hohen Preise der Naturalien gehen daher nicht zurück durch plötzliches Anwachsen der Menge des Geldes", mit anderen Worten: Die zum Ankauf von Waren erforderliche Menge Geldes und der Preis der Waren sind nicht von der Menge des zirkulierenden Geldes abhängig. Es geht daraus hervor, dass der chinesische Schriftsteller damals schon die Wahrheit des Satzes zu beweisen suchte, den wir heute mit den Worten zusammenfassen können: „Die Menge des zirkulierenden Geldes vergrössern, heisst nicht den Reichtum des Volkes vermehren."

Unter dem bereits genannten Usurpator Wang-mang finden wir wieder die frühere Gestalt von Münzen, Messercash im Nominalwert von 50 und 500 Cash, später mehrere neue Sorten Kurant-Geld von Gold, Silber, Schildpatt und Muscheln, ferner Kupfermünzen, (pŭ) in Gestalt von Kleidungsstücken, und „er nannte sie Edelware und kleines Geld." Im ganzen waren es 28 Sorten Kurant-Geld aus 5 verschiedenen Substanzen und 6 Nennungen. Das Volk litt unter diesem exzentrischen Münzwesen sehr. Wang-mang bestrafte die Falschmünzer mit dem Tode, doch gab es deren so viele, dass er sich beängstigt fühlte. Er selbst wurde im Jahre 23 unserer Zeitr. ermordet und die nachfolgende Regierung ging wieder zu der Münze, die zu Anfang der Hän-Dynastie eingeführt war, die 5 Chu (wuchu) zurück, und „das ganze Volk erfreute sich des Segens." Der letzte Kaiser der Dynastie änderte jedoch wieder das Münzsystem, liess kleine Stücke giessen, und um zu der erforderlichen Menge Kupfers zu gelangen, die Tempel plündern, kupferne Statuen und aus Kupfer hergestellte Opfergeräte einschmelzen, und damit schloss eine Dynastie, welche zu Anfang so vielversprechend war und in der Geschichte „die grosse Hän-Dynastie" benannt ist.

Die Geschichte des Geldwesens unter den nachfolgenden Dynastien war wie die des Landes im allgemeinen und wie die so vieler

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

anderen Staaten, in denen Gesetzlosigkeit und Roheit die Überhand haben. Änderungen und Umwälzungen folgten eine der anderen.

Zu Beginn der Liang-Dynastie war Geld so knapp, dass es nur in der Hauptstadt und deren nächsten Umgebung zur Verwendung kam.

Die Kaufleute, welche einen sehr ausgedehnten Verkehr mit fremden Ländern unterhielten, brauchten ausschliesslich Gold- und Silberbarren als Zahlungsmittel.

Man kam im Jahre 520 darauf, eisernes Geld zu machen, um den Spekulationen verschlagener Händler, die aus dem Umwechseln der an sich ziemlich gleichwertigen Geldsorten Nutzen zogen, vorzubeugen; doch hatte man nach 10jährigem Gebrauch Berge von Cash vor sich, und die Falschmünzerei zog grossen Vorteil daraus. Die Preise der Lebensmittel stiegen enorm, man wechselte Geld nach Karrenladungen, ohne auf Tausende von Cash zu achten.

Eine neue Periode des Glanzes kam über das Reich durch die Thronbesteigung der Täng-Dynastie 618–907, deren erste Kaiser energisch und voll des Geistes waren, der die Fürsten der alten Zeit als hervorragend kennzeichnete. Viele politische und soziale Verbesserungen wurden unter ihrem Scepter eingeführt, unter denen vor allem ein Wechsel im Geldwesen zu nennen ist. Die alten 5 Chu-Stücke wurden abgeschafft und eine neue Münze eingeführt mit der Devise: „Käi yuän tung pao", „das Kurantgeld des neuen Anfanges."

Es wogen von dieser Münze 10 eine chinesische Unze. 1000 Stück 6 chines. Pfund 4 Unzen = 100 Unzen. Die Berichte lauten, dass, als Kaiser Kaotsu den Thron bestieg, eine Sorte Geldes von der Dicke eines Seidenfadens zirkulierte. 80—90 000 füllten kaum eine halbe Metze, es war daher die Absicht der Regierung, ein vollwichtiges Geldstück herzustellen, nach jeder Hinsicht zu loben. Wo das Geld gut war, war auch sofort grosser Bedarf dafür da, aber die Falschmünzer fanden eine neue gute Gelegenheit, diesen Bedarf mit doppeltem Eifer zu ersetzen. Die Annalen dieser und aller übrigen Dynastien geben dasselbe monotone Bild des Geldwesens wieder, entwertete Ausgaben von Münzen, abwechselnd mit gelegentlichen verdienstvollen, aber oft fehlschlagenden Bemühungen, den Standardwert wiederherzustellen.

Unter dem Kaiser Taitsung betrugen die Staatseinkünfte 30898000 T. Am Schluss der Dynastie sehen wir das Reich auf die Provinzen Honan und Shantung beschränkt, in einer vollkommenen Auflösung begriffen. Die Preise der Nahrungsmittel waren unerschwinglich, 7 000 Kupfer-Cash zahlte man für eine Metze Reis, an den Strassen lagen die Menschen und starben den Hungertod. Angaben aus jenen Zeiten sagen, dass der Staat 99 Münzgiessereien errichtete, von denen jede

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

3300 Schnüre Cash zu 1000 Stück das Jahr herstellte. Eine Schnur kostete 750 Cash Herstellung aus Kupferminen, deren Betrieb Staatsmonopol war, so dass der Staat 33⅓ pCt. verdiente. Von 1000 guten Kupfer-Cash wurden aber von Falschmünzern und Kupferschmieden 6 Pfund Kupfer ausgezogen; dieses eingeschmolzen und zu Gegenständen verarbeitet, ergab einen Wert von 600 Cash das Pfund, so dass man für 1000 Cash 3600 Cash Wert, also 260 pCt. Nutzen erzielte. Es wurden Vorsichtsmassregeln der verschiedensten Art vorgeschlagen, u. a. Limitierung des Verkaufspreises aus Kupfer hergestellter Waren, Beschränkung des Besitzes von Kupfer-Cash pro Kopf der Bevölkerung; man liess, um dem Mangel an Kupfer abzuhelfen, wieder die Tempel plündern, Buddhastatuen und Tempelzubehör einschmelzen, und beeinträchtigte somit selbst den religiösen Kultus.

Nach dem Sturze der Tangs brach eine womöglich noch schlimmere Zeit über das arme Land herein, bis Chao-kuang-yin den Thron als Gründer der Sung-Dynastie bestieg. Auch hier begann man mit einer Reorganisation des Geldwesens; neues Geld wurde hergestellt mit der Devise:

„Sung yuan tung pao", „Kurantgeld der Sung-Dynastie."

In diese Periode fallen zwei wichtige Momente der Geschichte des Geldwesens:

1. Einführung einer Doppelwährung, nämlich einer Eisernen — neben der Kupferwährung,
2. Einführung des Papiergeldes.

Das gesetzliche Verhältnis der eisernen zu den kupfernen Cash sollte 10 : 1 sein, erscheint aber, nach der Legierung zu urteilen, 3,5 : 1 gewesen zu sein.

Das Papiergeld jener Zeit war Staatspapiergeld, und im Volksmunde unter dem Namen „bequemes Geld", „pien chien", bekannt. Wie es scheint, waren die Noten zu 3 Siebentel der Emission durch Metallbestand gedeckt. Den Metallbestand nannte man pên chien-Kapital. Der Gebrauch des Siegels an Stelle einer Namensunterschrift (wie es noch heute der Fall ist), führte zeitig dazu, vor allem Seidenstoffe als Tauschobjekte zum Ersatz kursierenden Geldes mit Stempel zu versehen.

Die ersten glaubwürdigen Mitteilungen über Papiergeld sind uns aus der Tangperiode überliefert, wo es „fei chien", „fliegendes Geld", genannt wird.

Es heisst in den Chroniken, dass, um das Geld in Umlauf zu bringen, die Kaufleute seitens der Regierung beauftragt wurden, aus allen Gegenden des Landes nach der Kapitale zu kommen, dieses Geld, chao genannt, in Empfang zu nehmen, und dessen Gegenwert



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in Kupfer-Cash der Staatskasse einzuzahlen. So hätten sie die Erleichterung, ohne grosse Lasten nach Hause zurückzukehren, andererseits könnten sie jederzeit durch Weitergabe der Noten den Betrag wieder erlangen. Aber so plötzlich dieses Projekt auftaucht, so plötzlich verschwindet es wieder, und das Volk war sein Geld los.

Als der Gebrauch unter den Sungs wieder aufkam, scheint der Bedarf an diesem Geld ein sehr starker gewesen zu sein, aber was zu Beginn eine Wohltat, wurde dem Land bald bitteres Weh! Die Verwirrung, welche infolge dieser Papierwährung, der Eisen- und Kupfer-Cash, über das Land einbrach, war ungeheuer, man glaubte sie schliesslich damit zu überwinden, dass man die Zirkulation der eisernen und kupfernen Cash je auf gewisse Teile des Landes beschränkte, und das Papiergeld, welches eine Zeit lang ein Ersatz des mangelnden vollwertigen metallenen Zirkulationsmittels gewesen, verlor seinen Kredit. Es war nicht die erste, — und nicht die letzte Krisis, welche über das Land einbrach.

Zu all' den Kalamitäten stellte sich noch ein ganz bedeutender Abfluss von Geld nach dem Norden ein, wo die tartarischen Stämme, durch die kriegerische Berührung mit den Chinesen, den Wert des Geldes schätzen gelernt hatten, und, unfähig, dasselbe selbst herzustellen, sich als Abnehmer grosser Posten zeigten. Wo das Herstellen des Geldes bei den Chinesen selbst in der sehr primitiven Weise des Giessens vor sich ging, die Bearbeitung der das Material liefernden Kupferminen nicht minder primitiv war, musste der Abfluss des Geldes dem Lande verhängnisvoll werden. Eine Eingabe des Premierministers Wang ngan shi, den Export des Geldes zu verbieten (der einzig mögliche Ausweg aus dieser Kalamität, und ein in jeder Hinsicht zu lobender Entschluss) wurde verworfen, der Krieg verschlang riesige Summen, der Abfluss des Geldes nahm ungestört seinen Fortgang, die Falschmünzer waren in regster Tätigkeit, der Markt mit minderwertigem Material überschwemmt. Es bewahrheitete sich auch damals das Gesetz: Sobald die Qualität des Geldes minderwertig wird, muss eine vermehrte Quantität den Ausgleich bilden, um dem notwendigen Bedarf zu begegnen.

So sehen wir zu Ende der Sung-Dynastie dasselbe Schauspiel wie bei den Tängs, zu Anfang ein vielversprechender Aufschwung, zu Ende ein allgemeiner Ruin. Edikte erschienen, welche einen grösseren Besitz an barem Geld verboten, Klöster und Tempel wurden wieder ihrer Schätze beraubt, der Kaiser opferte selbst eine grosse Anzahl kupferner Gegenstände aus seinem Haushalt auf dem Altar des Vaterlandes, und so gelang es, dem Lande zwei Millionen Pfund Kupfer zuzuführen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die zur Zeit des Kaisers Ningtsung (1210 u. Z.) gegossenen Stücke hatten einen Metallwert von 3 bei einem Nominalwert von 5 Cash. Über die Fabrikation von Cash während dieser Periode liegen Notizen vor, wonach unter

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kaiser | Taïtsung, | Titel der Regierung | | | chih tao | 995, u. Z. | 800 000 |
| „ | Chêntsung, | „ | „ | „ | chingtê | 1004, „ | 1 830 000 |
| „ | „ | „ | „ | „ | hsianghu | 1008, „ | 210 000 |
| „ | „ | „ | „ | „ | tĭen hsi | 1017, „ | 1 500 000 |

Schnüre à 1000 Cash hergestellt wurden.

Die Mongolen, die unter Dschingiskaan schon einen grösseren Teil Asiens erobert hatten, stürzten unter Kublai-Kaan das schwache, hinfällige Staatsgebäude der Sungs, und bestiegen als die Yuăn-Dynastie den Drachenthron „des Reiches unter dem Himmel."

Unter der Mongolenherrschaft florierte hauptsächlich das Papiergeld, worüber uns Marco Polo sehr ausführliche interessante Beschreibungen gegeben hat, die aber von einer recht naiven Anschauung sind.

„Man konnte wirklich glauben", sagt Marco Polo, „der grosse Kaan hätte das Geheimnis der Alchemie in höchster Vollkommenheit erfunden", und fährt dann in der Erzählung weiter fort, wie der oberste Beamte das Siegel mit Zinnober beschmiert, auf ein aus dem Baste des Maulbeerbaumes hergestelltes Stück Papier abdrückt, und das Geld so authentisch macht, dessen Nachahmung mit dem Tode bestraft wurde. „Der Kaan liess", sagt er weiter, „jedes Jahr eine solche Menge herstellen, die ihm nichts kostete, und die an Wert dem Inhalt aller Schatzkammern der Erde gleichkommen musste."

Im Jahre 1311 u. Z. war der Gebrauch der Kupfer-Cash verboten. Aber Yang-tê-fang sagt darüber: „dass es gerecht sei, Kupfer-Cash und Papiergeld in richtigem Verhältnis zu einander zirkulieren zu lassen und es sollte dies nicht nur um der Ansicht einiger Gesetzgeber willen aufgegeben werden." Anderswo wird gesagt, „dass es nie in der Absicht lag, das Papiergeld als Basis und das Kupfergeld als subsidiarisch anzusehen. Papiergeld und Kupfer-Cash müssten als eins betrachtet werden, insofern, als es dem Kaufmann gestattet sein müsse, das „leere" mit dem „wirklichen" zu tauschen. Bei der Entwertung des zur Ausgabe gelangten Papiergeldes war es Tatsache, dass das Volk das „Wirkliche" thesaurierte, und das „Leere" abzustossen suchte. Papiergeld war schliesslich das einzige kursierende Zahlungsmittel, und als auch diese Dynastie einer neu aufsteigenden weichen musste, mit ihr aber auch die Noten verschwanden, hatte das Volk für all das geopferte Hab und Gut nichts als Papier in der Hand.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unter der nachfolgenden Ming-Dynastie kamen Kupfer-Cash insofern wieder mehr zur Geltung, als Zahlungen an die Regierung in solchen geleistet werden mussten, während die Regierung selbst für Zahlungen ihrerseits sich wieder der Noten bediente. Der Notenumlauf reduzierte sich aber, da Silber anfing, in grösseren Mengen als Zirkulationsmittel Verwendung zu finden, wie wir gleich sehen werden.

Es ist naheliegend, dass die zunehmenden Handelsbeziehungen zum Auslande die Ausgabe des Papiergeldes im Lande selbst sehr förderten. Die Kaufleute wollten nur widerwillig die schweren Lasten in Gestalt der Cash mit sich führen, bedienten sich dafür lieber des leichten Papiergeldes, bei welchem die Bevölkerung, so lange die Herrscher im Vollbesitz ihrer Kraft, und in ihren Unternehmungen erfolgreich waren, auch niemals auf Schwierigkeiten gestossen ist. Als aber auch die Ming-Dynastie ihrem Ende zuging, und das Papiergeldsystem nicht mehr in gehöriger Weise durchgeführt werden konnte, obwohl gerade zu dieser Zeit dem Kaiser ein sehr befähigter Staatsmann in der Person des Ni-yuän-lu zur Seite stand, wollte man sich nicht von der Bequemlichkeit, grössere Wertsummen in kleinerem Gewicht mit sich zu führen, trennen, und dieser Umstand führte zum Gebrauch des Silbers als Zirkulationsmittel.

Wir wollen nun zunächst die Betrachtung über die Kupfer-Cash beiseite lassen, und uns mit dem für die heutigen Handelsverhältnisse Chinas noch bedeutend wichtigeren Münzwesen des Tael, als Rechnungseinheit sowohl als auch als Repräsentanten der auf Silber lautenden Währung zuwenden.

Bei dem Gebrauch des Silbers als Zirkulationsmittel kommt neben dem Gewicht noch der Feingehalt hinzu. Des Silbers wird erst vom 12. Jahrhundert u. Z. an in der Geschichte in grösseren Beträgen Erwähnung getan, es kam, wie bereits oben gesagt, über Canton ins Land. Von diesem Platz aus wurden schon seit 1000 Jahren mit den Arabern lebhafte Handelsbeziehungen unterhalten, und Silber erscheint in der Liste der Handelsstatistik jener Zeiten als ein wichtiger Faktor. Aber erst viel später, und zwar erst seit Entdeckung Amerikas, als Silber aus Mexiko importiert werden konnte, finden wir es allgemein als Zirkulationsmittel in China auftreten. Nachdem Vasco da Gama 1498 den Seeweg nach Indien entdeckt hatte, wurde China, d. h. Canton, von zahlreichen portugiesischen Händlern besucht, die amerikanisches Silber in reichen Mengen in das Land brachten. Dies führte zu einer vollständigen Neuerung des chinesischen Finanzwesens, insofern als Schiffe und eingeführte Waren mit Abgaben, Tonnengeldern und Zöllen, belegt wurden. Es sind dies wesentliche Punkte in der Geschichte der Ming-Dynastie.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine Unze Silber war damals an Wert 6 Catties 4 Unzen Kupfer, das Verhältnis also, da 16 Unzen gleich 1 catty, 100 Taels Kupfer 1 Tael Silber.

Als die Mongolen 1260 China eroberten, war 1 Tael Silber gleich 1000 cash. 1 cash also dem tausendsten Teil einer Unze 1 li gleich.

10 li sind = 1 fên
10 fên = 1 chien
10 chien = 1 Liang, (Tael oder chines. Unze).

Wir haben eingangs gesagt, dass der chinesische Name für cash chien ist, da er an Gewicht $^1/_{10}$ Unze (Liang), an Wert als Kupfermünze aber, in seiner Relation zum Silber kommt er also, so lange dieses Verhältnis 1: 100 bestand, und das hielt sich für Jahrhunderte aufrecht, 1 li gleich.

Um eine vollständige Reihe der Namen des chinesischen Gewichtssystems zu geben, müssten wir nach 1, mit der fünfzehnten Null anfangen, also bei dem Begriff des tausendbillionstel einer Einheit. Ich habe beim Lesen einer ziemlich umfangreichen Literatur keine Erklärung finden können, weshalb der chinesische Geist so weit ins Unendliche gegangen ist, es sei denn philosophische Pedanterie! Für unsere Betrachtung kommt nur die Unze, d. h. der Liang à 10 chien à 10 fên, à 10 li in Betracht. Wir haben also ein reines Dezimalsystem. An Stelle der chinesischen Benennung gebraucht man aber allgemein im Verkehr die Ausdrücke Tael, mace, candareen, cash. Die drei ersten Benennungen sollen aus Indien stammen.

Tael aus dem Hinduwort tola, malaisch tahil,
mace, aus masha, — mas,
candareen aus dem malaischen Kondrin,
cash haben wir oben bereits definiert.

Die Namen der Gewichtsskala aufwärts sind:

16 liang = 1 chin
100 chin = 1 tan.

Chin und tan nennt man ebenfalls mit den aus dem Malaischen stammenden Worten catty und picul. 1 chinesischen picul rechnet man im Osten allgemein zu $133^1/_3$ Pfund englisch, gleich ca. $60^1/_2$ *kg*.

Chien heisst im Chinesischen allgemein Kleingeld; einem ansprechenden Bettler antwortet man „meijo chien“, ich habe kein Geld. Für grössere Summen gebraucht man das Wort yintsze: „Silber“, wie wir ja auch früher unter „Silber“: Geld, und unter „Geld“: Silber verstanden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wir müssen bei der Betrachtung des Taelsystems daran festhalten, dass der Tael mit seinen Teilungen, mace, candareen, cash, sowohl ein Gewicht als auch Wertzeichen, eine Rechnungseinheit ist. Wie nun die Gewichtseinheit in einer unbestimmten Menge und verschiedenen Grössen in China existieren, und selbst an einem Platze verschiedene Gewichte für verschiedene Gegenstände Verwendung finden (Fische, Stroh, Holz), so variieren auch unter einander die Taels als Rechnungseinheit, und zwar kann man als Limite annehmen 33,7 bis 37,8 *g* bei 898 bis $^{1000}/_{1000}$ als Feingehalt.

Genaue Angaben lassen sich nicht machen, da 1. die chinesischen Wagen und Gewichte nicht mit der Präzision wie in einem modernen Staat gemacht werden, 2. offizielle Gewichte wohl vorhanden, aber nicht zur Anwendung gelangen, und 3. der Feingehalt am Platze nicht gut festgestellt werden kann.

Die Chinesen pflegen auch, was letzteren anlangt, keine Angaben zu machen, sondern nur das Verhältnis des einen Taels zum anderen anzugeben. Man betrachtet das Geld also auch in diesem Sinne wie die Ware, die man nicht nach der Güte, sondern nach dem „Chop", dem Warenzeichen, kauft, wie die anwesenden Herren aus dem Kaufmannsstande zur Genüge wissen werden. So könnte man wohl an hunderte verschiedener Taels aufzählen, die nicht allein für Zahlungen der Zölle, im Handel, sondern auch für Zahlungen an Beamte, Soldaten, Studenten, bei festlichen Gelegenheiten, Hochzeiten, Beerdigungen bis zum Leichenbitter im internen Verkehr Verwendung finden, und die bei Zahlungen an Behörden selbstverständlich im Gewicht und Feingehalt grösser, d. h. schwerer, im internen Verkehr kleiner, nach chinesischer Ausdrucksweise leichter sind.

Bei Reisen in das Innere versieht man sich, um grösseren Verlusten beim Umwechseln vorzubeugen, mit kleineren Stücken Silbers, bei Abschluss grösserer Transaktionen, wie z. B. Anleihen, werden gleiche Gewichte hergestellt, die im Besitz der kontrahierenden Parteien verbleiben und massgebend sind.

Um einige Beispiele aus der Praxis vorzuführen, bemerke ich, dass im Handelsverkehr zwei Gewichtstael besonders wichtig sind, nämlich der Canton-Tael und der Chouping-Tael. Nach Canton-Tael wird im Süden Chinas Silber und Gold, in Shanghai das aus dem Ausland in Barren importierte Silber gewogen. Der Verkauf des Barrensilbers versteht sich zu so und so viel Shanghai-Courant-Tael, Kueiping genannt, für 100 Canton-Gewichtstael, 1 Canton-Gewichtstael ist gleich 37,57 *g*, 100 Canton-Taels sind gleich $102^1/_2$ Shanghai-Tael.

Nach Chouping-Tael wird in Shanghai-Silber im allgemeinen gewogen. Der Chouping-Tael ist 36,65 *g* schwer. Der Shanghai-Courant-Tael, Kuei-ping, ist eine bestimmte Gewichtseinheit Silbers (Sycee

genannt) von einer Feinheit, die einen gewissen Spielraum lässt, aber mit $^{932}/_{1000}$ angenommen werden kann.

Dieses Sycee wird aus Barrensilber in genannter Feinheit in Schuhformen von ungefähr 50 Taels Gewicht gegossen, in dieser Form, auch Schuh genannt, als Zahlungsmittel verwendet. Sycee wird abgeleitet von Saisze, soviel wie feines Silber. Die Chinesen nennen es Wan-yin, „reines Silber" oder pai-pao, „weisses Courantgeld" wenn es ganz fein $^{1000}/_{1000}$ ist. Für Schuh sagt man yuän-pao, Courantgeld. Beim Giessen schlägt der Schmelzer seinen „Chop", den Stempel seiner Firma ein. Von ihm geht es in die Hände des Kungkoo, eines von der Gilde der chinesischen Banken bestellten Münzwardein über, welcher den Schuh wiegt, und Gewicht und Feingehalt auf dem Stück durch Schriftzeichen vermerkt, d. h., er bemerkt auf dem Stück das mehr oder weniger, welches von dem konventionellen Feingehalt zu oder abzuziehen ist. Diese Methode erscheint nach unseren Begriffen ziemlich primitiv, und die Wertschätzung im grossen und ganzen nur als eine Bestätigung des Schmelzers; es muss aber zugegeben werden, dass die Leute sehr exakt arbeiten, dass angestellte Proben zu Gunsten der Zuverlässigkeit der Arbeiter sprechen, und dass das grosse Vertrauen, welches die Chinesen den Angestellten dieser Einrichtung entgegenbringen, gerechtfertigt erscheint. Nachdem der Schuh (Shoe) auf diese Weise geaicht ist, geht er in den Gebrauch und seine Bestimmung als Zirkulationsmittel über. Haben wir nun z. B. einen solchen Shoe an Gewicht 49,56 Taels (Chouping-Taels), plus Prämie, sagen wir: 2,56 d. h. mehr über den konventionellen Feingehalt, so ist er wert 52,12. Von diesem Wert werden aber noch 2 pCt. für Umschmelzungsgebühren abgezogen, (d. h. nach chinesischem Gebrauch, der Betrag wird durch 98 dividiert) und so kursiert er als 53,275 Shanghaicourant, Kuei-ping.

Die Umrechnung des einen Tael in einen anderen geschieht durch wiederholtes Wiegen und Bestimmung des Feingehaltes; beziehe ich z. B. in Hankou Silber von Shanghai im Betrag von Shanghai-Taels 22019,78 so ist dies in Hankou-Taels-Gewicht

| | | |
|---|---|---|
| | 20 858,55 | (Hankou Kungkoo-Tael genannt) |
| Prämie | 126,05 | |
| H-Taels | 20 984,60 : 98 = | H-Taels 21 412,95 |

Nur pai-pao, ganz reines Silber, bewahren die Banken meist als solches in ihren Tresors für den Verkehr mit den chinesichen Behörden. Der Transport des Silbers geschieht in Kisten bis zu 60 Stück Schuhe, jeder Kiste ist ein Verzeichnis der Anzahl der Schuhe, deren Gewicht und Agio bezw. Disagio beigegeben. Eine Kiste kann also ca. 3000 Taels Silber enthalten, repräsentiert dann eine Last von ca. 2 Zentnern und ist somit ein sehr „schwerfälliges" Zirkulationsmittel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wir wollen nicht unerwähnt lassen, dass zwei Arten Taels existieren, welche über ganz China zu einem festen Verhältnis zu dem lokalen Courant-Tael stehen, das ist in den geöffneten Häfen der Haikuan-Tael, welcher vom Seezollamt zur Zahlung der Zölle in Anwendung kommt, er verhält sich z. B.

in Shanghai 100 : 111,40 Shanghai-Tael
„ Hankou 100 : 108,88 Hankou-Tael
„ Tientsin 100 : 105,— Tientsin-Tael

und der Kuping-Tael, der Tael der chinesischen Behörden, der Reichsschatzamttael (Ku), den man z. B.

in Shanghai 100 : 109,60 Shanghai-Tael,
„ Hankou 100 : 102,40 Hankou-Kungkoo-Tael

berechnet, der aber je nach der Behörde, um die es sich handelt, verschieden sein kann.

Dieses System der Couranttaels dient nun auch in sämtlichen geöffneten Häfen Chinas als Basis für die Kursnotierungen der Banken, d. h. für die Wertbemessung des Tael in seinem Verhältnis zu den ausländischen Valuten, d. i. zum Gold. Diese Wechselkurse hängen in der Hauptsache von dem Preise des Silbers (der Standard Unze) in London ab, ausserdem sind für ihre Gestaltung die Verhältnisse des Warenmarktes von Einfluss, d. h. entweder eine grössere oder geringere Nachfrage nach Wechseln oder ein Angebot von Wechseln auf Europa. Hieraus ergeben sich die starken Schwankungen der chinesischen Wechselkurse, und infolge des starken Preisrückganges des Silbers die ganz bedeutende Preissteigerung der aus den Ländern mit Goldvaluta eingeführten Waren, der Gebrauchs- und Lebensmittel für die Bewohner des Ostens.

Wir wollen hier nun gleich eines Zahlungsmittels Erwähnung tun, welches neueren Datums ist, aber mehr und mehr ein grösseres Umlaufsgebiet sich erobert. Das ist der Silberdollar, und zwar als mexikanischer Dollar alten Gepräges und als Silberdollar einheimischer Prägung.

Der Mangel einer höherwertigen Münze in China hat die Einbürgerung des Silberdollars begünstigt, man konnte mit Hilfe dieser Münze Zahlungen leisten, die Höhe des Umlaufsquantums konnte durch Importation beliebig vermehrt werden, und in seiner Eigenschaft als Silberdollar verhielt er sich seinem Gewicht und Feingehalt nach in ziemlich stabilem Verhältnis zum Tael und in seinem Goldwert demselben fast parallel. Wir sagen „fast“, denn Angebot und Nachfrage beeinflussen natürlich auch die Quotierung zu Zeiten ganz wesentlich, die allgemein aber mit 100 Dollars gleich 74 Shanghai-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Taels angenommen werden kann. Kursquotierungen finden in den chinesischen Häfen, wie Shanghai, Tientsin, den Yangtse Häfen etc., in Dollars nicht statt; wird eine solche verlangt, so bildet sie für die betreffende Bank eine besondere Transaktion der Umrechnung der Quotierung für Taels in Dollars Kauf bezw. Verkauf.

Man hat versucht, in China selbst Dollars zu prägen, in Canton, Nanking, Nganking (Provinz Anhué), Wuchang, Hangchou, Tientsin, Kirin, sind Münzen etabliert, welche Dollarstücke mit der Aufschrift des Verhältnisses von 7 mace, 2 candareen des lokalen Kupingtaels per Stück herstellen.

Die Einführung dieses einheimischen Dollars ist niemals geglückt, die Stücke haben nirgends einen grösseren Zirkulationskreis als die Provinz erlangt und werden an anderen Plätzen mit einem mehr oder weniger grossem Disagio gehandelt, während der mexikanische Dollar überall zum vollen Nennwert Aufnahme findet. Im Innern des Landes zirkulieren noch an einzelnen Plätzen alte Carolusdollars, s. g. Säulenpiaster spanischer Prägung.

Wir wollen hier noch im Anschluss an frühere Mitteilungen erwähnen, dass Staatspapiergeld unter der jetzigen Dynastie in China nicht mehr zirkuliert. Ein vorübergehender Versuch unter Kaiser Taokuang zur Zeit der Taiping-Rebellion zeigte, dass der Staatskredit, auf dem eine Notenausgabe basiert, geschwunden war. Die Noten, die heute noch an einzelnen Plätzen im Umlauf sind, sind Banknoten, und deren Einfluss ohne Bedeutung.

Die in neuester Zeit auf dem Gebiet der Münzgesetzgebung und des Edelmetallwesens vor sich gegangenen wichtigen Ereignisse, die im Jahre 1893 erfolgte Einstellung der freien Silberprägung in Indien, die Aufhebung der sogenannten Sherman Akte in Amerika, der seit den letzten Decennien erfolgte Übergang Indiens und Japans zur Goldwährung haben, gegenüber einer vergrösserten Produktionsfähigkeit des weissen Metalles, dessen Absatzgebiete von Jahr zu Jahr verringert.

China gewährt mit nur noch wenig Ländern dem Silber als Zahlungsmittel unbeschränkte Aufnahme. Jeder Bank ist es gestattet, so viel sie mag Silber einzuführen und als Sycee in Umlauf zu bringen. Sie wird es natürlich tun, wenn

1. Bedarf dafür vorhanden,

2. wenn ihr die Anschaffung und Unkosten der Verschiffung von Silberbarren von London nach China eine genügende Chance bietet, um einen Nutzen aus der Transaktion zu ziehen.

China selbst produziert nicht genügend Silber, um den Bedarf zu decken, der stetig gestiegen ist. Durch die ungleiche Handelsbilanz, eines vergrösserten Angebotes infolge der in Gold kontrahierten Staatsschulden, deren Zinsen und Amortisationsquoten von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den Chinesen in Silber bezahlt werden, bei geringerer Nachfrage, d. h. verhältnismässig geringem Export, sieht sich China auf dem unangenehmen Standpunkt angelangt, sich in das eigene Fleisch zu schneiden und selbst zu einem immer mehr sich erniedrigenden Kurs des Silberpreises beizutragen. Es befindet sich in einer Abhängigkeit den fremden Regierungen gegenüber, welche, nach dem Ausspruch Ludwig XV., in solchen Lagen den Staat halten „wie der Strick den Gehängten", und es ist vom chinesischen Standpunkte aus nur zu erklärlich, dass man sich in Peking von der drückenden Last der Goldschuld nach Möglichkeit frei zu machen und die kontrahierte Kriegskostenentschädigung z. B., in Silber abzulösen sucht. Von welch ungeheuer einschneidender Wirkung der Preisrückgang des Silbers auf den Osten gewesen ist, mögen Sie den Quotierungen entnehmen, wonach 1 Tael Silber im Jahre 1889: 4,50 Mk., 1890 wieder 5,20 Mk.

| | Januar | Juni | Dezember |
|---|---|---|---|
| 1893 . . . | 3,80 | 3,56 | 3,31 |
| 1895 . . . | 2,77 | 3,01 | 3,09 |
| 1898 . . . | 2,66 | 2,59 | 2,77 |
| 1900 . . . | 2,76 | 2,76 | 2,94 |
| 1902 . . . | 2,56 | 2,34 | heute: 2,33 |

während des Druckes dieses Vortrages im Februar 1903 war die Quotierung auf 2,20 Mk. gefallen.

Aber nicht allein im Hinblick auf die Handelsbilanz mit dem Ausland ist der Rückgang des Silberpreises für China so nachteilig geworden, auch im Hinblick auf seine inneren Verhältnisse, auf die eigentliche Währung seines Landes, den Kupfer-Cash.

Während einiger Decennien ist nämlich in auffallender Weise ein stetiger Rückgang der für einen Tael Silber bezw. einem Silberdollar gleichwertigen Anzahl Kupfer-Cash zu bemerken. Der Cash ist stetig teurer geworden, Silber im Lande selbst unter seinen Goldwert gefallen.

Es mag dies dem Umstand zuzuschreiben sein, dass

1. der Dollar mit seiner Stückelung 20, 10 und 5 Cents-Stücken, an Stelle des Kupfer-Cash getreten, was bis zu einem gewissen Grad der Fall sein dürfte; ein Hauptgrund liegt aber wohl darin,

2. dass Cash nicht in genügender, hinreichender Anzahl gegossen werden,

3. dass durch den Rückgang des Silbers der Preis des Kupfers ungleich erhöht ist.

Dabei ist die Kaufkraft des Cash eine geringere geworden, denn die Marktpreise der Nahrungsmittel und aller Lebensbedürfnisse sind ganz bedeutend gestiegen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das Gewicht von 100 Cash war zu Anfang der jetzigen Dynastie der Ta Ts'ing 1644 noch 10 chinesische Unzen; in den Regierungsepochen von

K'ang Hsi 1662—1723,
Yung chêng 1723—1736 und
Chien Lung 1736—1796

hielt es sich auf 12,2, aber schon während der Epochen von

Chia Ching 1796—1821 und
Taokuang 1821—1851

geht das Gewicht von 100 Cash auf 10,73—10,80, fällt unter

Hsien fêng 1851—1862

auf 9, und neuerdings unter

Kuanghsü

sogar auf 6,80 und noch weniger chinesische Unzen.

Untersuchungen haben festgestellt, dass die 1899 in Tientsin hergestellten Cash

55,69 pCt. Teile Kupfer,
41,56 „ „ Zink,

der Rest Eisen und anderes Metall enthalten, und

100 Cash = 6,5014 chinesische Unzen

wiegen. Sie enthalten sonach

$6{,}5014 \times 0{,}5569 = 3{,}6207$ chinesische Unzen Kupfer und
$6{,}5014 \times 0{,}4156 = 2{,}702$ „ „ Zink.

Man berechnete zur Zeit dieser Untersuchung

1 Tonne Kupfer zu 82 Pfd. Sterl. 15 Schill. — Pence,
1 „ Zink „ 26 „ 7 „ 6 „

und da 1 $t = 26\,880$ chinesische Unzen sind, so ergibt sich ein Metallwert von

100 cash an Kupfer 0,22293 Shilling
„ Zink 0,05303 „
zusammen 0,27596 zuzüglich Kosten der Fracht, Versicherung 3 pCt. 0,28423 Schilling.

Am 8. Juli 1899 war der Kurs für ein Tientsin-Tael für tel. transfer London 2./10. $^1/_{16} = 2{,}83854$ Shilling, die Anzahl von Cashstücken, welche ihrem Metallwert nach einen Tientsin-Tael repräsentieren wäre demnach

$2{,}83854 : 0{,}0028423 = 1000$ cash
gegen 1105 cash

Notierung desselben Tages für 1 Tientsin-Tael. Die Regierung konnte also bei den damaligen hohen Kupferpreisen, sofern sie nicht noch billiger eingekaufte Vorräte verwenden konnte, nur mit Verlust neue Cash von dem oben erwähnten Gehalt und Gewicht herstellen lassen, sie musste natürlich in beiden heruntergehen. Daher der Mangel an Cash, die Zunahme minderwertiger und gefälschter Stücke, von denen man jetzt bis 15, ja an manchen Plätzen bis 30 und mehr Prozent bei Zahlungen zu rechnen hat.

Unterm 26. Mai d. J. notierte

| | | |
|---|---|---|
| Kupfer in London | Lstr. 55,—/— | die Tonne. |
| Zink . . . . . | „ 18,10/— | |

Auf Basis des obengenannten Legierungsverhältnisses kommen wir zu einem annähernd gleichen Resultat, und jedenfalls zu dem Schluss, dass der Cashkurs annähernd den wirklichen Metallwert neuer Stücke repräsentiert, was einer freien Kupferprägung gleichkommt.

Infolge der Erlaubnis, Cashmünzen in unlimitierten Mengen herzustellen, reguliert sich deren Unabhängigkeit, in einem festen Verhältnis zum Silber zu stehen, und bewahrt sich der Cash davor, als Scheidemünze des Silber-Taels zu dienen. Die Herstellung ist lediglich von dem Verhältnis des Preises der Rohmaterialien zu dem Marktwert des Cash abhängig.

In Shanghai erhielt man für 1 Dollar 1892: 1050, 1897: 900, jetzt ca. 850 cash. Gleiche Rückgänge hat man in den verschiedensten Teilen des Landes konstatiert. Überall ist der Cash stetig zum Schaden des Volkes fühlbar knapper geworden; die teuren Kupferpreise, die China mit dem im Preise zurückgegangenen Silber zahlen muss, machen das Herstellen von Stücken unlohnend.

Gute Cash werden, in Bewahrheitung des Greshamgesetzes, wonach eine gute Währung von einer minderwertigen verdrängt wird, eingeschmolzen und finden als Rohmaterial bessere Verwendung; dafür kursieren minderwertige, gefälschte.

Der Wert des Silbers im Verhältnis zum Cash ist stetig gefallen, die ungeheure Menge minderwertiger und falscher Cash haben die Preise der Lebensmittel gesteigert, viele Distrikte sind während der letzten Jahre von Missernten heimgesucht worden. Durch Anbau des Mohnes hat man beigetragen, eine Teuerung der Lebensmittel herbeizuführen, Löhne, Steuern sind gestiegen, der früher schwunghafte Tee- und Holzhandel hat nachgelassen, kurz, das Land ist ohne Frage gegen früher ärmer geworden. Eine gründliche Reform seiner Währungsverhältnisse ist es, die dem Land not tut, die dem allgemeinen Wohlstand, dem Handel, dem ganzen Volk zum Vorteil gereichen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

würde, aber eine radikale Reform, nicht ein neuer Flicken auf altem Kleid.

Leider gibt es aber in China deren zu viele, welche an dem mangelhaften Zustand seiner Geldverhältnisse ein Interesse haben. Beamte jeder Rangklasse und Leute jeden Standes, welche dadurch reich werden, davon leben, und aus der schlechten Beschaffenheit des Cash, der Ungleichheit des Silbergewichtes ihren Vorteil ziehen.

Confucius antwortete auf eine an ihn gestellte Frage, was für die an Zahl stark gewordene Bevölkerung getan werden kann: „Lasse sie reich werden". Dieser nüchternen, auf das Realistische gerichteten Tendenz, so ganz unseren heutigen Anschauungen entsprechend, hängt jeder Chinese, vom obersten Beamten bis zum niedrigsten Kuli, an, jeder nach seinen Kräften, jeder nach seiner Façon! Geld beherrscht in China mehr als anderswo die Interessen des Volkes. Aber aus der Geschichte lässt sich nachweisen, dass es gewisse wichtige Lehrsätze in der Wissenschaft der National-Ökonomie gibt, welche in ihren Folgerungen unbestritten bleiben und mit matematischer Gewissheit eintreten, und dass weder Lebensbedingungen, Bodenbeschaffenheit oder menschliches Handeln imstande sind, die Konsequenzen dieser Grundregeln zu ändern, weder anderswo noch in China.

## Referenzwerke.

Prof. Dr. F. Hirth. China and the Roman Orient.
S. Wells Williams. L. L. D. The Middle Kingdom.
Colonel Henry Yule. C. B. The Book of Ser Marco Polo, the Venetian.
Prof. J. Edkins. Chinese Currency.
W. Vissering. On Chinese Currency, Coin and Paper money.
Ed. Biot. Mémoire sur le Système monétaire des Chinois.
J. Klaproth. Sur l'origine du papier monnaie.

**E. Brass,** Berlin, weist in der Diskussion noch auf weitere Schwierigkeiten hin, welche dem fremden Kaufmann in China aus den Währungsverhältnissen in China erwachsen. So sind die Gewichte und damit auch die Silbergewichte in den einzelnen Provinzen verschieden. Ein Hankou-Tael ist 3,5 pCt., der Tientsin-Tael ca. 5 pCt. und der Haikuantael, in welchem die Zölle gezahlt werden, 11,2 pCt. mehr wert als der Shanghai-Tael.

Ebenso wechselt auch noch das Verhältnis des Kupfercash zum Silber fortwährend, aber durchaus nicht willkürlich, sondern die Gilden, namentlich die Geldwechslergilden, setzen täglich den Kurs fest. Ebenso bestimmen diese, wieviel cash der tiao oder sogenannte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

strang von 1000 cash enthalten soll. Derselbe enthält nämlich niemals 1000 cash, augenblicklich etwa 600 gute und ca. 200 geringe, kleine und falsche cash.

Auch das Verhältnis des mexikanischen Dollar zum Tael, welches nominell ca. 75 Taelcents für einen Dollar beträgt, schwankt zwischen 72 und 80 Taelcents, und werden tägliche Kursnotierungen gegeben.

## Der Wettbewerb weisser, gelber und schwarzer Arbeit in der industriellen Produktion.

Von Dr. **Alexander Tille,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Zweimal in neuerer Zeit ist die Industrie des Abendlandes durch den Schreckruf gestört worden, dass ihr in der Ferne ein überlegener Mitbewerb drohe, der zu ihrem Untergange und damit zur Verelendung der abendländischen Arbeiterbevölkerung führen müsse. Er kam beide Male aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von 1851 bis 1860 waren nach den Vereinigten Staaten 41 397 Chinesen eingewandert und 1861 bis 1870 68 059, in den zwei Jahrzehnten von 1851 bis 1870 also über 109 000. Als man diese Tatsache in der Union gewahr wurde, entstand eine ungeheure Unruhe darüber. Man glaubte das Gespenst einer Mongolengefahr vor der Tür und sah die Angehörigen der gelben Rasse schon in Hunderten von Millionen über den Ozean nach den Vereinigten Staaten ziehen. Es war jedoch nur ein Gespenst. Ein Gesetz gegen diese Einwanderung genügte, um sie zum Stillstand zu bringen. 1890 hatten die Vereinigten Staaten nur noch 107 000 Chinesen. Auch in ihrer Nachbarschaft war darum der Zuzug nicht gewachsen: Kanada hatte damals 9000, Australien 41 000 Gelbhäute. Eine genauere Bekanntschaft mit den Bevölkerungsverhältnissen Chinas hat gezeigt, dass selbst die Wahrscheinlichkeit einer stärkeren Chinesenausfuhr keineswegs nahe liegt.

Zunächst ist Chinas Bevölkerungsdichte an sich gar nicht sehr gross: Die Bevölkerung von China wird oft bis auf 460 Millionen angegeben. Bemerkenswert ist jedoch, dass Sachkenner, wie der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

frühere deutsche Gesandte in Peking, Max von Brandt, sie anderseits nur auf 300 Millionen berechnen. Die letzte genauere Einschätzung stammt aus dem Jahre 1892 und berechnete in ganz China eine Bevölkerung von 362 Millionen bei 11 Millionen Quadratkilometer Bodenfläche. Nach dem Berichte des Ostasiatischen Lloyd vom 18. Juli 1902 betrug das Ergebnis der Volkszählung Chinas (der achtzehn Provinzen) im Jahre 1902 408 Millionen Menschen. Die amtlichen Zahlen liegen noch nicht vor. Auf das übrige China kämen danach etwa noch 40 Millionen. Auf den Quadratkilometer kämen also 40 Einwohner. Deutschland hat einen Flächenraum von 54 000 *qkm* und 57 Millionen Einwohner, also 106 Einwohner, d. h. fast die dreifache Anzahl auf dem Quadratkilometer. Nimmt man nur das eigentliche China oder das Land der 18 Provinzen, das bei einem Umfange von 4 Millionen Quadratkilometern 408 Millionen Einwohner hat, so kommen selbst dort nur 102 Einwohner auf den Quadratkilometer, also 4 weniger als im Deutschen Reiche. Da im Königreich England 205 Personen auf dem Quadratkilometer und in London 21 000 Personen auf dem Quadratkilometer wohnen, ohne dass sogenannte Übervölkerung herrschte, was man sich nun unter diesem wunderlichen Begriffe denken mag, so kann im chinesischen Reiche sicher nicht wegen allzugrosser Bevölkerungsdichte davon die Rede sein, sondern diese Vorstellung gehört ins Reich der Fabel.

Wichtiger als die augenblickliche Höhe der chinesischen Bevölkerung ist jedoch die Frage: Befindet sich dieselbe im Zunehmen, und wie stark ist der jährliche Zuwachs? Im Deutschen Reiche beläuft er sich bekanntlich zur Zeit auf fast 800 000 Menschen. Erst 1899 sind wir in den Stand gesetzt worden, uns über die fliessenden Bevölkerungsverhältnisse Chinas ein Urteil zu bilden. Im Märzheft 1899 der Zeitschrift der Royal Statistical Society hat uns nämlich ein Brite die chinesische Bevölkerungsstatistik von 1651 bis 1860 zugänglich gemacht, die sich aus den 70 Bänden des Tung-hwa Luh, den Steuerbüchern Chinas während zweier Jahrhunderte, gewinnen lässt. 1770 haben wir 213 Millionen, 1800: 295 Millionen, 1810: 345 Millionen, 1821: 355 Millionen, 1830: 394 Millionen, 1840: 412 Millionen, 1850: 414 Millionen und 1851: 432 Millionen. 1860 dagegen nur 260 Millionen. Die letzte Zahl ist offenbar falsch und erklärt sich aus den ungenauen Erhebungen der Kriegszeit. Bei Zugrundelegung der Zahl von 408 Millionen von 1902 haben wir es in China seit 1851 mit einer zurückgehenden und gar nicht mit einer wachsenden Bevölkerung zu tun. Steht aber die Bevölkerung Chinas zur Zeit still, oder geht sie, was noch wahrscheinlicher ist, sogar etwas zurück, so steigt die Zahl der Mittelländer von Jahr zu Jahr um mehrere Millionen, so dass nicht nur von einer Über-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

flügelung des Westens durch Mongolenmassen nicht die Rede sein kann, sondern wir sogar auf dem besten Wege sind, die Mongolen auch an Zahl zu überflügeln, wie wir es in anderer Hinsicht bereits getan haben.

Ganz ähnlich lag der zweite Fall. In den Südstaaten der Union hatte man eine sehr starke Negerzunahme beobachtet, und übereifrige Statistiker hatten bereits die Berechnung angestellt, wann bei gleicher fortgesetzter Zunahme die Union zu einem überwiegend schwarzen Lande geworden sein würde. Noch heute spukt hie und da in Europa dies Gespenst, obgleich es über dem Atlantischen Meere längst aufs bündigste gebannt worden ist. Die starke Zunahme der Negerbevölkerung im Süden der Vereinigten Staaten war nicht zu bestreiten, aber die nähere Betrachtung zeigte, dass sie nicht etwa einer ungeheuren Zunahme der Negerbevölkerung überhaupt, sondern nur einer Abwanderung der Neger vom Norden her entsprang, wo die negerfeindliche weisse Bevölkerung ihnen bei jeder Gelegenheit schroff in den Weg trat. Die Volkszählung von 1890 wies 7470 Tausend Neger, Mulatten, Quadronen u. s. w. nach, von denen neun Zehntel in den Südstaaten wohnten, wo sie ein Drittel der Bevölkerung bildeten. Südkarolina, Georgia, Mississippi und Louisianna erhielten damals den Namen des black belt, des schwarzen Gürtels, der sich noch heute quer durch den Süden der Union zieht.

Heute wohnen auf der Erde rund 1600 Millionen Menschen, von denen 600 Millionen Mittelländer, 700 Millionen Mongolen und 300 Millionen Wollhaare sind. Von diesen halten sich die Mongolen nicht ganz auf ihren Beständen, die Wollhaare aber gehen ziemlich stark zurück. Beruhen nun die beiden Gefahren der Übervermehrung der Mongolen und Wollhaare offenkundig auf Einbildung, so ist doch nicht zu leugnen, dass heute Weisse, Gelbe und Schwarze tatsächlich nicht mehr bloss im Landbau arbeiten, sondern alle drei auch Dinge herstellen, welche wir mit dem Ausdruck Industrieprodukte bezeichnen, und dass dadurch der Wettbewerb dieser drei Menschenarten in der industriellen Produktion zu einer Art Zeitproblem geworden ist. In neuster Zeit ist ja die Bedeutung der Arbeit der Völker für den Daseinskampf dadurch sehr gesteigert worden, dass sie in der Maschine die mechanische Kraft in ihren Dienst nahm, durch Grossbetrieb mit Arbeitsteilung und Arbeitsgliederung die nationale Gütererzeugung vervielfachte und so die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit verschiedener Völker fast ins Ungemessene steigerte. Es ist ja an sich klar, dass man auch beim Holzhacken Geschick und Ungeschick beweisen kann, dass aber Unterschiede in der Flinkheit schon bei der Arbeit an der Handspindel viel stärker hervortreten müssen. Auch im Wettlauf ist die Schnelligkeit der Menschen ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schieden. Setzt man aber Menschen mit verschiedener Fussgeschwindigkeit auf Fahrräder, so vervielfachen sich die Unterschiede in den zurückgelegten Strecken sehr bald. Sobald man bei der Arbeit mechanische Kraft in den Dienst nimmt, ist das noch in viel höherem Grade der Fall. An der modernen Spinnmaschine kann ein fähiger Arbeiter leicht das Zwanzigfache von dem leisten, was ein Unfähiger leistet. Dazu ist das Übergewicht der billigeren Arbeitsleistung nicht mehr örtlich gebunden wie ehedem, sondern hat im Zeitalter des modernen Weltverkehrs eine Fernwirkung bekommen, die ihr nie vorher eignete. Dadurch ist an Stelle der alten nationalen Form der Produktion ein internationaler Wettbewerb um die Arbeitsgelegenheit auf dem Weltmarkte getreten, kraft deren die billigste Arbeitskraft auf die Dauer alle Aufträge an sich ziehen muss und dadurch in die Lage kommen kann, andere brotlos zu machen. Es wäre also auf dem Industriefelde, auch ganz abgesehen von der Vermehrungsfrage, wohl eine Art Gefahr für die Mittelländer möglich. Wie, wenn Mongolen und Wollhaare durch ihre Bedürfnislosigkeit in den Stand gesetzt wären, jede andere Arbeitskraft zu unterbieten, und so schliesslich auf dem Wege des friedlichen Wettbewerbs die mittelländische Rasse zu besiegen und zum Daseinstore hinauszudrängen? Unter den Eindrücken, die sie von dieser Befürchtung empfangen haben, sind zahlreiche Reisende nach China gegangen und haben dort Material zur Stützung dieser Behauptung gesammelt. Ja, auch viele Gesandte, Gesandtschaftsbeamte und Konsuln europäischer Staaten wie Nordamerikas haben es sich angelegen sein lassen, in ihren Berichten der westlichen Welt vor dieser Gefahr gruseln zu machen. Bei Gelegenheit der Erwerbung von Kiautschou sind diese Dinge dann ergiebig ausgebeutet worden, und selbst überlegte Männer haben damals gemeint, die Gefahr, dass von China aus Industrieprodukte nach Deutschland eingeführt werden könnten, sei nicht zu unterschätzen. So sind diese Aufstellungen nachgerade zu einem Dogma geworden, dem zu widersprechen einem den Vorwurf der Ketzerei einträgt. Trotzdem möchte ich widersprechen.

An Bodenbeschaffenheit ist China eines der gesegnetsten Länder der Erde. In seinem Boden ruht Eisen und Kohle in reicher Menge. Grosse Teile haben ein gemässigtes Klima. Im Süden gedeiht Reis, Tee und Baumwolle und das Futter der Seidenraupe. Damit ist eine Voraussetzung für den Wohlstand gegeben, wie sie in vielen heute reichen Ländern fehlt. Aber die Natur allein bietet den Menschen wenig. Der Haupterzeuger von Gütern bleibt unter allen Umständen die menschliche Arbeit. Wenn in China trotzdem vielfach wirtschaftliche Zustände herrschen, welche die deutsche Sprache



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mit dem Worte Elend beschreibt, so liegt das an der Leistungsunfähigkeit der Bevölkerung. Mit fast elementarer Regelmässigkeit kommen Hungerepidemien über das Land. Wo ein Aufstand, eine anhaltende Dürre, eine Überschwemmung die Ernte kürzt oder vernichtet, da ist die Hungersnot sofort zur Stelle, weil die unteren Massen trotz ihrer geringen Bedürfnisse nur soviel erzeugen, als sie unmittelbar zu verbrauchen pflegen, und dadurch keinerlei Ansammlung eines Rückhaltes möglich ist. Scharen von Bettlern beider Geschlechter und jeden Alters ziehen dann Almosen heischend durchs Land. Meist verschwinden sie schliesslich lautlos, weil einer nach dem anderen vor Erschöpfung zusammenbricht und im freien Felde endet, wo sich niemand um seine Leiche kümmert. Gewiss kommen auch die Lust am Glücksspiel, die Vielweiberei, die Lust an Geschlechtsausschweifungen, die Lust an der Berauschung aller Art, vor allem die Opiumsucht, dazu, um die Masse im Elend festzubannen. Aber im Grunde ist doch der Verbrauch von Mitteln hierbei gering. Was einer im Glücksspiel verliert, muss ein anderer gewinnen. Die Berauschungsmittel sind billig, und die Geschlechtsausschweifungen verbrauchen wohl Menschen, aber kaum Geldmittel. Dasselbe gilt von dem frühen Heiraten. Wo ein zwölfjähriger Bräutigam nicht selten eine neunjährige Braut freit, da haben Eltern und Kinder nicht eben sonderliche Aussichten auf Übermenschentum. Aber die Hauptursache der Armut bleibt die Unfähigkeit des Chinesenstammes. Selbst in mehrtausendjähriger Kultur haben die Chinesen noch nicht gelernt, die Überschwemmungen zu regulieren und zu bemeistern, welche fast alljährlich weite Strecken um den Ertrag ihrer Jahresarbeit bringen, und deren Folge die Bettlerheere sind, die von dem Überschwemmungsgebiete aus nach allen Richtungen das Land durchkreuzen. Ebensowenig versteht man sich darauf, den häufigen Dürren durch Kanalisation vorzubeugen. Ja, was gegen sie in früheren Jahrhunderten getan worden ist, das ist seit dem Verfalle des Chinesentums mit in Verfall geraten. In China, wo die Verwertung der Steinkohle zu Brennzwecken über ein Jahrtausend alt ist, ist man selbst in dieser Zeit nicht bis zu einem Abbau gelangt, der, an europäischem Masse gemessen, mehr als Spielerei wäre. China besitzt unbestritten die gewaltigsten Kohlenlager der Erde, und doch sind diese in den 900 Jahren, seit denen sie benutzt werden, noch kaum ernstlich berührt worden. Mit einer einzigen Ausnahme (dem Bergwerk Kaiping nördlich von Peking) steht der Kohlenbergbau Chinas auf der allerniedrigsten Stufe, sodass bisher nur die ungeheuersten Kohlenflöze, welche dicht unter der Erdoberfläche liegen, den Abbau lohnen. Hätte China leistungsfähige Arbeiter, was hätte bereits aus diesen Kohlenwerken werden können! Seit einem halben

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Jahrtausend hätte China mit seinen Steinkohlen die östliche Welt versorgen müssen, während sie noch heute das Kamel in Säcken nur nach den allernächsten Orten trägt. Aber selbst in Kaiping, wo der Kohlenbau nach dem fortgeschrittensten europäischen Muster betrieben wird, und von wo aus eine eigene Kohlenbahn nach Peking läuft, bringt man es nur auf einen Jahresertrag von 8—900000 Tonnen. Aber die Kaiping-Kohlengruben sind doch immer noch das einzige Unternehmen in chinesischen Händen, das bis jetzt ein erträgliches Ergebnis geliefert hat. Ähnlich ist es auf anderen Gebieten. China, das Seide erzeugt wie kein anderes Land der Erde, führt trotzdem aus Frankreich erhebliche Mengen seidener Stoffe, Bänder und Posamenten ein.

Trotz dieser wirtschaftlichen Tatsachen stehen sich über chinesische Arbeit zwei gänzlich widersprechende Anschauungen gegenüber, die beide in ihrer Weise merkwürdig sind.

Da ist zuerst die eine, die nicht genug Rühmens von chinesischem Fleisse und chinesischer Ausdauer machen kann.

Der frühere deutsche Gesandte, M. von Brandt, sagt geradezu: „An Fleiss, Geduld, heiterem Sinne bei harter Arbeit und schmaler Kost ist der Chinese jedem anderen überlegen; der Chinese ist arbeitsam, sparsam, genügsam, friedlich, höflich“, wenn er dem auch hinzufügt, wie der Alttürke sei der Chinese langsamer und schwerfälliger in Begriff und Handlung als der aufgewecktere und geistig regere Araber und Japaner.

Hermann Schumacher ist der Meinung, die dichte Bevölkerung Chinas habe den Kampf ums Dasein in China besonders scharfe Formen annehmen lassen, das Volk zum Erwerbe, zur Arbeit erzogen, Arbeitstrieb und Erwerbssinn einerseits, Genügsamkeit und Sparsinn andererseits zu einer Höhe entwickelt, wie sie vereint sonst nirgends ausserhalb des Kreises der Kulturvölker zu erreichen sei, und er sagt geradezu: „Nirgends geht ein Volk so völlig im Erwerbsleben auf.“ (Deutschlands Interessen in China, Stuttgart, 1900, S. 4.) Ja, er erwartet von der Zukunft noch grösseres: „Welche Perspektiven eröffnen sich, wenn das chinesische Volk einst aus dem Kreise dieses kleinlichen, alle Kräfte absorbierenden Kampfes ums Dasein sich erhebt, wenn es mit den Mitteln moderner Technik und wirksamerer Organisation ihm gelingt, seine Arbeitskraft erfolgreicher als bisher auszunutzen?“ „Kein anderes Volk der Erde, darf man wohl sagen, zeigt in gleichem Masse wie das chinesische, die Fähigkeit, jeglichem Klima mit gleicher Leichtigkeit sich anpassen zu können und überall, in grösster Hitze oder schärfster Kälte, bei richtigem Ansporn die gleiche Arbeitsfähigkeit, ja Arbeitsfreudigkeit zu zeigen.“

Ganz ähnlich sprechen sich andere europäische Staatsmänner, europäische Konsuln und Berufsreisende aus. Danach sind die Chi-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nesen von unerhörtem Fleiss und kennen trotzdem keine eigentliche Überarbeitung. Danach ist es dem Chinesen ganz gleich, wie lange er in einer und derselben Stellung verharren muss. Er schreibt den ganzen Tag ununterbrochen wie ein Automat; ist er Handwerker, so verharrt er vom frühesten Morgen bis spät in die Nacht auf einem und demselben Fleck, um entweder zu weben oder zu tun, was sonst seine Arbeit ist; er setzt dies Tag für Tag gleichförmig fort mit anscheinender Gefühllosigkeit gegen die Eintönigkeit. Er hat eben keine Nerven, sagen diese Berichterstatter, und meinen damit, dass ihm die europäische Nervosität fehle.

Merkwürdigerweise fehlt in diesen Berichten ausnahmslos ein Wort über die ungeheure Produktenmenge, die der Chinese bei solchem Fleisse schafft. Und ebenso seltsamerweise stehen daneben die grausigsten Berichte über die grenzenlose Armut und das Elend der niedrigsten Volksschichten. Wir wissen, dass die menschliche Arbeit die Hauptquelle der Gütererzeugung ist, und wir sehen an dem modernen England, dass ein einziges Jahrhundert Volksfleiss genügt, selbst bei Verdoppelung der Volkszahl ungeheure Reichtümer aufzuhäufen. Und hier soll in einem gesegneten Lande fast ohne Gleichen plötzlich mit dem grössten Volksfleiss die bitterste Armut Hand in Hand gehen? Wo sind denn in China die Reichtümer, die dadurch entstanden sind, dass die Arbeit der Lebenden in jeder Generation einen erheblichen Überschuss über ihren Verbrauch hinterlassen hat? Ja, wie kommt es denn, dass bei solchem Fleisse Tausende von Familien ihre Kinder aussetzen müssen, weil sie sich ausser Stande fühlen, sie zu ernähren? Natürlich kommt bei der geringen Produktivität chinesischer Arbeit auch die Rückständigkeit der Produktionsmethoden in Betracht, der Mangel an Arbeitsteilung, geeigneten Geräten und Instrumenten und der damit zusammenhängende verschwindend geringe Verbrauch von Eisen. Aber bei einem wirklich arbeitsamen Volke, lässt sich ohne weiteres sagen, würden die Produktionsmethoden eben nicht derartig rückständig sein.

Wenn Reisende den Chinesen als sehr arbeitsam bezeichnen, so braucht man sich doch meist nur den Zusammenhang anzusehen, um zu erkennen, dass sie eigentlich nicht arbeitsam, sondern geschäftig meinen. Wenn andere den chinesischen Soldaten als tapfer bezeichnen, so sind die beigebrachten Züge meist Zeichen von Grausamkeit in Fällen, wo sich die betreffende Schar in gewaltiger Übermacht befand. Die Belagerung der europäischen Gesandtschaften in Peking im Sommer 1900, bei der sich ein paar Hunderte Europäer viele Wochen lang gegen eine Streitmacht hielten, die bis zu 50 000 Mann angegeben wird, beweist nicht gerade den Mut des Chinesen, der nun einmal der Tatkraft nah verwandt ist. Eines

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der am öftesten angeführten Beispiele für den Mut chinesischer Krieger ist ihr Sieg bei Langson über die Franzosen am 28. April 1885, wo 50 000 Chinesen 1900 Franzosen gegenüber standen und es doch nicht hindern konnten, dass diese sich in vollkommener Ordnung zurück zogen. Erst in der Verzweiflung kämpft der Chinese, dann aber auch wie ein Besessener. Der von den Mahdisten in Khartum erschlagene General Gordon war der Meinung, in mancher Hinsicht sei der Chinese allerdings kein Feigling. Im allgemeinen liess er das alte Urteil aber trotzdem gelten.

So kann es denn kaum Wunder nehmen, wenn diejenigen Europäer, welche einmal in China ein Geschäft betrieben, Fabriken besessen, oder Bauten unternommen haben, oder als sachverständige Industrielle Land und Leute besucht haben, ein ganz anderes Lied singen. Von ihnen hören wir, dass der Chinese nur zu der niedrigsten Art mechanischer Arbeit zu gebrauchen sei, und dass er so langsam sei, dass seiner Verwendung zu europäischer Art Arbeit die engsten Grenzen gezogen seien. Der einstige Inhaber der grössten Mühlenbaufirma der Welt, Heinrich Simon in Manchester, der Erfinder des automatischen Mahlsystems der modernen Walzmühle, machte bei seinen Mühlenbauten in China die Erfahrung, dass es billiger war, fremde Arbeitskräfte weither zu holen als chinesische Arbeiter zu verwenden. Ganz genau dieselbe Erfahrung machten die Russen bei ihrem grossen sibirischen Bahnbau. Da die Chinesen nur ein Viertel des russischen Tagelohnes verlangten, waren sie zuerst der Regierung hochwillkommene Gäste. Die Voranschläge für die Holzbauten, Stein- und Erdarbeiten wurden herunter gesetzt und der Bahnbau mit chinesischen Kulis weiter betrieben. Aber man hatte die Rechnung ohne die Unfähigkeit der chinesischen Kulis gemacht. Infolge der Verwendung dieser minderwertigen Arbeitskräfte kam diese Bahnstrecke teurer zu stehen als jede andere Strecke. Die mandschurische Strecke war ursprünglich auf 206 Millionen Mark veranschlagt gewesen; man musste nicht nur zu dem ursprünglichen Anschlag zurückkehren, sondern bis 1900 erwuchsen darüber hinaus noch 82 Millionen Mark Mehrkosten. Dieses Ergebnis befremdete dermassen, dass eine eigene Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt wurde, die aber nur feststellen konnte, dass die Kosten sich wirklich so hoch belaufen hätten.

Herr Th. M. Vogelsang aus der Firma Vogelsang & Co. in Kanton wandte sich unterm 7. März 1900 in einem Briefe an die „Deutsche Kolonialzeitung“ gegen die dort aufgestellte Behauptung von dem chinesischen Kulifleisse. Er schrieb wörtlich: „Stellt man den Chinesen auf Tagelohn an, so kann man sich darauf verlassen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sowie der Herr den Rücken wendet, tut er nichts, ja selbst während er ihn beaufsichtigt, verrichtet er seine Arbeit mit solcher Langsamkeit und Umständlichkeit, dass es einem ordentlich in der Hand zuckt. Der Chinese denkt, meinen Arbeitslohn kriege ich doch, ob ich mich nun anstrenge oder nicht, ergo strengen wir uns nicht an." Im Anschluss daran sprach er dann die Hoffnung aus, dass es mit der Einführung von Akkordarbeit besser werden werde. Derselbe Herr spricht den Satz aus: „Der Chinese ist der Hauptträger der Korruption, wohin er auch kommt; er steht sittlich auf einer ausserordentlich niedrigen Stufe und hat die ekelhaftesten Laster."

Natürlich sind auch nicht alle Chinesen gleich unfähig. In der Umgegend von Kanton hat die beharrliche soziale Auslese von Begabten aus dem Hinterlande und ihre Festhaltung an der neu gewonnenen Scholle eine tatsächlich über das sonstige Chinesenmass hinausragende Bevölkerung geschaffen. Eine geringe Vermischung mit mittelländischem Blute mag dazu gekommen sein. Aussehen, Mundart, Kultur, Begabung und Gemütsart weichen hier so stark von dem sonstigen Chinesentum ab, dass von Richthofen meinte, man habe es hier mit den Nachkommen von frühen maritimen Kolonisten einer begabteren Rasse zu tun. Es herrscht hier eine gewisse Beweglichkeit und Vielseitigkeit der Bevölkerung; ein rührigerer Unternehmungsgeist, ein klügerer Handelssinn, eine grössere gewerbliche Geschicklichkeit und ein gewisses Mass von künstlerischem Talente. „Hier," sagt Hermann Schumacher (Die chinesischen Vertragshäfen, Jena 1899, S. 42) „ist der Sitz der chinesischen Kunstindustrie, deren formen- und farbenreiche, mit hingebender Sorgfalt gearbeiteten Erzeugnisse seit Jahrhunderten Gegenstände der Bewunderung, trotz ihres bizarren Geschmacks, in Europa sind. Hier haben sich auch andere Gewerbe zu grosser Höhe entwickelt. Allen voran steht die Seidenindustrie; im ganzen Delta blüht die Seidenzucht; die Seidenspinnerei beschäftigt Tausende von Händen; die Seidenweberei und Seidenstickerei hat bewundernswerte Höhe erlangt. . . . . Zugleich hat die Baumwollindustrie eine grosse Ausdehnung gewonnen; sie versorgt weite Teile des südlichen China mit ihren Erzeugnissen. Eine Menge anderer Gewerbe, teils, wie die Fabrikation von Papier und Porzellan, ausschliesslich für einheimischen Gebrauch, teils auch, wie die Herstellung von Matten und Feuerwerkskörpern, für die Ausfuhr, gibt Tausenden Beschäftigung."

Sehr schlechte Erfahrungen haben alle europäischen Bauunternehmungen in China gemacht, welche mit Voranschlägen auf europäischer Grundlage rechneten. Selbst bei den Bahnbauten, wo es sich doch zum grossen Teil um einfache Erdarbeiten handelt, kommt der Kilometer fast immer höher als unter gleichen Verhältnissen bei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einem europäischen Bahnbau. Der chinesische Zolldirektor in Kanton, der Brite R. E. Bredon, hat in seiner Denkschrift über chinesische Bahnen seinen Voranschlägen gleich eine um einen erheblichen Satz teurere Arbeit selbst als in Indien zugrunde gelegt und ausdrücklich als seine Erfahrung ausgesprochen, dass chinesische Arbeit erheblich teurer komme als indische. Eines der Mitglieder der deutschen Kommission gewerblicher Sachverständiger in Ostasien bemerkt ausdrücklich bei den Spinnereibauten in Shanghai, dass die Kostenanschläge wegen Steigerung der Materialkosten und der Löhne überschritten wurden. Die englische Spekulation, die sich in den achtziger Jahren auf chinesische Industrieunternehmungen zu werfen begann, wich infolgedessen denn auch bald genug mit trüben Erfahrungen zurück.

Hermann Schumacher sagt ganz im allgemeinen, dass kaum einem Europäer in China ärgerliche Erfahrungen mit seinen chinesischen Angestellten erspart bleiben (Deutschlands Interessen in China, Stuttgart 1900, S. 41), und fügt hinzu, hinsichtlich der gelben Gefahr der ostasiatischen Konkurrenz herrschten vielfach noch sehr übertriebene Ansichten (S. 45). Mit rein chinesischen Unternehmungen steht es noch schlimmer. Allerdings stellen die Chinesen heute in sieben Arsenalen moderne Geschütze nebst Pulver und Munition her. Aber diese Unternehmungen verschlingen eingestandenermassen Unsummen, und die Einfuhr dieser Dinge aus dem Auslande kommt nur halb so hoch zu stehen. Über die Brauchbarkeit dieser Waffen ist natürlich nicht so leicht ein massgebendes Urteil zu fällen. Selbst der optimistischste Beurteiler Chinas, unser früherer chinesischer Gesandter Max von Brandt, sagt darüber 1895: „Die von den Behörden angelegten Arsenale und Fabriken können bis jetzt kaum als der fremden Industrie ernsthafte Konkurrenz machend angesehen werden. Die Arsenale leiden an Mangel an Betriebsmitteln und tüchtigen Beamten, die Fabriken sind ohne Rücksicht auf ihre etwaige Ertragsfähigkeit angelegt worden; so Nähnadelfabriken und Schienengiessereien. Ob Eisen und Kohlen in brauchbarer Qualität und überhaupt in erreichbarer Nähe vorhanden sind, ist Nebensache; die Suche danach beginnt erst, nachdem alle Maschinen bestellt und womöglich aufgestellt sind.“ Seit etwa 1880 hatten die chinesischen Provinzialbehörden die Gründung solcher Unternehmungen in die Hand genommen. Aber der Erfolg hatte auch sie kopfscheu gemacht. Schon Mitte der neunziger Jahre war eine Reihe solcher Anlagen wieder geschlossen. So die Bergwerksanlagen bei Jehol und in Schantung, wo man auf Gold und Silber grub, nach sehr grossen Aufwendungen wegen beharrlicher Ertragslosigkeit. Die Eisenwerke und Fabriken in Wutschang fristeten 1897 nur noch ein kümmerliches Schein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dasein. Die Vizekönige betrachten derlei Unternehmungen auch gar nicht vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. Dass eine Anlage vor allem etwas abwerfen muss, wenn sie eine geschäftliche Anlage sein soll, scheinen sie zu übersehen. Dass der Ertrag bei Geschützgiessereien und Munitionsfabriken, die man unter allen Umständen im Lande haben muss, tatsächlich nicht immer ins Gewicht zu fallen braucht, ist sicher. Aber, dass Geschütze und Geschosse, die in solchen nicht rentierenden Unternehmungen hergestellt sind, minderwertig sein werden, ist ebenfalls wahrscheinlich. Bei anderen Eisenwaren ist es sogar schlagend erwiesen.

Die von den Hanyangwerken für die Shanghai-Wusangbahn gelieferten Schienen erwiesen sich als überhaupt unbrauchbar und sollen auch für die Nordbahn abgewiesen worden sein. In einem von grosser Sachkenntnis zeugenden Artikel über diese Verhältnisse (Kölnische Zeitung vom 8. August 1898) heisst es: „Wenn eine ganze Reihe von Versuchen, nach europäischer Art Eisenbahnen, Bergwerke und Hüttenwerke in China ins Leben zu rufen, von einzelnen strebsamen Chinesen gemacht worden sind, so ist es leider die Regel, dass derartige Unternehmungen, die doch sonst überall in der ganzen Welt als etwas Nutzbringendes und Wohltätiges für das Volk gelten, in China trotz Aufwendung der riesigsten Geldmittel und der günstigsten Arbeiter- und Materialverhältnisse nur zu einem Ruin für die Regierungskassen und zu lächerlichen Karikaturen werden. Dem fremden Besucher fällt auf den ersten Blick auf, in welch jammervollem Zustande sich die Werke befinden; die Erklärung liegt darin, dass die chinesischen Verwalter nicht auf den Rat der zur Leitung der Werke berufenen fremden Ingenieure hören wollen, und dass ihr Squeezesystem auch das bestgehende Werk zugrunde richtet.“ Ob das wirklich der einzige Grund ist? Einsichtige Chinesen schreiben selbst den Arbeiterverhältnissen wenigstens eben so grossen Einfluss auf den Misserfolg zu und weisen auf die Unfähigkeit der chinesischen Arbeiter hin, an europäischen Maschinen in raschem Tempo zu arbeiten. Nach einem „Nüchternen Briefe aus China“, der im Sommer 1900 in der Londoner Finanzchronik erschien, äusserte sich der Telegraphen- und Eisenbahndirektor Scheng über die Eignung des Chinesen zum Industriearbeiter folgendermassen: „Millionen von Chinesen im Innern und auch in den Küstenprovinzen hätten seit Jahrtausenden von Generation zu Generation ein bestimmtes Hausgewerbe geübt; Textilstoffe, Schuhe, Papierwaren oder dergleichen wären ja fast ausschliesslich im Hause hergestellt worden. Könne man erwarten, dass die Einführung moderner Maschinen diesen Leuten jemals willkommen sein würde? Es wäre auch sozial gar kein Segen davon zu erwarten. Der europäische Arbeiter sei ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wöhnt, durchschnittlich höchstens 10 Stunden zu arbeiten, ein Kuli sei 16 bis 18 Stunden beschäftigt. Er würde kaum wissen, was er mit seiner freien Zeit anfangen solle. Spielen, Opiumrauchen und andere Laster würden durch jene ökonomische Änderung nur geweckt und befördert werden. Man dürfte auch nicht etwa glauben, dass höherer Lohn den Kuli zur Sparsamkeit bringen würde. Einmal sei das erhöhte Einkommen in der Industrie doch regelmässig kompensiert durch die in gleichem Verhältnis heraufgeschraubten Preise für alle Nahrungsmittel und alle äusseren Bedürfnisse des Lebens, und den Kuli zur Sparsamkeit erziehen, wäre so ungefähr das Unmöglichste, was in dieser Welt versucht werden könnte. Überdies übersehe man in Europa, dass die solidarische Gewalt, wie man sie im Abendlande als Ring oder Trade-Union oder Gilde oder Zunft oder Trust bezeichne, in China seit je wirksamer gewesen sei, ohne dass man so viel gelehrte Untersuchungen darüber anstelle und so komplizierte Namen gebrauche. Das habe sich bisher ja noch bei jeder industriellen Unternehmung gezeigt. Die Baumwollspinnereien, die etwa 250000 Spindeln umfassten, seien als Kapitalanlage ein volles Fiasko gewesen, obschon von einer Überkapitalisierung oder unreinlichen Verwaltung nicht gesprochen werden könne."

Im Jahre 1891 gab es nur 2 Dampfzwirnereien in Shanghai, 1896 20, und zwar meist im Besitze von Chinesen. Damit war aber nur bewiesen, dass die Dampfzwirnerei auch in China billiger arbeitet als die Handzwirnerei, was übrigens wohl niemand je bezweifelt hat. Aber die chinesischen Besitzer vermochten sich nicht zu halten. Seit 1898 ging eine Spinnerei und Weberei nach der anderen in europäische Hände über. Die erste Arbeit der Aktiengesellschaften, welche die Werke aus chinesischen Händen übernahmen, war immer, das gesamte Spindelmaterial durch neues zu ersetzen, die Webstühle zu reinigen und durch Ersatzteile für alles Verwahrloste wieder auf ordentlichen Stand zu bringen. Aber auch unter europäischer Leitung vermochten chinesische Spinner bisher nur die allergröbsten Garnnummern herzustellen. In Indien spinnt wohl keine Baumwollspindel eine feinere Baumwollgarnnummer als Nr. 20. In China wurde bis vor kurzem nur bis Nr. 18 gesponnen. Jetzt soll von einigen Fabriken auch Nr. 20 geliefert werden. Ein deutscher gewerblicher Sachverständiger gibt folgenden Bericht über eine Baumwollspinnerei: „Ein Hinblick auf die Löhne zeigt, dass 30 Cents (etwa 60 Pf.) Durchschnittslohn recht minimal ist. Es ist aber mit Rücksicht auf die wirkliche Arbeitsleistung hinzuzusetzen, dass diese ebenfalls recht minimal ist, wie aus der Arbeiterzahl 2500 für 40000 Spindeln deutlich hervorgeht. Die kleinen und verkrüppelten Füsse hindern die Frauen und Mädchen an einer guten Fortbewegung, welches

häufiges Ausruhen und grössere Abfälle zur Folge hat. Die zuerst von den Chinesen errichtete Baumwollspinnerei Hua Sheng Mill wurde von englischen Monteuren montiert und von englischen Meistern geleitet (die Weberei und Schlichterei von Amerikanern). Die Chinesen fassten die Handhabung der Maschinen sehr schnell auf, und weil die Löhne der fremden Meister sehr hoch waren, so wurde einer nach dem anderen abgeschoben. Heute ist nur ein Direktor geblieben. Der Eindruck aber, welchen man bei einem Durchgang in dieser Spinnerei gewinnt, ist ein recht trauriger. Die Maschinen waren vernachlässigt, der Abfall lag auf dem Boden herum, das verwandte Spulmaterial war schlecht (ein Teil desselben war von Japan bezogen, der Rest ist englischen und amerikanischen Ursprungs). Fast bei keiner Maschine waren alle Spindeln in Betrieb, und an den Spinnmaschinen waren weft- und twist-Spulen durcheinander aufgesetzt. . . . . Die Kratzen (Feat cards) waren sowohl schlecht gesetzt wie auch mangelhaft geschliffen. Bei den Strecken war der dritte Gang ausser Betrieb, und es ist zu verwundern, dass trotzdem noch die bemusterte Qualität Garn produziert wurde; ein Umstand, der nur dem verwandten chinesischem Rohmaterial (ebenfalls bemustert) zuzuschreiben ist. . . . . Wie solche Spinnereien rentieren können, ist schwer verständlich."

Moritz Schanz sagt einmal über die in China bestehenden Baumwollspinnereien: „Eine Spinnerei mit 40 000 Spindeln sollte bei rationellem Betrieb und Tag- und Nacht-Schicht 1 Pfd. Garn pro Tag und Spindel, also 40 000 Pfd. = 100 Ballen pro Tag liefern; chinesische Fabriken erzielen in dieser Proportion bis zu 86 Ballen pro Tag; dieser Aufstellung aber sollen selbst nur 80 Ballen pro Tag zu Grunde gelegt und 320 Arbeitstage pro Jahr angenommen werden. Die chinesischen Spinnereien arbeiten auch Sonntags, während die fremden Spinnereien die Sonntags-Tagesschicht — von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends — ausfallen lassen, um während dieser Zeit gründliche Reinigung und Reparaturen vornehmen lassen zu können. Die Chinesen sind in dieser Beziehung ziemlich nachlässig, arbeiten ihr Maschinenmaterial deshalb schneller ab, sorgen nicht rechtzeitig für nötigen Ersatz, erzielen teilweise auch nur sehr geringe Produktion, denn man hat mir gesagt, dass auf Grund obiger Voraussetzungen eine chinesische Spinnerei während längerer Zeit nicht über 35 Ballen pro Tag gekommen ist." Auch die fremden Spinnereien rechnen nur mit 80 Ballen Erzeugung für den Tag. Über die Rentabilität sagt Schanz: „Was die Rentabilität der Spinnereien in China anbelangt, so sind zuverlässige Daten darüber bislang noch nicht zu geben, weil die Fremden eben erst zu arbeiten begonnen haben und über die chinesischen Fabriken nur wenig zu erfahren ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Sicher scheint, dass die Wutschang-Spinnerei prosperiert, die grosse Pionierfabrik in Shanghai dagegen soll im vorigen Jahr (1896) 800 000 Taels, die hiesige (Shanghai) Alma-Farm 30 000 Taels verloren haben, allerdings dadurch, dass man grosse Generalabschlüsse gemacht hat, ohne sich das entsprechende Rohmaterial einzulegen, und letzteres fortwährend im Preise stieg. Dass die Hua Sin Chong, die Ta Chen Chong und die Chinese New Cotton Spinning-Co. zu einer nach der Zahl der Spindeln bemessenen Vergütung an chinesische Händler verpachtet wurden, welche mit dem Geschäft aber auch nicht zufrieden sein sollen, spricht nicht für günstige Erfahrungen mit den chinesischen Spinnereien in Shanghai. Die Fremden erklären dies mit der unfähigen und wohl zuweilen auch unehrlichen chinesischen Leitung und mit der falschen Ökonomie derselben, an europäischen Ingenieuren sparen zu wollen, eine Unterschätzung westlichen Wissens, die sich bei den Asiaten ja oft durch den kleineren Nutzen straft, den sie daraus zu ziehen verstehen. — Aber auch für die fremden Spinnereien hier hat sich die Sachlage seit Ausgabe ihrer Prospekte schon wesentlich geändert, und zwar nicht zum Besseren: Der Arbeitslohn in den Spinnereien ist fast um die Hälfte gestiegen, die Rohbaumwolle um 25 pCt., Garnpreise in gleicher Zeit um 32 pCt., Baumaterialien sind infolge der zahlreichen gleichzeitig in Angriff genommenen grossen Bauten wesentlich teurer geworden, die Kurse auf Indien zum Bezug von Bombay-Garnen dagegen günstiger." Sein Gesamturteil fasst Schanz in die Worte: „Da die Spinnereien sozusagen innerhalb der Baumwollfelder selbst liegen, sind gewisse Vorbedingungen ja bequem genug gegeben, immerhin ist man hier mannigfach der Meinung, dass die für China neue Industrie gleichzeitig in zu vielen Fabriken in Angriff genommen worden, dass ein erklecklicher Nutzen dabei noch recht fraglich ist und dass die Japaner mit ihrem Motto: ‚Zunächst einmal die Resultate der bisher bestehenden Spinnereien abzuwarten' für die Nächstzeit das Richtige getroffen haben dürften."

Am 29. November 1897 berichtete derselbe hervorragende Industriekenner aus Hongkong über die fremden Spinnereien in Shanghai: Statt des veranschlagten Spinnverlustes von 10 vom Hundert arbeite man dort mit einem solchen von 16 bis 20 vom Hundert, von dem jedoch für Zehnergarn ein Teil wieder benutzt werden könne, und statt der veranschlagten Arbeitslöhne von 19 cents Tagelohn für Mädchen mit solchen von 25—30 cents. Dabei seien die Schwierigkeiten mit den Arbeitern ziemlich grosse, so dass eine Spinnerei sich gezwungen gesehen habe, zum Akkordsystem überzugehen und dem chinesischen Comprador einen festen Satz für jedes Pfund gelieferten Garnes zu bezahlen, so dass sie gar nicht mehr die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

direkte Unternehmerin sei. Man habe zur Zeit die doppelte Anzahl von Arbeitern nötig wie in einer entsprechenden Spinnerei in England. Besonders schwierig sei eine Rentabilitätsberechnung, wenn Mandarine beteiligt seien. Dann würden die Gehälter von Direktoren und anderen Beamten häufig von anderen Departements bezahlt, ein befreundetes Institut leihe die Kapitalien zinsfrei, Reparaturen und andere Kosten würden auf einem anderen als dem Spinnereikonto gebucht, Abschreibungen meist überhaupt nicht gemacht.

Ein anderer solcher Bericht von 1897 besagt: Etwa 1890 seien gleichzeitig in Hongkong und Macao Versuche zur mechanischen Herstellung von Pongees gemacht worden. In beiden Fällen seien die Versuche misslungen und die Folge sei die Schliessung der Fabriken gewesen. So habe sich 1897 in Hongkong am Westpoint nur noch eine dem Verfalle nahe Weberei der ehemaligen englischen Firma E. Hewett & Co. befunden, die jedoch längst still gestanden habe. Nach viermonatlichen Arbeiten sei der Betrieb eingestellt worden, weil man nichts verdient habe.

Die 1891 gegründete Papierfabrik in Hongkong arbeitete stets mit Verlust und wurde schliesslich zu sehr niedrigem Preise an eine chinesische Gesellschaft verkauft; die dortige deutsche Glasfabrik, die mit 30 japanischen Glasbläsern arbeitet, hat es noch zu keinem Erfolge bringen können, und die Hongkong Cotton Spinning and Weaving-Co. von 1897 soll ihre dauernde Ertragsfähigkeit ebenfalls erst noch erweisen. Bei den Rentabilitätsberechnungen chinesischer Werke muss man übrigens nicht in Betracht zu ziehen vergessen, dass da der Zinsfuss Chinas 17 bis 18 vom Hundert beträgt, eine 10 vom Hundert abwerfende Spinnerei mithin noch ein schlecht sich lohnendes Unternehmen ist.

Ein anderer gewerblicher Sachverständiger in China schrieb 1897 über die chinesischen Arbeiter der dortigen europäischen Docks: „Sie sollen bei manchen Arbeiten nur ein Drittel der Leistung eines europäischen Arbeiters fertig bringen; sie sind vergesslich und arbeiten meist nur mechanisch, ohne Verständnis.“ Von einer Uhrgehäusefabrik in Hongkong, wo monatlich 10 bis 12 Dollars Lohn gezahlt wurde, sagt derselbe: „Die Einführung der Akkordarbeit hatte einen achttägigen Ausstand zur Folge. Es ist dies der einzige Betrieb, den ich hier draussen kennen gelernt habe, in welchem auf Akkord gearbeitet wird. Früher, bei Tagelohn, wurde dreimal so viel gezahlt für die Arbeit als jetzt. Immerhin soll ein Arbeiter in Furtwangen jetzt dreimal so viel leisten als ein chinesischer Arbeiter in Hongkong.“ Vor Einführung des Akkordlohnes war die Leistung des Chinesen also nur ein Neuntel einer Europäerleistung. Über die chinesische Leitung heisst es dann weiter: „Man ist hier der Meinung, dass

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Chinesen grosse Anlagen nicht leiten können, sobald sie so gross sind, dass ein Mann nicht alles übersehen kann. Es wird dann so viel veruntreut, dass das Unternehmen nicht prosperieren kann. In solchem Fall muss der Betrieb Fremden übertragen werden."

Auch auf anderen Gebieten, wo dem äusseren Anschein nach ein wirklicher Wettbewerb von Chinesen mit Mittelländern besteht, entpuppt sich derselbe bei näherem Zusehen nur als scheinbar. Die kleinen chinesischen Dampfschaluppen in Kanton stehen allerdings in Wettbewerb mit den englischen, aber dieser Wettbewerb ist ein teurer, denn die einzelne Schaluppe hat in chinesischen Händen nur ein sehr kurzes Leben, da sie niemals ausgebessert wird, sondern läuft, bis sie durch eine Explosion zerstört wird oder wegen Verfalls des Materials untergeht.

* * *

Ganz ähnliche Widersprüche bestehen in den europäischen Urteilen über Japan. Ich brauche auf die blinden Verhimmelungen japanischer Leistungen in der europäischen Presse, welche meist aus japanischer Quelle stammen, nicht näher einzugehen. Ein europäisches Zeugnis möchte ich aber doch anführen:

Der englische Konsulatsbericht über den Auslandshandel Japans von 1893 behauptet, nur an Körperkraft könne der japanische Arbeiter und die japanische Arbeiterin als dem englischen nachstehend angesehen werden, in der Leichtigkeit der Arbeitsbewegung und der Fingerfertigkeit sei er ihm weit überlegen; er sei fügsamer; Ausstände und gegen die Brotherren gerichtete Verbindungen seien bis dahin dort unbekannt, und Sachverständige, die Gelegenheit gehabt hätten, die Spinnerinnen der japanischen Spinnereien bei der Arbeit zu sehen, hätten keinen Unterschied zwischen ihrer Brauchbarkeit und derjenigen der Spinnerinnen von Lancashire entdecken können. Dieses Zeugnis hat seiner Zeit viel Staub aufgewirbelt. Es sei hier aber nur daran erinnert, dass sein Verfasser derselbe Longford ist, der aus dem Auftreten von Baumwollsamen, aus dem bekanntlich Öl gepresst wird, in der japanischen Einfuhrstatistik schloss, dass Japan neuerdings selbst zum Anbau von Baumwolle übergehe.

Auch in anderen Fällen handelt es sich vielfach um reine Schreckschüsse. Im Jahre 1899 zeigte man in London japanische seidene Handstickereien von grosser Schönheit. Legte man diese auf die Schale einer Wage, und auf die andere so viel Rohseide, um ihnen das Gegengewicht zu halten, so kostete jene Rohseide in Europa mehr als die japanische Stickerei. Das gleiche war auch in Japan der Fall. Daraus folgerte man, dass über kurz oder lang eine europäische Seidenstickerei überhaupt unmöglich werden würde, da

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Japan alle derartigen Aufträge an sich ziehen müsste. An die Widersinnigkeit des Beispiels dachte niemand. War die fertige Stickerei wirklich billiger als die dazu nötige Rohseide, so folgte daraus zunächst doch wohl, dass die Stickerin für ihre Arbeit nicht nur keinen Lohn bekommen hat, sondern noch etwas herausgezahlt hat, um die Erlaubnis zu erhalten, die Stickerei vorzunehmen. In Wirklichkeit handelt es sich freilich gar nicht um eine Lohnfrage, sondern um eine Färbefrage. Die dunklen Stickereiseiden werden in der Färberei um 200 bis 300 v. H. ihres Gewichtes beschwert, so dass die Seide nach der Farbe das Dreifache ja Vierfache ihres Gewichtes in ungefärbtem Zustande wiegt. Es ist also zu der Stickerei durchschnittlich nur etwa ein Drittel der Seidenmenge nötig, die erforderlich ist, um als Rohseide ihrem Gewichte die Wage zu halten. Die Kosten der Rohseide, die nötig sein würde, um das Gewicht der ungefärbten zur Stickerei verwandten Rohseide bis zum Gewichte der bunten Stickerei zu erhöhen, stellen den Lohn dar, der für das Sticken bezahlt worden ist. Und dieser ist gar nicht so unbedeutend.

Zahlreiche Weltreisende und fremde Berufskonsuln in Japan sprechen sich sehr lobend über japanische Industrieleistungen aus. Eine Ausnahme macht jedoch z. B. der deutsche Konsul in Yokohama, Coates, ein hervorragend tüchtiger Kenner östlicher und westlicher Industrieproduktion. Vor allem aber fällt hier ins Gewicht, dass die drei industriellen Kommissionen, welche von England, den Vereinigten Staaten und Deutschland nach dem Osten entsandt worden sind, um dort die mongolische Gefahr zu studieren, übereinstimmend zu dem Schlusse gelangt sind, dass eine solche nicht vorhanden sei, oder wo sie etwa im Augenblicke anscheinend bestehe, doch über kurz oder lang verschwinden müsse. In England liegt darüber der Bericht des Konsuls Brenan vom Dezember 1897 vor, in den Vereinigten Staaten der Bericht von Robert P. Porter von 1896 und in Deutschland ein nicht der Öffentlichkeit übergebener Bericht des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Brenan macht folgende Angaben: (Einen ausführlichen Auszug aus Brenans Bericht enthält die Kölnische Zeitung vom 22. und 23. Januar 1898). In der japanischen Industrie tritt einerseits das starke, bis zur Überhebung entwickelte Selbstbewusstsein, andererseits eine grosse Unzuverlässigkeit des einzelnen zum Nachteil des Ganzen stark hervor. Japan hat sich nie um fremde Patente gekümmert und fremde Marken stets mit Eifer nachgeahmt. Es gibt kaum etwas, was der Japaner nicht, und äusserlich wenigstens dem Vorbilde durchaus ähnlich, nachgemacht hätte, vom Zweirad bis zur Lokomotive; aber der Beweis des Könnens scheint ihm in vielen Fällen zu genügen, vielleicht weil er einen entsprechenden Gewinn nicht erwarten zu können glaubt. Wo sich aber aus solchen An-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fängen die grössere Fabrikation eines Artikels entwickelt, dem seine Überlegenheit oder seine Billigkeit ein weites Absatzgebiet eröffnen, macht sich sofort die japanische Unzuverlässigkeit in dem Versuch geltend, eine minderwertige Ware auf den Markt zu bringen. Bei Seidenwaren, Matten, Streichhölzern, Teppichen und selbst bei Rohseide und Thee hat sich diese Unzuverlässigkeit zum Schaden Japans um so bemerkbarer gemacht, als der Chinese in dieser Beziehung das vollkommene Gegenteil des Japaners ist. Von Kanton werden in jedem Jahre viele Tausend Rollen von Matten ausgeführt, die der fremde Käufer und Verschiffer nie ansieht oder anzusehen braucht, während in Japan jede einzelne Matte Yard für Yard geprüft wird und geprüft werden muss. Diese Mängel legen zugleich lautes Zeugnis ab für die Schlechtigkeit der Produktion. Ein Beispiel, wohin diese Unzuverlässigkeit führt, ist der fast vollständige Untergang des japanischen Fischereigewerbes, dem die Regierung neuerdings durch Gelduntersützungen wieder aufzuhelfen sucht. Zur Zeit der Taikune unterlag jeder Ballen dieser Meeresprodukte (Fische und essbarer Seetang) in Nagasaki einer sorgfältigen amtlichen Besichtigung; mit der neuen Ära ist dieselbe in Wegfall gekommen, und schlechte Behandlung und Verpackung der Ware hat den Ruf derselben in China, dem Hauptabsatzgebiet, vollständig zerstört. Die industrielle Entwickelung Japans während der letzten Jahre ist sehr erheblich überschätzt worden. Grosse Fortschritte sind in der Tat gemacht worden, aber der Übergang vom Ackerbau zur Industrie kann nicht in 10 oder 20 Jahren stattfinden, es braucht dazu mehrerer Menschenalter, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn es in Japan heute noch sehr an geschulter Arbeit fehlt. Die Löhne sind schnell gestiegen, der Lebensunterhalt ist teurer geworden, die Bedürfnisse grösser, und der Preis der Kohle ist doppelt so hoch wie früher, so dass es nicht unmöglich erscheint, dass Japan sich noch einmal auf chinesische Kohle angewiesen findet. Eine erhebliche Anzahl der gegründeten Handels- und Industriegesellschaften entbehrt jeder gesunden, oft jeder tatsächlichen Grundlage überhaupt, und die Reaktion hatte auch bereits 1896 eingesetzt. Die Japaner sind heute noch dieselben, die sie vor diesem anscheinenden, die fremden Fabrikanten erschreckenden Aufschwunge gewesen sind. Nach wie vor hat der durchschnittliche Japaner grosse Vorliebe dafür, sich seinen Geldverpflichtungen zu entziehen. Daher ist auch heute noch aufs nachdrücklichste vor Lieferungen anders als gegen bar zu warnen. Wie auch andere Quellen bestätigen, füllen alle bei der Baumwollspinnerei Beschäftigten, vom Eigentümer und den Vormännern bis zum niedrigsten Arbeiter, ihre Stellungen nur sehr ungenügend aus, und die Arbeit selbst ist unsorgfältig und unordentlich, so dass feinere Sorten Garn

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überhaupt nicht in Japan hergestellt werden können. Ausserdem werden in Japan fast dreimal mehr Arbeiter für dieselbe Arbeit gebraucht als in England, und die Abnutzung von Material ist ungefähr 25 v. H. grösser als dort.

Im wesentlichen lässt sich als Ergebnis der Entwickelung der japanischen Spinnereien für das Ausland feststellen, dass das japanische Fabrikat das gleich grobe indische aus Bombay fast ersetzt hat. Die Einfuhr des letzteren betrug 1896 nur noch 1 200 000 Pfund, während Japan bei einer Produktion von 180 Mill. Pfund selbst 17 Mill. Pfund hauptsächlich nach China ausführte. Dagegen ist die Einfuhr der feineren englischen Garne nicht allein nicht zurückgegangen, sondern recht erheblich, auf beinahe $25^1/_2$ Mill. Pfund, gestiegen. Hat Indien so nach der einen Richtung hin bedeutend verloren, so hat sich die Ausfuhr roher Baumwolle aus Bombay nach Japan desto stärker entwickelt: 62 v. H. der gesamten Einfuhr kommen aus Indien, 26 v. H. aus China und 11 v. H. aus den Vereinigten Staaten. Auch die Einfuhr englischer Baumwollwaren nach Japan ist sehr erheblich gestiegen; während sie sich 1885 auf 52 Mill. Yards belief, von denen über 29 Mill. graue Shirtinge waren, betrug sie 1896 110 Mill., davon 55 Mill. graue Shirtinge. Wesentlichen Schaden hat auch die Ausfuhr japanischer Baumwollenstoffe nach China, deren Wert sich auf eine Million beziffert, der englischen Ausfuhr dorthin, die 23 Mill. beträgt, nicht zugefügt; Japan steht vielmehr ausschliesslich mit dem groben, schmalen, chinesischen Handgespinst in Wettbewerb, das Lancashire nie so billig hergestellt hat, um es zu einem Einfuhrartikel nach dem Osten zu machen.

Brenan ist der Ansicht, dass die Gefahr, die europäischen Fabrikanten durch die Japaner drohe, ungeheuer überschätzt worden sei und sich bei näherer Betrachtung als sehr viel geringer erweise, als vielfach angenommen werde. Der Wert der japanischen Ausfuhr sei allerdings in den Jahren vor 1896 sehr erheblich gestiegen, aber ein grosser Teil davon entfalle nicht auf neue Fabrikate, sondern auf alte Stapelartikel, die in immer erhöhten Mengen ausgeführt würden. So habe sich, während innerhalb der letzten neun Jahre vor 1896 der Gesamtausfuhrhandel um 79 v. H. gestiegen sei, die Ausfuhr einzelner Stapelartikel in folgender Weise gehoben: Reis um 500 v. H., Sake um 474, Fischöl um 433, Rohseide um 89, Seidenwaren um 257, Kohlen um 85, Fächer um 135, Holu um 151 v. H. Und Reis, Seide und Kohlen allein kämen für die Vermehrung der Ausfuhr mit 36 Mill. Dollar in Betracht. Von neuen Artikeln sind es besonders Baumwollengarn, baumwollene Stoffe, Streichhölzer, Glas und Schirme, für die es allerdings meistens die Gestelle einführt, in denen Japan vorteilhaft mit den Ländern des Westens konkurriert,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

aber für eine ganze Anzahl anderer Artikel, die jetzt in Japan angefertigt werden, zeigt die Einfuhr trotzdem noch steigende Werte, so selbst für Baumwollengarn, von dem 1890 für 9,9 Mill., 1896 für 11,3 Mill. eingeführt wurde. Von Fabrikaten, deren Wert über eine Million Yen beträgt, führt Japan aus in Millionen: Droguen einschliesslich Kampher 2, Matten 3, Porzellan 2, Galanteriewaren 2,9, Strohgeflecht 2,2, Bronze- und Kupferwaren 2,7, Streichhölzer 5, Teppiche 1,1, Baumwollengarn 4, Baumwollenstoffe 2,2, Seidenwaren 12,6.

Wenn bis etwa 1898 die japanischen Spinnereien zum Teil recht ansehnliche Dividenden abgeworfen haben, so ist das nicht zu verwundern, wenn man sich die Dinge näher ansieht. Zunächst muss sich in Betrieben, in denen volle 24 Stunden täglich in 2 Schichten gearbeitet wird, das Anlage- und Betriebskapital an sich in der Hälfte der Zeit verzinsen wie bei einer Schicht täglich, selbst wenn, wie das in Japan der Fall ist, die Nachtschicht 30 pCt. weniger Arbeit liefert und eine Mahlzeit mehr kostet. Sodann fällt diese anscheinend ertragsreiche Zeit noch in die Tage der Silberwährung und in die Übergangszeit, während welcher sich die Lebensmittelpreise und sonstigen Warenpreise der Goldwährung erst anglichen. Seit 1899 zeigen dieselben Betriebe in ihren Erträgen ein ganz anderes Bild. Sie sind 1900 zum grössten Teil an den Rand des Abgrundes geraten und haben so laut wie nur möglich nach Staatshilfe geschrieen. Der durchschlagende Grund aber liegt in der kaufmännischen Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit des Japaners. 1897 schrieb Moritz Schanz über die japanischen Kaufleute: „Die meisten japanischen Händler haben von kaufmännischer Ehre und Ehrlichkeit überhaupt keinen Begriff, sondern sehen es vielmehr als eine selbstverständliche Handlung an, einen vertrauensseligen Europäer hineinzulegen.“ Hermann Schumacher spricht von dem „kindlichen Leichtsinn“ der Japaner (Städtisches Verkehrswesen in Ostasien, Zeitschrift für Kleinbahnen, Heft 4 und 5), von der „grossen Sorg- und Achtlosigkeit des durchschnittlichen Japaners.“ In den japanischen Dividendenberechnungen dieser ganzen Zeit fehlt ein Posten, der in den Westländern alljährlich schwer ins Gewicht fällt: Die Abschreibungen. Solange die Maschinen und Gebäude neu waren, dachte man nicht an eine solche Rücklage, und als sie alt wurden, da war mit den hohen Dividenden zugleich der grösste Teil des Aktienkapitals verschwunden. Moritz Schanz stellte 1897 fest, dass von der Feinspinnerei in Osaka so gut wie kein Nutzen blieb, und dass es in der grössten Spinnerei Hiogos keinen Reservefond und auch keine Abschreibungen gab.

Aber auch die anderen Vorteile der japanischen Produktion sind zum Teil arg gefährdet. Schon beginnt die Arbeiterbevölkerung die



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

natürliche Nachtruhe der Fabrikarbeit vorzuziehen, und für die Nachtarbeit wird vermutlich bald ein so erheblicher Aufschlag gezahlt werden müssen, dass er ihren Ertrag wett macht. Robert P. Porter war schon 1896 der Meinung, dass sich die Verhältnisse, welche die japanische Produktion in den betreffenden Industrien 1896 noch begünstigten, sehr bald ändern müssten, und dass das die billigen Herstellungskosten von 1896 für die Industrieerzeugnisse Japans stark hinauftreiben müsste, und der Präsident der National Association of Manufacturers, Theodore C. Search, hob unter den Ergebnissen der Porterschen Expedition besonders den Punkt hervor, dass sich die Konkurrenz der japanischen Industriellen zur Zeit nur auf wenige Industrien erstrecke, und dass die Gefahr dieses Mitbewerbes nach und nach und bis zu einem gewissen Grade durch die zu erwartende Veränderung der japanischen industriellen und sozialen Verhältnisse gemildert werden müsste.

Für das rasche Emporwachsen der japanischen Ausfuhr lassen sich die Gründe heute genau angeben. Dass dieselbe im wesentlichen nur indische und chinesische Erzeugnisse und nicht mittelländische Produkte verdrängt hat, wurde bereits bemerkt.

Die Zahl der Baumwollspindeln im Osten betrug

| | 1897 | 1898 | 1899 | 1900 |
|---|---|---|---|---|
| Ostindien . . | 4 070 000 | 4 260 000 | 4 400 000 | 4 400 000 |
| Japan . . . | 970 000 | 1 147 000 | 1 400 000 | 1 500 000 |
| China . . . | 440 000 | 565 000 | 600 000 | 600 000 |

Im Jahre 1896 hatte Japan 830 000 Maschinenspindeln in der Baumwollspinnerei in Gebrauch, welche zusammen 950 000 *dz* Garn erzeugten.

Im Innern sollten damals ausserdem noch 500 000 Spinnräder durch Menschenkraft betrieben werden. Eine Maschinenspindel erzeugte jährlich 235 catties (à 604,7 *g*). Bereits im Jahre 1896 arbeiteten 246 822 Spindeln mehr, als der japanische Bedarf erforderte. Die Ausfuhr von Baumwollwaren, welche die westliche Welt erschreckte, entsprang also vielmehr der blindeifrigen Anlage immer neuer Werke als einem dauernd sicheren Absatze. Das war ein weiterer Grund für den Krach. 1900 ging es mit der Baumwollindustrie immer reissender bergab. Hunderttausende von Spindeln wurden ganz still gestellt, andernorts wurde wenigstens die Arbeitszeit bedeutend eingeschränkt. Die Spinnereigesellschaft in Osaka machte sogar den Vorschlag staatlichen Eingreifens, das die sechzig bestehenden Spinnereigesellschaften unter Aufsicht stellen sollte. Der Uhrenfabrikation ging es nicht viel anders. Im Frühjahr 1901 stellten infolgedessen einige

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zwanzig Banken in Osaka und den südlichen und mittleren Provinzen ihre Zahlungen ein.

Es besteht kaum die Aussicht, dass sich die japanische Industrieproduktion rasch auf eine höhere Stufe emporschwingen wird. Fast in allen europäischen Hauptstädten und Studienplätzen trifft man heute eine Anzahl Japaner, welche sich für eine westliche Tätigkeit ausbilden. Dieser Umstand allein hat ihnen schon den Ruf erheblicher Begabung eingetragen, und natürlich gibt es auch unter ihnen einzelne, welche einen Durchschnittseuropäer an Fähigkeit der Auffassung überragen. Im allgemeinen aber wird man mit seinen Erwartungen Mass halten müssen.

Vor zehn Jahren kamen zehn junge Japaner nach München-Gladbach, um sich dort in der europäischen Baumwollweberei ausbilden zu lassen. Sie galten als durchaus anstellige, begabte Leute und lernten rasch, was zu erlernen war. Nach ihrer Heimat zurückgekehrt, sandten sie sehr bald japanische Gewebe, genau der gleichen Muster, die sie während ihrer Ausbildungszeit gelernt hatten, nach Gladbach. Darüber entstand unter den dortigen Baumwollwebereien eine gewisse Beunruhigung, denn man sagte sich, dass man sich unbedachterweise in Ostasien einen neuen Mitbewerb grossgezogen habe. Im folgenden Jahre erschienen die Gladbacher Webereien wie sonst alljährlich mit neuen Mustern auf dem Markte, von denen auch erhebliche Mengen nach Japan gingen. Es hat niemals etwas davon verlautet, dass diese Muster dort nachgemacht worden wären. Wohl aber ist bekannt geworden, dass die betreffenden japanischen Webereien noch für Jahre die in Deutschland erlernten Muster webten, bis sie dafür keinen Absatz mehr finden konnten. Die japanischen Webereijünger konnten daheim wohl nachmachen, was sie in der Fremde mechanisch gelernt hatten, aber sie konnten nicht die theoretischen Webekenntnisse des Abendlandes auf die Lösung neuer Webereiaufgaben anwenden. Ganz ähnliche Erfahrungen haben amerikanische Fabriken gemacht.

In Japan bestanden 1897 neben den Regierungswerften vier Privatwerften, auf denen Dampfer bis zu einem gewissen, meistens $6 - 700\,t$ nicht übersteigenden Gehalt gebaut werden können. Brenan sagt über eine dieser Werften, über die er genaue Erkundigungen eingezogen hatte, sie befände sich in einem Zustande, der in England schnell zum Konkurse führen würde. Unfähige Leitung, nachlässige und gleichgültige Werkführer, Handwerker ohne Interesse an ihrer Arbeit, vollständiger Mangel an Disziplin, keine systematische Arbeitseinteilung, kein Versuch, die Zeit inne zu halten, Massen von Arbeitern, die langsam und schlecht eine Arbeit täten, die in England von dem Viertel der Zahl getan werden würde, und



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unerfahrene junge Menschen aus den Regierungsschulen, die durch ihr Dreinreden die Arbeit hinderten, das sei das Bild, das diese Werft böte.

Wenn man solchen Bedenken gegenüber auf den Aufschwung hinweist, den Japan zweifellos seit seiner Annahme europäischer Produktionsmethoden und namentlich seit der Einführung europäischer Maschinen genommen hat, so ist das keine Antwort zur Sache. Es ist selbstverständlich, dass ein solcher Übergang zu einer lohnenderen Form der Warenherstellung das Jahreserzeugnis der nationalen Arbeit mehren muss und dass damit einem Volke reichere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Frage, die hier zu beantworten ist, ist vielmehr, ob die Japaner heute diese Massenerzeugnisse bei gleicher Güte ebenso billig erzeugen wie die Westvölker. Auch der Hinweis auf die japanischen Kriegsschiffe, welche sich teilweise gut bewährt haben sollen, ist keine Antwort zur Sache, denn diese sind einmal unter europäischer Leitung nach erprobten europäischen Zeichnungen gebaut worden und sodann genau wie die Erzeugnisse der chinesischen Geschütz- und Munitionsfabriken ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten unter Regierungsunterstützung. „Wenn kürzlich gemeldet wurde", so schreibt ein vertrauenswürdiger Berichterstatter, „dass die Regierung der Vereinigten Staaten bei der Uzaga-Werft fünf kleine Kanonenboote für den Philippinendienst, und dass die chinesische Zollbehörde in Shanghai ein Kontrollschiff von 700 *t* bei der Kawasaki-Werft bestellt hat, so sind das politische Höflichkeitsbezeugungen, die keineswegs als Beweis für die Leistungsfähigkeit Japans im modernen Schiffsbau aufgefasst werden dürfen."

Die zur Lösung stehende Frage ist überhaupt nur auf zweierlei Weise zu beantworten: Einmal nämlich durch den Nachweis, dass die japanischen Produktionskosten niedriger sind als die unseren, und zweitens durch den Nachweis, dass die japanischen Erzeugnisse auf neutralen gleichweit von Japan und von Europa entfernten Märkten dauernd im Preise mit europäischen Erzeugnissen gleicher Güte den Wettbewerb auszuhalten vermögen. Für beides ist bisher auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden.

Im Jahre 1896 gründete die japanische Regierung im Nordwesten der Insel Kiuschiu gegenüber dem Orte Wakamatsu, unfern der grossen Kohlengegenden, das kaiserliche Stahlwerk Yawatomura. Der auf europäische Erfahrungen gegründete Voranschlag wurde jedoch um Unsummen überschritten. Im Februar 1901 begann man mit der Herstellung von Roheisen, einige Monate später von Siemensstahl, von mittleren und kleinen Schienen und von Stahlplatten. Zur Zeit der Eröffnung des Ganzen im Frühjahr 1902 bestand das Werk aus Hochöfen, Walzwerken, mechanischen Werkstätten und Stahlwerken.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine Bessemeranlage war im Bau begriffen. Aber schon gab es Schwierigkeiten mit dem japanischen Koks. Ausserdem besteht noch ein Stahlwerk in Osaka, das 1901 in die Hände eines Japaners überging. Für ein Werk zur Herstellung von Stahl- und Panzerplatten bei Hiroschima hat das Parlament 1902 13 Millionen Mark bewilligt. Von den Kosten dieser Stahlerzeugnisse schweigen die Japaner einstweilen noch. Ebenso wäre es ihnen vielleicht erwünscht, wenn wir von der Güte der japanischen Erzeugnisse schwiegen. 1896 schrieb der Berichterstatter der Londoner Finanzchronik in seinem ersten Aufsatze „Der europäische Handel und Ostasien“: „Wenn die Waren der Japaner nicht bald denselben Rang in dem Markt wie die unsrigen erreichen, können sie bald aufhören, Fabriken zu bauen, denn ihr Konsum steht jetzt auf derselben Höhe wie die Lieferungsfähigkeit. Dieses Moment erklärt die Tatsache, dass der in den Baumwollenfabriken Bombays erreichte Fortschritt und die Ausbeutung des chinesischen Marktes nicht mit unserer Ausfuhr, weder in Indien oder in China, noch in den Straits Settlement oder auf den Philippinen in Kollision geriet.“

Auch Porter spricht ausdrücklich von der Minderwertigkeit der japanischen Industrieerzeugnisse, besonders der nach dem Auslande ausgeführten Massen. Nach ihm liegt der Schwerpunkt der japanischen Industrie in den Handindustrien, welche Geschick und künstlerischen Sinn erfordern, während die Massenprodukte, welcher weniger „skill“ und Geschmack voraussetzen, wohl in grossen Massen erzeugt werden, aber mit ähnlichen Produkten des Auslandes den Wettbewerb nicht aushalten können. Ein Brief vom 19. Februar 1901 aus Tokio im Exporteur (XV. III. 8) bemerkte: „Den japanischen Arbeitern fehlt die ererbte Geschicklichkeit und Erfahrung, welche für jede bessere und feinere Arbeit so wichtig ist, und so kommt es auch, dass japanische Arbeit mit Bezug auf Quantität sowohl wie auf Qualität, trotz der vorläufig noch verhältnismässig sehr grossen Anspruchslosigkeit der Arbeiter, meistens viel teurer ist als die gleichwertigen europäischen Leistungen.“ Nach einer Studie von André Siegfried in der Chronique du Musée social von 1901, welche auf sozialistischem Boden steht, heisst es: „Der japanische Arbeiter hat sich noch nicht dieser soldatischen Disziplin gebeugt wie sein europäischer Bruder. Er arbeitet nur, wenn es ihm passt. Eine Fabrik von etwa 1000 Arbeitern kann im Durchschnitt nur immer auf etwa 800 ihrer Arbeiter rechnen; jeder Arbeiter nimmt seinen Feiertag, wenn es ihm gefällt, kommt an und geht, wenn es ihm beliebt; wenn man ihn deswegen ausschimpft, geht er seiner Wege.“ Während 1893 in den Vereinigten Staaten 448 Tonnen Kohle Jahresförderung auf den Kohlenarbeiter kommen, so in Japan nur 110, und in Spanien nur 115.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

1894 kamen in Belgien 175, in Österreich 178, in Frankreich 205, in Deutschland 256 und in Grossbritannien 283 Tonnen auf den Mann. Wenn man dazu in Rechnung zieht, dass die Japaner mit Ausnahme der Amerikaner obendrein noch in der geringsten Tiefe arbeiten, so erscheint ihre Jahresförderung auf den Kopf überaus gering.

Hermann Schumacher, der uns von industriellen Dingen nur einiges ganz Verstreute erzählt, sagt über die japanische Fahrraderzeugung folgendes (Zeitschrift für Kleinbahnen 1899 Heft 4 und 5): „Die hohen Preise der regelmässig aus Amerika und England bezogenen Räder ziehen dem Sport enge Grenzen. Sie haben auch zu den Versuchen geführt, in Japan selbst Räder herzustellen. Von diesen Versuchen kann man merkwürdigerweise in europäischen Zeitungen viel mehr lesen als im Lande selbst erfahren. In Wirklichkeit handelt es sich nicht, wie oft behauptet wird, um eine grossindustrielle Fabrikation, um ein Konkurrenzprodukt für fremde Räder; sondern es beschränkt sich das ganze Gerede auf drei wenig eindrucksvolle Werkstätten, die ganz minderwertige Fabrikate liefern, die als Fahrräder zu bezeichnen schon ein gewisses Wohlwollen voraussetzt. Besonders in Magoya kann man einheimischen Rädern häufiger begegnen; sie machen dort den Eindruck, unter Benutzung eines alten Wagenrades hergestellt worden zu sein, kündigen durch ein unheimliches Geklapper ihr aufregendes Herannahen an und zeigen eine anscheinend unüberwindliche Abneigung, sich in gerader Linie weiter zu bewegen. Vereinzelt wird allerdings auch eine Maschine hergestellt, die dem europäischen oder amerikanischen Vorbild, wenigstens äusserlich, etwas näher kommt. Immerhin bleibt es durchaus verfehlt, die japanische Fahrradindustrie als ein Zeichen für die Gefährlichkeit der ostasiatischen Konkurrenz auszugeben, wie es seit Jahren in Zeitungen und Zeitschriften mit einer bewundernswerten Beharrlichkeit immer von neuem geschieht."

Ein Sachkenner schildert die japanische Industrie von 1902 folgendermassen. Nachdem er hervorgehoben hat, dass die staatlichen Unternehmungen (welche ohne Rücksicht auf die Produktionskosten arbeiten) meist gut gedeihen können, und auch einige wenige Grossunternehmungen der Privatindustrie wie die Kawasakiwerft und die Huntersche Werft gut eingerichtet sind, sagt er: „Diesen wenigen Fabrikanten gegenüber steht die Masse der übrigen grossen und kleinen Unternehmer. Sie fangen fast immer mit ungenügendem Kapital und mangelhaften Ingenieuren und Beamten an. Weil es an Fachkenntnis und Geschäftserfahrung fehlt, verstehen sie auch nicht zu kalkulieren. Sie sehen in den europäischen oder amerikanischen Katalog hinein und bieten dann ihre Waren billiger an als diese.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Besonders kleine Unternehmer verkaufen — ohne Zeichnung, einfach nach Augenmass — nachgemachte Maschinen zur Hälfte des bisherigen Einfuhrpreises, wobei selbst das schlechteste Fabrikat nur soviel Verdienst abwirft, dass der Fabrikant eben das Leben fristet, bis er nach Befriedigung des Marktes vor einer leeren Zukunft steht. Bei den Aktiengesellschaften kommt noch die Verteilung hoher Dividenden auf Kosten der Rücklage hinzu, wodurch bei jeder Geschäftsstockung Krisen entstehen, die häufig das Eingehen des Unternehmens zur Folge haben. Im ganzen kann man von der Privatindustrie sagen: Sie ist verbummelt."

Der Erfolg hat diesem Urteil recht gegeben.

Ein anderer Beobachter sagt im Jahre 1902: „Soviel Geschick der Japaner auch für leichte Handarbeiten hat, für Blumenfabrikation, Hut-, Matten- und Korbflechten, Holz- und Knochenschnitzerei, eingelegte Arbeiten, Stickereien — lauter Hausindustrien, die nahezu allgemein verbreitet waren — so sehr verkennt er doch die Notwendigkeit der „gelernten" Arbeiten, und so wenig ist er ferner zur Gewissenhaftigkeit bei schwierigen Arbeiten geneigt. Man möchte fast behaupten, der Japaner werde niemals lernen, eine feine Uhr oder eine feine Wage zu verfertigen. Selbst Dampfkessel, die doch keine hohe Kunst erfordern, dürften zur Zeit kaum in guter Beschaffenheit hergestellt werden, weil sie mit grosser Sorgfalt gearbeitet werden müssen." Und weiter: „Erfinderisch wird der Japaner nach seiner ganzen rezeptiven Vergangenheit schwerlich jemals werden; vergessen wir nicht, dass Japan mit verschiedenen Kulturen seit nicht weniger als dreizehn Jahrhunderten getränkt ist."

1896 wurde die Taschenuhrfabrikation in Japan begonnen, und zwar mit in Japan gebauten Maschinen. Aber schon 1897 wurden fast keine Taschenuhren mehr hergestellt, weil sich die Fabrikation zu teuer stellte und Geld zugesetzt wurde. Auch während der Fabrikationszeit wurden Federn, Steine und Zifferblätter eingeführt. Über die Lieferung japanischer Uhren nach China berichtete 1897 ein deutscher Sachverständiger: „Das Geschäft musste aufgegeben werden, da die Japaner zu unregelmässig und zu schlecht lieferten. Bald fehlte ein Zeiger, bald fehlte der Pendel, bald der Anhänger; jedenfalls sind die Japaner infolge dieser Nachlässigkeiten fast ganz vom hiesigen Markte verschwunden und machen momentan nur noch ein sehr unbedeutendes Geschäft." In den letzten Jahren hat Japan einen grossen Teil seines Marktes für Zündhölzer verloren, der von Indien bis Singapore zurückgedrängt ist. Das leichtbrechende Holz und das häufige Versagen des Zündstoffes an den japanischen Zündhölzern hat die Kunden schliesslich wieder kopfscheu gemacht."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Um den Widerspruch zu lösen, welcher zwischen den beiden Arten von Urteilen sowohl über chinesische wie über japanische Arbeiter und Betriebe besteht, geht man am besten von der gemeinsamen Grundlage aus, welche beiden Arten von Berichten, den lobenden und den tadelnden, eignet. Beide Arten sind sich einig in der verhältnismässigen Bedürfnislosigkeit des Chinesen und Japaners, der von einem Stück stinkigem Fisch, ein paar Händen Reis und Rübchen einen Tag soll leben können, und in den niedrigen Löhnen, welche chinesische und japanische Arbeiter fordern. Diese Löhne muss man nun doch erst etwas näher ins Auge fassen. Am eingehendsten sind wir über die japanischen Löhne unterrichtet, die aber nach den Aussagen von Sachkennern mit den chinesischen der Hafenorte, die zur Zeit für die Industrieproduktion allein in Betracht kommen, ungefähr zusammenfallen. Über die Löhne zu Anfang der neunziger Jahre haben wir Angaben in dem erwähnten englischen Konsulatsbericht über den ausländischen Handel Japans vom Jahre 1893. Danach bekam ein japanischer Spinner 40 Pf. und eine japanische Spinnerin 20 Pf. Tagelohn. Das klingt erschrecklich und ist gewiss sehr wenig. Aber es ist auch nur mit einer sehr erheblichen Einschränkung zu verstehen. Diese dortigen Löhne sind nämlich von Konsul Longford in Gold umgerechnet worden, obwohl im Jahre 1893 Japans Geldverhältnisse von dem seit 1873 eingetretenen Preissturz des Silbers noch gar nicht berührt waren. Diese Umrechnung bedeutet daher eine Entstellung des gesamten Sachverhalts. Wäre die Umrechnung dieser selben Löhne im Jahre 1872 erfolgt, also ehe jener Preisrückgang des Silbers einsetzte, so hätten wir erfahren, der japanische Spinner erhalte 1 Mk. Tagelohn und die Spinnerin 50 Pf. Das wäre aber etwas ganz anderes gewesen. In England hatte sich eine Zeitlang die bimetallistische Agitation der ganzen Frage bemächtigt, und alle Äusserungen, die mit dieser in Verbindung stehen, sind naturgemäss immer mit der grössten Vorsicht aufzunehmen. Am 12. Februar 1895 sprach in dem Royal Colonial Institute ein Mitglied des gesetzgebenden Rates in Hongkong, namens Whitehead, über die Frage. Er sagte wörtlich: „Für die Möglichkeit, billige Arbeit in den orientalischen Ländern zu erhalten, gibt es keine Grenzen. Millionen von Männern und Frauen drängen sich zur Arbeit zu einem Lohn, der in Gold 40—50 Pf. entspricht.“ Und er fuhr fort: „Darum muss die englische Industrie aus England verschwinden und durch solche in den Ländern mit Silberwährung ersetzt werden.“ Ganz ähnlich äusserte sich der englische Generalkonsul in Shanghai auf dem Diner der China-Association in London am 26. Februar 1895. In kurzer Zeit, meinte er, würde Shanghai ein grosser industrieller Mittelpunkt sein und mit seinen Spinnereien ernstlich die Industrie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Lancashire schädigen, und zwar, weil die Chinesen, dank der Entwertung des Silbers, billiger als Lancashire produzieren könnten. Seit dieser Prophezeiung ist über ein halbes Jahrzehnt verflossen, aber genau das Gegenteil ist eingetreten.

Obgleich Silber seit 1873 um 60 v. H. seines Wertes gefallen ist, und der Silberdollar, der früher gegen 5 Mk. galt, heute nur etwa 2 Mk. gilt, bezahlte doch Silber bis 1895 im Orient noch ungefähr dieselbe Arbeitsleistung wie früher, und dasselbe galt von den rein binnenländischen Erzeugnissen Chinas. Nach den Aufstellungen des Hongkonger Stadtrates Whitehead im Royal Colonial Institute vom 12. Februar 1895 waren von 1873 bis 1894 zwanzig der wichtigsten heimischen Produkte Chinas im Binnenverkehr im Preise nicht gestiegen, obwohl in diese Zeit jene riesige Entwertung des Silbers im Westen gefallen war.

Unmittelbar darauf ist jedoch der Bruch mit dieser Stetigkeit der Preise eingetreten, wie die Lyoner Handelsexpedition von 1897 festgestellt hat. Danach war 1897 z. B. der Reispreis gegenüber 1887 um 50 v. H. gestiegen, der Preis von Schweinefleisch sogar um 100 bis 200 v. H. Das Geschrei über die Winzigkeit der Ostlöhne ist demnach in weitem Masse auf Rechnung von willkürlichen und ungerechtfertigten Umrechnungen zu setzen, welche gerade in einer Zeit gemacht wurden, in der im Westen die Entwertung des weissen Metalls eingetreten war, sie den Osten aber noch nicht berührt hatte. Dass dieses Verhältnis kein dauerndes sein könne, sahen Einsichtige schon damals voraus. War doch klar, dass bei einer Ware wie Silber ein Preisunterschied von 60 v. H. an zwei verschiedenen Stellen der Erde sich nicht dauernd behaupten konnte! Die weitere Entwickelung dieser Dinge über 1895 hinaus hat dem recht gegeben.

Bis Mitte der neunziger Jahre hatte der Osten, der wirtschaftlich stets nachhinkt, jenen gewaltigen Preissturz des Silbers noch nicht mitgemacht. Seit 1895 aber hat er angefangen, sich sehr stark daran zu beteiligen, und seit 1897 Russland und Japan zur Goldwährung übergingen und seit die indische Münze die freie Silberprägung einstellen musste, strebt der Silberpreis des Ostens dem Gleichgewichte mit dem westlichen Silberpreise zu.

Moritz Schanz stellte 1897 ausdrücklich fest, dass damals die am 1. Oktober 1897 eingeführte Goldwährung die Ausfuhr Japans nach Silberländern um etwa 10 bis 12 v. H. erschwerte. Bis dahin war dieselbe den Goldländern des Westens also um 10 bis 12 v. H. vorausgewesen. Schanz sagt des näheren: „Als im August 1897 in Shanghai infolge der nahenden Einführung der Goldwährung in Japan der japanische Dollar von 72 Tael-Cents auf 85 und 86 Tael-Cents stieg, wurden die japanischen Baumwollspinner in ihren Export-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

chancen schwer getroffen, denn 80 v. H. des japanischen Gesamtexportes gehen nach China. Dieser Export war überhaupt erst durch den Fall des Silberpreises vor wenigen Jahren in grösserem Massstabe — in Konkurrenz mit Indien und England — möglich geworden." Infolge dieser plötzlichen Silberentwertung sind sämtliche östliche Warenpreise, auch der Preis für menschliche Arbeit, gestiegen, und nicht etwa nur in Kleinigkeiten. Während des Aufenthalts der Lyoner Handelsexpedition in Shanghai 1897 stiegen die Löhne der dortigen Seidenwebereien allein in wenigen Monaten um 50 v. H. Trotzdem hinkte die Lohnhöhe des Ostens bis vor kurzem hinter der Entwickelung der Warenpreise her. Nach dem Berichte von Robert P. Porter ergeben die japanischen Statistiken, dass von 1873 bis 1894 die Preise der Lebensbedürfnisse in Japan um etwa 62 v. H. gestiegen sind, während die Löhne sich während derselben Zeit nur um 32 v. H. erhöht hatten.

Der Zentralverband amerikanischer Industrieller, die National Association of Manufacturers, hatte Robert P. Porter im März 1896 nach Japan gesandt, um die dortigen industriellen Verhältnisse zu studieren. Sein Bericht ist von Ende 1896. Er macht sehr eingehende Angaben über Löhne wie über andere Produktionsverhältnisse.

Laut amtlicher japanischen Statistiken verdienten damals dort durchschnittlich Zimmerleute 13,5, Schmiede 12,5, Seidenspinner 6,7, Weber 6 und landwirtschaftliche Arbeiter 3 Cents den Tag.

An anderen Löhnen gibt er an:

| Beruf | Arbeitsstunden | Lohn Cents |
|---|---|---|
| Landwirtschaftliche Arbeiter | 12 | 8,0 |
| Wagenschieber | 11 | 18,0 |
| Zündhölzermacher | 10 | 8,0 |
| Zündhölzerverpacker | 10 | 3,5 |
| Waggonschieber | 10 | 18,0 |
| Sandreiniger | 10 | 2,5 |
| Grubenfeger | 10 | 4,5 |
| Bettler | 8 | 3,0 |
| Tabakpfeifenarbeiter | 11 | 4,0 |
| Strassensänger | 10 | 5,0 |
| Im Durchschnitt | 11 | 7,0 |

Die Zeitschrift American Trade, Organ der National Association of Manufacturers, vom 15. Dezember 1897, gibt eine eingehende Statistik über das Steigen der Löhne in Japan im Jahre 1896/97.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tägliche Löhne in Silbersens (Cents) = 2 Pfg.

| | 1896 | 1897 | Steigerung in Prozenten |
|---|---|---|---|
| Maurer | 50 | 80 | 60 |
| Dachdecker | 40 | 65 | 60 |
| Zimmerleute | 40 | 63 | 50 |
| Ziegeldecker | 50 | 70 | 40 |
| Tischler | 50 | 70 | 40 |
| Eisengiesser | 65 | 90 | 38 |
| Stuckateure | 60 | 80 | 33 |
| Schmiede | 45 | 60 | 30 |
| Kulis | 30 | 40 | 30 |
| Ziegelarbeiter | 40 | 50 | 25 |
| Holzhacker | 60 | 60 | 16 |

Der Eisengiesser mit 1,80 Mk. Tagelohn, der Maurer und Stuckateur mit 1,60 Mk., der Ziegeldecker und Tischler mit 1,40 Mk. stehen den Arbeitslöhnen des deutschen Osten keineswegs sehr fern, wo sie nur etwa 1 Mk. höher sind.

Ein Aufsatz von Dr. P. Brunn in der Monatsschrift „Ostasien" vom Januar 1901 spricht ebenfalls von einem erheblichen Steigen der japanischen Arbeitslöhne seit 1895. 1894 erhielten danach landwirtschaftliche Tagelöhner und Arbeiterinnen in den Webereien 28 Pf., 1897 dagegen 40 Pf. Tagelohn. Baumwollenweber erhielten 1894 42 Pf. und 1897 55 Pf. Die Schneider europäischer Kleidungsstücke erhielten 1894 63 Pf. und 1897 75 Pf. Aber auch diese Werte sind noch in Goldwährung umgerechnet, während der Silberpreis des Ostens und Westens seine absolute Ausgleichung immer noch nicht völlig gefunden hat und 1897 erst zum kleinen Teil gefunden hatte. Nach japanischen Aufstellungen sind bei Vergleichung der Lebenskosten die Reallöhne in Deutschland $2^1/_2$ bis 3 mal so hoch wie in Japan. Auch über das Jahr 1897 hinaus haben wir noch einzelne Nachweise des Steigens der japanischen Löhne. Im Jahre 1897 erhielt der Durchschnittsarbeiter einer mit europäischen Maschinen eingerichteten Baumwollspinnerei in Gold 46 Pf. Tagelohn, 1898: 51 Pf. Arbeiterinnen erhielten ebenda 1897: 28 Pf. und 1898: 31 Pf.

Eine Korrespondenz vom 19. Februar 1901 aus Tokio in Nummer XVIII, 8 des Exporteur bemerkt: „Es dürfte die Furcht, welche man in Europa vor einer baldigen erdrückenden Konkurrenz japanischer Produkte zu haben scheint, durchaus unbegründet sein. Es darf eben nicht vergessen werden, dass die Arbeitslöhne in Japan ebensogut eine steigende Tendenz haben wie in Europa; denn das japanische Proletariat ist heute bereits in ganz ernsthafter Weise gewillt, seine

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bisher sehr grosse Bedürfnislosigkeit in mancher Hinsicht zu verbessern. Deshalb ist auch das Genossenschaftswesen im Reiche des Mikado unter den Arbeitern schon derartig ausgebildet, dass diese den Unternehmern gegenüber wohl gewaffnet sind und dies auch zur Genüge wissen".

Ein deutscher gewerblicher Sachverständiger schrieb 1897: „Die Arbeitslöhne sind seit dem chinesisch-japanischen Kriege um 25 bis 30 v. H. gestiegen, eine Steigerung, die durch das Teurerwerden aller Bedürfnisartikel zur Notwendigkeit wurde und in allen Industrien Japans eintrat". 1897 war der Durchschnittslohn für erwachsene Arbeiter 35—40 Sen, für Arbeiterinnen 15—20 Sen. Nach einem Bericht ist der Preis für gewöhnliche Lebensbedürnisse in Japan von 1887 bis 1897 um 60 v. H. gestiegen, 1897 allein um 14 v. H.

Schanz sagt von Japan: „Es sind für die viel zu schnell gewachsene Industrie bei weitem nicht genügend geschulte Arbeitskräfte vorhanden, die Arbeiter haben infolgedessen leichtes Spiel gehabt, die Löhne innerhalb dreier Jahre um 50 v. H. zu steigern, und Streiks dürften immer häufiger werden. Dabei ist die Arbeitsleistung keineswegs gestiegen, sondern man macht es sich bei den höheren Löhnen bequemer als früher, sodass die Fabrikproduktion Japans sich mehr oder weniger ungünstig den Leistungen Europas gegenüber vergleicht."

Bei Berechnung der Löhne muss man überdies auch die gelieferten Realien mit in Betracht ziehen. So liefert die Kanegafutschispinnerei nicht nur ihren männlichen Arbeitern die Wohnungen zu sehr billigen Mieten und verkauft ihnen das Hauptnahrungsmittel 10 bis 15 v. H. billiger als die Händler, sondern sie setzt noch monatlich etwa 2000 Dollar zu, indem sie für etwa 1000 Arbeiterinnen Wohnung und Kost zu einem Preise von 6 cent den Tag liefert. Dadurch erhöht sich die den Mädchen zuteil gewordene Vergütung tatsächlich um $^1/_2$ Dollar für den Monat.

Hatte 1893 unter der (falschen) Voraussetzung, dass die Entwertung des weissen Metalles im Westen den Osten niemals erreichen werde, die Besorgnis wegen der chinesischen und japanischen Hungerlöhne wenigstens noch Sinn, so hat sie seit dem Nachweise, dass die Ebbe des Silberpreises auch den Osten erreicht hat, jede Bedeutung verloren. Die chinesisch-japanischen Löhne des Konsuls Longford von 1893 gehören längst (so in allen Hafenorten Chinas) der Geschichte an, und wer sie heute noch in einer wirtschaftlichen Beweisführung benutzt, um die Billigkeit der Arbeit im Osten zu belegen, der hinkt mit seinem Wissen ein Jahrzehnt hinter der Zeit her.

Sind die chinesisch-japanischen Löhne auch nicht so niedrig, wie die bimetallistischen Agitatoren uns einst gern glauben machen wollten,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

so sind sie doch immerhin erheblich geringer als die westeuropäischen und nordamerikanischen Löhne, und daraus müsste sich also doch eine Überlegenheit der Chinesen und Japaner im Wettbewerb um die Arbeitsgelegenheit auf dem Weltmarkt ergeben, wenn nämlich niedriger Lohn wirklich notwendigerweise billige Produktionskosten bedeutete. Das ist aber nun nach der neueren wirtschaftlichen Erfahrung durchaus nicht der Fall. Es kommt überhaupt nicht auf die absolute Höhe des Lohnes an, sondern auf einen Bruch, auf Leistung dividiert durch Lohn, oder auf das Verhältnis, in dem Arbeitsleistung und Lohn zu einander stehen. Und sobald man dieses Verhältnis in Betracht zieht, da sieht es im Osten mit den verfügbaren Arbeitskräften traurig aus. Das gilt, wie schon an Beispielen aus der Wirklichkeit gezeigt wurde, bereits bei Bauten, bei Eisenbahnunternehmungen, Bergwerken und ähnlichem. In ganz anderm Grade aber noch auf dem Gebiete der eigentlichen Industrie. Es wurde schon erwähnt, dass die europäischen Reallöhne $2^1/_2$ bis 3mal so hoch sind, wie die japanischen, und dass nach dem Zeugnis Brenans ein mittelländischer Arbeiter drei japanische ersetzt.

Sehen wir uns einmal eine chinesische Seidenweberei an. Da haben wir zunächst nur hölzerne Maschinen. Alle Stühle, alle Räder und Zähne sind von Holz, ungenau wie alle Holzmaschinerie und mit dem unvermeidlichen Knacken und Krachen aller trockenen Holzgeräte. Ein Mongolenjunge tritt jede Sekunde einmal auf das Pedal nieder, das das Rad in Schwung setzt. Die Fabrik hat zehn Arbeitsstunden; sein armer Fuss macht also täglich 36 000 Trittbewegungen, oder wenn man die häufigen Unterbrechungen berücksichtigt, doch etwa 25 000. In den zehn Stunden werden nicht ganz 5 *m* Stoff fertig; die Stunde also ein halbes Meter. Bei den häufig nötigen Reparaturen steht der Webstuhl obendrein tagelang still, und der Knabe geht müssig.

Gegen den Vergleich dieses hölzernen Handwebstuhles mit einem modernen Maschinenstuhl kann man noch einwenden, dass hier nicht Menschenkraft mit Menschenkraft, sondern die Maschine mit der Menschenkraft konkurriere. Nun ist zwar keineswegs ausgemacht, dass da unter allen Umständen sofort die Menschenkraft unterliegen müsse, sondern wo Bodenrente, Anlagekosten und Material billig sind und niedrige Arbeitskräfte mit noch niedrigeren Lohnanforderungen zu Gebote stehen, da kann, wie bei den indischen Handspinnern und Handwebern, sehr wohl eine Zeitlang eine Konkurrenz mit der Spinnmaschine und dem Maschinenstuhle stattfinden. Aber muss die Unterlegenheit des Inders, Chinesen und Japaners nicht sofort aufhören, sobald sie selbst an die europäische Maschine treten? Nun, der Versuch ist gemacht worden, und von dem Erfolge ist oben eine aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

führliche Darstellung gegeben, welche die verschiedensten Gegenden berücksichtigt. Hier daher nur ein Wort über die allgemeinen Verhältnisse.

Von den chinesischen Spinnereibesitzern werden immer die indischen Spinnereien als Muster und nachahmenswerte Vorbilder hingestellt. Wie es in den modernen indischen Spinnereien aussieht, davon geben uns englische Blaubücher anschauliche Bilder. Es handelt sich da um Betriebe, die mit allen Mitteln neuzeitlicher Technik vollkommen ausgestattet sind und es in Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation mit jeder europäischen Fabrik aufnehmen. Aber trotz aller Strenge ist es nicht zu verhindern, dass die Arbeiter in ihrer Arbeit innehalten, unregelmässig dazwischen essen und sich ausruhen. Man ist dadurch gezwungen, eine so grosse Anzahl Arbeiter zu halten, dass die tätigen für die untätigen eintreten können. Man erlaubt unter dieser Voraussetzung, dass die Männer während der Arbeitszeit hinausgehen und rauchen, die Frauen ihre Kinder säugen und Arbeiter oft auf Wochen fortbleiben, um in ihrer Heimat das Feld zu bestellen. Dafür gibt es keine längeren Arbeitspausen, während deren die Maschine stillstände, keine freien Sonntage oder doch nur einen solchen im Monat zur Reinigung der Maschinen, und die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 bis 14 Stunden. Dadurch wird die Produktion so verteuert, dass indische Baumwollwaren teurer zu stehen kommen als englische, obgleich für die englischen Fabriken die amerikanische Baumwolle erst übers Meer geschafft werden muss, während bei den indischen Spinnereien und Webereien das Baumwollenfeld vor der einen Tür liegt und der Absatzmarkt China vor der andern. Wenigstens gilt das für den Baumwollenmarkt Englands. Durch den Transport der fertigen Waren von England nach China wurden bis Mitte der neunziger Jahre eine Zeitlang grobe Waren allerdings auf dem chinesischen Markte unerheblich teurer als die indischen. Aber das ändert an der Tatsache nichts, dass die Produktionskosten dieser Waren in Indien selbst auch damals höher waren als in England, und zwar hier mit Einschluss der Baumwollenzufuhr dorthin.

Dieses Urteil gilt über den indischen Arbeiter im allgemeinen. „Im grossen und ganzen", sagt Dorel, „vermeidet der indische Arbeiter es mit der grössten Gewissenhaftigkeit, auch nur einen Strich mehr zu tun, als wozu er verpflichtet ist, bezw. wofür er bezahlt wird. Die Möglichkeit, durch mehr oder systematische Arbeit seinen Erwerb zu steigern, hat für ihn nicht den genügenden Reiz; eher ist sein Bestreben, für denselben Lohn weniger Arbeit zu verrichten. Von dem im übrigen unbefriedigt wirkenden Kastensystem begünstigt, hat der indische Handwerker im Laufe der Jahrhunderte eine staunens-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

werte Geschicklichkeit erlangt, ist allerdings infolgedessen auch neuen Methoden und ihm fremder Arbeitsweise bis zur offenen Feindseligkeit abgeneigt." (Londoner Finanzchronik vom 30. März 1901.)

In China liegen die Verhältnisse für die Erzeugung von Baumwollenwaren in natürlicher Hinsicht recht günstig. Ein sehr grosser Teil Chinas eignet sich nach Boden und Klima zum Anbau von Baumwolle. Nur ist die dort erzeugte Baumwolle sehr schlecht. Der Stapel, d. h. die Faserlänge, ist nämlich nur etwa 2 *cm*, also nur halb so lang wie die brasilische. Zur Zeit wird gerade wie in Indien ein grosser Teil der erzeugten Baumwolle roh ausgeführt, 1892 von Shanghai aus allein 760 000 Zentner im Werte von 13 Millionen Mark, von denen 583 000 Zentner nach dem Auslande, meist nach Japan gingen. Seit etwa 1890 haben sich aber in und bei Shanghai eine Reihe Fabriken entwickelt, von denen bereits 1894 mehrere in vollem Betriebe waren; darunter eine mit etwa 200 000 Spindeln. Es sind dies sowohl Egrenierfabriken, d. h. Anstalten zum Auskörnen der Baumwolle, wie Baumwollspinnereien und Webereien. Keine von ihnen lieferte aber 1900 irgendwelchen Gewinn. Max v. Brandt sagte von ihnen schon 1895 vorsichtig, dass ihre finanziellen Resultate bis dahin den berechtigten Erwartungen nicht ganz entsprochen zu haben schienen. Wie die indische Baumwolle schlechter ist als die amerikanische, und wie infolgedessen die Baumwollspindeln in Indien erheblich langsamer laufen müssen als in Amerika, so ist die chinesische Baumwolle noch kürzer im Stapel als die indische, und infolgedessen müssen die chinesischen Spindeln noch langsamer gehen als die indischen. Mit der 1897er Baumwollernte war die Zahl der Umdrehungen der Spindel in der Minute für zwanziger Garne in den Bombay Mills 8500, mit chinesischer Baumwolle in den Shanghai Mills 6000, während die besten westlichen Spinnereien bis 14000 Umdrehungen in der Minute laufen. Die Anzahl der Umdrehungen variiert eben mit der Güte der jedesmaligen Baumwollernten. Dadurch allein ist schon ein gewaltiger Abstand in der Produktenmasse gegeben. Derselbe ist aber nicht die Schuld der Arbeiter, obwohl er dauernd an die Produktion von Baumwollwaren im Osten geknüpft erscheint. Denn mit der Einfuhr amerikanischer oder ägyptischer Baumwolle würden die Produktionskosten wieder gewaltig steigen, und mit der Wiederausfuhr der Waren nach dem Westen würden die Warenpreise noch stärker emporschnellen. Der Hauptunterschied zwischen der Produktion im Westen und Osten liegt aber in der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die sich wieder in zwei verschiedenen Dingen zeigt. Erstlich nämlich in der Anzahl der Spindeln, die der einzelne bedient, und zweitens in dem Prozentsatz von Zeit, der beim Wiederanknüpfen abgerissener Fäden verloren geht. Der englische

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Spinner bedient mit einem Gehilfen entweder zwei Rahmen zu je 800 Spindeln oder selbst einen Selfaktor von 3000 Spindeln. Der chinesische und japanische Spinner aber bedient nur 200—300 Spindeln. Der englische Spinner verliert mit dem Wiederanknüpfen abgerissener Fäden nur 5—8 v. H. der gesamten Spinnzeit, der chinesische und japanische Spinner aber etwa 25 v. H. Selbst die Spindelgeschwindigkeit ist aber in gewissem Grade von der Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte abhängig. Bei jeder Steigerung der Geschwindigkeit mehren sich die abreissenden Fäden, und wird also auch ein grösseres Mass Zeit zum Anknüpfen derselben erforderlich, während dessen die Maschine still stehen muss. Von der Schnelligkeit, mit der das Wiederanknüpfen erfolgt, ist es abhängig, eine wie grosse Spindelgeschwindigkeit sich lohnt. Bei minderwertigen Arbeitern müssen die Maschinen langsamer laufen, weil sonst durch das Wiederanknüpfen der Reissfäden ein noch grösserer Garnverlust entstände als durch das Langsamerlaufen gegenüber dem Schnelllaufen.

Nach allgemeinem Urteil, z. B. auch nach demjenigen von Max von Brandt, stehen die japanischen Arbeiter etwas höher als die chinesischen. Wie die Verhältnisse der Arbeiterzahl zur Spindelzahl aber in Japan liegen, darüber gibt uns wieder der englische Konsulatsbericht von 1893 über den Auslandshandel Japans interessante Aufschlüsse. Die Baumwollspinnerei von Kanegafutschi in Japan hatte danach damals 35 000 Spindeln. Sie arbeitete Tag und Nacht mit etwas über 2100 Männern und 3700 Frauen bei einer Arbeitszeit von 22 Stunden, natürlich in zwei Schichten zu je 11 Stunden. Eine Schicht wurde also von 1050 Männern und 1850 Frauen, zusammen 2900 Personen, gebildet. Darunter waren keine Egrenierarbeiter, da die chinesische Baumwolle bereits in den Ausfuhrhäfen entkörnt wird. 2900 Personen bedienten 35 000 Spindeln, eine Person also 12 Spindeln, oder nach Abzug der nicht an der Spinnmaschine beschäftigten Vorbereitungsarbeiter etwa 50. Nach dem Berichte eines deutschen gewerblichen Sachverständigen bediente 1897 in der Spinnerei Kanegafutschi eine Spinnerin mit 15 Cents Tagelohn (mit einer Gehilfin?) etwa 150 Spindeln, eine Spinnerin mit 20 Cents Tagelohn etwa 200 Spindeln. In der Kiotospinnerei bedienten 1897 2 bis 4 Mädchen mit 17 Cents Tagelohn und 2 Gehilfinnen einen Spinnrahmen von 384 Spindeln, auf das Mädchen kamen also 75 Spindeln. In der Osaka-Spinnerei, wo eine zwölfstündige Arbeitsschicht mit einer Stunde Ruhepause bestand, gingen 1897 fast drei Stunden mit Ruhen verloren, wurde also wenig über 9 Stunden gearbeitet. Die Spindel lieferte in 24 nominellen Arbeitsstunden 1 Pfund Sechzehnergarn. Schanz sagt: „Würde man gegen die Bummelei und die Rauchpausen energisch vorgehen, so würde die an und für sich schon schwierige

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte noch schwieriger werden. Der Japaner ist an und für sich der Fabrikarbeit abgeneigt, zieht seine Unabhängigkeit selbst bei geringerem Lohne vor, und es ist deshalb sehr schwer, einen Stamm von eingearbeiteten und längere Zeit in einer Fabrik tätigen Arbeitern zu bilden und zu halten. Auf 100 Angeworbene kommen 30 bis 40, welche die Stellung schon innerhalb des ersten Jahres enttäuscht und unbefriedigt wieder verlassen, und so findet ein stetiges starkes Wechseln statt, welches der Einarbeitung und Ausnutzung der Arbeitskräfte natürlich sehr schädlich ist. Kommt der Sommer ins Land und verlangt Hände für die Feldarbeiten, so fehlen in der Osaka-Spinnerei doch zuweilen 20 bis 30 vom Hundert der Arbeiter."

In England bedienen zwei Spinner 3000 Spindeln. Erscheint bei solcher Leistung der Tagelohn für den Mann von 1 Mk. und für die Frau von 50 Pf. (oder selbst, unberechtigter Weise in unserer Goldwährung ausgedrückt, von 40 Pf. für den Mann und 20 Pf. für die Frau) nicht noch als viel zu hoch? Von Brandt ist allerdings der Meinung, dass man mit 22 Arbeitsstunden am Tage in zwei Ablösungen schneller arbeiten könne als an einem achtstündigen Arbeitstage ohne Ablösung. Dabei hat er nur vergessen, dass die englischen Spindeln wegen der haltbareren Baumwolle, die sie spinnen, und der leistungsfähigeren Arbeiter, von denen sie bedient werden, genau doppelt so schnell gehen wie die japanischen, und dass obendrein ein Unterschied von 18 bis 20 v. H. an Gangzeitverlust dabei ins Spiel kommt, der ausschliesslich auf Rechnung der minderwertigen Arbeiter des Ostens zu setzen ist.

Es klingt wie unbewusste Ironie, wenn derselbe englische Konsulatsbericht von 1893, der die obigen Zahlenangaben mitteilt, an einer anderen Stelle die oben angeführte Bemerkung macht, nach sachverständigem Urteile bestände zwischen japanischen und Lancashire-Spinnern kein Unterschied ausser in der Körperkraft. Er hätte sich aus den angegebenen Zahlen den Unterschied in den Produktenmassen und also in der Leistung unschwer berechnen können. Gegenüber diesen Tatsachen erscheinen die Leistungen der indischen Spinner, die sich nach Berechnungen von 1899 zu denen englischer Grobspinner etwa wie 2 : 1 verhalten, noch als ganz hervorragend.

Genau so ist es auf dem Gebiete der Weberei. In Massachusets bedient ein Mädchen sechs Webstühle, in Lancashire vier. Der Hindu und Chinese bedient nur einen, und dazu braucht er noch einen Gehilfen und zwei bis drei Webejungen. Wegen der kurzen Arme des Chinesen ist der Handwebstuhl und also auch der gewebte Stoff ausserordentlich schmal, und ob dieser Umstand nicht auch auf die Breite der Maschinengewebe mit der Länge der Zeit von Einfluss



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sein wird, ist noch abzuwarten. In der Kaiserlichen Seidenmanufaktur zu Hangtschou sind zur Bedienung von 7000 Webstühlen 28 000 Menschen nötig; auf einen Webstuhl kommen also vier Arbeiter. (Hermann Schumacher, Die chinesischen Vertragshäfen, Jena 1899, S. 96). Nach einem Berichte von Moritz Schanz bringt ein chinesischer Arbeiter in der Gerberei bei zehnstündiger Tagesarbeit nur das Falzen von zwei Häuten fertig, wobei allerdings seine primitiven Werkzeuge und Einrichtungen ebenfalls ins Gewicht fallen. Zum Räuchern von 4 bis 5 Häuten ist ebenfalls die Tagesarbeit eines Chinesen erforderlich. Um in einem Monate 300 Häute fertigzustellen, braucht ein Gerber 20 Arbeiter. Die Tagesarbeit eines Chinesen ergibt also täglich die Gerbung einer halben Haut, sie wird mit 4 bis 6 Dollar den Monat, also mit 55 bis 80 Pfennig den Tag Barlohn bezahlt, wozu noch Wohnung und Essen kommen, was aber nur 1 Dollar wert ist, so dass ein wirklicher Tagelohn von 60 bis 95 Pf. entsteht.

Der Grund dafür, dass für den Chinesen in der modernen konzentrierten Industrie keine Stätte ist und nie eine Stätte sein kann, liegt in den Tatsachen, die wir in dem Lohnleistungsgesetz zusammenfassen. In der Hausindustrie entlegener Gegenden, die keinerlei Aufsicht bedarf, mag niedere Arbeitsleistung noch eine Weile mit der Fabrikarbeit konkurrieren. Nicht aber auf eigentlich städtischem Kulturboden, wo die Bodenrente hoch ist, Anlagekosten, Maschinenkosten hoch sind, und für Krafterzeugung, Maschineninstandhaltung, Beleuchtung und Gebäudeabnutzung grosse Summen ausgegeben werden müssen. Da sind vielmehr der Verwendung minderwertiger Arbeitskräfte die engsten Grenzen gezogen. Wenn ich in einem solchen Betriebe 200 Arbeiter beschäftige und ihnen 4 Mk. Tagelohn zahle, so könnte ich dafür nicht etwa, ohne selbst die schwersten Verluste zu erleiden, 400 Arbeiter von halber Leistungsfähigkeit wie meine früheren nehmen und ihnen 2 Mk. Tagelohn zahlen; sondern diese könnten vielleicht nur 1 Mk. bekommen. Denn um sie bei der Arbeit unterzubringen, brauchte ich fast doppelt so viel Bodenrente, fast doppelt so grosse Fabrikgebäude, viel mehr Maschinerie, Beleuchtung, Aufsicht. Die Verzinsung und Amortisierung aller dieser Anlagekosten und die gesamten Betriebs- und Verwaltungsmehrkosten würde ich ihnen vom Jahreslohn abziehen müssen, wenn ich selbst keinen Verlust erleiden wollte. Und daher nähert sich unter den Verhältnissen der modernen konzentrierten Industrie der Tagelohn minderwertiger Arbeitskräfte immer sehr rasch dem Existenzminimum und sinkt mit weiter fallender Leistungsfähigkeit der Beschäftigten selbst sehr bald unter dieses herunter. Und da heute schon bei 50 bis 60 Pfg. Tagelohn selbst Chinesen und Japaner nicht mehr

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in einer Fabrik arbeiten, so ist ihr Eintritt in diese in grossem Massstabe ganz ausgeschlossen. Natürlich finden sich in einem Volke von 400 Millionen immerhin auch ein paar Millionen fähigere Menschen, wie ja auch der Nordchinese wesentlich kräftiger ist als der kleine schmächtige Südchinese, und der Japaner wieder kräftiger als der Chinese und wie ja auch einzelne Chinesen als Kaufleute, selbst als Grosskaufleute, ganz Tüchtiges leisten; aber ein paar Schwalben machen auch hier keinen Sommer. Gerade der Übergang zur modernen westländischen Produktionsweise muss die Unterlegenheit der Chinesen und Japaner als Arbeitskräfte erst mit recht verhängnisvoller Deutlichkeit zeigen.

Der Chinese ist nur für eine mechanische, sich in engem Gesichtskreise vollziehende Arbeit zu brauchen, bei der weder geistige Anstrengung noch komplizierte Körperbewegung in Frage kommen. Das Mechanische ist seine Freude. So ist er z. B. zum Exerzieren ganz gut zu haben. Das Mechanische daran befriedigt ihn, das Rhythmische daran tut ihm wohl. Aber auch in militärischer Hinsicht hatte man seine Erwartungen wohl einigermassen zu hoch gespannt. Ein Aufsatz in der Army und Navy Gazette von Major Bower im Jahre 1899 rühmt dem Chinesenregiment Englands in Weiheiwai Körperkraft, Begabung und Gehorsam nach. Aber er selbst erzählt auch, dass die angeworbenen Soldaten aus den in Unzahl sich meldenden Landessöhnen sorgsam ausgewählt worden seien. Auch bei der deutschen Chinesenkompagnie in Kiautschou wurde im Anfang die Körpergewandtheit und der Lerneifer gelobt. Ein Aufsatz des Militärwochenblattes von 1900 bemerkt über den chinesischen Soldaten: „Der Südchinese ist zwar klein und schwächlich, aber gewandt und zähe; am Yangtse und in Nordchina dagegen sieht man viele grosse und gut gewachsene Leute. An Anstrengungen und schmale Kost gewöhnt, erträgt der Chinese Hunger, Durst und Schmerzen mit stoischem Gleichmut; Nerven kennt er nicht. Er hat ein vorzügliches Auge und eine sichere Hand und steht auch in geistiger Beziehung nicht weit hinter den Rekruten anderer Länder zurück; er macht mechanische Übungen mit erstaunlicher Leichtigkeit, versagt aber, sobald er auf eigene Urteilskraft angewiesen ist.“ Dieses Urteil war, trotz des harten Nachsatzes, noch zu rosig gefärbt. Während der chinesischen Unruhen versagte die Chinesenkompagnie in Kiautschou gänzlich und war auch nachher nicht wieder in Ordnung zu bringen, so dass sie 1902 als eigene Formation aufgelöst werden musste.

Ganz ebenso, wie er eine Zeit lang leidlich exerziert, dreht der bessere Chinese mit hohem Genuss in seinem Tempo eine Handmühle. Aber schon in der Beobachtung eines Spindelrahmens auf



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

abreissende Fäden schlägt ihn der Inder trotz seiner Langsamkeit und Träumerei. Der Chinese wie der Japaner hasst die intensive Hingabe an seine Arbeit, wie nur jemals etwas gehasst worden ist. Ohne solche Hingabe ist aber höhere Arbeit überhaupt nicht möglich. Ein rascheres Tempo im nicht mechanischen Zugreifen scheint dem Mongolen nicht beizubringen zu sein. Ob er eine Stunde oder vierzehn Stunden beim Handspinnen sitzt, ist ihm gleich. Er ist kaum je eigentlich müde und abgespannt, aber auch nie voll Arbeitsfrische, von Lust und Liebe zur Arbeit ganz zu schweigen. Verringert man seine Arbeitstunden, so sinkt auch die Produktion um den gleichen Bruchteil, verlängert man jene, so steigt auch diese. Steigert man ihm den Lohn, so verringert sich sofort die Anzahl der Tage, an denen er arbeitet. Ohne die Nötigung des Hungers und der Obdachlosigkeit zu arbeiten, erscheint ihm als Unding, als Unsinn. Hat er für drei Tage, was er braucht, so dünkt es ihm ein Frevel, weiter zu schaffen.

Beim Japaner ist's nicht viel anders. Hermann Schumacher sagt (Deutschlands Interessen in China, Stuttgart 1900, S. 45): „Wer Gelegenheit gehabt hat, moderne Fabriken des fernen Inselreichs genau kennen zu lernen, der wird zur Überzeugung gelangt sein, dass das vielgerühmte Beispiel nicht stichhält, der wird erkannt haben, . . . . . wie hohes Lehrgeld Japan für seine plötzlichen industriellen Errungenschaften gezahlt hat und fortdauernd noch zahlen muss, wie es mit seiner jungen Industrie gar schwere Krisen durchzumachen hatte und heute bereits an einem Höhepunkt der Entwickelung angelangt zu sein scheint, ohne dass das Errungene den Erwartungen allgemein entspricht, weil die plötzliche grossindustrielle Entwickelung darin hauptsächlich Grenzen findet, dass sie die Löhne — vor allem durch die Loslösung des Arbeiters und der Arbeiterin aus der Familienwirtschaft — stark und beständig in die Höhe treibt, gleichzeitig Kraft und Gesundheit des bisher ausschliesslich im Freien lebenden Arbeiterpersonals durch das anhaltende Zusammenarbeiten im geschlossenen Fabrikraum aufs bedenklichste untergräbt und dadurch das Verhältnis von Leistung und Lohn immer ungünstiger gestaltet. . . . . Wo, wie in weitaus den meisten Zweigen moderner Grossindustrie, ein feinsinniges Ineinandergreifen vieler Teile erforderlich ist, wo die Maschinen leicht reparaturbedürftig werden, wo das Mitkommen im internationalen Wettlauf nicht nur das einmalige Erlernen bestimmter Handgriffe, sondern die verständnisvolle Fortbildung und beständige Vervollkommnung des technischen Apparates und Könnens erfordert, da schmilzt die Gefahr einer wirkungsvollen Massenkonkurrenz auf die verhältnismässig wenigen Fälle zusammen, wo es Ausländern gelingt, unter ihrem massgebenden Ein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fluss mit der billigen Arbeitskraft der Einheimischen einzelne Unternehmungen ins Leben zu rufen."

Dass auf den chinesischen und japanischen Arbeiter moralisch kein Verlass ist, ist hundertmal betont worden. Namentlich der Chinese lügt, stiehlt und hintergeht seinen Vorgesetzten, wo er kann, ja er zerstört mit Vorliebe selbst heimlich wieder, was er geschaffen hat. Hunger und Durst, Hitze und Schmerzen machen dem Chinesen dagegen nicht viel aus. Gegen Kälte und Nässe ist er allerdings etwas empfindlicher. Infolge des frühen Alterns, ja Vergreisens der niederen Volksschichten ist eine Ausnutzung der männlichen Arbeitskraft kaum während eines Jahrzwanzigts möglich. Dabei hat der Chinese an sich eine tiefgewurzelte Abneigung gegen die Benutzung komplizierter Instrumente oder gar Maschinen, deren Bewegung sein Fassungsvermögen übersteigt. Daher der geringe Bedarf von Eisen in dem ungeheuren Lande. Von 1887 bis 1891 betrug die Einfuhr fremden Eisens durchschnittlich 78 000 *t*. Nach von Brandts Schätzung betrug der jährliche Verbrauch von Eisen in China 1895 $^1/_2$ *kg* auf den Kopf, in Deutschland 1892 über 74 *kg*. Auf einen kleinen Gegenstand vermag der chinesische wie der japanische Handwerker ein grosses Mass überflüssigen Fleisses und übel angewandter Handgeschicklichkeit zu verwenden. Aber einer geordneten, lohnenden Grossproduktion ist er nicht fähig. Nicht einmal unter europäischer Leitung. A Chinaman can't make a Chinaman work. Das ist eine alte Wahrheit. Sie gilt in demselben Umfange, wie sie vom Nigger gilt. Europäer vermögen allerdings Chinesen öfter bei langsamer, mechanischer Arbeit festzuhalten, aber ihre Leistung auf eine höhere Stufe zu heben, vermögen sie auch nicht. Auch sie können den Mongolen nicht dazu bringen, sich zu einer intensiven Leistung aufzuraffen, etwa aufgespeicherte Nervenkraft in die Arbeit weniger Stunden oder Tage zusammenzudrängen, mit Hochdruck zu arbeiten und seine ganze Persönlichkeit in seine Arbeit zu werfen. Er vermag einfach nicht das geringe Mass von Arbeit, dessen er zwischen zwei Schlafenszeiten fähig ist, in weniger als sechzehn Stunden aus sich herauszunehmen. Was auf die einzelne Stunde kommt, ist infolgedessen ein ganz winziges Leistungsbröckchen. Und darum kann er wohl als Hausmädchen, Waschfrau oder Strassenkehrer Verwendung finden, niemals aber in der modernen, konzentrierten Industrie mit ihrer fein durchgebildeten Arbeitsteilung und ihren hohen Anforderungen an die Leistungfähgkeit des einzelnen Arbeiters.

Erfahrungsgemäss ist das Mass von Arbeit, das der einzelne leistet, verschieden, je nachdem er daheim oder in der Fremde arbeitet, und zwar ist das in der Fremde geleistete Mass immer das höhere. Woher kommt das? Die verschiedensten Gründe sind dafür

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

angegeben worden. Brentano sieht den Grund in der Loslösung aus den Fesseln des Herkommens. In Wirklichkeit liegt er darin, dass doch nur diejenigen in die Fremde ziehen, die sich zutrauen, dort mehr durch Arbeit zu verdienen als daheim, also nicht die am wenigsten Unternehmenden, nicht die Leistungsunfähigsten. Nimmt man in der Fremde den Durchschnitt aus den Leistungen der Ausgewanderten, so ist derselbe natürlich höher als der daheim berechnete, denn dort sind ja auch die Faulsten und Unfähigsten mit zur Berechnung herangezogen. So ist unter allen Umständen anzunehmen, dass die in die Fremde Ziehenden durchschnittlich mehr leisten als die daheim Bleibenden. Mit der wirtschaftlichen Not, die um die letzte Jahrhundertmitte über China hereinbrach, begann auch die chinesische Auswanderung. Es wurde schon erwähnt, dass damals etwas über 100 000 Chinesen nach den Vereinigten Staaten auswanderten und dort sich heute noch ihren Unterhalt verdienen.

Diese Zahl beweist aber ebensowenig wie das Vorhandensein von fast acht Millionen Negern in den Vereinigten Staaten, die Eignung dieser Arbeiter für diejenige Art der Arbeit, welche unsere Zeit kennzeichnet. Auf einem weiten Gebiete findet sich immer eine Fülle von Arbeitsgelegenheiten, bei denen sich auch die geringe Leistung lohnt, wenn nur noch geringere Lohnansprüche gestellt werden. In den Vereinigten Staaten dient der Chinese vielfach als Waschfrau oder Bote. Das Stiefelwichsen ist ihm bereits zu anstrengend. Einzelne Tüchtigere schwingen sich vom Wäscher zum Inhaber einer kleinen Waschanstalt auf und sind dann bisweilen deswegen besonders geschätzt, weil sie eine Abneigung gegen alle westlichen Chemikalien haben, die ja nicht immer der Wäsche besonders zuträglich sind. Sie kommen hie und da zu kleinbürgerlicher Wohlhabenheit. Als Industriearbeiter hat sich der Chinese aber in den Vereinigten Staaten als eben so unbrauchbar erwiesen wie der Neger. Von Haus aus waren die ältesten Auswanderer Kulis ohne jeden Besitz. Sie gehörten also der untersten und geistig zurückgebliebensten Volksschicht an, stellten aber aus dieser wieder die tüchtigeren Elemente dar. Seit 1850 war es besonders die Entdeckung von Goldlagern in Nordamerika und Australien, was sie in Massen anzog. Später sind meistens kleinbürgerliche Elemente nachgewandert.

Heiter wirken die Schilderungen, wie die chinesischen Kulis auf Java bei Erdarbeiten trippelnd in kleinen Körbchen das Erdreich fortschaffen und unter keinen Umständen dazu zu bringen sind, eine schwere Karre zu benutzen, auch wenn für dieselbe in Gestalt von Holzbrettern ein Schienenweg gelegt ist. Niederländisch Indien, Kaiser Wilhelmsland und Hawai nehmen immer noch chinesische Kulis auf. Aber auch dort können sie sich kaum mehr halten. Es

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hat nur des Erscheinens von ein paar tausend Japanern bedurft, um den chinesischen Zuzug gewaltig einzuschränken. 1890 hatte Hawai nur noch 15 000 Chinesen und schon 12 000 Japaner. Wegen ihrer doch etwas grösseren Leistungsfähigkeit werden letztere meist bevorzugt, wo sie mit den Chinesen in Wettbewerb treten, und während die Anzahl der dort arbeitenden Japaner ständig steigt, geht die der Chinesen zurück. Über die Leistungen der chinesischen Kulis in Kaiser Wilhelmsland äusserte sich M. Krieger 1900 in der „Deutschen Kolonialzeitung": „Das Material, welches von diesen letzteren bisher aus Singapore beschafft werden musste, ist ein derart minderwertiges, dass nach der Annahme des Arztes, welcher die Kulis in der Regel sofort nach ihrer Ankunft im Schutzgebiet zu untersuchen hat, sehr oft ca. 60 pCt. durch Opiumgenuss geschwächt und deshalb für die Aufnahme von Krankheitskeimen sehr empfänglich ist. Ausserdem ist das Material, das von gewissenlosen Agenten auf der Strasse aufgelesen ist und zu der schlimmsten Sorte gehört." Er schiebt also dem Opium und der Gewissenlosigkeit der Agenten die Schuld an der Unfähigkeit der chinesischen Arbeiter zu, während die Leute, die sich für auswärts zur Arbeit anwerben lassen, nirgends auf der Erde der Bodensatz der Bevölkerung sind, sondern immer diejenigen, die noch den Wunsch haben, sich empor zu arbeiten.

* * *

Wenn Hermann Schumacher von den scharfen Formen spricht, welche die Konkurrenz der Chinesenarbeit in Amerika, in Australien und anderswo auf einzelnen Gebieten angenommen habe (Deutschlands Interessen in China, Stuttgart 1900 S. 46), so handelt es sich um eine Uebertreibung. Denn was dort zur Abwehr dieser Kulis geführt hat, ist nicht ihre bedrohliche Mitbewerbschaft, sondern die Rassenabneigung und die Furcht vor einer Artenmischung.

Seit dem Beginn des Baues der ostsibirischen Bahn hat sich ein grosser Teil der chinesischen Auswanderung nach Sibirien gewendet. Händler, Handwerker und Tagelöhner haben dort ihren Einzug gehalten neben den unvermeidlichen chinesischen Goldsuchern und Goldaufkäufern, die sich allenthalben einstellen, wo das edle Metall schimmert.

Ist schon die gelbe Menschenart keine Industrieart, so die schwarze noch viel weniger. Das Wollhaar ist in noch geringerem Masse der Konzentration seiner Aufmerksamkeit auf ein bewegtes Hilfswerkzeug fähig, wie es die neuzeitliche Maschine darstellt. Seit einem halben Jahrhundert sind die Neger der Vereinigten Staaten keine Sklaven mehr und haben bei gutem Willen die Möglichkeit gehabt, sich selbst ihre Beschäftigung zu suchen. Sie sind ihrer überwältigenden Mehrzahl nach aber nicht von ihrem trägen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dasein losgekommen. Auf primitiver Stufe ist die Arbeit dem Menschen nun einmal eine Qual. Der Wilde kennt eigentliche Arbeit nur zur Befriedigung eigenster Bedürfnisse wie zu seiner Ausstattung mit glänzendem Schmucke, kunstvollen Waffen. Wo Arbeit nicht einem solchen Bedürfnis dient, da ist er auch für sie nicht zu haben. Die Masse der Neger Nordamerikas sind in dieser Hinsicht durchaus Wilde.

Ein neuerer Reisender spricht sich im Jahre 1898 über die Neger der Südstaaten folgendermassen aus (Frankfurter Zeitung 15. Dezember 1808. „Die Rassenkämpfe und das Negerproblem."):

„Wer im Süden der Vereinigten Staaten durch die sogenannten „Black Belts", die Landstriche, in welchen fast nur Neger wohnen, reist, trifft auf Zustände, die an Haiti und San Domingo, ja an die afrikanische Urheimat der Bewohner erinnern. Eine rohgezimmerte Hütte mit einem einzigen Raume, daneben ein kleines Maisfeld, ein halb Dutzend fast nackter „Pickaninies" (Negerkinder), die in dem Hütte und Feld umgebenden Gehölz spielen, eine alte Negerin mit der Tonpfeife im Munde vor der Tür sitzend, und unter einem Baume ein Schwarzer, Tabak kauend und seine faulen Gliedmassen streckend — überall trifft man dieses Bild. Das Maisfeld liefert die Hauptnahrung, daneben stellt der Hausvater, wenn er sich auf eine Stunde aus seinem süssen Nichtstun aufraffen kann, mittels Fallen und Schlingen dem noch sehr zahlreichen Wild nach, vielleicht arbeitet er auch einmal bei einem weissen Farmer einen Tag, und so lebt man von Tag zu Tag dahin, jeder grösseren, anhaltenden Anstrengung sorgfältig aus dem Wege gehend. In den Städten ist es nicht besser. Der Neger arbeitet genau so lange, bis er die Miete für seine erbärmliche Wohnung und eine Kleinigkeit für die notwendigsten Lebensbedürfnisse sowie für Schnaps und Tabak verdient hat, dann hört er auf und fängt erst wieder an, wenn ihn die bittere Not treibt. Die Fabrikbesitzer und andere Geschäftsleute im Süden haben es schon längst aufgegeben, Wandel zu schaffen. Der Neger lebt von der Hand in den Mund. Wird er alt, so bettelt er oder geht ins Armenhaus. Die Strafanstalten, Hospitäler und Armenhäuser im Süden existieren fast nur für Neger. Bei der schwarzen Rasse gibt es kein Vorwärtsstreben, keinen Versuch, sich auch nur materiell auf eine höhere Stufe zu heben. Ich spreche natürlich hier nur von der Regel; dass es Ausnahmen gibt, ist selbstverständlich. Man kann aber kühn die Behauptung aufstellen, dass der Prozentsatz, der bei der kaukasischen Rasse hierzulande die Tagediebe und Tunichtgute umfasst, bei der schwarzen für den der vorwärtsstrebenden und gesitteten Elemente gelten kann."

Des Negers Motto ist: „W'en de prophet sayed dat nothin' could be got widout hard work" says Uncle Mose, „he was plumb right,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

but dat don't of necessity mean dat you has to do de hard work yourself if you is smart enough to make some odder feller do it."

Selbst im Baumwollenbau geht die Negerarbeit zurück. Zur Zeit des Sezessionskrieges waren ausschliesslich Neger in ihm beschäftigt. Im Jahre 1880 hingegen wurden nach Frederick Hoffmanns Mitteilungen in den Veröffentlichungen der „American Economic Association" 40 v. H. der Baumwollernte von Feldern getragen, welche Weisse bearbeitet hatten. In ganzen Negergegenden Virginias ist der Tabakbau seit dem Sezessionskriege in Verfall geraten. Diese Züge scheinen jedoch mehr als auf die Unfähigkeit der Neger zur Plantagenarbeit auf ihre Vorliebe für das ereignisreichere und unterhaltendere Stadtleben und die daraus entsprungene, seit 1890 ganz auffällig hervorgetretene Abwanderung nach den Grossstädten, selbst des Nordens, zurückzugehen. Aber auch dort tritt der Neger fast nie in eine regelmässige, dauernde Beschäftigung ein, wie sie die Fabrikarbeit darstellt, sondern gehört, soweit er überhaupt etwas tut, zu der Gruppe der casual workers; zu denen, die einen job suchen. In zahlreichen Fällen wird dieser Zug nach der Stadt des Negers Verhängnis. Denn die Farbigen fallen unter den Einflüssen und Reizen des Stadtlebens in ganz ausserordentlich grosser Zahl der Lungenschwindsucht anheim. Während der Sklavenzeit war diese unter den Negern so selten, dass man die Schwarzen geradezu für gefeit dagegen hielt. Innerhalb weniger Generationen ist sie jedoch in den Südstaaten so vorherrschend geworden, dass an ihr mehr Neger sterben als an irgend einer anderen Krankheit. Ein selbst von Negern abstammender Arzt, Dr. R. H. Johnson, hat darüber umfassende Studien gemacht. Derselbe kommt zu dem Ergebnis, die Neger der Südstaaten seien infolgedessen in schnellem Aussterben begriffen. Der Vomhundertsatz der Sterbefälle sei unter ihnen doppelt so gross wie in der weissen Bevölkerung. Ihr leichtfertiger Lebenswandel und ihre Trunksucht trage zur Vernichtung der Rasse in den Südstaaten bei. Allerdings übersteigt im Süden die Geburtenziffer der Schwarzen die der Weissen bedeutend, aber da dem eine noch grössere Sterblichkeit gegenübersteht, so vermehren sich selbst da die Schwarzen erheblich langsamer als die Weissen. Zu ganz dem gleichen Ergebnis kommt Frederick Hoffmann in den Veröffentlichungen der „American Economic Association" von 1897. Er stellt ausserdem eine ausserordentliche Abnahme der Eheschliessungen unter den Negern fest. Auch dieser Zug deutet auf das Fehlen der Grundlage für einen Familienhaushalt, auf das Fehlen eines regelmässigen Einkommens hin.

Ganz besonders aber fehlt dem Neger die Fähigkeit der Konzentrierung seiner Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Sache, wie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sie die moderne Fabrikarbeit unter allen Umständen voraussetzt. Er gilt in den Vereinigten Staaten als gar nicht für Fabrikarbeit in Betracht kommend. Neuerdings haben sogar eine Reihe Gouverneure verboten, bei Ausständen Neger als Ersatzarbeiter heranzuziehen, da allgemein die Erfahrung gemacht worden ist, dass sie nach kurzem Arbeitsversuch der Armenverwaltung zur Last fielen. Zuerst der Gouverneur Tanner in Illinois im Jahre 1897, als Neger aus Alabama die Plätze der ausständigen weissen Bergleute in Virden einnehmen sollten. In den Baumwollspinnereien des Südens, welche ausschliesslich grobe Nummern spinnen, gibt es so gut wie keine Negerarbeiter. Als im Jahre 1897 eine Baumwollspinnerei zu Atlanta farbige Frauen einstellen wollte, legten sämtliche weisse Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Als etwas so Ungeheuerliches erschien ihnen dieser Gedanke. Im Jahre 1898 ist die Entscheidung in der öffentlichen Meinung von Nordkarolina gefallen, ob es überhaupt möglich sei, Neger zu Fabrikarbeitern heranzubilden. Ursprünglich war man der Meinung gewesen, dass das Vorhandensein der „billigen Arbeitskräfte" der starken schwarzen Bevölkerung des Südens ein grosser Vorteil für die Entstehung einer Grobspinnerei sein müsste. Aber sehr bald zeigte es sich, dass die Versuche, Neger zur Fabrikarbeit heranzuziehen, vergeblich waren. Wo man sie auch machte, immer liefen die Schwarzen bald wieder davon oder fehlten so häufig, dass unleidliche Betriebsstörungen entstanden, welche die ganzen Unternehmungen in Frage stellten. Trotz aller Bemühungen, die schwarze Arbeit in grösserem Umfange für die Spinnerei zu gewinnen, blieb es immer nur bei Versuchen im Kleinen, weil eine grössere Anzahl Neger niemals für den Versuch zu bekommen war. Die wenigen Schwarzen, welche eintraten, wurden obendrein von den Weissen bald wieder hinaus geärgert. Schliesslich kam man auf den Gedanken, eine Baumwollenwarenfabrik ausschliesslich mit Negern als Leitern, Aktionären und Arbeitern zu gründen. Man setzte als Aktienkapital 50 000 Dollar an. Aber es war unmöglich, selbst diese kleine Summe unter Farbigen aufzubringen, obwohl es in Nordkarolina immerhin eine Anzahl vermögender Farbiger gibt. Diese wiesen den Plan sämtlich ab, weil sie einen Erfolg des Unternehmens für ausgeschlossen hielten. Schliesslich gaben Weisse das Geld zu der Baumwollenwarenfabrik, die in Concord in Nordkarolina angelegt wurde. Auch die Leitung wurde in weisse Hände gelegt, und am Ende wurden auch Weisse als Arbeiter in Aussicht genommen. Im ganzen Nordkarolina gab es 1898 in der Textilindustrie keinen schwarzen Fabrikarbeiter mehr.

Als Gelegenheitsarbeiter namentlich da, wo der Lohn der Leistung auf dem Fusse folgt und nur Kraftarbeit ohne Überlegung oder be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ständige Anspannung der Aufmerksamkeit zu tun ist, stellt der Neger der amerikanischen Nordstaaten bisweilen seinen Mann. Als Wagentreiber, Kofferträger und Verlader ist der Neger der Nordstädte selbst geschätzt. Auch als Haarschneider und Kellner tritt eine bessere Klasse Neger gelegentlich auf, aber der intensiven Industriearbeit ist der Schwarze nicht fähig. Wenigstens hat er zur Zeit den Beweis dafür erst noch zu bringen.

Das demokratische Gefühl zahlreicher Zeitgenossen von uns wehrt sich noch immer gegen die Anerkennung der Tatsache, dass die Menschen als Leister von Arbeit nicht gleich sind. Und wenn man dieses ihnen noch so schlagend nachweist, so verkriechen sie sich wenigstens noch hinter die Möglichkeit, dass die Menschen sich in Zukunft einmal als Leister von Arbeit gleich werden könnten. So ist wohl betreffs der Mongolen wie betreffs der Wollhaare die Behauptung aufgestellt worden, dass es nur der Erziehung zur Arbeit bedürfe, um sie zu geeigneten Industriearbeitern zu machen. Innerhalb weniger Generationen werde dann die Vererbung das ihre tun, und die Kinder der heute Lebenden würden schon eine grössere Eignung zur Industriearbeit aufweisen.

Es ist ohne Zweifel richtig, dass sich die Leistungsfähigkeit des mongolischen Fabrikarbeiters in den nächsten Jahrzehnten noch etwas steigern wird. Nur ist es sehr fraglich, ob damit das Verhältnis der östlichen Produktionskosten zu den westlichen sich zu Gunsten der östlichen verschieben wird. Heute arbeitet nämlich nur die unterste Schicht der japanischen Bevölkerung in den Fabriken. Sowie aber das Steigen der Industrielöhne, das, wie gezeigt wurde, dort unaufhaltsam fortschreitet, eine gewisse Stufe überschritten haben wird, wird es auch für die nächst höhere soziale Schicht lohnend werden, als Arbeiter in die Industrie einzutreten. Damit werden der Industrie — freilich auch gegen erheblich höhere Löhne — leistungsfähigere Kräfte zugeführt werden; und das mag selbst eine gewisse Minderung der Produktionskosten bedeuten. Aber der an die Menschenart gebundene Leistungsunterschied wird dadurch nicht ausgeglichen werden. Vielmehr wird es auch dann noch der Vorteil des Abendlandes sein, dass es noch höhere Arbeitskräfte beschäftigt.

Der Anschauung aber, dass durch die Industriearbeit der Lebenden die Kinder geborene Industriearbeiter werden, kann nicht schroff genug widersprochen werden. Lamarck hatte ja allerdings seine Entwicklungslehre auf die Übertragung erworbener Eigenschaften gegründet, und auch in Darwins „Entwicklung der Arten“ spielt diese Übertragung noch eine gewisse Rolle. Aber die ganze Entwicklung der Biologie nach Darwin hat in einer immer grösseren Einschrän-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kung des Arbeitsfeldes dieser angeblichen Übertragung bestanden, und heute kann sie als praktisch für die Entwicklungslehre ausgemerzt gelten. Weismanns negative Anschauungen haben sich trotz Spencers Widerspruch die Biologie erobert. Den Keim aller Veränderung sieht man heute ausschliesslich darin, dass bei keiner Paarung je das gleiche Paar zusammenwirkt, sondern selbst dasselbe Paar immer nur in verschiedenen Altersstufen. Damit wäre die Grundlage für ein noch ganz anderes Mass von Variation gegeben, als in Wirklichkeit in die Erscheinung tritt. Es kommt also alles darauf an, welche Menschen als Eltern an der kommenden Generation mitschaffen. Bliebe diese Arbeit auf die überdurchschnittlich Tüchtigen beschränkt, so müsste die nächste Generation eine wesentlich grössere Arbeitstüchtigkeit aufweisen. Aber dass ein solcher Fall unter Mongolen und Wollhaaren eintreten wird, das wird auch der rosenroteste Optimist nicht behaupten wollen. Und solange dort eine solche Massregel nicht eingeführt wird, solange wird sich auch der Wesenskern dieser Arten nicht wesentlich ändern.

Es besteht noch weit eher die Aussicht, dass in den Ländern der abendländischen Zivilisation, unter den mittelländischen Völkern, auf dem Wege der sozialen Ausscheidung der unfähigsten Volksgenossen eine weitere Steigerung der Arbeitsfähigkeit der Überdauernden eintreten könnte. Ja, in gewissem Umfange ist dieselbe bereits in der lebenden Generation zu beobachten gewesen, weil es unter unseren Gesittungsverhältnissen für die Unfähigsten immer schwerer wird, es zu Heim und Ehe und damit zu den Vorbedingungen für das Heranziehen eigener Kinder zu bringen. Zu den heiligsten Gütern, welche die Völker Europas zu wahren haben, gehört an erster Stelle ihre höhere Leistungsfähigkeit, und solange sie sich diese erhalten, solange besteht auch keine Gefahr, dass sie auf dem Industriefelde oder auf irgend einem anderen Felde von den heute minderwertigen Menschenarten überflügelt werden.

Dr. **W. Borgius**, Berlin: Der Herr Referent habe die ostasiatische Konkurrenz für ungefährlich erklärt, weil der Chinese trotz grosser Geschäftigkeit nichts vor sich bringe, und habe zum Unterschiede von dem „elenden" China auf das bei seinem Volksfleiss so „reich" gewordene England verwiesen. Was den Reichtum der modernen Kulturstaaten geschaffen habe, sei aber doch wohl weniger „Volksfleiss" und „Arbeitskraft" gewesen als das Unternehmertum, die konkurrenzwirtschaftliche Organisation. Ob der Chinese als Unternehmer dem Engländer Konkurrenz machen werde, müsse dahingestellt bleiben. Immerhin sei zu bedenken, dass seine Ungefährlichkeit auch hierin noch nicht erwiesen sei; denn China lebe heute noch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vom Weltmarkt abgeschlossen in patriarchalischen Verhältnissen, ohne den Zwang der internationalen Konkurrenz zu fühlen. Auch in Europa und Deutschland sei ja der „kapitalistische Geist" erst langsam geschaffen worden. Wenn die Arbeit des Ostasiaten heute langsam, geringwertig und schwerfällig sei, so sei daran zu erinnern, dass man dieselben Einwände früher mit gleicher Schlussfolgerung von englischer Seite gegen deutsche Arbeiter erhoben habe. Ausserdem gebe es so manche Industriezweige geringwertiger Massenartikel, für welche eigentliche Qualitätsarbeit nicht erforderlich sei, sondern geringwertige Kuliarbeit ausreiche. Man denke z. B. an die Konkurrenz, welche uns heute schon die ebenfalls geringwertige Arbeit der Polen und Italiener mache. Ebenso sei der Vorwurf schlechter und unzuverlässiger Produktion früher bekanntlich gegen die deutsche Produktion erhoben worden.

Überdies frage es sich: Was ist dabei der Rasse und was der Kultur zu verdanken? Manches, was man für Rasseneigenschaft gehalten habe, habe sich schon als von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig gezeigt. Man denke, wie die niedrigen Löhne Japans in wenigen Jahren in die Höhe gegangen seien und die willigen und billigen Arbeitskräfte desselben Landes heute bereits von einer starken Arbeiterbewegung ergriffen seien. Man müsse auch fragen, worin die ethnologischen Unterschiede der wirtschaftlichen Regsamkeit zwischen Japan und China selbst liegen sollten, die doch der Rasse nach wesentlich gleichartige Völker wären.

Der Herr Referent habe als die zu vergleichenden Momente die Produktionskosten und die faktische Konkurrenz auf gleich weit entfernten Märkten bezeichnet. Von ersteren habe er selbst zugegeben, dass sie nicht nur in den Ländern selbst sehr schwer festzustellen seien, sondern es den bisherigen Berichterstattern auch an der erforderlichen Einsicht gefehlt habe. Die Konkurrenz aber sei bereits recht fühlbar vorhanden, z. B. in Trikotwaren, wenn auch nicht gerade auf „gleich entfernten Märkten." Es schädige uns aber schon genügend, wenn uns nur der noch entwickelungsfähige asiatische Markt selbst fortgenommen werde. Es sei ja richtig, dass bei steigender wirtschaftlicher Entwickelung die Löhne weit über das Existenzminimum stiegen, aber das Existenzminimum liege doch aus klimatischen wie ethnologischen Gründen in Ostasien anders als bei uns. Das Bestehen einer Gefahr könne also wohl nicht ganz abgeleugnet werden.

Referent habe selbst gesagt, ein Agrarstaat werde nicht zum Industriestaat in 1—2 Jahrzehnten, sondern in Generationen. Die ganze ostasiatische Entwickelung sei aber so neuen Datums, dass es ihre nur heissen könne: Abwarten und die Augen offen halten. Zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

besonderem Pessimismus sei allerdings wohl kaum Grund vorhanden, aber ebensowenig zu allzu leichtherzigem Optimismus. In der wirtschaftlichen Entwickelung komme es häufig ganz anders, als man erwartet habe.

Prof. **Rathgen,** Heidelberg, stimmt dem Referenten im wesentlichen zu. Diejenigen, welche den Schrecken von der japanischen Konkurrenz verbreitet haben, sind in ihrer Mehrzahl nicht sachverständig (was Redner mit einigen Beispielen belegt), zum Teil interessiert. Dass gerade der Referent von seinem wirtschaftlich-politischen Standpunkt aus die Furcht vor der gelben Gefahr für den Ausfluss von Übertreibungen erklärt, begrüsst der Redner mit Freuden. Neben den vom Referenten angeführten ausländischen Stimmen sind auch die ausgezeichneten Berichte des deutschen Generalkonsuls Coates zu beachten, der zu dem gleichen Ergebnis kommt. Die japanische Industrie ist bis auf weiteres nur konkurrenzfähig in ganz billigen Massenfabrikaten. In der Ausfuhr dieser kann aber die Zukunft des deutschen Aussenhandels nicht liegen, sondern in der Ausfuhr verfeinerter Waren. Zu beachten ist, gegenüber dem üblichen Hinweis auf die Niedrigkeit der japanischen Löhne, erstens die geringe Leistungsfähigkeit des japanischen Arbeiters, zweitens die enorme Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse im letzten Jahrzehnt. Diese Preissteigerung hat auch das Lohnniveau jetzt schon stark erhöht und wird es weiter erhöhen. Auch steigen die Ansprüche des japanischen Arbeiters an die Lebenshaltung. Diejenigen, welche vor der wirtschaftlichen Entwickelung der ostasiatischen Völker warnen, vergessen auch ganz, dass diese die Voraussetzung dafür ist, dass die Kaufkraft und damit die Aufnahmefähigkeit des ostasiatischen Marktes für europäische Waren steigt. Von Ostasien droht bis auf weiteres keine Gefahr für unsere Industrie und die Lebensstellung unseres Volkes. Es ist erfreulich, wenn gerade der Referent bekennt, dass hochgelöhnte Arbeiter mit mässiger Arbeitszeit, die sich nicht auf das Existenzminimum herabdrücken lassen, die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Industrie sind.

Dr. **Alexander Tille,** Berlin: Herr Dr. Borgius vertritt die noch immer leider bei uns in Laienkreisen herrschende Auffassung der in Rede stehenden Frage, die als falsch zu erweisen ich mich mit einer Fülle authentischen Materials bemüht habe. Sie wurzelt in dem demokratischen Dogma, dass die Menschen einander gleich seien. Sie mögen sich wohl ähneln in ihren moralistischen Träumen; als Leister von Arbeit aber sind sie nicht gleich und werden es bei der Fülle von Ursachen, welche auf immer neue Verschiedenheiten hinwirken,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch niemals werden. Dass die Engländer sich geirrt haben, als sie die Deutschen für unfähig erklärten, ist noch kein Beweis dafür, dass wir uns irren müssen, wenn wir die Ostasiaten nicht für gefährlich halten. Ohne eine fähige Arbeiterbevölkerung ist aller „kapitalistischer Geist" des Herrn Borgius ausser stande, ein Land reich zu machen. Polen und Italiener sind bekanntlich in der eigentlichen deutschen Industrie gar nicht tätig, sondern Italiener fast ausschliesslich als Erdarbeiter und Handlanger, und Polen sind in der Zeit des grösseren Arbeitermangels allerdings auch in einem Zweige des Bergbaues gewesen, aber auch da keineswegs gegen den gleichen Tagelohn wie die Deutschen. Die Unterschiede des korea-japanischen und des chinesischen Stammes erklären sich ohne Schwierigkeit aus der verschiedenen Auslese, der das Insel- und Küstenvolk einerseits und das Binnenvolk anderseits seit wenigstens einem Jahrtausend unterworfen gewesen ist. Nicht zwei Menschen sind gleich, auch nicht zwei Zwillingsbrüder — wie kann man sich da wundern, wenn verwandte Stämme ungleich sind? Braucht Herr Dr. Borgius auch zur Erklärung der Unterschiede zwischen zwei Zwillingsbrüdern die Kulturentwickelung? Den grossen Teil der Unterschiede, die Rousseau auf Rechnung der Kultur setzte, hat die Biologie gerade als ein Produkt besonderer Auslesevorgänge entlarvt. Zur Zeit kann es sich nicht um einen leichtherzigen Optimismus handeln, am allerwenigsten im Augenblicke, wo das deutsche Wirtschaftsleben unter schwerem Drucke steht. Aber dass wir einmal Gespenster bannen wie die gelbe Gefahr, welche noch immer durch die öffentliche Meinung spuken, ist wohl an der Zeit. Diesem Zwecke sollte der Vortrag dienen. Ich freue mich aufrichtig, dass ein so hervorragender Kenner überseeischen Wirtschaftslebens wie Herr Prof. Rathgen mir so unverhohlen zustimmt, und dass um so mehr, als wir beide offenbar auf grund wesentlich verschiedenen Materials zu der gleichen Anschauung gekommen sind. Mir lag von meinem zehnjährigen Aufenthalte im Auslande her das englische und amerikanische Material besonders nahe. Ich habe es wesentlich nur durch die Berichte der gewerblichen Sachverständigen ergänzt, welche der Centralverband deutscher Industrieller vor wenigen Jahren nach Ostasien gesandt hat. Eine ganz besondere Freude ist es mir, dass auch Herr Professor Rathgen auf die Höhe der Leistung der Arbeiter ein solches Gewicht legt und die gewaltigen Unterschiede anerkennt, welche hier bestehen. Denn hier liegen die Wurzeln der Fähigkeit unserer Industrie. Den Kausalzusammenhang fasse ich freilich umgekehrt auf wie Brentano und Rathgen. Ich meine: Gelegenheit zu hoher Leistung und hoher Lohn locken die leistungsfähigsten Arbeiter eines Volkes an, und insofern gehen hohe Leistung und hoher Lohn Hand

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in Hand Dass aber hoher Lohn und kurze Arbeitszeit auf die Dauer fähigere Arbeiter schaffen sollen, das halte ich für einen lamarckistischen Traum, der sich vierzig Jahre nach Darvins Entdeckung nicht mehr halten lässt. In dem Streben, die Leistung der deutschen Industriebevölkerung auf eine immer höhere Stufe zu heben, weiss ich mich mit Herrn Prof. Rathgen eins, und ebenso bin ich überzeugt, dass nur, wenn das geschieht, ein dauerndes Steigen der Löhne möglich sein wird.

## Die Bedeutung der Bagdadbahn.

Von Dr. **Paul Rohrbach,** Berlin.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

Nicht ohne Absicht habe ich die Fassung des Themas so wie sie lautet gewählt: Die Bedeutung der Bagdadbahn. Dass die Bagdadbahn selbst gebaut werden wird, dass sie der im Laufe der letzten Jahre festgelegten Trace folgen und dass in jedem Falle der deutschen Tatkraft, der deutschen Intelligenz und dem deutschen Kapital eine erhebliche Rolle bei ihrer Erbauung zufallen wird, — darüber ist es zur Zeit bereits müssig, sich noch des breiteren unterhalten zu wollen. Fraglich ist, wann sie gebaut wird, ob im nächsten oder übernächsten Jahre, ob vielleicht erst in einem Jahrzehnt. Ich will die Bedeutung dieses „wann" nicht unterschätzen, aber so sehr viel kommt am Ende doch nicht darauf an, ob bis dahin nun noch etwas mehr oder weniger Wasser den Tigris und Euphrat hinabfliesst.

Dasjenige Thema, worüber ich heute zu Ihnen sprechen möchte, beschäftigt sich also nicht nur mit der Bahn selber als solcher, sondern ebensosehr mit der anderen, wichtigeren und oft zu leicht behandelten Frage: Was wird diese Bahn, wenn sie fertig ist, für uns, für unsere deutschen Interessen bedeuten? Nichts wäre irrtümlicher, als zu glauben, die Erbauung der Bagdadbahn, selbst mit einem noch so grossen Prozentsatz deutschen Kapitals, ja meinetwegen ausschliesslich mit deutschen Mitteln, leiste uns bereits an sich eine Gewähr dafür, dass diese neue Verkehrslinie nun auch in besonderem Masse unseren Interessen entsprechend funktionieren müsste!

In welchem Stadium befindet sich gegenwärtig das Bahnprojekt? Bekanntlich ist zu Anfang dieses Jahres das Iradé des Sultans er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schienen, durch das die Konzession zum Bau in aller Form und endgültig der bestehenden Société du chemin de fer Ottoman d'Anatolie, einer deutschen Aktiengesellschaft, übertragen wurde. Ob die anatolische Eisenbahngesellschaft tatsächlich selber den Bau zur Ausführung bringen oder ob sich zu dem Zweck eine besondere formell von ihr getrennte Gesellschaft noch konstituieren wird, ist eine andere Frage. Vorläufig gehen allem Anschein nach die Absichten der beteiligten Kreise eher in die letztere Richtung. Was hindert nun, dass morgen mit dem Bau begonnen wird? Die Lage der türkischen Staatsfinanzen! Die Türkei hat zwar die formelle Verpflichtung übernommen, für das veranschlagte Baukapital, 600 Millionen Franken oder beinahe 500 Millionen Mark, den erforderlichen Betrag an Betriebs-, Verzinsungs- und Tilgungskosten zu garantieren, aber angesichts der prekären finanziellen Situation des osmanischen Staatswesens bedarf diese Garantieverpflichtung ihrerseits erst wiederum einer Garantie durch tatsächlich sicher gestellte materielle Unterpfänder. Das Garantiesystem ist ja in der Türkei nicht neu. Der türkische Staatsschuldendienst beruht wesentlich darauf, dass bestimmte Kategorien öffentlicher Einkünfte von vornherein mit ihrem Ertrag für ihn ausgesondert und sicher gestellt sind. Man mag aber die Blicke schweifen lassen wie weit und wohin man will: Es finden sich kaum mehr irgend welche Einnahmen, die noch zur Sicherung der Garantie herangezogen werden könnten. Allerdings gibt es einige Gruppen von Staatseinkünften, die durch eine geeignete Reform der bestehenden Zustände in ihren Erträgen wesentlich vermehrt werden könnten. Ich nenne nur zwei: Den Tabak und die Zölle. Es ist nicht ausgeschlossen, dass, falls die gegenwärtig noch schwebende Reform des türkischen Staatsschuldenwesens, des sogenannten Rouvier-Projekts, gelingt, die Erträge vom Tabak sich erheblich steigern, aber wenn das auch eintreten sollte, so würde es doch weder sofort, noch in besonders schneller Vorwärtsbewegung geschehen. Die Zölle vollends, die gegenwärtig in der Türkei im Verhältnis zu den meisten anderen Staaten als niedrige bezeichnet werden können, sind noch ausserordentlich entwicklungsfähig, und eine Reorganisation des Zollwesens würde voraussichtlich ohne besonders spürbare Belastung des Ausfuhr- und Einfuhrhandels der Türkei die für die Bagdadbahngarantie erforderlichen Summen liefern — wenn nicht die Zölle durch internationale Verträge, welche die Türkei einseitig zu kündigen nicht in der Lage ist, gebunden wären. Wie die Dinge liegen, würde aber eine Reihe anderer in der Türkei interessierter Staaten teils gar nicht, teils nur gegen hohe Kompensationen ihr Einverständnis zur Zollerhöhung geben.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nach dieser Seite hin heisst also die Losung vorläufig: Abwarten! Wie gesagt, mit der Bagdadbahn brennt es nicht, und es liegt auf der Hand, dass wir mit unseren besonderen Interessen um so besser zum Ziel gelangen werden, je weniger die anderen den Eindruck haben, als ob von unserer Seite mit besonderer Ungeduld vorwärts gedrängt werde.

Man hat von sehr erheblicher Seite des öfteren darauf hingewiesen, dass es mit der finanziellen Ertragsfähigkeit der Bagdadbahn eine sehr prekäre Sache sei und dass möglicher, ja wahrscheinlicher Weise ausserordentlich lange Zeiträume vergehen würden, bis die eignen Einnahmen der Linie die Kosten sowohl des Betriebes als auch der Verzinsung und Kapitalstilgung deckten. Wäre dem in der Tat so, dann müsste allerdings bei der nicht über alle Zweifel erhabenen Stabilität der politischen Verhältnisse im Orient ein gewisses Bedenken obwalten, auch trotz der gegebenen und ihrerseits wiederum garantierten Garantie grosse deutsche Kapitalien in das Unternehmen zu stecken. Lassen Sie mich aber demgegenüber auf eine einzige Tatsache hinweisen! Die sogenannte Stammlinie der anatolischen Bahn besteht jetzt seit einem Jahrzehnt. Wer vor zehn Jahren vorausgesagt hätte, dass auf der ca. 570 *km* langen Strecke zwischen Angora und Konstantinopel der Frachtentransport derartige Dimensionen annehmen würde, dass bereits die einseitige Beladung der Waggons aus dem Inneren zur Küste, ohne Rücksicht auf die von dort her zur Abfertigung gelangende Rückfracht, genügen würde, um Betriebs- und Verzinsungskosten annähernd zu decken, den hätte man doch wohl für einen argen Utopisten gehalten. Nun ist es aber doch so gekommen! Während der beiden letzten Jahre — und es scheint, dass sich das laufende Jahr als drittes anreihen wird — sind die eignen Einnahmen der Stammlinie der anatolischen Bahn, deren Wagen tatsächlich von der Küste nach dem Inneren aus Mangel an Importfrachten fast leer hinaufgehen, also die Einnahme vom Transport des im Inneren geernteten Getreides, derart gestiegen, dass es nur noch eines verhältnismässig geringen Zuschusses der türkischen Regierung zu der gewährten Garantiesumme bedurft hat. Dieser Zuschuss wird auf der anderen Seite sogar durch die starke Steigerung des Steuerertrages aus den von der Bahn durchzogenen Provinzen grossenteils wett gemacht. Man wird nun vielleicht einwenden, dass es sich hier um ein von vornherein relativ gut bevölkertes Gebiet in der Nähe der Hauptstadt handelte, während weiter im Inneren ungünstigere Bedingungen, namentlich mit Rücksicht auf die Bevölkerungsdichtigkeit, herrschten. Das ist zuzugeben; es bedeutet aber noch lange nicht, dass sich nicht auch diese Verhältnisse unter dem Einfluss der Bahn sehr bald zum

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Besseren wenden könnten. Auf der sogenannten Konia-Linie der anatolischen Bahn, die durch ein weit dünner bevölkertes, in jeder Beziehung weniger entwickeltes Gebiet führt, als die Angoralinie, ist während der verflossenen Betriebsjahre gleichfalls eine im wesentlichen konstante Steigerung der Einnahmen vom Getreidetransport zu beobachten gewesen. Diese Steigerung geht zurück auf die Vergrösserung der agraren Anbaufläche infolge der erhöhten Absatzmöglichkeit. Einerseits ist nämlich bei der extensiven Wirtschaftsmethode im türkischen Orient eine verhältnismässig geringe Menschenzahl zur Bebauung grosser Landflächen ausreichend, andererseits zieht das blosse Vorhandensein der Bahn, d. h. die Möglichkeit der lohnenderen Verwertung von Kapital- und Arbeitskraft, die Menschen kontinuierlich aus den minder begünstigten Gegenden in das Bahngebiet hinein.

Weiter gegen Süden, jenseits des Taurus, wo die Bagdadbahn die ausgedehnten und fruchtbaren Ebenen des oberen Mesopotamiens und des alten Babyloniens durchschneidet, hat man gesagt, würde zu dem Mangel an Menschen auch noch die bestehende Unsicherheit für Leben und Eigentum zu gefährlicher Bedeutung gelangen. Ich glaube, diese Meinung beruht auf einer Verkennung der Verhältnisse.

Im Gebiet des Euphrat und Tigris herrscht zur Zeit ohne Zweifel ein bedauerlicher Mangel an persönlicher Sicherheit für die eingeborene ackerbautreibende Bevölkerung seitens der nomadischen Wander- und Raubstämme: Der Kurden im Norden, der Araber im Süden. Diese Unsicherheit erklärt sich aber in erster Linie eben daher, dass es gegenwärtig in jenen Gegenden nur geringe Wertobjekte zu schützen gibt und überdies noch dadurch, dass die Verbindungen, die Kommunikationsmöglichkeit für die militärischen und administrativen Organe, sehr notdürftige sind. Ein Objekt wie die Bahn verwandelt aber ohne weiteres nicht nur den Wert der von ihr durchzogenen Gebiete durch sich selbst in eine höhere Grösse, sondern gewährt ebenso durch sich selbst die Möglichkeit, jede erforderliche Massregel, sei sie militärischer, sei sie verwaltungstechnischer Natur, durch die Leichtigkeit der Verbindung, insbesondere des Truppentransports, zu verwirklichen. Wo die Bahn hinkommt, da zieht an sich die bisher fehlende Sicherheit für die Person und für den Erwerb ein, und damit ist die oberste und vornehmste Bedingung für das Eintreten einer natürlichen raschen Volksvermehrung erfüllt. Dass Mesopotamien und Babylonien heute schwach bevölkert sind, liegt an gar nichts anderem als daran, dass die Zone der Sicherheit für den ackerbauenden Fellachen eine sehr beschränkte ist. Sie wird sich mit dem Bahnbau um ein vielfaches erweitern, und die Folge



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wird sein, dass die Bauern ihren Wunsch, mehr Land zu besitzen und zu bebauen, ungehindert erfüllen und eine der natürlichen Norm näherkommende Kinderzahl werden aufziehen können. Nach dieser Richtung hin wird die Volksvermehrung aller Wahrscheinlichkeit nach eine ebenso plötzlich einsetzende wie rapide sein, und weniger als ein Menschenalter wird hinreichen, um die Menschenzahl allein auf diesem Wege zu verdoppeln — ganz abgesehen von der Zuwanderung, die aus den Nachbargebieten, namentlich aus Persien und (ein sehr zu beachtender Faktor) aus dem russischen Kaukasien zu erwarten steht.

Ich will nicht ausführlich wiederholen, was ich bereits mehrfach an anderen Stellen ausgeführt habe, und was nachgerade ja auch zu den bekannten Dingen gehört: Dass Mesopotamien und Babylonien, namentlich aber das letztere, das Alluvium am unteren Laufe des Euphrat und Tigris, von den frühesten Zeiten historischer Kunde bis zum Beginn des zweiten nachchristlichen Jahrtausends vermöge ihrer Menschenzahl und Steuerkraft den Schwerpunkt der Grossreiche des vorderen Asiens gebildet haben. Ich will auch nur in Kürze erwähnen, dass zum mindesten im ganzen Norden von Syrien und Mesopotamien, auf einem Areal, das nicht kleiner ist, als das der gesamten preussisch-norddeutschen Küstenländer östlich der Elbe, der Regenfall ohne künstliche Bewässerung für gewöhnlich hinreicht, um ausgiebige Ernteerträge erzielen zu lassen. Es bedarf also dort buchstäblich nur der Hindurchlegung der Eisenbahnlinie mit den daraus sich ergebenden Folgen für die Verkehrsmöglichkeit und persönliche Sicherheit, um den Anbau von Weizen, Gerste und namentlich auch von Baumwolle in voraussichtlich rasch steigendem Masse beginnen zu lassen. Die syrisch-nordmesopotamischen Gebiete sind im Altertum und bis tief ins Mittelalter hinein neben den Kulturlandschaften im heutigen russischen Turkestan die Hauptbaumwolllieferanten der damaligen Welt gewesen. Man stelle sich vor, von welch günstigen Folgen für die Konstitution unseres Wirtschaftslebens allein schon die Tatsache begleitet sein würde, dass wir in absehbarer Zeit in die Lage kommen könnten, mit unserem Bedarf an Rohbaumwolle nicht mehr von Amerika abhängig zu sein, sondern ihn im Bagdadbahngebiet selbst erzeugen zu lassen. Was Babylonien anbetrifft, so wird es allerdings nötig sein, dort die alten Bewässerungs- und Entwässerungskanäle, deren Verlauf übrigens an den erhaltenen Dammresten noch erkennbar ist, wieder herzustellen, bevor dort an eine Hebung der Ackerverträge im grossen gedacht werden kann. Diese Arbeit wird aber im Vergleich zu den Kosten des Bahnbaues selbst nur einen Bruchteil des dafür aufzuwendenden Betrages ausmachen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nach allen diesen Seiten hin liegt die Bedeutung der Bagdadbahn für Deutschland so klar zu Tage, dass ich es mir schenken kann, bei der Vorgerücktheit der Zeit hierüber noch weitere Ausführungen anzustellen. Vielleicht aber ist es nicht überflüssig, auch darauf hinzuweisen, dass die oberste Voraussetzung, unter der allein alle jene Aussichten in einem für unsere Interessen günstigen Sinn in Betracht kommen können, gleichfalls erst durch die Bagdadbahn geschaffen wird. Ich meine die politische und militärische Kräftigung der Türkei. Nur unter der Bedingung, dass die Türkei ein starkes und unabhängiges Staatswesen bleibt, das imstande ist, in seinem Gebiet die Türen für den wirtschaftlichen Wettbewerb aller Nationen gleichmässig offen zu halten, hat es für uns einen Sinn, uns mit verhältnismässig doch so bedeutenden Mitteln, wie unser voraussichtlicher Anteil an der Finanzierung der Bagdadbahn ausmachen würde, an der wirtschaftlichen Erschliessung des Orients zu beteiligen. Weiteres nach dieser Richtung hin auszuführen, erübrigt sich von selbst.

Ich komme nun zum Schluss noch an denjenigen Punkt meines Vortrages, auf den ich von vornherein das allergrösste, ja das entscheidende Gewicht gelegt sehen möchte: Darauf nämlich, was wir schon jetzt vor der Erbauung, ja selbst vor dem Beginn der Arbeiten an der Bagdadbahn zu tun haben, um nach Beendigung des Werkes auch wirklich mit der Zeit in den Genuss der erhofften Vorteile zu treten. Wenn uns jemand heute, so wie wir gehen und stehen, die Bagdadbahn fertig schenken wollte, so wäre das meiner Überzeugung nach ungefähr so das schlimmste, was uns in dieser Sache passieren könnte. Weshalb? Weil wir noch in keiner Weise darauf vorbereitet sind, uns des neuen Instruments auch richtig zu bedienen — andere aber, unsere wirtschaftlichen Rivalen im Orient, sind es, und zwar in ausgezeichneter Weise. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, dass in erster Linie die Franzosen, ebenso aber auch die Italiener und andere europäische Nationen, im Orient über ein ausgedehntes System von Schulen, Erziehungsanstalten, Hospitälern und ähnlichen Instituten verfügen. Diese Anstalten repräsentieren nach unseren deutschen pädagogischen und medizinischen Begriffen vielfach keine besonders hohen absoluten Werte — aber ihre Bedeutung für den Orient, wo es aus einheimischen Iniativen ausserhalb der Hauptstadt Konstantinopel so gut wie garnichts dergleichen gibt, ist eine geradezu ungeheure. Der ganze französische Levantehandel beruht zum grossen Teil auf der Tatsache, dass Französisch unter allen europäischen Sprachen die bei weitem grösste Verbreitung im Orient geniesst. Die Konkurrenzbedingungen, unter denen die französische Industrie imstande ist für den türkischen Markt zu liefern, sind im ganzen schlechter, als die unsrigen. Trotzdem ist die französische Einfuhr

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in die Levante der deutschen sehr überlegen, und ich könnte Ihnen eine lange Reihe von Fällen vorführen, in denen französische Produkte bezogen worden sind, obwohl sie nicht nur teurer, sondern auch augenscheinlich schlechter waren als deutsche — allein aus dem Grunde, weil wegen der Sprache dem türkischen Besteller auch das Land dieser Sprache als der natürliche Bezugsort erschien. Wie richtig von französischer Seite diese Dinge gewertet werden, geht z. B. daraus hervor, dass die Franzosen der türkischen Regierung das Anerbieten gemacht haben, das grosse aber ziemlich verwahrloste Hospital von Damaskus auf ihre Kosten mit Ärzten und allem sonst Notwendigen zu versehen, wenn sie die Leitung des Instituts erhielten. Die Leute wissen eben sehr gut, dass sich ein solcher Aufwand in kurzer Zeit mit Sicherheit in eine weitere Verstärkung der ökonomischen Beziehungen jener Gebiete nach Frankreich hin umsetzt. In analoger Erkenntnis hat kürzlich der russische Finanzminister von Witte, bekanntlich ein Mann, dem seine grössten Feinde alles andere eher nachsagen werden als Mangel an Intelligenz, die Gründung russischer Schulen in Persien angeordnet. Diese beiden Dinge, die Schule, d. h. die Zugänglichmachung der deutschen Sprache samt einer gewissen Bekanntschaft mit der deutschen Kultur, und die ärztliche Versorgung sind es, von denen die stärksten befruchtenden Wirkungen auch für die Kräftigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem gebenden und dem empfangenden Teil ausgehen. Darauf kommt es also an, dass man bei uns an den beteiligten Stellen begreift: Jeder Groschen, der für solche Dinge von heute ab in der Türkei angewandt wird, setzt sich in so und so viel Importwert um, so bald hinreichend Zeit darüber verflossen ist.

Sie können sich mit völliger Sicherheit darauf verlassen — was ich sage, stammt von einer Konstantinopeler Persönlichkeit, die ungefähr die massgebendste Erfahrung auf diesem Gebiet besitzt —: sobald die Bagdadbahn gebaut ist, ja während sie noch gebaut wird, werden von französischer Seite Schulen über Schulen an allen irgend erheblichen Plätzen im Wirkungsbereich der Linie ins Leben gerufen werden, und es wird im Innern bald genug so sein, wie es heute in Konstantinopel und den grossen Küstenplätzen ist: Wer auch immer französisch lernen, in einem französischen Hospital verpflegt werden will, der kann das umsonst haben, ja man trägt es ihm womöglich noch mit allem Eifer von selber an! Es gibt ein Volk, das die Vorteile einer solchen Praxis auch neben den Franzosen noch begriffen hat: Die Italiener. Italienische Schulen existieren in der Levante gleichfalls nicht wenige, und sie vermehren sich jetzt von Jahr zu Jahr. Wer Augen hat zu sehen der merkt auch, dass die Folgen nicht ausbleiben, und dass die rasche Steigerung, die der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

italienische Import in der Türkei in den letzten Jahren verlebt hat, nicht ausser Zusammenhang hiermit steht.

Hier also liegen diejenigen Aufgaben, an die wir uns heranmachen müssen, bevor die Bagdadbahn da ist, je eher desto besser, und heute lieber als morgen! Es ist geradezu eine Probe auf die vorschauende Intelligenz unserer wirtschaftlich in der Türkei interessierten Kreise, nicht minder aber auch aller anderen Stände, die etwas nach dieser Richtung zu tun in der Lage sind, dass jetzt ungesäumt an die Vermehrung der deutschen Schulen im Orient gegangen wird und dass es deutschen Ärzten ermöglicht wird, sich in der Türkei niederzulassen, um dort sowohl eine unmittelbar humanitäre als auch medizinisch-pädagogische Wirksamkeit auszuüben. In der Stellungnahme zu solchen Problemen offenbart sich erst die wirkliche Fähigkeit oder Unfähigkeit zur Übernahme eines wirtschaftlichen Schwergewichts in Ländern wie es die halbzivilisierten Gebiete des Orients sind. Auch von der Bagdadbahn werden die erhofften Früchte leicht nicht uns, sondern anderen zufallen, wenn wir nicht — von unseren Mitbewerbern zu lernen verstehen!

Professor Dr. **H. Zimmerer,** Ludwigshafen, spricht seine Zustimmung zu den Ausführungen des Redners aus mit dem Hinweis, dass erst ein Aufschwung für den deutschen Handel und den Import auf den anatolischen Eisenbahnen zu erhoffen ist, wenn der schwere Druck des Passzwanges und der jetzt leider verbotenen Freizügigkeit von den Rajahnationen der Armenier, Griechen, Juden und Levantiner genommen sein wird, die das beste Vermittlerelement für den europäisch-asiatischen Handel bilden. Die Gefahr der französischen Sprache darf nicht überschätzt werden; denn alle Nationen, die deutsche eingeschlossen, bedienen sich in der Levante schon jetzt vorzugsweise derselben, ohne dass dadurch die französische Ware bevorzugt wird. Die Projekte der Errichtung deutscher Hilfsstationen werden in der hohen Pforte mit grossem Misstrauen betrachtet und von unseren Gegnern ausgebeutet. Hier ist grosse Vorsicht und Aufrichtigkeit geboten. Die amerikanischen Missionen haben mit politischen oder kommerziellen Dingen nichts zu tun, ihre Aufgabe liegt auf religiösem Gebiete und bezweckt die geistige Befreiung des Armeniertums.

Oberlehrer Dr. **Hertzberg,** Halle, befürwortet den Anbau der Baumwolle in den Gebieten Mesopotamiens, die von der Bagdadbahn berührt werden, umsomehr als wir damit uns von Nord-Amerika als hauptsächlichsten Baumwollelieferanten allmählich emanzipieren könnten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

**Major Morgen,** Stettin: Bisher wurden in der Türkei die Eisenbahnkonzessionen derart erteilt, dass die Konzessionsgesellschaft eine kilometrische Bruttogarantie aus den durchschnittenen Provinzen erzielt. Bei der 2400 *km* langen Bagdadbahn reicht dieses Mittel nicht aus. Die Garantie kann nur aufgebracht werden durch Konversion der Anleihen oder den Abschluss von Handelsverträgen.

Die Bahn muss gleich ganz durchgeführt werden, ein nesterweiser Ausbau hiesse auf die Haupteinnahmequelle, auf den indischen Verkehr verzichten. Die Einnahme aus dem Getreideverkehr kommt erst in zweiter Linie. Welche Vorteile wird nun die Bagdadbahn haben? Für die Türkei die grössten dadurch, dass die innere Macht des Sultans gehoben wird. Die entfernten Gebiete von Mesopotamien werden der Zentrale näher gerückt, die Truppen der durchschnittenen Gebiete können schneller konzentriert werden, die dortige Unsicherheit wird aufhören. Von diesem Machtzuwachs des Grossherrn profitieren auch wir; denn wir haben ein grosses Interesse an der Erhaltung der Integrität der Türkei, welche ein steigendes Absatzgebiet für uns ist.

Direkt sind es aber die Vermehrung deutschen Einflusses in Kleinasien und der nähere Weg nach Ostasien, welche uns vom patriotischen Standpunkte aus den Bau der Bagdadbahn befürworten lassen müssen.

Der Vortragende, Dr. **Rohrbach,** beschränkt sich gegenüber den erhobenen Einwendungen im wesentlichen darauf, auszuführen, dass die Schwierigkeiten, mit denen die Gründung ärztlicher Hilfsstationen und ähnlicher Gelegenheiten zu moralischen Eroberungen für das Deutschtum im türkischen Orient doch wohl kaum mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde, als dass die diplomatische Vertretung des Reiches ihrer Herr werden könne. Andere Nationen trügen nach ähnlicher Richtung hin nicht die geringsten Bedenken, und das schade ihren Interessen dortselbst praktisch in keiner Weise. Zum Schluss macht der Referent die Mitteilung, dass von seiten des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees eine Expedition nach dem Bagdadgebiet und Mesopotamien in Vorbereitung sei, mit dem Zweck, in erster Linie die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu erforschen und über das Areal des nutzbaren Bodens vorläufig Klarheit zu schaffen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die wirtschaftliche Entwickelung Argentiniens.

Von **Joh. G. Tjarks**, Verleger der Deutschen La Plata-Zeitung, Buenos Aires.

(Sektionssitzung am 11. Oktober, Vormittag.)

(Im Programm stand noch hinter dem Worte Argentiniens beim Vortragstitel — seit 1890 — dies beruhte auf einen Irrtum und fällt auf Wunsch des Vortragenden hier fort.)

---

Nach der im Jahre 1810 erfolgten Befreiung vom spanischen Joche bekundeten die Gründer der Argentinischen Republik sofort die Absicht, europäische Einwanderer heranzuziehen, welche sie mit Recht als das beste Element der ökonomischen Entwickelung ihres neuen Staatswesens ansahen. Schon in dem Verfassungsdokument wird die Bundesregierung verpflichtet, die europäische Einwanderung zu fördern und in keiner Weise den Eintritt von Fremden in das Argentinische Gebiet einzuschränken oder mit einer Abgabe zu belasten. Die Fremden geniessen dieselben bürgerlichen Rechte wie der Bürger, sie können Handel und Gewerbe treiben oder ihren Beruf ausüben und sind nicht verpflichtet, das Bürgerrecht zu erwerben noch ausserordentliche Steuern zu bezahlen, können sich aber naturalisieren lassen, sobald sie zwei Jahre im Lande sind.

Bereits unter der Präsidentschaft des Dr. Bernardino Rivadavia in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden Gesetze erlassen, welche bezweckten, die Einwanderung zu heben, und wurden Ländereien bestimmt, um die Fremden anzusiedeln.

Während der darauf folgenden Periode der inneren Wirren und der zwanzigjährigen Diktatur des Tyrannen Rosas war die Einwanderung minimal und bestand der geringe Exporthandel nur in Produkten der Viehzucht. Erst während der Präsidentschaft des Generals Urquiza legte man wieder Wert auf die Immigration, und im Jahre 1856 wurde dann von Aron Castellanos in der Provinz Santa Fé die erste Kolonie gegründet und mit Deutschen und Schweizern besiedelt. Sie erhielt den Namen Esperanza (Hoffnung) und ist heute als Stadt die Kapitale des Koloniedepartements. Dies war der Ausgangspunkt der Kolonisation, denn schon in den nächsten Jahren wurden San Carlos, San Gerónimo und andere Kolonien gegründet.

Nach diesen ersten Anfängen nahmen Kolonisation und Einwanderung einen immer grösseren Umfang an, riesige Länderstrecken wurden unter den Pflug genommen und wo man früher Mehl zur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Herstellung von Brot importieren musste, trat mit den Jahren der Getreideexport in grossem Massstabe ein. Die Viehzucht hatte sich inzwischen durch Einführung von feinem Rassevieh ebenfalls stets weiter entwickelt und der Export an Wolle sowohl wie an lebendem Vieh, gefrorenem und konserviertem Fleisch nahm immer grössere Dimensionen an. Der Import hielt natürlich mit diesen Verhältnissen gleichen Schritt.

Europäisches Kapital war unter solchen Umständen leicht zu haben und erzeugte in Landwirtschaft und Viehzucht, in Handel, Industrie und Verkehrswesen einen ungeahnten Umschwung. Eine immense Summe an Arbeit wurde in dem Lande, besonders seit Anfang der siebziger Jahre, geleistet. Ein alle Provinzen umspannendes Eisenbahnnetz wurde geschaffen, die Häfen von Buenos Aires, Rosario, La Plata und Bahia Blanca wurden gebaut, das Post- und Telegraphennetz ausgedehnt, die Fluss- und Küstenschiffahrt gefördert, die Bundeshauptstadt wurde zu einer glänzenden modernen Metropole und einem Handels-Emporium ersten Ranges umgestaltet, Volks-, Marine- und Militärschulen errichtet, eine bedeutende Flotte gebildet, die Stadt La Plata und zahllose andere Ortschaften gegründet und die ganze Pampa von Indianern gesäubert, wodurch allein 15 000 Meilen Landes der Kultur erobert wurden.

Inzwischen hatte die Kolonisation in den Provinzen Santa Fé, Cordoba, Entre Rios und Buenos Aires erstaunliche Fortschritte gemacht, in Tucuman schossen die Zuckerfabriken wie Pilze empor, in Mendoza und San Juan wurden riesige Weinanpflanzungen angelegt und in den Städten entstanden Industrien aller Art.

Wie überall nach einem solchen raschen Aufschwunge trat auch hier die Reaktion ein und seit der grossen Volkserhebung des Jahres 1890 und dem folgenden Bankkrach befindet sich das Land in einer latenten wirtschaftlichen Krise, welche seit ca. einem Jahre einen akuten Charakter annahm und schwer auf dem Gewerbsleben und dem Handel lastet.

Nach den offiziellen statistischen Daten erzielte Argentinien in den letzten fünf Jahren folgende Handelsresultate in Goldpesos (à 4 Mk.) und zwar:

| Import | | Export | |
|---|---|---|---|
| 1897 . . . | 98 288 948 | 1897 . . . | 101 169 299 |
| 1898 . . . | 107 228 000 | 1898 . . . | 133 829 458 |
| 1899 . . . | 116 850 671 | 1899 . . . | 184 917 532 |
| 1900 . . . | 113 485 069 | 1900 . . . | 154 300 412 |
| 1901 . . . | 113 959 749 | 1901 . . . | 167 716 102 |

Man wird sagen, dass das doch eine sehr günstige Handelsbilanz sei. Woher da die Verschärfung der Krise? Die Ursachen sind folgende:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die ausserordentlich gesegnete Weizenernte des Jahres 1899 und die damals um fast 60 pCt. über den normalen Wert gestiegenen Wollpreise wirkten mit ihren Erträgnissen auf Handel und Wandel so überaus günstig ein, dass zahlreiche neue Firmen entstanden, welche nur mit dem Kredit, den sie leicht von den Banken und Importhäusern erhielten, arbeiten konnten, andere vergrösserten sich über das Mass hinaus und übernahmen schwere Verpflichtungen in dem guten Glauben eines anhaltenden grossen Umsatzes.

Dann trat im Jahre 1900 in Europa der erhebliche Rückgang der Wollpreise ein und entstanden den Viehzüchtern schwere Verluste durch die in den Viehherden aufgetretene Maul- und Klauenseuche, in deren Folge die Ausfuhr von lebendem Vieh bis heute vollständig aufhörte. Es schlossen sich zwei Missernten an und weiter trug zur Verschlimmerung der Lage die Überproduktion der Wein- und Zuckerindustrie in den Provinzen Mendoza und Tucuman bei, welche gleichzeitig mit einer Stockung des Absatzes sich geltend machte, so dass die Produzenten und Zwischenhändler in eine schwere Lage gerieten.

Bei einem ansehnlichen Teil des Handels hatte sich infolge grosser Warenanhäufungen ein starkes Missverhältnis zwischen Geschäftsumfang und Geschäftskapital herausgebildet; so war die unausbleibliche Folge Überanspannung des Kredits einerseits und Gewährung von langen Zielen an die Kundschaft andererseits. An Stelle der bisherigen Liberalität der Kreditinstitute trat dann aber die grösste Zurückhaltung, und während in den Banken Millionen aufgehäuft wurden, litt der Platz und die Provinzen Mangel. Durch diese Missstände bedingt, nahmen die Zahlungseinstellungen einen grösseren Umfang an, da die Krediteinschränkungen, welche den Zusammenbruch bekannter Firmen hervorriefen, den Sturz schwach fundierter Häuser natürlich nach sich zogen.

Um das Mass voll zu machen, stand seit Oktober vergangenen Jahres die leidige Grenzaffaire mit Chile auf des Messers Schneide. Es handelte sich dabei um Wegebauten Chiles in dem strittigen Gebiete Südpatagoniens, dessen Grenzfestsetzung der Entscheidung der zum Schiedsrichter ernannten englischen Regierung unterliegt. Die Verwickelungen nahmen einen drohenden Charakter an und erweckten ernste Besorgnis. Von Seiten Argentiniens, welches im Rechte war, wurden grosse Opfer für Heer und Marine gebracht, der Handel stockte, und die noch jungen Industrien des Landes litten in bedenklicher Weise.

Diese missliche Lage dauerte Monate lang und der Rückzug der Kapitalien, der allgemeine Zustand der Unsicherheit und des Abwartens lastete wie ein Alpdruck auf Handel und Gewerbe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die hervorragenden geistigen Führer beider Länder neigten aber dem Frieden zu, und es gelang den Diplomaten, im Mai dieses Jahres einen Vertrag abzuschliessen, der das Nationalgefühl beider Völker befriedigte und wodurch den Rüstungen ebenfalls ein Ziel gesetzt wurde. Die Protokolle wurden von den Parlamenten Chiles und Argentiniens mit grosser Majorität angenommen und die diesbezüglichen Dokumente am 18. September, dem Nationalfesttage Chiles, von einer glänzenden Abordnung hoher argentinischer Würdenträger in der chilenischen Hauptstadt feierlichst überreicht, bei welcher Gelegenheit enthusiastische Kundgebungen für den Frieden und die Verbrüderung dargebracht wurden.

Nach dieser Seite hin hat sich die Situation somit geklärt, das Vertrauen kehrt zurück, die Goldfluktuationen haben aufgehört, den neuesten Nachrichten nach zu urteilen, steht in Argentinien eine vorzügliche Ernte in Aussicht, und so hat sich die allgemeine Geschäftslage bereits in den letzten Monaten bedeutend gebessert.

Die Handelsstatistik des letzten Halbjahres zeigt folgendes Bild:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Import in Pesos Gold | 51 243 230 | gegen 1901 Pesos Gold | 56 619 775 |
| Export „ „ „ | 105 203 781 | „ „ „ „ | 97 776 764 |

Deutschlands Handelsbeziehungen zu Argentinien beruhen auf einer guten Grundlage. An der Einfuhr ist Deutschland seit Jahren an zweiter und an der Ausfuhr an dritter Stelle beteiligt.

Dem bedeutenden deutschen Handelsverkehr mit Argentinien entspricht der intensive Dampfer- und Segelschiffverkehr zwischen Deutschland und dem La Plata. Von den 20 Dampferlinien, die in den Silberstrom hineinfahren und nach Buenos Aires oder nach dem weiter stromaufwärts liegenden Rosario gehen, befinden sich vier in deutschen Händen, es sind dies der „Norddeutsche Lloyd“, die „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft“, die „Hamburg-Amerika-Linie“ und die „Hansa“. Die „Hamburg-Amerika-Linie“ hat vor einigen Jahren die 14 Dampfer der Firma de Freitas & Co. angekauft und damit die La Plata-Linie derselben übernommen, ausserdem gelang es ihr, mit der Firma Gellatly Hankey & Co. einen Vertrag abzuschliessen, nach welchem auch die von dieser Reederei betriebene Linie Antwerpen - La Plata auf sie überging, während sie gleichzeitig mit der „Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft“ eine Vereinbarung traf, nach welcher nun die von den beiden Gesellschaften betriebenen La Plata-Linien auf Grund eines einheitlichen Planes ihre Fahrten machen und so die gegenseitige Konkurrenz ausschliessen. Die „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft“ und die mit ihr verbundene „Hamburg-Amerika-Linie“ lassen jeden Monat eine beträchtliche Anzahl Dampfer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nach dem La Plata fahren, der „Norddeutsche Lloyd“ sendet alle zehn Tage einen, während die „Hansa“ alle vierzehn Tage einen Dampfer abschickt. In der Haupt-Exportsaison stellen diese Linien stets mehrere Extradampfer in die La Plata-Fahrt ein. Ausserdem besteht zwischen den grossen deutschen Häfen und Buenos Aires, bezw. Rosario, ein äusserst reger Segelschiffverkehr.

Die „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft“ hat seit einem Jahre eine argentinische Küstenlinie eingerichtet, deren Dampfer regelmässig alle Häfen Patagoniens und des Feuerlandes anlaufen. Die genannte Gesellschaft erwarb sich mit der Gründung dieser Zweiglinie ein grosses Verdienst, denn sie trug dadurch in hervorragender Weise zur Erschliessung dieser zukunftsreichen Gegenden Argentiniens bei.

Das deutsche Element hat sich trotz seiner relativ numerischen Schwäche in Argentinien sehr gut entwickelt und ist in einflussreicher Stellung am wirtschaftlichen Leben des Landes beteiligt. Die deutschen Häuser allein in Buenos Aires arbeiten mit einem Kapital von 150 Millionen Mark, und deutscher Grundbesitz wird sicher eine noch grössere Summe repräsentieren.

Diese Angaben mögen genügen, um ein wenn auch nur schwaches Bild der wirtschaftlichen Entwickelung Argentiniens und der Handelsbeziehungen Deutschlands zu diesem hervorragendsten der drei La Plata-Staaten zu geben, und so schliesse ich denn mein kurzes Referat, die Hoffnung aussprechend, dass sich deutsches Kapital und deutscher Unternehmungsgeist immer mehr in diesem jungen Lande in Handel und Gewerbe, besonders aber in der Kolonisation, in Landwirtschaft und Viehzucht, geltend machen, denn Argentinien, mit seinen vielseitigen Hilfsquellen und seinem unermesslichen Reichtum an produktionsfähiger Bodenfläche, ist und bleibt ein Land von grosser Zukunft.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Resolutionen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

# Einleitung zu den Resolutionen.

Einen selten fehlenden und entschieden wichtigen Punkt der Verhandlungen der grossen Kongresse und Versammlungen bildet die Beratung und Annahme von Resolutionen. Sie stellen die Wünsche und Forderungen zunächst meistens einer Sektion oder Gruppe, oft aber auch nur einer einzelnen Person, dann aber, nach ihrer Annahme durch die Vollversammlung, des ganzen Kongresses dar; sie sind häufig gewissermassen die Quintessenz grosser Vorträge und bilden meistens den Gegenstand der eifrigsten Debatte in den Sitzungen. Wie der gedruckte Bericht eines Kongresses dauernd für die Nachwelt die Reden der Vortragenden aufbewahrt und das Werk dadurch zu einer Studienquelle für die Fachleute wird, so drücken die Resolutionen die Wünsche der beteiligten Interessenten in einer bestimmten Richtung aus und fordern entweder eine Neueinrichtung, Änderung, Verbesserung irgend einer Angelegenheit, oder sie bringen die derzeitige Ansicht der Mitglieder des Kongresses resp. der Gruppen und Richtungen, welche diese vertreten, über irgend eine wichtige Frage in der Wissenschaft, Gesetzgebung, sowie einer privaten oder öffentlichen Angelegenheit zum Ausdruck und legen diese Anschauung in einem gewissen Punkte fest. Deshalb ist ein solcher Beschluss eine in vielen Fällen wichtige und in seiner Tragweite nicht zu unterschätzende Sache, da er je nach dem Inhalt desselben ein für die übrige Fachwelt bestimmtes Votum schafft oder für die Zukunft Änderungen erstreben soll.

Eine Resolution muss daher sorgfältig in ihrem Wortlaut erwogen sein, damit sie klar und in ihren Folgerungen verständlich ist. Bei Fachkongressen, namentlich wissenschaftlichen, bewegen sich die Resolutionen meistens in dem Rahmen eines bestimmten Gebietes; bei einer Versammlung aber, wie sie der Deutsche Kolonialkongress von 1902 darstellte, war der Spielraum ein viel weiterer und dadurch die Sachlage schwieriger.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wohl einte alle Mitglieder ein grosses gemeinsames Band: Das Interesse für die Kolonien und überseeischen Interessengebiete, und diese Einigkeit darf gewiss nicht als der geringste Erfolg des Kongresses angesehen werden, aber es waren doch die verschiedensten Interessen und Stände vertreten, und die Themata der Vorträge behandelten die mannigfaltigsten Gegenstände der öffentlichen und wissenschaftlichen Welt, so dass Anlass zu einer Unmasse von Resolutionen gegeben war, die sich, wie es in der Natur des Kongresses lag, weniger auf internem fachwissenschaftlichen Gebiete bewegten, sondern meistens öffentliche, d. h. kolonialpolitische Gegenstände betrafen und Forderungen an den Reichsetat, die Kolonialverwaltung, ja sogar an die Gesetzgebung stellten. Deshalb musste sowohl bei der Abfassung, wie auch bereits schon bei der Zulassung von Resolutionen mit ganz besonderer Vorsicht verfahren werden. Dazu kam noch, dass erstens der Kongress in dieser Zusammenstellung von so zahlreichen veranstaltenden Vereinen etwas Neues war und man deshalb im voraus noch nicht wissen konnte, inwieweit das Zusammenarbeiten harmonisch verlaufen würde, zweitens dem Kongresse bei zahlreichen Vorträgen doch nur zwei Tage für seine Verhandlungen zur Verfügung standen und aus diesem Grunde, sollte das Programm erledigt werden, doch nur eine gewisse Zeit für die Beratung der Resolutionen übrig bleiben konnte.

Dann sei auch noch drittens der jedem Kongressbesucher hinreichend bekannte Punkt erwähnt, dass von den vielen von Vereinen, Körperschaften oder Versammlungen gefassten Beschlüssen, Forderungen, Resolutionen oder wie es sonst heissen mag, doch erfahrungsgemäss nur ein sehr kleiner Teil von den höheren Instanzen, an welche sie gerichtet werden, Berücksichtigung erfahren kann und im zustimmenden Sinne erledigt zu werden vermag.

Das kann nun zwar niemand abhalten, berechtigte Wünsche in der geeigneten Form zu äussern, aber ein junger Kongress darf nicht die zuständige Stelle geradezu mit Resolutionen überschwemmen; das würde die Wirkung vieler Eingaben schmälern und unter Umständen sogar dem Ansehen des ersteren schaden.

Der Kongress hat aber auch eine gewisse Verantwortung nach aussen, deshalb muss er genau auf die Form und den Inhalt jedes seiner Beschlüsse, die er der Aussenwelt oder gar Reichs- und Staatsbehörden übermittelt, achten.

Nun ist es bekanntlich auch sehr geschickten Rednern häufig nicht immer möglich, in kurzer Zeit im Eifer der Debatte eine Resolution herzustellen, wo jedes Wort überlegt sein muss, und die genau das trifft, was gewollt ist, es wird also durch eine Redaktion derselben während der Sitzung entweder viel kostbare Zeit vergeudet

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oder es kommt schliesslich doch etwas heraus, was die Allgemeinheit, oft aber der Betreffende selbst, in der gebrachten Form nicht beabsichtigt. Auch muss sich eine Versammlung vor Überrumpelungen schützen, die leicht in einem verschiedenartig zusammengesetzten Kreise kommen können. In Erwägung aller dieser Gründe hatte das Kongresskomitee des Deutschen Kolonialkongresses von 1902, oder wie es damals noch hiess: Nationalen Kolonialkongresses von 1902, in der konstituierenden Sitzung vom 25. Februar 1902 beschlossen, dass die Resolutionen sich an die Vorträge anschliessen sollten und die einzubringenden Resolutionen der Zustimmung des Kongresskomitees bedürften.

Der Arbeitsausschuss des Kongresses, dem dann die ganze Handhabung der Geschäfte und die Vorbereitung zum Kongress übergeben war, hat streng an dem Punkte festgehalten, dass eine Resolution nur in Anknüpfung an einen auf dem Kongress gehaltenen Vortrag vom Redner eingebracht werden dürfe. Die Gründe, welche den Redner zur Aufstellung seines Beschlusses führten, resp. die Beweise für die Richtigkeit und Notwendigkeit desselben lieferten, mussten also in erster Linie den Zuhörern der Sektion im Vortrag dargestellt werden. Da nun das Kongresskomitee nur einmal noch kurz vor dem Kongresse zusammenzutreten vermochte und die veranstaltenden Vereine schon vorher ein Programm zu erhalten hatten, so lag dem Arbeitsausschuss ob, ein schon möglichst geprüftes und gesichtetes Material der vorerwähnten Körperschaft vorzulegen.

Der Gang der Geschäfte in diesem Punkte war nun folgender:

Ein jeder Redner hatte bekanntlich das Recht, eine Resolution einzubringen, wenn auch glücklicherweise ein nicht allzugrosser Prozentsatz der Herren Vortragenden von diesem Rechte Gebrauch machte. Die vorbereitenden Ausschüsse der Sektionen bestanden aus einer Anzahl meistens in Berlin wohnender Herren mit einem Obmann an der Spitze, welche die Anmeldung und Vorbereitung für die Vorträge in der Hand hatten. Die Resolution gelangte nun zunächst an den betreffenden Obmann und durch diesen an die Sektion, die sie in erster Linie auf ihren Inhalt und ihre Geeignetheit zur Annahme prüfen konnte.

Dieser Weg konnte in beinahe allen oder doch den meisten Fällen innegehalten werden. Nachdem also die Vertrauensmänner der Sektion sich geäussert hatten, gingen die Resolutionen an den Vortragsausschuss, der aus den Obmännern der Sektionen zusammengesetzt war. Dort fand ebenfalls eine Beratung und Besprechung darüber statt und dann wurden sie dem Arbeitsausschuss zur nochmaligen Begutachtung übermittelt, der auch etwaige Differenzen in den Ansichten u. s. w. durch Erörterung und Abstimmung zu ent-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

scheiden hatte. Schliesslich legte der Arbeitsausschuss nach dem eingangs erwähnten Beschluss das so gesichtete und vorbereitete Material dem Kongresskomitee in der Sitzung am 2. Oktober 1902 zur Genehmigung vor.

Es ist vorhin erwähnt worden, dass es in einer Versammlung oft schwierig sei, schnell eine gute Fassung für einen wichtigen Gegenstand zu finden. Dies mag nun noch dahin erweitert werden, dass selbst in der Ruhe der heimatlichen vier Wände der Herr Vortragende und Autor nicht immer das zusammenstellt, was man „Resolution", also kurz und klar gefasste Beschlüsse oder Forderungen, nennt. Von recht bedeutenden Fachgelehrten, die sonst sehr gut mit der Feder umzugehen verstehen und auch der Rede mächtig sind, wurden mitunter Schriftstücke als Resolutionen eingesandt, die wohl häufig die Privatansicht des Autors und allgemeinere und speziellere Auslassungen über ein Thema, oft noch dazu in Wiederholungen und Unklarheiten enthielten, aber nicht geeignet waren, als ein „Kongressbeschluss" in die Welt zu gehen. Es soll damit nicht irgend einem der oft mit Arbeit überhäuften Vortragenden ein Vorwurf gemacht werden, im Gegenteil, der Kongress musste jedem Redner, der der Sache diente, dankbar sein; es ist daraus auch nicht zu folgern, dass der Betreffende es nicht auch ebenso gut hätte selbst machen können, wenn er sich die Zeit zu einer präzisen Fassung genommen haben würde, aber es zeigte doch, wie notwendig eine Kontrolle der Eingänge war. Auch ist eine Prüfung durch Unbeteiligte meistens von Vorteil, da der Autor oft seine persönliche Ansicht für die der Allgemeinheit hält und manchen auch ihm selbst wichtigen Punkt leichter übersieht als ein Dritter.

Als kurz vor der Kongresseröffnung noch verschiedene Resolutionen einliefen und die Zeit drängte, beauftragte der Arbeitsausschuss den Vorsitzenden des Vortragsausschusses Dr. Alexander Tille, in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Redaktionsausschusses P. Staudinger, etwaige nicht vorlegungsreife Resolutionen in eine fertige Form im Einverständnis mit dem Herrn Vortragenden zu bringen. Mit grossem Eifer war Herr Dr. Tille noch in den letzten Wochen vor dem Kongress auf diesem Gebiete tätig, und es mag erwähnt werden, dass beinahe immer eine Einigung mit den Autoren erzielt wurde. Nur wenige Resolutionen konnten nicht angenommen werden. In einem Falle verlor der Kongress zu seinem grossen Bedauern sogar den Vortrag eines sehr geschätzten Redners, da dieser bei seiner Resolution der Umänderung von zwei oder drei Worten, die aber von eminenter, politischer Bedeutung waren und den Interessen unserer Mitbürger im Auslande nach allen bisherigen Erfahrungen entgegenliefen, nicht zustimmen wollte und deshalb seinen Vortrag zurückzog.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine vorherige Durchsicht von Resolutionen war schon um dessentwillen notwendig, weil verschiedene Redner getrennter Sektionen oft dieselben Punkte in ihrer Resolution forderten und ein Kongress doch unmöglich zwei- oder gar dreimal dasselbe beschliessen und fordern kann.

Diese etwas ausführlichere Beschreibung der Behandlung der Resolutionen machte sich notwendig, weil im Laufe der Verhandlungen des Kongresses gewissermassen Beschwerden darüber laut wurden, dass nicht noch während des Kongresses im Anschluss an die Vorträge die Einbringung neuer Resolutionen gestattet worden war und dass ferner über die Resolutionen in den Sektionen selbst vielfach nicht beraten, namentlich aber nicht abgestimmt werden konnte. Was diesen letzteren Punkt anbelangt, so schien die Meinung der Kongressmitglieder dahin zu gehen, dass diesem Wunsche vielleicht bei einem künftigen Kongress Rechnung getragen werden möchte. Eine Abstimmung über eine Resolution ist in der Sektion gewiss am Platze; eine Beratung darüber hat aber nur dann wirklichen Wert, wenn auch das Recht der Zustimmung oder auch Umänderung vorhanden ist. Es wird also einem künftigen Kongresskomitee ev. auf Vorschlag des ständigen Ausschusses vorbehalten sein, eine Bestimmung darüber zu treffen, ob die Sektion als solche das Recht der Beratung und Abstimmung, also auch der Ablehnung von eingebrachten Resolutionen haben soll, und ob diese Ablehnung dann eine endgültige ist oder der Antragsteller dieselbe nochmals im Plenum einbringen kann. Voraussichtlich wird sich nicht allzuschwer eine Form finden lassen, diesen Wünschen Rechnung zu tragen; denn das Interesse einer Sektion wächst, wenn sie zu der Resolution Stellung zu nehmen vermag und Zusätze, Abänderungen u. s. w. bringen darf.

Ob die Neueinbringung von Resolutionen während der Kongressverhandlungen aber ohne eine gewisse Gefahr, namentlich einen grossen Zeitverlust, gestattet werden kann, das erscheint nach den Erfahrungen der Praxis als sehr fraglich und wäre wohl nur in den äussersten Fällen zulässig. In der Sektion wäre es unter Umständen noch möglich, aber in der Plenarsitzung kaum.

In der Hauptsache wird man mit Ausnahme der soeben erwähnten vielleicht angängigen Änderung wahrscheinlich bei dem bisherigen Geschäftsverfahren bleiben können. Es sichert, um es nochmals in Kürze zu wiederholen:

1. Die Einbringung eines materiell und redaktionell klaren, nach seiner Tragweite nach aussen reiflich geprüften Beschlusses.

2. Es vermeidet Wiederholungen, denn es würden sonst vielleicht manchmal in den verschiedenen Sektionen Resolutionen mit gleichem Inhalt beschlossen werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

3. Es verhindert ferner, was noch viel wichtiger ist, die Fassung gegensätzlicher Resolutionen. Wie leicht konnten nicht beispielsweise in Sektion 4 und 5 Resolutionen gefasst werden, die grundsätzlich verschieden waren. Nun hat allerdings die Plenarversammlung das Recht der ausschlaggebenden Stimme, aber ganz abgesehen von dem unnützen grossen Zeitverlust, der durch solche Erinnerungen entsteht, und der Gefahr, dass durch eine scharfe Debatte das freundschaftliche, einheitliche Verhältnis gestört wird, ist es gar nicht ausgeschlossen, dass aus Versehen oder durch ein Übersehen zwei entgegengesetzte Beschlüsse, namentlich wenn sie getrennt eingebracht sind, angenommen werden, und das wäre doch ein Unding. Es ist schon bei kleineren Versammlungen geschehen, dass im Zeitraum von einigen Stunden ganz verschiedene Beschlüsse gefasst wurden, und die Möglichkeitbei grösseren Kongressen liegt noch viel eher vor. Wie zeitraubend und misslich ist ein genaues Abstimmen, und wie oft ist es nicht ungenau, wenn es durch Händeerheben oder gar Aufstehen geschieht!

4. sichert aber eine vorherige Annahme einer Resolution durch das Komitee der sehr verschiedenartigen Vereine viel mehr die Annahme einer Resolution in der Plenarsitzung, als wenn sie nur in einer Sektion gefasst ist, und ein Grund zur Missstimmung fällt fort.

Auch auf dem verflossenen Kongress hatte ja die Plenarversammlung das Recht, Resolutionen abzulehnen. Jeder einzelne konnte Zusätze oder Änderungen beantragen und dadurch im Interesse seiner Gruppe wirken.

Etwaige Missverständnisse werden durch diese Ausführungen behoben sein und es soll zur Kenntnis der Mitglieder der endgültige Beschluss des Kongresskomitees vom 2. Oktober 1902, wie er in dem betreffenden Protokoll vorliegt, auch in den Verhandlungen abgedruckt werden.

Bezüglich der Behandlung der Resolutionen erklärt sich das Kongresskomitee mit den nachstehenden von Seiner Hoheit dem Herrn Präsidenten vorgetragenen Gesichtspunkten einverstanden:

a) Das Kongresskomitee hat in seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, nur solche Resolutionen zur Abstimmung zuzulassen, welche vorher die Genehmigung des Kongresskomitees gefunden haben.

Da die gegenwärtige Sitzung des Kongresskomitees die letzte vor dem Kongress ist, so wird hiermit festgestellt, dass das Präsidium nicht in der Lage ist, Resolutionen zur Abstimmung auf dem Kongress zuzulassen, die in der heutigen Sitzung nicht verhandelt und genehmigt sind.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hiermit ist also ausgeschlossen, dass nach Schluss der gegenwärtigen Sitzung von den Rednern oder später von den Sektionen eingebrachte Resolutionen oder solche, die während der Tagung im Plenum noch eingebracht werden, seitens des Präsidiums zur Abstimmung zugelassen werden können.

An sich ist freilich der Kongress souverän und würde auch hiervon noch Abweichungen beschliessen können. Im Interesse der Einheitlichkeit der Verhandlungen liegt es aber, dass das Präsidium seitens des Kongresskomitees ermächtigt wird, derartigen Anträgen aus der Mitte der Versammlung namens des Komitees nachdrücklich entgegenzutreten.

Amendements zu den vom Kongresskomitee vorgeschlagenen Resolutionen müssen natürlich zugelassen werden.

b) Der Arbeitsausschuss schlägt dem Kongresskomitee vor, heute nur grundsätzlich solche Resolutionen zuzulassen, die sich an einen der in Aussicht genommenen Vorträge ungezwungen anschliessen. Bezüglich der vom Arbeitsausschuss vorgelegten Resolutionen ist dieser Grundsatz durchweg festgehalten worden.

c) Hinsichtlich der weiteren geschäftlichen Behandlung der Resolutionen hat der Arbeitsausschuss beschlossen, dem Kongresskomitee vorzuschlagen, dass dieselben in den einzelnen Sektionen nur zur Mitteilung und Erörterung gelangen, Abstimmungen dagegen nur in der letzten Plenarsitzung stattfinden und zwar in der Absicht, zu vermeiden, dass etwa Sektion und Plenum in einer und derselben Frage zu verschiedenen Beschlüssen gelangen, was der Öffentlichkeit gegenüber nicht erwünscht sein kann. Da die Resolutionen im Plenum diskutiert werden, so steht es jedem Teilnehmer an den Sektionsverhandlungen frei, im Plenum seine etwa abweichende Meinung zur Geltung zu bringen.

d) Die vorliegenden Resolutionen sind entstanden auf Grund der von den einzelnen Vortragenden eingereichten Entwürfe. Der Arbeitsausschuss hat dieselben alsdann sachlich und nach der formellen Seite hin durchberaten und hat sich dabei von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

I. Die Resolutionen möglichst knapp zu fassen und alle Details dem begründenden Vortrag zu überlassen;

II. sie in der Form möglichst gleichartig zu gestalten;

III. sie inhaltlich so zu redigieren, dass Wiederholungen möglichst vermieden werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ferner wird an dieser Stelle der Vollständigkeit halber noch eine Anfrage wiedergegeben, die in der ersten Plenarsitzung am 10. Oktober 1902 an Seine Hoheit den Herrn Präsidenten gerichtet wurde und die das soeben Ausgeführte bestätigten.

Zur Geschäftsordnung verlangte das Wort Geheimrat Prof. Dr. **Hermann Wagner,** Göttingen: Ich möchte an das hohe Präsidium die Frage richten, wie es mit den Resolutionen gehalten werden soll. Es ist hier angegeben, dass 13 Resolutionen vom Kongresskomitee vorgeschlagen sind, und nach der Tagesordnung sollen diese Resolutionen am Schlusse der morgigen Sitzung beraten und in der gleichen Sitzung noch 4 Vorträge gehalten werden. Die Resolutionen sind ziemlich umfangreich und 13 an der Zahl. Ich möchte doch fragen, ob es wohl angängig wäre, dass diese Resolutionen in den einzelnen Sektionen, soweit sie dorthin gehören, beraten werden, um in anderer Form eventuell hier zur Geltung zu kommen, weil ich fürchte, dass sonst die Diskussion morgen leicht ausserordentlich umfangreich werden könnte.

**Präsident Herzog Johann Albrecht:** Das Kongresskomitee hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt; dieselbe ist nach beiden Richtungen behandelt worden, ob über die Resolutionen vorher in den einzelnen Sektionen schon debattiert und sie dort festgestellt werden sollten und nachher wieder im Plenum oder nicht. Schliesslich hat das Kongresskomitee nach den Erfahrungen anderer ähnlich grosser Kongresse festgesetzt, dass es praktischer ist, am Schlusse der Vorträge die Resolutionen hier zur Annahme vorzuschlagen. Es würde sonst doppelte Debatten geben und man hoffte hierdurch Zeit zu sparen. Wenn sie in den Sektionen debattiert und angenommen werden, würden sie doch noch einmal im Plenum hier zur Debatte kommen und wir würden nur doppelte Verhandlungen haben. Alle diejenigen, die nicht mit den Resolutionen zufrieden sind, haben ja das Recht, in der Plenarsitzung sich zu melden. So hat mich das Kongresskomitee beauftragt, darauf zu halten, dass die Debatte über die Resolutionen nur am Schlusse stattfinden wird.

Noch am Schluss der Plenarsitzung, nachdem die Resolutionen durchberaten und angenommen waren, erbat sich Seine Durchlaucht Prinz Arenberg das Wort zu einer geschäftlichen Mitteilung, die auf die Handhabung der Resolutionen Bezug hatte, und an die sich eine längere Debatte knüpfte, deren Gegenstand ebenfalls das vorstehend behandelte Thema war.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es muss hierbei noch erklärend bemerkt werden, dass der Arbeitsausschuss den Vorsitzenden des Vortragsausschusses Herrn Dr. A. Tille als Berichterstatter für die Resolutionen ernannt hatte. Überall, wo also in der nun folgenden Diskussion das Wort: „der Herr Referent" steht, ist Herr Dr. Tille gemeint.

Seine Durchlaucht **Prinz v. Arenberg,** Berlin: Ich möchte mir noch einige Anregungen geschäftlicher Art erlauben. In einzelnen Sektionen — alle habe ich nicht befragen können — ist es als ein Missstand empfunden worden, dass diesmal die Sektionen nicht das Recht hatten, Beschlüsse zu fassen. Es ist ja erklärlich, dass man nicht zugeben kann, dass die Sektionen endlose Resolutionen fassen. Auf der andern Seite ist es aber für die Herren, die stundenlang debattieren sollen, hart, wenn sie ihrer Ansicht in einem Beschluss nicht Ausdruck geben können. Ich möchte deshalb für den nächsten Kongress — und ich möchte gern darüber Ihre Ansicht hören — den Wunsch aussprechen, dass die Sektionen mit der Befugnis ausgestattet werden, Beschlüsse zu fassen, Amendements oder Abänderungen der ihnen vorliegenden Resolutionen anzunehmen. Es ist, wie gesagt, sonst ein bischen hart, stundenlang damit zuzubringen, bloss Vorträge zu hören und nachher meritorisch zu diskutieren, ohne auch nur die Ansicht der Majorität, in vielen Fällen sogar die einstimmige Ansicht in einen Beschluss, in eine Resolution formulieren zu dürfen.

Ich wollte mir diese Anregung erlauben, weil vielleicht der ständige Ausschuss Nutzen daraus zu ziehen in der Lage sein wird.

**Präsident:** Wünscht einer der Herren von dem Kongresskomitee hierzu das Wort zu nehmen? — Der Herr Referent!

Dr. **Tille,** Berichterstatter: Wenn ich meinen verehrten Herrn Vorredner richtig verstanden habe, so hat er gemeint, dass auf dem nächsten Deutschen Kolonialkongress die Sektionen ebenfalls Resolutionen sollen fassen dürfen. Was soll denn dann das Plenum tun? [Zwischenruf: „Beschlüsse fassen!"] Also Beschlüsse fassen, nicht Resolutionen. Ja dann möchte ich mir erlauben, im Namen des Kongresskomitees darauf aufmerksam zu machen, dass das etwas ausserordentlich Bedenkliches hat. Dieses Jahr war der Kongress aufgelöst in 7 Sektionen. In jeder der Sektionen kann naturgemäss eine Frage nur von dem engeren Gesichtskreise eines bestimmten Faches aus zur Geltung kommen, und da ist es sehr leicht möglich, dass in einer Sektion ein Beschluss gefasst wird, welcher dem Beschlusse einer anderen Sektion zuwider-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

läuft, ebenso, dass in einer Sektion ein Beschluss gefasst wird, der dem Beschluss des Plenums zuwiderläuft. Jeder solcher Widerspruch kann nur dazu dienen, das Ansehen des Deutschen Kolonialkongresses herabzusetzen, und deshalb hat es ein prinzipielles Bedenken, über sachliche Fragen zweimal abzustimmen. Das Richtige ist natürlich, dass in den Sektionen eine Diskussion stattfindet und dass die Anschauungen in der Sektion so weit geklärt werden, dass, wie das heute ja im allgemeinen der Fall war, im Plenum höchstens noch kurz für und wider gesprochen wird. Auf diesem Wege kommt man bei der Klärung der Anschauungen und auch bei der endgültigen Fassung von Resolutionen am weitesten.

Ich möchte aus den angeführten Gründen empfehlen, dass auch bei künftigen Kolonialtagen nach demselben System verfahren werde. Aber natürlich sind wir meiner Ansicht nach kaum in der Lage, darüber heute einen Beschluss zu fassen, wie künftige Kolonialtage verfahren sollen. Andererseits aber sollte doch auch kein Beschluss gefasst werden, dass sie anders verfahren möchten, als dies heute der Fall war.

Kontreadmiral **Strauch,** Berlin: Ich kann Herrn Dr. Tille keineswegs beistimmen. Wie soll sich denn eine Sektion darüber klar werden, wie sie über die verhandelte Sache denkt, wenn nicht eine Abstimmung erfolgt? Wie soll das einzelne Mitglied einer Sektion wissen, wie es hier zu stimmen hat? Es kann ja gar nicht beurteilen, wie die Mehrheit der Sektion denkt, wenn keine Abstimmung stattfindet. Sollte es entgegengesetzter Ansicht sein, so lässt es sich vielleicht bewegen, mit der Mehrheit mitzustimmen. Es tritt vielleicht der Fall ein, dass eine grosse Anzahl Mitglieder so denkt und dass die Sektion geschlossen für eine Resolution stimmt.

Wenn Herr Dr. Tille angeführt hat, dass eine Abstimmung ihre schädlichen Seiten hat, so glaube ich, dass in den meisten Sektionen tatsächlich eine Abstimmung stattgefunden hat, wenn auch vielleicht nicht die Form beobachtet worden ist. Ich habe es schliesslich so gemacht, dass ich die Herren, welche heute geneigt wären, hier für die Resolution zu stimmen, gebeten habe, ihre Hand in die Höhe zu heben. Dadurch ist konstatiert worden, wer hier im Plenum für eine Resolution stimmen wird. Ja, wenn das aber keine Abstimmung ist, dann weiss ich nicht, was eine Abstimmung ist.

**Prinz von Arenberg:** Ich habe mir gar nicht erlaubt, zu beantragen, dass heute ein formeller Beschluss gefasst werde. Das können wir nicht tun, weil das nach 3 Jahren eventuell keinen Effekt hätte. Ich habe bloss eine Anregung geben wollen und darin kann ich den Worten des geehrten Herrn Vorredners Admiral Strauch bei-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stimmen, es muss ein Weg gefunden werden, auf der einen Seite die Rechte der Sektionen zu beschränken, damit von diesen keine neuen Themata angeschnitten werden, die von dem Vorbereitungskomitee gar nicht vorgearbeitet sind, und anderseits in den Ausschusssitzungen die Möglichkeit gegeben wird, in Beschlüssen die Ansichten festzulegen; ob Sie das Resolution oder sonstwie nennen, ist gleichgültig. Ich wünsche nur, dass in Zukunft die Sektionen die Möglichkeit haben, ihre Ansichten zu formulieren und die Majorität innerhalb der Sektionen zu konstatieren. Diesen Wunsch spreche ich deswegen aus, weil ich heute an zwei Sektionen teilzunehmen die Freude hatte, die den Übelstand des jetzigen Systems haben erfahren müssen. Ich möchte deshalb bei meinem bescheidenen Wunsche bleiben, der gar keinen Antrag zur Abstimmung für heute involviert, sondern nur eine Anregung ist, um die spätere Arbeit der Abstimmung im Plenum zu erleichtern.

Justizrat **Bojunga,** Hannover: Ich möchte dringend bitten, der Anregung Folge zu geben. Wir haben in der dritten Sektion den Übelstand auch empfunden. Wir haben nach längerer Beratung eine Resolution beschlossen, die bereits Herr Professor Dr. Zorn hervorgehoben hat, über die Schaffung einer Revisionsinstanz in kolonialen Prozessen, Strafsachen u. s. w. im deutschen Mutterlande, eine sehr wichtige Sache, aber es war nach der jetzigen Geschäftsordnung nicht möglich, diese Sache zur Besprechung zu bringen, und das muss in irgend einer Weise ermöglicht werden, wie, ist ganz gleichgültig. Die Herren der dritten Sektion werden mir beistimmen, dass das dringende Bedürfnis empfunden wurde, die Sache auf dem nächsten Kongress nicht so zu behandeln, wie heute. Es soll das kein Vorwurf sein.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt geschlossen und Seine Hoheit der Herr Präsident erklärte, wie schon auf Seite 65 erwähnt ist, dass der ständige Ausschuss des Kongresses sich mit den angeregten Fragen beschäftigen würde. Dieselben werden durch das Komitee des nächsten Kongresses 1905 hoffentlich eine zur allseitigen Befriedigung ausfallende Lösung finden.

Nachstehend werden nun die vor die Vollversammlung zur Abstimmung gebrachten Resolutionen mitgeteilt und zwar in derselben Reihenfolge wie sie im endgültigen Programm des Kongresses verzeichnet gewesen waren. Die Diskussion über einzelne Resolutionen ist in derselben Form wie bei den Vorträgen in den Sektionen durch Anführung des Namens des Redners und Wiedergabe seiner Ausführungen gebracht worden.

---

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Die Beschlussfassung und Abstimmung über die Resolutionen.

Die geschäftliche Erledigung ging, wie schon kurz erwähnt wurde, folgendermassen vor sich:

Es erfolgte zuerst nach Aufruf des Herrn Präsidenten durch den Herrn Berichterstatter die Verlesung der Resolution in der Fassung, wie sie vom Kongresskomitee in der Sitzung vom 2. Oktober 1902 genehmigt worden war.

Nach der Verlesung der Resolution wurde sie vom Herrn Präsidenten zur Abstimmung gestellt und entweder durch stillschweigende Zustimmung von der Versammlung angenommen oder es erhob sich eine Debatte darüber, nach deren Schluss entweder die Resolution doch in der ursprünglichen Form oder mit kleinen Abänderungen resp. Amendements durch die Vollversammlung zum Beschluss des Kongresses erhoben wurde.

Die Bemerkungen in kleiner Schrift unter dem Wortlaut der Resolution sind redaktioneller Natur und geben den Titel des Vortrages sowie den Namen des Vortragenden (sowie auch die Sektion) an, mit denen die Resolution im Zusammenhange gestanden hatte.

**Resolution I.**

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 erklärt, dass bei der für das wirtschaftliche und staatliche Leben unseres Volkes überaus grossen und an Bedeutung noch steigenden Wichtigkeit unserer überseeischen und kolonialen Interessen aller Art deren stärkere Berücksichtigung im Lehrgange unserer Schulen, besonders der höheren, dringend geboten erscheint. Diese kann hauptsächlich im geographischen Unterrichte und dort nur dann erfolgen, wenn er auf genügend breiter Grundlage und von fachmännisch vorgebildeten Männern gegeben wird. Die massgebenden Stellen seien

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hierdurch auf die Mangelhaftigkeit unserer Schulen in diesem Punkte aufmerksam gemacht und gebeten, der vom XIII. Deutschen Geographentage ins Leben gerufenen „Ständigen Kommission für erdkundlichen Schulunterricht" Beachtung zu schenken, welche eine Reform des geographischen Unterrichts im gleichen Sinne erstrebt.

Die deutschen Kolonien und ihre Würdigung in der Schule, von Oberlehrer Heinrich Fischer, Berlin. Sektion I. S. 129.

Die Resolution wurde in der verlesenen Fassung angenommen.

## Resolution II.

Die Resolution II lautete in der ursprünglichen Fassung:

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 empfiehlt in Anerkennung der namhaften Opfer, welche die in unseren Kolonien tätigen Missionsgesellschaften bringen, um deren Bewohner geistig, sittlich und kulturell zu heben, und unter Hinweis auf die damit bereits erzielten Erfolge der Reichsregierung, den Missionen das bisher erwiesene Wohlwollen zu erhalten und ihre selbstlose Arbeit so viel als möglich zu fördern, namentlich dadurch, dass sie

1. in der Verwaltung ihrer überseeischen Gebiete den christlichen Charakter des Mutterlandes allenthalben zur Geltung bringt;

2. den Missionsgesellschaften unbeschadet aller gesetzlichen Ordnungen volle Freiheit im eigentlichen Missionsbetrieb lässt;

3. ihnen bei gemeinnützigen Arbeiten, z. B. guten Leistungen in den allgemeinen Unterrichtsfächern der Schulen, sowie im gewerblichen Unterricht oder bei Drucklegung wertvoller Spracharbeiten, Geldunterstützungen gewährt.

Die Leistungen der Mission für die Kolonien und ihre Gegenforderungen an die Kolonialpolitik, von Pastor Paul, Lorenzkirch. Sektion II. S. 441.

Über die Resolution II hatte in der Sektion schon eine Erörterung stattgefunden. Dieselbe ist nicht im Anschluss an den Vortrag gebracht worden, da in der Sektion nicht darüber abgestimmt werden konnte und die kurzen Äusserungen darüber vom Schriftführer der Sektion vom übrigen Diskussionsmaterial des Vortrages zurückgestellt worden waren. Sie sollen aber hier zur näheren Erklärung vor der Diskussion in der Plenarsitzung nach den vorhandenen Aufzeichnungen der Vollständigkeit halber kurz gebracht werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

**Prinz von Arenberg,** Berlin, schlägt eine redaktionelle Änderung vor zu „insbesondere auf dem Schulgebiet, sowie im gewerblichen Unterricht, aber auch bei Drucklegung wertvoller Sprach- oder auf die koloniale Wissenschaft bezüglicher Arbeiten finanzielle Unterstützung gewährt."

Direktor **Fabarius,** Witzenhausen, empfiehlt den Antrag des Prinzen von Arenberg zur Annahme.

Pfarrer L. **Diestelkamp,** Berlin, empfiehlt die Art und Weise der holländischen Regierung und plädiert für das „ora" vor dem „labora."

Nachdem Regierungsrat **Fuchs,** Berlin, auf das geschäftsordnungsmässig Unzulässige einer Abstimmung über die Resolution aufmerksam gemacht hatte, wurde nach einer kurzen Debatte, an der sich **Prinz von Arenberg** und Kontreadmiral **Strauch** beteiligten, der Beschluss gefasst, dass in der Plenarsitzung der Antrag des **Prinzen von Arenberg** als Wunsch der Sektion zur Annahme durch die Vollversammlung vorgeschlagen werde.

Es folgt nun die Debatte in der Plenarversammlung.

Professor Dr. **Linck,** Jena: Ich muss gegen diese Resolution Bedenken erheben. Ich stimme zwar dem Absatz 3 vollkommen bei, aber ich bin der Überzeugung, dass hier etwas vergraben liegt, was eigentlich nicht gewollt ist. Wenn ich nämlich den Punkt 1 so auffasse, dass die Regierung nur, soweit es auf ihre Verordnungen und die Art zu regieren ankommt, die christliche Moral und Ethik zur Geltung bringen soll, so bin ich vollkommen einverstanden damit; sollte es aber heissen, dass die Regierung veranlasst werden soll, keine anderen Beamten anzustellen als christliche, so würde ich Widerspruch dagegen erheben und zwar einfach deswegen, weil dann unter Umständen die besten, zur Verwaltung der Kolonien geeignetsten Elemente davon ausgeschlossen würden, und die können nicht ausgeschlossen werden; es muss eben auch ein Araber genommen werden, ohne Rücksicht darauf, ob er Christ oder Mohammedaner ist, wenn er für die Verwaltung geeignet ist. Punkt 2 passt auch nicht ganz. Denn man hat die Erfahrung gemacht, dass die Nation, von der wir in Bezug auf die Kolonien am meisten lernen können, die Engländer, die Missionen unter Umständen vollständig verbieten. Dies ist geschehen im Sudan. Nachdem der Aufstand des Mahdi niedergeschlagen und die neue Regierung eingesetzt war, ist einfach jede christliche Propaganda im Lande verboten worden aus allgemein politischen Gründen; nur wo reine Heiden waren, wurde die Mission gestattet. Es haben verdiente Leute, wie z. B. Pater Ohrwalder, den ich über alle Massen hochschätze, das Land, in dem sie 15 Jahre und noch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

länger gewirkt hatten, verlassen müssen, und zwar nur aus allgemeinpolitischen Gründen. Ich könnte zugestehen, zu sagen, „den Missionsgesellschaften, soweit die politischen Verhältnisse es gestatten, vollkommene Freiheit zu lassen". Denn es ist darauf hinzuweisen, dass wir reale, keine ideale Politik zu machen haben; wir müssen bedenken, dass es unter Umständen nötig ist, die Missionen gänzlich zu verbieten, wenn nämlich grosse Nachteile dadurch vermieden werden können. Es wird gewiss niemand leugnen, dass wir manchmal Kämpfe haben bestehen müssen, viel Geld haben opfern müssen infolge der Missionen, ich will nicht sagen direkt, aber indirekt dadurch, dass Missionäre irgendwo niedergeschlagen worden sind. Dann kostet es dem Staate grosse Summen und viel Blut, die Sache wieder in Ordnung zu bringen, und dem müssen wir ausweichen. Deswegen möchte ich empfehlen, die Resolution nicht so, wie sie vorgeschlagen ist, anzunehmen, sondern mit einer entsprechenden Veränderung.

**Präsident:** Ich möchte den Herrn Redner fragen, ob er beabsichtigt, ein Amendement zu stellen. Ich bitte dann, dieses schriftlich hier abzugeben.

Es ist ein zweites Amendement hier eingelaufen und ich bitte den Herrn Referenten, es zu verlesen.

Dr. **Tille,** Berichterstatter: Das eingegangene Amendement bezieht sich auf Absatz Nr. 3 der Resolution II. Derselbe soll dahin gefasst werden:

> 3. ihnen bei ihrer gemeinnützigen Arbeit, besonders auf dem Schulgebiete, bei der ärztlichen Tätigkeit sowie im gewerblichen Unterricht, aber auch bei Drucklegung wertvoller Sprach- oder auf die koloniale Wissenschaft bezüglicher Arbeiten finanzielle Unterstützung gewährt.

Pfarrer **Paul,** Lorenzkirch bei Strehla: Bei den Verhandlungen von Sektion IV ist die Aufmerksamkeit insbesondere auf zwei Spezialarbeiten der Mission gelenkt worden, welche von grosser kultureller Bedeutung sind: Die Schul- und die ärztliche Tätigkeit bezw. die Krankenpflege. Um diese beiden Zweige ihrer Tätigkeit der Reichsregierung besonders zu empfehlen, eventuell zur Unterstützung, hat die Sektion IV dem Schlussabsatz der Resolution II den eben vorgelesenen Wortlaut gegeben und empfiehlt dem Kongress die Annahme in dieser Form.

Missionsdirektor Dr. theol. **von Schwartz,** Leipzig: Herr Professor Linck hat daran erinnert, dass von seiten der englischen Regierung im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Sudan die Missionstätigkeit jetzt noch verhindert ist. Es ist das ein singulärer Fall. Es ist dort vor nicht langer Zeit ein blutiger Krieg geführt worden und der Fanatismus der dortigen Mohammedaner ist dort ein ausserordentlich grosser. Aber ich möchte doch sagen, dass auch jetzt schon in England eine ausserordentlich starke Strömung sich dahin geltend macht, die Regierung zu veranlassen, dass sie dieses Verbot, das doch jedenfalls nur ein zeitweiliges ist, zurückzieht, und ich glaube, es wird nicht sehr lange dauern, bis das Verbot zurückgezogen wird.

Ich möchte übrigens daran erinnern, dass jahrelang, jahrzehntelang die englische Regierung auch in Britisch-Indien die Missionstätigkeit verboten hatte — es war damals nicht die englische Regierung selbst, sondern die Ostindische Kompagnie —, weil sie das für schädlich hielt. Aber nachdem der Aufstand von 1857 hier gezeigt hatte, dass dieses Mittel der Schonung der religiösen Anschauung der Einwohner durchaus nicht versöhnend gewirkt hatte, hat sie der Mission volle Freiheit gegeben. Es haben englische Vizekönige ausdrücklich anerkannt, dass nichts mehr dazu beigetragen hat, die indische Bevölkerung mit der englischen Herrschaft zu versöhnen, als eben die Mission.

Ich möchte dann in Bezug auf Punkt 3 der Resolution II noch eins zur Sprache bringen, nämlich die Unterstützung der Schultätigkeit. Die Schulhoheit des Reiches wird ja von keiner Seite beanstandet und bestritten. Ich möchte aber den ernstlichen Wunsch aussprechen, dass von dieser Schulhoheit doch ein recht gemässigter Gebrauch gemacht würde, und dass der Mission möglichst nach allen Seiten die Freiheit in der Einrichtung ihres Schulwesens bewahrt werden möchte, namentlich auch in Bezug auf den Unterricht in der deutschen Sprache. Ich verstehe es durchaus, wenn die deutschen Beamten den Wunsch hegen, dass sie möglichst bald Leute zur Verfügung haben, welche als Dolmetscher oder als Unterbeamte dienen können und welche zu diesem Zweck der deutschen Sprache mächtig sind. Namentlich in den Hafenstädten, wo die englische Sprache als Sprache der schiffahrenden Nationen im allgemeinen sich eindrängt, verstehe ich es auch, wenn die Regierung darauf Wert legt, in solchen Hafenstädten den Unterricht in der deutschen Sprache nach allen Seiten hin zu fördern.

Aber ich möchte bitten, dass darin Mass gehalten werde, und dass man nicht von den Missionen etwas verlange, was eine Verletzung der pädagogischen Grundsätze, welche wir Deutschen doch nun einmal haben, involviert. Ich werde zu diesem Wunsche besonders veranlasst durch einen sehr wohlgemeinten Erlass des deutsch-ostafrikanischen Gouvernements vom 31. Mai 1902. Es wird darin

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gesagt, dass Mittel zur Verfügung gestellt seien, welche zur Verbreitung und Förderung der deutschen Sprache im Schutzgebiete dienen sollen, und es heisst dann weiter:

> Dem Beispiel anderer Kolonien folgend, beabsichtige ich aus diesem Fonds unter anderem den von Missionen eingerichteten Schulen für gute Leistungen ihrer Zöglinge in der deutschen Sprache Prämien zu gewähren.

Es werden zuletzt die Leiter dieser Anstalten gebeten, sich deshalb beim Bezirksamt unmittelbar zu melden.

Ich glaube, wenn jemand hier in Deutschland auf den Gedanken käme, in den märkischen oder mecklenburgischen Dorfschulen zur Hebung der geistigen Bildung die Kinder in einer fremden Sprache zu unterrichten, so würde man ihn alsbald auf seinen geistigen Gesundheitszustand untersuchen lassen, und wir werden doch am Ende nicht leugnen, dass wir Kaukasier in der Fähigkeit zur Vollziehung der Denkoperationen den Bantunegern noch etwas über sind. Man wird nicht fordern wollen, dass allgemein in den Elementarschulen der afrikanischen Kolonien der Unterricht im Deutschen zur Regel gemacht wird. Wir würden damit Bildungs-Karikaturen machen, wie sie in englischen und französischen Kolonien vielfach gemacht werden, die den Witzblättern ausgiebigen Stoff zu ihren Witzen bieten. Wir werden in dieser Beziehung recht vorsichtig vorgehen müssen. Der Ausschuss der deutschen evangelischen Missionen hat schon 1897 an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes eine Denkschrift gerichtet, welche über diese Frage sich ausspricht, und mit Ihrer gütigen Erlaubnis werde ich die Sätze verlesen, um die es sich dabei zweifellos handelt. Ich glaube, die katholischen Missionen werden mit diesen Grundsätzen durchaus einverstanden sein, es sind allgemein pädagogische Grundsätze:

„Den Unterricht in einer fremden Sprache, speziell in der Sprache des herrschenden Volkes, schliessen wir nicht von der Schule aus, betrachten ihn aber, wo nicht besondere Verhältnisse dazu nötigen, nicht als einen allgemeinen Unterrichtsgegenstand und können seine Erteilung erst dann für zweckmässig halten, wenn zuvor eine Elementarbildung in der Volkssprache gegeben ist. Die Versuche, den Eingeborenen durch die Schule eine fremde Sprache auf Kosten der eigenen aufzudrängen und sie so zu entnationalisieren, halten wir für ein Unrecht und den Versuch, ihnen möglichst rasch ohne gründliche Elementarbildung in der eigenen Sprache eine fremde Sprache beizubringen, für pädagogischen Unverstand, wodurch statt wirklicher geistiger Bildung, äusserliche Abrichtung und eine anspruchsvolle und dünkelhafte Scheinbildung, die ebenso abstossend wie sittlich verderblich ist, erzielt wird.“ Allerdings macht es die



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Sprachzersplitterung hie und da unmöglich, jedem kleineren Stamm eine Schulbildung in seiner Sprache zu geben. Dann aber hat nicht eine europäische Sprache, sondern eine verwandte Landessprache an die Stelle der Stammessprache zu treten.

Das Petitum, welches an die Kolonialabteilung infolgedessen gerichtet wird, geht dahin, „dieselbe wolle etwaige pekuniäre Unterstützungen, die sie der Missionsschule in Anbetracht des Dienstes, den sie der Entwickelung der Kolonien tut, zuzuwenden geneigt wäre, nur davon abhängig machen, dass die Schulen gewisse von den Organen der Regierung zu kontrollierende Leistungen erfüllen, unter diesen Leistungen aber ausdrücklich die in der Landessprache voranstellen und jedenfalls nicht nur die in der deutschen Sprache belohnen."

Bei aller Anerkennung der wohlwollenden Absicht des deutschen Gouvernements in Ostafrika werden Sie sehen, dass der Erlass diesem Petitum gerade entgegengesetzt ist. Vermutlich hat der Herr Gouverneur keine Kenntnis davon gehabt. Ich möchte bitten, dass die massgebenden Organe diesen Wünschen etwas Rechnung trügen.

In anderen Dingen können wir gewiss in Bezug auf Kolonialpolitik von den Engländern manches lernen. Aber in der Pädagogik sind wir Deutschen ihnen sehr überlegen und sollten uns nicht verleiten lassen, gesunde pädagogische Grundsätze so, wie es in englischen Kolonien vielfach geschieht, zu verleugnen zu Gunsten einer oberflächlichen Englisierung bezw. Germanisierung.

**Präsident:** Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet, ich darf die Diskussion schliessen und den Vorschlag machen, getrennt über die einzelnen Teile abzustimmen.

Zum Kopf und Punkt 1 liegen keinerlei Abänderungsvorschläge vor, zu Punkt 2 und 3 liegt je ein Amendement vor.

Ich würde also jetzt erst über den Kopf und Punkt 1 abstimmen lassen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich annehmen, dass die Versammlung sie angenommen hat. Dies ist der Fall.

Zu Punkt 2 bitte ich erst den Herrn Referenten, das vorgeschlagene Amendement zu verlesen.

Dr. **Tille,** Berichterstatter: Das Amendement geht dahin: Absatz 2 ist zu ersetzen durch die Worte:

> 2. den Missionsgesellschaften, soweit es die politischen Verhältnisse gestatten, volle Freiheit im eigentlichen Missionsbetrieb lässt.

**Präsident:** Ich würde den Vorschlag machen, zuerst über das Amendement abzustimmen. Sollte es angenommen werden, so wird

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es an Stelle des bisherigen Absatz 2 eingefügt. Sollte es abgelehnt werden, so werden wir über die gedruckt vorliegende Formulierung abstimmen.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche für das Amendement sind, die Hand erheben zu wollen. Das ist die überwiegende Mehrzahl. Das Amendement zu Punkt 2 ist angenommen.

Ich bitte nun das Amendement zu Punkt 3 zu verlesen.

Dr. **Tille,** Berichterstatter:

3. ihnen bei ihrer gemeinnützigen Arbeit, besonders auf dem Schulgebiete, bei der ärztlichen Tätigkeit sowie im gewerblichen Unterricht, aber auch bei Drucklegung wertvoller Sprach- oder auf die koloniale Wissenschaft bezüglicher Arbeiten finanzielle Unterstützung gewährt.

Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des Amendements zu 3 und der Resolution II in der neuen Fassung folgendermassen:

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 empfiehlt in Anerkennung der namhaften Opfer, welche die in unsern Kolonien tätigen Missionsgesellschaften bringen, um deren Bewohner geistig, sittlich und kulturell zu heben, und unter Hinweis auf die damit bereits erzielten Erfolge der Reichsregierung, den Missionen das bisher erwiesene Wohlwollen zu erhalten und ihre selbstlose Arbeit so viel als möglich zu fördern, namentlich dadurch, dass sie

1. in der Verwaltung ihrer überseeischen Gebiete den christlichen Charakter des Mutterlandes allenthalben zur Geltung bringt;

2. den Missionsgesellschaften, soweit es die politischen Verhältnisse gestatten, volle Freiheit im eigentlichen Missionsbetrieb lässt;

3. ihnen bei gemeinnützigen Arbeiten, besonders auf dem Schulgebiete, bei der ärztlichen Tätigkeit, sowie im gewerblichen Unterricht, aber auch bei Drucklegung wertvoller Sprach- oder auf die koloniale Wissenschaft bezüglicher Arbeiten finanzielle Unterstützung gewährt.

## Resolution III.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält die Beseitigung der Sklaverei für eine der wichtigsten Kulturaufgaben, welche Deutschlands in seinen Kolonialgebieten harren, und er ist der Meinung, dass die Schaffung eines umfassenden Netzes



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Verkehrswegen durch die Anlage von Eisenbahnen, Strassen und Brücken, sowie durch Hebung der Schiffahrt auf den Flüssen und Seen eines der geeignetsten Mittel ist, um die Sklaverei einzuschränken und schliesslich ganz aus der Welt zu schaffen.

Über einige Mittel zur allmählichen Abschaffung der Sklaverei, von Pater Acker, Knechtsteden. Sektion IV S. 452.

Auch hier liegt derselbe Fall vor, wie bei der Resolution II. Deshalb wird ebenfalls an dieser Stelle die Debatte kurz gebracht. Der eine der Herren Redner streift allerdings noch einen Punkt in dem Vortrag des Herrn Pater Acker, der nicht unmittelbar mit der Resolution zu tun hat. Er betrifft die Forderung der Vermeidung der Anstellung von Mohammedanern in dem ostafrikanischen Kolonialdienst als Regierungsbeamte. Sie konnte aber aus der Aufzeichnung nicht fortgelassen werden.

Pater **Enschoff,** St. Ottilien bei Geltendorf: Der Plenarversammlung den Wunsch der Sektion auszusprechen, dass der Resolution hinzugefügt werde: Die Regierung möge den Mohammedanismus möglichst zurückdrängen, wie auch der Vortragende empfohlen habe.

Kontreadmiral **Strauch,** Berlin, Vorsitzender, findet, dass dem Wunsch des Vorredners schon in Absatz 1 von Resolution II durch die Worte „christlichen Charakter des Mutterlandes" u. s. w. Rechnung getragen ist.

Pfarrer L. **Diestelkamp,** Berlin, hält es für bedenklich, nach dieser Seite hin auf die Regierung einzuwirken, er wünscht dies den kolonialen Kreisen überlassen zu sehen. Aus den Missionsschulen würden mit der Zeit die nötigen Unterbeamten (die jetzt meist mohammedanisch sind) genommen werden können.

Wirklicher Legationsrat **Rose,** Berlin, erklärt im Anschluss an die Besprechung der Resolution des Pater Acker über Abschaffung der Sklaverei, dass die Kolonialverwaltung im vollen Einverständnis mit dem Herrn Gouverneur Grafen von Götzen die Besetzung der Unterbeamtenstellen mit Christen für dringend wünschenswert halte. Wenn bisher für diese Posten in der Mehrzahl Mohammedaner verwandt seien, habe das einfach seinen Grund darin, dass geeignete christliche Bewerber, die gegenüber mohammedanischen Anwärtern vom Gouvernement unbedingt vorgezogen werden würden, nicht zur Verfügung gestanden hätten. Um diesem Übelstand abzuhelfen, sei durch Vereinbarung zwischen Gouvernement und Missionen festgelegt worden, dass letztere nach einem ihnen von ersterem zugegangenen Lehrplan Zöglinge ausbildeten, die die zur Verwendung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in Unterbeamtenstellen unerlässlichen Kenntnisse sich aneignen sollten. Eine den vom Pater Acker hervorgehobenen Gesichtspunkten entsprechende Entwickelung sei mithin angebahnt. Da sich also die Angelegenheit in einem Stadium befinde, von dem man sagen könne *πάντα ῥεῖ*, erscheine eine Resolution, welche bezwecke, die Regierung zu besonderen Massnahmen zu drängen, nicht angezeigt.

Eine Debatte in der Plenarsitzung fand über diese Resolution nicht statt; sie wurde unverändert angenommen.

## Resolution IV.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält im Interesse der weiteren geologischen und bergbaulichen Erschliessung der deutschen Schutzgebiete folgende Massnahmen für erforderlich:

1. Die Ausrüstung eines jeden wichtigeren Gouvernements mit einem Geologen und einem Bergbeamten, die berufen sind, einerseits diejenigen geologischen Formationen, welche die beste Aussicht auf Erschliessung von Bodenschätzen bieten, zu erforschen und andererseits die Prüfung der Lagerstätten auf die Möglichkeit wirtschaftlicher Ausbeutung vorzunehmen und dem Gouvernement in bergtechnischen und bergrechtlichen Fragen als Beirat zu dienen.

2. Eine möglichst entgegenkommende Handhabung der bergrechtlichen, bergpolizeilichen und sonstigen Vorschriften gegenüber den Schürfenden, und zwar neben den Schürfgesellschaften auch gegenüber den Einzelschürfern (Prospektoren), da bis jetzt in fast allen Bergbauländern gerade durch die kleinen Schürfer wichtige mineralische Funde gemacht worden sind und erfahrungsgemäss Schürfer sehr leicht durch allzuscharfe Beschränkungen von ihrer nützlichen und schwierigen Tätigkeit abgeschreckt werden.

3. Die Einschränkung der Verfügung des Herrn Reichskanzlers vom 25. März 1902, betreffend die Schaffung eines Vorbehaltes für den Landesfiskus von Deutsch-Ostafrika zur ausschliesslichen Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien in den Flussbetten des Schutzgebietes in dem Sinne, dass sie sich nur auf Wasserläufe, soweit sie schiffbar sind, bezieht. Da die Untersuchungen der Schürfer in der Regel von den oberen Fluss- und Bachbetten ausgehen, so würde die Aufrechterhaltung der Verordnung geradezu einem Ausschluss der Schürfer von der Kolonie gleichkommen. Ausserdem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wäre der Begriff der Schiffbarkeit genau zu bestimmen, da tropische, in der Regenzeit schiffbare Flüsse oft in der Trockenheit kein oder fast kein Wasser führen.

4. Die Verbesserung des Beförderungswesens, die Ermässigung der Frachttarife und den Bau von Eisenbahnlinien, welche der Erschliessung der Bodenschätze der Kolonialgebiete dienen.

Die nutzbaren Bodenschätze der Schutzgebiete, von Geh. Bergrat Direktor Schmeisser, Berlin. Sektion I, S. 83.

Die Annahme der Resolution erfolgte in der vorstehenden Fassung.

## Resolution V.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält es im Interesse der Aufrechterhaltung des Zusammenhanges der deutschen Auswanderer mit dem Mutterlande für notwendig, dass der in § 21 des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 zur Geltung gelangte Grundsatz, dass durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande ohne Eintragung in die Konsulatsmatrikel die Reichs- und Staatsangehörigkeit verloren geht, beseitigt und die Verjährung als Verlustgrund der Reichs- und Staatsangehörigkeit nur in Bezug auf die Nachkommen ausgewanderter Deutscher unter gewissen Voraussetzungen und Beschränkungen zugelassen werde.

Die Frage der Reichsangehörigkeit der Auswanderer, von Dr. Hermann Hesse, Berlin. Sektion VI, S. 616.

Die Annahme erfolgte in der vorliegenden Fassung.

## Resolution VI.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Ansicht, dass sowohl das ideelle Kulturinteresse und das Interesse der deutschen Auswanderung, als das Interesse des deutschen Handels und der deutschen Industrie die Ableitung der deutschen Auswanderung nach den mit gemässigtem Klima ausgestatteten Ländern von Südamerika, insbesondere nach Südbrasilien, und die Sammlung derselben in diesen Gegenden als notwendig erscheinen lässt. Daher ist die Ansiedlung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von Deutschen daselbst durch deutschen Unternehmungsgeist, deutsches Kapital und deutsche Handelspolitik tatkräftig zu fördern.

Die praktischen Aufgaben der deutschen Auswanderungspolitik, von Dr. R. Jannasch, Berlin. Sektion VI. S. 586.

Hierzu lag ein Amendement des Herrn Alemann vor, nach dem Worte „Südbrasilien" einzusetzen: „und den La Plata-Ländern.

**Alemann,** Buenos Aires: Ich habe dieses Amendement gestellt im Interesse der Gleichberechtigung, da die sanitären, landwirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in beiden Zonen ungefähr dieselben sind. Ohne die Vorteile von Südbrasilien anzugreifen, muss ich sagen, dass doch die La Plata-Staaten wieder Vorteile anderer Art bieten, wie z. B. Eisenbahnverkehr, welche sie berechtigen, ebenfalls Anspruch darauf zu erheben, als günstig für die deutsche Auswanderung betrachtet zu werden.

Dr. **Jannasch,** Berlin: Ich bitte die geehrte Versammlung, dieses Amendement des Herrn Alemann abzulehnen. Es ist in der gedruckten Resolution ausdrücklich hervorgehoben, dass die Auswanderung nach den „mit gemässigtem Klima ausgestatteten Ländern von Südamerika" geleitet werden soll, und da sind bestimmte Teile von Argentinien inbegriffen. Wenn aber Herr Alemann „Argentinien" schlechthin sagt, so könnte man an Chubut oder ähnliche Gegenden denken. Das wäre ein sehr schwerer Fehler, und deshalb bitte ich, das Amendement abzulehnen.

Nach Ablehnung des Amendements Alemann mit überwiegender Stimmenmehrheit wurde die Resolution in der zuerst vorliegenden Form angenommen.

## Resolution VII.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Ansicht, dass die Verhältnisse im internationalen Kongobecken, wie sie sich mit Bezug auf die Landpolitik, die Handelsfreiheit und den Schutz der Eingeborenenrechte seither entwickelt haben, in wichtigen Punkten mit den Bestimmungen der Kongoakte nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Er hält daher eine Revision der Kongoakte im Interesse der beteiligten Mächte für unerlässlich.

Die internationale Kongoakte und die durch sie gewährleistete Schiffahrts- und Handelsfreiheit, von Konsul Vohsen, Berlin. Sektion III, S. 421.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Konsul a. D. **Vohsen**, Berlin: Ich habe das Wort erbeten, um ein Amendement hier einzubringen. In dieser Resolution VII, wie sie uns hier vorliegt, ist nur die Rede von den Verhältnissen im internationalen Kongobecken und ist nicht die Rede von der Nigerschiffahrt, deren Freiheit durch die Kongoakte garantiert ist und an der wir durch die letzthin in dieses Gebiet entsandten Expeditionen ein besonderes Interesse gewonnen haben. Nur unter der Bedingung der absoluten Freiheit der Schiffahrt auf dem Niger können wir daran denken, das deutsche Tschadseedreieck zu erschliessen. Die Nachrichten, die wir aus dem Gebiete bekommen haben, gehen dahin, dass das Gebiet fruchtbar ist, dass die Baumwollkultur in grossem Masse dort getrieben wird und im Verein mit Kautschuk und Elfenbein die Unterlage bildet für einen aussichtsreichen Handelsbetrieb. Ich möchte deswegen Ihnen vorschlagen, die Resolution wie folgt zu fassen:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Ansicht, dass die Verhältnisse, wie sie sich im Nigergebiet mit Bezug auf die Freiheit der Schiffahrt und den Transitverkehr, und im internationalen Kongobecken mit Bezug auf die Landpolitik, die Handelsfreiheit und den Schutz der Eingeborenenrechte seither entwickelt haben, in wichtigen Punkten mit den Bestimmungen der Kongoakte nicht in Einklang zu bringen sind. Er hält daher die Einleitung von Verhandlungen zwischen den Vertragsmächten zur Durchführung der durch die Kongoakte gewährleisteten Bestimmungen für dringend geboten.

Der Berichterstatter Dr. **Tille**, Berlin: Dem Kongresskomitee hat diese Fassung nicht vorgelegen, aber ich glaube, namens des Kongresskomitees sagen zu dürfen, dass von seiner Seite Bedenken gegen diese Fassung nicht vorliegen. Sie enthält nur genau dasjenige, was auch im Kongresskomitee zum Ausdruck gelangt war, und ich glaube, dass sie der ursprünglichen Fassung vorzuziehen ist. Ich möchte Ihnen daher die Annahme der Resolution mit dem Abänderungsantrag des Herrn Vohsen empfehlen.

Die Resolution wurde in der neuen Fassung angenommen.

## Resolution VIII.

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 ist der Meinung, dass es im Interesse der heimischen Volkswirtschaft liege, vom Auslande hinsichtlich des Bezuges von kolonialen Roh-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stoffen möglichst unabhängig zu werden und möglichst sichere Märkte für den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse zu gewinnen. Beide Aufgaben können die heutigen deutschen Kolonien in Zukunft wohl erfüllen, wenn die Eingeborenen durch Besteuerung bezw. durch Heranziehung zu öffentlichen und Kulturarbeiten, zur Arbeit erzogen werden, und wenn die Kolonien eine genügende Aufschliessung erfahren. Zu diesem Zwecke ist es jedoch nötig, grössere Mittel von Reichswegen für ihre Entwickelung bereit zu stellen, und zwar insonderheit

1. für wirtschaftliche Vorarbeiten nach Art der Bemühungen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees zur Ermittlung ertragsfähiger wirtschaftlicher Kolonialunternehmungen;
2. für die Förderung des Studiums landwirtschaftlicher Unternehmungen fremder Kolonien durch Gewährung von Stipendien und Reiseunterstützungen an geeignete und entsprechend vorgebildete, junge Männer;
3. für Errichtung von Kulturämtern in allen Kolonien zur Förderung der wirtschaftlichen Entwickelung;
4. für Transportmittel, den Bau von Eisenbahnen, die Schiffbarmachung der wichtigeren Flüsse, den Bau von Strassen und die Anlage von Telegraphen- und Telephonlinien.

Die wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien, von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wohltmann, Bonn. Sektion V, S. 494.
(Vgl. auch Vorträge über Arbeiterfrage, Vietor-Thormählen, S. 518—546.)

Der Berichterstatter Dr. **Tille:** Dazu liegt der Antrag vor, in den Worten „öffentlichen und Kulturarbeiten“ das „und“ zu streichen, so dass die Fassung heissen würde „durch Heranziehung zu öffentlichen Kulturarbeiten“, was also eine Einschränkung der Resolution bedeuten würde.

Direktor Dr. **Hindorf,** Charlottenburg: Ich muss mich ganz entschieden gegen die Streichung dieses Wortes „und“ aussprechen, weil ja sonst, wenn das Wort gestrichen wird, die Heranziehung nur zu öffentlichen Kulturarbeiten stattfinden könnte. Es muss auch möglich sein, Arbeiter heranzuziehen zu Kulturarbeiten auf den Plantagen, überhaupt zum Plantagenbetrieb, nicht bloss zu öffentlichen Kulturarbeiten; wenn aber das „und“ gestrichen wird, ist die Heranziehung von Arbeitern zu diesem Zwecke ausgeschlossen, und ich glaube nicht, dass das die Absicht des Kolonialkongresses ist; ich glaube, die Fassung hier entspricht dem, was eigentlich die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

grosse Mehrheit des Kolonialkongresses im grossen und ganzen gewollt hat, und ich möchte daher dringend bitten, es bei der hier vorliegenden Fassung zu belassen.

**Vietor,** Bremen: Wir haben in der Sektion den Vorschlag eingebracht, der angenommen worden ist, gerade weil wir verhindern wollten, dass durch irgend einen Zwang Arbeiter veranlasst werden könnten, für Privatplantagen zu arbeiten. Wir haben wohl das Recht, Leute zur Arbeit im öffentlichen Interesse heranzuziehen, Privatinteressen aber einen Vorzug vor anderen zu geben, das Recht haben wir nicht. Ich bitte Sie, dieses „und" zu streichen.

Missions-Superintendent D. **Merensky,** Berlin: Ich wollte mir nur erlauben zu bitten, den Vorschlag, dieses „und" zu streichen, anzunehmen. „Heranziehung zu öffentlichen und Kulturarbeiten" kann missverstanden werden, man kann darunter eben einen Gewaltakt verstehen und wir sind gegen Gewaltanwendung zu Privatzwecken, auch Privatkulturzwecken. Denn so sehr wir allen Erwerbsgesellschaften und allen einzelnen Deutschen gönnen, dass sie es zum Wohlstand bringen durch Arbeit in den Kolonien, so sehr sind wir dagegen, dass dies auf Kosten der Eingeborenen geschieht. Es liegt nicht im Interesse des Reichs, dass einzelne auf Kosten der Eingeborenen sich bereichern, sondern es ist im Interesse des Reichs, dass die gesamte Bevölkerung einer Kolonie, Schwarze und Weisse, sittlich und kulturell gehoben wird und vorwärts kommt.

Generalleutnant **von Keller,** München: Ich möchte kurz darauf aufmerksam machen, dass auch jene, welche zwar mit dem Wörtchen „und" nicht ganz einverstanden sind, doch darin eine allzu grosse Einschränkung der Resolution finden würden, wenn die Eingeborenen nur zu öffentlichen Kulturarbeiten herangezogen werden dürften. Dann schliessen Sie alle öffentlichen Arbeiten, die keine Kulturarbeiten sind, aus und das wäre doch zu weitgehend. Ich möchte deshalb empfehlen, einfach zu sagen: zu öffentlichen Arbeiten.

Missionsinspektor **Schreiber,** Bremen: Ich kann mich dem Antrag des Herrn Vietor nur anschliessen. Es sind Fälle vorgekommen, wo die Eingeborenen in der Weise zu „Kulturarbeiten" herangezogen, d. h. gezwungen worden sind, dass Handelshäusern Eingeborene zur Verfügung gestellt wurden, um Lasten zu tragen. Diese Leistung ist den Eingeborenen in den einzelnen Dörfern bezahlt und gutgeschrieben worden, so dass sie nicht beim Wegebau herangeholt wurden. Derartige Dinge bringen aber die Regierung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in Misskredit auch bei den Firmen, die nicht zu solchen „meistbegünstigten" gehören. Das Wörtlein „und" ist zu streichen. Ich glaube, es liegt im Sinne des Herrn Vietor, dass nicht gesagt werde „öffentliche Kulturarbeiten", sondern „öffentliche Arbeiten", wie es seitens des Herrn Generals von Keller ausgesprochen wurde.

Senator **Achelis,** Bremen: Ich wollte nur berichtigen als Vorsitzender der Sektion, dass die Sektion dieses Amendement des Herrn Vietor nicht angenommen hat. Das konnte sie gar nicht, weil keine Abstimmung erfolgt ist. Am ersten Tage, wo auch die kulturelle Aufgabe besprochen wurde, hat sich die ganze Sektion mit der Resolution, wie sie vom Kongresskomitee vorgelegt worden ist, einverstanden erklärt. Heute Morgen, am zweiten Tage, wo auch von kulturellen Aufgaben der Kolonien die Rede war, hat Herr Vietor dieses Amendement eingebracht. Gegen diese Einbringung ist kein Widerspruch erfolgt, aber von Annahme des Amendements ist keine Rede.

Missionsinspektor **Oehler,** Basel: Das Wörtlein „und" kann gestrichen und muss gestrichen werden. Es kann gestrichen werden deshalb, weil infolge der Streichung eine loyale Heranziehung von eingeborenen Arbeitskräften, d. h. eine Heranziehung ohne Zwang, dann immer noch freisteht. Aber es muss gestrichen werden, weil sich eben daran die schlimmsten Missstände knüpfen, wenn es möglich ist, dass die Eingeborenen wider ihren Willen gezwungen werden sollen, ihre Freiheit den Privatinteressen zu opfern.

Der Präsident, Se. Hoheit **Herzog Johann Albrecht:** Es liegt der schriftliche Antrag von Herrn General von Keller vor, in Zeile 5 statt „zu öffentlichen und Kulturarbeiten" die Worte zu setzen: „zu öffentlichen Arbeiten".

Direktor Dr. **Hindorf**, Charlottenburg: Ich sehe nicht ein, warum wir das Wort „Heranziehung" so auslegen müssen, als wenn dabei nur gedacht wäre an das Kommandieren der Arbeiter von seiten des Gouvernements. Es ist dabei doch auch gedacht an das Werben der Arbeiter durch die Pflanzungen. Weshalb sollen wir für unser gutes Geld, für den Lohn, den wir den Eingeborenen bezahlen, nicht das Recht haben, dadurch die Eingeborenen zur Arbeit auf den Pflanzungen oder beim Wegebau oder sonst wo zu gewinnen und durch diese Tätigkeit sie auch zur Kultur zu erziehen! Weshalb müssen wir das Wort so auslegen, wie es hier von den meisten der Herren Vorredner geschehen ist? Wir haben diese selbe Frage schon einmal im Kon-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gresskomitee besprochen. Da ist auch von anderer Seite die Streichung des Wörtchens „und" gewünscht worden. Ich habe dieselben Bedenken, die ich jetzt hier ausspreche, bereits damals dagegen geltend gemacht, und im Kongresskomitee ist das als richtig anerkannt worden. Wir sind im Kongresskomitee der Meinung gewesen, das Wörtchen „und" könne ganz gut stehen bleiben, weil wir nicht daran gedacht haben und, ich bin überzeugt, auch der Herr Antragsteller der Resolution nicht daran gedacht hat, dass diese Stelle sich nur auf das Kommandieren der Eingeborenen zur Arbeit beziehen solle, sondern, wie ich schon ausführte, auch auf die freie Werbung derselben gegen Lohn, und in diesem Sinne, glaube ich, kann das Wörtchen „und" ganz ruhig stehen bleiben.

Nach einem Antrag auf Schluss der Debatte, welcher angenommen wurde, erhielt der Herr Referent das Schlusswort.

Dr. **Tille,** Berichterstatter: Ich möchte Sie im Namen des Kongresskomitees bitten, doch der im Druck vorliegenden Fassung zuzustimmen und das Wort „und" nicht zu streichen. Ich sehe keinen Grund ein, und das Kongresskomitee sah auch keinen Grund ein, warum es im Interesse der Kolonien liegen soll, dass die Eingeborenen möglichst wenig arbeiten. Zur Hebung der Kultur ist es vielmehr notwendig, dass man die Eingeborenen in der einen oder anderen Weise mit der Arbeit bekannt macht. Das geschieht am gedeihlichsten und förderlichsten, wenn man sie zur öffentlichen und Kulturarbeit heranzieht, und ich meine, wir sollten jedes Mittel mit Freude begrüssen, das dazu beiträgt, dass von den Eingeborenen ein grösseres Mass an Arbeit geleistet wird, als von ihnen bis jetzt geleistet worden ist. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, einer sentimentalen Neigung in übertriebenem Masse nicht nachzugeben und nicht das Interesse der Eingeborenen an dem Recht auf Faulheit wahrzunehmen, sondern durch Erhaltung des „und" auszusprechen, dass Sie den lebhaften Wunsch haben, dass die Eingeborenen unserer Kolonien möglichst stark arbeiten lernen.

Den Ausführungen des Referenten wurde aus der Versammlung vielfach durch Zurufe während seiner Rede widersprochen.

Es wurde dann zur Abstimmung geschritten und die Resolution mit einer sehr geringen Majorität in der zuerst eingebrachten Form unverändert angenommen.

### Resolution IX.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält die planmässige deutsche Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika für

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

eine unserer wichtigsten und dringlichsten Kolonialaufgaben. Er ist der Ansicht, dass die Kräfte und Mittel der Siedelungsgesellschaften und die sonstige private Siedlungstätigkeit für die Lösung dieser Aufgabe unzureichend sind, und er hält es für dringend notwendig, dass das Reich für die Förderung der Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika erheblich grössere Mittel aufwende als bisher. Soweit das Land zur Zeit für die Besiedelung geeignet ist, ist dieselbe, namentlich zum Zwecke der Grossviehzucht, durch Gewährung etwa notwendiger, ausreichender Vorschüsse zu beschleunigen. Um es weiterhin für die Aufnahme einer grösseren Zahl von neuen Ansiedlern genügend vorzubereiten, ist die Schaffung zahlreicher Brunnen und kleinerer Staudämme und an geeigneten Punkten die Anlage grösserer Stauwerke sofort in die Wege zu leiten.

Die weisse Einwanderung nach Südwestafrika, von Dr. Hindorf, Charlottenburg. Sektion VI, S. 627.

Direktor Dr. **Hindorf,** Charlottenburg: Ich möchte zu meiner eigenen Resolution hier ein Amendement einbringen, und zwar möchte ich vorschlagen,

in der dritten Zeile von unten anstatt der Worte „notwendiger, ausreichender Vorschüsse“ zu sagen „durch Gewährung von Begünstigungen, welche die Unternehmungen zu fördern geeignet sind, zu beschleunigen“,

und zwar schlage ich das deswegen vor, damit man nicht an Vorschüsse allein gebunden ist, sondern auch andere Begünstigungen, z. B. Stundung des für das Land zu zahlenden Betrags, Stundung der Kosten für Brunnenanlagen und anderes den Ansiedlern gewähren kann. Ich glaube, dass dem nichts entgegenstehen wird.

Dann möchte ich vorschlagen, noch einen Satz dieser Resolution hinzuzufügen und zwar folgenden:

Die Regierung möge, damit die einmal im Gange befindliche Besiedelung nicht an einer Steigerung der Bodenpreise ins Stocken komme, Bedacht nehmen, bei Gelegenheit das Verfügungsrecht über kulturfähiges, von den Landgesellschaften nicht in Kultur genommenes Land sich zu verschaffen.

Dass ich hier diese beiden Amendements einbringe, verdanke ich der Verhandlung in der Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft am vorgestrigen Tage. Da hat nämlich eine Resolution

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ähnlichen Inhalts vorgelegen, die sich in verschiedenen Punkten, besonders mit dem Hauptpunkte meiner Resolution, deckte. Diese Resolution enthält aber auch noch einige andere Punkte, und man ist dann in der Vorstandssitzung dazu gekommen, beide Resolutionen, die damals vorliegende und meine, in eine einzige zu verschmelzen, und aus diesen beiden Resolutionen diese zu machen, die ich Ihnen vorgelesen habe. Da nun der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft diese Resolution fast einstimmig angenommen hat, und da es wünschenswert erscheint, dass nicht zwei Resolutionen über dasselbe Thema in verschiedener Fassung angenommen werden, so möchte ich vorschlagen, dass die Resolution, die vorgestern vom Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft angenommen ist, auch heute hier angenommen wird. Daher habe ich die beiden Amendements eingebracht.

Professor **Rehbock,** Karlsruhe: Ich möchte Sie bitten, die Resolution IX einschliesslich der beiden Amendements vollinhaltlich und ohne jede Einschränkung anzunehmen. Ich möchte das aus dem Grunde betonen, weil der Herr Referent über die Frage der Einwanderung in Deutsch-Südwestafrika in der Sektionssitzung selbst gegen einen wichtigen Punkt seiner Resolution gesprochen hat, insofern er erklärte, dass die Millionen, die für die grossen Stauanlagen erforderlich wären, zweckmässiger für zahlreiche kleine Dämme aufgewendet würden. Um so mehr möchte ich mich gegen diese Äusserung wenden, weil der Herr Referent hinzugefügt hat, dass diese zahlreichen kleinen Dämme benutzt werden sollen zur Viehtränke im Schutzgebiete. Ich glaube, dieser Vorschlag darf von unserem Kongresse nicht in die Kolonie in dieser Form hinausgehen. Für die Viehzucht sind kleine Dammanlagen meiner Meinung nach ungeeignet, weil sie erstens teuer, zweitens unzuverlässig, drittens gefährlich und viertens gesundheitsschädlich sind. Teuer, weil die kleinen Dammbauten im Verhältnis zu ihrer geringen Leistungsfähigkeit ganz wesentliche Kosten verursachen; unzuverlässig, weil sich gezeigt hat, dass in dem Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika die kleinen Flüsse, in denen diese Dämme gebaut werden müssen, nicht regelmässig in jeder Regenzeit Wasser führen, so dass eine zuverlässige Tränkung aus den durch sie gebildeten Staubecken nicht erfolgen kann; gefährlich, weil diese kleinen aus Erde hergestellten Dammbauten nur bei sehr sorgfältiger Unterhaltung absolut sicher sind, weil sie vielfach der Zerstörung anheimfallen, wobei nicht nur die Wasserstellen verloren gehen, sondern auch eine grosse Gefahr für die anschliessenden Niederungen entsteht; gesundheitsschädlich endlich, weil von den Weideländern mit dem Oberflächenwasser die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Abgänge der Tiere in die Staubecken gelangen, und weil dieselben dadurch einen Herd für Seuchen bilden.

Aus diesem Grunde hat die Regierung der Kapkolonie einen Aufruf an ihre Farmer erlassen, welcher sich gegen die Benutzung von Dämmen für die Viehzucht wendet. Und nun soll hier aus unserem Kongress ohne Widerspruch ein Referat hinausgehen, das empfiehlt, unsere Viehzucht auf solche kleine Dämme zu basieren? Ich glaube, es ist notwendig, an dieser Stelle dagegen zu sprechen. Eine gesunde Viehzucht muss das Wasser aus Brunnen entnehmen. Brunnen sind billig, geben zuverlässig Wasser, bilden keine Gefahr für die Gesundheit und sind förderlich für das Gedeihen der Tiere. Kleine Dammanlagen können nur ausnahmsweise mit Erfolg Anwendung finden. Im Gegensatze zur Wasserbeschaffung für die Viehzucht aus Brunnen werden die für den Landbau erforderlichen bedeutenden Wassermengen am besten durch grosse Stauanlagen gewonnen, weil sich durch grosse Stauwerke Wasser zum billigsten Einheitspreise beschaffen lässt und weil das aufgestaute Wasser den Pflanzen zuträglicher ist, als Brunnenwasser.

Wir müssen in Deutsch-Südwestafrika grosse Stauwerke anlegen, weil Kernpunkte für die Besiedelung nötig sind, an denen sich Kirche, Schule, Arzt, Handwerker und Kaufleute niederlassen können. Solche Mittelpunkte können nur entstehen, wenn an einzelnen Stellen grosse Mengen Wasser konzentriert gewonnen werden. Es wird gesagt, es sei noch kein Bedürfnis für diese Stauanlagen vorhanden, da die Ansiedler fehlen. Das Umgekehrte ist richtig, die Ansiedler können erst kommen, wenn die Anlagen zur Wasserbeschaffung hergestellt sind, ebenso wie die Eisenbahn den Verkehr schafft und nicht erst gebaut werden soll, wenn der Verkehr da ist. Für die Entwickelung unseres Schutzgebietes ist die Wasserfrage ausschlaggebend. Für die Viehzucht sind zahlreiche Brunnen, für die Gewinnung der Landesprodukte, Getreide u. s. w. sind grosse Stauanlagen, die unter geeigneter technischer Leitung stehen, erforderlich. Werden diese beiden Forderungen erfüllt, so glaube ich, wird die Besiedelung der Schutzgebiete schnell eintreten und dann wird auch Deutsch-Südwestafrika dem Mutterlande zum Nutzen gereichen.

Justizrat **Bojunga,** Hannover: Ich möchte die geehrten Herren bitten, das Amendement Hindorf anzunehmen, und zwar aus den Gründen, welche Herr Dr. Hindorf bereits hervorgehoben hat. Es erscheint sehr zweckmässig, dass die hohe Versammlung heute einmütig mit uns dasselbe, was vorgestern die Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft beschlossen hat, beschliesst, was sie nach meiner Meinung auch ruhig kann; während hier von Vorschüssen die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rede ist, ermöglicht das Amendement auch andere Begünstigungen, z. B. die Bildung von Rentengütern u. s. w. Es erscheint zweckmässig, der Regierung und Verwaltung die Möglichkeit zu geben, die Sache gerade so zur Ausführung zu bringen, wie die einzelnen Fälle es erheischen. Deshalb ist das zweite Amendement sehr erwünscht. Ich möchte dringend bitten, das Amendement anzunehmen.

Referent Dr. **Tille,** Berlin: Diese Resolution, die eben von Herrn Dr. Hindorf eingebracht ist, hat zwar dem Kongresskomitee nicht vorgelegen, sie ist aber absolut im Sinne der Verhandlungen, die im Kongresskomitee gepflogen worden sind, und ich glaube nicht, dass irgend welche Bedenken dagegen auf seiten des Kongresskomitees bestehen. Ich möchte daher auch die Resolution in der Fassung Hindorf zur Annahme empfehlen.

Direktor Dr. **Hindorf,** Charlottenburg: Nur noch ein ganz kurzes Wort! Ich möchte mich nach dem Vortrage von gestern nicht gegen die Ausführungen des Herrn Rehbock wenden, um das Gesagte nicht noch einmal zu wiederholen. Ich möchte nur kurz erwähnen, wenn Herr Rehbock mehr für Brunnen eintritt und ich in der Hauptsache für Staudämme, so möchte ich zu bedenken geben, dass wir, wenn wir Brunnen anlegen, dann nur das lange im Grund und Boden vorhandene Wasser uns nutzbar machen, dass wir aber durch Staudämme das Wasser sammeln, was im Regen niederfällt. Ich glaube, wir wirtschaften sparsamer, wenn wir die Regenmengen aufsammeln und für spätere Zeiten reservieren, wir vermehren damit jedenfalls den Wasservorrat im Lande. Das habe ich gestern nicht erwähnt, und deshalb wollte ich diesen Punkt ganz kurz zur Sprache bringen.

In der Abstimmung wurde darauf die Resolution mit den Amendements wie folgt angenommen:

> Der Deutsche Kolonialkongress 1902 hält die planmässige deutsche Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika für eine unserer wichtigsten und dringlichsten Kolonialaufgaben.
>
> Er ist der Ansicht, dass die Kräfte und Mittel der Siedelungsgesellschaften und die sonstige private Siedelungstätigkeit für die Lösung dieser Aufgabe unzureichend sind, und er hält es für dringend notwendig, dass das Reich für die Beförderung der Besiedelung von Deutsch-Südwestafrika erheblich grössere Mittel aufwende als bisher.
>
> Soweit das Land zur Zeit für die Besiedelung geeignet ist, ist dieselbe, namentlich zum Zwecke der Grossviehzucht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

durch Gewährung von Begünstigungen, welche die Unternehmungen zu fördern geeignet sind, zu beschleunigen.

Um es weiterhin für die Aufnahme einer grösseren Zahl von neuen Ansiedlern genügend vorzubereiten, ist die Schaffung zahlreicher Brunnen und kleinerer Staudämme und an geeigneten Punkten die Anlage grösserer Stauwerke sofort in die Wege zu leiten.

Die Regierung möge, damit die einmal im Gange befindliche Besiedelung nicht an einer Steigerung der Bodenpreise zum Stocken komme, Bedacht nehmen, bei Gelegenheit das Verfügungsrecht über kulturfähiges, von den Landgesellschaften nicht in Kultur genommenes Land sich zu verschaffen.

## Resolution X.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 sieht in der Erhaltung der deutschen Sprache in den deutschen Siedelungen über See nicht nur eine Förderung der Kulturstellung des Deutschen Reiches, sondern auch ein Lebensinteresse für seinen Handel und in Sonderheit seine Ausfuhr. Als das wirksamste Mittel zur Erhaltung der deutschen Sprache in den überseeischen Ländern betrachtet er eine ausreichende finanzielle Beihilfe zur Gründung und Erhaltung deutscher Schulen in diesen Gebieten. Er ist von der Unzulänglichkeit der bisher vom Deutschen Reiche für diesen Zweck ausgeworfenen Jahressumme von 300 000 Mk. überzeugt und empfiehlt der Reichsregierung, diesen Posten schon im nächsten Etat auf 500 000 Mk. zu erhöhen.

Die Bedeutung der deutschen Sprache über See für Deutschlands Machtstellung, von Professor Dr. Aloys Brandl, Sektion IV, S. 434.

Die Resolution wurde in der vorliegenden Form angenommen.

## Resolution XI.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 erkennt die schwere wirtschaftliche Gefahr, welche die Wanderheuschrecken für unsere afrikanischen Kolonien bilden. Zu ihrer Unschädlichmachung gehört die genaue Kenntnis ihrer Lebensweise, die sich nur durch ständige Beobachtung ermitteln lässt. Zu diesem Zwecke sind Kommissionen nötig, welchen zugleich die Aufgabe zufällt, Abwehrmassregeln zu erproben. Am nachdrücklichsten dürfte sich die Bekämpfung der Wanderheuschrecken ins Werk setzen lassen, wenn mit den von der



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gleichen Plage betroffenen Nachbarstaaten gemeinsam vorgegangen würde.

Beiträge zur Bekämpfung der Wanderheuschrecken, von Marinestabsarzt a. D. Dr. L. Sander, Berlin, Sektion V, S. 564.

Die Resolution wurde unverändert angenommen.

## Resolution XII.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 begrüsst die rasche und kräftige Entwickelung des deutschen Kiautschougebietes in China sowie die Berücksichtigung der Interessen der deutschen Industrie in demselben und in seinem Hinterland auf das freudigste und spricht dem Herrn Reichskanzler für die Förderung derselben seinen wärmsten Dank aus.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Erwerbungen in China, von Baurat A. Gaedertz, Sektion VII, S. 707.

Berichterstatter Dr. **Tille:** Dazu liegt ein Amendement vor, das von der Sektion III gestellt worden ist. Es wünscht hinter „Kiautschougebietes in China" die Worte einzuschieben: „insbesondere die glückliche Lösung der Landfrage".

Regierungsrat **Jacobi,** Berlin: Ich bin von der Sektion III beauftragt, dieses Amendement einzubringen. Die Sektion III hat sich heute Vormittag einstimmig dafür ausgesprochen, das Amendement, das der Herr Referent verlas, hinter dem Worte „China" einzufügen: „insbesondere die glückliche Lösung der Landfrage", hier zu beantragen. Die Sektion war der Ansicht, dass dieser Punkt unter den Verwaltungsmassnahmen in Kiautschou eine grosse Rolle spiele, und wünschte, dass dies in der Resolution besonders hervorgehoben werden sollte.

Berichterstatter Dr. **Tille:** Auch dieser Antrag hat dem Kongresskomitee nicht ausdrücklich vorgelegen; aber bei der Erörterung der fraglichen Entwickelung von Kiautschou ist auch diese Frage mit gestreift worden. Da die vorgeschlagene Änderung innerhalb des Rahmens fällt, der durch Resolution XII aufgestellt ist, so glaube ich, dass kein Bedenken vorliegt, diesen Antrag anzunehmen.

Die Resolution wurde darauf in der nachstehenden Fassung mit der kleinen Abänderung angenommen:

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 begrüsst die rasche und kräftige Entwickelung des deutschen Kiautschougebietes in China, insbesondere die glückliche Lösung der Landfrage, sowie die Berücksichtigung der Interessen der deutschen In-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dustrie in demselben und in seinem Hinterland auf das freudigste und spricht dem Herrn Reichskanzler für die Förderung derselben seinen wärmsten Dank aus.

### Resolution XIII.

Der Deutsche Kolonialkongress 1902 erkennt zwar die bisherige Tätigkeit der Landkommissionen an, hält aber die Feststellung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden in den Kolonien für so wichtig, dass er eine ausserordentliche Beschleunigung dieser Arbeiten für dringend notwendig erachtet.

Das Grundeigentum in den Kolonien, von Chr. von Bornhaupt, Berlin, Sektion III, S. 390.

Auch diese letzte Resolution wurde von der Versammlung angenommen. Damit war die Tagesordnung der letzten Sitzung erledigt.

---

## Schluss.

Die vorstehend angeführten 13 Resolutionen, welche der Deutsche Kolonialkongress angenommen hatte, wurden von dem Herrn Präsidenten, Sr. Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, bereits am 16. Oktober 1902 im Namen des ständigen Ausschusses Sr. Excellenz dem Herrn Reichskanzler, Grafen von Bülow, mit einem vorläufigen Verhandlungsbericht übermittelt. Es wurde in dem Anschreiben darauf hingewiesen, dass in den Verhandlungen eine genaue Wiedergabe der Vorträge, aus denen die Beschlüsse hervorgegangen seien, gebracht werden würde, und um eine hochgeneigte Prüfung und tunlichste Verwirklichung der eingesandten Resolutionen gebeten.

Es ging darauf folgendes Schreiben vom 30. Oktober 1902 an Se. Hoheit ein.

Durchlauchtigster Herzog!

Eurer Hoheit sage ich meinen ehrerbietigsten Dank für die Mitteilung der von dem Deutschen Kolonialkongress 1902 gefassten Resolutionen. Die in denselben enthaltenen Anregungen werden seitens der Kaiserlichen Regierung einer ernsten und wohlwollenden Prüfung unterzogen werden.

Ich benutze die Gelegenheit, um Euerer Hoheit meine grosse Genugtuung sowohl über die wertvolle sachliche Arbeit als auch über den glänzenden Verlauf des Kongresses auszusprechen, und gebe mich gern der Hoffnung hin, dass auch



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die für die Zukunft geplanten Wiederholungen dieser der Initiative Euerer Hoheit zu verdankenden Veranstaltung sich als eine erfolgreiche Zusammenfassung aller den überseeischen Interessen unseres Vaterlandes dienenden Kräfte und damit als ein starker Rückhalt für die Politik der Kaiserlichen Regierung erweisen werden.

In grösster Ehrerbietung verharre ich

Euerer Hoheit gehorsamster

Graf von Bülow.

Der Inhalt dieses Briefes lässt erhoffen, dass die Resolutionen, soweit es jetzt schon die Verhältnisse zulassen, eine günstige Erledigung finden werden, namentlich da mit der Herausgabe dieses Werkes, wie bereits in dem Anschreiben Sr. Hoheit erwähnt wurde, durch die Veröffentlichung der Vorträge zugleich eine nähere Begründung der Beschlüsse gegeben wird. Eine solche konnte damals wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erfolgen.

Bereits von einem kleinen Erfolg, den der Deutsche Kolonialkongress gewiss nicht für sich allein in Anspruch nehmen darf, woran aber seine Resolution X doch wohl jedenfalls mitgeholfen hat, berichtet, während das Werk sich im Druck befindet, mit freundlicher Erwähnung des Deutschen Kolonialkongresses das Organ des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, „Das Deutschtum im Auslande“, in Nr. 2 des Jahrganges 1903. Unter dem Titel: „Erhöhung des Reichsfonds für deutsche Auslandsschulen“ bringt die Zeitung die Nachricht, dass in dem neuesten Entwurf des Reichshaushaltetats der Fonds zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande von 300 000 auf 400 000 Mk. erhöht worden ist. Schon vor zwei Jahren hatte der Schulverein durch eine Eingabe an den Reichstag auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssumme für den obengenannten Zweck erneut hingewiesen und nun auf dem verflossenen Kolonialkongress durch seinen Vorsitzenden, Herrn Professor Aloys Brandl, begründet durch dessen Vortrag, einen Antrag gestellt, der in Form der eingebrachten Resolution X von dem Kongress angenommen wurde. Dass diesem Wunsche trotz der ungünstigen Finanzlage des Reiches teilweise schon jetzt entsprochen ist, möge als ein günstiges Zeichen für die Erledigung manches anderen Wunsches des Kongresses angesehen werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

# Namen-Verzeichnis.

In diesem Register sind die Namen der Redner, sowie der Personen, welche mit der Organisation des Kongresses in Zusammenhang standen, aufgeführt, ebenso diejenigen Vertreter von Körperschaften, welche zwar aus dem Mitgliederverzeichnis als solche zu ersehen, aber nicht in der alphabetischen Reihenfolge unter dem eigenen Namen aufgeführt sind. Die ordentlichen Mitglieder sind auf S. 19—54 angegeben.


Achelis 494, 584, 585, 843.
Acker 452.
Alemann 625, 663, 675, 839.
Andreae 7.
von Arenberg, Prinz, Durchlaucht, 13, 65, 465, 825, 826, 830.
Arendt X, 13, 43, 208.
Arnhold 11.
von Arnim 12.

von Ballestrem, Graf 5, 7, 54, 63.
Ballin 7.
Bard 328.
Barkhausen 7.
Baschin 161.
Bastian 7.
von Beck 12, 14.
Becker 282.
von Bethmann-Hollweg 5, 7.
von Bezold 7, 179.
Blenck 172.
von Bockelmann 71, 163.
Bojunga 369, 827, 847.
Borgius 796.
von Bornhaupt 12, 13, 318, 390.
Brandl 13, 434, 441.
von Braunschweig 11, 12.
von Brockdorff, Graf 691.
von Buchka 7.
Budde 5.
von Bülow, Graf 5, 7, 851.
Büsing 5, 7.

Cahensly 12, 14.
Classen 466.
Cleve 159, 173, 478.
Conrad 7.
von Cramm-Burgdorf 7.
Custodis 424.

Damaschke 407.
Davidsohn 278, 280.
Dibelius 19, 440, 492.
Diestelkamp 478, 830, 836.
Diffené 7.
Dönitz 13, 216.
Dove 13, 124.
von Drenkmann 7.
Dunker 14.

Ebermaier 370.
Eggel 289, 292.
Ehlers 725.
Eichholtz 404.
Eiselen 626.
Elsner 216.
Engler 11, 12.
Enshoff 836.
Etienne 14.
Eysell 222, 223.

Fabarius 14, 609, 830.
Fesca 585.
Finsch 7.
Fischer 129.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
DFG

von Fischer-Treuenfeld 626, 676, 689.
von François 7.
Frentzel 7.
Friedländer 11.
Friese 516.
Frosch 223.
Frucht 586.
Fuchs 830.
Fülleborn 13, 293, 307.
Funke 479, 493, 673.

Gaedertz 707.
Gareis 424.
Goering 7.
von der Goltz, Freiherr 7.
Gosio 237.
von Gossler 5.
Groth 440.
Grundemann 465, 544.
Gürke 12.
Gutschow 7.

Haeckel 7.
von Hahnke 5.
von Hake 370.
Hammacher 7.
von Hammerstein, Freiherr 5.
von Hansemann 7, 11.
Hartmann 13, 14.
Haupt 612, 625, 636.
Heereman von Zuydwyk, Freiherr 7.
Heinn 539.
Helfferich 414.
Hellgrewe 12.
Hennicke 18.
von Herman, Freiherr 207, 507, 725.
Hertzberg 807.
Herwig 24.
Herz 8.
Hespers 8, 13.
Hesse 616, 627.
Hindorf 206, 627, 841, 843, 845, 848.
Hirth 8.
Hoeniger 439.
Hohenlohe-Langenburg, Fürst zu, Durchlaucht 5, 6.
von Hohenthal und Bergen, Graf 8.
Hupfeld 494.

von Jacobi 8.
Jacobi X, 12, 13, 318, 850.
von Jagemann 8.
Jannasch 8, 14, 586, 839.
Jencke 8.
Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Hoheit V, 5, 57, 62, 64, 65, 67, 318, 701, 824, 825, 831, 834, 843.
Jung 11.

Kälble 13.
Kammerer 8.
Kandt 180.
Kausch 13, 14.
Kekulé von Stradonitz 8.
von Keller 626, 727, 842.
Kind 13, 14, 459.
Kirchhoff 8, 13, 66, 71, 82, 159, 162, 207.
Kirschner 5, 8.
Klügmann 8.
Knack 54.
Knörnschild 19.
Koch, Geh. Medizinalrat 8, 208, 248.
Koch, Reichsbankpräsident 5, 8.
Köbner 13, 43, 331, 373, 411, 418.
Köhler 6, 8.
Koenig 8.
von Königsmarck, Graf 12.
von Koenneritz, Graf 8.
von Koester 8.
Kolle 13, 294.
Kollm X,
Kopp 8.
Koser 14, 625, 677.
Kossel 13.
Krämer 304.
Kraetke 6, 8, 18.
von Kröcher 6, 8.
Kuhn 250, 265, 268, 281, 315, 317.
Kundt 663.

Lange 11, 14.
von Laurens 12.
Lehmann 30, 691.
von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg, Graf 8.
von Leuthold 9.
Lieboldt 441, 492.
Linck 830.
von Linden, Graf Carl 9, 71, 162.
von Löbbecke 609.
Lucas 564.
Lueg 9.
von Luschan 13, 158, 163, 173.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Maercker 71, 158, 163.
von Maffei 9.
Marks 43.
Martini 13, 214, 251, 279, 291, 307.
Matschie X, 136.
Maurer 174, 180.
von Mayr 9.
Mehnert 9.
Mense 261, 307.
Merensky 12, 13, 424, 562, 842.
Mertens 14.
Messing 727.
Meyer, Felix 13, 318, 377.
Meyer, Hans X, 11, 12, 13, 14, 15, 64, 72.
Meyer, Herrmann 14, 492, 639, 677.
Michels 9.
Möbius 9.
Möller 6, 9.
Moisel 12, 15.
Molinari 9.
Morgen 538, 808.
Mueller-Leipzig 586.
Müller-Bremen 9.
Müller-Hamburg 611.

von Neidhardt 9.
Neumann 146.
von Neumayer 9.
Nieberding 6.
Nitze 12.
Nocht 13, 208, 260, 264, 278.

Oberhummer 161, 163.
Oehler 477, 518, 542, 843.
von Oertzen 9.
Oppenheim 11.
Orth 276.
Osterrieth 13.
Ostertag 208.
Otto X, 13, 14, 267, 315, 316.

Pagenstecher 582.
Passarge 544, 569, 585.
Paul 441, 466, 831.
Paulssen 9.
von Pfeil, Graf 562, 570, 637.
Pflug 540.
Plate 9.
Plehn 247, 250, 263, 265.
Plüddemann 14.
von Podbielski 6.
Ponfick 290.
von Posadowsky-Wehner, Graf 6, 9.
von Poser und Gross-Nädlitz 542.
Preuss, Max 329, 366.
Preuss, Paul 570, 585.
Prieger 24.

Rabe 9, 30, 691.
Rathgen 798.
Rauert 12.
Rehbock 846.
von Rheinbaben, Freiherr 6, 9.
Rheingantz 677.
Richter 465.
von Richthofen, Freiherr, Professor 9.
von Richthofen, Freiherr, Staatssekr. 6, 9, 59.
Rickmann 280, 293.
Rocke 518.
Römer 13, 14, 318.
Rohrbach 800, 808.
Rollmann 43.
Rose 836.
Rudorff 369.
Ruge 250, 261.

Sachau 9.
Sachse 6, 9.
Sander 283, 291, 293, 316, 564, 569, 570.
Sannemann 13.
Schanz 494, 678.
Scharlach 409, 533.
Schellmann 308, 316, 317.
Schiemann 440.
Schilling 264, 281.
Schinckel 701.
von Schleinitz, Freiherr 9.
von Schlumberger 11.
Schmeisser 10, 13, 83.
Schmidt, Hauptmann d. L. a. D. 19.
Schmidt, Kontre-Admiral 42.
Schmidt, Professor 148, 161, 467.
Schmoller 515.
Schoeller 11.
Schönstedt 6.
Schreiber-Barmen 385.
Schreiber-Bremen 478, 539, 842.
Schulte im Hofe X, 206, 494, 537, 568.
Schulze 30, 584, 691.
von Schwartz 478, 831.
Schwartzkopff 612, 626.
Schweinfurth 10.
Schwencke 691.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seidel, Direktor 14.
Seidel, Rektor 135, 174.
Sellin 586, 610, 662.
Selve 11.
von Senden-Bibran, Freiherr 10.
Servaes 10.
Siegmund 612, 670.
Simon 12.
Simons 12.
von Soden, Freiherr 10.
Soetbeer 12, 14, 691.
von Spitz 10.
Sprigade 12, 16.
Stange 545.
Stark 712.
Staudinger X, 11, 12, 13, 14, 71, 160, 162, 163, 181, 820.
Steudel 12, 13, 208, 250, 266, 292, 307, 316.
Stolberg-Wernigerode, Graf Udo zu 6, 10.
Strandes 14.
Strauch 11, 12, 13, 14, 424, 478, 826, 830, 836.
Ströse 13.
Studt 6, 10.
Stuebel 6, 10, 61.
Supan 10.
Supf 11, 12, 14, 15, 18, 494.

Therese von Bayern, Prinzessin, Königliche Hoheit 6.
von Thielen 6.
von Thielmann, Freiherr 6, 10.
Thormählen 526.
Tjarks 809.
Tille X, 11, 12, 14, 586, 597, 613, 750, 798, 820, 825, 831, 834, 835, 840, 841, 844, 848, 850.
von Tirpitz 6, 10.
Troost 636.
Uhl 562.
von Usedom 43.

Vagedes 242, 251.
Valois 5, 11.
Varnbüler von und zu Hemmingen, Freiherr 10.
Vietor 518, 546, 585, 842.
Vitzthum von Eckstaedt, Graf 424.
Vohsen 11, 12, 421, 535, 840.
Volkens 182.
Vopelius 10.
Vosberg-Rekow, 12, 13, 14, 318, 409.

Wagner, Adolf 691.
Wagner, Hermann 824.
Waldeyer 10.
Warburg 12, 14, 193.
von Weickhmann 677.
von Weidert 10.
Wendlandt 12.
Werner 11, 691.
Wever 439, 625.
Widenmann 10.
Wied, Fürst zu, Durchlaucht 6.
von Windheim 6, 10.
Winiger 441.
Wirth, Albrecht 586, 612, 626.
Wirth, Hermann 10.
von Wissmann 10.
Wittenbrinck 636.
Wittmack 207.
Woermann 10.
Wohltmann 494, 583,
Wutzdorff 6, 13.

Zache 547, 564.
Zilling 596.
Zimmerer 807.
Zorn 318, 329, 370.
Zweiniger 10.

Druck von Gebr. Unger in Berlin, Bernburger Str. 30.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

29. DEZ. 1980

5. JAN. 1981

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen

DFG

repariert
2013

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG

Verhandlungen
d. dt.
Kolonialkongresses
1
1902

Y
2779
- 1 -

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG